



Jahresbericht 2012
Stabilität in Zeiten
des Wandels

Leistung aus Leidenschaft



Stabilität in Zeiten des Wandels

Die Deutsche Bank befindet sich im Wandel. Herausforderungen sehen wir als Chance zum Aufbruch. Wir bereiten uns auf komplexere ökonomisch-gesellschaftliche Zusammenhänge, schärferen Wettbewerb und zusätzliche aufsichtsrechtliche Regelungen vor. Vertrauen in unsere Bank wollen wir zurückgewinnen und unseren Teil dazu beitragen, das Ansehen der Finanzwirtschaft zu verbessern. Wir sind davon überzeugt, dass wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftliche Akzeptanz kein Widerspruch sein muss.

In einem veränderten Umfeld gestalten wir aktiv unsere Zukunft. Die Deutsche Bank will die global führende kundenorientierte Universalbank werden. Das ist unsere Vision. 2012 haben wir unser Geschäftsmodell überprüft und daraus die Strategie 2015+ erarbeitet. Mit ihr schlagen wir ein neues Kapitel auf.

Wir werden für unsere Kunden die Beratung, den Service und die Produkte weiter verbessern, unsere operative Leistungsfähigkeit erhöhen, die Kapitalbasis stärken und das Kapital effizienter einsetzen. Regulatorische Anforderungen setzen wir konsequent um. Ein ambitioniertes Kostensenkungsprogramm ist auf den Weg gebracht. Generelles Ziel ist es, unsere Risiken drastisch zu reduzieren. Dabei sind wir bereits gut vorangekommen.

Über unser Jahresthema „Stabilität in Zeiten des Wandels“ sprachen wir mit unserer Aktionärin Alexandra Annecke, Fondsmanagerin, Union Investment, Frankfurt am Main (Seiten 16/17); unseren Kunden Hans-Peter Rupprecht, Leiter Treasury, Siemens AG, München (Seiten 32/33); Ann Marie Petach, Senior Managing Director, Client Solutions, BlackRock, New York (Seite 40); Satoshi Arai, Senior Managing Director of Retail Strategy and Services, Nomura Securities, Tokio (Seite 48); sowie Helga Lesegele, Geschäftskundin, Frankfurt am Main (Seite 51); unserer Mitarbeiterin Li Sar Oon, Deutsche Bank AG, Asia Pacific Head Office, Singapur (Seiten 62/63); und Admassu Tadesse, CEO der PTA Bank, Bujumbura, Burundi (Seiten 68/69).

Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	2012	2011
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	32,95 €	29,44 €
Aktienkurs höchst	39,51 €	48,70 €
Aktienkurs tiefst	22,11 €	20,79 €
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	0,25 €	4,45 €
Ergebnis je Aktie (verwässert)	0,25 €	4,30 €
Ausstehende Aktien (unverwässert, Durchschnitt), in Mio	934	928
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	960	957
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	0,4%	8,2%
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	1,3%	10,2%
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ¹	1,3%	10,3%
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unvervässert)	57,37 €	58,11 €
Aufwand-Ertrag-Relation	92,6%	78,2%
Personalalaufwandsquote	40,1%	39,5%
Sachaufwandsquote	52,5%	38,7%

	2012	2011
in Mio €		
Erträge insgesamt	33 741	33 228
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1 721	1 839
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	31 236	25 999
Ergebnis vor Steuern	784	5 390
Jahresüberschuss	291	4 326

	31.12.2012	31.12.2011
Bilanzsumme	2012	2 164
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	54,0	53,4
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente	11,4%	9,5%
Tier-1-Kapitalquote	15,1%	12,9%

	31.12.2012	31.12.2011
Anzahl		
Niederlassungen	2 984	3 078
davon in Deutschland	1 944	2 039
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	98 219	100 996
davon in Deutschland	46 308	47 323

Langfristige Bonitätseinstufung

	31.12.2012	31.12.2011
Moody's Investors Service	A2	Aa3
Standard & Poor's	A+	A+
Fitch Ratings	A+	A+

¹Aus Gründen der Vergleichbarkeit berechnen wir eine bereinigte Kennziffer für unsere Eigenkapitalrendite. Diese bereinigte Kennziffer bezeichnen wir als „Eigenkapitalrendite vor Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“. Es handelt sich dabei nicht um eine IFRS-basierte Kennziffer. Bei einem Vergleich mit anderen Unternehmen sollten daher die Unterschiede bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die Positionen, um die wir das durchschnittliche Eigenkapital (2012: 55,6 Mrd €; 2011: 50,5 Mrd €) bereinigen, sind die durchschnittlichen Gewinne/Verluste in der sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung, alle Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern (2012: minus 197 Mio €; 2011: minus 519 Mio €), sowie die durchschnittliche jährliche Dividende, die unterjährig abgegrenzt und nach Zustimmung der im folgenden Jahr stattfindenden Hauptversammlung ausgezahlt wird (2012: 670 Mio €; 2011: 617 Mio €). Die angewandten Steuersätze bei der Berechnung des durchschnittlichen Active Equity basieren auf den im Jahresabschluss für die jeweiligen Sachverhalte verwendeten Steuersätzen und nicht auf einem generellen Durchschnittssteuersatz.

Die Deutsche Bank-Aktie

Wissenswertes über die Deutsche Bank-Aktie

2012

Gesamtrendite (Total Return) ¹ im Jahresverlauf	15,03%
Anteil am Aktienumsatz (Xetra) ²	5,10%
Durchschnittlicher Börsenumsatz pro Tag ²	7,6 Mio Aktien
Aktienkurs höchst	39,50 €
Aktienkurs tiefst	22,51 €
Dividende je Aktie (für 2012 vorgeschlagen)	0,75 €

Per 31.12.2012

Ausgegebene Aktien	929 499 640
Ausstehende Aktien	929 183 898
Grundkapital	2 379 519 078,40 €
Marktkapitalisierung	30,63 Mrd €
Aktienkurs ³	32,95 €
Gewicht im DAX	4,61 %
Gewicht im Euro STOXX 50	1,95 %

Wertpapierkennung

Deutsche Börse	Namensaktie	New York Stock Exchange	
Emissionsart		Emissionsart	Global Registered Share
Symbol	DBK	Währung	US-\$
WKN	514000	Symbol	DB
ISIN	DE0005140008	CINS	D 18190998
Reuters	DBKGn.DE	Bloomberg	DBK GR

¹Auf der Basis von Xetra

²Orderbuchstatistik (Xetra)

³Xetra-Schlusskurs

Brief der Vorstandsvorsitzenden – 02
Group Executive Committee – 08
Brief des Aufsichtsrats – 10
Aufsichtsrat – 14

01 – Der Deutsche Bank-Konzern

Unternehmensprofil und Überblick – 19
Universalbank mit neuer Strategie
Corporate Governance – 23
Hohe Maßstäbe bei der Unternehmensführung
Kultur – 26
Kultureller Wandel
Im Interesse unserer Partner – 27
Engagiert für Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter
und die Gesellschaft

02 – Zielgruppen

Aktionäre – 35
Gut behauptet in volatilen Märkten
Kunden – Corporate Banking & Securities – 39
Neuausrichtung des Geschäfts für ein verändertes Umfeld
Kunden – Global Transaction Banking – 44
International profitabel gewachsen
Kunden – Asset & Wealth Management – 47
Kräfte in einer Einheit gebündelt
Kunden – Private & Business Clients – 50
Eine starke Säule im Privatkundengeschäft
Kunden – Non-Core Operations Unit – 55
Risiken abbauen, Kapital freisetzen
Mitarbeiter – 57
Neue Grundsätze für die Leistungsbewertung
Gesellschaft – 60
Bewusstsein für unternehmerische Verantwortung geschärft

03 – Konzernabschluss/Auszüge

Gewinn-und-Verlust-Rechnung – 65
Bilanz – 66
Der Konzern im Fünfjahresvergleich – 67

04 – Weitere Informationen

Glossar – 71
Impressum/Publikationen – 75
Wichtige Termine – 76



Jürgen Fitschen und Anshu Jain
Co-Vorsitzende des Vorstands

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

2012 war ein sehr wichtiges Jahr für die Deutsche Bank. Wir haben eine Strategie erarbeitet, um unsere Bank in einem nach der Finanzkrise veränderten Umfeld auf Dauer als Gewinnerin zu positionieren. Zur Umsetzung dieser Strategie haben wir einige schwierige, aber klare Entscheidungen getroffen, die unser Ergebnis im Jahr 2012 wesentlich beeinflusst haben.

Als wir im Juni des vergangenen Jahres unsere neue Aufgabe als Co-Vorsitzende des Vorstands übernahmen, räumten wir der Erarbeitung einer neuen Strategie oberste Priorität ein. Nach intensiven Gesprächen mit allen Interessengruppen stellten wir im September unsere „Strategie 2015+“ mit durchweg positiver Resonanz vor. Unsere Strategie trägt einem veränderten Umfeld Rechnung. Kennzeichen sind striktere Regulierung, stark veränderte öffentliche Wahrnehmung, höhere Kapitalanforderungen, Margendruck und sinkende Geschäftsvolumina sowie ein historisch niedriges Zinsniveau.

Für die Umsetzung unserer Strategie 2015+ sind fünf Ansatzpunkte entscheidend: Kapital, Kosten, Kompetenz, Kunden und Kultur. Auf all diesen Feldern machten wir 2012 erhebliche Fortschritte und schufen so eine solide Ausgangsbasis für 2013.

Die Stärkung unserer Kapitalbasis ist für die Erfüllung der anspruchsvollen Vorschriften nach Basel 3 von entscheidender Bedeutung. Im Jahresverlauf 2012 konnten wir uns pro forma Tier-1-Kernkapitalquote nach Basel 3 von unter 6% auf 7,8% erhöhen. Im Vergleich zu unseren Wettbewerbern ist uns die schnellste organische Kapitalbildung gelungen und wir übertrafen damit unser veröffentlichtes Ziel von 7,2% deutlich. Dieser Erfolg ist zum Großteil einer erheblichen Reduzierung unseres Kapitalbedarfs zu verdanken. Seit Juni haben wir uns pro forma Basel 3"-risikogewichteten Aktiva-Äquivalente um 80 Mrd € verringert. Dies ist uns vor allem durch den Verkauf und die Absicherung von Vermögenswerten, aber auch durch in Absprache mit den Aufsichtsbehörden verbesserte Risikomodelle und -prozesse gelungen. Ferner hat unsere neu gegründete Non-Core Operations Unit (NCOU) mit 29 Mrd € zu dieser Reduzierung beigetragen. Alles in allem haben wir uns kapitalmäßig so gestärkt, als hätten wir eine Kapitalerhöhung von über 7 Mrd € durchgeführt. Dies ermöglichte es uns, die Kapitalziele für das erste Quartal 2013 nach oben zu korrigieren: So haben wir unsere Zielgröße für die Tier-1-Kernkapitalquote nach Basel 3

von 8% auf 8,5% angehoben beziehungsweise die Zielgröße für die Reduzierung des Kapitalbedarfs – in pro forma risiko-gewichteten Aktiva-Äquivalenten nach Basel 3 – von 90 Mrd € auf über 100 Mrd € erhöht.

Auch die Kosteneffizienz ist ein zentrales Element unserer Strategie. Im Rahmen des Operational Excellence (OpEx) Program wollen wir bis Ende 2015 die laufenden operativen Kosten um 4,5 Mrd € pro Jahr reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir über die nächsten drei Jahre 4 Mrd € investieren. Wir wollen hervorragende Infrastrukturfunktionen aufbauen, die als gleichberechtigte Partner unserer Geschäftsbereiche fungieren, Duplikierungen und unnötige Komplexität vermeiden, um höchstmögliche Effizienz zu erreichen. Bis Ende 2012 haben wir mit einmaligen Investitionen von rund 500 Mio € wie geplant 400 Mio € an laufenden Kosten eingespart.

In allen Kern-Unternehmensbereichen haben wir signifikante Fortschritte erzielt. Private & Business Clients (PBC) hatte mit einem Zinsniveau nahe null und schwierigen Wirtschaftsbedingungen in einigen Märkten der Eurozone zuretzukommen. Intern war zudem die komplexe Aufgabe der Integration der Postbank zu bewältigen, die planmäßig verläuft. PBC hat diese Herausforderungen erfolgreich gemeistert. Der Unternehmensbereich erwirtschaftete ein solides operatives Ergebnis, gewann in Deutschland Marktanteile im Kreditgeschäft und bewies im internationalen Geschäft seine Widerstandsfähigkeit.

Nicht zuletzt dank der Widerstandsfähigkeit unseres Geschäftsmodells konnte Corporate Banking & Securities (CB & S) ein stabiles operatives Ergebnis erzielen. Im Bereich Fixed Income sind wir bereits im dritten Jahr in Folge die globale Nummer eins, im Aktienhandel haben wir unseren Marktanteil erhöht. In Corporate Finance stieg unser Marktanteil auf Rekordhöhe. Wir rangieren hier weltweit unverändert auf Platz fünf. CB & S erzielte diesen Erfolg trotz beträchtlicher Herausforderungen im Jahr 2012: Margendruck, sinkende Geschäftsvolumina, Volatilität, Unsicherheiten in der Eurozone, strengereaufsichtsrechtliche Vorschriften und interne Restrukturierung.

Asset & Wealth Management (AWM) hatte umfangreiche organisatorische Herausforderungen zu meistern: zum einen die komplexe Integration von fünf Geschäftseinheiten, zum anderen Abflüsse von Kundengeldern im Asset Management im Nachgang der strategischen Überprüfung 2011 und Anfang 2012. Das neue Managementteam hat mit der Schaffung einer integrierten Global

Client Group und einer vereinheitlichten Investmentplattform das Fundament für künftiges Wachstum gelegt. Effizienzmaßnahmen machen gute Fortschritte und die Mitarbeiterzahl wurde von Juni bis Jahresende um rund 10% reduziert. Aber wir sind uns bewusst, dass es Zeit braucht, bis sich die laufenden Maßnahmen vollständig in operativen Ergebnissen niederschlagen.

Global Transaction Banking (GTB) erwirtschaftete 2012 im Kerngeschäft ein gutes Ergebnis. In einem Umfeld niedriger Zinsen ist es dem Unternehmensbereich gelungen, die Provisionserträge seit 2007 um über 30% zu steigern. Im Vergleich zu 2011 wuchsen die Erträge insbesondere in den wichtigen US-amerikanischen und asiatischen Märkten. Beeinträchtigt wurde das Ergebnis von GTB allerdings durch Kosten für die Restrukturierung des Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden, die planmäßig verläuft.

Die Deutsche Bank hat 2012 einen Gewinn nach Steuern von 0,3 Mrd € und einen Gewinn vor Steuern von 0,8 Mrd € erzielt. Dieses Ergebnis spiegelt Entscheidungen in Bezug auf spezifische und in einigen Fällen historische Sachverhalte wider, die wir bei der Festlegung unserer langfristigen strategischen Ausrichtung getroffen haben. Der Unternehmensbereich NCOU wies 2012 einen Verlust vor Steuern von 2,9 Mrd € aus. Dank ihres geringeren Kapitalbedarfs konnte die neue Einheit jedoch de facto Kapital von rund 2 Mrd € generieren. Im Kerngeschäft der Bank haben wir Wertminderungen auf Geschäfts- und Firmenwerte sowie andere immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 1,5 Mrd € vorgenommen, die hauptsächlich in Zusammenhang mit früheren Akquisitionen stehen. Mit 1,4 Mrd € wurde in erheblichem Umfang für signifikante Rechtsstreitigkeiten vorgesorgt. Bereinigt um diese Positionen lag das Ergebnis im Kerngeschäft der Bank bei 6,5 Mrd €. Hierin sind bereits weitere Sonderaufwendungen von 1,4 Mrd € berücksichtigt. Das solide operative Ergebnis des Kerngeschäfts der Bank ist Ausdruck der Einsatzbereitschaft, Professionalität und harten Arbeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ihnen danken wir ausdrücklich für ihre Leistung im Jahr 2012.

Wir sind überzeugt, dass wir das beste Ergebnis für unsere Aktionäre nur dann erzielen, wenn wir unsere Kunden in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Dieser Maxime sind wir 2012 gefolgt. Wir haben 300 000 Privatkunden zu einem neuen Eigenheim verholfen und 60 000 Kleinunternehmen bei der Betriebsgründung oder -erweiterung unterstützt. Wir haben 180 Firmen- und institutionelle Kunden bei ihrem Kapitalmarktdebüt begleitet. Für internationale Handelsfinanzierungen

haben wir 56 Mrd € bereitgestellt sowie 8000 Unternehmen und Institutionen bei der Absicherung ihrer Währungsrisiken unterstützt. Unseren Kunden in Deutschland haben wir bis 2015 ein zusätzliches Kreditvolumen in Höhe von 10 Mrd € zugesagt. Erst kürzlich haben wir uns verpflichtet, unser deutsches Filialnetz stärker auf den Mittelstand auszurichten, um die Betreuung dieses wichtigen Kundensegments zunehmend regional zu verankern und auszubauen.

Die Deutsche Bank als Vorreiterin des kulturellen Wandels zu etablieren, ist ein zentrales Element der Strategie 2015+. 2012 haben wir unsere internen Kontrollmechanismen ausgebaut und unsere Systeme, Prozesse und Überwachungskapazitäten verstärkt. Wir haben eine unabhängige Vergütungskommission eingesetzt, die sich aus führenden Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Finanzen und Politik zusammensetzt. Ihre Empfehlungen sind bereits in die Vergütungspraxis 2012 eingeflossen. Zusätzlich haben wir unsere Leistungsstandards an unserer Unternehmenskultur ausgerichtet. So stellen wir sicher, dass wir unsere Mitarbeiter motivieren und angemessen entlohnern – und zwar nicht nur für das, was sie erreichen, sondern auch dafür, wie sie es erreichen. Unter unserer persönlichen Führung leiten Mitglieder des Vorstands und des Group Executive Committee Initiativen, um die Integrität im Umgang mit unseren Kunden, die Disziplin im operativen Bereich und die funktionsübergreifende Zusammenarbeit zu fördern. Wir machen uns keine Illusionen: Ein umfassender Kulturwandel braucht Zeit. Die gravierenden Folgen einiger Themen aus den vergangenen Jahren, die unsere Reputation im Jahr 2012 beeinträchtigten, werden uns zweifelsohne auch 2013 begleiten. Gerade aus diesem Grund sind wir fest entschlossen, den Weg des kulturellen Wandels weiterzugehen.

Mit Blick auf 2013 sehen wir nach den Turbulenzen im Jahr 2011 und Anfang 2012 Anzeichen für eine Stabilisierung der globalen Wirtschaft. In der Eurozone haben die Führungsrolle Deutschlands und die Entschlossenheit der EZB, die gemeinsame Währung zu stützen, wesentlich zur Stabilität beigetragen. In den USA geht die private Verschuldung zurück und der Immobilien- wie der Arbeitsmarkt erholen sich. Doch der Weg der Erholung wird auch weiterhin von politischen Herausforderungen begleitet: In den USA steht eine nachhaltige Lösung der Schuldenobergrenze noch aus, während das Wahlergebnis in Italien und die Lage in Zypern an die politischen Unsicherheiten in Europa erinnern. Dennoch sind die Aussichten für eine stabilere Weltwirtschaft ermutigend für die Finanzmärkte und unsere Kunden.

In den vergangenen fünf Jahren gab es in der Finanzindustrie umfangreiche regulatorische Veränderungen. Viele dieser Veränderungen waren notwendig und hilfreich. Insbesondere Basel 3 sorgt für ein robusteres Finanzsystem. Allerdings betrachten wir aufsichtsrechtliche Vorschriften, die das Universalbankenmodell in Frage stellen oder die globalen Wettbewerbsbedingungen zulasten europäischer Banken verzerren, weiterhin mit Sorge. Diese dürften unbeabsichtigte und negative Auswirkungen für unsere Kunden haben sowie Europas Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsaussichten verschlechtern.

Die Deutsche Bank will die global führende kundenorientierte Universalbank sein. Wir sind überzeugt, dass wir unseren Kunden mit diesem Geschäftsmodell am besten dienen und ihnen eine umfassende Produkt- und Leistungspalette anbieten können – und zwar überall dort auf der Welt, wo sie uns brauchen. Unseren Kunden in Deutschland, vor allem im wichtigen Mittelstandssegment, können wir durch die Kombination aus globaler Reichweite und starker lokaler Präsenz einzigartige Vorteile bieten. Unser diversifiziertes Geschäftsmodell gibt uns die Möglichkeit, die Kreditversorgung der Wirtschaft zu angemessenen Konditionen zu gewährleisten. Wir sind der festen Überzeugung, dass das Universalbankenmodell im Interesse unserer Kunden, des Finanzsystems und der Wirtschaft Europas ist.

Die Strategie 2015+ hat das Ziel, die Deutsche Bank als Gewinnerin in einem veränderten Umfeld zu positionieren. Die Entwicklungen im vergangenen Jahr bestärken uns in der Überzeugung, dass diese Strategie richtig ist. Wir werden uns auch künftig für unsere Kunden, Aktionäre, Mitarbeiter und die Gesellschaft als Ganzes einsetzen.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Fitschen
Co-Vorsitzender des Vorstands



Anshu Jain
Co-Vorsitzender des Vorstands

Frankfurt am Main, im April 2013

Group Executive Committee



1

2

3

4

5

6

7

8

9

1 Jacques Brand, *1960
Chief Executive Officer
für Nordamerika.

2 Alan Cloete, *1962
Co-Chief Executive Officer
für Asien/Pazifik.

3 Gunit Chadha, *1961
Co-Chief Executive Officer
für Asien/Pazifik.

4 Colin Grassie, *1961
Chief Executive Officer
für Großbritannien.

5 Stuart Lewis, *1965
Vorstandsmitglied seit 2012.
Chief Risk Officer.

6 Rainer Neske, *1964
Vorstandsmitglied seit 2009.
Head of Private & Business Clients.

7 Robert Rankin, *1963
Co-Head of Corporate Banking &
Securities und Head of Corporate Finance.

8 Colin Fan, *1973
Co-Head of Corporate Banking &
Securities und Head of Markets.

9 Stefan Krause, *1962
Vorstandsmitglied seit 2008.
Chief Financial Officer.



10

11

12

13

14

15

16

17

18

10 Jürgen Fitschen, *1948
Vorstandsmitglied seit 2009.
Co-Vorsitzender des Vorstands
und des Group Executive Committee.

11 Anshuman Jain, *1963
Vorstandsmitglied seit 2009.
Co-Vorsitzender des Vorstands
und des Group Executive Committee.

12 Michele Faissola, *1968
Head of Asset & Wealth Management.

13 Werner Steinmüller, *1954
Head of Global Transaction Banking.

14 Christian Ricken, *1966
Chief Operating Officer
of Private & Business Clients.

15 Stephan Leithner, *1966
Vorstandsmitglied seit 2012.
Chief Executive Officer Europa
(ohne Deutschland und Großbritannien),
Human Resources, Legal & Compliance,
Government & Regulatory Affairs.

16 Henry Ritchotte, *1963
Vorstandsmitglied seit 2012.
Chief Operating Officer.

17 Richard Walker, *1950
General Counsel.

18 David Folkerts-Landau, *1949
Head of Research.



Der Aufsichtsrat von links nach rechts:

Werner Wenning, Stefan Viertel, Dr. Karl-Gerhard Eick,
Renate Voigt, Tilman Todenhöfer, Suzanne Labarge,
Dr. Johannes Teyssen, Alfred Herling, Gabriele Platscher,
Karin Ruck, Katherine Garrett-Cox, Wolfgang Böhr,
Dr. Paul Achleitner, Henriette Mark, Martina Klee,
Marlehn Thieme, Prof. Dr. Henning Kagermann,
Rudolf Stockem, Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler,
Peter Löscher

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

Vertrauen ist der Anfang von allem, so ein Leitgedanke der Bank. Vor einem Jahr haben Sie diesem Aufsichtsrat mit im Schnitt mehr als 97% der Stimmen durch Entlastung beziehungsweise Neuwahl in eindrucksvoller Weise Ihr Vertrauen ausgesprochen. Auch wenn diese Ergebnisse wie in den vergangenen Jahren von Einzelnen gerichtlich angefochten wurden, haben wir dieses – Ihr – Vertrauen als Basis unseres Handelns genommen.

Verpflichtung ist das Korrelat von Vertrauen. Wir sind Ihnen, den Eigentümern der Deutschen Bank AG, verpflichtet. In Ihrem Namen überwachen wir die Geschäftstätigkeit des Vorstands und beraten ihn in entscheidenden Fragen. Dazu fanden im abgelaufenen Jahr 28 Sitzungen des Aufsichtsratsplenums und seiner Ausschüsse sowie ein Strategieworkshop statt. Bis auf eine einzige entschuldigte Abwesenheit nahmen alle Mitglieder an allen entsprechenden Sitzungen teil. Wichtige Themen und anstehende Entscheidungen wurden in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorstand und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Veränderungen bei der Deutschen Bank hat es im abgelaufenen Geschäftsjahr im Besonderen in der personellen Führungsstruktur und durch die Anpassung des Geschäftsmodells gegeben. Unter der Leitung der neuen Co-Vorsitzenden des Vorstands, der Herren Fitschen und Jain, stellte die Bank im September 2012 ihre strategischen und finanziellen Ambitionen bis zum Jahr 2015 und für die Folgejahre vor. Mit der Strategie 2015+ bekennt sich die Deutsche Bank zum bewährten kundenzentrierten Universalbankmodell, zu ihrem Heimatmarkt Deutschland und ihrer globalen Aufstellung. Zentrale Ziele sind der weitere Risikoabbau, das organische Wachstum der Kapitalbasis und eine höhere operative Leistungsfähigkeit. Die Deutsche Bank hat sich zudem dazu bekannt, beim kulturellen Wandel im Finanzdienstleistungssektor eine Vorreiterrolle einzunehmen. Nur ein – aber ein wichtiger – Bestandteil dessen ist die Anpassung der Vergütungsmodelle.

Vollständigkeit ist unser Anspruch bei der Aufklärung rechtlicher Themen. Mit ihnen haben wir uns im vergangenen Jahr besonders intensiv befasst. Dazu zählten die Untersuchungen zu den Referenzzinssätzen, die US-amerikanischen Embargovorschriften beispielsweise gegenüber dem Iran, der Handel mit CO₂-Verschmutzungszertifikaten sowie die Verfahren Dr. Kirch und andere Rechtsstreitigkeiten. Diese belasten die Bank materiell, vor allem aber ihre Reputation. Seien Sie versichert, dass wir – auch mit Unterstützung zahlreicher externer Rechtsanwälte – alles unternehmen, um in diesen Fällen vollständige Transparenz zu schaffen und die Wiederholung von Fehlern zu verhindern. Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle angeführt, dass sich der Aufsichtsrat naturgemäß fortlaufend mit der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank auseinandersetzt hat und dabei neben den erwähnten rechtlichen Themen regulatorische Aspekte im Vordergrund standen. Insbesondere die Themenkomplexe Trennbankensystem, Basel 3 sowie dessen Umsetzung auf europäischer Ebene fanden verstärkte Beachtung. Mit den wichtigsten Regulatoren der Deutschen Bank im In- und Ausland standen wir in direktem Kontakt.

Verantwortung tragen wir nicht nur gegenüber den Eigentümern, sondern ebenso für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Bank. Für ihre Loyalität in schwierigen Zeiten, die hinter und teilweise noch vor uns liegen, möchten wir uns besonders bedanken. Einerseits erfordern die stark veränderten Wettbewerbsbedingungen von den Mitarbeitern erhöhte Flexibilität, andererseits hat der Ruf des Hauses in der Öffentlichkeit gelitten. Das Berufsbild des (Deutsche) Bank-Mitarbeiters steht in der Kritik – in den allermeisten Fällen zu Unrecht, wie wir meinen. Die erforderliche Aufarbeitung von Verhaltensweisen Einzelner und der Rolle der Institution dabei wurde und wird in einer breiten Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Die Häufung der Berichte erweckte teilweise den fatalen Eindruck, Banken hätten aus Fehlern keine Lehren gezogen. Dies trifft – jedenfalls für die Deutsche Bank – nicht zu. Ihr Aufsichtsrat wird alles in seiner Macht Stehende tun, um die kulturellen Grundlagen für eine gesellschaftlich akzeptierte, nachhaltig erfolgreiche und global wettbewerbsfähige kundenzentrierte Universalbank zu fördern und einzufordern. Dies gebietet die Verantwortung für unsere Gesellschaft und für unsere Wirtschaft. Eine erfolgreiche Deutsche Bank innerhalb eines stabilen und funktionstüchtigen Finanzwesens dient allen. Die Themen Kundenzentrierung und Kulturwandel mögen vielen

überstrapaziert erscheinen und mancherorts Zynismus hervorrufen. Aber es führt kein Weg daran vorbei, dass alles Geschäft – nicht zuletzt das Bank- und Kapitalmarktgeschäft – auf dem Kundennutzen basiert. Die Führung der Deutschen Bank hat sich ausdrücklich zu diesem Prinzip bekannt und wir werden sie stets daran erinnern. Wir werden uns konstruktiv in die politische Diskussion zur Stabilisierung des Finanzsystems einbringen, tragfähige Vorschläge zum regulatorischen Umfeld machen und auf unbeabsichtigte Nebenwirkungen gesetzlicher Eingriffe hinweisen.

Vergessen wollen wir an dieser Stelle nicht den Dank. Wir danken unseren Kapitalgebern und Kunden für ihr Vertrauen, danken den Mitarbeitern für ihr Engagement und danken insbesondere auch denjenigen, die nach teilweise langer Zeit im abgelaufenen Jahr aus den Diensten der Deutschen Bank geschieden sind, für ihren großen Einsatz. Stellvertretend gilt unser Dank den ehemaligen Vorstandsmitgliedern Dr. Ackermann, Dr. Bänziger und Lamberti sowie den ehemaligen Aufsichtsratsmitgliedern Dr. Börsig, Herzberg, Lévy und Dr. Siegert.

Verweisen möchten wir schließlich auf die große Tradition unserer Bank, die in ihrer 142-jährigen Geschichte manche schwierige und turbulente Zeit erfolgreich gemeistert hat. Weithin bekannt ist Alfred Herrhausens Anspruch an sich und die Bank: „Wir müssen sagen, was wir denken, wir müssen tun, was wir sagen und müssen sein, was wir tun.“ Weniger bekannt ist seine Beobachtung: „Ein Unternehmen, das sich entwickelt, braucht alle fünfzehn bis zwanzig Jahre so etwas wie eine kleine Kulturrevolution.“ Beides trifft auch heute noch zu.

Den gewohnten, ausführlichen Bericht des Aufsichtsrats finden Sie auf den Seiten 464 bis 470 des Finanzberichts 2012.

Im Namen des Aufsichtsrats



Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender



Karin Ruck
Stv. Vorsitzende

Aufsichtsrat

Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender,
seit 31. Mai 2012
München

Dr. Clemens Börsig
Vorsitzender,
bis 31. Mai 2012
Frankfurt am Main

Karin Ruck*
Stellvertretende Vorsitzende
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Wolfgang Böhr*
Deutsche Bank AG,
Düsseldorf

Dr. Karl-Gerhard Eick
KGE Asset Management Consulting Ltd.,
London

Katherine Garrett-Cox
Chief Executive Officer
Alliance Trust Plc,
Brechin, Angus

Alfred Herling*
Deutsche Bank AG,
Wuppertal

Gerd Herzberg*
bis 31. Mai 2012
Hamburg

Prof. Dr. Henning Kagermann
Präsident acatech – Deutsche
Akademie der Technikwissenschaften,
Königs Wusterhausen

Martina Klee*
Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Suzanne Labarge
Toronto

Maurice Lévy
bis 31. Mai 2012
Chairman und Chief Executive Officer,
Publicis Groupe S.A.,
Paris

Peter Löscher
seit 31. Mai 2012
Vorsitzender des Vorstands
Siemens AG,
München

Henriette Mark*
Deutsche Bank AG,
München

Gabriele Platscher*
Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Dr. Theo Siegert
bis 31. Mai 2012
Geschäftsführender Gesellschafter
de Haen Carstanjen & Söhne,
Düsseldorf

Rudolf Stockem*
seit 1. Juni 2012
Gewerkschaftssekretär ver.di –
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Aachen

Dr. Johannes Teyssen
Vorsitzender des Vorstands
E.ON SE,
Düsseldorf

Marlehn Thieme*
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Tilman Todenhöfer
Persönlich haftender
Gesellschafter Robert Bosch
Industrietreuhand KG,
Madrid

Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler
seit 31. Mai 2012
Essen

Stefan Viertel*
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Renate Voigt*
Deutsche Bank AG,
Stuttgart

Werner Wenning
Vorsitzender des Aufsichtsrats E.ON SE;
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Bayer AG seit 1. Oktober 2012,
Leverkusen

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt;
Renate Voigt gerichtlich als Arbeitnehmervertreter bestellt.

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss

- Dr. Paul Achleitner
seit 31. Mai 2012
Vorsitzender
- Dr. Clemens Börsig
bis 31. Mai 2012
Vorsitzender
- Alfred Herling*
- Karin Ruck*
- Tilman Todenhöfer

Vermittlungsausschuss

- Dr. Paul Achleitner
seit 31. Mai 2012
Vorsitzender
- Dr. Clemens Börsig
bis 31. Mai 2012
Vorsitzender
- Wolfgang Böhr*
- Karin Ruck*
- Tilman Todenhöfer

Prüfungsausschuss

- Dr. Karl-Gerhard Eick
Vorsitzender
- Dr. Paul Achleitner
seit 31. Mai 2012
- Dr. Clemens Börsig
bis 31. Mai 2012
- Henriette Mark*
- Karin Ruck*
- Dr. Theo Siegert
bis 31. Mai 2012
- Marlehn Thieme*
- Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler
seit 31. Mai 2012

Risikoausschuss

- Dr. Paul Achleitner
seit 31. Mai 2012
Vorsitzender
- Dr. Clemens Börsig
bis 31. Mai 2012
Vorsitzender
- Prof. Dr. Henning Kagermann
- Suzanne Labarge
- Dr. Theo Siegert
bis 31. Mai 2012
Ersatzmitglied

Nominierungsausschuss

- Dr. Paul Achleitner
seit 31. Mai 2012
Vorsitzender
- Dr. Clemens Börsig
bis 31. Mai 2012
Vorsitzender
- Tilman Todenhöfer
- Werner Wenning



Stabilität in Zeiten des Wandels

Die Deutsche Bank verfügt über starke Marktpositionen und attraktive Geschäftsfelder. Mit der Strategie 2015+ sollen das Kapital sowie die Ertragskraft gestärkt und der erfolgreiche Wandel zu einer neuen Unternehmenskultur vorangebracht werden. Die eingeschlagene Richtung und die ersten Ergebnisse stimmen uns unterm Strich positiv. Jetzt heißt es „Kurs halten“.

Alexandra Annecke,
Fondsmanagerin, Union Investment,
Frankfurt am Main



Das Video-Statement von
Alexandra Annecke gibt es
[unter www.deutsche-bank.de/12/aktionare](http://www.deutsche-bank.de/12/aktionare)

01 -

Der Deutsche Bank-Konzern

Unternehmensprofil und Überblick – 19

Universalbank mit neuer Strategie

Corporate Governance – 23

Hohe Maßstäbe bei der Unternehmensführung

Kultur – 26

Kultureller Wandel

Im Interesse unserer Partner – 27

Engagiert für Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter
und die Gesellschaft

Unternehmensprofil und Überblick

Universalbank mit neuer Strategie

Die Deutsche Bank ist eine der führenden globalen Universalbanken. Ihre Geschäfte umfassen eine breite Palette von Aktivitäten im Investment Banking und im Firmen- und Privatkundengeschäft sowie in der Vermögensverwaltung. Der Konzern ist in allen Regionen der Welt tätig. In unserem Heimatmarkt Deutschland sind wir Marktführer. In Europa gehören wir zu den führenden Anbietern. Eine starke Wettbewerbsposition haben wir in Nordamerika und in wichtigen, vor allem asiatischen Wachstumsmärkten. Der Konzern steht auf einer soliden Kapital- und Liquiditätsbasis.

Managementstruktur

Das Jahr 2012 stand bei der Deutschen Bank im Zeichen des Führungswechsels. Zum 1. Juni 2012 wurden Jürgen Fitschen und Anshu Jain zu gleichberechtigten Co-Vorsitzenden des Vorstands und des Group Executive Committee (GEC) ernannt.

Die Aufgaben des Vorstands der Deutschen Bank AG umfassen insbesondere die strategische Steuerung, Ressourcenallokation, Rechnungslegung und Finanzberichterstattung sowie das Risikomanagement und die Kontrolle des Konzerns. Der Vorstand nimmt seine Führungs- und Aufsichtsfunktion, in der ihn die zentrale Infrastruktur und ihm zugeordnete Stabs- und Serviceabteilungen unterstützen, auch über von ihm geleitete Gremien wahr.

Das Group Executive Committee besteht aus den Mitgliedern des Vorstands sowie Führungskräften unserer Regionen, Unternehmensbereiche und einiger Infrastrukturfunktionen.

Das GEC dient der Koordination der globalen Geschäftsbereiche und Regionen. Seine Aufgaben und Verantwortlichkeiten umfassen insbesondere die fortlaufende Unterichtung des Vorstands über Geschäftsentwicklungen und spezifische Transaktionen, die regelmäßige Überprüfung der Geschäftssegmente der Bank, die Erörterung strategischer Fragen mit dem Vorstand sowie dessen Beratung und die Vorbereitung von Vorstandsscheidungen.

Managementstruktur



Unternehmensbereiche

Die Deutsche Bank gliedert sich in die fünf Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities (CB&S), Global Transaction Banking (GTB), Asset & Wealth Management (AWM), Private & Business Clients (PBC) und Non-Core Operations Unit (NCOU).

Corporate Banking & Securities

CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Markets und Corporate Finance. Zu Markets gehören die Vertriebs-, Handels- und Strukturierungsaktivitäten für ein breites Spektrum von Finanzprodukten wie Anleihen, Aktien und aktienbezogene Produkte, börsennotierte und außerbörsliche Derivate, Devisen, Geldmarktinstrumente, verbriefte Forderungen sowie Rohstoffe.

Corporate Finance ist für Fusionen und Übernahmen, die Emission von Anleihen und Aktien sowie die Betreuung von Groß- und Mittelstandsunternehmen im Kapitalmarktgeschäft zuständig. Regionale branchenfokussierte Teams stellen sicher, dass den Kunden alle angebotenen Finanzierungsprodukte und Serviceleistungen aus einer Hand zur Verfügung stehen.

Global Transaction Banking

Der Unternehmensbereich GTB ist weltweit für Firmen und Finanzdienstleister tätig. Seine Produkte und Leistungen unterstützen die Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen sowie die Risikosteuerung und Finanzierung von internationalen Handelsgeschäften. Außerdem stellt GTB Serviceleistungen im Treuhand-, Vermittlungs- sowie Wertpapierverwahrungs- und -verwaltungsgeschäft bereit.

Asset & Wealth Management

Im Jahr 2012 hat die Deutsche Bank ihren Unternehmensbereich Asset & Wealth Management (AWM) neu gestaltet. Zu AWM gehören die ehemaligen Geschäftsbereiche Private Wealth Management (PWM) und Asset Management (AM) sowie das passive Anlagegeschäft und die alternativen Plattformen für Drittanbieter, die Ende 2012 von CB&S auf AWM übertragen wurden.

Der Unternehmensbereich unterstützt mit seinem Angebot an traditionellen und alternativen Produkten in allen wichtigen Anlageklassen private und institutionelle Investoren weltweit bei der Absicherung und Vermehrung ihres Vermögens. AWM stellt auch maßgeschneiderte Vermögensverwaltungs- und Beratungsleistungen für sehr vermögende Privatkunden und Familien bereit.

Private & Business Clients

Der Unternehmensbereich PBC betreut Privatkunden, Selbstständige sowie kleine und mittlere Unternehmen, denen ein breites Spektrum an Bankdienstleistungen wie Kontoführung, Kredit- und Einlagengeschäft sowie Vermögensanlage- und Vorsorgeberatung angeboten wird.

Außerhalb Deutschlands ist PBC seit Langem in Italien, Spanien, Belgien und Portugal sowie seit einigen Jahren in Polen, China und Indien aktiv.

Non-Core Operations Unit

Die NCOU wurde im vierten Quartal 2012 gegründet. Sie bündelt nichtstrategische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Ziel ist es, den Abbau von Risiken zu beschleunigen, indem die Veräußerung dieser Aktiva in der Bank koordiniert wird. Das ermöglicht dem Management, sich auf das strategische und operative Geschäft zu konzentrieren, und erhöht zugleich die Transparenz der externen Berichterstattung.

Zentrale Infrastruktur

Der zentrale Infrastrukturbereich unterstützt mit seinen strategischen, risikosteuernden und kontrollierenden Abteilungen den Vorstand bei der Führung des Konzerns. Die dazu erforderlichen Prozesse sind größtenteils global in die Geschäftsbereiche mit engem Kontakt zum Markt integriert, allerdings mit davon unabhängigen eigenen Berichtslinien. Dieses Grundprinzip ist ein Eckpfeiler unserer Organisation und Führungskultur, der sich seit vielen Jahren bewährt hat.

Zum zentralen Infrastrukturbereich gehören die Stabsabteilungen Finance (Finanzen), Legal & Compliance (Recht), Audit (Revision), Tax (Steuern), Risk (Risiko), Investor Relations, Treasury, Communications & Corporate Social Responsibility (Kommunikation & Gesellschaftliche Verantwortung), Human Resources (Personal), Group Strategy (Abteilung für Konzernentwicklung), Corporate Insurance (Versicherungsabteilung) und DB Research (Volkswirtschaftliche Abteilung).

Unsere Strategie 2015+

Die im September 2012 vorgestellte Strategie 2015+ legt dar, wie wir zum einen den kurzfristigen Herausforderungen in einem veränderten geschäftlichen Umfeld begegnen und zum anderen Chancen nutzen wollen, die sich aus langfristigen Megatrends ergeben. Ziel ist die Stärkung und der Ausbau unserer kundenfokussierten globalen Universalbank zum führenden Akteur an den Märkten.

Mit der Strategie 2015+ bekräftigt die Deutsche Bank ihr Bekenntnis zum Universalbankmodell, zu ihrem Heimatmarkt Deutschland und zu ihrer globalen Aufstellung. Sie betont die Notwendigkeit des organischen Wachstums der Kapitalbasis, des weiteren Risikoabbaus und höherer operativer Leistungsfähigkeit. Beim kulturellen Wandel in der Finanzdienstleistungsbranche will die Deutsche Bank eine Vorreiterrolle übernehmen.

Unsere Strategie wollen wir mithilfe von fünf entscheidenden Hebeln verwirklichen:

Kunden. Die Deutsche Bank betreut klar definierte Kundengruppen. Basis ist ihre Fähigkeit, für diese Mehrwert zu schaffen. Im Rahmen der Strategie 2015+ richtet sich unser Augenmerk besonders auf unseren Heimatmarkt Deutschland und Wachstum in prosperierenden Regionen im asiatisch-pazifischen Raum sowie in Amerika.

Kompetenzen. Die Strategie 2015+ baut auf geschäftlicher Stärke auf. Die vier Unternehmensbereiche, die das Kerngeschäft betreiben, wollen wir dahingehend weiterentwickeln, dass sie den zunehmend komplexeren Anforderungen unserer Kunden gerecht werden und rentabel sind. Durch eine engere Zusammenarbeit der Unternehmensbereiche untereinander und mit der zentralen Infrastruktur wollen wir umfangreiche Synergien heben.

Kapital. Die Deutsche Bank wird ihre Kapitalquoten weiter verbessern. Dazu fördert sie das organische Kapitalwachstum und baut risikogewichtete Aktiva ab. Wir rechnen damit, unter den Bedingungen der Basel-3-Vorschriften bis zum Ende des ersten Quartals 2015 eine Tier-1-Kernkapitalquote von mehr als 10% ausweisen zu können. Die Gründung des Unternehmensbereichs Non-Core Operations Unit wird maßgeblich dazu beitragen, den Abbau von nicht zum Kerngeschäft gehörenden Vermögenswerten zu beschleunigen.

Kosten. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit auf lange Sicht zu erhalten, wollen wir unsere operative Leistungsfähigkeit erhöhen. Im Rahmen des Operational Excellence Program (OpEx) werden wir in den kommenden Jahren in erheblichem Umfang Kosten senken und Redundanzen vermindern sowie Strukturen optimieren. Es ist geplant, mit Umsetzungskosten von rund 4 Mrd € ab 2015 jährlich Kosten in Höhe von 4,5 Mrd € einzusparen. Knapp 40% der geplanten Einsparungen entfallen auf die Infrastruktur der Bank einschließlich der IT, der Rationalisierung der regionalen Backoffices und der Zentralisierung des Einkaufs. Darüber hinaus wollen wir unser Immobilienportfolio straffen.

Kultur. Einen tiefgreifenden kulturellen Wandel betrachtet die Bank als unerlässlich. Die Vergütungspraxis ist ein wichtiger Ansatzpunkt, um im Sinne aller Interessengruppen Verhaltensmuster zu ändern. Anreizsysteme sollen sich an nachhaltiger Leistung ausrichten. Im Zentrum unserer Initiativen steht die Beziehung zu unseren Kunden.

Mit der Strategie 2015+ wollen wir in einem veränderten Marktumfeld zu den Gewinnern zählen. Letztlich ist sie darauf ausgelegt, die Deutsche Bank global zur führenden kundenorientierten Universalbank zu machen.

Weltweite Präsenz



- Regionale Hauptstandorte
- Hauptstadt des Landes, in dem wir vertreten sind

Corporate Governance

Hohe Maßstäbe bei der Unternehmensführung

Wirkungsvolle Corporate Governance, die hohen internationalen Standards entspricht, ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Unternehmensführung. Wichtige Grundlagen sind vor allem das deutsche Aktiengesetz und der Deutsche Corporate Governance Kodex. Da unsere Aktie auch an der New Yorker Börse notiert ist, unterliegen wir zudem den betreffenden US-amerikanischen Kapitalmarktgesetzen und Bestimmungen der Securities and Exchange Commission (SEC) sowie der New York Stock Exchange.

Durch unsere Corporate Governance stellen wir eine verantwortungsbewusste, auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtete Leitung und Kontrolle der Deutschen Bank sicher. Vier Elemente sind dafür kennzeichnend: gute Beziehungen zu den Aktionären, eine effektive Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat, ein am langfristigen Erfolg ausgerichtetes Vergütungssystem sowie eine transparente Rechnungslegung in Verbindung mit frühzeitiger Berichterstattung.

Aktionäre

Unsere Aktionäre sind per Gesetz an wichtigen Unternehmensentscheidungen wie Satzungsänderungen, der Verwendung des Bilanzgewinns, der Ermächtigung zur Ausgabe neuer Aktien und wesentlichen Strukturveränderungen beteiligt. Die Deutsche Bank hat nur eine einzige Gattung von Aktien, die jeweils eine Stimme verbrieften. Um unseren Aktionären die Wahrnehmung ihrer Rechte zu erleichtern, setzen wir bei der Hauptversammlung neben der Briefwahl auch elektronische Medien ein. Insbesondere können Vollmachten und Weisungen an die Stimmrechtsvertreter der Deutschen Bank via Internet erteilt werden.

Vorstand

Der Vorstand leitet die Gesellschaft in eigener Verantwortung und kontrolliert die Konzerngesellschaften. Er sorgt dafür, dass die gesetzlichen Bestimmungen sowie unternehmensinternen Richtlinien eingehalten werden, und achtet auf Vielfalt bei der Besetzung von Führungsfunktionen. Die Mitglieder des Vorstands bilden gemeinsam mit den Führungskräften unserer Regionen, Unternehmensbereiche und einiger Infrastrukturfunktionen das Group Executive Committee. Dieses Gremium dient der Koordination der globalen Geschäftsbereiche und Regionen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Geschäftsführung. Grundlegende Entscheidungen, die die Bank betreffen, benötigen seine Zustimmung. Er legt die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands fest, bestellt die Vorstandsmitglieder und plant gemeinsam mit dem Vorstand langfristig deren Nachfolge. Der Aufsichtsrat prüft die Effizienz seiner Arbeit regelmäßig. Neben dem gesetzlich zu bildenden Vermittlungsausschuss hat der Aufsichtsrat einen Präsidial-, einen Prüfungs-, einen Risiko- sowie einen Nominierungsausschuss eingerichtet.

Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben achtet der Aufsichtsrat auf eine ausgewogene Zusammensetzung sowie darauf, dass seine Mitglieder insgesamt die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten haben. Ebenso berücksichtigt er den Aspekt der Vielfalt im Vorstand und bei Wahlvorschlägen für den Aufsichtsrat. Angesichts unserer globalen Geschäftsaktivitäten gehört dem Aufsichtsrat eine angemessene Anzahl von Mitgliedern mit langjähriger internationaler Erfahrung an. Außerdem ist in unserem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder vertreten.

Vergütung

Zentrale Kriterien der Vergütungsstruktur unserer Vorstandsmitglieder sind Angemessenheit und Nachhaltigkeit. Ziel ist es, falsche Anreize zu vermeiden. Maßstab für die Bemessung der variablen Vergütung sind neben dem Gesamterfolg der Bank auch Risikoaspekte, Erfolgsbeiträge der jeweiligen Organisationseinheit sowie individuelle Erfolgsbeiträge. Die Höhe der variablen Bezüge basiert auf längerfristigen Entwicklungen. Maßgebliche Determinanten sind das Erreichen der geplanten Eigenkapitalrendite und das Verhältnis der Aktienrendite der Bank zum entsprechenden Durchschnittswert einer ausgewählten Vergleichsgruppe. Der überwiegende Teil der variablen Vergütung wird aufgeschoben gewährt und unterliegt bestimmten Verfallsbedingungen. Mindestens 50% der gesamten variablen Vergütung sind aktienbasiert und damit von der nachhaltigen Ergebnisentwicklung der Deutschen Bank abhängig.

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder setzt sich aus festen und variablen Komponenten zusammen. Eine variable Vergütung wird entsprechend der Satzung bezahlt, wenn festgelegte Ziele hinsichtlich der Höhe der Dividende und des Ergebnisses je Aktie im Dreijahresdurchschnitt erreicht wurden. Vorsitz beziehungsweise stellvertretender Vorsitz im Aufsichtsrat sowie Vorsitz beziehungsweise Mitgliedschaft in den Ausschüssen mit Ausnahme des Nominierungsausschusses werden zusätzlich vergütet.

Die individuelle Vergütung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie die Grundzüge unseres Vergütungssystems sind im Vergütungsbericht veröffentlicht.
[Siehe Finanzbericht 2012, Seite 222 ff.](#)

Rechnungslegung

Anteilseigner und Öffentlichkeit werden regelmäßig durch den jährlichen Geschäftsbericht, der den Konzernabschluss enthält, sowie die Zwischenberichte informiert. Unsere Konzernrechnungslegung entspricht den International Financial Reporting Standards (IFRS). Dies sorgt für eine hohe Transparenz und internationale Vergleichbarkeit.

Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 30. Oktober 2012 die jährliche Entsprechenserklärung gemäß § 161 Aktiengesetz veröffentlicht. Demnach entspricht die Deutsche Bank AG den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 15. Mai 2012, wobei vorsorglich eine Ausnahme hinsichtlich Ziffer 5.5.3 Satz 1, der die Offenlegung von Interessenkonflikten im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung behandelt, erklärt wird.

Unser ausführlicher Corporate-Governance-Bericht beziehungsweise die Erklärung zur Unternehmensführung 2012 sowie weitere Dokumente zur Corporate Governance der Deutschen Bank wie die Geschäftsordnungen für den Vorstand, den Aufsichtsrat und seine Ausschüsse sind im Internet abrufbar unter ►www.deutsche-bank.de/corporate-governance.

Wir überprüfen unsere Corporate Governance kontinuierlich und passen sie gegebenenfalls an. Dabei berücksichtigen wir neue Erfahrungen und gesetzliche Vorgaben sowie nationale und internationale Standards.

Kultur

Kultureller Wandel

Als Ergebnis einer 100-tägigen strategischen Überprüfung nach dem Wechsel an der Spitze hat die Deutsche Bank erkannt, dass ein tiefgreifender kultureller Wandel zwingend erforderlich ist. Eingeflossen sind Erkenntnisse aus dem Dialog mit allen Interessengruppen, nicht zuletzt aus einer Mitarbeiterbefragung, an der sich mehr als die Hälfte der globalen Belegschaft beteiligt hat.

Der Vorstand definiert den angestrebten Wandel wie folgt: „Wir verpflichten uns, eine Unternehmenskultur zu leben, die Risiken und Erträge in ein ausgewogenes Verhältnis bringt, talentierte Mitarbeiter gewinnt und weiterentwickelt sowie Teamarbeit und Kollegialität fördert – eine Kultur, die sensibel auf die Belange der Gesellschaft eingeht, in der wir tätig sind.“

Der Kulturwandel wird direkt von Mitgliedern des GEC geleitet und vorangetrieben. Auch das zeigt den hohen Stellenwert, der ihm eingeräumt wird.

Integrität, operative Disziplin, Teamarbeit

Im Fokus des kulturellen Wandels stehen drei Kernaspekte: absolute Integrität im Umgang mit Kunden, Disziplin im operativen Bereich und funktionsübergreifende Zusammenarbeit. Indem wir diesen Anspruch in allen Bereichen der Bank umsetzen, schaffen wir eine einheitliche Unternehmenskultur.

Die Bank will sicherstellen, dass ihre Geschäftspraktiken und ihr Verhaltenskodex den höchsten ethischen Standards entsprechen. Dazu verbessert sie seit Jahren auch ihre Kontrollsysteme.

Unsere Mitarbeiter haben für den kulturellen Wandel große Bedeutung. Ihr Verhalten muss mit den Werten der Deutschen Bank in Einklang stehen. 2012 haben wir eine Reihe neuer Grundsätze für die Leistungsbewertung, Qualifizierung und Förderung der Mitarbeiter sowie die Verbesserung der Feedback-Kultur eingeführt. So wird jetzt auch beurteilt, auf welche Art und Weise gesteckte Ziele erreicht werden.

Unabhängige Vergütungskommission

Als wichtigen Teil der breit angelegten Initiative für den Kulturwandel hat die Bank hochrangige Vertreter aus Wirtschaft und Politik gebeten, sie bei der Überprüfung ihrer Vergütungsstrukturen und -praktiken zu unterstützen. Zu den Aufgaben der Kommission gehört eine Bewertung der Vergütungssysteme der Bank sowohl im Vergleich zu anderen Finanzdienstleistungsunternehmen als auch im Hinblick auf gegenwärtige und zu erwartendeaufsichtsrechtliche Anforderungen. Darüber hinaus soll das Gremium Grundsätze und Mindeststandards für künftige Vergütungsstrukturen und -praktiken formulieren sowie die Bank dabei unterstützen, das richtige Maß an Transparenz und Berichterstattung zu definieren. Die ersten Empfehlungen der Kommission sind bereits in die Vergütungspraxis für 2012 eingeflossen; im März 2013 hat sie Vorstand und Aufsichtsrat ihren Abschlussbericht vorgelegt.

Langfristige Aufgabe

Wir wollen den in der gesamten Finanzbranche erforderlichen kulturellen Wandel wesentlich und an führender Stelle mitgestalten und so verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Das Group Executive Committee hat deshalb beschlossen, die identifizierten kulturellen Prioritäten auch in die Zielvereinbarungen mit unseren Mitarbeitern für 2013 aufzunehmen. So wird der kulturelle Wandel integraler Bestandteil der Entwicklungs-, Motivations- und Vergütungsprogramme, die wir unseren Mitarbeitern im Jahr 2013 und darüber hinaus anbieten.

Im Interesse unserer Partner

Engagiert für Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter und die Gesellschaft

01–1

Unsere Partner

Aktionäre

Kunden

Mitarbeiter

Gesellschaft

Die Deutsche Bank hat im Berichtsjahr mit der Strategie 2015+ Maßnahmen ergriffen, die sie in einem veränderten Umfeld langfristig zu einem Gewinner machen sollen. Wir wollen die führende globale Universalbank werden. Der Fokus unserer Strategie liegt auf unseren Kunden; sie stehen im Mittelpunkt unseres Handelns. Weitere Leitlinien sind operative Effizienz, Kostenbewusstsein, Stärkung des Eigenkapitals und dessen zielgerichteter Einsatz. Eine starke und stabile Finanzwirtschaft liegt im Interesse der Realwirtschaft und erfüllt einen wichtigen Beitrag für das Wohlergehen der gesamten Gesellschaft. Wir wollen Leistung und Verantwortung enger miteinander verzahnen und mit unserem Denken und Handeln maßgeblich zum nachhaltigen Erfolg beitragen.

Aktionäre

Unsere Aktionäre sind an einer dauerhaft positiven Entwicklung und hohen Reputation der Deutschen Bank interessiert. Neben der Stärkung der Kapitalbasis und der Ertragskraft sowie der Reduzierung von Risiken bleibt die langfristige Rendite unserer Aktie wichtig. Im Interesse unserer Eigentümer werden wir die Anreiz- und Vergütungsstrukturen insbesondere der obersten Führungsebenen aller Geschäftsbereiche strikt an die langfristig erfolgreiche Entwicklung der Bank binden.

Kunden

Die Deutsche Bank will Mehrwert für ihre Kunden erzielen. Deren Interessen sind das Maß unserer Arbeit. Aufgabe der Mitarbeiter ist es, bestmögliche Lösungen im Interesse der Kunden zu finden; dies ist auch in der Steuerung des Vertriebs angemessen berücksichtigt. Den Bedürfnissen unserer Privatkunden widmen wir höchste Aufmerksamkeit. Dazu gehören eine klare, leicht verständliche Beratung und die Transparenz der Produkte. Unseren Einsatz für den Mittelstand und Großunternehmen haben wir weltweit verstärkt.

Mitarbeiter

Unsere Mitarbeiter sind der Garant für den Unternehmenserfolg. Wir stehen zu unserer Leistungskultur und setzen auf die Vielfalt der Belegschaft. Veränderte Vergütungskonzepte sowie differenzierte Standards in der Mitarbeiterbeurteilung sind Erfolge des Jahres 2012 und grundlegende Elemente, um Qualität und Nachhaltigkeit zu stärken. Jeder Einzelne wird strikt in die Pflicht genommen, mit absoluter Integrität gegenüber Kunden, Kollegen, Aktionären und der Gesellschaft als Ganzes zu handeln.

Gesellschaft

Wir wollen dazu beitragen, das Vertrauen der Gesellschaft in unsere Branche wiederzugewinnen. Dazu werden wir unser Handeln kritischer als in der Vergangenheit auf Übereinstimmung mit ethischen und gesellschaftlichen Anforderungen prüfen; den Grundstein für einen langfristigen Kulturwandel haben wir gelegt. Wir bleiben kulturell, sozial und in der Bildung engagiert. Die ehrenamtlichen Tätigkeiten unserer Mitarbeiter fördern wir. Die Bank beteiligt sich konstruktiv an gesellschaftlichen Diskussionen mit Aufsichtsbehörden, der Politik und der Öffentlichkeit. Ein Beispiel für gelebte Nachhaltigkeit ist die Prüfung unserer Geschäfte im Investment Banking, die sensible Sektoren wie die Gewinnung von Rohstoffen, die Land- und Forstwirtschaft oder die Energieversorgung berühren.

Aktionäre

Mehr als 600 000 Aktionäre sind das Grundkapital unserer Bank.

Strukturdaten

Anzahl		2012	2011	2010
Aktionäre nach Gruppen in % des Grundkapitals ¹	Institutionelle (einschließlich Banken)	610964	660389	640623
	Private	75	74	75
		25	26	25
Regionale Aufteilung in % des Grundkapitals ¹	Deutschland	45	52	47
	Europäische Union (ohne Deutschland)	33	26	31
	Schweiz	6	6	6
	USA	13	13	13
	Andere	2	3	3

Leistungskennzahlen

	2012	2011	2010
Gesamtrendite der Deutsche Bank-Aktie (Total Return) im Verlauf ²	15,0%	-23,3%	-11,7%
Durchschnittlicher Börsenumsatz pro Tag (in Mio Aktien) ³	7,6	8,8	8,0
Dividende (in €) je Aktie für Geschäftsjahr	0,75 ⁴	0,75	0,75

Besondere Projekte

Investorentag	Zweitägige Veranstaltung in Frankfurt am Main, bei der Investoren und Finanzanalysten das neue Management-Team und die Strategie 2015+ vorgestellt wurden. Die Veranstaltung umfasste Präsentationen über sämtliche Geschäftseinheiten und Infrastrukturfunktionen mit anschließenden Fragerunden, an denen die jeweiligen GEC-Mitglieder teilnahmen.
NCOU-Workshop	Telefonkonferenz für Analysten unter Leitung von Stefan Krause mit den Themenbereichen Neugliederung und Non-Core Operations Unit. Vorgestellt wurden die neuen Geschäftssegmente der Bank sowie Details zur Organisation, zur Steuerung und zum Risikoprofil der Non-Core Operations Unit.

¹Angaben gerundet

²Auf der Basis von Xetra

³Orderbuchstatistik (Xetra)

⁴Vorschlag für die Hauptversammlung am 23. Mai 2013

Kunden

Unsere Kunden – Private und Unternehmen – sind in allen Teilen der Welt zu Hause. Wie wir.

Strukturdaten

		2012	2011	2010
Anzahl der Kunden (gerundet)				
Corporate Banking & Securities		21 400	18 700	17 100
Global Transaction Banking		67 200	71 700	64 900
Asset & Wealth Management	Retail Asset Management (Deutschland/Luxemburg) davon: in Kooperation	231 6000 552 000	226 0000 465 000	222 5000 464 000
	Institutional Asset Management	2 400	2 400	2 300
	Wealth Management ¹	71 300	75 800	79 400
Private & Business Clients		28 425 000 davon: Deutsche Postbank AG	28 585 000 14 018 000	28 787 000 14 150 000

Leistungskennzahlen

		2012	2011	2010
Corporate Banking & Securities	Zahl der IFR Awards	9	8	8
	Zahl der Risk Awards	3	3	5
	Zahl der Euromoney Awards for Excellence	27	20	16
	Euromoney FX Poll, Rang	1	1	1
Global Transaction Banking	Verwaltete Vermögenswerte (in Bio €)	1,55	1,52	1,43
	Volumen im dokumentären Außenhandelsgeschäft (in Mrd €)	61,2	57,3	51,2
	Standorte einschließlich Repräsentanzen	46	45	45
	Bestnoten für Sub-Custody-Geschäft ²	42	48	45
Asset & Wealth Management	DWS Investments Zahl der Fondsauszeichnungen (Wertentwicklung) in Europa	77	69	76
	Deutsche Insurance Asset Management Award as Best Global Insurance Asset Manager ³	1	1	1
Private & Business Clients	Kundengeschäftsvolumen (Einlagen in Mio €)	234 680	229 293	224 134
	Anzahl Filialen international (ohne Deutschland)	886	866	828
	Transaktionen im Kreditgeschäft für Deutsche Bank und Postbank einschließlich BHW in Deutschland (in Millionen)	7,9	8,9	9,7

Besondere Projekte

Corporate Banking & Securities	„100 Tage“-Projekt: strategische Überprüfung zur weiteren Rekalibrierung von CB&S, um sicherzustellen, dass das Geschäft optimal an das Marktumfeld und die Kundenbedürfnisse angepasst ist und gleichzeitig nachhaltige Ergebnisse für die Aktionäre erwirtschaftet.
Global Transaction Banking	Autobahn App Market: GTB hat das erste elektronische „App-based“-Serviceangebot für Kunden in der Finanzindustrie mitentwickelt. Damit können Kunden über einen einzigen Zugang auf über 150 Apps zugreifen.
Asset & Wealth Management	Gründete ein AWM Management Executive Committee unter dem Vorsitz von Michele Faissola.
Private & Business Clients	Entwickelte eine Matrix-Organisationsstruktur, die Asset & Wealth Management umfasst. Integration der Postbank in den Unternehmensbereich PBC und Aufbau einer gemeinsamen Plattform für Prozesse und IT-Infrastruktur (Magellan).

¹Anzahl der Kundenbeziehungen ohne Private Client Services (USA) einschließlich Sal. Oppenheim

²Jährliche Agent-Bank-Umfrage (Schwellen- und Industrieländer) des Global Custodian

³Reactions Magazine

Mitarbeiter

Globale Vielfalt: Menschen aus 136 Nationen sind die Bank.

Strukturdaten

		2012	2011	2010
Mitarbeiter (Vollzeitkräfte)¹		98 219²	100 996³	102 062
Bereiche	Private & Business Clients	41,5%	41,4%	42,7%
	Corporate Banking & Securities	9,3%	10,4%	10,5%
	Asset and Wealth Management	6,7%	7,0%	6,9%
	Global Transaction Banking	4,6%	4,4%	4,4%
	Non-Core Operations Unit	1,5%	1,8%	2,0%
	Infrastructure/Regional Management	36,4%	35,0%	33,5%
Regionen	Deutschland	47,1%	46,9%	48,3%
	Europa (ohne Deutschland), Naher Osten und Afrika	24,3%	23,9%	23,3%
	Nord- und Südamerika	10,5%	11,0%	11,0%
	Asien/Pazifik	18,1%	18,2%	17,4%
Qualifikationen ^{4,5}	Hochschulabschluss	64,0%	63,7%	63,9%
	Hochschulreife	17,4%	17,3%	15,5%
	Sonstige Schulabschlüsse	18,6%	19,0%	20,6%
Alter ⁴	bis 24 Jahre	6,3%	6,9%	7,1%
	25–34 Jahre	28,5%	28,7%	28,9%
	35–44 Jahre	30,2%	30,9%	31,6%
	45–54 Jahre	25,9%	24,8%	24,0%
	über 54 Jahre	9,1%	8,7%	8,4%

Leistungskennzahlen

	2012	2011	2010
Mitarbeiter-Commitment-Index ⁵	73%	72%	73%
Austritte wegen Stellenwechsels	5,1%	5,6%	6,6%
Weiterbildung (Aufwendungen in Mio €)	109	122	100
Berufsausbildung (Aufwendungen in Mio €)	54	56	41

Besondere Projekte

Mobilitäts- und Karriereportal	Mitarbeiter sollen sich innerhalb der Bank verändern und Karriere machen können. Um sie dabei zu unterstützen und ihre Mobilität zu fördern, haben wir ein Mobilitäts- und Karriereportal eingerichtet. Es bietet Informationen, einen Link zu internen Stellenangeboten und zum Online-Bewerbungssystem sowie Karrieretipps.
Neue Grundsätze der Leistungsbewertung	Zielvereinbarungen und Mitarbeiterbeurteilungen wurden 2012 bankweit neu definiert. Wir haben eine intensivere und bessere Feedback-Kultur initiiert und erstmals zwei Bewertungskomponenten angewendet. Es geht nicht mehr nur darum, was erreicht wurde, sondern auch darum, wie die Ziele erreicht wurden.

¹Vollzeitkräfte unter anteiliger Berücksichtigung von Teilzeitarbeitskräften, ohne Auszubildende und Volontäre/Praktikanten

²Durch einmalige Anpassung der Erhebung in Indien kam es zu einem rechnerischen Rückgang um 300 Mitarbeiter

³Durch einmalige Anpassung der Erhebung bei der Postbank kam es zu einem rechnerischen Rückgang um 260 Mitarbeiter

⁴Anzahl Mitarbeiter (Kopzfahlen)

⁵Ohne Postbank

Gesellschaft

Wir investieren in die Gesellschaft und für die Gesellschaft.

Strukturdaten

	2012	2011	2010
Anzahl der Länder, in denen die Deutsche Bank vertreten ist (einschließlich Offshore-Standorte)	72	72	74

Leistungskennzahlen

	2012	2011	2010
Nachhaltigkeitsratings			
Carbon-Disclosure-Projekt (Band von A bis E)	90/Band A	82/Band B	73/Band B
OEKOM Research (Skala von A+ bis D–)	C/Prime	C/Prime	C+/Prime
RobecoSAM	78	75	80
Sustainalytics	65	66	64
Externe Wahrnehmung der Deutschen Bank als verantwortungsbewusster Unternehmensbürger (B2B-Markt)	global	49%	54%
	Deutschland	82%	76%
Investitionen für gesellschaftliches Engagement (in Mio €)	82,7	83,1	98,1 ¹
Nachhaltiges Bankgeschäft			
Verwaltetes Vermögen in nachhaltigen Investments (in Mrd €)	3,7	3,0	3,2
Gesamtvolumen von Mikrokrediten seit 1997 (in Mrd US-\$)	1,49	1,26	1,23
Betriebsökologie			
Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch (in %)	79%	76%	82%
Netto-Treibhausgasemissionen ² in t CO ₂	60 658	200 244	152 944
Mitarbeiter und Gesellschaft			
Teilnehmer an Corporate-Volunteering-Programmen der Deutschen Bank	24%	24%	21%
Teilnehmer an Bildungsprojekten	1 322 026 ³	296 505	337 093
Begünstigte in sozialen Projekten	710 898 ⁴	n/a	n/a

Besondere Projekte

Ökonomie	Start der Responsible Banking Initiative in Private & Business Clients Emission des Global Commercial Microfinance Consortium II Einführung eines Rahmenwerks zum Umgang mit ökologischen, sozialen und Governance-Risiken
Ökologie	Klimaneutralstellung aller Geschäftsaktivitäten bis zum Jahresende 2012 Aufnahme in den Carbon Disclosure Leadership Index
Mitarbeiter und Gesellschaft	Einführung eines neuen Performance-Management-Ansatzes Zehn Jahre Unterstützung von NOAH (Nurturing Orphans of Aids for Humanity), einem Projekt zur Betreuung von Waisen in Südafrika Deutsche Bank-Mitarbeiter leisten Soforthilfe nach Hurrikan Sandy Aufführung der „Konferenz der Tiere“ von 150 FairTalent-Stipendiaten in der Semperoper, Dresden

¹Aufgrund gestiegener Investitionen in Bildung und Wissenschaftsförderung und in die Unterstützung der Opfer von Naturkatastrophen

²Die Nettoemissionen an Treibhausgasen beinhalten erneuerbare Energien, RECs (Zertifikate zum Herkunftsachweis für Strom aus erneuerbaren Energien) und CERs (Ausgleichszertifikate zur Neutralisierung der verbliebenen CO₂-Emissionen)

³Aufgrund innovativer, online-basierter Bildungsangebote mit größerer Reichweite

⁴Diese Daten wurden 2012 zum ersten Mal erhoben



Das Video-Statement von
Hans-Peter Rupprecht gibt es
unter www.deutsche-bank.de/12/kunden

Stabilität in Zeiten des Wandels

Als globales Unternehmen benötigen wir Bankpartner, die uns kompetente Dienstleistungen weltweit anbieten. Die Deutsche Bank liefert uns erstklassigen Service auf allen Gebieten des Bankgeschäfts, von Beratung und Durchführung von Kapitalmarkttransaktionen über globales Cash Management und Handelsfinanzierungen bis hin zu Risikomanagementlösungen.

Hans-Peter Rupprecht,
Leiter Treasury, Siemens AG,
München



02 -

Zielgruppen

Aktionäre – 35

Gut behauptet in volatilen Märkten

Kunden – Corporate Banking & Securities – 39

Neuausrichtung des Geschäfts für ein verändertes Umfeld

Kunden – Global Transaction Banking – 44

International profitabel gewachsen

Kunden – Asset & Wealth Management – 47

Kräfte in einer Einheit gebündelt

Kunden – Private & Business Clients – 50

Eine starke Säule im Privatkundengeschäft

Kunden – Non-Core Operations Unit – 55

Risiken abbauen, Kapital freisetzen

Mitarbeiter – 57

Neue Grundsätze für die Leistungsbewertung

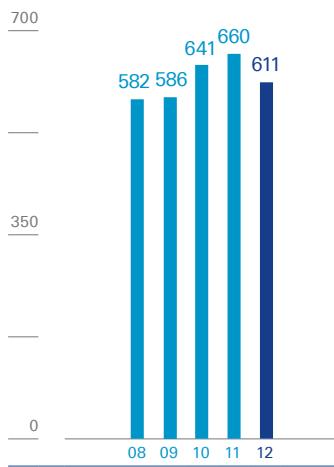
Gesellschaft – 60

Bewusstsein für unternehmerische Verantwortung geschärft

Aktionäre

Gut behauptet in volatilen Märkten

02-1
Zahl der Aktionäre gesunken
In Tausend zum Jahresende



Zu Beginn des Jahres 2012 setzte sich die Erholung der Weltwirtschaft zunächst fort und weckte bei den Anlegern neue Hoffnung. In einem unterstützenden Marktumfeld erreichte die Deutsche Bank-Aktie im März mit 39,50 € ihren Jahreshöchststand und verzeichnete gegenüber dem Jahresende 2011 eine Steigerung von 34%. Im selben Monat wuchs erneut die Sorge vor den Folgen der Schuldenkrise in der Eurozone und führte zu beträchtlichen Mittelabflüssen sowie nachgebenden Aktienkursen über alle Branchen hinweg, insbesondere in Europa. Bankaktien litten in diesem Zeitraum besonders, auch weil die Gewichtung des Bankensektors in den Portfolios deutlich abnahm. Bis Anfang Juni führte dies zu einem Rückgang des EURO STOXX Banks um 23% gegenüber dem Jahresende 2011. Der EURO STOXX 50 verlor im gleichen Zeitraum nur 11%. Der Abwärtstrend setzte sich zunächst fort, und die Deutsche Bank-Aktie erreichte im Juli 2012 mit 22,51 € ihren niedrigsten Stand. Der Wendepunkt kam im Juli, nachdem der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) sich für den uneingeschränkten Erhalt des Euro als gemeinsame Währung ausgesprochen hatte. Dies veranlasste internationale Anleger, erneut in europäische Aktien zu investieren. Von dieser Entwicklung profitierten insbesondere deutsche Aktien. Per saldo gewann der DAX im Jahresverlauf 29% – die höchste Steigerung seit 2003 – und schloss mit 7612 Punkten. Damit übertraf er sowohl den Dow Jones als auch den FTSE 100 bei Weitem. Diese legten 2012 lediglich um 7% beziehungsweise 6% zu. Bankaktien erholteten sich ebenfalls. Die Deutsche Bank-Aktie stieg bis Jahresende auf 32,95 € und lag damit 12% höher als Ende 2011 und 46% über ihrem Jahrestiefstand. Die Aktienkurse unserer Mitbewerber entwickelten sich ähnlich. Der EURO STOXX Banks verbesserte sich im Jahresverlauf ebenfalls um 12%.

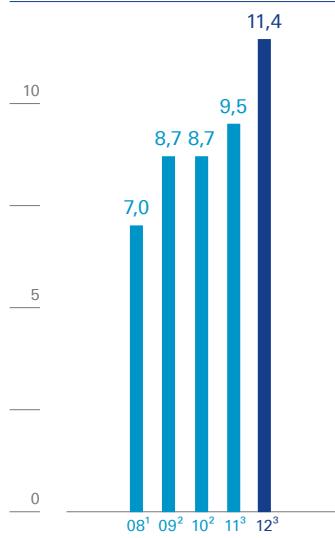
Gestiegene Marktkapitalisierung

Die Marktkapitalisierung der Deutschen Bank erhöhte sich 2012 um 3,3 Mrd € auf 30,6 Mrd €. Pro Tag wurden im Schnitt 7,6 Millionen Aktien auf Xetra gehandelt, 1,3 Millionen weniger als 2011. Trotz gestiegener Aktienkurse sank im Ergebnis das Handelsvolumen auf 127 Mrd € nach 133 Mrd € im Vorjahr. Damit belegte unsere Aktie unter den in Xetra gehandelten Papieren nach wie vor Platz zwei. Die Gewichtung der Deutsche Bank-Aktie im DAX reduzierte sich leicht, von 5,2% Ende 2011 auf 4,6%. An der New Yorker Börse verminderte sich 2012 das durchschnittliche Handelsvolumen unserer Aktie um 18%. Dies lag hauptsächlich am nachlassenden Interesse amerikanischer Investoren an europäischen Bankaktien. Grund dafür war die große Unsicherheit bezüglich des gesamtwirtschaftlichen und regulatorischen Umfelds.

Langfristige Rendite

Der Kursanstieg der Deutsche Bank-Aktie im Jahr 2012 begünstigte ihre langfristige Gesamtrendite. Wer zu Beginn des Jahres 1980 für umgerechnet 10 000 € Deutsche Bank-Aktien erworben hatte, die Dividendenerlöte zum Kauf neuer Aktien einsetzte und sich an Kapitalerhöhungen ohne Einbringung zusätzlicher Mittel beteiligte, besaß Ende 2012 ein Depot im Wert von 70 158 €. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Rendite von 6,1%. Der DAX verzeichnete in diesem Zeitraum einen Anstieg um 8,6% per annum.

02–2
Gesteigerte Tier-1-Kernkapitalquote
In % zum Jahresende



¹Nach IFRS, Basel 1

²Nach IFRS, Basel 2

³Nach IFRS, Basel 2.5

Verbesserte Kapitalquote, unveränderte Dividende

Auch 2012 hatte die Stärkung unserer Kapitalbasis höchste Priorität. Unsere Tier-1-Kernkapitalquote verbesserte sich im Jahresverlauf von 9,5% auf 11,4%. **Grafik 02–2** Dies ist ein neuer Höchststand, weit über den regulatorischen Mindestanforderungen und insbesondere nach den verschärften Regelungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel 2.5) ein ausgezeichneter Wert. Im Rahmen unserer Strategie 2015+ bleibt die organische Stärkung unserer Kapitalbasis ein herausgehobenes Ziel.

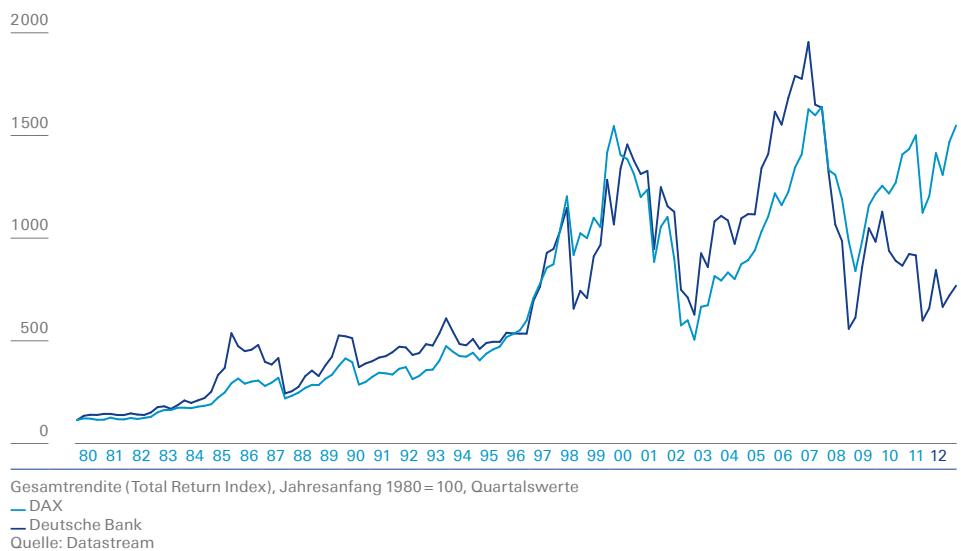
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung 2013 eine unveränderte Dividende von 0,75€ je Aktie vor. Diese Empfehlung bringt zum Ausdruck, dass wir der Stärkung unserer Kapitalbasis weiterhin Vorrang einräumen.

Aktionärsstruktur

Die Deutsche Bank-Aktie befindet sich weiterhin fast vollständig in Streubesitz. Unverändert waren 99% unserer Aktionäre Privatpersonen. BlackRock Inc., New York, war mit 5,14% Aktienanteil der einzige Großaktionär, dessen Position Ende 2012 über der gesetzlichen Meldeschwelle von 3% lag.

Die Zahl der Aktionäre verringerte sich 2012 auf 610964 (2011: 660389). **Grafik 02–1** Der von Privatanlegern gehaltene Anteil an unserem Grundkapital betrug zum Ende des Berichtsjahres 25% (2011: 26%). Auf institutionelle Investoren entfielen 75% (2011: 74%) unseres Grundkapitals von 2379519078,40€. Der Anteil des in Deutschland gehaltenen Grundkapitals sank 2012 von 52% auf 45%. **Grafik 02–4** Dahinter stehen vor allem aus Deutschland ins Ausland verlagerte Verwahrungen von institutionellen Beständen sowie Verkäufe von inländischen Privataktionären.

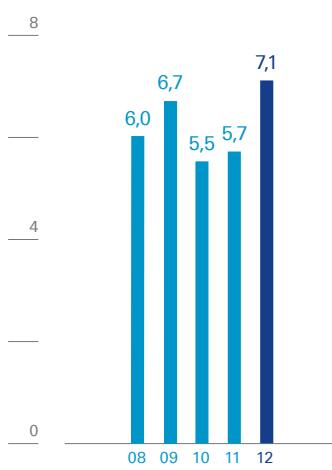
Langfristige Gesamtrendite



02–3

Mehr Teilnehmer auf der Hauptversammlung

Anzahl Aktionäre einschließlich Gästen auf der Hauptversammlung, in Tausend



Hauptversammlung gut besucht

An unserer Hauptversammlung am 31. Mai 2012 in Frankfurt am Main nahmen 7 100 und damit rund ein Viertel mehr Aktionäre teil als 2011 (2011: 5 700). **Grafik 02–3** Die Kapitalpräsenz stieg um knapp einen Prozentpunkt auf 34,9% (2011: 34,0%). Dem Bericht des Vorstandsvorsitzenden zum abgelaufenen Geschäftsjahr und zum Ausblick folgte eine lebhafte Diskussion zwischen Aktionären und Geschäftsleitung. Danach stimmte die Hauptversammlung mit großer Mehrheit allen Punkten der Tagesordnung zu. Die Aktionäre konnten zum zweiten Mal über das Vergütungssystem der Vorstandsmitglieder abstimmen.

Aktienrückkäufe zur Erfüllung von Vergütungsplänen

Auf der Hauptversammlung haben uns die Aktionäre ermächtigt, bis zum 30. November 2016 eigene Aktien im Umfang von bis zu 10% des Grundkapitals zu erwerben. Diese Ermächtigung ersetzt die 2011 erteilte.

Im Jahr 2012 haben wir insgesamt 17,4 Millionen Aktien zurückgekauft (2011: 37,2 Millionen). Sowohl die im Berichtsjahr erworbenen als auch die 24,1 Millionen Aktien, die sich per 31. Dezember 2011 in unserem Bestand befanden, dienten der Erfüllung von Verpflichtungen aus aktienbasierten Vergütungsplänen. Dementsprechend betrug der Bestand an eigenen Aktien per 31. Dezember 2012 weniger als eine Million. Wir haben 2012 weder Aktien eingezogen noch veräußert, und der Bestand an eigenen Aktien hat die meldepflichtige Quote von 3% im Jahresverlauf nicht überschritten.

Von Mitte 2002, dem Start unseres ersten Aktienrückkaufprogramms, bis 31. Dezember 2012 haben wir insgesamt 319 Millionen Deutsche Bank-Aktien im Wert von 18,7 Mrd € zurückgekauft, 16,3 Millionen Aktien mit einem Wert von 0,5 Mrd € am Markt verkauft und 118 Millionen Aktien mit einem Wert von 7,2 Mrd € eingezogen.

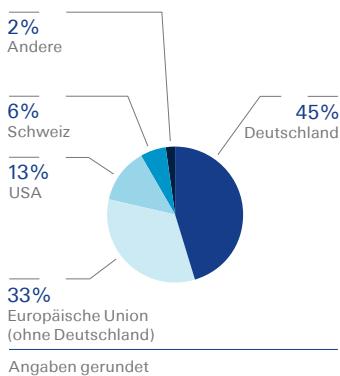
Umfeld belastet Rating

Unsere Bonität ist ein wesentlicher Teil des Mehrwerts, den wir unseren Kunden, Anleihegläubigern und Aktionären bieten. Das schwierige wirtschaftliche Umfeld sowie die anhaltende Staatsschuldenkrise führten 2012 zu einer niedrigeren Bonitätseinstufung für Banken weltweit. Trotz dieser Herausforderungen blieb das Langfristrating der Deutschen Bank seitens Standard & Poor's und Fitch Ratings (beide A+) unverändert. Moody's Investors Service senkte das Rating um zwei Stufen von Aa3 auf A2. Die Agentur begründete ihre Entscheidung mit den umfassenden Aktivitäten der Deutschen Bank am Kapitalmarkt und den sich daraus ergebenden Herausforderungen für das Risikomanagement in einem anhaltend schwierigen Geschäftsumfeld.

Wertschätzung durch Fremdkapitalgeber

Die gute Reputation der Deutschen Bank spiegelt sich in der Unterstützung, die wir von Fremdkapitalgebern erhalten. Auch während der Finanzkrise stand uns stets ausreichend Fremdkapital zu vergleichsweise günstigen Bedingungen zur Verfügung. Unsere Emissionen sind sehr diversifiziert und nachfragegerecht. Sie erstrecken sich auf verschiedenste Märkte, Instrumente und Währungen. 62% unserer Refinanzierung stammen aus stabilsten Quellen, von Privatkunden, langfristigen Kapitalmarktinvestoren und den Kunden von Transaction Banking. Dies entspricht einem Anstieg um 107% verglichen mit dem Beginn der Krise im Dezember 2007. Die Liquiditätsreserven der Bank haben sich im selben Zeitraum mehr als verdreifacht. Per 31. Dezember 2012 betrugen sie inklusive Postbank über 230 Mrd €.

02–4
Regionale Verteilung
des Grundkapitals
In % zum Jahresende 2012



Kommunikation mit unseren Aktionären

Im September 2012 luden wir zu einem Investor Day ein, um unser neues Management-Team und die Strategie 2015+ vorzustellen. Die zweitägige Veranstaltung umfasste Präsentationen zu allen Geschäfts- sowie Infrastrukturbereichen mit anschließenden Fragerunden mit den jeweiligen Mitgliedern des Group Executive Committee. Die Veranstaltung in Frankfurt am Main wurde von gut 80 Teilnehmern besucht und im Internet über 8700 Mal aufgerufen. Investoren und Finanzanalysten zeigten 2012 großes Interesse an unserer Aktie. Der Dialog konzentrierte sich hauptsächlich auf unsere Kapitalbasis, die Kostenentwicklung und die Art und Weise, wie wir unsere ehrgeizigen Ziele erreichen wollen. Das Management und das Investor-Relations-Team nahmen zu diesen Themen regelmäßig sowohl in Telefonkonferenzen als auch in Einzel- und Gruppengesprächen mit Investoren und Analysten Stellung. Im Jahresverlauf führten wir über 460 Veranstaltungen (2011: über 400) wie Roadshows und Brokerkonferenzen für Eigen- und Fremdkapitalgeber durch. Daran waren auch Vorstandsmitglieder beteiligt. Über das Ergebnis der Bank und aktuelle Entwicklungen informierten wir in vierteljährlichen Telefonkonferenzen.

Wir haben die Kommunikation mit Investoren, die ihre Anlageentscheidungen auf Basis ökologischer und sozialer Aspekte und nach Kriterien der Unternehmensführung (ESG – Environmental, Social and Governance) treffen, weiter intensiviert. Für diese zunehmend wichtiger werdende Zielgruppe wurden spezielle Roadshows zum Thema Unternehmensverantwortung (Corporate Responsibility) durchgeführt.

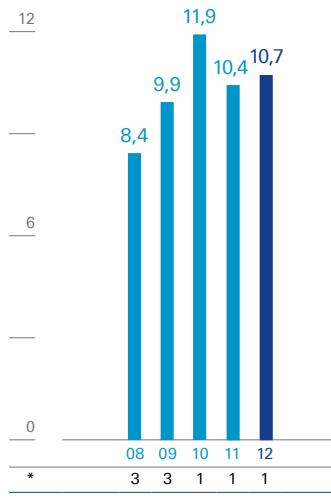
Erweiterung unserer mobilen Website

Privatanleger kontaktieren uns in aller Regel über unsere gebührenfreie Aktionärshotline und das Internet. Auf unserer Investor-Relations-Website finden Anleger schnell und umfassend Informationen. Ankündigungen und Finanzberichte veröffentlichen wir umgehend im Internet. Die spezielle Website für mobile Geräte haben wir inhaltlich erweitert und nutzerfreundlicher gestaltet. Bereits seit vielen Jahren übertragen wir alle großen Investor-Relations-Veranstaltungen sowie die vierteljährlichen Telefonkonferenzen und die Reden auf der Hauptversammlung live im Internet. Aktionäre können sich auch online zur Teilnahme an der Hauptversammlung anmelden und ihre Weisungen für die Ausübung des Stimmrechts vorab online bekanntgeben. Zur Hauptversammlung 2012 haben wir rund 51700 Einladungen per E-Mail verschickt (2011: 40900). Das ist für die Empfänger bequem, spart Kosten und schont die Umwelt. Unser Ziel ist es, diesen Anteil weiter zu steigern.

Kunden – Corporate Banking & Securities

Neuausrichtung des Geschäfts für ein verändertes Umfeld

02–5
Markets: Führungsposition im internationalen Handel mit Anleihen
Marktanteile in %



* Rang im Wettbewerbsvergleich
Quelle: Greenwich Associates

Das wirtschaftliche Umfeld blieb für den Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) im Jahr 2012 schwierig. Ursache hierfür waren die anhaltende Krise in der Eurozone, besonders in der ersten Jahreshälfte, sowie geringere Wachstumsraten sowohl in Schwellenländern als auch in Industriestaaten. Im zweiten Halbjahr kam die Sorge um den Haushalt in den USA (Fiskalklippe) hinzu. Außerdem war die Branche mit neuen regulatorischen Anforderungen und Diskussionen konfrontiert und um ihre Reputation besorgt.

Im Berichtsjahr wurden zwei gleichberechtigte Leiter des Unternehmensbereichs ernannt und CB&S wurde neu strukturiert. Damit wollen wir sicherstellen, dass der Unternehmensbereich die Herausforderungen in den nächsten Jahren effizient bewältigen kann und im Wettbewerb erfolgreich ist. Die neue Leitung hat in den ersten 100 Tagen nach ihrer Ernennung im Juni die strategische Ausrichtung sowie die langfristigen Ziele der beiden Geschäftsbereiche (Markets und Corporate Finance) festgelegt. Die Strategie basiert auf einer sorgfältigen Bewertung des gesamten Tätigkeitsspektrums und baut auf der bestehenden Stärke des Geschäfts auf. Gleichzeitig geht es darum, die neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, das sich verändernde Wettbewerbsumfeld sowie zusätzliche aufsichtsrechtliche Vorgaben zu berücksichtigen. Profitables Wachstum, Fokussierung auf die Kerngeschäftsfelder und Effizienz bestimmen im Einklang mit der Unternehmenskultur der Deutschen Bank und ihren Werten die künftige Ausrichtung. Die Geschäftsbereiche von CB&S haben 2012 mit der Umsetzung mehrerer Initiativen begonnen, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Als Resultat strebt CB&S ab 2015 eine Aufwand-Ertrag-Relation von weniger als 65% sowie eine Eigenkapitalrendite nach Steuern von etwa 15% bei vollständiger Umsetzung der Basel-3-Regeln an.

CB&S wahrte 2012 seine Position als eine der führenden Investmentbanken weltweit, obwohl Risiken weiter abgebaut wurden. In Anerkennung ihrer Erfolge erhielt die Deutsche Bank 2012 viele Auszeichnungen und wurde von der Zeitschrift Euromoney zur Best Global Investment Bank gekürt.

Auszug aus der Segmentberichterstattung (Corporate Banking & Securities¹)

Der Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities erzielte 2012 ein Ergebnis vor Steuern von 2,9 Mrd € (2011: 3,7 Mrd €). Zinsunabhängige Aufwendungen betragen 12,6 Mrd €, ein wesentlicher Anstieg von 2,3 Mrd € im Vergleich zum Vorjahr mit 10,3 Mrd €. Rund die Hälfte ist auf Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte zurückzuführen. Zudem beinhaltet der Anstieg 315 Mio € Umsetzungskosten für unser Operational Excellence Program (OpEx), nachteilige Wechselkursänderungen und höhere Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten.

in Mio €	2012	2011
Erträge insgesamt	15 648	14 109
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	121	90
Zinsunabhängige Aufwendungen	12 637	10 341
Ergebnis vor Steuern	2 874	3 657
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	16	25
Risikogewichtete Aktiva	124 939	155 302
Aktiva	1 475 090	1 591 863

¹Auszug aus der Segmentberichterstattung, Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2012 (Lagebericht).

Stabilität in Zeiten des Wandels

In dem sich verändernden regulatorischen Umfeld ist die Deutsche Bank ein verlässlicher Partner. Sie übernimmt eine Vordenkerrolle und sucht kontinuierlich nach neuen Lösungen für eine intelligente Vermögensverwaltung.

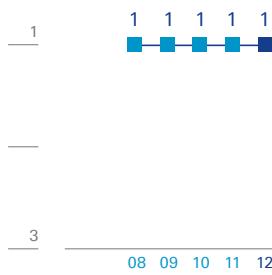
Ann Marie Petach,
Senior Managing Director,
Client Solutions, BlackRock,
New York



02–6

Markets: erneute Spitzenposition im weltweiten Devisenhandel

Rang im Wettbewerbsvergleich



Quelle: Euromoney FX Poll

Markets

Zum Geschäftsbereich Markets gehören Verkaufs-, Handels- und Strukturierungsaktivitäten mit einem breiten Spektrum von FinanzmarktpProdukten. Hierzu zählen Anleihen, Aktien und aktienbezogene Produkte, börsennotierte und außerbörsliche Derivate, Devisen, Geldmarktinstrumente, verbriezte Forderungen sowie Rohstoffe. Institutionelle Kunden werden von der Institutional Client Group betreut, während Research Analysen zu Märkten, Produkten und Handelsstrategien liefert.

Markets entwickelte sich im Berichtsjahr gut und bestätigt damit die Stabilität unseres effizienten Geschäfts. In den meisten Geschäftssparten konnten wir länderübergreifend Marktanteile gewinnen. Dadurch stieg der Marktanteil im globalen Geschäft mit Anleihen (Global Fixed Income) und Aktien (Cash Equities).

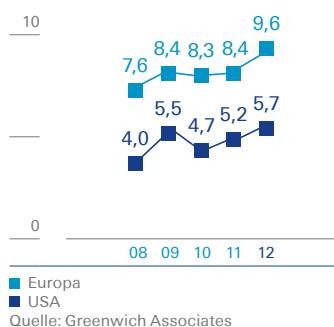
2012 belegte Markets Greenwich Associates zufolge Platz eins beim Marktanteil von Global Fixed Income und US Fixed Income. [Grafik 02–5](#) Zum fünften Mal in Folge wurden wir von der Zeitschrift Global Custodian in mehr Kategorien als jede andere Bank ausgezeichnet als die führende Bank für maßgeschneiderte Dienstleistungen für Hedgefonds (Prime Broker). Den Titel Bank of the Year for Prime Brokerage erhielten wir von der Zeitschrift The Banker.

Im Devisengeschäft stiegen die Kundenvolumina 2012 auf Rekordhöhe. Trotz eines schwierigen Umfelds für den Devisenmarkt wuchsen die Volumina im Laufe des Berichtsjahres um 25%. Das Wachstum des Devisengeschäfts spiegelt die fortlaufenden Investitionen der Deutschen Bank in diese Sparte. Dazu zählen die Weiterentwicklung des App-basierten Zugangs zu unseren Produkten und Dienstleistungen, wie etwa der neuen Plattform Autobahn App Market. Die Erträge litten allerdings unter dem anhaltenden Margenrückgang. Mit einem Marktanteil von 14,6% belegte die Deutsche Bank in der jährlichen Devisenmarktumfrage von Euromoney zum achten Mal in Folge und weiterhin mit beträchtlichem Vorsprung den ersten Platz. [Grafik 02–6](#) Im Geldmarktggeschäft waren die Erträge aufgrund geringerer Volatilität niedriger als im Vorjahr.

Mit dem Ziel, Effizienzgewinne und Kosteneinsparungen zu erzielen, legte CB&S im Berichtsjahr das Geschäft mit Anleihen ohne nennenswertes Kontrahentenrisiko sowie den entsprechenden Derivaten (Rates) und den Handel mit einfacher strukturierten Kreditprodukten (Flow Credit Trading) zusammen. Die Erträge in diesem Bereich erhöhten sich 2012 im Vergleich zum Vorjahr wesentlich aufgrund des florierenden Geschäfts mit einfacher strukturierten Kreditprodukten. Vom Fachmagazin Risk wurde die Deutsche Bank zum Credit Derivatives House of the Year gewählt und erhielt den Award Interest Rate Derivatives House of the Year and Hedge Fund Derivatives House of the Year. Euromoney kürte uns zum No. 1 Interest Rate Derivatives Dealer.

Der Bereich Structured Finance der Deutschen Bank bietet Kunden in verschiedenen Branchen und Vermögensklassen Lösungen für strukturierte Risiko- und nicht standardisierte Finanzierungen. Dank seiner globalen Präsenz, umfangreichen Produktpalette, breiten Erfahrung und seiner Erfolge bei der Ausführung komplexer Kundentransaktionen gehört Structured Finance zu den Branchenführern. Aufgrund einer erhöhten Kundennachfrage nach strukturierten Lösungen erzielte der Bereich im Geschäftsjahr 2012 höhere Erträge als im Vorjahr.

02–7
Markets: Position im Aktienhandel (Cash Equities) ausgebaut
Marktanteile in %



Die Erträge aus dem Anleihegeschäft mit Bezug auf Schwellenländer (Emerging-Markets-Geschäft) haben sich 2012 nicht verändert. Das lokale Standardgeschäft hielt sich gut, während im Bereich Strukturierungen und Derivate weniger verdient wurde als 2011.

Im Rohstoffgeschäft waren die Erträge im Vergleich zum sehr guten Vorjahresergebnis geringer. Das spiegelte die niedrigeren Rohstoffpreise im ersten Halbjahr sowie die Auswirkungen von Hurrikan Sandy gegen Ende des Jahres wider. Die Deutsche Bank wurde von Euromoney zum Best Global Commodities House und von der International Financing Review zum Commodity Derivatives House gewählt. Die Auszeichnungen Derivatives House of the Year, Structured Products House of the Year und Freight House of the Year verlieh uns das Fachmagazin Energy Risk.

Im Aktienhandel hielten die Erträge das Vorjahresniveau. Die geringere Marktaktivität wurde durch einen höheren Marktanteil ausgeglichen. Im Standardgeschäft mit Aktien (Cash Equities) blieben die Erträge dank einer besonders guten Entwicklung in Nordamerika und des Gewinns von Marktanteilen in Europa in etwa auf Vorjahreshöhe. [Grafik 02–7](#) Die Deutsche Bank erreichte Greenwich Associates zufolge im Standardgeschäft mit Aktien Platz eins bei Equities Research in Europe and Asia ex-Japan. Zum ersten Mal kam die Deutsche Bank auf Rang fünf im US-bezogenen Aktienresearch in der Kundenbefragung 2012 All America Research Team der Zeitschrift Institutional Investor. Diese Platzierung steht für unsere zunehmende Stärke im US-Aktienmarkt.

Die Erträge im Handel mit Aktienderivaten waren 2012 deutlich höher als im Vorjahr, da die Verluste des Vorjahrs nicht anfielen. In Nordamerika und Europa entwickelten wir uns besonders gut.

Prime Brokerage, für wesentliche Teile unseres Geschäfts mit Hedgefonds verantwortlich, wurde mit den Awards Most Innovative (The Banker) und Best Global Prime Broker (Euromoney) ausgezeichnet.

Corporate Finance

Der Geschäftsbereich Corporate Finance betreut Fusionen und Übernahmen (Mergers & Acquisitions – M&A) und ist für die Emission von Schuldtiteln und Aktien sowie das Kapitalmarktgeschäft mit großen und mittelständischen Unternehmen verantwortlich. Branchenorientierte sowie regional aufgestellte Teams sorgen dafür, dass Kunden die gesamte Palette unserer Finanzprodukte und Dienstleistungen zur Verfügung steht.

Das Provisionsaufkommen in unserem globalen Corporate-Finance-Geschäft stieg 2012 gegenüber dem Vorjahr um 5% an, trotz der Unsicherheit und Volatilität aufgrund der Staatsschuldenkrise. Die Emissionsvolumina kletterten sowohl im Segment der höherverzinslichen Anleihen (High Yield) als auch bei Schuldtiteln mit einer bestimmten Mindestanlagequalität (Investment Grade) auf Rekordhöhe und trugen damit zum guten Provisionsaufkommen bei. Corporate Finance agierte sehr erfolgreich

Auszeichnungen 2012

The Banker

*Most Innovative Investment Bank in Commodities
Bank of the Year for Prime Brokerage*

Risk

*Credit Derivatives House of the Year
No. 1 in Cross-Currency Swaps and FX Options
No. 1 Derivatives House*

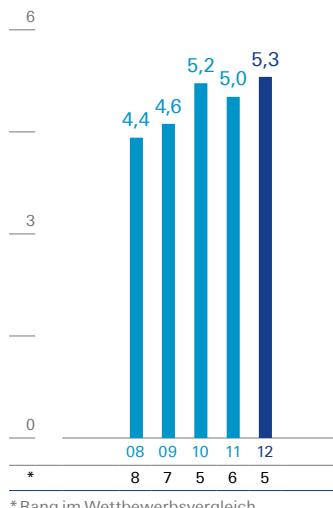
Euromoney

*Best Global Investment Bank
Best Global Prime Broker
Best Global Risk Management House
Best Global Commodities House*

02-8

Corporate Finance:
Höchster je erzielter Marktanteil
im Corporate-Finance-Geschäft
weltweit

Marktanteile in %



und kam mit dem bisher höchsten Marktanteil auf Platz fünf weltweit, gemessen am Provisionsaufkommen. **Grafik 02-8** Den Spitzenplatz im Wirtschaftsraum Europa, Naher Osten und Afrika (EMEA) konnten wir behaupten und unseren Marktanteil in den USA verbessern (Quelle: Dealogic). Die Deutsche Bank wurde 2012 von der Fachzeitschrift International Financing Review zum Bond House of the Year und zum Equity House of the Year gewählt.

In einem hervorragenden Marktfeld belegte unser Finanzierungsgeschäft im Bereich Fremdkapital (Debt Capital Markets) Platz zwei unter den Konsortialführern in der Kategorie International Bonds (Thomson Reuters). Diese starke Marktposition beweist unsere Fähigkeit, uns einem Markt anzupassen, in dem unsere Kunden je nach Bedarf und Marktkonditionen immer mehr Anleihen in unterschiedlichen Regionen und Währungen ausgeben.

Im Bereich für gehebelte Finanzierungsgeschäfte mit Fremdkapital (Leveraged Debt Capital Markets) machten wir uns das Marktwachstum zunutze, erhöhten unseren Marktanteil und erreichten – bei unverändert konservativem Risikoprofil – auf globaler Ebene den vierten Rang. Unser Geschäftsmix zwischen Finanzinstitutionen (Financial Sponsors, im Wesentlichen Private Equity) und Unternehmen war ausgewogen. Die Deutsche Bank profitierte 2012 von einem Emissionsrekord bei High-Yield-Anleihen. In der Region EMEA lagen wir hier auf Platz eins und in den USA auf Platz fünf (Dealogic).

Unser Finanzierungsgeschäft im Bereich Eigenkapital (Equity Capital Markets) verbesserte sich, gemessen am Provisionsaufkommen, weltweit auf Platz fünf. Unser Marktanteil stieg auf 5,1%, den höchsten Wert seit Beginn der Finanzkrise (Dealogic). Die Deutsche Bank war unter den Konsortialführern (als sogenannter Bookrunner) bei acht der zehn größten Eigenkapitaltransaktionen weltweit. Dies zeugt von einer starken Kundenbindung und der Fähigkeit, unsere globale Präsenz für große grenzübergreifende Transaktionen zu nutzen. Die Financial News zeichnete die Deutsche Bank als European Equity Capital Markets House of the Year aus.

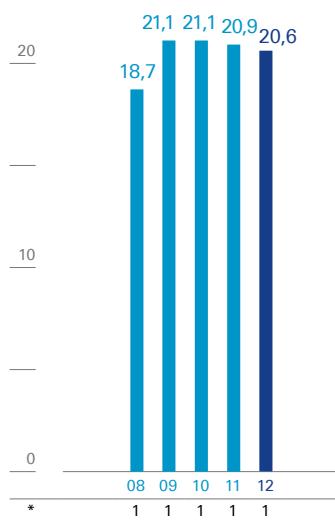
Im M&A-Geschäft setzte sich 2012 der positive Vorjahrestrend fort. Gemessen an den Provisionsaufkommen belegten wir Platz zwei in der Region Europa, Naher Osten und Afrika sowie Platz sechs weltweit (Dealogic). Wir berieten die Kunden bei fünf der zehn größten Transaktionen des Jahres. Die Sparte erreichte den fünften Rang bei grenzübergreifenden Transaktionen (Dealogic). Zusätzlich zu unseren Beratungsleistungen beim Kauf oder Verkauf von Unternehmen unterstützen wir unsere Kunden in diesem Rahmen beim Management zahlreicher transaktionsbezogener Risiken (Währungen, Zinsen, Rohstoffe).

Auszeichnungen 2012

International Financing Review
Equity House of the Year
Bond House of the Year

Kunden – Global Transaction Banking International profitabel gewachsen

02–9 Führend im Euro-Clearing Marktanteile in %



* Rang im Wettbewerbsvergleich
Quelle: Deutsche Bundesbank –
„Target2 Germany“

Der Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB) bietet weltweit Produkte und Leistungen für Unternehmen und Finanzinstitute. Dazu gehören die Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen sowie die Risikosteuerung und Finanzierung internationaler Handelsgeschäfte. Außerdem stellt GTB Leistungen im Treuhand- und Vermittlungsgeschäft sowie in der Wertpapierverwahrung und -verwaltung bereit. Der Unternehmensbereich ist eine der tragenden Säulen des Geschäfts der Deutschen Bank. Er gliedert sich in die Sparten Cash Management, Trade Finance und Trust & Securities Services.

In einem schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld, insbesondere in Europa, mit anhaltend niedrigen Zinsen haben wir 2012 unser Geschäft ausgebaut sowie Erträge und operative Profitabilität deutlich gesteigert und ein solides Ergebnis erzielt. Kunden suchten stabile und verlässliche Banken; GTB profitierte von dieser „Flucht in Qualität“. Die Kundeneinlagen stiegen um 20%. GTB bewies damit seine Widerstandskraft und Wachstumsstärke über Konjunkturzyklen hinweg. Gleichzeitig setzten wir die Neuausrichtung unserer Aktivitäten fort, indem wir einige Geschäftsfelder, die Kundenbetreuung und das Vertriebsmodell restrukturierten. Das im Jahr 2010 erworbene Firmenkundengeschäft in den Niederlanden haben wir ebenfalls neu ausgerichtet und werden es 2013 weiter in GTB integrieren.

Bei innovativen Entwicklungen und der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen nimmt GTB eine Vorreiterrolle ein. Ein Beispiel ist die Einführung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (Single Euro Payments Area – SEPA), der inländische und grenzüberschreitende Zahlungen vereinheitlicht. Davon werden die international tätigen Kunden von GTB profitieren. Als größtes Haus in der Eurozone unterstützt die Deutsche Bank ihre Kunden bei diesem Prozess, der 2014 abgeschlossen werden soll. Außerdem hat GTB die Auswirkungen von Basel 2 und Basel 3 bewertet und deren Chancen herausgearbeitet.

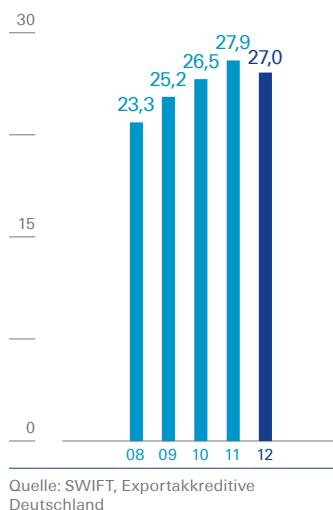
Auszug aus der Segmentberichterstattung (Global Transaction Banking)¹

Der Unternehmensbereich Global Transaction Banking erzielte 2012 ein Ergebnis vor Steuern von 0,7 Mrd € nach 1,0 Mrd € im Vorjahr. Das Ergebnis beinhaltet einen Nettoaufwand in Höhe von 534 Mio € im vierten Quartal 2012, der im Wesentlichen Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten sowie Maßnahmen zur Neuausrichtung des in den Niederlanden erworbenen Firmenkundengeschäfts umfasst. Ohne Berücksichtigung dieses Nettoaufwands hätte das Ergebnis vor Steuern 2012 deutlich über dem des Vorjahrs gelegen: Die Erträge stiegen um 398 Mio €.

in Mio €	2012	2011
Erträge insgesamt	4006	3608
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	168	158
Zinsunabhängige Aufwendungen	3169	2411
Ergebnis vor Steuern	669	1039
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	22	34
Risikogewichtete Aktiva	27093	26986
Aktiva	77378	85751

¹Auszug aus der Segmentberichterstattung, Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2012 (Lagebericht).

02–10
Marktanteile in der Handelsfinanzierung weiterhin auf sehr hohem Niveau
In % im Jahresschnitt



Der Erfolg von GTB basiert auf einem diversifizierten globalen Portfolio und einem lösungsorientierten, volumengetriebenen Geschäftsmodell, das von Größeneffekten profitiert. GTB investiert kontinuierlich in seine IT-Plattform und festigt seine Kundenbeziehungen. Durch eine engere Zusammenarbeit mit Corporate Banking & Securities, Asset & Wealth Management sowie Private & Business Clients fördert GTB Synergien innerhalb der Bank. So können Bedürfnisse der Kunden noch genauer analysiert und umfassende Lösungen entwickelt werden, die die verschiedenen Bereiche der Bank dann gemeinsam bereitstellen.

GTB hat eine starke Position in attraktiven Wachstumsmärkten wie China, Indien, Lateinamerika und Russland. Insgesamt ist GTB in 46 Ländern vertreten und betreut Kunden von mehr als 190 Standorten aus.

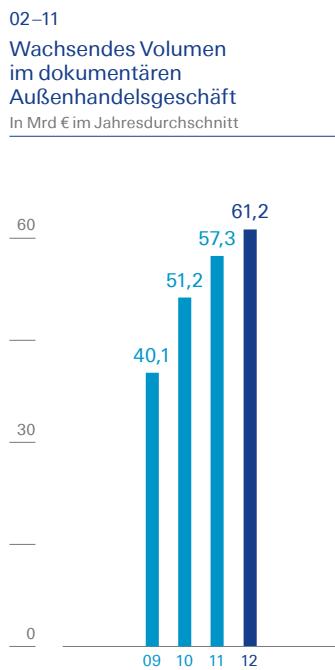
2012 konnte das Geschäft in Nord- und Südamerika sowie in der Region Asien/Pazifik ausgebaut und die Führungsposition im Heimatmarkt Deutschland gehalten werden. Daran hatten Cash Management und Trade Finance entscheidenden Anteil. Bei Exportakkreditiven in Deutschland erreichte die Bank im Berichtsjahr einen Marktanteil von durchschnittlich 27%. [Grafik 02–10](#)

Spitzenposition im Euro-Clearing behauptet

Die Sparte Cash Management behauptete 2012 ihren Spitzenplatz im Euro-Clearinggeschäft. [Grafik 02–9](#) Im US-Dollar-Clearinggeschäft zählte sie zu den sechs besten Anbietern (CHIPS, September 2012). Die hervorragende Positionierung innerhalb der Branche wurde durch zahlreiche Auszeichnungen anerkannt. So erhielt die Deutsche Bank im Rahmen der jährlichen Euromoney-Umfrage die Titel Best Cash Management House in Germany und Best Cash Management House in Western Europe. Im Euro- und US-Dollar-Clearing für Finanzinstitute in Europa setzten uns die Teilnehmer der Umfrage auf Platz eins. GTB hat sich zudem als Dienstleister für andere Währungen etabliert und beispielsweise das Angebot in Renminbi (RMB), der chinesischen Währung, ausgebaut.

Cash Management erhielt im Berichtsjahr Mandate für zahlreiche wegweisende Transaktionen. Die Sparte hat ihre Strategie, sich auf Zielkunden zu konzentrieren, weiterverfolgt und gleichzeitig die operative Effizienz gesteigert sowie Strukturen und Abläufe vereinfacht. Ein Fokus lag dabei auf der erfolgreichen FX4Cash-Plattform für den währungsübergreifenden Zahlungsverkehr sowie der engeren Zusammenarbeit innerhalb von GTB und mit anderen Bereichen der Bank.

Innovationen trugen maßgeblich zur guten Entwicklung von GTB bei. Hervorzuheben ist die bereichsübergreifende Weiterentwicklung des Autobahn App Market. Dieses App-basierte elektronische Serviceangebot öffnet Unternehmen einen zentralen Zugang zu den vielfältigen Finanzprodukten der Deutschen Bank. GTB bietet Kunden über diese neue Technologie unter anderem Dienstleistungen für das Liquiditätsmanagement und der Fondsverwaltung an.



Gefragter Konsortialführer für Handelskredite

Die Sparte Trade Finance zählte 2012 – gerechnet nach Mandaten – erneut zu den wichtigsten Konsortialführern für Handelskredite. Bei vielen Produkten und in verschiedenen Regionen erzielte sie ein zweistelliges Wachstum, vor allem mit Mandaten zur Optimierung der Finanzströme entlang der betrieblichen Lieferkette (Financial Supply Chain Management). International zog die Nachfrage nach traditionellen Produkten wie Akkreditiven und Garantien an. Eine zentrale Rolle spielte GTB bei der Einführung der standardisierten Zahlungsverpflichtungserklärung (Bank Payment Obligation). Dabei handelt es sich um ein unwiderrufliches bedingtes Zahlungsversprechen einer Bank gegenüber einer anderen, das die Vorteile eines Akkreditivs in einem automatisierten Umfeld bietet.

Trade Finance erhielt in Europa, Nordamerika und Asien zahlreiche Auszeichnungen, unter anderem vom Trade Finance Magazine den Titel Best Trade Bank in Europe.

Gestärkte Position im Bereich Wertpapierdienste

Die Sparte Trust & Securities Services (TSS), in der wir eine Vielzahl von administrativen Dienstleistungen für Wertpapiere offerieren, optimierte 2012 ihre Strategie. Der Fokus lag dabei auf dem Geschäftsmodell, dem Risikomanagement, den Mitarbeitern und der Organisationsstruktur. In einer Analyse identifizierte GTB zahlreiche Chancen. Dazu gehören Effizienzsteigerungen und Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Sparte sowie die Erweiterung des Produkt- und Leistungsangebots. TSS wahrte seine starke Marktposition. Diese wurde durch zahlreiche Branchenauszeichnungen in den Bereichen Dienstleistungen für Fonds, Treuhandgeschäft für Unternehmen, Einlagenzertifikate sowie Wertpapierverwahrung und -verwaltung bestätigt. 2012 belief sich das weltweit von GTB verwahrte Vermögen auf mehr als 1.500 Mrd € und das verwaltete Vermögen auf mehr als 70 Mrd €. TSS verzeichnete 2012 ein signifikantes Wachstum im Wertpapierleihegeschäft (Agency Securities Lending), das auf Investitionen im Vorjahr zurückzuführen war. Für den Bereich Corporate Trust war 2012 ein erfolgreiches Jahr. Er konnte in allen Regionen wichtige Mandate gewinnen, unter anderem im sich erholenden Treuhandgeschäft.

Trust & Securities Services und Cash Management profitierten 2012 von der intensiveren Betreuung des äußerst wichtigen Segments der Finanzinstitute. Ein neu geschaffenes, bereichsübergreifendes Vertriebsteam baute eine zentrale GTB-Kontaktstelle auf und optimierte so die Kommunikation zwischen Kunden und Bank. Cash Management verbesserte die Betreuung von Finanzinstituten, die keine Banken sind, sowie der Makler und Händler.

Mit seinem Fokus auf Zielkunden, -produkte und -regionen will GTB sicherstellen, dass die Deutsche Bank im Transaction Banking zu den besten Banken der Welt zählt. GTB ist wachstumsstark und erzielt kontinuierlich attraktive Renditen bei einer relativ geringen Kapitalbindung sowie solidem Risikomanagement. Der Unternehmensbereich ist gut aufgestellt, um 2013 in allen wichtigen Regionen sowie Produkten prosperieren zu können. In den nächsten drei Jahren will GTB durch Investitionen in Größe, Technologie, Dienstleistungen und Mitarbeiter seine Profitabilität verdoppeln.

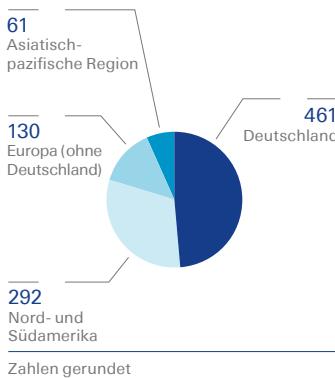
Auszeichnungen 2012

Euromoney
Best Cash Management House in Western Europe
Trade Finance
Best Trade Bank in Europe

Global Trade Review
Best Global Commodity Finance Bank
Infrastructure Investor
Global Corporate Trust Services Provider of the Year

Kunden – Asset & Wealth Management Kräfte in einer Einheit gebündelt

02-12 Regionale Verteilung des verwalteten Vermögens Insgesamt 944 Mrd € zum Jahresende 2012



Im Juni 2012 stellte die Deutsche Bank den neu strukturierten Unternehmensbereich Asset & Wealth Management (AWM) vor, der alle Vermögensverwaltungs-Einheiten der Deutschen Bank vereint. AWM ist einer von vier gleichberechtigten Unternehmensbereichen des Kerngeschäfts und eine strategische Säule unseres Universalbankmodells.

Die neue Einheit umfasst die früheren Geschäftsbereiche Asset Management und Private Wealth Management sowie das passive Anlagegeschäft und die alternativen Plattformen für Drittanbieter, die beide zuvor Teil von Corporate Banking & Securities waren. Mit einem verwalteten Vermögen von 944 Mrd € Ende 2012 zählt AWM weltweit zu den zehn größten global agierenden Vermögensverwaltern in Bankenbesitz.
Grafik 02-12

AWM unterstützt mit traditionellen und alternativen Investmentprodukten und -lösungen private und institutionelle Kunden in allen wichtigen Anlageklassen dabei, ihr Vermögen zu erhalten und zu mehren. Zudem bietet AWM maßgeschneiderte Vermögensverwaltungs- und Private-Banking-Leistungen für sehr vermögende Privatkunden und Familien sowie ausgewählte Institutionen und Finanzintermediäre.

Effiziente Plattform für künftiges Wachstum gestalten

Die Ende 2011 eingeleitete strategische Überprüfung einiger Vermögenswaltungsaktivitäten wurde mit der Schaffung von AWM beendet. Im Rahmen der Strategie 2015+ hat AWM ein Programm für Kosteneinsparungen und Ertragswachstum gestartet. Durch die organisatorische Bündelung können wir wesentliche Synergien in den kundennahen Bereichen, in den sie unterstützenden Abteilungen und in der Infrastruktur erzielen.

Unsere Initiativen pro Ertragswachstum sind fokussiert auf den Ausbau unserer Präsenz und unseres Leistungsangebots für sehr vermögende Kunden, auf die Ausweitung unseres Kundenstamms in den Schwellenländern und die Weiterentwicklung unseres passiven und alternativen Produktbereichs.

Dank der Zusammenlegung der Asset- und Wealth-Management-Aktivitäten unter einem Dach konnten wir unseren Kundenservice verbessern. So haben wir die integrierte Global Client Group geschaffen, die unseren Kunden einen ganzheitlichen Zugang zur gesamten Produkt- und Leistungspalette von AWM bietet.

AWM strebt an, bis zum Jahr 2015 das Vorsteuerergebnis für sein operatives Geschäft von rund 0,8 Mrd € im Jahr 2011 auf ungefähr 1,7 Mrd € zu steigern und gleichzeitig das verwaltete Vermögen auf rund 1 Billion € auszuweiten.

Auszug aus der Segmentberichterstattung (Asset & Wealth Management)¹⁾

Der Unternehmensbereich Asset & Wealth Management erzielte 2012 ein Ergebnis vor Steuern von 0,2 Mrd € (2011: 0,9 Mrd €). Die Zinsunabhängigen Aufwendungen nahmen um 975 Mio € zu und beliefen sich 2012 auf 4,3 Mrd €. Das verwaltete Vermögen in AWM zum 31. Dezember 2012 stieg um 32 Mrd € auf 944 Mrd € an: hauptsächlich aufgrund positiver Marktwertentwicklungen von 55 Mrd € und durch Übertragung von 7 Mrd € von der Postbank, deren teilweise Mittelabflüsse von 22 Mrd € und Währungseffekte von 7 Mrd € entgegenstanden. Im Bereich Wealth Management konnten Mittelzuflüsse von 15 Mrd € verzeichnet werden, denen Mittelabflüsse im Asset Management gegenüberstanden. Diese waren insbesondere auf das institutionelle Geschäft zurückzuführen, als Folge der strategischen Überprüfung.

in Mio €	2012	2011
Erträge insgesamt	4466	4277
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	18	22
Zinsunabhängige Aufwendungen	4288	3313
Ergebnis vor Steuern	160	942
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	3	17
Risikogewichtete Aktiva	12451	14626
Aktiva	68408	68848

¹⁾Auszug aus der Segmentberichterstattung, Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2012 (Lagebericht).

Stabilität in Zeiten des Wandels

Wir sind stolz darauf, dass wir mit der Deutschen Bank zusammen arbeiten. Genau wie wir stellt sie den Kunden in den Mittelpunkt all ihrer Aktivitäten. Es ist wichtig, dass unsere Partnerschaft auf diesem gemeinsamen Verständnis aufbaut. Nur so können wir auch künftig Mehrwert für die Gesellschaft schaffen.

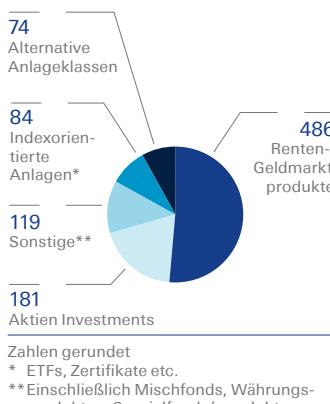
Satoshi Arai,
Senior Managing Director
of Retail Strategy and Services,
Nomura Securities,
Tokio



02–13

Verwaltetes Vermögen nach Produkten

Insgesamt 944 Mrd € zum Jahresende 2012



Private Kunden

DWS Investments (DWS) setzte weiter auf Anlagelösungen, die Kunden sicher durch ein Marktumfeld mit hoher Volatilität und niedrigen Zinsen bringen sollen. Unsere globalen Dividendenstrategien waren sehr erfolgreich, über 3 Mrd € neue Gelder flossen den entsprechenden Fonds im Berichtsjahr zu. Die DWS ist Europas größter Verwalter von Dividendenfonds.

Im Juni 2012 erwarb die DWS Asset-Management-Aktivitäten der Deutschen Postbank AG, darunter 56 Publikums- und Spezialfonds, mit einem Vermögen von rund 7 Mrd €.

Institutionelle Kunden

Die strategische Überprüfung der Aktivitäten hatte im Berichtsjahr Mittelabflüsse zur Folge. Im vierten Quartal stabilisierten sich die Kapitalflüsse dank neuer Lösungen, bei denen zunehmend die gesamte Produkt- und Leistungspalette der Deutschen Bank zum Einsatz kommt. Unsere Investmentbereiche für institutionelle Anleger haben wir zudem effizienter organisiert.

Deutsche Insurance Asset Management (DIAM) half Versicherungen, ihre Anlageziele trotz anhaltend niedriger Zinsen zu erreichen. Wir unterstützen Kunden dabei, Portfolios über traditionelle festverzinsliche Wertpapiere hinaus auf andere Anlageklassen auszuweiten, darunter auch alternative Anlagen.

DB Advisors bediente in Deutschland eine hohe Nachfrage nach verbindlichkeitsorientierten Kapitalanlagen (Liability-driven Investing) und unserem Bilanzstruktur-Management (Asset-Liability Management).

Alternative Anlagen

Die Deutsche Bank konsolidierte im Berichtsjahr ihre Aktivitäten im Bereich alternative Anlagen auf einer einheitlichen globalen Plattform. Das trägt dem steigenden Interesse an dieser Anlageklasse Rechnung. Somit bietet AWM institutionellen und privaten Kunden ein umfassendes Spektrum an sicherheits- und renditeorientierten alternativen Strategien. Zu diesen gehören Immobilien-, Hedge-, Infrastruktur-, Rohstoff- und Private-Equity-Fonds.

Vermögende Kunden

Zum Leistungsspektrum des Bereichs Wealth Management gehören maßgeschneiderte Investmentprodukte, innovative Finanzierungslösungen, Vermögensplanung, Erbschaftsangelegenheiten und Nachfolgeplanung sowie philanthropische Beratung. 2012 flossen uns hier per saldo 15 Mrd € zu.

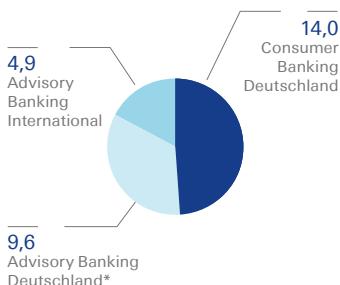
In Deutschland baute AWM seine starke Position im Wealth Management aus. Unsere Tochtergesellschaft Sal. Oppenheim gewann bedeutende Mandate. Die Fachzeitschrift Euromoney verlieh uns erneut die Auszeichnung Best Private Bank in Germany.

In anderen europäischen Regionen war unser Wealth Management bei der Akquisition neuer Kunden und mit selektiven Investments in Schwellenländern erfolgreich. Auch in Großbritannien baute AWM sein Geschäft mit sehr vermögenden Kunden weiter aus. In Nord- und Südamerika trugen unser wettbewerbsfähiges Geschäftsmodell und strikte Kostenkontrolle zu stabilen Ergebnissen bei. Im Nahen Osten setzte AWM insbesondere auf mehr Kundenbetreuer und verstärkte Beratung. Im asiatisch-pazifischen Raum erzielten wir 2012 zweistellige Ertrags- und Vermögenszuwächse sowie Netto-mittelzuflüsse. Durch eine enge Zusammenarbeit mit CB&S konnten wir in vielen Produktbereichen innovative Lösungen für unsere Kunden erarbeiten.

Kunden – Private & Business Clients

Eine starke Säule im Privatkundengeschäft

02–14
Kunden nach Geschäftsbereichen
Insgesamt 28,4 Millionen zum Jahresende 2012



* Einschließlich Deutsche Bank Bauspar AG und norisbank GmbH
Zahlen gerundet

Der Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) betreibt in Deutschland und international Bank- und Finanzgeschäfte mit Privatkunden, Selbstständigen sowie kleinen und mittleren Unternehmen. Das Produktangebot umfasst neben Kontoführung und Zahlungsverkehr die Vermögensanlage- und Vorsorgeberatung, Wertpapiere sowie private und geschäftliche Kredite. Als führende Privatbank in unserem Heimatmarkt betreuen wir rund 24 Millionen Kunden sowie weitere etwa fünf Millionen im Ausland. [Grafik 02–14](#) PBC verfügt über rund 2800 Filialen in Deutschland, Italien, Spanien, Belgien, Portugal, Polen und Indien. [Grafik 02–15](#) Zudem hält PBC als zweitgrößter Aktionär 19,99% an der chinesischen Hua Xia Bank. Ergänzt wird unser Filialgeschäft durch den mobilen Vertrieb mit selbstständigen Finanzberatern sowie durch Online-Kanäle. Außerdem kooperieren wir mit namhaften Gesellschaften, dazu gehören die Deutsche Post DHL, die Deutsche Vermögensberatung AG (DVAG) sowie die spanische und italienische Post, die unsere Finanzdienstleistungen mit anbieten. PBC gliedert sich in die Geschäftsbereiche Advisory Banking Deutschland, Advisory Banking International und Consumer Banking Deutschland.

Die anhaltende Staatsschuldenkrise in Europa führte auch 2012 zu einer Verunsicherung unserer Kunden. Das historisch niedrige Zinsniveau wirkte sich negativ auf die Einlagenmargen aus. Neue regulatorische Anforderungen und Kapitalbeschränkungen, insbesondere in Europa, erwiesen sich als Herausforderung.

Trotz dieses schwierigen Umfelds erzielte PBC einen Vorsteuergewinn in Höhe von 1,5 Mrd €. [Grafik 02–17](#) Bereinigt um Investitionskosten für die Postbankintegration und das bereichsübergreifende Operational Excellence Program (OpEx) sowie Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen und weitere Konsolidierungseffekte der Postbank erhöhte sich unser Vorsteuergewinn im Vergleich zum Vorjahr um 247 Mio € auf 2,3 Mrd €.

Auszug aus der Segmentberichterstattung (Private & Business Clients)¹⁾

Der Unternehmensbereich Private & Business Clients erzielte 2012 ein Ergebnis vor Steuern von 1,5 Mrd € nach 1,9 Mrd € im vorangegangenen Jahr. Die Erträge gingen gegenüber 2011 um 852 Mio € zurück. Dies war hauptsächlich auf den Wegfall eines einmaligen positiven Effekts von 263 Mio € aus der Bilanzierung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank 2011 und einem negativen Effekt aus der Kaufpreisallokation in Bezug auf die Postbank zurückzuführen. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen gegenüber 2011 um 93 Mio € auf 7,2 Mrd €, hauptsächlich aufgrund höherer Umsetzungskosten von 133 Mio € im Zusammenhang mit der Postbankintegration sowie dem Operational Excellence Program.

in Mio €	2012	2011
Erträge insgesamt	9541	10393
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	781	1185
Zinsunabhängige Aufwendungen	7221	7128
Ergebnis vor Steuern	1524	1902
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	13	16
Risikogewichtete Aktiva	72695	78637
Aktiva	282603	270086

¹⁾Auszug aus der Segmentberichterstattung, Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2012 (Lagebericht).

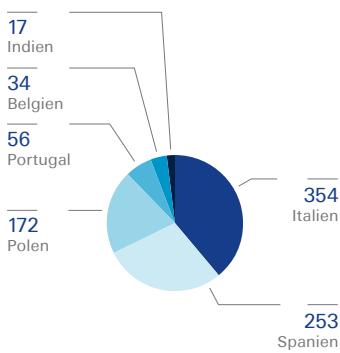
Stabilität in Zeiten des Wandels

Ich vertraue der Deutschen Bank als verlässlichem Partner, der mich und meine Unternehmen seit nunmehr 30 Jahren begleitet. Die persönliche Betreuung und den Service schätze ich sehr. Know-how und Flexibilität zeichnen die Deutsche Bank aus.

Helga Lesegeld,
Geschäftskundin,
Frankfurt am Main



02–15
Filialen im Geschäftsbereich
Advisory Banking International
Insgesamt 886 Filialen zum Jahresende 2012



PBC Powerhouse: gut diversifiziertes Geschäftsmodell

Im Rahmen seines Transformationsprogramms setzt der Unternehmensbereich die Implementierung des Geschäftsmodells „PBC Powerhouse“ fort. Es fasst die drei Geschäftsbereiche – Advisory Banking Deutschland, Advisory Banking International und Consumer Banking Deutschland – unter einer gemeinsamen Steuerung zusammen und wird durch eine IT- und Service-Plattform unter dem Namen Magellan unterstützt, die alle Produkte und Prozesse bündelt.

Advisory Banking Deutschland

Unser Advisory Banking Deutschland umfasst alle Aktivitäten von PBC im Heimatmarkt unter der Hauptmarke Deutsche Bank. Wir sind Marktführer in der Baufinanzierung, mit der wir 2012 ein Ertragswachstum erzielten. Darüber hinaus profitierten wir von einer verbesserten Portfolioqualität, die sich in einer Absenkung der Risikokosten niedergeschlagen hat. Wir richteten unser Geschäftsmodell noch stärker an den Bedürfnissen unserer Kunden aus und bieten Privat- und Geschäftskunden eine präzise auf ihre Belange zugeschnittene Beratung. Durch die Verlagerung administrativer Aufgaben in das sogenannte Middleoffice gewannen wir zusätzlich Zeit für Kunden. Unser Anspruch ist es, uns im Advisory Banking durch eine hohe Beratungsqualität mit konsequenterem Kundenfokus und ein erstklassiges Produktangebot klar von den Wettbewerbern abzuheben. Auszeichnungen für die beste Beratung bei der Altersvorsorge (Zeitschrift Focus Money) und die besten Baufinanzierungslösungen (FMH-Finanzberatung) bestätigen uns, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. Anerkennung fand auch unser Online-Broker maxblue (Euro am Sonntag).

PBC Powerhouse

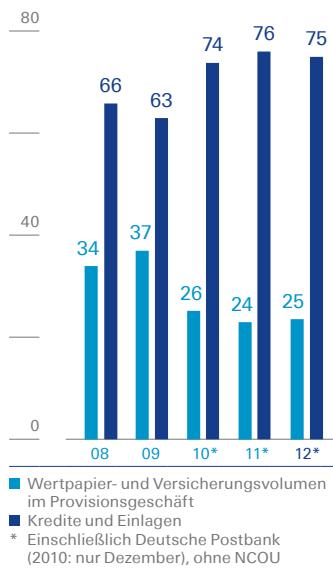


Advisory Banking International

Zu Advisory Banking International gehören alle Aktivitäten von PBC in Europa (außerhalb von Deutschland) und Asien. In beiden Regionen waren wir 2012 erfolgreich. Der Geschäftsbereich eröffnete 20 neue Filialen, die meisten davon in Italien. **Grafik 02–15** PBC arbeitete in allen Ländern trotz teilweise schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen gewinnbringend. Höhere Margen im Kreditgeschäft durch Anpassung der Konditionen und ein besseres Risikoprofil im Vergleich zum Marktdurchschnitt trugen zum Ergebnis bei. In Italien, Spanien und Portugal optimierten wir unsere lokale Refinanzierung durch die Verbriefung von Hypothekendarlehen und Einlagenkampagnen. Als strategischer Partner der Hua Xia Bank partizipierte PBC an deren Ertragskraft und starkem Wachstum. In Indien gelang es uns, die Erträge des Filialgeschäfts zu steigern und unser Netzwerk in ausgewählten Regionen zu verstärken.

02–16

Starkes bilanzbasiertes Geschäft Geschäftsvolumen in % zum Jahresende



Consumer Banking Deutschland

Der Geschäftsbereich Consumer Banking Deutschland, der im Wesentlichen die Aktivitäten der Deutschen Postbank umfasst, weitete sein Neugeschäft mit Ratenkrediten aus und profitierte von der Zunahme privater Baufinanzierungen. Die marktweite Anerkennung der Internetpräsenz werten wir als Erfolg. Damit nimmt die Postbank eine Führungsposition im Online Banking ein. Das bestätigten das Magazin CHIP und der PASS Online-Banking Award 2012.

Durch die gut voranschreitende Integration der Postbank waren wir in der Lage, Ertrags- und Kostensynergien zu realisieren. Den Risikoabbau von Postbank-Investmentportfolios setzten wir fort; ein Großteil der nicht zum Kerngeschäft gehörenden Vermögensbestände wurde entsprechend unserer Strategie 2015+ im vierten Quartal 2012 in den neuen Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit überführt. Ihr Fondsgeschäft hat die Postbank an die Deutsche Bank-Tochter DWS Investments verkauft.

Meilensteine der Postbankintegration waren die Erhöhung unserer Beteiligung von 53,1% Ende 2011 auf 94,1% Ende 2012 und das Wirksamwerden des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags. Dieser unterstützt die reibungslose Anpassung und Vereinheitlichung von Richtlinien, Berichterstattung und Führungsstrukturen sowie der Risikosteuerung.

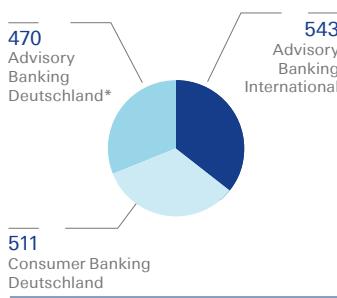
Die norisbank gehört ebenfalls zum Geschäftsbereich Consumer Banking Deutschland. Wir haben sie 2012 als reine Online-Bank positioniert. Ihre Filialen wurden geschlossen. Mit den Mitarbeitern verstärkten wir unsere Kapazitäten im Filialgeschäft der Deutschen Bank und der Postbank.

Unsere Prioritäten

PBC will eine Führungsrolle im europäischen Retail-Bankenmarkt übernehmen mit einem starken Beratungsgeschäft in Deutschland und Präsenz in ausgewählten internationalen Märkten. Wir werden PBC mit dem Fokus auf Advisory Banking unter der Marke Deutsche Bank und Consumer Banking unter der Marke Postbank weiter stärken. Eine integrierte IT- und Service-Plattform sowie einheitliche Abwicklungsprozesse werden helfen, die Kosten zu senken.

In einem herausfordernden Umfeld wollen wir unsere Erträge steigern. Dabei setzen wir auf ein risikoarmes Kreditgeschäft in Deutschland und ausgewähltes Wachstum in Europa. Das Ergebnis des Geschäftsbereichs Advisory Banking Deutschland wollen wir durch den profitablen Ausbau des Kreditgeschäfts und die Verbesserung der Prozesse begünstigen. Der Geschäftsbereich Consumer Banking Deutschland strebt im Kundengeschäft ein höheres Ergebnis bei wirtschaftlicherem Kapitaleinsatz an. Im europäischen Markt gewinnen unsere vermögenden Privat- und Geschäftskunden zunehmende Bedeutung für unsere Rentabilität. Vor allem in Südeuropa setzen wir auf eine strikte Risiko- und Kostendisziplin. Die Kapitaleffizienz wollen wir durch selektive Ausweitung des Kreditgeschäfts und Anpassung der Konditionen verbessern. Die Intensivierung der Partnerschaft mit der Hua Xia Bank und unser organisches Wachstum in Indien werden den Erfolg von PBC in Asien zusätzlich befördern.

02–17
**Vorsteuergewinn
nach Geschäftsbereichen**
Insgesamt 1524 Mio € zum Jahresende 2012



* Einschließlich Deutsche Bank Bauspar AG und norisbank GmbH
Zahlen gerundet

Die IT- und Service-Plattform Magellan wird in den kommenden Jahren stufenweise fertiggestellt. Sie ermöglicht beträchtliche Effizienzgewinne und Ertragssynergien. Als Grundlage für das PBC Powerhouse wird diese einheitliche Plattform zunächst für Advisory und Consumer Banking Deutschland umgesetzt. Wir erwarten, dass beide Geschäftsbereiche von den Kostenreduktionen im Rahmen der Organisations- und Geschäftsanpassungen sowie von der integrierten Plattform profitieren. In einem zweiten Schritt wird Magellan europaweit implementiert. Ziel ist es, mit Magellan zur ersten europäischen Bank mit einer standardisierten, hochmodernen Infrastruktur über alle Retail-Banking-Services hinweg zu avancieren. Innovative und benutzerfreundliche Anwendungen und Oberflächen unterstützen die Beratung unserer Kunden. Als erstes Modul der gemeinsamen IT- und Service-Plattform für das gesamte Geschäft von PBC hatte „DB Spar“ im Berichtsjahr einen guten Start – ohne Störung des Tagesgeschäfts. Die Einführung erfolgte zunächst in der Deutschen Bank und danach in der Postbank. Die Optimierung der Zentralfunktionen und die Reduktion administrativer Tätigkeiten in den Filialen werden zu einer Verbesserung des Ergebnisses der Bank beitragen.

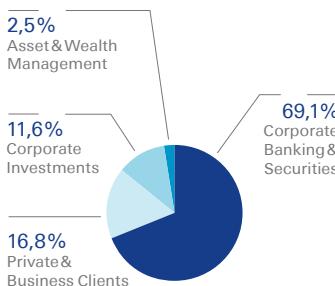
PBC verfolgt das ambitionierte Ziel, nach weitgehender Integration der Postbank im Jahr 2015 einen Vorsteuergewinn von rund 3 Mrd € zu erreichen.

Kunden – Non-Core Operations Unit Risiken abbauen, Kapital freisetzen

02–18

„Pro forma Basel 3“-risikogewichtetes Aktiva-Äquivalent (RWA-Äquivalent) nach übertragenem Bereich

Insgesamt 125 Mrd € zum 30. September 2012*



* Risikogewichtete Aktiva zuzüglich Äquivalent der Kapitalabzugspositionen bei voller Umsetzung von Basel 3. Aufteilung ohne 22,6 Mrd € aus operationellen Risiken

Im vierten Quartal 2012 hat die Deutsche Bank eine Non-Core Operations Unit (NCOU) aufgebaut. Die Schaffung dieser Einheit ist ein wesentliches Element unserer Strategie 2015+. Ziel ist es, den Abbau von risikogewichteten Aktiva aus nicht zum Kerngeschäft gehörenden Bereichen der Bank zu beschleunigen und dadurch Kapitalmittel für die Kerngeschäftsbereiche der Bank freizusetzen. Zum Einsatz kommt dabei eine Kombination verschiedener Maßnahmen, wie beispielsweise der Verkauf von Vermögensgegenständen oder der Abschluss von Absicherungsgeschäften. Mit der NCOU will die Deutsche Bank zudem die Transparenz der Berichterstattung über ihre nicht zum Kerngeschäft gehörenden Positionen erhöhen.

Die NCOU wird neben den vier Unternehmensbereichen der Kerngeschäftsfelder als eigener Unternehmensbereich geführt. Sie verwaltete zum 31. Dezember 2012 Vermögenswerte in Höhe von 97 Mrd €, das entspricht einem risikogewichteten Aktiva-Äquivalent (RWA-Äquivalent) gemäß Basel 3 in Höhe von 106 Mrd €.

Vorrang hat der Abbau von Positionen mit weniger günstigen Kapital- und Risiko-Rendite-Profilen, damit die Bank ihre Tier-1-Kernkapitalquote gemäß Basel 3 stärken kann. Im vierten Quartal 2012 wurden bereits Risiken in erheblichem Umfang reduziert.

Leitung

Wir haben eine klare Trennung von Geschäfts- und Kontrollfunktionen auch für die NCOU sichergestellt. Zur Gewährleistung der Unabhängigkeit der neuen Einheit von den Kerngeschäftseinheiten gehören darüber hinaus dem Management der NCOU keine Vertreter der Kerngeschäftsbereiche an.

Das Portfolio

Das Portfolio der Non-Core Operations Unit enthält Aktivitäten, die künftig nicht zu den Kerngeschäftsfeldern der Deutschen Bank gehören. Dazu zählen im Wesentlichen verbriezte Wertpapiere mit hoher Kapitalbindung bei niedriger Rendite, Vermögensgegenstände, die durch Veränderungen des regulatorischen, rechtlichen oder wirtschaftlichen Umfelds beeinträchtigt sind, sowie in Abwicklung befindliche oder zum Verkauf stehende Geschäftseinheiten. Weiterhin wurden nach vergleichbaren Kriterien selektierte Verbindlichkeiten an die NCOU übertragen. Beispiele sind nicht fortgeföhrte Anleiheemissionsformate und verschiedene kurzfristige Verbindlichkeiten, die mit übertragenen Aktiva verknüpft sind.

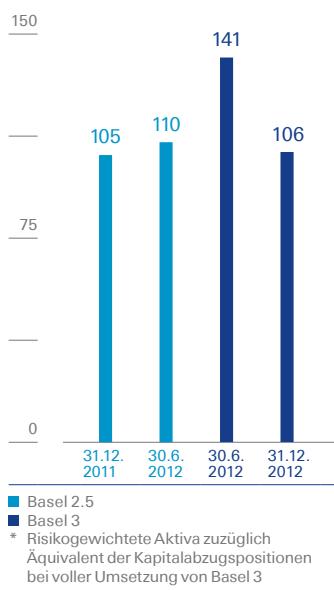
Auszug aus der Segmentberichterstattung (Non-Core Operations Unit¹)

Der Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit erzielte 2012 ein Ergebnis vor Steuern von –2,9 Mrd € (2011: –2,1 Mrd €). Die Erträge stiegen im Vergleich zu 2011 um 179 Mio € und sind von der Art und zeitlichen Verteilung von Einmaleffekten geprägt. Hierzu gehörten 2012 negative Effekte aus der Überarbeitung der „credit valuation adjustment“-Methodik in Höhe von 203 Mio €, Kosten für Hypothekenrückkäufe in Höhe von 233 Mio € sowie Verluste aus der Veräußerung kapitalintensiver Verbriefungspositionen und verschiedene Wertminderungen. Die Erträge 2011 beinhalteten Abschreibungen auf Actavis von 457 Mio € sowie Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen. Zinsunabhängige Aufwendungen sind im Vergleich zu 2011 um 751 Mio € auf 3,3 Mrd € angestiegen. Der Anstieg war hauptsächlich auf Einmaleffekte, wie Kosten für Rechtsstreitigkeiten und Abwicklungen, sowie Wertminderungen zurückzuführen.

in Mio €	2012	2011
Erträge insgesamt	1058	879
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	634	385
Zinsunabhängige Aufwendungen	3305	2554
Ergebnis vor Steuern	–2914	–2074
Risikogewichtete Aktiva	80295	103810
Aktiva	97265	134712

¹Auszug aus der Segmentberichterstattung, Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2012 (Lagebericht).

02–19
Zügiger Abbau von
Risikopositionen
Risikogewichtetes Aktiva-Äquivalent
(RWA-Äquivalent) in Mrd €*



Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden durch einmalige Übertragung von anderen Werten unserer Kerngeschäftsbereiche getrennt; die Zuordnung zu den jeweiligen Konzerngesellschaften beziehungsweise Rechtseinheiten bleibt jedoch unverändert. Dadurch sind auch Letztere am Erfolg der NCOU wesentlich interessiert.

Der Großteil der risikogewichteten Aktiva wurde aus Corporate Banking & Securities übertragen. [Grafik 02–18](#) Dazu gehören Positionen aus dem Kreditkorrelationshandel, Verbriefungsaktiva, Risikopositionen gegenüber Anleiheversicherern (Monolinern) und nach den internationalen Bilanzierungsvorschriften IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte. Zu den aus Private & Business Clients übertragenen Vermögenswerten gehören unter anderem das gewerbliche Immobiliengeschäft der Postbank außerhalb ihrer Kernmärkte, kapitalintensive strukturierte Kreditprodukte der Postbank, ausgewählte Hypothekenkredite für Wohnimmobilien im Ausland und andere Finanzinvestitionen wie die Portfolios für strukturierte Kredite und Kreditengagements gegenüber Geschäftspartnern in Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien, deren Risiken bereits seit einigen Jahren reduziert werden.

Das NCOU-Portfolio enthält darüber hinaus alle Vermögenswerte, die im bisherigen Unternehmensbereich Corporate Investments verwaltet wurden. Dabei handelt es sich um die weltweiten Beteiligungen der Deutschen Bank, die nicht Teil unseres Kerngeschäfts sind. Darin enthalten sind unsere Beteiligungen an dem Hafenbetreiber Maher Terminals, am Immobilienprojekt The Cosmopolitan of Las Vegas und an der BHF-BANK. Im vierten Quartal 2012 hat die Deutsche Bank die Veräußerung der bis dahin zu Corporate Investments gehörenden Actavis Gruppe abgeschlossen.

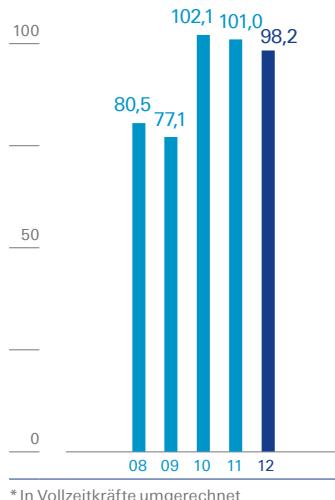
Erfolgreicher Start

Bis Ende 2012 konnte die Deutsche Bank ihr risikogewichtetes Aktiva-Äquivalent innerhalb der NCOU bereits auf 106 Mrd € [Grafik 02–19](#) senken und damit erhebliches Kapital für die Kerngeschäftsfelder freisetzen. Im ersten Quartal 2013 haben wir, insbesondere durch die Veräußerung von kapitalintensiven Teilen des Portfolios, den Bestand weiter auf rund 90 Mrd € RWA-Äquivalent gesenkt. Auch danach geht der Abbau von Vermögenswerten weiter, das Tempo wird sich allerdings verlangsamen, da die ökonomische Dringlichkeit für einen raschen Abbau von Vermögensgegenständen mit niedrigerer Risikogewichtung geringer ist. Im Sinne des Shareholder Value wird eine fortlaufende Abwägung zwischen Verkauf und Halten des Portfolios erfolgen.

Mitarbeiter

Neue Grundsätze für die Leistungsbewertung

02–20 Mitarbeiterzahl In Tausend zum Jahresende*



* In Vollzeitkräfte umgerechnet

Die Zahl der Mitarbeiter (Vollzeitkräfte) des Deutsche Bank-Konzerns verringerte sich im Jahr 2012 um 2777 auf 98219. Bereinigt um veräußerte Unternehmensteile ging der Personalbestand um 2611 zurück. [Grafik 02–20](#)

Im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities sank die Zahl der Beschäftigten um 1390. Gründe waren Kapazitätsanpassungen, mit denen wir der schwierigen Marktlage Rechnung trugen, sowie die im dritten Quartal eingeleitete Restrukturierung. Im Unternehmensbereich Global Transaction Banking blieb der Personalbestand nahezu auf Vorjahreshöhe. Im Unternehmensbereich Asset & Wealth Management erweiterte sich die Mitarbeiterzahl um 473. Das war insbesondere das Ergebnis der Bündelung verschiedener Geschäftsfelder in einer Einheit, aber auch der Marktentwicklung geschuldet. Im Unternehmensbereich Private & Business Clients reduzierte sich die Mitarbeiterzahl um 1073, vor allem durch Fortschritte bei der Integration der Postbank. In den Geschäftsfeldern, die im neuen Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit aufgingen, wurden die Mitarbeiterkapazitäten um 326 vermindert. Aufgrund gestiegener regulatorischer Anforderungen und durch den Ausbau unserer Service Center hat sich die Zahl der Mitarbeiter in den Infrastrukturbereichen um 398 erhöht.

Die regionale Mitarbeiterstruktur der Deutschen Bank blieb stabil. Der Anteil der Mitarbeiter in Deutschland betrug zum Ende des Berichtsjahres 47,1% (2011: 46,9%).

[Grafik 02–21](#)

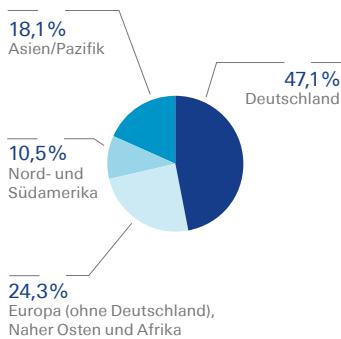
Wie wird Leistung bewertet?

Zur Förderung des kulturellen Wandels hat die Deutsche Bank im Jahr 2011 Grundsätze (High Performance Principles) für die differenzierte Leistungsbewertung und Förderung der Mitarbeiter sowie die Verbesserung der Feedback-Kultur eingeführt. Bei der Bewertung der erreichten Ziele wurden erstmals zwei Bewertungskomponenten angelegt. Beurteilt wird nicht nur, was erreicht wurde, sondern auch wie die Ziele erreicht wurden. Um die zweite Komponente messbar zu machen und einheitliche Grundsätze für diesen Prozess festzulegen, haben wir 2012 neue Performance Standards eingeführt, die gewünschte Verhaltensweisen für alle Mitarbeiter beschreiben.

Zur Motivation unserer Mitarbeiter sind eine faire Differenzierung ihrer Leistungen sowie ein regelmäßiges Feedback (von den Führungskräften) entscheidende Faktoren. Die Leistungsbewertungen der Mitarbeiter fließen in die Entscheidungen zur Vergütung und Beförderung mit ein. Darüber hinaus identifizieren wir Entwicklungspotenziale der Mitarbeiter. Diese Kombination aus leistungsorientierten Anreizen und Feedback unterstützt ganz wesentlich die Leistungskultur der Bank und ermöglicht uns langfristig und im Einklang mit unseren Werten herausragende Geschäftsresultate.

Im Berichtsjahr nahmen über 52000 Beschäftigte an der konzernweiten Mitarbeiterbefragung DB People Survey teil. Mit 73% ist der Commitment-Index, der die Loyalität zum Unternehmen beschreibt, gegenüber 2011 um einen Prozentpunkt gestiegen. Das ist einer der höchsten Werte, die seit Beginn der Befragung im Jahr 1999 gemessen wurden.

02–21
**Regionaler Einsatz
der Mitarbeiter**
In % zum Jahresende 2012*



* In Vollzeitkräfte umgerechnet

Vergütung auf Nachhaltigkeit ausgerichtet

Die Änderung der Vergütungspraxis hat für die Bank einen hohen Stellenwert und ist ein Schwerpunkt ihrer Initiative für kulturellen Wandel. 2012 wurde in einem ersten Schritt für die Senior-Management-Gruppe die Unverfallbarkeitsregelung für die aufgeschobene, aktienbasierte Vergütung (Deferred Equity Awards) angepasst. Statt einer Zuteilung in mehreren Tranchen über drei Jahre hinweg erfolgt nun eine Zuteilung als Einmaltranche nach einer Haltefrist von fünf Jahren. Die Awards beinhalten ferner Leistungsbedingungen für den fünfjährigen Unverfallbarkeitszeitraum. Dabei werden die Leistungen der Bank und des jeweiligen Bereichs eines Mitarbeiters zugrunde gelegt. Die Einführung des fünfjährigen Unverfallbarkeitszeitraums für aufgeschobene Vergütung geht über das von den Aufsichtsbehörden geforderte Maß hinaus.

Die Höhe der variablen Vergütung als Prozentsatz der Erträge ist 2012 wie bereits in den Vorjahren zurückgegangen.

Weitere Details zu Veränderungen der Vergütung sind im Vergütungsbericht 2012 enthalten. Siehe [Finanzbericht 2012, Seite 222 ff.](#)

An unserem Mitarbeiter-Aktienplan (Global Share Purchase Plan) haben 2012 etwa 20500 Beschäftigte aus 37 Ländern teilgenommen. Dies entspricht mehr als einem Drittel der berechtigten Mitarbeiter weltweit; in Deutschland waren es 55 %. Der Plan ermöglicht es den Mitarbeitern, Deutsche Bank-Aktien in monatlichen Raten zu erwerben. Die Deutsche Bank stockt den so angeschafften Aktienbestand am Ende des Kaufzyklus im Verhältnis eins zu eins um maximal zehn Gratisaktien auf.

Wir fördern Vielfalt

Anhaltender geschäftlicher Erfolg hängt vor allem von den Fähigkeiten und dem Know-how unserer Mitarbeiter ab. Wir können unsere geschäftlichen Ziele nur erreichen, wenn es uns gelingt, Talente zu gewinnen, sie an uns zu binden und die persönliche Entwicklung unserer Mitarbeiter zu fördern.

Im Jahr 2012 hatten wir weltweit 2016 Auszubildende, über 770 von ihnen wurden im Berichtsjahr in Deutschland eingestellt. Außerdem kamen 653 Hochschulabsolventen zu uns. Im Unternehmensbereich Private & Business Clients passten wir unser Berufsausbildungskonzept unter dem Motto „New Generation“ an die Bedürfnisse der jüngeren Generation an.

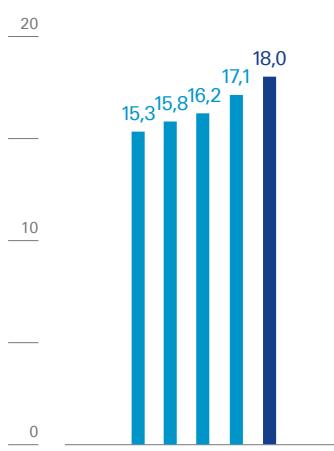
Unseren Mitarbeitern werden während ihrer gesamten beruflichen Laufbahn Möglichkeiten für ihre Weiterentwicklung geboten. Das geschieht mit klassischen Aus- und Weiterbildungsprogrammen und individuellen Maßnahmen. Zudem ermutigen wir Mitarbeiter, sich innerhalb des Unternehmens zu verändern und einen Einblick in andere Teams und Geschäftsbereiche zu gewinnen. Vielfältige Erfahrungen steigern die Leistung unserer Mitarbeiter.

Die Deutsche Bank, die in 72 Ländern vertreten ist und Mitarbeiter aus 136 Nationen beschäftigt, fördert eine Kultur der Vielfalt (Diversity) in der Belegschaft. Damit können wir den unterschiedlichen Anforderungen unserer Kunden weltweit am besten gerecht werden. Regionale Diversity-Komitees sind für die Umsetzung der globalen Strategie der Vielfalt in ihren jeweiligen Gebieten verantwortlich. Unsere Rekrutierungsrichtlinien sehen vor, dass alle Bewerbungen unabhängig von Geschlecht, Alter und ethnischer Herkunft beurteilt werden.

02–22

Anteil von Frauen in
Führungspositionen gestiegen*

In % zum Jahresende



*Weibliche Managing Directors
und Directors

Der Anteil von Frauen im außertariflichen Bereich hat sich von Ende 2010 bis Ende 2012 von 29,3% auf 30,8% erhöht. In Senior-Führungspositionen konnten wir den Anteil von 16,2% auf 18,0% erhöhen. **Grafik 02–22** Im Rahmen der freiwilligen Selbstverpflichtung, die wir 2011 zusammen mit den anderen DAX-30-Unternehmen unterzeichnet haben, wollen wir den Anteil weiblicher Führungskräfte auf den Ebenen Managing Director und Director bis Ende 2018 auf 25% erhöhen. Außerdem soll sich bis dahin der Anteil von Frauen mit den Titeln Managing Director, Director, Vice President, Assistant Vice President und Associate zusammen auf 35% erhöhen, vorbehaltlich rechtlicher Regelungen weltweit.

Mit dem bankeigenen Förderprogramm ATLAS (Accomplished Top Leaders Advancement Strategy – Aufstiegsstrategie für erfolgreiche Top-Führungskräfte) bietet die Deutsche Bank einer ausgewählten Gruppe weiblicher Managing Directors maßgeschneiderte Entwicklungsangebote, verbunden mit der persönlichen Begleitung durch einen Senior-Sponsor. Dieser Förderer unterstützt sie dabei, ihr Profil in der Bank zu schärfen, und berät bei Karrierefragen und Aufstiegsmöglichkeiten. Das seit vier Jahren laufende ATLAS-Programm gewann in Großbritannien den Opportunity Now Excellence in Practice Awards 2012.

Pro Gesundheit, Familie, Flexibilität

Weltweit haben die Gesundheit und das Wohlbefinden unserer Mitarbeiter für die Bank hohe Priorität. Der Belegschaft stehen vielfältige regionale und lokale Programme zur Verfügung sowie in Deutschland eine exklusive serviceorientierte Betriebskrankenkasse. Darüber hinaus leisten wir bei persönlichen Problemen – sowohl im beruflichen als auch im privaten Kontext – Hilfestellung. Online-Schulungsmodule und Präsenzkurse sollen die mentale Stärke der Mitarbeiter stützen und die Stressbewältigung erleichtern.

In vielen Ländern bietet die Deutsche Bank medizinische Versorgung am jeweiligen Standort oder direkten Zugang zu renommierten Krankenhäusern und medizinischen Versorgungseinrichtungen. Vorsorgemaßnahmen sind uns wichtig. Dazu zählen das Angebot von Grippeimpfungen, Zuschüsse zu Mitgliedsbeiträgen für Fitnessstudios, betriebliche Sportveranstaltungen und Gesundheitsmessen. Auf Geschäftsreisen steht allen Mitarbeitern der Deutschen Bank ein breites Angebot an Notfalldienstleistungen eines weltweit führenden Anbieters zur Verfügung.

In Deutschland entwickeln wir ein neues Online-Gesundheitsportal, das Informationen und Ratschläge sowie alle unsere Angebote zu den Themen Gesundheit, Work-Life-Balance und Ernährung bündelt.

Wir schaffen flexible Regelungen, die es unseren Mitarbeitern ermöglichen, ihre Arbeitszeit optimal zu organisieren. Dies schließt an einigen Standorten die Option ein, von zu Hause aus zu arbeiten sowie andere mobile Arbeitsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Im Rahmen der jeweiligen lokalen Gegebenheiten unterstützen wir Familien bei der Kinderbetreuung. Weltweit haben wir mehr als 400 Plätze in Kindertagesstätten in der Nähe des Arbeitsplatzes eingerichtet. Nach der Elternzeit begleiten wir Mütter und Väter bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz.

Gesellschaft

Bewusstsein für unternehmerische Verantwortung geschärft

02–23
SAM-Nachhaltigkeitsrating 2012
Finanzdienstleistungsunternehmen
Indexmaximum = 100



2012 war für die Deutsche Bank ein Jahr des Übergangs. Die Unternehmensleitung hat mit der Strategie 2015+ die geschäftliche Ausrichtung für die nächsten Jahre festgelegt. Damit ist auch ein tiefgreifender Wandel unserer Unternehmenskultur verbunden. Aufbauend auf unseren Stärken und dem bisher Erreichten wollen wir Wert mit Werten schaffen, das heißt, geschäftlichen Erfolg mit gesellschaftlichen Kriterien vereinen, nachhaltig wirtschaften, ökologische und soziale Belange berücksichtigen.

Einige unserer Bankgeschäfte haben 2012 Kritik ausgelöst. Zu den problematischen Themen zählten Transaktionen im Zusammenhang mit Nahrungsmittelspekulationen, Finanzierungen zur Herstellung von Streumunition und Transaktionen im Energie-sektor. Wir nehmen diese Bedenken ernst und passen unsere Geschäftspraktiken entsprechend an, wo immer es nach einem intensiven Austausch mit unseren Partnern und einer sorgfältigen Analyse der Fakten notwendig erscheint.

Um der zunehmenden Bedeutung von ökologischen und sozialen Belangen gerecht zu werden, hat die Deutsche Bank im Jahr 2011 ein Rahmenwerk zur Prüfung entsprechender Risiken entwickelt. 2012 wurde dessen Umsetzung in den Unternehmensbereichen und Regionen der Bank maßgeblich vorangetrieben.

In einer ersten Phase konzentrierten wir uns auf die Prüfung unserer Geschäfte im Investment Banking, die sensible Sektoren wie die Gewinnung von Rohstoffen, die Land- und Forstwirtschaft oder die Energieversorgung berühren. Sie sind in den Unternehmensbereichen Corporate Banking & Securities und Global Transaction Banking angesiedelt. In einem weiteren Schritt haben wir mit Unterstützung des konzernweiten Group Reputational Risk Committee die Richtlinien auf weitere Geschäfte ausgedehnt. Im Jahr 2012 wurden 102 Transaktionen aufgrund von sozialen oder Umweltkriterien den regionalen und divisionalen Reputationsrisikogremien oder dem Group Reputational Risk Committee zur Bewertung vorgelegt.

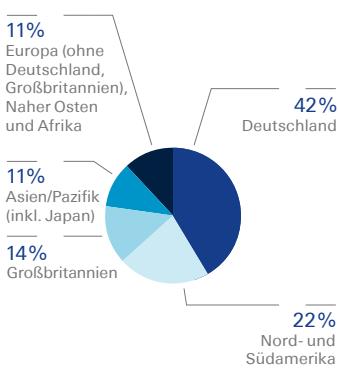
Unsere Kunden erwarten von uns zu Recht eine Beratung, die Risiken und Chancen gleichermaßen berücksichtigt und ihre Interessen in den Vordergrund stellt. Deshalb haben wir für unseren Unternehmensbereich Private & Business Clients einen Wertekodex entwickelt. Er definiert Qualitätsstandards für den Vertrieb unserer Produkte.

Der Unternehmensbereich Asset & Wealth Management verwaltete zum Ende des Berichtsjahres 3,7 Mrd € an Vermögenswerten, bei deren Anlage ökologische, soziale und Kriterien der Unternehmensführung (Environmental, Social and Governance – ESG) berücksichtigt wurden. Dazu zählen Themenfonds zum Klimawandel. 2012 haben wir ESG-Kriterien stärker in unser internes Investmentportal integriert und damit die Grundlagen geschaffen, um sie stärker in den konventionellen Analyseprozess einzfließen zu lassen. So haben wir CO₂-Ratings und ein CO₂-Reporting für Anleihen aufgenommen und ESG-Ratings auf unsere Analyseplattform für Unternehmens- und Staatsanleihen aus Industrie- und Schwellenländern ausgeweitet. 2012 sind wir zudem mit einem neuen Mikrofinanzfonds an den Markt gegangen; der Global Commercial Microfinance Consortium II erreichte ein Volumen von 100 Mio US-\$.

02–24

Weltweites Fördervolumen für gesellschaftliches Engagement nach Regionen

2012 insgesamt 82,7 Mio €



Als Beitrag zum Klimaschutz hatte sich die Bank zum Ziel gesetzt, ihren globalen CO₂-Ausstoß jährlich um 20% zu reduzieren und den Geschäftsbetrieb klimaneutral zu stellen. Das haben wir Ende 2012 erreicht. Wir investierten unter anderem in Energieeffizienzprojekte und bezogen Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Unsere umfangreichen Energie- und Klima-Maßnahmen trugen dazu bei, dass die Deutsche Bank erstmals in den Carbon Disclosure Leadership Index (CDLI) aufgenommen wurde. Der Index ist ein Maß für Qualität von Berichterstattung und Maßnahmen zum Klimawandel. In ihm sind weltweit 33 Unternehmen gelistet.

Zur Förderung des kulturellen Wandels definierte die Deutsche Bank im Jahr 2012 neue Grundsätze (Performance Standards) für ihre Mitarbeiter. Neben der Überprüfung, ob Ziele erreicht wurden, wird jetzt auch bewertet, wie die Ziele erreicht wurden. Darüber hinaus hat die Deutsche Bank im Interesse von Nachhaltigkeit und langfristigen Zielsetzungen den Weg zu einer anderen Vergütungskultur eingeschlagen.

Mit einem Fördervolumen von 82,7 Mio € gehörten die Deutsche Bank und ihre Stiftungen 2012 erneut zu den engagiertesten Unternehmen weltweit. [Grafik 02–24](#) Zudem engagierten sich über 19500 Deutschbanker (24% der Belegschaft) an fast 30 000 Tagen weltweit in sozialen Projekten.

Um die Wirksamkeit unserer Investitionen in die Gesellschaft zu bewerten, haben wir 2012 in allen Regionen unser Global Impact Tracking (GIT) ausgerollt. Damit überprüfen wir die erreichten Ziele und erhalten systematische Rückmeldungen von den gemeinnützigen Partnern vor Ort. Die Ergebnisse der mehr als 200 evaluierten Leuchtturmprojekte (Investitionsvolumen jeweils über 25 000 €) zeigen, dass je ein Drittel der Projekte auf die Bereiche Bildung, Soziales, Kunst & Musik entfällt. Hauptzielgruppe der Leuchtturmprojekte sind Kinder und Jugendliche. 37% der Initiativen fördern wir über einen Zeitraum von einem bis zu drei Jahren, 40% über vier Jahre und mehr. Dies belegt die langfristige Ausrichtung unseres gesellschaftlichen Engagements.

Wie wir unsere unternehmerische Verantwortung wahrnehmen und welche Initiativen wir fördern, können Sie ausführlich im Corporate-Responsibility-Bericht (Bericht zur unternehmerischen Verantwortung) der Deutschen Bank für das Jahr 2012 oder im Internet unter ► www.deutsche-bank.de/verantwortung nachlesen.



Stabilität in Zeiten des Wandels

Ich bin stolz, Mitglied eines Teams zu sein, in dem Vielfalt gelebt wird. Die Deutsche Bank weiß, dass kulturelle Unterschiede unsere Stärke ausmachen. Dies will sie nutzen, um in einem veränderten Umfeld erfolgreich zu sein. Ich bin dankbar, dass die Deutsche Bank meine persönliche und berufliche Entwicklung fördert.

Li Sar Oon,
Deutsche Bank AG,
Asia Pacific Head Office,
Singapur



Das Video-Statement
von Li Sar Oon gibt es
unter www.deutsche-bank.de/12/mitarbeiter

03 -

Konzernabschluss/Auszüge

Gewinn-und-Verlust-Rechnung – 65

Bilanz – 66

Der Konzern im Fünfjahresvergleich – 67

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

	2012	2011	2010
in Mio €			
Zinsen und ähnliche Erträge	32 242	34 878	28 779
Zinsaufwendungen	16 351	17 433	13 196
Zinsüberschuss	15 891	17 445	15 583
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1 721	1 839	1 274
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	14 170	15 606	14 309
Provisionsüberschuss	11 510	11 544	10 669
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	5 599	3 058	3 354
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	301	123	201
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	159	- 264	- 2 004
Sonstige Erträge	281	1 322	764
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	17 850	15 783	12 984
Personalaufwand	13 526	13 135	12 671
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	15 016	12 657	10 133
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	414	207	485
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	1 886	-	29
Restrukturierungsaufwand	394	-	-
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	31 236	25 999	23 318
Ergebnis vor Steuern	784	5 390	3 975
Ertragsteueraufwand	493	1 064	1 645
Jahresüberschuss	291	4 326	2 330
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	54	194	20
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	237	4 132	2 310
Ergebnis je Aktie¹			
in €			
Unverwässert	0,25	4,45	3,07
Verwässert ²	0,25	4,30	2,92
Anzahl der Aktien in Millionen¹			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie	934,1	928,0	753,3
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	959,9	957,3	790,8

¹Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

²Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung.

Bilanz

Aktiva		31.12.2012	31.12.2011
in Mio €			
Barreserve		27885	15928
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten		119548	162 000
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)		36570	25 773
Forderungen aus Wertpapierleihen		23947	31 337
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte			
Handelsaktiva		245 538	240 924
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		768 316	859 582
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte		187 027	180 293
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt			
davon zum 31.12.2012 89 Mrd € (2011: 87 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer		1 200 881	1 280 799
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte			
davon zum 31.12.2012 0 Mrd € (2011: 9 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer		49 379	45 281
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen		3 577	3 759
Forderungen aus dem Kreditgeschäft			
davon zum 31.12.2012 2 Mrd € (2011: 3 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer		397 279	412 514
Sachanlagen		4 963	5 509
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte		14 219	15 802
Sonstige Aktiva		123 973	154 794
Steuerforderungen aus laufenden Steuern		2 390	1 870
Steuerforderungen aus latenten Steuern		7 718	8 737
Summe der Aktiva		2012 329	2 164 103
Passiva			
in Mio €			
Einlagen		31.12.2012	31.12.2011
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)		577 202	601 730
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen		36 144	35 311
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen		3 109	8 089
Handelsspassiva			
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		54 914	63 886
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		752 706	838 817
Investmentverträge		109 166	118 318
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt		7 732	7 426
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen		924 518	1 028 447
Sonstige Passiva		69 060	65 356
Rückstellungen		169 544	187 816
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern		5 110	2 621
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern		1 589	2 524
Langfristige Verbindlichkeiten		1 455	1 789
Hybride Kapitalinstrumente		158 097	163 416
Summe der Verbindlichkeiten		12 091	12 344
Eigenkapital		1 957 919	2 109 443
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €		2 380	2 380
Kapitalrücklage		23 778	23 695
Gewinnrücklagen		29 198	30 119
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten		–60	–823
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung		–1 293	–1 981
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital		54 003	53 390
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		407	1 270
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss		54 410	54 660
Summe der Passiva		2012 329	2 164 103

Der Konzern im Fünfjahresvergleich

Bilanz

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Bilanzsumme	2012329	2164103	1905630	1500664	2202423
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	397279	412514	407729	258105	269281
Summe der Verbindlichkeiten ¹	1957919	2109443	1855262	1462695	2170509
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital ¹	54003	53390	48819	36647	30703
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	407	1270	1549	1322	1211
Tier-1-Kapital ²	50483	49047	42565	34406	31094
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt ²	57015	55226	48688	37929	37396

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio €	2012	2011	2010	2009	2008
Zinsüberschuss	15891	17445	15583	12459	12453
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1721	1839	1274	2630	1076
Provisionsüberschuss	11510	11544	10669	8911	9741
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	5599	3058	3354	7109	-9992
Sonstige zinsunabhängige Erträge	741	1181	-1039	-527	1411
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	17850	15783	12984	15493	1160
Personalaufwand	13526	13135	12671	11310	9606
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	15016	12657	10133	8402	8339
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	414	207	485	542	-252
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	1886	-	29	-134	585
Restrukturierungsaufwand	394	-	-	-	-
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	31236	25999	23318	20120	18278
Ergebnis vor Steuern	784	5390	3975	5202	-5741
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	493	1064	1645	244	-1845
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	291	4326	2330	4958	-3896
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	54	194	20	-15	-61
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	237	4132	2310	4973	-3835

Kennziffern

	2012	2011	2010	2009	2008
Ergebnis je Aktie (basic) ³	0,25€	4,45€	3,07€	7,21€	-6,87€
Ergebnis je Aktie (verwässert) ³	0,25€	4,30€	2,92€	6,94€	-6,87€
Dividendenzahlung je Aktie, gezahlt in der Periode	0,75€	0,75€	0,75€	0,50€	4,50€
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	0,4%	8,2%	5,5%	14,6%	-11,1%
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	1,3%	10,2%	9,5%	15,3%	-16,5%
Aufwand-Ertrag-Relation	92,6%	78,2%	81,6%	72,0%	134,3%
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente ²	11,4%	9,5%	8,7%	8,7%	7,0%
Tier-1-Kapitalquote ²	15,1%	12,9%	12,3%	12,6%	10,1%
Eigenkapitalquote ²	17,1%	14,5%	14,1%	13,9%	12,2%
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet) ⁴	98219	100996	102062	77053	80456

¹Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einer rückwirkenden Reduzierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 24 Mio € zum 31. Dezember 2010.

²Werte für 2012 und 2011 basieren auf den veränderten Kapitalanforderungen für Risiken im Handelsbuch und Verbriefungspositionen nach Maßgabe der Capital Requirements Directive 3 (auch „Basel 2.5“), die Eingang in das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung gefunden hat. Werte für 2010, 2009 und 2008 basieren auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard (Basel 2), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den Risikoaktiva für das Kredit-, Markt- und Operationelle Risiko. Enthält keine Übergangspositionen gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

³Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

⁴Die Deutsche Postbank passte die Berechnung der Mitarbeiter auf Basis von Vollzeitkräften per 31. Dezember 2011 an die der Deutschen Bank an. Dies führte zu einer Reduktion um 260 Vollzeitkräfte für den Konzern (vorherige Perioden wurden nicht angepasst).



Stabilität in Zeiten des Wandels

Wir haben als erstes Finanzinstitut einen Kredit des Africa Agriculture and Trade Investment Fund (AATIF), eines Entwicklungsfonds zur Förderung von Landwirtschaft und Handel in Afrika, aufgenommen. Die Deutsche Bank, als langjähriger Geschäftspartner der PTA Bank und Manager des AATIF, hat die Kontakte angebahnt, uns eine faire Finanzierung angeboten und uns beim Aufbau erfolgreicher Geschäftsbeziehungen unterstützt.

Admassu Tadesse,
CEO der PTA Bank,
Bujumbura, Burundi



Das Video-Statement von
Admassu Tadesse gibt es
unter www.deutsche-bank.de/12/gesellschaft
Für weitere Informationen zum AATIF
siehe www.aatif.lu

04 -

Weitere Informationen

Glossar – 71

Impressum/Publikationen – 75

Wichtige Termine – 76

Glossar

A

Alternative Anlagen/Investments

Direkte Investitionen in ▶Private Equity, Wagniskapital, Mezzanine-Kapital, Immobilienanlagen und Anlagen in Leveraged-Buy-out-Fonds, Wagniskapitalfonds sowie ▶Hedgefonds.

American Depository Receipts (ADRs)

Von US-Banken ausgestellte handelbare Hinterlegungszertifikate, die nicht US-amerikanische Aktien repräsentieren. ADRs dienen zur Erleichterung, Verbilligung und Beschleunigung des Handels an amerikanischen Börsen.

Asset-backed Securities (ABS)

Besondere Form verbriefter Zahlungsansprüche in Form von handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Zusammenfassung bestimmter Finanzaktiva entstanden. ▶Verbriefung

Aufsichtsrechtliches Kapital

Bankaufsichtsrechtlich anerkanntes Eigenkapital für Kreditinstitute in Übereinstimmung mit der Baseler Eigenkapitalvereinbarung von 2004 mit Erweiterungen in 2009. Das Eigenkapital gemäß

▶Basel 2.5 setzt sich zusammen aus:

- Tier-1-Kapital: vor allem Grundkapital, Rücklagen und bestimmte ▶hybride Kapitalinstrumente
- Tier-2-Kapital: insbesondere Genussrechtskapital, kumulative Vorzugsaktien, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten und nicht realisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren
- Tier-3-Kapital: im Wesentlichen kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten und überschüssiges Tier-2-Kapital

Tier-2-Kapital kann nur bis zur Höhe des Tier-1-Kapitals angerechnet werden, wobei noch zusätzlich die Anrechenbarkeit der langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten im Tier-2-Kapital auf 50% des Tier-1-Kapitals beschränkt ist.

Aufwand-Ertrag-Relation

Kennzahl zur Kosteneffizienz eines Unternehmens, die das Verhältnis der betrieblichen Aufwendungen zu den betrieblichen Erträgen abbildet.

Award

Im Zusammenhang mit der variablen Vergütung an Mitarbeiter: in aufgeschobener Form gewährte Vergütungskomponente.

B

Basel 2

Eigenkapitalvorschriften des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, auch Basel 2 genannt, welche die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen stärker auf die zugrunde liegenden Risiken ausrichten.

Basel 2.5

Vorschläge für Reformen des Baseler Regelwerkes, die vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht in Reaktion auf die Finanzkrise im Juli 2009 publiziert wurden. Die wichtigsten Änderungen hinsichtlich der Mindestkapitalanforderungen umfassen neue Maße für das Marktrisiko und Normen hinsichtlich Governance, Risikomanagement und -kompensation sowie Offenlegungsvorschriften mit Schwerpunkt auf Verbriefungen. Auf Ebene der Europäischen Union wurde Basel 2.5 in den Capital Requirements Directives (CRDs) 2 und 3 umgesetzt.

Basel 3

Beim G20-Gipfel im November 2010 verabschiedete Neufassung der internationalen Standards zur Kapitaladäquanz des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht. Ziel dieser Neufassung ist es, die globalen Kapital- und Liquiditätsvorschriften zu stärken, um die Stabilität des Bankensektors zu erhöhen. Bis 2019 werden durch die überarbeiteten Standards schrittweise die Mindestkapitalanforderungen für Banken erhöht und ein zusätzlicher Kapitalerhaltungspuffer sowie ein bankspezifischer antizyklischer Kapitalpuffer eingeführt. Darüber hinaus wird Basel 3 erstmals international abgestimmte Anforderungen an die Liquidität mit strengen kurz- und langfristigen Kennzahlen beinhalten. Die Umsetzung der neuen Vorschriften in deutsches Recht wird über die ▶Solvabilitätsverordnung erfolgen.

Broker/Brokerage

Broker nehmen Wertpapieraufträge von Banken und privaten Investoren an und führen sie im Auftrag des Kunden aus. Für seine Tätigkeit (Brokerage) erhält der Broker üblicherweise eine Provision.

Buy-out

Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten.

C

Carbon Performance Leadership Index (CPLI)

Die im Carbon Performance Leadership Index des gemeinnützigen „Carbon Disclosure Project“ vertretenen Unternehmen verpflichten sich dazu, ihre Treibhausgasemissionen zu verringern, Maßnahmen gegen den Klimawandel durchzuführen und das Thema Klimawandel in ihre Geschäftsstrategien aufzunehmen. So haben die Unternehmen das Potenzial, Kosten einzusparen, höhere Erträge zu generieren und letztendlich eine solidere Geschäftsentwicklung zu erzielen.

Cash Management

Beinhaltet die Verwaltung von liquiden Mitteln in Dollar, Euro und sonstigen Währungen für Unternehmen und Finanzinstitute zur Optimierung von Finanztransaktionen.

Clearing

Die Übermittlung, Abstimmung und in bestimmten Fällen die Bestätigung von Zahlungsaufträgen.

Commitment

Die Identifikation mit dem Unternehmen, seinen Zielen und Werten sowie die Bereitschaft zur Leistung und die Neigung, bei diesem Unternehmen zu bleiben.

Compliance

Gesamtheit an Maßnahmen, um die Einhaltung einschlägiger Gesetze, Vorschriften und interner Regelungen sicherzustellen wie auch gerichtliche beziehungsweise aufsichtsrechtliche Sanktionen sowie finanzielle oder Reputationsschäden zu verhindern.

Corporate Finance

Sammelbezeichnung für kapitalmarktnahe innovative Finanzierungsdienstleistungen mit speziellem Beratungsbedarf im Firmenkundengeschäft.

Corporate Trust

Dienstleistungen von Kreditinstituten, bei denen die Bank als unabhängige Dritte die Emission von Wertpapieren an Investoren überwacht. Dabei wird die Bank häufig zur Treuhänderin, Registerführerin (Verwaltung eines Verzeichnisses der Daten von Wertpapierinhabern) oder Zahlstelle (Zins- und Kapitalzahlungen auf vom Kunden emittierte Wertpapiere) bestellt. Zu Corporate-Trust-Leistungen gehört auch die Bestellung externer Vertreter (Agencies), wenn die Bank im Auftrag eines oder mehrerer Kunden

beispielsweise im Rahmen eines Treuhandvertrags als unabhängige Partei Barmittel oder Wertpapiere hält.

Credit Trading
Handel mit Kredit- oder kreditnahen Produkten.

Custody
Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren sowie zusätzliche Dienste im Wertpapierbereich.

D

Debt Products

Handelbare Instrumente, die eine Verbindlichkeit oder einen Anspruch bezüglich eines Vermögenswerts eines oder mehrerer Unternehmen im privaten beziehungsweise öffentlichen Sektor darstellen. Der Begriff beschreibt auch ein umfassenderes Angebot an Finanzinstrumenten einschließlich Devisen- und Warengeschäften.

Derivate
Produkte, deren Bewertung sich überwiegend vom Preis, von den Preisschwankungen und den Preiserwartungen der zugrunde liegenden Basisinstrumente (beispielsweise Aktien, Anleihen, Devisen, Indizes) ableitet. Zu den Derivaten zählen insbesondere ▶Swaps, ▶Optionen und ▶Futures.

DJSI

Dow-Jones-Sustainability-Indizes sind eine Indexfamilie, welche die ökologische und soziale Leistung von Unternehmen abbildet. Seit Bestehen der Indizes ist die Deutsche Bank im DJSI World und DJSI STOXX gelistet. ▶www.sustainability-index.com

Durchschnittliches Active Equity
Wir berechnen das Active Equity, um einen Vergleich mit unseren Konkurrenten zu vereinfachen. Dieses fließt in die Berechnung verschiedenster Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach ▶International Financial Reporting Standards. Bei einem Vergleich unserer Kennzahlen, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die wir unser durchschnittliches den Deutschen Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital bereinigen, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und die durchschnittlichen Fair-Value-

Anpassungen von Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleichermaßen gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die nach Zustimmung der Hauptversammlung einmal jährlich ausgezahlt wird.

E

Eigenkapitalrendite vor Steuern
(basierend auf dem ▶durchschnittlichen Active Equity)

Prozentualer Anteil des den Deutschen Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steueraufwand (annualisiert), das sich errechnet aus dem Ergebnis vor Steuern abzüglich Minderheitsanteilen am ▶durchschnittlichen Active Equity.

Emerging Markets

Aufstrebende Märkte von Schwellenländern, primär Finanzmärkte.

Environmental, Social and Governance (ESG)
ESG steht für „Umwelt, Soziales und Unternehmensführung“. Mit diesem Begriff wird ausgedrückt, ob und wie bei einer Entscheidungsfindung ökologische und gesellschaftliche Aspekte sowie Standards der Unternehmensführung beachtet beziehungsweise bewertet werden.

Equity Capital Markets (ECM)

In erster Linie Aktivitäten rund um den Börsengang eines Unternehmens beziehungsweise um die Ausgabe neuer Aktien. Ebenso fallen Privatisierungen von staatseigenen Betrieben darunter.

Ergebnis je Aktie

Nach ▶International Financial Reporting Standards ermittelte Kennziffer, die den Gewinn, der den Aktionären der Gesellschaft zurechenbar ist, der durchschnittlichen Zahl an ausstehenden Stammaktien gegenüberstellt. Neben der Kennziffer Ergebnis je Aktie ist zusätzlich ein verwässertes Ergebnis je Aktie auszuweisen, wenn sich aus der Wandlung und Ausübung ausstehender Aktienoptionen, zugeteilter Aktienrechte und Wandel-schuldverschreibungen die Zahl der Aktien erhöhen kann.

F

Fair Value

Betrag, zu dem Aktiva beziehungsweise Passiva zwischen sachkundigen, vertragsswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht würden. Der Fair Value ist häufig identisch mit dem Marktpreis.

Family Office

Für Familien mit sehr großen und komplexen Vermögen konzipierte Finanzdienstleistung, die auf der Grundlage absoluter Unabhängigkeit durch eine optimale Steuerung und umfassende Koordination der einzelnen Vermögensbestandteile die Kundeninteressen wahnimmt.

Financial Supply Chain Management

Optimierung der Finanzströme entlang der Lieferkette eines Unternehmens.

Futures

Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierte Terminkontrakte, bei denen zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zugehöriges Handelsobjekt zum börsenmäßig festgesetzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzunehmen ist. Häufig ist bei derartigen Kontrakten (beispielsweise Terminkontrakten auf der Basis von Aktienindizes) zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtung anstelle einer Wertpapierlieferung oder -abnahme eine Ausgleichszahlung zu leisten.

G

Group Reputational Risk Committee (GRRC)
Das GRRC ist ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee und wird von einem Mitglied des Management Boards geleitet. Das GRRC übt die gruppenweite Aufsicht und Koordination des „Reputational Risk Management“-Programms im Auftrag des Management Boards aus. Darüber hinaus gewährleistet das GRRC

- die Zulassung der regionalen und divisionalen Eskalationsstrukturen
- die Überprüfung und letztliche Entscheidungsfindung für alle reputationsrisikobezogenen Anliegen sowie
- Richtungsanweisungen zu Reputationsrisikothemen, die die gesamte Unternehmensgruppe betreffen.

H

Hedgefonds

Fonds, der normalerweise von Institutionen und vermögenden Privatpersonen gezeichnet wird. Er setzt Strategien ein, die für Investmentfonds nicht erlaubt sind. Beispiele sind Leerverkäufe, hohe Fremdverschuldung und ▶Derivate. Hedgefondsrenditen sind meist nicht mit den Renditen traditioneller Anlagewerte korreliert.

Hybride Kapitalinstrumente

Kapitalinstrumente, die sich durch gewinn-abhängige Zinszahlungen auszeichnen. Soweit im Verlustfall ausgefallene Zinszahlungen nicht nachgeholt werden (nicht kumulativ) und die Papiere kein festgelegtes Fälligkeitsdatum besitzen beziehungsweise durch die Gläubiger nicht kündbar sind, gehören sie aufsichtsrechtlich zum Tier-1-Kapital. Andernfalls (kumulativ) sind sie dem Tier-2-Kapital zuzurechnen.

I

International Financial Reporting Standards (IFRS)

Rechnungslegungsregeln des International Accounting Standards Board, die eine weltweit transparente und vergleichbare Bilanzierung und Publizität sicherstellen sollen. Maßgeblicher Zweck ist die Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen, insbesondere für Investoren.

Investment Banking

Sammelbegriff für kapitalmarktorientierte Geschäfte. Hierunter fallen insbesondere Emission und Handel von Wertpapieren und ihren ▶Derivaten, Zins- und Währungsmanagement, ▶Corporate Finance, Beratung bei Übernahmen und Fusionen, strukturierte Finanzierungen und ▶Private Equity.

Investor Relations

Bezeichnet die systematische und kontinuierliche zweiseitige Kommunikation zwischen Unternehmen und aktuellen wie potenziellen Eigenkapital- beziehungsweise Fremdkapitalgebern. Informationen betreffen vor allem wichtige Unternehmensereignisse, finanzielle Ergebnisse und die Geschäftsstrategie sowie die Erwartungen des Kapitalmarkts an das Management. Ein wesentliches Ziel der Investor-Relations-Aktivitäten ist die angemessene Bewertung der Aktie.

K

Korrelation

Wechselbeziehung zwischen mindestens zwei Variablen (zum Beispiel Vermögenswerten), die positiv (gleichläufig) oder negativ (gegenläufig) sein kann, aber keine Aussage zum Kausalzusammenhang (Ursache – Wirkung) macht. Wichtige Größe bei der Vermögensstrukturierung, um Risiken zu streuen beziehungsweise abzusichern.

Korrelationshandelsportfolio

Umfasst Verbriefungen, ▶nth-to-Default-Kreditderivate und entsprechende Absiche-

rungstransaktionen im Handelsbuch, die strenge Kriterien hinsichtlich der verbrieften Portfolios und ihrer Liquidität erfüllen. Es kann von der Anwendung des Marktrisikostandardansatzes ausgenommen werden. Die Eigenkapitalanforderung basiert auf dem ▶Umfassenden Risikoansatz.

L

Leveraged Buy-out

Fremdfinanzierter Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten. Zins- und Tilgungszahlungen werden aus dem zukünftigen Ertrag des übernommenen Unternehmens finanziert.

Leveraged Debt Capital Markets

Geschäftsaktivitäten mit Kunden, deren Bilanz einen hohen Anteil von Fremdkapital im Verhältnis zum Eigenkapital aufweist.

M

Marktrisikostandardansatz

Gilt für ▶nth-to-Default-Kreditderivate und Verbriefungen des Handelsbuchs. Einige Ausnahme gilt für das ▶Korrelationshandelsportfolio, für das mit Zustimmung der Aufsicht ein internes Modell (▶Umfassender Risikoansatz) verwendet werden kann.

Merger & Acquisitions (M&A)

Fusionen und Übernahmen von Unternehmen.

Mikrofinanzfonds

Sozialinvestitionsfonds, der in Mikrofinanzinstitute in Entwicklungsländern investiert, damit diese in wirtschaftsschwachen Regionen Kleingewerbetreibenden mit niedrigem Einkommen in der Regel Mikrokredite und Sparprodukte bereitstellen können.

N

Nachhaltigkeit (Sustainability)

Bezeichnet das Zusammenspiel von Ökonomie, Ökologie und gesellschaftlicher Verantwortung mit dem Ziel, die Lebensgrundlagen der Menschheit nachhaltig und zukunftsfähig weiterzuentwickeln.

Namensaktien

Aktien, die auf den Namen einer bestimmten Person lauten. Diese Person wird entsprechend den aktienrechtlichen Vorgaben mit einigen persönlichen Angaben sowie ihrer Aktienanzahl in das Aktienregister der Gesellschaft eingetragen. Nur wer im Aktienregister eingetragen ist, gilt gegenüber der Gesellschaft als Aktionär und kann beispielsweise Rechte in der Hauptversammlung ausüben.

Nth-to-Default Kreditderivate

Finanzderivate, deren Auszahlungsprofil von der Anzahl (N) an Kreditausfällen innerhalb eines Pools von Wertpapieren oder Referenzwerten anhängt.

O

Option

Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt beziehungsweise in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).

P

Portfolio (Portefeuille)

Teil oder Gesamtheit einer oder aller Klassen von Vermögenswerten (zum Beispiel Wertpapiere, Kredite, Beteiligungen oder Immobilien). Die Portfoliobildung dient primär der Risikostreuung.

Portfolio Management

Steuerung und Verwaltung eines Wertpapierportfolios für Kunden. Kann die ständige Überwachung des ▶Portfolios und nach Absprache mit dem Kunden auch Käufe und Verkäufe einschließen.

Prime Services/Brokerage

Ein spezielles Dienstleistungsangebot vor allem für ▶Hedgefonds, das in erster Linie aus ▶Clearing, Abwicklung von Handelsgeschäften, ▶Custody, Aufstellung von Abschlüssen und Finanzierung besteht.

Private Equity

Kapitalbeteiligung an nicht börsennotierten Unternehmen, zum Beispiel Wagniskapital und Buy-out-Fonds.

Q

Quantitative Anlagen

▶Portfolios von Aktien- und Rentenwerten sowie von ▶Hedgefonds. Das Management erfolgt systematisch und regelgesteuert, wobei hauptsächlich fundamentale Anlagekriterien angewandt werden. Die Auswahl beruht auf der Verarbeitung großer Datensmengen, für die quantitative Methoden und Techniken zum Einsatz kommen.

R

Rating

Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen.
Intern: detaillierte Risikoeinschätzung eines Schuldners.

Repogeschäft

(Repurchase Agreement)

Rückkaufvereinbarung bei Wertpapiergeschäften (echte Pensionsgeschäfte, derer Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.

Risikogewichtete Aktiva (RWA)

Mit Kredit-, Markt- und/oder operationellen Risiken behaftete Positionen, die entsprechend aufsichtsrechtlichen Anforderungen gewichtet sind. RWA ergeben sich aus den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen, multipliziert mit 12,5 (beziehungsweise die Kapitalanforderungen betragen 8% der RWA).

RWA-Äquivalent

Ist definiert als die Summe aus den risikogewichteten Aktiva (RWA) und einem theoretischen Betrag für speziell zugeordnete Kapitalabzugspositionen vom Tier-1-Kernkapital, der diese in RWA konvertiert.

Grundsätzlich werden die RWA im Einklang mit der aktuell gültigen europäischen CRD-Richtlinie (►Basel 2.5) sowie deren Umsetzung in deutsches Recht gemäß ►Solvabilitätsverordnung ermittelt. Darüber hinaus bestimmen wir auch RWA-Äquivalente unter Maßgabe der „pro-forma Basel 3“-Anforderungen. ►Basel 3

S

Sarbanes-Oxley Act (SOX)

US-Kapitalmarktgesetz von 2002, das als Reaktion auf Bilanzskandale die Corporate Governance stärken und damit das Vertrauen der Investoren in den Kapitalmarkt zurückgewinnen soll. Die Regelungen gelten für alle an einer US-Börse notierten Unternehmen und reichen von zusätzlichen Vorstandsaufgaben bis zu strafrechtlichen Bestimmungen.

Shareholder Value

Managementkonzept, das dauerhafte Wertsteigerungen des Unternehmens in den Mittelpunkt strategischer und operativer Entscheidungen stellt. Kerngedanke ist, dass nur Renditen, die über den Eigenkapitalkosten liegen, Wert für die Aktionäre schaffen.

Solvabilitätsverordnung

Deutsche Verordnung über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Instituten, Institutsgruppen und Finanzholdinggruppen, mit der das überarbeitete Kapitalregelwerk des Baseler Ausschusses von 2004 (mit Erweiterungen 2009), auch bekannt als ►Basel 2.5, in deutsches Recht umgesetzt wurde.

Stakeholder

Anspruchs- beziehungsweise Interessengruppen eines Unternehmens, die häufig mit Eigentümern (Aktionären), Kunden, Mitarbeitern und der Gesellschaft gleichgesetzt werden.

Swaps

Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen und Kapitalbeträgen in unterschiedlichen Währungen.

T

Tier-1-Kapital, Tier-2-Kapital, Tier-3-Kapital

Teile des ►Aufsichtsrechtlichen Kapitals

Tier-1-Kernkapital

Enthält im Unterschied zum ►Tier-1-Kapital keine ►hybriden Kapitalinstrumente. Besteht nur aus Grundkapital und Rücklagen.

Trade Finance

Umfasst alle Dienstleistungen in den Bereichen Trade Finance Services sowie Trade and Risk Services. Der Geschäftsbereich betreut das Exportfinanzierungs- und Risikoabsicherungsgeschäft mit Finanzinstituten und Firmenkunden. Dazu gehören multinationale Unternehmen, etablierte und aufstrebende Unternehmen sowie Unternehmen des öffentlichen Sektors.

Trust & Securities Services

Breite Palette von administrativen Dienstleistungen für Wertpapiere. Dazu gehören zum Beispiel Wertpapierverwaltung und -verwahrung (►Custody), Treuhandverwaltung von Wertpapieren, Emissions- und Zahlstellendienste, Depotbankfunktion für ►American Depository Receipts (ADRs).

U

Umfassender Risikoansatz

Maß für potenzielle Verluste im ►Korrelationshandelsportfolio, die unter Annahme einer einjährigen Portfolio-Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9% nicht überschritten werden. Die Verwendung muss durch die Aufsicht genehmigt werden.

US GAAP (United States Generally Accepted Accounting Principles)

Rechnungslegungsregeln der USA, die in engerem Sinne durch Verlautbarungen des Financial Accounting Standards Board (FASB) sowie des American Institute of Certified Public Accountants (AICPA) gebildet werden. Darüber hinaus sind insbesondere für börsennotierte Unternehmen die von der Wertpapieraufsichtsbehörde Securities and Exchange Commission (SEC) entwickelten Interpretationen und Auslegungen von Relevanz. Ähnlich den ►International Financial Reporting Standards liegt die maßgebliche Zielsetzung in der Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen im Jahresabschluss, die insbesondere für Investoren nützlich sein sollen.

V

Verbriefung (Securitization)

Verkörperung von Rechten in Wertpapieren (beispielsweise Aktien und Schuldverschreibungen). Häufig Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedener Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (etwa Schuldverschreibungen oder Commercial Paper).

Verbindlichkeitenorientierte Kapitalanlage (Liability-driven Investing, LDI)

Eine Risikomanagementphilosophie, die besondere Charakteristika der Verbindlichkeiten berücksichtigt. Sie wird besonders für leistungsorientierte Pensionszusagen angewendet und analysiert die Risikofaktoren, die die Veränderung der Verbindlichkeiten beeinflussen. Die verbindlichkeitenorientierte Kapitalanlage versucht, die Kapitalanlage mit den Verbindlichkeiten in Gleichlauf zu bringen, indem sie ein relatives Risikobudget definiert (z.B. maximale Reduktion des Ausfinanzierungsgrades (Quotient von Kapitalanlage und Verbindlichkeiten).

Impressum/Publikationen

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (069) 91000
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline
(0800) 9108000

Hauptversammlungshotline
(0800) 1004798

Investor Relations
(069) 91038080
db.ir@db.com

Fotos

- Andreas Pohlmann, München
Seiten 2, 8, 9, 10
- Sigrid Reinichs, München
Seiten 16/17, 32/33, 40, 48, 51
62/63, 68/69 und Titel

Publikationen zum Jahresabschluss

Bitte beachten Sie, dass der Geschäftsbericht des Deutsche Bank-Konzerns aus zwei separaten Teilen, dem Jahresbericht 2012 und dem Finanzbericht 2012, besteht.

- Jahresbericht 2012
(in Deutsch und Englisch)
- Finanzbericht 2012
(in Deutsch und Englisch)
- Unternehmerische Verantwortung Bericht 2012
(in Deutsch und Englisch)
- Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2012
(in Deutsch und Englisch)
- Verzeichnis der Beiratsmitglieder
(in Deutsch)

Bestellmöglichkeiten

E-Mail – Internet
service-center@bertelsmann.de
www.deutsche-bank.de/12

Fax
(01805) 070808

Telefon
(01805) 802200

postalisch
arvato logistics services
Bestellservice Deutsche Bank
Gottlieb-Daimler-Straße 1
33428 Harsewinkel

Online

Alle Publikationen zum Jahresabschluss sind abrufbar unter:
www.deutsche-bank.de/12

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen:
Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, in denen wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen und einen erheblichen Teil unserer Vermögenswerte halten, die Preisentwicklung von Vermögenswerten und Entwicklung von Marktvolatilitäten, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer strategischen Initiativen, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren haben wir in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 15. April 2013 unter der Überschrift „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Kopien dieses Berichtes sind auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.deutsche-bank.com/ir verfügbar.

Klimaneutrale Herstellung:

Dieser Bericht wurde klimaneutral gestellt. Durch Herstellung und Verteilung verursachte Treibhausgasemissionen in Höhe von 38t Kohlendioxid-Äquivalenten wurden durch zusätzliche Investitionen in ein hochwertiges Klimaschutzprojekt kompensiert.



Wichtige Termine

2013

30. April 2013

Zwischenbericht zum 31. März 2013

23. Mai 2013

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

24. Mai 2013

Dividendenzahlung

30. Juli 2013

Zwischenbericht zum 30. Juni 2013

29. Oktober 2013

Zwischenbericht zum 30. September 2013

2014

29. Januar 2014

Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2013

20. März 2014

Geschäftsbericht 2013 und Form 20-F

29. April 2014

Zwischenbericht zum 31. März 2014

22. Mai 2014

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

23. Mai 2014

Dividendenzahlung

29. Juli 2014

Zwischenbericht zum 30. Juni 2014

29. Oktober 2014

Zwischenbericht zum 30. September 2014

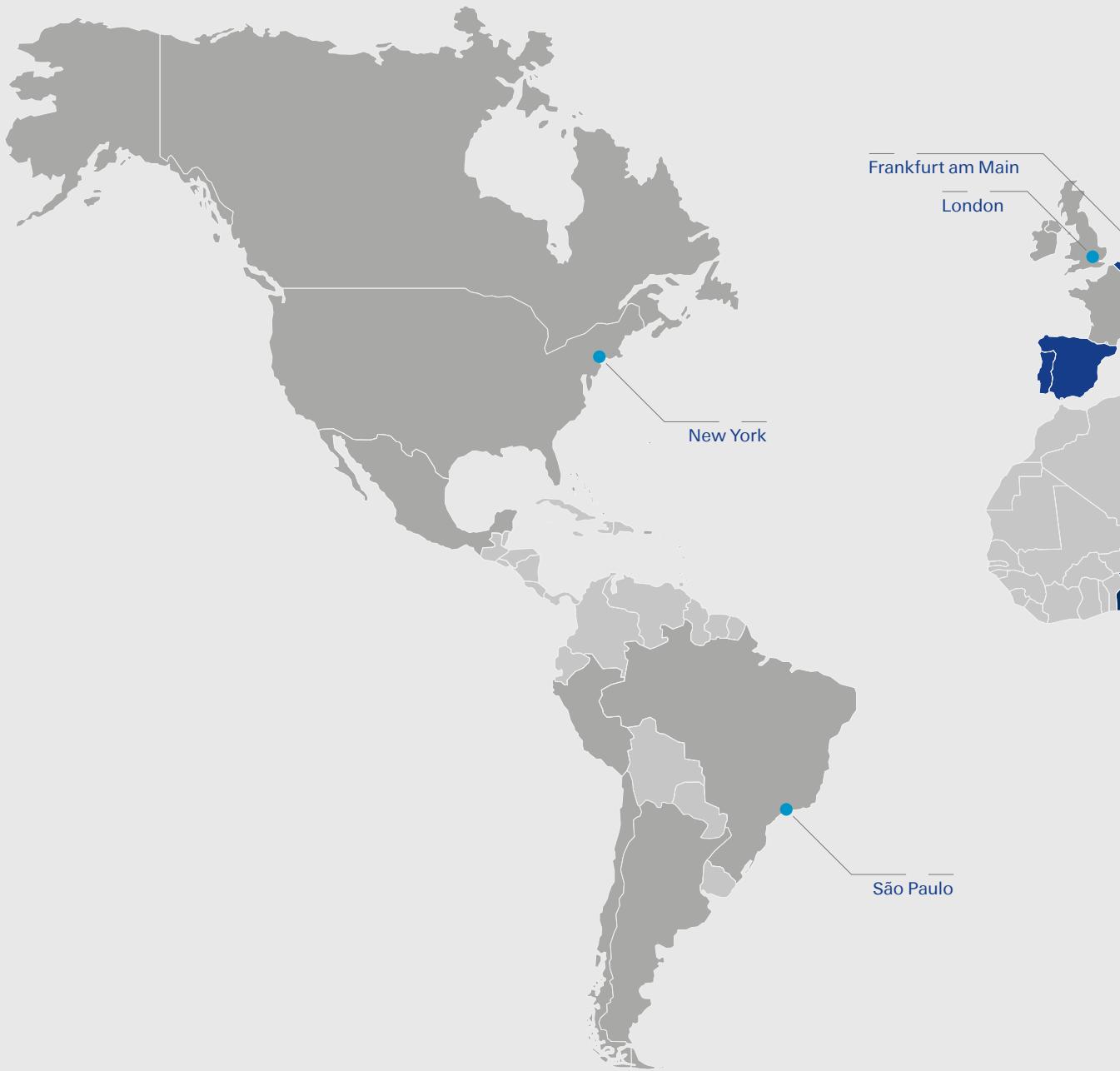
Die Deutsche Bank bekennt sich nachhaltig zu ihrem Heimatmarkt Deutschland – und zu ihrer globalen Ausrichtung. Wachsen wollen wir insbesondere in den Regionen Asien/Pazifik und Amerika.

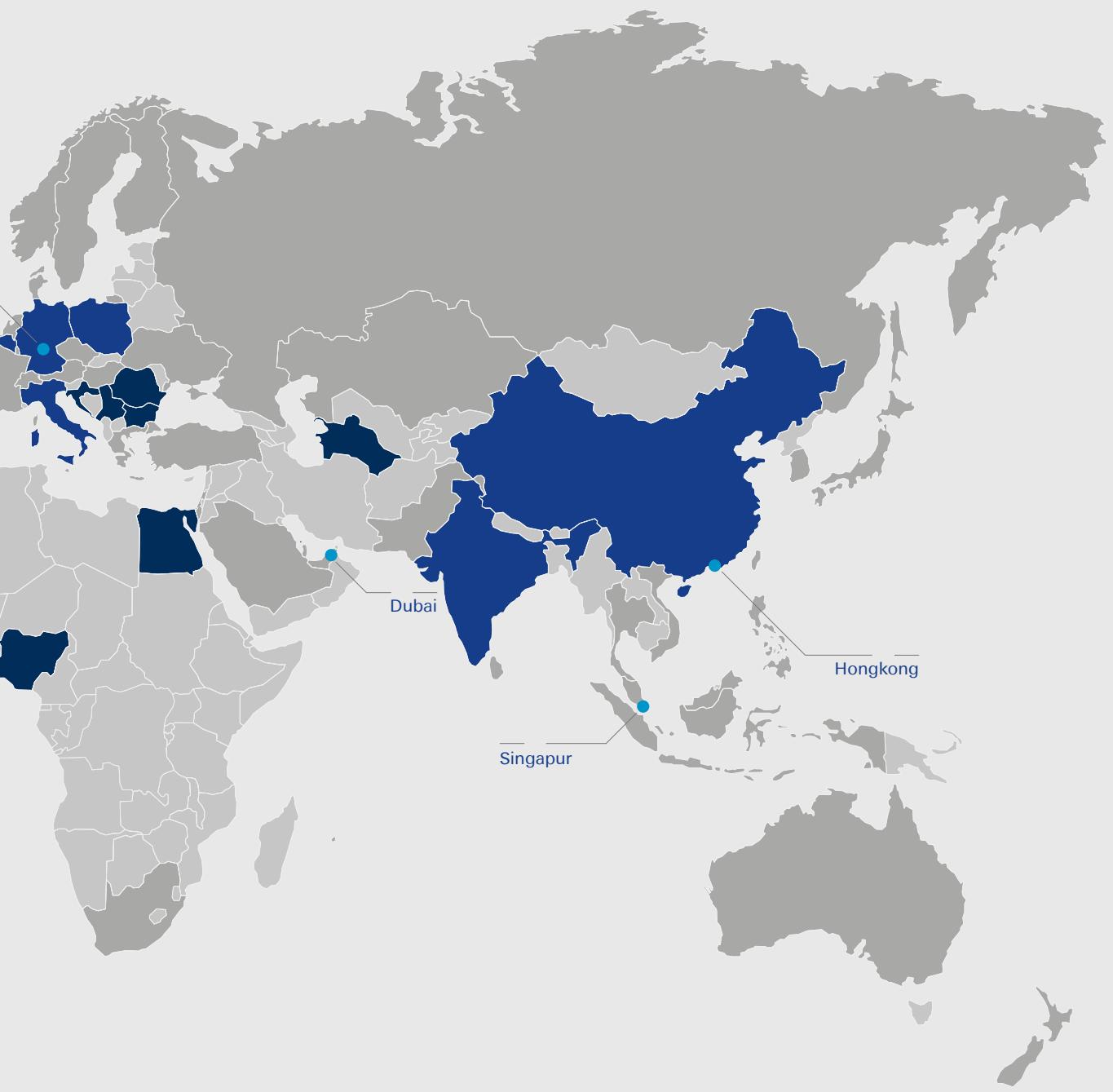
Ein Kernpunkt der Strategie 2015+ ist ein tiefgreifender kultureller Wandel, den wir als zwingend erforderlich erachten. In unserem Haus werden wir ihn entschlossen vorantreiben und in der Finanzbranche in führender Position mitgestalten. Wir bereiten eine Fülle von Initiativen vor. Die Vergütungspraxis in der Deutschen Bank haben wir auf den Prüfstand einer unabhängigen Kommission gestellt und gehen an die Umsetzung ihrer Empfehlungen. Neu formuliert haben wir die ethischen Standards für unser Handeln und unsere Kontrollmechanismen haben wir verstärkt.

Die Strategie 2015+ soll uns fit für die Zukunft machen. Die Deutsche Bank ist ein verlässlicher Partner – für Kunden, Aktionäre, Mitarbeiter und die Gesellschaft.

Stabilität in Zeiten des Wandels

Wir sind da, wo unsere Kunden sind





Wir wollen die führende kundenorientierte globale Universalbank sein

Wir dienen unseren Aktionären am besten, indem wir unsere Kunden in den Mittelpunkt stellen und ein globales Netzwerk ausgewogener Geschäftsaktivitäten bieten, das auf einer soliden Kapital- und Liquiditätsausstattung beruht.

Wir wertschätzen unsere deutschen Wurzeln und bekennen uns zu unserer weltweiten Aufstellung.

Wir verpflichten uns zu einer Kultur, die Risiken und Anerkennung in ein ausgewogenes Verhältnis stellt, Talente gewinnt und fördert, Teamarbeit und Kollegialität belohnt und auf die Belange der Gesellschaft eingeht.



Finanzbericht 2012
Stabilität in Zeiten
des Wandels

Leistung aus Leidenschaft



Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	2012	2011
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	€ 32,95	€ 29,44
Aktienkurs höchst	€ 39,51	€ 48,70
Aktienkurs tiefst	€ 22,11	€ 20,79
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	€ 0,25	€ 4,45
Ergebnis je Aktie (verwässert)	€ 0,25	€ 4,30
Ausstehende Aktien (unverwässert, Durchschnitt), in Mio	934	928
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	960	957
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	0,4 %	8,2 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	1,3 %	10,2 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ¹	1,3 %	10,3 %
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unvervässert)	€ 57,37	€ 58,11
Aufwand-Ertrag-Relation	92,6 %	78,2 %
Personalaufwandsquote	40,1 %	39,5 %
Sachaufwandsquote	52,5 %	38,7 %
	in Mio €	in Mio €
Erträge insgesamt	33.741	33.228
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.721	1.839
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	31.236	25.999
Ergebnis vor Steuern	784	5.390
Jahresüberschuss	291	4.326
	31.12.2012 in Mrd €	31.12.2011 in Mrd €
Bilanzsumme	2.012	2.164
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	54,0	53,4
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente	11,4 %	9,5 %
Tier-1-Kapitalquote	15,1 %	12,9 %
	Anzahl	Anzahl
Niederlassungen	2.984	3.078
davon in Deutschland	1.944	2.039
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	98.219	100.996
davon in Deutschland	46.308	47.323
Langfristige Bonitätseinstufung		
Moody's Investors Service	A2	Aa3
Standard & Poor's	A+	A+
Fitch Ratings	A+	A+

¹ Aus Gründen der Vergleichbarkeit berechnen wir eine bereinigte Kennziffer für unsere Eigenkapitalrendite. Diese bereinigte Kennziffer bezeichnen wir als „Eigenkapitalrendite vor Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“. Es handelt sich dabei nicht um eine IFRS-basierte Kennziffer. Bei einem Vergleich mit anderen Unternehmen sollten daher die Unterschiede bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die Positionen, um die wir das durchschnittliche Eigenkapital (2012: 55,6 Mrd €, 2011: 50,5 Mrd €) bereinigen, sind die durchschnittlichen Gewinne/Verluste in der sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ohne Anpassungen aus der Währungsrechnung, alle Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern (2012: minus 197 Mio €, 2011: minus 519 Mio €), sowie die durchschnittliche jährliche Dividende, die unterjährig abgegrenzt und nach Zustimmung der im folgenden Jahr stattfindenden Hauptversammlung ausgezahlt wird (2012: 670 Mio €; 2011: 617 Mio €). Die angewandten Steuersätze bei der Berechnung des durchschnittlichen Active Equity basieren auf den im Jahresabschluss für die jeweiligen Sachverhalte verwendeten Steuersätzen und nicht auf einem generellen Durchschnittssteuersatz.

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

01 – Lagebericht

- Überblick über die Geschäftsentwicklung – 4
- Risikobericht – 47
- Internes Kontrollsysteem bezogen auf die Rechnungslegung – 214
- Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht – 218
- Vergütungsbericht – 222
- Gesellschaftliche Verantwortung – 257
- Mitarbeiter – 259
- Ausblick – 263

02 – Konzernabschluss

- Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 273
- Konzern-Gesamtergebnisrechnung – 274
- Konzernbilanz – 275
- Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung – 276
- Konzern-Kapitalflussrechnung – 278
- Konzernanhang mit Inhaltsverzeichnis – 279

03 – Bestätigungen

- Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers – 461
- Versicherung der gesetzlichen Vertreter – 463
- Bericht des Aufsichtsrats – 464

04 – Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance-Bericht

- Vorstand und Aufsichtsrat – 472
- Rechnungslegung und Transparenz – 480
- Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 481
- Wirtschaftsprüfung und Controlling – 481
- Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex – 483

05 – Ergänzende Informationen

- Vorstand – 486
- Aufsichtsrat – 487
- Advisory Boards – 489
- Der Konzern im Fünfjahresvergleich – 490
- Patronatserklärung – 491
- Impressum / Publikationen – 492

01 -

Lagebericht

Überblick über die Geschäftsentwicklung

- Der Deutsche Bank-Konzern – 4
- Wirtschaftliche Entwicklung – 12
- Geschäftsergebnisse – 15
- Geschäftsergebnisse (2011 versus 2010) – 30
- Segmentergebnisse (2011 versus 2010) – 33
- Vermögenslage – 36
- Liquiditäts- und Kapitalmanagement – 44
- Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 46

Risikobericht

- Risikomanagement – Überblick – 50
- Grundsätze des Risikomanagements – 53
- Risikostrategie und Risikotoleranz – 58
- Risikoinventur – 61
- Risikosteuerungsinstrumente – 64
- Kreditrisiko – 66
- Marktrisiko – 151
- Operationelles Risiko – 177
- Liquiditätsrisiko – 183
- Kapitalmanagement – 193
- Bilanzmanagement – 210
- Gesamtrisikoposition – 211
- Interne Kapitaladäquanz – 213
- Internes Kontrollsysteem bezogen auf die Rechnungslegung – 214
- Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht – 218

Vergütungsbericht

- Offenlegung und Zusammenfassung der konzernweiten Vergütung – 223
- Offenlegung und Bericht über die Vorstandsvergütung – 235
- Senior Management Group – 251
- Mitarbeiter, die der InstitutsVergV unterliegen – 252
- Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats – 254
- Gesellschaftliche Verantwortung – 257
- Mitarbeiter – 259
- Ausblick – 263

Überblick über die Geschäftsentwicklung

Die nachfolgenden Erläuterungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und den zugehörigen Anhangangaben gesehen werden. Unsere Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 2012 und 2011 wurden von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Deutsche Bank-Konzern

Geschäftstätigkeit

Die Deutsche Bank, die ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main hat, ist Deutschlands größte Bank und gehört mit einer Bilanzsumme von 2.012 Mrd € (Stand: 31. Dezember 2012) zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum Jahresende 2012 beschäftigte die Bank 98.219 Mitarbeiter (gerechnet auf Basis von Vollzeitkräften), die in 72 Ländern und 2.984 Niederlassungen (65 % davon in Deutschland) tätig sind. Wir bieten Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden weltweit eine Vielzahl von Investment-, Finanz- und damit verbundenen Produkten sowie Dienstleistungen an.

Nach einer umfassenden Überprüfung unserer Strategie haben wir unsere Organisationsstruktur im vierten Quartal 2012 neu ausgerichtet. Wir haben das Universalbankmodell und unsere vier bestehenden Unternehmensbereiche bestätigt. Wir unterstützen dies mit einem integrierten Unternehmensbereich Asset & Wealth Management, der auch ehemalige Corporate Banking & Securities-Geschäfte wie börsengehandelte Fonds (ETFs) beinhaltet. Darüber hinaus haben wir mit der Non-Core Operations Unit einen neuen Unternehmensbereich geschaffen. Dieser umfasst den früheren Konzernbereich Corporate Investments (CI) sowie nicht zum Kerngeschäft gehörende Tätigkeiten, die der Non-Core Operations Unit aus anderen Unternehmensbereichen zugeordnet wurden.

Zum 31. Dezember 2012 hatte der Deutsche Bank-Konzern die folgenden fünf Unternehmensbereiche:

- Corporate Banking & Securities (CB&S)
- Global Transaction Banking (GTB)
- Asset & Wealth Management (AWM)
- Private & Business Clients (PBC)
- Non-Core Operations Unit (NCOU)

Die fünf Unternehmensbereiche werden von Infrastrukturfunktionen unterstützt. Darüber hinaus haben wir eine regionale Managementstruktur, die weltweit regionale Zuständigkeiten abdeckt.

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen mit bestehenden und neuen Kunden in nahezu jedem Land der Welt. Diese Geschäftsaktivitäten werden abgewickelt über:

- Tochtergesellschaften und Filialen in zahlreichen Ländern,
- Repräsentanzen in vielen anderen Ländern und
- einen oder mehrere Repräsentanten zur Betreuung unserer Kunden in einer Reihe von weiteren Ländern.

Weitere Informationen finden Sie in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Finanzberichts, in der unsere Erträge nach geografischen Regionen auf Basis unserer internen Berichtssysteme tabellarisch ausgewiesen sind.

Führungsstruktur

Wir betreiben fünf Unternehmensbereiche sowie unsere Infrastrukturfunktionen unter dem Schirm einer „virtuellen Holdinggesellschaft“. Diesen Begriff verwenden wir, um zu verdeutlichen, dass wir die Unternehmensbe-

reiche der übergeordneten Aufsicht unseres Vorstands unterstellen, der von Infrastrukturfunktionen unterstützt wird. Die fünf Unternehmensbereiche bilden zwar keine unabhängige rechtliche Einheit, verfügen jedoch über erhebliche Autonomie bei der Geschäftsführung. Zur Unterstützung dieser Struktur haben wir die folgenden wesentlichen Kontrolleinrichtungen geschaffen:

Der Vorstand trägt gemäß dem deutschen Aktiengesetz die Gesamtverantwortung für die operative Leitung der Deutschen Bank. Seine Mitglieder werden vom Aufsichtsrat, einem selbstständigen Gesellschaftsorgan, ernannt und entlassen. Unser Vorstand befasst sich in erster Linie mit den Themen strategisches Management, Unternehmensführung, Ressourcenallokation sowie Risikomanagement und -kontrolle. Dabei wird er von Funktionalen Ausschüssen unterstützt.

Das Group Executive Committee wurde im Jahr 2002 gebildet. Es besteht aus den Mitgliedern des Vorstands, Vertretern des Managements der Regionen, der Unternehmensbereiche und bestimmter Infrastrukturfunktionen, die vom Vorstand ernannt wurden. Das Group Executive Committee ist ein Gremium, das nicht vom Aktiengesetz vorgeschrieben ist. Es dient der Koordination unserer Unternehmensbereiche und Regionen, diskutiert strategische Fragen und bereitet Entscheidungen des Vorstands vor. Es hat keine eigene Beschlusszuständigkeit.

In jedem Unternehmensbereich und jeder Region übernehmen Operating Committees und Executive Committees die Koordinations- und Steuerungsfunktionen. Dadurch wird gewährleistet, dass die Umsetzung der Strategie einzelner Geschäftsbereiche und die Pläne für die Entwicklung von Infrastrukturbereichen an unseren globalen Geschäftszielen ausgerichtet sind.

Unternehmensbereiche

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Überblick über den Unternehmensbereich

CB&S setzt sich aus den Geschäftsbereichen Corporate Finance und Markets zusammen. Diese bieten weltweit Finanzdienstleistungen an, zu denen unter anderem die Emission von Aktien und Anleihen, Handelsdienstleistungen für Investoren und die Entwicklung maßgeschneiderter Lösungen im Bereich Unternehmensfinanzierung gehören.

Die CB&S-Geschäftsbereiche werden durch die Credit Portfolio Strategies Group (CPSG), ehemals bekannt als Loan Exposure Management Group (LEMG), unterstützt. Die CPSG hat die Verantwortlichkeit für eine Reihe von Kreditportfolios, für die sie aktives Risikomanagement im Rahmen eines strukturierten Hedging-Verfahrens betreibt.

Nach der umfassenden strategischen Überprüfung der Organisationsstruktur des Konzerns wurde CB&S im November 2012 im Rahmen der Umsetzung des neuen Geschäftsmodells reorganisiert. Diese Reorganisation umfasste drei Kernaspekte: den Transfer von nicht zum Kerngeschäft gehörenden Vermögenswerten (und zwar Korrelationshandelspositionen und kapitalintensive Verbriebspositionen, Risiken gegenüber Monolineversicherern und nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte) zu der NCOU, die Übertragung des passiven Fondsgeschäft und Geschäft mit alternativen Anlageformen, wie ETFs, auf den neu integrierten Unternehmensbereich AWM sowie eine verbesserte Allokation der Kosten für die Kundenbetreuung zwischen CB&S und GTB.

Produkte und Dienstleistungen

Im Geschäftsbereich Corporate Finance betreuen wir unsere Kunden bei Fusionen und Übernahmen und bieten ihnen Eigen- und Fremdkapitalfinanzierungen sowie Beratung im Bereich Unternehmensfinanzierung an. Auch für den öffentlichen Sektor stellen wir eine Reihe von Finanzdienstleistungen bereit.

Der Geschäftsbereich Markets ist für den Vertrieb, den Handel und die Strukturierung einer breit gefächerten Palette an festverzinslichen und aktienbezogenen Produkten sowie Aktien, Devisen und Rohstoffen verantwortlich. Ziel des Bereichs ist es, den Kunden Lösungen zu bieten, die ihren Investitions-, Absicherungs- oder

anderen Bedürfnissen entsprechen. Im Rahmen der Reorganisation im November 2012 wurden die Bereiche Rates und der kundenbezogene Handel mit Kreditprodukten in CB&S integriert sowie der Bereich Structured Finance geschaffen. Dieser Bereich umfasst Aktivitäten wie spezifische Finanzierungen sowie das Management strukturierter Risiken für Kunden in allen Branchen und Anlageklassen.

Nach der Einstellung des designierten Eigenhandels mit Kreditprodukten in 2008 sind wir 2010 auch aus dem designierten Eigenhandel mit Aktien ausgestiegen. Neben der Verwaltung verbleibender Eigenhandelspositionen handeln wir im Rahmen der üblichen Market Making-Aktivitäten und der Abwicklung des Kundengeschäfts weiterhin auf eigene Rechnung. So halten Händler zur Durchführung kundenbezogener Transaktionen bei einer Reihe von Wertpapieren und derivativen Produkten kurzfristige Long-Positionen (Erwerb von Wertpapierbeständen) und Short-Positionen (Verkauf von Wertpapieren, die wir noch nicht halten), um bei Bedarf Risiken durch Sicherungsgeschäfte reduzieren zu können. Aus diesen Aktivitäten ergeben sich zwar Markt- und andere Risiken, dennoch betrachten wir diese nicht als Eigenhandelsaktivitäten.

Unsere gesamten Handelsaktivitäten unterliegen unseren Risikomanagementprozessen und -kontrollen, die im Risikobericht ausführlich erläutert sind.

Vertriebskanäle und Marketing

In CB&S liegt der Fokus unserer Mitarbeiter und Vertriebsteams, die für die Betreuung der Geschäfts- und institutionellen Kunden verantwortlich sind, auf den Beziehungen zu unseren Kunden. Wir haben unser Betreuungsmodell so reorganisiert, dass wir den Kunden entsprechend ihren Bedürfnissen und dem jeweiligen Komplexitätsniveau verschiedene standardisierte oder maßgeschneiderte Produkte zur Verfügung stellen können.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

Überblick über den Unternehmensbereich

Der Unternehmensbereich GTB richtet sich an Firmenkunden und Finanzdienstleister. Seine Produkte und Leistungen umfassen unter anderem die Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen sowie die Finanzierung von internationalen Handelsgeschäften. Außerdem stellt GTB Serviceleistungen im Treuhand-, Vermittlungs- sowie Wertpapierverwahrungs-/verwaltungsgeschäft bereit. Unsere Geschäftsbereiche sind:

- Trade Finance und Cash Management Corporates
- Trust & Securities Services und Cash Management Financial Institutions

Am 1. April 2010 haben wir den Erwerb von Teilen des Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO in den Niederlanden abgeschlossen.

Produkte und Dienstleistungen

Trade Finance bietet innerhalb unseres internationalen Geschäftsnetzes Standortexpertise, ein breites Spektrum an internationalen Handelsprodukten und -leistungen (einschließlich kurzfristiger Finanzierungen), individualisierte Lösungen für strukturierte Handelsgeschäfte und modernste Technologie über unser internationales Netzwerk hinweg, sodass unsere Kunden die Risiken und sonstigen Anforderungen im grenzüberschreitenden und Inlandshandel besser steuern können.

Cash Management erfüllt die Anforderungen einer Vielzahl von Unternehmen und Finanzinstituten. Mit einer umfassenden Palette innovativer und zuverlässiger Lösungen beherrschen wir das komplexe Umfeld globaler und regionaler Treasury-Funktionen. Dazu gehören auch die Bereitstellung von Zugangsmöglichkeiten für Kunden, Zahlungs- und Inkassodienste, Liquiditätsmanagement, Informations- und Kontodienste sowie elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsdienste.

Trust & Securities Services ist ein Anbieter von Treuhand-, Zahlungs-, Verwaltungs- und zugehörigen Diensten bei bestimmten Wertpapier- und Finanztransaktionen und ist in mehr als 30 Ländern als Wertpapierverwahrer auf dem jeweiligen Inlandsmarkt vertreten.

Vertriebskanäle und Marketing

GTB entwickelt und vermarktet seine eigenen Produkte und Dienstleistungen in Europa, dem Nahen Osten, Asien sowie Nord- und Südamerika. Beim Marketing arbeitet GTB mit seinem eigenen und dem Vertrieb des Unternehmensbereichs CB&S zusammen.

Die Kunden lassen sich in zwei Hauptgruppen unterteilen: (i) Finanzinstitute wie Banken, Publikumsfonds und Pensionsfonds, Broker-Dealer, Fondsmanager und Versicherungsgesellschaften sowie (ii) multinationale Unternehmen, große lokale Firmen und Mittelstandsbetriebe, vor allem in Deutschland und den Niederlanden.

Unternehmensbereich Asset & Wealth Management

Überblick über den Unternehmensbereich

Mit einem verwalteten Vermögen von 944 Mrd € zum 31. Dezember 2012 ist das AWM der Deutschen Bank einer der führenden globalen Vermögensverwalter. Der Bereich unterstützt durch sein Angebot an traditionellen und alternativen Investmentprodukten über alle wichtigen Anlageklassen hinweg Privatanleger und Institutionen weltweit dabei, ihr Vermögen zu schützen und auszubauen. Darüber hinaus liefert AWM maßgeschneiderte Vermögensverwaltungs- und Private-Banking-Leistungen für vermögende sowie sehr vermögende Privatkunden und Familien.

Zu AWM gehören die ehemaligen Bereiche Private Wealth Management (PWM) und Asset Management (AM) sowie das passive Fondsgeschäft und das Geschäft mit alternativen Anlageformen, das im vierten Quartal 2012 von CB&S auf AWM übertragen wurde. Der neue Bereich hat einen bedeutenden Geschäftsumfang im Asset Management und Wealth Management für Privatanleger und Institutionen und wird den Kunden sowie dem Deutsche Bank-Konzern wichtige Vorteile bieten. Darüber hinaus wurden im vierten Quartal 2012 die nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktiva und Aktivitäten von AWM auf die NCOU übertragen. AWM basiert jetzt auf zwei wesentlichen Säulen: der Investment-Plattform und dem Bereich Coverage/Advisory.

Im November 2011 haben wir den sukzessiven Erwerb der Deutsche UFG Capital Management („DUCM“) abgeschlossen, einer der größten unabhängigen Vermögensverwaltungsgesellschaften in Russland. Die Transaktion resultierte aus der Ausübung einer Kaufoption für die verbleibenden 60 % der Anteile. Wir üben nun die vollständige Kontrolle über die DUCM aus, die bisher als nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung ausgewiesen wurde.

Die Sal. Oppenheim jr. & Cie. S.C.A. ist seit März 2010 eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG. Alle Aktivitäten der Sal. Oppenheim-Gruppe einschließlich der gesamten Vermögensverwaltung, Investmentbank, BHF-BANK-Gruppe, BHF Asset Servicing GmbH (BAS) sowie Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A. gingen auf die Deutsche Bank über. Die Bereiche Equity Trading & Derivatives und Capital Markets Sales wurden im zweiten Quartal 2010 an die australische Macquarie Group veräußert, während die BAS im dritten Quartal 2010 an die Bank of New York Mellon verkauft wurde. Die BHF-BANK wurde zum 1. Januar 2011 vom früheren PWM auf den ehemaligen Konzernbereich CI übertragen.

Produkte und Dienstleistungen

Die Investment-Plattform bietet Produkte unterschiedlichster Anlageklassen an und umfasst die Geschäftsaktivitäten des ehemaligen Bereichs AM. Sie stellt Investmentmanagement-Leistungen für Wertpapiere, Immobilien-, Infrastruktur-, Private Equity- und Hedgefondsportfolios bereit. Zusätzlich umfasst die Investment-Plattform die von CB&S übertragenen Geschäftsaktivitäten. Hierzu gehören das passive Geschäft einschließlich ETFs und das Geschäft mit alternativen Anlageformen sowie das Geschäft mit geschlossenen Lebensversicherungen von Abbey Life.

Schließlich liefert die Investment-Plattform individuelle Vermögensverwaltungslösungen und Private-Banking-Leistungen einschließlich Kreditvergabe und diskretionäres Portfoliomanagement.

Die zweite wichtige Säule von AWM ist der Bereich Coverage/Advisory, dessen Fokus auf dem Kontakt zu und der Zusammenarbeit mit den Kunden liegt. Neben der Betreuung institutioneller Kunden und Key Clients gehören dazu auch die Wealth Management-Teams für Deutschland, Sal. Oppenheim, die Region EMEA, Nord- und Südamerika sowie den asiatisch-pazifischen Raum. Coverage/Advisory verfügt über eine starke Präsenz in Europa und Nordamerika und baut diese in den Schwellenländern aus.

In allen Geschäftsbereichen erbringen wir für die Kunden einen erstklassigen Service, indem wir bei zahlreichen Anlageprodukten eine starke Performance erreichen, sowie maßgeschneiderte Beratung und Leistungen einschließlich eines soliden Risikomanagements bieten.

Vertriebskanäle und Marketing

Ein großer Wettbewerbsvorteil für AWM besteht darin, dass der Bereich eine Privatbank innerhalb der Deutschen Bank darstellt und von deren Dienstleistungen in den Bereichen Investment Banking, Corporate Banking und Asset Management profitiert. 2007 hat AWM Key Client Teams aufgestellt, um das Potenzial einer geschäftsbereichsübergreifenden Zusammenarbeit zu nutzen und dadurch Kunden mit sehr komplexen Vermögenswerten und höchst anspruchsvollen Bedürfnissen optimal betreuen zu können. Der Bereich Coverage bietet diesen Kunden die Möglichkeit, zusätzliche Direktkäufe zu tätigen, in Private-Equity-Geschäfte zu investieren oder direkten Zugang zu seinen Handelsabteilungen zu erhalten.

AWM Coverage/Advisory verfügt über etablierte und weltweit operierende interne Vertriebskanäle. Der Bereich verfolgt ein integriertes Geschäftsmodell, um den komplexen Bedürfnissen vermögender und sehr vermögender Privatanleger, ihrer Familien sowie ausgewählter Institutionen gerecht zu werden. Die Relationship Manager arbeiten in zielkundenspezifischen Teams, mit denen sie den sehr anspruchsvollen Kunden einen ganzheitlichen Service inklusive individueller Investmentstrategien anbieten, um dauerhafte Beziehungen zu diesen aufzubauen.

Darüber hinaus vermarktet und vertreibt AWM seine Produkte über andere Geschäftsbereiche des Deutsche Bank-Konzerns, insbesondere über PBC für Privatanleger und über CB&S für Institutionen und Unternehmen, sowie über Dritte.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

Überblick über den Unternehmensbereich

Der Unternehmensbereich PBC wendet ein einheitliches Geschäftsmodell in ganz Europa und ausgewählten asiatischen Märkten an. PBC betreut Privat- und vermögende Kunden sowie kleinere und mittelständische Unternehmen.

Der Unternehmensbereich PBC besteht aus folgenden Geschäftsbereichen:

- Advisory Banking Germany umfasst alle Aktivitäten von PBC in Deutschland ohne die Postbank.
- Zu Advisory Banking International gehören die Aktivitäten von PBC in Europa (ohne Deutschland) sowie die Aktivitäten von PBC in Asien einschließlich unserer Beteiligung an und Partnerschaft mit der Hua Xia Bank in China.
- Consumer Banking Germany beinhaltet vor allem den Beitrag der Postbank zu den konsolidierten Ergebnissen der Deutschen Bank.

Bei der Bildung der NCOU hat PBC mehrere Geschäftsportfolios wie auch nicht-strategische Aktivitäten, insbesondere an nicht-strategischen Standorten, dem neuen Unternehmensbereich zugeordnet.

Auch 2012 führten wir unser ausgewogenes Wachstum mit einem strategischen Fokus auf bilanzorientiertes Geschäft, zum Beispiel Hypothekenfinanzierungen, fort.

Mit der Integration der Postbank stärken wir unsere führende Marktposition in unserem Heimatmarkt Deutschland und bauen sie aus. Dadurch ergeben sich Synergiepotenziale und Wachstumschancen. Durch die Zusammenführung der Geschäftseinheiten wollen wir den Ertragsanteil des Privatkundengeschäfts im Konzern erhöhen. Darüber hinaus werden wir durch den wesentlichen Anstieg der Privatkundeneinlagen die Finanzierungsbasis des Konzerns stärken und auf eine breitere Basis stellen. Die Postbank bleibt auch weiterhin eine unabhängige Aktiengesellschaft und wird im Markt als eigenständige Marke wahrgenommen. Mit Abschluss des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags und der fortgesetzten Integration der Postbank in den Unternehmensbereich PBC werden wir maßgebliche Fortschritte hinsichtlich unseres integrierten Geschäftsmodells erzielen und erhebliche Ertrags- und Kostensynergien generieren.

Im Dezember 2010 haben wir den Postbank-Konzern erstmals konsolidiert. Weitere Informationen zum Erwerb der Postbank sind in Anhangangabe 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“ enthalten.

In Europa konzentrieren wir uns auf risikoarme Produkte und Beratungsleistungen für vermögende Kunden und Geschäftskunden. Unser profitables Markennetzwerk ist in fünf Hauptmärkten für Bankdienstleistungen in Kontinentaleuropa vertreten: Italien, Spanien, Portugal, Belgien und Polen.

In Asien betreibt PBC ein Filialnetzwerk, das durch einen mobilen Vertrieb in Indien unterstützt wird und das 19,99 % der Anteile an der chinesischen Hua Xia Bank hält, mit der eine strategische Partnerschaft und Kooperation unterhalten wird. Als Teil hiervon haben wir im Rahmen der strategischen Partnerschaft mit der Hua Xia Bank ein gemeinsames Kreditkartengeschäft in China entwickelt. Des Weiteren hat PBC derzeit siebzehn Niederlassungen in Indien. Indien und China sind für PBC die Kernmärkte in Asien. Während das Indien-Geschäft durch eine Erweiterung des Niederlassungsnetzes wächst, liegt unser strategischer Fokus in China auf der Nutzung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank.

Produkte und Dienstleistungen

PBC bietet ein vergleichbares Angebot von Bankprodukten und -dienstleistungen in Europa und Asien an, wobei es Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern geben kann, die auf lokale Markt-, aufsichtsrechtliche und Kundenanforderungen zurückzuführen sind.

Wir bieten unseren Kunden Portfolio/Fund Management (Anlageberatung, Vermögensverwaltung und Wertpapierverwahrung) und Brokerage an.

Wir stellen Leistungen im Kredit- und Einlagengeschäft, insbesondere Immobilienfinanzierungen (einschließlich Hypotheken), Konsumenten- und gewerbliche Kredite, sowie klassische Giro-, Spar- und Festgeldkonten zur Verfügung. Die Bereitstellung von Immobilienfinanzierungen, zu denen Hypothekenkredite und Baufinanzierungen gehören, ist der bedeutendste Bestandteil unseres Kreditgeschäfts. Diese werden in erster Linie an Privatpersonen vergeben, beispielsweise für die Finanzierung von Wohnimmobilien. Die meisten unserer Hypothekenkredite haben eine anfängliche Zinsbindung von fünf oder zehn Jahren. Zu den Kredit- und Einlagenprodukten gehören auch das Baufinanzierungs- und Bauspargeschäft in Deutschland, das von unseren Tochtergesellschaften Deutsche Bank Bauspar AG und BHW Bausparkasse AG betreut wird. Unser Kreditgeschäft unterliegt Kreditrisikomanagementprozessen, sowohl bei der Kreditvergabe als auch der laufenden Kreditüberwachung. Weitere Informationen zu diesen Prozessen finden Sie im Risikobericht in den Abschnitten „Überwachung des Kreditrisikos“ und „Wesentliche Kreditrisikoengagement-Kategorien“.

Unsere Dienstleistungen in den Bereichen Einlagen und Zahlungsverkehr umfassen das Führen von Girokonten in lokaler und Fremdwährung sowie die Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen auf diesen Konten. Ferner schließen sie den An- und Verkauf von Zahlungsmitteln sowie den Vertrieb von Versicherungsprodukten, Baufinanzierungs- und Bausparverträgen und Kreditkarten ein. In dem fortgesetzten Niedrigzinsumfeld in Deutschland haben wir uns auf die Stabilisierung des Einlagenvolumens einschließlich Sichteinlagen konzentriert, während wir unser Einlagenvolumen in Europa verbessert und dabei unsere lokale Refinanzierung optimiert haben.

Vertriebskanäle und Marketing

Um unsere Marke international zu etablieren, achten wir auf eine einheitliche Vermarktung unserer Dienstleistungen in den europäischen und asiatischen Ländern, auf die wir unseren strategischen Fokus gelegt haben und in denen PBC direkt tätig ist. Wir streben optimalen Zugang und Verfügbarkeit unserer Bankprodukte und -dienstleistungen an, um sie für Kunden attraktiver zu machen. Zu diesem Zweck setzen wir auf Selbstbedienungsfunktionalitäten und den technologischen Fortschritt. Damit ergänzen wir unser Filialnetz um eine Fülle von Zugangskanälen zu den Produkten und Dienstleistungen von PBC. Dazu zählen folgende personalisierte und automatisierte Vertriebswege:

- **Investment & FinanzCenter.** In unseren Investment & FinanzCentern bieten wir unsere gesamte Palette von Produkten und Beratungsleistungen an.
- **Finanzberater.** In den meisten Ländern vermarkten wir unsere Produkte und Dienstleistungen im Privatkundengeschäft über unabhängige Finanzberater.
- **Call-Center.** Über Call-Center können Kunden per Telefon Transaktionen über elektronische Systeme durchführen. Dazu gehören das Abrufen von Kontoinformationen sowie die Durchführung von Wertpapier- und anderen grundlegenden Bankgeschäften.
- **Internet.** Auf unserer Website bieten wir Kunden Brokerageleistungen sowie die Möglichkeit, Konto- und Produktinformationen über Investmentprodukte der Bank und Dritter abzurufen. Ferner stellen wir den Kunden Informationen sowie Analyseinstrumente und Analysen zur Verfügung, um sie dabei zu unterstützen, unabhängige Anlageentscheidungen zu treffen.
- **Selbstbedienungsterminals.** Diese Geräte werden zur Unterstützung unserer Filialmitarbeiter eingesetzt und ermöglichen Kunden, Geld abzuheben und zu überweisen, Kontoauszüge zu drucken oder Termine mit einem Finanzberater zu vereinbaren.

Unsere Produkte werden nicht nur über unsere Filialen und Finanzberater, sondern auch über länderspezifische Vertriebs- und Kooperationspartnerschaften angeboten. So haben wir in Deutschland Kooperationsvereinbarungen mit der DP DHL (Kooperation der Postbank) und der Deutsche Vermögensberatung AG (DVAG) abgeschlossen. Wir vertreiben unsere Publikumsfonds und andere Bankprodukte über das unabhängige Netzwerk der DVAG. Um unsere Produktpalette zu ergänzen, haben wir ferner Vertriebsvereinbarungen unterzeichnet, in deren Rahmen PBC die Produkte angesehener Anbieter vertreibt. Dazu gehören eine Vereinbarung mit Zurich Financial Services im Bereich Versicherungsprodukte und die strategische Zusammenarbeit mit neun Fondsgesellschaften beim Vertrieb ihrer Investmentprodukte.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit

Im November 2012 haben wir die NCOU geschaffen, die als separater Unternehmensbereich neben unseren Kernbereichen geführt wird. Sie umfasste zum 31. Dezember 2012 Vermögenswerte in Höhe von circa 100 Mrd € und Risikoaktivitäts-Äquivalente gemäß Basel 2.5 von 80 Mrd €.

Wie in unserer Strategie 2015+ festgelegt, wollen wir mit der Schaffung der NCOU extern die Transparenz unserer nicht strategischen Positionen verbessern, den Managementfokus durch Abtrennung der nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten stärker auf das Kerngeschäft richten und eine gezielte Beschleunigung des Risikoabbaus erreichen.

Neben der Verwaltung der globalen Beteiligungen und dem Halten bestimmter nicht strategischer Vermögenswerte bis zur Endfälligkeit, wird die NCOU durch gezielte Maßnahmen zum Risikoabbau die nicht mit unseren künftigen Kernbereichen verbundenen Risiken weiter reduzieren und dadurch den Kapitalbedarf senken. Dabei wird die NCOU den Abbau von Positionen mit weniger günstigen Kapital- und Risiko-Rendite-Profilen priorisieren, damit die Bank ihre Tier-1-Kernkapitalquote gemäß Basel 3 stärken kann.

Zum Portfolio der NCOU gehören Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum zukünftigen Kerngeschäft zählen, Vermögenswerte, die durch Änderungen des Geschäfts- und wirtschaftlichen Umfelds sowie des gesetzlichen oderaufsichtsrechtlichen Rahmens signifikant beeinträchtigt sind, sowie Vermögenswerte, die für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen sind. Die NCOU umfasst auch weitere zur Abtren-

nung geeignete Vermögenswerte mit erheblicher Kapitalbindung und niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Darüber hinaus wurden bestimmte Passiva auf die NCOU übertragen, wobei ähnliche Kriterien wie bei der Auswahl der Aktiva zugrunde gelegt wurden. Zu den übertragenen Passiva zählen unter anderem Verbindlichkeiten von Geschäftsbereichen, die abgewickelt werden oder zum Verkauf stehen, Altbestände aus Anleiheemissionen und verschiedene kurzfristige Verbindlichkeiten, die mit übertragenen Aktiva zusammenhängen.

Der Großteil der risikogewichteten Aktiva wurde aus CB&S übertragen. Dazu gehören Positionen aus Kreditkorrelationsprodukten, Verbriefungspositionen, Risiken gegenüber Monolineversicherern und nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte. Aus dem Bereich PBC wurden unter anderem folgende Aktiva auf die NCOU übertragen: nicht zum Kerngeschäft gehörende Gewerbeimmobilien der Postbank, kapitalintensive strukturierter Kreditprodukte der Postbank, ausgewählte Hypothekenkredite für Wohnimmobilien im Ausland, andere Finanzinvestitionen wie das Portfolio an strukturierten Krediten und das GIIPS-Portfolio, die bereits seit einigen Jahren abgewickelt werden, sowie das sogenannte Repo Matched Book, das für die Postbank nicht mehr von strategischer Bedeutung ist. Das NCOU-Portfolio enthält darüber hinaus alle Vermögenswerte, die bisher im ehemaligen Konzernbereich CI verbucht und verwaltet wurden. Dazu gehören die globalen Beteiligungen einschließlich unserer Beteiligungen an dem Hafenbetreiber Maher Terminals, The Cosmopolitan of Las Vegas und der BHF-BANK.

Unser Engagement bei der Actavis Group wurde zum 1. Januar 2011 von CB&S auf den ehemaligen Konzernbereich CI übertragen. Im vierten Quartal 2012 haben wir die Veräußerung der auf die NCOU übertragenen Actavis Group abgeschlossen.

Die BHF-BANK wurde zum 1. Januar 2011 von AWM auf den ehemaligen Konzernbereich CI übertragen.

Im Dezember 2010 übertrug der ehemalige Konzernbereich CI die Beteiligung an der Deutschen Postbank AG auf PBC. Ebenfalls im Dezember 2010 nahm The Cosmopolitan of Las Vegas seine Geschäftstätigkeit auf.

Infrastrukturfunktionen und Regional Management

Die Infrastrukturfunktionen umfassen unsere zentralen Supportabteilungen für die Geschäftsbereiche. Diese beinhalten vorwiegend Kontroll- und Serviceaufgaben für unsere fünf Unternehmensbereiche.

Die Infrastrukturfunktionen spiegeln die Verantwortungsbereiche der Vorstandsmitglieder wider, die nicht für einen bestimmten Geschäftsbereich zuständig sind. Sie sind in COO-Funktionen (wie Global Technology, Global Business Services, Global Logistics Services und Group Strategy & Planning), CFO-Funktionen (wie Finance, Tax, Insurance und Treasury), CRO-Funktionen (wie Credit Risk Management und Market Risk Management), CEO-Funktionen (wie Communications, Corporate Social Responsibility und Economics) sowie in die Bereiche HR, Legal und Compliance unterteilt.

Das Regional Management ist weltweit für die Steuerung der Regionen verantwortlich. Es legt den Fokus auf Governance, Geschäfts- sowie Leistungsentwicklung. In den Regionen werden Regional und Country Heads sowie Management-Komitees eingesetzt, um die kundenorientierte Produktkoordination zwischen den Geschäftsbereichen auszubauen und die Einhaltung von aufsichtsrechtlichen und Kontrollanforderungen auf lokaler und Konzernebene sicherzustellen. Zusätzlich vertritt Regional Management regionale Interessen auf Konzernebene und verbessert die regionenübergreifende Zusammenarbeit.

Alle Aufwendungen und Erträge der Infrastrukturfunktionen und des Regional Managements werden in vollem Umfang unseren fünf Unternehmensbereichen zugeordnet.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft

Im Jahr 2012 beeinflussten zahlreiche negative Faktoren die Weltwirtschaft: die Staatsschuldenkrise in Europa, die fiskalische Klippe in den USA, geopolitische Risiken im Nahen Osten sowie steigende Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise. Nachdem sich das Wachstum der Weltwirtschaft bereits in 2011 auf 3,8 % abgeschwächt hatte, dürfte es sich 2012 weiter auf 2,9 % verlangsamt haben.

Die Abschwächung betraf, wie schon in 2011, vor allem die Industrieländer, deren Wirtschaftsleistung nur um 1,2 % gewachsen sein dürfte. Nach wie vor stehen in den Industrieländern die strukturellen Herausforderungen im Vordergrund. Die Rückführung staatlicher Defizite sowie der Abbau der privaten Verschuldung hat insbesondere das Wachstum in der Eurozone verlangsamt. Zudem belastete die erhöhte politische Unsicherheit in der Eurozone und in den USA die Weltkonjunktur. Konjunkturstützend wirkte die äußerst expansive Ausrichtung der Geldpolitik der großen Zentralbanken, die die Leitzinsen auf historisch niedrige Werte senkten und zusätzlich umfangreiche Maßnahmen der quantitativen Erleichterungen auflegten.

Die Eurozone kam 2012 durch die gestiegene Verunsicherung über die weitere Entwicklung der Staatsschuldenkrise, der fiskalischen Konsolidierung und rückläufiger Exportnachfrage in die Rezession. Die Wirtschaftsaktivität dürfte um 0,5 % zurückgegangen sein, nach einem Anstieg von 1,4 % im Jahr 2011. Stabilisierend wirkten die Ankündigung der Europäischen Zentralbank vom September 2012, unter strikter Konditionalität (Outright Monetary Transactions) unbegrenzt Anleihen zu kaufen, sowie ein klares Bekennnis der Regierungen der Eurozonenländer, alle Mitgliedsstaaten in der Eurozone zu halten. Die deutsche Wirtschaft schwächte sich im Jahresverlauf insbesondere durch eine rückläufige Nachfrage nach Exportgütern und fallender Investitionen merklich ab und dürfte zum Jahresende geschrumpft sein. Im Jahrsdurchschnitt wuchs die deutsche Wirtschaft um 0,7 %, nach 3,0 % im Jahr 2011.

Das Wachstum der US-Wirtschaft erwies sich als relativ robust und dürfte 2012 mit 2,3 % etwas kräftiger als im Vorjahr mit 1,8 % ausgefallen sein. Obwohl sich der Immobilienmarkt stabilisierte und allmählich die Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf reduzierte, dürfte sich das Wachstum gegen Jahresende durch die Verunsicherung über eine Lösung der fiskalischen Klippe abgeschwächt haben. Nachdem in Japan in der ersten Jahreshälfte 2012 die Aufräum- und Wiederaufbauarbeiten nach dem Tsunami und der nuklearen Katastrophe sowie konjunkturstützende Maßnahmen der Regierung positiv auf die Wirtschaftsaktivität wirkten, reduzierte sich Japans Wirtschaftsleistung ab der Jahresmitte wieder. Im Gesamtjahr wuchs Japans Wirtschaft wahrscheinlich um 2,0 %.

Über real- und finanzwirtschaftliche Verflechtungen hatte die weltweite Entwicklung negative Auswirkungen auf die Wirtschaftsaktivität in den Schwellenländern. Das Wachstum der Schwellenländer dürfte sich auf 4,7 % abgekühlt haben, wobei sich die einzelnen Regionen deutlich unterschiedlich entwickelten. Das Wirtschaftswachstum in Asien (ohne Japan) verlangsamte sich von 7,5 % im Jahr 2011 auf 5,9 % im Jahr 2012. Das Wachstum in China verlangsamte sich deutlich auf den seit 1999 niedrigsten Wert von 7,8 % jährlich. Die Gründe waren eine stagnierende ausländische Nachfrage bei gleichzeitigem Versuch die Balance der wirtschaftlichen Struktur durch bewusst reduzierte Impulse auszugleichen. Auch das Wirtschaftswachstum in Indien verlangsamte sich auf 4,6 % jährlich, den geringsten Wert des Jahrzehnts, weil die Binnennachfrage von enger Liquidität und anhaltender Inflation beeinflusst wurde. Die wirtschaftlichen Aktivitäten in Lateinamerika reduzierten sich nach 4,7 % im Jahr 2011 auf 2,9 % im Jahr 2012. Das brasilianische Wachstum enttäuschte 2012 erneut mit einer Reduzierung auf etwa 1 %, nach einem schon geringen Wert von 2,7 % in 2011. Während die Binnennachfrage und die Arbeitsmärkte stabil blieben, waren die Investitionen gering und die Exporte reduzierten sich durch die stagnierende Weltwirtschaft und einige niedrigere Rohstoffpreise.

Die Bankenbranche

In der Bankenbranche herrschte auch in 2012 große Unsicherheit. In den vergangenen sechs Monaten hat sich die Markttimmung jedoch allmählich verbessert, da die Befürchtungen über die Zukunft der Europäischen Währungsunion und über die globalen Wachstumsaussichten nachließen.

Diese Tendenzen spiegelten sich in der Entwicklung der Kapitalmärkte deutlich wider. Im Gesamtjahr blieben die weltweiten M&A-Aktivitäten und Emissionen am Aktienmarkt gedämpft, während die Anleiheemissionen sowohl im Investment-Grade- als auch im High-Yield-Segment Rekordhöhen erreichten. Dies galt insbesondere für die zweite Jahreshälfte, in der die Risikobereitschaft der Anleger zurückkehrte und die Anleiherenditen erheblich sanken. 2012 wurden mehr Unternehmensanleihen emittiert als je zuvor. Die Gesamterträge im Investmentbanking gingen gegenüber dem Vorjahr leicht zurück. Ursächlich hierfür war ein Rückgang der Einnahmen in Europa und Asien, während sie in den USA anstiegen. Ähnlich wie das Beratungs- und Emissionsgeschäft war der Aktienhandel relativ schwach, wobei sinkende Margen den Ertragsdruck verstärkten. Der Handel mit festverzinslichen Wertpapieren legte gegenüber dem schwachen Ergebnis des Vorjahres etwas zu. Die Erträge blieben jedoch unter dem Niveau der Jahre 2009 und 2010.

Das Privat- und Firmenkundengeschäft entwickelte sich in Europa und den USA noch gegenläufiger als in den Vorjahren: Die US-Banken haben sich weiter erholt und sind nun so profitabel wie in den Spitzenseiten vor der Krise. Die Kreditvolumina steigen vor allem aufgrund einer höheren Nachfrage der Unternehmen. Dank der positiven Wende am Immobilienmarkt dürfte auch das Geschäft mit privaten Haushalten und vor allem mit Wohnungsbaukrediten den Tiefpunkt erreicht haben. In Europa dagegen hat sich der Rückgang bei den Unternehmenskrediten im Jahresverlauf eher beschleunigt als verlangsamt, während das Kreditgeschäft mit privaten Haushalten weitgehend stabil blieb. Die Einlagen stiegen auf beiden Seiten des Atlantiks weiterhin moderat an, obgleich das Wachstum in den USA etwas an Schwung verlor. Zudem waren für die gegenläufige Entwicklung der europäischen und US-amerikanischen Banken teilweise Unterschiede in der Kreditqualität verantwortlich. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg bei den europäischen Banken zum ersten Mal seit 2009 wieder an, während die US-Institute einen weiteren Rückgang der Risikovorsorge auf das niedrigste Niveau seit fünf Jahren verzeichneten.

Das Vermögensverwaltungsgeschäft profitierte insbesondere in der zweiten Jahreshälfte von steigenden Kurssen an den Aktien- und Anleihemärkten sowie davon, dass Anleger im gegenwärtigen Niedrigzinsumfeld zunehmend nach höheren Renditen streben. Weltweit verzeichneten Rentenfonds Net togeldzuflüsse, während Aktien- und Geldmarktfonds Nettoabflüsse auswiesen. Wie schon in den vergangenen Jahren wuchs das passiv verwaltete Geschäft schneller als die aktiv verwalteten Fonds.

Neue Regulierungsvorschriften hatten signifikante Auswirkungen auf die Branche: Während europäische Banken noch mit den Auswirkungen strengerer Anforderungen nach Basel 2.5 fertig werden mussten, war Basel 3 im gesamten Bankensektor bereits im Blickfeld, da die Anleger und Analysten eine zeitnahe Anpassung der Banken forderten. Des Weiteren wirkten sich neue Richtlinien zum Verbraucher- und Anlegerschutz sowie zur Marktinfrastruktur, wie die Markets in Financial Instruments Directive II und die European Market Infrastructure Regulation (Erstere noch im Entwurfsstadium, Letztere bereits in Kraft getreten), überwiegend negativ auf die Erträge der Banken aus. In der Eurozone einigten sich die politisch Verantwortlichen darauf, dass im Rahmen einer umfassenderen Verschiebung von Aufsichtsbefugnissen in einer „Bankenunion“ die größten Banken nicht mehr von nationalen Behörden, sondern von der EZB kontrolliert werden. Schließlich litten die Banken in den USA und in Europa unter hohen Strafzahlungen und einem erheblichen Vertrauensverlust aufgrund weiter zunehmender Rechtsstreitigkeiten.

Deutsche Bank

Das Marktumfeld blieb 2012 weiterhin schwierig. Vornehmlich in den Industrieländern war ein Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums zu verzeichnen, während sich die Lage in der Eurozone erst ab Mitte 2012 stabilisierte. In den entwickelten Volkswirtschaften blieben die strukturellen Defizite hoch, was sich in einer starken Kundennachfrage niederschlug. Das makropolitische Umfeld hielt das Zinsniveau jedoch weiterhin niedrig. Die Aktienmärkte konnten noch nicht anhaltend von der sich stabilisierenden Lage profitieren. Dies führte zu volati-

len Marktbedingungen, die lediglich dem Derivategeschäft nutzten. In vielen anderen Märkten und Produkten waren ein starker Wettbewerbsdruck, sinkende Margen und zurückgehende Volumina sowie Unsicherheiten im makroökonomischen und regulatorischen Umfeld zu verzeichnen. Dies verursachte eine Volatilität, die bei den Investoren zu einer risikovermeidend Haltung führte und insbesondere die privaten Anleger für den Großteil des Jahres zurückhaltend agieren ließ.

Trotz dieses schwierigen Umfelds blieben unsere Erträge stabil und stiegen in fast jedem Geschäftsbereich der Kernbank (CB&S, GTB, AWM und PBC). Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ging im Vergleich zum Vorjahr zurück. Im zweiten Halbjahr 2012 schlugen sich jedoch vor allem zahlreiche Maßnahmen zur Umsetzung unserer Strategie 2015+ im Ergebnis nieder. Diese Maßnahmen führten im Wesentlichen zu einem Anstieg der Zinsunabhängigen Aufwendungen gegenüber dem Gesamtjahr 2011. Sie beinhalteten Umsetzungskosten im Zusammenhang mit unserem Operational Excellence Programm (OpEx) und der Integration der Postbank von insgesamt 0,9 Mrd €. Im zweiten Halbjahr 2012 haben wir Einsparungen von 0,4 Mrd € erzielt und damit die Ziele des OpEx zum Jahresende 2012 erreicht. Die Aufwendungen beinhalteten zudem Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (1,9 Mrd €) sowie signifikante Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten (2,2 Mrd €). Darüber hinaus war das Ergebnis 2012 durch weitere spezifische Positionen von 1,3 Mrd € belastet. Dazu zählten unter anderem Aufwendungen im Zusammenhang mit der Restrukturierung unseres Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden, andere Nettoaufwendungen und Effekte aus dem Risikoabbau in der NCOU.

Vor diesem Hintergrund belief sich unser Jahresüberschuss 2012 auf 291 Mio €, gegenüber 4,3 Mrd € in 2011 und das Ergebnis vor Steuern auf 784 Mio €, verglichen mit 5,4 Mrd € in 2011. Nach der Bereinigung um die vorgenannten Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte sowie die Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten betrug das Ergebnis vor Steuern für das Gesamtjahr 2012 4,9 Mrd €. Dazu trug die Kernbank 6,5 Mrd € bei.

Im Jahr 2012 haben wir die Höhe der variablen Vergütung überprüft und eine Vergütungskommission eingesetzt. Obgleich der Personalaufwand in 2012 gegenüber dem Vorjahr um 3 % anstieg, ging, in einem ersten Schritt, die variable Vergütung im Vergleich zu 2011 um 11 % zurück. Des Weiteren haben wir den Anteil der aufgeschobenen Vergütung von 61 % auf 47 % reduziert und dadurch die Belastungen für die Ergebnisse der kommenden Jahre verringert.

Insgesamt haben wir unsere Kapitalposition, Liquiditätsreserven und Refinanzierungsquellen deutlich gestärkt und sollten daher auf mögliche künftige Herausforderungen gut vorbereitet sein, die Marktturbulenzen und schärfere Auflagen der Aufsichtsbehörden mit sich bringen könnten. Dank des Jahresüberschusses sowie der beschleunigten Kapitalbildung und des gezielten Risikoabbaus einschließlich der Maßnahmen in der NCOU stieg unsere Tier-1-Kapitalquote gemäß Basel 2.5 zum 31. Dezember 2012 auf das Rekordniveau von 15,1 % und unsere Tier-1-Kernkapitalquote auf 11,4 %. Die Pro-forma-Tier-1-Kernkapitalquote gemäß Basel 3 (volle Umsetzung), die im Vorjahr unter 6 % lag, erhöhte sich ebenfalls deutlich auf 7,8 % und lag damit über dem veröffentlichten Ziel von 7,2 %. Dies ist auf eine erfolgreiche Portfoliooptimierung, den Abbau von Risiken aus nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten sowie Modell- und Prozessverbesserungen zurückzuführen.

Am Jahresende 2012 beliefen sich die risikogewichteten Aktiva auf 334 Mrd €, im Vergleich zu 381 Mrd € am Jahresende 2011. Dieser Rückgang resultierte vor allem aus Managementmaßnahmen zum Risikoabbau. Im zweiten Halbjahr 2012 konnten wir die Pro-forma-risikogewichteten-Aktiva-Äquivalente gemäß Basel 3 um 80 Mrd € reduzieren, wobei das veröffentlichte Ziel auf 90 Mrd € bis zum 31. März 2013 lautet.

Unsere Liquiditätsreserven lagen zum 31. Dezember 2012 bei über 230 Mrd € und enthielten von der Postbank AG gehaltene Reserven, die sich am Jahresende auf über 25 Mrd € beliefen (31. Dezember 2011: 223 Mrd € ohne Postbank).

Verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2012	2011	2010	Veränderung 2012 gegenüber 2011		Veränderung 2011 gegenüber 2010	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Zinsüberschuss	15.891	17.445	15.583	-1.554	-9	1.862	12
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.721	1.839	1.274	-118	-6	565	44
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	14.170	15.606	14.309	-1.436	-9	1.297	9
Provisionsüberschuss	11.510	11.544	10.669	-34	-0	875	8
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	5.599	3.058	3.354	2.541	83	-296	-9
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	301	123	201	178	145	-78	-39
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	159	-264	-2.004	423	N/A	1.740	-87
Sonstige Erträge	281	1.322	764	-1.041	-79	558	73
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	17.850	15.783	12.984	2.067	13	2.799	22
Summe Erträge insgesamt ¹	32.020	31.389	27.293	631	2	4.096	15
Personalaufwand	13.526	13.135	12.671	391	3	464	4
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	15.016	12.657	10.133	2.359	19	2.524	25
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	414	207	485	207	100	-278	-57
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	1.886	-	29	1.886	N/A	-29	N/A
Restrukturierungsaufwand	394	-	-	394	N/A	-	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	31.236	25.999	23.318	5.237	20	2.681	11
Ergebnis vor Steuern	784	5.390	3.975	-4.606	-85	1.415	36
Ertragsteueraufwand	493	1.064	1.645	-571	-54	-581	-35
Jahresüberschuss	291	4.326	2.330	-4.035	-93	1.996	86
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	54	194	20	-140	-72	174	N/A
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	237	4.132	2.310	-3.895	-94	1.822	79

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Geschäftsergebnisse

Konzernergebnisse

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss zu sehen.

Zinsüberschuss

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2012	2011	2010	Veränderung 2012 gegenüber 2011		Veränderung 2011 gegenüber 2010	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	32.242	34.878	28.779	-2.636	-8	6.099	21
Summe der Zinsaufwendungen	16.351	17.433	13.196	-1.083	-6	4.237	32
Zinsüberschuss	15.891	17.445	15.583	-1.554	-9	1.862	12
Verzinsliche Aktiva im Jahresdurchschnitt ¹	1.241.791	1.174.201	993.780	67.590	6	180.421	18
Verzinsliche Passiva im Jahresdurchschnitt ¹	1.120.540	1.078.721	933.537	41.819	4	145.184	16
Zinsertragssatz ²	2,61 %	2,97 %	2,90 %	-0,36 Ppkt.	-12	0,07 Ppkt.	2
Zinsaufwandssatz ³	1,48 %	1,62 %	1,41 %	-0,14 Ppkt.	-9	0,21 Ppkt.	15
Zinsspanne ⁴	1,14 %	1,35 %	1,48 %	-0,21 Ppkt.	-16	-0,13 Ppkt.	-9
Zinsmarge ⁵	1,28 %	1,49 %	1,57 %	-0,21 Ppkt.	-14	-0,08 Ppkt.	-5

Ppkt. – Prozentpunkte

¹ Der durchschnittliche Jahreswert wird jeweils auf Basis der Monatsendwerte ermittelt.

² Der Zinsertragssatz ist der durchschnittlich erzielte Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

³ Der Zinsaufwandssatz ist der durchschnittlich gezahlte Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

⁴ Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

⁵ Die Zinsmarge ist der Zinsüberschuss im Verhältnis zu unseren verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

Der Rückgang des Zinsüberschusses um 1,6 Mrd € (9 %) von 17,4 Mrd € in 2011 auf 15,9 Mrd € in 2012 ist hauptsächlich auf niedrigere Zinserträge aus Handelsaktivitäten in CB&S, verursacht durch ein niedrigeres Zinsumfeld sowie niedrigere Volumina, sowie auf niedrigere Zinserträge in der NCOU, verursacht durch niedrigere Volumina als Folge des Risikoabbaus, zurückzuführen. Der Rückgang wurde darüber hinaus durch niedrigere Zinserträge in PBC verursacht, die auf einem Rückgang in Bezug auf Effekte aus der Kaufpreisallokation als Folge der Postbankübernahme basierten. Diese Entwicklungen trugen zu einer Verringerung der Zinsspanne sowie der Zinsmarge um jeweils 21 Basispunkte bei.

Die Entwicklung unseres Zinsüberschusses wird darüber hinaus von der Bilanzierung einiger unserer zu Absicherungszwecken abgeschlossenen Derivategeschäfte beeinflusst. Derivategeschäfte, die keinen Handelszwecken dienen, werden vorwiegend zur wirtschaftlichen Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken unserer Nichthandelsaktiva beziehungsweise -passiva abgeschlossen. Einige dieser Derivategeschäfte erfüllen die Anforderungen an eine Bilanzierung als Sicherungsgeschäft. In diesem Fall werden erhaltene oder gezahlte Zinsen aus den Derivaten in den Zinserträgen beziehungsweise -aufwendungen ausgewiesen, wo sie die Zinsströme aus den abgesicherten Finanzinstrumenten ausgleichen („Bilanzierung von Sicherungsgeschäften“). Erfüllen Derivate die bilanziellen Anforderungen an Sicherungsgeschäfte nicht, werden die Zinsströme aus diesen Derivaten dem Handelsergebnis zugerechnet.

Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2012	2011	2010	Veränderung 2012 gegenüber 2011		Veränderung 2011 gegenüber 2010	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
CB&S – Sales & Trading (Equity)	998	312	375	686	N/A	- 63	- 17
CB&S – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	4.491	4.337	4.392	154	4	- 55	- 1
Non-Core Operations Unit	- 1.256	- 1.564	- 1.961	308	- 20	397	- 20
Sonstige	1.366	- 27	548	1.393	N/A	- 575	N/A
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	5.599	3.058	3.354	2.541	83	- 296	- 9

N/A – nicht aussagefähig

Das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg um 2,5 Mrd € gegenüber dem Vorjahr auf 5,6 Mrd € in 2012. Die Mehrheit des Anstiegs des Ergebnisses aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen wurde außerhalb unseres Sales & Trading-Geschäfts erzielt. Ein spezifischer Treiber war die Ergebnisverbesserung aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten übrigen Produkten in CB&S durch methodische Änderungen im Debt Valuation Adjustment (DVA) für derivative Verbindlichkeiten. Einen weiteren Rückgang der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verluste gab es in Abbey Life in AWM. Maßgeblich für das verbesserte Ergebnis waren auch höhere Gewinne in Consolidation & Adjustments (C&A) im Zusammenhang mit US Dollar/Euro Swaps, die als Sicherungsgeschäfte für Kapitalinvestitionen in US-Gesellschaften dienen. Der Anstieg des Ergebnisses aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in Sales & Trading (Equity) um 686 Mio € ist auf das volatile Marktumfeld zurückzuführen und hatte erhöhte Kundenhandelsaktivitäten mit signifikant höheren Erträgen aus Aktienderivategeschäften sowie ein verbessertes Ergebnis in Prime Finance zur Folge. Der Anstieg des Ergebnisses aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) um 154 Mio € ist auf höhere Erträge in Flow Credit, was eine Erholung der Kreditmärkte widerspiegelt, sowie in Rates, getrieben durch verstärkte Kundenaktivitäten, zurückzuführen. Dies wurde teilweise durch niedrigere Erträge im Geldmarktgescäft aufgrund sinkender Volatilität kompensiert. Die NCOU wies einen Rückgang der Verluste auf, getrieben durch niedrigere Volumina als Folge des Risikoabbaus sowie durch Schwankungen des Ergebnisses aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Nicht-Kerngeschäfts-Aktiva, insbesondere in den Kreditzinsspannen.

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Unsere Handels- und Risikomanagementaktivitäten umfassen wesentliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Finanzinstrumenten (beispielsweise Coupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelspositionen als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von unterschiedlichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten entweder unter Zinsen und ähnlichen Erträgen oder im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Um diese Entwicklung, bezogen auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns, besser analysieren zu können, untergliedern wir im Folgenden die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Unternehmensbereichen beziehungsweise innerhalb des Unternehmensbereichs CB&S nach Produkten.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2012	2011	2010	Veränderung 2012 gegenüber 2011		Veränderung 2011 gegenüber 2010	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Zinsüberschuss	15.891	17.445	15.583	- 1.554	- 9	1.862	12
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	5.599	3.058	3.354	2.541	83	- 296	- 9
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	21.490	20.503	18.937	987	5	1.566	8
Aufgliederung nach Konzernbereich/ Produkt: ¹							
Sales & Trading (Equity)	1.738	1.504	2.151	235	16	- 648	- 30
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	8.212	8.107	9.102	105	1	- 995	- 11
Sales & Trading insgesamt	9.951	9.611	11.253	340	4	- 1.642	- 15
Kreditgeschäft ²	337	353	171	- 16	- 5	182	106
Übrige Produkte ³	1.015	535	353	479	90	182	52
Corporate Banking & Securities	11.303	10.499	11.777	804	8	- 1.278	- 11
Global Transaction Banking	1.869	1.842	1.451	27	1	391	27
Asset & Wealth Management	1.451	991	1.179	460	46	- 188	- 16
Private & Business Clients	6.221	6.623	3.875	- 403	- 6	2.748	71
Non-Core Operations Unit	277	588	321	- 311	- 53	267	83
Consolidation & Adjustments	370	- 40	333	410	N/A	- 373	N/A
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	21.490	20.503	18.937	987	5	1.566	8

N/A – nicht aussagefähig

¹ Diese Aufgliederung reflektiert lediglich den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen. Die Erläuterung der Segmenterträge insgesamt nach Produkten erfolgt in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“.

² Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen im beizulegenden Zeitwert von Credit Default Swaps und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

³ Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie aus sonstigen Produkten.

Corporate Banking & Securities (CB&S). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus Sales & Trading stieg um 340 Mio € (4 %) auf 10,0 Mrd € in 2012 nach 9,6 Mrd € im Vorjahr. Der Anstieg in Sales & Trading (Equity) in 2012 ist hauptsächlich auf das Aktienderivategeschäft zurückzuführen, getrieben durch das volatile Marktumfeld. Einen weiteren Beitrag zum Anstieg in Sales & Trading (Equity) hat der Aktienhandel mit einem höheren Zinsüberschuss durch Marktanteilsgewinne samt höheren Volumina und trotz eines schwierigen Marktumfelds geleistet. In Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) waren die Haupttreiber für den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen höhere Erträge in Flow Credit, was ein verbessertes Kreditmarktumfeld widerspiegelt, sowie in Rates, getrie-

ben durch gestiegene Kundenaktivitäten. Dies wurde teilweise durch niedrigere Erträge im Geldmarktggeschäft aufgrund sinkender Volatilität kompensiert. Die Verbesserung des Ergebnisses in den übrigen aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Produkten in CB&S ist hauptsächlich auf methodische Änderungen bei der Berechnung der DVA für derivative Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Global Transaction Banking (GTB). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg um 27 Mio € (1 %) auf 1,9 Mrd € in 2012 gegenüber 2011. Der Zinsüberschuss ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, getrieben durch eine starke Performance mit höheren Volumina über alle Produkte und Regionen in GTB hinweg. Der Anstieg wurde kompensiert durch den Rückgang des Zinsüberschusses im Firmenkundengeschäft in den Niederlanden, der hauptsächlich durch das niedrige Zinsumfeld getrieben wurde.

Asset & Wealth Management (AWM). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg um 460 Mio € (46 %) auf 1,5 Mrd € in 2012 gegenüber 2011. Das Wachstum der Erträge aus dem Zinsüberschuss und dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ist hauptsächlich auf das positive Ergebnis in Abbey Life zurückzuführen, dem zinsunabhängige Aufwendungen gegenüberstehen.

Private & Business Clients (PBC). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen sank um 403 Mio € (6 %) auf 6,2 Mrd € in 2012 gegenüber 2011. Die Erträge aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen sind hauptsächlich durch die zuvor genannten niedrigeren Effekte aus der Kaufpreisallokation sowie durch niedrigere Zinserträge der Postbank zurückgegangen.

Non-Core Operations Unit (NCOU). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen sank um 311 Mio € (53 %) auf 277 Mio € in 2012 gegenüber 2011. Die Haupttreiber für den Rückgang der Erträge aus Zinsüberschuss und des Ergebnisses aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen waren niedrigere Volumina als Folge des Risikoabbaus über alle Produkte in der NCOU hinweg sowie der Rückgang der Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Aktiva, hauptsächlich verursacht durch Schwankungen der Kreditzinsspannen.

Consolidation & Adjustments (C&A). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich auf 370 Mio € in 2012, nach einem Verlust von 40 Mio € im Vorjahr. Der Anstieg aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen resultierte überwiegend aus Handelerträgen in US-Dollar/Euro Basisswap Geschäften, die zur Absicherung von Kapitalinvestitionen in US-Gesellschaften dienen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Jahr 2012 ging um 118 Mio € auf 1,7 Mrd € zurück. Darin nicht berücksichtigt sind Auflösungen von Risikovorsorgen in Höhe von 157 Mio € in 2012 und 402 Mio € in 2011, die die Postbank vor der Konsolidierung gebildet hat. Diese Auflösungen werden auf Konzernebene als Zinsertrag ausgewiesen. Bereinigt um diesen Rechnungslegungseffekt hätten im Jahr 2012 die Wertberichtigungen für Kreditausfälle 1,6 Mrd € betragen, was einem Anstieg um 126 Mio € gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Übrige zinsunabhängige Erträge

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2012	2011	2010	Veränderung 2012 gegenüber 2011		Veränderung 2011 gegenüber 2010	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Provisionsüberschuss ¹	11.510	11.544	10.669	-34	-0	875	8
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	301	123	201	178	145	-78	-39
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	159	-264	-2.004	423	N/A	1.740	-87
Sonstige Erträge	281	1.322	764	-1.041	-79	558	73
Übrige zinsunabhängige Erträge	12.251	12.725	9.630	-474	-4	3.095	32

N/A – nicht aussagefähig

¹ beinhaltet:

	2012	2011	2010	in € m.	in %	in € m.	in %
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften:							
Provisionsüberschuss aus Verwaltungstätigkeiten	453	491	491	-38	-8	-	-
Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung	2.733	2.760	2.833	-27	-1	-73	-3
Provisionsüberschuss aus sonstigen Wertpapiergeschäften	240	207	205	33	16	2	1
Insgesamt	3.425	3.458	3.529	-33	-1	-71	-2
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts							
Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäft	1.893	1.783	2.148	110	6	-365	-17
Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften	1.526	1.882	1.725	-356	-19	157	9
Insgesamt	3.418	3.665	3.873	-247	-7	-208	-5
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen ²	4.667	4.421	3.267	246	6	1.153	35
Provisionsüberschuss insgesamt	11.510	11.544	10.669	-34	-0	875	8

² Der Anstieg von 2010 auf 2011 war auf Provisionserträge zurückzuführen, die nicht aus dem Bankgeschäft der Postbank stammen.

Provisionsüberschuss. Im Geschäftsjahr 2012 lag der Provisionsüberschuss bei 11,5 Mrd €, ein leichter Rückgang von 34 Mio € gegenüber dem Vorjahr. Der Provisionsüberschuss aus dem Beratungsgeschäft wurde getrieben durch Global Finance sowie AWM Alternatives, was erhöhte Geschäftsaktivitäten widerspiegelt. Der Provisionsüberschuss aus dem Emissionsgeschäft ist auf einem vergleichbaren Niveau wie 2011 mit einem Anstieg in Rates und Credit Trading, getrieben durch höhere Emissionen von Unternehmensanleihen, und einem Rückgang der Provisionsüberschüsse im Aktienhandel. Der Provisionsüberschuss aus sonstigen Dienstleistungen ist leicht angestiegen, vorwiegend getrieben durch Trade Finance & Cash Management Corporates in GTB sowie Rates und Credit Trading in CB&S. Sowohl die Provisionsüberschüsse aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft als auch der Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen wurden kompensiert durch den Rückgang in den Provisionsüberschüssen aus Maklergeschäften, insbesondere in PBC Products, durch rückläufige Kundenaktivitäten, und in Global Equities.

Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten. Die Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten beliefen sich in 2012 auf 301 Mio € nach 123 Mio € in 2011. Das Ergebnis in 2012 beinhaltete einen Gewinn aus dem Verkauf unserer Beteiligung an EADS von 152 Mio € sowie einen Gewinn durch den Verkauf des strukturierten Kreditportfolios in der NCOU. Diesen positiven Faktoren standen Effekte aus bestimmten Abschreibungen und realisierten Verlusten aus Verkäufen im Rahmen von Risikoreduzierungen in der NCOU gegenüber. In 2011 ergaben sich Gewinne aus Verkäufen in Höhe von 485 Mio €. Eine weitere Ursache war ein einmaliger positiver Effekt von 263 Mio € aus der erstmaligen Bilanzierung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank nach der Equitymethode nach dem Erhalt der letzten aufsichtsrechtlichen Genehmigung zur Erhöhung unserer Beteiligung. Diese positiven Faktoren wurden durch Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen von insgesamt 527 Mio € teilweise aufgehoben.

Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen. Das Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen betrug im Berichtsjahr 159 Mio €, nach einem Verlust von 264 Mio € in 2011. Das Ergebnis in 2012 beinhaltete anteilige Gewinne von 311 Mio € im Zusammenhang mit unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank, teilweise ausgeglichen durch eine Abschreibung von 257 Mio € in Bezug auf die Actavis Group. Der Verlust im Jahr 2011 beinhaltete anteilige Gewinne von 154 Mio € im Zusammenhang mit unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank sowie eine Abschreibung von 457 Mio € in Bezug auf die Actavis Group.

Sonstige Erträge. Die Sonstigen Erträge beliefen sich in 2012 auf 281 Mio € nach 1,3 Mrd € in 2011. Die niedrigeren Sonstigen Erträge in 2012 gehen hauptsächlich auf signifikant negative Effekte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten zurück, die durch Erträge aus The Cosmopolitan of Las Vegas und Maher Terminals sowie Erträgen aus der Abwicklung einer vom Verkäufer des erworbenen Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden erhaltenen Kreditabsicherung ausgeglichen wurden. In 2011 beinhalteten die Sonstigen Erträge hauptsächlich die höheren positiven Effekte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivategeschäften sowie gestiegene Erträge aus The Cosmopolitan of Las Vegas.

Zinsunabhängige Aufwendungen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)				Veränderung 2012 gegenüber 2011		Veränderung 2011 gegenüber 2010	
	2012	2011	2010	in Mio €	in %	in Mio €	in %
Personalaufwand	13.526	13.135	12.671	391	3	464	4
Sachaufwand und sonstiger Aufwand ¹	15.016	12.657	10.133	2.359	19	2.524	25
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	414	207	485	207	100	-278	-57
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	1.886	–	29	1.886	N/A	-29	N/A
Restrukturierungsaufwand	394	–	–	394	N/A	–	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	31.236	25.999	23.318	5.237	20	2.681	11

N/A - nicht aussagefähig

¹ beinhaltet:

			in € m.	in %	in € m.	in %
EDV-Aufwendungen	2.547	2.194	2.274	353	16	-80
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.115	2.072	1.679	43	2	393
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	1.870	1.632	1.616	238	15	16
Kommunikation und Datenadministration	907	849	785	58	7	64
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	518	539	554	-21	-4	-15
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	609	504	418	105	21	86
Marketingaufwendungen	376	410	335	-34	-8	75
Konsolidierte Beteiligungen	760	652	390	108	17	262
Sonstige Aufwendungen	5.314	3.805	2.082	1.509	39	1.723
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	15.016	12.657	10.133	2.359	19	2.524

N/A – nicht aussagefähig

Personalaufwand. Der Personalaufwand stieg 2012 um 391 Mio € (3 %) im Vergleich zu 2011. Die Hälfte des Anstiegs des Personalaufwands ist auf den variablen Personalaufwand zurückzuführen, der hauptsächlich durch eine Reduktion der Deferral Rate von 61 % auf 47 %, die zu einer höheren Barkomponente der Bonusvergütung geführt hat, angestiegen ist. Aufgeschobene Vergütungskomponenten für Mitarbeiter, deren Ansprüche zum Zeitpunkt der Begebung aufgrund der für sie geltenden Planbedingungen unverfallbar waren, haben diesen Anstieg teilweise aufgehoben. Der andere wesentliche Treiber war der Anstieg von Gehaltsaufwendungen, die durch negative Wechselkursänderungen beeinflusst wurden.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand. Sachaufwand und sonstiger Aufwand stiegen um 2,4 Mrd € (19 %) von 12,7 Mrd € in 2011 auf 15,0 Mrd € in 2012. Wesentliche Treiber für den Anstieg waren neu Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten sowie Sonderposten, die Restrukturierungsaufwendungen im Zusammenhang mit dem niederländischen Firmenkundengeschäft beinhalteten. Beide Effekte wurden unter den Sonstigen Aufwendungen

gebucht. Weitere Treiber waren EDV- Aufwendungen inklusive Wertminderungen auf die Technikplattform NPP, höhere EDV- Wertminderungen und die neue Magellan Plattform in PBC. Die Aufwendungen für beratungs- und ähnliche Dienstleistungen sind im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten sowie einer Sonderbelastung durch die strategische Überprüfung von AWM gestiegen. Der Sachaufwand stieg auch aufgrund höherer operativer Kosten aus konsolidierten Beteiligungen, insbesondere aus The Cosmopolitan of Las Vegas und Maher Terminals.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft betragen in 2012 414 Mio €, ein Anstieg um 207 Mio € gegenüber dem Vorjahr. Diese haben sich ausschließlich auf die versicherungsbezogenen Aufwendungen im Abbey Life-Versicherungsgeschäft bezogen. Den Kosten standen Erträge aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen gegenüber.

Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte. In 2012 beliefen sich die Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und auf sonstige immaterielle Vermögensgegenstände auf 1,9 Mrd €. Diese beinhalteten Wertminderungen von 1,2 Mrd € in CB&S vor der Neu-Segmentierung. Weitere 421 Mio € Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert entfielen nach der Neu-Segmentierung auf die neu gegründete NCOU. Wertminderungen auf sonstige immaterielle Vermögensgegenstände beinhalteten 202 Mio € in AWM und 73 Mio € in GTB im Zusammenhang mit unserem Firmenkundengeschäft in den Niederlanden.

Restrukturierungsaufwand. Die Restrukturierungsaufwendungen betragen 394 Mio € in 2012. Die Restrukturierungsaufwendungen in 2012 haben zu reduzierten Gehaltsaufwendungen im vierten Quartal 2012 geführt.

Ertragsteueraufwand

In 2012 lag der Ertragsteueraufwand bei 493 Mio €, woraus sich eine effektive Steuerquote von 63 % ergab. In 2011 belief sich der Ertragsteueraufwand auf 1,1 Mrd €, der zu einer effektiven Steuerquote von 20 % führte. Die effektive Steuerquote für 2012 wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen, darunter erfasste Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts, beeinflusst. Die effektive Steuerquote für das Vorjahr hatte im Wesentlichen aus Änderungen bei dem Ansatz und der Bewertung latenter Steuern, einer vorteilhaften geografischen Verteilung des Konzernergebnisses und der teilweisen Steuerbefreiung des Gewinns im Zusammenhang mit der Hua Xia Bank resultiert.

Segmentergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse unserer Konzernbereiche dargestellt. Informationen zu den folgenden Sachverhalten sind in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten:

- Änderungen in unserer Organisationsstruktur,
- Auswirkungen wesentlicher Akquisitionen und Desinvestitionen auf die Segmentergebnisse,
- Änderungen des Formats der Segmentberichterstattung,
- Rahmenwerk unserer Managementberichtssysteme,
- Überleitungsposition zum Konzernabschluss und
- Definitionen der für die Geschäftsergebnisse unserer Segmente verwendeten Finanzzahlen.

Grundlage für die Segmentierung ist die am 31. Dezember 2012 gültige Konzernstruktur. Die Ergebnisse der Bereiche wurden auf Basis unserer Managementberichtssysteme ermittelt.

2012

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit	Management Reporting insgesamt	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt	15.648	4.006	4.466¹	9.541	1.058	34.719	- 978	33.741
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	121	168	18	781	634	1.721	0	1.721
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.637	3.169	4.288	7.221	3.305	30.619	617	31.236
davon/darin:								
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	–	–	414	–	–	414	–	414
Restrukturierungsaufwand	246	40	104	–	3	394	–	394
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	1.174	73	202	15	421	1.886	–	1.886
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	17	–	0	16	33	66	- 66	–
Ergebnis vor Steuern	2.874	669	160	1.524	- 2.914	2.313	- 1.529	784
Aufwand-Ertrag-Relation	81 %	79 %	96 %	76 %	N/A	88 %	N/A	93 %
Aktiva ²	1.475.090	77.378	68.408	282.603	97.265	2.000.744	11.585	2.012.329
Risikogewichtete Aktiva	124.939	27.093	12.451	72.695	80.295	317.472	16.133	333.605
Durchschnittliches Active Equity	18.236	3.012	5.888	11.865	10.189	49.191	5.929	55.120
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	16 %	22 %	3 %	13 %	- 29 %	5 %	- 26 %	1 %

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Beinhaltet Erträge aus Abbey Life in Höhe von 420 Mio €, die im Zusammenhang mit Aufwendungen im Versicherungsgeschäft stehen und von diesen aufgehoben werden.

² Seit 2012 sind die Aktiva der Segmente konsolidiert, das heißt, die Beträge beinhalten keine Aktiva zwischen den Segmenten. Vorherige Perioden wurden entsprechend angepasst.

2011

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit	Management Reporting insgesamt	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt	14.109	3.608	4.277¹	10.393	879	33.266	- 38	33.228
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	90	158	22	1.185	385	1.840	- 1	1.839
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.341	2.411	3.313	7.128	2.554	25.746	253	25.999
davon/darin:								
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	–	–	207	–	–	207	–	207
Restrukturierungsaufwand	–	–	–	–	–	–	–	–
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–	–	–	–	–	–	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	21	–	0	178	14	213	- 213	–
Ergebnis vor Steuern	3.657	1.039	942	1.902²	- 2.074	5.466	- 77	5.390
Aufwand-Ertrag-Relation	73 %	67 %	77 %	69 %	N/A	77 %	N/A	78 %
Aktiva ³	1.591.863	85.751	68.848	270.086	134.712	2.151.260	12.843	2.164.103
Risikogewichtete Aktiva	155.302	26.986	14.626	78.637	103.810	379.362	1.884	381.246
Durchschnittliches Active Equity	14.389	3.068	5.656	12.081	11.405	46.599	3.850	50.449
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	25 %	34 %	17 %	16 %	- 18 %	12 %	- 2 %	10 %

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Beinhaltet Erträge aus Abbey Life in Höhe von 178 Mio €, die im Zusammenhang mit Aufwendungen im Versicherungsgeschäft stehen und von diesen aufgehoben werden.

² Beinhaltet einen positiven Effekt von 236 Mio € im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank, die nach der Equitymethode bewertet wurde.

³ Seit 2012 sind die Aktiva der Segmente konsolidiert, das heißt, die Beträge beinhalten keine Aktiva zwischen den Segmenten. Vorherige Perioden wurden entsprechend angepasst.

2010

	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt	16.282	3.379 ¹	4.520 ²	6.048	- 1.285 ³	28.944	- 377	28.567
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	19	113	14	550	577	1.273	0	1.274
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.920	2.386	3.905	4.408	1.690	23.308	10	23.318
davon/darin:								
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-	486	-	-	486	-	486
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	29	-	-	-	29	-	29
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	21	-	-2	8	-4	24	-24	-
Ergebnis vor Steuern	5.321	880	603	1.082	- 3.548	4.339	- 363	3.975
Aufwand-Ertrag-Relation	67 %	71 %	86 %	73 %	N/A	81 %	N/A	82 %
Aktiva ⁴	1.314.556	67.621	66.334	276.878	168.397	1.893.785	11.844	1.905.630
Risikogewichtete Aktiva	139.216	26.996	15.051	87.031	75.228	343.522	2.683	346.204
Durchschnittliches Active Equity	13.320	2.416	5.277	3.174	9.318	33.505	7.848	41.353
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	40 %	36 %	11 %	34 %	- 38 %	13 %	- 5 %	10 %

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Beinhaltet einen Gewinn aus der Vereinnahmung von negativem Geschäfts- oder Firmenwert im Zusammenhang mit dem Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO in Höhe von 208 Mio € aus dem zweiten Quartal 2010.

² Beinhaltet Erträge aus Abbey Life in Höhe von 511 Mio €, die im Zusammenhang mit Aufwendungen im Versicherungsgeschäft stehen und von diesen aufgehoben werden.

³ Beinhaltet eine Belastung bezüglich der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG in Höhe von 2.338 Mio €.

⁴ Seit 2012 sind die Aktiva der Segmente konsolidiert, das heißt, die Beträge beinhalten keine Aktiva zwischen den Segmenten. Vorherige Perioden wurden entsprechend angepasst.

Unternehmensbereiche

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2012	2011	2010	Veränderung 2012 gegenüber 2011		Veränderung 2011 gegenüber 2010	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt:							
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	9.181	8.520	9.844	661	8	- 1.324	- 13
Sales & Trading (Equity)	2.288	2.235	2.875	53	2	- 640	- 22
Emissionsgeschäft (Debt)	1.417	1.056	1.200	361	34	- 144	- 12
Emissionsgeschäft (Equity)	518	559	706	- 41	- 7	- 147	- 21
Beratung	590	621	573	- 31	- 5	48	8
Kreditgeschäft	1.107	1.158	1.146	- 51	- 4	12	1
Sonstige Produkte	547	- 39	- 62	586	N/A	23	- 37
Summe Erträge insgesamt	15.648	14.109	16.282	1.539	11	- 2.173	- 13
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	121	90	19	31	34	71	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.637	10.341	10.920	2.296	22	- 579	- 5
davon/darin:							
Restrukturierungsaufwand	246	-	-	246	N/A	-	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	1.174	-	-	1.174	N/A	-	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	17	21	21	- 4	- 19	-	-
Ergebnis vor Steuern	2.874	3.657	5.321	- 783	- 21	- 1.664	- 31
Aufwand-Ertrag-Relation	81 %	73 %	67 %	-	8 Ppkt	-	6 Ppkt
Aktiva ¹	1.475.090	1.591.863	1.314.556	- 116.773	- 7	277.307	21
Risikogewichtete Aktiva	124.939	155.302	139.216	- 30.363	- 20	16.086	12
Durchschnittliches Active Equity ²	18.236	14.389	13.320	3.847	27	1.069	8
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	16 %	25 %	40 %	-	-9 Ppkt	-	-15 Ppkt

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche repräsentieren den jeweiligen Beitrag zum konsolidierten Konzern, das heißt, konzerninterne Aktiva sind nicht enthalten.

² Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

Im Jahr 2012 betrugen die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) 9,2 Mrd €, was einen Anstieg um 661 Mio € (8 %) trotz eines negativen Effekts von 186 Mio € im Zusammenhang mit kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments (CVAs)) im vierten Quartal 2012 widerspiegelt, der auf eine Verfeinerung der Bewertungsmethodik und die Reduzierung der Risikoaktiva zurückzuführen war. Die Erträge im Zinsgeschäft und kundenbezogenen Handel mit Kreditprodukten waren deutlich höher als im Vorjahr. Dies ist hauptsächlich auf höhere Erträge im kundenbezogenen Geschäft zurückzuführen, resultierend aus günstigeren Kreditmarktbedingungen, sowie auf gestiegene Erträge im Zinsgeschäft infolge einer starken Kundenaktivität, insbesondere in Europa. Die Erträge in Structured Finance lagen über dem Vergleichswert des Vorjahrs und reflektieren eine starke Kundennachfrage, insbesondere nach CMBS-Produkten. Im Gegensatz hierzu waren die Erträge im Devisengeschäft trotz gestiegener Volumina infolge reduzierter Margen niedriger. Im Geldmarktgescäft lagen die Erträge aufgrund geringerer Volatilität unter dem Vergleichswert des Vorjahrs. Die Erträge aus dem Handel mit Rohstoffen und verbrieften Wohnungsbaukrediten (RMBS) waren im Vergleich zum Jahr 2011 geringer. Im Anleihegeschäft in Schwellenländern blieben die Erträge gegenüber dem Vorjahr konstant.

Sales & Trading (Equity) erzielte im Jahr 2012 Erträge von 2,3 Mrd €. Das spiegelt einen leichten Anstieg zum Vorjahr wider. Im Aktienderivategeschäft war ein deutliches Ertragswachstum gegenüber dem Vorjahr, in dem sich die starke Marktvolatilität negativ auf die Ertragshöhe ausgewirkt hatte, zu verzeichnen. Die Erträge im Aktienhandel blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Rückgänge infolge schwierigerer Marktbedingungen wurden durch höhere Marktanteile kompensiert. In Prime Finance lagen die Erträge aufgrund geringerer Margen unter dem Vorjahreswert.

Die Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft stiegen im Vergleich zum Jahr 2011 um 289 Mio € auf 2,5 Mrd € an. Bezogen auf das Provisionsaufkommen in Corporate Finance belegte die Deutsche Bank weltweit Platz fünf und in Europa Platz eins. Die Erträge im Beratungsgeschäft waren niedriger als im Vorjahr. Die Deutsche Bank belegte weltweit Platz sechs und in Europa Platz zwei. Die Erträge aus dem Emissionsgeschäft (Debt) stiegen infolge einer Zunahme der Emission von Unternehmensanleihen, während die Erträge im Emissionsgeschäft (Equity) sanken, was auf einen branchenweiten Rückgang der Börsengänge im ersten Halbjahr 2012 zurückzuführen war. Die Deutsche Bank belegte im Emissionsgeschäft (Equity) weltweit Platz fünf und in Europa Platz zwei. (Alle Ranglistenpositionen gemäß Dealogic, sofern nicht anders angegeben.)

Im Jahr 2012 betrugen die Erträge aus sonstigen Produkten 547 Mio € im Vergleich zu negativen 39 Mio € im Jahr 2011. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus einem Effekt in Höhe von 516 Mio € infolge einer verfeinerten Bewertungsmethodik für Bewertungsanpassungen bei Schuldtiteln (DVA) im Zusammenhang mit bestimmten Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen betrugen 12,6 Mrd €, was im Vergleich zum Jahr 2011 mit 10,3 Mrd € einen wesentlichen Anstieg von 2,3 Mrd € bedeutet. Rund die Hälfte ist auf Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte zurückzuführen. Zudem beinhaltete der Anstieg 315 Mio € Umsetzungskosten im Zusammenhang mit unserem OpEx sowie nachteilige Wechselkursänderungen und höhere Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten. Diese Erhöhungen wurden durch den Wegfall einer Sonderbelastung von 310 Mio €, die im Vorjahr im Zusammenhang mit Umsatzsteueransprüchen in Deutschland erfasst worden war, und geringere Aufwendungen für leistungsunabhängige Vergütungen in Bezug auf die Umsetzung des vorgenannten OpEx teilweise ausgeglichen.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2012	2011	2010	Veränderung 2012 gegenüber 2011		Veränderung 2011 gegenüber 2010	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt:							
Transaction Services	4.006	3.608	3.163	398	11	445	14
Sonstige Produkte	-	-	216	-	N/A	-216	N/A
Summe Erträge insgesamt	4.006	3.608	3.379	398	11	229	7
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	168	158	113	10	7	45	40
Zinsunabhängige Aufwendungen davon/darin:	3.169	2.411	2.386	758	31	25	1
Restrukturierungsaufwand	40	-	-	40	N/A	-	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	73	-	29	73	N/A	-29	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-	-	-	-	N/A	-	N/A
Ergebnis vor Steuern	669	1.039	880	-370	-36	159	18
Aufwand-Ertrag-Relation	79 %	67 %	71 %	-	12 Ppkt	-	-4 Ppkt
Aktiva ¹	77.378	85.751	67.621	-8.373	-10	18.130	27
Risikogewichtete Aktiva	27.093	26.986	26.996	107	0	-10	-0
Durchschnittliches Active Equity ²	3.012	3.068	2.416	-56	-2	652	27
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basiert auf dem durchschnittlichen Active Equity)	22 %	34 %	36 %	-	-12 Ppkt	-	-3 Ppkt

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche repräsentieren den jeweiligen Beitrag zum konsolidierten Konzern, das heißt, konzerninterne Aktiva sind nicht enthalten.

² Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

Das Ergebnis von GTB beinhaltete einen Nettoaufwand in Höhe von 534 Mio € im vierten Quartal 2012, so dass die Vergleichbarkeit mit Ergebnissen aus vorangegangenen Jahren eingeschränkt ist. Dieser Nettoaufwand umfasste Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten sowie Maßnahmen zur Neuausrichtung des in den Niederlanden erworbenen Firmenkundengeschäfts, die die Abwicklung einer vom Verkäufer erhaltenen Kreditabschirmung, eine Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte und Rückstellungen für Restrukturierungsaufwendungen beinhalteten.

Die Erträge stiegen in 2012 um 398 Mio € (11 %) gegenüber 2011. Das Berichtsjahr enthielt eine Ausgleichszahlung im Zusammenhang mit der oben genannten Neuausrichtung in den Niederlanden. Die Verbesserung im operativen Geschäft war auf eine starke Ertragslage über Produkte und Regionen hinweg zurückzuführen. Diese basierte auf starken Geschäftsvolumina in einem anhaltend niedrigen Zinsumfeld. In Trade Finance wirkte sich eine starke Nachfrage nach internationalen Handels- und Finanzierungsprodukten positiv aus. Trust & Securities Services konnte weiterhin durch einen Anstieg der Provisionserträge, vor allem im Corporate Trust-Geschäft in den USA, wachsen. Cash Management profitierte vom anhaltenden „Flight to Quality“-Trend, der zu starken Transaktions- und höheren Einlagenvolumina sowie zu einer erhöhten Aktivität im Liquiditätsmanagement führte.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft nahm im Vergleich zu 2011 um 10 Mio € (7 %) zu. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf das erworbene Firmenkundengeschäft in den Niederlanden zurückzuführen und wurde zum Teil durch niedrigere Aufwendungen in Trade Finance ausgeglichen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen 2012 um 758 Mio € (31 %) über dem Vorjahr. Dieser Anstieg resultierte vor allem aus der oben genannten Neuausrichtung in den Niederlanden und aus Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten. Auch ohne Berücksichtigung dieser Sondereffekte lagen die Zinsunabhängigen Aufwendungen über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Dies spiegelt höhere Personalaufwendungen und die Ausweitung der Geschäftsaktivitäten wider. Dem stand im Vorjahr eine höhere Amortisierung einer vorab gezahlten Prämie für eine erhaltene Kreditabschirmung gegenüber.

Das Ergebnis vor Steuern lag um 370 Mio € (36 %) unter dem Vorjahreszeitraum. Dieser Rückgang war auf die oben genannten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung in den Niederlanden sowie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung dieses Nettoaufwands hätte das Ergebnis vor Steuern im Berichtszeitraum deutlich über dem Vergleichswert des Vorjahrs gelegen.

Unternehmensbereich Asset & Wealth Management

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2012	2011	2010	Veränderung 2012 gegenüber 2011		Veränderung 2011 gegenüber 2010	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt:							
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	2.108	2.104	2.178	4	0	-74	-3
Beratungs-/Brokeragegeschäft	807	789	830	18	2	-41	-5
Kreditgeschäft	411	393	378	18	5	15	4
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	236	158	142	78	49	16	11
Sonstige Produkte	904	833	993	71	9	-160	-16
Summe Erträge insgesamt	4.466	4.277	4.520	189	4	-243	-5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	18	22	14	-4	-20	8	57
Zinsunabhängige Aufwendungen davon/darin:	4.288	3.313	3.905	975	29	-592	-15
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	414	207	486	207	100	-279	-57
Restrukturierungsaufwand	104	-	-	104	N/A	-	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	202	-	-	202	N/A	-	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	-2	-	N/A	2	N/A
Ergebnis vor Steuern	160	942	603	-782	-83	339	56
Aufwand-Ertrag-Relation	96 %	77 %	86 %	-	19 Ppkt	-	-9 Ppkt
Aktiva ¹	68.408	68.848	66.334	-440	-1	2.514	4
Risikogewichtete Aktiva	12.451	14.626	15.051	-2.175	-15	-425	-3
Durchschnittliches Active Equity ²	5.888	5.656	5.277	232	4	379	7
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	3 %	17 %	11 %	-	-14 Ppkt	-	5 Ppkt
Invested Assets (in Mrd €) ³	944	912	936	32	3	-24	-3
Nettommittelzuflüsse (in Mrd €)	-22	-7	-2	-15	N/A	-5	N/A

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche repräsentieren den jeweiligen Beitrag zum konsolidierten Konzern, das heißt, konzerninterne Aktiva sind nicht enthalten.

² Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

³ Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessewahrend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Im Vergleich zu 4,3 Mrd € in 2011 stiegen die Erträge um 189 Mio € (4 %) leicht an. Der Ertragsanstieg in 2012 gegenüber dem Vorjahr beinhaltet 207 Mio € aus Marktwertschwankungen bei Investments, die Leistungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life decken und in den Zinsunabhängigen Aufwendungen kompensiert werden. Dieser Effekt wurde teilweise ausgeglichen durch 46 Mio € in RREEF infolge des Wegfalls von in 2011 verbuchten Veräußerungsgewinnen aus Investments, 51 Mio € aufgrund der geringeren Nachfrage nach Hedgefondsprodukten und 37 Mio € bedingt durch geringere Managementgebühren. Im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr erhöhten sich die Erträge deutlich. Diese Zunahme resultierte aus zahlreichen gezielten Initiativen für Produkte der längerfristigen Refinanzierung. Die Erträge aus dem Beratungs-/Brokeragegeschäft und die Erträge aus dem Kreditgeschäft stiegen in beiden Fällen im Bereich Wealth Management und sind auf ein anhaltendes Geschäftswachstum sowie eine Zunahme des verwalteten Vermögens zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen nahmen im Vergleich zu 2011 um 975 Mio € (29 %) zu. Hauptursachen waren der oben genannte Effekt im Zusammenhang mit Abbey Life, Wertminderungen von 202 Mio € bei Scudder, IT-bezogene Wertminderungen von 90 Mio €, Umsetzungskosten von 104 Mio € im Zusammenhang mit OpEx, Kosten der strategischen Überprüfung des Geschäftsbereichs sowie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten.

Das verwaltete Vermögen in AWM belief sich zum 31. Dezember 2012 auf 944 Mrd € und lag damit um 32 Mrd € über dem Wert zum Jahresende 2011. Das verwaltete Vermögen stieg hauptsächlich aufgrund positiver Marktwertentwicklungen von 55 Mrd € und durch Übertragung von 7 Mrd € von der Postbank, denen teilweise Mittelabflüsse von 22 Mrd € und Währungseffekte von 7 Mrd € entgegenstanden. Im Bereich Wealth Management konnten Mittelzuflüsse von 15 Mrd € verzeichnet werden, denen Mittelabflüsse in Asset Management gegenüberstanden. Diese waren insbesondere auf das institutionelle Geschäft zurückzuführen, das von der strategischen Überprüfung beeinflusst wurde.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2012	2011	2010	Veränderung 2012 gegenüber 2011		Veränderung 2011 gegenüber 2010	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt:							
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	213	251	313	-38	-15	-62	-20
Beratungs-/Brokeragegeschäft	860	914	887	-54	-6	27	3
Kreditgeschäft	2.149	2.099	2.117	50	2	-18	-1
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	2.064	2.085	1.962	-21	-1	123	6
Sonstige Produkte	4.255	5.044	769	-789	-16	4.275	N/A
Summe Erträge insgesamt	9.541	10.393	6.048	-852	-8	4.345	72
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	781	1.185	550	-404	-34	635	115
Zinsunabhängige Aufwendungen	7.221	7.128	4.408	93	1	2.720	62
davon/darin:							
Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte	15	-	-	15	N/A	-	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	16	178	8	-162	-91	170	N/A
Ergebnis vor Steuern	1.524	1.902	1.082	-378	-20	820	76
Aufwand-Ertrag-Relation	76 %	69 %	73 %	-	7 Ppkt	-	-4 Ppkt
Aktiva ¹	282.603	270.086	276.878	12.517	5	-6.792	-2
Risikogewichtete Aktiva	72.695	78.637	87.031	-5.942	-8	-8.394	-10
Durchschnittliches Active Equity ²	11.865	12.081	3.174	-216	-2	8.907	N/A
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	13 %	16 %	34 %	-	-3 Ppkt	-	-18 Ppkt
Invested Assets (in Mrd €) ³	293	296	297	-3	-1	-1	-0
Nettommittelzu-/abflüsse (in Mrd €)	-10	8	2	-18	N/A	6	N/A
Aufgliederung von PBC nach Geschäftsbereich							
Advisory Banking Germany:							
Erträge insgesamt	3.847	3.873	4.062	-26	-1	-189	-5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	173	268	357	-95	-36	-89	-25
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.204	3.031	3.038	173	6	-7	-0
Ergebnis vor Steuern	470	574	666	-104	-18	-92	-14
Advisory Banking International:							
Erträge insgesamt	1.971	1.996	1.526	-25	-1	470	31
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	211	176	177	35	20	-1	-1
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.217	1.195	1.104	22	2	91	8
Ergebnis vor Steuern	543	626	245	-83	-13	381	156
Consumer Banking Germany:							
Erträge insgesamt	3.723	4.523	460	-800	-18	4.063	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	397	742	16	-345	-47	726	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	2.800	2.902	266	-102	-4	2.636	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	15	178	7	-163	-91	171	N/A
Ergebnis vor Steuern	511	702	171	-191	-27	531	N/A

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche repräsentieren den jeweiligen Beitrag zum konsolidierten Konzern, das heißt, konzerninterne Aktiva sind nicht enthalten.

² Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

³ Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessewährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Die Erträge gingen gegenüber 2011 um 852 Mio € (8 %) zurück. Dies war hauptsächlich auf den Wegfall eines einmaligen positiven Effekts von 263 Mio € aus der Bilanzierung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank in 2011 und einen negativen Effekt aus der Kaufpreisallokation in Bezug auf die Postbank innerhalb von Consumer Banking Germany zurückzuführen. Der verbleibende Rückgang der Erträge aus sonstigen Produkten war zudem auf ein niedriges Zinsumfeld sowie auf geringere Erträge aus Wertpapieranlagen infolge des geplanten und beschleunigten Abbaus von Risikopositionen zurückzuführen. Die Erträge aus dem Beratungs-/Brokeragegeschäft verringerten sich um 54 Mio € (6 %) und aus dem Diskretionären Portfolio Management/Fund Management um 38 Mio € (15 %). Beide Rückgänge waren hauptsächlich in Advisory Banking Germany und resultierten aus einer geringen Kundenaktivität. Im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr sanken die Erträge aufgrund niedrigerer Margen leicht um 21 Mio € (1 %). Die Erträge im Kreditgeschäft stiegen um 50 Mio € (2 %), hauptsächlich im Advisory Banking International, bedingt durch höhere Margen und Volumina.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft sank auf 781 Mio € gegenüber 1.185 Mio € im Vorjahr, was in erster Linie auf Consumer Banking Germany zurückzuführen war. Darin sind Postbank-bezogene Auflösungen von vor der Konsolidierung gebildeter Risikovorsorge nicht berücksichtigt. Diese Auflösungen werden als Zinsertrag ausgewiesen. Die Risikovorsorge außerhalb von Consumer Banking Germany sank ebenso, hauptsächlich aufgrund einer verbesserten Portfolioqualität in Advisory Banking Germany.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen gegenüber 2011 um 93 Mio € (1 %), hauptsächlich aufgrund höherer Umsetzungskosten in Höhe von 133 Mio € im Zusammenhang mit der Postbank-Integration sowie OpEx.

Die Invested Assets sanken vor allem aufgrund von Nettomittelabflüssen von 10 Mrd €, insbesondere im Einlagengeschäft. Dem stand ein Anstieg von 7 Mrd € infolge positiver Marktwertentwicklungen teilweise gegenüber.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2012	2011	2010	Veränderung 2012 gegenüber 2011		Veränderung 2011 gegenüber 2010	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt	1.058	879	-1.285	179	20	2.164	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	634	385	577	249	65	-192	-33
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.305	2.554	1.690	751	29	864	51
darin:							
Restrukturierungsaufwand	3	-	-	3	N/A	-	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	421	-	-	421	N/A	-	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	33	14	-4	19	136	18	N/A
Ergebnis vor Steuern	-2.914	-2.074	-3.548	-840	40	1.474	-42
Aktiva ¹	97.265	134.712	168.397	-37.447	-28	-33.685	-20
Risikogewichtete Aktiva	80.295	103.810	75.228	-23.515	-23	28.582	38
Durchschnittliches Active Equity ²	10.189	11.405	9.318	-1.216	-11	2.087	22

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche repräsentieren den jeweiligen Beitrag zum konsolidierten Konzern, das heißt, konzerninterne Aktiva sind nicht enthalten.

² Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

Die Erträge stiegen im Vergleich zu 2011 um 179 Mio € (20 %). Die Erträge in der NCOU sind von der Art und zeitlichen Verteilung von Einmaleffekten geprägt. Hierzu gehörten in 2012 negative Effekte aus der Überarbeitung der CVA-Methodik in Höhe von 203 Mio €, Kosten für Hypothekenrückkäufe in Höhe von 233 Mio € sowie Verluste aus der Veräußerung kapitalintensiver Verbriefungspositionen und verschiedene Wertminderungen. Die Erträge 2011 beinhalteten Abschreibungen auf Actavis in Höhe von 457 Mio € sowie Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft nahm im Vergleich zu 2011 um 249 Mio € (65 %) zu. Verantwortlich waren dafür im Wesentlichen höhere Rückstellungen für das gemäß IAS 39 umgewidmete Portfolio.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sind im Vergleich zu 2011 um 751 Mio € (29 %) angestiegen. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf Einmaleffekte, wie Kosten für Rechtsstreitigkeiten und Abwicklungen, sowie Wertminderungen zurückzuführen. Während die Zinsunabhängigen Aufwendungen in 2012 eine Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 421 Mio € beinhalteten, waren diese in 2011 durch eine Wertminderung auf Immobilien von 135 Mio €, 97 Mio € im Zusammenhang mit der BHF-BANK sowie zusätzliche Abwicklungskosten beeinflusst.

Consolidation & Adjustments

Erläuterungen zu C&A im Rahmen unserer Segmentberichterstattung sind in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

Geschäftsergebnisse (2011 versus 2010)

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss belief sich 2011 auf 17,4 Mrd € und stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Mrd € (12 %). Diese Erhöhung war im Wesentlichen auf die Konsolidierung der Postbank zurückzuführen und führte ebenfalls zu einem Anstieg der verzinslichen Aktiva beziehungsweise Passiva im Jahresdurchschnitt. Ohne Berücksichtigung der Postbank hätten die höheren Refinanzierungskosten infolge gestiegener Zinsspannen sowie der gesunkene Zinsüberschuss aus Handelsaktiva und -passiva in CB&S zu einem Rückgang des Zinsüberschusses durch eine geringere Zinsmarge geführt.

Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen

Der Rückgang des Ergebnisses aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen um 296 Mio € war hauptsächlich auf Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) zurückzuführen. Ursächlich für diesen Rückgang waren vor allem deutlich niedrigere Erträge im kundenbezogenen Handel mit Kreditprodukten infolge schwächerer Kreditmärkte und branchenweit gesunkener Kundenvolumina. Die geringeren Verluste in der NCOU resultierten aus rückläufigen Verlusten im Handelsgeschäft. Der Rückgang des Ergebnisses aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in anderen Produktkategorien resultierte vorwiegend aus dem Wegfall von Marktwertverlusten aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten neu begebenen Krediten und Kreditzusagen, die 2010 erfasst worden waren. Ein weiterer wesentlicher Grund für den Rückgang waren höhere Verluste im Zusammenhang mit Abbey Life, die 2011 in AWM ausgewiesen worden waren.

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Corporate Banking & Securities (CB&S). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in Sales & Trading belief sich 2011 auf 9,6 Mrd €, verglichen mit 11,3 Mrd € im Vorjahr. In Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) war der Rückgang vor allem auf signifikant niedrigere Erträge im kundenbezogenen Handel mit Kreditprodukten infolge schwächerer Kreditmärkte und branchenweit gesunkener Kundenvolumina zurückzuführen. In Sales & Trading (Equity) trugen insbesondere der Kassahandel, der analog zu den sich 2011 verschlechternden Aktienmärkten zurückging, sowie das in einem schwierigen Marktumfeld und bei gesunkener Kundenaktivität geringere Aktienderivategeschäft zu dem Rückgang bei. Der Anstieg um 182 Mio € bei den sonstigen Produkten war auf diverse Faktoren zurückzuführen einschließlich positiver Effekte aus Derivategeschäften, die nicht die Anforderungen an eine Bilanzierung als Absicherungsgeschäft erfüllen.

Global Transaction Banking (GTB). Im Vergleich zu 2010 war die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen um 391 Mio € gestiegen. Diese Zunahme ist hauptsächlich auf Transaction Services sowie in geringerem Maße auf Effekte aus dem Erwerb des von ABN AMRO erworbenen Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden zurückzuführen.

Asset & Wealth Management (AWM). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2011 auf 1,0 Mrd €, was einem Rückgang um 188 Mio € (16 %) im Vergleich zu 2010 entspricht. Dieser war vollständig dem Indexfonds-(ETF)-Geschäft, das 2012 von CB&S auf AWM transferiert wurde, und der Übertragung des Workout-Kreditportfolios von Sal. Oppenheim auf die NCOU zuzurechnen.

Private & Business Clients (PBC). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg gegenüber 2010 um 2,7 Mrd € (71 %) auf 6,6 Mrd € in 2011. Diese Zunahme war überwiegend auf die Konsolidierung der Postbank zurückzuführen. Daneben führten höhere Einlagenvolumina zu einem gestiegenen Zinsüberschuss im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr, der teilweise durch einen niedrigeren Zinsüberschuss im Kreditgeschäft aufgehoben wurde. Infolge der Übertragung des strukturierten Kreditportfolios der Postbank sowie von zur Abwicklung vorgesehenen Aktiva und Passiva auf die NCOU fiel der Anstieg geringer aus.

Non-Core Operations Unit (NCOU). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg von 321 Mio € in 2010 um 267 Mio € auf 588 Mio € in 2011. Diese Zunahme ist in erster Linie auf Effekte aus dem Transfer unserer Beteiligung an Actavis von CB&S auf den ehemaligen Konzernbereich CI Anfang 2011 zurückzuführen.

Consolidation & Adjustments (C&A). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2011 auf negative 40 Mio € im Vergleich zu 333 Mio € in 2010. Der Rückgang resultierte insbesondere aus Positionen, die in der Managementberichterstattung zum beizulegenden Zeitwert und gemäß IFRS zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden. Diese Positionen wurden teilweise durch einen höheren Zinsüberschuss im Zusammenhang mit nicht bereichsbezogenen Aktiva und Passiva (einschließlich Steuern) ausgeglichen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich 2011 auf 1,8 Mrd €, verglichen mit 1,3 Mrd € im Vorjahr. Zu diesem Anstieg trug im Wesentlichen die Postbank mit 761 Mio € bei. Darin sind Auflösungen von Risikovorsorge in Höhe von 402 Mio €, die vor der Konsolidierung der Postbank gebildet wurden, nicht berücksichtigt. Diese Auflösungen werden auf Konzernebene als Zinsüberschuss ausgewiesen. Ohne Berücksichtigung der Postbank wäre die Risikovorsorge, hauptsächlich aufgrund eines verbesserten Ergebnisses in den Kreditportfolios von Advisory Banking Germany und Advisory Banking International im Unternehmensbereich PBC, um 139 Mio € geringer ausgefallen.

Übrige Zinsunabhängige Erträge

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss lag im Geschäftsjahr 2011 mit 11,5 Mrd € um 875 Mio € (8 %) über dem Vorjahreswert. Diese Entwicklung war in erster Linie auf die Konsolidierung der Postbank zurückzuführen, die signifikant zum Anstieg des Provisionsüberschusses für sonstige Dienstleistungen um 1,2 Mrd € (35 %) und zur Zunahme der Provisionen aus dem Brokeragegeschäft um 157 Mio € (9 %) beitrug. Der Provisionsüberschuss aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft ging um 365 Mio € (17 %) und hauptsächlich in CB&S zurück. Ursächlich hierfür war eine rückläufige Anzahl an Transaktionen infolge herausfordernder Marktbedingungen.

Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten. Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten belief sich 2011 auf 123 Mio €, nach 201 Mio € im Vorjahr. Im Berichtsjahr ergaben sich Gewinne aus Verkäufen in Höhe von ungefähr 485 Mio €. Darüber hinaus führte die

erstmalige Bilanzierung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank nach der Equitymethode, die nach dem Erhalt der letzten aufsichtsrechtlichen Genehmigung zur Erhöhung unserer Beteiligung erfolgt war, zu einem positiven Einmaleffekt von 263 Mio €. Diesen Faktoren standen Wertminderungen auf griechische Staatsanleihen von insgesamt 527 Mio € gegenüber.

Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen. Der Verlust aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen betrug im Berichtsjahr 264 Mio €, nach einem Verlust von 2,0 Mrd € in 2010. Der Verlust im Jahr 2011 war unter anderem auf eine Wertminderung von 457 Mio € im Zusammenhang mit unserer Beteiligung an Actavis zurückzuführen, die teilweise durch anteilige Gewinne aus unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank kompensiert wurde.

Sonstige Erträge. Die Sonstigen Erträge beliefen sich 2011 auf 1,3 Mrd €, nach 764 Mio € im Jahr 2010. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf höhere positive Effekte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten, gestiegene Erträge aus The Cosmopolitan of Las Vegas, das die Geschäftstätigkeit im Dezember 2010 aufgenommen hatte, sowie die Konsolidierung der Postbank zurückzuführen. 2010 beinhaltete das Ergebnis auch einen Ertrag aus negativem Geschäfts- oder Firmenwert im Zusammenhang mit dem von ABN AMRO erworbenen Firmenkundengeschäft in den Niederlanden sowie eine Wertminderung auf die Immobilie The Cosmopolitan of Las Vegas.

Zinsunabhängige Aufwendungen

Personalaufwand. Der Anstieg des Personalaufwands um 464 Mio € (4 %) im Gesamtjahr 2011 beinhaltete 1,4 Mrd € im Zusammenhang mit unseren Akquisitionen. Er wurde teilweise durch deutlich geringere Aufwendungen für leistungsabhängige Vergütungen sowie durch niedrigere Abfindungszahlungen ausgeglichen.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand. Der Sachaufwand und sonstige Aufwand stiegen gegenüber 2010 um 2,5 Mrd €. Von diesem Anstieg entfielen 1,4 Mrd € auf unsere Akquisitionen. Zudem trugen höhere Belastungen in CB&S zu der Erhöhung bei. Dabei handelt es sich um eine Belastung von 655 Mio €, vorwiegend im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten, sowie eine Sonderbelastung von 310 Mio € aus nicht geltend gemachten Umsatzsteueransprüchen in Deutschland. Ein weiterer Grund für den Anstieg des Sachaufwands und sonstigen Aufwands waren höhere operative Kosten aus konsolidierten Beteiligungen, insbesondere aus The Cosmopolitan of Las Vegas, für das zudem eine Wertminderung auf die Immobilie in Höhe von 135 Mio € berücksichtigt wurde. Darüber hinaus wurden im Sachaufwand zum ersten Mal Bankenabgaben von insgesamt 247 Mio € erfasst, die vornehmlich in Deutschland und Großbritannien anfielen. Dieser Anstieg wurde durch Einsparungen im Zusammenhang mit dem Programm zur Komplexitätsreduktion und der zunehmenden Integration von Corporate & Investment Banking (CIB) einschließlich der im Vergleich zum Vorjahr geringeren IT-Aufwendungen teilweise ausgeglichen.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft beliefen sich 2011 auf 207 Mio €. Der Rückgang um 278 Mio € gegenüber dem Vorjahr stand vor allem im Zusammenhang mit unserem Abbey Life-Versicherungsgeschäft. Diesen versicherungsbezogenen Aufwendungen stehen Erträge aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen gegenüber.

Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte. 2011 gab es keine Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte.

Ertragsteueraufwand

2011 lag der Ertragsteueraufwand bei 1,1 Mrd €, woraus sich eine effektive Steuerquote von 20 % ergab. 2010 belief er sich auf 1,6 Mrd € mit einer effektiven Steuerquote von 41 %. Diese Entwicklung resultierte aus Änderungen bei dem Ansatz und der Bewertung latenter Steuern, einer vorteilhaften geografischen Verteilung des Konzernergebnisses und der teilweisen Steuerbefreiung des Gewinns im Zusammenhang mit der Hua Xia Bank.

Segmentergebnisse (2011 versus 2010)

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) sanken aufgrund erheblich zurückgegangener Erträge in Rates und Credit Flow Trading und insbesondere im kundenbezogenen Handel mit Kreditprodukten. Dies resultierte aus schwächeren Kreditmärkten, den branchenweit gesunkenen Kundenvolumina und der reduzierten Liquidität, vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2011. Die Erträge im Zinsgeschäft sanken aufgrund geringerer Volumina im kundenbezogenen Geschäft infolge von Unsicherheiten an den Märkten. In Structured Finance waren die Erträge solide und entsprachen denen im Vorjahr, was die Nachfrage nach Restrukturierungsmöglichkeiten widerspiegelte. Die Erträge im Anleihegeschäft mit Schwellenländern waren gegenüber 2010 niedriger, vor allem aufgrund gesunkenen Volumina im kundenbezogenen Geschäft infolge von Unsicherheiten an den Märkten. Die Erträge aus verbrieften Wohnungsbaukrediten (RMBS) waren dank der erfolgreichen Neuausrichtung des Geschäfts wesentlich höher als im Vorjahr. Im Geldmarktggeschäft stiegen die Erträge aufgrund einer starken Kundenaktivität und volatiler Märkte. Im Devisengeschäft wurden sehr solide Erträge erwirtschaftet, wobei Ertragsrückgänge infolge geringerer Margen durch höhere Erträge im Zusammenhang mit Kundenvolumina auf Rekordhöhe ausgeglichen werden konnten. Im Rohstoffhandel wurden trotz eines schwierigen Geschäftsumfelds im Gesamtjahr Rekorderträge erzielt, was auf erfolgreiche strategische Investitionen zurückzuführen war.

In Sales & Trading (Equity) gingen die Erträge aufgrund schwierigerer Geschäftsbedingungen mit einer höheren Volatilität und rückläufigen Märkten zurück, die sich belastend auf die Stimmung und Geschäftstätigkeit der Kunden, insbesondere in Europa, auf das ein hoher Anteil unseres Geschäfts entfällt, auswirkten. Die Erträge im Cash Trading waren niedriger als im Vorjahr. Ursache hierfür waren die Verwerfungen an den Aktienmärkten 2011 und eine geringere Kundenaktivität in Europa. Im Bereich Equity Derivatives gingen die Erträge infolge eines schwierigeren Marktumfelds und gesunkener Kundenaktivität zurück, obwohl in den USA Rekorderträge erzielt wurden. Im Bereich Prime Finance waren die Erträge aufgrund einer niedrigeren Fremdkapitalaufnahme bei Kunden geringer, was jedoch durch unsere starke Marktposition teilweise kompensiert werden konnte.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken vor allem aufgrund niedrigerer Vergütungsaufwendungen sowie Einsparungen aufgrund von Effizienzverbesserungen, die durch höhere Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten und eine Sonderbelastung von 310 Mio € aus Umsatzsteueransprüchen in Deutschland teilweise kompensiert wurden.

Das Ergebnis vor Steuern verringerte sich infolge der vorgenannten Ertragseffekte, die durch geringere Zinsunabhängige Aufwendungen teilweise ausgeglichen wurden.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

Die Erträge stiegen aufgrund von Rekordergebnissen in allen Produktbereichen, verbunden mit einer Steigerung der Provisions- und Zinserträge. 2010 war von einem Einmalertrag von 216 Mio € im Zusammenhang mit der Vereinnahmung eines negativen Geschäfts- oder Firmenwerts aus der Akquisition des Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden positiv beeinflusst. Der Bereich Trust & Securities Services konnte die besseren Marktbedingungen im Bereich Wertpapierverwahrung und im Geschäft mit Hinterlegungszertifikaten auf Aktien nutzen. Trade Finance profitierte weiterhin von der hohen Nachfrage nach internationalen Handelsprodukten und -finanzierungen. Im Cash Management stiegen die Erträge aufgrund höherer Provisionseinnahmen aus größeren Zahlungsvolumina und einer Zunahme der Nettozinserträge, die vor allem aus dem gegenüber 2010 leicht verbesserten Zinsniveau in Asien und der Eurozone resultierten.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft nahm vor allem aufgrund des Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden zu.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen nur leicht. Hauptursache für die Zunahme war die vorgenannte Akquisition im zweiten Quartal 2010, in deren Folge höhere Kosten für die Amortisierung einer Prämie für eine Kreditabschirmung sowie gestiegene versicherungsbezogene Aufwendungen entstanden. Diese Positionen wurden teilweise durch den Wegfall signifikanter Abfindungszahlungen ausgeglichen, die infolge spezifischer Maßnahmen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung von Infrastrukturbereichen und Vertriebseinheiten in 2010 angefallen waren. Das Vorjahr beinhaltete zudem eine Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte.

Unternehmensbereich Asset & Wealth Management

Der Ertragsrückgang spiegelte vor allem Effekte von 279 Mio € aus Marktwertveränderungen bei Investments wider, die Leistungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life decken. Diese werden in den Erträgen aus sonstigen Produkten ausgewiesen und in den Zinsunabhängigen Aufwendungen kompensiert. Die Erträge aus sonstigen Produkten sanken insgesamt, wobei der vorgenannte Effekt teilweise durch 72 Mio € in alternativen Anlagen und 46 Mio € in Sal. Oppenheim ausgeglichen wurde. Die Erträge aus dem Diskretionären Portfolio Management/Fund Management reduzierten sich aufgrund geringerer volumen- und erfolgsabhängiger Provisionseinnahmen infolge ungünstiger Marktbedingungen besonders in der zweiten Jahreshälfte 2011. Die gesunkenen Erträge aus dem Beratungs-/Brokeragegeschäft waren ebenfalls auf das schwierige Marktumfeld zurückzuführen. Im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr hingegen stiegen die Erträge. Grund dafür waren vor allem höhere Einlagenvolumina infolge gezielter Produktinitiativen. Des Weiteren wurde in allen Wealth Management-Einheiten bei den Erträgen aus dem Kreditgeschäft ein Zuwachs verzeichnet, dem teilweise Rückgänge bei Sal. Oppenheim gegenüberstanden.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken hauptsächlich aufgrund des oben genannten Effekts im Zusammenhang mit Abbey Life sowie 144 Mio € in Sal. Oppenheim. Letztere resultierten aus der erfolgreichen Integration in die Deutsche Bank und geringeren Aufwendungen, die durch Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz der Plattform ermöglicht wurden.

Die Invested Assets gingen um 26 Mrd € aufgrund negativer Marktwertentwicklungen und um 7 Mrd € aufgrund von Mittelabflüssen zurück. Dem stand eine Zunahme von 9 Mrd € aus Währungseffekten gegenüber.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

Die Erträge stiegen in erster Linie aufgrund der Konsolidierung der Postbank (seit 3. Dezember 2010), die 4,5 Mrd € in 2011 und 460 Mio € in 2010, ausgewiesen in den Erträgen aus sonstigen Produkten, beisteuerte. In PBC wurden die Erträge aus sonstigen Produkten zudem durch Wertminderungen von 62 Mio € auf griechische Staatsanleihen in Advisory Banking Germany beeinflusst. Darin war auch ein einmaliger positiver Effekt von 263 Mio € aus der Bilanzierung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank nach der Equitymethode enthalten, nachdem alleaufsichtsrechtlichen Genehmigungen zur Erhöhung dieser Beteiligung vorlagen. Die Erträge aus dem Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr stiegen im Wesentlichen wegen höherer Einlagenvolumina in Advisory Banking Germany. Im Beratungs-/Brokeragegeschäft wurden die Erträge verbessert, während die Erträge im Diskretionären Portfolio Management/Fund Management, hauptsächlich in Advisory Banking Germany, aufgrund des schwierigen Marktumfelds sanken. Im Kreditgeschäft sanken die Erträge, wobei Rückgang aufgrund niedrigerer Margen durch Anstiege infolge höherer Volumina in Advisory Banking Germany und Advisory Banking International teilweise ausgeglichen wurden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich auf 1,2 Mrd €, wovon 742 Mio € auf die Postbank entfielen. Darin sind Auflösungen von vor der Konsolidierung bei der Postbank gebildeter Risikovorsorge in Höhe von 402 Mio € nicht berücksichtigt. Diese Auflösungen werden als Zinsüberschuss ausgewiesen. Ohne Berücksichtigung der Postbank lag die Risikovorsorge im Kreditgeschäft bei 444 Mio € und damit um 91 Mio € unter dem Vorjahreswert. Dieser Rückgang war auf Advisory Banking Germany zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen in erster Linie in Consumer Banking Germany und reflektieren die Konsolidierung der Postbank. Ohne Berücksichtigung des durch Consumer Banking Germany verursachten Anstiegs erhöhten sich die Zinsunabhängigen Aufwendungen um 84 Mio €, insbesondere infolge höherer Umsetzungskosten im Zusammenhang mit der Postbank-Integration.

Die Ergebnisverbesserung war hauptsächlich auf Consumer Banking Germany und Advisory Banking International zurückzuführen.

Die Invested Assets beliefen sich auf 296 Mrd € und waren gegenüber 2010 um 1 Mrd € niedriger. Dabei wurden Marktwertschwankungen von 9 Mrd € durch Nettomittelzuflüsse von 8 Mrd €, insbesondere im Einlagengeschäft, teilweise ausgeglichen.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit

Die Erträge stiegen im Vergleich zum Vorjahr hauptsächlich im Zusammenhang mit unseren Beteiligungen an Actavis, BHF-BANK, Maher Terminals und The Cosmopolitan of Las Vegas. Diese wurden durch Wertminderungen in Höhe von 457 Mio € in Bezug auf Actavis sowie Wertminderungen auf griechische Staatsanleihen reduziert. Die Erträge in 2010 waren hauptsächlich durch eine einmalige Belastung von 2,3 Mrd € im Zusammenhang mit der Postbank beeinflusst.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ging aufgrund einer verbesserten Portfolioqualität im Konsumentenkreditgeschäft und geringerer Rückstellungen für das gemäß IAS 39 umgewidmete Portfolio zurück.

Die Erhöhung der Zinsunabhängigen Aufwendungen war im Wesentlichen beeinflusst durch die Inbetriebnahme von The Cosmopolitan of Las Vegas Ende 2010 sowie den nicht zum Kerngeschäft gehörenden Bereich der Postbank, die im Dezember 2010 konsolidiert wurde. Ebenso dazu beigetragen haben eine spezifische Wertminderung für die Immobilie The Cosmopolitan of Las Vegas und Kosten für Rechtsstreitigkeiten und Abwicklung.

Der Verlust vor Steuern war niedriger und im Wesentlichen auf die oben genannten Erträge im Zusammenhang mit der Postbank zurückzuführen.

Consolidation & Adjustments

Erläuterungen zu C&A im Rahmen unserer Segmentberichterstattung sind in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

Vermögenslage

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung 2012 gegenüber 2011	
			in Mio €	in %
Barreserve	27.885	15.928	11.957	75
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	119.548	162.000	-42.452	-26
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	60.517	57.110	3.407	6
Handelsaktiva	245.538	240.924	4.614	2
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	768.316	859.582	-91.266	-11
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	187.027	180.293	6.734	4
davon: Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	124.987	117.284	7.703	7
davon: Forderungen aus Wertpapierleihen	28.304	27.261	1.043	4
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	397.279	412.514	-15.235	-4
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	97.295	122.810	-25.515	-21
Übrige Aktiva	108.924	112.942	-4.018	-4
Summe der Aktiva	2.012.329	2.164.103	-151.774	-7
Einlagen	577.202	601.730	-24.528	-4
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	39.253	43.400	-4.147	-10
Handelsspassiva	54.914	63.886	-8.972	-14
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	752.706	838.817	-86.111	-10
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	109.166	118.318	-9.152	-8
davon: Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	82.267	93.606	-11.339	-12
davon: Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	8.443	3.697	4.746	128
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	69.060	65.356	3.704	6
Langfristige Verbindlichkeiten	158.097	163.416	-5.319	-3
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	128.010	139.733	-11.723	-8
Übrige Passiva	69.511	74.787	-5.276	-7
Summe der Verbindlichkeiten	1.957.919	2.109.443	-151.524	-7
Eigenkapital einschließlich Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	54.410	54.660	-250	-0

Entwicklung der Aktiva

Der Rückgang von 152 Mrd € gegenüber dem Wert zum 31. Dezember 2011 resultierte weitgehend aus einer Abnahme der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 91 Mrd €, hauptsächlich bedingt durch veränderte Zinsstrukturkurven, niedrigere Risikoaufschläge, Fälligkeit von Kontrakten sowie der Aufwertung des Euro gegenüber bedeutenden Währungen.

Der Anstieg um 12 Mrd € in der Barreserve und der Rückgang um 42 Mrd € bei verzinslichen Einlagen bei Kreditinstituten spiegeln unsere Liquiditätssteuerungsaktivitäten während des Jahres wider einschließlich der Reduzierung unserer diskretionären Wholesale-Refinanzierung.

Die Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung sanken gegenüber dem 31. Dezember 2011 um 26 Mrd €, bedingt durch außerordentlich niedrige Handelsumsätze über das Jahresende 2012 hinweg.

Unser Kreditbuch verzeichnete einen Rückgang um 15 Mrd € im Jahresverlauf 2012, hauptsächlich aus dem gesteuerten Abbau von Positionen in unserer NCOU.

Wechselkursveränderungen (bereits in den oben erwähnten Zahlen enthalten), insbesondere des US-Dollar und des japanischen Yen gegenüber dem Euro, trugen 25 Mrd € zum Rückgang unserer Bilanzsumme im Jahresverlauf 2012 bei.

Entwicklung der Verbindlichkeiten

Die Summe der Verbindlichkeiten sank im Berichtszeitraum um 152 Mrd €, hauptsächlich getrieben durch einen Rückgang um 86 Mrd € bei negativen Marktwerten derivativer Finanzinstrumente, im Wesentlichen aufgrund der gleichen Faktoren, die auch zum Rückgang der positiven Marktwerte derivativer Finanzinstrumente geführt haben, wie vorangehend beschrieben.

Die Einlagen sanken um 25 Mrd €, weitgehend bedingt durch (i) eine Vereinheitlichung des Ausweises von erhaltenen Sicherheitsleistungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen innerhalb des Konzerns, die zu einer Umklassifizierung in Höhe von 17 Mrd € von Einlagen nach Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung zum Jahresende 2012 geführt hat, und (ii) eine Reduzierung unserer diskretionären Wholesale-Refinanzierung, die teilweise durch einen Anstieg im Einlagengeschäft mit Privatkunden und im Transaction Banking ausgeglichen wurde.

Der Rückgang um 12 Mrd € bei Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung spiegelt die außergewöhnlich niedrigen Handelsumsätze über das Jahresende 2012 hinweg wider, welcher zum Teil durch die oben erwähnte Umklassifizierung aus Einlagen kompensiert wurde.

Eigenkapital

Das Eigenkapital hat sich zwischen dem 31. Dezember 2011 und dem 31. Dezember 2012 insgesamt um 250 Mio € vermindert. Diese Entwicklung resultierte in erster Linie aus Anteilen ohne beherrschenden Einfluss, die um 863 Mio € zurückgingen, der Dividendenzahlung an Aktionäre der Deutschen Bank in Höhe von 689 Mio € und versicherungsmathematischen Gewinnen/Verlusten, die sich um 452 Mio € verminderten. Diese negativen Effekte wurden im Wesentlichen durch einen Rückgang Eigener Aktien um 763 Mio €, die vom Eigenkapital abgezogen werden, einen Anstieg des kumulierten sonstigen Ergebnisses (Other comprehensive income) um 688 Mio € und das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Konzernergebnis in Höhe von 237 Mio € ausgeglichen. Der Anstieg des kumulierten sonstigen Ergebnisses (Other comprehensive income) war hauptsächlich auf unrealisierte Gewinne (per saldo) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten von 1,1 Mrd € zurückzuführen, denen negative Effekte aus Wechselkursänderungen in Höhe von 423 Mio € (vor allem US-Dollar) gegenüberstanden. Die unrealisierten Gewinne (per saldo) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten resultierten hauptsächlich aus gestiegenen Marktpreisen von festverzinslichen Wertpapieren europäischer Emittenten. Der Rückgang der Anteile ohne beherrschenden Einfluss war überwiegend durch die Ausübung der Verkaufsoption auf Postbank-Aktien durch die Deutsche Post im Februar 2012 und den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der Postbank im zweiten Quartal 2012 bedingt.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Unser aufsichtsrechtliches Eigenkapital per 31. Dezember 2012 wird weiterhin nach Basel 2.5 ermittelt, entsprechend den in der Solvabilitätsverordnung und dem Kreditwesengesetz eingearbeiteten geänderten Kapitalanforderungen nach Maßgabe der Capital Requirements Directive 3. Unser gemäß Basel 2.5 ausgewiesenes aufsichtsrechtliches Kapital insgesamt (Tier-1- und Tier-2-Kapital) betrug 57,0 Mrd € zum Jahresende 2012 gegenüber 55,2 Mrd € am Jahresende 2011. Das Tier-1-Kapital stieg zum Jahresende 2012 auf 50,5 Mrd € gegenüber 49,0 Mrd € zum Jahresende 2011. Das Tier-1-Kernkapital (vormals bezeichnet als Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente) erhöhte sich auf 38,0 Mrd € im Vergleich zu 36,3 Mrd € zum Jahresende 2011. Bei beiden Kapitalkomponenten reflektierte der Anstieg im Wesentlichen geringere Kapitalabzugsposten.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

Am 31. Dezember 2012 beliefen sich die Buchwerte umgewidmeter Vermögenswerte auf 17,0 Mrd € (31. Dezember 2011: 22,9 Mrd €). Der beizulegende Zeitwert dieser Vermögenswerte betrug 15,4 Mrd € per 31. Dezember 2012 (31. Dezember 2011: 20,2 Mrd €). Diese Vermögenswerte werden vom Unternehmensbereich NCOU gehalten.

Für zusätzliche Informationen zu diesen Vermögenswerten und den Auswirkungen ihrer Umwidmung wird auf Anhangangabe 14 „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten““ verwiesen.

Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern

Die Verwerfungen am US-amerikanischen Subprime-Hypothekenmarkt und an mit diesem verbundenen Märkten haben bei Anbietern von Finanzgarantien wie Monolineversicherern zu hohen Risikopositionen geführt, wenn sie den Wert eines Pools von Sicherheiten, auf denforderungsbesicherte Schuldverschreibungen oder andere gehandelte Wertpapiere referenzieren, versichert oder garantiert haben. Ansprüche gegenüber Monolineversicherern werden nur dann fällig, wenn der Bank Verluste dadurch entstehen, dass Aktiva (oder Kreditsicherheiten) ausfallen. Es besteht weiterhin eine gewisse Verunsicherung darüber, ob manche Monolineversicherer ihre Verpflichtungen gegenüber Banken und anderen Käufern von Absicherungen erfüllen können. Unter bestimmten Umständen, beispielsweise bei der Liquidation, können wir Forderungen unabhängig von tatsächlichen Verlusten aus den abgesicherten Aktiva vorzeitig geltend machen.

Die folgenden Tabellen fassen unser Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern, bezogen auf Aktivitäten in US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten und anderen Aktivitäten, zusammen. Die gezeigten Beträge basieren auf den aktuellen Marktwerten der Vermögenspositionen, denen die von Monolineversicherern garantierten Nominalwerte gegenübergestellt werden. Die sonstigen Risikopositionen, die in der zweiten Tabelle beschrieben sind, resultieren aus verschiedenen kunden- und handelsbezogenen Aktivitäten und umfassen Collateralized Loan Obligations, gewerbliche verbriezte Hypothekenkredite, hybride Kapitalinstrumente, Studentenkredite und Schuldtitel des öffentlichen oder kommunalen Sektors. Die Tabellen zeigen die zugehörigen kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen, die wir für diese Positionen vorgenommen haben. Für Risikopositionen mit Monolineversicherern mit aktiv gehandelten Kreditausfallversicherungen („Credit Default Swaps“, CDS) werden die kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen mithilfe eines Bewertungsmodells auf Basis der CDS berechnet. Die Bewertungsanpassungen für Risikopositionen mit Monolineversicherern ohne aktiv gehandelte CDS werden anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern ermittelt einschließlich durch den Markt definierter Ausfallwahrscheinlichkeiten, der Wahrscheinlichkeit eines Kreditereignisses (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz. Die Monoline Methode für Bewertungsanpassungen für Risikopositionen wird vierteljährlich vom Management überprüft. Im zweiten Quartal 2011 wurde die Nutzung von Marktpannen zur Ermittlung der kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen intensiviert.

Die Zuordnung zu den unten genannten Bonitätseinstufungen basiert jeweils auf der niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufung von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen.

Risikoposition gegenüber Monolineversicherern,
bezogen auf US-amerikanische
Wohnungsbaukredite

in Mio €	31.12.2012				31.12.2011			
	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Beizu- legender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Beizu- legender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen
AA Monolines:								
Sonstige Subprime	112	47	-11	36	124	65	-20	45
Alt-A	3.011	1.181	-191	990	3.662	1.608	-353	1.255
AA Monolines insgesamt	3.123	1.228	-202	1.026	3.786	1.673	-373	1.300

Sonstige Risikoposition gegenüber Monolineversicherern		31.12.2012				31.12.2011			
in Mio €	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen	Bewertungsanpassungen	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen	Bewertungsanpassungen	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen	
AA Monolines:									
TPS-CLO	2.441	575	- 101	474	2.721	786	- 201	585	
CMBS	1.092	2	-	2	1.113	26	- 3	23	
Corporate Single Name/Corporate CDO	-	-	-	-	-	-	-	-	
Studentenkredite	297	29	- 3	26	303	56	- 13	43	
Sonstige	882	274	- 127	147	922	305	- 111	194	
AA Monolines insgesamt	4.712	880	- 231	649	5.059	1.173	- 328	845	
Nicht-Investment-Grade Monolines:									
TPS-CLO	455	147	- 40	107	547	199	- 89	110	
CMBS	3.377	92	- 28	64	3.539	211	- 42	169	
Corporate Single Name/Corporate CDO	12	-	-	-	2.062	2	-	2	
Studentenkredite	1.284	534	- 170	364	1.325	587	- 189	398	
Sonstige	1.084	185	- 66	119	1.076	213	- 89	124	
Nicht-Investment-Grade Monolines insgesamt	6.212	958	- 304	654	8.549	1.212	- 409	803	
Insgesamt	10.924	1.838	- 535	1.303	13.608	2.385	- 737	1.648	

Die Tabellen berücksichtigen nicht das Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus sogenannten „Wrapped Bonds“. Dies sind Schuldverschreibungen, die von Dritten versichert oder garantiert werden. Solche Risikopositionen beliefen sich, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite, zum Ende des Berichtsjahres auf 11 Mio € (2011: 52 Mio €). Die Risikopositionen von „Wrapped Bonds“, die sich nicht auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite beziehen, betrugen 40 Mio € (2011: 46 Mio €). In jedem Fall stellen die Werte eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch CDS mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.

Zum 31. Dezember 2012 betragen die Bewertungsanpassungen auf Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern insgesamt 737 Mio € (2011: 1.109 Mio €).

Zweckgesellschaften und außerbilanzielle Geschäfte

Zur Durchführung unserer Geschäftsaktivitäten nutzen wir unter anderem sogenannte Zweckgesellschaften, die einem bestimmten Geschäftszweck dienen. Zweckgesellschaften ermöglichen in erster Linie den Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögenswerten und Risiken und stellen ihnen durch die Verbriefung von Vermögenswerten Marktliquidität bereit. Zweckgesellschaften können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden.

Zweckgesellschaften, die wir gegründet oder gesponsert haben beziehungsweise mit denen wir eine Vertragsbeziehung unterhalten, sind unter bestimmten Umständen zu konsolidieren. Wir konsolidieren eine Zweckgesellschaft, wenn wir ihre Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen können. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn wir direkt oder indirekt über mehr als die Hälfte der Stimmrechte verfügen. Wenn die Geschäftsaktivitäten sehr eng umrissen sind oder es nicht eindeutig ist, wer die Finanz- und Geschäftspolitik der betreffenden Zweckgesellschaft bestimmt, berücksichtigen wir eine Reihe weiterer Faktoren, um festzulegen, ob uns die Mehrheit der verbundenen Risiken und Chancen zuzurechnen ist. Wir überprüfen unsere Konsolidierungsent-

scheidung für Zweckgesellschaften, wenn sich die Vereinbarungen mit der Zweckgesellschaft ändern oder sich die Geschäftsbeziehung zwischen uns und einer Zweckgesellschaft substanziell verändert. Für weitere Informationen zu unseren Rechnungslegungsgrundsätzen bezüglich der Konsolidierung von Zweckgesellschaften sowie der Überprüfung getroffener Konsolidierungsentscheidungen siehe Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ unseres Konzernabschlusses.

In einigen wenigen Fällen konsolidieren wir bestimmte Zweckgesellschaften für Zwecke sowohl des Handelsrechts als auch des deutschen Aufsichtsrechts. In allen anderen Fällen unterlegen wir sämtliche Transaktionen und Risikopositionen aus Zweckgesellschaften wie Derivategeschäfte, Kreditzusagen oder Garantien mit regulatorischem Eigenkapital.

Die folgenden Abschnitte zeigen Details zu den Vermögenswerten (nach Konsolidierungsbuchungen) der von uns konsolidierten Zweckgesellschaften sowie die maximal verbleibenden zu finanzierenden Risikopositionen gegenüber bestimmten nicht konsolidierten Zweckgesellschaften.

Vermögenswerte von konsolidierten Zweckgesellschaften

31.12.2012

in Mio €	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Art des Vermögenswerts	
					Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	–	79	8.433	12	16	8.540
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen	1.889	344	1.100	4	70	3.407
Von Dritten gesponserte Verbriefungen	485	–	469	13	132	1.099
Repackaging und Investmentprodukte	4.287	1.038	84	348	257	6.014
Investmentfonds	4.115	–	–	493	8	4.616
Strukturierte Transaktionen	357	104	1.151	44	182	1.838
Operative Einheiten	2.638	4.070	3.023	55	3.239	13.025
Sonstige	215	333	499	31	343	1.421
Insgesamt	13.986	5.968	14.759	1.000	4.247	39.960

¹ Der beizulegende Zeitwert der Derivatepositionen beträgt 218 Mio €.

31.12.2011

in Mio €	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Art des Vermögenswerts	
					Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	–	39	10.998	1	33	11.071
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen	2.044	191	1.169	3	48	3.455
Von Dritten gesponserte Verbriefungen	–	–	493	14	156	663
Repackaging und Investmentprodukte	5.032	971	207	606	409	7.225
Investmentfonds	3.973	–	–	1.934	566	6.473
Strukturierte Transaktionen	2.425	43	3.748	22	334	6.572
Operative Einheiten	2.116	3.879	3.228	102	3.439	12.764
Sonstige	114	239	329	84	548	1.314
Insgesamt	15.704	5.362	20.172	2.766	5.533	49.537

¹ Der beizulegende Zeitwert der Derivatepositionen beträgt 580 Mio €.

Vom Konzern gesponserte Asset Backed Commercial Paper („ABCP“) Conduits

Der Konzern arrangiert, sponsert und verwaltet Asset Backed Commercial Paper-Programme („ABCP“). Diese Programme gewähren unseren Kunden Zugang zu Liquidität am Commercial-Paper-Markt und schaffen neue Investmentprodukte für unsere Kunden. Als Verwalter von Commercial-Paper-Programmen unterstützen wir den Kauf von nicht vom Deutsche Bank-Konzern gewährten Krediten sowie von Wertpapieren und sonstigen Forderungen durch ein Commercial Paper Conduit („Conduit“), das anschließend zur Finanzierung dieses

Kaufs kurzfristige Commercial Paper hoher Bonität am Markt verkauft. Diese sind durch die zugrunde liegenden Vermögenswerte besichert. Um eine hohe Bonitätseinstufung („Investment-Grade Rating“) für die Commercial Paper aufrechtzuerhalten, benötigen die Conduits ausreichende Sicherheiten, Kreditverbesserungen („Credit Enhancements“) und Liquiditätsfazilitäten. Wir stellen diesen Conduits Liquidität bereit und sind deshalb Schwankungen des Buchwerts der Vermögenswerte der Conduits ausgesetzt. Wir konsolidieren die Mehrzahl der von uns gesponserten Conduitprogramme, da wir über einen beherrschenden Einfluss verfügen.

Unsere Liquiditätszusagen gegenüber den Conduits entsprechen dem Gesamtvolumen der in 2012 begebenen Commercial Paper von 9,3 Mrd €, von denen wir zum 31. Dezember 2012 393 Mio € hielten. Das Gesamtvolumen der in 2011 begebenen Commercial Paper betrug 11,6 Mrd €, von dem wir zum 31. Dezember 2011 2,5 Mrd € hielten.

Zu den als Sicherheiten dienenden, in den Conduits enthaltenen Vermögenswerten gehören verbrieftete Kredite und Wertpapiere, darunter Flugzeugleasing, Studentenkredite, hybride Kapitalinstrumente sowie verbrieftete private und gewerbliche Immobilienkredite. Der Rückgang der in den Conduits enthaltenen Sicherheiten ist durch Rückzahlungen einiger Transaktionen und durch den Verkauf von Krediten an andere zum Konzern gehörende Gesellschaften begründet.

Vom Konzern gesponserte Verbriefungen

Wir sponsnen Zweckgesellschaften, für die wir Vermögenswerte generieren oder kaufen. Bei diesen Vermögenswerten handelt es sich überwiegend um private und gewerbliche Immobilienkredite sowie deren Verbriefungen. Die Zweckgesellschaften finanzieren solche Käufe durch die Begebung verschiedener Tranchen von Wertpapieren, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Zweckgesellschaft geknüpft ist. In den Fällen, in denen wir einen nachrangigen Anspruch an den verbrieften Vermögenswerten behalten, wird anhand der relevanten Faktoren geprüft, ob ein beherrschender Einfluss vorliegt. Ist das der Fall, sind die Zweckgesellschaften zu konsolidieren. Der beizulegende Zeitwert der von uns bei diesen Verbriefungen zurückbehaltenen Risikopositionen belief sich am 31. Dezember 2012 auf 3,4 Mrd € (2011: 3,1 Mrd €).

Von Dritten gesponserte Verbriefungen

In Verbindung mit unseren Handelsaktivitäten und Emissionsgeschäften erwerben wir von konzernfremden Verbriefungsgesellschaften begebene Wertpapiere. Diese Gesellschaften investieren die Mittel in diversifizierte Pools von gewerblichen und privaten Immobilienkrediten sowie deren Verbriefungen. Die Gesellschaften finanzieren solche Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Wertpapieren, deren Rückzahlung an die Wertentwicklung der von ihnen gehaltenen Vermögenswerte gebunden ist. In den Fällen, in denen wir einen nachrangigen Anspruch an den verbrieften Vermögenswerten haben, ist zu prüfen, ob ein beherrschender Einfluss vorliegt. Liegt dieser vor, sind die Zweckgesellschaften zu konsolidieren. Der Anstieg im Anlagevermögen dieser Zweckgesellschaften beruht hauptsächlich auf der Konsolidierung bestimmter Collateralized Mortgage Obligations in dieser Periode. Der beizulegende Zeitwert der von uns zurückbehaltenen Risikopositionen bei diesen Verbriefungen belief sich am 31. Dezember 2012 auf 1,0 Mrd € (2011: 0,6 Mrd €).

Repackaging und Investmentprodukte

Das Repackaging ist konzeptionell mit der Verbriefung vergleichbar. Der Hauptunterschied besteht darin, dass die zugrunde liegenden Produkte keine unverbrieften finanziellen Vermögenswerte, sondern Wertpapiere und Derivate sind, die in anderer Form neu zusammengesetzt werden, um bestimmte Anlegerbedürfnisse zu erfüllen. Wir konsolidieren diese Zweckgesellschaften, wenn uns die Mehrheit der mit ihnen verbundenen Risiken und Chancen zuzurechnen ist. Die mit den Zweckgesellschaften verbundenen Risiken und Chancen können Preisänderungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte aufgrund von Aktienpreis-, Kredit-, Zinsänderungs- und anderen Risiken beinhalten sowie die Volatilität, die aus diesen Risiken resultiert. Unsere Konsolidierungsentscheidung berücksichtigt die Risikoposition, die sowohl die Deutsche Bank als auch der oder die Investoren durch Derivate und andere Instrumente gegenüber der Zweckgesellschaft haben. Die Investmentprodukte ermöglichen dem Kunden die Beteiligung an einem bestimmten Portfolio von Vermögenswerten und Risiken durch den Erwerb unserer strukturierten Anleihen. Wir sichern diese Risikopositionen durch den Er-

werb von Beteiligungen in Zweckgesellschaften ab, die dem in der Anleihe festgelegten Ergebnis entsprechen. Der Rückgang der Vermögenswerte in Höhe von 1,2 Mrd € ist hauptsächlich bedingt durch die Rückzahlung bestimmter Fazilitäten im Geschäftsjahr. Zusätzlich zu den in der Tabelle gezeigten Vermögenswerten in konsolidierten Repackaging-Gesellschaften betragen die Vermögenswerte in nicht konsolidierten Zweckgesellschaften für Repackaging zum 31. Dezember 2012 33 Mrd € (2011: 35 Mrd €).

Investmentfonds

Wir bieten Kunden Investmentfonds und investmentfondsbezogene Produkte an, deren Rendite an die Performance der in den Fonds gehaltenen Vermögenswerte geknüpft ist. Wir geben Garantien für ausgewählte Fonds, in deren Rahmen wir den Anlegern zu bestimmten Zeitpunkten ein bestimmtes Nettofondsvermögen garantieren. Unser Risiko als Garantiegeber besteht darin, dass wir die Anleger entschädigen müssen, falls die Marktwerte dieser Produkte an den Garantiestichtagen unter dem garantierten Niveau liegen. Für die Vermögensverwaltung dieser Produkte erhalten wir Management- und teilweise erfolgsabhängige Gebühren. Wir sind zur Unterstützung solcher Fonds nicht vertraglich verpflichtet und haben 2012 auch keine solche Unterstützung geleistet. Im Geschäftsjahr 2012 sanken die Vermögenswerte in den konsolidierten Investmentfonds um 1,9 Mrd €. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf den Abfluss von Kundengeldern zurückzuführen.

Strukturierte Transaktionen

Wir beteiligen uns an ausgewählten Transaktionen, die Kunden Finanzierungsmöglichkeiten zu günstigen Konditionen bieten. Die Finanzierung erfolgt vorwiegend auf besicherter Basis. Die strukturierten Transaktionen sind speziell auf die Bedürfnisse unserer Kunden zugeschnitten. Wir konsolidieren die Zweckgesellschaften, wenn wir einen beherrschenden Einfluss besitzen oder über Residualansprüche und/oder eine Liquiditätsfazilität die Mehrheit der Risiken und Chancen tragen. Die Bilanzstruktur der von uns konsolidierten Zweckgesellschaften wird zum einen durch das Eingehen neuer Transaktionen beeinflusst. Zum anderen wirken sich Endfälligkeit, Restrukturierungen und die vorzeitige Abwicklung infolge der Ausübung von Optionen auf die bestehenden Transaktionen aus. Die Vermögenswerte reduzierten sich 2012 um 4,7 Mrd € aufgrund der Abwicklung verschiedener Transaktionen.

Operative Einheiten

In einigen für uns vorteilhaften Fällen gründen wir Zweckgesellschaften, um über sie einen Teil unseres operativen Geschäfts durchzuführen. Zu den damit verbundenen Aktivitäten, bei denen sich unser Engagement auf unsere Investition in die Zweckgesellschaft beschränkt, gehören das Halten von Beteiligungen und die Begebung von Credit Default Swaps. Wir konsolidieren diese Einheiten, wenn wir einen beherrschenden Einfluss besitzen oder die Mehrheit der Risiken und Chancen an der Zweckgesellschaft halten.

Risikopositionen mit nicht konsolidierten Zweckgesellschaften

Wir konsolidieren nicht alle Zweckgesellschaften, mit denen wir in Geschäftsbeziehung stehen, jedoch können uns Risikopositionen mit nicht konsolidierten Zweckgesellschaften durch bestimmte Vereinbarungen entstehen. Diese Vereinbarungen beinhalten Provisionen für das Sponsoring für Commercial Paper Conduits, Finanzierungsunterstützung für Conduits Dritter, Liquiditätsfazilitäten, Wertpapierpensionsgeschäfte, Kreditzusagen und Garantien. Diese Vereinbarungen werden nachstehend detaillierter dargestellt.

in Mrd €	31.12.2012	31.12.2011
Maximal verbleibende zu finanzierte Risikopositionen		
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	0,8	1,2
ABCP-Conduits Dritter	1,8	1,9
Von Dritten gesponserte Verbriefungen		
US-amerikanische	1,4	1,6
Nicht US-amerikanische	1,9	1,4
Garantierte Investmentfonds ¹	9,5	9,8
Immobilienleasingfonds	0,7	0,7

¹ Nominalbetrag der Garantien.

Vom Konzern gesponserte Asset Backed Commercial Paper („ABCP“) Conduits

Wir sponsieren und verwalten vier in Australien gegründete ABCP-Conduits, die nicht konsolidiert werden, da wir nicht die Mehrheit der Risiken und Chancen halten. Solche Conduits ermöglichen unseren Kunden den Zugang zu Liquidität im Commercial-Paper-Markt in Australien. Die Aktiva der Conduits, die sich zum 31. Dezember 2012 auf insgesamt 0,6 Mrd € (2011: 1,0 Mrd €) beliefen, bestehen aus Wertpapieren, die durch Hypotheken auf Wohnimmobilien außerhalb der USA unterlegt sind und die von Warehouse Zweckgesellschaften begeben werden, welche die Kunden gegründet haben, um den Erwerb dieser Vermögenswerte durch die Conduits zu unterstützen. Diese Wertpapiere verfügen über eine Bonitätseinstufung von mindestens AA-. Das zur Erreichung der Bonitätseinstufung erforderliche Credit Enhancement wird in der Regel über eine Hypothekenversicherung erreicht, die ein Drittversicherer gegenüber den Zweckgesellschaften übernimmt.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der in den Conduits gehaltenen Vermögenswerte beträgt fünf Jahre. Die durchschnittliche Laufzeit der Commercial Paper, die durch außerbilanziell erfasste Conduits emittiert werden, beträgt einen Monat bis drei Monate.

Unser Engagement bei diesen Gesellschaften ist auf die zugesagten Liquiditätsfazilitäten beschränkt, die sich zum 31. Dezember 2012 auf insgesamt 0,8 Mrd € (2011: 1,2 Mrd €) beliefen. Keine dieser Fazilitäten wurde in Anspruch genommen. Der Rückgang der Liquiditätsfazilitäten ist auf Fälligkeiten und die Reduzierung bestimmter Fazilitäten im Geschäftsjahr zurückzuführen. Da die Inanspruchnahme von Liquiditätsfazilitäten durch die in den Conduits gehaltenen Vermögenswerte besichert ist, ist eine in Anspruch genommene Fazilität den Wertschwankungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte ausgesetzt. Sollten die Vermögenswerte deutlich im Wert zurückgehen, könnten nicht mehr genügend Mittel zur Rückzahlung der ausgezahlten Gelder zur Verfügung stehen. Zum 31. Dezember 2012 hatten wir keine materiellen Bestände an Commercial Paper oder an Wertpapieren, die durch solche Conduits begeben wurden.

ABCP-Conduits Dritter

Neben dem Sponsoring unserer Commercial-Paper-Programme unterstützen wir Dritte bei der Auflegung und dem fortlaufenden Risikomanagement ihrer Commercial-Paper-Programme. Wir konsolidieren keine ABCP-Conduits Dritter, da wir bei diesen nicht über einen beherrschenden Einfluss verfügen.

Unsere Leistungen für Conduits Dritter dienen vorwiegend Finanzierungszwecken und bestehen in der Nutzung von Liquiditätsfazilitäten und Wertpapierpensionsgeschäften, die für den Fall von Störungen am Commercial-Paper-Markt bereitgestellt werden. Die Liquiditätsfazilitäten und zugesagten Wertpapierpensionsgeschäfte werden außerbilanziell erfasst. Dies gilt nicht, wenn eine eventuelle Zahlung wahrscheinlich sowie deren Höhe abschätzbar ist, sodass eine Verbindlichkeit bilanziert werden muss. Zum 31. Dezember 2012 belief sich der Nominalwert der von uns zugesagten und gegenwärtig nicht in Anspruch genommenen Fazilitäten auf 1,8 Mrd € (2011: 1,9 Mrd €). Die Fazilitäten sind durch die Vermögenswerte der Zweckgesellschaften besichert. Die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der entsprechenden Vermögenswerte beeinflusst die Rückzahlung des in Anspruch genommenen Betrags.

Von Dritten gesponserte Verbriefungen

Bei von Dritten gesponserten Verbriefungsgesellschaften, für die wir und in einigen Fällen auch Dritte Finanzierungsmittel bereitstellen, handelt es sich um von Dritten verwaltete Investmentgesellschaften, die diversifizierte Pools von Vermögenswerten kaufen, darunter festverzinsliche Wertpapiere, Firmenkredite, Asset Backed Securities (vorwiegend verbriefte gewerbliche und private Immobilienkredite und Forderungen aus Kreditkartengeschäften) sowie Forderungen aus Filmrechten. Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, deren Rückzahlung an die Wertentwicklung der Vermögenswerte der Zweckgesellschaften geknüpft ist.

Der Nominalbetrag der von uns bereitgestellten Liquiditätsfazilitäten einschließlich des nicht in Anspruch genommenen Anteils belief sich zum 31. Dezember 2012 auf 7,0 Mrd € (2011: 8,2 Mrd €). Davon wurden 3,6 Mrd € (2011: 5,2 Mrd €) in Anspruch genommen. Damit standen 3,3 Mrd € (2011: 3,0 Mrd €), wie in der Tabelle auf-

geführt, noch zur Verfügung. Alle Fazilitäten stehen für eine Inanspruchnahme zur Verfügung, sobald bestimmte Kriterien hinsichtlich der Vermögenswerte erfüllt und die Performanceziele nicht erreicht sind. Diese Fazilitäten sind durch die Vermögenswerte der Zweckgesellschaften besichert, sodass die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts dieser Vermögenswerte die Rückzahlung des in Anspruch genommenen Betrags beeinflusst.

Investmentfonds

Wir übernehmen Fondsgarantien, in deren Rahmen wir den Anlegern zu bestimmten Zeitpunkten einen bestimmten Wert des Nettofondsvermögens garantieren. Solche Garantien führen nicht zu einer Konsolidierung der Fonds. Die Garantien werden bilanzwirksam als Derivate zum beizulegenden Zeitwert erfasst und Veränderungen werden erfolgswirksam ausgewiesen. Der beizulegende Zeitwert der Garantien betrug zum 31. Dezember 2012 32 Mio €. Zum 31. Dezember 2012 beliefen sich die von diesen nicht konsolidierten Fonds verwalteten Vermögenswerte auf 10,9 Mrd € (2011: 10,6 Mrd €) und die von ihnen begebenen Garantien auf 9,5 Mrd € (2011: 9,8 Mrd €).

Immobilienleasingfonds

Wir begeben Garantien für Zweckgesellschaften, die in Immobilienvermögen (Gewerbe- und Wohnimmobilien sowie Infrastrukturinvestitionen in Deutschland) investieren, das von Dritten finanziert und an unsere Kunden vermietet wird. Derartige Garantien werden nur in Anspruch genommen, falls das Immobilienvermögen zerstört wurde und das Versicherungsunternehmen nicht für den daraus resultierenden Verlust aufkommt. Wird die Garantie in Anspruch genommen, haben wir eine Forderung gegenüber dem Versicherungsunternehmen. Darüber hinaus schreiben wir Verkaufsoptionen für von uns aufgelegte geschlossene Immobilienfonds, die Gewerbeimmobilien oder Infrastrukturinvestitionen in Deutschland erwerben, welche dann von Dritten geleast werden. Die Verkaufsoption gibt dem Anteilseigner das Recht, die Immobilie am Ende der Leasingfrist zu einem festen Preis an uns zu verkaufen. Der Nominalbetrag der von uns begebenen Garantien betrug zum 31. Dezember 2012 476 Mio € (2011: 501 Mio €) und der Nominalwert der geschriebenen Verkaufsoptionen belief sich zum 31. Dezember 2012 auf 228 Mio € (2011: 239 Mio €). Wir konsolidieren diese Zweckgesellschaften nicht, da wir bei ihnen nicht die Mehrheit der Risiken und Chancen tragen.

Für weitere Informationen zu außerbilanziellen Geschäften einschließlich der Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte verweisen wir auf den Risikobericht. Zusätzliche Informationen werden außerdem in der Anhangangabe 30 „Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten“ dargestellt.

Zum 1. Januar 2013 hat der Konzern erstmalig den IFRS 10 „Consolidated Financial Statements“ und IFRS 12 „Disclosure of Interests in Other Entities“ angewandt. IFRS 12 verlangt umfangreiche Konzernangaben zur Art, den verbundenen Risiken und den finanziellen Effekten der Beteiligung an Tochtergesellschaften, gemeinschaftlich geführten oder assoziierten Unternehmen und nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen. Danach werden alle Offenlegungsanforderungen aus IFRS 12 ab Jahresende 2013 im Konzernanhang dargestellt. Für weitere Informationen verweisen wir auf Anhangangabe 03 „Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften“.

Liquiditäts- und Kapitalmanagement

Erläuterungen zu unserem Liquiditätsrisikomanagement sind im Risikobericht enthalten.

Langfristige Bonitätseinstufung

Die Aufrechterhaltung unserer Kreditwürdigkeit ist wesentlicher Teil des Mehrwerts, den wir unseren Kunden, Anleihegläubigern und Aktionären bieten. Im Jahr 2012 sanken globale Bankenbonitätseinstufungen aufgrund des schwierigen makroökonomischen Umfelds sowie der andauernden Staatsschuldenkrise weiter ab. Trotz dieser Herausforderungen konnte die Deutsche Bank ihre A+ Langfristbonitätseinstufung bei Standard & Poor's und Fitch beibehalten.

Im ersten Quartal 2012 initiierte Moody's eine umfassende Überprüfung der Bonitätseinstufungen von 114 europäischen Banken sowie 17 Banken und Wertpapierhandelsfirmen mit globalem Kapitalmarktgeschäft. Zum Abschluss dieser Überprüfung wurden die Bonitätseinstufungen der meisten Banken um bis zu drei Stufen gesenkt. Am 21. Juni 2012 wurde die langfristige Bonitätseinstufung der Deutschen Bank in diesem Zusammenhang um zwei Stufen auf A2 gesenkt. Moody's schrieb die Herabstufung dem umfangreichen Kapitalmarktgeschäft sowie den daraus resultierenden Herausforderungen für das Risikomanagement der Bank in einem anhaltend schwierigen Geschäftsumfeld zu.

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Moody's Investors Service, New York ¹	A2	Aa3	Aa3
Standard & Poor's, New York ²	A+	A+	A+
Fitch Ratings, New York ³	A+	A+	AA-

¹ Die „A“-Bonitätseinstufung von Moody's kennzeichnet Verbindlichkeiten, die der oberen Mittelklasse zugeordnet werden und ein geringes Kreditrisiko bergen. Die Zahl 2 zeigt die Einstufung in der Mitte der „A“-Kategorie an.

² Standard & Poors beschreibt Anleihen der Bonitätseinstufung der Kategorie „A“ als anfälliger für negative Entwicklungen im Markt- und wirtschaftlichen Umfeld, verglichen mit denen höherer Bonitätseinstufungen. Allerdings gilt die Fähigkeit des Schuldners, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, nach wie vor als gut. Das Pluszeichen zeigt die Einstufung am oberen Ende der „A“-Kategorie.

³ Eine „A“-Bonitätseinstufung von Fitch Ratings belegt eine hohe Bonität. Die „A“-Bonitätseinstufung von Fitch Ratings kennzeichnet eine geringe Wahrscheinlichkeit eines Kreditrisikos. Fitch Ratings zufolge deuten „A“-Bonitätseinstufungen auf eine hohe Fähigkeit hin, finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen. Ungünstige geschäftliche sowie wirtschaftliche Entwicklungen machen sich in dieser Kategorie etwas stärker bemerkbar als in den höheren Kategorien. Das Pluszeichen zeigt die Einstufung am oberen Ende der „A“-Kategorie.

Jede Bonitätseinstufung verdeutlicht die Einschätzung der Ratingagentur lediglich zum Zeitpunkt, zu dem uns die Bonitätseinstufung mitgeteilt wurde. Es wird empfohlen, jede Bonitätseinstufung getrennt zu bewerten und für die Bedeutung der einzelnen Bonitätseinstufungen die Erklärungen der Ratingagenturen heranzuziehen. Die Ratingagenturen können ihre Bonitätseinstufungen jederzeit ändern, wenn sie der Meinung sind, dass die Umstände dies rechtfertigen. Diese langfristigen Bonitätseinstufungen dienen nicht als Empfehlung zum Kauf, Halten oder Verkauf unserer Wertpapiere.

Vertragliche Verpflichtungen

Noch nicht fällige Barleistungsverpflichtungen zum 31. Dezember 2012

Vertragliche Verpflichtungen in Mio €	Insgesamt	Zahlungsfälligkeit nach Periode			
		Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verpflichtungen aus langfristigen Verbindlichkeiten ¹	176.777	42.493	38.131	36.254	59.899
Hybride Kapitalinstrumente ¹	14.715	5.367	2.731	2.791	3.826
Langfristige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Verpflichtungen ²	13.539	4.540	2.881	1.702	4.417
Finanzleasingverpflichtungen	57	10	30	7	10
Operating-Lease-Verpflichtungen	5.051	880	1.369	1.057	1.745
Kaufverpflichtungen	2.386	686	1.180	472	48
Langfristige Einlagen ¹	35.245	–	12.152	7.099	15.994
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	5.457	210	194	2.661	2.392
Insgesamt	253.227	54.184	58.668	52.043	88.331

¹ Beinhaltet Zinszahlungen.

² Beinhaltet im Wesentlichen zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte langfristige Verbindlichkeiten und langfristige Einlagen.

In den oben genannten Zahlen sind die Erträge aus nicht kündbaren Untervermietungen in Höhe von 190 Mio € für Operating Leases nicht enthalten. Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen umfassen zukünftige Zahlungen, unter anderem für Gebäudemanagement, Informationstechnologie und Wertpapierabwicklungsdiensleistungen. Einige der unter Kaufverpflichtungen ausgewiesenen Beträge stellen vertragliche Mindestzahlungen dar und tatsächlich anfallende künftige Zahlungen könnten höher ausfallen. In den langfristigen Einlagen sind Einlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr nicht enthalten. Unter bestimmten Bedingungen können zukünftige Zahlungen aus einigen langfristigen zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Verpflichtungen früher fällig werden. Weitere Informationen finden sich in den folgenden Erläuterungen (Anhangangaben) des Konzernabschlusses: Anhangangabe 06 „Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen“, Anhangangabe 24 „Leasingverhältnisse“, Anhangangabe 28 „Einlagen“ und Anhangangabe 32 „Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente“.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Alle wesentlichen, berücksichtigungspflichtigen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind in unserer Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage enthalten.

Risikobericht

Einführung

Veröffentlichungen gemäß IFRS 7 und IAS 1

Der nachstehende Risikobericht enthält qualitative und quantitative Angaben zu Kredit-, Markt- und sonstigen Risiken auf Basis des „International Financial Reporting Standard 7 (IFRS 7) Financial Instruments: Disclosures“ sowie Veröffentlichungen zum Kapital entsprechend des „International Accounting Standard 1 (IAS 1) Presentation of Financial Statements“. Diese Informationen, die zum Konzernabschluss gehören und über Referenzierungen in diesen einbezogen werden, sind in diesem Risikobericht durch eine seitliche Klammer markiert.

Veröffentlichungen gemäß Pillar 3 des Baseler Kapitalstandards

In den vorhergehenden Jahren (seit 2008) hatten wir die Offenlegung zur Säule 3 in einem separaten Säule 3-Bericht zur Verfügung gestellt. Beginnend mit dem Jahresende 2012 enthält der Risikobericht auch die Veröffentlichungen zur Säule 3 entsprechend dem überarbeiteten internationalen Kapitalregelwerk des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel 2) einschließlich der Erweiterungen für Handelsbuch- und Verbrie-fungspositionen, die seit dem 31. Dezember 2011 anzuwenden sind (Basel 2.5). Die Europäische Union hat das Basel 2.5-Kapitalregelwerk mit der Eigenkapitalrichtlinie 3 in Europa umgesetzt, die wiederum für Deutschland in deutsches Recht umgesetzt wurde. Die erweiterten Offenlegungsanforderungen der Säule 3 sind in § 26a des Kreditwesengesetzes („KWG“) und im Teil 5 der Solvabilitätsverordnung („SolvV“) festgeschrieben.

Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule 3-Offenlegung. Dementsprechend sind bestimmte Teile der Säule 3-Offenlegung als nicht testiert gekennzeichnet.

Wir haben das überarbeitete Kapitalregelwerk für die Mehrheit unserer Engagements auf Basis eigener interner Modelle zur Messung des Kreditrisikos, des Marktrisikos und des operationellen Risikos umgesetzt, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) genehmigt wurden. Alle Säule 3 relevanten Veröffentlichungen basieren auf intern definierten Prinzipien und darauf bezogenen Prozessen, welche in unserer entsprechenden Säule 3-Richtlinie festgeschrieben sind.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Säule 3-bezogenen Offenlegungsthemen und ihre Lokalisierung im Risikobericht.

Säule 3 Offenlegung in unserem Finanzbericht

Säule 3 Offenlegungsthemen	Im Finanzbericht zu finden unter
Einleitung und Anwendungsbereich der Säule 3	„Einleitung“
Kapitaladäquanz	„Regulatorisches Kapital“
Risiko- und Kapitalmanagement des Konzerns	„Risikomanagement: Überblick“, „Grundsätze des Risikomanagements“, „Risikostrategie und Risikotoleranz“, „Risikoinventur“, „Risikosteuerungsinstrumente“, „Kapitalmanagement“, „Bilanzmanagement“ und „Gesamtrisikoposition“
Adressenausfallrisiko: Strategien und Prozesse Adressenausfallrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung	„Kreditrisiko“, „Adressenausfallrisiko: Strategien und Prozesse“, „Adressenausfallrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung“ und Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“
Verbriefung	„Verbriefung“ und Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“
Handelsbezogenes Marktrisiko Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten	„Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“, „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten“, „Rechnungslegung und Bewertung von Beteiligungspositionen“ und Anhangangabe 02 „Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen - Methoden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts“
Operationelles Risiko	„Operationelles Risiko“
Liquiditätsrisiko	„Liquiditätsrisiko“

Offenlegung gemäß den Prinzipien und Empfehlungen der Enhanced Disclosure Task Force (EDTF)

In 2012 wurde die „Enhanced Disclosure Task Force“ („EDTF“) als eine privatwirtschaftliche Initiative unter der Schirmherrschaft des Financial Stability Board mit dem primären Ziel gegründet, die grundlegenden Prinzipien für verbesserte Offenlegung sowie Empfehlungen für die Verbesserung bereits existierender Offenlegungen zu entwickeln. Als ein Mitglied der EDTF haben wir zahlreiche Offenlegungsvorschläge in diesem Risikobericht berücksichtigt und planen zusätzliche Erweiterungen für das Jahr 2013.

Allgemeiner Ansatz

Die Abschnitte über qualitative und quantitative Risikoangaben vermitteln ein umfassendes Bild des Risikoprofils des Deutsche Bank-Konzerns. Die quantitativen Informationen spiegeln in der Regel den Deutsche Bank-Konzern inklusive der Postbank zu den Bilanzstichtagen 31. Dezember 2012 und 31. Dezember 2011 wider.

Mit Inkrafttreten des rechtlich bindenden Beherrschungsvertrags zwischen Deutscher Bank und Postbank im September 2012 sind die Risikomanagementfunktionen der Postbank funktionell in die Konzern-Riskofunktion integriert, zum Beispiel hinsichtlich funktioneller Berichtslinien, gemeinsamer Komitee-Strukturen und konzernweiter Richtlinien. Daher umfassen Aussagen zum Risikomanagement in diesem Bericht grundsätzlich immer den Konzern einschließlich Postbank. In einzelnen Fällen, bei denen abweichende Ansätze verbleiben oder in denen eine konsolidierte Darstellung für quantitative Informationen nicht erfolgt, ist dies entsprechend gekennzeichnet.

Konsolidierungsansatz

Die in den folgenden Abschnitten dargestellten quantitativen Informationen beziehen sich auf den Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den „International Financial Reporting Standards“. Daraus resultiert, dass die Berichterstattung grundsätzlich auf den IFRS-Regeln für Bewertungen und Konsolidierung beruht. Jedoch sind insbesondere im Rahmen von Säule 3 die aufsichtsrechtlichen Regeln zur Konsolidierung relevant, die von denen für den Konzernabschluss abweichen. Dies ist im Folgenden genauer beschrieben. In den Fällen, in denen die aufsichtsrechtliche Abgrenzung für den Konzern angewandt wird, ist dies explizit genannt.

Anwendungsbereich der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank AG“) mit Sitz in Frankfurt am Main, Deutschland, ist das übergeordnete Unternehmen der Deutsche Bank Institutsgruppe („Institutsgruppe“), die den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen des KWG und der SolV unterliegt. Gemäß §10a KWG umfasst eine aufsichtsrechtliche Institutsgruppe ein Kreditinstitut (nachfolgend auch „Bank“) oder ein Finanzdienstleistungsinstitut als übergeordnetes Unternehmen und alle anderen Banken, Finanzdienstleistungsinstitute, Kapitalanlagegesellschaften, Finanzunternehmen, Zahlungsinstitute und Anbieter von Nebendienstleistungen, die dessen Tochterunternehmen im Sinne von § 1 (7) KWG sind. Diese Gesellschaften werden für aufsichtsrechtliche Meldezwecke unserer Institutsgruppe vollständig konsolidiert. Ergänzend können bestimmte Gesellschaften, die keine Tochterunternehmen sind, auf quotaler Basis einbezogen werden. Versicherungen und Gesellschaften außerhalb des Finanzsektors werden in der aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe nicht konsolidiert.

Für Finanzkonglomerate werden Versicherungen jedoch in eine ergänzende Berechnung der Kapitaladäquanz (auch „Solvabilitätsspanne“ genannt) einbezogen. Wir sind im Oktober 2007 von der BaFin als Finanzkonglomerat eingestuft worden.

Die aufsichtsrechtlichen Konsolidierungsgrundsätze weichen von denen unseres handelsrechtlichen Konzernabschlusses ab. Gleichwohl wird die Mehrzahl der Tochterunternehmen nach KWG auch in unserem Konzernabschluss gemäß IFRS voll konsolidiert.

Die Hauptunterschiede zwischen der aufsichtsrechtlichen und der IFRS-Konsolidierung sind:

- Gesellschaften, die von uns kontrolliert werden, jedoch nicht der Bankenbranche angehören, sind nicht Teil der aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe, werden aber in den Konzernabschluss nach IFRS einbezogen.
- Die meisten unserer Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities, auch „SPEs“), die nach IFRS konsolidiert werden, erfüllen nicht die speziellen Konsolidierungsanforderungen nach § 10a KWG und sind daher im aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis nicht enthalten. Die Risiken, die aus unserem Engagement gegenüber diesen Zweckgesellschaften resultieren, finden sich jedoch in unseren aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen.
- Einige aufsichtsrechtlich konsolidierte Gesellschaften erfüllen wiederum nicht die Konsolidierungskriterien der Rechnungslegung, sondern werden anders behandelt und insbesondere nach der Equitymethode bilanziert. Es gibt zwei Gesellschaften in unserer aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe, die gemeinsam von ihren Anteilseignern kontrolliert und aufsichtsrechtlich quotal konsolidiert werden. Eine Gesellschaft wird freiwillig quotal konsolidiert. Für Zwecke der Konzernberichterstattung gemäß IFRS werden diese drei Unternehmen nach der Equitymethode bilanziert.

Zum Jahresende 2012 umfasste unsere aufsichtsrechtliche Institutsgruppe 913 Tochterunternehmen, von denen drei quotal konsolidiert wurden. Unsere Institutsgruppe bestand aus 137 Banken, drei Zahlungsinstituten, 80 Finanzdienstleistungsinstituten, 514 Finanzunternehmen, 14 Kapitalanlagegesellschaften und 165 Anbietern von Nebendienstleistungen.

Zum Jahresende 2011 umfasste unsere aufsichtsrechtliche Institutsgruppe 1.027 Tochterunternehmen, von denen drei quotal konsolidiert wurden. Die aufsichtsrechtliche Institutsgruppe bestand aus 152 Banken, zwei Zahlungsinstituten, 93 Finanzdienstleistungsinstituten, 627 Finanzunternehmen, 14 Kapitalanlagegesellschaften und 139 Anbietern von Nebendienstleistungen.

131 Unternehmen wurden von der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung gemäß § 31 (3) KWG per Jahresende 2012 ausgenommen (Jahresende 2011: 102 Unternehmen). § 31 (3) KWG erlaubt im aufsichtsrechtlichen Anwendungsbereich den Ausschluss kleiner Gesellschaften vom konsolidierten, aufsichtsrechtlichen Meldewesen, sofern entweder deren Bilanzsumme kleiner als 10 Mio € oder kleiner als 1 % der Bilanzsumme des Konzerns ist. In Übereinstimmung mit IFRS muss keines dieser Unternehmen im Konzernabschluss konsolidiert werden. Die Buchwerte unserer Beteiligungen am Kapital dieser Unternehmen wurden von

unserem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital abgezogen, zum Jahresende 2012 insgesamt 31 Mio € (Jahresende 2011: 12 Mio €).

Die gleiche Abzugsbehandlung wurde auf weitere 267 nicht konsolidierte (im Sinne der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung) Gesellschaften sowie weitere drei immaterielle Versicherungsgesellschaften, die nicht in die Solvabilitätsspanne einbezogen werden, angewandt. Deren Beteiligungsbuchwerte haben wir gemäß § 10 (6) KWG von unserem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital abgezogen. § 10 (6) Nr. 1, 2, 3 und 5 KWG verlangen den Abzug der Beteiligungen an nicht konsolidierten Instituten, Finanzunternehmen und Versicherungsunternehmen vom aufsichtsrechtlichen Eigenkapital, wenn ein Kapitalanteil von mehr als 10% gehalten wird (mindestens 20 % des Kapitals oder der Stimmrechte bei Versicherungsunternehmen, sofern diese nicht in die Berechnung der Solvabilitätsspanne auf Konglomeratsebene einbezogen sind). Seitdem wir als Finanzkonglomerat eingestuft sind, werden materielle Beteiligungen in Höhe von mindestens 20 % des Kapitals oder der Stimmrechte an Versicherungsunternehmen nicht von unserem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital abgezogen, da diese in die Solvabilitätsberechnung auf Konglomeratsebene einbezogen werden.

Risikomanagement – Überblick

Insgesamt lag der Fokus des Risiko- und Kapitalmanagements 2012 darauf, unsere Kapitalbasis zu stärken und die strategischen Initiativen zu unterstützen, unter Einhaltung unseres Risikoprofils im Rahmen unserer Risikostrategie.

Zusammenfassende Risikobewertung

Zu den für uns wichtigen Risikokategorien gehören das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das Operationelle Risiko, das Geschäftsrisiko (inklusive Steuern und strategischem Risiko), das Reputationsrisiko und das Liquiditätsrisiko. Wir steuern die Ermittlung, Bewertung und Verringerung der wesentlichen und aufkommenden Risiken durch einen präzisen Governance-Prozess sowie starke Risikomanagementtools und -prozesse. Unser proaktiver Ansatz zur Identifizierung und Folgenabschätzung zielt darauf ab, die Auswirkungen dieser Risiken auf unsere finanziellen Ergebnisse, langfristigen strategischen Ziele und unseren Ruf abzuschwächen.

Im Rahmen unserer regelmäßigen Analyse von Risiken und deren Verbundeffekten werden die Sensitivitäten der wichtigsten Portfoliorisiken durch eine induktive Risikobewertung und durch eine deduktive makro-ökonomische oder politische Szenarioanalyse überprüft. Dieser duale Ansatz erlaubt uns, sowohl Risiken zu erfassen, die sich über unsere Risikobestände und Geschäftsbereiche auswirken, als auch solche, die nur für bestimmte Portfolios relevant sind.

Aktuelle portfolioweite Risiken, auf die wir uns im Jahr 2012 fokussiert haben, beinhalten: die mögliche Escalation der europäischen Staatschuldenkrise, eine potenzielle Schockwirkung von U.S.-fiskalischen Sparmaßnahmen, einen potenziellen Rückgang des asiatischen Wachstums und das potenzielle Risiko eines steilen Ölpreisanstiegs infolge eines geopolitischen Schocks. Diese Risiken sind in den letzten Quartalen ein konsequenter Schwerpunkt gewesen. Die Bewertung der potenziellen Auswirkungen dieser Risiken erfolgte durch Integration in unsere konzernweiten Stresstests, die unsere Fähigkeit zum Ausgleich dieser Ereignisse bewerten, falls sie auftreten sollten. Die Ergebnisse dieser Tests zeigten, dass wir derzeit ausreichend Kapital und Liquiditätsreserven vorhalten, um die Auswirkungen dieser Risiken zu absorbieren, falls sie sich realisieren.

Das Jahr 2012 hat weiterhin eine verstärkte Regulierung in der Finanzdienstleistungsbranche hervorgebracht. Wir konzentrieren uns daher auch darauf, dass wir proaktiv handeln, um politische oder aufsichtsrechtliche Änderungen zu identifizieren und deren mögliche Auswirkungen auf unser Geschäftsmodell oder unsere Prozesse zu bewerten. Wir haben eine spezielle Funktion, die die proaktive Identifizierung, Bewer-

tung und Umsetzung der Anforderungen neuer Verordnungen überwacht und koordiniert einschließlich der Beteiligung an zahlreichen Konsultationsverfahren.

Im Rahmen unserer Kapitalstrategie wurden Vermögenswerte und Portfolios, die als nicht strategisch oder in einigen Fällen unterdurchschnittlich betrachtet werden, in eine neu aufgestellte Non-Core Operations Unit (NCOU) übertragen. Dieser Unternehmensbereich wird eine aktive Überwachung, Verwaltung und ein beschleunigtes Risikoreduzierungsprogramm im Rahmen unserer extern angekündigten strategischen Ziele durchführen. Dieser Einheit zugeordnete Vermögensgegenstände werden konsistent und in Übereinstimmung mit unserem Risikorahmenwerk und unseren Grundsätzen gesteuert.

Kreditrisikoüberblick

- Durch die Einhaltung unserer zentralen Kreditgrundsätze für ein proaktives und umsichtiges Risikomanagement konnten wir 2012 im fortgesetzt volatilen makroökonomischen Kreditumfeld erfolgreich bestehen und das Niveau der Wertberichtigungen weiter eingrenzen. Dies haben wir durch die Anwendung unserer Risikomanagementphilosophie mit einer konservativen Übernahme von Risiken, der aktiven Steuerung von Konzentrationsrisiken sowie dem Einsatz von Risikoreduzierungsstrategien einschließlich Sicherheiten, Sicherungsgeschäften sowie Aufrechnungs- und Kreditsicherungsvereinbarungen erreicht.
- Das Kreditrisiko blieb diversifiziert nach Regionen, Branchen und Geschäftspartnern. Das regionale Engagement ist gleichmäßig über unsere Hauptmärkte verteilt (Deutschland 27 %, restliches Westeuropa 28 % und Nordamerika 30 %) und blieb stabil gegenüber dem Vorjahr. Unser größtes Branchenengagement besteht gegenüber Banken und Versicherungen mit 33 % des Bruttoengagements in Höhe von 359 Mrd € (das heißt vor Berücksichtigung von Sicherheiten) und reduzierte sich um 17,3 Mrd € gegenüber dem 31. Dezember 2011, als es 34 % des Bruttoengagements darstellte. Diese Engagements sind überwiegend mit Kunden guter Bonität und in der Regel besichert. Auf Kontrahentenebene blieben wir gut diversifiziert, wobei unsere zehn größten Engagements auf Bruttoposition 11 % umfassten und sämtlich unser Engagement mit Geschäftspartnern guter Bonität (Investment-Grade) und strukturierte Handelsgeschäfte mit hoher Risikominimierung repräsentierten.
 - Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Kreditrisiko summierte sich auf 12,6 Mrd € zum Ende des Jahres 2012. Der Rückgang von 238 Mio € (2 %) verglichen mit dem Stand von 12,8 Mrd € zum Ende des Jahres 2011 reflektierte im Wesentlichen einen allgemeinen Rückgang der Engagements.
 - Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Jahr 2012 ging um 118 Mio € auf 1,7 Mrd € zurück. Darin sind nicht berücksichtigt Auflösungen von Risikovorsorgen in Höhe von 157 Mio € in 2012 und 402 Mio € in 2011, die die Postbank vor der Konsolidierung gebildet hat. Diese Auflösungen werden auf Konzernebene als Zinsertrag ausgewiesen. Bereinigt um diesen Rechnungslegungseffekt hätten im Jahr 2012 die Wertberichtigungen für Kreditausfälle 1,6 Mrd € betragen, was einem Anstieg um 126 Mio € gegenüber dem Vorjahr entspräche.
 - Unser Kreditportfolio reduzierte sich zum 31. Dezember 2012 auf 402 Mrd € gegenüber 417 Mrd € zum 31. Dezember 2011. Die Reduzierungen waren hauptsächlich auf fokussierte Risikoreduktion in der neu gegründeten NCOU zurückzuführen. Die größte Branche in unserem Kreditportfolio, Immobilienfinanzierungen für Haushalte, belief sich auf 142 Mrd € zum 31. Dezember 2012, davon 112 Mrd € im stabilen deutschen Markt. Unser Firmenkreditengagement, welches 55 % des gesamten Kreditbuchs umfasst, enthielt zum 31. Dezember 2012 Kredite in Höhe von 66 % mit einer Investment-Grade Bonitätseinstufung. Der Anstieg gegenüber 64 % zum 31. Dezember 2011 ist zurückzuführen auf stärkere Reduzierungen bei nicht Investment-Grade bewerteten Kontrahenten.

Marktrisikoüberblick

- Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten betrug 8,5 Mrd € am Jahresende 2012, ein Anstieg um 1,2 Mrd € (17 %) gegenüber dem Jahresende 2011. Dieser Anstieg war weitgehend auf die Erweiterung der Abdeckung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten auf das Credit Spread-Risiko des Anlagebuchs zurückzuführen.
- Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten belief sich auf 4,7 Mrd € zum Jahresende 2012 und reduzierte sich um 34 Mio € (1 %) gegenüber dem Vorjahresende. Der materiell un-

veränderte Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten reflektiert sich kompensierende Effekte aus methodischen Verfeinerungen und Engagementreduzierungen.

- Der durchschnittliche Value-at-Risk der Handelsbereiche belief sich auf 57,1 Mio € in 2012 im Vergleich zu 72,7 Mio € in 2011. Der Rückgang war im Wesentlichen auf eine Risikoreduktion für die meisten Vermögensklassen, teilweise aber auch auf ein niedrigeres Volatilitätsniveau der Marktdaten zurückzuführen.

Operationelles Risiko – Überblick

- Der Ökonomische Kapitalbedarf für das operationelle Risiko stieg zum 31. Dezember 2012 gegenüber dem Vorjahr um 172 Mio € (3,5 %) auf 5 Mrd €. Der Anstieg resultierte in erster Linie aus einer branchenweit höheren Verlusterfahrung und der Integration der BHF-BANK in unser Advanced Measurement Approach (AMA)-Modell im ersten Quartal 2012. Der aufsichtsrechtliche Kapitalbedarf enthält weiterhin die in unserem AMA-Modell angewandte Sicherheitsmarge, welche im Jahr 2011 zur Deckung von unvorhergesehenen Haftungsrisiken aus der aktuellen Finanzkrise implementiert wurde.
- Die internen Verluste aus dem operationellen Risiko stiegen im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr, angetrieben durch erhöhte Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten für Ereignisse der letzten Dekade.

Liquiditätsrisikoüberblick

- Unsere Liquiditätsreserve zum 31. Dezember 2012 belief sich auf 232,2 Mrd € (unter Berücksichtigung von 25,9 Mrd € der Postbank infolge der Integration). Ohne die Postbank, die zum Jahresende 2011 nicht vollständig reflektiert wurde, reduzierte sich unsere Liquiditätsreserve im Jahr um 16,4 Mrd €. Der primäre Treiber hierfür war eine unterjährige Reduktion von 40 Mrd € in unserer diskretionären Wholesale-Refinanzierung, kompensiert durch Wachstum in stabileren Finanzierungsquellen. Insgesamt blieb unser Liquiditätsrisikoprofil innerhalb unserer Liquiditätsrisikobereitschaft. Dies wurde von allen Stresstests zum Jahresende durch einen Netto-Liquiditätsüberschuss bestätigt.
- 2012 haben wir Kapitalmarktinstrumente in Höhe von 17,9 Mrd € begeben, während unser Emissionsplan für das Gesamtjahr 15 bis 20 Mrd € vorsah.
- Unsere Refinanzierung stammte zu 62 % aus den stabilsten Refinanzierungsquellen einschließlich langfristiger Emissionen sowie Einlagen von Privatkunden und im Bereich Global Transaction Banking (GTB).

Kapitalmanagementüberblick

- Die Tier-1-Kernkapitalquote gemäß Basel 2.5 belief sich auf 11,4 %, basierend auf einem Tier-1-Kernkapital in Höhe von 38,0 Mrd € und risikogewichteten Aktiva in Höhe von 334 Mrd €. Zum Vorjahresende belief sich die Tier-1-Kernkapitalquote auf 9,5 %, basierend auf einem Tier-1-Kernkapital in Höhe von 36,3 Mrd € und risikogewichteten Aktiva in Höhe von 381,2 Mrd €.
- Die risikogewichteten Aktiva reduzierten sich in 2012 um 47,6 Mrd € auf 334 Mrd € zum Jahresende 2012, insbesondere infolge unserer Maßnahmen zur Risikoreduzierung.
- Der neu gegründete Unternehmensbereich NCOU hat zur signifikanten Risikoreduktion beigetragen. Die insgesamt erreichte Risikoreduktion durch die NCOU in 2012 führte zu einer Reduktion der bereinigten Bilanzsumme um 35 Mrd € (27 %) auf 95 Mrd € zum 31. Dezember 2012 gegenüber 130 Mrd € zum 31. Dezember 2011.
- Die Interne Kapitaladäquanzquote zeigt, ob das interne Kapitalangebot den anhand unserer Risikopositionen ermittelten Kapitalbedarf deckt. Die Quote erhöhte sich auf 160 % zum 31. Dezember 2012 im Vergleich zu 159 % zum 31. Dezember 2011.
- Zum 31. Dezember 2012 hätte unsere Pro-forma-Basel-3-Tier-1-Kernkapitalquote 7,8 % betragen, die aus 31 Mrd € Tier-1-Kernkapital und 401 Mrd € risikogewichteten Aktiva resultiert.

Bilanzmanagementüberblick

- Zum 31. Dezember 2012 war unsere bereinigte Verschuldungsquote mit 21 auf dem gleichen Stand wie zum Jahresende 2011 und lag damit unterhalb unserer Zielgröße von 25. Unsere Verschuldungsquote, berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital, betrug 37 zum 31. Dezember 2012 und lag damit leicht unter dem Niveau zum Jahresende 2011.

Grundsätze des Risikomanagements

Unsere Geschäftstätigkeit beinhaltet die bewusste Übernahme von Risiken. Daher basiert unser Risikomanagement auf folgenden Grundsätzen:

- Risiken werden im Rahmen der definierten Risikotoleranz eingegangen.
- Jedes Risiko wird gemäß dem Risikomanagement-Rahmenwerk genehmigt.
- Risiken sollen angemessenen Ertrag bringen.
- Risiken müssen fortlaufend überwacht und gesteuert werden.

Eine starke Risikokultur unterstützt die Ausfallsicherheit der Deutschen Bank durch Sicherstellung eines ganzheitlichen Ansatzes für das Management von Risiken und Erträgen auf allen Ebenen der Organisation sowie eines effektiven Managements unseres Risiko-, Kapital- und Reputationsprofils. Das Risikomanagement liegt in der Verantwortung aller Mitarbeiter. Wir erwarten von unseren Mitarbeitern, dass sie eine starke Risikokultur gewährleisten, und bewerten sie im Rahmen des Gesamtprozesses zu Leistung und Vergütung. Die Verhaltensweisen einer starken Risikokultur umfassen:

- Verantwortung für unsere Risiken zu übernehmen;
- Risiken konsequent, zukunftsorientiert und umfassend zu bewerten;
- kritisches Hinterfragen zu fördern, betreiben und respektieren;
- Probleme gemeinsam zu lösen; und
- die Deutsche Bank und ihre Reputation bei allen Entscheidungen in den Mittelpunkt zu stellen.

Um diese Verhaltensweisen zu verstärken, haben wir eine Reihe konzernweiter Aktivitäten einschließlich obligatorischer Schulungen zum Risikobewusstsein gestartet. Wir haben auch unter Einbeziehung unserer Vorstandsmitglieder einen regelmäßigen Informationsaustausch über die Bedeutung einer starken Risikokultur.

Rahmenwerk für das Risikomanagement

Vor dem Hintergrund der Vielfältigkeit unseres Geschäftsmodells ist es unerlässlich, Risiken effektiv zu ermitteln, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir handeln als integrierter Konzern durch unsere Unternehmens- und Geschäftsbereiche sowie Infrastrukturfunktionen. Wir steuern unsere Risiken und unser Kapital mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, die eng an den Tätigkeiten der Unternehmens- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind:

- Die Kernaufgaben des Risikomanagements sind eingebettet in den Vorstand und zur Gewährleistung ihrer Ausführung und Kontrolle angemessen an Senior-Risk-Management-Komitees delegiert. Der Aufsichtsrat überwacht regelmäßig die Risiko- und Kapitalprofile.
- Wir wirken Risiken auf drei Ebenen entgegen, wobei die Funktionen Frontoffice, Risikomanagement und Revision unabhängig voneinander agieren.
- Die Risikostrategie wird vom Vorstand jährlich genehmigt und ist definiert auf Basis unseres strategischen und Kapitalplans sowie der Risikotoleranz, um Risiko-, Kapital- und Ergebnisziele aufeinander abzustimmen.
- Konzernweit durchgeführte risikoartenübergreifende Prüfungen sollen sicherstellen, dass robuste Verfahren zur Risikosteuerung und eine ganzheitliche Wahrnehmung von Risiken etabliert sind.
- Wir steuern Kredit-, Markt-, operationelle, Liquiditäts-, Geschäfts- und Reputationsrisiken sowie Risikokonzentrationen durch koordinierte Risikomanagementprozesse auf allen relevanten Ebenen der Bank.
- Für die wesentlichen Kapital- und Liquiditätskennziffern sind deren angemessene Überwachung, Stresstesting sowie Eskalationsprozesse etabliert. Über alle wesentlichen Risikoarten hinweg sind geeignete Verfahren zur Modellierung sowie Messung der Risiken und des Kapitalbedarfs etabliert.
- Effektive Systeme, Prozesse und Richtlinien sind eine essenzielle Komponente unseres Risikomanagements.

Risikosteuerung

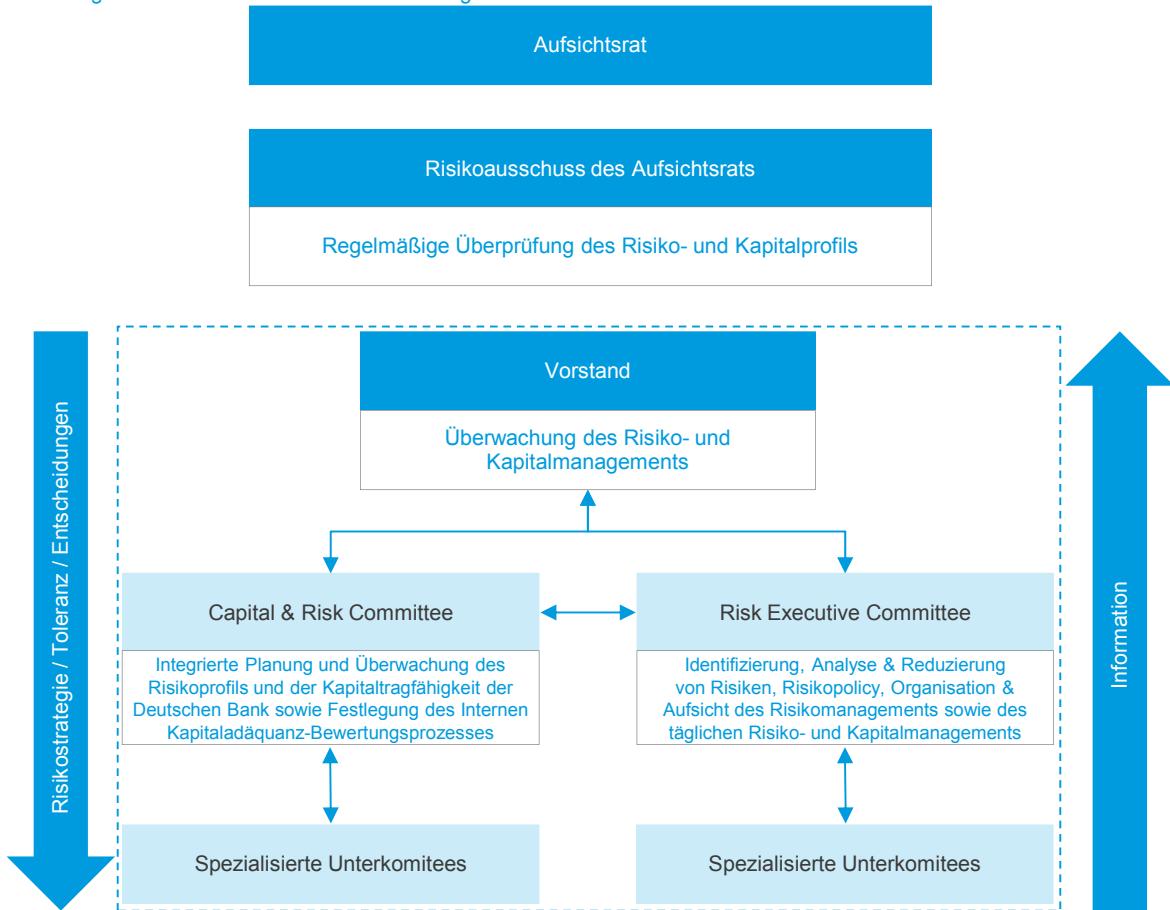
Aus Sicht der Aufsichtsbehörden sind unsere Aktivitäten in der ganzen Welt reguliert und überwacht von zuständigen Behörden in jedem der Länder, in denen wir Geschäft betreiben. Diese Aufsicht konzentriert sich auf Lizenzierung, Eigenkapitalausstattung, Liquidität, Risikokonzentration, Führung des Geschäfts sowie Organisation und Meldepflichten. Die BaFin und die Deutsche Bundesbank (die deutsche Zentralbank) handeln in Kooperation als unsere primären Aufsichtsbehörden, um die Einhaltung des deutschen Kreditwesengesetzes und anderer geltender Gesetze und Vorschriften sicherzustellen. Das deutsche Kreditwesengesetz und die zugehörigen Regeln und Vorschriften setzen außerdem bestimmte Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht sowie bestimmte Richtlinien der Europäischen Union im Zusammenhang mit Banken um. Die deutsche Bankaufsicht ermittelt unsere Belastbarkeit, Risiken zu übernehmen, auf verschiedene Weisen, die ausführlicher im Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Kapital“ beschrieben werden.

Aus Sicht der internen Steuerung haben wir mehrere Schichten eines stabilen Managements zur Sicherstellung einer starken und geschlossenen Risikoüberwachung:

- Der Aufsichtsrat überwacht unser Risiko- und Kapitalprofil regelmäßig über einen dazu beauftragten Ausschuss, den Risikoausschuss des Aufsichtsrats. Der Vorsitzende des Risikoausschusses berichtet dem Aufsichtsrat über Inhalte, die während der Sitzungen des Risikoausschusses diskutiert wurden.
- Der Risikoausschuss des Aufsichtsrats trifft sich regelmäßig. Bei diesen Treffen berichtet der Vorstand dem Risikoausschuss über Kredit-, Markt-, Länder-, Liquiditäts-, Refinanzierungs-, operative, strategische, aufsichtsrechtliche sowie Rechtsstreit- und Reputationsrisiken. Er berichtet auch über Kredite, die eine Genehmigung des Aufsichtsrats gemäß Gesetz oder der Satzung der Gesellschaft erfordern, über Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten von besonderer Bedeutung aufgrund der Risiken, die sie zur Folge haben. Der Risikoausschuss berät mit dem Vorstand über die zusammengefasste Risikodisposition und die Risikostrategie.
- Unser Vorstand erfüllt die umfassende Aufsicht über das Risiko- und Kapitalmanagement für den konsolidierten Konzern und ist ausschließlich verantwortlich für das unabhängige tägliche Management des Unternehmens mit dem Ziel einer nachhaltigen Wertschöpfung im Interesse unserer Aktionäre, Mitarbeiter und anderer Anspruchsberechtigter. Der Vorstand ist verantwortlich für die Definition und Umsetzung umfassender und aufeinander abgestimmter Geschäfts- und Risikostrategien sowie die Gewährleistung klar definierter Risikomanagement-Funktionen und dafür, dass operative Prozesse vorhanden sind, um sicherzustellen, dass unsere Gesamtleistung an unserer Geschäfts- und Risikostrategie ausgerichtet ist. Der Vorstand hat bestimmte Funktionen und Zuständigkeiten an relevante leitende Überwachungskomitees übertragen, um die Erfüllung dieser Aufgaben zu unterstützen, insbesondere an das Capital and Risk Committee („CaR“) und das Risk Executive Committee („Risk ExCo“), deren Aufgaben weiter unten detaillierter beschrieben sind.

Weitere Informationen darüber, wie sichergestellt ist, dass unsere gesamte Leistung mit unserer Risikostrategie im Einklang steht, sind im Kapitel „Risikostrategie und Risikotoleranz“ zu finden.

Abbildung: Governancestruktur des Risikomanagements des Deutsche Bank Konzerns



Die nachstehenden funktionalen Ausschüsse sind von zentraler Bedeutung für die Risk-Funktion:

- Das CaR überwacht die integrierte Planung sowie Steuerung von Risikoprofil und Kapitaladäquanz. Dabei stellt es sicher, dass Risikotoleranz, Kapitalanforderungen und Refinanzierungsbedarf mit der Strategie des Konzerns sowie der Unternehmens- und Geschäftsbereiche im Einklang sind. Es bietet eine Plattform zur Diskussion und Vereinbarung strategischer Fragen zwischen Risikomanagement, Finance und den Geschäftsbereichen, die Auswirkungen auf das Kapital, die Finanzierung und die Liquidität haben. Das CaR initiiert entsprechende Maßnahmen und/oder gibt Empfehlungen an den Vorstand. Es ist auch verantwortlich für die regelmäßige Überwachung unseres Risikoprofils gegen unsere Risikotoleranz und die Sicherstellung einer angemessen Eskalation oder Maßnahmeneinleitung. Das CaR überwacht die Leistung unseres Risikoprofils gegenüber Frühwarnindikatoren und Sanierungsindikatoren und bietet dem Vorstand Empfehlungen an, um - sofern erforderlich - Prozesse und Maßnahmen, die im Rahmenwerk zum Management von Gegenmaßnahmen definiert sind, zu initiieren.

- Unser Risk ExCo, das höchste funktionale Komitee unseres Risikomanagements, identifiziert, überwacht und steuert alle Risiken einschließlich Risikokonzentration auf Gruppenebene und verfügt über Know-how bezüglich aller risikobezogenen Themen der Geschäftsbereiche. Es ist verantwortlich für Risikogrundsätze, die Organisation und Leitung des Risikomanagements und gewährleistet und überwacht die Ausführung des Risiko- und Kapitalmanagements einschließlich der Identifizierung, Analyse und Risikobegrenzung im Rahmen der vom Vorstand genehmigten Risiko- und Kapitalstrategie (Planung der Risiko- und Kapitalnachfrage). Das Risk ExCo wird unterstützt von Unterausschüssen, die für spezielle Bereiche des Risikomanagements verantwortlich sind, darunter mehrere Grundsatzausschüsse, das Cross Risk Review Committee („CRRC“) und das Group Reputational Risk Committee („GRRC“).
- Das Cross Risk Review Committee unterstützt das Risk Executive Committee und das Capital and Risk Committee insbesondere bei der Steuerung bereichsübergreifender Risiken. Das Capital and Risk Committee hat dem Cross Risk Review Committee die Aufgabe der laufenden Überwachung und Steuerung des Internen Prozesses zur Bewertung der Kapitaladäquanz („ICAAP“) übertragen. Das CRRC überwacht auch das Inventar der Stresstests für die Steuerung unserer Risikotoleranz, bewertet die Ergebnisse und schlägt Steuerungsaktionen vor, falls erforderlich. Es überwacht die Wirksamkeit des Stresstestprozesses und fördert die kontinuierliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für unsere Stresstests. Es wird unterstützt durch ein dediziertes Stress Testing Oversight Committee, das die Verantwortung für die Definition der konzernweiten Stresstestszenarien zur Gewährleistung gemeinsamer Normen und konsistenter Szenarien über die Risikoarten und die Überprüfung der konzernweiten Stress-testergebnisse hat.

Die Steuerung der Gegenmaßnahmen ist ein Teil unserer übergreifenden Governancestruktur des Risikomanagements, um proaktiv außerordentliche Stresssituationen oder deren Gefahr zu identifizieren und auf diese zu reagieren. Die Steuerungsplanung und Governance der Gegenmaßnahmen umfasst folgende Kernelemente:

- klare Rollen und Verantwortlichkeiten einschließlich Überwachung durch den Vorstand;
- ein dediziertes Spektrum an Indikatoren zur Früherkennung sowie Erholungsimpulsen zur Überwachung potenzieller Risiken und Einleitung von Managementmaßnahmen;
- die vorausschauende Steuerung unseres Risikoprofils anhand eines erweiterten Systems außerordentlicher Stresstests und definierter strategischer Erholungsmaßnahmen; und
- ein spezielles Komitee des CaR zur laufenden Überwachung und Prozessbereitschaft.

Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee gehören auch dem Risk ExCo an, was einen konstanten und umfangreichen Informationsfluss zwischen beiden Gremien sicherstellt.

Nach Änderungen an der Struktur und Zusammensetzung unseres Vorstands im Jahr 2012 wurde die Abdeckung der Risiken auf Vorstandsebene weitergehender verteilt, weil die folgenden Risikomanagementeinheiten, die vorher direkt an den Chief Risk Officer berichteten, jetzt an andere Vorstandsmitglieder berichten. Diese sind: Compliance, Corporate Security & Business Continuity, Government & Regulatory Affairs, Rechtsabteilung und Treasury. Unser Chief Risk Officer, ein Mitglied unseres Vorstands, trägt die Verantwortung für die Identifizierung, die Bewertung und die Berichterstattung für alle Risikoarten, die aus unseren Geschäftsaktivitäten entstehen, ebenso wie für die direkte Managementverantwortung der folgenden Risikomanagementbereiche: Kreditrisikomanagement, Marktrisikomanagement, Management der operationellen Risiken und strategischen Risiken und das unternehmensweite Risikomanagement. Unsere Aufsichtsstrukturen und Mechanismen gewährleisten nach wie vor die unveränderte gruppenweite Überwachung der Risiken.

Mit Blick auf die tägliche Verwaltung und Beaufsichtigung des Risikos sind spezifische Risk- und Treasury-Einheiten mit folgenden Aufgaben betraut:

- Sicherstellung, dass die Geschäftsaktivitäten der Unternehmensbereiche mit der Risikotoleranz übereinstimmen, die das Capital and Risk Committee gemäß den Vorstandsvorgaben festgelegt hat;
- Formulierung und Umsetzung angemessener Risiko- und Kapitalmanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Unternehmensbereiche;
- Genehmigung von Limiten für Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken;
- regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen; sowie
- Entwicklung und Einführung geeigneter Risiko- und Kapitalmanagementinfrastrukturen und -systeme für die jeweiligen Unternehmensbereiche.

Der Deputy Chief Risk Officer führt eine Funktion für strategische Risiken und ein unternehmensweites Risikomanagement, deren Mandat eine stärkere Konzentration auf ein ganzheitliches Risikomanagement und eine umfassende, risikoübergreifende Übersicht zur weiteren Verbesserung unserer Risiko-Portfoliosteuerung ermöglicht. Die Ziele des Bereichs strategische Risiken und unternehmensweites Risikomanagement sind:

- Aufbau von strategischen risikoübergreifenden Schlüsselinitiativen und Etablierung enger Zusammenhänge zwischen der Portfoliostrategie und deren Ausführungsüberwachung einschließlich der Einhaltung des Aufsichtsrechts;
- strategische und zukunftsbezogene Managementberichterstattung zu wichtigen Risikothemen, insbesondere zur Risikotoleranz und zu Stresstests;
- Stärkung unserer Risikokultur;
- Förderung konsistenter Risikomanagementstandards in allen lokalen Konzerneinheiten.

Unsere Bereiche Finance und Audit arbeiten unabhängig von den Unternehmensbereichen und der Risk-Funktion. Finance unterstützt die Quantifizierung sowie Verifizierung eingegangener Risiken und ist für die Sicherstellung der Qualität sowie Integrität risikorelevanter Daten zuständig. Audit führt risikoorientierte Prüfungen des Aufbaus und der operativen Effektivität unseres Kontrollsystems durch.

Auf Basis des unanfechtbaren Beherrschungsvertrags haben wir weitere Änderungen zur Aufsicht über die Risikofunktionen für die Deutsche Bank und die Postbank eingeführt. Die wichtigsten Veränderungen waren:

- Funktionale Berichtslinien aus dem Risikomanagement der Postbank an das Risikomanagement der Deutschen Bank wurden eingerichtet. Diese Änderungen hatten keinen Einfluss auf die disziplinären Berichtslinien innerhalb der Postbank CRO-Organisation;
- Die zentralen Risikokomitees der Postbank wurden erweitert um stimmberechtigte Mitglieder der Deutschen Bank aus den jeweiligen Risikofunktionen und umgekehrt; und
- Wichtige Konzern-Risikorichtlinien wurden bei der Postbank umgesetzt.

Die wesentlichen Risikomanagementausschüsse der Postbank, in denen der Chief Risk Officer der Postbank sowie ranghöchste Risikomanager der Deutschen Bank stimmberechtigte Mitglieder sind, umfassen:

- Das Bank Risk Committee, das den Vorstand mit Blick auf die Festlegung der Risikotoleranz und Risikozuordnung berät.
- Das Credit Risk Committee, das für die Limitzuordnung und Festlegung eines angemessenen Limit-Rahmenwerks verantwortlich ist.

- Das Market Risk Committee, das über die Limitzuordnung, strategische Positionierung des Anlage- und Handelsbuchs der Postbank und Steuerung des Liquiditätsrisikos entscheidet.
- Das Operational Risk Committee, das ein angemessenes Risikorahmenwerk und die Kapitalzuordnung für die verschiedenen Geschäftsbereiche definiert.

Risikoberichterstattung und -messsysteme

Wir verfügen über zentralisierte Risikodatenbanken und Systeme, die das aufsichtsrechtliche Meldewesen, externe Veröffentlichungen, aber auch die interne Managementberichterstattung zu Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken unterstützen. Unsere Risiko-Infrastruktur integriert die relevanten Konzerngesellschaften sowie Geschäftsbereiche. Sie bildet die Grundlage für die maßgeschneiderte regelmäßige sowie Ad-hoc-Berichterstattung zu Risikopositionen, Kapitaladäquanz und Limitinanspruchnahme an die zuständigen Funktionen. Spezielle Einheiten in Finance und Risk übernehmen die Verantwortung für die Messung und Analyse von Risiken sowie die dazugehörige Berichterstattung. Dabei stellen sie die erforderliche Qualität und die Integrität der risikorelevanten Daten sicher.

Die Hauptberichte zum Risiko- und Kapitalmanagement, in denen die zentralen Governancegremien über konzernweite Risiken informiert werden, sind:

- Das Risiko- und Kapitalprofil wird dem Capital and Risk Committee und dem Vorstand monatlich vorge stellt und wird anschließend dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats zur Information zugeleitet. Es umfasst einen Überblick über unsere aktuelle Risiko-, Kapital- und Liquiditätssituation sowie auch Informationen zur Adäquanz unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals und Ökonomischen Kapitals.
- Der Konzern Treasurer stellt dem Capital and Risk Committee monatlich einen Überblick über Kapital, Liquidität und Refinanzierungsbedarf vor. Dieser umfasst wesentliche Entwicklungen und Kenngrößen einschließlich des Tier-1-Kapitals ohne Hybridinstrumente (unter Basel 3 das Tier-1-Kernkapital) sowie der Verschuldungsquote und eine Übersicht über den aktuellen Status unserer Finanzierung und Liquidität, die Liquiditätsstresstests und Notfallmaßnahmen.
- Vierteljährlich werden konzernweite makroökonomische Stresstests durchgeführt, deren Ergebnisse dem Capital and Risk Committee zur Verfügung gestellt werden. Sie werden bei Bedarf um Ad-hoc-Stresstests auf Konzernebene ergänzt.

Diese Berichte werden durch eine Auswahl weiterer Standard- und Ad-hoc-Berichte von Risk und Finance vervollständigt und unterschiedlichen übergeordneten Ausschüssen präsentiert, die für das Risiko- und Kapitalmanagement auf Konzernebene verantwortlich sind.

Risikostrategie und Risikotoleranz

Beschreibung der Strategie und Kapitalplanungsprozess

Wir führen alljährlich einen strategischen Planungsprozess durch, der die Entwicklung unserer zukünftigen strategischen Ausrichtung der Gruppe und unserer Geschäftsbereiche und -einheiten widerspiegelt. Dieser Prozess beinhaltet verschiedene Phasen.

In einer ersten Phase diskutiert das Group Executive Committee und genehmigt der Vorstand auf Basis unseres makroökonomischen Ausblicks und der Erwartungen bezüglich des aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks die Risikotoleranz und die Hauptziele der nächsten drei Jahre für Gewinne und Verluste (sowie Umsätze und Kosten), das Kapitalangebot und die Kapitalnachfrage auf Gruppenebene sowie die wichtigsten Geschäftsbereiche.

In der zweiten Phase werden die gesetzten Ziele in Detailplänen für Geschäftseinheiten entwickelt, wobei das erste Jahr auf monatlicher Basis als operativer Plan, die Jahre zwei und drei als Jahrespläne in der angemessenen Granularität ausformuliert werden. Die vorgeschlagenen Detailpläne werden von Finance (Group Strategy and Capital Planning) und Risk (Strategic Risk and Enterprise-wide Risk Management) einer kritischen Prüfung unterzogen und mit jedem Geschäftsbereichsleiter einzeln erörtert. Dabei werden die Besonderheiten des Geschäftsbereichs berücksichtigt und konkrete Ziele vereinbart, die alle darauf ausgerichtet sind, unsere Strategie zu unterstützen.

Der Strategische und Kapitalplan wird dem Group Executive Committee und dem Vorstand vor Jahresende zur Diskussion und Genehmigung vorgelegt. Zu Beginn des darauffolgenden Jahres wird der genehmigte Plan dem Aufsichtsrat vorgelegt.

Der Risiko- und Kapitalbedarfsplan ist ein integraler Bestandteil des strategischen und Kapitalplans. Er ist darauf ausgerichtet, unsere Vision einer führenden auf Kunden ausgerichteten globalen Universalbank zu unterstützen. Er zielt darauf ab, sicherzustellen, dass wir

- ein ausgewogenes risikoadjustiertes Ergebnis in allen Geschäftsbereichen und -einheiten erreichen;
- die Risikomanagementstandards mit speziellem Fokus auf Risikokonzentrationen hochhalten;
- aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen einhalten;
- eine starke Kapital- und Liquiditätsposition sicherstellen; und
- mit einer stabilen Refinanzierungs- und Liquiditätsstrategie die Geschäftsplanung innerhalb der Liquiditätsrisikotoleranz sowie den aufsichtsrechtlichen Vorgaben unterstützen.

Unser Strategischer und Kapitalplan ermöglicht damit die

- Festlegung ertrags- und risikobezogener Kapitaladäquanzziele unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspläne;
- Bewertung unserer Risikotragfähigkeit mit Blick auf interne und externe Anforderungen (zum Beispiel in Bezug auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und das Ökonomische Kapital); und
- Durchführung von Stresstests zur Ermittlung der Auswirkungen auf Kapitalbedarf, Kapitalbasis und Liquiditätsposition.

Die spezifischen Limite werden aus dem Strategischen und Kapitalplan abgeleitet und gewährleisten unsere Risiko-, Kapital- und Ertragsziele auf allen Unternehmensebenen.

Die Ziele werden laufend in Managementkomitees auf angemessener Ebene kontrolliert. Eine erwartete Zielverfehlung wird gemeinsam mit möglichen Alternativstrategien diskutiert, um letztendlich die gesetzten Ziele trotzdem zu erreichen.

Im September 2012 haben wir eine neue strategische Zielausrichtung „Strategy 2015+“ kommuniziert. Mit unserem gestärkten Geschäftsmodell streben wir eine starke Kapitalposition von über 10 % Kernkapital bis zum ersten Quartal 2015 an, unter vollständiger Anwendung der Basel 3 Regeln. Dieses Ziel basiert auf der angenommenen Bildung von Gewinnrücklagen, welche nicht nur eine starke Ertragskraft in ausgewählten Wachstumsbereichen widerspiegelt, sondern auch auf die Umsetzung unseres angekündigten Operational Excellence Programms (OpEx), welches bis 2015 eine jährliche Kosteneinsparung von 4,5 Mrd € zum Ziel hat. Dadurch erreichen wir ein Aufwand-Ertrag-Verhältnis von unter 65 % für unsere Kerngeschäftsbereiche. Unsere Kapitalzielgröße wird darüber hinaus durch Risikoabbaumaßnahmen unterstützt, insbesondere im Bereich NCOU. Unser angestrebtes Niveau für unseren RoE (Return-on-Equity) nach Steuern beträgt 15 % für unsere Kerngeschäftsfelder und 12 % für den Konzern.

Nachdem wir eine Pro-forma-Tier-1-Kernkapitalquote unter Annahme vollständiger Umsetzung von Basel 3 von 7,8 % bis zum Jahresende 2012 erreicht haben, die über unserer Zielvorgabe von 7,2 % liegt, haben wir auch unsere Zielgröße für den 31. März 2013 von 8,0 % auf 8,5 % angepasst. Dies resultiert vordringlich aus niedrigeren Kapitalanforderungen.

Wir weisen darauf hin, dass wir, wie andere Banken auch, Aussagen machen in Bezug auf Basel 3-Quoten, die Finanzkennzahlen außerhalb der Rechnungslegungsstandards darstellen, obwohl deren Regeln durch den Gesetzgeber noch nicht finalisiert wurden und die aufsichtsrechtlichen Vorgaben zur Umsetzung noch unvollständig sind. Die Zielgrößen und Einschätzungen reflektieren unser derzeitiges Verständnis zum aktuellen Stand der Gesetzgebung sowie unser klares Bekenntnis zu einer aussagekräftigen weiteren Verbesserung unserer Kapitalquoten.

Risikoprofil

Die Mischung unserer verschiedenen Geschäftsaktivitäten impliziert unterschiedliche Risikoübernahmen durch unsere Geschäftsbereiche. Die wesentlichen inhärenten Risiken in unseren entsprechenden Geschäftsmodellen werden am besten durch unsere nicht diversifizierte Gesamtgröße für das Ökonomische Kapital gemessen. Diese spiegelt das Risikoprofil für jeden Unternehmensbereich vor übergreifenden Effekten auf Konzernebene wider.

Risikoprofil unserer Unternehmensbereiche auf Basis des Ökonomischen Kapitals

	31.12.2012						
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments	Insgesamt
in % (sofern nicht anders angegeben)							
Kreditrisiko	17	5	1	13	8	0	12.574
Marktrisiko	14	1	5	11	10	5	13.185
Operationelles Risiko	7	0	2	1	7	-	5.018
Diversifikations-effekte	-5	-0	-1	-2	-6	-0	-4.435
Geschäftsrisiko	8	-	0	-	-	-	2.399
Ökonomischer Kapitalbedarf							
ingesamt in Mio €	11.788	1.434	2.016	6.720	5.452	1.331	28.741
in %	41	5	7	23	19	5	100

Das Risikoprofil von Corporate Banking & Securities wird geprägt von den Handelsaktivitäten, insbesondere dem Marktrisiko aus der Eingehung von Positionen sowie Kreditrisiken aus unserem Engagement mit Derivaten. Weiterhin besteht ein Kreditrisiko durch Ausleihungen an Unternehmen und Finanzinstitute. Das verbleibende Risiko verteilt sich gleichmäßig auf Operationelle Risiken und Geschäftsrisiken, hauptsächlich aufgrund möglicher Rechts- und Ertragsschwankungsrisiken. Global Transaction Banking hat auf Basis des Ökonomischen Kapitals das geringste Risiko aller Unternehmensbereiche. Die Ausrichtung von Global Transaction Banking auf Trade Finance bedeutet, dass der Großteil seiner Risiken aus Kreditrisiken bestehen, ergänzt um einen geringen Anteil von Marktrisiken aus Derivaten.

Der Hauptrisikotreiber für die Risiken unseres Unternehmensbereichs Asset & Wealth Management (AWM) sind Garantien auf Investmentfonds, die wir unter Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten ausweisen. Weiterhin bringt das Beratungs- und Kommissionsgeschäft von AWM entsprechende operationelle Risiken mit sich.

Im Gegensatz hierzu ist das Risikoprofil von Private & Business Clients (PBC) gleichmäßig verteilt auf Kreditrisiken aus dem Kreditgeschäft mit Privatkunden, kleinen und mittleren Unternehmen sowie Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten aus dem Investmentportfolio der Postbank.

Risikotoleranz

Unsere Risikotoleranz ist ein Ausdruck des maximalen Risikos, das wir bereit sind, einzugehen, um unsere Geschäftsziele zu erreichen. Unsere Festlegung der Risikotoleranz übersetzen unsere Strategie in messbare kurz- und mittelfristige Ziele und Grenzwerte über materielle Risikokategorien und ermöglicht uns eine unterjährige Ergebnisüberwachung und -steuerung. Diese hat zum Ziel, optimale Wachstumsoptionen unter Berücksichtigung des involvierten Risikos und der Zuweisung der verfügbaren Kapitalressourcen zu identifizieren, um nachhaltige Erfolge sicherzustellen.

Der Vorstand überprüft und genehmigt jährlich die Risikotoleranz, um sicherzustellen, dass sie unserer Strategie, dem Geschäftsumfeld und den Anforderungen der Aktionäre entspricht. Die Festlegung der Risikotoleranz hat zum Ziel, dass das Risiko proaktiv auf dem gewünschten Niveau gesteuert und vom Vorstand genehmigt wird. Für das akzeptierte Niveau der Risikotoleranz sind verschiedene Schwellenwerte festgelegt, mit klar definierten Eskalationsanforderungen. Diese erlauben die Festlegung und Initiierung notwendiger Maßnahmen. Wird eine Toleranzschwelle überschritten, obliegt es dem Bereich Strategic Risk and Enterprise-wide Risk Management, dieses Ereignis den zuständigen Risikoausschüssen und in letzter Instanz dem Chief Risk Officer sowie dem Vorstand zu melden.

Änderungen der Risiko- und Kapitalstrategie sind je nach Ausmaß vom Chief Risk Officer beziehungsweise vom gesamten Vorstand zu genehmigen.

Risikoinventur

Durch unsere Geschäftsaktivitäten sind wir einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, von denen die wesentlichen im Folgenden näher beschrieben werden. Kredit-, Markt- und operationelles Risiko erfordern aufsichtsrechtliches Eigenkapital. Im Rahmen unseres Prozesses zur Bewertung der Internen Kapitaladäquanz berechnen wir das Ökonomische Kapital, das benötigt wird, um die aus unseren Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken (mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos) abzudecken.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko entsteht bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden einheitlich „Geschäftspartner“ genannt) ergeben einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind (siehe weiter unten im detaillierteren Abschnitt zum Kreditrisiko). Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (wie Kredite und Eventualverbindlichkeiten) oder unseren direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (wie außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zinstermingeschäfte). Wir unterscheiden drei Arten von Kreditrisiken:

- Das Ausfallrisiko, das wichtigste Element des Kreditriskos, ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf die zuvor beschriebenen Ansprüche nicht erfüllen.
- Das Abwicklungsrisiko ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Es entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere und/oder andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden, was uns einem potenziellen Verlust aussetzt, falls der Kontrahent ausfallen sollte.
- Das Länderrisiko ist das Risiko, dass uns ein unerwartetes Ausfall- oder Abwicklungsrisiko mit entsprechendem Verlust in einem Land entsteht, auf Basis einer Reihe von makroökonomischen oder sozialen Geschehnissen, die in erster Linie die Kontrahenten in dieser Gerichtsbarkeit beeinträchtigen. Dazu gehören eine Verschlechterung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, politischer und sozialer Unruhen, der Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, der staatlichen Nichtanerkennung von Auslandsschulden oder der extremen Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Das Länderrisiko beinhaltet auch das Transferrisiko. Dieses entsteht, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Interventionen nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen an Nichtgebietssässige zu übertragen.

Marktrisiko

Das Marktrisiko entsteht durch die Unsicherheit hinsichtlich Änderungen der Marktpreise und Kurse (einschließlich Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohstoffpreisen), der Korrelationen zwischen ihnen und ihrer unterschiedlichen Volatilität. Wir unterscheiden zwischen drei verschiedenen Arten von Marktrisiken:

- Das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten entsteht in erster Linie durch Marktpflegeaktivitäten im Unternehmensbereich CB&S. Dazu gehört das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohstoffen sowie in entsprechenden Derivaten.
- Das handelsbezogene Ausfallrisiko entsteht infolge von Ausfällen sowie Bonitätsveränderungen bezogen auf gehandelte Produkte.
- Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten resultiert aus Marktbewegungen, in erster Linie außerhalb der Aktivitäten unserer Handelsbereiche, in unserem Anlagebuch und aus außerbilanziellen Positionen. Dieses schließt Zinsrisiken, Credit Spread-Risiken, Investitionsrisiken und Fremdwährungsrisiken ein sowie Marktrisiken, die aus unseren Pensionsverpflichtungen, Garantiefonds und aktienbasierten Vergütungen resultieren. Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten beinhaltet auch Risiken aus der Modellierung von Kundendepots sowie Spar- und Kreditprodukten.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Verlustpotenzial (einschließlich Rechtsrisiken), das sich aus dem Verhalten von Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und Dokumenten, der Technologie, dem Versagen der Infrastruktur sowie aus Katastrophen, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen ergeben kann. Das operationelle Risiko umfasst keine Geschäfts- und Reputationsrisiken.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass wir möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage sind, unsere Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen.

Allgemeines Geschäftsrisiko

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet das Risiko, das aufgrund möglicher Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsteht. Dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Stellen wir uns nicht rechtzeitig auf veränderte Bedingungen ein, können diese unsere Geschäftsergebnisse beeinträchtigen. 2012 führten wir ein erweitertes Ökonomisches Kapitalmodell zur Verbesserung der Berichterstattung über das strategische Risiko als Unterkategorie des allgemeinen Geschäftsrisikos ein.

Neben den oben genannten sehen wir eine Reihe weiterer Risiken wie Reputations-, Versicherungs- und Konzentrationsrisiko. Bei diesen besteht ein starker Zusammenhang mit einer oder mehreren der oben genannten Risikoarten.

Reputationsrisiko

Für unsere Risikomanagementprozesse definieren wir das Reputationsrisiko als die Gefahr, dass die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in unser Unternehmen negativ beeinflusst.

Das Reputationsrisiko unterliegt bei uns dem Reputationsrisiko-Management-Programm (RRM-Programm). Dieses Programm wurde aufgebaut, um einheitliche Normen für die Identifikation, Eskalation und Auflösung der Reputationsrisiken aus Geschäften mit Kunden oder durch verschiedene Geschäftsaktivitäten zu bieten. Die Hauptverantwortung für die Identifikation, Eskalation und Lösung von Reputationsrisiken liegt bei den Geschäftsbereichen. Jeder Mitarbeiter ist verpflichtet, im Rahmen seiner Tätigkeit jede unmittelbare oder beabsichtigte Transaktion in Bezug auf mögliche Risikofaktoren zu analysieren und zu bewerten, um Reputationsrisiken zu minimieren. Wenn ein mögliches Reputationsrisiko identifiziert wird, muss es zur weiteren Prüfung auf eine ausreichend hohe Ebene innerhalb des entsprechenden Geschäftsbereichs weitergeleitet

werden. Wenn Fragen offenbleiben, sollten sie zur Diskussion unter entsprechend hochrangigen Mitgliedern der relevanten Geschäfts- und Kontrollgruppen eskaliert werden. Reputationsrisiken, die durch solche informellen Gespräche nicht zu einem zufriedenstellenden Abschluss geführt werden, müssen zur weiteren Prüfung und endgültigen Klärung über den etablierten Reputationsrisiko-Eskalationsprozess weitergeleitet werden.

Das Group Reputational Risk Committee („GRRC“) als Unterausschuss des Risk Executive Committee prüft und entscheidet alle das Reputationsrisiko sowie Kundenannahmen betreffenden Fragen, deren Eskalation vom Senior Management und Regional Management als notwendig erachtet wird oder aufgrund anderer Konzernrichtlinien und -verfahren erforderlich ist.

Versicherungsrisiko

Unser Versicherungsrisiko entsteht durch die Abbey Life Assurance Company Limited sowie unsere Verpflichtungen aus der leistungsorientierten Versorgungszusagen. Es gibt auch ein versicherungsbezogenes Risiko innerhalb des Pensions & Insurance Risk Markets-Geschäfts. Im Rahmen unseres Risikomanagements betrachten wir versicherungsbezogene Risiken in erster Linie als Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten. Wir überwachen die Annahmen, die der Berechnung dieses Risikos zugrunde liegen, regelmäßig und treffen gegebenenfalls risikomindernde Maßnahmen wie Rückversicherungen. Wir sind insbesondere folgenden versicherungsbezogenen Risiken ausgesetzt:

- **Langlebigkeitsrisiko** – Das Risiko, dass die Lebenserwartung schneller oder langsamer steigt als angenommen und sich sowohl auf gegenwärtige als auch zukünftige Rentenzahlungen auswirkt.
- **Sterblichkeits- und Invaliditätsrisiken** – Das Risiko, dass die Anzahl der Versicherungsansprüche infolge von Todesfällen oder Berufsunfähigkeit höher oder niedriger als erwartet ist und ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht werden.
- **Kostenrisiko** – Das Risiko, dass die Verwaltung von Versicherungsverträgen höhere oder niedrigere Kosten verursacht als erwartet.
- **Bestandsrisiko** – Das Risiko, dass der Prozentsatz der stornierten Verträge höher oder niedriger als erwartet ist.

Sofern die Erfahrungen ungünstiger als die zugrunde gelegten Annahmen sind oder aufgrund verschlechterter Annahmen mehr Rückstellungen erforderlich sind, kann dies zur Erhöhung des benötigten Kapitals der Versicherungsgesellschaften führen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen beschreiben ein Verlustpotenzial aus der unausgewogenen Verteilung der Abhängigkeiten von spezifischen Risikotreibern und können innerhalb bestimmter Risikoarten (das heißt Intra-Risikokonzentrationen) sowie über mehrere unterschiedliche Risikoarten hinweg (Inter-Risikokonzentrationen) auftreten in Bezug auf Kontrahenten, Geschäftsbereiche, Regionen/Länder, Konzerngesellschaften, Branchen sowie Produkte. Dabei beeinflussen sie die vorgenannten Risiken. Das Management von Risikokonzentrationen ist integriert in die Steuerung der einzelnen Risikoarten und wird regelmäßig überwacht. Das Hauptziel des Managements von Risikokonzentrationen ist, übermäßige Konzentrationen in unserem Portfolio zu vermeiden, was durch einen umfassenden quantitativen und qualitativen Ansatz erreicht wird:

- Intra-Risikokonzentrationen werden beurteilt und überwacht durch die jeweiligen Risiko-Disziplinen (Kredit-, Markt-, operationelles Risikomanagement und andere). Dies wird durch Einstellung von Limiten auf verschiedenen Ebenen nach Risikotyp unterstützt.
- Inter-Risikokonzentrationen werden über quantitative deduktive Belastungstests und qualitative induktive Bewertungen gesteuert, mit denen Risikothemen unabhängig von jeglichem Risiko ermittelt und bewertet werden, und ermöglichen damit eine ganzheitliche Sicht auf die Bank.

Das Cross Risk Review Committee, ein Unterausschuss des Capital and Risk Committee (CaR) und des Risk Executive Committee (Risiko ExCo), ist das höchste für die Überwachung der Konzentrationsrisiken zuständige Gremium.

Risikosteuerungsinstrumente

Zur Überwachung und Steuerung von Risiken verwenden wir zahlreiche quantitative und qualitative Methoden. Es gehört zu unseren Grundsätzen, dass wir die Angemessenheit und Zuverlässigkeit der verwendeten Messinstrumente und Kenngrößen mit Blick auf das sich ändernde Risikoumfeld ständig prüfen. Manche dieser Instrumente können für mehrere Risikoarten genutzt werden, andere sind auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten. Nachstehend sind die wichtigsten internen Instrumente und Kenngrößen aufgeführt, die wir derzeit für die Messung und Steuerung der Risiken sowie die dazugehörige Berichterstattung verwenden:

- **RWA Äquivalent** – Ist definiert als die Summe aus den risikogewichteten Aktiva („RWA“) und einem theoretischen Betrag für speziell zugeordnete Kapitalabzugspositionen vom Tier-1-Kernkapital, der diese in RWA konvertiert. RWA sind die Kerngröße für die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanz, dargestellt durch die Tier-1-Kernkapitalquote. RWA Äquivalente werden bei der Zielsetzung für das Wachstum unserer Geschäftsbereiche verwendet und werden im Rahmen unseres Managementreportings überwacht. Grundsätzlich werden die RWA im Einklang mit der aktuell gültigen „Basel 2.5“ europäischen (CRD) Richtlinie sowie deren Umsetzung in deutsches Recht gemäß Solvabilitätsverordnung („SolvV“) ermittelt. Darüber hinaus bestimmen wir jedoch auch RWA Äquivalente unter Maßgabe der pro-forma Basel 3 Anforderungen, die wir für die in die Zukunft gerichtete Risiko- und Kapitalplanung verwenden.
- **Erwarteter Verlust** – Wir nutzen den erwarteten Verlust zur Messung unseres Kredit- und operationellen Risikos. Der erwartete Verlust misst den Verlust, der innerhalb eines Jahres ab dem jeweiligen Berichtstermin aus diesen Risiken zu erwarten ist. Er wird auf der Grundlage historischer Verlustdaten ermittelt. Für die Berechnung des erwarteten Verlusts aus dem Kreditrisiko werden Kreditrisikoeinstufungen, erhaltene Sicherheiten, Fälligkeiten und statistische Durchschnittsverfahren berücksichtigt, um die Risikoeigenschaften unserer unterschiedlichen Arten von Engagements und Fazilitäten zu erfassen. Alle Parameterannahmen basieren auf statistischen Durchschnittswerten für einen Zeitraum von bis zu neun Jahren. Diese wurden auf Basis unserer historischen Ausfall- und Verlustdaten sowie externer Orientierungsgrößen berechnet. Wir setzen den erwarteten Verlust als Instrument in unserem Risikomanagementprozess ein. Außerdem ist er ein Bestandteil unseres Systems für die Managementberichterstattung. Die relevanten Ergebnisse der Berechnung des erwarteten Verlusts werden darüber hinaus zur Ermittlung der aggregierten Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Betracht gezogen, die in unserem Jahresabschluss enthalten sind. Für das operationelle Risiko berechnen wir den erwarteten Verlust anhand statistischer Durchschnittswerte, die auf internen Verlustdaten, aktuellen Risikoentwicklungen sowie zukunftsgerichteten Expertenschätzungen basieren.
- **Return on risk-weighted assets („RoRWA“)** – In Zeiten knappen aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals ist der Ertrag auf die risikogewichteten Aktiva („RoRWA“) ein wichtiges Maß, um die Wirtschaftlichkeit unserer Kundenbeziehungen einzuschätzen, insbesondere in Bezug auf das Kreditrisiko. RoRWA ist zurzeit die vorrangige Leistungskennzahl und hat daher einen höheren Stellenwert als der zuvor verwendete, auf dem Ökonomischen Eigenkapital basierende „Risk Adjusted Return on Capital“ („RARoC“).
- **Value-at-Risk** – Wir verwenden das Value-at-Risk-Verfahren, um quantitative Kenngrößen für unsere Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Die Value-at-Risk-Werte sind Teil der internen und externen (aufsichtsrechtlichen) Berichterstattung. Für ein bestimmtes Portfolio misst der Value-at-Risk den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der mit einem vorher definierten Konfidenzniveau unter normalen Marktbedingungen in einer bestimmten Periode nicht überschritten wird. Der Value-at-Risk für ein Gesamtportfolio misst unser diversifiziertes Marktrisiko (aggregiert unter Verwendung zuvor ermittelter Korrelationen) in diesem Portfolio.
- **Ökonomisches Kapital** – Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße zur Ermittlung des Eigenkapitals, das benötigt wird, um extreme unerwartete Verluste aus unserem Portfolio aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die in einem Jahr anfallenden aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt. Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos, für das Marktrisiko

einschließlich des handelsbezogenen Ausfallrisikos sowie für das operationelle und das allgemeine Geschäftsrисiko.

- **Stresstests** – Kredit-, Markt- und operationelle Risiken sowie Liquiditätsrisiken sind Gegenstand regelmäßiger Stresstests. Das Stresstest-Rahmenwerk auf Konzernebene umfasst regelmäßige konzernweite Stresstests, die auf einer Anzahl von Szenarien sowie einem makroökonomischen globalen Abschwungszenario basieren, die von DB Research zur Verfügung gestellt und konsistent für alle Risikoarten angewandt werden, jährliche Reverse-Stresstests und für die Kapitalplanung relevante Stresstests sowie Stresstests basierend auf Ad-hoc-Szenarien. Die Hot Spots der Abschwungsszenarien verändern sich im Laufe der Zeit entsprechend der Veränderung wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen rund um den Globus. Vor der Einschätzung der Stressauswirkungen werden die Szenarien in den geeigneten Governance-Ausschüssen diskutiert und genehmigt. Zusätzlich findet seit 2012 das Stressprogramm in unserem „Living Wills Recovery Planning“-Projekt Eingang. Hierzu werden Stressauswirkungen speziell definierter Sanierungsindikatoren für eine Reihe von Beinahe-Ausfallszenarien vor und nach der Anwendung von Erholungsmaßnahmen durchgeführt. Im Einzelnen bewerten wir eine Reihe von Sanierungsindikatoren unter Stress, wie beispielsweise unsere Tier-1-Kernkapitaquote, die interne Kapitaladäquanzquote sowie die Nettoliquiditätsposition („NLP“) und vergleichen deren gestresste Werte mit dem Ampelstatus (rot–gelb–grün) („RAG“), den wir in unserer Risikotoleranz auf Konzernebene definiert haben. Die RAG-Niveaus entsprechen Normal-, „Frühwarn-“ und Krisensituationen und sind folgendermaßen definiert: für die Tier-1-Kernkapitaquote [$>6,5\%$, $6,5\% \dots 5\%$, $<5\%$], für die interne Kapitaladäquanzquote [$>135\%$, $135\% \dots 120\%$, $<120\%$] sowie für die Nettoliquiditätsposition [$>5\text{ Mrd €}$, $5\text{ Mrd €} \dots 0\text{ Mrd €}$, $<0\text{ Mrd €}$]. Für die oben genannten Stresstests war es der Bank im Berichtsjahr 2012 möglich, nach Anwendung von Gegenmaßnahmen einen grünen RAG-Status für alle Indikatoren zu erzielen.
- Weiterhin ergänzen wir unsere risikospezifischen Analysen der Kredit-, Markt-, operationellen und Liquiditätsrisiken um Stresstests. Für das Kreditrisikomanagement führen wir Stresstests durch, um den Einfluss von Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder spezifischer Parameter auf unser Kreditportfolio beziehungsweise Teile davon einzuschätzen. Auch der Einfluss auf die Bonitätseinstufung unseres Portfolios wird berücksichtigt. Wir führen Stresstests zur Steuerung des Marktrisikos durch, da Value-at-Risk-Berechnungen auf Basis historischer Daten aus der jüngeren Vergangenheit Risiken nur bis zu einem bestimmten Konfidenzniveau ermitteln und von einer guten Verwertbarkeit der Aktiva ausgehen. Sie spiegeln daher nur das Verlustpotenzial unter relativ normalen Marktbedingungen wider. Stresstests helfen uns, die Auswirkungen potenzieller extremer Marktbewegungen auf den Wert unserer marktrisikosensitiven Aktiva einzuschätzen. Das betrifft neben unseren hochliquiden auch unsere weniger liquiden Handelspositionen sowie unsere Investitionen. Die Korrelationen zwischen Marktrisikofaktoren, die unseren aktuellen Stresstests zugrunde liegen, wurden aus volatilen Marktverhältnissen abgeleitet. Sie stimmen mit den Marktverhältnissen überein, die während der jüngsten Stressphasen an den Märkten beobachtet wurden. Mithilfe von Stresstests ermitteln wir das Ökonomische Kapital, das unter extremen Marktbedingungen, auf denen unsere Simulationen basieren, zur Unterlegung unserer Marktrisiken erforderlich ist. Zur Steuerung unseres operationellen Risikos führen wir Stresstests durch, um die Sensitivität unseres Ökonomischen Kapitalmodells bei Veränderungen wesentlicher Modellkomponenten einschließlich externer Verluste einzuschätzen. Im Rahmen unseres Liquiditätsrisikomanagements verwenden wir Stresstests und Szenarioanalysen, um den Einfluss plötzlich auftretender Stressereignisse auf unsere Liquiditätsposition zu untersuchen.

Kreditrisiko

Wir messen und steuern unser Kreditrisiko anhand der nachstehend beschriebenen Philosophie und Grundsätze:

- Unsere Kreditrisikomanagementfunktion ist unabhängig von unseren Geschäftsbereichen. In jedem unserer Geschäftsbereiche werden Kreditentscheidungsstandards, Prozesse und Grundsätze einheitlich angewandt.
- Das Grundprinzip für das Kreditrisikomanagement ist die Kundenanalyse. Eine umsichtige Kundenselektion erreichen wir in Zusammenarbeit mit den Partnern aus den Geschäftsbereichen, welche die erste Verteidigungslinie bilden.
- Wir streben aktiv ein diversifiziertes Kreditportfolio an, um hohe Konzentrations- und Langzeitrisiken (große unerwartete Verluste) zu verhindern. Kunden-, branchen-, länder- und produktspezifische Konzentrationen werden anhand unserer Risikobereitschaft bewertet und gesteuert.
- Wir wenden stringente Genehmigungsstandards an, um große gebündelte Kreditrisiken auf Kreditnehmer- und Portfolioebene zu vermeiden. Diesbezüglich haben wir einen vorsichtigen Ansatz hinsichtlich nicht besicherter Barkredite und nutzen aktiv Marktabsicherungen zur Risikoreduzierung. Zusätzlich streben wir für unser Derivateportfolio nach einer Absicherung durch angemessene Besicherungsvereinbarungen und schließen in einzelnen Fällen auch zusätzliche Sicherungsgeschäfte gegen Konzentrationsrisiken ab, um Kreditrisiken aus Marktbewegungen weiter zu reduzieren.
- Jede Kreditgewährung und jegliche materielle Veränderung einer Kreditfazilität gegenüber einem Geschäftspartner (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) erfordern eine Kreditgenehmigung auf der angemessenen Kompetenzebene. Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Wir messen unser gesamtes Kreditengagement gegenüber einem Kreditnehmer und fassen es konzernweit in Übereinstimmung mit dem deutschen Kreditwesengesetz auf konsolidierter Basis zusammen.
- Wir steuern unsere Kreditengagements auf Basis von Kreditnehmereinheiten, bei denen alle Kreditfazilitäten von Kreditnehmern, die miteinander verbunden sind (beispielsweise dadurch, dass ein Kontroll- und Beherrschungsverhältnis besteht), konsolidiert in einer Gruppe zusammen.
- Innerhalb des Kreditrisikomanagements haben wir – wo sinnvoll – spezialisierte Teams etabliert, die für die Analyse des Kundenrisikos, die Analyse und Genehmigung der Transaktionen, die Überwachung von Portfolios und die Betreuung von Spezialkreditmanagement-Kunden verantwortlich sind. Die Kreditbearbeitung für die NCOU nutzt das vorhandene Know-How unserer Kreditorganisation.
- Unser Kreditgeschäft wird durch unsere „Grundsätze für das Management von Kreditrisiken“ geregelt. Diese Grundsätze bestimmen unsere allgemeine Risikophilosophie für das Kreditrisiko sowie die Methoden, dieses Risiko aktiv zu steuern. Die Grundsätze definieren wichtige organisatorische Anforderungen, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sowie Prozesse für das Kreditrisikomanagement und gelten für alle Kreditgeschäfte, die im Konzern vorgenommen werden.

Kreditriskoinstufung

Ein wichtiges Grundelement des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements eines Geschäftspartners. Wir verfügen über interne Bewertungsmethoden, Score Cards und unsere 26-stufige Bewertungsskala zur Beurteilung der Bonität unserer Geschäftspartner. Der Großteil unserer Methoden zur Risikobeurteilung ist für die Nutzung im Rahmen des fortgeschrittenen internen bonitätsbasierten Ansatzes gemäß geltender Basel-Regeln zugelassen. Mithilfe unserer Bonitätsskala können wir unsere internen Bonitätsbeurteilungen mit der Marktpraxis und unsere verschiedenen Teilportfolios untereinander vergleichen. Mehrere Einstufungen des Ausfallrisikos ermöglichen uns auch, die erwarteten Rückflüsse von ausgefallenen unbesicherten Engagements auszudrücken. Wir bewerten unsere Kreditengagements generell einzeln. Eine Ausnahme stellen bestimmte Portfolios verbriefter Forderungen dar, die auf Pool-Ebene bewertet werden. Bonitätseinstufungen müssen immer aktuell gehalten werden und dokumentiert sein.

In unserem Privatkundengeschäft werden die Kreditrisikoprüfungen und Kreditnehmereinstufungen in den homogenen Portfolios über eine automatisierte Entscheidungslogik (Decision Engine) ermittelt. Die Entscheidungslogik berücksichtigt quantitative Aspekte (wie Finanzdaten), Verhaltensinformationen, Kreditauskünfte (wie SCHUFA in Deutschland) und allgemeine Kundendaten. Diese Eingangs faktoren werden von unserer Entscheidungslogik zur Ermittlung der Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers verwendet. Nach Bewertung der Sicherheiten wird der eventuell zu erwartende Verlust berechnet sowie die weiteren erforderlichen Schritte zur Bearbeitung der abschließenden Kreditentscheidung bestimmt. Die etablierten Bonitätsbeurteilungsverfahren, die wir in unserem Privatkundengeschäft einsetzen, basieren auf multivariaten statistischen Methoden und werden zur Unterstützung unserer individuellen Kreditentscheidungen für dieses Portfolio und auch zur Steuerung des Privatkundenportfolios insgesamt eingesetzt.

Die Algorithmen der Bonitätsbeurteilungsverfahren werden immer wieder auf Basis der Ausfallhistorie sowie weiterer externer und interner Faktoren und Schätzungen neu justiert.

Die Postbank verwendet interne Bonitätsbeurteilungssysteme, die für die Verwendung im auf internen Bonitätseinstufungen basierenden Basisansatz gemäß Basel 2 zugelassen sind. Die internen Bonitätsbeurteilungen und -einstufungen basieren auf einer einheitlichen Masterskala, die jeder Bonitätsbeurteilung oder jedem Einstufungsergebnis die für die jeweilige Stufe festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Eine konzernweit einheitliche Risikosteuerung ist durch die Zusammensetzung der Risikokomitees mit Mitgliedern der Postbank und der Deutschen Bank gewährleistet.

Genehmigung der Bonitätseinstufungsverfahren

Alle Bonitätseinstufungsmethoden des Konzerns ohne Postbank müssen vor ihrer erstmaligen Verwendung bei Kreditentscheidungen und Kapitalberechnungen beziehungsweise im Fall wesentlicher Änderungen zunächst von dem Group Credit Policy Committee („GCPC“), einem Unterausschuss des Risk Executive Committee, genehmigt werden. Eineaufsichtsrechtliche Genehmigung kann möglicherweise ebenfalls erforderlich sein. Die Ergebnisse der regelmäßigen Validierungsprozesse nach Maßgabe unternehmensinterner Richtlinien sind dem GCPC auch dann zu melden, wenn die Validierungsergebnisse keine Änderung bewirken. Zu Beginn jedes Kalenderjahres wird dem GCPC der Validierungsplan und in jedem Quartal ein Statusbericht vorgestellt.

Bei der Postbank obliegt die Verantwortung für die Konzeption, die Implementierung und die Überwachung der Funktionsfähigkeit der internen Bonitätseinstufungssysteme der Postbankabteilung Risikoanalytik und einem Postbank-Validierungsgremium unter Vorsitz des Chief Credit Risk Officer der Postbank. Alle Bonitätseinstufungssysteme werden vom Vorstand der Postbank genehmigt. Der Postbank-Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit der Bonitätseinstufungssysteme sowie über die Bonitätseinstufungsergebnisse informiert. Postbank und Deutsche Bank entsenden gegenseitig Mitglieder in die Committees, um eine einheitliche Steuerung zu gewährleisten.

Messung des Kreditrisikos

Der Hauptmaßstab im Kreditrisikomanagement, den wir anwenden, um unser Kreditportfolio zu steuern, einschließlich Transaktionsgenehmigungen und Festlegung der Risikobereitschaft, sind interne Limite und Kreditinanspruchnahmen innerhalb dieser Limite. Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die wir für bestimmte Zeiträume einzugehen bereit sind. Bei der Festlegung der Kreditlimite für einen Geschäftspartner berücksichtigen wir dessen Bonität unter Zugrundelegung der internen Einstufung der Kreditqualität. Kreditengagements werden sowohl auf Brutto- als auch auf Nettobasis gemessen. Hierbei wird der Nettowert durch Abzug von Kreditsicherungsinstrumenten und bestimmten Sicherheiten von den jeweiligen Bruttozahlen ermittelt. Bei Derivaten werden die aktuellen Marktwerte und potenzielle künftige Entwicklungen über die Laufzeit einer Transaktion zugrunde gelegt. Grundsätzlich berücksichtigen wir auch das Risiko-Rendite-Verhältnis der einzelnen Transaktion und des Portfolios.

Kreditgenehmigung und Kompetenz

Kreditlimite werden vom Kreditrisikomanagement im Rahmen der erteilten Kompetenzen genehmigt. Kreditgenehmigungen werden durch Unterzeichnung des Kreditberichts vom jeweiligen Kreditgenehmigungskompetenzträger dokumentiert und für die Zukunft aufbewahrt.

Eine Kreditgenehmigungskompetenz wird generell als persönliche Kreditgenehmigungskompetenz in Abhängigkeit von fachlicher Qualifikation und Erfahrung vergeben. Alle erteilten Kreditgenehmigungskompetenzen unterliegen einer regelmäßigen Prüfung auf Angemessenheit mit Blick auf die individuelle Leistung des Kompetenzträgers. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden dem Group Credit Policy Committee präsentiert.

Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz nicht ausreichend ist, um ein notwendiges Kreditlimit zu genehmigen, wird die Transaktion an einen Mitarbeiter mit einer höheren Kreditgenehmigungskompetenz oder, falls notwendig, an ein zuständiges Kreditkomitee, wie das CIB Underwriting Committee, weitergeleitet. Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz und die von Komitees nicht ausreichen, um entsprechende Limite zu genehmigen, wird der Fall dem Vorstand vorgelegt.

Kreditrisikominderung

Wir legen nicht nur die Kreditwürdigkeit der Geschäftspartner und die eigene Risikotoleranz fest, sondern verwenden darüber hinaus verschiedene Risikominderungstechniken, um das Kreditengagement zu optimieren und potenzielle Kreditverluste zu reduzieren. Die nachstehend näher beschriebenen Instrumente zur Minderung des Kreditrisikos werden wie folgt eingesetzt:

- Umfassende und rechtlich durchsetzbare Kreditdokumentation mit angemessenen Bedingungen,
- Sicherheiten, um durch zusätzliche mögliche Rückflusse Verluste zu reduzieren,
- Risikotransfers, mit denen die Wahrscheinlichkeit des Ausfallrisikos eines Schuldners auf eine dritte Partei übertragen wird, einschließlich Absicherungen durch unsere Credit Portfolio Strategies Group („CPSG“),
- Aufrechnungs- und Sicherheitenvereinbarungen, die das Kreditrisiko aus Derivaten sowie Wertpapierpensionsgeschäften reduzieren.

Sicherheiten

Wir vereinbaren in Verträgen mit Kunden, die ein Kreditrisiko beinhalten, regelmäßig die Hereinnahme oder das Stellen von Sicherheiten. Diese Sicherheiten werden in Form von Vermögenswerten oder Drittverpflichtungen gestellt, die das inhärente Risiko von Kreditausfällen mindern, indem sie das Ausfallrisiko des Kreditnehmers abdecken oder bei Ausfällen die Rückflüsse erhöhen. Während Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, ersetzen sie nicht die Notwendigkeit hoher Risikoübernahmestandards im Kreditgeschäft.

Wir unterteilen erhaltene Sicherheiten in die folgenden zwei Kategorien:

- Finanzielle und andere Sicherheiten, die es uns ermöglichen, das ausstehende Engagement vollständig oder in Teilen zurückzuführen, indem der als Sicherheit hinterlegte Vermögenswert verwertet wird, wenn der Kreditnehmer seine Hauptverpflichtungen nicht erfüllen kann oder will. Zu dieser Kategorie gehören in der Regel Barsicherheiten, Wertpapiere (Aktien, Anleihen), Sicherungsübereignungen von Forderungen oder Beständen, Sachmittel (zum Beispiel Anlagen, Maschinen, Flugzeuge) sowie Immobilien.
- Garantiesicherheiten, die die Fähigkeit des Kreditnehmers ergänzen, seine Verpflichtungen gemäß dem Kreditvertrag zu erfüllen, und die von Dritten bereitgestellt werden. Zu dieser Kategorie gehören üblicherweise Akkreditive, Versicherungsverträge, Exportkreditversicherungen, erhaltene Garantien und Risikobeteiligungen.

Mit unseren Prozessen streben wir an, sicherzustellen, dass die von uns akzeptierten Sicherheiten zum Zweck der Risikominderung von hoher Qualität sind. Dieses Streben umfasst unser Bemühen, rechtswirksame und rechtlich durchsetzbare Dokumentationen für verwertbare Sicherheiten zu erstellen, die regelmäßig von Expertenteams bewertet werden. Die Beurteilung der Eignung von Sicherheiten einschließlich des zu verwendenden Sicherheitenabschlags für eine bestimmte Transaktion ist Teil der Kreditentscheidung und muss in konservativer Weise durchgeführt werden. Wir nutzen Sicherheitenabschläge, die regelmäßig überprüft und genehmigt werden. In diesem Zusammenhang streben wir an, Korrelationsrisiken zu vermeiden, bei denen das Kontrahentenrisiko des Kreditnehmers mit einem erhöhten Risiko für eine Verschlechterung des Sicherheitswerts einhergeht. Für erhaltene Garantien unterliegt der Garantiegeber vergleichbaren Bonitätsprüfungen und Entscheidungsprozessen wie ein Kreditnehmer.

Risikotransfers

Risikotransfers an dritte Parteien bilden eine Hauptfunktion unseres Risikomanagementprozesses und werden in verschiedenen Formen durchgeführt. Dazu gehören Komplettverkäufe, Absicherung von Einzeladressen und Portfolien sowie Verbriefungen. Sie werden von den jeweiligen Geschäftsbereichen und durch unsere CPSG in Übereinstimmung mit speziell genehmigten Vollmachten durchgeführt.

CPSG ist vor allem für die Steuerung des Kreditrisikos für Kredite und ausleihebezogene Zusagen des internationalen Investment-Grade Kreditportfolios, des Portfolios strukturierter Finanzierungen sowie des Portfolios für Kredite an Unternehmen des deutschen Mittelstandes innerhalb unseres Konzernbereichs CB&S verantwortlich.

Als zentrale Preisreferenzstelle stellt CPSG den jeweiligen Geschäftsfeldern des Unternehmensbereichs CB&S die entsprechenden beobachteten oder abgeleiteten Kapitalmarktkonditionen für neue Kreditanträge bereit. Die Entscheidung über die Kreditvergabe durch die Geschäftseinheit bleibt jedoch dem Kreditrisikomanagement vorbehalten.

Innerhalb dieses Kreditrisikokonzepts konzentriert sich die CPSG auf zwei wesentliche Ziele, die zur Verbesserung der Risikomanagementdisziplin, zur Renditesteigerung sowie zum effizienteren Kapitaleinsatz beitragen sollen:

- Verringerung der einzeladressen- und branchenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb eines Kreditportfolios sowie
- Aktives Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie etwa Kreditverkäufen, Verbriefung von besicherten Kreditforderungen, Ausfallversicherungen sowie Einzeladressen- und Portfolio CDS.

Aufrechnungs- und Sicherheitenvereinbarungen für Derivate

Die Aufrechnung wird vornehmlich bei außerbörslich abgeschlossenen Derivaten wie nachstehend beschrieben angewandt. Darüber hinaus wird die Aufrechnung auch bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften angewandt, sofern die vertragliche Vereinbarung, Struktur und Natur der Risikominderung eine Aufrechnung mit dem zugrunde liegenden Kreditrisiko erlauben.

Um das Kreditrisiko aus außerbörslich abgeschlossenen Derivategeschäften zu reduzieren, sind wir, wenn keine Abwicklung über eine zentrale Gegenpartei erfolgen kann, grundsätzlich bemüht, Rahmenverträge mit unseren Kunden abzuschließen (wie den Rahmenvertrag für Derivate der International Swaps and Derivatives Association, Inc (ISDA) oder den deutschen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte). Ein Rahmenvertrag ermöglicht es, dann, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, die Ansprüche und Verpflichtungen sämtlicher vom Rahmenvertrag erfasster Derivategeschäfte so zu verrechnen, dass lediglich eine einzige Nettoforderung oder -verbindlichkeit gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt („Liquidationsnetting“). Für bestimmte Teile unseres Derivategeschäfts (wie Devisengeschäfte) schließen wir auch Rahmenverträge ab, unter denen wir am gleichen Tag in derselben Währung fällige Beträge verrechnen („Payment Netting“), was zur Verringerung unseres Abwicklungsrisikos führt. Bei unseren Risikomess- und Risikobeurtei-

lungsprozessen wenden wir die Aufrechnung nur so weit an, wie wir uns von der rechtlichen Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit des Rahmenvertrags in allen betreffenden Jurisdiktionen überzeugt haben.

Darüber hinaus schließen wir Besicherungsvereinbarungen („Credit Support Annexes“, „CSA“) zu Rahmenverträgen ab, um das derivatebezogene Kreditrisiko weiter zu senken. Diese Besicherungsanhänge bieten grundsätzlich eine Risikominderung durch die regelmäßigen (gewöhnlich täglichen) Sicherheitennachschüsse für die besicherten Risikopositionen. Die Besicherungsvereinbarungen erlauben darüber hinaus die Kündigung der zugrunde liegenden Derivategeschäfte, falls der Vertragspartner einer Aufforderung zum Sicherheitennachschnitt nicht nachkommt. Wenn wir davon ausgehen, dass der Anhang durchsetzbar ist, spiegelt sich dies, wie auch bei der Aufrechnung, in unserer Beurteilung der besicherten Position wider.

In einigen Besicherungsanhängen zu Rahmenverträgen haben wir ratingbezogene Klauseln vereinbart, die vorsehen, dass eine Partei zusätzliche Sicherheiten stellen muss, wenn ihre Bonitätsbewertung herabgestuft wird. Wir schließen auch Rahmenverträge ab, die im Falle der Verschlechterung der Bonitätseinstufung eines Partners das Recht zur Kündigung durch die andere Partei vorsehen. Diese Herabstufungsklauseln in den Besicherungsanhängen und Rahmenverträgen finden üblicherweise auf beide Parteien Anwendung, können aber auch nur gegen uns wirken. Wir analysieren und überwachen in unserem Stresstestansatz für Liquiditätsrisiken laufend unsere möglichen Eventualzahlungsverpflichtungen, die aus einer Herabstufung resultieren. Für eine Darstellung der quantitativen Auswirkungen einer Herabstufung unserer Bonitätsbewertung siehe Tabelle „Stresstestergebnisse“ im Kapitel „Liquiditätsrisiko“.

Konzentration bei der Kreditrisikominderung

Bei der Kreditrisikominderung kann es zu Konzentrationen kommen, wenn mehrere Garantiegeber und Anbieter von Kreditderivaten mit ähnlichen ökonomischen Merkmalen an vergleichbaren Aktivitäten beteiligt sind und ihre Fähigkeit zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen durch Änderungen im Wirtschafts- oder Branchenumfeld beeinträchtigt wird.

Für die Überwachung der Aktivitäten zur Kreditrisikominderung verwenden wir eine umfassende Palette von quantitativen Instrumenten und Messgrößen. Dies beinhaltet auch das Überwachen von potenziellen Risikokonzentrationen innerhalb der gestellten Sicherheiten, welche durch spezifische Stresstests unterstützt wird. Für weitere qualitative und quantitative Details in Bezug auf die Anwendung von Kreditrisikominderungen und potenziellen Konzentrationen verweisen wir auch auf den Abschnitt „Maximales Kreditrisiko“.

Kreditrisikoüberwachung

Eine anhaltende aktive Überwachung und Steuerung unserer Kreditrisikopositionen ist integraler Bestandteil unserer Kreditrisikomanagement-Aktivitäten. Ein wesentlicher Fokus unserer Überwachung liegt auf Qualitätsveränderungen im Portfolio sowie auf möglichen Konzentrationen hinsichtlich Einzelrisiken, Branchen, Ländern oder Produkten mit dem Ziel, zu hohe Konzentrationsrisiken zu vermeiden. Auf Portfolioebene können Kreditrisikokonzentrationen dann entstehen, wenn wir wesentliche Engagements mit einer Vielzahl von Kunden mit ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder vergleichbaren Geschäftsaktivitäten unterhalten und diese Gemeinsamkeiten dazu führen können, dass die Geschäftspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen können, falls sich wirtschaftliche oder branchenbezogene Rahmenbedingungen ändern.

Unser Portfoliomanagement hält geeignete Analysen zur Bestimmung von Konzentrationen bereit, um diese auf ein akzeptables Niveau zu begrenzen.

Steuerung von Einzelrisiken

Unsere Kunden im Kreditgeschäft werden grundsätzlich Kreditanalysten nach Kreditbereichen entsprechend der Kundenart (wie Kreditinstitute, Firmenkunden oder Privatpersonen) oder Wirtschaftsregion (zum Beispiel Schwellenländer) sowie speziellen Teams für interne Bonitätseinstufungsanalysen zugeordnet. Die entsprechenden Kreditanalysten verfügen über die notwendige Fachkompetenz und Erfahrung hinsichtlich der Steuerung der Kreditrisiken im Zusammenhang mit diesen Kunden und ihren kreditbezogenen Transaktionen. In

unserem Privatkundenbereich sind Kreditentscheidung und -überwachung aus Effizienzgründen in erheblichem Maße automatisiert. Das Kreditrisikomanagement überwacht die entsprechenden Prozesse und Systeme, die im Privatkundenkreditbereich hierbei verwendet werden. Jeder Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements ist für die ständige kreditseitige Überwachung des ihm übertragenen Portfolios von Kreditnehmern verantwortlich. In diesem Zusammenhang stehen uns Verfahren zur Verfügung, mit denen wir versuchen, frühzeitig Kreditengagements zu erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Verlustrisiko ausgesetzt sind.

Sobald wir Kreditnehmer identifizieren, bei denen kreditseitig Probleme entstehen können, werden die betreffenden Engagements generell auf eine Beobachtungsliste gesetzt. Wir wollen diese Kunden anhand unserer Risikosteuerungsinstrumente frühzeitig identifizieren, um das Kreditengagement effektiv zu steuern und die Rückflüsse daraus zu maximieren. Die Zielsetzung dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Risiken ist ein Grundprinzip unserer Kreditkultur und soll sicherstellen, dass größtmögliche Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird.

Steuerung von Branchenrisiken

Für die Steuerung von Branchenrisiken haben wir unsere institutionellen Kunden in verschiedene Branchenteilportfolien klassifiziert. Für jedes dieser Teilportfolien wird in der Regel jährlich ein Branchenportfoliobericht erstellt. Dieser Bericht zeigt Branchenentwicklungen und Risiken für unser Kreditportfolio, überprüft Konzentrationsrisiken und analysiert das Risiko-Rendite-Profil des Portfolios. Zudem enthält er Stresstests hinsichtlich der Reaktion des jeweiligen Teilportfolios bei einem wirtschaftlichen Abschwung. Anhand der Auswertung werden die Strategien sowohl für Branchenportfolios als auch einzelne Kunden innerhalb des Portfolios auf der Basis ihres jeweiligen Risiko-Rendite-Verhältnisses und Potenzials festgelegt.

Die Branchenportfolioberichte werden dem Group Credit Policy Committee, einem dem Risk Executive Committee untergeordneten Komitee, präsentiert und danach an den Vorstand geleitet. Nach einem vereinbarten Zeitplan werden dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats ausgewählte Branchenportfolioberichte vorgelegt. In Ergänzung zu diesen Berichten wird die Entwicklung der Branchenteilportfolien während des Jahres regelmäßig überwacht und mit den genehmigten Strategien für die Teilportfolien verglichen. Für das Group Credit Policy Committee werden regelmäßig Übersichten erstellt, um die jüngsten Entwicklungen zu besprechen und Maßnahmen einzuleiten, sofern dies erforderlich ist.

Steuerung des Länderrisikos

Die Vermeidung von hohen Konzentrationen auf regionaler Ebene ist ein integraler Bestandteil unseres Kreditrisikomanagementkonzepts. Um dies zu erreichen, werden Länderriskolimite für Schwellenländer sowie ausgewählte risikoreichere Industrieländer (basierend auf internen Bonitätseinstufungen von Länderrisiken) gesetzt. Schwellenländer sind unterteilt in Regionen. Für jede Region sowie die risikoreicheren Industrieländer wird in der Regel jährlich ein Länderportfoliobericht erstellt. Dieser Bericht zeigt wesentliche makroökonomische Entwicklungen und Aussichten, überprüft die Zusammensetzung des Portfolios und Konzentrationsrisiken und analysiert das Risiko-Rendite-Profil des Portfolios. Auf dieser Grundlage werden Kreditlimite und Strategien für die wichtigsten Länder und – wenn notwendig – für die Region als Ganzes festgelegt.

Länderriskolimite werden entweder vom Vorstand oder durch unser Cross Risk Review Committee, ein dem Risk Executive Committee und Capital and Risk Committee untergeordnetes Komitee, im Rahmen delegierter Kompetenzen genehmigt.

Das Rahmenwerk für Länderlimite umfasst alle wesentlichen Risikokategorien, die durch die jeweiligen Risikobereiche gesteuert werden:

- **Kreditrisiko:** Limite für Kreditrisiken auf Kundenebene in einem bestimmten Land, um das zusammengefasste Kreditrisiko, welches länderspezifischen, wirtschaftlichen und politischen Ereignissen unterliegt, zu steuern. Diese Limite beinhalten Kreditengagements an Gesellschaften, sowohl lokal als auch Tochtergesellschaften von ausländischen multinationalen Konzernen. Zusätzlich werden Risikolimite, als Unterlimit des Kundenkreditlimits, für die grenzüberschreitende Übertragung von Forderungen festgelegt.
- **Marktrisiko:** Limite zur Steuerung von Risiken aus Handelspositionen in Schwellenländern, die gesetzt werden, basierend auf möglichen gestressten Marktereignissen und deren Auswirkung auf die Gewinn- und Verlustrechnung.
- **Treasury Risiko:** Engagements einer Deutsche Bank-Einheit zu einer anderen (Finanzierung, Kapital oder gestellte Sicherheiten) unterliegen Limiten aufgrund des inhärenten Risikos bei der grenzüberschreitenden Übertragung dieser Positionen.
- **Gap Risiko:** Limite, um das Risiko von Verlusten aufgrund von Korrelationsrisiken innerhalb eines Landes zu steuern.

Unsere Einstufungen des Länderrisikos sind ein wesentliches Instrument für das Länderrisikomanagement. Sie werden von einem unabhängigen Analyseteam für Länderrisiko innerhalb der Deutschen Bank (dbResearch) ermittelt und beinhalten:

- **Bonitätseinstufung von Staaten.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat seinen Verpflichtungen in Fremdwährung oder seiner eigenen Währung nicht nachkommt.
- **Bonitätseinstufung des Transferrisikos.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Transferrisikoereignis eintritt, das heißt das Kreditrisiko, das entsteht, wenn ein grundsätzlich zahlungsfähiger und zahlungswilliger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, da er wegen der Auferlegung staatlicher oder aufsichtsrechtlicher Kontrollen keine Devisen beschaffen oder Vermögenswerte nicht an Nichtgebietssässige übertragen kann.
- **Bonitätseinstufung des Ereignisrisikos.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass es zu wesentlichen Störungen der Marktrisikofaktoren (Zinsen, Bonitätsaufschlag usw.) eines Landes kommt. Ereignisrisiken werden als Teil unserer Ereignisrisikoszenarien gemessen; für weitere Details siehe Abschnitt „Messung des Marktrisikos“ in diesem Bericht.

Sämtliche Bonitätseinstufungen von Staaten und des Transferrisikos werden mindestens einmal im Jahr vom Cross Risk Review Committee, einem dem Risk Executive Committee und Capital and Risk Committee untergeordneten Komitee, geprüft. Wenn als notwendig erachtet, können häufigere Bewertungen vorgenommen werden.

Unsere Konzernbereiche sind für die Steuerung ihrer Länderrisiken innerhalb der genehmigten Limite verantwortlich. Die regionalen Einheiten im Kreditriskomanagement überwachen unser Länderrisiko auf der Grundlage von Daten, die durch Risk Operations und Finance zur Verfügung gestellt werden. Das Cross Risk Review Committee prüft ebenfalls Informationen zum Transferrisiko.

Die Bonitätseinstufungen der Postbank werden durch ein Bonitätseinstufungs-Tool auf monatlicher Basis überprüft und angepasst, wenn erforderlich. Länderrisikolimite und Staatsrisikolimite für alle relevanten Länder werden vom Vorstand der Postbank jährlich genehmigt.

Produktspezifisches Risikomanagement

Ergänzend zu unserem Kunden-, Branchen- und Länderrisikoansatz fokussieren wir uns auf produktspezifische Risikokonzentrationen und setzen dabei entsprechende Limite, sofern zum Zweck des Risikomanagements benötigt. In diesem Zusammenhang wird ein Schwerpunkt auf Underwriting Caps gelegt. Diese Höchstgrenzen limitieren das aggregierte Risiko aus Transaktionen, bei denen wir Kreditzusagen machen mit der Intention, das Risiko zu verkaufen oder Teile des Risikos an dritte Parteien weiterzugeben. Diese Zusagen umfassen die Verpflichtung zur Finanzierung von Bankkrediten und Überbrückungskrediten für die Emission öffentlicher Anleihen. Das Risiko ist, dass wir die Anlagen nicht erfolgreich platzieren können, das heißt, wir müssen das zugrunde liegende Risiko länger als geplant behalten. Diese Übernahmeverpflichtungen sind zusätzlich dem Marktrisiko von wachsenden Risikoauflschlägen ausgesetzt. Wir sichern diese Risikoauflschläge im Rahmen von genehmigten Marktrisikolimiten aktiv ab.

Darüber hinaus gelten produktspezifische Strategien zur Festlegung unserer Risikobereitschaft für ausreichend homogene Portfolios, für die eine detaillierte Einzelkundenanalyse nicht zentral zur Steuerung notwendig ist, wie das Privatkundenportfolio mit Hypothekendarlehen sowie für Produkte für Geschäftskunden und Konsumentenfinanzierungen.

Abwicklungsrisiko

Bei unseren Handelsaktivitäten können wir zum Zeitpunkt der Abwicklung dieser Geschäfte Risiken ausgesetzt sein. Diese Abwicklungsrisiken entstehen beim Austausch von liquiden Mitteln oder anderen Werten mit einem Geschäftspartner. Das Abwicklungsrisiko bezeichnet dabei das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Kontrahent seinen vertraglichen Verpflichtungen (zur Lieferung von liquiden Mitteln oder anderen Werten) nicht nachkommt, während wir unseren eigenen Verpflichtungen (zur Lieferung von liquiden Mitteln oder anderen Werten) bereits nachgekommen sind.

Für viele Transaktionsarten verringern wir das Abwicklungsrisiko, indem wir das Geschäft über eine Clearingstelle abschließen, die als Vermittler im Sinne beider Parteien handelt und das jeweilige Geschäft erst abwickelt, wenn beide Parteien ihre Vertragspflichten erfüllt haben.

Steht ein solches Abwicklungssystem nicht zur Verfügung, ist unter Kunden eine Zug-um-Zug-Abwicklung der Transaktion üblich (Free Settlement). In solchen Fällen versuchen wir das Abwicklungsrisiko dadurch zu senken, dass wir bilaterale Nettingvereinbarungen für Zahlungen eingehen. Außerdem beteiligen wir uns aktiv an Brancheninitiativen zur Reduzierung des Abwicklungsrisikos. Die Übernahme eines Abwicklungsrisikos für Geschäfte im „Free Settlement“-Verfahren bedarf der Zustimmung aus dem Kreditrisikobereich, und zwar entweder in Form vorab genehmigter Abwicklungsrisikolimite oder durch Einholung einer gesonderten Genehmigung für den jeweiligen Geschäftsvorfall. Für Kreditgenehmigungszwecke aggregieren wir Abwicklungsrisikolimite nicht mit anderen Kreditengagements. Wir berücksichtigen jedoch das gesamte Engagement bei der Entscheidung, ob ein bestimmtes Abwicklungsrisiko annehmbar ist.

Kreditrisikoinstrumente – Ökonomisches Kapital für das Kreditrisiko

Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos. Übereinstimmend mit unserem Rahmenwerk für das Ökonomische Kapital soll das berechnete Ökonomische Kapital für Kreditrisiken mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % extreme aggregierte unerwartete Verluste innerhalb eines Jahres abdecken. Zum Jahresende 2010 haben wir die Postbank in unsere Berechnung des Ökonomischen Kapitals einbezogen.

Unser Ökonomisches Kapital für Kreditrisiken wird bestimmt aus der Verlustverteilung eines Portfolios, die mithilfe einer Monte-Carlo-Simulation von korrelierten Bonitätsveränderungen ermittelt wird. Die Verlustverteilung wird in zwei Schritten modelliert. Zunächst werden individuelle Kreditengagements aufgrund von Parametern für Ausfallwahrscheinlichkeit, „Exposure-at-Default“ (Engagementhöhe bei Ausfall) und „Loss-given Default“ (Verlustschwere) bestimmt. In einem zweiten Schritt wird die Wahrscheinlichkeit eines gemeinsamen Ausfalls mithilfe ökonomischer Faktoren modelliert, die den geografischen Regionen und Branchen entsprechen. Unter Verwendung eines eigenentwickelten Modells, das Bonitätsveränderungen und Laufzeiteffekte berücksichtigt, wird dann eine Simulation der Portfolioverluste durchgeführt. Effekte durch negativ korrelierte („Wrong Way“) Derivaterisiken (das heißt, das derivatebezogene Kreditrisikoengagement ist im Ausfall höher als in einem Szenario ohne Ausfall) werden modelliert durch die Anwendung unseres eigenen Alpha-Faktors bei der Ermittlung des „Exposure-at-Default“ für Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte bei der Verwendung der Interne-Modelle-Methode gemäß Basel 2. Der Alpha-Faktor zur Berechnung der risikogewichteten Aktiva hat nach SolvV einen Mindestwert von 1,2, wohingegen für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals ein Mindestwert von 1,0 Anwendung findet. Erwartete Verluste und Ökonomisches Kapital aus dieser Verlustverteilung werden bis auf Transaktionsebene zugewiesen, um eine Steuerung auf Transaktions-, Kunden- und Geschäftsebene zu ermöglichen.

Kreditengagement

Kreditengagements gegenüber Geschäftspartnern resultieren aus dem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft, wozu Kredite und Eventualverbindlichkeiten zählen. Kreditengagements gegenüber Geschäftspartnern sind auch das Ergebnis unserer direkten Handelsaktivitäten mit Kunden in bestimmten Instrumenten einschließlich außerbörslich gehandelter Derivate, wie Devisentermingeschäften und außerbörslichen Zinstermingeschäften. Ausfallrisiken entstehen auch im Zusammenhang mit unseren Positionen in gehandelten Kreditprodukten, wie Anleihen.

Wir definieren unser Kreditengagement, indem wir sämtliche Transaktionen berücksichtigen, bei denen Verluste eintreten können, die durch die Nichteinhaltung der vertraglichen Zahlungsverpflichtungen des Geschäftspartners verursacht werden.

Maximales Kreditrisiko

Die folgenden Tabellen zeigen für die angegebenen Stichtage unser maximales Kreditrisiko vor Berücksichtigung von Sicherheiten und sonstigen Kreditverbesserungen (Aufrechnungen und Absicherungen), die nicht für eine Verrechnung in unserer Bilanz infrage kommen. Kreditrisikoreduzierungen in Form von Aufrechnungen beinhalten Effekte von rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungsvereinbarungen sowie den Ausgleich negativer Marktwerte aus Derivaten durch Barsicherheiten. Kreditrisikoreduzierungen in Form der Absicherungen beinhalten hauptsächlich Sicherheiten auf Immobilien, Sicherheiten in Form von liquiden Geldbeständen sowie als Sicherheit erhaltene Wertpapiere. Wir berücksichtigen für Absicherungen intern ermittelte Sicherheitsabschläge und begrenzen die Sicherheitswerte zusätzlich auf die Höhe des jeweils besicherten Kreditengagements.

Maximales Kreditrisiko

31.12.2012

	Maximales Kreditrisiko ¹	Aufrechnungen	Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate ³	Kreditrisikoreduzierung insgesamt
in Mio € ¹	Maximales Kreditrisiko ²	Aufrechnungen	Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate ³	Kreditrisikoreduzierung insgesamt
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	27.885	–	–	1	1
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	119.548	–	2	35	37
Forderungen aus übertragenen Zentralbank- einlagen und aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos)	36.570	–	36.341	–	36.341
Forderungen aus Wertpapierleihen	23.947	–	23.308	–	23.308
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁴	1.119.100	657.826	211.397	3.968	873.191
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ⁴	47.110	–	1.287	703	1.990
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ⁵	401.975	–	208.529	37.841	246.370
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	85.806	69.546	6.653	12	76.211
Finanzgarantien und andere kreditrisiko- bezogene Eventualverbindlichkeiten ⁶	68.361	–	7.810	8.444	16.254
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁶	129.657	–	4.771	10.558	15.329
Maximales Kreditrisiko	2.059.959	727.372	500.098	61.562	1.289.032

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Nicht enthalten ist der Nominalbetrag verkaufter (1.274.960 Mio €) und gekaufter Absicherungen über Kreditderivate. Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten sind in erster Linie Liquiditätsreserven.

³ Kreditderivate reflektieren die Nominalbeträge der zugrunde liegenden Positionen.

⁴ Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

⁵ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierte Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁶ Finanzgarantien, sonstige kreditbezogene Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen (einschließlich zum beizulegenden Zeitwert bewerteter Zusagen) sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

31.12.2011

	Maximales Kreditrisiko ¹	Aufrechnungen	Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate ³	Kreditrisikoreduzierung insgesamt
in Mio € ¹	Maximales Kreditrisiko ²	Aufrechnungen	Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate ³	Kreditrisikoreduzierung insgesamt
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	15.928	–	1	–	1
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	162.000	–	3	147	150
Forderungen aus übertragenen Zentralbank- einlagen und aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos)	25.773	–	25.232	–	25.232
Forderungen aus Wertpapierleihen	31.337	–	30.107	–	30.107
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁴	1.204.412	724.194	205.210	5.732	935.136
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ⁴	42.296	–	2.392	1.265	3.657
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ⁵	416.676	–	203.364	42.535	245.899
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	88.221	65.616	9.995	2	75.613
Finanzgarantien und andere kreditrisiko- bezogene Eventualverbindlichkeiten ⁶	73.653	–	5.524	7.521	13.045
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁶	127.995	–	715	6.386	7.101
Maximales Kreditrisiko	2.188.291	789.810	482.543	63.588	1.335.941

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Nicht enthalten ist der Nominalbetrag verkaufter (1.830.104 € Mio) und gekaufter Absicherungen über Kreditderivate. Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten sind in erster Linie Liquiditätsreserven.

³ Kreditderivate reflektieren die Nominalbeträge der zugrunde liegenden Positionen.

⁴ Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

⁵ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierte Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁶ Finanzgarantien, sonstige kreditbezogene Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen (einschließlich zum beizulegenden Zeitwert bewerteter Zusagen) sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

In der Kategorie der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte zum 31. Dezember 2012 waren Wertpapiere in Höhe von 125 Mrd € (zum 31. Dezember 2011: 117 Mrd €) enthalten, für die Rückkaufsvereinbarungen bestanden, sowie für 28 Mrd € (zum 31. Dezember 2011: 27 Mrd €) geliehene Wertpapiere. Beide unterlagen aufgrund sehr hoher Sicherheiten einem eingeschränkten Nettokreditrisiko. Daneben waren in dieser Position Schuldtitle in Höhe von 153 Mrd € (zum 31. Dezember 2011: 154 Mrd €) enthalten, die zu mehr als 84 % (zum 31. Dezember 2011 über 84 %) als „Investment-Grade“ eingestuft waren.

Die oben genannte Kategorie der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte reflektierte überwiegend Schuldtitle, von denen mehr als 95 % (zum 31. Dezember 2011: mehr als 93 %) als „Investment-Grade“ klassifiziert waren.

Der Rückgang des maximalen Kreditrisikos zum 31. Dezember 2012 war vornehmlich getrieben durch positive Marktwerte von Derivaten (in zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten), die sich um 91 Mrd € auf 768 Mrd € zum 31. Dezember 2012 reduzierten, sowie verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten, die um 42 Mrd € zurückgingen und zum 31. Dezember 2011 einen Betrag von 120 Mrd € ausmachten.

Zur Kreditrisikominimierung eingesetzte Instrumente werden in drei Kategorien eingeteilt: Aufrechnungen, Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivate. Durch eine konservative Festlegung von Sicherheitenabschlägen und Nachbesicherungsverpflichtungen (Margin Calls) sowie eine vorsichtige Einschätzung der eingesetzten Instrumente durch Experten wird sichergestellt, dass Marktentwicklungen nicht zu einem Anstieg unbesicherter Engagements führen. Alle Kategorien werden regelmäßig überwacht und überprüft. Grundsätzlich sind die eingesetzten Instrumente zur Kreditrisikominimierung diversifiziert und von angemessener Qualität. Sie bestehen weitestgehend aus Barmitteln, von G6-Staaten begebenen Staatsanleihen und Garantien von bonitätsmäßig gut eingestuften Banken und Versicherungen (dies beinhaltet Monolineversicherungen, die im Abschnitt „Vermögenslage – Engagements gegenüber Monolineversicherer“ detaillierter diskutiert werden).

Diese Finanzinstitute sind im Wesentlichen in Westeuropa und den USA angesiedelt. Des Weiteren erhalten wir Sicherheitenpools aus sehr liquiden Vermögenswerten und grundpfandrechtlichen Sicherheiten, die generell für Wohnimmobilien und hauptsächlich in Deutschland bestehen, für das homogene Konsumentenkreditgeschäft.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Wir leiten unsere Kreditqualität grundsätzlich aus internen Bonitätseinstufungen ab und gruppieren die Engagements wie nachstehend gezeigt.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten, die weder überfällig noch wertgemindert sind

	31.12.2012						
in Mio € ¹	iAAA–iAA	iA	iBBB	iBB	iB	iCCC und schlechter	Insgesamt
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	24.957	1.528	989	193	171	47	27.885
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	110.051	7.238	1.369	746	79	65	119.548
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapier-pensionsgeschäften (Reverse Repos)	1.605	32.560	1.332	877	140	56	36.570
Forderungen aus Wertpapierleihen	14.668	7.322	1.213	438	306	–	23.947
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ²	348.329	551.300	98.274	90.853	23.260	7.084	1.119.100
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	30.077	8.303	4.076	1.913	515	1.964	46.848
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ³	51.853	52.568	99.683	129.516	38.935	13.110	385.665
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	6.469	40.113	2.687	35.128	1.299	110	85.806
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ⁴	9.064	19.192	21.304	11.460	4.886	2.455	68.361
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁴	20.233	37.456	37.754	22.631	10.068	1.515	129.657
Insgesamt	617.306	757.580	268.681	293.755	79.659	26.406	2.043.387

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

³ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁴ Finanzgarantien, sonstige kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen (einschließlich zum beizulegenden Zeitwert bewerteter Zusagen) sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

	31.12.2011						
in Mio € ¹	iAAA–iAA	iA	iBBB	iBB	iB	iCCC und schlechter	Insgesamt
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	12.851	1.021	791	1.187	78	–	15.928
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	149.285	7.982	1.692	2.747	145	149	162.000
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapier-pensionsgeschäften (Reverse Repos)	9.010	11.604	3.994	1.097	60	8	25.773
Forderungen aus Wertpapierleihen	25.323	3.697	1.613	566	138	–	31.337
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ²	503.403	492.467	107.143	73.098	14.953	13.348	1.204.412
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	22.824	8.673	5.407	2.955	528	1.357	41.744
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ³	66.822	59.737	97.116	119.631	37.923	18.698	399.927
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	13.980	22.998	8.100	42.200	556	387	88.221
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ⁴	6.535	24.409	21.003	13.986	6.051	1.669	73.653
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁴	21.152	37.895	36.659	21.066	9.152	2.071	127.995
Insgesamt	831.186	670.483	283.518	278.533	69.584	37.687	2.170.991

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben. Beträge für 2011 angepasst.

² Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

³ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁴ Finanzgarantien, sonstige kreditbezogene Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen (einschließlich zum beizulegenden Zeitwert bewerteter Zusagen) sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

Die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögensgegenstände sind auf Bruttobasis (das heißt vor Berücksichtigung von Sicherheiten) signifikant gesunken, dominiert durch den Rückgang der positiven Marktwerte aus Derivatepositionen. Auf Nettobasis, das heißt nach Berücksichtigung von Sicherheiten, blieb die Portfolioqualität weitgehend stabil und stark konzentriert auf im Investment-Grade- Bereich bewertete Geschäftspartner. Die Qualität unseres Kreditbüchs blieb robust mit einer deutlichen Reduzierung in der niedrigsten Bonitätseinstufung („iCCC und schlechter“) um 30 % auf € 13,1 Mrd.

Wesentliche Kreditrisikoengagement-Kategorien

In den folgenden Tabellen zeigen wir Details zu mehreren unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien, und zwar Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und außerbörslich gehandelte Derivate, gehandelte Kredite, gehandelte festverzinsliche Wertpapiere, zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere sowie Wertpapierpensionsgeschäfte:

- „Kredite“ sind Nettoforderungen aus dem Kreditgeschäft wie in unserer Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen, jedoch vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle.
- „Unwiderrufliche Kreditzusagen“ umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der unwiderruflichen ausleihebezogenen Zusagen.
- „Eventualverbindlichkeiten“ umfassen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und Sonstiges (im Wesentlichen Haftungsübernahmeverklärungen).
- „Außerbörslich gehandelte Derivate“ bezeichnen unser Kreditengagement aus Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nach Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten. Diese werden in unserer Bilanz entweder als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder unter den sonstigen Aktiva als Derivate, die die Anforderungen für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften erfüllen, ausgewiesen, in jedem Fall aber vor Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten.
- „Gehandelte Kredite“ werden erworben und gehalten mit dem Zweck eines kurzfristigen Verkaufs, oder die materiellen Risiken werden sämtlich abgesichert oder verkauft. Aus aufsichtsrechtlicher Perspektive handelt es sich bei dieser Kategorie im Wesentlichen um Handelsbuchpositionen.
- „Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere“ beinhalten Anleihen, Einlagen, Schulscheine oder Commercial Paper, die mit dem Zweck eines kurzfristigen Verkaufs erworben werden. Aus aufsichtsrechtlicher Perspektive handelt es sich bei dieser Kategorie im Wesentlichen um Handelsbuchpositionen.

- „Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere“ bezeichnen Schuldverschreibungen, Anleihen, Einlagen, Schuldscheine oder Commercial Paper, welche zu fixen Bedingungen begeben werden und durch den Emittenten zurückgekauft werden können, die wir als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert haben.
- „Wertpapierpensionsgeschäfte“ sind Rückkaufs- und Leihegeschäfte von Wertpapieren oder Rohwaren nach Anwendung des bilanziellen Nettings und erhaltenen Sicherheiten.

In den nachfolgenden Tabellen sind folgende Produkte nicht enthalten, obwohl wir sie bei der Kreditrisikoüberwachung berücksichtigen: Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklungen, verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten, Barreserve, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und Forderungen aus Zinsabgrenzungen. Nicht aufgeführt sind darüber hinaus bilanzwirksame Verbriefungspositionen („Traditional“) und Beteiligungen. Diese werden in den Kapiteln „Verbriefungen“ und „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten – Investitionsrisiken“ und „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten – Gehaltene Beteiligungen“ näher erläutert.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach Unternehmensbereichen

31.12.2012

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventual-verbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Corporate Banking & Securities	54.155	100.617	8.741	53.629	14.052	133.519	10.517	189.681	564.911
Global Transaction Banking	58.882	9.392	51.590	732	827	52	133	2.965	124.573
Asset & Wealth Management	29.560	3.503	2.824	555	21	7.540	3.044	76	47.123
Private & Business Clients	209.228	14.503	1.764	1.150	–	80	17.931	20.936	265.592
Non-Core Operations Unit	49.860	1.451	3.353	6.373	3.250	11.699	12.485	150	88.621
Consolidation & Adjustments	290	191	89	5	2	64	45	–	686
Insgesamt	401.975	129.657	68.361	62.444	18.152	152.954	44.155	213.808	1.091.506

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2012.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,4 Mrd € zum 31. Dezember 2012 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

31.12.2011

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Corporate Banking & Securities	58.428	99.219	12.412	65.145	12.913	134.394	3.006	180.020	565.537
Global Transaction Banking	57.876	8.916	52.479	815	436	50	1.025	2.749	124.346
Asset & Wealth Management	27.638	3.225	3.038	1.042	–	6.991	2.498	627	45.059
Private & Business Clients	207.653	14.089	2.330	829	–	14	16.563	12.182	253.660
Non-Core Operations Unit	64.721	2.459	3.345	11.790	4.689	12.839	16.246	6.076	122.165
Consolidation & Adjustments	360	87	49	3	1	45	43	–	588
Insgesamt	416.676	127.995	73.653	79.624	18.039	154.333	39.381	201.654	1.111.355

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,1 Mrd € zum 31. Dezember 2011.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2011 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Unsere wichtigsten Kreditrisikokategorien waren um 19,8 Mrd € rückläufig.

- Aus Sicht der Unternehmensbereiche wurde eine wesentliche Reduktion von 33,5 Mrd € in der vor Kurzem eingerichteten NCOU erzielt, die zum Teil durch einen Anstieg im Bereich PBC (11,9 Mrd €) aufgehoben wurde. Der Anstieg in diesem Bereich resultiert vor allem aus Wertpapierleihegeschäften mit begrenzter Aufrechnungsmöglichkeit, in die Überschussliquidität investiert wurde.
- Aus Produktsicht sind Reduzierungen bei Krediten (14,7 Mrd €) und außerbörslichen Derivaten (17,2 Mrd €) festzustellen, wogegen Wertpapierpensionsgeschäfte anstiegen (12,2 Mrd €).

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach Branchen

31.12.2012

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Banken und Versicherungen	27.849	22.083	16.021	32.673	2.720	34.750	15.280	207.476	358.852
Fondsmanagement	16.777	6.248	2.063	4.583	536	7.324	1.092	18	38.641
Verarbeitendes Gewerbe	23.203	30.347	18.899	1.626	2.395	3.545	482	–	80.497
Handel	17.026	8.799	6.080	757	546	1.121	149	–	34.478
Private Haushalte	180.974	12.273	2.593	730	1.380	7	–	45	198.002
Gewerbliche Immobilien	45.225	2.677	691	1.567	2.355	1.335	68	–	53.918
Öffentliche Haushalte	15.378	1.370	107	6.319	318	87.291	25.095	1.027	136.905
Sonstige	75.543 ⁵	45.860	21.907	14.189	7.902	17.581	1.989	5.242	190.213
Insgesamt	401.975	129.657	68.361	62.444	18.152	152.954	44.155	213.808	1.091.506

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2012.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,4 Mrd € zum 31. Dezember 2012 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

⁵ Kredite in der Kategorie Sonstige beinhalten Leasingfinanzierungen.

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Banken und Versicherungen	35.308	22.553	17.668	50.657	2.416	38.079	15.887	193.621	376.189
Fondsmanagement	24.952	4.931	2.432	8.943	1.008	7.688	1.127	396	51.477
Verarbeitendes Gewerbe	22.754	31.297	19.608	3.279	1.290	3.205	697	2	82.132
Handel	15.045	8.412	5.527	610	392	1.218	251	36	31.491
Private Haushalte	174.188	10.613	2.706	1.082	2.199	57	–	26	190.871
Gewerbliche Immobilien	46.143	2.877	2.348	2.187	2.526	508	53	110	56.752
Öffentliche Haushalte	16.412	1.479	104	8.625	263	88.036	18.872	740	134.531
Sonstige	81.874 ⁵	45.833	23.260	4.241	7.945	15.542	2.494	6.723	187.912
Insgesamt	416.676	127.995	73.653	79.624	18.039	154.333	39.381	201.654	1.111.355

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,1 Mrd € zum 31. Dezember 2011.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2011 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

⁵ Kredite in der Kategorie Sonstige beinhalten Leasingfinanzierungen.

Aus Branchensicht ist unser Kreditengagement im Vergleich zum Vorjahr geringer gegenüber Banken und Versicherungen (17,3 Mrd €) und Fondsmanagementaktivitäten (12,8 Mrd €), mit einem gegenläufigen Anstieg bei privaten Haushalten (7,1 Mrd €), in diesem Bereich vor allem bei Krediten aufgrund des allgemeinen Wachstums unseres Engagements im Privatkundenbereich.

Unser Kreditengagement in den Branchen Banken und Versicherungen, verarbeitendes Gewerbe sowie im öffentlichen Sektor umfasst vorwiegend variabel verzinsliche Kredite mit Bonitätseinstufungen im Investment-Grade Bereich, die bis zur Fälligkeit gehalten werden. Das Portfolio unterliegt den Kreditvergabestandards, die in unseren Grundsätzen für das Management von Kreditrisiken festgelegt sind. Dazu gehören verschiedene Kontrollen zur Risikokonzentration hinsichtlich Einzeladressen, Ländern und Branchen sowie produktbezogenen Konzentrationen.

Wesentliche Transaktionen, wie Kreditvergaben mit dem Zweck der Syndizierung, werden von Entscheidungsträgern mit hoher Kreditkompetenz und (je nach Transaktionsvolumen) einem Kreditausschuss und/oder dem Vorstand überprüft. Auf die Strukturierung solcher Transaktionen wird ein großes Augenmerk gelegt, um sicherzustellen, dass Risikorückführungen zeitnah und kosteneffizient erreicht werden. Kreditengagements in diesen Kategorien bestehen zumeist gegenüber Kreditnehmern guter Qualität und unterliegen ebenfalls Maßnahmen zur Risikominderung gemäß den Aktivitäten unserer Credit Portfolio Strategies Group.

In der Kategorie Private Haushalte beträgt unser Kreditengagement 181 Mrd € zum 31. Dezember 2012 (zum 31. Dezember 2011: 174 Mrd €) und ist überwiegend dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet. 142 Mrd € (78 %) des Portfolios beinhalten Hypothekenkredite, davon 112 Mrd € in Deutschland. Der übrige Teil des Portfolios (39 Mrd €, 22 %) bezog sich in erster Linie auf das Konsumentenkreditgeschäft. Angesichts der Homogenität dieses Portfolios werden die Kreditwürdigkeit unserer Geschäftspartner sowie die Bonitätseinstufung über eine automatisierte Entscheidungslogik (Decision Engine) ermittelt.

Hauptzweck des Hypothekengeschäfts ist die Finanzierung eigengenutzter Immobilien, die über verschiedene Kanäle in Europa, insbesondere in Deutschland, aber auch in Spanien, Italien und Polen, verkauft werden. Dabei übersteigt das Engagement in der Regel nicht den Immobilienwert. Das Konsumentenkreditgeschäft besteht aus den Produkten „Individuelle Ratenkredite“, „Kreditlinien“ und „Kreditkarten“. Es gelten verschiedene Anforderungen an die Kreditvergabe, wie zum Beispiel maximale Kreditbeträge und Laufzeiten, die je nach den regionalen Bedingungen und privaten Umständen des Kreditnehmers variieren (so wird beispielsweise der Maximalbetrag für einen Konsumentenkredit an das Nettohaushaltseinkommen angepasst). Die Zinssätze werden vor allem in Deutschland meistens für einen bestimmten Zeitraum festgelegt. Durch ein zweitrangiges Pfandrecht besicherte Kredite werden nicht aktiv vertrieben.

Die Höhe des Kreditrisikos des Baufinanzierungspotfolios wird im Wesentlichen durch die Bewertung der Kundenqualität und der zugrunde liegenden Sicherheit bestimmt. Die Kreditbeträge sind im Allgemeinen höher als Konsumentenkredite und werden für einen längeren Zeitraum gewährt. Das Risiko des Konsumentenkreditgeschäfts hängt von der Qualität des Kreditnehmers ab. Da diese Kredite nicht besichert sind, sind im Vergleich zu Hypothekenkrediten die Kreditbeträge geringer und die Laufzeiten kürzer. Auf der Grundlage unserer Kriterien und Prozesse für die Kreditvergabe, diversifizierter Portfolios (Kunden/Immobilien) und geringer Beleihungsausläufe wird das Risiko im Hypothekengeschäft als niedrig und das im Konsumentenfinanzierungsgeschäft als mittel eingestuft.

Unsere gewerblichen Immobilienkredite werden in der Regel zur Weiterveräußerung als durch gewerbliche Immobilien besicherte Wertpapiere (CMBS) oder zur Syndizierung im Bankenmarkt vergeben und mit dem beizulegenden Zeitwert bilanziert, mit Ausnahme von gewerblichen Immobilienkrediten bei der Postbank, die grundsätzlich bis Fälligkeit gehalten und nicht im Bankenmarkt syndiziert werden. Die Kredite werden grundsätzlich durch erstrangige Hypotheken auf die zugrunde liegende Immobilie besichert. Dabei werden die Kreditvergabestandards eingehalten, die in den vorgenannten Grundsätzen für das Management von Kreditrisiken definiert wurden (das heißt, die Bonitätseinstufung geht der Kreditgenehmigung auf der Grundlage einer zu gewiesenen Kreditgenehmigungskompetenz voraus). Ferner gelten für Kredite zusätzliche Richtlinien für die Risikoübernahme und Vorgaben, wie beispielsweise Beleihungsquoten von in der Regel unter 75 %. Zusätzlich holt unser Bewertungsteam, welches Teil unseres unabhängigen Kreditrisikomanagements ist, aufgrund der Bedeutung der zugrunde liegenden Sicherheit externe Gutachten für alle besicherten Kredite ein. Dieses Bewertungsteam überprüft und hinterfragt die gemeldeten Immobilienwerte.

Mit Ausnahme von in den Bereich NCOU transferierten Altbeständen stellt die Commercial Real Estate Group kein Mezzanine- oder anderes nachrangiges Kapital bereit, allerdings enthält das Portfolio der Postbank ein nicht-signifikantes Teilportfolio an Nachrangfinanzierungen. Bei zum Zweck der Verbriefung begebenen Krediten wird sorgfältig überwacht, dass eine Gesamtsumme ein definiertes Pipeline-Limit nicht überschreitet. Ver-

briefete Kredite werden vollständig verkauft (sofern nicht die aufsichtsrechtliche Anforderung besteht, das ökonomische Risiko bei der Bank zu belassen), während wir häufig einen Teil der syndizierten Bankenkredite behalten. Das bei der Deutschen Bank verbleibende Portfolio, welches zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, unterliegt ebenfalls den vorgenannten Grundsätzen für das Management von Kreditrisiken. Wir stellen auch auf der Grundlage konservativer Vergabestandards unbesicherte Kreditlinien für Immobilienfonds und sonstige Publikumsgesellschaften mit guter Kapitalausstattung (in der Regel mit Investment-Grade Einstufung) zur Verfügung. Darüber hinaus werden problembehaftete und leistungsgestörte Kredite und Kreditportfolien grundsätzlich mit einem erheblichen Abschlag auf die Nominalbeträge und die aktuellen Sicherheitswerte von anderen Finanzinstituten erworben. Es existiert ein stringenter Genehmigungsprozess, und das Risiko wird über ein getrenntes Portfoliolimit gesteuert. Die Bank stellt sowohl festverzinsliche (im Allgemeinen verbrieft Produkte) als auch variabel verzinsliche Kredite bereit. Für das Zinsrisiko werden Sicherungsmaßnahmen getroffen. Die Bewertung gewerblicher Immobilien und Mieteinnahmen können stark von makroökonomischen Bedingungen und idiosynkratischen Risiken beeinflusst werden. Dementsprechend erhält das Portfolio eine höhere Risikoeinstufung und unterliegt der vorgenannten engen Begrenzung bezüglich Konzentrationsbildung.

Die Kategorie Sonstige Kredite beinhaltet 76 Mrd € zum 31. Dezember 2012 (82 Mrd € zum 31. Dezember 2011) und umfasst zahlreiche kleinere Sektoren, wobei auf keinen einzelnen Sektor mehr als 5 % der Kredite insgesamt entfallen.

Unser Kreditengagement gegenüber den zehn größten Kunden belief sich zum 31. Dezember 2012 auf 11 % des gesamten Kreditengagements in diesen Kategorien, verglichen mit 8 % zum 31. Dezember 2011. Unsere zehn größten Kreditengagements bestanden gegenüber Kunden mit guter Bonitätsbewertung oder bezogen sich ansonsten auf strukturierte Kredite mit einem hohen Maß an Risikominderungen.

Die folgenden zwei Tabellen zeigen spezifische Offenlegungen auf Basis von Säule 3. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule 3-Offenlegung.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach vertraglicher Restlaufzeit (nicht testiert)

31.12.2012

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventual-verbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapier-pensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
< 1 Jahr	126.091	30.601	35.777	12.561	3.516	36.043	5.702	211.868	462.159
1 Jahr – 5 Jahre	96.668	82.179	23.996	17.821	8.513	42.794	21.110	1.817	294.898
> 5 Jahre	179.216	16.877	8.588	32.062	6.123	74.117	17.343	123	334.449
Insgesamt	401.975	129.657	68.361	62.444	18.152	152.954	44.155	213.808	1.091.506

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2012.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,4 Mrd € zum 31. Dezember 2012 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

31.12.2011

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventual-verbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapier-pensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
< 1 Jahr	135.407	34.414	39.203	14.094	4.384	40.594	6.386	197.434	471.916
1 Jahr – 5 Jahre	102.883	76.998	20.918	21.486	8.695	38.045	14.339	4.136	287.500
> 5 Jahre	178.386	16.583	13.532	44.044	4.960	75.694	18.656	84	351.939
Insgesamt	416.676	127.995	73.653	79.624	18.039	154.333	39.381	201.654	1.111.355

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,1 Mrd € zum 31. Dezember 2011.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2011 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Durchschnittliches Kreditrisiko über die jeweiligen vier Berichtsquartale (nicht testiert)

	2012								
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapier-pensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Durchschnittliches Kreditrisiko insgesamt	409.002	131.348	68.680	68.334	17.164	162.498	42.529	229.549	1.129.104
Kreditrisiko zum Jahresende insgesamt	401.975	129.657	68.361	62.444	18.152	152.954	44.155	213.808	1.091.506

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2012.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,4 Mrd € zum 31. Dezember 2012 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

	2011								
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapier-pensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Durchschnittliches Kreditrisiko insgesamt	407.212	125.310	68.988	69.490	19.651	174.242	40.797	206.014	1.111.704
Kreditrisiko zum Jahresende insgesamt	416.676	127.995	73.653	79.624	18.039	154.333	39.381	201.654	1.111.355

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,1 Mrd € zum 31. Dezember 2011.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2011 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Kreditrisiko nach Region

	31.12.2012								
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapier-pensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Deutschland	199.280	24.301	14.863	3.159	309	15.960	12.794	24.526	295.192
Westeuropa (ohne Deutschland)	104.342	33.922	19.279	29.478	5.752	31.529	25.802	50.346	300.450
Osteuropa	10.187	1.479	1.926	1.075	2.314	4.246	303	380	21.910
Nordamerika	52.560	63.302	19.883	18.423	7.386	63.718	2.500	100.779	328.551
Mittel- und Südamerika	4.747	756	1.343	1.053	518	4.812	57	2.694	15.980
Asien/Pazifik	29.120	5.253	10.061	9.165	1.761	31.781	2.699	34.621	124.461
Afrika	1.635	587	1.006	17	88	766	–	462	4.561
Sonstige	104	57	–	74	24	142	–	–	401
Insgesamt	401.975	129.657	68.361	62.444	18.152	152.954	44.155	213.808	1.091.506

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2012.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,4 Mrd € zum 31. Dezember 2012 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für Hedgeaccounting qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

31.12.2011

	Kredite ¹ in Mio €	Unwiderruf- liche Kredit- zusagen ²	Eventual- verbindlich- keiten	Außen- börsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzins- liche Wert- papiere	Zur Veräu- ßerung verfügbare festverzins- liche Wert- papiere	Wertpapier- pensions- geschäfte ⁴	Insgesamt
Deutschland	199.442	24.448	15.408	5.148	376	17.445	7.848	24.207	294.322
Westeuropa (ohne Deutschland)	115.782	32.399	19.460	35.932	5.720	29.720	24.910	53.520	317.443
Osteuropa	9.387	1.357	1.682	135	2.001	2.331	369	548	17.810
Nordamerika	54.962	63.318	23.884	28.070	7.482	65.424	5.523	79.014	327.677
Mittel- und Südamerika	4.775	852	1.803	396	499	4.936	79	2.524	15.864
Asien/Pazifik	30.291	4.791	10.425	9.011	1.815	33.836	628	41.417	132.214
Afrika	1.502	598	991	888	127	611	7	424	5.148
Sonstige	535	232	–	44	19	30	17	–	877
Insgesamt	416.676	127.995	73.653	79.624	18.039	154.333	39.381	201.654	1.111.355

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,1 Mrd € zum 31. Dezember 2011.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2011 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Bärsicherheiten, soweit anwendbar. Für Hedgeaccounting qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Die größten Kreditrisikokonzentrationen aus regionaler Sicht in Bezug auf Kredite bestanden in unserem Heimatmarkt Deutschland mit einem hohen Anteil privater Haushalte. Dieses Engagement macht einen Großteil unseres Immobilienfinanzierungsgeschäfts aus. Bei außerbörslichen Derivaten bestanden die größten Konzentrationen ebenfalls in Westeuropa (ohne Deutschland) und Nordamerika mit einem hohen Anteil bei Banken und Versicherungen mit guter Bonitätseinstufung, bei denen wir von einem begrenzten Kreditrisiko ausgehen.

Die größte regionale Konzentration von Kreditrisiken aus handelbaren Vermögenswerten bestand in Nordamerika und Westeuropa (ohne Deutschland), mit einem hohen Anteil des öffentlichen Sektors sowie von Banken und Versicherungen. Bei Wertpapierpensionsgeschäften bestanden die größten Konzentrationen in Nordamerika und Westeuropa (ohne Deutschland) mit einem signifikanten Anteil bei Banken und Versicherungen mit guter Bonitätseinstufung.

Unser Gesamtbestand an Krediten zum 31. Dezember 2012 war rückläufig auf 402 Mrd € gegenüber 417 Mrd € zum 31. Dezember 2011. Der Rückgang in außerbörslichen Derivaten um 17 Mrd € entfiel weitestgehend auf Nordamerika und Westeuropa (ohne Deutschland). Der Rückgang bei Krediten um 15 Mrd € entfiel hauptsächlich auf Banken, Versicherungen und Fondsmanagement in Westeuropa (ohne Deutschland) und Nordamerika. Der Anstieg bei Wertpapierpensionsgeschäften um 12 Mrd € erfolgte vorwiegend mit Banken und Versicherungen in Nordamerika, teilweise kompensiert durch Rückgänge in der Region Asien/Pazifik.

Kreditrisikoengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Vor dem Hintergrund der erhöhten Risikosituation in der Eurozone wird in nachstehenden Tabellen ein Überblick über ausgewählte Länder der Eurozone gegeben. Das erhöhte Risiko wird getrieben durch die andauernde Staatsschuldenkrise in Europa und volatile Prämien für Kreditabsicherungen (CDS-Spreads). Das erhöhte Risiko für die betroffenen Staaten wird von einer Reihe von Faktoren bestimmt, unter anderem hoher Staatsverschuldung und Budgetdefiziten, eingeschränktem Zugang zu Kapitalmärkten, anstehenden Fälligkeiten, schwachen ökonomischen Rahmendaten beziehungsweise Aussichten (einschließlich niedrigen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts, geringer Wettbewerbsfähigkeit, hoher Arbeitslosigkeit und politischer Unsicherheit). Einige dieser Länder haben Rettungspakete angenommen.

Für die Darstellung unserer Engagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone verwenden wir zwei grundsätzliche Konzepte wie folgt:

- In unserer „Risikomanagement-Perspektive“ berücksichtigen wir das Sitzland der Konzernmutter und spiegeln die Kreditnehmereinheit wider. Darunter werden alle Kreditlinien an eine Gruppe von Kreditnehmern, die miteinander verbunden sind (zum Beispiel durch eine Einheit, die eine Mehrheit der Stimmrechte oder des Kapitals an einer anderen Einheit hält), unter einem Schuldner konsolidiert. Diese Gruppe von Kreditnehmern wird in der Regel dem Herkunftsland der jeweiligen Muttergesellschaft zugeordnet. Beispielsweise ist ein Darlehen an einen Geschäftspartner in Spanien spanisches Risiko aus Sicht des Sitzlandes der Gesellschaft, aber ein deutsches Risiko aus Risikomanagement-Perspektive, wenn die jeweilige Gegenpartei eine Muttergesellschaft mit Sitz in Deutschland hat, die nach dem oben genannten Prinzip mit einem Schuldner verbunden ist. Aufrechnungen im Derivategeschäft sowie Sicherungsgeschäfte und Kreditsicherheiten werden in der Risikomanagement-Perspektive berücksichtigt. Die Bewertung der Sicherheiten folgt denselben stringenten Methoden und Prinzipien wie an anderer Stelle aufgezeigt. Ergänzend ordnen wir aus Sicht des Risikomanagements das Engagement gegenüber Zweckgesellschaften dem Sitzland der zugrunde liegenden Vermögenswerte und nicht dem Sitzland der Zweckgesellschaft zu. Ähnliche Überlegungen gelten für strukturierte Produkte. Wenn beispielsweise ein strukturiertes Wertpapier von einer Zweckgesellschaft in Irland ausgegeben wird, wird es als ein irisches Risiko in der „Sitzland-Perspektive“ betrachtet, aber wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte, die das strukturierte Wertpapier besichern, deutsche Hypothekendarlehen sind, wären die Engagements als deutsches Risiko in der Risikomanagement-Perspektive enthalten.
- In unserer „Sitzland-Perspektive“ aggregieren wir das Kreditrisikoengagement unabhängig von jeglichen Verbindungen zu anderen Kreditnehmern auf Basis des Sitzlandes des Kreditnehmers oder im Falle von Kreditabsicherungen (CDS) nach den zugrunde liegenden Vermögensgegenständen zu den entsprechenden Ländern der Eurozone. Aus diesem Grund beziehen wir auch Kunden mit ein, deren Muttergesellschaft außerhalb dieser Länder ansässig ist, sowie Engagements mit Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögensgegenstände ihr Sitzland außerhalb dieser Länder haben.

Zusammengefasstes Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Risikomanagement-Perspektive		
in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Griechenland	646	840
Irland	1.443	1.570
Italien	19.068	18.064
Portugal	1.187	1.733
Spanien	12.664	12.750
Insgesamt	35.008	34.957

Das Nettoengagement erhöhte sich gegenüber dem Jahresende 2011 um 51 Mio € überwiegend durch Anstiege in Italien (höhere Handelspositionen). Dieser Anstieg wurde weitestgehend durch eine Reduktion des Engagements mit Finanzinstitutionen in Portugal und Spanien bei der Postbank und in griechischen Staatsanleihen durch die Teilnahme an der Restrukturierung griechischer Schulden im März 2012 ausgeglichen. Das Kreditengagement in Zypern wird vor dem Hintergrund eines erhöhten Länderrisikos ebenfalls eng überwacht und ist aus Sicht der Risikomanagement-Perspektive auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau von 38 Mio €.

Unser oben dargestelltes Engagement besteht hauptsächlich aus stark diversifizierten, risikoarmen Retail-Portfolien, Klein- und Mittelstandskunden in Italien und Spanien sowie stärkeren Unternehmen und diversifizierten Mittelstandskunden. Unser Engagement gegenüber Finanzinstituten ist vornehmlich auf größere Banks in Spanien und Italien ausgerichtet, typischerweise mit Sicherheitenvereinbarungen, wobei der überwiegende Teil unseres Engagements mit spanischen Finanzinstituten aus Pfandbriefen besteht. Das Engagement gegenüber Staaten ist moderat und besteht überwiegend gegenüber Italien und Spanien. Es resultiert insbesondere aus Derivategeschäft sowie der Teilnahme an Auktionen für Staatsanleihen.

Die folgenden, auf der Sitzland-Perspektive basierenden Tabellen zeigen unsere Brutto position, die darin enthaltenen nicht gezogenen Kreditlinien (ausgewiesen als „darunter“-Position) und unser Nettoengagement gegenüber diesen europäischen Ländern. Die Brutto position reflektiert unser Nettoengagement vor Berücksichtigung gekaufter Besicherung über Kreditderivate mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf eines dieser Länder, erhaltenen Garantien und Sicherheiten. Sicherheiten werden insbesondere in der Kategorie Retail gehalten, aber auch in der Kategorie Finanzinstitute – vorwiegend in Bezug auf Nachschussvereinbarungen für Derivate – und in der Kategorie Unternehmen. Zusätzlich reflektieren die Beträge auch die Wertberichtigungen für Kreditausfälle. In einigen Fällen ist die Möglichkeit der Geschäftspartner für Ziehungen unter den verfügbaren Fazilitäten durch die spezifischen Vertragsvereinbarungen eingeschränkt. Die Nettoengagements werden nach Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, erhaltenen Garantien und sonstigen Kreditrisikominderungen, jedoch ohne die nominale Nettoposition aus gekauften beziehungsweise verkauften Kreditderivaten gezeigt. Die dargestellten Brutto- und Nettoforderungen an ausgewählte europäische Länder beinhalten keine Tranchen von Kreditderivaten und Kreditderivate in Bezug auf unser Korrelationsgeschäft, die konstruktionsbedingt kreditrisikoneutral sein sollen. Die Tranchenstruktur sowie die Korrelationen dieser Positionen eignen sich außerdem nicht für eine disaggregierte Darstellung der Nominalwerte je Land, da zum Beispiel identische Nominalwerte unterschiedliche Risikostufen für verschiedene Tranchenebenen repräsentieren.

Brutto position, darin enthaltene nicht gezogene Kreditlinien und unser Nettoengagement gegenüber ausgewählten europäischen Ländern – Sitzland-Perspektive

in Mio €	Staat		Finanzinstitute		Unternehmen		Retail		Sonstige		Insgesamt ²	
	31.12. 2012	31.12. 2011 ¹	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011
Griechenland												
Brutto	40	448	715	576	1.501	1.287	9	8	–	–	2.265	2.319
nicht gezogen	–	–	8	5	160	121	2	2	–	–	170	128
Netto	39	448	67	105	356	324	3	2	–	–	465	879
Irland												
Brutto	932	420	1.427	3.472	6.505	8.436	56	61	4.292 ³	6.484 ³	13.212	18.873
nicht gezogen	–	–	14	4	1.581	1.130	2	3	366 ³	340 ³	1.963	1.477
Netto	400	181	1.005	1.755	4.661	6.593	7	9	2.914 ³	5.084 ³	8.987	13.622
Italien												
Brutto	3.059	1.811	7.041	5.198	8.706	9.449	20.291	19.842	127	373	39.224	36.673
nicht gezogen	1	2	809	637	3.162	3.581	261	308	–	–	4.233	4.528
Netto	2.969	1.767	3.150	2.296	6.619	6.670	7.749	8.480	-73	173	20.414	19.386
Portugal												
Brutto	258	165	453	880	1.548	1.502	2.375	2.415	33	36	4.667	4.998
nicht gezogen	–	–	52	33	188	130	5	30	–	–	245	193
Netto	153	-45	319	519	769	727	501	364	32	36	1.774	1.601
Spanien												
Brutto	1.659	1.322	5.483	7.198	10.301	10.199	11.106	11.487	216	182	28.765	30.388
nicht gezogen	–	–	563	313	2.690	3.257	547	593	–	–	3.800	4.163
Netto	1.659	1.318	3.561	5.740	7.688	7.152	1.789	2.018	144	93	14.841	16.321
Brutto insgesamt	5.948	4.166	15.119	17.324	28.561	30.873	33.837	33.813	4.668	7.075	88.133	93.251
nicht gezogen	1	2	1.446	992	7.781	8.219	817	936	366	340	10.411	10.489
Netto insgesamt ⁴	5.220	3.669	8.102	10.415	20.093	21.466	10.049	10.873	3.017	5.386	46.481	51.809

¹ Beinhaltet wertgeminderte Wertpapierpositionen gegenüber staatlichen Kreditnehmern in Griechenland zum 31. Dezember 2011, die als zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte klassifiziert sind. Weitere wertgeminderte Positionen gegenüber staatlichen Kreditnehmern sind nicht enthalten.

² Ungefähr 77 % des Gesamtengagements werden innerhalb der nächsten fünf Jahre fällig.

³ Sonstige Engagements gegenüber Irland enthalten Engagements an Kreditnehmer, bei denen der Sitz der Konzernmutter außerhalb Irlands liegt, sowie Engagements gegenüber Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Kreditnehmern in anderen Ländern stammen.

⁴ Nettoposition insgesamt beinhaltet keine Bewertungsanpassungen für das Ausfallrisiko für Derivate in Höhe von 231 Mio € zum 31. Dezember 2012 und 240 Mio € zum 31. Dezember 2011.

Das Nettoengagement insgesamt gegenüber den ausgewählten europäischen Ländern reduzierte sich im Jahr 2012 um 5,3 Mrd € hauptsächlich durch Rückgänge im Engagement gegenüber Irland, im Wesentlichen in den Kategorien Firmenkredite und Sonstige sowie auch durch Engagementsrückgänge gegenüber spanischen Finanzinstituten.

Aggregiertes Netto-Kreditrisikoengagement nach Finanzinstrumenten gegenüber Kunden mit Sitz in ausgewählten europäischen Staaten

in Mio €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		31.12.2012
	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹		Derivate	Sonstige	
						Total ³	
Griechenland	324	296	23	5	58	73	455
Irland	2.188	2.181	2.982	978	1.387	2.922	10.450
Italien	11.345	10.615	3.815	1.585	4.132	-2.312	17.835
Portugal	939	901	379	202	323	434	2.239
Spanien	5.986	5.481	3.269	3.254	591	1.842	14.437
Insgesamt	20.782	19.474	10.468	6.024	6.491	2.959	45.416

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

in Mio €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		31.12.2011
	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹		Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte ²	Derivate	
						Sonstige	
Griechenland	214	200	38	211	100	255	804
Irland	4.601	4.592	3.022	1.250	2.693	3.242	14.799
Italien	12.834	12.275	3.712	1.243	3.414	-1.787	18.857
Portugal	1.227	1.206	223	209	243	439	2.320
Spanien	7.346	6.910	3.052	3.371	1.936	1.201	16.470
Insgesamt	26.222	25.183	10.047	6.284	8.386	3.350	53.250

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Für unsere derivativen Kreditengagements in diesen Ländern der Eurozone zeigen wir Nominalwerte für gekaufte und verkaufte Sicherungsinstrumente als Bruttowerte und die resultierenden Nettonominalwerte sowie ihre beizulegenden Zeitwerte.

Engagement in Kreditderivaten mit Sitz der Referenzaktiva in diesen europäischen Staaten

in Mio €	Verkaufte Absicherungen	Gekaufte Absicherungen	Nettoposition verkaufter/ gekaufter Absicherungen	Nominalbeträge		31.12.2012
				Beizulegender Zeitwert netto		
Griechenland	1.396	-1.386	10		-8	
Irland	8.280	-9.743	-1.463		55	
Italien	60.638	-58.059	2.579		145	
Portugal	10.744	-11.209	-465		-5	
Spanien	30.408	-30.004	404		-8	
Insgesamt	111.466	-110.401	1.065		179	

in Mio €			Nominalbeträge	31.12.2011
	Verkaufte Absicherungen	Gekaufte Absicherungen	Nettoposition verkaufter/ gekaufter Absicherungen	Beizulegender Zeitwert netto
Griechenland	8.284	- 8.209	75	- 75
Irland	11.203	- 12.380	- 1.177	51
Italien	59.890	- 59.361	529	32
Portugal	12.744	- 13.463	- 719	36
Spanien	35.267	- 35.416	- 149	68
Insgesamt	127.388	- 128.829	- 1.441	112

In Einklang mit allgemeinen Marktusancen nutzen wir Kreditausfallversicherungen (CDS) als ein wichtiges Instrument zum Management von Kreditrisiken, um ungewünschte Konzentrationen im Kreditportfolio zu vermeiden. CDS-Verträge unterliegen der Standard ISDA-Dokumentation, welche Auslöseereignisse für den Versicherungsfall definiert, die dann Ausgleichszahlungen auslösen. Beispiele für diese Auslöseereignisse sind die Insolvenz des Referenzschuldners, die Unfähigkeit des Referenzschuldners, seinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen (zum Beispiel Zins- oder Tilgungsleistungen), sowie Umschuldungen des Referenzschuldners. Für verkaufte Kreditausfallversicherungen kommen ebenfalls die vorgenannten Auslöseereignisse zur Anwendung. Unsere gekauften Kreditausfallversicherungen, die der Risikoabsicherung dienen, sind überwiegend von Kreditinstituten mit sehr guter Bonitätseinstufung ausgegeben und unterliegen entsprechenden Sicherheitsvereinbarungen. Während wir eindeutig auf die Nettorisikoposition nach Berücksichtigung von Absicherungen/Sicherheiten fokussieren, untersuchen wir gleichzeitig sehr intensiv unsere Bruttopositionen vor Absicherungen durch CDS in dem Bewusstsein der potenziellen Gefahr, dass ein CDS nicht so ausgelöst wird wie erwartet.

Die Engagements, die sich auf die oben genannten Länder beziehen, werden auf Basis des im vorherigen Abschnitts unseres Risikoberichts zum Kreditrisiko beschriebenen Prozesses gesteuert und überwacht. Dies schließt detaillierte Bonitätsbeurteilungen und eine fortlaufende Beobachtung der Kunden ein. Es ist ein Rahmenwerk für die Steuerung von Konzentrationsrisiken, wie in den Abschnitten zu Länder- und Branchenrisiken beschrieben, etabliert. Dieses Rahmenwerk wird ergänzt durch regelmäßige Managementberichte einschließlich gezielter Portfolioprüfungen für diese Länder, Initiativen zur Risikoreduzierung der Portfolios und Stresstests.

Für Kreditabsicherungszwecke bemühen wir uns, Laufzeitinkongruenzen zu vermeiden. Dies hängt jedoch von der Verfügbarkeit der erforderlichen Sicherungsinstrumente im Markt ab. Wenn Laufzeitinkongruenzen nicht vermieden werden können, werden diese Positionen eng überwacht. Wir berücksichtigen die Sensitivitäten des Sicherungsinstruments und des Basiswerts, um Laufzeitinkongruenzen zu neutralisieren.

Die von uns durchgeführten Stresstests sind darauf ausgerichtet, potenzielle Reaktionen von Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken im Fall eines Extremereignisses wie zum Beispiel eines ungeplanten Ausscheidens eines Mitgliedsstaats der Eurozone zu bewerten. Sie beinhalten indirekte Kreditengagements und bewerten die Auswirkung einer Währungs-Neubewertung und den Ansteckungseffekt auf bestimmte Portfolios außerhalb von Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien (die GIIPS-Länder), die wahrscheinlich von einer Eskalation der Krise der Eurozone betroffen sind. Einschätzungen über einen möglichen indirekten Einfluss einer solchen Eskalation finden zusätzlich Berücksichtigung in der Bewertung der Sicherheiten.

Die wesentlichen Parameter in diesen Stresstests basierten auf einer Anzahl von Kapitalmarktannahmen wie zum Beispiel Bruttoinlandsprodukt, Wechselkurse, Zinsentwicklungen und Kapitalmarktvolatilitäten. Diese Annahmen werden von unserer internen makroökonomischen Abteilung „dbResearch“ zur Verfügung gestellt. Die Stresstestszenarien werden diskutiert und im Stress Test Oversight Committee genehmigt, welches als zentrales Governance Komitee für gruppenweite Stresstests verantwortlich ist. Ergebnisse dieser Stresstests enthalten kreditrisikorelevante Kennzahlen. Durch die Stresstests werden die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung, das Kapital und die Liquidität der Bank simuliert, die bei der Festlegung von Maßnahmen zur Risikominderung berücksichtigt werden.

Unser internes Risikomanagement wurde durch das Etablieren eines Regelwerks soweit erweitert, dass wir auf ein Eurokrisenszenario eine angemessene Vorbereitung mit risikoreduzierenden Maßnahmen und adäquaten Notfallplänen haben. Das beinhaltet eine ganzheitliche Analyse des Einflusses, basierend auf den oben genannten Szenarien, inklusive des Dominoeffekts in einer sich verschlimmernden Krise, ständige Analyse möglicher Währungsabwertungen durch die Gefahr eines möglichen Euroausstiegs bestimmter Länder, regelmäßige Bewertung von Risikoredenominationen und die Bewertung der Produkte, Verträge und rechtlichen Details in enger Zusammenarbeit mit unserer Rechtsabteilung. Trotz aller Bemühungen bleiben Unsicherheiten in der Bewertung der Risiken bestehen. Des Weiteren ist unsicher, welche Vermögensgegenstände und Verpflichtungen dem Risiko einer Redenominierung ausgesetzt sind beziehungsweise in welcher Höhe der Verlust anfallen könnte. Die wesentlichen Überlegungen dazu berücksichtigen (i) gesetzliche Rahmenbedingungen des Vertrages, (ii) den Erfüllungsort, (iii) mögliche Kundeninsolvenzen und (iv) die Höhe der Abwertung einer neuen Währung.

Die oben beschriebenen Analysen der finanziellen Auswirkungen werden ergänzt durch Notfallpläne, die die Möglichkeiten des Krisenmanagements der Bank (Fahrplan zur Bewältigung von Krisen) sowie die operationelle Bereitschaft bewerten, wie beispielsweise eine neue Währung in die Systeme der Bank einzuführen.

Insgesamt haben wir das Kreditvolumen in den GIIPS-Ländern seit Beginn der Schuldenkrise aktiv gesteuert und glauben, dass wir gut aufgestellt sind angesichts ausgewählter und früh ausgeübter Maßnahmen zur Risikoreduzierung bei diesen Staaten und schwächeren Kunden.

Wir haben intern das Redenominierungs- und (Währungs-)Neubewertungsrisiko der Bank für ausgewählte Länder der Eurozone unter verschiedenen Annahmen analysiert und festgestellt, dass der Risikogehalt der Aktiv- und Passivpositionen (Vermögenswerte und Verpflichtungen) in Abhängigkeit von den getroffenen Annahmen deutlich variiert. Wir glauben, dass Quantifizierungen von Redenominierung und Risiken der Neubewertung daher nur im Zusammenhang mit den gemachten Annahmen bezüglich der Risiken, für die wir keine Eintrittswahrscheinlichkeit voraussagen können, zu interpretieren sind. Vor diesem Hintergrund sind wir der Auffassung, dass eine Quantifizierung keine aussagefähige Information darstellt.

Kreditengagements gegenüber ausgewählten europäischen Ländern

Nach der Euro-Gipfel-Erklärung am 26. Oktober 2011 und der Erklärung der Eurogruppe am 21. Februar 2012 unterbreitete die griechische Regierung am 24. Februar 2012 den Gläubigern des privaten Sektors den Vorschlag, sich mit ihnen von der griechischen Regierung emittierten oder garantierten Staatsanleihen an einem Schuldentauschangebot und/oder der Einholung der Zustimmungserklärung zu beteiligen, was als Einbeziehung des privaten Sektors bezeichnet wurde. Die zur Beteiligung aufgeforderten Anleihen hatten einen aggregierten Nominalwert in Höhe von circa 206 Mrd €. Das Schuldentauschangebot und die Einholung der Zustimmungserklärung hatten die größtmögliche Einbeziehung des privaten Sektors in das angebotene gesamte Unterstützungspaket für Griechenland zum Ziel, um in Verbindung mit der vom öffentlichen Bereich (IWF, EU, EZB) angebotenen Unterstützung die Wahrscheinlichkeit eines Forderungsausfalls griechischer Anleihen zu reduzieren.

Im März 2012 haben wir an dem Schuldentauschangebot und der Einholung der Zustimmungserklärung mit sämtlichen unserer qualifizierten griechischen Staatsanleihen teilgenommen. Mit der Einbeziehung des privaten Sektors erhielten die Inhaber griechischer Staatsanleihen im Austausch (i) neu emittierte Anleihen der griechischen Regierung mit einem Nennwert in Höhe von 31,5 % des Nennwerts der ausgetauschten Anleihen, (ii) Forderungen gegenüber der European Financial Stability Facility („EFSF“) mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren mit einem Nennwert in Höhe von 15 % des Nennwerts der ausgetauschten Anleihen und (iii) separierbare Schuldverschreibungen der griechischen Regierung mit einem Nominalbetrag in Höhe des Nominalbetrags der neuen Anleihen jedes Anleihegläubigers, die an das Bruttosozialprodukt Griechenlands gekoppelt sind. Die griechische Regierung stellte auch kurzlaufende EFSF-Schuldverschreibungen zur Verfügung, um sämtliche bis zum 24. Februar 2012 unbezahlten Zinsbeträge auf die ausgetauschten Anleihen abzulösen.

Die von uns in den Schuldentausch eingebrachten Anleihen wurden aus der Bilanz ausgebucht und die neuen Instrumente entweder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte oder zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte angesetzt.

Die nachstehenden Informationen über unser Kreditengagement gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter Länder der Eurozone beinhalten in den Beträgen zum 31. Dezember 2012 die griechischen Staatsanleihen, die wir im Rahmen der Umschuldung erhalten haben.

Kreditengagement gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder

in Mio €	31.12.2012				31.12.2011			
	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Netto- position) ²				Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Netto- position) ²			
	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Netto- nominal- betrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokredit- engagement gegenüber Staaten	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Netto- nominal- betrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokredit- engagement gegenüber Staaten	Nettokredit- engagement gegenüber Staaten (Netto- position) ²	
Griechenland	39	–	39	–	433	15	448	– 50
Irland	355	45	400	– 4	208	– 27	181	– 21
Italien	847	2.122	2.969	159	176	1.591	1.767	1
Portugal	258	– 105	153	– 4	116	– 161	– 45	16
Spanien	1.544	115	1.659	– 4	1.026	292	1.318	– 13
Insgesamt	3.043	2.177	5.220	147	1.959	1.710	3.669	– 67

¹ Beinhaltet Schuldverschreibungen klassifiziert als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen und als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten.

² Die Beträge reflektieren den beizulegenden Netto-Zeitwert (im Sinne des Kontrahentenrisikos) von Kreditabsicherungen, die sich auf staatliche Verbindlichkeiten des jeweiligen Landes beziehen.

Die obige Darstellung reflektiert eine Netto-Sitzland-Perspektive für das Kreditengagement gegenüber Staaten. Mit Ausnahme von Griechenland resultiert der Anstieg in 2012 gegenüber 2011 aus Marktaktivitäten oder einem Anstieg des beizulegenden Zeitwerts. Die Reduzierung des griechischen Kreditengagements spiegelt unsere Beteiligung an dem oben genannten Schuldentausch wider.

Das oben abgebildete direkte Engagement gegenüber Staaten beinhaltet Bilanzwerte für staatliche Kredite, die zu fortgeführten Anschaffungswerten bewertet werden und sich zum 31. Dezember 2012 für Italien auf 797 Mio € und für Spanien auf 591 Mio € beliefen (zum 31. Dezember 2011: für Italien 546 Mio € und für Spanien 752 Mio €).

In zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthaltene direkte Kreditengagements gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder

in Mio €	31.12.2012				31.12.2011			
	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Beizulegender Zeitwert von Derivaten gegenüber Staaten (Nettoposition) ¹	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten, insgesamt	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Beizulegender Zeitwert von Derivaten mit Staaten (Nettoposition) ¹	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten, insgesamt	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten (Nettoposition) ¹	
	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Netto- nominal- betrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokredit- engagement gegenüber Staaten	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Netto- nominal- betrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokredit- engagement gegenüber Staaten	Nettokredit- engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ¹	
Griechenland	24	15	39	197	25	222	–	–
Irland	28	27	55	– 32	7	– 25	–	–
Italien	– 3.974 ²	3.279	– 695	– 3.325 ²	2.332	– 993	–	–
Portugal	150	59	209	81	4	85	–	–
Spanien	734	29	763	52	28	80	–	–
Insgesamt	– 3.038	3.409	371	– 3.027	2.396	– 631	–	–

¹ Beinhaltet die Effekte von Aufrechnungsrahmen- und Sicherheitenvereinbarungen.

² Die Verkaufspositionen im Engagement gegenüber Italien bezogen sich hauptsächlich auf strukturierte Handelsgeschäfte mit zugehörigen Kreditderivaten.

In zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthaltene Kreditengagements gegenüber ausgewählten europäischen Ländern

		31.12.2012			31.12.2011	
	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Ursprünglicher Bilanzwert	Im Gewinn nach Steuern berücksichtigte kumulierte Wertminderungs- verluste (nach Steuern)	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Ursprünglicher Bilanzwert	Im Gewinn nach Steuern berücksichtigte kumulierte Wertminderungs- verluste (nach Steuern)
in Mio €						
Griechenland	–	–	–	211	494	– 368
Irland	300	213	–	232	213	–
Italien	741	720	–	625	724	–
Portugal	48	46	–	31	46	–
Spanien	201	194	–	193	194	–
Ins gesamt	1.290	1.173	–	1.292	1.671	– 368

Ausleihebezogene Kreditrisikoengagements

Unser Kreditgeschäft unterliegt Kreditrisikomanagementprozessen, sowohl bezogen auf die Kreditvergabe als auch auf die laufende Kreditüberwachung. Ein Überblick über diese Prozesse wird im vorhergehenden Abschnitt „Kreditrisiko“ gegeben.

Kategorien unseres Kreditbuchs mit Unterscheidung in Segmente mit niedrigem, mittlerem und höherem Risiko

		31.12.2012		31.12.2011 ¹	
		Insgesamt	davon: Non-Core	Insgesamt	davon: Non-Core
in Mio €					
Segment niedrige Risiken:					
PBC-Immobilienfinanzierungen	151.078	8.579	145.511	9.457	
Investment-Grade/German Mid-Cap	42.906	3.356	49.657	3.986	
GTB	58.882	–	57.876	–	
PWM	30.666	1.106	28.832	1.194	
PBC-Kleinbetrieb	18.745	1.833	19.116	1.146	
Staatsbesicherte Transaktionen/strukturierte Transaktionen	1.149	–	3.615	2.450	
Corporate Investments	2.464	2.464	6.707	6.707	
Zwischensumme Segment niedrigere Risiken	305.890	17.338	311.314	24.940	
Segment moderate Risiken:					
PBC-Konsumentenfinanzierungen	20.316	1.303	18.996	1.266	
Asset Finance (Deutsche Bank-gesponserte Conduits)	14.786	6.395	17.651	8.365	
Besicherte gehedgede strukturierte Transaktionen	13.176	3.642	15.012	5.136	
Finanzierung von Pipeline Assets ²	4.312	1.316	6.619	1.639	
Zwischensumme Segment moderate Risiken	52.590	12.656	58.278	16.406	
Segment höhere Risiken:					
Gewerbliche Immobilienfinanzierungen ³	27.285	14.784	28.398	16.473	
Leveraged Finance ⁴	5.095	744	5.019	1.318	
Sonstige ⁵	11.115	4.336	13.667	5.584	
Zwischensumme Segment höhere Risiken	43.495	19.864	47.084	23.375	
Kreditbuch insgesamt	401.975	49.858	416.676	64.721	

¹ Beträge zum 31. Dezember 2011 reflektieren die in 2012 etablierte neue Struktur der Konzernbereiche.

² Davon Finanzierung für verkauft Kredite in Leveraged Finance in Höhe von 3,0 Mrd € und in Commercial Real Estate in Höhe von 1,3 Mrd € zum 31. Dezember 2012 (5,0 Mrd € und 1,6 Mrd € zum 31. Dezember 2011).

³ Beinhaltet Kredite von CMBS-Verbriefungen.

⁴ Kredit im Wesentlichen CPSG zugeordnet.

⁵ Beinhaltet andere kleinere Kredite vorwiegend in unserem Unternehmensbereich CB&S.

Der Hauptteil unseres Kreditvolumens mit niedrigem Kreditrisiko steht im Zusammenhang mit unserem PBC-Geschäft. Zum 31. Dezember 2012 waren 76 % unserer Kredite im Segment mit niedrigerem Kreditrisiko, vergleichbar mit der Situation zum vorhergehenden Jahresende.

Unser Segment mit höherem Risiko wird dominiert durch gewerbliche Immobilienfinanzierungen. Unser Kreditrisikomanagement-Ansatz legt großes Augenmerk besonders auf die Portfolien, die aus unserer Sicht höhere Risiken beinhalten. Wir haben für diese Portfolien spezielle Portfoliostrategien und eine sorgfältige Kreditüberwachung etabliert. Das Volumen der gewerblichen Immobilienfinanzierungen hat sich um 1,1 Mrd € reduziert per 31. Dezember 2012.

Wertgeminderte Kredite und die entsprechenden Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer höheren Kreditrisikokategorie

in Mio €	31.12.2012				31.12.2011 ¹			
	Insgesamt		davon: Non-Core		Insgesamt		davon: Non-Core	
	Wert-geminderte Kredite	Wertberich-tigungen für Kreditausfälle	Wert-geminderte Kredite	Wertberich-tigungen für Kreditausfälle	Wert-geminderte Kredite ²	Wertberich-tigungen für Kreditausfälle	Wert-geminderte Kredite ²	Wertberich-tigungen für Kreditausfälle
Gewerbliche Immobilienfinanzierungen	2.065	554	1.318	353	2.225	360	1.457	226
Leveraged Finance	64	81	4	3	158	148	93	85
Sonstige	576	160	539	134	626	180	599	143
Insgesamt	2.705	795	1.861	490	3.009	688	2.149	454

¹ Beträge zum 31. Dezember 2011 reflektieren die in 2012 etablierte neue Struktur der Konzernbereiche.

² Beträge für 2011 angepasst.

Die oben aufgeführte Reduzierung wertgeminderter Kredite in unserer Kategorie Kredite mit höherem Risiko wurde hauptsächlich verursacht durch Rückgänge von Krediten im Gewerbeimmobiliensektor der Postbank, für die wir aufgrund der Anpassung des beizulegenden Zeitwerts zum Zeitpunkt der Konsolidierung nur kleine Wertminderungen verbucht hatten.

Der Anstieg der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Bezug auf Gewerbeimmobilien wurde hauptsächlich durch erhöhte Risikovorsorgen für die seit Konsolidierung bestehenden wertgeminderten Kredite der Postbank verursacht.

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement zudem in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst Privatkredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.
- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.

Firmenkreditengagement

Wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach unseren internen Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner

Bewertungseinstufung	Ausfall-wahrscheinlichkeit in %	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere						Insgesamt	31.12.2012
		Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventual-verbindlichkeiten	Außenbörsliche Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere			
iAAA–iAA	0,00–0,04	48.992	20.233	9.064	23.043	30.054	131.386		
iA	0,04–0,11	43.047	37.456	19.192	22.308	8.186	130.189		
iBBB	0,11–0,50	53.804	37.754	21.304	7.713	3.788	124.363		
iBB	0,50–2,27	45.326	22.631	11.460	5.778	1.749	86.944		
iB	2,27–10,22	17.739	10.068	4.886	2.415	227	35.335		
iCCC und schlechter	10,22–100	13.062	1.515	2.455	1.187	151	18.370		
Insgesamt		221.970	129.657	68.361	62.444	44.155	526.587		

¹ Beinhaltet vor allem in der Kategorie „iCCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite von 6,1 Mrd € zum 31. Dezember 2012.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,4 Mrd € zum 31. Dezember 2012 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungsverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

in Mio €
(sofern nicht anders angegeben)

31.12.2011

Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in %	Kredite ¹	Unwiderufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04	51.321	21.152	6.535	37.569	22.753	139.330
iA	0,04–0,11	45.085	37.894	24.410	17.039	8.581	133.009
iBBB	0,11–0,50	59.496	36.659	21.002	12.899	5.109	135.165
iBB	0,50–2,27	50.236	21.067	13.986	7.478	2.303	95.071
iB	2,27–10,22	17.650	9.152	6.051	3.007	263	36.123
iCCC und schlechter	10,22–100	18.148	2.071	1.669	1.632	371	23.891
Insgesamt		241.936	127.995	73.653	79.624	39.381	562.589

¹ Beinhaltet vor allem in der Kategorie „iCCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite von 6,3 Mrd € zum 31. Dezember 2011.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2011 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungsverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Unser Firmenkreditengagement hat sich um 6 % seit Dezember 2011 auf 526,6 Mrd € reduziert. Die Reduzierungen kommen vorrangig aus Krediten (20,0 Mrd €) und außerbörslichen Derivaten (17,2 Mrd €). Insgesamt hat sich die Qualität unseres Firmenkreditengagements verbessert mit 73 % Investment-Grade beurteilter Kunden im Vergleich zu 72 % im Vorjahr. Das in den obigen Tabellen dargestellte Kreditvolumen berücksichtigt weder Kreditsicherheiten oder Kreditverbesserungen noch andere Maßnahmen zur Reduzierung des Kreditrisikos. Wir sind der Meinung, nach Berücksichtigung solcher risikoreduzierender Maßnahmen ein gut diversifiziertes Kreditportfolio zu haben. Die Reduzierung unseres Engagements in außerbörslich gehandelten Derivaten bezog sich insbesondere auf gut beurteilte Geschäftspartner („Investment-Grade“). Das Volumen außerbörslich gehandelter Derivate berücksichtigt weder Risikoreduzierungsmaßnahmen (außer Master-Aufrechnungsvereinbarungen) noch Kreditsicherheiten (außer erhaltenen Barsicherheiten). Nach Berücksichtigung solcher Reduzierungsmaßnahmen ist das verbleibende Kreditrisiko wesentlich geringer, adäquat strukturiert beziehungsweise gut diversifiziert und besteht überwiegend gegenüber Kunden mit Bonitätseinstufung im Investment-Grade Bereich. Die Erhöhung der Position von zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapieren resultiert hauptsächlich gegenüber besten Kunden in der Risikoklasse iAAA–iAA.

Risikomindernde Maßnahmen für das Firmenkreditengagement

Unsere Credit Portfolio Strategies Group („CPSG“) hilft, unser Risiko aus Firmenkrediten zu verringern. Der Nominalbetrag der Aktivitäten der CPSG zur Risikoreduzierung hat sich um 17 % von 55,3 Mrd € am 31. Dezember 2011 auf 45,7 Mrd € am 31. Dezember 2012 reduziert. Dies ist primär ein Resultat des Rückgangs der Nominalbeträge der zu besichernden Kredite sowie eines Rückgangs der risikoreduzierenden Maßnahmen zum Steuern der Marktrisiken.

Zum Jahresende 2012 hatte die CPSG Kreditderivate mit einem zugrunde liegenden Nominalbetrag von 27,9 Mrd € im Bestand. Zum 31. Dezember 2011 betrug diese Position 37,6 Mrd €. Die im Rahmen unserer Portfoliomanagementaktivitäten verwendeten Kreditderivate werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Zudem hat die CPSG zum 31. Dezember 2012 das Kreditrisiko von Krediten und ausleihebezogenen Zusagen in Höhe von 17,8 Mrd € durch synthetisch besicherte Kreditverbriefungen abgesichert, die vorwiegend mit Finanzgarantien und in geringem Maße auch mit Kreditderivaten unterlegt sind, bei denen die Erstverlustpositionen verkauft wurden. Zum 31. Dezember 2011 betrug diese Position 17,7 Mrd €.

Unter Ausübung des bestehenden Wahlrechts nutzt die CPSG die Fair Value Option gemäß IAS 39 für die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum beizulegenden Zeitwert, sofern die Kriterien dieses Standards erfüllt werden. Das Nominalvolumen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Kredite und Kreditzusagen der CPSG reduzierte sich im Jahresverlauf auf 40,0 Mrd € zum 31. Dezember 2012 (31. Dezember 2011: 48,3 Mrd €). Durch die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum beizulegenden Zeitwert hat die CPSG die Volatilität der Gewinne und Verluste aus der Inkonsistenz beim Bewertungsansatz erheblich reduziert. Diese

war entstanden, als derivative Sicherungsgeschäfte bereits zum beizulegenden Zeitwert, Kredite und Kreditzusagen jedoch noch zu ursprünglichen Anschaffungskosten bewertet wurden.

Konsumentenkreditengagement

Mit unserem Konsumentenkreditengagement zeigen wir den Anteil der Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und die auf Jahresbasis berechneten Nettokreditkosten nach Eingängen auf abgeschriebene Forderungen.

Konsumentenkreditengagement, Überfälligkeitssquoten und Nettokreditkosten

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in %		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements ¹	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Konsumentenkreditengagement Deutschland	139.939	135.069	0,84 %	0,95 %	0,29 %	0,49 %
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	20.137	19.805	1,20 %	1,88 %	1,20 %	1,55 %
Immobilienfinanzierungen	119.802	115.264	0,78 %	0,79 %	0,14 %	0,31 %
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	40.065	39.672	4,58 %	3,93 %	0,66 %	0,61 %
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	13.448	13.878	9,01 %	7,22 %	1,52 %	1,31 %
Immobilienfinanzierungen	26.617	25.794	2,34 %	2,15 %	0,23 %	0,23 %
Konsumentenkreditengagement insgesamt ²	180.004	174.741	1,67 %	1,63 %	0,38 %	0,52 %

¹ Auflösungen von vor der Konsolidierung bei den konsolidierten Gesellschaften gebildeten Wertberichtigungen sind in den Quoten bis 31. Dezember 2011 nicht einbezogen, sondern wurden im Zinsüberschuss vereinnahmt (eine detaillierte Darstellung findet sich im folgenden Abschnitt „Wertminderungsverluste und Risikovorsorge im Kreditgeschäft“). Unter Berücksichtigung solcher Beträge würde die Quote der Nettokreditkosten in Prozent des Gesamtengagements 0,42 % zum 31. Dezember 2011 betragen. In 2012 sind die Auflösungen bei den konsolidierten Gesellschaften in den Nettokreditkosten enthalten.

² Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 4,2 Mrd € zum 31. Dezember 2012 und 3,8 Mrd € zum 31. Dezember 2011.

Das Gesamtvolumen unseres Konsumentenkreditengagements erhöhte sich zum 31. Dezember 2012 um 5,3 Mrd € (3,0 %) gegenüber dem Jahresende 2011. In diesem Anstieg waren Nettoengagementerhöhungen der Postbank von 1,0 Mrd € (1,3 %), hauptsächlich in Deutschland, enthalten. Der Anstieg des Volumens ohne Postbank um 4,3 Mrd € (4,4 %) war im Wesentlichen auf den Anstieg der Immobilienfinanzierungen in Deutschland um 4,1 Mrd € zurückzuführen. Unsere Wachstumsstrategie reflektierend, ist das Kreditvolumen in Polen, auch hier hauptsächlich bei den Immobilienfinanzierungen, um 725 Mio € und in Indien um 174 Mio € angestiegen. Das Kreditvolumen in Spanien hat sich um 440 Mio € und in Portugal um 108 Mio € reduziert, was im Zusammenhang mit unserer De-Risking-Strategie steht.

Der Rückgang der Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite in 2012 in Deutschland beruht im Wesentlichen auf dem Verkauf von leistungsgestörten Krediten, ist aber auch begünstigt durch das wirtschaftliche Umfeld. Der Anstieg der Quote außerhalb Deutschlands ist, abgesehen von der wirtschaftlichen Entwicklung im übrigen Europa, hauptsächlich auf eine Änderung der Abschreibungskriterien für einige Portfolios in 2009 zurückzuführen. Kredite, die bisher direkt abgeschrieben wurden, werden nun nach dem Erreichen von 270 Tagen Überfälligkeit (beziehungsweise 180 Tagen Überfälligkeit bei Kreditkarten) auf dem Niveau historischer Ausfallraten, unter Berücksichtigung von beobachteten Eingängen auf abgeschriebene Forderungen bei gleichartigen Krediten, wertberichtet. Durch diese Änderung erhöht sich das Volumen, das 90 Tage und mehr überfällig ist, da die Änderung den Zeitraum bis zur vollständigen Abschreibung verlängerte. Unter der Annahme einer unveränderten Kreditperformance wird dieser Effekt weiterhin zu einer Steigerung der Quote führen, bis das Portfolio circa fünf Jahre nach Änderung der Abschreibungskriterien wieder einen neuen stabilen Zustand erreicht haben wird.

Die Reduzierung der Nettokreditkosten als Prozentsatz des Gesamtengagements ist hauptsächlich auf den vorgenannten Verkauf leistungsgestörter Kredite, aber auch auf die vorteilhafte wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zurückzuführen.

Konsumenten-Immobilienfinanzierungsengagement, gruppiert nach Beleihungsauslaufklassen¹

	31.12.2012
≤ 50 %	71 %
> 50 ≤ 70 %	16 %
> 70 ≤ 90 %	8 %
> 90 ≤ 100 %	2 %
> 100 ≤ 110 %	1 %
> 110 ≤ 130 %	1 %
> 130 %	1 %

¹ Der Ausweis des Gesamtengagements in den Beleihungsauslaufklassen erfolgt durch den relativen Anteil des Gesamtengagements an dem Immobilienwert, der Kalkulation zugrunde liegt.

Der Beleihungsauslauf setzt das Gesamtengagement in Prozent zum Wert einer Immobilie.

Unser Beleihungsauslauf wird berechnet, indem das Gesamtengagement durch den aktuellen Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit geteilt wird. Diese Immobilienwerte werden regelmäßig aktualisiert. Das Gesamtengagement von Transaktionen, welche zusätzlich durch liquide Sicherheiten besichert werden, wird um den jeweiligen Sicherheitswert dieser liquiden Sicherheiten reduziert, wohingegen vorrangige Verbindlichkeiten das Gesamtengagement erhöhen. Der berechnete Beleihungsauslauf von Immobilienfinanzierungen beinhaltet lediglich durch Immobilien besicherte Gesamtengagements. Immobilienfinanzierungen, welche ausschließlich durch andere Arten von Sicherheiten besichert sind, fließen nicht in die Kalkulation ein.

Die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers, der Beleihungsauslauf und die Qualität der Sicherheiten sind integrale Bestandteile unseres Risikomanagements bei der Kreditvergabe, deren Überwachung sowie bei der Steuerung unseres Kreditrisikos. In der Regel akzeptieren wir höhere Beleihungsausläufe, je besser die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers ist. Dennoch gibt es Restriktionen für Beleihungsausläufe in Ländern mit einem negativen Konjunkturausblick oder erwarteten Rückgängen von Immobilienwerten.

Zum 31. Dezember 2012 verzeichneten wir für 71 % des Gesamtengagements an Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50 %.

Kreditrisikoengagement aus Derivaten

Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten (beispielsweise Futures und Optionen) werden regelmäßig über eine zentrale Gegenpartei abgewickelt, deren Richtlinien und Vorschriften tägliche Sicherheitennachsüsse für alle aktuellen und künftigen Risikopositionen vorsehen, welche sich aus diesen Transaktionen ergeben. Wir nehmen auch bei Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten so weit wie möglich die Abwicklungsleistungen einer zentralen Gegenpartei (außerbörsliche Abwicklung) in Anspruch. Dabei profitieren wir von der durch das Abwicklungssystem der zentralen Gegenpartei erzielten Kreditrisikominderung.

Sowohl der Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act („DFA“) als auch die Europäische Verordnung (EU) Nr. 548/2012 über außerbörslich gehandelte Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister („EMIR“) werden sowohl die außerbörsliche Abwicklung für standardisierte außerbörslich abgeschlossene Derivate als auch die Besicherung von nicht über eine zentrale Gegenpartei abgewickelte außerbörsliche Derivate einführen. Die Implementierung von DFA und EMIR wird unsere Kreditrisikominde rungsmöglichkeiten noch weiter ausweiten.

Der Nominalbetrag der außerbörslich gehandelten Derivate, welche durch zentrale Gegenparteien abgewickelt wurden, betrug 10 Billionen € zum 31. Dezember 2012 und 10,8 Billionen € zum 31. Dezember 2011.

Nominalbeträge und Bruttomarktwerte von Derivatekontrakten

in Mio €	Nominalbetrag nach Laufzeiten				Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Netto- marktwert
	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt			
Zinsbezogen:							
Außerbörslich	15.419.788	15.366.636	10.478.308	41.264.732	584.620	554.944	29.676
Börsengehandelt	2.899.159	1.169.563	4.114	4.072.836	153	144	9
Zinsbezogen insgesamt	18.318.947	16.536.199	10.482.422	45.337.568	584.773	555.088	29.685
Währungsbezogen:							
Außerbörslich	4.290.214	1.188.952	428.949	5.908.115	94.639	101.738	-7.099
Börsengehandelt	19.381	470	-	19.851	8	7	1
Währungsbezogen insgesamt	4.309.595	1.189.422	428.949	5.927.966	94.647	101.745	-7.098
Aktien-/indexbezogen:							
Außerbörslich	329.531	261.697	79.088	670.316	22.415	29.027	-6.612
Börsengehandelt	417.334	114.654	3.653	535.641	7.476	6.201	1.275
Aktien-/indexbezogen insgesamt	746.865	376.351	82.741	1.205.957	29.891	35.228	-5.337
Kreditderivate	499.717	1.914.989	207.623	2.622.329	49.733	46.648	3.085
Rohwarenbezogen:							
Außerbörslich	45.284	56.194	5.417	106.895	10.121	10.644	-523
Börsengehandelt	194.470	107.099	1.659	303.228	4.617	4.173	444
Rohwarenbezogen insgesamt	239.754	163.293	7.076	410.123	14.738	14.817	-79
Sonstige:							
Außerbörslich	62.890	23.991	399	87.280	2.887	2.818	69
Börsengehandelt	12.533	1.278	5	13.816	18	36	-18
Sonstige insgesamt	75.423	25.269	404	101.096	2.905	2.854	51
Außerbörslich insgesamt	20.647.424	18.812.459	11.199.784	50.659.667	764.415	745.819	18.596
Börsengehandelt insgesamt	3.542.877	1.393.064	9.431	4.945.372	12.272	10.561	1.711
Insgesamt	24.190.301	20.205.523	11.209.215	55.605.039	776.687	756.380	20.307
Positive Marktwerte nach Aufrechnungsvereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten	-	-	-	-	70.054	-	-

in Mio €	Nominalbetrag nach Laufzeiten				Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Netto- marktwert
	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt			
Zinsbezogen:							
Außerbörslich	17.946.681	17.288.349	12.014.092	47.249.122	595.127	574.791	20.336
Börsengehandelt	635.771	179.024	6.282	821.077	101	50	51
Zinsbezogen insgesamt	18.582.452	17.467.373	12.020.374	48.070.199	595.228	574.841	20.387
Währungsbezogen:							
Außerbörslich	4.357.876	1.201.265	415.234	5.974.375	112.784	116.134	-3.350
Börsengehandelt	7.521	663	7	8.191	140	24	116
Währungsbezogen insgesamt	4.365.397	1.201.928	415.241	5.982.566	112.924	116.158	-3.234
Aktien-/indexbezogen:							
Außerbörslich	294.563	334.739	88.739	718.041	29.682	35.686	-6.004
Börsengehandelt	206.953	71.092	2.310	280.355	5.764	2.000	3.764
Aktien-/indexbezogen insgesamt	501.516	405.831	91.049	998.396	35.446	37.686	-2.240
Kreditderivate	673.814	2.473.620	537.723	3.685.157	101.115	92.988	8.127
Rohwarenbezogen:							
Außerbörslich	84.681	112.629	4.687	201.997	13.949	14.077	-128
Börsengehandelt	72.321	42.353	673	115.347	2.718	2.636	82
Rohwarenbezogen insgesamt	157.002	154.982	5.360	317.344	16.667	16.713	-46
Sonstige:							
Außerbörslich	77.574	38.746	2.956	119.276	5.516	4.895	621
Börsengehandelt	19.704	2.781	22	22.507	247	324	-77
Sonstige insgesamt	97.278	41.527	2.978	141.783	5.763	5.219	544
Außerbörslich insgesamt	23.435.189	21.449.348	13.063.431	57.947.968	858.173	838.571	19.602
Börsengehandelt insgesamt	942.270	295.913	9.294	1.247.477	8.970	5.033	3.937
Insgesamt	24.377.459	21.745.261	13.072.725	59.195.445	867.143	843.604	23.539
Positive Marktwerte nach Aufrechnungsvereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten	-	-	-	-	84.272	-	-

Die folgenden zwei Tabellen zeigen spezifische Offenlegungen auf Basis von Säule 3. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule 3-Offenlegung.

Positive Marktwerte der Derivate oder Wiederbeschaffungskosten von derivativen Transaktionen (nicht testiert)

in Mio € ¹	31.12.2012				31.12.2011			
	Positive Marktwerte vor Netting und Sicher- heitenverein- barungen	Netting- verein- barungen	Anrechnungs- fähige Sicherheiten ²	Positive Marktwerte nach Netting und Sicher- heitenverein- barungen	Positive Marktwerte vor Netting und Sicher- heitenverein- barungen	Netting- verein- barungen	Anrechnungs- fähige Sicherheiten	Positive Marktwerte nach Netting und Sicher- heitenverein- barungen
Zinsbezogen	578.128	490.905	61.838	25.384	587.718	502.390	51.645	33.683
Währungsbezogen	93.797	71.525	8.091	14.181	112.924	86.403	9.477	17.044
Aktien-/Indexbezogen	29.621	19.209	2.061	8.352	35.412	23.368	3.344	8.700
Kreditderivate	49.285	39.677	2.459	7.149	101.113	84.747	6.002	10.364
Rohwarenbezogen	14.701	8.231	649	5.821	16.648	12.602	809	3.236
Sonstige	2.783	2.244	392	147	5.768	4.743	515	510
Insgesamt	768.315	631.791	75.490	61.034	859.583	714.253	71.793	73.537

¹ Enthält zum 31. Dezember 2012 beziehungsweise 31. Dezember 2011 nicht den positiven Marktwert von 8,4 Mrd € (7,6 Mrd €) vor Netting und Sicherheiten beziehungsweise den positiven Marktwert von 791 Mio € (612 Mio €) nach Netting und Sicherheiten für als sonstige Aktiva klassifizierte Derivate.

² Enthält Barsicherheiten in Höhe von 66,5 Mrd € und andere Sicherheiten in Höhe von 9 Mrd € zum 31. Dezember 2012 sowie zum 31. Dezember 2011 Barsicherheiten in Höhe von 61,1 Mrd € und andere Sicherheiten in Höhe von 10,7 Mrd €.

Die Tabelle zeigt die positiven Marktwerte der Derivate nach Netting und nach Berücksichtigung von Sicherheiten; sie machen lediglich 8 % der positiven IFRS-Bilanzwerte aus. Zusätzlich zu Nettingvereinbarungen schließen wir verschiedene Arten von Besicherungsanhängen (zum Beispiel „Credit Support Annexes“, „CSA“) ab, wobei die überwiegende Anzahl zweiseitig ausgestaltet ist.

Nominalbetrag der Kreditderivate (nicht testiert)

in Mio €	31.12.2012				
	Für das eigene Kreditportfolio		Aus Vermittlertätigkeit		
	Eigene Käuferposition	Eigene Verkäufer- position	Eigene Käuferposition	Eigene Verkäufer- position	Gesamt ¹
Einzeladressen CDS	38.885	650	779.669	758.427	1.577.631
Portfolio CDS	9.209	168	512.299	509.832	1.031.508
Total Return Swaps	919	1.759	6.388	4.124	13.190
Nominalbetrag der Kreditderivate insgesamt	49.013	2.577	1.298.356	1.272.383	2.622.329

¹ Enthält CDS auf Indizes und nth-to-Default CDS.

in Mio €	31.12.2011				
	Für das eigene Kreditportfolio		Aus Vermittlertätigkeit		
	Eigene Käuferposition	Eigene Verkäufer- position	Eigene Käuferposition	Eigene Verkäufer- position	Gesamt ¹
Einzeladressen CDS	48.085	844	1.017.110	999.112	2.065.151
Portfolio CDS	604	55	782.384	824.100	1.607.143
Total Return Swaps	454	927	6.416	5.066	12.863
Nominalbetrag der Kreditderivate insgesamt	49.143	1.826	1.805.910	1.828.278	3.685.157

¹ Enthält CDS auf Indizes und nth-to-Default CDS.

In den Tabellen sind die Risikopositionen des aufsichtsrechtlichen Anlagebuches unter der Überschrift „Für das eigene Kreditportfolio“ und die des aufsichtsrechtlichen Handelsbuches unter der Überschrift „Aus Vermittlertätigkeit“ ausgewiesen. Der Rückgang der Nominalbeträge der Kreditderivate ist hauptsächlich zurückzuführen auf eine Reduzierung der Anzahl ausstehender Verträge, ohne dabei bestehende Nettopositionen aufzugeben („trade compression“), auf unsere De-Risking-Aktivitäten sowie auf einen allgemeinen Rückgang der Volumina im Kreditderivatemarkt.

Da die Wiederbeschaffungswerte der Derivateportfolios aufgrund von Marktpreisbewegungen und Änderungen der Transaktionen im Portfolio schwanken, berechnen wir auch potenzielle künftige Wiederbeschaffungskosten der Portfolios über die gesamte Laufzeit beziehungsweise bei besicherten Portfolios über angemessene Verwertungszeiträume. Unser potenzielles künftiges Engagement messen wir anhand von separaten Limiten. Die Analyse des potenziellen künftigen Engagements wird durch Stresstests ergänzt, mit denen die unmittelbare Auswirkung extremer Markt Ereignisse auf unser Gesamtengagement geschätzt werden kann (wie beispielsweise Ereignisrisiken im Portfolio gegenüber Schwellenländern).

Als Messgröße für potenzielle zukünftige Beträge wenden wir in der Regel ein Zeitprofil simulierter positiver Marktwerte des Derivateportfolios jedes Kontrahenten an, bei dem das Netting und die Besicherung berücksichtigt werden. Für die Überwachung von Limiten wenden wir ein Konfidenzniveau von 95 % dieser simulierten Verteilung von Marktwerten an, intern bezeichnet als potenzielles zukünftiges Risiko (Potential Future Exposure, „PFE“). Die im Rahmen desselben Verfahrens generierten durchschnittlichen Engagementprofile werden zur Ermittlung des sogenannten durchschnittlich erwarteten Risikos (Average Expected Exposure, „AEE“) verwendet. Dieses nutzen wir, um potenzielle zukünftige Wiederbeschaffungskosten in unserem Ökonomischen Kapital für das Kreditrisiko abzubilden. Das erwartete positive Risiko (Expected Positive Exposure, „EPE“) als wesentlicher Treiber unserer aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen wird ebenfalls auf Basis dieses Verfahrens ermittelt. Während AEE und EPE grundsätzlich auf einem Einjahreszeithorizont berechnet werden, wird das PFE für unbesicherte Portfolios über die Gesamtauflaufzeit einer Transaktion oder Nettingkonstruktion gemessen, während bei besicherten Portfolios ein angemessener kürzerer Zeithorizont zugrunde gelegt wird. Die zuvor erwähnten Berechnungsmethoden setzen wir auch ein, um damit gestresste Risikopositionen für unsere Kreditportfolio-Stresstests abzuleiten.

Das PFE-Profil jedes Kontrahenten wird täglich mit einem vom verantwortlichen Kreditmanager gesetzten PFE-Limit verglichen. PFE-Limite sind, zusammen mit anderen Limitarten, ein fester Bestandteil des Managements der Adressenausfallrisiken. Verstöße gegen das PFE-Limit zu irgendeinem Profilzeitpunkt lösen eine Meldung für Aktionen im Kreditrisikomanagementprozess aus. Das EPE geht direkt mittels der sogenannten Interne-Modelle-Methode („IMM“) in die Berechnung des IRBA regulatorischen Kapitals auf Kundenebene ein, während das AEE als ein Kreditäquivalent in das Kreditportfoliomodell eingeht, wo es in den jeweiligen Simulations- und Zuordnungsprozessen mit allen weiteren Engagements eines Kontrahenten kombiniert wird (siehe Kapitel „Überwachung des Ausfallrisikos“).

Nichtderivative Handelsaktiva

Zusammensetzung der nichtderivativen Handelsaktiva

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Staatspapiere und staatlich geförderte Unternehmen	94.597	95.336
Finanzinstitute und Unternehmen	53.994	56.442
Aktien	65.457	59.754
Handelbare Kredite	18.152	18.039
Sonstige	13.338	11.353
Nichtderivative Handelsaktiva	245.538	240.924

Gehandelte Kreditprodukte, wie zum Beispiel Anleihen in unserem Handelsbuch für Industrieländer, werden durch eine spezialisierte Risikomanagement-Einheit gesteuert, die unsere Kredit- und Marktexpertise vereinigt. Wir nutzen angemessene Portfoliolimite und bonitätsbasierte Schwellenwerte auf Einzelemittentenbasis in Kombination mit unseren Marktrisikomanagementinstrumenten zur Risikosteuerung solcher Positionen.

Qualität von Vermögenswerten

Dieser Abschnitt beschreibt die Qualität unseres Kreditportfolios. Alle Kredite, bei denen vorliegende Informationen über mögliche Kreditprobleme von Schuldern dazu führen, dass unser Management schwerwiegende Zweifel an der Einbringlichkeit der vertraglichen Verpflichtungen des Schuldners hat, sind in diesem Abschnitt enthalten.

Übersicht über nicht leistungsgestörte, überfällige, neuverhandelte und wertgeminderte Kredite nach Kundengruppen

	31.12.2012			31.12.2011 ¹		
in Mio €	Unternehmens-kredite	Konsumenten-kredite	Insgesamt	Unternehmens-kredite	Konsumenten-kredite	Insgesamt
Kredite weder überfällig noch neuverhandelt oder wertgemindert	213.591	171.233	384.824	233.097	165.809	398.906
Überfällige Kredite, nicht neuverhandelt oder wertgemindert	1.562	4.366	5.928	1.579	5.057	6.636
Neuverhandelte, nicht wertgeminderte Kredite	688	200	888	997	67	1.064
Wertgeminderte Kredite	6.129	4.206	10.335	6.262	3.808	10.070
Insgesamt	221.970	180.005	401.975	241.935	174.741	416.676

¹ Beträge für 2011 angepasst.

Überfällige Kredite

Kredite gelten als überfällig, wenn vertraglich vereinbarte Tilgungs- und/oder Zinszahlungen des Kreditnehmers ausstehend sind, es sei denn, diese Kredite sind durch Konsolidierung erworben worden. Im Rahmen einer Konsolidierung angekaufte Kredite betrachten wir als überfällig, sobald Tilgungs- und/oder Zinszahlungen des Kreditnehmers, die zum Zeitpunkt der ersten Konsolidierung der Kredite erwartet wurden, ausstehend sind.

Überfällige nicht wertgeminderte Kredite, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten, nach Anzahl der überfälligen Tage

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Kredite weniger als 30 Tage überfällig	3.898	4.394
Kredite 30 Tage oder mehr, aber weniger als 60 Tage überfällig	967	958
Kredite 60 Tage oder mehr, aber weniger als 90 Tage überfällig	394	420
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig	716	907
Insgesamt	5.975	6.678

Überfällige nicht wertgeminderte Kredite, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten, nach Branche

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Banken und Versicherungen	3	77
Fondsmanagement	3	9
Verarbeitendes Gewerbe	473	233
Handel	187	439
Private Haushalte	3.781	4.425
Gewerbliche Immobilien	888	814
Öffentliche Haushalte	19	16
Sonstige	621	665
Insgesamt	5.975	6.678

Überfällige nicht wertgeminderte Kredite, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten, nach Region

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Deutschland	3.238	3.749
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.141	2.532
Osteuropa	148	143
Nordamerika	397	165
Mittel- und Südamerika	4	14
Asien/Pazifik	45	73
Afrika	2	2
Sonstige	-	-
Insgesamt	5.975	6.678

Die überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite ermittelten sich um 703 Mio € auf 6,0 Mrd € zum 31. Dezember 2012, vor allem in der Branche Private Haushalte in Deutschland und Westeuropa (ohne Deutschland). 65 % unserer überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite waren weniger als 30 Tage überfällig und 54 % waren Geschäftspartner mit Sitz in Deutschland, während der Branchenfokus auf privaten Haushalten lag (63 %).

Aggregierter Wert der Sicherheiten – mit einer Obergrenze des beizulegenden Zeitwerts beim besicherten Kreditvolumen –, die wir zur Absicherung unserer überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite halten

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Finanzielle und andere Sicherheiten	3.248	3.973
Erhaltene Garantien	167	158
Insgesamt	3.415	4.131

Der Rückgang der Sicherheiten für unsere überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite in Höhe von 716 Mio € ist überwiegend auf einen Geschäftspartner und auf den allgemeinen Rückgang der überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite zurückzuführen, beide in Westeuropa (ohne Deutschland).

Neuverhandelte Kredite und Stundungen

Kredite, die in der Weise restrukturiert worden sind, dass wir aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen im Zusammenhang mit finanziellen Problemen des Kunden dem Kunden Zugeständnisse gemacht haben, die wir unter anderen Umständen nicht zu gewähren bereit gewesen wären, sind als neuverhandelte Kredite ausgewiesen. Zum 31. Dezember 2012 erhöhte sich das Niveau unserer nachverhandelten Kredite leicht um 96 Mio € (4 %) auf 2,5 Mrd € gegenüber dem vorherigen Jahresende, von denen 1,6 Mrd € wertgemindert waren. Der Anstieg der neuverhandelten Kredite, die als wertgemindert betrachtet werden, wurde nur teilweise durch einen Rückgang der nachverhandelten Kredite, die als nicht wertgemindert betrachtet werden, kompensiert.

Aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen können wir mit einem Kreditnehmer, der sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, eine Stundung vereinbaren, um die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung für einen begrenzten Zeitraum zu erleichtern. Für unsere Firmenkunden wird ein individueller Ansatz unter Berücksichtigung der einzelnen Transaktion sowie kundenspezifischer Fakten und Umstände angewandt. Für Konsumentenkredite vereinbaren wir Stundungen für einen begrenzten Zeitraum, indem die vollständige oder teilweise Rückzahlung oder zukünftige Ratenzahlungen auf einem späteren Zeitpunkt aufgeschoben werden. Allerdings muss der in diesem Zeitraum nicht gezahlte Betrag inklusive aufgelaufener Zinsen zu einem späteren Zeitpunkt wieder ausgeglichen werden. Rückzahlungsoptionen umfassen eine Verteilung auf die Restlaufzeit, eine einmalige Zahlung oder eine Laufzeitverlängerung. Die Möglichkeiten einer Stundung sind begrenzt und abhängig von der wirtschaftlichen Situation des Kunden, unseren Risikomanagementstrategien und den örtlichen Gesetzen. Im Falle einer Stundungsvereinbarung führen wir, wie unten beschrieben, eine Verlusteinschätzung durch, bilden, soweit notwendig, eine Wertberichtigung und berichten den Kredit anschließend als wertgemindert. Diese Stundungen sind als Neuverhandlungen ausgewiesen.

Wertgeminderte Kredite

Unser Kreditrisikomanagement beurteilt regelmäßig, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“);
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte; und
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags vorgenommen werden kann.

Die Verlusteinschätzungen unseres Kreditrisikomanagements unterliegen einer regelmäßigen Prüfung, die in Zusammenarbeit mit Group Finance durchgeführt wird. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden an ein Aufsichtskomitee berichtet und von diesem genehmigt. Es setzt sich aus Mitgliedern der höheren Führungsebene von Group Finance und Risk Senior Management zusammen.

Im Rahmen von Konsolidierungen haben wir auch Kredite erworben, für die zuvor eine Wertminderung von den konsolidierten Gesellschaften gebildet worden war. Diese Kredite haben wir zu beizulegenden Zeitwerten in unsere Bilanz übernommen, die anhand der erwarteten Zahlungsströme ermittelt wurden. Sie spiegeln die Qualität dieser Kredite zum Zeitpunkt der Akquisition wider. Solange sich unsere Erwartung für die Zahlungsströme dieser Kredite seit ihrer Akquisition nicht verschlechtert, beurteilen wir diese nicht als wertgeminderte Kredite.

Wertminderungsverlust und Wertberichtigungen für Kreditausfälle

Bestehen Hinweise auf eine Wertminderung, wird der Wertminderungsverlust in der Regel auf Basis der diskontierten erwarteten künftigen Zahlungsströme unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Werden infolge finanzieller Schwierigkeiten des Kreditnehmers die Konditionen eines Kredits neu verhandelt oder auf sonstige Weise angepasst, ohne dass der Kredit ausgebucht wird, wird der Wertminderungsverlust auf der Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes vor Anpassung der Konditionen ermittelt. Wir reduzieren den Buchwert der wertgeminderten Kredite mittels einer Wertberichtigung und erfassen den Verlustbetrag in unserer Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigung für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während mögliche Eingänge auf abgeschriebene Kredite den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn wir feststellen, dass es keine realistische Aussicht auf Beitreibung mehr gibt, und sämtliche Sicherheiten liquidiert oder auf uns übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben, wodurch der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle aus der Bilanz entfernt werden.

Während wir die Wertminderungen für unsere Firmenkreditengagements individuell bewerten, nehmen wir bei unseren kleineren standardisierten homogenen Krediten eine kollektive Beurteilung der Wertminderung vor.

Unsere Risikovorsorge für kollektiv bewertete Kredite, die nicht als wertgemindert gelten, dient zur Abdeckung von entstandenen Verlusten, die weder einzeln ermittelt noch im Rahmen der Verlusteinschätzung für kleinere homogene Kredite zu einer Wertberichtigung führten.

Weitere Details zur Bestimmung des Wertminderungsverlusts und den Wertberichtigungen für Kreditausfälle finden Sie in unserer Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle und Deckungsquoten der Geschäftsbereiche

	31.12.2012			31.12.2011 ¹			Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %-Punkten	Veränderung 2012 gegenüber 2011
	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %		
in Mio €								
Corporate Banking & Securities	1.005	721	72	1.197	930	78	-192	-6
Global Transaction Banking	1.014	464	46	639	332	52	375	-6
Asset & Wealth Management	138	33	24	452	29	6	-314	18
Private & Business Clients	4.188	2.071	49	3.759	1.572	42	429	7
Non-Core Operations Unit	3.990	1.407	35	4.023	1.298	32	-33	3
davon: gem. IAS 39 in Forde- rungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmete Aktiva	1.499	488	33	1.482	444	30	17	3
Insgesamt	10.335	4.696	45	10.070	4.162	41	265	4

¹ Beträge für 2011 angepasst.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigung für Kreditausfälle und Deckungsquoten nach Branchenzugehörigkeit

	31.12.2012			Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle		
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgeminderte Kredite	Insgesamt	Kollektiv ermittelt für nicht wertgeminderte Kredite	Insgesamt	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %
in Mio €									
Banken und Versicherungen	53	–	53	20	–	15	35	67	
Fondsmanagement	127	1	128	1	0	44	45	35	
Verarbeitendes Gewerbe	720	206	926	455	87	63	605	65	
Handel	355	199	554	207	95	34	336	61	
Private Haushalte	562	3.145	3.707	216	1.623	124	1.963	53	
Gewerbliche Immobilien	3.087	271	3.358	665	23	23	711	21	
Öffentliche Haushalte	–	–	–	–	0	2	2	–	
Sonstige	1.225	384	1.609	702	157	140	999	62	
Insgesamt	6.129	4.206	10.335	2.266	1.985	445	4.696	45	

31.12.2011¹

	31.12.2011 ¹			Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle		
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgeminderte Kredite	Insgesamt	Kollektiv ermittelt für nicht wertgeminderte Kredite	Insgesamt	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %
in Mio €									
Banken und Versicherungen	118	–	118	98	3	13	114	97	
Fondsmanagement	917	–	917	322	–	211	533	58	
Verarbeitendes Gewerbe	669	162	831	364	69	89	522	63	
Handel	330	138	468	164	75	33	272	58	
Private Haushalte	394	3.008	3.402	155	1.320	89	1.565	46	
Gewerbliche Immobilien	2.721	224	2.945	424	18	50	492	17	
Öffentliche Haushalte	–	–	–	–	–	1	1	–	
Sonstige	1.113	276	1.389	484	127	52	663	48	
Insgesamt	6.262	3.808	10.070	2.011	1.612	538	4.162	41	

¹ Beträge für 2011 angepasst.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigung für Kreditausfälle und Deckungsquoten nach Regionen

31.12.2012

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle			Deckungs- quote wert- geminderter Kredite in %	
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgemin- derte Kredite	Insgesamt		
Deutschland	1.822	1.793	3.615	783	817	129	1.729	48
Westeuropa (ohne Deutschland)	3.276	2.200	5.476	1.116	1.012	180	2.308	42
Osteuropa	137	207	344	53	156	11	220	64
Nordamerika	624	2	626	232	0	84	316	50
Mittel- und Südamerika	41	–	41	31	–	5	36	88
Asien/Pazifik	229	4	233	51	0	28	79	34
Afrika	–	–	–	–	–	3	3	–
Sonstige	–	–	–	–	–	5	5	–
Insgesamt	6.129	4.206	10.335	2.266	1.985	445	4.696	45

31.12.2011¹

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle			Deckungs- quote wert- geminderter Kredite in %	
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgemin- derte Kredite	Insgesamt		
Deutschland	1.870	1.851	3.721	832	683	138	1.653	45
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.975	1.690	4.665	841	751	204	1.796	38
Osteuropa	52	189	241	36	172	10	218	90
Nordamerika	1.058	75	1.133	193	1	152	345	30
Mittel- und Südamerika	40	0	40	28	–	6	35	87
Asien/Pazifik	267	3	270	81	1	24	106	39
Afrika	0	0	0	0	–	3	3	–
Sonstige	–	0	0	–	4	2	6	–
Insgesamt	6.262	3.808	10.070	2.011	1.612	538	4.162	41

¹ Beträge für 2011 angepasst.

Entwicklung der wertgeminderten Kredite

in Mio €	31.12.2012			31.12.2011 ¹		
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	6.262	3.808	10.070	3.564	2.749	6.313
Im Jahr als wertgemindert klassifiziert ²	2.860	1.912	4.772	4.497	3.475	7.972
Aufgehobene Wertminderungen im Jahr ²	-1.932	-930	-2.862	-1.230	-1.811	-3.041
Abschreibungen	-798	-483	-1.281	-553	-512	-1.065
Verkäufe wertgeminderter Kredite	-249	-122	-371	-9	-76	-85
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-14	21	7	-7	-17	-24
Bestand am Jahresende	6.129	4.206	10.335	6.262	3.808	10.070

¹ Beträge für 2011 angepasst.

² Unter Berücksichtigung von Rückzahlungen.

Unsere wertgeminderten Kredite erhöhten sich um 265 Mio € auf 10,3 Mrd € in 2012, wobei der Nettoanstieg von 1,5 Mrd € teilweise durch Abschreibungen von 1,3 Mrd € kompensiert wurde. Der Gesamtanstieg ist hauptsächlich auf einen Nettoanstieg von 398 Mio € in unseren kollektiv ermittelten wertgeminderten Krediten, überwiegend in privaten Haushalten in Westeuropa (ohne Deutschland), zurückzuführen. Dieser Anstieg in kollektiv ermittelten wertgeminderten Krediten ist teilweise durch 133 Mio € Nettorückgänge in unseren einzeln ermittelten wertgeminderten Krediten kompensiert worden, die vor allem durch Rückgänge aus De-Risking-Aktivitäten aus dem Verkauf oder der Restrukturierung von Krediten in Nordamerika verursacht wurden, welche den Anstieg in gewerblichen Immobilien und Haushalten in Westeuropa (ohne Deutschland) überkompenzierten.

Die Deckungsquote stieg von 41 % auf 45 % an, was hauptsächlich auf die Postbank zurückzuführen ist. Zum Zeitpunkt der Übernahme wurden alle wertgeminderten Kredite der Postbank als nicht wertgemindert mit ihren beizulegenden Werten in unsere Bilanz übernommen. Nachfolgende Erhöhungen in der Risikovorsorge bei der Postbank resultierten in einer Wertminderung des gesamten Kredits aus der konsolidierten Deutsche Bank-Sicht, während die Risikovorsorge nur für den zusätzlich erwarteten Zahlungsausfall gebildet wurde. Aufgrund

des Verkaufs größerer wertgeminderter gewerblicher Immobilienfinanzierungen im Rahmen unserer De-Risking-Aktivitäten wurde dieser Effekt teilweise rückgängig gemacht. Ergänzend hat der insgesamt höhere Bestand an Wertberichtigungen für Kreditausfälle zum Anstieg der Deckungsquote beigetragen.

Unsere wertgeminderten Kredite enthielten 1,5 Mrd € an reklassifizierten Krediten und Forderungen gemäß IAS 39. Diese Position ist unverändert zum Vorjahr, da dem Bruttoanstieg von 0,3 Mrd € Abschreibungen gegenüberstanden.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigungen und Eingänge aus abgeschriebenen Krediten nach Branche

in Mio €	Wertgeminderte Kredite insgesamt	31.12.2012		2012		31.12.2011 ¹		Wertberichtigungen für Kreditausfälle vor Eingängen aus abgeschriebenen Krediten	Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	Wertgeminderte Kredite insgesamt	Wertberichtigungen für Kreditausfälle vor Eingängen aus abgeschriebenen Krediten	Eingänge aus abgeschriebenen Krediten
		31.12.2012	Wertberichtigungen für Kreditausfälle vor Eingängen aus abgeschriebenen Krediten	31.12.2012	Wertberichtigungen für Kreditausfälle vor Eingängen aus abgeschriebenen Krediten	31.12.2011	Wertberichtigungen für Kreditausfälle vor Eingängen aus abgeschriebenen Krediten					
Banken und Versicherungen	53	17	1	118	52	1	52	1	1	118	52	1
Fondsmanagement	128	-20	1	917	32	0	32	0	0	917	32	0
Verarbeitendes Gewerbe	926	110	18	831	156	21	156	21	21	831	156	21
Handel	554	81	7	468	74	9	74	9	9	468	74	9
Private Haushalte	3.707	742	138	3.402	982	109	982	109	109	3.402	982	109
Gewerbliche Immobilien	3.358	357	3	2.945	356	5	356	5	5	2.945	356	5
Öffentliche Haushalte	-	1	-	-	2	0	2	0	0	-	2	0
Sonstige	1.609	633	27	1.389	347	22	347	22	22	1.389	347	22
Insgesamt	10.335	1.922	195	10.070	2.000	168	2.000	168	168	10.070	2.000	168

¹ Beträge für 2011 angepasst.

Unsere bestehenden Zusagen, neue Gelder an Schuldner mit notleidenden Krediten zu verleihen, beliefen sich auf 145 Mio € zum 31. Dezember 2012 und 168 Mio € zum 31. Dezember 2011.

Sicherheiten gehalten zur Absicherung unserer wertgeminderten Kredite mit einer Obergrenze des beizulegenden Zeitwerts beim besicherten Kreditvolumen

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Finanzielle und andere Sicherheiten	4.253	3.714
Erhaltene Garantien	401	349
Sicherheiten für wertgeminderte Kredite insgesamt	4.654	4.063

Unsere gesamten Sicherheiten für wertgeminderte Kredite zum 31. Dezember 2012 erhöhten sich um 591 Mio € gegenüber dem Vorjahr. Die Deckungsquote einschließlich der Sicherheiten erhöhte sich auf 90 % zum 31. Dezember 2012 im Vergleich zu 82 % zum 31. Dezember 2011 und ist auf den gleichen Effekt aus der Postbank zurückzuführen wie bei der Deckungsquote für die wertgeminderten Kredite.

Übernommene Sicherheiten

Wir nehmen Sicherheiten in die Bilanz auf, indem wir zur Risikominderung dienende Sicherheiten oder andere Kreditverbesserungen in unser Eigentum nehmen. Die übernommenen Sicherheiten werden in einem geordneten Verfahren oder im Rahmen einer öffentlichen Auktion veräußert. Die Erlöse werden zur Rückzahlung oder Reduzierung ausstehender Verschuldung genutzt. In der Regel nutzen wir übernommene Gebäude nicht für eigene geschäftliche Zwecke.

Übernommene Sicherheiten während der Berichtsperiode

in Mio €	2012	2011
Gewerbliche Immobilien	30	89
Private Immobilien	62	40
Sonstige	0	0
In der Berichtsperiode übernommene Sicherheiten insgesamt	92	129

Die in 2012 übernommenen Sicherheiten in gewerblichen und privaten Immobilien bezogen sich auf unsere Portfolien in den USA und Spanien.

Die in der Tabelle gezeigten übernommenen privaten Immobilien beinhalten keine der infolge der Konsolidierung von Securitization Trusts gemäß SIC-12 sowie IAS 27 übernommenen Sicherheiten. Die Jahresendwerte, bezogen auf die übernommenen Sicherheiten dieser Trusts, beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 10 Mio € nach 20 Mio € zum 31. Dezember 2011.

Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

in Mio €	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			2012
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	
Bestand am Jahresanfang	2.011	2.150	4.162	127	98	225	4.386
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.115	613	1.728	- 7	0	- 7	1.721
davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	79	- 55	24	-	-	-	24
Nettoabschreibungen:	- 762	- 324	- 1.086	-	-	-	- 1.086
Abschreibungen	- 798	- 483	- 1.281	-	-	-	- 1.281
Eingänge aus abgeschriften Krediten	36	158	195	-	-	-	195
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 98	- 9	- 107	- 2	- 1	- 3	- 111
Bestand am Jahresende	2.266	2.430	4.696	118	97	215	4.911

Veränderungen gegenüber Vorjahr

Risikovorsorge im Kreditgeschäft	absolut	-312	-104	-26	12	-14	-118
	relativ	23 %	-34 %	-6 %	-137 %	-103 %	-191 %
Nettoabschreibungen:							
absolut	- 249	61	- 189	-	-	-	- 189
relativ	49 %	- 16 %	21 %	-	-	-	21 %
Bestand am Jahresende	absolut	255	279	534	- 9	- 1	- 10
	relativ	13 %	13 %	13 %	- 7 %	- 1 %	- 4 %
							524
							12 %

In einem volatilen wirtschaftlichen Umfeld haben unsere Kreditstandards neue Wertberichtigungen für Kreditausfälle unter Kontrolle gehalten. Dazu gehören eine proaktive Steuerung unserer homogenen Retail-Portfolien, feste Vergaberichtlinien in CB&S sowie eine fortwährend sorgfältige Überwachung von Kreditportfolien mit erhöhtem Risiko. Mit der Schaffung des Geschäftsbereichs NCOU haben wir aktives De-Risking der Vermögenswerte mit höherem Kreditrisiko betrieben, was im Jahr 2013 fortgesetzt werden soll.

Unser Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft betrug 4,9 Mrd € am 31. Dezember 2012, davon entfielen 96 % oder 4,7 Mrd € auf unser Kreditportfolio und 4 % oder 215 Mio € auf außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (überwiegend Kreditzusagen und Garantien). Unser Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle zum 31. Dezember 2012 betrug 4,7 Mrd €, wovon sich 52 % auf kollektiv ermittelte und 48 % auf individuell ermittelte Wertberichtigungen für Kreditausfälle bezogen. Der Anstieg des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle von 534 Mio € war mit 1,7 Mrd € im Wesentlichen auf zusätzliche Risikovorsorge zurückzuführen, teilweise kompensiert durch 1,1 Mrd € Abschreibungen. Unser Wertberichtigungsbestand für außerbilanzielle Verpflichtungen des Kreditgeschäfts reduzierte sich um 10 Mio € oder 4 % gegenüber dem Vorjahr, weil Auflösungen bestehender Wertberichtigungen die neu gebildeten Wertberichtigungen in unserem Portfolio für individuell ermittelte außerbilanzielle Positionen überkompensierte.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verringerte sich im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 118 Mio € auf 1,7 Mrd €. Die Wertberichtigungen auf Kreditausfälle (ohne außerbilanzielle Verpflichtungen) reduzierten sich um 104 Mio € oder 6 % in 2012 im Vergleich zu 2011. Dieser Rückgang wurde durch unser kollektiv bewertetes Kreditportfolio verursacht, wo wir einen Rückgang von 312 Mio € oder 34 % verzeichneten. Dieser Rückgang wurde in erster Linie durch eine niedrigere Risikovorsorge für nicht wertgeminderte Kredite in unserer NCOU verursacht, hauptsächlich als Ergebnis unserer De-Risking-Maßnahmen. Ferner trug die gesunkene Risikovorsorge im homogenen Portfolio der Postbank zu diesem Rückgang bei. Letzterer Rückgang blendet allerdings Auflösungen von Wertberichtigungen, die bei der Postbank vor der Konsolidierung bereits bestanden haben und im Konzern als Zinsertrag gezeigt werden, aus. Der Anstieg der Risikovorsorge für unsere individuell bewerteten Kredite von 208 Mio € oder 23 % ist auf gemäß IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte in Nordamerika und Großbritannien zurückzuführen, die nun in der NCOU gehalten werden. Unsere Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen des Kreditgeschäfts ging um 14 Mio € beziehungsweise 191 % zurück, verursacht durch unser Portfolio für individuell ermittelte außerbilanzielle Positionen, wo Auflösungen von zuvor gebildeten Wertberichtigungsbeständen die neu gebildeten Risikovorsorgen im Jahr 2012 überkompensierten.

Unsere Nettoabschreibungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 189 Mio € oder 21 % gegenüber dem Vorjahr. Die Nettoabschreibungen für unsere einzeln bewerteten Kredite stiegen um 249 Mio €, hauptsächlich getrieben durch Vermögenswerte, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden.

in Mio €	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			2011 Insgesamt
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	1.643	1.653	3.296	108	110	218	3.514
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	907	925	1.832	19	- 12	7	1.839
davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	1	- 33	- 32	-	-	-	- 32
Nettoabschreibungen:	- 512	- 385	- 897	-	-	-	- 897
Abschreibungen Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	- 553	- 512	- 1.065	-	-	-	- 1.065
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	41	127	168	-	-	-	168
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	- 0	- 0	- 0	0	0	-
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 26	- 43	- 69	- 0	0	0	- 69
Bestand am Jahresende	2.011	2.150	4.162	127	98	225	4.387
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
absolut	345	175	520	37	10	46	566
relativ	61 %	23 %	40 %	- 209 %	- 45 %	- 119 %	44 %
Nettoabschreibungen:							
absolut	384	19	403	-	-	-	403
relativ	- 43 %	- 5 %	- 31 %	-	-	-	- 31 %
Bestand am Jahresende							
absolut	369	497	866	19	- 12	7	873
relativ	22 %	30 %	26 %	18 %	- 11 %	3 %	25 %

Zum Jahresende 2011 belief sich unser Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle auf 4,4 Mrd €, davon entfielen 95 % oder 4,2 Mrd € auf unser Kreditportfolio und 5 % oder 225 Mio € auf außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft.

Unser Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft betrug 4,2 Mrd € zum 31. Dezember 2011. Dies entspricht einem Anstieg von 26 % im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Anstieg resultierte in erster Linie aus gestiegener Risikovorsorge infolge der erstmaligen Konsolidierung der Postbank für das Gesamtjahr sowie aus geringen Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr. Unser Wertberichtigungsbestand für außerbilanzielle Positionen am Jahresende 2011 war fast auf dem gleichen Niveau wie Ende 2010.

Im Jahr 2011 belief sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft auf 1,8 Mrd €, was einem Anstieg von 566 Mio € im Vergleich zu 2010 entsprach. Die Wertberichtigungen für Kreditausfälle verzeichneten einen Anstieg von 520 Mio € oder 40 % in 2011, davon entfielen 345 Mio € beziehungsweise 61 % auf unsere einzeln bewerteten Kredite und 175 Mio € oder 23 % auf kollektiv bewertete Kreditportfolien. Dieser Anstieg wurde durch die erstmalige Konsolidierung der Postbank getrieben und enthielt darüber hinaus Wertberichtigungen auf einer Vielzahl von Engagements in Amerika und in Europa in einem insgesamt schwierigen weltwirtschaftlichen Kreditumfeld. Ein reduziertes Risikovorsorgeneveau bei den gemäß IAS 39 umklassifizierten Vermögenswerten kompensierte teilweise diese Erhöhungen. Der Anstieg der Wertberichtigungen für Kreditausfälle für kollektiv bewertete Kreditportfolien um 23 % im Vergleich zu 2010 resultiert ebenfalls in erster Linie aus der erstmaligen Konsolidierung der Postbank. Ohne Berücksichtigung der Postbank reduzierten sich die Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unseren kollektiv bewerteten Kreditportfolien durch unser Privatkundengeschäft in Deutschland, das trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds niedrigere Wertberichtigungen verzeichnete. Unsere Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft stiegen um 46 Mio € beziehungsweise 119 % im Vergleich zu 2010 an, getrieben durch unser Portfolio für individuell bewertete außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Kreditgeschäft.

Unsere Nettoabschreibungen sind in 2011 um 403 Mio € beziehungsweise 31 % gesunken, was fast vollständig auf unser Portfolio einzeln bewerteter Kredite zurückzuführen ist, wo wir einen Rückgang von 384 Mio € bei den gemäß IAS 39 umklassifizierten Krediten verzeichneten.

Derivate – Bewertungsanpassung

Für Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nehmen wir eine Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment, „CVA“) beim Ausfallrisiko vor, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber einem gegebenen Kontrahenten und unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Aufrechnungseffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und des Kreditrisikos basierend auf Marktdaten einschließlich CDS-Spreads.

Die Bewertungsanpassungen beim Ausfallrisiko sind für einige Monolineversicherer signifikant. Für Risikopositionen mit Monolineversicherern mit aktiv gehandelten CDS werden die kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen mithilfe eines Bewertungsmodells auf Basis der CDS berechnet. Die Bewertungsanpassungen für Risikopositionen mit Monolineversicherern ohne aktiv gehandelte CDS werden anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern ermittelt einschließlich durch den Markt definierter Ausfallwahrscheinlichkeiten, der Wahrscheinlichkeit eines Kreditereignisses (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz. Die Methode für Bewertungsanpassungen für Risikopositionen mit Monolineversicherern wird vierteljährlich vom Management überprüft.

Zum 31. Dezember 2012 haben wir Bewertungsanpassungen in Höhe von 737 Mio € auf unser Engagement gegenüber Monolineversicherern verzeichnet, gegenüber 1,1 Mrd € zum 31. Dezember 2011.

Behandlung von Kreditausfällen im Derivategeschäft

Anders als in unserem Standardkreditgeschäft haben wir in der Regel mehr Möglichkeiten, das Kreditrisiko bei unseren außerbörslich gehandelten Derivaten (OTC) zu steuern, wenn Veränderungen in den aktuellen Wiederbeschaffungskosten der Derivatetransaktionen und das Verhalten unserer Geschäftspartner auf die Gefahr hindeuten, dass ausstehende Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionen möglicherweise nicht erfüllt werden. In diesen Situationen sind wir bei den üblichen Verträgen häufig in der Lage, zusätzliche Sicherheiten zu erhalten oder die Transaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung kurzfristig zu kündigen.

Die mit unseren Kunden geschlossenen Rahmenvereinbarungen sehen in der Regel eine breite Palette an Standard- oder spezifischen Kündigungsrechten vor, sodass wir bei Ausfällen eines Geschäftspartners oder in anderen Fällen, die auf eine hohe Ausfallwahrscheinlichkeit hinweisen, schnell reagieren können. Führt unsere Entscheidung, Derivatetransaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung zu kündigen, dazu, dass eine Nettoverpflichtung des Geschäftspartners verbleibt, strukturieren wir die Verpflichtung in eine nicht derivative Forderung um. Diese wird dann im Rahmen unseres regulären Abwicklungsprozesses bearbeitet. Infolgedessen weisen wir in der Regel in der Bilanz keine leistungsgestörten Derivate aus.

Das Korrelationsrisiko („Wrong Way Risk“) entsteht, wenn das Engagement gegenüber einem Geschäftspartner negativ mit dessen Bonität korreliert ist. Es muss samt der Korrelation zwischen dem Schuldner und den Risikominderungen berücksichtigt werden und wird aktiv überwacht wie auch regelmäßig geprüft. Gemäß § 224 (8) und (9) SolV hat der Konzern ohne Postbank einen monatlichen Korrelationsrisiko-Überwachungsprozess etabliert, wobei Transaktionen, die ein Korrelationsrisiko aufweisen, automatisch selektiert und dem verantwortlichen Kreditbetreuer vorgelegt werden. Ergänzend verwendet der Konzern ohne Postbank einen neu etablierten Prozess zur Kalibrierung seines eigenen Alpha-Faktors (wie in § 223 (7) SolV definiert), um das gesamte Korrelationsrisiko in seinen Derivaten und Wertpapierpensionsgeschäften abzuschätzen. Das Kontrahentenrisiko aus Derivatepositionen der Postbank ist für den Konzern immateriell und Sicherheiten werden in der Regel in Form von Barsicherheiten gehalten.

Adressenausfallrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung

Der folgende Abschnitt zum Adressenausfallrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung, der auf Seite 131 endet, zeigt spezifische Offenlegungen auf Basis von Säule 3. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule 3-Offenlegung. Dementsprechend ist dieser Abschnitt der Säule 3-Offenlegung nicht testiert. Dargestellte quantitative Angaben folgen dem regulatorischen Konzept zur Konsolidierung.

Allgemeine Darstellungen zur aufsichtsrechtlichen Bewertung des Adressenausfallrisikos

Grundsätzlich wenden wir den fortgeschrittenen IRBA für den Großteil unseres dafür infrage kommenden Kreditportfolios zur Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nach Maßgabe der Solvabilitätsverordnung („SolvV“) und gemäß den von der BaFin erhaltenen Genehmigungen an.

Die von der BaFin erteilten Genehmigungen im Rahmen der Überprüfungsprozesse für unsere Adressenausfallrisikopositionen ohne Postbank im fortgeschrittenen IRBA ermöglichen die Anwendung von 63 intern entwickelten Bonitätseinstufungssystemen für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Von diesen wurden 37 Bonitätseinstufungssysteme im Dezember 2007 genehmigt, während die Zulassung für 26 weitere Bonitätseinstufungssysteme bis einschließlich Ende 2012 folgte. Insgesamt sind damit alle wesentlichen Risikopositionen des Konzerns ohne Postbank in den Forderungsklassen „Zentralregierungen“, „Institute“, „Unternehmen“ und „Mengengeschäft“ des fortgeschrittenen IRBA erfasst.

Das Mengengeschäft der Postbank wird ebenfalls dem fortgeschrittenen IRBA zugeordnet, basierend auf entsprechenden Genehmigungen, welche der Postbank durch die BaFin erteilt wurden, sowie unserem fortgeschrittenen IRBA-Status. Details zum fortgeschrittenen IRBA und zu den Risikopositionen im fortgeschrittenen IRBA werden in den Kapiteln „Fortgeschrittener auf internen Bonitätseinstufungen basierender Ansatz“ und „Risikopositionen im fortgeschrittenen IRBA“ gegeben.

Darüber hinaus wenden wir den IRB-Basis-Ansatz für einen signifikanten Anteil des für den IRBA infrage kommenden Kreditportfolios der Postbank an, für die die Postbank die Genehmigung der BaFin in früheren Jahren erhalten hatte. Der IRB-Basis-Ansatz und die Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz werden in den Kapiteln „IRB-Basis-Ansatz“ und „Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz“ erläutert.

Die der Postbank seitens der BaFin erteilten Genehmigungen im Rahmen der Überprüfungsprozesse für die Adressenausfallrisikopositionen ermöglichen die Anwendung von 16 intern entwickelten Bonitätseinstufungssystemen für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen der Postbank im IRBA-Ansatz. Von diesen wurden acht Bonitätseinstufungssysteme im Dezember 2006 genehmigt, während die Zulassung für neun weitere bis Ende 2012 erfolgte. Die Verwendung eines Bonitätseinstufungssystems wurde ausgesetzt. Insgesamt sind damit alle wesentlichen Risikopositionen der Postbank in der Forderungsklasse Mengengeschäft im fortgeschrittenen IRBA und den Forderungsklassen „Zentralregierungen“, „Institute“ und „Unternehmen“ im IRB-Basis-Ansatz erfasst.

Für die Postbank-Forderungsklassen „Institute“ und „Unternehmen“ wurden Zulassungsprüfungen für den fortgeschrittenen IRBA-Ansatz durchgeführt, deren Genehmigung noch aussteht.

Wir ordnen einige wenige verbleibende, für den fortgeschrittenen IRBA infrage kommende Portfolios mit geringer Größe vorübergehend dem Standardansatz zu. Bezüglich dieser Portfolios wurde ein Implementierungs- und Genehmigungsplan in Abstimmung mit den zuständigen Behörden, der BaFin und der Bundesbank, erstellt.

Risikopositionen, die wir weder im fortgeschrittenen IRBA noch im IRB-Basis-Ansatz behandeln, werden in den Kapiteln „Sonstige Risikopositionen im IRBA“ und „Standardansatz“ erläutert.

Unser Abdeckungsgrad im fortgeschrittenen IRBA ohne Postbank hat die deutsche aufsichtsrechtliche Anforderung von 92 % sowohl gemessen an Risikopositionswerten (EAD) als auch in Bezug auf RWAs entsprechend den Vorgaben nach § 67 SolvV zum 31. Dezember 2012 überschritten. Dieser Wert beinhaltet nicht die Risikopositionen, die nach § 70 SolvV dauerhaft dem Standardansatz zugeordnet und im Kapitel „Standardansatz“ erläutert sind, sonstige IRBA-Risikopositionen (beschrieben im Kapitel „Sonstige Risikopositionen im IRBA“) sowie Verbriefungen (siehe weitere Erläuterungen im Kapitel „Verbriefungen“). Die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen hinsichtlich der Abdeckungsgrade wurden zu jeder Zeit eingehalten.

Risikopositionswert und RWA nach Modellansätzen für unsere Kreditrisikoportfolios

31.12. 2012

in Mio €	Fortschrittener IRBA		IRB-Basis-Ansatz		Sonstige Risiko-positionen im IRBA		Standardansatz				Insgesamt Kapital-anfor- derungen
	Risiko-positions-wert	RWA	Risiko-positions-wert	RWA	Risiko-positions-wert	RWA	Risiko-positions-wert	RWA	Risiko-positions-wert	RWA	
Zentral-regierungen	103.199	3.762	112	35	–	–	100.612	379	203.923	4.176	334
Institute	65.856	8.946	22.658	3.156	–	–	4.619	230	93.133	12.331	987
Unternehmen	281.190	81.646	11.936	7.349	17.672	10.957	26.392	18.640	337.191	118.593	9.487
Grundpfandrechtlich besicherte Positionen des Mengengeschäfts	145.828	20.164	–	–	–	–	6.253	2.728	152.080	22.891	1.831
Qualifizierte revolvierende Positionen des Mengengeschäfts	4.550	623	–	–	–	–	–	–	4.550	623	50
Sonstiges Mengengeschäft	32.716	15.259	–	–	–	–	10.604	6.564	43.320	21.823	1.746
Sonstige Positionen	–	–	–	–	9.937	11.635	27.830	22.342	37.767	33.977	2.718
Verbriefungen	62.549	13.325	–	–	–	–	2.720	1.457	65.269	14.782	1.183
Insgesamt	695.887	143.725	34.707	10.539	27.609	22.592	179.030	52.340	937.232	229.196	18.336
Davon kontrahentenbezogenes Kreditrisiko aus Derivate	143.190	32.711	8.471	736	726	636	13.485	1.906	165.872	35.989	2.879
Wertpapierfinanzierungsgeschäfte	87.857	30.870	1.552	595	726	636	10.658	1.696	100.792	33.797	2.704
	55.333	1.841	6.919	140	–	–	2.827	210	65.079	2.191	175

Die vorstehende Tabelle gibt auch einen Überblick über die verwendeten Modellansätze für unser Verbriefungsportfolio. Hierbei ist zu beachten, dass in den nachfolgenden Abschnitten unsere Risikopositionen im IRBA- und im Standardansatz ohne Verbriefungspositionen dargestellt werden, da diese separat mit mehr Details im Abschnitt „Verbriefung“ enthalten sind. Die Zeile „Sonstige Positionen“ beinhaltet vornehmlich Investmentanteile, Beteiligungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva, die als sonstige Positionen im IRBA behandelt werden, sowie die verbleibenden Forderungsklassen im Standardansatz, soweit sie nicht unter die Forderungsklassen „Zentralregierungen“, „Institute“, „Unternehmen“ oder das „Mengengeschäft“ fallen.

Fortschrittener auf internen Bonitätseinstufungen basierender Ansatz

Der fortgeschrittene IRBA stellt den differenziertesten Ansatz innerhalb des aufsichtsrechtlichen Regelwerks für das Kreditrisiko dar, wodurch wir sowohl interne Bonitätseinstufungsverfahren nutzen als auch interne Schätzungen von verschiedenen spezifischen Risikoparametern vornehmen können. Diese Methoden und Parameter sind bereits seit Langem bewährte Schlüsselkomponenten im internen Risikomess- und Risikosteuerungsprozess zur Unterstützung des Kreditgenehmigungsprozesses, zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals und des Erwarteten Verlusts und zur internen Überwachung und Berichterstattung von Kreditrisiken. Zu den relevanten Parametern zählen die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, auch „PD“), die Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, auch „LGD“), welche das aufsichtsrechtliche Risikogewicht bestimmen, und der Konversionsfaktor (Credit Conversion Factor, auch „CCF“), der in die Schätzung des Risikopositionswerts (Exposure at Default, auch „EAD“) eingeht. Für die meisten unserer internen Bonitätseinstufungsverfahren steht uns für die Einschätzung dieser Parameter eine Datenhistorie von mehr als sieben Jahren zur Verfügung. Unsere internen Bonitätseinstufungsverfahren stellen eher zeitpunktbezogene („point-in-time“) als zyklusbezogene („through-the-cycle“) Bonitätseinstufungen bereit.

Die Ausfallwahrscheinlichkeit für Kunden leitet sich von unseren internen Bonitätseinstufungsverfahren ab. Wir weisen jedem relevanten Kreditengagement eines Kunden eine Ausfallwahrscheinlichkeit auf Basis einer transparenten und konsistenten 26-stufigen Master-Skala der Bonitätseinstufungen für Engagements außerhalb der Postbank zu. Die zugeordneten Kundenbonitätseinstufungen werden auf der Grundlage intern entwickelter Bonitätseinstufungsmodelle abgeleitet, welche konsistente und eindeutige kundenrelevante Kriterien definieren. Mithilfe solcher Bonitätseinstufungsmodelle wird auf Basis der spezifischen Ausprägung dieser Kriterien jedem individuellen Kunden eine Bonitätsstufe zugewiesen. Die Kriterien werden aus Informationsmengen abgeleitet, die für das jeweilige Kundensegment relevant sind, wie zum Beispiel das allgemeine Kundenverhalten, Finanz- und externe Daten. Die verwendeten Bonitätseinstufungsmodelle reichen von statistischen Scoringmodellen bis hin zu expertenbasierten Modellen, welche die relevanten und verfügbaren quantitativen wie auch qualitativen Informationen berücksichtigen. Expertenbasierte Modelle werden üblicherweise für Kunden in den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen angewandt, mit Ausnahme der kleinen oder mittleren Unternehmen. Für die Letztgenannten und auch für das Mengengeschäft werden häufig statistische Bewertungen oder hybride Modelle mit Kombinationen der beiden Ansätze verwendet. Quantitative Bonitätseinstufungsmethoden werden auf der Grundlage anwendbarer statistischer Modellierungstechniken, wie zum Beispiel der logistischen Regression, entwickelt. In Übereinstimmung mit § 118 SolV werden diese Modelle im Ermessen und unter Aufsicht der Mitarbeiter ergänzt, um die modellgestützten Bonitätseinstufungszuordnungen zu überprüfen und sicherzustellen, dass die Modelle richtig zur Anwendung kommen. Bei der Ermittlung unserer internen Risikoeinstufungen können wir unsere Einschätzungen auf der Grundlage von intern festgelegten Zuordnungstabellen nach Möglichkeit mit den von führenden internationalen Ratingagenturen für unsere Geschäftspartner vergebenen externen Risikoratings vergleichen, da unsere interne Bonitätseinstufungsskala so konzipiert wurde, dass sie prinzipiell mit externen Bonitätseinstufungsskalen von Ratingagenturen übereinstimmt. Für quantitative Angaben, wo wir unser Engagement im fortgeschrittenen IRBA und im IRB-Basis-Ansatz auf Basis einer Rating-Granularität zeigen, die vergleichbar ist mit den externen Standard & Poor's Ratingäquivalenten, verweisen wir auf die Abschnitte „Fortgeschritten IRBA“ und „IRB-Basis-Ansatz“.

Obgleich unterschiedliche Bonitätseinstufungsverfahren für die verschiedenen Kundensegmente eingesetzt werden, um kundenspezifische Merkmale angemessen zu berücksichtigen, entsprechen sie alle denselben Risikomanagementgrundsätzen. Die Richtlinien der einzelnen Kreditprozesse enthalten Vorgaben bezüglich der Einstufung von Kunden in die verschiedenen Bonitätseinstufungssysteme. Weitere Informationen zu den Kreditprozessen und den in diesen Prozessen angewandten Bonitätseinstufungsverfahren finden sich im Kapitel „Kreditrisikoeinstufung und Rating Governance“.

Für das dem fortgeschrittenen IRBA zugeordnete Mengengeschäft ordnet die Postbank jedem relevanten Kreditengagement eines Kunden eine Ausfallwahrscheinlichkeit als Funktion einer einheitlichen internen Bonitäts-einstufungs-Masterskala zu. Die zugeordneten Bonitätseinstufungen werden auf der Grundlage intern entwickelter Bonitätseinstufungsmodelle abgeleitet, welche konsistente und eindeutige kundenrelevante Kriterien definieren. Diese Bonitätseinstufungsmodelle sind statistische Scoringmodelle, welche interne wie auch externe Informationen über den Kunden berücksichtigen und statistische Verfahren verwenden, um eine Ausfallwahrscheinlichkeit zu ermitteln. Die ermittelten Scores werden dann auf die interne Bonitätseinstufungs-Masterskala der Postbank übergeleitet.

Wir wenden für die Berechnung der Kapitalanforderungen im fortgeschrittenen IRBA intern geschätzte Faktoren für die LGD an, deren Nutzung durch die BaFin genehmigt wurde. Die LGD ist als das wahrscheinliche Verlustausmaß bei einem Ausfall des Geschäftspartners definiert. Sie steht für eine Schätzung des Risikopositionsteils, der bei einem Ausfallereignis uneinbringlich ist, und stellt daher die Schwere eines Verlusts dar. Konzeptionell sind Schätzungen der LGD unabhängig von der Ausfallwahrscheinlichkeit des Kunden. Das Konzept der LGD-Modelle stellt sicher, dass die wesentlichen Ursachen für die Verluste in spezifischen LGD-Faktoren reflektiert werden, wie beispielsweise unterschiedliche Stufen und die Qualität der Besicherung, der Kunden- oder Produkttypen oder der Vorrang einer Fazilität. In unseren LGD-Modellen außerhalb der Postbank verwenden wir sicherheitenartspezifische LGD-Parameter für die besicherten Engagements (Sicherheitswerte nach Anwendung von Abschlägen). Darüber hinaus können die LGDs für die unbesicherten Engagements nicht unter

die LGD-Werte für besicherte Engagements fallen. Außerdem werden regulatorische Mindestparameter (10 % für wohnwirtschaftliche Kredite) genutzt.

Im Rahmen des fortgeschrittenen IRBA setzen wir für die Berechnung des IRBA-Risikopositionswerts spezifische CCFs ein. Konzeptionell wird der IRBA-Risikopositionswert als die erwartete Höhe des Kreditengagements gegenüber einem Kontrahenten zum Zeitpunkt seines Ausfalls definiert. Zum Zweck der Berechnungen im fortgeschrittenen IRBA wenden wir für die Bestimmung des EAD einer Transaktion die in § 100 SolvV definierten allgemeinen Grundsätze an. Besteht im Rahmen einer Transaktion außerhalb der Postbank ein nicht in Anspruch genommener Verfügungsrahmen, wird ein prozentualer Anteil dieses nicht in Anspruch genommenen Verfügungsrahmens dem ausstehenden Betrag hinzugefügt, um im Fall eines Schuldnerausfalls den erwarteten ausstehenden Betrag angemessen widerzuspiegeln. Dies reflektiert die Annahme, dass für Kreditzusagen der in Anspruch genommene Kreditbetrag zum Zeitpunkt des Ausfalls höher sein kann als der momentan in Anspruch genommene Betrag. Enthält eine Transaktion ferner eine zusätzliche Eventualkomponente, beispielsweise eine Garantie, wird ein weiterer Prozentsatz (Nutzungsfaktor), der Bestandteil des CCF-Modells ist, angewandt, um das Volumen der bei Ausfall tatsächlich in Anspruch genommenen Garantien zu schätzen. Sofern im Rahmen des fortgeschrittenen IRBA erlaubt, werden die CCFs intern geschätzt. Die Kalibrierungen solcher Parameter basieren auf statistischen Erfahrungswerten sowie intern geführten historischen Daten und berücksichtigen Kunden- wie auch Produktspezifika. Im Rahmen des Genehmigungsprozesses überprüfte die BaFin unsere Modelle zur Schätzung der CCFs und bestätigte deren Angemessenheit für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen.

Insgesamt hat die Postbank vergleichbare Standards im Einsatz für die Anwendung des fortgeschrittenen IRBA auf ihr Mengengeschäftsportfolio unter Verwendung intern geschätzter Ausfallwahrscheinlichkeiten, Verlustraten und Konversionsfaktoren als Basis für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen.

Für Risikopositionen aus Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften wenden wir außerhalb der Postbank die Internal Model Method („IMM“) nach §§ 222 ff. SolvV an. In diesem Zusammenhang umfassen Wertpapierfinanzierungsgeschäfte Pensionsgeschäfte, Ausleihe und Beleihe von Wertpapieren oder Rohwaren sowie vergleichbare Wertpapierdarlehen (einschließlich Prime-Brokerage-Geschäften). Die IMM ist ein differenzierterer Ansatz zur Berechnung der Risikopositionswerte für Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte und erfordert die Genehmigung durch die BaFin vor dessen Erstanwendung. Im Rahmen dieses Ansatzes basiert die Berechnung des Risikopositionswerts auf einer Monte Carlo-Simulation zukünftiger Marktwerte der jeweiligen Risikopositionen. Innerhalb solch einer Simulation werden zunächst mithilfe stochastischer Prozesse Zins- und Wechselkurssätze, Bonitätsaufschlägen sowie Aktien- und Rohstoffpreise modelliert, um anschließend jedes Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäft zu jedem Zeitpunkt einer vordefinierten Zeitskala durch die intern genehmigten Bewertungsverfahren neu zu bewerten. Als Ergebnis dieses Prozesses entsteht eine Verteilung zukünftiger Marktwerte für jede Transaktion zu jedem Punkt der Zeitskala. Von diesen Verteilungen werden unter Berücksichtigung geeigneter Aufrechnungs- und Sicherheitenvereinbarungen die Positionswertmessgrößen potenzielle zukünftige Risikoposition (Potential Future Exposure, „PFE“), durchschnittlich erwartete Risikoposition (Average Expected Exposure, „AEE“) und erwartete positive Risikoposition (Expected Positive Exposure, „EPE“), wie im Kapitel „Kreditrisikoengagement aus Derivaten“ erwähnt, abgeleitet. Die Messgröße EPE bestimmt unter Anwendung aufsichtsrechtlich anerkannter Nettingvereinbarungen den IRBA-Risikopositionswert für Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte innerhalb der Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen für den Großteil dieser Geschäfte. Dabei wird ein selbstkalibrierter Alpha-Faktor festgelegt auf den Minimumsfaktor von 1,2, in der Berechnung verwendet. Für die kleine Anzahl an Transaktionen, bei der eine Simulation nicht durchgeführt werden kann, wird der Risikopositionswert von der Marktbewertungsmethode („Current Exposure Methode“) abgeleitet.

Wir verwenden die Marktbewertungsmethode für die Adressenausfallrisikoposition aus Derivaten von der Postbank, das heißt, wir berechnen das EAD als die Summe der positiven beizulegenden Netto-Zeitwerte der Derivatetransaktionen und des aufsichtsrechtlichen Zuschlags. Da das EAD aus Derivaten der Postbank weniger als 1 % unserer gesamten Adressenausfallrisikoposition in Bezug auf derivative Kontrakte ausmacht, betrachten wir die Derivateposition der Postbank als immateriell.

Definition des Ausfalls und Modellvalidierung

Voraussetzungen für die Entwicklung von Bonitätseinstufungsverfahren und die Bestimmung von Risikoparametern sind eine angemessene Definition, Identifikation und Speicherung der Ausfallereignisse von Kunden. Die von uns verwendete Definition des Ausfalls stimmt mit den Anforderungen nach § 125 SolV überein und wurde von der BaFin im Rahmen des Genehmigungsprozesses bestätigt.

Als ein wichtiger Bestandteil unseres Risikomanagement-Rahmenwerks validieren wir regelmäßig die Bonitäts-einstufungsverfahren und Kreditrisikoparameter. Während sich die Validierung der Bonitätseinstufungsverfahren auf die Trennschärfe der Modelle konzentriert, analysiert die Risikoparametervalidierung von PD, LGD und EAD die Vorhersagekraft dieser Parameter auf Basis des Vergleichs mit historischen Ausfallerfahrungen.

In Übereinstimmung mit unseren internen Richtlinien sowie den Mindestanforderungen der SolV werden unsere verwendeten Risikoparameter PD, LGD und EAD einmal im Jahr überprüft. Der Validierungsprozess für Parameter, wie sie von uns ohne Postbank verwendet werden, wird von einer Validierungs-Arbeitsgruppe, die sich aus Mitgliedern der Finanzgruppe, von Risk Analytics and Instruments und Kreditrisikomanagement zusammensetzt, koordiniert und überwacht. Risikoparametervalidierungen bestehen aus quantitativen Analysen historischer Daten und werden durch qualitative Bewertungen angereichert, falls die Daten für die Validierungen nicht ausreichend sind, um zuverlässige Resultate zu erhalten. Eine Rekalibrierung einer spezifischen Ausprägung wird, sofern notwendig, auf Basis der Validierungsresultate ausgelöst. Zusätzlich zu der jährlichen Validierung finden bei Bedarf Ad-hoc-Überprüfungen statt, um auf Qualitätsveränderungen aufgrund systematischer Änderungen der Eingangsparameter (zum Beispiel Änderungen im Zahlungsverhalten) oder Änderungen in der Portfoliostruktur frühzeitig reagieren zu können. Die in 2012 durchgeführten Überprüfungen der fortgeschrittenen IRBA-Bonitätseinstufungssysteme führten zu Rekalibrierungen wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt. 26 neue Risikoparameter kamen aufgrund neu genehmigter Bonitätseinstufungssysteme oder durch erhöhte Granularität von existierenden Parameterausprägungen zur Anwendung. Die Rekalibrierungen hatten weder auf Einzelebene noch auf aggregierter Ebene materiellen Einfluss auf unsere aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen.

Analog werden bei der Postbank die Zuordnungsmechanismen der Masterskala zu den Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie die Ergebnisse der Abschätzungen der Eingangsparameter PD, CCF und LGD jährlich überprüft. Das Modellvalidierungskomitee der Postbank ist für die Überwachung des jährlichen Validierungsprozesses aller Modelle verantwortlich. Postbank und Deutsche Bank entsenden gegenseitig Mitglieder in die Komitees, um eine einheitliche Steuerung zu gewährleisten.

Validierungsresultate für in unserem fortgeschrittenen IRBA verwendete Risikoparameter

	31.12.2012					
	PD		LGD		EAD	
	Anzahl	EAD in %	Anzahl	EAD in %	Anzahl	EAD in %
Angemessen	104	91,4	100	89,8	40	79,5
Übermäßig konservativ	6	1,8	18	4,1	29	15,9
Progressiv	16	6,8	11	6,1	5	4,6
Insgesamt	126	100,0	129	100,0	74	100,0

Davon bereits rekalibriert und in 2012 eingeführt

Übermäßig konservativ	1	0,1	17	3,5	24	15,3
Progressiv	1	0,1	7	2,0	5	4,6
Insgesamt	2	0,2	24	5,5	29	19,9

Die vorstehende Tabelle fasst die Resultate der Modellvalidierung für die Risikoparameter PD, LGD und EAD, wie sie in unserem fortgeschrittenen IRBA inklusive Postbank verwendet werden, zusammen. Individuelle Ausprägungen der Risikoparameter werden als angemessen klassifiziert, wenn die Validierung keine Rekalibrierung auslöst und daher die Anwendung der aktuellen Ausprägung weitergeführt wird, da sie weiterhin ausreichend konservativ ist. Ein Parameter wird als übermäßig konservativ oder progressiv klassifiziert, wenn die Validierung eine Rekalibrierung auslöst, die jeweils zu einer Herabsetzung beziehungsweise Erhöhung der

Ausprägung führt. Der Aufriss für PD, LGD und EAD zeigt sowohl die Anzahl als auch den relativen EAD, der dem jeweiligen Parameter per 31. Dezember 2012 zugeordnet wird.

Die Validierungen bestätigen im Wesentlichen unsere Ausprägungen des PD Parameters. PDs, die als progressiv klassifiziert werden, können in eine Gruppe von 15 Parametern mit verhältnismäßig geringem Risikopositions Wert und einen Parameter der Postbank, der auf ungefähr 4 % unseres EADs zugeordnet wurde und dessen Rekalibrierung noch der finalen Genehmigung der BaFin bedarf, unterteilt werden. Gleichermaßen zeigen die LGD Parametervalidierungen im Wesentlichen angemessene Ausprägungen. Progressive LGDs können analog zu PDs unterteilt werden, wobei ein Parameter der Postbank auf ungefähr 4 % unseres EADs zugeordnet wurde und dessen Rekalibrierung noch der finalen Genehmigung der BaFin bedarf. Für unsere EAD Parameter außerhalb der Postbank wurde ein verbesserter und erweiterter Validierungs- und Rekalibrierungsansatz nach Genehmigung durch die BaFin implementiert, der jetzt die Veränderungen des Risikopositionswerts für jeden der zwölf Monate vor dem Ausfall und nicht nur ein Jahr vor Ausfall berücksichtigt. Des Weiteren führt die erweiterte Zeitreihe zu einer geringeren Varianz und daher zu stabileren Ausprägungen. Diese zwei Effekte führen zu einer Herabsetzung einer großen Anzahl von EAD Parametern.

Von den 85 Risikoparametern, für die eine Veränderung auf Basis der durchgeführten Validierung vorgeschlagen wurde, wurden 55 bereits in 2012 eingeführt. Für die verbleibenden 30 Parameteränderungen ist eine Implementierung in 2013 geplant. Einige dieser Parameter erfordern vor der Einführung eine noch ausstehende Genehmigung von der BaFin. Zusätzlich wurden fünf rekalibrierte LGD Parameter in 2012 auf Basis von Validierungsresultaten in 2011 eingeführt.

Zusätzlich zu dem oben Dargestellten ermöglicht der Vergleich der Abschätzung des aufsichtsrechtlichen Erwarteten Verlusts (Expected Loss, auch „EL“) mit den tatsächlich verbuchten Verlusten für Kreditausfälle einen Einblick in die Vorhersagekraft der von uns geschätzten Parameter und hiermit der Berechnung des EL.

Der in diesem Vergleich verwendete EL entspricht den prognostizierten Verlusten von Kreditausfällen unserer Risikopositionen für den Zeitraum von einem Jahr und wird als das Produkt aus PD, LGD und EAD für die zum 31. Dezember des vorhergehenden Jahres nicht ausgefallenen Risikopositionen berechnet. Den tatsächlichen Verlust definieren wir als in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzernabschlusses verbuchte Neubildungen an Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Eingänge aus früheren Abschreibungen für erstmalig wertgeminderte Kredite in der jeweiligen Berichtsperiode.

Obwohl nach unserer Ansicht dieser Ansatz durchaus Erkenntnisse liefern kann, ist dieser Vergleich mit Einschränkungen zu sehen, da die zwei Risikomaße nicht direkt vergleichbar sind. Insbesondere repräsentiert der EL-Berechnung zugrunde liegende Parameter LGD eine Abschätzung der Verlusterwartung bis zur Beendigung der Workout-Periode, während der tatsächliche Verlust, wie zuvor definiert, die in einer bestimmten Rechnungslegungsperiode verbuchten Beträge darstellt. Darüber hinaus ist der EL eine Messgröße für die erwarteten Kreditverluste für einen Teil unseres Kreditengagements an einem bestimmten Bilanzstichtag, bezogen auf den Bestand unserer Kreditrisikopositionen. Im Gegensatz dazu wird der tatsächliche Verlust für ein sich veränderndes Kreditportfolio über den Zeitraum eines Berichtsjahres erfasst und enthält dabei auch solche Verluste, die für während dieses Jahres neu vergebene Kredite eingetreten sind.

In Übereinstimmung mit der zuvor beschriebenen Methode zeigt die nachfolgende Tabelle einen Vergleich der EL-Abschätzung für Kredite, Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten zum Jahresende 2011 bis 2007, mit den tatsächlichen Verlusten für Kreditausfälle der Jahre 2012 bis 2008 nach aufsichtsrechtlicher Forderungsklasse für unsere fortgeschrittene IRBA-Kreditrisikopositionen. Die Postbank ist erstmalig im Vergleich der EL-Abschätzung zum Jahresende 2010 mit den tatsächlichen Verlusten im Berichtszeitraum 2011 berücksichtigt.

Vergleich der EL-Abschätzungen für Kredite, Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten mit den tatsächlichen Verlusten für Kreditausfälle nach aufsichtsrechtlicher Forderungsklasse

in Mio €	31.12. 2011		31.12. 2010		31.12. 2009		31.12. 2008		31.12. 2007		31.12. 2006	
	Erwarteter Verlust	Tatsächlicher Verlust	Erwarteter Verlust ¹	Tatsächlicher Verlust ¹	Erwarteter Verlust	Tatsächlicher Verlust	Erwarteter Verlust	Tatsächlicher Verlust	Erwarteter Verlust	Tatsächlicher Verlust ²	Erwarteter Verlust	Tatsächlicher Verlust ²
Zentralregierungen	1	–	2	–	2	–	2	–	2	–	2	–
Institute	7	14	22	2	16	1	21	16	13	55		
Unternehmen	445	393	449	363	471	358	591	1.665	320	251		
Grundpfandrechtlich besicherte Positionen des Mengengeschäfts	294	337	222	359	118	101	120	140	127	125		
Qualifizierte revolvierende Positionen des Mengengeschäfts	23	17	2	30	2	5	2	7	2	4		
Sonstige Positionen des Mengengeschäfts	418	348	390	301	301	282	311	315	226	223		
Erwarteter Verlust und Kreditausfälle insgesamt	1.188	1.109	1.088	1.055	910	747	1.047	2.143	690	658		

¹ Der tatsächliche Verlust 2011 und der erwartete Verlust 2010 wurden korrigiert, um den Ausweis auf die Kreditrisikopositionen der Postbank im fortgeschrittenen IRBA zu limitieren.

² Die Verluste für Aktiva, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden, waren in dem tatsächlichen Verlust für 2008 nicht enthalten, da diese Aktiva zum 31. Dezember 2007 nicht in die entsprechende EL-Berechnung für Kredite einbezogen waren.

Der tatsächliche Verlust fiel 2012 um 7 % niedriger aus als der erwartete Verlust und resultiert im Wesentlichen aus dem niedrigeren Niveau an Risikovorsorgen für unsere Sonstigen Positionen des Mengengeschäfts.

Der Anstieg des erwarteten Verlusts zum 31. Dezember 2010 und zum 31. Dezember 2011 im Vergleich zum 31. Dezember 2009 sowie die tatsächlichen Verluste zum 31. Dezember 2012 und zum 31. Dezember 2011 resultierten überwiegend aus der Konsolidierung der Postbank.

In 2010 fiel der tatsächliche Verlust um 18 % niedriger aus als der erwartete Verlust. Dies war auf den positiven Effekt geringerer Wertberichtigungen für gemäß IAS 39 umklassifizierte Aktiva auf den tatsächlichen Verlust zurückzuführen.

Der im Vergleich zum Jahr 2009 für das Jahr 2010 reduzierte erwartete Verlust spiegelte die leicht verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach der Finanzkrise wider.

Die tatsächlichen Verluste überstiegen in 2009 den erwarteten Verlust um 104 %. Diese Entwicklung war im Wesentlichen zurückzuführen auf materielle Wertminderungen bei einer geringen Zahl von Engagements, die vorwiegend in Leveraged Finance konzentriert waren, sowie die sich weiter verschlechternden Kreditbedingungen, die nicht in den am Anfang des Jahres ermittelten Verlust für unsere Engagements gegenüber Unternehmen reflektiert waren.

Die nachstehende Tabelle zeigt einen Jahresvergleich des tatsächlichen Verlusts für Kreditausfälle nach aufsichtsrechtlicher Forderungsklasse. Die Postbank ist erstmalig für den Berichtszeitraum 2011 berücksichtigt.

Jahresvergleich des tatsächlichen Verlusts nach IRBA-Forderungsklassen

in Mio €	2012	2011	2010	2009	2008
Zentralregierungen	–	–	–	–	73
Institute	14	2	1	16	55
Unternehmen	393	363	358	1.665	295
Grundpfandrechtlich besicherte Positionen des Mengengeschäfts	337	359	101	140	125
Qualifizierte revolvierende Positionen des Mengengeschäfts	17	30	5	7	4
Sonstige Positionen des Mengengeschäfts	348	301	282	315	223
Kreditausfälle insgesamt	1.109	1.055	747	2.143	775

Unser tatsächlicher Verlust war im Jahr 2012 um 54 Mio € oder 5 % höher als im Vorjahr, hauptsächlich getrieben durch höhere neu gebildete Wertberichtigungen in den IRBA-Forderungsklassen Sonstige Positionen des

Mengengeschäfts sowie Unternehmen bei der Deutschen Bank exklusive der Postbank. Reduzierte tatsächliche Verluste in allen IRBA-Forderungsklassen der Postbank kompensieren teilweise die beschriebenen Erhöhungen.

Im Jahr 2011 neu gebildete Wertberichtigungen waren im Vergleich zu 2010 um 308 Mio € höher, was im Wesentlichen die Konsolidierung der Postbank für das Gesamtjahr widerspiegelt.

Im Jahr 2010 neu gebildete Wertberichtigungen waren um 1,4 Mrd € niedriger als in 2009, was im Wesentlichen aufgrund deutlich niedrigerer Risikovorsorgen für Forderungen zurückzuführen ist, die in Übereinstimmung mit IAS 39 umklassifiziert worden waren. Auf Portfolio- und Länderebene getroffene Maßnahmen führten zu einer Reduzierung des tatsächlichen Verlusts für unser Mengengeschäft in Spanien und Indien, der teilweise durch Erhöhungen im Konsumentenkreditgeschäft in Polen kompensiert wurde. Diese Rückgänge des tatsächlichen Verlusts wurden teilweise durch Risikovorsorgen, die für die angekauften Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO und der Postbank gebildet wurden, ausgeglichen.

Der beobachtete Anstieg des tatsächlichen Verlusts in 2009 um 1,4 Mrd € verglichen mit 2008 reflektiert die allgemeine Verschlechterung des Kreditumfelds, welche insbesondere bei unseren Firmenengagements schlagend wird. Von dem gesamten Anstieg des tatsächlichen Verlusts resultieren 83 % aus Forderungen, die in Übereinstimmung mit IAS 39 umklassifiziert worden waren und im Wesentlichen Engagements gegenüber Unternehmen in Leveraged Finance betrafen. Darüber hinaus mussten infolge der Verschlechterung des allgemeinen Kreditumfelds Wertberichtigungen für Engagements gegenüber Unternehmen vornehmlich in Europa sowie Nord- und Südamerika gebildet werden. Die Erhöhungen in unserem Mengengeschäft reflektierten die Strategie des Konzerns hinsichtlich einer Ausweitung des marginärstärkeren Konsumentenkreditgeschäfts und waren im Wesentlichen das Resultat der sich verschärfenden Wirtschaftskrise in Spanien, die seine dortigen Portfolios an Immobilien- und Kleinbetriebskrediten negativ beeinflusste, sowie seines Konsumentenkreditgeschäfts in Polen und Indien.

Risikopositionen im fortgeschrittenen IRBA

Der fortgeschrittene IRBA erfordert die Untergliederung der Risikopositionen einer Bank in die aufsichtsrechtlich definierten Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute, Unternehmen und Mengengeschäft. Wir weisen jede unserer Risikopositionen einer aufsichtsrechtlichen Forderungsklasse unter Berücksichtigung von Kriterien wie beispielsweise kundenspezifische Eigenschaften das verwendete Bonitätseinstufungssystem sowie gewisse Materialitätsschwellen, die aufsichtsrechtlich definiert sind, zu.

Nachfolgende Tabellen zeigen unsere fortgeschrittenen IRBA-Risikopositionen, welche auf einer Skala der Bonitätseinstufungen für jede aufsichtsrechtliche IRBA-Forderungsklasse getrennt dargestellt werden. Die Darstellung enthält auch das Retail-Portfolio der Postbank, soweit dieses dem fortgeschrittenen IRBA zugewiesen wird. Die aufsichtsrechtlichen Netto risikopositionswerte („EAD“) werden zusammen mit risikopositionsgewichteten Durchschnittswerten für Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten bei Ausfall, den risikogewichteten Aktiva („RWA“) sowie Durchschnittswerten für Risikogewichte („RW“), berechnet aus RWA im Verhältnis zu EAD, dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt. Die Auswirkungen des Double-Default-Effekts, sofern relevant außerhalb der Retailpositionen der Postbank, sind in den Angaben zu den durchschnittlichen Risikogewichten berücksichtigt. Der Double-Default-Effekt unterstellt, dass für eine garantierte Risikoposition nur dann ein Verlust auftritt, wenn sowohl der vorrangige Schuldner als auch der Gewährleistungsgeber gleichzeitig ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass der Brutto EAD für die durch Garantien oder Kreditderivate besicherten Risikopositionen der Forderungsklasse des ursprünglichen Geschäftspartners, der Netto EAD jedoch dem Gewährleistungsgeber zugewiesen wird; infolgedessen kann der Netto EAD größer als der Brutto EAD ausfallen.

Die nachfolgende Tabelle enthält auch die Adressenausfallrisikoposition aus Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften soweit sie dem fortgeschrittenen IRBA zugewiesen werden. Für die große Mehrheit dieser

Engagements wenden wir die IMM an, um das EAD zu bestimmen. Die zugelassenen Netting- und Sicherheitenvereinbarungen sind dann bereits berücksichtigt, sodass sich ein EAD als Nettogröße in Bezug auf die Sicherheiten ergibt.

Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA nach Ausfallwahrscheinlichkeit (einschließlich Postbank)

	iAAA – iAA 0,00 – 0,04 %	iA 0,04 – 0,11 %	iBBB 0,11 – 0,5 %	iBB 0,5 – 2,27 %	iB 2,27 – 10,22 %	iCCC 10,22 – 99,99 %	Ausfall ¹	Insgesamt	31.12.2012 Veränderung insgesamt zum Vorjahr
Zentralregierungen									
Brutto EAD in Mio €	85.351	4.948	2.804	1.404	732	423	–	95.662	– 14.939
Netto EAD in Mio €	93.599	6.227	2.533	583	207	50	–	103.199	– 15.925
Durchschnittliche PD in %	–	0,08	0,30	1,40	5,67	13,05	100,00	0,04	-0,13 ppt
Durchschnittliche LGD in %	49,24	39,44	42,77	11,04	42,70	48,91	5,00	48,26	0,75 ppt
Durchschnittliche RW in %	0,49	23,16	49,88	25,96	165,01	215,08	62,50	3,65	1,47 ppt
Institute									
Brutto EAD in Mio €	15.719	31.913	13.132	2.706	2.251	481	166	66.368	– 17.969
Netto EAD in Mio €	16.636	32.136	11.890	2.356	2.191	481	166	65.856	– 24.116
Durchschnittliche PD in %	0,04	0,07	0,25	1,08	3,00	21,77	100,00	0,64	0,31 ppt
Durchschnittliche LGD in %	31,64	27,03	19,44	21,83	4,59	5,51	13,43	25,70	-0,32 ppt
Durchschnittliche RW in %	5,54	11,10	22,18	53,91	16,29	30,79	25,55	13,58	-0,56 ppt
Unternehmen									
Brutto EAD in Mio €	76.225	65.701	66.759	50.632	21.795	5.753	7.598	294.463	– 41.477
Netto EAD in Mio €	78.535	64.830	62.096	45.023	18.351	4.993	7.361	281.190	– 40.521
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,07	0,24	1,17	4,70	23,56	100,00	3,61	0,12 ppt
Durchschnittliche LGD in %	32,63	34,72	30,90	24,84	22,79	16,78	28,19	30,44	1,09 ppt
Durchschnittliche RW in %	9,50	17,86	31,06	49,72	79,28	92,15	24,14	29,04	-2,24 ppt
Grundpfandrechtlich besicherte Positionen des Mengengeschäfts									
Brutto EAD in Mio €	2.766	9.976	45.086	67.241	12.762	5.432	2.680	145.943	10.613
Netto EAD in Mio €	2.766	9.976	45.078	67.203	12.730	5.410	2.665	145.828	10.615
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,08	0,29	1,05	4,70	21,24	100,00	3,58	-0,11 ppt
Durchschnittliche LGD in %	12,13	15,18	10,40	12,21	9,69	8,85	17,99	11,04	0,14 ppt
Durchschnittliche RW in %	1,36	4,88	5,72	16,50	31,73	53,92	14,53	13,89	0,00 ppt
Qualifizierte revolvierende Positionen des Mengengeschäfts									
Brutto EAD in Mio €	176	1.012	1.863	1.080	292	91	35	4.550	– 580
Netto EAD in Mio €	176	1.012	1.863	1.080	292	91	35	4.550	– 580
Durchschnittliche PD in %	0,04	0,08	0,24	1,04	4,77	19,86	100,00	1,98	0,10 ppt
Durchschnittliche LGD in %	44,30	45,49	45,67	44,63	47,92	48,20	48,33	47,12	-13,81 ppt
Durchschnittliche RW in %	1,26	2,46	6,03	18,44	59,70	140,05	7,33	16,22	-12,45 ppt
Sonstige Positionen des Mengengeschäfts									
Brutto EAD in Mio €	257	1.436	6.920	12.256	6.477	2.310	2.792	32.448	1.546
Netto EAD in Mio €	294	1.625	7.053	12.272	6.497	2.278	2.697	32.716	1.612
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,08	0,30	1,15	4,83	19,96	100,00	11,13	3,91 ppt
Durchschnittliche LGD in %	41,61	46,82	43,50	44,91	49,81	46,43	48,51	45,81	0,05 ppt
Durchschnittliche RW in %	4,77	9,99	23,91	49,52	77,41	114,21	6,60	47,22	2,38 ppt
IRBA-Risikopositionen - Insgesamt									
Brutto EAD in Mio €	180.494	114.986	136.564	135.320	44.308	14.490	13.271	639.433	– 62.805
Netto EAD in Mio €	192.006	115.806	130.514	128.517	40.267	13.304	12.924	633.338	– 68.915
Durchschnittliche PD in %	0,02	0,07	0,26	1,14	4,58	21,96	100,00	3,08	0,41 ppt
Durchschnittliche LGD in %	40,46	31,75	25,83	19,89	22,03	18,25	30,12	29,36	-0,51 ppt
Durchschnittliche RW in %	4,64	15,22	23,61	32,41	59,49	78,67	17,38	20,61	-0,85 ppt

¹ Das relativ niedrige Risikogewicht in der Kategorie „Ausfall“ spiegelt die Tatsache wider, dass die Kapitalanforderungen für ausgefallene Positionen prinzipiell als Abzugsposition vom haftenden Eigenkapital in Höhe der Differenz zwischen dem Erwarteten Verlust und der Risikovorsorge berücksichtigt sind.

31.12. 2011

	iAAA – iAA 0,00 – 0,04 %	iA 0,04 – 0,11 %	iBBB 0,11 – 0,5 %	iBB 0,5 – 2,27 %	iB 2,27 – 10,22 %	iCCC 10,22 – 99,99 %	Ausfall ¹	Gesamt
Zentralregierungen								
Brutto EAD in Mio €	102.638	2.712	2.280	1.669	759	380	163	110.601
Netto EAD in Mio €	113.128	2.716	2.023	818	276	0	163	119.124
Durchschnittliche PD in %	0,00	0,07	0,27	1,37	5,28	21,82	100,00	0,17
Durchschnittliche LGD in %	48,01	42,12	46,68	11,14	35,45	50,00	5,00	47,51
Durchschnittliche RW in %	0,27	23,36	45,71	33,39	124,98	289,48	62,50	2,17
Institute								
Brutto EAD in Mio €	27.831	36.188	15.543	4.227	182	230	136	84.337
Netto EAD in Mio €	29.482	43.156	13.539	3.287	148	224	136	89.972
Durchschnittliche PD in %	0,04	0,06	0,25	0,99	4,65	21,89	100,00	0,33
Durchschnittliche LGD in %	23,65	29,18	22,81	20,29	29,75	14,55	10,01	26,02
Durchschnittliche RW in %	7,10	11,75	26,28	48,34	98,72	84,20	61,08	14,15
Unternehmen								
Brutto EAD in Mio €	98.278	69.659	74.786	50.666	24.246	10.784	7.519	335.939
Netto EAD in Mio €	97.813	70.082	69.951	45.518	21.159	10.019	7.169	321.711
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,07	0,24	1,14	4,65	23,14	100,00	3,49
Durchschnittliche LGD in %	26,79	35,86	31,83	26,35	25,94	14,25	26,58	29,35
Durchschnittliche RW in %	9,72	18,51	32,57	56,93	92,11	78,46	29,02	31,27
Grundpfandrechtlich besicherte Positionen des Mengengeschäfts²								
Brutto EAD in Mio €	12.114	13.125	33.803	57.341	11.743	4.463	2.740	135.329
Netto EAD in Mio €	12.114	13.125	33.795	57.303	11.706	4.443	2.726	135.213
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,08	0,28	1,06	4,64	20,66	100,00	3,69
Durchschnittliche LGD in %	11,43	11,47	10,81	11,89	10,56	11,08	14,00	11,18
Durchschnittliche RW in %	1,18	2,40	5,77	16,22	33,95	62,86	0,83	13,89
Qualifizierte revolvierende Positionen des Mengengeschäfts²								
Brutto EAD in Mio €	277	1.285	1.863	1.175	383	92	53	5.129
Netto EAD in Mio €	277	1.285	1.863	1.175	383	92	53	5.129
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,09	0,27	1,15	4,79	15,17	100,00	1,89
Durchschnittliche LGD in %	40,27	62,76	62,20	61,73	60,52	59,95	42,37	60,94
Durchschnittliche RW in %	1,10	3,73	8,94	27,42	74,83	139,51	6,95	28,67
Sonstige Positionen des Mengengeschäfts²								
Brutto EAD in Mio €	384	1.480	7.974	12.026	5.417	2.160	1.462	30.902
Netto EAD in Mio €	408	1.545	8.128	12.051	5.481	2.118	1.373	31.104
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,08	0,29	1,13	4,61	21,75	100,00	7,23
Durchschnittliche LGD in %	39,51	41,39	50,40	45,98	47,44	36,78	49,74	45,77
Durchschnittliche RW in %	4,71	9,58	27,24	50,12	73,03	86,19	2,32	44,84
IRBA-Risikopositionen – Insgesamt²								
Brutto EAD in Mio €	241.523	124.448	136.249	127.104	42.731	18.109	12.074	702.238
Netto EAD in Mio €	253.222	131.909	129.299	120.151	39.153	16.898	11.621	702.253
Durchschnittliche PD in %	0,02	0,07	0,25	1,13	4,62	22,33	100,00	2,67
Durchschnittliche LGD in %	36,02	32,61	27,73	21,63	24,42	16,34	26,79	29,86
Durchschnittliche RW in %	4,88	15,31	26,00	37,99	71,51	75,48	23,90	21,46

¹ Das relativ niedrige Risikogewicht in der Kategorie „Ausfall“ spiegelt die Tatsache wider, dass die Kapitalanforderungen für ausgefallene Positionen prinzipiell als Abzugsposition vom haftenden Eigenkapital in Höhe der Differenz zwischen dem Erwarteten Verlust und der Risikovorsorge berücksichtigt sind.

² Die Angaben für 2011 in den retailbezogenen Forderungsklassen wurden angepasst, vornehmlich um jetzt auch das IRBA-Retailportfolio der Postbank abzubilden, das in den vergangenen Jahren separat gezeigt wurde.

Der Rückgang in den Forderungsklassen Unternehmen und Institute ergibt sich überwiegend aus rückläufigen Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften infolge unserer Aktivitäten zum Risikoabbau. Der Rückgang bei der Forderungsklasse Zentralregierungen resultiert vornehmlich aus niedrigeren verzinslichen Einlagen bei Zentralbanken.

Nachfolgende Tabellen zeigen unsere fortgeschrittenen IRBA-Risikopositionen ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte für Zentralregierungen, Institute und Unternehmen, welche auf einer internen Skala der Bonitätseinstufungen verteilt sind, unter Angabe der Bandbreite der Ausfallwahrscheinlichkeiten für jede Stufe. Die internen Bonitätseinstufungen entsprechen den jeweiligen externen Standard & Poor's Ratingäquivalenten. Dieaufsichtsrechtlichen IRBA-Risikopositionswerte werden zusammen mit risikopositionsgewichteten Durchschnittswerten für Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten bei Ausfall, RWA sowie durchschnittlichen RW dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt. Die Auswirkungen des Double-Default-Effekts, sofern relevant außerhalb der Retailpositionen der Postbank, sind in den Angaben zu den durchschnittlichen Risikogewichten berücksichtigt. Der Double-Default-Effekt unterstellt, dass für eine garantierte Risikoposition nur dann ein Verlust auftritt, wenn sowohl der vorrangige Schuldner als auch der Gewährleistungsgeber gleichzeitig ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

**Netto-Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA nach Ausfallwahrscheinlichkeit für Zentralregierungen
(ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)**

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)

31.12. 2012

Interne Bonitätseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeiten in %	Netto EAD	Durchschnittliche PD in %	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	88.889	0,00	49,65	181	0,20
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	627	0,02	30,00	28	4,53
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	221	0,03	30,47	14	6,49
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	81	0,04	30,20	11	13,36
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	345	0,05	49,51	49	14,32
iA	> 0,05 ≤ 0,07	1.413	0,07	49,53	448	31,71
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	1.783	0,09	48,79	582	32,65
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	308	0,14	47,94	61	19,66
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	616	0,23	37,91	241	39,16
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	1.048	0,39	48,72	589	56,23
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	24	0,64	44,10	24	100,70
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	100	1,07	11,89	26	25,93
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	343	1,76	1,48	15	4,40
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	42	2,92	45,08	57	133,24
iB	> 3,75 ≤ 6,19	78	4,82	39,01	127	163,31
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	42	7,95	41,84	67	159,36
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	48	13,00	49,08	103	214,37
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	0	22,00	11,38	0	70,77
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	0	31,00	3,30	0	503,75
Ausfall	100,00	–	100,00	5,00	–	62,50
Insgesamt	–	96.008	0,03	49,13	2.624	2,73

**Netto-Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA nach Ausfallwahrscheinlichkeit für Institute
(ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)**

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)

31.12. 2012

Interne Bonitätsein-stufung	Ausfallwahr-scheinlichkeiten in %	Netto EAD	Durchschnittliche PD in % ¹	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	806	0,02	45,55	62	7,74
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	187	0,03	36,23	21	10,99
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	2.836	0,03	41,91	131	4,62
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	3.961	0,04	38,79	278	7,03
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	3.277	0,05	41,19	420	12,81
iA	> 0,05 ≤ 0,07	5.013	0,07	36,60	635	12,67
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	3.486	0,09	33,68	534	15,32
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	750	0,14	29,67	178	23,76
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	645	0,23	25,74	195	30,24
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	3.052	0,39	27,33	1.060	34,72
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	505	0,64	17,29	138	27,22
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	1.115	1,07	13,89	382	34,26
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	113	1,76	19,78	46	40,89
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	2.071	2,92	4,31	319	15,40
iB	> 3,75 ≤ 6,19	29	4,80	7,02	7	22,54
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	17	7,95	5,61	4	24,13
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	11	13,00	14,84	8	67,92
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	217	22,00	5,72	65	30,02
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	0	31,00	20,44	0	121,97
Ausfall	100,00	148	100,00	14,98	42	28,45
Insgesamt	-	28.241	1,07	32,34	4.525	16,02

¹ Eine höhere durchschnittliche PD in % als für die internen Bonitätseinstufungsskalen iAAA und iAA+ definiert resultiert aus einer Mindestausfallwahrscheinlichkeit von 3 Basispunkten für die Forderungsklassen Institute und Unternehmen.

**Netto-Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA nach Ausfallwahrscheinlichkeit für Unternehmen
(ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)**

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)

31.12. 2012

Interne Bonitätsein-stufung	Ausfallwahr-scheinlichkeiten in %	Netto EAD	Durchschnittliche PD in % ¹	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	6.209	0,03	21,99	332	5,35
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	4.018	0,03	31,40	290	7,23
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	6.406	0,03	19,20	333	5,19
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	12.073	0,04	27,36	939	7,78
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	12.553	0,05	30,89	1.543	12,29
iA	> 0,05 ≤ 0,07	14.201	0,07	30,99	2.152	15,16
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	20.571	0,09	37,20	4.503	21,89
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	18.108	0,14	32,92	4.676	25,82
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	19.811	0,23	27,15	5.121	25,85
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	13.699	0,39	29,28	4.939	36,06
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	10.284	0,64	28,43	4.966	48,29
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	10.388	1,07	24,13	5.331	51,32
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	13.386	1,76	23,01	6.191	46,25
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	6.154	2,92	20,14	3.743	60,83
iB	> 3,75 ≤ 6,19	5.305	4,82	19,46	3.673	69,23
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	3.362	7,95	19,71	2.731	81,26
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	1.485	13,00	16,16	1.210	81,47
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	682	22,00	24,09	972	142,56
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	1.612	31,00	6,88	637	39,53
Ausfall	100,00	7.141	100,00	28,73	1.664	23,30
Insgesamt	-	187.450	4,94	27,98	55.958	29,85

¹ Eine höhere durchschnittliche PD in % als für die internen Bonitätseinstufungsskalen iAAA und iAA+ definiert resultiert aus einer Mindestausfallwahrscheinlichkeit von 3 Basispunkten für die Forderungsklassen Institute und Unternehmen.

Die Mehrheit dieser Engagements in allen Forderungsklassen bestehen gegenüber Kunden im Investment-Grade Bereich. Die Engagements in niedrigeren Bonitätseinstufungen sind überwiegend besichert.

Die folgende Tabelle zeigt die Risikopositionen unserer nicht gezogenen Kreditzusagen einschließlich des entsprechenden Retailportfolios der Postbank. Die Angaben werden um einen EAD-gewichteten Konversionsfaktor und den sich daraus ergebenden aufsichtsrechtlichen EAD-Wert ergänzt.

Risikopositionswerte nicht gezogener Kreditzusagen im fortgeschrittenen IRBA nach Forderungsklasse (einschließlich Postbank)

	31.12. 2012			31.12. 2011		
	Nicht gezogene Kreditzusagen in Mio €	Gewichteter Konversions- faktor (CCF) in %	Risikopositions- wert für nicht gezogene Kredit- zusagen (EAD) in Mio €	Nicht gezogene Kreditzusagen in Mio €	Gewichteter Konversions- faktor (CCF) in %	Risikopositions- wert für nicht gezogene Kredit- zusagen (EAD) in Mio €
Zentralregierungen	847	84	712	802	90	720
Institute	1.885	51	955	1.575	44	700
Unternehmen	135.850	40	53.868	133.928	43	57.452
Grundpfandrechtlich besicherte Positionen des Mengengeschäfts ¹	6.755	77	5.210	5.415	82	4.421
Qualifizierte revolvierende Positionen des Mengengeschäfts ¹	5.726	66	3.799	5.858	73	4.270
Sonstige Positionen des Mengengeschäfts ¹	7.357	52	3.830	7.716	57	4.416
Risikopositionen nicht gezogener Kreditzusagen im fortgeschrittenen IRBA insgesamt ¹	158.420	43	68.375	155.295	46	71.979

¹ Die Angaben für 2011 in den retailbezogenen Forderungsklassen wurden angepasst, vornehmlich um jetzt auch das IRBA-Retailportfolio der Postbank abzubilden, welches im vergangenen Jahr separat gezeigt wurde.

Die Untergruppe „Qualifizierte revolvierende Positionen des Mengengeschäfts“ in der oben dargestellten Tabelle beinhaltet mehrheitlich Überziehungs- oder Personalkredite an Einzelpersonen für unsere Engagements außerhalb der Postbank und Überziehungskredite an Geschäftskunden für die Postbank-Engagements, während die Überziehungskredite an Privatkunden der Postbank im Standardansatz einbezogen sind. Die Risikopositionswerte werden nach Berücksichtigung von Kreditrisikominderungen in Form von finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten dargestellt.

Ein Jahresvergleich der Werte der Engagements zeigt ein stabiles Bild.

IRB-Basis-Ansatz

Wir wenden den IRB-Basis Ansatz für die Mehrheit unserer für den IRB-Basis-Ansatz geeigneten Kreditportfolios bei der Postbank an. Der IRB-Basis-Ansatz steht im aufsichtsrechtlichen Regelwerk für Kreditrisiken zur Verfügung und erlaubt den Instituten die Verwendung ihrer internen Bonitätseinstufungsverfahren bei Berücksichtigung vordefinierter aufsichtsrechtlicher Werte für alle weiteren Risikoparameter. Die auf internen Abschätzungen basierenden Parameter umfasst die Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), während die Verlustquote bei Ausfall (LGD) und der Konversionsfaktor (CCF) im aufsichtsrechtlichen Regelwerk definiert sind.

Für die Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen sind entsprechende Bonitätseinstufungssysteme im IRB-Basis-Ansatz entwickelt worden. Jedem relevanten Kreditengagement eines Kunden wird eine Ausfallwahrscheinlichkeit auf Basis einer transparenten und konsistenten Skala der Bonitätseinstufungen zugeordnet. Die zugeordneten Kundenbonitätseinstufungen werden auf der Grundlage intern entwickelter Bonitätseinstufungsmodelle abgeleitet, welche konsistente und eindeutige kundenrelevante Kriterien definieren. Mithilfe solcher Bonitätseinstufungsmodelle wird auf Basis der spezifischen Ausprägung dieser Kriterien jedem Kunden eine Bonitätseinstufung zugewiesen. Die Kriterien werden aus Informationen abgeleitet, die für das jeweilige Kundensegment relevant sind, wie zum Beispiel das allgemeine Kundenverhalten, Finanz- und externe Daten. Die verwendeten Bonitätseinstufungsmodelle basieren auf statistischen Verfahren, die für bestimmte Portfoliossegmente um expertenbasierte Einschätzungen erweitert werden, welche die relevanten und verfügbaren quantitativen wie auch qualitativen Informationen berücksichtigen. Die Bonitätseinstufungssysteme berück-

sichtigen externe langfristige Bonitätseinstufungen der bedeutenden Ratingagenturen (das heißt Standards & Poor's, Moody's und Fitch Ratings).

Für den IRB-Basis-Ansatz wird eine Ausfalldefinition in Übereinstimmung mit den Anforderungen von § 125 SolvV verwendet, die von der BaFin als Teil des IRBA-Genehmigungsverfahrens bestätigt wurde.

Wir überprüfen regelmäßig die Bonitätseinstufungsverfahren und Kreditrisikoparameter, die bei der Postbank zur Anwendung kommen. Während sich die Validierung der Bonitätseinstufungsverfahren auf die Trennschärfe der Modelle konzentriert, analysiert die Validierung des Risikoparameters PD die Vorhersagekraft dieses Parameters auf Basis des Vergleichs mit historischen Ausfallerfahrungen.

Von den sieben Bonitätseinstufungsverfahren im IRB-Basis-Ansatz der Postbank wurden vier als angemessen und drei als progressiv validiert. Die PD Niveaus für zwei Bonitätseinstufungsverfahren wurden bereits in 2012 angeglichen und das abgeänderte PD Niveau des verbleibenden Bonitätseinstufungsverfahrens wird in 2013 eingeführt.

Für Risikopositionen aus dem Derivategeschäft innerhalb des IRB-Basis-Ansatzes wird die Marktbewertungsmethode angewandt. Insofern berechnen sich die Risikopositionen als die Summe der positiven beizulegenden Zeitwerte aus den Derivatetransaktionen und dem aufsichtsrechtlichen Add-on.

Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz

In den Portfolios der Postbank werden die Risikopositionswerte den aufsichtsrechtlichen Forderungsklassen unter Berücksichtigung von Kriterien wie beispielsweise kundenspezifische Eigenschaften und das verwendete Bonitätseinstufungssystem ausgewiesen. Die folgenden Tabellen berücksichtigen auch Kreditrisikopositionen von Postbank Kunden, die aus Derivaten und Wertpapierfinanzierungsgeschäften resultieren, sofern diese dem IRB-Basis-Ansatz zugewiesen sind.

In der Tabelle werden die aufsichtsrechtlichen Positionswerte (EAD) zusammen mit risikopositionsgewichteten, durchschnittlichen Risikogewichten (Risk Weight, auch „RW“) einschließlich der Adressenausfallrisikoposition aus Derivaten und Wertpapierfinanzierungsgeschäften dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt. Der Brutto EAD für die durch Garantien oder Kreditderivate besicherten Risikopositionen wird der Forderungsklasse des ursprünglichen Geschäftspartners zugewiesen, der Netto EAD jedoch dem Gewährleistungsgeber.

Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Bonitätsklassen für jede IRBA-Forderungsklasse

31.12. 2012

	iAAA bis iAA 0,000 – 0,045 %	iA 0,045 – 0,125 %	iBBB 0,125 – 0,475 %	iBB bis iCCC > 0,475 %	Ausfall	Insgesamt
Zentralregierungen						
Brutto Risikopositionswert in Mio €	–	78	23	–	–	101
Netto Risikopositionswert in Mio €	–	89	23	–	–	112
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	–	–	–	–	–	–
Durchschnittliches RW in %	–	22,06	64,85	–	–	30,80
Institute						
Brutto Risikopositionswert in Mio €	1.611	14.701	6.000	226	56	22.594
Netto Risikopositionswert in Mio €	1.611	14.777	6.000	214	56	22.658
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	–	–	5	–	–	5
Durchschnittliches RW in %	14,37	10,94	20,50	35,43	–	13,92
Unternehmen						
Brutto Risikopositionswert in Mio €	50	1.589	6.817	3.234	552	12.242
Netto Risikopositionswert in Mio €	50	1.646	6.614	3.074	552	11.936
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	–	233	1.336	375	10	1.954
Durchschnittliches RW in %	16,10	30,58	53,43	107,43	–	61,56
Insgesamt						
Brutto Risikopositionswert in Mio €	1.661	16.368	12.840	3.460	608	34.937
Netto Risikopositionswert in Mio €	1.661	16.512	12.637	3.288	608	34.706
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	–	233	1.341	375	10	1.959
Durchschnittliches RW in %	14,42	12,96	37,81	102,75	–	30,36

31.12. 2011

	iAAA bis iAA 0,000 – 0,045 %	iA 0,045 – 0,125 %	iBBB 0,125 – 0,475 %	iBB bis iCCC > 0,475 %	Ausfall	Insgesamt
Zentralregierungen						
Brutto Risikopositionswert in Mio €	80	–	46	–	571	697
Netto Risikopositionswert in Mio €	80	–	46	–	571	697
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	1	–	–	–	–	1
Durchschnittliches RW in %	18,75	–	47,83	–	–	5,31
Institute						
Brutto Risikopositionswert in Mio €	1.052	18.226	9.860	144	110	29.392
Netto Risikopositionswert in Mio €	1.064	18.390	9.737	144	110	29.445
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	–	–	7	–	–	7
Durchschnittliches RW in %	11,18	11,67	16,94	88,89	–	13,73
Unternehmen						
Brutto Risikopositionswert in Mio €	439	2.352	7.763	2.552	802	13.908
Netto Risikopositionswert in Mio €	439	2.239	7.529	2.089	802	13.098
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	40	386	1.524	203	28	2.181
Durchschnittliches RW in %	12,98	29,34	52,90	114,60	–	54,14
Insgesamt						
Brutto Risikopositionswert in Mio €	1.571	20.578	17.669	2.696	1.483	43.997
Netto Risikopositionswert in Mio €	1.583	20.629	17.312	2.233	1.483	43.240
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	41	386	1.531	203	28	2.189
Durchschnittliches RW in %	12,07	13,59	32,66	112,90	–	25,83

Die nachfolgenden Tabellen zeigen unsere Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz ohne Adressenausfallrisikopositionen aus Derivaten und Wertpapierfinanzierungsgeschäften gegenüber Zentralregierungen, Instituten und Unternehmen, verteilt auf unserer internen Skala der Bonitätseinstufungen, inklusive Informationen zur zugehörigen PD Bandbreite pro Rasterstufe. Die interne Bonitätseinstufung korrespondiert mit den vergleichbaren externen Standard & Poor's Bonitätseinstufungen. Das Netto EAD wird zusammen mit kalkulierten risikopositionsgewichteten und dem durchschnittlichen Risikogewicht (RW) dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt.

Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Bonitätsklassen für Zentralregierungen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)

31.12. 2012

Interne Bonitätseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeiten in %	Netto EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	–	–	–	–
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	–	–	–	–
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	–	–	–	–
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	–	–	–	–
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	–	–	–	–
iA	> 0,05 ≤ 0,07	89	0,06	20	22,06
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	–	–	–	–
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	–	–	–	–
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	–	–	–	–
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	23	0,38	15	64,85
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	–	–	–	–
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	–	–	–	–
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	–	–	–	–
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	–	–	–	–
iB	> 3,75 ≤ 6,19	–	–	–	–
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	–	–	–	–
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	–	–	–	–
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	–	–	–	–
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	–	–	–	–
Ausfall	100,00	–	–	–	–
Insgesamt	–	112	0,13	35	30,80

**Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Bonitätsklassen für Institute
(ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)**

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)

31.12. 2012

Interne Bonitätseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeiten in %	Netto EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	–	–	–	–
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	–	–	–	–
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	917	0,03	140	15,31
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	447	0,04	81	18,21
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	–	–	–	–
iA	> 0,05 ≤ 0,07	895	0,06	169	18,95
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	6.489	0,09	1.044	16,09
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	2.452	0,15	529	21,57
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	3.029	0,23	609	20,09
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	186	0,38	52	27,98
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	200	0,69	60	30,10
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	–	–	–	–
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	9	2,06	11	122,67
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	–	–	–	–
iB	> 3,75 ≤ 6,19	–	–	–	–
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	–	–	–	–
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	–	–	–	–
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	6	18,00	5	82,11
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	–	–	–	–
Ausfall	100,00	56	100,00	–	–
Insgesamt	–	14.686	0,52	2.700	18,38

**Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Bonitätsklassen für Unternehmen
(ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)**

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)

31.12. 2012

Interne Bonitätseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeiten in %	Netto EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	–	–	–	–
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	–	–	–	–
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	37	0,03	6	15,31
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	13	0,04	2	18,44
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	–	–	–	–
iA	> 0,05 ≤ 0,07	225	0,06	50	22,12
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	1.341	0,10	427	31,86
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	1.194	0,15	469	39,30
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	2.938	0,23	1.481	50,41
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	2.226	0,38	1.447	64,99
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	1.796	0,69	1.536	85,53
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	634	1,23	663	104,64
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	291	2,06	357	122,63
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	–	–	–	–
iB	> 3,75 ≤ 6,19	77	3,78	115	149,52
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	45	7,26	78	174,28
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	10	12,76	19	198,09
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	160	18,00	452	282,66
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	–	–	–	–
Ausfall	100,00	551	100,00	–	–
Insgesamt	–	11.538	5,48	7.102	61,55

Sonstige Risikopositionen im IRBA

Als IRBA-Institut sind wir verpflichtet, sonstige Risikopositionen wie Beteiligungen, Investmentanteile und sonstige kreditunabhängige Aktiva generell im IRBA zu erfassen. Für diese Risikopositionen werden typischerweise aufsichtsrechtlich definierte IRBA-Risikogewichte angewandt.

Wir berücksichtigen für Beteiligungspositionen, die seit dem 1. Januar 2008 eingegangen wurden, die einfache IRBA-Risikogewichtung im Sinne des § 98 SolvV. Bei unseren Risikopositionen wird zwischen nicht börsengehandelten, aber ausreichend diversifizierten, börsengehandelten und sonstigen nicht börsengehandelten Beteiligungen unterschieden, und es werden die aufsichtsrechtlich definierten Risikogewichte von 190 %, 290 % beziehungsweise 370 % angewandt.

Bei bestimmten Risikopositionen für Investmentanteile wenden wir die „Durchschaulösung“ an, wonach Investmentanteile in ihre zugrunde liegenden Risikopositionen zerlegt werden. Wird eine solche Unterteilung vorgenommen, werden die zugrunde liegenden Risikopositionen ihren entsprechenden Forderungsklassen – entweder im IRBA oder Standardansatz – so zugeordnet, als ob sie direkt gehalten würden. Ein Teil unserer Risikopositionen für Investmentanteile der Postbank wird über den Standardansatz abgedeckt, in dem die Risikogewichte Dritter in Übereinstimmung mit § 83 (5) SolvV angewandt werden. Mehr Details über die Risikopositionen für Investmentanteile der Postbank im Standardansatz werden im Kapitel „Standardansatz“ gegeben. Die verbleibenden Investmentanteile erhalten das einfache Risikogewicht von 370 % und werden der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet.

Risikopositionen, die der Forderungsklasse „Sonstige Kreditunabhängige Aktiva“ zugeordnet werden, erhalten ein IRBA-Risikogewicht von 0 % im Fall von Barkrediten oder 100 %.

In der folgenden Tabelle ist unsere IRBA-Risikoposition für Beteiligungen, Investmentanteile und sonstige kreditunabhängige Aktiva, für die aufsichtsrechtlich definierte Risikogewichte angesetzt werden, zusammengefasst. Kreditrisikominderungstechniken sind für diese Transaktionen nicht relevant. Der Rückgang der Risikopositionswerte resultiert primär aus Pensionsverpflichtungen, die einer Methodenänderung folgend unter dem Standardansatz ausgewiesen werden, sowie aus dem Verkauf von Vermögenswerten.

Risikopositionswerte für Beteiligungen, Investmentanteile und sonstige kreditunabhängige Aktiva nach Risikogewicht

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
0 %	2.182	1.912
100 %	6.180	7.366
190 %	109	210
290 %	218	350
370 %	1.248	2.186
1.250 % ¹	–	794
Risikopositionswerte für Beteiligungen, Investmentanteile und sonstige kreditunabhängige Aktiva insgesamt	9.936	12.818

¹ Der Rückgang resultiert aus einer Methodenänderung in Bezug auf die Pensionsverpflichtungen.

Die nachstehende Tabelle fasst die IRBA-Risikopositionen basierend auf EAD für Spezialfinanzierungen zusammen. Die Risikopositionen bestehen aus gewerblichen Krediten für Wohnungsbau, Bauträger, Betreibermodelle, Geschäfte im Bereich Immobilien- und Mobilienleasing, Auslandsimmobilien sowie Kredite im privaten Wohnungsbau für Objekte mit mehr als zehn Wohneinheiten sowie Projektfinanzierungen. Für die Ermittlung der Mindestkapitalanforderungen wurden regulatorische Risikogewichte angewandt, sofern bei der Zuordnung eines Risikogewichts eventuelle risikomindernde Faktoren aufgrund der speziellen Risikostruktur berücksichtigt wurden. Weitere Kreditrisikominderungstechniken wurden nicht berücksichtigt.

Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Positionen zurückzuführen, die früher im Standardansatz berücksichtigt wurden.

Kreditrisikopositionen für Spezialfinanzierungen nach Risikogewicht

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Risikogewichtsklasse 1 (stark)	14.008	12.328
Risikogewichtsklasse 2 (gut)	1.443	1.033
Risikogewichtsklasse 3 (befriedigend)	477	811
Risikogewichtsklasse 4 (schwach)	177	329
Risikogewichtsklasse 5 (ausgefallen)	1.568	1.960
Risikopositionswert für Spezialfinanzierungen insgesamt	17.673	16.461

Standardansatz

Wir wenden für eine Teilmenge unserer Kreditrisikopositionen den Standardansatz an. Der Standardansatz misst das Kreditrisiko entweder gemäß festgelegten Risikogewichten, die aufsichtsrechtlich definiert sind, oder durch die Anwendung externer Bonitätseinstufungen.

In Übereinstimmung mit § 70 SolvV ordnen wir bestimmte Risikopositionen dauerhaft dem Standardansatz zu. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Risikopositionen, deren Erfüllung von der Bundesrepublik Deutschland oder anderen öffentlichen Stellen in Deutschland sowie Zentralregierungen anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, soweit sie die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, geschuldet werden. Diese Risikopositionen machen mehr als die Hälfte der Risikopositionen im Standardansatz aus und erhalten überwiegend ein Risikogewicht von 0 %. Für interne Zwecke werden sie jedoch im Rahmen einer internen Kreditbewertung angemessen erfasst und in die Prozesse für die Risikosteuerung und das Ökonomische Kapital integriert.

In Übereinstimmung mit § 66 SolvV ordnen wir weitere, grundsätzlich dem IRBA zuordenbare Engagements dauerhaft dem Standardansatz zu. Diese Teilmenge umfasst einige kleinere Portfolios, die im Rahmen einer Einzelbetrachtung als immateriell für die Einbeziehung in den IRBA erachtet werden.

Andere Positionen von geringer Größe sind vorübergehend dem Standardansatz zugeordnet, und wir planen, diese stufenweise in den IRBA zu überführen. Die Priorisierung und der dazugehörige Umsetzungsplan wurden für diese Positionen mit der BaFin und der Deutschen Bundesbank diskutiert und vereinbart.

Bei Beteiligungspositionen, die bereits vor dem 1. Januar 2008 eingegangen wurden, machen wir von der Übergangsregelung Gebrauch, diese Positionen von der Anwendung des IRBA auszunehmen, und legen in Einklang mit dem Standardansatz ein Risikogewicht von 100 % zugrunde.

Um die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen nach dem Standardansatz zu berechnen, verwenden wir entsprechende externe Bonitätseinstufungen von Standard & Poor's, Moody's und Fitch Ratings und in einigen Fällen auch von DBRS. DBRS Bonitätseinstufungen wurden in 2009 neu in den Standardansatz für eine kleine Anzahl an Engagements eingebbracht. Bonitätseinstufungen werden für alle relevanten Forderungsklassen im Standardansatz angewandt. Steht für eine spezifische Risikoposition mehr als eine Bonitätseinstufung zur Verfügung, erfolgt die Risikogewichtung im Rahmen der Kapitalberechnung unter Berücksichtigung der in § 44 SolvV aufgeführten Auswahlkriterien. Darüber hinaus leiten wir vor dem Hintergrund der geringen durch den Standardansatz abgedeckten Volumina und des hohen Anteils von darin durch externe Bonitätseinstufungen abgedeckten Engagements gegenüber Zentralregierungen keine Bonitätseinstufungen von Kreditnehmern von Emittenten-Bonitätseinstufungen ab.

Wir zeigen unsere Risikopositionswerte im Standardansatz nach Risikogewichtung. Die Informationen werden vor und nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie anrechenbaren finanziellen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt. Die Tabelle enthält nicht die Risikopositionen der Postbank für Investmentanteile, die dem Standardansatz zugeordnet werden und in der Tabelle „EAD für Investmentanteile der Postbank nach Risikogewichtung“ nachfolgend gezeigt werden. Weiterhin enthält die Tabelle keine Risikopositionen aus Abwicklungsrisiken.

Der allgemeine Rückgang ist im Wesentlichen auf die Reduzierung von Risikopositionswerten gegenüber Zentralbanken sowie Änderungen bei Modellgenehmigungen zurückzuführen. Teilweise wird dieser Rückgang durch Pensionsfonds, die vorher im fortgeschrittenen IRBA berücksichtigt wurden, kompensiert.

Risikopositionswerte im Standardansatz nach Risikogewicht

in Mio €	31.12.2012		31.12.2011	
	Vor Kreditrisiko-minderung	Nach Kredit-risikominderung	Vor Kreditrisiko-minderung	Nach Kredit-risikominderung
0 %	100.714	103.605	115.572	118.762
5 %	–	–	–	–
10 %	46	46	983	983
20 %	2.002	2.278	2.509	4.265
22 %	–	–	–	–
35 %	2.616	2.608	4.059	4.046
50 %	4.219	4.308	5.242	5.388
55 %	1.018	1.018	–	–
75 %	30.450	25.125	17.897	14.705
100 %	31.187	21.419	41.009	25.680
110 %	–	–	–	–
150 %	1.055	999	1.411	1.401
Risikopositionswerte im Standardansatz insgesamt	173.307	161.406	188.683	175.230

Risikopositionswerte für Investmentanteile der Postbank nach Risikogewichtung

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Anleihen innerhalb von Investmentanteilen		
0 %	–	80
11 %	–	87
22 %	312	234
55 %	432	416
110 %	596	747
200 %	65	7
300 %	393	512
Risikopositionswert für Anleihen von Investmentanteilen	1.798	2.083
Investmentanteile mit Risikogewichtsanlieferung		
< 22 %	594	621
> 22 % < 110 %	189	–
> 110 %	18	–
Risikopositionswert für Investmentanteile mit Risikogewichtsanlieferung	801	621
Risikopositionswert für Investmentanteile im Standardansatz insgesamt	2.599	2.704

Die obenstehende Tabelle zeigt die Risikopositionen für Investmentanteile im Standardansatz nach Risikogewichtung. Sie enthält Wertpapiere in Form von Investmentanteilen, die auf der Durchschaulösung basierend dem Standardansatz zugeordnet wurden, sowie die Risikopositionswerte für Investmentanteile, deren Risikogewicht von Dritten berechnet und im Standardansatz nach Risikogewichtung gezeigt werden. Kreditrisikominderungstechniken wurden nicht angewandt.

Aufsichtsrechtliche Anwendung der Kreditrisikominderungstechniken

Risikoaktiva und aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen können mithilfe von Kreditrisikominderungstechniken aktiv gesteuert werden. Als Voraussetzung für deren Anerkennung im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Berechnung müssen nach Maßgabe der SolvV bestimmte Mindestanforderungen hinsichtlich des Sicherheitenmanagements, der Überwachungsprozesse und der rechtlichen Durchsetzbarkeit eingehalten werden.

Der Umfang der aufsichtsrechtlichen Anerkennung anrechenbarer Sicherheiten ist in erster Linie von der für eine spezifische Risikposition angewandten Methode zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals abhängig. Im Prinzip erlaubt ein höherer Grad an Differenzierung der zugrunde liegenden Methodik eine weitere Spanne berücksichtigungsfähiger Sicherheiten sowie zusätzliche Optionen bei der Berücksichtigung von Garantien und Kreditderivaten. Dennoch sind auch die Einhaltung der Mindestanforderungen sowie die Mechanismen

zur Berücksichtigung des Effekts aus Risikominderungstechniken vorwiegend durch die gewählte aufsichtsrechtliche Kapitalberechnungsmethode bestimmt.

Der fortgeschrittenen IRBA akzeptiert prinzipiell alle Arten von finanziellen Sicherheiten ebenso wie Immobilien, Sicherungsabtretungen oder sonstige physische Sicherheiten. Bei der Anwendung des fortgeschrittenen IRBA gibt es grundsätzlich keine Beschränkung für die Bandbreite akzeptierter Sicherheiten, sofern den Aufsichtsbehörden nachgewiesen werden kann, dass zuverlässige Schätzungen von Sicherheitswerten erstellt und grundlegende Anforderungen erfüllt werden.

Derselbe Grundsatz gilt für die erlangten Vorteile aus der Anrechnung von Garantien und Kreditderivaten. Innerhalb des fortgeschrittenen IRBA existieren grundsätzlich ebenfalls keine Beschränkungen bezüglich der Auswahl der zulässigen Anbieter von Sicherheiten, solange einige grundsätzliche Mindestanforderungen eingehalten werden. Dennoch werden die Kreditwürdigkeit der Gewährleistungsgeber und andere relevante Faktoren durch die von uns angewandten internen Modelle berücksichtigt.

In unseren Berechnungen zum fortgeschrittenen IRBA werden finanzielle und andere Sicherheiten generell durch die Anpassung der zu verwendenden LGD, die als Eingangsparameter zur Bestimmung der Risikogewichtung dient, berücksichtigt. Im Rahmen der Anerkennung von Garantien und Kreditderivaten wird prinzipiell der Substitutionsansatz für die PD angewandt. Das bedeutet, dass innerhalb der Risikogewichtsberechnung im fortgeschrittenen IRBA die PD des Schuldners gegen die PD des Sicherheiten- oder Gewährleistungsgebers ausgetauscht wird. Für bestimmte garantiierte Risikopositionen und bestimmte Sicherheitengeber ist jedoch der sogenannte Double-Default-Effekt anwendbar. Dieser unterstellt, dass für eine garantiierte Risikoposition nur dann ein Verlust auftritt, wenn sowohl der Schuldner als auch der Gewährleistungsgeber gleichzeitig ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA vor und nach Kreditrisikominderungstechniken

	31.12.2012				31.12.2011			
in Mio €	Gesamter Risiko-positions Wert	Berücksichti- gungsfähige Sicherheiten nach dem fort- geschrittenen IRBA	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risiko-positions Wert ¹	Gesamter Risiko-positions Wert	Berücksichti- gungsfähige Sicherheiten nach dem fort- geschrittenen IRBA	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risiko-positions Wert ¹
Zentralregierungen	95.662	1.742	2.037	3.779	110.601	4.611	1.977	6.588
Institute	66.368	21.677	3.639	25.316	84.337	22.212	4.190	26.402
Unternehmen	294.463 ²	79.870	31.045	110.915	335.939 ²	112.101	36.443	148.543
Mengengeschäft	182.940	128.839 ³	709	129.548	171.361	118.618 ³	682	119.300
Insgesamt	639.433	232.128	37.431	269.558	702.238	257.541	43.292	300.833

¹ Enthält keine Sicherungen, die in der Messgröße EPE bereits berücksichtigt sind.

² Beinhaltet Veritätsrisikopositionen in Höhe von 793 Mio € zum Jahresende 2012 und 1,1 Mrd € zum Jahresende 2011.

³ Aufgrund einer Methodenänderung sind Sicherheitswerte der BHW nun im Segment „Mengengeschäft“ enthalten und belaufen sich auf 25,4 Mrd € in 2012 und 25,3 Mrd € in 2011.

Im Vergleich zum fortgeschrittenen IRBA setzt der IRB-Basis-Ansatz strengere Anforderungen für die Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken an, gestattet dafür jedoch die Berücksichtigung von finanziellen Sicherheiten, Garantien und Kreditderivaten sowie anderen im Rahmen des IRB-Basis-Ansatzes anrechenbaren Sicherheiten wie Hypotheken und Sicherungsabtretungen.

Bei im Rahmen des IRB-Basis-Ansatzes verwendeten finanziellen Sicherheiten handelt es sich um Barsicherheiten, Schuldverschreibungen und sonstige Wertpapiersicherheiten im Zusammenhang mit Repo-Leihe-Geschäften.

Besicherte Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Forderungsklasse

					31.12.2012
in Mio €	Gesamter Risiko-positions Wert	Finanzielle Sicherheiten	Sonstige Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risiko-positions Wert
Zentralregierungen	101	–	–	–	–
Institute	22.594	6.919	–	62	6.981
Unternehmen	12.242	–	–	511	511
Insgesamt	34.937	6.919	–	573	7.492

					31.12.2011
in Mio €	Gesamter Risiko-positions Wert	Finanzielle Sicherheiten	Sonstige Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risiko-positions Wert
Zentralregierungen	697	–	–	–	–
Institute	29.392	9.983	–	221	10.204
Unternehmen	13.908	–	–	835	835
Insgesamt	43.997	9.983	–	1.056	11.039

Die Anerkennung von Sicherheiten im Standardansatz ist limitiert auf anrechenbare finanzielle Sicherheiten wie Bargeld und Goldbarren sowie bestimmte Schuldverschreibungen, Beteiligungen und Investmentanteile, die in vielen Fällen nur mit ihrem schwankungsbereinigten Wert berücksichtigt werden können. In seiner grundsätzlichen Struktur bietet der Standardansatz eine bevorzugte (niedrigere) Risikogewichtung für durch Immobilien besicherte Positionen. Wendet man diese bevorzugte Risikogewichtung an, werden Immobilien im Standardansatz nicht als Sicherheiten berücksichtigt. Weitere Beschränkungen sind bezüglich anrechenbarer Gewährleistungsgeber und Kreditderivateanbieter zu beachten.

Zur Berücksichtigung der Risikominderungstechniken in der Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nutzen wir für finanzielle Sicherheiten die umfassende Methode, die aufgrund eines höheren Differenzierungsgrads eine breitere Auswahl an anrechenbaren Sicherheiten zulässt. Innerhalb dieses Ansatzes mindern die finanziellen Sicherheiten den Risikopositionswert der jeweiligen Risikoposition, während dem in Form von Garantien und Kreditderivaten erhaltenen Schutz durch Substitution Rechnung getragen wird. Bei der Substitution wird das Risikogewicht des Schuldners durch das Risikogewicht des Gewährleistungsgebers ersetzt.

Risikopositionswerte im Standardansatz nach Forderungsklasse

in Mio €	31.12.2012				31.12.2011			
	Gesamter Risiko-positions Wert	Finanzielle Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risiko-positions Wert	Gesamter Risiko-positions Wert	Finanzielle Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risiko-positions Wert
Zentralregierungen	75.051	55	1.811	1.866	93.867	246	2	248
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	19.253	0	122	122	18.340	60	–	60
Sonstige öffentliche Stellen	3.219	4	565	569	2.607	534	–	534
Multilaterale Entwicklungsbanken	578	–	–	–	270	–	–	–
Internationale Organisationen	411	–	–	–	249	–	–	–
Institute	4.480	123	104	227	3.967	365	106	471
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	52	–	–	–	983	–	–	–
Unternehmen	27.454	7.770	134	7.904	34.131	9.801	1.253	11.054
Mengengeschäft	12.341	1.852	–	1.852	17.899	1.302	1.892	3.194
Durch Immobilien besicherte Positionen	6.253	15	–	15	7.540	22	–	22
Investmentanteile ¹	2.599	–	–	–	2.704	–	–	–
Beteiligungen	3.517	–	–	–	7.163	3.641	–	3.641
Sonstige Postionen	19.390	–	–	–	99	–	–	–
Überfällige Positionen	1.325	15	–	15	1.569	13	5	17
Insgesamt	175.923	9.834	2.736	12.570	191.387	15.984	3.258	19.241

¹ Beinhaltet Risikopositionen für Investmentanteile der Postbank, die dem Standardansatz zugeordnet sind.

Der Rückgang des gesamten besicherten Risikopositionswerts resultiert hauptsächlich aus der Verringerung von kurzfristigen Einlagen bei Zentralbanken innerhalb der Forderungsklasse Zentralregierungen sowie aus der Verringerung von Derivatepositionen innerhalb der Forderungsklasse Unternehmen. Der überwiegende Teil der Risikopositionswerte innerhalb der Forderungsklasse Mengengeschäft wurde aufgrund von neu zugelassenen IRBA-Bonitätseinstufungssystemen in den fortgeschrittenen IRBA verlagert.

Verbriefungen

Der folgende Abschnitt zu Verbriefungen, der auf Seite 151 endet, zeigt spezifische Offenlegungen auf Basis von Säule 3. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule 3-Offenlegung. Dementsprechend ist dieser Abschnitt der Säule 3-Offenlegung nicht testiert. Dargestellte quantitative Angaben folgen dem regulatorischen Konzept zur Konsolidierung.

Überblick über unsere Verbriefungsaktivitäten

Wir engagieren uns in verschiedenen Geschäftsaktivitäten, die Verbriefungsstrukturen verwenden. Die wesentlichen Ziele sind, Kunden den Zugang zu Risiko- und Ertragsprofilen bestimmter Portfolios von Vermögensgegenständen zu ermöglichen, Kunden Zugang zu Refinanzierungen zu gewähren sowie die Steuerung unserer Kreditrisiken.

Ein Marktteilnehmer im Verbriefungsmarkt kann typischerweise drei verschiedene Rollen übernehmen: Originator, Sponsor oder Investor. Originator ist ein Institut, welches entweder selbst oder über verbundene Unternehmen direkt oder indirekt an der Begründung oder dem Erwerb von verbrieften Forderungen beteiligt ist. Als Sponsor agiert ein Institut, wenn es ein Asset Backed Commercial Paper-Programm („ABCP“) oder anderes Verbriefungsprogramm auflegt und verwaltet, aber die Aktiva weder begründet noch auf seine Bilanz gekauft hat. Alle anderen von uns eingegangenen Verbriefungspositionen werden in der Rolle des Investors übernommen. Um unsere Geschäftsziele zu erreichen, sind wir in allen drei Rollen auf dem Verbriefungsmarkt aktiv.

Verbriefungen im Anlagebuch

Als Originator verwenden wir Verbriefungen vor allem mit dem Ziel der Reduzierung des Kreditrisikos, im Wesentlichen durch die CPSG. Sie nutzt unter anderem synthetische Verbriefungen zur Steuerung des Kreditrisikos von Krediten und Kreditzusagen aus dem internationalen Investment-Grade Kreditportfolio sowie des Portfolios von Krediten an Unternehmen des deutschen Mittelstands innerhalb des Konzernbereichs Corporate Banking & Securities (CB&S). Das Kreditrisiko wird vor allem durch synthetisch besicherte Kreditverpflichtungen in Form von Finanzgarantien und, weniger häufig, durch Kreditderivate, welche Schutz gegen das erste Verlustrisiko bieten, auf die Kontrahenten übertragen.

Während das Gesamtvolumen des Kreditrisikotransfers als Originator in 2012 für PBC nur einen leichten Rückgang zu verzeichnen hat, hat es für GTB und CB&S deutlich abgenommen. Dies resultierte im Wesentlichen aus der Beendigung und regulatorischen Aberkennung von Kreditrisikoabsicherung bezüglich Forderungen an europäische kleinere und mittlere Unternehmen („KMU“) sowie europäische und amerikanische Forderungen an Konzerne und Finanzinstitute. Auf der anderen Seite hat Global Markets zwei neue synthetische Wiederverbriefungstransaktionen von seinen eigenen Handelsbuchaktivitäten in einem Volumen von insgesamt 590 Mio € vorgenommen. Während in beiden Transaktionen die Mezzanine-Tranchen in den Markt verkauft wurden, halten wir die übrigen Tranchen im aufsichtsrechtlichen Anlagebuch.

In beschränktem Umfang haben wir in 2008 und 2009 Verbriefungstransaktionen im Rahmen einer Strategie zur aktiven Steuerung des Liquiditätsrisikos abgeschlossen. Diese Transaktionen übertragen keine Kreditrisiken und werden daher nicht im quantitativen Teil dieses Kapitels gezeigt.

Wir legen eine Vielzahl von ABCP-Programmen auf, durch die wir von Dritten erworbene Vermögenswerte verbriefen, sponsern und verwalten. Diese Programme gewähren Kunden Zugang zur Refinanzierung im Commercial Paper („CP“)-Markt und schaffen damit Investmentprodukte für Investoren. Jedes Programm besteht aus einer das Commercial Paper herauslegenden Zweckgesellschaft (dem sogenannten „Conduit“) sowie einer oder mehreren unterstützenden Zweckgesellschaften, durch welche die Vermögenswerte angekauft werden. Das Conduit und die Zweckgesellschaften sind als Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder entsprechender rechtlicher Form organisiert. Die durch diese ABCP-Programme verbrieften Vermögenswerte umfassen Autokredite, Auto Leasing-Verbindlichkeiten, Kredite an Autohäuser, Studentendarlehen, Kreditkartenverbindlichkeiten, Handelsfinanzierungen, Vorfinanzierung von Nachschussverpflichtungen (capital call receivables), private und gewerbliche Immobilienfinanzierungen, zukünftige Zahlungsströme und sonstige Vermögenswerte. Als Verwalter von CP-Programmen unterstützen wir den Erwerb von nicht vom Deutsche Bank-Konzern gewährten Krediten sowie von Wertpapieren und sonstigen Forderungen durch ein CP Conduit, das anschließend zur Finanzierung dieses Erwerbs kurzfristige CP hoher Bonität am Markt verkauft, die durch die zugrunde liegenden Vermögenswerte besichert sind. Um eine Investment-Grade Bonitätseinstufung für die CP aufrechtzuerhalten, benötigen die Conduits ausreichende Sicherheiten, Kreditverbesserungen („Credit Enhancements“) und Liquiditätsunterstützung. Wir stellen diesen Conduits Liquidität und Kreditverbesserung zur Verfügung. Die entsprechenden Fazilitäten sind Teil des aufsichtsrechtlichen Anlagebuchs. Darüber hinaus schließen wir in Einzelfällen auch Währungs- und Zinsswaps mit den Conduits ab, die im Handelsbuch erfasst werden.

Ferner handeln wir als Investor in von Dritten herausgegebenen Verbriefungen, indem wir von Dritten emittierte Verbriefungen oder -tranchen kaufen oder indem wir Verbriefungen, die wir – oder gelegentlich auch Dritte – finanziert haben, Liquidität oder Kreditverbesserungen zur Verfügung stellen. Ergänzend unterstützen wir Verbriefungen Dritter, indem wir Derivate in Bezug auf die Verbriefungsstrukturen zur Verfügung stellen. Diese beinhalten Währungs-, Zins-, Aktien- und Kreditderivate.

Fast die Hälfte unserer Verbriefungsaktivität in 2012 bezog sich auf Aktivitäten als Originator, überwiegend für Transaktionen von CPSG, das heißt für Risikotransfers aus unserem bestehenden Kreditbuch. Bei den übrigen Verbriefungsaktivitäten übernahmen wir für etwa zwei Drittel die Investorenrolle, für den Rest waren wir als Sponsor tätig.

Im Laufe des Jahres 2012 hat sich das gesamte Verbriefungsbuch um 12 Mrd € auf 65 Mrd € reduziert. Hauptgründe waren die zuvor erwähnte Beendigung/Aberkennung der Kreditrisikoabsicherung sowie die andauern-de Strategie der Risikoreduzierung, die während des Jahres verfolgt wurde. Etwa zwei Drittel dieser Reduktion beziehen sich auf Kredite an Industrieunternehmen und KMU.

Generell sind die Verbriefungspositionen der Leistungsfähigkeit verschiedener Arten von Vermögenswerten ausgesetzt, im Wesentlichen besicherte oder unbesicherte Industriekredite, Verbraucherkredite wie Auto- oder Studentenkredite sowie erst- oder zweitrangige Sicherungsrechte auf Wohn- oder Gewerbeimmobilien. Grundsätzlich sind wir in allen Risikoklassen der Verbriefungen aktiv, mit einem Schwerpunkt in den vorrangigen Tranchen. Die Untergruppe der Wiederverbriefungen ist im Wesentlichen gesichert durch nachrangige US-Wertpapiere, welche durch Immobilien von Privathaushalten besichert sind.

Der primäre Rückgriff für Verbriefungspositionen liegt in den zugrunde liegenden Vermögenswerten. Das damit zusammenhängende Risiko wird verringert durch Kreditverbesserung, üblicherweise in Form von Überbesicherung, Nachrangigkeit, Reservekonten, Zinsüberschuss oder anderen Unterstützungsmechanismen. Zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen bestehen unter anderem aus in der Kreditdokumentation enthaltenen Klauseln („performance triggers“), finanziellen Verpflichtungen („financial covenants“) und Verzugsklauseln, welche bei Eintritt Rechte auf beschleunigte Rückzahlung, Zwangsvollstreckung und/oder andere Abhilfen auslösen.

Alle Verbriefungspositionen unterliegen einer regelmäßigen Überwachung der Leistungsfähigkeit inklusive eines Vergleichs der regelmäßigen Berichte der Dienstleister („Servicer“) zu in der Kreditdokumentation enthaltenen Leistungsauslösern oder Verpflichtungen, sowie der allgemeinen Trends bezüglich der Entwicklung der Wirtschaft, der geografischen Region, der Branche oder des Servicers. Die Überwachung der Teilmenge der Wiederverbriefungen bezieht, soweit verfügbar, die Performance der den einzelnen Verbriefungstranchen zugrunde liegenden Vermögenswerte ein.

Für längerfristige Kreditzusagen ist eine mindestens jährliche Überprüfung der internen Bonitätseinstufung erforderlich. Wesentliche negative (oder positive) Veränderungen in der Leistungsfähigkeit der zugrunde liegenden Vermögenswerte können eine frühere Überprüfung auslösen. Vollständige Kreditüberprüfungen sind ebenfalls jährlich erforderlich oder, bei Krediten mit guter Bonitätseinstufung, alle zwei Jahre. Darüber hinaus gibt es einen getrennten, üblicherweise quartalsweisen „watch list“-Prozess für Kredite, bei denen ein erhöhtes Verlustrisiko festgestellt wurde. Er erfordert eine getrennte Einschätzung der Performance der Vermögenswerte und des Servicers, schließt eine Überprüfung der Kreditstrategie ein und identifiziert Maßnahmen zur Verringerung des Verlustpotenzials. Das Vorgehen für Wiederverbriefungen unterscheidet sich hiervon nicht.

Verbriefungsaktivitäten haben einen Einfluss auf unsere Liquiditätsaktivitäten. Einerseits haben wir, wie zuvor erwähnt, in 2008 und 2009 Verbriefungstransaktionen als Teil einer aktiven Liquiditätsmanagementstrategie abgeschlossen. Andererseits sind wir in Bezug auf mögliche Ziehungen der Liquiditätsunterstützung für konzernunterstütztes ABCP oder andere revolvierende Kreditzusagen exponiert. Dieses gesamte Liquiditätsrisiko wird durch unsere Treasury-Abteilung überwacht, ist Teil der konzernweiten Liquiditätsplanung und unterliegt regelmäßigen Stresstests.

Die Einschätzung der strukturellen Integrität ist eine weitere wichtige Komponente des Risikomanagements für Verbriefungen, mit einem Fokus auf der strukturellen Absicherung einer Verbriefung, wie in der Kreditdokumentation definiert (zum Beispiel Bestehen der Sicherheitsposition, Separierung der Zahlungsströme und Buchprüfungsrechte). Diese Einschätzung wird für jede Verbriefung von einem zweckbestimmten Team durchgeführt, welches außenstehende Buchprüfer engagiert, Prüfungsumfänge definiert und die Ergebnisse solcher externer Prüfungen bewertet. Das Ergebnis dieser Risikoprüfungen und -einschätzungen ergänzt die Kredit- und Bonitätsbewertung durch das Kreditrisikomanagement.

Wir haben einen Teil des bestehenden Bestands an Verbriefungstransaktionen als „Altbestand“ identifiziert, gekennzeichnet für Risikoreduzierungen. Obwohl ein solches Non-Core-Buch für den Bereich Verbriefungen schon eher eingeführt wurde, ist es jetzt Teil unserer NCOU. Risikoreduzierung bedeutet üblicherweise, dass

bestehende Transaktionen teilweise oder vollständig im Markt veräußert werden – sofern angemessene Verkaufspreise erzielt werden können. Während der verbleibenden Haltedauer profitieren wir soweit anwendbar von Reduzierungen durch Amortisation. Im Laufe des Jahres 2012 zeigte der „Altbestand“ eine Nettoreduktion um 6,8 Mrd € auf 18,7 Mrd €.

Absicherungsgeschäfte für Verbriefungsstrukturen werden im Zusammenhang mit jeder individuellen Kreditgenehmigung angeordnet und bei jeder internen Kredit- oder Bonitätsüberprüfung erneut betrachtet. Allerdings erfolgt das Management der Kreditrisiken weitgehend durch Vermeidung unangemessener Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmer, Servicer und Klasse der Vermögenswerte. Höhere anfängliche Risikoübernahmen werden auf einen in der Kreditgenehmigung angeordneten Endstand reduziert, im Wesentlichen durch Syndizierung oder Verkäufe im Sekundärmarkt. Der Erfolg dieser Risikoreduzierung wird überwacht und regelmäßig an das Management berichtet. Im Anlagebuch gibt es Kreditabsicherungsgeschäfte nur in sehr geringem Umfang.

Darüber hinaus finden Absicherungsgeschäfte im Zusammenhang mit der Strukturierung von Verbriefungstransaktionen üblicherweise statt, um die Zweckgesellschaft von Zins- und Währungsrisiken freizustellen – soweit aufgrund der Art der verbrieften Vermögenswerte erforderlich. Wenn wir diese Absicherung zur Verfügung stellen, wird das damit zusammenhängende Kreditrisiko gegenüber der Verbriefungsstruktur in die Bewertung des Kreditrisikomanagements eingeschlossen und im Folgenden als Teil des Anlagebuchs berichtet, obwohl es tatsächlich Teil des Handelsbuchs ist. Falls die Absicherung nicht durch uns erfolgt, wird sie weitgehend mit großen, solventen internationalen Finanzinstitutionen abgeschlossen. Dieses indirekte Kontrahentenrisiko wird an den Kreditanalysten des Sicherungsgebers gemeldet und wird Teil seiner/ihrer Krediteinschätzung.

Verbriefungen im Handelsbuch

Im Handelsbuch agieren wir als Originator, Sponsor und Investor. In der Investorenrolle ist unser Hauptziel die Funktion als Market Maker im Sekundärmarkt. Diese Funktion als Market Maker beinhaltet die Bereitstellung eines Zwei-Wege-Markts (Kauf /Verkauf), um hieraus Handelerträge zu generieren und für Kunden einen liquiden Markt zur Verfügung zu stellen. Als Originator sind wir im Wesentlichen in kurzfristigen synthetischen eintranchigen Schuldverschreibungen (SST-CDOs) tätig, welche durch Kredite an Konzerne oder SMEs gestützt sind. Ebenfalls in einer Originatorrolle finanzieren wir Kredite zur späteren Verbriefung. Im derzeitigen Marktumfeld beschränkt sich dies im Wesentlichen auf den Bereich gewerbliche Immobilienfinanzierung. Handelsbuchaktivitäten, in denen wir die Rolle eines Sponsors haben (ohne Aktivitäten aus „Multi-Seller“ Transaktionen), sind minimal.

Wir halten ein Portfolio von ABS-Korrelationsgeschäften in der NCOU, welches derzeit abgewickelt wird. Außer Geschäften zur Risikoreduzierung dieses Portfolios unternehmen wir in diesem Bereich keine neuen Aktivitäten mehr. Das Risiko aus diesen Positionen wird im Rahmen des Market Risk Management Governance Framework (im Folgenden erläutert) aktiv gesteuert.

Unsere Handelsbereiche handeln Verbriefungspositionen entlang der gesamten Kapitalstruktur, von erstrangigen Bonds mit großem Nachrang zu nachrangigen First-loss-Tranchen, sowohl Verbriefungen als auch Wiederverbriefungen. Unser Exposure auf Wiederverbriefungen im Handelsbuch beträgt 858 Mio € und besteht im Wesentlichen ausforderungsbesicherten Wertpapieren (einschließlich eines Anteils an Verbriefungen) und einer mittleren Bonitätseinstufung von A-. Der unterschiedliche Grad des Risikos entlang der Kapitalstruktur spiegelt sich im Preis wider, zu dem eine Verbriefungsposition gehandelt wird, da der Markt einen Mindestertrag unter Berücksichtigung des Verlustrisikos aus seinem Investment erwartet. Verbriefungspositionen bestehen größtenteils aus Verbriefungen, gestützt auf erst- oder zweitrangige Sicherungsrechte auf Wohn- oder Gewerbeimmobilien („RMBS“ oder „CMBS“), forderungsbesicherten Wertpapieren („CLOs“), unterlegt durch erstrangige Unternehmenskredite oder unbesicherte Kredite, sowie ABS, unterlegt durch besicherte oder unbesicherte Konsumentenkredite.

Der Umfang des Handels in Verbriefungen ist vom globalen Wachstum abhängig. Eine Verlangsamung kann zu reduzierter Liquidität und geringerem Handelsvolumen führen, wie in der zweiten Hälfte von 2011 festzustellen war. Die Investoren nachfrage nach Wertpapierprodukten verstärkte sich in 2012 mit der Stabilisierung der globalen Wirtschaft und der Rückkehr von Liquidität im Markt. Andere potenzielle Risiken in Verbriefungswerten liegen in vorzeitiger Rückzahlung, Ungewissheit bezüglich Umfang und Schwere der Zahlungsausfälle sowie im Risiko bezüglich der Performance des Servicers. Es ist wichtig, festzuhalten, dass im Handelsbuch alle Positionen mit Marktwerten bewertet und daher die zuvor genannten Risiken im Preis berücksichtigt werden.

Unser Marktrisikomanagement-Steuerungsrahmenwerk („Market Risk Management Governance Framework“) wird auf alle Verbriefungspositionen im Handelsbuch angewandt. Das auf Verbriefungen angewandte Risiko-steuerungsrahmenwerk schließt Methoden und Regeln bezüglich Genehmigung von neuen Produkten und Transaktionstypen sowie Inventarmanagement und Buchung der Handelsaktivität ein. Darüber hinaus schließt es ebenfalls Methoden und Regeln bezüglich Risikomodellen und -messverfahren ein. Alle Verbriefungspositio-nen werden erfasst und anhand Value-at-Risk, gestresstem Value-at-Risk und Ökonomischem Kapital bewer-tet. Die Bewertungen sind abhängig von internen und externen Modellen und Prozessen und schließen die Nutzung von Bewertungen Dritter bezüglich der Risiken aus den zugrunde liegenden Sicherheiten ein. Darüber hinaus enthält das Risikosteuerungsrahmenwerk Regeln zum Risikoreporting und entsprechende Limite auf globaler, regionaler und Produktebene. Alle Verbriefungstransaktionen im Handelsbuch werden gemäß dieses Rahmenwerks erfasst, berichtet und limitiert. Änderungen im Kredit- oder Marktrisiko werden berichtet. Die Limitstruktur schließt Value-at-Risk und produktspezifische Marktwertlimite ein. In der Limitstruktur beruhen Marktwertlimite per Produktklasse auf Seniorität/Bonitätseinstufung, wobei niedriger eingestufte Positionen ein geringeres Handelslimit bekommen. Das Limitüberwachungssystem erfasst die Risiken und markiert jegliche Überschreitung von Schwellenwerten. Für alle Transaktionen oberhalb des Limits ist eine Genehmigung durch das Marktrisikomanagement erforderlich. Die Prozesse für Verbriefungen und Wiederverbriefungen sind gleichartig.

Unser Prozess zur Erfassung der gehandelten Kreditpositionen („Traded Credit Position“, „TCP“) berücksichtigt das Emittentenrisiko für Verbriefungspositionen im Handelsbuch. Das Team TCP-Securitization legt Positions-limite mit Blick auf die Assetklassen und die Bonitätseinstufung fest. Positionen mit niedrigerer Bonitätseinstu-fung bekommen niedrigere Handelslimite. Wir erstellen Berichte zum Limitmanagement, um die Einhaltung der Limite auf Positionsebene sicherzustellen und jegliche potenzielle Limitüberschreitungen festzustellen. Wenn Positionen die relevanten globalen Marktwertlimite überschreiten, ist eine Genehmigung durch TCP erforderlich. Außerdem beinhaltet der Risikomanagementprozess Stresstests bezüglich Höhe der Sicherheiten und eine Überwachung der Performance. Der TCP-Prozess erfasst sowohl Verbriefungen als auch Wiederverbriefungen.

Die Verbriefungshändler beziehen Absicherungsgeschäfte sowohl auf Makro- wie auf Positionsebene ein, um Kredit-, Zins- sowie gewisse Ablaufrisiken („tail risk“) des gesamten Verbriefungsbuchs zu verringern. Duration und Kreditsensitivitäten (DV01s und CS01) sind die primären Maßstäbe für die Risikosensitivität zur Ermittlung angemessener Absicherung. Einige der genutzten Absicherungsprodukte schließen Zinsswaps, US Treasuries und produktsspezifische Indizes ein. Das Marktrisiko der Absicherungsgeschäfte (sowohl gedeckt als auch ungedeckt) ist im zuvor beschriebenen Marktrisikomanagement-Steuerungsrahmenwerk eingeschlossen und wird darin verwaltet. Das Kontrahentenrisiko aus Absicherungsgeschäften (sowohl gedeckt als auch unge-deckt), welches überwiegend gegenüber großen, globalen Finanzinstitutionen besteht, wird in einem formalisierten Risikomanagementprozess durch das Kreditrisikomanagement verwaltet und genehmigt.

Rechnungslegungs- und Bewertungsansätze für Verbriefungen

Unsere Rechnungslegungsgrundsätze sind in der Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ aufgeführt. Die wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze für durch uns originierte Verbriefungstransaktionen sowie für von uns gehaltene Aktiva, die mit der Intention erworben wurden, diese zu verbriefen, sind die „Grundsätze der Konsolidierung“, „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen“ und „Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen“ (siehe auch Anhangangabe 15 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“).

Arten von Zweckgesellschaften, die von der Gruppe als Sponsor verwendet werden

Wir etablieren und verwalten als Sponsor Programme für die Ausgabeforderungsgedeckter Geldmarktpapiere („Asset-Backed Commercial Paper Programs“ oder „ABCP-Programme“), mit deren Hilfe von Dritten erworbenen Vermögenswerte verbrieft werden. Jedes Programm besteht aus einer Zweckgesellschaft, die die Geldmarktpapiere begibt (das „Conduit“), und einer oder mehreren unterstützenden Zweckgesellschaften, über welche die Vermögenswerte erworben werden. Das Conduit und die Zweckgesellschaften sind jeweils in der Rechtsform einer Gesellschaft mit begrenzter Haftung oder einer vergleichbaren Rechtsform organisiert. Die durch die ABCP-Programme verbrieften Vermögenswerte beinhalten Forderungen aus Autofinanzierungen oder Autoleasingverträgen, Ansprüche aus Vorfinanzierungen von Warenbeständen von Autohändlern („auto dealer floor plan receivables“), Studentendarlehen, Kreditkartenforderungen, Forderungen aus Handelsgeschäften, Forderungen aus Zahlungsverpflichtungen, Forderungen aus Wohn- und Gewerbeimmobilienfinanzierungen, zukünftigen Zahlungen und anderen Vermögenswerten.

Wir übernehmen sowohl bilanzielle als auch außerbilanzielle Adressenausfallrisiken. Diese stammen aus den unterstützenden Zweckgesellschaften oder aus den dem entsprechenden Conduit zur Verfügung gestellten Liquiditätsfazilitäten, Garantien, Kreditderivaten (in Form von Total Return Swaps) oder vergleichbaren Kreditverbesserungen, aus Derivaten, die der Absicherung von Zins- und Währungsrisiken dienen, sowie aus Geldmarktpapieren.

Gelegentlich unterstützen wir auf Einzeltransaktionsbasis auch Zweckgesellschaften beim Erwerb von durch Dritte begründeten Vermögenswerten, bei denen unser Beitrag, insbesondere unser Einfluss auf die Auswahl der erworbenen Vermögenswerte und die Strukturierung der Verbriefung, so wesentlich ist, dass wir uns als Sponsor qualifizieren. Diese Arten von Verbriefungstransaktionen schließen auch solche mit ein, bei denen ein geringer Teil der verbrieften Forderungen von uns selbst begründet wurde; Beispiele sind ausgefallene oder nicht ausgefallene Forderungen aus Wohnungsbaukrediten oder gewerblichen Immobilienfinanzierungen. Wir übernehmen sowohl bilanzielle als auch außerbilanzielle Adressenausfallrisiken inklusive Erstverlusttranchen oder Derivate zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken.

Als Originator oder Sponsor von Verbriefungstransaktionen verkaufen wir die durch solche Verbriefungstransaktionen begründeten Geldmarktpapiere oder Tranchen (oder veranlassen entsprechende Verkäufe durch beauftragte Wertpapierdienstleister beziehungsweise „Market Maker“) ausschließlich auf der Basis reiner Ausführungsgeschäfte und nur an erfahrene Unternehmen, die auf ihre eigene Risikoeinschätzung vertrauen. Im Rahmen unseres gewöhnlichen Geschäftsverkehrs bieten wir Unternehmen, für die wir gleichzeitig auch Anlageberatungsdienstleistungen erbringen, keine Geldmarktpapiere oder andere Tranchen aus Verbriefungstransaktionen an, für die wir als Originator oder Sponsor gelten.

Aufsichtsrechtliches Rahmenwerk für Verbriefungen

Das Kreditwesengesetz (KWG) definiert in § 1b, welche Arten von Transaktionen und Positionen als Verbriefungstransaktionen und -positionen für die aufsichtsrechtliche Berichterstattung dargestellt werden.

Generell sind Verbriefungstransaktionen definiert als Transaktionen, bei denen das Kreditrisiko eines verbrieften Portfolios in mindestens zwei Tranchen aufgeteilt wird und bei denen die Zahlungen an die Inhaber der Tranchen von der Performance des verbrieften Portfolios abhängen. Die einzelnen Tranchen stehen in einem Rangfolgeverhältnis. Dieses bestimmt die Reihenfolge und Höhe der Zahlungen oder Verluste, die den Inhabern der Tranchen zugewiesen werden (Wasserfall). So führt die Zuweisung von Verlusten zu einer Junior-Tranche nicht bereits zur Beendigung der gesamten Verbriefungstransaktion, das heißt, die Senior-Tranchen bestehen weiter nach Verlustzuweisungen an nachgeordnete Tranchen.

Verbriefungspositionen können in verschiedenen Formen eingegangen werden, wie beispielsweise als Investitionen in Verbriefungstranchen, im Wasserfall stehende Derivatetransaktionen zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken, Liquiditätsfazilitäten, Kreditverbesserungen, Gewährleistungen oder Sicherheiten für Verbriefungstranchen.

Der Ansatz für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen für Verbriefungspositionen des Bank- und des Handelsbuchs wird von der Solvabilitätsverordnung (SolvV) vorgegeben.

Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen für Verbriefungen des Bankbuchs

Das aufsichtsrechtliche Kapital für das Kreditrisiko von Verbriefungspositionen im Bankbuch wird auf Grundlage der Regelungen für Verbriefungen in den §§ 225 bis 268 SolvV bestimmt. Dabei wird zwischen dem Kreditrisiko-Standardansatz („KSA“) und dem Internal Ratings Based Approach („IRBA“) für Verbriefungen unterschieden. Die Klassifizierung von Verbriefungspositionen als KSA- oder IRBA-Verbriefungspositionen hängt von der Art des verbrieften Portfolios ab. Der KSA ist anzuwenden, wenn das verbrieft Portfolio überwiegend Kreditrisikopositionen enthält, die, sofern sie von uns direkt gehalten würden, als KSA-Risikopositionen gemäß des „Credit Risk Framework“ eingestuft würden. Sofern hingegen die Mehrheit des verbrieften Portfolios aus IRBA-Positionen besteht, ist die Verbriefungsposition als IRBA-Verbriefungsposition einzuordnen.

Die Risikogewichte von KSA-Verbriefungspositionen werden aus ihren jeweiligen externen Bonitätseinstufungen abgeleitet, sofern diese berücksichtigungsfähig sind. Externe Bonitätseinstufungen müssen bestimmte Eigungskriterien erfüllen, um zur Berechnung des Risikogewichts herangezogen werden zu können. Berücksichtigungsfähige externe Bonitätseinstufungen stammen von Standard & Poor's, Moody's, Fitch Ratings und DBRS. Sofern mehr als eine berücksichtigungsfähige Bonitätseinstufung für eine bestimmte Verbriefungsposition verfügbar ist, wird gemäß der §§ 236 bis 237 SolvV die zweitbeste externe Bonitätseinstufung als relevante Bonitätseinstufung für die Position verwendet. KSA-Verbriefungspositionen ohne berücksichtigungsfähige externe Bonitätseinstufung werden vom aufsichtsrechtlichen Kapital abgezogen, sofern für sie nicht der alternative Risikokonzentrationsansatz gemäß § 243 (2) SolvV angewandt wird, der zu einem Risikogewicht von unter 1.250 % führen könnte.

Das Risikogewicht der IRBA-Verbriefungspositionen wird entsprechend der folgenden Hierarchie ermittelt:

- Wenn ein oder mehrere anerkannte externe Bonitätseinstufungen für die IRBA-Verbriefungsposition existieren oder wenn eine externe Bonitätseinstufung aus einer berücksichtigungsfähigen externen Bonitäts-einstufung einer Benchmark-Verbriefungsposition abgeleitet werden kann, wird das Risikogewicht auf Basis der relevanten externen Bonitätseinstufung abgeleitet (ratingbasierter Ansatz).
- Wenn dagegen keine berücksichtigungsfähige externe Bonitätseinstufung existiert oder abgeleitet werden kann, wird das Risikogewicht der IRBA-Verbriefungsposition im Allgemeinen auf Grundlage des aufsichtsrechtlichen Formelansatzes nach § 258 SolvV oder des internen Einstufungsverfahrens (Internal Assessment Approach, auch „IAA“) gemäß § 259 SolvV ermittelt.
- Falls keiner der genannten Ansätze angewandt werden kann, wird die Position vom aufsichtsrechtlichen Kapital abgezogen.

Der ratingbasierte Ansatz gilt für den größten Teil unserer IRBA- und KSA-Verbriefungspositionen, vor allem in den unteren (besseren) Risikogewichtsbändern. Wir nutzen vorwiegend die externen Bonitätseinstufungen von Standard & Poor's, Moody's und Fitch Ratings sowie in einzelnen Fällen DBRS. Die Mehrheit der Verbriefungspositionen mit einer berücksichtigungsfähigen externen oder abgeleiteten externen Bonitätseinstufung umfasst zurückbehaltene Positionen aus unseren synthetischen Verbriefungen oder von uns als Investor gehaltene Verbriefungspositionen. Die Risikogewichtsberechnung (Risk Concentration Approach) wird für einige wenige KSA-Verbriefungspositionen angewandt, die im Vergleich zu unserem gesamten Verbriefungsexposure im Bankbuch gering sind. Der Anwendungsbereich des aufsichtsrechtlichen Formelansatzes und des internen Einstufungsverfahrens wird nachfolgend beschrieben.

Wir haben keine Verbriefungspositionen im Bestand, für die die besonderen Regelungen für Originatoren von Verbriefungstransaktionen zur Anwendung gekommen sind, zu denen ein vom Originator zu berücksichtigender Investorenanteil gemäß den §§ 245 ff. beziehungsweise 262 ff. SolV gehört.

Aufsichtsrechtlicher Formelansatz und internes Einstufungsverfahren

Die Risikogewichtung von Verbriefungspositionen, die dem aufsichtsrechtlichen Formelansatz (Supervisory Formula Approach, „SFA“) unterliegen, wird anhand einer Formel bestimmt, die unter anderem vom Kapitalbedarf des verbrieften Portfolios und der Seniorität der Verbriefungsposition im Wasserfall als Eingangsparameter abhängt. Bei der Anwendung des SFA schätzen wir die Risikoparameter PD und LGD für die Vermögenswerte des Verbriefungspffolios unter Anwendung unserer intern entwickelten und für diese Aktiva zugelassenen Bonitätseinstufungssysteme. Wir entwickeln kontinuierlich neue Bonitätseinstufungssysteme zur Anwendung auf homogene Portfolios von Forderungen, die nicht von uns begründet wurden. Diese Bonitätseinstufungssysteme basieren auf historischen Ausfallraten und Verlustinformationen für vergleichbare Forderungen. Die Risikoparameter PD und LGD werden dabei auf Portfolioebene abgeleitet.

Ungefähr 40 % der gesamten Verbriefungspositionen im Bankbuch unterliegen dem SFA. Dieser Ansatz wird überwiegend zur Einschätzung von Positionen verwendet, die auf Unternehmenskrediten, Automobilkrediten und gewerblichen Immobilien basieren.

Für nicht geratete IRBA-Verbriefungspositionen im Zusammenhang mit ABCP-Programmen, bei denen es sich nicht um Asset Backed Commercial Paper handelt, wird das Risikogewicht anhand des Internal Assessment Approach („IAA“) berechnet. Neben der Anwendung dieses Konzepts für aufsichtsrechtliche Zwecke wird die interne Bonitätseinstufung, welche aus dem IAA abgeleitet wird, für die Berechnung des erwarteten Verlusts und des Ökonomischen Kapitals verwendet und spielt eine signifikante Rolle im Kreditentscheidungs- und -überwachungsprozess.

Wir haben die Genehmigung der BaFin erhalten, den IAA für etwa 85 % der Verbriefungspositionen gegenüber ABCP-Conduits anzuwenden.

Vermögensklassen, die dem IAA unterliegen, werden von einem spezifischen und detaillierten Regelwerk pro Vermögensklasse (Asset Class Write-ups, auch „ACW“) erfasst. Die ACW wurden in Zusammenarbeit aller unserer relevanten Abteilungen einschließlich Credit Risk Management, Risk Analytics and Instruments und dem kundenbezogenen Bereich eingeführt. Das Regelwerk wird in einem formellen internen Prozess überprüft und genehmigt. Diese Überprüfung erfolgt mindestens jährlich. Im Falle wesentlicher Veränderungen im Rahmen des Überprüfungsprozesses erfordern die ACW eine erneute Genehmigung der Bankenaufsicht für bereits von der BaFin zugelassene Vermögensklassen.

Wir haben für 13 verschiedene Vermögensklassen – sowohl für private als auch gewerbliche Vermögenswerte – eine Zulassung der BaFin für den IAA erhalten. Die Stressfaktoren unterscheiden sich je Vermögensklasse und Bonitätseinstufungsebene. Sie basieren auf Kriterien, die von der am besten geeigneten externen Ratingagentur festgelegt wurden, und bilden die Grundlage der internen qualitativen und quantitativen Analyse der Bonitätseinstufungen. Die Stressfaktorenmultiplikatoren geben an, wie viele Kreditverbesserungen notwendig sind, um eine spezielle Bonitätseinstufung zu erzielen. Sie werden als Vielfaches des erwarteten Ver-

Ists angegeben. Die beiden folgenden Tabellen zeigen a) die Stressfaktormultiplikatoren auf Bonitätseinstufungsebene, oder b) die wesentlichsten Stresstestmethodiken für die Vermögensklassen ohne definierte Stressfaktormultiplikatoren, basierend auf der Methodik der jeweilig dominanten Ratingagenturen.

IAA genehmigte Vermögensklassen – Zusammenfassung der Stressfaktormultiplikatoren der Ratingagenturen

Vermögensklasse	Automobilkredite	Forderungsbesicherte Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations; CDOs)	Gewerbliche Leasing- und Kreditfinanzierungen	Konsumentenkredite	Kreditkarten	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
Dominierende Ratingagentur	S&P	Moody's	S&P	S&P	S&P	S&P
AAA	3,75–5	1,95	5	4–5	3–6,6	2,5
AA	3–4	1,8–1,76	4	3–4	2,5–5	2,25
A	2–3	1,73–1,69	3	2–3	2–3,75	2
BBB	1,75–2	1,67–1,63	2	1,5–2	1,5–2,5	1,5
BB	1,5–1,75	1,5–1,2		1–1,5	1,25–1,5	

Zusammenfassung der Stressfaktormethodik der Ratingagenturen ohne definierte Stressfaktormultiplikatoren

Vermögensklasse	Nachschussverpflichtungen	Marktwert-CDO	RMBS – Australien	RMBS – Europa	RMBS – USA	Strukturierte Entschädigungsleistungen	Studentendarlehen aus dem Federal Family Education Loan Program (FFELP)
Dominierende Ratingagentur	Moody's	S&P	S&P	S&P	S&P	S&P	Moody's
Anmerkung	Die Methodik basiert auf konservativen Annahmen hinsichtlich der Bonität des Kreditnehmers und der Erlösquoten und wird von bereits vorhandenen Korrelationskriterien gestützt.	Die Methodik von S&P und Moody's basiert auf Beleihungsquoten statt auf Stressfaktormultiplikatoren, die auf den jeweiligen Web-sites der Unternehmen nachzulesen sind.	Die S&P-Methodik, der Ausfall- und Verlustannahmen je Bonitätsstufe zugrunde liegen, basiert auf Benchmark-Pools. Dabei werden die für den jeweiligen Pool angemessenen Bewertungsanpassungen verglichen.	Die S&P-Methodik, der Ausfall- und Verlustannahmen je Bonitätsstufe zugrunde liegen, basiert auf Benchmark-Pools. Dabei werden die für den jeweiligen Pool angemessenen Bewertungsanpassungen verglichen.	Jedes Darlehen in dem Pool wird einem Stresstest auf Grundlage der Ausfall- und Verlustannahmen von S&P für die unterschiedlichen Bonitätsstufen unterzogen.	Es ergibt sich eine wahrscheinliche Verteilung möglicher Ausfallquoten auf jeder Bonitätsstufe. Dabei werden für das Portfolio branchenspezifische Erlösquoten angesetzt. Zusätzliche Stresstests in Bezug auf den Ausfall des größten Kunden und der größten Branche.	Entspricht der Methodik von Moody's, bonitätsstufenspezifische Stresstests durchzuführen und unter anderen definierte kumulative Ausfallquoten, Raten für freiwillige vorzeitige Tilgungen, Zurückweisungsquoten des Servicers und die Quote der Schuldner mit Rückzahlungsvorteilen anzuwenden.

Informationen basieren auf Methoden, die von den jeweiligen führenden Ratingagenturen veröffentlicht werden und sich von Zeit zu Zeit ändern können.

Die Cash-Flow-Modelle, die jeder Vermögensklasse zugrunde liegen, sind ebenfalls Gegenstand der regelmäßigen Überprüfung. Für Verbriefungen in diesen Vermögensklassen nutzen wir externe Ratingagenturen, nämlich Standard & Poor's und Moody's, wie in oben stehender Tabelle dargestellt.

Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen für Verbriefungen des Handelsbuchs

Die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen für das Marktrisiko von Verbriefungen im Handelsbuch werden auf der Grundlage einer Kombination von internen Modellen und regulatorischen Standardansätzen nach §§ 314 ff. SolV bestimmt.

Die Kapitalanforderung für das allgemeine Marktrisiko der Verbriefungspositionen im Handelsbuch ist die Summe aus (i) der Value-at-Risk-basierten Kapitalanforderung für das allgemeine Marktrisiko und (ii) der Stress-Value-at-Risk-basierten Kapitalanforderung für das allgemeine Marktrisiko.

Die Kapitalanforderung für das spezifische Marktrisiko der Verbriefungspositionen im Handelsbuch hängt davon ab, ob die Positionen dem aufsichtsrechtlichen Correlation Trading Portfolio („CTP“) zugeordnet werden oder nicht.

Für Verbriefungspositionen, die nicht dem CTP zugeordnet sind, wird die aufsichtsrechtliche Kapitalanforderung für das besondere Kursrisiko auf der Basis des Marktrisiko-Standardansatzes („MRSA“) berechnet. Das MRSA-Risikogewicht für Verbriefungen im Handelsbuch wird in der Regel unter Verwendung der gleichen Methoden ermittelt, die auf Verbriefungspositionen im Bankbuch Anwendung finden. Der einzige Unterschied ist die Verwendung des SFA für Verbriefungspositionen im Handelsbuch, bei dem die Kapitalanforderung des verbrieften Portfolios unter Hinzuziehung von Risikoparametern (PD und LGD) bestimmt wird, die auf dem Modell des Inkrementellen Risikoauflschlags basieren. Die MRSA-basierte Kapitalanforderung für das spezifische Risiko wird als die höhere der Kapitalanforderungen für alle Netto-Long- und alle Netto-Short-Verbriefungspositionen außerhalb des CTP bestimmt. Die Verbriefungspositionen, die in den MRSA-Berechnungen für das spezifische Risiko berücksichtigt werden, sind zusätzlich in den Value-at-Risk- und in den Stress-Value-at-Risk-Berechnungen für das spezifische Risiko enthalten.

Verbriefungen im Handelsbuch, die der MRSA-Behandlung unterliegen, umfassen verschiedene Vermögensklassen, die sich durch die jeweiligen zugrunde liegenden Sicherheiten unterscheiden:

- durch Hypotheken auf Wohnimmobilien besicherte Schuldverschreibungen (Residential Mortgage Backed Securities, „RMBS“);
- durch Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere (Commercial Mortgage Backed Securities, „CMBS“);
- durch Kredite besicherte Schuldverschreibungen (Collateralized Loan Obligations, „CLO“);
- forderungsbesicherte Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations, „CDO“); und
- durch Konsumentenkredite besicherte Wertpapiere (Consumer ABS; inklusive Kreditkarten, Automobilkrediten und -leasing, Studentendarlehen, Betriebsmitteldarlehen und -leasing, Händlereinkaufsfinanzierungen etc.).

Sie umfassen auch synthetische Kreditderivate und häufig gehandelte Indizes auf die oben genannten Instrumente.

Die Kapitalanforderung für das spezifische Marktrisiko von Verbriefungspositionen, die dem CTP zugeordnet sind, ist dagegen die Summe aus (i) der Value-at-Risk-basierten Kapitalanforderung für das spezifische Risiko, (ii) der Krisen-Value-at-Risk-basierten Kapitalanforderung für das spezifische Risiko und (iii) der Kapitalanforderung für das spezifische Risiko, welche auf Basis des Modells für den Umfassenden Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“) abgeleitet wird. Für die CRM-basierte Kapitalanforderung gilt eine Untergrenze von 8 % des höheren Betrags aus der MRSA-Kapitalanforderung für das spezifische Risiko für alle Netto-Long- und alle Netto-Short-Verbriefungspositionen.

Das CTP enthält alle Verbriefungspositionen und nth-to-Default-Kreditderivate, die für Zwecke des Korrelationshandels gehalten werden und die folgenden Anforderungen erfüllen:

- Alle Referenz-Instrumente sind entweder Single-Name-Instrumente einschließlich Single-Name-Kreditderivaten, für die ein beidseitig liquider Markt vorhanden ist, oder häufig gehandelte Indizes auf diese Referenzinstrumente.
- Die Positionen sind weder Wiederverbriefungspositionen noch Optionen auf eine Verbriefungstranche, noch ein anders geartetes Derivat auf eine Verbriefungsposition, das keine anteilige Aufteilung der Erlöse aus der Verbriefungstranche vorsieht.
- Die Positionen enthalten keine Forderungen gegenüber einer Zweckgesellschaft, Retail- oder Immobilienforderungen beziehungsweise entsprechende Eventualforderungen.

Das CTP umfasst auch Absicherungsgeschäfte für Verbriefungs- und nth-to-Default-Positionen im Portfolio, sofern ein beidseitig liquider Markt für das Instrument oder das Underlying existiert. Typische Produkte, die dem CTP zugeordnet werden, sind synthetische CDOs, nth-to-Default CDS sowie Index- und Single-Name-CDS. Für Details zum Umfassenden Risikoansatz zur Abdeckung des aufsichtsrechtlichen Korrelationshandelsportfolios siehe auch Kapitel „Handelsbezogenes Marktrisiko“.

Aufsichtsrechtliche „Good Practice Guidelines“

Im Dezember 2008 haben die „European Banking Federation“, die „Association for Financial Markets in Europe“ (zuvor „London Investment Banking Association“), die „European Savings Banks Group“ und die „European Association of Public Banks and Funding Agencies“ die „Industry Good Practice Guidelines on Pillar 3 Disclosure Requirement for Securitization“ veröffentlicht, die 2009/2010 noch leicht angepasst wurden. Unsere Säule 3-Offenlegungen stehen im Einklang mit den wesentlichen Grundsätzen dieser Richtlinie, soweit diese nicht durch im Zusammenhang mit Basel 2.5 überarbeitete Regularien abgelöst wurden.

Verbriefungsdetails

Die in den nachfolgenden Tabellen dargestellten Beträge zeigen Details zu unseren verbrieften Forderungen jeweils für das aufsichtsrechtliche Anlage- und Handelsbuch. Die Darstellung des Anlage- und des Handelsbuchs steht im Einklang mit der letztjährigen Veröffentlichung. Details zu unseren Verbriefungspositionen im Handelsbuch, die dem MRSA unterliegen, sind in diesem Kapitel dargestellt, während Verbriefungspositionen im Handelsbuch, die dem Umfassenden Risikoansatz unterliegen, im Kapitel „Handelsbezogenes Marktrisiko“ beschrieben werden.

Insgesamt können die Zahlen und Beträge in diesem Kapitel von den Zahlen, die sich im Kapitel „Zweckgesellschaften“ befinden, abweichen und können auch nicht direkt miteinander verglichen werden. Dies ergibt sich insbesondere aus den Unterschieden zwischen den jeweiligen oben dargestellten Konsolidierungsgrundsätzen, der IFRS-Rechnungslegung und der Konsolidierung gemäß dem aufsichtsrechtlichen Rahmenwerk, wie oben beschrieben.

Ausstehende verbriefte Forderungen

Wie unten dargestellt sind wir dem Kredit- und Marktrisiko aus verbrieften Forderungen nur insoweit ausgesetzt, als wir entsprechende Verbriefungspositionen zurückbehalten oder erworben haben. Das Risiko aus den zurückbehaltenen oder erworbenen Positionen hängt wiederum von der relativen Position im Wasserfall der Verbriefungstransaktion ab. Für Veröffentlichungszwecke nehmen wir im Fall von „Multi-Seller“-Transaktionen die Rolle des Originators und zusätzlich auch die des Sponsors ein. Hieraus folgen ein vollständiger Ausweis aller verbrieften Forderungen als Sponsor sowie ein anteiliger Ausweis als Originator.

Die nachstehende Tabelle zum Anlagebuch zeigt den Gesamtbetrag der ausstehenden verbrieften Forderungen, das heißt den gesamten Poolumfang, den wir entweder als Originator oder als Sponsor durch traditionelle oder synthetische Transaktionen verbrieft haben, aufgeteilt nach Forderungsklassen. Innerhalb der Spalte Originator enthält die Tabelle Angaben über den zugrunde liegenden Verbriefungspool, der entweder ursprünglich aus unserer Bilanz begründet oder von Dritten angekauft wurde. In diesen Fällen ist der dargestellte Betrag entweder der Buchwert, der sich aus der Konzernrechnungslegung ergibt, oder für traditionelle Verbriefungen und außerbilanzielle Risikopositionen in synthetischen Transaktionen der aktuell ausstehende Nominalbetrag. Zum 31. Dezember 2012 werden von den insgesamt 53 Mrd € als Originator verbrieften Forderungen 31 Mrd € von uns gehalten. Dies spiegelt einen Rückgang gegenüber dem 31. Dezember 2011 wider, als hierfür 76 Mrd € respektive 40 Mrd € berichtet wurden.

Für Sponsorenbeziehungen stellt der Gesamtbetrag der verbrieften Forderungsbeträge, der in der unten aufgeführten Tabelle gezeigt wird, den gesamten ausstehenden Forderungsbetrag der Gesellschaften dar, welche die Wertpapiere und andere Forderungen emittieren. Zum 31. Dezember 2012 lag der Betrag, den wir in Bezug auf die 117 Mrd € insgesamt ausstehenden verbrieften Forderungen aus Sponsoraktivitäten inklusive Multi-Seller-Transaktionen gehalten haben, bei 17 Mrd €. Die verbleibenden Beträge werden von Dritten gehalten. Die entsprechenden Beträge im Vorjahr lagen bei 131 Mrd € für die insgesamt ausstehenden verbrieften Forderungen inklusive Multi-Seller-Transaktionen, wobei 21 Mrd € von uns gehalten wurden. Die Verringerung war im Wesentlichen auf eine Managemententscheidung zur Reduzierung des Verbriefungsbuchs aufgrund schwächerer Märkte zurückzuführen. Die in den Tabellen gezeigten ausstehenden verbrieften Forderungen sind den Dienstleistungsberichten Dritter entnommen, zu denen das Conduit in Beziehung steht.

Ausstehende verbrieften Forderungen nach Forderungsklasse (gesamter Poolumfang) im Anlagebuch

in Mio €	31.12.2012				31.12.2011			
	Originator		Sponsor ¹		Originator		Sponsor ¹	
	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch
Wohnimmobilien	10.954	3.516	4.276	-	14.018	4.124	18.131	-
Gewerbliche Immobilien	13.682	-	7.991	-	16.569	-	4.990	-
Kreditkartengeschäft	-	-	1.742	-	-	-	5.577	-
Leasinggeschäft	-	-	5.967	-	-	-	6.390	-
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ²	2.772	20.014	21.256	781	6.657	27.105	26.698	1.045
Konsumentenkredite	-	-	17.932	-	-	-	15.356	-
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Verbriefung (Wiederverbriefung)	1.642	590	3.467	-	7.830	-	1.022	-
Sonstige Risikopositionen	-	-	53.166	-	97	-	51.851	-
Ausstehende verbrieften Forderungen insgesamt³	29.050	24.120	115.797	781	45.171	31.229	130.015	1.045

¹ Zum 31. Dezember 2012 sind unter „Sponsor“ 17 Mrd € über Multi-Seller-Transaktionen verbrieften Forderungen enthalten, von denen wir 8 Mrd € selbst begründet haben und damit auch unter „Originator“ ausweisen. Die vergleichbaren Zahlen zum 31. Dezember 2011 beliefen sich auf 18 Mrd € und 10 Mrd €.

² KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

³ Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf seine Verbriefungsaktivitäten im Anlagebuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“.

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Gesamtbetrag der ausstehenden verbrieften Forderungsbeträge in Bezug auf im aufsichtsrechtlichen Handelsbuch gehaltene Verbriefungspositionen separat für Aktivitäten als Originator und Sponsor und weiter aufgeteilt nach traditionellen und synthetischen Transaktionen. Über synthetische Single-Tranche-CDOs gekaufte Besicherungen wurden als Originator Positionen ausgewiesen, für die das Volumen der synthetischen Pools als das Maximum der Volumen der synthetischen Pools aller Positionen, die den jeweiligen Pool referenzieren, bestimmt wurde. Die in der nachfolgenden Tabelle gezeigten ausstehenden verbrieften Forderungen reflektieren nicht unser Risiko, da sie auch Forderungen enthalten, die wir nicht einbehalten, und da sie des Weiteren nicht die unterschiedlichen Ränge in den Wasserfällen der bezogenen Positionen berücksichtigen und insbesondere Risikoabsicherungen nur für identische Tranchen reflektieren. Im Vergleich zum letzten Jahr ist der Gesamtbetrag der verbrieften Forderungsbeträge aus traditionellen und synthetischen Verbriefungen deutlich zurückgegangen.

Ausstehende verbrieft Forderungen nach Forderungsklasse (gesamter Poolumfang) im Handelsbuch

in Mio €	31.12.2012				31.12.2011			
	Originator		Sponsor		Originator		Sponsor ¹	
	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch
Wohnimmobilien	7.545	–	7.105	–	13.591	–	4.586	–
Gewerbliche Immobilien	29.185	–	50.308	–	39.885	5.295	55.551	–
Kreditkartengeschäft	–	–	–	–	–	–	–	–
Leasinggeschäft	–	–	–	–	–	–	–	–
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ²	1.902	234.619	3.805	–	2.063	274.746 ³	4.126	–
Konsumentenkredite	–	–	–	–	–	–	–	–
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	–	–	–	–	–	–	–	–
Verbriefung (Wiederverbriefung)	3.543	–	117	–	9.663	–	–	–
Sonstige Risikopositionen	1.189	–	–	–	633	–	1.367	–
Ausstehende verbrieft Forderungen insgesamt⁴	43.364	234.619	61.335	–	65.835	280.041	65.630	–

¹ Zum 31. Dezember 2012 sind unter „Sponsor“ 57 Mrd € über Multi-Seller-Transaktionen verbrieft Forderungen enthalten, von denen wir 23 Mrd € selbst begründet haben und damit auch unter „Originator“ ausweisen. Die Zahlen zum 31. Dezember 2011 beliegen sich auf 63 Mrd € respektive 28 Mrd €.

² KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

³ Beinhaltet eine Aktualisierung des Vorjahreswerts in Bezug auf zusätzliche Besicherungen aus 14 synthetischen Single-Tranche-CDOs.

⁴ Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Handelsbuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“. Enthält verbrieft Forderungen in der Rolle des Originators in Höhe von 17 Mrd € und in der Rolle des Sponsors in Höhe von 11 Mrd €, die bereits in der Tabelle „Ausstehende verbrieft Forderungen nach Forderungsklasse (gesamter Poolumfang) im Anlagebuch“ reflektiert sind.

In der nachstehenden Tabelle werden Informationen zur Kreditqualität der den Verbriefungstransaktionen zugrunde liegenden Verbriefungspools nach Forderungsklasse ausgewiesen, in denen wir Originator sind und aus denen wir Positionen im aufsichtsrechtlichen Anlagebuch halten. Jede Forderung wird dabei als überfällig berichtet, wenn sie 30 Tage oder länger überfällig und nicht als wertgemindert berücksichtigt ist. In Fällen, in denen wir als Originator einer synthetischen Transaktion eingestuft sind, werden die wertgeminderten beziehungsweise überfälligen Forderungsbeträge in Übereinstimmung mit unseren internen Richtlinien ermittelt. Im Fall der traditionellen Verbriefungen werden die Forderungen gezeigt, die 30 oder mehr Tage überfällig oder wertgemindert sind, wobei die Informationen in erster Linie aus den Investorenberichten der jeweils zugrunde liegenden Verbriefungstransaktion abgeleitet wurden.

Darüber hinaus zeigt die Tabelle die nach Forderungsklasse unterteilten Verluste, die wir in den Geschäftsjahren 2012 und 2011 aus einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen im Rahmen unserer Aktivitäten als Originator verzeichnet haben. Die ausgewiesenen Verluste entsprechen denjenigen in der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Beträge sind die tatsächlichen Verluste des zugrunde liegenden Forderungspools nach Einbeziehung von berücksichtigungsfähigen Kreditsicherungen, soweit diese Verluste unseren einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen zugeordnet wurden. Dies gilt sowohl für traditionelle als auch für synthetische Transaktionen.

**Wertgeminderte und überfällige verbriezte Forderungen sowie erfasste Verluste nach Forderungsklasse
(gesamter Poolumfang) als Originator**

in Mio €	31.12.2012		2012		31.12.2011		2011	
	Wertgemindert/ überfällig ¹	Verluste	Wertgemindert/ überfällig ¹	Verluste	Wertgemindert/ überfällig ¹	Verluste	Wertgemindert/ überfällig ¹	Verluste
Wohnimmobilien	3.639	14	4.831	28				
Gewerbliche Immobilien	79	–	227	–				
Kreditkartengeschäft	–	–	–	–				
Leasinggeschäft	–	–	–	–				
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ²	256	11	1.191	35				
Konsumentenkredite	–	–	–	–				
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	–	–	–	–				
Verbriefung (Wiederverbriefung)	368	5	361	5				
Sonstige Risikopositionen	–	–	–	–				
Wertgeminderte und überfällige verbriezte Forderungen und erfasste Verluste insgesamt³	4.342	30	6.610	68				

¹ Enthält die wertgeminderten oder überfälligen Forderungen mit Bezug auf Multi-Seller-Verbriefungen, welche mehr als die von uns selbst generierten Anteile sein können.

² KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

³ Für eineaufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Anlagebuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“.

In Fällen, in denen wir als Originator eingestuft werden, verringerte sich der Betrag an wertgeminderten und überfälligen Forderungen 2012 um 2,3 Mrd €. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr resultiert aus den Forderungsklassen „Wohnimmobilien“, „Gewerbliche Immobilien“ und „Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen)“. Verzeichnete Verluste reduzierten sich im Jahresvergleich von 68 Mio € auf 30 Mio €.

Die folgende Tabelle zeigt Informationen über Forderungen im Anlage- und Handelsbuch, unterteilt nach Forderungsklassen, für die das Management in nächster Zeit eine Absicht zur Verbriefung in bestehenden oder neuen Verbriefungen hat. Die Forderungsbeträge enthalten keine zur Verbriefung vorgesehenen Vermögenswerte ohne Risikotransfer, also die Verbriefungen, bei denen wir alle Tranchen einbehalten.

Zur Verbriefung vorgesehene Forderungen

in Mio €	31.12.2012		31.12.2011	
	Anlagebuch	Handelsbuch	Anlagebuch	Handelsbuch
Wohnimmobilien	–	–	–	–
Gewerbliche Immobilien	–	1.783	243	788
Kreditkartengeschäft	–	–	–	–
Leasinggeschäft	–	–	–	–
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ¹	6.358	–	1.154	–
Konsumentenkredite	–	–	–	–
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	–	–	–	–
Verbriefung (Wiederverbriefung)	–	372	–	–
Sonstige Risikopositionen	–	–	–	–
Zur Verbriefung vorgesehene Forderungen	6.358	2.155	1.397	788

¹ KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

Bei der Mehrheit der für Verbriefungen vorgesehenen Forderungen handelt es sich um „Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen)“, die durch die CPSG verbrieft werden sollen.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen

In der nachstehenden Tabelle ist der Wert unserer einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen im Anlagebuch aufgeführt. Er basiert auf dem aufsichtsrechtlichen Positionswert vor Anwendung einer Kreditrisikominderung. Die Verbriefungspositionen im aufsichtsrechtlichen Handelsbuch werden gemäß der im § 299 SolvV dargelegten Definition dargestellt, der zufolge identische oder einander weitgehend entsprechende Wertpapiere und Derivate in einer Nettoposition zusammengefasst werden.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen nach Forderungsklasse

	Anlagebuch			Handelsbuch		
	Bilanzielle Verbriefungs- positionen	Außerbilanzielle, derivative und Wertpapier- finanzierungs- geschäfts- bezogene Verbriefungs- positionen	Gesamt	Bilanzielle Verbriefungs- positionen	Außerbilanzielle, derivative und Wertpapier- finanzierungs- geschäfts- bezogene Verbriefungs- positionen	Gesamt
in Mio €						
Wohnimmobilien	5.484	3.331	8.815	1.553	92	1.645
Gewerbliche Immobilien	2.712	934	3.646	2.263	3.319	5.582
Kreditkartengeschäft	–	920	920	46	–	46
Leasinggeschäft	2.227	1.291	3.518	0	–	0
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ¹	25.568	4.791	30.359	272	4.526	4.798
Konsumentenkredite	2.818	2.470	5.288	109	–	109
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	–	–	–	0	–	0
Verbriefung (Wiederverbriefung)	1.593	2.398	3.991	729	56	785
Sonstige Risikopositionen	5.044	3.887	8.931	1.099	33	1.132
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt²	45.446	20.022	65.468	6.071	8.026	14.097

¹ KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

² Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf seine Verbriefungsaktivitäten siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“ und Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“.

	Anlagebuch			Handelsbuch		
	Bilanzielle Verbriefungs- positionen	Außerbilanzielle, derivative und Wertpapier- finanzierungs- geschäfts- bezogene Verbriefungs- positionen	Gesamt	Bilanzielle Verbriefungs- positionen	Außerbilanzielle, derivative und Wertpapier- finanzierungs- geschäfts- bezogene Verbriefungs- positionen	Gesamt
in Mio €						
Wohnimmobilien	7.278	3.540	10.818	1.766	79	1.845
Gewerbliche Immobilien	4.245	1.154	5.399	1.832	1.010	2.842
Kreditkartengeschäft	613	671	1.284	101	32	133
Leasinggeschäft	1.443	1.546	2.989	0	–	0
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ¹	32.465	5.746	38.211	227	5.837	6.064
Konsumentenkredite	2.650	3.484	6.134	60	–	60
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	–	–	–	3	–	3
Verbriefung (Wiederverbriefung)	2.313	2.574	4.887	688	31	719
Sonstige Risikopositionen	2.263	5.659	7.922	1.768	251	2.019
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt²	53.270	24.374	77.644	6.445	7.240	13.685

¹ KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

² Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf seine Verbriefungsaktivitäten siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“ und Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“.

Im Jahresvergleich reduzierten sich die einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen im Anlagebuch deutlich über fast alle Forderungsklassen hinweg, was auf die im Jahr 2012 verfolgte, aktive Risikoreduzierungsstrategie zurückzuführen ist. Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen wurden insbesondere in der Forderungsklasse „Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen)“ reduziert, hauptsächlich resultierend aus der Beendigung oder aufsichtsrechtlicher Nichtberücksichtigung einzelner synthetischer Verbriefungstransaktionen. Die deutliche Reduzierung der Verbriefungspositionen der Forderungsklasse „Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen)“ wurde durch Anstiege in den Forderungsklassen „Wohnimmobilien“, „Gewerbliche Immobilien“ und „Verbriefungen“ mehr als ausgeglichen und führten zu einer insgesamt leichten Erhöhung des Gesamtpositionswerts im Handelsbuch.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen nach Region

in Mio €	31.12.2012		31.12.2011	
	Anlagebuch	Handelsbuch	Anlagebuch	Handelsbuch
Europa	28.601	3.699	35.956	2.526
Amerika	33.158	9.198	38.605	10.149
Asien/Pazifik	3.616	979	3.031	876
Sonstige	93	221	52	134
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt ¹	65.468	14.097	77.644	13.685

¹ Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf seine Verbriefungsaktivitäten siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“ und Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“.

Die obige Tabelle zeigt die einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen, aufgegliedert nach Regionen, basierend auf dem Sitzland des Schuldners der verbrieften Forderung. Die zuvor erwähnte Kündigung und aufsichtsrechtliche Nichtberücksichtigung von synthetischen Verbriefungen führt zu Positionsreduzierungen in Europa und Amerika, welche nicht durch neue Verbriefungspositionen ausgeglichen wurden. Zusätzlich reduzierten sich die Positionen aus Sponsor- und Investoraktivitäten um 3,0 Mrd €, was ebenfalls auf die Managemententscheidung zur Reduzierung des Portfolios an Verbriefungspositionen zurückzuführen ist.

Verbriefungen im Anlagebuch

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband

in Mio €	31.12. 2012			31.12. 2011		
	Risiko-positions Wert	Kapitalanforderung, IRBA ¹	Kapitalanforderung, Standardansatz	Risiko-positions Wert	Kapitalanforderung, IRBA	Kapitalanforderung, Standardansatz
≤ 10 %	40.929	206	–	39.796	180	–
> 10 ≤ 20 %	5.900	73	14	9.876	118	–
> 20 ≤ 50 %	9.816	395	20	15.401	386	27
> 50 ≤ 100 %	3.666	98	75	4.007	222	63
> 100 ≤ 350 %	1.167	90	8	2.001	208	32
> 350 ≤ 650 %	364	118	–	498	142	25
> 650 < 1250 %	337	86	–	179	86	10
1250 % / Abzug	3.289	1.174	94	5.886	2.894	589
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	65.468	2.240	211	77.644	4.236	746

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß §§ 253 (3) und 268 (2) SolvV.

In obiger Tabelle werden die Werte vor Anwendung von Risikominderungsaktivitäten dargestellt. Unserer Risikoreduzierungsstrategie folgend, können in fast allen Risikogewichtsbändern Verringerungen der Risikopositionsweite beobachtet werden. Der Anstieg im Risikogewichtsband „> 650 < 1250 %“ reflektiert hauptsächlich die schlechtere Bonitätseinstufung zweier Verbriefungspositionen. Risikopositionsweite, die als Kapitalabzugsposten behandelt werden, reduzierten sich aufgrund von Beendigung, Verkauf, Restrukturierung oder einer externen Bonitätseinstufung von BB- oder besser um 45 %. Insgesamt wurden die Kapitalanforderungen für Verbriefungen im Anlagebuch um nahezu 51 % verringert.

Der größte Anteil der verbrieften Forderungen im Anlagebuch wird durch den ratingbasierten Ansatz (RBA) oder den Aufsichtsrechtlichen Formelansatz (SFA) abgedeckt. Für die verbleibenden, dem IRBA zuzuordnenden Verbriefungspositionen verwenden wir vorwiegend für die von uns gesponserten ABCP-Aktivitäten den internen Bewertungsansatz.

**Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-
Ratingbasierter Ansatz (RBA)**

in Mio €	31.12.2012				31.12.2011			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-RBA ¹		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-RBA ¹	
	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen
≤ 10 %	10.558	–	52	–	15.140	–	50	–
> 10 ≤ 20 %	2.939	–	51	–	4.548	–	88	–
> 20 ≤ 50 %	2.163	3.545	212	96	2.339	3.975	107	102
> 50 ≤ 100 %	1.481	610	48	26	1.650	162	179	2
> 100 ≤ 350 %	694	159	43	20	912	356	80	52
> 350 ≤ 650 %	266	79	84	27	344	84	109	29
> 650 < 1250 %	278	58	53	33	35	119	18	62
1.250 % / Abzug	2.748	294	925	127	3.313	1.791	1.808	933
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	21.127	4.745	1.468	329	28.281	6.487	2.439	1.180

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß §§ 253 (3) und 268 (2) SolV und einschließlich der Kapitalanforderungen aus Laufzeitunterschieden von synthetischen Verbriefungen.

**Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-
Interner
Bewertungsansatz (IAA)**

in Mio €	31.12.2012				31.12.2011			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-IAA ¹		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-IAA ¹	
	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen
≤ 10 %	4.948	–	31	–	5.752	–	35	–
> 10 ≤ 20 %	1.783	–	18	–	1.878	–	19	–
> 20 ≤ 50 %	2.291	1.093	52	32	2.785	1.828	78	54
> 50 ≤ 100 %	191	119	12	5	225	427	13	21
> 100 ≤ 350 %	17	80	1	10	237	276	45	30
> 350 ≤ 650 %	–	4	–	2	–	–	–	–
> 650 < 1250 %	–	–	–	–	–	–	–	–
1.250 % / Abzug	20	–	20	–	–	135	–	135
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	9.250	1.296	134	49	10.877	2.666	190	240

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß §§ 253 (3) und 268 (2) SolV.

**Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-
Aufsichtsrechtlicher Formelansatz (SFA)**

in Mio €	31.12.2012				31.12.2011			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-SFA ¹		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-SFA ¹	
	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen
≤ 10 %	25.423	–	123	–	18.904	–	95	–
> 10 ≤ 20 %	340	–	4	–	809	–	10	–
> 20 ≤ 50 %	165	–	4	–	2.813	–	46	–
> 50 ≤ 100 %	130	–	7	–	123	–	6	–
> 100 ≤ 350 %	127	–	15	–	4	–	1	–
> 350 ≤ 650 %	13	–	5	–	12	–	5	–
> 650 < 1250 %	1	–	1	–	11	–	6	–
1.250 % / Abzug	70	62	40	62	58	–	17	–
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	26.269	62	199	62	22.734	–	186	–

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß §§ 253 (3) und 268 (2) SolV.

Der Kreditrisiko-Standardansatz wird für Verbriefungspositionen verwendet, bei denen das zugrunde liegende Portfolio vornehmlich aus Kreditrisiken besteht, die, sofern sie von uns direkt gehalten würden, als KSA-Risikopositionen eingestuft würden.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß Kreditrisiko-Standardansatz (KSA)

in Mio €	31.12.2012				31.12.2011			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, SA		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, SA	
	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen
≤ 10 %	–	–	–	–	–	–	–	–
> 10 ≤ 20 %	839	–	13	–	2.641	–	–	–
> 20 ≤ 50 %	295	263	12	8	1.385	276	18	9
> 50 ≤ 100 %	1.137	–	75	–	1.420	–	63	–
> 100 ≤ 350 %	91	–	8	–	218	–	33	–
> 350 < 650 %	1	–	0	–	1	55	–	24
> 650 < 1250 %	–	–	–	–	–	14	–	10
1.250 % / Abzug	25	69	25	69	589	–	589	–
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	2.388	332	133	77	6.254	345	703	43

Forderungen im Handelsbuch

Für nicht dem Korrelationshandelsportfolio zugeordnete Verbriefungspositionen wird die Kapitalanforderung für das spezifische Marktrisiko nach dem Marktrisiko-Standardansatz (MRSA) ermittelt. Das MRSA-Risikogewicht für Verbriefungspositionen im Handelsbuch wird generell mit den gleichen Methoden ermittelt, die auch für die Verbriefungspositionen im Anlagebuch angewandt werden. Details zu diesem Ansatz sind im Kapitel „Aufsichtsrechtliches Rahmenwerk für Verbriefungen“ und im Kapitel „Handelsbezogenes Marktrisiko“ enthalten.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem Marktrisiko-Standardansatz (MRSA) unterliegen

in Mio €	31.12.2012				31.12.2011			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, MRSA		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, MRSA	
	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen	Ver- briefungen	Wieder- ver- briefungen
≤ 10 %	5.298	–	30	–	6.292	–	36	–
> 10 ≤ 20 %	4.637	–	53	–	1.541	–	20	–
> 20 ≤ 50 %	1.175	309	28	10	1.895	149	44	5
> 50 ≤ 100 %	958	170	61	12	733	29	48	2
> 100 ≤ 350 %	494	80	72	12	346	121	62	20
> 350 ≤ 650 %	182	33	68	14	166	77	61	34
> 650 < 1250 %	102	21	56	12	61	32	34	19
1.250 % / Abzug	392	245	392	245	1.571	672	1.571	672
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	13.239	858	761	305	12.605	1.080	1.876	752

Wiederverbriefungspositionen

Die Positionsreduktion aus Wiederverbriefungen im Handelsbuch wurde durch Hedging im Sinne des § 299 SolV um 71 % reduziert.

Einbehaltene oder erworbene Wiederverbriefungspositionen

in Mio €	31.12.2012				31.12.2011			
	Anlagebuch		Handelsbuch		Anlagebuch		Handelsbuch	
	Risikopositionswert		Risikopositionswert		Risikopositionswert		Risikopositionswert	
	Vor Hedging/ Versicherungen	Nach Hedging/ Versicherungen						
Wiederverbriefungspositionen	6.435	6.434	2.910	858	9.498	9.498	3.340	1.080

Risikominderungen in Form von Finanzgarantien wurden in unseren Wiederverbriefungspositionen weder im Anlagebuch noch im Handelsbuch eingesetzt.

Verbriefungsaktivitäten

Die folgenden Tabellen zeigen einen Anstieg unserer Sponsoraktivitäten zum Jahresende 2012 gegenüber 2011. Die neuen Aktivitäten werden von zwei Transaktionen außerhalb unseres Conduit-Geschäfts dominiert. Sie haben ein größeres verbrieftes Volumen als die Verlängerung bestehender ABCP-Conduit-Transaktionen, in denen wir als Sponsor agieren. Der Anstieg der Verbriefungsaktivitäten zum Jahresende 2012 aus Originatoraktivität erfolgte hauptsächlich mit Bezug auf „Darlehen an Unternehmen oder KMU (Forderungsklasse Unternehmen)“ und hier vorrangig aus synthetischen Transaktionen vonseiten Credit Portfolios Strategies Group (CPSG) sowie einer neuen Verbriefungstransaktion im Unternehmensbereich Global Transaction Banking.

Verbriefungsaktivität – Ausstehende verbriefte Forderungen nach Forderungsklasse im Anlagebuch

in Mio €	Originator				Sponsor	
	31.12.2012		2012		31.12.2012	
	Traditionell	Synthetisch	Realisierte Gewinne/ Verluste aus Verkäufen/ Liquidationen	Traditionell	Synthetisch	
Wohnimmobilien	–	–	–	–	–	–
Gewerbliche Immobilien	260	–	1	1.416	–	–
Kreditkartengeschäft	–	–	–	–	–	–
Leasinggeschäft	–	–	–	234	–	–
Darlehen an Unternehmen oder KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ¹	108	3.566	–	1.460	–	–
Konsumentenkredite	–	–	–	251	–	–
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	–	–	–	–	–	–
Verbriefung (Weiterverbriefung)	–	590	–	2.107	–	–
Sonstige Risikopositionen ²	–	–	–	702	–	–
Ausstehende verbrieften Forderungen insgesamt³	368	4.156	1	6.170	–	–

¹ KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

² Ohne Berücksichtigung einer Restrukturierung als Sponsor, bei der ein Wertpapier zwischen zwei Conduits transferiert wurde. Die entsprechende verbrieftete Forderung ist in der Tabelle „Ausstehende verbrieften Forderungen nach Forderungsklasse (gesamter Poolumfang) im Anlagebuch“ dargestellt.

³ Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Anlagebuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“.

in Mio €	Originator			Sponsor ¹	
	31.12.2011	2011	Realisierte Gewinne/ Verluste aus Verkäufen/ Liquidationen	31.12.2011	Synthetisch
	Traditionell	Synthetisch		Traditionell	Synthetisch
Wohnimmobilien	–	–	–	1.339	–
Gewerbliche Immobilien	968	–	27	1.650	–
Kreditkartengeschäft	–	–	–	173	–
Leasinggeschäft	–	–	–	751	–
Darlehen an Unternehmen oder KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ²	–	2.996	–	209	–
Konsumentenkredite	–	–	–	214	–
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	–	–	–	–	–
Verbriefung (Weiterverbriefung)	–	–	–	–	–
Sonstige Risikopositionen	–	–	–	299	–
Ausstehende verbrieft Forderungen insgesamt³	968	2.996	27	4.635	–

¹ Unter „Sponsor“ sind 1,6 Mrd € verbrieft Forderungen enthalten, von denen wir 0,6 Mrd € selbst begründet haben und damit auch unter „Originator“ ausweisen.

² KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

³ Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Anlagebuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“.

Der in den unten stehenden Tabellen gezeigte Anstieg der Verbriefungsaktivitäten per Jahresende 2012 gegenüber 2011 resultiert hauptsächlich aus einem synthetischen Single-Tranche-CDO-Kontrakt, welcher auf einen Forderungspool in Höhe von 13 Mrd € referenziert.

Verbriefungsaktivität – Ausstehende verbrieft Forderungen nach Forderungsklasse im Handelsbuch

in Mio €	Originator			Sponsor ¹	
	31.12.2012	2012	Realisierte Gewinne/ Verluste aus Verkäufen/ Liquidationen	31.12.2012	Synthetisch
	Traditionell	Synthetisch		Traditionell	Synthetisch
Wohnimmobilien	–	–	–	2.115	–
Gewerbliche Immobilien	3.908	–	170	6.823	–
Kreditkartengeschäft	–	–	–	–	–
Leasinggeschäft	–	–	–	–	–
Darlehen an Unternehmen oder KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ²	–	16.284	–	–	–
Konsumentenkredite	–	–	–	–	–
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	–	–	–	–	–
Verbriefung (Weiterverbriefung)	1.033	–	85	–	–
Sonstige Risikopositionen	–	–	–	–	–
Ausstehende verbrieft Forderungen insgesamt³	4.941	16.284	255	8.938	–

¹ Unter „Sponsor“ sind 7 Mrd € verbrieft Forderungen enthalten, von denen wir 3 Mrd € selbst begründet haben und damit auch unter „Originator“ ausweisen.

² KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

³ Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Handelsbuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“.

in Mio €	Originator			Sponsor ¹	
	31.12.2011	2011	Realisierte Gewinne/ Verluste aus Verkäufen/ Liquidationen	31.12.2011	
Wohnimmobilien	–	–	–	2.247	–
Gewerbliche Immobilien	3.193	–	95	4.088	–
Kreditkartengeschäft	–	–	–	–	–
Leasinggeschäft	–	–	–	–	–
Darlehen an Unternehmen oder KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ²	–	2.660	–	–	–
Konsumentenkredite	–	–	–	–	–
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	–	–	–	–	–
Verbriebung (Weiterverbriefung)	–	–	–	–	–
Sonstige Risikopositionen	–	–	–	–	–
Ausstehende verbriezte Forderungen insgesamt ³	3.193	2.660	95	6.335	–

¹ Unter „Sponsor“ sind 4,1 Mrd € verbriefte Forderungen enthalten, von denen wir 1,7 Mrd € selbst begründet haben und damit auch unter „Originator“ ausweisen.

² KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

³ Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungaktivitäten im Handelsbuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbrieftpositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“.

Marktrisiko aus Handelsaktivitäten

Ein Großteil unserer Geschäftsaktivitäten unterliegt Marktrisiken, definiert als die Möglichkeit der Veränderung der Marktwerte unserer Handels- und Anlagepositionen. Risiken können aus nachteiligen Änderungen bei Zinssätzen, Bonitätsaufschlägen, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohwarenpreisen und anderen relevanten Parametern wie Marktvoltatilitäten und marktbezogenen Ausfallwahrscheinlichkeiten entstehen.

Market Risk Management (MRM), ein Bereich unserer unabhängigen Risk-Funktion, sorgt dafür, dass unsere Geschäftseinheiten das Chance-Risiko-Verhältnis optimieren und uns keinen unannehbaren Verlusten aussetzen, die unsere Risikotoleranz übersteigen. Market Risk Management arbeitet deshalb eng mit den Risikonehmern (Geschäftseinheiten) und anderen Kontroll- und Unterstützungsfunctionen zusammen.

Wir unterscheiden grundsätzlich drei unterschiedliche Arten von Marktrisiken:

- Das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten (Trading Market Risk, „TMR“) entsteht in erster Linie durch Marktpflegeaktivitäten im Unternehmensbereich CB&S. Dazu gehört das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohstoffen sowie in entsprechenden Derivaten.
- Das handelsbezogene Ausfallrisiko (Traded Default Risk, „TDR“) resultiert aus Ausfällen sowie Bonitätsveränderungen.
- Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten (Nontrading Market Risk, „NTMR“) resultiert aus Marktbewegungen, in erster Linie außerhalb der Aktivitäten unserer Handelsbereiche, in unserem Anlagebuch und aus außerbilanziellen Positionen. Dieses schließt Zinsrisiken, Credit Spread-Risiken, Investitionsrisiken und Fremdwährungsrisiken ein sowie Marktrisiken, die aus unseren Pensionsverpflichtungen, Garantiefonds und aktienbasierten Vergütungen resultieren. Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten beinhaltet auch Risiken aus der Modellierung von Kundendepots sowie Spar- und Kreditprodukten.

Rahmenwerk für die Steuerung des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten

Die Steuerungsfunktion des Market Risk Management wurde aufgesetzt und definiert, um die Überwachung aller Marktrisiken einschließlich des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten, des handelsbezogenen Ausfallrisikos und des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten sowie ein effizientes Entscheidungsmanagement und eine zeitnahe Eskalation an die Geschäftsleitung zu gewährleisten.

Das Market Risk Management definiert und implementiert ein Rahmenwerk für die systematische Identifizierung, Beurteilung, Überwachung und Meldung unserer Marktrisiken und unterstützt die Steuerung sowie Minimierung von Risiken des Bereichs. Marktrisiko-Manager identifizieren bestehende und potenzielle künftige Marktrisiken mittels aktiver Portfolioanalyse und Kooperation mit den Geschäftsbereichen.

Messung und Beurteilung des Marktrisikos

Das Market Risk Management hat die Aufgabe, alle Arten von Marktrisiken mittels spezifischer Risikomessgrößen, die den jeweiligen ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen, umfassend zu ermitteln.

Nach Maßgabe der ökonomischen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen messen wir Markt- und die damit verbundenen Risiken anhand von 13 Hauptmessgrößen:

- Value-at-Risk und Stress-Value-at-Risk
- Drei Messgrößen für spezifische Risiken: Inkrementeller Risikoaufschlag, Umfassender Risikoansatz und MRSA
- Drei Arten von Stresstests: Portfolioteststressing, Stresstests auf Geschäftsbereichsebene und Eventrisiko-Szenarien
- Ökonomischer Kapitalbedarf für Marktrisiken einschließlich des handelsbezogenen Ausfallrisikos
- Sensitivitäten
- Marktwert/Nominalwert (Konzentrationsrisiken)
- Verlust bei Ausfall (Loss Given Default)

Diese Messgrößen gelten als sich gegenseitig ergänzend und definieren insgesamt das Marktrisikorahmenwerk, auf dessen Grundlage alle Geschäftsbereiche gemessen und überwacht werden können.

Überwachung von Marktrisiken

Unser wichtigstes Instrument zur Steuerung des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten ist die Anwendung unseres Limitsystems. Unterstützt durch das Market Risk Management legt unser Vorstand für die Marktrisiken im Handelsbuch konzernweite Limite für Value-at-Risk, für das Ökonomische Kapital sowie für (extreme) Portfolioteststressing fest. Das Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Geschäftsbereiche und einzelne Geschäftssparten innerhalb von CB&S (zum Beispiel Global Rates and Credit, Equity etc.) auf. Grundlage hierfür sind vorgesehene Geschäftspläne und die Risikoneigung. Innerhalb der einzelnen Geschäftssparten legen die Geschäftsleiter geschäftsspezifische Limite, sogenannte Business Limits, fest und teilen das Limit auf einzelne Portfolios oder geografische Regionen auf.

In der Praxis setzt das Market Risk Management übergeordnete Limite, die im Allgemeinen globaler Natur sind, ein, um die Exponiertheit gegenüber bestimmten Risikofaktoren zu erfassen. Die jeweiligen Business Limite hängen von verschiedenen Faktoren ab, insbesondere der geografischen Region oder einem spezifischen Portfolio.

Value-at-Risk- sowie Stress-Value-at-Risk-Limite und Limite für das Ökonomische Kapital werden für die Steuerung aller Arten von Marktrisiken auf Gesamtportfolioebene verwendet. Als zusätzliches und ergänzendes Instrument führt das Market Risk Management zur Steuerung bestimmter Portfolios und Risikoarten zusätzlich Risikoanalysen und Stresstests durch. Limite werden darüber hinaus für Sensitivitäten und Konzentrations-/ Liquiditätsrisiken, Portfoliotressstests sowie Stresstests auf Geschäftsbereichsebene und für Ereignisrisiko-Szenarien (ERS) festgelegt.

Die Geschäftssparten sind verantwortlich für das Einhalten der Limite, die für die Überwachung von Engagements und die entsprechende Berichterstattung maßgeblich sind. Die vom Market Risk Management festgesetzten Marktrisikolimite werden auf täglicher, wöchentlicher und monatlicher Basis überwacht. Sofern Limite überzogen werden sollten, ist das Market Risk Management verantwortlich für die zeitnahe Identifizierung und Eskalation solcher Überziehungen.

Zur Steuerung ihrer Risikopositionen innerhalb der vorgegebenen Limite wenden die Geschäftsbereiche unterschiedliche Maßnahmen zur Risikominderung an. Dazu zählen insbesondere:

- **Portfoliomangement:** Risikodiversifikation entsteht durch eine Vielfalt von Positionen in Portfolios. Da einige Positionen voraussichtlich an Wert zunehmen, während andere an Wert verlieren, kann Diversifikation dazu beitragen, das Gesamtrisikoprofil für ein bestimmtes Portfolio zu reduzieren.
- **Absicherungsgeschäfte (Hedging):** Absicherungsgeschäfte beinhalten das Eingehen von Positionen in verwandten Finanzinstrumenten, wie Futures und Swaps einschließlich derivativer Produkte, wie Terminkontrakte, Swaps und Optionen. Absicherungsaktivitäten sind nicht immer ein effektiver Schutz vor Verlusten, da es zwischen dem Sicherungsinstrument und der abzusichernden Position Unterschiede bei den Konditionen, spezifischen Merkmalen oder anderen Basisrisiken geben kann.

Berichterstattung über Marktrisiken

Die Market Risk Management-Berichterstattung sorgt für Transparenz der Risikoprofile und unterstützt das Erkennen der wichtigsten Marktrisiko-Einflussfaktoren auf sämtlichen Organisationsebenen. Der Vorstand und die Senior Governance Committees erhalten regelmäßige und, je nach Erfordernis, Ad-hoc-Berichte über Marktrisiken, das aufsichtsrechtliche Kapital und Stresstests. Senior Risk Committees werden in unterschiedlichen Abständen, unter anderem wöchentlich und monatlich, über Risiken informiert.

Darüber hinaus erstellt das Market Risk Management täglich und wöchentlich spezifische Berichte über Marktrisiken und meldet jeden Tag Limitüberschreitungen in den einzelnen Vermögensklassen.

Messung des Marktrisikos

Value-at-Risk innerhalb der Deutschen Bank-Gruppe (ohne Postbank)

Value-at-Risk ist ein Messwert für das Risiko eines (Wert-)Verlusts bei einer Handelsposition aufgrund von Marktschwankungen, der innerhalb eines festgelegten Zeitraums und auf einem bestimmten Konfidenzniveau mit einer definierten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird.

Unser Value-at-Risk für das Handelsgeschäft wird anhand unseres internen Modells ermittelt. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, unser internes Value-at-Risk-Modell zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs für allgemeine und spezifische Marktrisiken genehmigt. Das Modell wurde seitdem regelmäßig weiterentwickelt, und die Genehmigung ist weiterhin gültig.

Wir berechnen den Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99 % und für eine Haltedauer von einem Tag. Damit gehen wir von einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 100 aus, dass ein Marktwertverlust aus unseren Handelspositionen mindestens so hoch sein wird wie der berichtete Value-at-Risk-Wert. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Zur Bestimmung des Value-at-Risk verwenden wir historische Marktdaten eines Jahres, und bei der Berechnung wird ein Monte Carlo-Simulationsverfahren angewandt. Es basiert auf der Annahme, dass Änderungen der Risikofaktoren einer bestimmten Verteilung folgen, zum Beispiel der Normalverteilung, der logarithmischen Normalverteilung oder einer nicht normalen Verteilung (t-Verteilung, asymmetrische t-Verteilung, asymmetrische Normalverteilung). Zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk benutzen wir innerhalb desselben Einjahreszeitraums beobachtete Korrelationen der Risikofaktoren.

Unser Value-at-Risk-Modell ist so konzipiert, dass ein umfassendes Spektrum an Risikofaktoren in allen Vermögensklassen berücksichtigt wird. Die wichtigsten Risikofaktoren sind Swap-/Staatstitel-Kurven, index- und emittentenspezifische Kreditkurven, Finanzierungsmargen, Preise für einzelne Aktienpositionen und Indizes, Devisenkurse, Rohstoffpreise sowie die impliziten Volatilitäten. Eine vollständige Risikoabsicherung erfordert darüber hinaus, dass Risikofaktoren zweiter Ordnung, zum Beispiel der CDS-Index im Vergleich mit einzelnen Basisfaktoren, die Geldmarktbasis, implizite Dividenden, optionsbereinigte Spreads und Leihsätze von Edelmetallen, bei der Ermittlung des Value-at-Risk berücksichtigt werden.

Für jede Geschäftseinheit wird ein spezifischer Value-at-Risk für jede Risikoklasse, zum Beispiel Zinssatz, Aktienkurs, Fremdwährung und Rohstoffe, errechnet. Dafür werden jeder Risikoklasse Sensitivitäten zugeordnet und anschließend die Änderungen der entsprechenden Risiko-Einflussfaktoren simuliert. Der „Diversifikationseffekt“ reflektiert den Umstand, dass der gesamte Value-at-Risk an einem bestimmten Tag geringer sein wird als die Summe des Value-at-Risk der einzelnen Risikoklassen. Eine einfache Addition der Zahlen für die einzelnen Risikoklassen zur Erlangung eines aggregierten Value-at-Risk würde die Annahme unterstellen, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig eintreten.

Das Modell trägt sowohl linearen als auch – insbesondere bei Derivaten – nichtlinearen Effekten durch Kombination eines sensitivitätsbasierten und eines Neubewertungsansatzes mithilfe eines festen preisimpliziten Volatilitätsrasters Rechnung.

Mithilfe des Value-at-Risk-Ansatzes können wir ein konstantes, einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und -produkte anwenden. Der Value-at-Risk ermöglicht einen Vergleich von Risiken in verschiedenen Geschäftsfeldern sowie die Aggregation und Verrechnung von Positionen in einem Portfolio. Damit können Korrelationen und Kompensationen zwischen verschiedenen Vermögensklassen berücksichtigt werden. Darüber hinaus ermöglicht er einen Vergleich unseres Marktrisikos sowohl über bestimmte Zeiträume hinweg als auch mit unseren täglichen Handelsergebnissen.

Bei Value-at-Risk-Schätzungen sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- Historische Marktdaten sind unter Umständen keine guten Indikatoren für potenzielle künftige Ereignisse, insbesondere für solche von extremer Natur. Diese auf die Vergangenheit bezogene Betrachtungsweise kann im Value-at-Risk zu einer Unterbewertung der Risiken führen (wie beispielsweise im Jahr 2008), aber auch zu einer Überbewertung.
- Die angenommene Verteilung von Änderungen der Risikofaktoren und die Korrelation zwischen verschiedenen Risikofaktoren könnten sich insbesondere bei extremen Marktbegebenheiten als falsch erweisen. Eine Haltedauer von einem Tag führt bei Illiquidität zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos, wenn Positionen nicht innerhalb eines Tages geschlossen oder abgesichert werden können.
- Der Value-at-Risk gibt keinen Hinweis auf den potenziellen Verlust jenseits des 99 %-Quantils.
- Das Risiko innerhalb eines Tages (Intra-Day-Risk) wird nicht erfasst.
- Handelsbücher können Risiken enthalten, die das Value-at-Risk-Modell nicht oder nicht vollständig erfasst.

Wir entwickeln unsere eigenen Risikomodelle ständig weiter und stellen umfangreiche Ressourcen zu ihrer Überprüfung und Verbesserung bereit. Weiterhin haben wir den Prozess zur systematischen Erfassung und Evaluierung von Risiken, die derzeit nicht in unserem Value-at-Risk-Modell erfasst werden, fortlaufend weiterentwickelt und verbessert. Eine Analyse der Materialität dieser Risiken wird durchgeführt, um diejenigen Risiken mit der höchsten Materialität für die Berücksichtigung in unseren internen Modellen zu priorisieren. Alle nicht in unserem Value-at-Risk-Modell erfassten Risiken werden regelmäßig überwacht und bewertet.

Im Jahr 2012 wurde die Value-at-Risk-Berechnung weiter verbessert und folgende Risiken in unser internes Modell aufgenommen:

- CDS staatlicher Emittenten auf Quanto-Basis,
- Cash-Derivatebasis für Agency RMBS und
- Leihbasissatz für Edelmetalle.

Weiterhin wurde der Detaillierungsgrad von Marktdaten erhöht durch:

- Anzahl emittentenspezifischer Credit Spread-Kurven sowie Aktienkurse zur Erhöhung der Genauigkeit;
- Angenäherte Refinanzierungskosten pro Region zur Erhöhung der Abdeckung der CDS-Anleihe-Basis;
- Erweiterung der indexbasierten Zeitreihen um eine Indexbasis für aktuelle und liquide sowie schon seit Längerem emittierte Wertpapiere („on/off-the-run“); und
- CDS-basierte Credit Spread-Benchmarks, mithilfe derer die CDS-Anleihebasis besser modelliert werden kann.

Darüber hinaus wurde die Methodik weiter verbessert, um vollständige Korrelationen im Bereich des kredit-spezifischen Risikomodells zu berücksichtigen.

Wir analysieren potenzielle Schwächen unseres Value-at-Risk-Modells fortlaufend mittels statistischer Verfahren wie Backtesting und greifen auf unsere Erfahrungen aus dem Risikomanagement zurück. Nach Maßgabe deraufsichtsrechtlichen Anforderungen vergleichen wir die hypothetischen täglichen Gewinne und Verluste auf Basis der Buy-and-Hold-Annahme mit den durch unser Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten. Neben der standardisierten Backtesting-Analyse auf Basis des Value-at-Risk-Quantils wird die Leistungsfähigkeit des Value-at-Risk-Modells weiter verifiziert. Dazu wird die verteilungsspezifische Eignung im gesamten Verteilungsbereich (vollständiges Verteilungs-Backtesting) geprüft.

Das Global Backtesting Committee, unter Beteiligung von Market Risk Management, Market Risk Operations, Risk Analytics and Instruments und Finance, trifft sich regelmäßig, um unsere konzernweiten Backtestingergebnisse und die Backtestingergebnisse der verschiedenen Geschäftsbereiche zu überprüfen. Das Komitee analysiert Ertragsschwankungen und ermittelt die Prognosequalität unseres Value-at-Risk-Modells. Dies ermöglicht uns, den Prozess der Risikoeinschätzung zu verbessern und anzupassen.

Ein unabhängiges Modellvalidierungsteam überprüft regelmäßig alle Aspekte unseres Value-at-Risk-Modells. Diese Überprüfung umfasst unter anderem die Angemessenheit der Verteilungsannahme der Risikofaktoren, die Rekalibrierungsverfahren für die Risikoparameter sowie die Modellannahmen. Die Ergebnisse der Validierung und die Korrekturmaßnahmen werden der Geschäftsleitung vorgestellt und auf Einhaltung der zeitlichen Umsetzung überwacht.

Umfassender Value-at-Risk-Validierungsprozess

Der umfassende Value-at-Risk-Validierungsprozess (Holistic Value-at-Risk Validation (HVV) Process) sorgt für fortlaufende Value-at-Risk-relevante Kontrollen, die eine vollumfängliche deduktive Bewertung des Value-at-Risk-Modells und -Rahmenwerks in den fünf Kontrollbereichen Limite, Backtesting, Prozess, Modellvalidierung sowie nicht mit dem Value-at-Risk abgedeckte Risiken beinhalten. Der HVV-Prozess wird vierteljährlich durchgeführt, und die Prozessabschlussberichte enthalten detaillierte Angaben zur Lage der einzelnen Kontrollbereiche (HVV Control Packs) sowie eine HVV-Übersicht mit Angaben zu deren aktuellen Situation. Darüber

hinaus enthält die vierteljährliche Nachprüfung der Geschäftsfelder (Quarterly Business Line Review, „QBLR“) einen Überblick über die Handelsstrategie der Geschäftslinie und die entsprechende Risikosteuerungsstrategie. Das HVV-Rahmenwerk ist mit einer Governance-Struktur mit den nachstehenden drei Ebenen versehen:

- Level 1: auf Vermögensklassen ausgerichtete HVV-Control-Pack-Überprüfungssitzungen (unter Vorsitz des entsprechenden Leiters des Marktrisikomanagements der Anlageklassen), in denen der HVV Control Pack geprüft und der Status der HVV-Übersicht vereinbart wird.
- Level 2: das HVV Governance Committee (unter Vorsitz des Global Head of Market Risk Management), welches die vierteljährige Nachprüfung der Geschäftsfelder erhält und die übergreifende HVV-Übersicht vereinbart.
- Level 3: die HVV-Steuerung auf höchster Ebene durch entsprechende Information des Senior Managements einschließlich des CB&S Executive Committee, des Capital and Risk Committee, des Vorstands und des Aufsichtsrats. Die Informationen enthalten eine bereichsübergreifende Kurzdarstellung der Value-at-Risk-Qualität und -Kontrolle, einen Überblick über die Handelsstrategie von CB&S und die entsprechende Risikosteuerungsstrategie.

Am 20. Dezember 2012 hat die BaFin den Value-at-Risk-Multiplikator und den Stress-Value-at-Risk-Multiplier der Deutschen Bank von 5,5 auf 4,0 gesenkt. Der Hauptfaktor bei der Herabsetzung des Multiplikators war die Implementierung des neuen HVV-Prozesses.

Marktrisiko-Stresstesting

Stresstesting ist ein wichtiges Verfahren in der Risikosteuerung, mittels derer die potenziellen Auswirkungen extremer Marktereignisse und extremer Veränderungen auf einzelne Risikofaktoren beurteilt werden. Stress-testing gehört zu den wichtigsten Messinstrumenten zur Einschätzung des Marktrisikos von Positionen der Deutschen Bank und wird in erster Linie innerhalb unseres Rahmenwerks zum Ökonomischen Kapital eingesetzt. Der Szenarioansatz beim Stresstesting ergänzt die auf statistischen Modellen basierenden Methoden, wie Value-at-Risk. Um die unterschiedlichen Risiken zu erfassen, führt das Market Risk Management unterschiedliche Arten von Stresstests durch: Portfolioteststests, individuelle Stresstests auf Geschäftsbereichsebene, Event Risk-Szenarien und konzernweite Stresstests.

Mit Portfolioteststests werden die erfolgswirksamen Auswirkungen potenzieller Marktereignisse auf der Grundlage vorab definierter Szenarien gemessen, die auf historischen oder hypothetischen Daten basieren und auf Makroebene definiert werden. Allgemeine Schock- und geschäftsspezifische Stresstests unterschiedlicher Schweregrade werden auf alle Handelsbücher angewandt. Mithilfe von Portfolioteststests ergänzt das Market Risk Management seine Risikobeurteilung durch weitere Messgrößen, da das breite Spektrum an Portfolioteststests die Lücke zwischen besonders extremen Szenarien (Ökonomisches Kapital) und potenziellen täglichen Verlusten (Value-at-Risk) schließt. Neben verschiedenen dynamischen gibt es drei statische Szenarien, die von uns wöchentlich berechnet und überwacht werden.

Bei individuellen Stresstests auf Geschäftsbereichsebene identifizieren Market Risk Manager relevante Risikofaktoren und entwickeln realistische sowie glaubwürdige Stressszenarien in Bezug auf makroökonomische oder geschäftsspezifische Entwicklungen. Geschäftsspezifische Stresstests erfassen idiosynkratische und Basisrisiken.

Bei einem Event Risk-Szenario werden die ergebniswirksamen Effekte früherer beobachtbarer Ereignisse in hypothetischen Situationen auf Handelspositionen in spezifischen Schwellenmarktländern und Regionen gemessen. Das Gesamtrisiko der Bank in Bezug auf ein Land wird einem Stresstest mit Einzelszenario unterzogen. Dabei werden die Marktbewegungen bei signifikanten Marktkrisen und verminderter Liquidität landesweit repliziert.

Das Market Risk Management beteiligt sich neben diesen marktrisikospezifischen auch an konzernweiten Stresstests, bei denen makroökonomische Szenarien definiert und in simultane Stressbedingungen mit den zugrunde liegenden Risikotreibern übertragen werden. Dazu gehören Kredit-, Markt- und operationelle Risiken. Die Ergebnisse werden von dem Stress Testing Oversight Committee geprüft.

Langfristrisiken oder potenzielle nicht im Value-at-Risk berücksichtigte extreme Verlustereignisse werden im Stress-Value-at-Risk, dem Ökonomischen Kapital, dem inkrementellen Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge) und im umfassenden Risikoansatz berücksichtigt. Darüber hinaus werden sie auch über Stresstests erfasst.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen zum handelsbezogenen Marktrisiko gemäß „Basel 2.5“

Im Dezember 2011 haben wir von der BaFin die Genehmigung für unsere Modelle zum Stress-Value-at-Risk-, den inkrementellen Risikoaufschlag und den umfassenden Risikoansatz erhalten. Diese sind zusätzliche Methoden, die wir zur Messung des Marktrisikos einsetzen.

- **Stress-Value-at-Risk:** Berechnung des Stress-Value-at-Risk auf Basis eines einjährigen Zeitraums ununterbrochenen signifikanten Marktstresses.
- **Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Capital Charge, „IRC“):** Erfassung von Ausfall- und Migrationsrisiken zusätzlich zu den bereits im Value-at-Risk erfassten Risiken für kreditrisikosensitive Positionen im Handelsbuch.
- **Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“):** Erfasst zusätzliches Risiko für das Kreditkorrelationshandelsportfolio durch die Anwendung eines internen Bewertungsmodells, das qualitativen Mindestanforderungen und Stresstests unterliegt.
- **Marktrisikostandardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA“):** Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals für Verbriefungen und nth-to-default Kreditderivate.

Der Stress-Value-at-Risk, der inkrementelle Risikoaufschlag und der umfassende Risikoansatz werden für alle relevanten Portfolios ermittelt. Das Ergebnis aus diesen Modellen verwenden wir sowohl für das tägliche Risikomanagement der Bank als auch für die Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kapitals.

Stress-Value-at-Risk

Wir berechnen eine Stress-Value-at-Risk-Kennzahl mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Unsere Berechnung des Stress-Value-at-Risk und des Value-at-Risk erfolgt anhand der gleichen Systeme, Handelsinformationen und Prozesse. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die in einer Periode mit signifikantem Stress ermittelten historischen Daten (welche sich durch hohe Volatilitäten auszeichnen) als Vorgaben für das Monte-Carlo-Simulationsverfahren genutzt werden. Der Auswahlprozess zur Selektion für das Zeitfenster der Stress-Value-at-Risk-Berechnung basiert auf der Identifizierung eines Zeitfensters, das durch hohe Volatilität und extreme Schwankungen der wichtigsten Value-at-Risk-Treiber charakterisiert ist. Die Ergebnisse dieser zwei Indikatoren (Volatilität und Anzahl der Ausreißer) werden unter Nutzung ausgesuchter Gewichtungen kombiniert, um sicherzustellen, dass qualitative Aspekte ebenfalls berücksichtigt werden (zum Beispiel Phasen gravierender Krisen).

Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“)

Der inkrementelle Risikoaufschlag basiert auf unserem internen Bewertungsmodell und soll den Modellierungsrahmen für den Value-at-Risk ergänzen. Er ist ein Schätzwert für die Ausfall- und Migrationsrisiken unbesicherter Kreditprodukte über einen einjährigen Anlagehorizont bei einem Konfidenzniveau von 99,9 % und berücksichtigt die Liquiditätshorizonte von Einzelpositionen oder Positionsgruppen. Für die Berechnung des inkrementellen Risikoaufschlags als dem 99,9 %-Quantil der Portfolioverlustverteilung und für die Zuordnung des anteiligen inkrementellen Risikoaufschlags zu Einzelpositionen verwenden wir ein Monte Carlo-Simulationsverfahren. Es berücksichtigt die Ausfall- und Migrationsrisiken aller Portfolios mithilfe einer präzisen und konsistenten quantitativen Methode.

Wir kalkulieren den inkrementellen Risikoaufschlag wöchentlich. Der Risikoaufschlag wird bestimmt als der jeweils höhere Wert des durchschnittlichen inkrementellen Risikoaufschlags der letzten zwölf Wochen und des jüngsten inkrementellen Risikoaufschlags. Die auf den Front Office-Systemen basierenden Markt- und Positionsdaten werden strengen Qualitätskontrollen unterzogen. Die Kennzahlen des inkrementellen Risikoauflags werden genau beobachtet und spielen bei der Steuerung der Portfolios, die durch die Berechnung des inkrementellen Risikoauflags abgedeckt werden, eine wesentliche Rolle. Weiterhin dient der inkrementelle Risikoauflag als Information über die Wirksamkeit von Absicherungspositionen, die von Risikomanagern überwacht wird.

Der anteilige inkrementelle Risikoauflag von Einzelpositionen, der nach Allokationen des erwarteten Ausfallrisikos errechnet wird, bildet die Grundlage für die Feststellung von Risikokonzentrationen im Portfolio und die Entwicklung von Strategien zur Reduzierung des Portfoliorisikos insgesamt.

Wir berechnen den inkrementellen Risikoauflag anhand unseres Kreditportfoliomodells, das für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals wesentlich ist. Wichtige Parameter für die Berechnung des inkrementellen Risikoauflags sind Kreditengagements, Rückflussquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten, Bonitätsveränderungen, Laufzeiten und Liquiditätshorizonte von Einzelpositionen.

Die Liquiditätshorizonte werden konservativ nach Maßgabe des Zeitraums festgelegt, der unter schwierigen Marktbedingungen für den Verkauf einer Position oder die Absicherung aller wesentlichen Preis-/Kursrisiken erforderlich ist. Liquiditätshorizonte werden auf Produktebene spezifiziert und reflektieren unsere Gewohnheiten und Erfahrungen in systemischen und spezifischen Stresssituationen. Wir haben die Positionen für die Anwendung der Liquiditätshorizonte unter angemessener Berücksichtigung ihrer jeweiligen Liquiditätsunterschiede gruppiert. Auf die einzelnen Produktarten spezialisierte Market Risk Manager legen die Liquiditätshorizonte von mindestens drei Monaten fest. Liquiditätshorizonte werden regelmäßig auf den Umfang der Positionen, die Marktaktivität und -struktur, deren Bonität, den Standort des Emittenten und die Fälligkeit ausgerichtet. Daher dürfte ein Verkauf oder eine Absicherung als solche den Preis nicht wesentlich beeinflussen. Darüber hinaus wird die Positionsgröße auf Emittentenebene regelmäßig dahingehend überprüft, ob Liquiditätshorizonte aufgrund von Konzentrationsrisiken angepasst werden müssen. Bei der Festlegung des Liquiditätshorizonts für ähnliche Produkte werden die Ergebnisse aus dem Verkauf einer Position berücksichtigt, welche auf einen nicht hinreichend konservativen Liquiditätshorizont verweisen. Ausfall- und Bonitätsveränderungswahrscheinlichkeiten werden mittels Bonitätsveränderungsmustern festgelegt, die anhand historischer externer Bewertungsdaten kalibriert werden. Unter Berücksichtigung eines Kompromisses zwischen dem Detallierungsgrad von Strukturmustern und ihrer Stabilität wenden wir eine aus sieben Hauptratingbändern bestehende globale Unternehmensmatrix sowie eine Staatenmatrix an. Entsprechend werden den einzelnen Positionen Emittenten- oder Emissionsratings der Ratingagenturen Moody's, S&P und Fitch zugewiesen.

Die Quantifizierung von Verlusten aufgrund von Veränderungen der Bonitätseinstufung basiert auf der Neubewertung einer Position gemäß der neuen Bonitätseinstufung. Die Wahrscheinlichkeit, dass für mehrere Emittenten Bonitätsherabstufungen und Ausfälle gleichzeitig erfolgen, wird anhand der Veränderungs- und Beurteilungskorrelationen des inkrementellen Risikoaufschlag-Modells ermittelt. Diese Korrelationen werden durch systematische Faktoren angegeben, die für geografische Regionen sowie Branchen stehen und anhand historischer Bonitätsveränderungen sowie Aktienkurs-Zeitreihen kalibriert werden. Der Simulationsprozess beinhaltet eine Prolongationsstrategie, die auf einem angenommenen konstanten Risikoniveau basiert. Diese Annahme impliziert, dass Positionen, bei denen es innerhalb ihres Liquiditätshorizonts einen Adressenausfall oder eine Bonitätsveränderung gegeben hat, am Ende dieses Zeitraums wieder ausgeglichen werden und sie ihr ursprüngliches Risikoniveau zurückverlangen. Korrelationen zwischen Positionen mit unterschiedlichen Liquiditätshorizonten werden durch die Abhängigkeitsstruktur der zugrunde liegenden systematischen und spezifischen Risikofaktoren implizit festgelegt. Dadurch wird sichergestellt, dass Portfoliokonzentrationen über alle Liquiditätshorizonte hinweg identifiziert werden. Insbesondere werden Unterschiede zwischen Liquiditätshorizonten und Laufzeiten von Absicherungen und abgesicherten Positionen berücksichtigt.

Alle Parameter werden einmal im Jahr oder ad hoc rekalibriert. Von den regelmäßigen Rekalibrierungen abgesehen, sind 2012 keine signifikanten Modelländerungen vorgenommen worden.

Die unmittelbare Validierung des inkrementellen Risikoaufschlags mithilfe von Backtesting-Methoden ist nicht möglich. Die für den inkrementellen Risikoaufschlag angewandten Validierungsgrundsätze umfassen die Bewertung der konzeptionellen Zuverlässigkeit, die laufende Überwachung, die Validierung und den Maßstabsvergleich von Prozessen sowie die Ergebnisanalyse. Die Prüfung der inkrementellen Risikoaufschlags-Methode ist in den Validierungsprozess für unser Kreditportfoliomodell integriert. Besondere Berücksichtigung finden darin spezifische Aspekte des inkrementellen Risikoaufschlags. Die Validierung des inkrementellen Risikoaufschlags-Modells basiert stärker auf indirekten Verfahren wie Stresstests und Sensitivitätsanalysen. Die relevanten Parameter werden im Rahmen der aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen jährlichen Überprüfung validiert. Mithilfe der Stresstestfunktionalität unseres Kreditrisikorechners ist der inkrementelle Risikoaufschlag in den vierteljährlichen konzernweiten Stresstest integriert. Gestresste Ergebnisse des inkrementellen Risikoaufschlags werden auf Konzernebene an das Stress Testing Oversight Committee und das Cross Risk Review Committee berichtet.

Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“)

Der umfassende Risikoansatz für das Korrelationshandelsportfolio basiert auf einem internen Bewertungsmodell. Wir ermitteln den umfassenden Risikoansatz auf Basis eines Monte Carlo-Simulationsverfahrens mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr. Unser Modell wird auf berücksichtigungsfähige Positionen im Korrelationshandel angewandt, die in der Regel aus besicherten Schuldverschreibungen, nth-to-default CDS und Index- sowie Einzelnamen-CDS bestehen. Wiederverbriefungen oder Produkte, die sich auf Forderungen im Mengengeschäft oder Immobilienfinanzierungen beziehen, gehören nicht dazu. Darüber hinaus müssen Handelsgeschäfte, auf die der umfassende Risikoansatz angewandt wird, bestimmte Mindeststandards für Liquidität erfüllen. Das Modell berücksichtigt Portfoliokonzentrationen und nichtlineare Effekte mittels eines vollständigen Neubewertungsansatzes.

Der umfassende Risikoansatz dient der Erfassung von Ausfällen sowie der daraus resultierenden Risikotreiber: Zinssätze, Bonitätsaufschlägen, Rückflussquoten, Wechselkurse und Basiskorrelationen sowie Basisrisiken hinsichtlich Index- und Basiskorrelationen.

Der umfassende Risikoansatz wird wöchentlich berechnet. Als Erstes werden die zugehörigen Transaktionen im Korrelationshandelsportfolio ermittelt. Zweitens werden die Risikotreiber der Gewinn- und Verlustrechnung über einen Zeithorizont von einem Jahr simuliert. Die Handelstransaktionen werden dann in den verschiedenen Monte Carlo-Szenarien neu bewertet und das 99,9 %-Quantil der Verlustverteilung wird extrahiert.

Die auf den Front Office-Systemen basierenden Markt- und Positionsdaten werden strengen Qualitätskontrollen unterzogen. Die Ergebnisse des umfassenden Risikoansatzes werden zeitnah überwacht und spielen bei der Steuerung der Korrelationshandelsportfolios eine wichtige Rolle. Zur Bestimmung der Risikotreiber des umfassenden Risikoansatzes verwenden wir historische Marktdaten. Als Basis dienen über einen historischen Beobachtungszeitraum gleichgewichtete Handelstage von bis zu drei Jahren.

Nach Maßgabe unseres Modells für einen umfassenden Risikoansatz liegt der Liquiditätshorizont bei 12 Monaten und entspricht damit dem Kapitalhorizont.

Um die hohe Qualität unseres umfassenden Risikoansatzes zu wahren, sorgen wir für eine fortlaufende Überwachung der potenziellen Schwächen dieses Modells. Das Backtesting der Transaktionsbewertungen und die Übertragung von Einzelrisikofaktoren werden einmal im Monat durchgeführt. Die Rekalibrierung von Parametern erfolgt auf Quartalsbasis. Darüber hinaus wurden Stresstests für das Korrelationshandelsportfolio definiert, bei denen die Intensität eines Schocks auf schwierige Marktbedingungen in der Vergangenheit zurückzuführen ist.

Die Modellvalidierung wird von einem unabhängigen Team vorgenommen, das unter anderem auch das oben genannte Backtesting, die Modelle zur Generierung, Angemessenheit und Vollständigkeit von Risikofaktoren sowie die Monte Carlo-Stabilität überprüft sowie Sensitivitätsanalysen durchführt.

In 2012 haben wir unseren umfassenden Risikoansatz wie folgt verbessert:

- Erweiterung des Liquiditätshorizonts von 6 auf 12 Monate zur Erhöhung der Aussagekraft des Quantils des umfassenden Risikoansatzes;
- Wegfall einer konservativen Anpassung der Definition des umfassenden Risikoansatzes, damit dieser den Regulierungsvorschriften vollständig entspricht; und
- Erweiterung der Methodik zur Simulierung von Rückflussquoten, unter anderem zur Verbesserung des Backtesting.

Marktrisikostandardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA“)

Der spezifische Marktrisikostandardansatz wird zur Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals für die nicht im Korrelationshandelsportfolio geführten Verbriefungsprodukte und Kreditderivate mit n-tem Ausfallrisiko genutzt. Das Market Risk Management überwacht Engagements und adressiert Risikothemen sowie -konzentrationen.

Das Langlebigkeitsrisiko entsteht aus einer gegenläufigen Veränderung der Lebenserwartung, die zu einem Wertverlust von auf Langlebigkeit basierenden Verträgen und Transaktionen führen. Die Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals für das Langlebigkeitsrisiko erfolgt entsprechend den Regularien der Solvabilitätsverordnung (SolvV) nach dem Marktrisikostandardansatz. Für Zwecke des Risikomanagements werden bei der Überwachung und Steuerung des Langlebigkeitsrisikos auch Stresstests sowie eine Zuweisung des Ökonomischen Kapitals eingesetzt.

Validierung von Front Office-Modellen

Das Market Risk Management validiert Front Office-Modelle, die bei der amtlichen Kursfeststellung und Steuerung der Risiken von Handelspositionen eingesetzt werden. Zu den wichtigsten Aufgaben des Teams gehören unter anderem die nachstehenden Maßnahmen im Rahmen der Genehmigung neuer Modelle, der Genehmigungsverlängerung vorhandener Modelle und der Beurteilung von Modellrisiken:

- Überprüfung der mathematischen Integrität der Modelle und deren Umsetzung;
- regelmäßige Prüfung der Modelle auf ihre Validität unter verschiedenen Marktbedingungen;
- Beurteilung der Eignung von Modellen für die spezifischen Geschäftszwecke; und
- Einführung von Kontrollen, die den angemessenen bereichsübergreifenden Einsatz von Modellen sicherstellen.

Rahmenwerk für die Steuerung des handelsbezogenen Marktrisikos bei der Postbank

Das Marktrisiko der Postbank ist seit 2010 in unserer Berichterstattung berücksichtigt. Seit Inkraftsetzung des Beherrschungsvertrags zwischen der Deutschen Bank und der Postbank im September 2012 werden die Gesamtlimite der Marktrisiken für die Postbank von der Deutschen Bank nach Maßgabe unseres Rahmenwerks für Marktrisikolimite festgesetzt. Der Leiter des Market Risk Management der Postbank berichtet auf funktionaler Ebene an unser Market Risk Management und handelt kraft der ihm erteilten Vollmacht in Bezug auf die Kontrolle, Berichterstattung und Steuerung der Marktrisiken auf Basis der der Postbank zugeordneten Marktrisikolimite.

Unterlimite werden vom Market Risk Committee der Postbank für die einzelnen operativen Geschäftseinheiten bestimmt. Der Leiter des Market Risk Management der Deutschen Bank in Deutschland ist Mitglied des Market Risk Committee der Postbank. Die den spezifischen Geschäftsaktivitäten zugewiesenen Limite des Ökonomischen Kapitals stellen den Umfang der Marktrisiken dar, der für die Postbank hinreichend und unter Ertragsgesichtspunkten gewünscht ist.

Das Marktrisiko der Postbank wird täglich mithilfe eines Limitsystems überwacht, welches auf der Value-at-Risk-Methode beruht. Zusätzlich hat das Market Risk Committee der Postbank Sensitivitätslimite für das Handels- und Bankbuch sowie für spezifische Unterportfolios definiert. Die Postbank führt ebenso Szenarioanalysen und Stresstests zusätzlich zu ihren Value-at-Risk-Berechnungen durch. Die Annahmen, die diesen Stresstests unterliegen, werden auf fortlaufender Basis validiert.

Value-at-Risk bei der Postbank

Die Postbank verwendet ebenfalls ein Value-at-Risk-Konzept, um die eingegangenen Marktrisiken zu quantifizieren und zu überwachen. Der Value-at-Risk wird anhand eines Monte Carlo-Simulationsverfahrens ermittelt. Die im Value-at-Risk berücksichtigten Risikofaktoren umfassen Zinskurven, Aktienkurse, Wechselkurse und Volatilitäten zusammen mit Risiken, die sich aus Veränderungen von Bonitätsaufschlägen ergeben. Korrelationseffekte zwischen diesen Risikofaktoren werden aus gleichgewichteten historischen Daten abgeleitet.

Der Value-at-Risk im Handelsbuch der Postbank wird derzeit noch nicht im Value-at-Risk des übrigen Konzerns konsolidiert. Wir weisen diesen Wert in unserem internen Value-at-Risk-Bericht für den Konzern jedoch getrennt aus.

Ökonomisches Kapital für das Marktrisiko

Das Ökonomische Kapital für das Marktrisiko misst die Höhe des benötigten Kapitals, um extreme unerwartete Verluste aus unseren Risikopositionen über einen Zeithorizont von einem Jahr aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Zeithorizonts von einem Jahr aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt.

Unser Modell für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals besteht aus zwei Kernkomponenten: der Komponente allgemeine Risiken (Common Risk), die alle Risikotreiber bereichsübergreifend abdeckt, und der Abfolge von geschäftsspezifischen Stresstests (Business Specific Stress Tests, „BSSTs), die diese Komponente ergänzt. Beide Komponenten werden anhand schwerer, in der Vergangenheit beobachteter Markschocks kalibriert.

Zu den wichtigsten Komponenten unserer umfassenden „Market Risk Framework“-Initiative gehört die Integration der Komponente allgemeine Risiken in eine modifizierte Version unseres aufsichtsrechtlichen Stress-Value-at-Risk-Ansatzes. Diese Integration wurde im November 2012 abgeschlossen. Das neue Stress-Value-at-Risk-basierte Ökonomische Kapital enthält die nachstehenden Modifizierungen:

- Erhöhung der Volatilitäten von Risikofaktoren zwecks Erfassung der Risiken aus Liquiditätshorizonten, die länger als Value-at-Risk-Horizonte sind, und
- die Erhöhung des Konfidenzniveaus auf 99,98 % nach Maßgabe unserer standardisierten Definition für das Ökonomische Kapital gegenüber unserem 99 %-Quantil für Value-at-Risk.

Diese Modellmodifizierung hat uns eine Reihe von Vorteilen gebracht:

- Höhere Zuverlässigkeit der Risikodaten: da unser Stress-Value-at-Risk-Ansatz in hohem Maße Basisrisiken berücksichtigt, sind viele geschäftsspezifische Stresstests nicht mehr erforderlich. Stattdessen werden die jeweiligen Risiken im Rahmen des umfassenden Korrelationsrahmenwerks für den Stress-Value-at-Risk zuverlässiger modelliert.
- Verringerung der operativen Komplexität: mit der neuen Komponente allgemeine Risiken werden Methodik, Marktdaten, Risikofaktoren und Sensitivitäten innerhalb des Value-at-Risk-Regelwerks angeglichen. Auf diese Weise können Änderungen des Value-at-Risk sowie des Stress-Value-at-Risk vollständig im Ökonomischen Kapital abgebildet werden.

Eine zweite wichtige Änderung bei der Kalkulation des Ökonomischen Kapitals betraf den Liquiditätshorizont. Dieser basiert auf der angenommenen Schnelligkeit, mit der das Management intervenieren würde, um bei extrem ungünstiger Marktlage unsere Risikopositionen aufzulösen oder erheblich abzusichern. Die Liquiditätshorizonte wurden bisher anhand von Erfahrungswerten beim Abbau von Portfoliorisiken in einer bestimmten Stressperiode festgelegt. Nach aktueller aufsichtsrechtlicher Ansicht und der jüngsten Marktkonvention zufolge wird jetzt Ökonomisches Kapital benötigt, um den Effekt mehrerer Stressperioden innerhalb eines Zeitfensters von einem Jahr zu erfassen. Wir haben uns dazu entschlossen, dies durch eine Ausweitung des Liquiditätshorizonts darzustellen. Aufgrund von Absicherungsaktivitäten braucht dieser sich jedoch nicht zwangsläufig auf ein ganzes Jahr zu erstrecken. Daher haben wir für alle Vermögensklassen einen Liquiditätshorizont von mindestens drei Monaten festgesetzt.

Die Berechnung des Ökonomischen Kapitals für Marktrisiken aus den Handelsbereichen erfolgt wöchentlich. Das Modell berücksichtigt die folgenden Risikofaktoren: Zinssätze, Bonitätsaufschläge, Aktienkurse, Fremdwährungskurse, Rohstoffpreise und Korrelationen.

Wir arbeiten fortlaufend an der Überprüfung und Verfeinerung unserer geschäftsspezifischen Stresstests, um sicherzustellen, dass wesentliche Risiken erfasst und eventuelle extreme Marktveränderungen abgebildet werden. Obwohl Worst-Case-Szenarien von unseren Risikomanagern nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbewegungen definiert werden, kann der Wertverlust aus den Markt-risikopositionen selbst die Schätzungen für unser Ökonomisches Kapital übersteigen, da nicht sämtliche Abwärtsszenarien gleichzeitig vorhergesagt und simuliert werden können.

Das Ökonomische Kapital für handelsbezogene Ausfallrisiken repräsentiert eine Schätzung des Ausfall- und Migrationsrisikos der Kreditprodukte bei einem 99,98 %-Konfidenzniveau unter Berücksichtigung des Liquiditätshorizonts der betreffenden Unterportfolien. Es deckt die nachstehenden Positionen:

- Aktiva im Anlagebuch, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden;
- nicht verbrieft Kreditprodukte im Handelsbuch ohne das Korrelationshandelsportfolio;
- verbrieft Produkte im Handelsbuch ohne das Korrelationshandelsportfolio und
- das Korrelationshandelsportfolio.

Das Ökonomische Kapital für das handelsbezogene Ausfallrisiko des Korrelationshandelsportfolios wird unter Nutzung des umfassenden Risikoansatzes (Comprehensive Risk Measure) berechnet. Für alle anderen Positionen basiert die Berechnung des Ökonomischen Kapitals für das handelsbezogene Ausfallrisiko auf unserem Kreditportfoliomodell. Die vom Ausfallrisiko betroffenen Positionen unseres Handelsbuchs werden durch Limite für Einzelnamen und Portfolios auf Basis von Bonitätseinstufungen, Volumen und Liquidität überwacht. Darüber hinaus gibt es ein Limit für das Ökonomische Kapital für handelsbezogene Ausfallrisiken in unserem Rahmenwerk für Ökonomisches Kapital für Markttrisiken, während der inkrementelle Risikoaufschlag zum Zwecke der Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals für diese Risiken eingesetzt wird. Um die Effekte aus Diversifikation und Konzentration zu erfassen, führen wir eine übergreifende Berechnung für das Ökonomische Kapital für handelsbezogene Ausfallrisiken und Kreditrisiken durch. Wichtige Parameter zur Berechnung des handelsbezogenen Ausfallrisikos sind Engagementshöhe, Rückflüsse und Ausfallwahrscheinlichkeiten. Diese Parameter werden aus Marktinformationen und externen Bonitätseinstufungen für Handelsbuchpositionen und internen Einschätzungen für das Anlagebuch wie auch für das Ökonomische Kapital für Kreditrisiken abgeleitet. Veränderungen der Bonitätseinschätzungen werden durch Veränderungsmatrizen bestimmt, die aus historischen Zeitreihen von Ratingagenturen sowie aus internen Einschätzungen gewonnen werden. Die Wahrscheinlichkeit von gleichzeitigen Bonitätsverschlechterungen und Ausfällen wird durch die Korrelation von Ausfällen und Bonitäten im Portfoliomodell bestimmt. Diese Korrelationen werden durch systematische Faktoren bestimmt, die Länder, geografische Regionen und Branchen repräsentieren.

Die Validierung des Modells zur Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Markttrisiko wird von einem unabhängigen Team durchgeführt. Die regelmäßige Prüfung erstreckt sich unter anderem auf die Angemessenheit von Risikofaktoren, die Kalibrierungstechniken, die Parameterausprägungen und Modellannahmen.

Bilanz und Vermögenswerte des Handelsbuchs

Die nachfolgende Tabelle zeigt diejenigen Teile unserer Bilanz, die Aktiva des Handelsbuchs beziehungsweise des Anlagebuchs nach aufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten darstellen.

Aufsichtsrechtliches Handelsbuch als Teil der Bilanz

in Mio €			31.12.2012
	Bilanz	Handelsbuch	Bankbuch ¹
Aktiva	–	–	–
Barreserve	27.885	163	27.722
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	119.548	2.905	116.643
Forderungen aus übertragenen Zentralbankleinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) ²	36.570	18.872	17.698
Forderungen aus Wertpapierleihen	23.947	23.845	102
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.200.881	1.152.793	48.088
Handelsaktiva ³	245.538	229.070	16.468
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	768.316	754.792	13.524
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	187.027	168.931	18.096
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	49.379	–	49.379
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	3.577	–	3.577
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	397.279	2.175	395.104
Sachanlagen	4.963	–	4.963
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	14.219	–	14.219
Sonstige Aktiva ⁴	123.973	47.708	76.265
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	2.390	–	2.390
Steuerforderungen aus latenten Steuern	7.718	–	7.718
Summe der Aktiva	2.012.329	1.248.461	763.868

¹ Enthält Engagements in Bezug auf aufsichtsrechtlich nicht konsolidierte Gesellschaften.

² Enthält ausschließlich Wertpapiere, die zum 31. Dezember 2012 in Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) gekauft wurden.

³ Enthält im aufsichtsrechtlichen Anlagebuch vorwiegend Schuldverschreibungen als Teil unserer Liquiditätsreserve sowie gehandelte Kredite, die nicht die Kriterien zur Zuordnung zum aufsichtsrechtlichen Handelsbuch erfüllen.

⁴ Die Positionen des aufsichtsrechtlichen Handelsbuchs enthalten überwiegend Forderungen aus Wertpapierabwicklung und Derivate, die die Anforderung für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung erfüllen.

Value-at-Risk der Handelsbereiche des Deutsche Bank-Konzerns (ohne Postbank)

Wir zeigen den Value-at-Risk unserer Handelsbereiche mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Halte-dauer von einem Tag.

Value-at-Risk der Handelsbereiche des Deutsche Bank-Konzerns nach Risikoarten

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Zinsrisiko	53,9	53,8
Aktienkursrisiko	11,6	13,6
Währungsrisiko	15,3	25,6
Rohwarenpreisrisiko ¹	21,7	21,0
Diversifikationseffekt	– 44,4	– 63,7
Value-at-Risk insgesamt	58,1	50,4

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Goldpositionen.

Die folgende Tabelle zeigt den durchschnittlichen, maximalen und minimalen Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) der Handelsbereiche für die angegebenen Zeiträume.

Value-at-Risk der Handelsbereiche des Deutsche Bank-Konzerns (ohne Postbank) im Berichtszeitraum

in Mio €	Insgesamt		Diversifikationseffekt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwarenpreisrisiko ¹	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Durchschnitt	57,1	72,7	-61,1	-65,4	58,4	70,8	14,6	20,5	24,5	32,6	20,7	14,2
Maximum	80,1	94,8	-85,1	-88,1	75,8	109,1	27,4	37,6	43,4	64,9	31,8	24,3
Minimum	43,3	45,4	-35,3	-41,1	44,3	45,6	7,5	12,7	9,4	14,3	9,1	7,0

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Goldpositionen.

Der in 2012 beobachtete Rückgang des durchschnittlichen Value-at-Risk um 15,6 Mio € (21 %) gegenüber dem Vorjahr war in erster Linie auf eine umfassende Risikosenkung in den meisten Vermögensklassen, teilweise aber auch auf Vorteile aus einer niedrigeren Marktdatenvolatilität der in den Berechnungen verwendeten einjährigen historischen Marktdaten zurückzuführen.

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen zum handelsbezogenen Marktrisiko gemäß „Basel 2.5“

Wie unter „Aufsichtsrechtliche Anforderungen zum Marktrisiko aus Handelsaktivitäten gemäß „Basel 2.5““ dargelegt, zeigt die folgende Tabelle den Stress-Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) der Konzernhandelsabteilungen.

Stress Value-at-Risk der Handelsbereiche nach Risikoarten

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Zinsrisiko	157,7	117,3
Aktienkursrisiko	16,0	23,0
Währungsrisiko	27,5	51,8
Rohwarenpreisrisiko	43,8	34,2
Diversifikationseffekt	-98,7	-113,7
Stress Value-at-Risk der Handelsbereiche insgesamt	146,3	112,6

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Stress Value-at-Risk nach Risikoarten

in Mio €	2012			2011		
	Durchschnitt	Maximum	Minimum	Durchschnitt ¹	Maximum ¹	Minimum ¹
Zinsrisiko	142,0	178,9	110,2	131,6	163,5	106,2
Aktienkursrisiko	19,8	47,8	7,7	22,3	64,7	15,2
Währungsrisiko	38,1	67,9	14,5	51,2	105,4	23,0
Rohwarenpreisrisiko	36,5	61,0	11,1	29,2	35,8	19,6
Diversifikationseffekt	-115,8	-163,7	-73,9	-108,0	-149,7	-75,8
Stress Value-at-Risk der Handelsbereiche insgesamt	120,6	152,2	91,0	126,3	172,7	102,0

¹ Die Durchschnitts-, Maximal- und Mindestwerte wurden in 2011 für den Zeitraum vom 1. Oktober 2011 bis 31. Dezember 2011 berechnet.

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung repräsentiert der inkrementelle Risikoaufschlag den jeweils höheren Wert des Stichtags oder den Durchschnittswert der letzten zwölf Wochen vor dem Stichtag. Im Gegensatz dazu ist der inkrementelle Risikoaufschlag für die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Berichtstage der Stichtagswert sowie der Durchschnitts-, Maximal- und Minimumwert für den Zeitraum von zwölf Wochen vor dem jeweiligen Stichtag. Der inkrementelle Risikoaufschlag für NCOU für 2012 reflektiert Absicherungsgeschäfte in den zugrunde liegenden Portfolien.

In Anbetracht unserer Restrukturierungmaßnahmen im vierten Quartal 2012 haben wir kreditrisikosensitive Positionen unseres Handelsbuchs auf die neue Struktur zugeordnet und zeigen angepasste Werte für das vorhergehende Berichtsdatum und die vorhergehende Berichtsperiode entsprechend.

Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Global Finance and Foreign Exchange	70,8	81,4
Rates and Credit Trading	441,3	485,2
NCOU	-20,9	32,0
Emerging Markets – Debt	224,6	140,9
Sonstige	-3,0	-1,4
Inkrementeller Risikoaufschlag insgesamt	712,8	738,1

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)

in Mio €	2012				2011			
	Gewichteter durchschnittlicher Liquiditätshorizont in Monaten	Durchschnitt ¹	Maximum ¹	Minimum ¹	Gewichteter durchschnittlicher Liquiditätshorizont in Monaten	Durchschnitt ¹	Maximum ¹	Minimum ¹
Global Finance and Foreign Exchange	6,0	107,4	139,3	70,1	6,0	49,6	81,4	7,8
Rates and Credit Trading	6,0	482,2	579,6	406,1	6,0	624,2	795,4	485,2
NCOU	6,0	-23,0	29,1	-120,9	6,0	-4,3	32,0	-18,3
Emerging Markets – Debt	6,0	197,2	273,5	150,0	6,0	90,0	140,9	23,9
Sonstige	6,0	-3,1	0,6	-6,1	6,0	-1,3	2,2	-5,5
Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche insgesamt	6,0	760,7	821,5	705,9	6,0	758,1	846,3	697,0

¹ Die Durchschnitts-, Maximal- und Mindestwerte wurden auf Basis des Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 31. Dezember endete.

Basierend auf 52 Wochen, betrug der Jahresdurchschnitt unseres gesamten inkrementellen Risikoaufschlags 760 Mio € für das Jahr 2012. Das Maximum und das Minimum des inkrementellen Risikoaufschlags für das Jahr 2012 lag bei 878 Mio € beziehungsweise bei 673 Mio €.

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung entspricht der umfassende Risikoansatz für die jeweiligen Berichtsstichtage dem höheren Wert aus dem Tageswert an den Berichtstagen, dem Durchschnittswert während der vorhergegangenen 12 Wochen sowie dem Minimumwert (Floor). Dieser Minimumwert beträgt 8 % des äquivalenten Kapitalabzugs nach dem Verbriefungsrahmenwerk. Im Gegensatz dazu ist der umfassende Risikoansatz für die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Berichtstage der Stichtagswert sowie der Durchschnitts-, Maximal- und Minimumwert für den Zeitraum von zwölf Wochen vor dem jeweiligen Stichtag.

Umfassender Risikoansatz der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von zwölf Monaten)

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Korrelationshandel	543,8	855,7

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Umfassender Risikoansatz der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)

in Mio €	2012				2011			
	Gewichteter durchschnittlicher Liquiditätshorizont in Monaten	Durchschnitt ¹	Maximum ¹	Minimum ¹	Gewichteter durchschnittlicher Liquiditätshorizont in Monaten	Durchschnitt ¹	Maximum ¹	Minimum ¹
Korrelationshandel	12,0	613,4	650,9	562,8	6,0	993,2	1.026,2	937,9

¹ Die Durchschnitts-, Maximal- und Mindestwerte wurden auf Basis des Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 31. Dezember endete.

Basierend auf 52 Wochen, betrug der Jahresdurchschnitt unseres umfassenden Risikoansatzes insgesamt 693 Mio € für das Jahr 2012. Das Maximum und das Minimum des umfassenden Risikoansatzes lag für das Jahr 2012 jeweils bei 884 Mio € beziehungsweise bei 418 Mio €.

Zum 31. Dezember 2012 führten Verbriefungspositionen gemäß dem spezifischen Marktrisiko-Standardansatz zu risikogewichteten Aktiva in Höhe von 5,5 Mrd € sowie zu Kapitalabzugspositionen in Höhe von 0,6 Mrd €. Zum 31. Dezember 2011 beliefen sich die Verbriefungspositionen auf 5,0 Mrd € beziehungsweise 2,2 Mrd €.

Die Kapitalabzugsposition für das Langlebigkeitsrisiko betrug 32 Mio € zum 31. Dezember 2012 und führte zu entsprechenden risikogewichteten Aktiva in Höhe von 403 Mio €. Die Kapitalabzugsposition für das Langlebigkeitsrisiko zum 31. Dezember 2011 belief sich auf 32 Mio € und führte zu entsprechenden risikogewichteten Aktiva in Höhe von 401 Mio €.

Value-at-Risk bei der Postbank

Value-at-Risk des Postbank Handelsbuchs (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag)

	31.12.2012	31.12.2011
in Mio €		
Zinsrisiko	1,2	3,9
Aktienkursrisiko	0,1	–
Währungsrisiko	0,2	0,0
Rohwarenrisiko	–	–
Diversifikationseffekt	-0,3	-0,0
Value-at-Risk des Handelsbuchs der Postbank insgesamt	1,2	3,9

Der Rückgang des Value-at-Risk der Postbank auf 1,2 Mio € Ende 2012 von 3,9 Mio € Ende 2011 ist weitestgehend auf die weitere Senkung der Gesamtposition sowie die Übertragung von Positionen auf das regulatorische Anlagebuch zurückzuführen. Der „Diversifikationseffekt“ reflektiert den Umstand, dass der gesamte Value-at-Risk an einem gegebenen Tag geringer sein wird als die Summe des Value-at-Risk bezogen auf die einzelnen Risikoklassen. Einer einfachen Addition der Zahlen für die einzelnen Risikoklassen zur Erlangung eines aggregierten Value-at-Risk würde die Annahme zugrunde legen, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig eintreten.

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Value-at-Risk des Postbank Handelsbuchs (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag)

in Mio €	Insgesamt		Diversifikationseffekt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwarenpreisrisiko	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Durchschnitt	3,4	3,2	-0,2	-0,2	3,4	3,2	0,1	0,1	0,1	0,1	–	–
Maximum	5,9	8,2	-0,0	-0,0	6,0	8,1	0,2	0,4	0,7	0,5	–	–
Minimum	0,9	1,1	-1,0	-0,8	0,9	1,1	-0,0	–	0,0	0,0	–	–

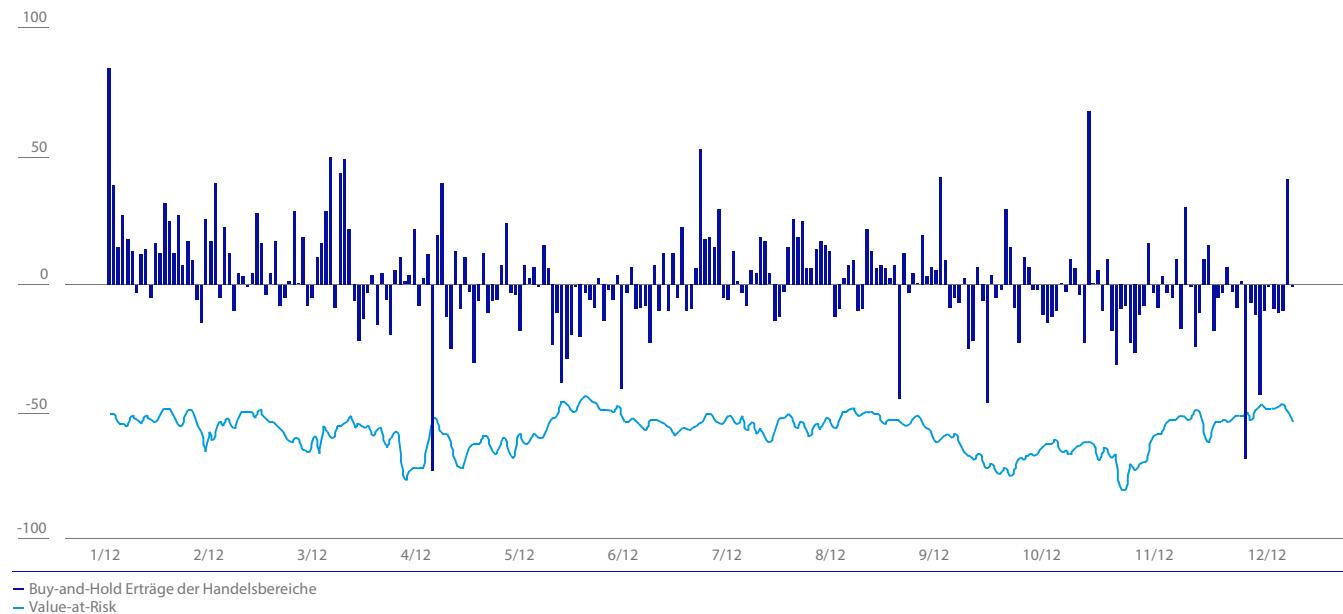
Aufsichtsrechtliches Backtesting des Trading Market Risk

Beim Backtesting wird die Prognosegüte unserer Value-at-Risk-Berechnungen auf Basis der tatsächlichen Erfahrungen überprüft. Wir vergleichen die hypothetischen täglichen Gewinne und Verluste nach der Buy-and-Hold-Annahme mit den durch unser Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten. Ein Ausreißer ist ein hypothetischer Buy-and-Hold-Verlust, der unsere Value-at-Risk-Schätzungen übersteigt. Im Durchschnitt würden wir bei einem Konfidenzniveau von 99 % zwei oder drei Ausreißer während eines beliebigen Jahres erwarten. Im Rahmen unseres aufsichtsrechtlichen Backtesting in 2012 wurden zwei globale Ausreißer, einer im April und einer im Dezember, gegenüber drei Ausreißern in 2011 beobachtet. In beiden Fällen sind die Ausreißer auf erhöhte Marktbewegungen außerhalb des 99 %-Konfidenzniveaus zurückzuführen. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass unser Value-at-Risk-Modell ein angemessenes Maß für unser handelsbezogenes Marktrisiko unter normalen Marktbedingungen darstellt.

Das folgende Schaubild zeigt die täglichen Buy-and-Hold-Handelsergebnisse im Vergleich zum Value-at-Risk gegenüber dem jeweiligen Vortag für die Handelstage der Berichtsperiode. Zahlen werden in Mio € angegeben und umfassen nicht den für das Handelsbuch der Postbank separat berechneten Value-at-Risk.

Buy-and-hold Erträge der Handelsbereiche und Value-at-Risk in 2012

in Mio €

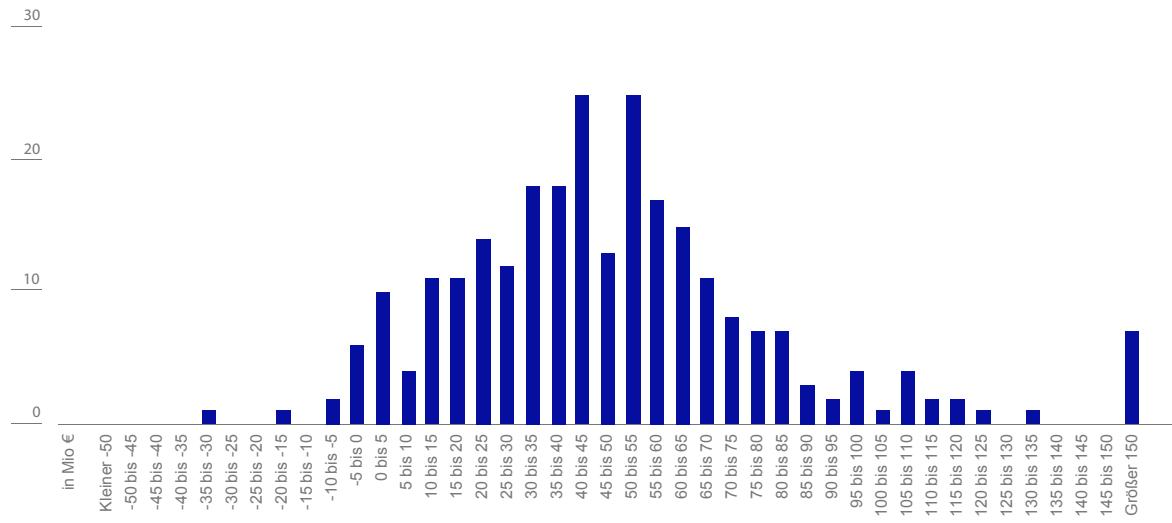


Tägliche Erträge der Handelsbereiche

Das folgende Balkendiagramm zeigt die Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge unserer Handelsbereiche, ohne Postbank, im Jahr 2012. Die Balkenhöhe gibt die Anzahl der Handelstage an, an denen der auf der horizontalen Achse in Mio € angegebene Handelertrag erzielt wurde.

Erträge der Handelsbereiche in 2012

Tag



Im Jahr 2012 erzielten unsere Handelsbereiche an 96 % der Handelstage einen positiven Ertrag (gegenüber 88 % in 2011).

Ökonomischer Kapitalbedarf für unser Trading Market Risk

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten belief sich am Jahresende 2012 auf 4,7 Mrd € und blieb damit gegenüber dem Jahresende 2011 nahezu unverändert. Es war lediglich ein Rückgang um 34 Mio € (1 %) zu verzeichnen. Dieser stabile Wert spiegelt ausgleichende Effekte aus Methodenoptimierungen und dem Abbau von Risiken wider.

Der Beitrag der Postbank zu unserem Ökonomischen Kapitalbedarf für unser Marktrisiko aus Handelsaktivitäten war minimal.

Methoden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts

Für eine detaillierte Beschreibung der von uns angewandten Methoden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts siehe Anhangangabe 02 „Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen“ in unserem Konzernabschluss.

Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten

Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten stammt aus Marktbewegungen, vor allem aus Bereichen außerhalb unserer Handelsbereiche, unserem Anlagebuch und außerbilanziellen Positionen. Zu den signifikanten Marktrisikofaktoren, denen die Bank ausgesetzt ist und die von Risikomanagementteams in diesem Bereich überwacht werden, gehören:

- Zinsrisiken (einschließlich Modellrisiken aus eingebetteten Optionen und Risiken aus der Modellierung von Verhaltensannahmen bei bestimmten Produktarten), Credit Spread-Risiken, Währungsrisiken, Aktienrisiken (einschließlich Investitionen in Aktienmärkten und Private Equity sowie in Immobilien, Infrastruktur und Fondsvermögen);
- Marktrisiken aus außerbilanziellen Positionen wie Rentenplänen und -garantien sowie strukturelle Währungsrisiken und Risiken aus aktienbasierten Vergütungen.

Die Marktrisikokomponente unserer Nichthandelsaktivitäten wird von speziellen Abteilungen innerhalb unserer Risikomanagementorganisation überwacht. Aufgrund der Vielzahl der Geschäfte und Aktivitäten, die einem Nichthandelsmarktrisiko unterliegen, erfolgt die Überwachung nach den drei Hauptthemen:

- Market Risk Management – deckt Marktrisiken in PBC, GTB, AWM, Treasury und der NCOU, wie strukturelle Währungsrisiken und Risiken aus aktienbasierten Vergütungen und Pensionsverpflichtungen, ab.
- Credit Risk Management Principal Investments – ist auf die Risikoaspekte unserer Nichthandelsaktivitäten im Bereich Alternative Assets spezialisiert und überprüft regelmäßig das Risikoprofil der diesbezüglichen Portfolios.
- Credit Risk Management Asset Management Risk – konzentriert sich auf die Risikoaspekte unseres Asset Management- und Fondsgeschäfts im Geschäftsbereich AWM. Schlüsselrisiken in diesem Bereich entstehen beispielsweise aus Erfolgs- und/oder Kapitalgarantien sowie Reputationsrisiken im Zusammenhang mit der Verwaltung von Kundengeldern.

Das Risk Executive Committee und das Capital and Risk Committee überwachen unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikopositionen. Das Group Investment Committee beurteilt strategische Beteiligungsvorhaben. Je nach Größe der vorgeschlagenen strategischen Akquisitionen müssen diese vom Group Investment Committee, vom Vorstand oder vom Aufsichtsrat genehmigt werden. Die Entwicklung unserer strategischen Beteiligungen wird vom Group Investment Committee regelmäßig überprüft. Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee gehören auch dem Group Investment Committee an. Dadurch wird eine enge Verknüpfung der beiden Gremien gewährleistet.

Ein unabhängiges Team in Risk prüft die Modelle auf Risiken aus Nichthandelsaktivitäten. Grundsätzlich umfasst die Prüfung eine Analyse der Angemessenheit von Risikofaktoren, Parametern, Parameterkalibrierung und Modellannahmen. Die Prüfungsergebnisse werden dem Senior Management vorgelegt, und von Market Risk Management-Methoden werden angemessene Maßnahmen zur Verbesserung des für die verschiedenen Risikoarten eingesetzten Modells ergriffen.

Bewertung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten

Die Mehrzahl von Marktrisiken in unseren Nichthandelsportfolios wird mithilfe von Stresstestverfahren quantifiziert. Wir verwenden für jede Risikoklasse spezifische Stresstests, die unter anderem ausgeprägte historische Marktbewegungen, die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse und Änderungen des Kundenverhaltens im Zusammenhang mit Einlagenprodukten berücksichtigen. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals, mithilfe dessen wir das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten aktiv überwachen und steuern. Eine wichtige Erweiterung bei der Abdeckung unseres nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios durch das Ökonomische Kapitalmodell in 2012 war die Einbeziehung des Credit Spread-Risikos für das Investmentportfolio des Anlagebuches der Postbank nach Maßgabe zusätzlicher aufsichtsrechtlicher Auflagen. Diese verlangen die Spezifizierung wichtiger Credit Spread-Risiken unabhängig von der Rechnungslegungskategorie. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Credit Spread-Risiko des Portfolios besteht zusätzlich zu dem Ökonomischen Kapital, das dem Portfolio für Risiken aus Kreditausfällen und Bonitätsveränderungen zugewiesen wird.

Zinsrisiken im Anlagebuch

Der überwiegende Teil unserer Zinsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva wurde, mit Ausnahme von einigen Gesellschaften und Portfolios, durch interne Absicherungsgeschäfte auf den Unternehmensbereich CB&S übertragen. Das intern transferierte Zinsrisiko wird auf Value-at-Risk-Basis gesteuert und spiegelt sich in den Handelsportfolio-Zahlen wider. Die Behandlung des Zinsrisikos in unseren Handelsportfolios und die Anwendung des Value-at-Risk-Modells werden im Kapitel „Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“ erläutert.

Die wichtigsten Ausnahmen von den obigen Ausführungen gibt es im Geschäftsbereich PBC in Deutschland einschließlich Postbank und im Hypothekengeschäft des Geschäftsbereichs AWM in den USA. Diese Einheiten steuern das Zinsrisiko separat über ein dediziertes Aktiv-Passiv-Management nach Maßgabe der Value-at-Risk-Limite des Anlagebuches. Sie werden durch das Market Risk Management festgelegt und überwacht. Die Messung und Berichterstattung der von diesen dedizierten Aktiv- und Passiv-Funktionen gesteuerten Zinsrisiken erfolgen im Unternehmensbereich PBC täglich und in AWM wöchentlich. Der im Anlagebuch konzernweit angesetzte globale Zinssatz wird monatlich gemeldet.

Die Barwertveränderungen der Anlagebuchpositionen im Falle der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurven um minus 200 und plus 200 Basispunkte lagen zum 31. Dezember 2012 unterhalb von 1 % unseres gesamten aufsichtsrechtlichen Kapitals. Dementsprechend wird das Zinsrisiko in unserem Anlagebuch als nicht wesentlich betrachtet.

In unseren Geschäftsbereichen PBC, GTB und AWM unterliegen Kundeneinlagen sowie Spar- und Kreditprodukte Modellrisiken. Die Messung des Zinsrisikos dieser Produktarten im Handelsbuch basiert auf Annahmen über das Kundenverhalten, der zukünftigen Verfügbarkeit von Einlagen und der Sensitivität der Einlagenzinsen gegenüber den Marktzinssätzen, welche zu einer längeren tatsächlichen als der vertraglich festgelegten Laufzeit führen. Diese Parameter werden innerhalb unseres Rahmenwerks für Ökonomisches Kapital Stresstests unterzogen. Weitere Annahmen werden unter anderem getroffen bezüglich des Kundenverhaltens mit Blick auf den Zeitpunkt, zu dem vorzeitige Darlehensrückzahlungen erfolgen. Die Modellparameter beruhen auf Erfahrungen aus der Vergangenheit, statistischen Analysen und Expertenschätzungen. Wenn sich die zukünftige Entwicklung von Einlagen, Zinssätzen oder des Kundenverhaltens wesentlich von den getroffenen Annahmen unterscheidet, kann dies Einfluss auf das Zinsrisiko in unserem Anlagebuch haben.

Fremdwährungsrisiken

Fremdwährungsrisiken entstehen aus Aktiv-Passiv-Positionen in unseren Nichthandelsportfolios, die auf eine andere als die Verkehrswährung der jeweiligen Gesellschaft lauten. Die meisten dieser Fremdwährungsrisiken werden über interne Absicherungsgeschäfte auf Handelsbücher im Bereich CB&S übertragen und daher über die Value-at-Risk-Positionen in den Handelsbüchern ausgewiesen sowie gesteuert. Die verbleibenden, nicht übertragenen Währungsrisiken werden in der Regel durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, sodass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. In wenigen Ausnahmefällen wird abweichend von dem obigen Ansatz das im Zusammenhang mit dem Handelsportfolio beschriebene allgemeine Market Risk Management-Kontroll- und -Berichterstattungsverfahren angewandt.

Der überwiegende Teil der Fremdwährungsrisiken aus Nichthandelsgeschäften steht im Zusammenhang mit nicht abgesicherten strukturellen Währungsrisiken insbesondere bei unseren US-amerikanischen, britischen und chinesischen Gesellschaften. Strukturelle Fremdwährungsrisiken resultieren aus lokalen Kapitalbeständen (einschließlich Gewinnrücklagen) bei unseren konsolidierten Tochtergesellschaften und Niederlassungen sowie aus Investitionen, die auf Equity-Basis bilanziert wurden. Änderungen der Devisenkurse für die zugrunde liegenden Verkehrswährungen führen zu einer Neubewertung des Kapitals sowie der Gewinnrücklagen und werden in „Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung“ als Währungsumrechnungsanpassungen ausgewiesen.

Vordringliches Ziel bei der Steuerung unserer strukturellen Währungsrisiken ist die Stabilisierung der Kapitalquoten auf Konzernebene gegenüber den Auswirkungen von Devisenkurschwankungen. Aus diesem Grunde bleiben die Risiken bei einer Vielzahl von Kernwährungen, mit risikogewichteten Aktiva in beträchtlicher Höhe denominiert in diesen Währungen, um Schwankungen der Kapitalquote für die betreffende Gesellschaft und den Konzern insgesamt zu vermeiden.

Investitionsrisiken

Bei den investitionsbezogenen Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten handelt es sich vor allem um anteils-kapitalbasierte Risiken im Anlagebuch aus unseren nicht konsolidierten strategischen Beteiligungen und Alternative-Asset-Portfolios.

Strategische Investitionen beziehen sich in der Regel auf Akquisitionen zur Unterstützung der Geschäftsorganisation und haben einen mittleren bis langen Anlagehorizont. Alternative Vermögenswerte umfassen Principal Investments und andere nicht-strategische Investitionen. Bei Principal Investments handelt es sich um Direktinvestitionen in Private Equity (einschließlich Leveraged Buy-out- und Equity Bridge-Finanzierungszusagen), Immobiliengeschäfte (einschließlich Mezzanine Debt) und Venture-Capital-Verpflichtungen, die durchgeführt wurden, um eine Wertsteigerung zu erzielen. Darüber hinaus soll mit erfolgreichen Principal Investments in Hedgefonds und Investmentfonds eine Erfahrungshistorie aufgebaut werden für den Verkauf an externe Kunden. Zu den sonstigen nicht-strategischen Beteiligungen gehören Vermögenswerte, die bei der Abwicklung notleidender Positionen oder anderer nichtstrategischer „legacy investment assets“ in Private Equity und im Immobilienbereich zurückgewonnen werden. Der überwiegende Teil des nichtstrategischen Investmentportfolios wurde in die neu geschaffene NCOU übertragen und fällt damit unter deren Mandat für eine beschleunigte Risikoreduzierung und Entlastung des Kapitals.

Pensionsrisiken

Wir sind bei einer Reihe spezifischer leistungsorientierter Pensionspläne für frühere und aktuelle Mitarbeiter Marktrisiken ausgesetzt. Durch Investitionen und fortlaufende Planbeiträge wird sichergestellt, dass die geplanten Pensionszahlungen nach Maßgabe der Pensionspläne durchgeführt werden können. Marktrisiken entstehen infolge eines potenziellen Rückgangs des Marktwerts der Aktiva oder einer Zunahme der Passiva der jeweiligen Pensionspläne. Das Market Risk Management überwacht und meldet alle Marktrisiken sowohl in Bezug auf die Aktiv- als auch die Passivseite unserer leistungsorientierten Pensionspläne einschließlich Zinsrisiken, Inflationsrisiken, Credit Spread-Risiken, Aktien- und Langlebigkeitsrisiken. Nähere Angaben zu unseren Verpflichtungen aus der betrieblichen Altersvorsorge enthält die Anhangangabe 34 „Leistungen an Arbeitnehmer“.

Sonstige Risiken

Neben den obigen Risiken ist das Market Risk Management für die Kontrolle und Steuerung von Marktrisiken aus der Steuerung von Kapital- und Liquiditätsrisiken in unserem Treasury-Bereich zuständig. Neben dem Verfahren zur strukturellen Absicherung von Fremdwährungsrisiken bei Kapitalbeständen gehört dazu auch die Absicherung von Marktrisiken aus unseren aktienbasierten Vergütungsplänen.

Marktrisiken entstehen im Rahmen unserer Vermögensverwaltungsaktivitäten in AWM vor allem bei Fonds mit Kapitalgarantie, aber auch aus Co-Investments in unsere Fonds.

Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios nach Geschäftsbereich

Ökonomischer Kapitalbedarf für Nichthandelsportfolios nach Geschäftsbereichen

in Mio €			Veränderung 2012 gegenüber 2011	
	31.12.2012	31.12.2011	in Mio €	in %
Corporate Banking & Securities	818	443	375	85
Global Transaction Banking	136	87	49	56
Asset & Wealth Management	1.235	1.257	-22	-2
Private & Business Clients	3.162	2.143	1.019	48
Non-Core Operations Unit	2.336	1.836	500	27
Consolidation & Adjustments	808	1.512	-704	-47
Insgesamt	8.495	7.278	1.217	17

Der Ökonomische Kapitalbedarf für nicht handelsbezogene Marktrisiken betrug 8,5 Mrd € zum 31. Dezember 2012 und war damit 1,2 Mrd € oder 17 % höher als der Ökonomische Kapitalbedarf für nichthandelsbezogene Marktrisikoportfolios zum Jahresende 2011.

Diese Zunahme war vor allem auf die Erweiterung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für Marktrisiken um wesentliche Credit Spread-Risiken im Anlagebuch und eine höhere Kapitalabzugsposition für das Garantiefonds-Portfolio zurückzuführen. Diese wurden teilweise durch größere Diversifizierungseffekte bei anderen Risikoarten sowie eine geringere Inanspruchnahme des Ökonomischen Kapitals nach Veräußerung verschiedener Vermögenswerte kompensiert.

Die Zunahme des Ökonomischen Kapitalbedarfs für Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten im Bereich CB&S war im Wesentlichen auf eine Zunahme des Ökonomischen Kapitalbedarfs für garantierte Fonds zurückzuführen.

Ursächlich für die höhere Inanspruchnahme des Ökonomischen Kapitals im Bereich PBC und der NCOU war die Übernahme des Credit Spread-Risikos des Beteiligungs-Portfolios aus dem Anlagebuch der Postbank in das Rahmenwerk der Deutschen Bank für das Ökonomische Kapital aus Nichthandelsaktivitäten.

Die wichtigste Änderung im Bereich Consolidation & Adjustments war der Rückgang des Ökonomischen Kapitals für strukturelle Währungsrisiken, der auf die Erweiterung der Methodik zurückzuführen war, mittels derer nun auch weitere Diversifizierungsvorteile für andere Komponenten des ICAAP-Regelwerks der Deutschen Bank erfasst werden.

Buchwert und Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios

Buchwerte und Ökonomischer Kapitalbedarf für Nichthandelsportfolios

in Mrd €	Buchwert		Ökonomischer Kapitalbedarf	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Strategische Beteiligungen	3,0	2,9	1,2	1,2
Alternative Assets	5,7	6,9	2,0	2,2
Principal Investments	2,1	2,6	0,9	0,9
Sonstige nichtstrategische Beteiligungen	3,6	4,3	1,1	1,3
Sonstige nicht gehandelte Marktrisiken ¹	N/A	N/A	5,3	3,9
Insgesamt	8,7	9,8	8,5	7,3

¹ N/A gibt an, dass das Risiko mehrheitlich bezogen ist auf außerbilanzielle Positionen oder Verbindlichkeiten.

In den Gesamtzahlen des Ökonomischen Kapitals für nichthandelsbezogene Marktrisiken ist gegenwärtig kein Diversifikationseffekt zwischen den unterschiedlichen Vermögensklassen berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Aktienvergütungsprogramme und strukturelle Währungsrisiken, Risiken aus Pensionsverpflichtungen und Credit Spread-Risiken im Anlagebuch.

- **Strategische Beteiligungen.** Der Ökonomische Kapitalbedarf entstand vor allem aus unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Company Limited.
- **Alternative Assets.** Das Ökonomische Kapital für nicht handelsbezogene Marktrisiken ging 2012 hauptsächlich infolge weiterer Initiativen zum Risikoabbau im Alternative Assets-Portfolio zurück.
- **Sonstige nicht handelsbezogene Marktrisiken:**
 - Zinsrisiko. Neben den offenen Zinsrisikopositionen zugeordneten Ökonomischen Kapital besteht die wesentliche Komponente in dieser Kategorie aus der Fristentransformation der vertraglich kurzfristigen Einlagen. Die effektive Laufzeit der vertraglich kurzfristigen Einlagen basiert auf beobachtbarem Kundenverhalten, der Elastizität der Marktzinssätze für Einlagen (DRE), der Volatilität der Einlagentiefe und dem eigenen Bonitätsaufschlägen der Deutschen Bank. Der Ökonomische Kapitalbedarf wird abgeleitet durch Parameterannahmen, die Marktstresszenarien widerspiegeln, insbesondere des DRE, für die effektive Laufzeit täglich fälliger Einlagen. Verhaltens- und wirtschaftliche Profile werden bei der Berechnung der effektiven Laufzeit berücksichtigt, ebenso wie optionale Ziehungen in unserem Baufinanzierungsgeschäft. Am 31. Dezember 2012 betrug unser Ökonomischer Kapitalbedarf für Zinsrisiken 1,4 Mrd €, hauptsächlich im Bereich PBC einschließlich Postbank, BHW und Deutsche Bank Bauspar, gegenüber 1,5 Mrd € am 31. Dezember 2011.
 - Credit Spread-Risiken. Ökonomischer Kapitalbedarf für Portfolios im Anlagebuch mit wesentlichen Credit Spread-Risiken. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf belief sich zum 31. Dezember 2012 auf 1,6 Mrd €.
 - Aktienvergütungsrisiken. Risiko aufgrund einer strukturellen Shortposition in Bezug auf den Kurs der Deutsche Bank-Aktie aus Restricted Equity Units. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2012 betrug minus 303 Mio € auf diversifizierter Basis, verglichen mit minus 101 Mio € zum 31. Dezember 2011. Der negative Beitrag zu unserem diversifizierten Ökonomischen Kapital leitet sich daraus ab, dass eine Reduzierung unseres Aktienkurses in einem Abschwungszenario, wie es durch das Ökonomische Kapital dargestellt wird, zu einem verringerten negativen Einfluss der Verpflichtungen zur Aktienvergütung auf unser Kapital führen würde.
 - Pensionsrisiken. Das Risiko resultierend aus unseren leistungsdefinierten Versorgungszusagen inklusive Zinsrisiko und Inflationsrisiko, Credit Spread-Risiken, Aktienkursrisiko und Langlebigkeitsrisiko. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf betrug 340 Mio € und 191 Mio € zum 31. Dezember 2012 respektive zum 31. Dezember 2011.

- Strukturelle Währungsrisiken. Unser Währungsrisiko aus nicht währungskursgesicherten Kapital- und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf auf diversifizierter Basis betrug 828 Mio € zum 31. Dezember 2012 versus 1,5 Mrd € zum 31. Dezember 2011.
- Guaranteed Funds. Die Zunahme des Ökonomischen Kapitalbedarfs auf 1,4 Mrd € zum 31. Dezember 2012 war vor allem auf die höhere Kapitalabzugsposition für Long Duration Guarantee Funds infolge des anhaltend niedrigen Zinsniveaus sowie Anpassungen bei der Vermögensallokation zurückzuführen. Zum 31. Dezember 2011 betrug der Ökonomische Kapitalbedarf 931 Mio €.

Rechnungslegungs- und Bewertungsgrundsätze für Beteiligungspositionen

Außerhalb der Handelsbereiche werden von uns gehaltene Beteiligungen, die weder aufsichtsrechtlich konsolidiert noch von unseren aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln abzuziehen sind, dem aufsichtsrechtlichen Anlagebuch als Beteiligungspositionen zugeordnet. In unserer Konzernbilanz werden diese Beteiligungen entweder als „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ oder als „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“ ausgewiesen. Nur ein unwesentlicher Teil der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerte, die Beteiligungen sind, ist im Anlagebuch enthalten. Auf diese beteiligungsbezogenen Investitionen wird nachfolgend nicht näher eingegangen.

Für weitere Informationen im Zusammenhang mit unseren Rechnungslegungs- und Bewertungsgrundsätzen zu „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte bzgl. Eigenkapitalinstrumente und Investments in assozierte Unternehmen und Joint-Ventures“ siehe Anhangangaben 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“, 15 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ und 18 „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“.

Gehaltene Beteiligungen

Der folgende Abschnitt zu gehaltenen Beteiligungen, der auf Seite 176 endet, zeigt spezifische Offenlegungen auf Basis von Säule 3. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule 3-Offenlegung. Dementsprechend ist dieser Abschnitt der Säule 3-Offenlegung nicht testiert.

In der nachfolgenden Tabelle ist die IFRS-Klassifizierung unserer Beteiligungen, entsprechend „Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte“ oder als „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“, sowie die hiermit verbundenen Gewinne (Verluste) dargestellt. Diese Beteiligungen stellen grundsätzlich entweder Beteiligungen im aufsichtsrechtlichen Anlagebuch oder Kapitalabzugspositionen entsprechend § 10 (6) KWG dar. Für einen Vergleich unserer gehaltenen Beteiligungen mit den aufsichtsrechtlichen Beteiligungen im Anlagebuch sind jedoch folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Beteiligungspositionen, die von Gesellschaften gehalten werden, die gemäß IFRS, aber nicht für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidiert werden, sind in den Tabellen enthalten.
- Gesellschaften, die Beteiligungspositionen halten und für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidiert werden, aber nicht zum Konsolidierungskreis nach IFRS gehören, berichten keine Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS und sind in dieser Tabelle nicht berücksichtigt. Der aufsichtsrechtliche Positionswert („EAD“) dieser nicht enthaltenen Beteiligungspositionen betrug 246 Mio € zum 31. Dezember 2012 und 116 Mio € zum 31. Dezember 2011.
- Andere Positionen wie aus Transaktionen in Derivaten resultierende Beteiligungspositionen oder bestimmte nachrangige Schuldtitel, die aus aufsichtsrechtlicher Sicht ebenfalls der Forderungsklasse Beteiligungen im Anlagebuch zuzuordnen sind, sind in der Tabelle nicht enthalten. Deren EAD betrug 217 Mio € zum 31. Dezember 2012 und 327 Mio € zum 31. Dezember 2011.

- Die aufsichtsrechtliche Beteiligungsposition beinhaltet einen EAD in Höhe von 3,2 Mrd € zum 31. Dezember 2012 und von 2,5 Mrd € zum 31. Dezember 2011 für Beteiligungen, die unter IFRS konzerninterne Positionen darstellen.
- Die nicht börsengehandelten Positionen kombinieren die beiden Beteiligungsklassen „Nicht börsengehandelt, aber zu einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio gehörend“ und „Andere Beteiligungspositionen“ gemäß § 78 SolvV.

Beteiligungspositionen gemäß IFRS-Klassifizierung

In Mio €	Buchwert	
	31.12.2012	31.12.2011
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – Beteiligungen	1.102	1.591
Börsengehandelte Positionen	468	345
Nicht börsengehandelte Positionen	634	1.246
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	3.735	3.813
Börsengehandelte Positionen	2.395	2.227
Nicht börsengehandelte Positionen	1.340	1.586
Beteiligungspositionen insgesamt	4.837	5.404

Eine Abweichung zwischen dem Buchwert und dem beizulegenden Zeitwert der Beteiligungspositionen war nur für börsengehandelte und nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen feststellbar. Für diese lag der Buchwert bei 2,4 Mrd € zum 31. Dezember 2012 mit einem korrespondierenden beizulegenden Zeitwert von 1,8 Mrd €.

Realisierte Gewinne/Verluste der Berichtsperiode und unrealisierte Gewinne/Verluste zum Jahresende aus Beteiligungen

In Mio €	2012		2011	
	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011
Gewinne und Verluste aus Abgängen	360	204		
Wertminderungen	-411	-625		
Anteiliges Ergebnis der Beteiligungen	397	222		
Realisierte Gewinne/Verluste aus Beteiligungen insgesamt	346	-199		
Unrealisierte Neubewertungsgewinne/-verluste	335	450		
Unterschiedsbetrag zwischen Buchwert und beizulegendem Zeitwert	-568	-152		
Unrealisierte Gewinne/Verluste aus Beteiligungen insgesamt	-233	298		

Für die Position Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – Beteiligungen werden realisierte Gewinne und Verluste aus Verkäufen und Liquidationen, unrealisierte Bewertungsgewinne und -verluste sowie Wertminderungen berücksichtigt. Bei nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen umfassen die Gewinne und Verluste die realisierten Gewinne und Verluste aus Verkäufen und Liquidationen, das anteilige Ergebnis der Beteiligungen, Wertminderungen sowie unrealisierte Neubewertungsgewinne und -verluste aus Unterschieden zwischen den Buchwerten und den beizulegenden Zeitwerten. Dabei gelten die realisierten Gewinne und Verluste aus Abgängen, Wertminderungen und das anteilige Ergebnis der Beteiligungen für die Berichtszeiträume 2012 und 2011, während sich sowohl die unrealisierten Neubewertungsgewinne und -verluste als auch der Unterschiedsbetrag zwischen den Buchwerten und den beizulegenden Zeitwerten der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen auf den 31. Dezember 2012 und auf den 31. Dezember 2011 beziehen.

Die hier dargestellten Neubewertungsgewinne (-verluste) beziehen sich auf Beteiligungen. Insgesamt betrugen die für aufsichtsrechtliche Zwecke ermittelten Neubewertungsgewinne (-verluste) für börsengehandelte Wertpapiere 122 Mio € zum 31. Dezember 2012, wovon 45 % im Tier-2-Kapital enthalten waren, und 155 Mio € zum 31. Dezember 2011, wovon 45 % im Tier-2-Kapital enthalten waren.

Operationelles Risiko

Definition des operationellen Risikos

Operationelles Risiko ist das Verlustpotenzial (einschließlich rechtlicher Komponenten), das sich aus einem Fehlverhalten von Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und Dokumentationen, technischen und infrastrukturbedingten Ausfällen und Katastrophen sowie externen Einflüssen und Kundenbeziehungen ergeben kann.

Im Folgenden werden einzelne Beispiele operationeller Risiken hervorgehoben:

- Betrugsrisiko entsteht durch eine vorsätzliche Handlung oder Unterlassung einschließlich Unehrlichkeit, die dem Erzielen von persönlichen und/oder geschäftlichen Vorteilen oder der Vermeidung von persönlichen und/oder geschäftlichen Verlusten dient, wie beispielsweise Fälschung und/oder Änderung von Unterlagen und/oder Berichten, Produktionserleichterung, Untreue, vorsätzliche Unterlassung, Falschdarstellung, Verschleierung, Täuschung sowie Missbrauch einer Position zur Erlangung von persönlichen Gewinnen, geschäftlichen Vorteilen und/oder Verschleierung unsachgemäßer/unautorisierte Handlung.
- Risiken der Geschäftsfortführung sind Risiken der Entstehung von Verlusten aus Störungen der normalen Geschäftstätigkeit. Störungen dieser Art können entstehen durch: vorsätzliche Handlungen wie Sabotage, Terrorismus, Bombendrohungen, Streiks, Aufstände und Angriffe auf Bankmitarbeiter, Naturkatastrophen wie Wirbel- oder Schneestürme, Überflutungen und Erdbeben oder andere unvorhergesehene Ereignisse wie Unfälle, Brände, Explosionen, Netzausfälle und politische Unruhen.
- Aufsichtsrechtliche Einhaltungsrisiken sind mögliche aufsichtsrechtliche Sanktionen gegen unseren Konzern (wie zum Beispiel Restriktionen der Geschäftsaktivitäten oder erhöhte Berichterstattungsanforderungen), finanzielle und/oder Reputationsschäden, die aus der Nichteinhaltung des geltenden Rechts, von Regeln und Verordnungen entstehen.
- Risiken der Informationstechnologie (IT-Risiken) sind die Risiken, dass Fehler in unserer Informationstechnologie zu quantifizierbaren Verlusten führen. Diese resultieren aus unzureichender Informationstechnologie und Datenverarbeitung aufgrund ihrer Handhabbarkeit, Exklusivität, Integrität, Steuerbarkeit und Kontinuität.
- Outsourcingrisiken (Anbieterrisiken) entstehen durch negative Ereignisse und Risikokonzentrationen aus fehlerhafter Anbieterauswahl, unzureichenden Kontrollen und Aufsicht über Lieferanten und/oder durch sie in Anspruch genommene Dienste sowie anderweitige Auswirkungen auf den Anbieter, die bei uns aufgrund ihrer Beschaffenheit, ihres Schweregrades oder ihrer Häufigkeit nicht eintreten können.

In jeder der oben genannten Risikokategorien können Rechtsrisiken zu Verlusten führen. Dies liegt darin begründet, dass wir in jeder Kategorie Gegenstand von Rechtsansprüchen gegen uns, aufgrund vermeintlich ungenau formulierter Verträge, und/oder Gegenstand einer Klage oder von Verfahren wegen behaupteter Nichteinhaltung gesetzlicher oder satzungsmäßiger Zuständigkeiten werden können.

Geschäfts- und Reputationsrisiken gehören nicht zum operationellen Risiko.

Organisationsstruktur

Der Leiter vom Operational Risk Management (ORM) ist Vorsitzender des Operational Risk Management Committee (ORMC). Dieses ist ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee, dem die Operational Risk Officers unserer Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen angehören. Als Hauptentscheidungsgremium ist es verantwortlich für alle Belange des operationellen Risikomanagements.

Die Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen sind für die alltägliche Steuerung operationeller Risiken zuständig. Der Bereich Operational Risk Management steuert bereichs- und regionsübergreifend operationelle Risiken sowie Risikokonzentrationen. Er sorgt dafür, dass die Strategie für das Management operationeller Risiken in der gesamten Bank konsistent angewandt wird. Dieses Business Partnership-Modell zielt darauf, eine enge Überwachung und ein verstärktes Bewusstsein für operationelle Risiken sicherzustellen.

Steuerung unseres operationellen Risikos

Wir steuern das operationelle Risiko nach einem konzernweiten konsistenten Rahmenwerk, mit dem wir unser operationelles Risikoprofil im Vergleich zu unserer Risikotoleranz bestimmen. Wir identifizieren systematisch operationelle Risikothemen und -konzentrationen und legen risikomindernde Maßnahmen und Prioritäten fest. Das globale Rahmenwerk für operationelle Risiken hat für alle in der Definition für operationelle Risiken eingeschlossenen Risikoarten und damit auch für alle oben aufgeführten Einzelrisikoarten Gültigkeit. Der neu gegründete Geschäftsbereich NCOU wendet uneingeschränkt unser globales Rahmenwerk für operationelle Risiken an.

Wir wenden zahlreiche Verfahren an, um das breite Spektrum der in der Definition für operationelle Risiken aufgeführten Risiken abzudecken. Diese dienen dem Ziel der effizienten Steuerung des operationellen Risikos in unserer Geschäftstätigkeit und werden zur Identifizierung, Beurteilung und Minderung operationeller Risiken genutzt.

Die angewandten Verfahren sind:

- Die kontinuierliche Erfassung von Verlustereignissen aus operationellen Risiken ist die Voraussetzung für die Steuerung operationeller Risiken einschließlich detaillierter Risikoanalysen, Definition risikomindernder Maßnahmen und zeitnauer Information an das Senior Management. In unserem „db-Incident Reporting System“ (dbIRS) erfassen wir sämtliche Verluste aus operationellen Risikoereignissen über 10.000 €.
- Unser Lessons Learned-Prozess ist verpflichtend bei Ereignissen einschließlich Beinaheverlusten von über 1 Mio €, anzuwenden und schließt folgende, jedoch nicht allein hierauf beschränkte Prozessschritte ein:
 - systematische Risikoanalysen einschließlich Beschreibung des Geschäftsumfelds, in dem das Ereignis entstanden ist einschließlich vorangegangener Ereignisse, Beinaheverluste sowie mit dem Ereignis verbundener Key Risk Indicators (KRI),
 - Betrachtung jeglicher Risikomanagemententscheidungen, die sich auf das spezifische eingegangene Risiko beziehen,
 - Ursachenanalysen,
 - Identifikation von Kontrollverbesserungen und anderer Handlungen zur Vermeidung und/oder Minderung möglicher Wiederholungen und
 - Beurteilung der verbleibenden Risikopositionen hinsichtlich operationeller Risiken.
- Der Lessons Learned-Prozess stellt ein wichtiges Mittel zur Identifizierung inhärenter Risikobereiche und Bestimmung angemessener Maßnahmen zur Risikoreduzierung dar. Sämtliche Korrekturmaßnahmen werden erfasst und deren Implementierung über Maßnahmenpläne in unserem System „dbTrack“ überwacht. Der Status zur Performance der Maßnahmen wird auf monatlicher Basis an das ORMC berichtet.
- Wir berücksichtigen systematisch Informationen über externe Ereignisse in der Bankenbranche, um zu verhindern, dass vergleichbare Vorfälle bei uns vorkommen, wie beispielsweise durch gesonderte tiefgreifende Analysen oder bei der Überprüfung des Risikoprofils.
- Zusätzlich zu den internen und externen Verlustinformationen nutzen wir Szenarien und handeln entsprechend. Hierbei handelt es sich um relevante externe Szenarien aus einer öffentlichen Datenbank sowie interne Szenarien. Letztere dienen der Vervollständigung unseres Risikoprofils.
- Auf Konzernebene erstellen wir Berichte über unser operationelles Risikoprofil für die Geschäftsbereiche, die Länder, in denen wir tätig sind, und unsere Infrastrukturfunktionen. Diese werden regelmäßig überprüft und mit dem Senior Management der jeweiligen Abteilung besprochen. Durch eine regelmäßige Überprü-

fung können wir Änderungen im Risikoprofil der Geschäftseinheiten sowie Risikokonzentrationen frühzeitig erkennen und entsprechende Korrekturmaßnahmen einleiten.

- Wir bewerten und genehmigen die Auswirkungen, die Änderungen auf unser Risikoprofil haben. Sie sind das Ergebnis von neuen Produkten, Outsourcing-Aktivitäten, strategischen Initiativen sowie Akquisitionen und Veräußerungen.
- Sind die operationellen Risiken identifiziert, ist die Minderung gemäß dem „so niedrig wie wirtschaftlich sinnvoll“-Prinzip erforderlich. Dazu wägen wir Kosten und Nutzen der Risikominderung ab. Darauf folgt die formelle Akzeptanz der operationellen Restrisiken. Risiken, die gegen nationale oder internationale Regulieren oder geltendes Recht verstößen, akzeptieren wir nicht. Sie müssen, sobald sie identifiziert sind, abgebaut werden.
- Wir überwachen die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikominderung, die mithilfe der Instrumente zur Steuerung operationeller Risiken mit unserem „dbTrack“-System identifiziert wurden. Operationelle Restrisiken, die höher als „wichtig“ eingestuft sind, sind durch das ORMC zu genehmigen.
- In unseren Top-Risk-Analysen berücksichtigen wir die Ergebnisse der vorgenannten Aktivitäten. Die „Top-Risk“-Analysen sind eine wesentliche Grundlage für den jährlichen Strategie- und Planungsprozess für das Management operationeller Risiken. Neben der strategischen und taktischen Planung des Managements operationeller Risiken legen wir Zielgrößen für das Kapital und den erwarteten Verlust fest. Diese überwachen wir regelmäßig im Rahmen einer vierteljährlichen Prognoseerstellung.
- Unser operationelles Risikoprofil überwachen wir mithilfe von KRIs. So können wir unsere Organisation zeitnah vor bevorstehenden Problemen warnen. Mit der „dbScore“-Anwendung beobachten wir die Kontrollkultur sowie das Geschäftsumfeld und veranlassen risikomindernde Maßnahmen. KRIs ermöglichen die vorausschauende Steuerung operationeller Risiken durch entsprechende Frühwarnsignale.
- In unserem Self-Assessment-(SA-)Prozess, den wir mindestens jährlich und nach einem Bottom-up-Ansatz durchführen, werden Bereiche mit hohem Risikopotenzial ermittelt und Maßnahmen zur Risikominderung festgelegt. Für Self-Assessments benutzen wir in der Regel unser „dbSAT“-System. Wir halten regelmäßig Risiko-Workshops ab. Diese dienen der Bewertung von spezifischen Risiken für Länder, in denen wir vertreten sind, und lokalen Rechtseinheiten sowie der Einleitung entsprechender Maßnahmen zur Risikominderung.

Zur Ergänzung des globalen Rahmenwerks für operationelle Risiken und zur gezielten Adressierung der einzelnen Risikoarten finden zusätzliche Methoden und Techniken, die durch die verantwortlichen Geschäftsbereiche eingeführt wurden, Anwendung. Folgende Verfahren sind darin eingeschlossen, stellen jedoch keine abschließende Auflistung dar:

- Lessons Learned-Prozess für Rechtsrisiken: Die Rechtsabteilung trägt die Verantwortung für die Steuerung von Rechts- und Reputationsrisiken, die im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten und Angelegenheiten der Rechtsvollstreckung stehen. Der Rechtsbereich kommt dieser Verantwortung nach durch das Management und die Überwachung dieser Angelegenheiten durch zugewiesene Prozess- und Vollstreckungsanwälte sowie die regionale und globale Überwachung jener Anwälte durch die Rechtsabteilung. Das tägliche Management und die Überwachung der Rechtsfälle und Vollstreckungsverfahren können eine besondere Sicht auf vergangene Praktiken in der Deutschen Bank eröffnen, um eventuelle Rechts- und Reputationsrisiken aus historischen Praktiken sowie mögliche Maßnahmen die der Reduzierung solcher zukünftigen Risiken dienen, zu ergreifen. Um uns bei der Berücksichtigung von Erkenntnissen aus Rechtsstreitigkeiten und Vollstreckungsfällen im Rahmenwerk operationeller Risiken zu unterstützen, haben die Bereiche Recht und ORM einen speziellen Lessons Learned-Prozess für Verluste aus Rechtsrisiken konzipiert, der die Einbindung des Rechts- und ORM-Bereichs sowie der Divisionalen Operational Risk Officer (DOROs) einschließt.
- Im Rahmen des Outsourcingrisikos werden operationelle Risiken durch den Prozess zur internen Verlagerung und Outsourcing (Internal Relocation and Outsourcing – IRO-Prozess) gesteuert und in der IRO-Datenbank dokumentiert. Das Outsourcingrisiko wird für alle Outsourcingvereinbarungen durch die Regelungen der Smartsourcing Risikomanagement-Richtlinie und das globale Rahmenwerk für operationelle

Risiken beurteilt und gesteuert. Eine umfangreiche Governance-Struktur zur Sicherstellung der angemessenen Risikoeinstufung ist etabliert.

- Das Betrugsrisiko wird auf Basis des § 25a KWG sowie weiterer rechtlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen über den risikobasierten Ansatz gesteuert, welche durch die Globale Anti-Betrugs-Richtlinie (Global Anti Fraud Policy) und das damit im Zusammenhang stehende Compliance- und Anti-Geldwäsche-Rahmenwerk umgesetzt sind. Im Einklang mit aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden regelmäßig globale Risikoeinschätzungen durchgeführt. Im Rahmen der allgemeinen Steuerung operationeller Risiken sind dedizierte Aspekte zur Berücksichtigung von Betrugsrisiken Bestandteil der Self-Assessments.
- Wir steuern unsere Risiken der Geschäftsfortführung über unser Business Continuity Management (BCM-)Programm, welches Kernabläufe zur Verlagerung oder Wiederherstellung des Geschäftsbetriebs als Reaktion auf Störungen unterschiedlichen Ausmaßes darstellt. Im Rahmen dieses Programms entwickelt, implementiert und pflegt jeder Kerngeschäftsbereich beziehungsweise jede Infrastrukturfunktion Notfallpläne („BC-Pläne“), die zur Förderung einer kontinuierlichen und zuverlässigen Einsatzfähigkeit in regelmäßigen Abständen getestet werden. Das BCM-Programm definiert Rollen und Verantwortlichkeiten, die in bankweiten Standards dokumentiert sind. Die Einhaltung dieser Standards wird regional durch speziell dafür verantwortliche Business Continuity Teams überwacht. Vierteljährlich wird verpflichtend an das Group Resiliency Steering Committee als vom Vorstand delegierter Ausschuss berichtet. Darüber hinaus werden zentrale Informationen der BCM-Kontrollumgebung in KRIs für das allgemeine Management operationeller Risiken genutzt.
- Operationelle Risiken im Rahmen der IT-Risiken werden durch unseren Bereich Informationstechnologie gesteuert und folgen internationalen Standards für das IT-Management. Anwendungen und IT-Infrastruktur werden regelmäßig erfasst und bewertet sowie deren Stabilität überwacht. Die wichtigsten Ergebnisse dieser etablierten Bewertungen und der Kontrollumgebung werden für das Management operationeller Risiken durch KRIs und SAs verwendet.

Messung unseres operationellen Risikos

Wir berechnen und messen das aufsichtsrechtliche und Ökonomische Kapital für operationelle Risiken mittels eines internen Advanced Measurement Approach (AMA)-Modells. Unsere Kapitalberechnung nach dem AMA-Modell basiert auf dem Verlustverteilungsansatz (LDA). Das Risikoprofil (das heißt: die Verteilung von Verlusthäufigkeit und -höhe) ermitteln wir, indem wir Bruttoverluste aus historischen internen und externen Verlustdaten (Operational Riskdata eXchange Association, „ORX“-Konsortium) um direkte Rückerstattungen bereinigen und zusätzlich externe Szenarien aus einer öffentlichen Datenbank hinzufügen und um interne Szenariodaten ergänzen. Anschließend werden die Verteilungen von Verlusthäufigkeit und -höhe in einer Monte Carlo-Simulation zusammengeführt, um zu ermitteln, welche Verluste über einen Zeithorizont von einem Jahr entstehen könnten. Schließlich werden die risikomindernden Versicherungseffekte auf jeden in der Monte Carlo-Simulation generierten Verlust angewandt. Auf Basis der positiven Effekte aus der Korrelation und Diversifikation wird – unter Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen – eine Verteilung der Nettoverluste auf Konzernebene ermittelt, die die erwarteten und unerwarteten Verluste abdeckt. Anschließend ordnen wir das Kapital den Geschäftsbereichen zu und nehmen sowohl eine qualitative Anpassung (QA) als auch den Abzug erwarteter Verluste vor.

Die qualitative Anpassung spiegelt die Effektivität und die Performanz der laufenden Steuerung operationeller Risiken durch KRIs und Punktzahlen aus Self-Assessments wider. Das Geschäftsumfeld und interne Kontrollfaktoren stehen dabei im Mittelpunkt. Die qualitative Anpassung wird als prozentuale Anpassung auf den finanziellen Kapitalwert eingesetzt. Durch diesen Ansatz wird die qualitative Anpassung für das Management der Geschäftsbereiche transparent. Diese erhalten eine Rückmeldung über ihr Risikoprofil und den Erfolg bei der Steuerung operationeller Risiken. Die Geschäftsbereiche werden dadurch motiviert, ihr Management operationeller Risiken kontinuierlich zu verbessern.

Der erwartete Verlust aus dem operationellen Risiko basiert auf Verlusterfahrungen sowie Expertenmeinungen zu geschäftlichen Veränderungen, die potenzielle Kosten für operationelle Verluste aus der Geschäftstätigkeit kennzeichnen. Soweit der erwartete Verlust in der Planung der Geschäftsbereiche berücksichtigt wurde, wird dieser vom AMA-Kapital abgezogen. Unerwartete Verluste der Geschäftsbereiche (nach QA und erwartetem Verlust) werden zusammengefasst, um unser AMA-Kapital zu ermitteln.

Das Ökonomische Kapital wird aus dem 99,98 %-Quantil abgeleitet, den Geschäftsbereichen zugeordnet und zur Performancemessung sowie Ressourcenallokation genutzt. Es bietet einen Anreiz, operationelle Risiken zu steuern und den Ökonomischen Kapitalbedarf zu optimieren. Das aufsichtsrechtliche Kapital für operationelle Risiken basiert auf dem 99,9 %-Quantil.

Die Genehmigung der BaFin für den AMA liegt uns seit Dezember 2007 vor. 2012 konnte die Integration der Postbank in unser gruppenweites Rahmenwerk abgeschlossen werden. Die aufsichtsrechtliche Genehmigung, die Postbank bei der Kalkulation unseres aufsichtsrechtlichen Kapitals zu integrieren, steht noch aus.

Das Ökonomische Kapital für operationelle Risiken erhöhte sich per 31. Dezember 2012 um 172 Mio € oder 3,5 % auf insgesamt 5 Mrd €.

Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung 2012 gegenüber 2011	
			in Mio €	in %
Corporate Banking & Securities	2.049	2.710	- 661	- 24
Global Transaction Banking	38	64	- 26	- 41
Asset & Wealth Management	559	544	15	3
Private & Business Clients	227	239	- 12	- 5
Non-Core Operations Unit	2.145	1.289	856	66
Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken insgesamt	5.018	4.846	172	4

Die Erhöhung des Ökonomischen Kapitals ist primär auf höhere in der Bankenbranche wahrgenommene Verluste aus operationellen Risiken, die Integration der BHF-BANK in unser AMA-Modell im ersten Quartal 2012 sowie Verfeinerungen des Modells im zweiten Quartal 2012 zurückzuführen. Die in 2011 eingeführte Sicherheitsmarge zur Abdeckung unvorhergesehener Rechtsrisiken aus der derzeitigen Finanzkrise wurde auch in diesem Jahr fortführend berücksichtigt.

Eine Anfang 2012 durchgeführte Methodenänderung zur Verteilung des Kapitals innerhalb CB&S führte zu einer Kapitalerhöhung desjenigen Teils, der in NCOU aufgegangen ist.

Unser Stresstestkonzept für das operationelle Risikomanagement

Wir führen regelmäßig und unabhängig vom AMA-Modell Stresstests durch. Damit analysieren wir die Auswirkungen von extremen Situationen auf das Kapital und die Gewinn- und Verlustrechnung. 2012 hat sich das Operational Risk Management an allen bankweiten Stresstestszenarien beteiligt und die Auswirkungen aus operationellen Risiken auf die verschiedenen Stresslevel beurteilt und eingebbracht. Die Auswirkungen aus operationellen Risiken sind in Bezug auf das Kapital für operationelle Risiken als moderat zu betrachten und blieben im erwarteten Bereich. Die Simulation von Ereignissen mit geringer Häufigkeit und großer Auswirkung wirkte sich jedoch stark auf die Gewinn- und Verlustrechnung aus.

Unser AMA-Modell Validierungs- und Qualitätssicherungskonzept

Wir validieren alle Komponenten unseres AMA-Modells einzeln, unter anderem Szenarioanalysen, KRIs und Self-Assessments sowie den erwarteten Verlust und interne Verlustdaten. Die Ergebnisse der Validierung werden in Validierungsberichten zusammengefasst und die Lösung identifizierter Probleme anschließend überwacht. Dies fördert eine kontinuierliche Verbesserung der Methoden. Die in 2012 durchgeföhrten Validierungen haben gezeigt, dass unsere AMA-Komponenten fundiert sind und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllen.

Wir führen Qualitätssicherungsprüfungen sowohl für Managemententscheidungen als auch AMA-Komponenten-Daten durch, die Dateneingaben durch die Geschäftseinheiten erfordern und zu Kapitalauswirkungen führen. Die AMA-Komponenten und deren Dokumentation werden hinterfragt und bereichsübergreifend verglichen. So können Konsistenz und Angemessenheit der Kapitalberechnung gewahrt werden.

Aufgabe von Corporate Insurance/Deukona

Die Festlegung unserer Versicherungsstrategie sowie der entsprechenden Konzernrichtlinie und Vorschriften obliegt unserem Expertenteam von Corporate Insurance/Deukona („CI/D“). CI/D ist verantwortlich für die vom Konzernvorstand genehmigte Konzernrichtlinie („Corporate Insurance Policy“).

CI/D ist für den Erwerb von Versicherungsschutz und die Verhandlung von Vertragsbedingungen sowie Versicherungsprämien verantwortlich. Zu den Aufgaben von CI/D gehört darüber hinaus die Zuordnung von Versicherungsprämien zu den Geschäftsbereichen. Mithilfe der Experten von CI/D entwickeln wir Verfahren zur Darstellung des Versicherungsschutzes in den Kapitalberechnungen und ermitteln Parameter, die die aufsichtsrechtlichen Anforderungen widerspiegeln. Sie validieren die eingestellten Versicherungsparameter, die im AMA-Modell eingesetzt werden, und aktualisieren diese entsprechend. CI/D beteiligt sich aktiv an den Anstrengungen der Branche, den Versicherungseffekt in den Ergebnissen der Kapitalberechnungen zu reflektieren.

Wir erwerben Versicherungsschutz, um uns gegen unerwartete und erhebliche unvorhersehbare Verluste abzusichern. Die Verfahren zur Identifizierung, zur Definition des Ausmaßes und Schätzung des Schadens basieren auf den anerkannten Versicherungsbedingungen: „vernünftig/sinnvoll“, „aktuell/nach neuesten Erkenntnissen“ und/oder „Benchmarking“. Die maximale Leistung für ein versichertes Risiko berücksichtigt die Verlässlichkeit des Versicherers und das Kosten-Nutzen-Verhältnis. Dies gilt besonders für Fälle, in denen Versicherer versuchen, den Versicherungsschutz durch einschränkende/eingrenzende Formulierungen in Versicherungsverträgen und spezifischen Ausschlussklauseln zu reduzieren.

Zum Konzern gehören Versicherungsunternehmen, die sowohl Erst- als auch Rückversicherer sind. Wir berücksichtigen jedoch bei der Modellierung/Berechnung versicherungsbezogener Reduzierungen der Kapitalanforderungen für das operationelle Risiko nur Versicherungsverträge, deren Risiko am externen Markt rückversichert ist.

Im aufsichtsrechtlichen Kapital ist eine Reduzierung für Versicherungsdeckung in Höhe von 474 Mio € per 31. Dezember 2012 berücksichtigt. Aktuell werden außer Versicherungen keine anderen Risikotransfertechniken im AMA-Modell erfasst.

CI/D wählt die Versicherungspartner strikt gemäß den in der Solvabilitätsverordnung festgelegten aufsichtsrechtlichen Anforderungen und den Empfehlungen der Operational Risks Experts Group zur Berücksichtigung von Versicherungen im „fortgeschrittenen Messansatz“. Das Versicherungsportfolio sowie CI/D-Aktivitäten werden von Group Audit anhand eines risikobasierten Ansatzes geprüft.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, das aus unserem potenziellen Unvermögen entsteht, alle Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen, oder unseren Zahlungsverpflichtungen nur zu überhöhten Kosten nachkommen zu können.

Unser Konzept für das Liquiditätsrisikomanagement spielte eine wichtige Rolle für die Erhaltung adäquater Liquidität und die Steuerung unseres Refinanzierungsprofils in 2012. Zum Jahresende 2012 wurde das Konzept für das Liquiditätsrisikomanagement der Postbank in das der Deutschen Bank integriert, weshalb wir keine separaten Ausführungen zum Liquiditätsrisiko bei der Postbank mehr führen (siehe 2011: Finanzbericht/Risikobericht). Die Postbank ist somit innerhalb der folgenden Abschnitte konsistent mit allen Unternehmens-einheiten dargestellt.

Konzept des Liquiditätsrisikomanagements

Der Vorstand legt die Liquiditätsstrategie, insbesondere die Risikotoleranz für Liquiditätsrisiken, basierend auf Empfehlungen von Treasury und dem Capital and Risk Committee, fest. Der Vorstand überprüft und genehmigt mindestens einmal jährlich die gruppenweiten Limite zur Messung und Steuerung des Liquiditätsrisikos sowie den langfristigen Refinanzierungs- und Emissionsplan der Bank.

Unsere Treasury-Funktion ist für die Steuerung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken der Deutschen Bank weltweit, wie in der Liquiditätsrisikostrategie definiert, verantwortlich. Unser Konzept des Liquiditätsrisikomanagements ist zur Identifizierung, Bemessung und Steuerung unserer Liquiditätsrisikoposition vorgesehen. Unsere Liquiditäts- und Refinanzierungslage wird mindestens wöchentlich im Rahmen der Liquidity Scorecard an den Vorstand berichtet. Unser Liquiditätsrisikomanagement beginnt mit der Steuerung der innertäglichen Zahlungen (operative Liquidiät), der Planung erwarteter Zahlungsströme und der Sicherstellung unseres Zugangs zu Zentralbanken. Es umfasst im Weiteren das taktische Liquiditätsrisikomanagement, das sich mit dem Zugang zu den besicherten und unbesicherten Finanzierungsquellen beschäftigt. Schließlich beinhaltet die strategische Komponente die Erstellung eines Fälligkeitsprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in unserer Bilanz (Liquiditätsablaufbilanz) sowie die Festlegung unserer Emissionsstrategie.

Unser cashflow-bezogenes Reportingsystem liefert tägliche Liquiditätsrisikoinformationen an das globale und lokale Management.

Stresstests und Szenarioanalysen spielen in unserem Konzept des Liquiditätsrisikomanagements eine zentrale Rolle. Hierzu gehört auch eine Bewertung der Liquidität der Aktiva, das heißt die Eigenschaften unserer Vermögenswerte unter verschiedenen Stressszenarien sowie der Finanzierungsbedarf aus bedingten außerbilanziellen Zahlungsverpflichtungen. Die monatlichen Stresstestergebnisse dienen zur Kalibrierung unserer kurzfristigen Profil-Limite für Wholesale-Refinanzierung (sowohl für unbesicherte als auch für besicherte), und wir stellen damit sicher, dass wir innerhalb der generellen Liquiditätsrisikotoleranz des Vorstands bleiben.

Kurzfristige Liquidität und Refinanzierung über den Wholesale-Markt

Unser gruppenweites Reportingsystem verfolgt alle vertraglichen Cashflows aus der Refinanzierung über den Wholesale-Markt auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von 12 Monaten. Als Refinanzierung aus dem Wholesale-Markt betrachten wir zu diesem Zweck unsere unbesicherten Verbindlichkeiten, die in erster Linie durch unsere Global Markets Finance Abteilung erbracht wurden, sowie unsere besicherten Verbindlichkeiten, die in erster Linie durch unsere Global Markets Finance- und Equities-Geschäftsbereiche erbracht wurden. Derartige Verbindlichkeiten kommen vorrangig von Unternehmen, Banken und anderen Finanzinstituten, Regierungen und Staaten. Die Profil-Limite für eine Refinanzierung über den Wholesale-Markt, die von unseren Stresstestergebnissen abgeleitet und vom Vorstand genehmigt werden, stellen unsere maximale Toleranz für Liquiditätsrisiko dar. Die Limite für eine Refinanzierung über den Wholesale-Markt werden auf die globalen Nettoabflüsse sowie das Gesamtvolumen der unbesicherten Wholesale-Refinanzierung angewandt und täglich überwacht. Unsere Liquiditätsreserven stellen die primäre Absicherung gegen Stress auf den kurzfristigen

Wholesale-Refinanzierungsmärkten dar. Auf Einzelgesellschaftsebene können, wo es zweckmäßig und angemessen erscheint, Liquiditätsabflusslimite über ein breites Spektrum an Cashflows gesetzt werden.

Diversifizierung der Finanzierungsmittel

Die Diversifizierung unseres Refinanzierungsprofils nach Anlegerkategorien, Regionen, Produkten und Instrumenten ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Konzepts des Liquiditätsrisikomanagements. Unsere stabilsten Refinanzierungsmittel stammen aus Kapitalmarktemissionen und Eigenkapital sowie von Privat- und Transaktionsbankkunden. Andere Kundeneinlagen sowie die Geldaufnahmen von Wholesale-Kunden sind weitere Finanzierungsquellen. Die diskretionäre Wholesale-Refinanzierung repräsentiert unbesicherte Wholesale-Verbindlichkeiten, die in erster Linie durch unseren Geschäftsbereich Global Markets Finance aufgenommen wurden. Aufgrund der Kurzfristigkeit dieser Verbindlichkeiten werden diese primär zur Refinanzierung von Barsalden und liquiden Handelsbeständen genutzt.

Um eine zusätzliche Diversifizierung unserer Refinanzierungsmittel sicherzustellen, besitzen wir eine Pfandbrieflizenz, die uns die Emission von Hypothekenpfandbriefen ermöglicht.

In 2012 haben wir uns weiterhin auf den Ausbau unserer stabilsten Refinanzierungsquellen fokussiert und einen Anstieg von 12,2 Mrd € (4,4 %) beziehungsweise 21,4 Mrd € (12,4 %) unserer Privatkunden und Transaktionsbankkunden verzeichnet. Wir behaupten unseren Zugang zu den kurzfristigen Wholesale-Refinanzierungsmärkten, sowohl auf besicherter als auch unbesicherter Basis.

Die diskretionäre Wholesale-Refinanzierung umfasst eine Bandbreite von unbesicherten Produkten wie zum Beispiel Certificates of Deposits (CDs), Commercial Paper sowie Termin-, Call- und Tagesgelder, weitestgehend mit Laufzeiten bis zu einem Jahr. Zusätzlich sind 8,6 Mrd €forderungsgedeckte Geldmarktpapiere (ABCP), die durch Conduits emittiert werden, in den Finanzierungsvehikeln enthalten.

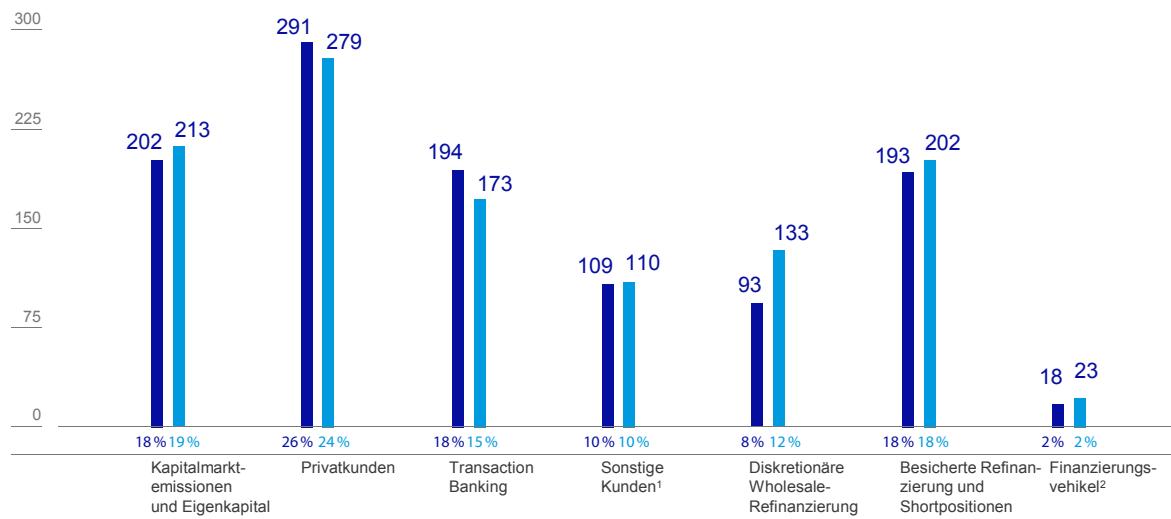
Das Gesamtvolumen unserer diskretionären Wholesale-Refinanzierung und der besicherten Refinanzierung schwankte zwischen den Berichtszeiträumen basierend auf unseren zugrunde liegenden Geschäftsaktivitäten. Die höheren Volumen, vornehmlich bei den besicherten Refinanzierungstransaktionen, sind größtenteils durch höhere kundenbezogene Wertpapierfinanzierungsgeschäfte sowie durch das Wachstum des liquiden Handelsbestands zwischen den Quartalsenden getrieben. Wir haben das Volumen der diskretionären Wholesale-Refinanzierung im Laufe des Jahres um 40,0 Mrd € reduziert. Diese Reduzierung ist das Resultat eines Anstiegs in den stabileren Refinanzierungsquellen, kombiniert mit einer Verringerung der Liquiditätsreserven auf einer vergleichbaren Basis.

Um eine ungewollte Abhängigkeit von diesen kurzfristigen Refinanzierungsquellen zu vermeiden und ein gesundes Refinanzierungsprofil am kurzen Ende sicherzustellen, das im Einklang mit der festgelegten Risikotoleranz steht, haben wir Limitstrukturen (über die Zeitachse) für diese Finanzierungsquellen implementiert, die aus unserer Stresstestanalyse abgeleitet sind.

Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung unserer externen Refinanzierungsquellen, die zu unserer Liquiditätsrisikoposition zum 31. Dezember 2012 sowie 31. Dezember 2011 beitrugen. Sie sind in Mrd € sowie als prozentualer Anteil an den gesamten externen Finanzierungsquellen dargestellt.

Zusammensetzung externer Finanzierungsquellen

in Mrd €



¹ Am 31. Dezember 2012: gesamt 1.101 Mrd €

² Am 31. Dezember 2011: gesamt 1.133 Mrd €

¹ „Sonstige Kunden“ enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime-Brokerage-Geschäft (netto).

² Enthält ABCP-Conduits.

Hinweis: Abgleich zur Bilanzsumme: Derivate und Abwicklungssalden 786 Mrd € (899 Mrd €), Aufrechnungseffekte für Margin- und Prime-Brokerage-Barsalden (auf Nettobasis) 70 Mrd € (73 Mrd €), sonstige nicht der Refinanzierung dienende Verbindlichkeiten 54 Mrd € (59 Mrd €), jeweils zum 31. Dezember 2012 und 31. Dezember 2011; Beträge können aufgrund von Rundungen Summenabweichungen ergeben.

Die folgende Tabelle zeigt die vertraglichen Fälligkeiten unserer kurzfristigen Wholesale-Refinanzierungen (einschließlich diskretionärer Wholesale-Refinanzierung plusforderungsgedekte Geldmarktpapiere) sowie unserer Kapitalmarktemissionen (von denen 33 % von Privatkunden gehalten werden).

Fälligkeiten von Wholesale-Refinanzierung und -Kapitalmarktemissionen

31.12.2012

in Mio €	Nicht mehr als 1 Monat	Mehr als 1 Monat, aber nicht mehr als 3 Monate	Mehr als 3 Monate, aber nicht mehr als 6 Monate	Mehr als 6 Monate, aber nicht mehr als 1 Jahr	Zwischen-summe weniger als 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr, aber nicht mehr als 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Insgesamt
Einlagen von Banken	24.627	5.820	2.542	870	33.859	25	214	34.098
Einlagen von sonstigen Kunden	20.776	1.996	779	465	24.015	185	294	24.495
CDs and CP	9.978	14.880	5.329	3.625	33.812	283	183	34.277
ABCP	4.552	3.721	376	–	8.649	–	–	8.649
Vorrangige unbesicherte Verbindlichkeiten	1.972	4.921	5.101	4.489	16.483	6.929	37.419	60.832
Vorrangige unbesicherte strukturierte Verbindlichkeiten	969	1.271	1.331	2.640	6.210	4.611	21.184	32.005
Besicherte Schuldverschreibungen	1.501	1.120	–	11	2.631	3.555	25.316	31.502
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.180	4.704	1.750	1.262	9.898	1.069	11.940	22.906
Sonstige	7	33	12	6	58	18	227	303
Insgesamt¹	66.563	38.465	17.220	13.368	135.616	16.675	96.777	249.068
Davon besichert	6.053	4.841	376	11	11.281	3.555	25.316	40.152
Davon unbesichert	60.509	33.625	16.844	13.357	124.335	13.120	71.461	208.917

¹ Verbindlichkeiten mit Kündigungsrechten werden mit ihrem rechtlich frühestmöglichen Kündigungstermin eingestellt. Über die Eintrittswahrscheinlichkeit einer derartigen Kündigung werden keine Annahmen getroffen.

Das Gesamtvolumen der innerhalb eines Jahres fällig werdenden Wholesale-Verbindlichkeiten und -Kapitalmarktemissionen in Höhe von 135,6 Mrd € sollte im Zusammenhang mit unseren gesamten Liquiditätsreserven von 232,2 Mrd € betrachtet werden.

Liquiditätsablaufbilanz

Zur Erstellung eines Fälligkeitsprofils (Liquiditätsablaufbilanz) ordnen wir alle für das Refinanzierungsprofil relevanten Aktiva und Passiva entsprechend ihren ökonomischen Fälligkeiten Laufzeitbändern zu. Da Handelsaktiva in der Regel liquider sind, als ihre vertragliche Laufzeit erkennen lässt, legen wir individuelle Liquiditätsprofile fest, die deren relativen Liquiditätswert zeigen. Aktiva und Passiva aus dem Privatkundengeschäft (Hypothekendarlehen und Privatkundeneinlagen), die üblicherweise unabhängig von den geltenden Kapitalmarktbedingungen erneuert oder verlängert werden, ordnen wir entsprechend ihrer erwarteten Prolongation bestimmten Zeitbändern zu. Wholesale-Bankprodukte stellen wir entsprechend ihren vertraglichen Laufzeiten ein.

Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Laufzeitband einen Überschuss beziehungsweise eine Unterdeckung an Finanzierungsmitteln und ermöglicht die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet zusammen mit dem Prozess zur Erstellung der strategischen Liquiditätsplanung, die das Angebot und die Nachfrage nach Refinanzierungsmitteln über alle Geschäftsbereiche hinweg prognostiziert, die Grundlage für unseren jährlichen Emissionsplan. Nach Genehmigung durch den Vorstand legt der Emissionsplan die Emissionsziele für Wertpapiere nach Laufzeit, Volumen und Instrument fest. Per Jahresende 2012 haben wir in allen jährlichen Laufzeitbändern der Liquiditätsablaufbilanz (> 1 Jahr bis zu > 10 Jahre) Überschüsse ausgewiesen.

Refinanzierung und Kapitalmarktemissionen

Die Kreditmärkte standen in 2012 weiterhin im Zeichen der allgemeinen makroökonomischen Entwicklungen sowie der Schuldenkrise in der Eurozone. Der fünf-jährige CDS für die Deutsche Bank hat in einem Bereich von 92–222 Basispunkten, mit einem Höchststand im Juli, gehandelt. Seitdem ist der Aufschlag gefallen und handelte zum Jahresende nahe dem Jahrestief. Der Aufschlag unserer Anleihen wies eine ähnliche Volatilität auf. Unsere fünfjährige EUR-Benchmarkanleihe (5,125 % Kupon, Fälligkeit im August 2017) handelte zum Beispiel in einem Bereich von 40–163 Basispunkten und schloss das Jahr ebenfalls nahe ihrem Tief.

Unser Refinanzierungsplan für 2012 in Höhe von 15,0 – 20,0 Mrd €, der Eigenemissionen mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als einem Jahr umfasst, wurde bereits Anfang September erfüllt und wir haben das Jahr 2012 mit einem Refinanzierungsvolumen von 17,9 Mrd € beendet. Diese Refinanzierung verteilt sich weitestgehend über die folgenden Finanzierungsquellen: unbesicherte Benchmarkanleihe (3,1 Mrd €), unbesicherte Emissionen an Privatkunden (5,9 Mrd €), unbesicherte Privatplatzierungen (6,8 Mrd €) und Pfandbriefemissionen (2,0 Mrd €). Der wesentliche Teil des Gesamtemissionsvolumens von 17,9 Mrd € wurde in EUR emittiert (10,2 Mrd €). Wir haben darüber hinaus 6,2 Mrd € in USD und kleine Beträge in JPY und GBP emittiert. Zusätzlich zu den direkten Emissionen nutzen wir langfristige Währungsswaps, um unseren Refinanzierungsbedarf außerhalb des EUR zu steuern. Unsere Investorenbasis umfasst Privatkunden (33 %), Banken (25 %), Vermögensverwalter und Pensionsfonds (15 %), Versicherungen (6 %) und andere institutionelle Investoren (21 %). Die geografische Verteilung lag zwischen Deutschland (28 %), dem restlichen Europa (31 %), den USA (21 %), Asien/Pazifik (16 %) und anderen Ländern (4 %). Von unseren per 31. Dezember 2012 ausstehenden Kapitalmarktemissionen sind etwa 80 % auf einer unbesicherten Basis emittiert worden.

Der durchschnittliche Aufschlag über dem relevanten variablen Index für unsere Emissionen (zum Beispiel Libor) betrug für das gesamte Jahr 64 Basispunkte, mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 4,2 Jahren. Unsere Emissionsaktivitäten verteilten sich in 2012 gleichmäßig über die ersten drei Quartale mit einem sich reduzierenden Volumen im vierten Quartal nach der Erfüllung unseres Emissionsplans. Über die vier Quartale in 2012 haben wir die folgenden Volumina emittiert: 5,7 Mrd €, 4,8 Mrd €, 5,5 Mrd € und 1,9 Mrd €.

Unser Refinanzierungsplan für das Jahr 2013, dessen Erfüllung wir über den Zugang zu den oben genannten vier Kanälen planen, ohne dabei von einem der Kanäle übermäßig abhängig zu sein, beläuft sich auf 18,0 Mrd €. Wir planen, einen Teil dieser Refinanzierung in USD aufzunehmen, und werden potenziell zur Steuerung der verbleibenden Finanzierungsanforderungen Währungsswaps eingehen. Unsere gesamten Fälligkeiten von Kapitalmarktemissionen in 2013, ohne unsererseits rechtlich ausübbarre Kaufoptionen, belaufen sich auf etwa 24,0 Mrd €.

Informationen über das Fälligkeitenprofil unserer Wholesale-Refinanzierung und -Kapitalmarktemissionen stehen in der vorangegangenen Tabelle.

Verrechnungspreise (Transfer Pricing)

Wir unterhalten ein Konzept für Verrechnungspreise, das für alle Geschäftsbereiche bindend ist und sicherstellt, dass die Preise (i) für Aktiva im Einklang mit deren zugrunde liegendem Liquiditätsrisiko stehen, (ii) Passiva im Einklang mit deren Finanzierungslaufzeit stehen und (iii) bedingte Zahlungsverpflichtungen im Einklang mit den Kosten für die Bereitstellung ausreichender Liquiditätsreserven gestellt werden, die zur Abdeckung unerwarteter Zahlungsrisiken benötigt werden.

In diesem Konzept für Verrechnungspreise allozieren wir die Refinanzierungs- und Liquiditätsrisikokosten und -nutzen an alle Geschäftsbereiche und setzen im Rahmen der Liquiditätsrisikorichtlinien der Bank finanzielle Anreize. Verrechnungspreise unterliegen den Laufzeitaufschlägen in Abhängigkeit der Marktbedingungen. Die Liquiditätsprämien werden von Treasury festgelegt und in einem separaten Liquiditätskonto ausgewiesen. Das Treasury-Liquiditätskonto spiegelt die aggregierten langfristigen Liquiditätskosten wider. Die Steuerung und Kostenallokation des Liquiditätskontos ist die wichtigste Stellgröße für die Verrechnung unserer Refinanzierungskosten.

Liquiditätsreserven

Die Liquiditätsreserven beinhalten verfügbare Barmittel und Barmitteläquivalente, hochliquide Wertpapiere (inklusive Staaten, staatlichen Einrichtungen und staatlich garantierten Wertpapieren) sowie weitere unbelastete und zentralbankfähige Vermögenswerte. Das Volumen der Liquiditätsreserve ist eine Funktion des erwarteten Stresstest-Ergebnisses, sowohl auf einer aggregierten als auch auf einer individuellen Währungsebene. Wenn wir zunehmend kurzfristige Wholesale-Verbindlichkeiten erhalten, die einen hohen Liquiditätsabfluss unter Stress mit sich bringen, so werden wir diese Liquidität zur Absicherung überwiegend in Barmitteln oder hochliquiden Wertpapieren halten. Somit schwankt das Gesamtvolume der Liquiditätsreserven gemessen an

den erhaltenen kurzfristigen Wholesale-Verbindlichkeiten, obwohl dies keine materiellen Auswirkungen auf unsere Gesamtliquiditätsposition unter Stress hat. Liquiditätsreserven beinhalten nur Aktiva, die innerhalb des Konzerns frei übertragbar sind oder zur Schließung von Liquiditätsabflüssen in lokalen Geschäftseinheiten verwendet werden können. Diese Reserven werden in den wichtigsten Währungen und an den Hauptstandorten, an denen die Bank aktiv ist, gehalten. Die überwiegende Mehrheit unserer Liquiditätsreserven wird zentral auf Gruppenebene oder in unseren ausländischen Niederlassungen gehalten. Die Größe und Zusammensetzung der Liquiditätsreserven unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch die Geschäftsführung. Die angewandten Sicherheitsabschläge spiegeln unsere Annahmen des aktuellen Liquiditätswerts wider, der primär durch besicherte Refinanzierung erzielt werden könnte, und berücksichtigen die Erfahrungen, die in den besicherten Refinanzierungsmärkten unter Stress gemacht wurden.

Die folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung unserer Liquiditätsreserven zu den beschriebenen Zeitpunkten. Unsere Liquiditätsreserven beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 232 Mrd €, inklusive Postbank nach deren erfolgter Integration mit 26 Mrd €. Die Vergleichszahlen vom 31. Dezember 2011 beinhalten die Postbank nicht. Unsere Liquiditätsreserven haben sich ohne Postbank um 16 Mrd € verringert. Hauptsächlich war hierfür die Reduzierung unserer diskretionären Wholesale-Refinanzierung um 40 Mrd € während des Jahres verantwortlich, die durch einen Anstieg der stabileren Finanzierungsquellen ausgeglichen wurde. Unsere Liquiditätsreserven exklusive Postbank beliefen sich für das Jahr 2012 auf durchschnittlich 211 Mrd €.

Zusammensetzung unserer Liquiditätsreserven nach Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen) und Tochtergesellschaften.

in Mrd €	31.12.2012		31.12.2011
	Buchwert	Liquiditätswert	
Verfügbare Barsalden und Äquivalente (vorwiegend bei Zentralbanken)	128	128	140 ¹
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	112	112	133
Tochtergesellschaften	16	16	7
Hochliquide Wertpapiere (enthält Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen)	91	82	65
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	56	52	56
Tochtergesellschaften	35	30	9
Sonstige unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere	13	10	18
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	12	9	18
Tochtergesellschaften	1	1	0
Gesamte Liquiditätsreserven	232	220	223 ¹
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	180	173	207
Tochtergesellschaften	52	47	16

¹ Zuvor für den 31. Dezember 2011 veröffentlichte Werte wurden angepasst und beinhalten jetzt auch die Liquiditätsreserven, die nicht frei innerhalb des Konzerns transferiert werden können, aber verfügbar sind, um stresstestbasierte Liquiditätsabflüsse in den Gesellschaften, in denen sie gehalten werden, zu begrenzen.

Die vorangehende Tabelle zeigt die unbelasteten Aktiva, die umgehend als Liquiditätsquelle in einem kurzfristigen Stresshorizont genutzt werden können. Der Buchwert repräsentiert den Marktwert der Liquiditätsreserven. Der Liquiditätswert repräsentiert den Wert, den wir unseren Liquiditätsreserven nach Bewertungsabschlag unter der Annahme unseres kombinierten Stressszenarios zuweisen. Für eine Analyse der verpfändeten Aktiva in der Bilanz siehe Anhangangabe 22 „Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte“.

Stresstests und Szenarioanalysen

Wir verwenden Stresstests und Szenarioanalysen, um den Einfluss von plötzlich auftretenden und schwer wiegenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition zu untersuchen. Die Szenarien, die wir anwenden, beruhen auf historischen Ereignissen wie dem Börsencrash des Jahres 1987, dem US-amerikanischen Liquiditätsgengpass von 1990 und den Terrorangriffen des 11. September 2001, auf Fallstudien von Liquiditätskrisen und auf hypothetischen Modellen sowie den Erfahrungen aus der letzten Finanzmarktkrise.

Sie beinhalten eine länger anhaltende Dysfunktionalität des Geldmarkts und ein Einfrieren der besicherten Refinanzierungsmärkte, die Ablehnung von Sicherheiten, eine eingeschränkte Fungibilität von Währungen, nicht absetzbare Syndizierungen und sonstige systemische Nebenwirkungseffekte. Die Szenario-Typen umfassen institutsspezifische Ereignisse (zum Beispiel Bonitätsherabsetzung), marktbedingte Ereignisse (zum

Beispiel systemisches Marktrisikoszenario) sowie die Kombination beider Ereignisse, welches ein systemisches Marktrisikoszenario in Kombination mit einer mehrstufigen Bonitätsherabsetzung verknüpft. Wir wenden diese Stressszenarien auf eine Auswahl von Währungen und Gesellschaften an. Diese Szenarien unterliegen regelmäßigen Überprüfungen und Neubewertungen.

Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass ein hoher Anteil der fällig werdenden Forderungen an Nicht-Wholesale-Kunden prolongiert werden muss (um den Franchise-Wert zu unterstützen), wohingegen die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise oder ganz eingeschränkt ist und daraus eine Finanzierungslücke resultiert. In diesem Zusammenhang wird angenommen, dass die Wholesale-Refinanzierung von den risiko-sensitivsten Quellen (inklusive der unbesicherten Finanzierung von Geschäftsbanken, Geldmarktfonds sowieforderungsgedeckten Geldmarktpapiere) in der akuten Stressphase komplett vertraglich ausläuft. Darüber hinaus analysieren wir den potenziellen Refinanzierungsbedarf bedingter Risiken, die unter Stress entstehen können. Diese beinhalten die Inanspruchnahme von Krediten, erhöhte Sicherheitsanforderungen aus derivativen Verträgen sowie Mittelabflüsse aus Festgeldern mit einem vertraglichen Rating-Trigger. Danach werden die notwendigen Schritte bestimmt, um der entstehenden Finanzierungslücke entgegenzuwirken. Die Gegenmaßnahmen beinhalten unsere verfügbaren Liquiditätsreserven sowie potenzielle Liquidität aus weiteren unbelasteten Wertpapierbeständen. Stresstests werden auf globaler und individueller Länderebene sowie über signifikante Währungen außerhalb der Eurozone hinweg durchgeführt. Wir überprüfen unsere Stresstestnahmen mindestens jährlich und haben den Schärfegrad einiger Stressannahmen im Laufe des Jahres 2012 erhöht.

Die Stresstests sind vollständig in unser Liquiditätsrisikomanagement-Konzept integriert. Zu diesem Zweck nutzen wir die vertraglich vereinbarten Wholesale-Zahlungsströme pro Währung und Produkt über einen achtwöchigen Zeitraum (welchen wir als die kritischste Zeitspanne in einer Liquiditätskrise einschätzen) und wenden den jeweiligen Stressfall auf alle potenziellen Treiber der Risiken aus bilanziellen und außerbilanziellen Produkten an. Über den achtwöchigen Zeitraum hinaus analysieren wir auf monatlicher Basis die Auswirkungen einer erweiterten Stressperiode, die bis zu zwölf Monate andauert. Die Stresstests des Liquiditätsrisikos liefern die Basis für unseren vom Vorstand genehmigten Notfallrefinanzierungsplan.

Unsere Stresstestanalysen geben Aufschluss darüber, ob wir unter kritischen Umständen genügend Liquidität aufbringen könnten, und liefern wichtige Informationen für die Festlegung unserer angestrebten Liquiditätsrisikoposition. Wir führen die Analyse monatlich durch. Die nachstehende Übersicht veranschaulicht die Stresstestergebnisse zum 31. Dezember 2012. Für jedes Szenario zeigt die Übersicht unsere kumulative Finanzierungslücke über einen achtwöchigen Zeitraum nach Eintritt des auslösenden Ereignisses, die Liquidität, die wir durch verschiedene Quellen zur Schließung der Lücke hätten aufbringen können, sowie die resultierende Nettoliquiditätsposition.

Stresstestergebnisse

in Mrd €	Finanzierungslücke ¹	Positionsschließung ²	Netto Liquiditätsposition
Systemisches Marktrisiko	39	217	178
Emerging Markets	15	216	201
Verschlechterung der Bonitätseinstufung um eine Stufe (Deutsche Bank-spezifisch)	45	222	177
Verschlechterung der Bonitätseinstufung auf A-2/P-2 (Deutsche Bank-spezifisch)	215	262	47
Kombiniert ³	227	255	28

¹ Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.

² Liquiditätsgenerierung auf Basis der Liquiditätsreserve (nach Sicherheitenabschlägen) und durch andere Gegensteuerungsmaßnahmen.

³ Kombinierter Effekt aus systemischen Marktrisiken und Herabstufung auf A-2/P-2.

Die untere Tabelle zeigt die zusätzlichen Sicherheiten, die im Falle einer Herabstufung unserer langfristigen Bonitätseinstufung von einer oder zwei Stufen durch Ratingagenturen benötigt werden.

Zusätzliche vertragliche Verpflichtungen

	31.12.2012	
in Mio €	Einstufige Ver- schlechterung der Bonität	Zweistufige Ver- schlechterung der Bonität
Vertragliche derivative Abflüsse und Nachschussforderungen	3.593	6.912
Andere vertragliche Abflüsse und Nachschussforderungen	544	1.080

Angesichts der wachsenden Bedeutung des Liquiditätsmanagements im Finanzsektor diskutieren wir liquiditätsrisikobezogene Themen aktiv mit Zentralbanken, Aufsichtsbehörden, Ratingagenturen und Marktteilnehmern. Wir sind in einer Reihe von Liquiditätsarbeitsgruppen engagiert und beteiligen uns an Initiativen zur Schaffung eines Branchenstandards zur angemessenen Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos bei Finanzdienstleistern. Neben der internen Liquiditätssteuerung unterliegt die Liquidität deutscher Banken den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes sowie den Vorschriften der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände und finanziellen Verbindlichkeiten

Treasury analysiert und steuert unsere Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten. In Fällen, in denen die Produkte keine vertraglichen Endfälligkeit haben oder die vertraglichen Endfälligkeit die Liquiditätsrisikoposition nicht adäquat widerspiegeln, ist es notwendig, Modellannahmen zu treffen. Einlagen von Privat- und Transaktionsbankkunden sind ein gutes Beispiel für die Notwendigkeit von Modellannahmen. Diese Einlagen haben generell keine vertraglich vereinbarte Restlaufzeit, haben sich aber als konsistente Größe, selbst in Zeiten großer Finanzkrisen, erwiesen.

Diese Modellannahmen sind integraler Bestandteil des Konzepts des Liquiditätsrisikomanagements, welches vom Vorstand definiert und festgelegt wurde. Siehe Abschnitt „Stresstest und Szenarioanalysen“ für weitere Informationen zu kurzfristigen Liquiditätspositionen mit Restlaufzeiten bis zu einem Jahr sowie Abschnitt „Liquiditätsablaufbilanz“ für langfristige Liquiditätspositionen mit Restlaufzeiten über einem Jahr.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Fälligkeitsanalyse aller Vermögensgegenstände, basierend auf den Buchwerten und die frühesten rechtlich durchsetzbare Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 2012.

Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände nach frühester Kündigungsmöglichkeit

31.12.2012

in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Zwischen- summe: bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	31.12.2012	
								Insgesamt	
Barreserve und Einlagen bei Kreditinstituten	136.491	8.726	1.955	147.173	22	65	173	147.433	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen	–	–	–	–	–	–	–	–	
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	5.333	21.735	9.382	36.450	27	93	–	36.570	
mit Kreditinstituten	1.979	17.802	8.977	28.757	–	93	–	28.850	
mit Kunden	3.355	3.933	405	7.693	27	–	–	7.720	
Privatkunden	18	–	–	18	–	–	–	18	
Unternehmen und sonstige Kunden	3.337	3.933	405	7.675	27	–	–	7.702	
Forderungen aus Wertpapierleihen	23.740	111	–	23.851	96	–	–	23.947	
mit Kreditinstituten	2.760	39	–	2.800	–	–	–	2.800	
mit Kunden	20.980	71	–	21.051	96	–	–	21.147	
Privatkunden	0	0	–	0	–	–	–	0	
Unternehmen und sonstige Kunden	20.980	71	–	21.051	96	–	–	21.147	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte – Handel	1.032.422	125.654	13.202	1.171.279	4.831	10.227	14.545	1.200.881	
Handelsaktiva	245.538	–	–	245.538	–	–	–	245.538	
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	171.106	–	–	171.106	–	–	–	171.106	
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	65.457	–	–	65.457	–	–	–	65.457	
Sonstige Handelsaktiva	8.975	–	–	8.975	–	–	–	8.975	
Positive Marktwerde aus derivativen Finanzinstrumenten	768.315	–	–	768.315	–	–	–	768.315	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	18.569	125.654	13.202	157.425	4.831	10.227	14.545	187.027	
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	10.256	107.589	5.798	123.643	880	339	126	124.987	
Forderungen aus Wertpapierleihen	8.166	15.373	4.765	28.304	–	–	–	28.304	
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	146	2.687	1.363	4.196	2.890	6.665	9.418	23.169	
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	–	–	22	22	1.013	2.978	4.906	8.919	
Sonstige Finanzaktiva	–	5	1.255	1.261	47	245	95	1.648	
Positive Marktwerde aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen	–	58	233	291	285	2.201	5.594	8.370	
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Finanzaktiva	6	5.404	3.859	9.269	4.491	16.891	18.729	49.380	
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	6	5.404	3.859	9.269	3.501	16.885	17.453	47.109	
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	–	–	–	–	990	5	1.275	2.271	
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	29.414	58.129	37.940	125.483	26.769	64.749	180.277	397.279	
an Kreditinstitute	1.996	6.968	6.205	15.169	2.957	6.755	2.239	27.120	
an Kunden	27.419	51.161	31.735	110.314	23.813	57.994	178.038	370.158	
Privatkunden	5.194	12.688	8.075	25.957	7.396	19.603	129.379	182.335	
Unternehmen und sonstige Kunden	22.224	38.473	23.660	84.357	16.417	38.391	48.659	187.824	
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	100.815	751	321	101.887	2.619	162	1.365	106.033	
Summe der Finanzaktiva	1.328.222	220.567	66.893	1.615.682	39.141	94.387	220.682	1.969.892	
Sonstige Aktiva	20.471	–	–	20.471	329	727	20.910	42.437	
Summe der Aktiva	1.348.693	220.567	66.893	1.636.153	39.469	95.114	241.593	2.012.329	

Die folgenden Tabellen zeigen eine Fälligkeitsanalyse unserer finanziellen Verpflichtungen, unwiderruflichen Kreditzusagen und Finanzgarantien und basieren auf frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows zum 31. Dezember 2012 beziehungsweise 31. Dezember 2011.

Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen

31.12.2012

in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als	Mehr als	Mehr als 5 Jahre
			3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	
Unverzinsliche Einlagen	143.920	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	136.607	234.048	35.496	19.035	16.005
Handelsspassiva ¹	54.914	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	752.706	–	–	–	–
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	56.277	79.238	6.741	4.864	5.309
Investmentverträge ²	–	53	788	1.225	5.666
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen ³	89	123	92	178	3.192
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	2.585	631	252	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	22.950	8.796	1.230	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.110	40	–	–	33
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	18.611	41.761	8.775	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	857	15.157	27.188	73.950	59.841
Hybride Kapitalinstrumente	–	2.956	2.410	5.522	3.818
Sonstige Finanzpassiva	132.620	4.262	235	584	114
Unwiderrufliche Kreditzusagen	94.006	–	–	–	–
Finanzgarantien	4.470	–	–	–	–
Insgesamt⁴	1.423.723	387.065	83.207	105.358	93.978

¹ Handelsspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. Wir halten dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden der Kategorie „Täglich fällig“ zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

² Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 39 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

³ Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert sind, werden zum beizulegenden Zeitwert erfasst und in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung gemäß unserer Erwartung auslaufen wird.

⁴ Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Wir halten die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering.

31.12.2011

	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in Mio €					
Unverzinsliche Einlagen	99.047	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	163.620	277.462	30.600	21.736	16.008
Handelsspassiva ¹	63.886	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	838.817	–	–	–	–
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	99.182	45.211	6.204	6.695	9.189
Investmentverträge ²	–	604	840	1.338	4.643
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen ³	452	135	11	1.018	3.170
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	2.866	2.050	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	24.781	4.975	1.022	–	19
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	7.643	38	–	–	451
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	48.879	15.471	1.330	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	3.608	9.691	26.100	83.610	68.256
Hybride Kapitalinstrumente	–	167	3.163	5.966	6.359
Sonstige Finanzpassiva	143.375	3.788	345	660	47
Unwiderrufliche Kreditzusagen	87.433	–	–	–	–
Finanzgarantien	23.684	–	–	–	–
Insgesamt⁴	1.607.273	359.592	69.615	121.025	108.142

¹ Handelsspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. Wir halten dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden der Kategorie „Täglich fällig“ zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

² Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 39 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

³ Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert sind, werden zum beizulegenden Zeitwert erfasst und in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung gemäß unserer Erwartung auslaufen wird.

⁴ Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Wir halten die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering.

Kapitalmanagement

Unsere Treasury-Abteilung steuert das Kapital auf Konzernebene sowie lokal in jeder Region. Die Allokation von Finanzressourcen im Allgemeinen und insbesondere von Kapital erfolgt bevorzugt an Geschäftsportfolien, die eine besonders positive Auswirkung auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value haben. Aus diesem Grund nimmt Treasury regelmäßige Neuallokationen des Kapitals innerhalb der Geschäftsportfolien vor.

Die Kapitalstrategie wird vom Capital and Risk Committee erstellt und vom Vorstand genehmigt. Treasury ist für die Umsetzung unserer Kapitalstrategie verantwortlich, welche auch die Emission und den Rückkauf von Aktien umfasst. Es ist unser Ziel, stets eine solide Kapitalisierung aufrechtzuerhalten. Kapitalnachfrage und -angebot werden permanent überwacht und, falls notwendig, angepasst, um den Kapitalbedarf unter verschiedenen Aspekten abzudecken. Dazu gehören das Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital und die Kapitalanforderungen durch Ratingagenturen.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften abdecken, werden jährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten unserer Tochtergesellschaften unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen unter Führung regionaler Treasury-Teams für die Einhaltung dieser Anforderungen. Ferner stellen sie die Einhaltung weiterer Anforderungen sicher, wie etwa Ausschüttungsbegrenzungen für Dividenden an die Deutsche Bank AG oder die Möglichkeit unserer Tochtergesellschaften, Kredite oder Darlehen an die Muttergesellschaft zu vergeben. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung der Kapital- und Refinanzierungspläne werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Unsere Hauptwährungen sind Euro, US-Dollar und Britisches Pfund. Treasury steuert die Sensitivität unserer Kapitalquoten im Hinblick auf Schwankungen in diesen Hauptwährungen. Das Kapital unserer ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen in anderen Währungen ist größtenteils gegen Währungsschwankungen abgesichert. Eine Ausnahme hiervon bildet derzeit der chinesischen Yuan. Treasury bestimmt, welche Währungen abgesichert werden sollen, entwickelt geeignete Absicherungsstrategien und schließt entsprechende Absicherungsgeschäfte ab.

Treasury ist im Investment Committee des größten Pensionsfonds der Bank vertreten. Dieses Komitee legt die Investmentrichtlinien des Pensionsfonds fest. Durch die Mitgliedschaft ist sichergestellt, dass das Vermögen des Pensionsfonds mit den Pensionsverbindlichkeiten im Einklang steht, um so die Kapitalbasis der Bank zu schützen.

Treasury beobachtet den Markt laufend nach Möglichkeiten für Passiv-Management-Geschäfte. Solche Transaktionen stellen eine antizyklische Möglichkeit dar, hartes regulatorisches Kernkapital durch den Rückkauf von Deutsche Bank-Fremdkapitalemissionen unter deren Ausgabepreis zu schaffen.

Im ersten Quartal 2012 haben wir die Allokationsmethode des durchschnittlichen Active Equity auf die Geschäftssegmente und Consolidation & Adjustments angepasst. Die Gesamtallokation berücksichtigt dabei weiterhin den jeweils höheren Kapitalbedarf nach ökonomischen sowie aufsichtsrechtlichen Aspekten. Um jedoch dem gestiegenen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital unter Basel 3 Rechnung zu tragen, wurde der Kapitalbedarf für regulatorische Zwecke auf Basis einer Kernkapitalquote ohne Hybridinstrumente von 9,0 % hergeleitet (vormals war die Basis hierzu eine Kernkapitalquote inklusive Hybridinstrumenten von 10,0 %). Als Resultat hat sich die Kapitalallokation an die Geschäftsbereiche erhöht. Um die Kapitalallokation auch weiterhin mit unseren kommunizierten Kapital- und Renditezielen im Einklang zu halten, beabsichtigen wir, ab 2013 den regulatorischen Kapitalbedarf auf Basis einer Kernkapitalquote ohne Hybridinstrumente von 10,0 % auf Konzernebene zu berechnen, wobei wir dabei von einem voll implementierten Basel 3-Regelwerk ausgehen.

Zwischen dem 26. Mai 2011 (Hauptversammlung 2011) und dem 31. Mai 2012 (Hauptversammlung 2012) haben wir insgesamt 42,3 Millionen Aktien zurückgekauft, davon keine durch den Einsatz von Derivaten. 38,9 Millionen Aktien wurden zu Aktienvergütungszwecken und 3,4 Millionen Aktien zur Erhöhung des Treasury-Bestands für zukünftige aktienbasierte Vergütung verwendet. 14,9 Millionen Aktien wurden im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Mai 2012 gekauft. Keine dieser Aktien wurde über Derivate erworben. In 2012 wurden zusätzlich 13,9 Millionen physisch zu bedienende Kaufoptionen auf Deutsche Bank-Aktien erworben, um bestehende Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung abzusichern. Von diesen Optionen hatten 10,6 Millionen eine anfängliche Laufzeit von über 18 Monaten. Zur Hauptversammlung 2012 befanden sich 10,9 Millionen Aktien infolge von Rückkäufen im Treasury-Bestand.

Die Hauptversammlung 2012 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, vor dem 30. November 2016 bis zu 92,9 Millionen Stück Deutsche Bank-Aktien zurückzukaufen. Davon können 46,5 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigung ersetzte die Genehmigung der Hauptversammlung 2011. Zwischen der Hauptversammlung 2012 und dem 31. Dezember 2012 wurden 2,5 Millionen Aktien zurückgekauft, davon keine über den Einsatz von Derivaten. Im gleichen Zeitraum wurden 13,4 Millionen Stück für aktienbasierte Vergütung verwendet. Zum 31. Dezember 2012 war der Treasury-Bestand an zurückgekauften Aktien weniger als eine Million.

Die Hauptversammlung 2012 erteilte dem Vorstand ebenfalls die Ermächtigung zur Schaffung von bedingtem Kapital durch Ausgabe von 90 Millionen Aktien im Nennwert von 230,4 Mio € innerhalb der nächsten fünf Jahre. Insgesamt steht damit bedingtes Kapital im Nennwert von 691,2 Mio € (270 Millionen Aktien) zur Verfügung. Zusätzlich hat das dem Vorstand zur Verfügung stehende genehmigte Kapital einen gesamten Nennwert von 1,2 Mrd € (450 Millionen Aktien).

Das insgesamt ausstehende hybride Tier-1-Kapital (im Wesentlichen nicht kumulative Vorzugsaktien, „Non-Cumulative Trust Preferred Securities“) belief sich am 31. Dezember 2012 auf 12,5 Mrd €, verglichen mit 12,7 Mrd € zum 31. Dezember 2011. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der schwächeren Entwicklung des US-Dollar Währungskurses und dem daraus folgenden Effekt auf das in US-Dollar begebene hybride Tier-1-Kapital. In 2012 haben wir weder hybrides Tier-1-Kapital begeben noch eingezogen.

2012 haben wir kein Tier-2-Kapital (anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten) begeben. Zum 31. Dezember 2012 betrug das Genussscheinkapital 1,1 Mrd €, verglichen mit 1,2 Mrd € zum 31. Dezember 2011. Die anrechenbaren nachrangigen Verbindlichkeiten (Tier-2-Kapital) beliefen sich am 31. Dezember 2012 auf 8,0 Mrd €, verglichen mit 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2011. Die kumulativen Vorzugsaktien betrugen 0,3 Mrd € zum 31. Dezember 2012 und waren unverändert gegenüber dem 31. Dezember 2011.

Die Postbank wurde in das konzernweite Kapitalmanagement integriert.

Kapitaladäquanz

Seit 2008 haben wir für die Deutsche Bank-Institutsgruppe Kapitalquoten berechnet und veröffentlicht gemäß dem überarbeiteten Kapitalregelwerk des Baseler Ausschusses von 2004 („Basel 2“), das im Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht eingeführt wurde. Seit dem 31. Dezember 2011 werden bei der Ermittlung der Kapitalquoten der Institutsgruppe auch die veränderten Kapitalanforderungen für Risiken im Handelsbuch und Verbriefungspositionen nach Maßgabe der Basel 2.5-Rahmenbedingungen, implementiert durch die Capital Requirements Directive 3, berücksichtigt, die in das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung Eingang gefunden hat. Diese Regelungen stellen die gesetzliche Basis für die Berechnung unserer Kapitaladäquanz-Relationen zum 31. Dezember 2012 dar.

Obwohl die kommende Eigenkapitalrichtlinie 4 (Capital Requirements Directive 4, „CRD 4“) und die dazugehörige Richtlinie zu den aufsichtsrechtlichen Anforderungen für Kreditinstitute und Investmentfirmen (Capital Requirements Regulation, „CRR“), die das Basel 3-Regelwerk in europäisches Recht umsetzen werden, noch nicht in Kraft sind, verwenden wir die Begriffe aus dem Basel 3-Regelwerk im folgenden Abschnitt und den Tabellen zur Kapitaladäquanz und dem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital. Die Zahlen werden jedoch weiterhin nach Basel 2.5 Regeln ausgewiesen. Dieser Abschnitt bezieht sich auf die Kapitaladäquanz der für bankaufsichtsrechtliche Meldezwecke konsolidierten Institutsgruppe, die keine Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors einschließt. Unsere Versicherungsgesellschaften werden in eine zusätzliche, für Finanzkonglomerate geltende Berechnung der Kapitaladäquanz nach der Finanzkonglomorate-Solvabilitätsverordnung (auch „Solvabilitätsspanne“) einbezogen. Unsere Solvabilitätsspanne als Finanzkonglomerat wird weiterhin von unseren Bankaktivitäten dominiert.

Vor dem Hintergrund der oben dargestellten rechtlichen Grundlagen basieren die folgenden Informationen auf den aufsichtsrechtlichen Regeln der Konsolidierung.

Das aufsichtsrechtliche Gesamteigenkapital nach den per Jahresende 2012 geltenden Regelungen besteht aus Tier-1-, Tier-2- und Tier-3-Kapital. Tier-3-Kapital wird unter den kommenden Basel 3-basierten Regelungen nicht mehr zulässig sein. Tier-1-Kapital besteht aus Tier-1-Kernkapital (vormals als Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente bezeichnet) und dem Zusätzlichen Tier-1-Kapital. Das Tier-1-Kernkapital besteht in erster Linie aus dem Stammkapital einschließlich Kapitalrücklagen, den Gewinnrücklagen sowie sonstigen Ergebnisrücklagen, ermäßigt um den Abzug von Firmenwerten und anderen immateriellen Vermögensgegenständen. Weitere aufsichtsrechtliche Anpassungen umfassen den Ausschluss des Kapitals von Gesellschaften außerhalb der Institutsgruppe und die Eliminierung der Eigenkapitaleffekte aus einer Veränderung des eigenen Kreditrisikos unter der Fair Value Option auf finanzielle Verbindlichkeiten.

Außerdem müssen die folgenden Posten in Abzug gebracht werden (gemäß Basel 2.5 jeweils zur Hälfte vom Tier-1- und Tier-2-Kapital): Beteiligungen an nichtkonsolidierten Banken, Finanzinstituten und Versicherungsgesellschaften, an denen eine Bank oder Institutsgruppe einen Kapitalanteil von mehr als 10 % hält (im Fall von Versicherungsgesellschaften einen Kapital- oder Stimmrechtsanteil von mindestens 20 %, es sei denn, diese werden in die Berechnung der Solvabilitätsspanne des Finanzkonglomerats einbezogen), sowie darüber hinaus der Betrag, um den der erwartete Verlust für die Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute, Unternehmen sowie Mengengeschäft, die auf Basis des Internal Ratings Based Approach („IRBA“) der Bank berechnet wurden, die Wertanpassungen und Rückstellungen für diese Positionen übersteigt, die erwarteten Verluste für bestimmte Beteiligungspositionen („Equity Exposures“), Verbriefungspositionen, die in der Berechnung der risikogewichteten Aktiva nicht enthalten sind, und der Wert der an eine Gegenpartei gelieferten Wertpapiere zuzüglich eventueller Wiederbeschaffungskosten, sofern die geforderte Zahlung nicht innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Lieferung von der Gegenpartei geleistet und die Transaktion dem Handelsbuch der Bank zugewiesen wurde.

Zusätzliches Tier-1-Kapital besteht aus verschiedenen hybriden Kapitalbestandteilen wie zum Beispiel nicht-kumulativen Vorzugsanteilen („Noncumulative Trust Preferred Securities“). Hybridkapitalinstrumente, die nicht mehr mit den kommenden Basel 3 Regeln im Einklang stehen, werden mit Blick auf die kommenden Basel 3 Regeln schrittweise bei der Berücksichtigung im Zusätzlichen Tier-1-Kapital reduziert.

Tier-2-Kapital umfasst in erster Linie kumulative Vorzugsanteile („Cumulative Trust Preferred Securities“), verschiedene Genussscheine, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten sowie 45 % der unrealisierten Gewinne aus bestimmten börsennotierten Wertpapieren. Der Betrag von langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten, der im Tier-2-Kapital berücksichtigt werden darf, ist limitiert auf 50 % des Tier-1-Kapitals. Der Gesamtbetrag des Tier-2-Kapitals ist begrenzt auf 100 % des Tier-1-Kapitals.

In der nachstehenden Tabelle sind die Komponenten des Tier-1- und Tier-2-Kapitals unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals insgesamt (Tier-3-Kapital ist in unserem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital insgesamt nicht enthalten) sowie unsere risikogewichteten Aktiva (bestehend aus Kreditrisiko-, Marktrisiko- und Operationellen Risikopositionen) und die entsprechenden Kapitalquoten, ohne Berücksichtigung der Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG, aufgeführt:

Eigenmittelausweis, RWA und Kapitalquoten

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Tier-1-Kernkapital: Instrumente und Reserven (Rücklagen)		
Kapitalinstrumente und Emissionsagokonto	26.098	25.252
Gewinnrücklagen (ohne Zwischengewinne)	28.961	25.987
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen	- 1.293	- 1.981
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	124	999
Unabhängig bewertete Zwischengewinne abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben und Dividenden	- 460	3.435
Tier-1-Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	53.430	53.692
 Tier-1-Kernkapital: aufsichtsrechtliche Anpassungen		
Immaterielle Vermögensgegenstände (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	- 11.579	- 12.909
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	- 440	-
Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten	- 2	- 128
Direkte Beteiligungen des Instituts an eigenen Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals ¹	-	-
Direkte Beteiligungen des Instituts an Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals relevanter Unternehmen, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	- 1.493	- 1.332
Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1.250 % zuzuordnen ist, wobei das Institut die Abzugsalternative wählt	- 953	- 3.372
davon: Verbriefungspositionen	- 953	- 2.863
davon: Vorleistungen	-	-
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	- 748	- 486
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Bezug auf nicht realisierte Gewinne und Verluste	- 259	847
Betrag, der durch zusätzliche Filter und durch die Anforderungen vor Anwendung der CRR vom Tier-1-Kernkapital abgezogen/dazugerechnet werden muss	-	-
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-1-Kernkapitals	- 15.473	- 17.379
Tier-1-Kernkapital	37.957	36.313
 Zusätzliches Tier-1-Kapital: Instrumente		
Kapitalinstrumente und Emissionsagokonto	13.025	12.734
Zusätzliches Tier-1-Kapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	13.025	-
 Zusätzliches Tier-1-Kapital: aufsichtsrechtliche Anpassungen		
Direkte Beteiligungen des Instituts an eigenen Instrumenten des zusätzlichen Tier-1-Kernkapitals	- 499	-
Zusätzliches Tier-1-Kapital	12.526	12.734
Tier-1-Kapital²	50.483	49.047
 Tier-2-Kapital: Instrumente und Rückstellungen		
Kapitalinstrumente und Emissionsagokonto	11.852	10.883
Tier-2-Kapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	11.852	10.883
 Tier-2-Kapital: aufsichtsrechtliche Anpassungen		
Direkte Beteiligungen des Instituts an eigenen Tier-2-Kapital-Instrumenten und nachrangigen Darlehen	- 152	-
Amortisation	- 2.283	-
Teilweise vom Tier-2-Kapital gem. § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten	- 2.885	- 4.703
Tier-2-Kapital	6.532	6.179
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	57.015	55.226
 Risikogewichtete Aktiva insgesamt	333.605	381.246
Kreditrisiko	228.952	262.460
Marktrisiko	53.058	68.091
Operationelles Risiko	51.595	50.695
 Kapitalquoten und Puffer		
Tier-1-Kernkapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	11,4	9,5
Tier-1-Kapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	15,1	12,9
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	17,1	14,5

¹ Ohne eigene Instrumente, die bereits im bilanziellen Ausweis der Kapitalinstrumente als Abzug berücksichtigt sind.

² Enthielte 20 Mio € stille Beteiligungen zum 31. Dezember 2012 sowie zum 31. Dezember 2011.

In der folgenden Tabelle werden die wesentlichen Veränderungen in unserem Tier-1-Kernkapital (vormals: Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente), im Zusätzlichen Tier-1- und Tier-2-Kapital jeweils von Jahresanfang bis Ende der Jahre 2012 und 2011 aufgeführt:

Entwicklung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Tier-1-Kernkapital	37.957	36.313
Anfangsbestand	36.313	29.972
Stammaktien, Nettoeffekt / (+) Zugang (-) Abgang	–	–
Kapitalrücklage	83	181
Gewinnrücklagen	-232	4.834
Darin: Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern und Währungsumrechnung	-452	666
Darin: Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	237	4.132
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten, Nettoeffekt / (+) Verkauf (-) Kauf	763	-373
Entwicklungen der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen	-423	1.166
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	-423	1.166
Abgegrenzte zukünftige Dividende	-697	-697
Eliminierung der Wertänderungen wegen Veränderung des eigenen Kreditrisikos, nach Steuern	126	-76
Geschäfts- oder Firmenwerte und andere immaterielle Vermögenswerte, nach Abzug latenter Steuern	1.330	-518
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-875	72
Abzugspflichtige Investitionen in Banken, Finanzunternehmen und Versicherungsgesellschaften	-161	-381
Verbriefungspositionen, nicht in den risikogewichteten Aktiva enthalten	1.911	1.987
Überschuss von erwarteten Verlusten über Risikovorsorge	69	-81
Sonstiges, inklusive regulatorischer Anpassungen	-250	227
Endbestand	37.957	36.313
Zusätzliches Tier-1-Kapital	12.526	12.734
Anfangsbestand	12.734	12.593
Neue, im zusätzlichen Tier-1-Kapital anrechenbare Emissionen	–	–
Rückkäufe	–	–
Sonstiges, inklusive regulatorischer Anpassungen	-208	141
Endbestand	12.526	12.734
Tier-1-Kapital insgesamt	50.483	49.047
Tier-2-Kapital:	6.532	6.179
Anfangsbestand	6.179	6.123
Neue, im Tier-2-Kapital anrechenbare Emissionen	–	–
Rückkäufe	-179	-251
Amortisation	-1.071	-747
Sonstiges, inklusive regulatorischer Anpassungen	1.603	1.054
Endbestand	6.532	6.179
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	57.015	55.226

Der Anstieg des Tier-1-Kernkapitals um 1,6 Mrd € im Jahre 2012 war in erster Linie das Ergebnis einer Reduzierung um 1,9 Mrd € der Kapitalabzugsposition für nicht in den RWA berücksichtigte Verbriefungspositionen. Ein weiterer positiver Effekt ergab sich aus der um 0,8 Mrd € reduzierten Position in Eigenen Aktien, der teilweise durch einen negativen Effekt in Höhe von 0,4 Mrd € aufgrund von Fremdwährungsumrechnungen ausgeglichen wurde. Der unter der Abzugsposition „Geschäfts- oder Firmenwerte und andere immaterielle Vermögenswerte“ gezeigte, positive Effekt von 1,3 Mrd € ist in erster Linie das Ergebnis von Tier-1-Kernkapitalneutralen Abschreibungen im vierten Quartal 2012, die entsprechende Gegeneffekte in unseren Gewinnrücklagen haben.

Stammaktien bestehen aus den Stammaktien der Deutsche Bank AG, die ohne Nennwert als Namensaktien ausgegeben wurden. Gemäß deutschem Recht repräsentiert jede Aktie einen gleichen Anteil am gezeichneten Kapital. Daher hat jede Aktie einen Nominalwert von 2,56 €, der über die Division des gesamten Aktienkapitals durch die Anzahl der Aktien ermittelt wird. Zum 31. Dezember 2012 waren 929.499.640 Aktien ausgegeben und vollständig eingezahlt, wovon 315.742 Aktien von uns gehalten wurden, sodass sich 929.183.898 Aktien in Umlauf befanden. Es gibt keine ausgegebenen Stammaktien, die nicht vollständig bezahlt wurden. Aufgelder sind in der Kapitalrücklage berücksichtigt.

Die folgenden zwei Tabellen zeigen spezifische Offenlegungen auf Basis von Säule 3. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule 3-Offenlegung.

Bedingungen und Konditionen der ausgegebenen Zusätzlichen Tier-1-Kapitalinstrumente (nicht testiert)

Emittent	Betrag in Mio	Währung	Zinszahlungsverpflichtungen	Kündigungsrecht des Emittenten	Kupon-Erhöhungs-klauseln oder andere, vorzeitige Kündigungsanreize
DB Capital Trust I	318	USD	<ul style="list-style-type: none"> • Bis 30. März 2009: 3-Monats-LIBOR plus 1,7 % Ab 30. März 2009: 5-Jahres US-Dollar Swap Rate plus 2,7 % 	Seit dem 30. März 2009: alle fünf Jahre, jeweils zum 30. März mit einer Kündigungsfrist von 90 Tagen	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
DB Capital Trust II	20.000	JPY	<ul style="list-style-type: none"> • Bis 27. April 2029: 5,2 % p.a. Ab 27. April 2029: 5-Jahres Japanische Yen Swap Rate plus 1,62 % 	Frühestens zum 27. April 2029 mit einer Kündigungsfrist von 90 Tagen.	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
DB Capital Trust III	113	USD	<ul style="list-style-type: none"> • Bis 30. Juni 2014: 3-Monats-LIBOR plus 1,9 % Ab 30. Juni 2014: 5-Jahres US-Dollar Swap Rate plus 2,9 % 	Frühestens zum 30. Juni 2014 mit einer Kündigungsfrist von 90 Tagen.	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
DB Capital Trust IV	153	USD	<ul style="list-style-type: none"> • Bis 30. Juni 2011: 3-Monats-LIBOR plus 1,8 %. Ab 30. Juni 2011: 5-Jahres US-Dollar Swap Rate plus 2,8 % 	Seit dem 30. Juni 2011: alle fünf Jahre, jeweils zum 30. Juni mit einer Kündigungsfrist von 90 Tagen.	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
DB Capital Trust V	147	USD	<ul style="list-style-type: none"> • Bis 30. Juni 2010: 3-Monats-LIBOR plus 1,8 %. Ab 30. Juni 2010: 5-Jahres US-Dollar Swap Rate plus 2,8 % 	Seit dem 30. Juni 2010: alle fünf Jahre, jeweils zum 30. Juni mit einer Kündigungsfrist von 90 Tagen.	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
DB Capital Funding Trust I	625	USD	<ul style="list-style-type: none"> • Bis 30. Juni 2009: 7,872 % p.a. Ab 30. Juni 2009: 3-Monats-LIBOR plus 2,97 %. 	Seit dem 30. Juni 2009: alle 3 Monate mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
DB Capital Funding Trust IV	1.000	EUR	<ul style="list-style-type: none"> • Bis 19. September 2013: 5,33 % p.a. Ab 19. September 2013: 3-Monats-EURIBOR plus 1,99 %. 	Frühestens zum 19. September 2013 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
DB Capital Funding Trust V	300	EUR	<ul style="list-style-type: none"> • 6,15 % p.a. 	Seit dem 2. Dezember 2009: alle 3 Monate mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
DB Capital Funding Trust VI	900	EUR	<ul style="list-style-type: none"> • Bis 28. Januar 2010: 6 % p.a. Ab 28. Januar 2010: viermal die Differenz zwischen 10-Jahres- und 2-Jahres-CMS-Rate, mit Obergrenze 10 % und Untergrenze 3,5 % 	Seit dem 28. Januar 2010: jährlich zum 28. Januar mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
DB Capital Funding Trust VII	800	USD	<ul style="list-style-type: none"> • Bis 19. Januar 2016: 5,628 % p.a. Ab 19. Januar 2016: 5,628 % p.a. plus 100 bp 	Frühestens zum 19. Januar 2016 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
DB Capital Funding Trust VIII	600	USD	<ul style="list-style-type: none"> • 6,375 % p.a. 	Seit dem 18. Oktober 2011: alle 3 Monate mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
DB Capital Funding Trust IX	1.150	USD	<ul style="list-style-type: none"> • 6,625 % p.a. 	Seit dem 20. August 2012 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
DB Capital Funding Trust X	805	USD	<ul style="list-style-type: none"> • 7,350 % p.a. 	Seit dem 15. Dezember 2012 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
DB Capital Funding Trust XI	1.300	EUR	<ul style="list-style-type: none"> • 9,5 % p.a. 	Frühestens zum 31. März 2015 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
DB Contingent Capital Trust II	800	USD	<ul style="list-style-type: none"> • 6,55 % p.a. 	Frühestens zum 23. Mai 2017 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
DB Contingent Capital Trust III	1.975	USD	<ul style="list-style-type: none"> • 7,6 % p.a. 	Frühestens zum 20. Februar 2018 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
DB Contingent Capital Trust IV	1.000	EUR	<ul style="list-style-type: none"> • 8,0 % p.a. 	Frühestens zum 15. Mai 2018 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine

Emittent	Betrag in Mio	Währung	Zinszahlungsverpflichtungen	Kündigungsrecht des Emittenten	Koupon-Erhöhungsklauseln oder andere, vorzeitige Kündigungsanreize
DB Contingent Capital Trust V	1.385	USD	• 8,05 % p.a.	Frühestens zum 30. Juni 2018 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
Deutsche Postbank Funding Trust I	300	EUR	• Bis 2. Dezember 2005: 6 % p.a. Ab 2. Dezember 2005: 10-Jahres-EURO Swap Rate plus 0,025 %, max. 8 %	Seit dem 2. Dezember 2010 zu jedem Coupon-Folgetermin.	keine
Deutsche Postbank Funding Trust II	500	EUR	• Bis 23. Dezember 2009: 6 % p.a. Ab 23. Dezember 2009: vielmals die Differenz zwischen 10-Jahres- und 2-Jahres-CMS-Rate, mit CMS min. 3,75 % und CMS max. 10 %	Seit dem 23. Dezember 2009 zu jedem Coupon-Folgetermin.	keine
Deutsche Postbank Funding Trust III	300	EUR	• Bis 7. Juni 2008: 7 % p.a. Ab 7. Juni 2008: 10-Jahres-EURO Swap Rate plus 0,125 %, max. 8 %	Seit dem 7. Juni 2011 zu jedem Coupon-Folgetermin.	keine
Deutsche Postbank Funding Trust IV	500	EUR	• Bis 29. Juni 2017: 5,983 % p.a. Ab 29. Juni 2017: 3-Monats-EURIBOR plus 2,07 %	Frühestens zum 29. Juni 2017 und zu jedem Coupon-Folgetermin.	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
Deutsche Postbank AG – Stille Beteiligung	10	EUR	• 8,15 % p.a.	Fällig am 31. Dezember 2018	Keine
Deutsche Postbank AG – Stille Beteiligung	10	EUR	• 8,15 % p.a.	Fällig am 31. Dezember 2018	Keine

Vom Zusätzlichen Tier-1-Kapital in Höhe von 12,5 Mrd € haben 8,8 Mrd € keine Koupon-Erhöhungsklauseln oder andere, vorzeitige Kündigungsanreize. Kein Instrument hat die Möglichkeit zur Umwandlung in Stammaktien. Alle Zusätzlichen Tier-1-Kapitalinstrumente sind gemäß § 64m (1) KWG als Tier-1-Kapital eingestuft. Im Fall der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder der Auflösung der Gesellschaft werden diese nicht zurückbezahlt, bis alle Gläubiger befriedigt wurden.

Unsere Tier-2-Kapitalinstrumente qualifizieren sich als aufsichtsrechtliches Eigenkapital gemäß § 10 (5) und (5a) KWG bis auf die von der Deutschen Postbank AG ausgegebenen Genusscheine, die alle vor dem 31. Dezember 2010 emittiert wurden und sich als Tier-2-Kapital gemäß § 64m (1) KWG qualifizieren. Dementsprechend haben alle Tier-2-Kapitalinstrumente eine Ursprungslaufzeit von mindestens fünf Jahren. Die Mehrheit unserer Tier-2-Kapitalinstrumente hat jedoch eine Ursprungslaufzeit von zehn Jahren oder mehr und Rückrufrechte durch den Emittenten nach fünf Jahren oder mehr. In den letzten zwei Jahren vor Fälligkeit eines Instruments werden nur 40 % des einbezahlten Kapitals als regulatorisches Kapital angerechnet.

Die mehrere hundert einzelnen Tier-2-Kapitalinstrumente können wie nachstehend gruppiert werden:

Bedingungen und Konditionen der ausgegebenen Tier-2-Kapitalinstrumente (nicht testiert)

Emittent	Fälligkeit (Jahr)	Betrag in Mio	Währung	Art des Tier-2-Kapital- instruments	Vorzeitige Rückzahlungs- option	Zinszahlungsverpflichtung
Deutsche Bank Capital Finance Trust I	Unbe- fristet	300	EUR	Kumulative Vorzugsanteile	Frühestens zum 27. Juni 2015 und danach jeweils jährlich zum Zinstermin (27. Juni) mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen	Feste Verzinsung in den ersten fünf Zahlungsperioden mit 7 % p.a., anschließend zehnmal die Differenz zwischen 10-Jahres- und 2-Jahres-CMS-Rate, mit Obergrenze 10-Jahres-CMS-Rate und Untergrenze 1,75 %
Deutsche Postbank AG	2014	100	EUR	Genusschein	Nein	6,00 % (fix) – 6,26 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2015	197	EUR	Genusschein	Nein	5,13 % (fix) – 5,65 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2016	676	EUR	Genusschein	Nein	4,40 % (fix) – 4,72 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2017	21	EUR	Genusschein	Nein	5,12 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2018	91	EUR	Genusschein	Nein	5,14 % (fix) – 5,53 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2020	14	EUR	Genusschein	Nein	5,10 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2021	24	EUR	Genusschein	Nein	4,53 % (fix) – 4,73 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2023	10	EUR	Genusschein	Nein	5,50 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2027	20	EUR	Genusschein	Nein	5,25 % (fix)

Emittent	Fälligkeit (Jahr)	Betrag in Mio	Währung	Art des Tier-2-Kapital- instruments	Vorzeitige Rückzahlungs- option	Zinszahlungsverpflichtung
Bankers Trust Corporation - New York	2015	141	USD	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	7,50 % (fix)
BHF Bank AG	2015	50	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,46 % (fix)
BHF Bank AG	2019	50	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,80 % (fix)
BHF Bank AG	2020	57	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,59 % (fix) – 4,63 % (fix)
BHF Bank AG	2025	47	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,75 % (fix)
Deutsche Bank AG	2013	1.175	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,10 % (fix) – 5,98 % (fix)
Deutsche Bank AG	2013	6.000	JPY	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	1,07 % (var.)
Deutsche Bank AG	2014	245	AUD	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2009 an jedem Zinstermin	5,36 % (var.)
Deutsche Bank AG	2014	1.081	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	1.061 Mio: Vorzeitige Rück- zahlung nach Wahl des Emittenten seit 2009 an jedem Zinstermin	1,09 % (var.) – 4,16 % (fix)
Deutsche Bank AG	2014	3.000	JPY	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2009 an jedem Zinstermin	0,94 % (var.)
Deutsche Bank AG	2014	214	NZD	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2009 an jedem Zinstermin	3,56 % (var.)
Deutsche Bank AG	2015	710	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2010 an jedem Zinstermin	0,88 % (var.) – 1,02 % (var.)
Deutsche Bank AG	2015	190	GBP	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2010 an jedem Zinstermin	1,41 % (var.)
Deutsche Bank AG	2015	335	USD	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2010 an jedem Zinstermin	1,11 % (var.)
Deutsche Bank AG	2016	220	CAD	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2011 an jedem Zinstermin	2,03 % (var.)
Deutsche Bank AG	2016	442	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2011 an jedem Zinstermin	0,98 % (var.)
Deutsche Bank AG	2017	509	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	489 Mio: Vorzeitige Rück Zah- lung nach Wahl des Emittenten seit 2012 an jedem Zinstermin	0,95 % (var.) – 5,82 % (fix)
Deutsche Bank AG	2018	100	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	10 Mio: Vorzeitige Rück Zah- lung nach Wahl des Emittenten ab 2013 an jedem Zinstermin	5,50 % (fix) – 6,50 % (var.)
Deutsche Bank AG	2019	249	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	238 Mio: Vorzeitige Rück Zah- lung nach Wahl des Emittenten ab 2014 an jedem Zinstermin	5,00 % (fix) – 6,00 % (fix)
Deutsche Bank AG	2020	1.235	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	85 Mio: Vorzeitige Rück Zah- lung nach Wahl des Emittenten ab 2015 an jedem Zinstermin	4,00 % (var.) – 5,00 % (fix)
Deutsche Bank AG	2024	20	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,10 % (fix)
Deutsche Bank AG	2033	5	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten ab 2013	6,30 % (fix)
Deutsche Bank AG	2035	50	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2010 an jedem Zinstermin	3,00 % (var.)
Deutsche Bank Financial Inc.	2015	778	USD	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,38 % (fix)
Deutsche Bank S.A.E., Barcelona	2013	41	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	3,72 % (var.)
Deutsche Bank S.A.E., Barcelona	2014	40	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,72 % (var.)

Emittent	Fälligkeit (Jahr)	Betrag in Mio	Währung	Art des Tier-2-Kapital- instruments	Vorzeitige Rückzahlungs- option	Zinszahlungsverpflichtung
Deutsche Bank S.p.A., Mailand	2018	500	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten ab 2013	0,22 % (var.)
Deutsche Bank Morgan Grenfell Group PLC	Unbe- fristet	6	USD	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 1991 an jedem Zinstermint mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen	1,00 % (var.)
BHW Bausparkasse	2013	91	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,90 % (fix) – 5,80 % (fix)
BHW Bausparkasse	2014	55	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	2,56 % (var.) – 5,60 % (fix)
BHW Bausparkasse	2017	5	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,69 % (fix)
BHW Bausparkasse	2018	6	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	6,08 % (fix)
BHW Bausparkasse	2019	48	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,27 % (fix) – 5,83 % (fix)
BHW Bausparkasse	2023	40	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,45 % (fix) – 6,13 % (fix)
BHW Bausparkasse	2024	10	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,64 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2013	227	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,78 % (fix) – 6,00 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2014	83	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,50 % (fix) – 6,00 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2015	508	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	500 Mio: Vorzeitige Rückzah- lung nach Wahl des Emittenten seit 2011 an jedem Zinstermint	1,00 % (var.) – 5,50 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2016	30	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,92 % (fix) – 5,01 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2017	60	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,21 % (fix) – 5,83 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2018	313	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,19 % (fix) – 6,63 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2019	65	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,14 % (fix) – 5,46 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2022	15	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,63 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2023	98	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,60 % (fix) – 6,01 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2024	43	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,15 % (fix) – 5,45 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2027	13	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	6,50 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2036	24.000	JPY	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	2,76 % (fix) – 2,84 % (fix)

Überleitung vom bilanziellen Eigenkapital auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital

	in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Eigenkapital per Bilanzausweis		54.003	53.390
Stammaktien		2.380	2.380
Kapitalrücklage		23.778	23.695
Gewinnrücklage		29.198	30.119
Darin: Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern und Währungsumrechnung		198	650
Darin: Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		237	4.132
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten		- 60	- 823
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien		-	-
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung nach Steuern		- 1.293	- 1.981
Prudentiale Filter		- 261	719
Wertänderungen der Eigenverbindlichkeiten		- 2	- 128
Unrealisierte Gewinne und Verluste		- 259	847
Regulatorische Anpassungen zum Bilanzausweis		- 15.785	- 17.796
Abgegrenzte zukünftige Dividende		- 697	- 697
Geschäfts- oder Firmenwerte		- 8.583	- 10.156
Gemäß Bilanz		- 9.297	- 10.973
Geschäfts- oder Firmenwert nach der Equitymethode bilanzierter Beteiligungen		- 30	- 29
Geschäfts- oder Firmenwert außerhalb des regulatorischen Konsolidierungskreises		745	846
Sonstige immaterielle Vermögenswerte		- 2.996	- 2.753
Gemäß Bilanz		- 4.922	- 4.829
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern		583	676
Sonstige immaterielle Vermögenswerte außerhalb des regulatorischen Konsolidierungskreises		1.343	1.399
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		124	999
Gemäß Bilanz		407	1.270
Anteile ohne beherrschenden Einfluss außerhalb des regulatorischen Konsolidierungskreises		- 283	- 271
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten		- 953	- 2.863
Fehlbetrag zwischen Rückstellungen und erwartetem Verlust		- 440	- 508
Abwicklungs- und Vorleistungsrisko		-	-
Abzugsfähige Investitionen in Banken, Finanzunternehmen und Versicherungsgesellschaften		- 1.493	- 1.332
Sonstiges (Konsolidierungseffekte und regulatorische Anpassungen)		- 748	- 486
Tier-1-Kernkapital		37.957	36.313
Zusätzliches Tier-1-Kapital		12.526	12.734
Hybride Kapitalinstrumente		12.526	12.734
Gemäß Bilanz		12.091	12.344
Regulatorische Anpassungen		435	390
Abzüge vom zusätzlichen Tier-1-Kapital		-	-
Tier-1-Kapital		50.483	49.047
Tier-2-Kapital		6.532	6.179
Nachrangige Verbindlichkeiten		9.362	10.813
Gemäß Bilanz		11.282	12.083
Amortisation		- 2.283	- 1.213
Regulatorische Anpassungen		364	- 57
Abzüge vom Tier-2-Kapital		- 2.885	- 4.703
Sonstiges		55	70
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt		57.015	55.226

Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen

Gemäß dem Baseler Rahmenwerk müssen die gesamten Eigenkapitalanforderungen berechnet und in Relation zu dem oben beschriebenen aufsichtsrechtlichen Eigenkapital gebracht werden. Die gesamten Eigenkapitalanforderungen werden häufig in Risikoaktiva angegeben, wobei die Kapitalanforderungen 8 % der Risikoaktiva betragen. Die Informationen basieren auf dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis.

Seit dem 31. Dezember 2011 werden bei der Ermittlung unserer RWAs und der Kapitalquoten die veränderten Kapitalanforderungen für Risiken im Handelsbuch und Verbriefungspositionen nach Maßgabe der Eigenkapitalrichtlinie 3 (auch „Basel 2.5“) berücksichtigt, die in das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung Eingang gefunden hat.

Mit dem Basel 2.5-Regelwerk wurden die modellbasierten Risikomessgrößen Stress-Value-at-Risk, Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“) und Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“) für das Marktrisiko von Banken eingeführt, die zu dessen Berechnung ein internes Modell verwenden:

- **Stress-Value-at-Risk:** Berechnung des Stress-Value-at-Risk auf Basis von über einen Beobachtungszeitraum von zwölf Monaten gesammelten Stressdaten.
- **Inkrementeller Risikoaufschlag:** Erfassung von Ausfall- und Migrationsrisiken zusätzlich zu den bereits im Value-at-Risk erfassten Risiken für kreditrisikosensitive Positionen im Handelsbuch.
- **Umfassender Risikoansatz:** Erfasst zusätzliches Risiko für Kreditkorrelationsprodukte durch die Anwendung eines internen Bewertungsmodells, das qualitativen Mindestanforderungen und Stresstests unterliegt. Der CRM muss wöchentlich berechnet werden und ermittelt sich aus dem höheren Wert von entweder dem letzten wöchentlichen CRM oder dem Durchschnitt der letzten zwölf Wochen-CRM-Werte oder der Kapitalanforderung nach dem Marktrisiko-Standardansatz für das Kreditkorrelationsportfolio, dem sogenannten „CRM-Floor“.

Zusätzlich erfordert das Basel 2.5-Regelwerk die Berechnung des spezifischen Marktrisikos für Handelsbuch-Verbriefungspositionen und nth-to-default-Kreditderivate, die nicht unter dem Umfassenden Risikoansatz erfasst werden, als Teil der Kapitalanforderung für das Marktrisiko mittels des Marktrisiko-Standardansatzes.

Vor diesem Hintergrund berechnen wir unsere risikogewichteten Aktiva auf Basis der folgenden Ansätze:

Die BaFin genehmigte die Anwendung des fortgeschrittenen IRBA für den Großteil unserer Adressenausfallrisikopositionen im Dezember 2007, worin die Risikopositionen der Postbank nicht enthalten waren. Zusätzliche, auf den fortgeschrittenen IRBA bezogene Genehmigungen der BaFin wurden in den Jahren 2008 bis 2012 eingeholt. Der fortgeschrittene IRBA stellt den anspruchsvollsten Ansatz innerhalb der Baseler Rahmenvereinbarung dar. Die Postbank hat Genehmigungen der BaFin für den auf das Mengengeschäft anzuwendenden IRBA, das für die Konsolidierung des Konzerns dem fortgeschrittenen IRBA zugeordnet wurde, und den IRB-Basis-Ansatz für einen Großteil der übrigen Adressenausfallrisikopositionen.

Die verbleibenden, grundsätzlich für den IRBA geeigneten Risikopositionen werden im Standardansatz abgedeckt. Dies erfolgt entweder vorübergehend, wenn wir die aufsichtsrechtliche Genehmigung anstreben, oder dauerhaft, wenn Risikopositionen gemäß § 70 SolvV im Standardansatz behandelt werden. Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich im Kapitel „Adressenausfallrisiko: aufsichtsrechtliche Bewertung“.

Die Kapitalanforderung für Verbriefungspositionen wird fast ausschließlich unter Anwendung des IRBA berechnet, nur ein kleiner Anteil unserer Risikopositionen wird im Standardansatz erfasst. Die Einführung von Basel 2.5 erfordert, Wieder-Verbriefungspositionen im Anlage- und Handelsbuch zu identifizieren und mit einem höheren Risikogewicht zu versehen mit der Folge einer erhöhten Kapitalanforderung für Kreditrisiken beziehungsweise Marktrisiken. Mehr Details zur Erfassung der Verbriefungspositionen befinden sich im Kapitel „Verbriefungen“.

Bei Beteiligungspositionen, die vor dem 1. Januar 2008 eingegangen wurden, machen wir von der Übergangsregelung Gebrauch, diese Positionen von der Anwendung des IRBA auszunehmen, und wenden die Grandfathering-Regel zur Anwendung einer Risikogewichtung von 100 % im Rahmen der Übergangsregelung an. Für Beteiligungspositionen, die seit dem 1. Januar 2008 gebildet wurden, wenden wir den einfachen Risikogewichtungsansatz innerhalb des IRBA an. Mehr Informationen zu Beteiligungspositionen befinden sich in den Abschnitten „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten – Investitionsrisiken“ und „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten – Gehaltene Beteiligungen“.

Die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen zur Unterlegung des Marktrisikos basiert grundsätzlich auf einem internen Value-at-Risk-Modell, für welches wir die Genehmigung der BaFin im Oktober 1998 erhalten haben. Im Dezember 2011 haben wir von der BaFin die aufsichtsrechtliche Genehmigung für unsere Modelle zur Bestimmung der Risikomessgrößen Stress-Value-at-Risk, Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, auch „IRC“) und Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, auch „CRM“) erhalten. Die Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals für das spezifische Zinsänderungsrisiko für Verbriefungen und nth-to-default-Kreditderivate im Handelsbuch, die nicht unter dem Umfassenden Risikoansatz erfasst werden, erfolgt mithilfe des Marktrisiko-Standardansatzes. Weitere Marktrisikopositionen im Standardansatz beinhalten zum Beispiel Positionen in Bezug auf die Postbank. Mehr Details zu den vorgenannten internen Modellen werden im Kapitel „Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“ dargestellt.

Im Dezember 2007 haben wir die Genehmigung zur Anwendung des fortgeschrittenen Messansatzes (Advanced Measurement Approach, „AMA“) für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen zur Unterlegung des operationellen Risikos erhalten. Diese Genehmigung erstreckt sich nicht auf die Postbank. Einzelheiten zu unserem AMA-Modell finden sich im Kapitel „Operationelles Risiko“. Zum 31. Dezember 2010 hat die Postbank ebenfalls die Genehmigung der BaFin für den AMA erhalten. Die Kapitalanforderungen für unser operationelles Risiko werden bislang ohne Postbank ausgewiesen und separat für die Postbank, da wir noch auf die aufsichtsrechtliche Genehmigung zur Integration der Postbank in unsere Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals warten.

Risikogewichtete Aktiva nach Modell und Geschäftsbereich

31.12.2012

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	70.590	26.398	6.134	67.511	40.329	18.235	229.196
Fortgeschrittener IRBA	63.727	18.464	2.823	38.637	19.501	573	143.725
Zentralregierungen	2.440	818	11	76	266	151	3.762
Institute	5.686	1.607	93	200	1.333	27	8.946
Unternehmen	49.258	15.610	2.589	2.796	10.999	395	81.646
Mengengeschäft	217	20	130	34.529	1.150	0	36.046
Sonstige	6.125	409	1	1.037	5.753	0	13.325
IRB-Basis-Ansatz	–	–	–	8.726	1.813	–	10.539
Zentralregierungen	–	–	–	32	2	–	35
Institute	–	–	–	2.217	939	–	3.156
Unternehmen	–	–	–	6.477	872	–	7.349
Mengengeschäft	–	–	–	–	–	–	–
Sonstige	–	–	–	–	–	–	0
Sonstiger IRBA	2.487	261	455	9.042	8.027	2.321	22.592
Zentralregierungen	–	–	–	–	–	–	–
Institute	–	–	–	–	–	–	–
Unternehmen	1.341	240	–	5.574	3.802	–	10.957
Mengengeschäft	–	–	–	–	–	–	–
Sonstige	1.146	20	455	3.467	4.225	2.321	11.635
Standardansatz	4.376	7.673	2.856	11.105	10.988	15.340	52.340
Zentralregierungen	2	68	0	87	222	1	379
Institute	13	16	9	112	77	3	230
Unternehmen	3.070	7.125	1.038	2.733	4.273	401	18.640
Mengengeschäft	16	392	134	5.991	2.758	1	9.292
Sonstige	1.275	73	1.675	2.183	3.658	14.935	23.799
Marktrisiko	35.656	365	1.166	360	15.512	–	53.058
Interner Modell-Ansatz (IMA)	31.280	365	1.166	–	13.761	–	46.571
Standardansatz	4.376	–	–	360	1.751	–	6.487
Operational Risk	19.221	331	4.904	4.530	22.609	–	51.595
Fortgeschrittener Messansatz	19.221	331	4.904	4.530	22.609	–	51.595
Insgesamt	124.939	27.093	12.451	72.695	80.295	16.377	333.849

Innerhalb des Kreditrisikos enthält die Zeile „Sonstige“ prinzipiell RWAs aus Verbriefungspositionen im Bankbuch. Der „Sonstige IRBA“ beinhaltet Beteiligungen und kreditunabhängige Aktiva in der Position Sonstige.

Innerhalb des Standardansatzes stellen ungefähr die Hälfte der Positionen in Sonstige Verbriefungspositionen des Bankbuchs dar. Der verbleibende Teil sind Positionen in den weiteren Forderungsklassen im Standardansatz außerhalb von Zentralregierungen, Instituten, Unternehmen und Retail.

Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen und RWA

	31.12.2012		31.12.2011	
in Mio €	Kapitalanforderungen	RWA	Kapitalanforderungen	RWA
Adressenausfallrisiko				
Fortgeschritten IRBA				
Zentralregierungen	301	3.762	207	2.586
Institute	716	8.946	1.018	12.727
Unternehmen	6.532	81.646	8.049	100.609
Mengengeschäft (ohne Postbank)	1.727	21.583	1.718	21.480
Mengengeschäft (Postbank)	1.157	14.462	912	11.405
Sonstige kreditunabhängige Aktiva	343	4.283	1.144	14.304
Fortgeschritten IRBA insgesamt	10.775	134.683	13.049	163.112
IRB-Basis-Ansatz				
Zentralregierungen	3	35	3	37
Institute	252	3.156	323	4.044
Unternehmen	1.465	18.306	1.391	17.382
Sonstige kreditunabhängige Aktiva	152	1.897	228	2.850
IRB-Basis-Ansatz insgesamt	1.872	23.394	1.945	24.312
Standardansatz				
Zentralregierungen	0	1	1	15
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	4	55	8	100
Sonstige öffentliche Stellen	26	323	52	654
Multilaterale Entwicklungsbanken	–	–	–	–
Internationale Organisationen	–	–	–	–
Institute	18	230	47	583
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	1	8	8	98
Unternehmen	1.491	18.640	1.840	22.998
Mengengeschäft	525	6.564	882	11.029
Durch Immobilien besicherte Positionen	218	2.728	252	3.152
Investmentanteile	196	2.444	220	2.755
Sonstige Positionen	1.176	14.702	8	94
Überfällige Positionen	130	1.625	156	1.944
Standardansatz insgesamt	3.786	47.320	3.474	43.424
Risiken aus Verbriefungspositionen				
Verbriefungspositionen (IRBA)	1.066	13.325	1.340	16.753
Verbriefungspositionen (Standardansatz)	117	1.457	157	1.961
Risiken aus Verbriefungspositionen insgesamt	1.183	14.782	1.497	18.714
Risiken aus Beteiligungspositionen				
Beteiligungspositionen bei Methodenfortführung/Grandfathering	281	3.517	282	3.522
Beteiligungspositionen (Einfacher Risikogewichtungsansatz im IRBA)	436	5.455	760	9.503
Börsengehandelt	51	632	81	1.016
Nicht börsengehandelt	369	4.616	647	8.088
Nicht börsengehandelt, aber ausreichend diversifiziert	17	207	32	399
Risiken aus Beteiligungspositionen insgesamt	718	8.971	1.042	13.024
Abwicklungsrisiko				
Adressenausfallrisiko insgesamt	18.336	229.196	21.021	262.764
Marktrisiko im Handelsbuch				
Interner Modell-Ansatz (IMA)	3.726	46.571	4.819	60.241
VaR	761	9.510	972	12.150
Stressed VaR	1.641	20.518	2.151	26.892
Incremental Risk Charge	761	9.509	758	9.475
Comprehensive Risk Measurement (Correlation Trading)	563	7.035	938	11.724
Standardansatz	519	6.487	628	7.854
Zinsrisiko – ohne Verbriefungen	2	26	142	1.780
Zinsrisiko – Verbriefungen sowie nth-to-default Swaps	443	5.533	399	4.986
Aktienkursrisiko	–	–	–	–
Währungsrisiko	42	524	55	688
Rohwarenpreisrisiko	–	–	–	–
Sonstiges Marktrisiko	32	404	32	401
Marktrisiko im Handelsbuch insgesamt	4.245	53.058	5.448	68.095
Operationelles Risiko				
Fortschritter Messansatz (AMA; ohne Postbank)	3.866	48.325	3.772	47.148
Fortschritter Messansatz (AMA; Postbank)	262	3.270	284	3.547
Operationelles Risiko insgesamt	4.128	51.595	4.056	50.695
Aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen und RWA insgesamt	26.708	333.849	30.524	381.554

Die nachfolgende Tabelle stellt eine Analyse der wesentlichen Einflussgrößen auf die RWA-Bewegungen für Kredit- und Marktrisiken auf Basis von Basel 2.5 in der Berichtsperiode zur Verfügung.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für Kredit- und Marktrisiko

	31.12. 2012	
	davon:	
	Kontrahenten- bezogenes Kreditrisiko	Derivate- und Wertpapier- finanzierungs- geschäfte
in Mio €		
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenanfang	262.764	50.973
Portfolioqualität/Wachstum	3.400	3.283
Operative Modellverbesserungen	– 13.534	– 12.800
Einführung fortgeschrittener Modelle	– 7.325	– 4.180
Forderungsverkauf/Hedging	– 14.470	– 1.567
Fremdwährungsbewegungen	– 1.639	– 436
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenende	229.196	35.274

	31.12. 2012
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenanfang	68.095
Veränderungen des Risikovolumens	– 322
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	– 2.577
Modellverbesserungen	– 707
Methoden und Grundsätze	– 11.215
Akquisitionen und Verkäufe	–
Fremdwährungsbewegungen	– 216
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenende	53.058

Der RWA-Rückgang für das kontrahentenbezogene Kreditrisiko um 13 % seit dem 31. Dezember 2011 zeigt im Wesentlichen unsere erfolgreichen Anstrengungen zur RWA-Reduktion mit der Fokussierung auf den Risikoabbau sowie Modell- und Prozessverbesserungen.

Die Kategorie „Forderungsverkauf/Hedging“ beinhaltet im Wesentlichen Aktivitäten zum Risikoabbau durch Veräußerungen, Restrukturierungen und zusätzliches Hedging. Reguläre Prozess- und Datenverbesserungen einschließlich des weiteren Einbeugs der Derivate in die Interne Modellmethode sowie die zusätzliche Anwendung von Netting-Rahmenverträgen und Sicherheitenvereinbarungen sind in der Kategorie „Operative Modellverbesserungen“ berücksichtigt. Der Bereich „Einführung fortgeschrittener Modelle“ zeigt vornehmlich den Einfluss von BaFin-Genehmigungen, die wir für bestimmte fortgeschrittene IRBA-Modelle im Zuge der weiteren Einführung erhalten haben. Dies erfolgte auf Basis der deutschen aufsichtsrechtlichen Anforderung, einen IRBA-Abdeckungsgrad von 92 % in Bezug auf EAD und RWA bis zum 31. Dezember 2012 zu erreichen. Die Kategorie „Portfolioqualität/Wachstum“ beinhaltet organische Veränderungen in der Buchgröße sowie Effekte von Bonitätsveränderungen im Portfolio.

Die Analyse für Marktrisiken umfasst Bewegungen in unseren internen Modellen für Value-at-Risk, Stress-Value-at-Risk, den inkrementellen Risikoaufschlag und den umfassenden Risikoansatz sowie Ergebnisse vom Marktrisiko-Standardansatz, zum Beispiel für Handelsbuchverbriefungen und nth-to-default-Kreditderivate oder Handelspositionen der Postbank.

Der 22 %-RWA-Rückgang für Marktrisiken seit dem 31. Dezember 2011 ergibt sich im Wesentlichen durch den signifikanten Rückgang des von der BaFin festgesetzten internen Modellmultiplikators von 5,5 auf 4,0 für das Value-at-Risk und das Stress-Value-at-Risk als Folge von Modell- und Prozessverbesserungen. Dies ist der alleinige Einflussfaktor in der Kategorie „Methoden und Grundsätze“, welcher aufsichtsrechtlich vorgegebene Anpassungen für unsere Marktrisiko-RWA-Modelle reflektiert. Die Marktrisiko-RWA-Bewegungen, die sich durch Veränderungen in Marktdaten, Volatilitäten, Korrelationen, Liquidität und Bonitätseinstufungen ergeben, sind in der Kategorie für Marktdatenveränderungen enthalten. In 2012 haben sich die Marktrisiko-RWAs vorteilhaft entwickelt aufgrund niedrigerer Volatilitätswerte in den historischen Marktdaten, die für die Kalkulation verwendet wurden. Veränderungen in unseren internen Modellen für Marktrisiko-RWAs, wie Methodenverbesserungen oder Erweiterung des Umfangs der erfassten Risiken, werden in die Kategorie „Modellverbesserungen“ einbezogen. Weitere Details zu den Marktrisikomethoden und ihren Verfeinerungen finden sich im Abschnitt „Marktrisiko aus Handelsaktivitäten – Messung und Beurteilung des Marktrisikos“.

RWA-Bewegungen im Marktrisiko in der Position „Veränderungen des Risikovolumens“ sind definiert als organische Änderungen in der Portfoliogröße und -zusammensetzung, die sich aus der normalen Geschäftstätigkeit ergeben. In dieser Kategorie werden auch Umwidmungen zwischen dem aufsichtsrechtlichen Handels- und Anlagebuch berücksichtigt, die in seltenen Fällen auftreten. Signifikante neue Geschäftstätigkeiten und Verkäufe würden in der Zeile „Akquisitionen und Verkäufe“ einbezogen, die jedoch in dieser Berichtsperiode nicht relevant sind.

Aufsichtsrechtliche Kapitalquoten

Das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung enthalten die Regelungen zur Kapitaladäquanz aus Basel 2.5 und sehen für deutsche Banken vor, Kapital in angemessener Höhe, gemessen an ihren aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen, vorzuhalten, wobei Letztere aus Adressenausfallrisiken, operationellen Risiken und Marktrisiken bestehen. Adressenausfallrisiken und operationelle Risiken müssen mit Tier-1- und Tier-2-Kapital (in Summe „Haftendes Eigenkapital“) gedeckt werden. Marktrisiken sind entweder mit Haftendem Eigenkapital (bis zu dem Betrag, der zur Unterlegung der Adressenausfallrisiken und operationellen Risiken nicht benötigt wird) oder mit Tier-3-Kapital (zusammen mit Haftendem Eigenkapital – „Eigenmittel“) abzudecken.

Die nachfolgende Tabelle zeigt das zur Deckung der Mindestkapitalanforderungen verfügbare aufsichtsrechtliche Eigenkapital nach Risikoklasse unter Berücksichtigung der Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG:

Abdeckung der Mindesteigenkapitalanforderungen

		31.12.2012		31.12.2011	
	Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen	Verfügbares aufsichtsrechtliches Eigenkapital		Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen	Verfügbares aufsichtsrechtliches Eigenkapital
in Mio €					
Kredit- und operationelles Risiko	22.464	57.251		25.077	55.545
Marktrisiko	4.245	34.787		5.448	30.468

Zum 31. Dezember 2012 und zum 31. Dezember 2011 wiesen wir aufsichtsrechtliches Eigenkapital deutlich über den geforderten Mindeststandards auf. Der Anstieg des aufsichtsrechtlichen Kapitals um 1,7 Mrd € in 2012, davon 1,4 Mrd € in Form von Tier-1-Kapital, beruhte in erster Linie auf reduzierten Kapitalabzugsbeträgen.

Das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung verlangten, dass wir unser Marktpreisrisiko zum 31. Dezember 2012 mit aufsichtsrechtlichem Kapital (Tier-1 + Tier-2 + Tier-3) in Höhe von 4,2 Mrd € unterlegen (31. Dezember 2011: 5,4 Mrd €). Wir haben diese Anforderung vollständig mit Tier-1- und Tier-2-Kapital erfüllt, das für die Mindestabdeckung des Kredit- und operationellen Risikos nicht erforderlich war.

Basel 2.5 verlangt den Abzug des Geschäfts- oder Firmenwerts vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Komponenten des Geschäfts- oder Firmenwerts teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen.

Am 31. Dezember 2012 betrug der Übergangsposten 236 Mio €, verglichen mit 319 Mio € am 31. Dezember 2011. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke an die deutsche Aufsichtsbehörde ist dieser Übergangsposten im Tier-1-Kapital und im aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den risikogewichteten Aktiva enthalten. Dementsprechend beliefen sich die an die deutschen Aufsichtsbehörden gemeldete Tier-1-Kapitalquote und die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung dieses Postens auf 15,2 % beziehungsweise 17,1 % am 31. Dezember 2012, verglichen mit 12,9 % beziehungsweise 14,6 % am 31. Dezember 2011.

Zum 31. Dezember 2012 werden die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten für die Deutsche Bank AG und ihre Tochterunternehmen, die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, die norisbank GmbH, die DWS Finanz-Service GmbH, die Deutsche Bank Europe GmbH und die Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co.KGaG, nicht veröffentlicht, da diese Gesellschaften die Bedingungen der Ausnahmeregelung nach § 2a KWG erfüllen. Im Ergebnis sind sie nicht verpflichtet, bestimmte aufsichtsrechtliche Anforderungen des KWG auf Einzelebene zu erfüllen, was auch die Berechnung der Solvabilität sowie die Meldung der aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten umfasst.

Diese Ausnahmeregelungen können nur dann angewandt werden, wenn unter anderem weder ein bedeutendes tatsächliches noch rechtliches Hindernis für die unverzügliche Übertragung von Eigenmitteln oder die Rückzahlung von Verbindlichkeiten von der Deutschen Bank AG an die jeweiligen Tochtergesellschaften oder von allen konzernangehörigen Unternehmen an die Deutsche Bank AG vorhanden ist.

Die Deutsche Postbank AG, die wir seit dem 3. Dezember 2010 konsolidieren, wird als signifikante Tochtergesellschaft des Konzerns angesehen, die in diesem Kontext als solche Gesellschaften definiert sind, die mehr als 5 % zu unseren risikogewichteten Aktiva beitragen. Im Dezember 2012 hat die Deutsche Postbank AG gegenüber der deutschen Aufsichtsbehörde BaFin die Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung nach § 2a KWG angezeigt, deren Anwendung zurzeit zwischen der Deutschen Postbank AG und den deutschen Aufsichtsbehörden diskutiert wird. Gleichwohl belieben sich die Tier-1-Kapitalquote und die Gesamtkapitalquote inklusive der Komponenten des Geschäfts- oder Firmenwerts gemäß § 64h Absatz 3 KWG für den Deutsche Postbank-Konzern einschließlich der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2012 auf 12,0 % und 15,9 % und auf 10,8 % und 14,9 % zum 31. Dezember 2011.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Verfügungen und weitere Maßnahmen seitens der BaFin nach sich ziehen, wie beispielsweise Dividendenzahlungen oder andere Gewinnausschüttungen auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital zu reduzieren oder auszusetzen. Diese könnten erhebliche Auswirkungen auf unsere Geschäftsaktivitäten haben. Wir haben 2012 die aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften eingehalten. Unsere Tochterunternehmen, die nicht in den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis einbezogen werden, wiesen in 2012 keine Kapitalunterdeckung auf.

Bilanzmanagement

Wir steuern unsere Bilanz auf Konzernebene und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen lokal. Wir weisen unsere Finanzressourcen bevorzugt den Geschäftsportfolios zu, die sich am positivsten auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value auswirken. Wir überwachen und analysieren die Bilanzentwicklung und beobachten bestimmte marktrelevante Bilanzkennzahlen. Diese dienen als Basis für Diskussionen und Managemententscheidungen des Capital and Risk Committee. Wir überwachen die Entwicklung der Bilanz nach IFRS, fokussieren unser Bilanzmanagement jedoch vorrangig auf bereinigte Werte wie in unserer bereinigten Verschuldungsquote („Leverage Ratio“). Diese wird bestimmt durch die Relation der bereinigten Bilanzsumme zum bereinigten Eigenkapital.

Verschuldungsquote: Wir berechnen unsere Verschuldungsquote als Finanzkennzahl ohne Berücksichtigung von Rechnungslegungsvorschriften, indem wir die Bilanzsumme durch das Eigenkapital dividieren. Wir veröffentlichen eine bereinigte Verschuldungsquote. Dafür werden Bilanzsumme und Eigenkapital gemäß IFRS folgendermaßen angepasst:

— Die Bilanzsumme gemäß IFRS wird unter Berücksichtigung zusätzlicher Aufrechnungsregeln angepasst, um die bereinigte Bilanzsumme zu erhalten. Gemäß IFRS ist eine Aufrechnung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen erforderlich, wenn eine Gesellschaft (1) eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich durchsetzen kann und (2) entweder die Abwicklung auf Nettobasis vornehmen oder den Vermögenswert realisieren und gleichzeitig die Verbindlichkeit ablösen will. IFRS regelt insbesondere die Abwicklung auf Nettobasis im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit, unabhängig von Rechten im Fall eines Ausfalls. Da im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit für die meisten derivativen Finanzinstrumente innerhalb von Master Netting Agreements die Abwicklung nicht auf Nettobasis erfolgt, ist unter IFRS ein Bruttoausweis vorzunehmen. Für Wertpapiere, die mit einer Rücknahme verpflichtung verkauft oder mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden, erfolgt ebenfalls ein Bruttoausweis, da sie im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit auch nicht auf Nettobasis abgewickelt werden, selbst wenn sie durch ein Master Netting Agreement gedeckt sind. Es

- entspricht der amerikanischen Branchenpraxis, eine Aufrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften vorzunehmen. Dies ist nach IFRS nicht gestattet.
- Das Eigenkapital gemäß IFRS wird so angepasst, dass Pro-forma-Gewinne und -Verluste aus der Bewertung unserer eigenen Verbindlichkeiten zum beizulegenden Zeitwert (nach Steuern; Schätzung unter der Annahme, dass im Wesentlichen alle unsere Verbindlichkeiten zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden) berücksichtigt werden, um das bereinigte Eigenkapital zu ermitteln. Diese Berechnung beruht auf einem Durchschnittssteuersatz von 35 %.

Wir wenden diese Anpassungen für die Berechnung der bereinigten Verschuldungsquote zur Erhöhung der Vergleichbarkeit mit Mitbewerbern an. Die Definition unserer bereinigten Verschuldungsquote wird durchgängig zur Steuerung der Geschäftsbereiche eingesetzt. Es wird dennoch Unterschiede in der Ermittlungsweise der Verschuldungsquote zwischen uns und den Mitbewerbern geben. Daher sollte unsere bereinigte Verschuldungsquote nicht mit der Verschuldungsquote anderer Unternehmen verglichen werden, ohne die Unterschiede in der Berechnungsweise zu beachten. Unsere bereinigte Verschuldungsquote dürfte weder gegenwärtigen oder zukünftigen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Verschuldungsquote entsprechen noch zwangsläufig Rückschlüsse auf diese zulassen.

Verschuldungsquote

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)

	31.12.2012	31.12.2011
Bilanzsumme (IFRS)	<u>2.012</u>	2.164
Anpassung wegen zusätzlichem Netting für Derivate	-705	-782
Anpassung wegen zusätzlichem Netting für Wertpapierkassageschäfte	-82	-105
Anpassung wegen zusätzlichem Netting für Wertpapierpensionsgeschäfte	-26	-10
Bilanzsumme (bereinigt)	<u>1.199</u>	1.267
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss (IFRS)	54,4	54,7
Bereinigung um Pro-forma-Gewinne/-Verluste (-) aus der Bewertung sämtlicher eigener Verbindlichkeiten zum beizulegenden Zeitwert (nach Steuern) ¹	1,7	4,5
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss (bereinigt)	<u>56,1</u>	59,2
Verschuldungsquote in % (IFRS)	37	40
Verschuldungsquote in % (bereinigt)	21	21

¹ Der geschätzte kumulative Steuereffekt bezüglich der Pro-forma-Gewinne/-Verluste aus diesen zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten belief sich zum 31. Dezember 2012 auf minus 0,9 Mrd € und zum 31. Dezember 2011 auf minus 2,4 Mrd €.

Zum 31. Dezember 2012 ist unsere bereinigte Verschuldungsquote auf konsolidierter Basis verglichen mit dem Vorjahresstand nahezu gleich geblieben. Damit lag sie deutlich unter unserer Zielgröße von 25. Unsere Verschuldungsquote berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 37 zum 31. Dezember 2012 und lag damit leicht unter dem Niveau zum Jahresende 2011.

Gesamtrisikoposition

Ökonomisches Kapital

Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition berücksichtigen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen. Eine Ausnahme ist das Geschäftsrisiko, welches wir durch einfache Addition hinzuzählen.

Gesamtrisikoposition gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung 2012 gegenüber 2011	
			in Mio €	in %
Kreditrisiko	12.574	12.812	-238	-2
Marktrisiko	13.185	12.003	1.182	10
Marktrisiko aus Handelspositionen	4.690	4.724	-34	-1
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	8.495	7.278	1.216	17
Operationelles Risiko	5.018	4.846	171	4
Diversifikationseffekte zwischen Kredit-, Markt- und operationellem Risiko	-4.435	-4.264	-171	4
Zwischensumme Kredit-, Markt- und operationelle Risiken	26.342	25.397	945	4
Geschäftsrisiko	2.399	980	1.419	145
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	28.741	26.377	2.364	9

Zum 31. Dezember 2012 betrug unser gesamter Ökonomischer Kapitalbedarf 28,7 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg um 2,4 Mrd € oder 9 % gegenüber dem Vorjahresbedarf von 26,4 Mrd €. Die höhere Gesamtrisikoposition resultiert hauptsächlich aus der Einführung eines neuen Modells zur Ermittlung des strategischen Risikos für das Geschäftsrisiko und die Erweiterung des Marktrisikos aus Nichthandelspositionen auf Credit Spread-Risiken im Bankbuch.

Zum 31. Dezember 2012 enthielt unser Ökonomischer Kapitalbedarf 5,3 Mrd € im Zusammenhang mit der Postbank. Dies entspricht einem Anstieg um 1,0 Mrd € oder 23 % gegenüber dem Vorjahresbedarf von 4,3 Mrd €. Dieser Anstieg begründete sich hauptsächlich durch die Einbeziehung von Credit Spread-Risiken im Bankbuch der Postbank im Rahmenwerk des Marktrisikos aus Nichthandelspositionen, die teilweise durch den geringeren Ökonomischen Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko ausgeglichen wurde.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Kreditrisiko betrug insgesamt 12,6 Mrd € zum 31. Dezember 2012. Der Rückgang um 238 Mio € (minus 2 %) reflektiert vornehmlich die Positionsreduzierungen, die teilweise durch Effekte aus regelmäßigen Überprüfungen der Kalibration der Kreditrisikoparameter sowie Methodenanpassungen kompensiert wurden.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das gesamte Marktrisiko erhöhte sich zum 31. Dezember 2012 um 1,2 Mrd € oder 10 % auf 13,2 Mrd € und ist auf den Anstieg des Marktrisikos aus Nichthandelspositionen um 1,2 Mrd € oder 17 % zurückzuführen. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der zuvor genannten Abdeckungserweiterung vom Marktrisiko aus Nichthandelspositionen auf Credit Spread-Risiken im Bankbuch sowie dem höheren Ökonomischen Kapitalbedarf für unsere Garantiefonds. Demgegenüber führten Methodenanpassungen für strukturelles Währungsrisiko, höhere Diversifikationseffekte mit dem Marktrisiko aus Handelspositionen und der Verkauf von Aktiva zu einem Rückgang des Kapitalbedarfs. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelspositionen reduzierte sich um 34 Mio € oder 1 %. Der nahezu unveränderte Ökonomische Kapitalbedarf für Marktrisiken aus Handelspositionen beinhaltet sich gegenseitig kompensierende Effekte aus Positionsreduzierungen und Methodenanpassungen.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für operationelle Risiken erhöhte sich per 31. Dezember 2012 um 171 Mio € oder 4 % auf 5,0 Mrd €. Die Erhöhung ist primär auf höhere in der Bankenbranche wahrgenommene Verluste, die Integration der BHF-BANK in unser AMA-Modell im ersten Quartal 2012 sowie Verfeinerungen des Modells im zweiten Quartal 2012 zurückzuführen. Die in 2011 eingeführte Sicherheitsmarge, die im AMA-Modell zur Anwendung kommt und zur Abdeckung unvorhergesehener Rechtsrisiken aus der derzeitigen Finanzkrise dient, wurde auch in diesem Jahr fortführend berücksichtigt.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko, bestehend aus einer strategischen Risiko- und einer Steuerrisikokomponente, betrug 2,4 Mrd € zum 31. Dezember 2012, was einem Anstieg von 1,4 Mrd € oder 145 % gegenüber 1,0 Mrd € Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2011 entspricht. Der Haupttreiber dieses Anstiegs war die Implementierung eines neuen, wesentlich verbesserten Modells für die Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das strategische Risiko im vierten Quartal 2012. Das neue Modell

ersetzt den alten Szenario-basierten Ansatz durch eine komplette Simulation von Ergebnissen des Konzerns und der Geschäftsbereiche und ist enger in unserer strategischen Planung integriert.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs über das Kredit-, Markt- und operationelle Risiko hinweg stieg zum 31. Dezember 2012 um 171 Mio € oder 4 %, folgend höheren Risikopositionen, die für Diversifikation berücksichtigt werden.

Ökonomischer Kapitalbedarf unserer Geschäftsbereiche

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Corporate Banking & Securities	11.788	8.729
Global Transaction Banking	1.434	1.294
Asset & Wealth Management	2.016	1.647
Private & Business Clients	6.720	6.508
Non-Core Operations Unit	5.452	6.806
Consolidation & Adjustments	1.331	1.393
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	28.741	26.377

ICAAP (Interner Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess)

Der ICAAP verlangt von Banken, ihre Risiken zu identifizieren und zu bewerten, ausreichend Kapital zur Abdeckung der Risiken vorzuhalten und Verfahren zur Risikosteuerung anzuwenden sowie die angemessene Kapitalisierung permanent sicherzustellen, das heißt, das zur Verfügung stehende interne Kapital muss die intern gemessenen Risiken übersteigen (siehe auch Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“).

Wir erfüllen auf Konzernebene den ICAAP – wie unter Basel 2/Säule 2 gefordert und über die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) in das deutsche Aufsichtsrecht überführt – durch das konzernweite Rahmenwerk für Risikomanagement und Governance, Methoden, Prozesse und Infrastruktur.

In Übereinstimmung mit den Basel 2- und MaRisk-Vorschriften zählen zu unseren Kerninstrumenten, um eine ausreichende Kapitalisierung fortdauernd sicherzustellen:

- der strategische Planungsprozess, der Risikostrategie und Risikotoleranz mit den Geschäftszielen in Einklang bringt;
- der fortlaufende Überwachungsprozess gegenüber genehmigten Risiko- und Kapitalzielen;
- die regelmäßige Berichterstattung über Risiken und Kapital an die Steuerungsgremien; und
- die ökonomische Kapitalmethode sowie das Stresstest Rahmenwerk, das auch spezifische Stresstests zur Unterstützung der Sanierungsplan-Überwachung beinhaltet.

Mehr Informationen zur Risikosteuerung in den wesentlichen Risikokategorien sind im Abschnitt „Grundsätze des Risikomanagements – Risikosteuerung“ dargestellt.

Interne Kapitaladäquanz

Im Rahmen unseres internen Prozesses zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit („Internal Capital Adequacy Assessment Process“, auch ICAAP) bestimmen wir unsere interne Kapitaladäquanz in Form einer Quote auf Basis eines unterstellten Liquidationsszenarios („Gone Concern Approach“). Zur Ermittlung dieser Quote dividieren wir unser gesamtes Kapitalangebot durch unsere gesamte Kapitalanforderung, wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt. In 2011 haben wir die Ermittlung des Kapitalangebots hinsichtlich der abzugsfähigen Differenzen aus latenten Steuerforderungen, der Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts und für Anteile ohne beherrschenden Einfluss gemäß der aufsichtsrechtlichen Auslegung neu definiert. Im vierten Quartal 2012 wurde Active Book Equity als Ausgangspunkt für die Berechnung des Kapitalangebots zwecks höherer Transparenz durch den Aktionären zurechenbares Eigenkapital ersetzt. Der Vorjahresvergleich wurde entsprechend angepasst.

Interne Kapitaladäquanz

	31.12.2012	31.12.2011
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)		
Kapitalangebot		
Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	54.003	53.390
Unrealisierte Gewinne/Verluste ¹	220	125
Aktive latente Steuern	- 7.718	- 8.737
Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts ²	- 1.992	- 3.323
Anteile ohne beherrschenden Einfluss ³	-	694
Hybride Tier-1-Kapitalinstrumente	12.526	12.734
Tier-2-Kapitalinstrumente ⁴	11.646	12.044
Kapitalangebot	68.685	66.927
Kapitalanforderung		
Ökonomischer Kapitalbedarf	28.741	26.377
Immaterielle Vermögensgegenstände	14.219	15.802
Kapitalanforderung	42.960	42.179
Interne Kapitaladäquanzquote	160 %	159 %

¹ Beinhaltet unrealisierte Gewinne/Verluste aus Absicherungen von Zahlungsströmen, ohne anwendbare Steuern, sowie Abzüge von Fair-Value-Erträgen auf eigene Krediteffekte in Bezug auf eigene Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

² Beinhaltet Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für in Übereinstimmung mit IAS 39 umgewidmete Vermögenswerte sowie für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt.

³ Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des Ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

⁴ Tier-2-Kapitalinstrumente ohne teilweise vom Tier-2-Kapital gemäß § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten, unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet) und verschiedenen Abzugsbeträgen, die nur bei aufsichtsrechtlicher Kapitalbetrachtung anzuwenden sind.

Eine Quote von mehr als 100 % bedeutet, dass unser gesamtes Kapitalangebot die Kapitalanforderung für die Risikopositionen abdecken kann. Diese Quote betrug 160 % zum 31. Dezember 2012 im Vergleich zu 159 % zum 31. Dezember 2011. Der Anstieg des Kapitalangebots aufgrund eines höheren den Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals und reduzierter Abzugspositionen überstieg die beobachtete Erhöhung der Kapitalanforderung und bestimmte die positive Entwicklung der Quote. Die Erhöhung des den Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals um 613 Mio € spiegelte hauptsächlich unrealisierte Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten sowie den Jahresgewinn wider, die durch Effekte aus Wechselkursänderungen teilweise kompensiert wurden. Der Rückgang der Anteile ohne beherrschenden Einfluss um 694 Mio € war auf Effekte aus dem zuvor genannten Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der Postbank zurückzuführen. Der Anstieg der Kapitalanforderung reflektierte vornehmlich den höheren Ökonomischen Kapitalbedarf, der im Abschnitt „Gesamtrisikoposition“ näher erläutert ist und im vierten Quartal 2012 teilweise durch Abschreibungen von Geschäfts- und Firmenwerten und immateriellen Vermögensgegenständen kompensiert wurde.

Die obigen Messgrößen zur Risikotragfähigkeit werden auf den konsolidierten Konzern (inklusive Postbank) angewandt und bilden einen integralen Teil unseres Rahmenwerks für das Risiko- und Kapitalmanagement, das in den weiteren Kapiteln dieses Berichts erläutert wird.

Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung

Allgemeine Informationen

Das Management der Deutschen Bank und ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften ist für die Einrichtung, Anwendung und Weiterentwicklung eines angemessenen internen Kontrollsysteins bezogen auf den Rechnungslegungsprozess („IKSRL“) verantwortlich. Unser rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem steht unter der Aufsicht unserer Co-Vorsitzenden des Vorstands und unseres Finanzvorstands. Es soll hinreichende Sicherheit darüber gewähren, dass die Aufstellung des Konzernabschlusses im Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) steht und die externe Finanzberichterstattung zuverlässig ist.

Risiken im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Hauptrisiken im Rechnungslegungsprozess bestehen darin, dass Abschlüsse aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns (Betrug) nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln oder dass ihre Veröffentlichung verspätet erfolgt. Diese Risiken können dazu führen, dass das Vertrauen der Investoren oder die Reputation der Bank beeinträchtigt werden. Darüber hinaus können sie Sanktionen wie zum Beispiel Interventionen der Bankenaufsicht nach sich ziehen. Die Rechnungslegung vermittelt kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wenn in den Abschlüssen enthaltene Zahlen oder Anhangangaben wesentlich von den korrekten Angaben abweichen. Abweichungen werden als wesentlich eingestuft, wenn sie einzeln oder insgesamt die auf Basis der Abschlüsse getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Abschlussadressaten beeinflussen könnten.

Das Management des Konzerns hat das IKSRL eingerichtet, um diese Risiken zu begrenzen. Ein solches System kann aber nur eine angemessene und keine absolute Sicherheit darüber bieten, dass die Abschlüsse frei von wesentlichen Fehlern sind. Die Ausgestaltung unseres Kontrollsysteins basiert auf dem Rahmenwerk für interne Kontrollsysteine des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission („COSO“). COSO empfiehlt die Festlegung von spezifischen Zielen, die die Konzeption eines Kontrollsysteins fördern und die Überwachung seiner Wirksamkeit ermöglichen. Im Rahmen der Einrichtung des internen Kontrollsysteins hat das Management die nachstehenden Ziele für das IKSRL festgelegt:

- **Existenz** – Bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind vorhanden und die erfassten Transaktionen wurden auch durchgeführt.
- **Vollständigkeit** – Sämtliche Transaktionen wurden erfasst und alle Kontensalden sind in den Abschlüssen berücksichtigt.
- **Bewertung** – Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Transaktionen sind mit dem zutreffenden Wert in den Finanzberichten ausgewiesen.
- **Rechte, Verpflichtungen und Eigentum** – Wirtschaftliches Eigentum an Vermögenswerten oder bestehende Verpflichtungen werden zutreffend als Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten abgebildet.
- **Darstellung und Berichterstattung** – Der Ausweis, die Präsentation und Gliederung sowie die Anhangangaben der Finanzberichte entsprechen den gesetzlichen Anforderungen.
- **Sicherung von Vermögenswerten** – Nicht autorisierte Käufe, Nutzung oder Verkäufe von Vermögenswerten werden verhindert oder zeitnah festgestellt.

Wie jedes interne Kontrollsysteim kann das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsysteum unabhängig davon, wie sorgfältig es ausgestaltet ist und betrieben wird, nur eine hinreichende, jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der entsprechenden Ziele geben. Im Rahmen des IKSRL durchgeführte Kontrollen, Prozesse oder eingerichtete Systeme können daher Fehler oder Betrugsfälle nicht vollständig ausschließen. Darüber hinaus ist bei der Einrichtung eines IKSRL die Wirtschaftlichkeit zu beachten, das heißt, der Nutzen eines Kontrollsysteins soll in einem angemessenen Verhältnis zu den anfallenden Kosten stehen.

Organisation des internen Kontrollsysteins

In das interne Kontrollsysteim im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess eingebundene Funktionen

Die Kontrollen im Rahmen des IKSRL sind von den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen durchzuführen, die an den Prozessen und Kontrollen zur Erstellung und Überprüfung der Abschlüsse beteiligt sind. Die Ausführung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsysteins obliegt überwiegend den Mitarbeitern aus den Funktionen Finance, Group Technology and Operations, Risk sowie Group Tax.

Finance ist dabei als eine von den Geschäftsbereichen unabhängige Funktion für die regelmäßige Erstellung der Abschlüsse verantwortlich. Die Verantwortlichkeiten im Rahmen des Kontrollprozesses sind im Bereich Finance wie folgt unterteilt:

- Für bestimmte Geschäftsbereiche oder Konzerngesellschaften zuständige Mitarbeiter von Finance stellen durch Validierungs- und Kontrollmaßnahmen sicher, dass die Finanzdaten den Qualitätsanforderungen entsprechen. Diese Mitarbeiter stehen im engen Kontakt mit dem Geschäftsbereich, der Infrastrukturfunktion und dem Management der Gesellschaft und sind durch ihre spezifischen Kenntnisse in der Lage, eventuelle Schwächen in der Finanzberichterstattung in Bezug auf Produkte und Transaktionen zu identifizieren. Darüber hinaus validieren sie Bewertungsanpassungen und andere auf Schätzungen basierende Bewertungen. Für die betreffende Gesellschaft beziehungsweise den Geschäftsbereich verantwortliche Mitarbeiter stimmen ihre jeweiligen Sichtweisen miteinander ab und zeichnen die Einzelabschlüsse der Gesellschaften frei.
- Finance Group Reporting verantwortet die Konzernberichterstattung einschließlich der Erstellung konzernweiter Finanz- und Managementinformationen, Plandaten und Plananpassungen sowie der Risikoberichterstattung. Group Reporting legt den Zeitplan für die Berichterstattung fest, aggregiert die Einzelabschlüsse der Gesellschaften, führt Konsolidierungsmaßnahmen durch, eliminiert konzerninterne Transaktionen und überwacht die ordnungsgemäße Umsetzung der am Periodenende durchgeföhrten Korrekturprozesse. Nach Berücksichtigung und Verarbeitung der Kommentare der Geschäftsleitung und der externen Berater zu Inhalt und Darstellung des Konzernabschlusses wird dieser von Group Reporting erstellt.
- Die Accounting Policy and Advisory Group („APAG“) ist für die Erarbeitung der konzernweiten Bilanzierungsrichtlinien auf Basis der internationalen Rechnungslegungsstandards sowie für deren einheitliche Anwendung im Konzern zuständig. APAG berät Finance sowie die Geschäftsbereiche, insbesondere in Bilanzierungsfragen, und stellt sicher, dass bank- und transaktionsspezifische Bilanzierungsfragen zeitnah gelöst werden.
- Die Global Valuation Oversight Group („GVO“) sowie Bewertungsexperten für die einzelnen Geschäftsbereiche sind für die Entwicklung von Richtlinien, Mindeststandards für die Bewertung, Umsetzungsvorgaben sowie die Durchführung von Bewertungskontrollen verantwortlich. Ferner prüfen und beurteilen sie Ergebnisse von Bewertungskontrollen und fungieren als zentrale Ansprechpartner für Bewertungsthemen externer Dritter (wie Aufsichtsbehörden und externer Wirtschaftsprüfer).

Der operative Betrieb des IKSRL wird durch Group Technology and Operations, Risk und Group Tax maßgeblich unterstützt. Obwohl diese Funktionen nicht direkt an der Aufstellung des Abschlusses beteiligt sind, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Erstellung der Finanzinformationen:

- Group Technology and Operations („GTO“) bestätigt die Transaktionen mit unseren Kontrahenten und ist sowohl für die interne als auch externe Abstimmung von Finanzinformationen zwischen Systemen, Depots und Börsen zuständig. GTO wickelt für den Konzern die zum Abschluss von Transaktionen notwendigen Zahlungen ab und ist für die Abstimmung der Nostrokonten verantwortlich.
- Risk ist für die Entwicklung von Richtlinien und Standards für das Kredit-, Markt-, Rechts-, Liquiditätsmanagement und das operationelle Risikomanagement zuständig. Risk überprüft und beurteilt die Angemessenheit etwaiger Wertberichtigungen und Rückstellungen für Kredit- und Rechtsrisiken sowie operationelle Risiken.
- Group Tax ist in Verbindung mit Finance für die korrekte Berechnung ertragsteuerbezogener Finanzdaten verantwortlich. Dies umfasst die Bewertung und Planung von laufenden und latenten Steuern sowie die Erhebung steuerlich relevanter Informationen. Group Tax überwacht die Ertragsteuerposition und die Rückstellungen für Steuerrisiken.

Kontrollen zur Minimierung des Risikos von Fehlern in der Rechnungslegung

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem umfasst eine Vielzahl von internen Kontrollen und Prozessen, die das Risiko von Fehlern in den Abschlüssen minimieren sollen. Solche Kontrollen sind direkt im operativen Prozess integriert und hierzu zählen unter anderem Kontrollen, die:

- fortlaufend oder permanent erfolgen, wie beispielsweise Kontrollen zur Einhaltung von internen Richtlinien und Anweisungen oder zur Funktionstrennung;
- regelmäßig durchgeführt werden, wie beispielsweise die Kontrollen im Rahmen der jährlichen Abschluss erstellung;

- der Fehlervermeidung oder nachträglichen Fehlerfeststellung dienen;
- direkte oder indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Kontrollen, die indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben, sind unter anderem allgemeine IT-Kontrollen, zum Beispiel Kontrollen über den Zugang zu und die Einführung von EDV-Systemen. Zu den Kontrollen mit direkten Auswirkungen zählt beispielsweise die Verifizierung einer spezifischen Bilanzposition;
- automatisierte und/oder manuelle Komponenten umfassen. Automatisierte Kontrollen sind in einen Kontrollprozess eingebunden, wie zum Beispiel eine im System hinterlegte Funktionstrennung sowie automatisierte Datenschnittstellen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit von Eingabedaten sicherstellen. Manuelle interne Kontrollen, wie die Genehmigung von Transaktionen, werden von einem Mitarbeiter oder einem Team durchgeführt.

Die Gesamtheit individueller Kontrollen umfasst alle nachfolgenden Aspekte des IKSRL:

- **Erstellung und Anwendung von Bilanzierungsrichtlinien.** Sicherstellung einer weltweit konsistenten Berichterstattung über die Geschäftsaktivitäten des Konzerns und der entsprechenden Berichterstattung im Einklang mit genehmigten Bilanzierungsrichtlinien.
- **Referenzdaten.** Kontrollen für das Hauptbuch und die bilanziellen und außerbilanziellen Transaktionen sowie für die für Produkte benötigten Referenzdaten.
- **Transaktionsgenehmigung, -erfassung und -bestätigung.** Kontrollen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit erfasster Transaktionen sowie deren ordnungsgemäße Genehmigung sicherstellen. Dazu zählt die Kontrolle von Transaktionsbestätigungen, die von und an Kontrahenten gesendet werden, um zu gewährleisten, dass die Transaktionsdaten extern bestätigt sind.
- **Kontrollen externer und interner Abstimmungen.** Abstimmungen erfolgen zwischen relevanten Systemen für alle Geschäfte, Transaktionen, Positionen oder relevante Parameter. Im Rahmen externer Abstimmungen werden unter anderem die Nostrokonten, Depots und Börsengeschäfte geprüft.
- **Bewertung einschließlich unabhängiger Bewertungskontrollen.** Finance führt mindestens einmal im Monat Bewertungskontrollen durch, um sich von der Angemessenheit der Bewertung durch das Front Office zu überzeugen. Die Ergebnisse dieser Bewertungskontrollen werden einmal pro Monat im Valuation Control Oversight Committee beurteilt. Bewertungsspezialisten für einen Geschäftsbereich befassen sich insbesondere mit Bewertungsansätzen und -methoden für verschiedene Klassen von Vermögenswerten und führen unabhängige Bewertungskontrollen für komplexe Derivate und strukturierte Produkte durch.
- **Steuerberechnung.** Diese Kontrollen stellen sicher, dass die Berechnungen der Steuern ordnungsgemäß durchgeführt werden und Steuerpositionen im Abschluss korrekt erfasst sind.
- **Bewertungsanpassungen und andere Schätzungen.** Kontrollprozesse, die sicherstellen sollen, dass Bewertungsanpassungen und auf Schätzungen basierende sonstige Anpassungen autorisiert wurden und gemäß den genehmigten Richtlinien berichtet werden.
- **Nachweis von Bilanzposten.** Um die Vollständigkeit von Bilanzposten zu garantieren, sind die zugrunde liegenden Salden auf den Hauptbuchkonten nachzuweisen.
- **Konsolidierungskontrollen und andere Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung.** Zum Meldestichtag übermitteln alle Geschäftsbereiche und Regionen ihre Finanzdaten zwecks Konsolidierung an den Konzern. Konsolidierungskontrollen umfassen die Validierung von Buchungen zur Eliminierung von konzerninternen Transaktionen. Bei den Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung werden die Prozesse zum Abschluss von Hauptbuchkonten am Monatsende und Korrekturbuchungen überprüft.
- **Berichterstattung und Darstellung.** Kontrollen zur Erstellung des Konzernabschlusses schließen die Bearbeitung und Übereinstimmung mit Checklisten zu den Offenlegungspflichten sowie die Durchsicht und Freigabe durch leitende Mitarbeiter von Finance ein. Der vom Vorstand aufgestellte Konzernabschluss und -lagebericht unterliegt der Überprüfung und Genehmigung durch den Aufsichtsrat und dessen Prüfungsausschuss.

Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsysteins

Der Konzernvorstand führt jedes Jahr eine formelle Prüfung der Angemessenheit und Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsysteins durch. Diese Überwachung umfasst die Bewertung sowohl

der Wirksamkeit des Kontrollumfelds als auch der einzelnen zugrunde liegenden Kontrollen und schließt folgende Faktoren ein:

- Das Risiko eines Fehlers in einer der im Abschluss ausgewiesenen Positionen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Wesentlichkeit und Fehleranfälligkeit dieser Position;
- Die Fehleranfälligkeit der identifizierten Kontrollen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Automatisierungsgrad, Komplexität, Risiko der Außerkraftsetzung durch das Management, Kompetenz der Mitarbeiter und Grad der erforderlichen subjektiven Beurteilung.

Diese Faktoren bestimmen in ihrer Gesamtheit Art und Umfang der Nachweise, die das Management benötigt, um zu beurteilen, ob das eingerichtete IKSRL wirksam ist oder nicht. Die Nachweise selbst ergeben sich entweder aus im normalen Geschäftsbetrieb verankerten Prozessen oder aus Prozessen, die speziell für die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL eingerichtet wurden. Daneben sind Informationen aus anderen Quellen eine wichtige Komponente der Bewertung, da sie dem Management zusätzliche Kontrollmängel aufzeigen oder die Kontrollergebnisse bestätigen können. Zu diesen Informationsquellen gehören:

- Berichte zu Prüfungen, die von Aufsichtsbehörden oder in deren Auftrag durchgeführt wurden;
- Berichte externer Prüfer;
- Berichte, die in Auftrag gegeben wurden, um die Wirksamkeit von an Dritte ausgelagerten Prozessen zu beurteilen.

Zur Gewährleistung der Funktionalität des IKSRL erfolgt zusätzlich eine Aufbau- und Funktionsprüfung der Kontrollen im Rahmen regelmäßiger oder eigens zu diesem Zweck von der Konzernrevision durchgeföhrter risikoorientierter Prüfungen. Für alle von der Konzernrevision durchgeföhrten Prüfungen werden Berichte mit zusammengefassten Prüfungsergebnissen erstellt. Diese Berichte werden zusammen mit den Ergebnissen weiterer Prüfungshandlungen der Konzernrevision dem Management zur Kenntnisnahme vorgelegt, um dieses auch bei der jährlichen Beurteilung der operativen Funktionalität des IKSRL zu unterstützen.

Die vom Management durchgeföhrte fokussierte Überprüfung führte zum 31. Dezember 2012 zu der Feststellung, dass die Ausgestaltung des IKSRL zweckmäßig ist und die Kontrollen wirksam sind.

Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Zum 31. Dezember 2012 betrug das Grundkapital der Deutschen Bank AG 2.379.519.078,40 €, eingeteilt in 929.499.640 Stammaktien ohne Nennwert. Die Aktien sind voll eingezahlt und in Form von Namensaktien begeben. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Bank zum 31. Dezember 2012 Eigene Aktien in ihrem Bestand hielt, konnten daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden. Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3 %. Uns sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutschen Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein oder zwei Vorstandsmitglieder zu Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. In dringenden Fällen hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten ein fehlendes Vorstandsmitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Nach dem Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank vor der Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 33 Absatz 2 KWG).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die BaFin kann einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse einzelner Mitglieder des Vorstands übertragen, wenn diese Mitglieder nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche fachliche Eignung haben oder wenn das Kreditinstitut nicht mehr über die erforderliche Anzahl von Vorstandsmitgliedern verfügt. Wenn Mitglieder des Vorstands nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche Sachkunde besitzen oder wenn ihnen wesentliche Verstöße gegen die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung verborgen geblieben sind oder sie festgestellte Verstöße nicht beseitigt haben, kann die BaFin dem Sonderbeauftragten die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands insgesamt übertragen. In allen diesen Fällen ruhen die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands oder der betroffenen Vorstandsmitglieder (§ 45c Absatz 1 bis 3 KWG).

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken (§ 46 Absatz 1 KWG). In diesem Fall hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag der BaFin die erforderlichen Vorstandsmitglieder zu bestellen, wenn infolge der Untersagung der Vorstand nicht mehr über die für die Führung der Geschäfte erforderliche Anzahl von Mitgliedern verfügt (§ 46 Absatz 2 KWG).

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge Ausnutzung von genehmigtem Kapital, ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreiben (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

Befugnis des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2012 verfügte die Deutsche Bank AG über ein genehmigtes Kapital von 1.152.000.000 €, das vollständig oder in Teilbeträgen bis zum 30. April 2016 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Einlagen	Bezugsrechte	Befristet bis
230.400.000 €	Geldeinlagen	Ausschluss nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG möglich	30. April 2016
230.400.000 €	Geld- oder Sacheinlagen	Ausschluss möglich, wenn die Kapitalerhöhung zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen wird	30. April 2016
691.200.000 €	Geldeinlagen	Ausschluss nicht möglich	30. April 2016

Der Vorstand ist ermächtigt, einmalig oder mehrmalig Genussscheine, die mit Wandlungs- oder Optionsrechten verbunden sind, sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen auszugeben. Die Genussscheine, Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen können auch von mit der Deutschen Bank AG verbundenen Unternehmen ausgegeben werden. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital, bedingt durch die Ausübung dieser Wandlung- und/oder Optionsrechte beziehungsweise Wandlungspflichten, erhöht.

Bedingtes Kapital	Ausgabe der Wandlungs- und/oder Optionsrechte befristet bis
€ 230.400.000	30. April 2015
€ 230.400.000	30. April 2016
€ 230.400.000	30. April 2017

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 27. Mai 2010 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 30. November 2014 zum Zweck des Wertpapierhandels Eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörsen) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Deutschen Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 30. November 2016 Eigene Aktien bis zu 10 % des derzeitigen Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörsen) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wert-

papierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbener Aktien über die Börse, durch Angebot an alle Aktionäre beziehungsweise gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck vorzunehmen, Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder andere dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft dienliche Vermögenswerte zu erwerben. Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung solcher Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft und verbundenen Unternehmen ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Optionsbeziehungsweise Wandlungsrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Der Vorstand wurde weiter unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche Eigenen Aktien als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben oder zur Bedienung von Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft zu verwenden, die Mitarbeitern oder Organmitgliedern der Gesellschaft und verbundener Unternehmen eingeräumt wurden.

Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre solche Eigenen Aktien an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung 10 % des vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder indirekter Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ebenfalls anzurechnen sind Aktien, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandlungsrechten aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder -genussrechten auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen oder Genussrechte während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser oder einer vorherigen Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsschlusses bedarf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung auch unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen oder Terminkaufverträgen durchzuführen. Die Gesellschaft kann danach auf physische Belieferung gerichtete Verkaufsoptionen an Dritte verkaufen und Kaufoptionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen spätestens am 30. November 2016 enden.

Der bei Ausübung der Verkaufsoptionen beziehungsweise bei Fälligkeit des Terminkaufs zu zahlende Kaufpreis je Aktie darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-

Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörsen) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Optionsgeschäfts nicht um mehr als 10 % überschreiten und 10 % dieses Mittelwerts nicht unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen beziehungsweise gezahlten Optionsprämie. Eine Ausübung der Kaufoptionen darf nur erfolgen, wenn der zu zahlende Kaufpreis den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörsen) an den letzten drei Handelstagen vor Erwerb der Aktien nicht um mehr als 10 % überschreitet und 10 % dieses Mittelwerts nicht unterschreitet.

Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben wurden, gelten die von der Hauptversammlung festgesetzten allgemeinen Regeln.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Sofern ein Mitglied des Vorstands im Rahmen eines Kontrollerwerbs ausscheidet, erhält es eine einmalige Vergütung ausgezahlt, die im nachfolgenden Vergütungsbericht näher dargestellt ist.

Sofern das Anstellungsverhältnis bestimmter Führungskräfte mit globaler oder strategisch bedeutender Verantwortung im Rahmen eines Kontrollerwerbs innerhalb einer definierten Frist beendet wird, ohne dass ein von den Führungskräften zu vertretender Grund vorliegt, oder diese Führungskräfte ihr Anstellungsverhältnis kündigen, weil das Unternehmen bestimmte Maßnahmen ergriffen hat, die zu einer Einschränkung der Verantwortlichkeiten führen, steht den Führungskräften eine Abfindungszahlung zu. Die Berechnung der Abfindung bemisst sich grundsätzlich nach dem 1,5- bis 2,5-Fachen der letzten Jahresgesamtvergütung (Grundgehalt und variable – bar und aktienbasierte – Vergütung) vor dem Kontrollerwerb. Dabei findet die Entwicklung der Gesamtvergütung in den drei Kalenderjahren vor dem Kontrollerwerb entsprechende Berücksichtigung.

Vergütungsbericht

Einleitung

In den vergangenen Jahren erläuterte der Vergütungsbericht die Grundzüge und die Höhe der Vergütung nur der Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bank AG. Für das Geschäftsjahr 2012 wurden jedoch die Informationen und Offenlegungen, die nach der deutschen Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten (Instituts-Vergütungsverordnung – im Folgenden: „InstitutsVergV“) vorgeschrieben sind, zur Erreichung einer höheren Transparenz in Bezug auf die Gesamtvergütung im Konzern in den Bericht aufgenommen.

Der Gesamtbericht umfasst nun die folgenden Abschnitte:

- Offenlegung und Zusammenfassung der konzernweiten Vergütung;
- Offenlegung und Bericht über die Vorstandsvergütung;
- Senior Management Group;
- Mitarbeiter, die der Instituts-Vergütungsverordnung unterliegen;
- Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats.

Der Bericht richtet sich nach den Vorgaben des § 314 Abs. 1 Nr. 6 HGB, des deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 (DRS 17) „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“, der Instituts-Vergütungsverordnung sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Offenlegung und Zusammenfassung der konzernweiten Vergütung

Im Jahr 2012 lag der Fokus unseres Engagements in erster Linie auf der Weiterentwicklung der Vergütungspraktiken und der Vergütungskultur. Nach allgemeiner Auffassung sollten bestimmte Aspekte der Vergütung innerhalb des Finanzdienstleistungssektors im Hinblick auf das aktuelle regulatorische und makroökonomische Umfeld sowie die Auswirkungen der Finanzkrise des Jahres 2007 und die daraus gezogenen Lehren angepasst werden. Im Rahmen des Investorentages im September 2012 haben wir uns in dieser Hinsicht verpflichtet, konkrete und innovative Maßnahmen zu ergreifen, die wir seither angestoßen und in der Zwischenzeit zum Teil bereits umgesetzt haben. Erstmals haben wir auch erfahrene branchenfremde Führungspersönlichkeiten konsultiert, die uns mit ihrer Erfahrung und mit unabhängigem Blick bei der weiteren Verbesserung unserer Vergütungspraktiken unterstützen. Weitere Informationen über die unabhängige Vergütungskommission und ihren bisherigen Einfluss auf die Vergütungspraktiken sind in den nachfolgenden Abschnitten des Berichts enthalten.

Unsere Governance-Struktur zur Vergütung sowie die Vergütungsgrundsätze und -richtlinien wurden in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert. Viele dieser Verbesserungen wurden im Zusammenhang mit der Einführung und Überwachung neuer spezifischer Vergütungsvorschriften vorgenommen. Wir haben jedoch im Jahr 2012 bewusst die Entscheidung getroffen, uns nicht auf die bestehenden Anforderungen zu beschränken, sondern über sie hinauszugehen mit dem Ziel, eine Vorreiterrolle für einen, wie wir hoffen, kulturellen Wandel in der Branche zu übernehmen. Diese Verbesserungen werden in dem folgenden Bericht erläutert.

In diesem Abschnitt werden in erster Linie unsere konzernweite Vergütungsphilosophie, -praxis und Vergütungs-Governance-Struktur behandelt sowie die Offenlegungspflichten des Konzerns gemäß § 7 der InstitutsVergV ausgeführt. Spezielle Informationen und Offenlegungen, die den Vorstand und bestimmte andere Mitarbeitergruppen betreffen, sind in den nachfolgenden Abschnitten enthalten.

Unabhängige Vergütungskommission („Vergütungskommission“)

Im September 2012 gaben wir unsere Absicht bekannt, ein unabhängiges Gremium einzuberufen, das sich aus hochangesehenen und außerordentlich erfahrenen Führungspersönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik zusammensetzt. Erklärtes Ziel war es, eine objektive Einschätzung unserer bestehenden Vergütungsrichtlinien und -prozesse zu erhalten, festzustellen, wie diese im Vergleich zu den Besten in der Branche existierenden Praktiken zu bewerten sind, sowie Grundsätze und Mindeststandards für künftige Vergütungsstrukturen und -praktiken zu formulieren. Darüber hinaus haben wir uns darin unterstützen lassen, das richtige Maß bei Transparenz und Offenlegung im Hinblick auf die Vergütung zu definieren.

Im Oktober 2012 wurde die Zusammensetzung der Vergütungskommission bekannt gegeben:

Dr. Jürgen Hambrecht (Vorsitzender)	– ehemaliger CEO der BASF
Michael Dobson	– CEO von Schroders
Morris W. Offit	– Chairman von Offit Capital und Independent Director von AIG
Dr. Michael Otto	– Vorsitzender des Aufsichtsrats der Otto Group
Dr. Theo Waigel	– ehemaliger Bundesfinanzminister

Dem bis Ende 2012 verfolgten Arbeitsplan wird die Vergütungskommission auch im Jahr 2013 weiterhin folgen, um stringent ihre Ziele zu erreichen und abschließende Empfehlungen aussprechen zu können. Vorläufige Ergebnisse, vor allem in Bezug auf ein erhöhtes Maß an Transparenz und Offenlegung sowie die Empfehlung, den Fokus der Vergütungsstrukturen etwas stärker auf Mitarbeiter der obersten Führungsebene zu richten und wettbewerbsfähigere Quoten für aufgeschobene Vergütungen anzustreben, sind in dem Vergütungsbericht dargestellt. Die vollständigen Empfehlungen der Vergütungskommission werden im Jahr 2013 finalisiert. Spezifische Bezugnahmen auf die Empfehlungen der Vergütungskommission sind – soweit relevant – in den folgenden Abschnitten enthalten.

Vergütungsphilosophie und -grundsätze

Die Deutsche Bank ist ein global agierendes Unternehmen, das in allen Regionen der Welt tätig ist. Im Hinblick auf die Vergütung leben und fördern wir nachdrücklich einen „One Bank“-Ansatz, um sicherzustellen, dass unsere Mitarbeiter weltweit denselben Grundsätzen, Richtlinien und Prozessen unterliegen. Hierdurch wird ein absolut transparenter, ausgewogener und gerechter Vergütungsansatz garantiert.

Die folgenden bereits im Jahr 2010 eingeführten wichtigsten Vergütungsgrundsätze gelten weltweit und bilden das Fundament unserer Vergütungsgrundsätze:

- Ausrichtung der Vergütung an den Aktionärsinteressen und der nachhaltigen konzernweiten Ertragskraft unter Berücksichtigung von Risiken und Eigenkapitalkosten;
- Erfüllung regulatorischer Anforderungen;
- Maximierung der Leistung der Mitarbeiter und des Unternehmens;
- Gewinnung und Bindung der besten Mitarbeitertalente;
- Ausrichtung auf die verschiedenen Divisionen und Verantwortungsebenen;
- einfaches und transparentes Vergütungsdesign.

Die Prinzipien basieren auf und stehen voll im Einklang mit unseren im Folgenden genannten Werten, die unsere Arbeit untermauern und bestimmen:

- Leistung;
- Vertrauen;
- Teamwork;
- Innovation;
- Kundenfokus.

Volle Fokussierung und volles Engagement für unsere Kunden sind maßgebliche Voraussetzungen für den Erhalt und weiteren Ausbau unseres Erfolgs. Der Kunde muss im Mittelpunkt all unserer Aktivitäten stehen und alles, worauf wir hinarbeiten, muss sich an ihm orientieren. Im Hinblick auf das Jahr 2013 wird dieses wesentliche Ziel eine noch größere Rolle spielen und eines der Grundprinzipien sein, die sich in den neuen Performance Standards wiederfinden. Unsere Leistung aus Leidenschaft wird durch eine engagierte Kundenorientierung bestimmt und durch exzellente Leistung und die Bildung langfristiger vertrauensvoller Beziehungen verstärkt.

Vor diesem Hintergrund sind wir davon überzeugt, dass definierte Vergütungsstandards dazu beitragen werden, eine unmittelbare Beziehung zwischen Leistungsanreizen und dem längerfristigen Unternehmenserfolg herzustellen. Vergütung sollte den Erfolg der Gesamtbank widerspiegeln, aber dabei gleichzeitig auch die Beiträge auf divisionaler und individueller Ebene reflektieren. Die Vermeidung übermäßiger Risikobereitschaft ist integraler Bestandteil unserer Vergütungspraxis und wird von einer Managementkultur begleitet und unterstützt, die von einem starken Risikomanagement, solidem Urteilsvermögen, stabilen Prozessen sowie effektiven Kontrollen getragen und geleitet wird.

Mithilfe fortlaufender Überprüfungsprozesse arbeiten wir ständig darauf hin, unsere Vergütungsrichtlinien und -praktiken sowie die Ausrichtung unserer Unternehmenskultur zu aktualisieren und zu verbessern. Unsere Vergütungspraxis wird durch die besonderen Anforderungen ihrer nationalen Aufsichtsbehörde, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), geprägt. Dabei ist insbesondere die im Jahr 2010 in Kraft getretene InstitutsVergV die für uns konzernweit maßgebliche Regulierungsvorgabe.

Darüber hinaus unterliegen wir in bestimmten Ländern spezifischen nationalen Vorschriften und arbeiten weiterhin proaktiv mit den Aufsichtsbehörden zusammen, um die Einhaltung dieser Vorschriften, soweit sie von der InstitutsVergV abweichen, sicherzustellen. Auch wenn eine weltweit einheitliche Vergütungsgesetzgebung in naher Zukunft unwahrscheinlich erscheint, werden wir weiterhin auf die Vorteile einer solchen Regelung zur Schaffung gleicher Voraussetzungen für die gesamte Branche hinweisen. Eine starke, zweckmäßige und zielgerichtete Gesetzgebung ist wichtig, um die Einführung solider Regelungen für das Risikomanagement durch Unternehmen zu fördern.

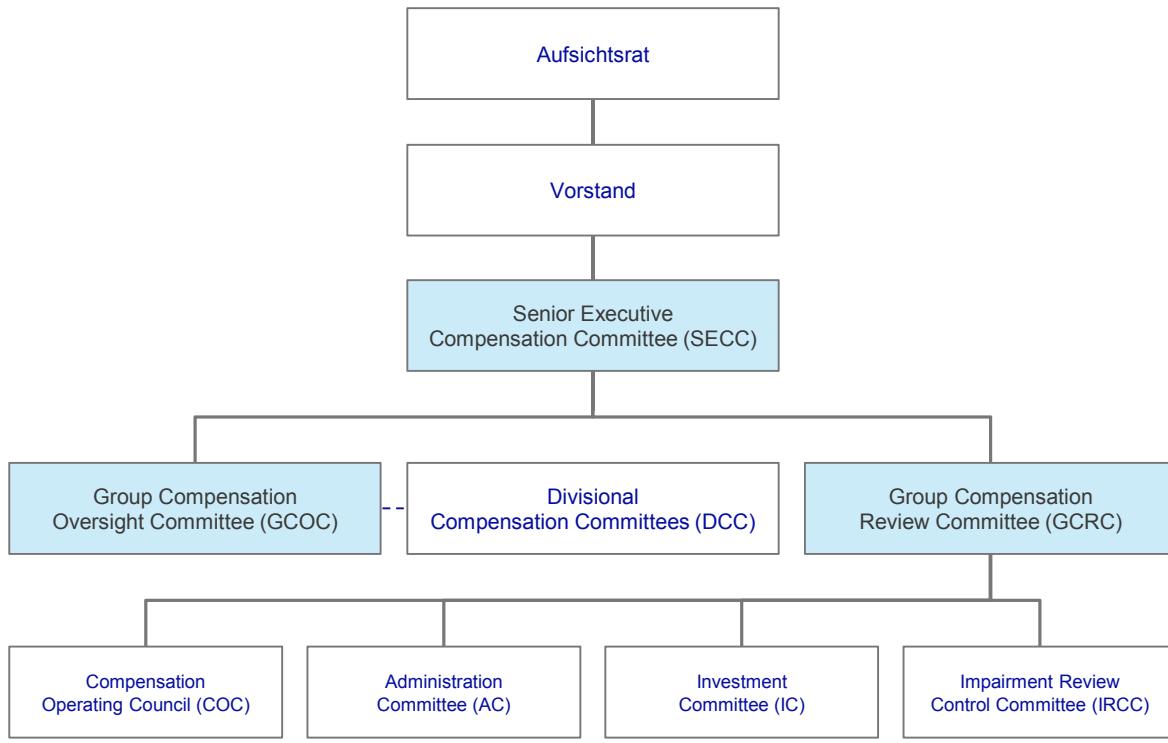
Governance-Struktur

Wir halten innerhalb der in Deutschland bestehenden zweistufigen Führungsstruktur eine globale Vergütungs-Governancestruktur vor, mit der alle Aspekte der Vergütung sowie die Einhaltung der globalen aufsichtsrechtlichen Bestimmungen kontrolliert werden. Die Governancestruktur für den Vorstand wird allein durch den Aufsichtsrat bestimmt. Das Senior Executive Compensation Committee („SECC“) beaufsichtigt vergütungsbezogene Entscheidungen für alle übrigen Mitarbeiter des Konzerns. Das SECC wurde vom Vorstand speziell damit beauftragt:

- nachhaltige Vergütungsprinzipien zu entwickeln und Empfehlungen für die Vergütung und die Höhe von Bonus-Pools einschließlich deren Zuteilung an die Mitarbeiter abzugeben;
- adäquate Vergütungsprozesse und -kontrollen sicherzustellen.

Den gemeinsamen Vorsitz des SECC führen Stefan Krause (Chief Financial Officer) und Dr. Stephan Leithner (Chief Executive Officer Europa (ohne Deutschland und Großbritannien), Human Resources, Legal & Compliance, Government & Regulatory Affairs), beide Mitglieder des Vorstands; weitere Mitglieder des SECC sind Führungskräfte aus den Bereichen Risk, Finance und Human Resources. Um die Unabhängigkeit des SECC zu gewährleisten, sind keine Mitarbeiter, die einem unserer Geschäftsbereiche zugeordnet sind, Mitglied des SECC.

Globale Struktur zur Steuerung (“Governance”) der Vergütung



Das SECC wird von zwei Untergremien unterstützt, die jeweils für bestimmte Aspekte unserer Governance-Anforderungen zuständig sind.

Das Group Compensation Oversight Committee (GCOC) überprüft die bereichsspezifischen Vergütungsrahmenwerke und stellt sicher, dass diese sowie die Vergütungspraktiken mit unseren Vergütungsgrundsätzen und internen Richtlinien sowie allen externen regulatorischen Anforderungen übereinstimmen. Dies umfasst auch die Berücksichtigung solider Messgrößen und Kennzahlen: hinsichtlich der finanziellen Performance des Konzerns und der jeweiligen Bereiche, die damit einhergehenden Risikoprofile auf Basis verschiedener Risikotypen (das heißt operationelle und aufsichtsrechtliche Risiken sowie Markt-, Liquiditäts-, Reputations- und Kreditrisiken) sowie der Einhaltung von Compliance-Richtlinien.

Das GCOC hat im Laufe des Jahres 2012 mehrfach Verbesserungen der von ihm an die Divisional Compensation Committees gestellten Anforderungen vorgenommen. Hierzu gehört die Forderung zur Schaffung subdivisionaler Vergütungsrahmenwerke, die sicherstellen sollen, dass Vergütungsentscheidungen zunehmend auf Grundlage spezieller Messgrößen und Informationen getroffen werden, die auf die jeweiligen Geschäftsbereiche zugeschnitten sind. Darüber hinaus wurden die Bestimmungen für die von Führungskräften zu erstellende schriftliche Dokumentation zur Begründung von Entscheidungen über die variable Vergütung erheblich verbessert.

Die Hauptaufgaben des Group Compensation Review Committee (GCRC) bestehen darin, ein effektives Rahmenwerk aus Vergütungskomponenten und -regelungen zu schaffen, neue Pläne zu genehmigen und bestehende Pläne anzupassen sowie unsere bestehenden und künftigen Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Vergütungsplänen, insbesondere bezüglich Aktien oder aktienbasierten Vergütungskomponenten, zu überprüfen.

Grundlegende Struktur und Komponenten der Vergütung

Wir pflegen eine für alle Mitarbeiter weltweit geltende Gesamtvergütungsphilosophie. Die Gesamtvergütung setzt sich aus einer fixen (Grundgehalt und, soweit zutreffend, sonstige Zulagen) und einer variablen Komponente zusammen. Die individuelle variable Vergütung wird grundsätzlich diskretionär und in Abhängigkeit von der Leistung des einzelnen Mitarbeiters, dem Ergebnis seines Geschäftsbereichs und dem Ergebnis des Konzerns gewährt.

Die variable Vergütung wird als Instrument eingesetzt, um Mitarbeitern adäquate Anreize und Belohnungen für sehr gute Leistungen zu bieten und darüber hinaus durch das Aufschieben von Vergütung sicherzustellen, dass ein Teil der Vergütung für Führungskräfte an deren individueller Leistung und das zukünftige Ergebnis des Konzerns gekoppelt ist. Der Konzern wendet zur Ermittlung des Anteils der aufgeschobenen variablen Vergütung eine konzernweit einheitliche Matrix an.

Vorläufig hat die Vergütungskommission empfohlen, sich auf das Aufschieben variabler Vergütung für die Führungskräfte zu konzentrieren und soweit möglich die aufgeschobene Vergütung insgesamt zu verringern, um so die Vergütungskosten für die kommenden Jahre zu reduzieren. Der Schwellenbetrag für die variable Vergütung wurde auf 100.000 € festgesetzt; ab diesem Betrag werden 50 % der variablen Vergütung in aufgeschobener Form gewährt. Der aufgeschobene Gesamtbetrag erhöhte sich mit dem Anstieg des Betrags der variablen Vergütung.

Im Rahmen der Fokussierung auf die Ausrichtung der Vergütung der Führungskräfte am zukünftigen Ergebnis des Konzerns werden die Teile der variablen Vergütung, die einen Betrag von 1 Mio € übersteigen, zu 100 % aufgeschoben gewährt. Infolgedessen und aufgrund der konzernweit einheitlichen Deferral Matrix wurden sofort fällige bare Bonuszahlungen auf maximal 300.000 € begrenzt.

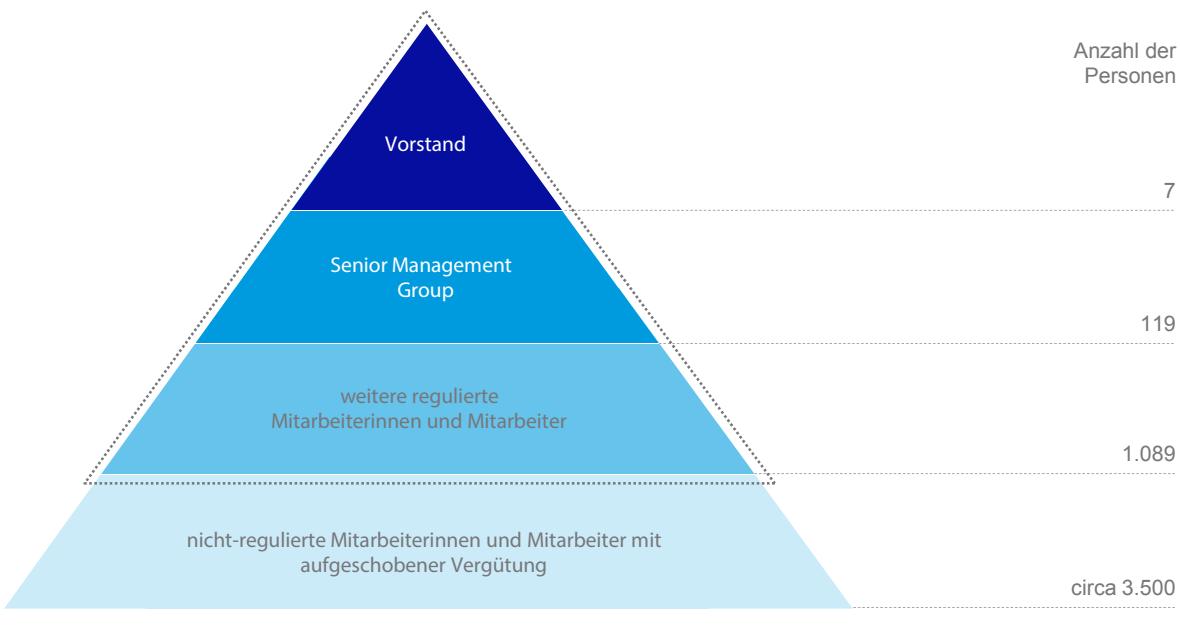
Mit dem Anstieg des Schwellenbetrags auf 100.000 € bei gleichzeitiger konzernweit einheitlicher Begrenzung der baren Bonuszahlungen haben wir unser Ziel erreicht, uns auf die Führungskräfte zu konzentrieren. Während für die oberen Führungskräfte weiterhin die Begrenzung der baren Bonuszahlungen gilt und die Quoten für die aufgeschobene Vergütung im Vergleich zu den meisten Wettbewerbern innerhalb der Branche unverändert hoch sind, gelten für die übrigen Führungskräfte niedrigere Aufschubquoten als im Jahr 2011.

Nach Maßgabe der InstitutsVergV sind 50 % der nicht aufgeschobenen variablen Vergütung für regulierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Form von Aktien zu gewähren und müssen einer Haltefrist unterliegen. Auf dieser Grundlage unterlag die variable Vergütung der regulierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei einer Höhe von 1 Mio € oder mehr einer tatsächlichen Aufschubquote von insgesamt mindestens 85 %, und die Obergrenze der baren Bonuszahlungen betrug 150.000 €. Die Höhe des Anteils der aufgeschobenen Vergütung liegt weit über den Vorgaben der Eigenkapitalrichtlinie III und der InstitutsVergV. Außerdem besteht derzeit keine Verpflichtung zur Einführung eines Höchstbetrags für die nicht aufgeschobene variable Vergütung. Beide Maßnahmen wurden von uns auf freiwilliger Basis eingeführt.

Strukturen und Vehikel der aufgeschobenen Vergütung

Obwohl wir eine konzernweite Vergütungsstrategie verfolgen, ist es dennoch wichtig, bestimmte Mitarbeitergruppen ermitteln zu können und soweit notwendig entsprechende Schritte zur Strukturierung bestimmter Vergütungsaspekte einzuleiten. Die nachfolgende Abbildung zeigt die vier Hauptkategorien der Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns, denen für 2012 aufgeschobene Vergütung gewährt wurde. Weitergehende Detailinformationen über den Vorstand, die Senior Management Group und weitere regulierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den folgenden Abschnitten dieses Berichts enthalten.

Gruppen von Mitarbeitern mit aufgeschobener variabler Vergütung



△ Gesamtheit der Personen, die der Regulierung durch die InstitutsVergV unterliegen

Alle regulierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen für 2012 aufgeschobene variable Vergütung gewährt wurde, erhalten 50 % ihrer aufgeschobenen Vergütung in Form von aktienbasierten Awards (REA) und 50 % in Form einer Barvergütung (RIA).

Restricted Equity Awards

Der Teil der aufgeschobenen variablen Vergütung, der aktienbasiert vergeben wird, wird in Form von Anwartschaften für die zukünftige Lieferung von Aktien – sogenannten Restricted Equity Awards (REA) – gewährt. REA unterliegen dem Deutsche Bank Equity Plan, der Mitarbeitern das Recht gewährt, nach Ablauf einer festgelegten Zeit Deutsche Bank-Aktien zu erhalten. Der Wert der REA hängt daher über den vorgegebenen Unverfallbarkeitszeitraum und (soweit zutreffend) die Haltefrist hinweg von der Kursentwicklung der Deutsche Bank-Aktie und damit von einer nachhaltigen Wertentwicklung ab. Die Teilnehmer an dem Deutsche Bank Equity Plan besitzen überdies keinen Anspruch auf die Ausschüttung tatsächlicher Dividenden, solange die Aktien noch nicht an sie geliefert wurden.

Für die in der obigen Abbildung dargestellten Mitarbeitergruppen gelten unterschiedliche Unverfallbarkeitszeiträume und Verfallsregelungen. Für die Mitglieder des Vorstands und der Senior Management Group gilt eine neu eingeführte Regelung, nach der die Awards in einer Summe nach vierehalf Jahren fällig werden, gefolgt von einer Haltefrist von sechs Monaten (während der die Aktien nicht verkauft werden dürfen). Für alle weiteren regulierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tritt die Unverfallbarkeit für die einzelnen REA-Tranchen proratarisch nach drei Jahren ein, gefolgt von einer anschließenden Haltefrist von sechs Monaten für jede Tranche. Bei den übrigen Mitarbeitern mit aufgeschobenen Vergütungsbestandteilen tritt die Unverfallbarkeit proratarisch nach drei Jahren ein. Da der Award während des Unverfallbarkeitszeitraums nicht zum Bezug von Dividendenzahlungen berechtigt, wird allen Mitarbeitern (mit Ausnahme des Vorstands und der Senior Management Group) ein Aufschlag in Höhe von 5 % gewährt. Mitarbeiter des Vorstands und der Senior Management Group erhalten ein Dividendenäquivalent auf Basis der gezahlten Dividende und des Aktienwerts zum Dividendenstichtag.

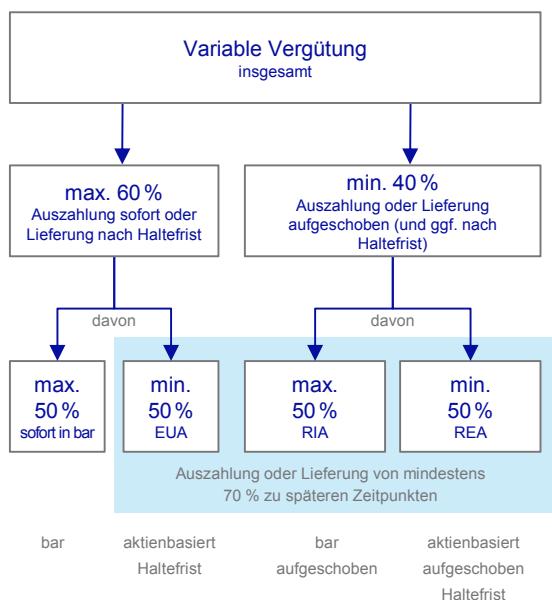
Restricted Incentive Awards

Der nicht aktienbasierte Teil der aufgeschobenen variablen Vergütung wird als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award, „RIA“) gewährt. Die Gewährung des RIA erfolgt auf Basis des Deutsche Bank Restricted Incentive Plan. Der als RIA gewährte Teil wird über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren aufgeschoben. In diesem Zeitraum gelten besondere Verfallsregelungen. Da der Award nicht zum Bezug von Zinszahlungen berechtigt, erhalten alle Begünstigten einen Aufschlag von 2 %.

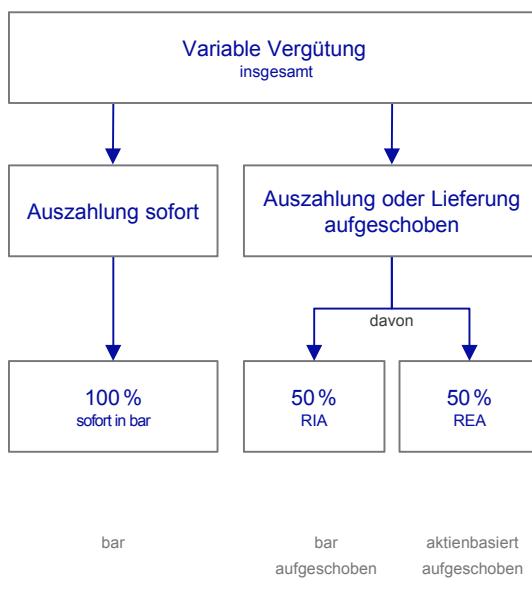
Equity Upfront Awards

Genau wie die REA unterliegen die Equity Upfront Awards (EUA) den Bestimmungen des Deutsche Bank Equity Plan und werden im Einklang mit diesem gewährt. Entsprechend handelt es sich bei den EUA um eine Anwartschaft auf die zukünftige Lieferung von Aktien. Der Wert des EUA hängt über den gesamten Zeitraum der vorgegebenen Haltefrist von der Kursentwicklung der Deutsche Bank-Aktie und damit von einer nachhaltigen Wertentwicklung ab. Die Teilnehmer an dem Deutsche Bank Equity Plan besitzen überdies keinen Anspruch auf die Ausschüttung tatsächlicher Dividenden, solange die Aktien noch nicht an sie geliefert wurden. Nach Maßgabe der InstitutsVergV werden 50 % der verbleibenden nicht aufgeschobenen variablen Vergütung (nach Berechnung des Prozentsatzes der in aufgeschobener Form gewährten Vergütung) für regulierte Mitarbeiter in Form eines EUA gewährt und unterliegen einer Haltefrist von sechs Monaten (bei Vorstandsmitgliedern drei Jahre). Während der Haltefrist wird ein Dividendenäquivalent auf Basis der gezahlten Dividende und des Aktienwerts zum Dividendenstichtag gewährt.

Vergütungsstruktur der gemäß InstitutsVergV regulierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



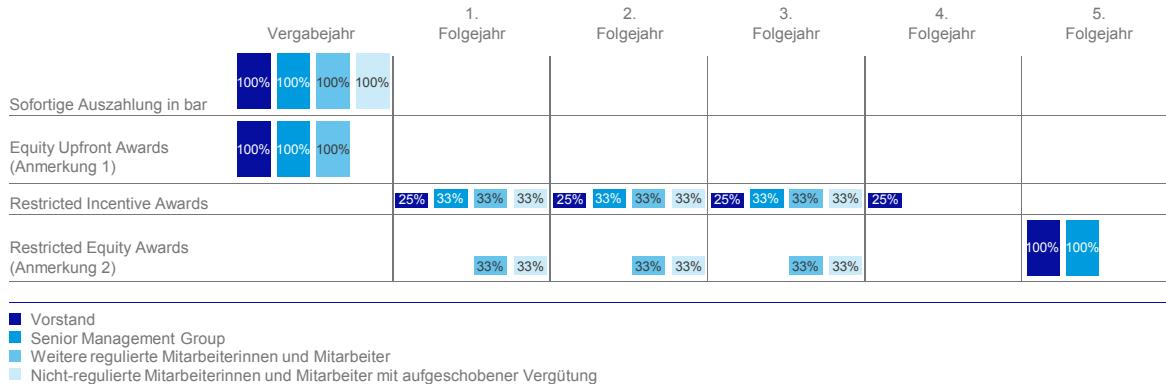
Vergütungsstruktur für nicht-regulierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung



EUA = Equity Upfront Awards
RIA = Restricted Incentive Awards
REA = Restricted Equity Awards

Eine konsolidierte Zusammenfassung der für die einzelnen Vergütungskomponenten geltenden Unverfallbarkeitszeiträume für die unterschiedlichen ermittelten Mitarbeitergruppen ist in der folgenden Übersicht dargestellt. Weitergehende Detailinformationen sind in den speziellen Abschnitten über die Vergütung für den Vorstand, die regulierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Senior Management Group enthalten.

Unverfallbarkeitsfristen der verschiedenen Komponenten variabler Vergütung nach Zielgruppe



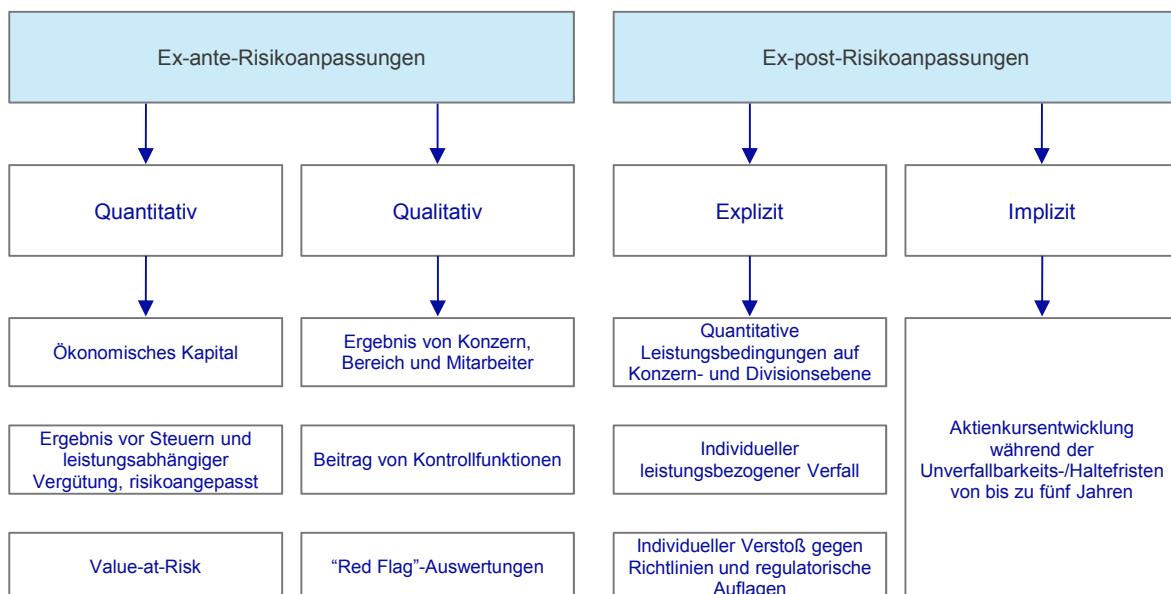
Anmerkung 1: Die Equity Upfront Awards unterliegen einer zusätzlichen sechsmonatigen Haltefrist (mit Ausnahme der Vorstandsmitglieder, für die eine dreijährige Haltefrist gilt). Nach Ablauf dieser Frist werden die Aktien freigegeben.

Anmerkung 2: Die Lieferung der vollen Anzahl der an die Mitglieder des Vorstands und des Senior Management gewährten Restricted Equity Awards erfolgt nach fünf Jahren. Dieser Zeitraum setzt sich aus einem viereinhalbjährigen Unverfallbarkeitszeitraum und einer sechsmonatigen Haltefrist zusammen. Für die weiteren regulierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gilt nach Eintritt der Unverfallbarkeit der einzelnen Tranchen eine sechsmonatige Haltefrist, nach der die Aktien freigegeben werden.

Vergütung und Risikomanagement

Uns ist in vollem Umfang bewusst, wie wichtig die Anwendung adäquater Methoden der Risikoanpassung auf Pools für die variable Vergütung ist.

Maßnahmen zur Anpassung an das Risikoprofil



Ex-ante-Methode der Risikoanpassung

Zur Erreichung der Anwendung adäquater Methoden der ex-ante Risikoanpassung verwenden wir ein innerhalb der Risikomanagement-Funktion entwickeltes Modell zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals, das der Bank als zentrale Messgröße zur Kalkulierung des potenziellen zukünftigen Risikos, dem wir möglicherweise ausgesetzt sind, dient.

Das Modell misst die Höhe des Eigenkapitals, das benötigt würde, um sehr schwerwiegende unerwartete Verluste aus dem Portfolio des Konzerns aufzufangen. „Sehr schwerwiegend“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Jahres aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt.

Die ex-ante Risikoanpassung wird zunächst auf Konzernebene vorgenommen und ist darauf ausgerichtet, das Risiko, dem der Konzern zum Zeitpunkt der Zuteilung der variablen Vergütung ausgesetzt ist, darzustellen. Die Risiken werden vor der Verteilung der divisionalen Gesamtgröße für die variable Vergütung durch Einbeziehung der risikoadjustierten Gewinn- und Verlustrechnungen berücksichtigt. Mit wachsendem Risikoprofil des Unternehmens erhöht sich auch die Belastung für das Ökonomische Kapital, wodurch die ökonomische Profitabilität des Konzerns insgesamt sinkt und mit ihr die gewährte variable Vergütung. Nach Anpassung des Ergebnisses vor Steuern und leistungsabhängiger Vergütung für das Ökonomische Kapital auf Konzernebene teilen wir die divisionale Gesamtgröße für die variable Vergütung von einem angepassten, niedrigeren Ausgangspunkt aus zu. Daher spiegeln sich auf Konzernebene vorgenommene Anpassungen in den Zuteilungen auf allen Ebenen des Konzerns wider.

Grundsätzlich erfassen wir die wesentlichen Risiken aus den vier primären Risikoarten unseres ökonomischen Kapitalrahmenwerks (Kredit-, Markt-, operationelles Risiko und allgemeines Geschäftsrisiko). Sonstige Risiken werden unter der entsprechenden übergreifenden Risikoart abgebildet. Spezielle Beispiele für Risiken, die innerhalb der einzelnen Risikounterarten erfasst werden, sind:

Kreditrisiko

— Geschäftspartnerisiko, Länderrisiko, Abwicklungsrisiko

Marktrisiko

— gehandeltes Ausfallrisiko, Marktrisiko aus Handelsaktivitäten und Nichthandelsaktivitäten

Operationelles Risiko

— rechtliches Risiko, IT-Risiko, Mitarbeiterrisiko, Risiko für die Geschäftskontinuität, Lieferantenrisiko, Transaktionsabwicklungsrisiko, Finanzberichterstattungs-/Buchführungsrisiko, Treuhanddienstleistungsrisiko, Immobilienrisiko, Sicherheitsrisiko

Geschäftsrisiko

— strategisches und steuerliches Risiko

Ex-post-Methode der Risikoanpassung

Einbehältsregelungen („Clawback“), nach denen wir berechtigt sind, zuvor gewährte Vergütungskomponenten verfallen zu lassen, sind ein maßgeblicher Aspekt unseres Governanceprozesses und stellen einen Mechanismus dar, durch den sichergestellt wird, dass ein wesentlicher Teil der variablen Vergütung für Führungskräfte von der zukünftigen Leistung und dem zukünftigen Verhalten dieser Mitarbeiter abhängt. Wir verwenden die Einbehältsregelungen bereits seit mehreren Jahren und haben nun erneut die Bandbreite der Maßnahmen im Hinblick auf für das Jahr 2012 gewährte aufgeschobene variable Vergütung erweitert.

Die nachfolgenden Einbehalsregelungen wurden auf die für das Jahr 2012 gewährte aufgeschobene variable Vergütung angewandt. Die daran anschließende Tabelle zeigt, welche Vorschriften für die jeweilige Mitarbeitergruppe gelten. Weitere wichtige Informationen über die Anwendung der Einbehalte befinden sich in den Abschnitten über den Vorstand, die regulierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Senior Management Group.

— Konzern-Einbehalt

Dieser Einbehalt legt das positive Ergebnis vor Steuern als Leistungsbedingung für den Eintritt der 100-prozentigen Unverfallbarkeit der für 2012 gewährten REA und RIA zugrunde. Die Leistungsbedingung ist nur erfüllt, wenn das Konzernergebnis vor Steuern nicht negativ ist. Ist das Konzernergebnis vor Steuern während des Unverfallbarkeitszeitraums in einem Jahr negativ, ist die Leistungsbedingung nicht erfüllt, und die anstehende REA- beziehungsweise RIA-Tranche verfällt zu 100 %. Für Mitglieder des Vorstands und der Senior Management Group gilt die einmalige Fälligkeit nach fünf Jahren für REA; falls in einem Jahr während der Unverfallbarkeitsfrist das Konzernergebnis vor Steuern negativ ist, verfallen 20 % des Awards für dieses Jahr.

— Divisionaler Einbehalt

Dieser Einbehalt legt ein positives divisionales Ergebnis vor Steuern als Leistungsbedingung für den Eintritt der 100-prozentigen Unverfallbarkeit der für 2012 gewährten REA beziehungsweise RIA zugrunde. Die Leistungsbedingung ist im Hinblick auf den einzelnen Mitarbeiter nur erfüllt, wenn das jeweilige divisionale Ergebnis vor Steuern nicht negativ ist. Ist das divisionale Ergebnis vor Steuern während des Unverfallbarkeitszeitraums in einem Jahr negativ, ist die Leistungsbedingung nicht erfüllt, und die anstehenden REA- beziehungsweise RIA-Tranchen verfallen für alle Mitarbeiter in dem jeweiligen Bereich zu 100 %. Für Mitglieder der Senior Management Group gilt die einmalige Fälligkeit nach fünf Jahren für REA; falls in einem Jahr während der Unverfallbarkeitsfrist das divisionale Ergebnis vor Steuern negativ ist, verfallen 20 % des Awards für dieses Jahr. Der divisionale Einbehalt gilt nicht für Vorstandsmitglieder oder Mitarbeiter im Regional Management oder in Infrastrukturfunktionen.

— Einbehalt wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage

Dieser Einbehalt setzt die RIA und REA eines Mitarbeiters einem zukünftigen Verfallsrisiko aus und erlaubt uns festzulegen, ob Anpassungen auf der Grundlage tatsächlicher Ergebnisse notwendig sein könnten. Bis zu 100 % der noch nicht unverfallbar gewordenen Awards eines Mitarbeiters können einbehalten werden, wenn wir feststellen, dass die ursprünglich gewährten Awards nicht angemessen waren, weil eine Leistungskennzahl sich nachträglich als substanzuell falsch herausstellt oder ein Geschäft, Handelsgeschäft beziehungsweise eine Transaktion, die dem Mitarbeiter zugerechnet werden kann, sich wesentlich nachteilig auf eine DB-Gesellschaft, einen Unternehmensbereich oder den Deutsche Bank-Konzern auswirkt. 2012 ist das erste Jahr, in dem der Einbehalt auf REA angewandt wurde; dies stellt eine wichtige Verbesserung der Governance dar.

— Einbehalt wegen Verstoßes gegen regulatorische Auflagen oder interne Richtlinien

Alle unsere langfristigen Vergütungspläne sehen die Möglichkeit des verhaltensabhängigen Einbehalts vor. Dieser beinhaltet Regelungen bezüglich des Verfalls der gesamten, noch nicht unverfallbar gewordenen und nicht gezahlten Vergütungen für den Fall der Kündigung eines Mitarbeiters wegen Fehlverhaltens wie Untreue, Betrug, Täuschung oder Vertrauensbruch. Awards können wegen des Verstoßes gegen interne Richtlinien oder Verfahren respektive gegen geltende Gesetze oder Vorschriften, die nicht von uns erlassen wurden, einbehalten werden. Darüber hinaus können einzelne Tranchen von Awards verfallen, wenn ein Verstoß gegen eine interne Richtlinie festgestellt wird, jedoch keine Kündigung aus wichtigem Grund als disziplinarische Maßnahme ausgesprochen werden kann.

Anwendung von Einbehaltungsregelungen auf verschiedene Mitarbeitergruppen

	Konzern-Einbehalt	Divisionaler Einbehalt	Einbehalt wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage	Einbehalt wegen eines Verstoßes gegen regulatorische Auflagen oder interne Richtlinien
Vorstand	✓		✓	✓
Senior Management Group	✓	✓ ¹	✓	✓
Weitere regulierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	✓	✓ ¹	✓	✓
Nicht-regulierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung			✓	✓

¹ Gilt nur für Mitarbeiter, die in Front Office-Bereichen tätig sind.

Neben diesen spezifischen Einbehalten erlauben einige der in den Planbedingungen enthaltenen Bestimmungen den Verfall aufgeschobener Awards für alle Mitarbeiter. Zu diesen Fällen gehören unter anderem:

- freiwillige Beendigung des Arbeitsverhältnisses,
- Kündigung aus wichtigem Grund,
- Abwerben von Kunden, Auftraggebern oder Mitarbeitern des Deutsche Bank-Konzerns,
- Offenlegung oder Nutzung geheimer Informationen,
- Erbringen von Dienstleistungen für andere Finanzdienstleistungsunternehmen nach Eintritt in den Ruhestand, der Beendigung der beruflichen Laufbahn („Career Retirement“) oder dem Ausscheiden mit dem Ziel der Aufnahme einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst oder einer gemeinnützigen Einrichtung.

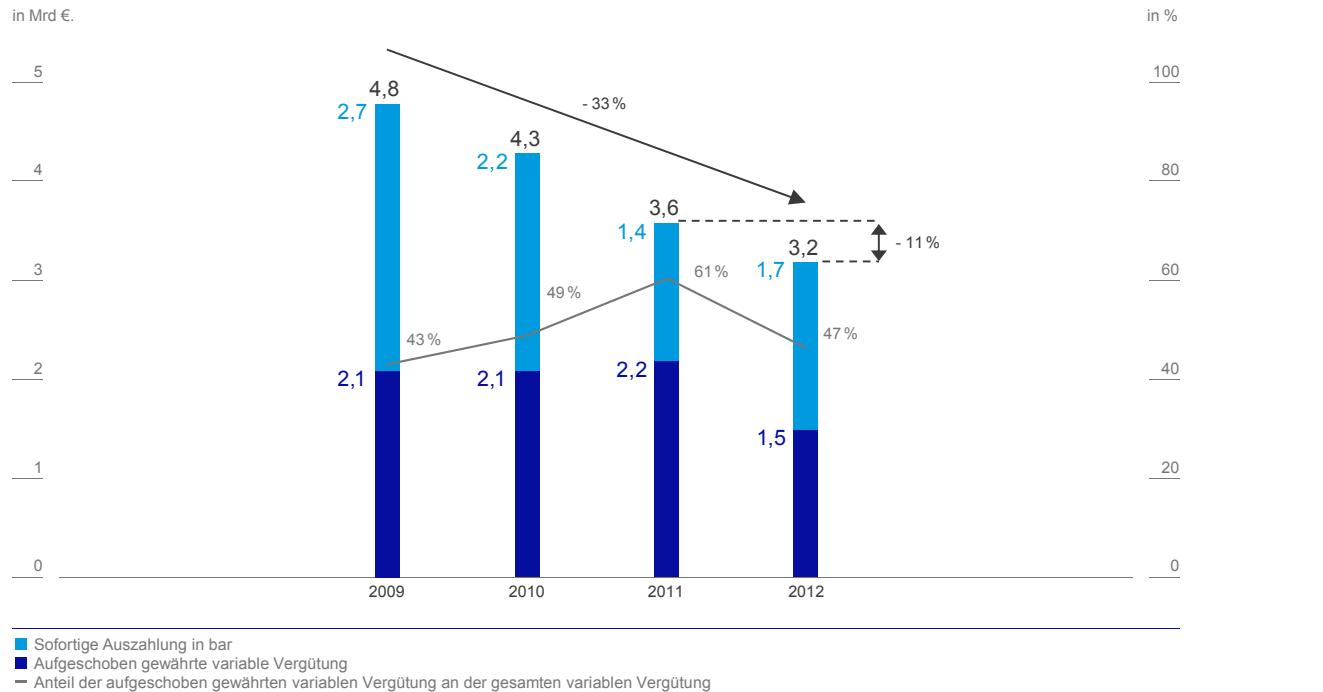
Risikoabsicherung

Allen Mitarbeitern mit aufgeschobenen Vergütungskomponenten ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung der Vergütung durch Absicherungs- oder sonstige Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben. Ein solches Vorgehen gilt als Verstoß gegen Richtlinien und wird zum vollständigen Verfall dieser Vergütungskomponenten führen.

Offenlegung von Vergütungskennziffern gemäß § 7 InstitutsVergV

Die 2012 gewährte variable Vergütung (ausschließlich der Aufwendungen für in den Vorjahren gewährte aufgeschobene Vergütung, aber einschließlich der in diesem Jahr gewährten, in Zukunft unverfallbar werdenden Awards) belief sich auf insgesamt 3,166 Mrd €. Hinsichtlich der zugrunde liegenden Vergütungsstrukturen verweisen wir auf die in diesem Bericht enthaltene detaillierte Beschreibung. Die konzernweite Quote der aufgeschobenen Vergütung betrug 47 %, gegenüber 61 % in 2011.

Variable Vergütung und Anteil der aufgeschoben gewährten Vergütung



█ Sofrige Auszahlung in bar
█ Aufgeschoben gewährte variable Vergütung
— Anteil der aufgeschoben gewährten variablen Vergütung an der gesamten variablen Vergütung

	2012					2011
	CB&S	GTB	AWM	PBC	NCOU	Konzern insgesamt
Gesamtvergütung	4.890	936	1.424	2.685	255	10.191
davon:						
Fixe Vergütung	2.698	697	1.013	2.424	194	7.025
Variable Vergütung	2.192	240	411	262	61	3.166
Anzahl der Angestellten	28.659	10.022	11.562	45.493	2.483	98.219
						100.996

¹ Beinhaltet die Anzahl der Angestellten sowie die diskretionären Anteile der variablen Vergütung der Postbank.

Alle Zahlen in der obigen Tabelle beinhalten die Zuordnung der Vergütung und der Mitarbeiterzahlen der Infrastrukturreinheiten gemäß unserer gängigen Kostenallokationsschlüssel.

Amortisation von gewährter aufgeschobener variabler Vergütung

Per 31. Dezember 2012 belief sich der noch nicht amortisierte Aufwand für aufgeschobene variable Vergütung – einschließlich der Neuzusagen im Februar 2013 – auf circa 2,8 Mrd €.

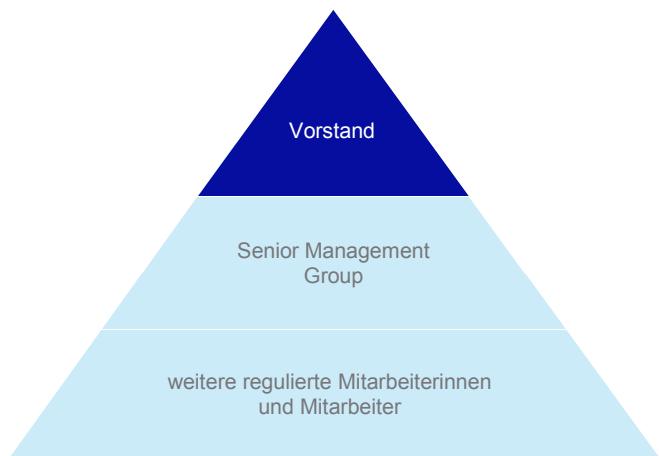
in Mio €	Tatsächlicher Aufwand ¹							Veranschlagter Aufwand ²		
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Insgesamt 2013 - 2018
Im Jahr 2012 oder davor erteilte nicht anteilsbasierte Geldzusagen	705	945	1.092	415	171	47	0	–	–	633
Im Jahr 2012 oder davor erteilte anteilsbasierte Zusagen	1.057	1.164	1.045	429	150	20	1	–	–	600
Anfang des Jahres 2013 erteilte nicht anteilsbasierte Geldzusagen	–	–	–	321	231	106	26	–	–	684
Anfang des Jahres 2013 erteilte anteilsbasierte Zusagen	–	–	–	473	232	112	36	12	1	866
Bestand am Jahresende	1.762	2.109	2.137	1.638³	784	285	63	12	1	2.783

¹ Beinhaltet Aufwand zur beschleunigten Amortisation von noch nicht amortisierten aufgeschobenen Vergütungskomponenten aufgrund der Beendigung der Beschäftigungsverhältnisse bei Restrukturierungsmaßnahmen und sonstigen Aufhebungsvereinbarungen.

² Ohne Berücksichtigung von zukünftigen Gewährungen und Anspruchsverwirkungen.

³ Davon 893 Mio € im ersten Halbjahr 2013.

Offenlegung und Bericht über die Vorstandsvergütung



Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands

Auf der Hauptversammlung im Mai 2012 wurde das Vergütungssystem vorgestellt und auf Basis des seinerzeitigen Vergütungsberichts mit einer Mehrheit von 94 % gebilligt. Dennoch hat der Aufsichtsrat die Vergütungskommission gebeten, im Rahmen ihres Mandats auch das derzeitige Vergütungssystem zu überprüfen.

Zuständigkeit

Für die Festsetzung der individuellen Bezüge der Vorstandsmitglieder ist der Aufsichtsrat zuständig. Unterstützt wird er hierbei durch seinen Präsidialausschuss. Dieser berät den Aufsichtsrat in allen Fragen, die im Zusammenhang mit der Vergütung der Vorstandsmitglieder stehen. Zudem bereitet er sämtliche Beschlussfassungen vor, die das Vergütungssystem sowie die Festlegung der individuellen Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder betreffen.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats besteht aus insgesamt vier Mitgliedern. Zwei davon sind Vertreter der Arbeitnehmer der Bank. Der Präsidialausschuss hat im Jahr 2012, sowie auch schon Anfang 2013, regelmäßig Sitzungen abgehalten. Dabei hat er zuletzt auch die Entscheidung zur Bemessung der variablen Vergütung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2012 vorbereitet.

Grundsätze

Das Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands berücksichtigt zunächst die gesetzlichen und regulatorischen Erfordernisse. Aufgrund weltweit unterschiedlicher Vorgaben sind zahlreiche Aspekte zu beachten. Die Anforderungen an das Vergütungssystem sind zunehmend umfangreich und komplex.

Bei der Ausgestaltung des Vergütungssystems, der Festlegung der Vergütung sowie der Gestaltung der Auszahlung steht im Vordergrund, die Interessen der Vorstandsmitglieder eng mit den Interessen der Aktionäre zu verknüpfen. Dies geschieht zum einen über die Zugrundelegung bestimmter Kennziffern, die einen Bezug zur Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie haben, und zum anderen über die Gewährung aktienbasierter Vergütungselemente. Die aktienbasierten Vergütungselemente sind unmittelbar an die Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie gebunden und werden erst über einen Zeitraum von mehreren Jahren zur Auszahlung fällig. Die Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Bank im Marktvergleich zu anderen Unternehmen stellt ein weiteres bedeutendes Kriterium für die Strukturierung und Festlegung der Vergütung dar.

Das Vergütungssystem ist darüber hinaus leistungs- und erfolgsorientiert aufgebaut, wobei Langfristorientierung, Angemessenheit und Nachhaltigkeit Kriterien von besonderer Bedeutung sind. Die Mitglieder des Vorstands werden durch die Ausgestaltung des Vergütungssystems motiviert, unverhältnismäßige Risiken zu vermeiden, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und dauerhaft eine positive Unternehmensentwicklung voranzutreiben.

Die Vergütung für die Vorstandsmitglieder wird anhand mehrerer Kriterien festgelegt. Dazu zählen zunächst der Gesamterfolg der Deutschen Bank sowie die relative Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie gegenüber ausgewählten Vergleichsinstituten. Daneben berücksichtigt der Aufsichtsrat im Rahmen seiner Ermessensentscheidung in angemessener Weise insbesondere Risikoaspekte, Erfolgsbeiträge der jeweiligen Organisationseinheit sowie individuelle Erfolgsbeiträge der Vorstandsmitglieder, die anhand finanzieller und nicht-finanzieller Parameter bemessen werden. Indem die Vorgehensweise über eine rein formelbasierte Betrachtung hinausgeht, entspricht sie auch regulatorischen Anforderungen. Die Komponenten der variablen Vergütung werden vorwiegend auf Basis mehrjähriger Bemessungsgrundlagen festgesetzt, damit nicht nur der Geschäftserfolg eines einzelnen Jahres abgebildet wird.

Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig das Vergütungssystem der Vorstandsmitglieder im Hinblick auf die Marktentwicklung und sich ändernde gesetzliche und regulatorische Anforderungen. Sollte er dabei eine Änderung für erforderlich erachten, wird eine entsprechende Anpassung vorgenommen. Der Aufsichtsrat greift im Rahmen dieser regelmäßigen Prüfung, ebenso wie bei der Festlegung der variablen Vergütung, auch auf die Expertise externer unabhängiger Vergütungs- und erforderlichenfalls Rechtsberater zurück.

Vergütungsstruktur

Die vom Aufsichtsrat beschlossene Vergütungsstruktur ist für die einzelnen Vorstandsmitglieder in deren Anstellungsverträgen geregelt. Die Vergütung unterteilt sich in erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten

Die erfolgsunabhängigen Komponenten bestehen in erster Linie aus dem Grundgehalt. Dieses wird in zwölf gleichen monatlichen Raten ausgezahlt. Im Geschäftsjahr 2012 blieben die Grundgehälter der ordentlichen Vorstandsmitglieder gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die letzte Anpassung der Grundgehälter der zwei Co-Vorsitzenden des Vorstands erfolgte mit Wirkung zum 1. Juni 2012. Die Jahresbeträge lauten wie folgt:

in €	Januar–Mai	Juni–Dezember
Grundgehalt		
Vorsitzender ¹ /Co-Vorsitzende	1.650.000	2.300.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder	1.150.000	1.150.000

¹ Bezieht sich auf Herrn Dr. Ackermann bis Mai 2012.

Die sonstigen Leistungen zählen ebenfalls zu den erfolgsunabhängigen Komponenten. Sie umfassen den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrer, Versicherungsprämien, geschäftsbezogenen Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern sowie steuerpflichtigen Aufwandsertattungen.

Erfolgsabhängige Komponenten (variable Vergütung)

Die variable Vergütung wird erfolgsabhängig gewährt. Sie besteht grundsätzlich aus zwei Komponenten, einem Bonus und einem Long-Term Performance Award. Mit Wirkung vom 1. Juni 2012 und im Zusammenhang mit der Ernennung von Herrn Jain zum Co-Vorsitzenden des Vorstands ist sein Anspruch auf den Erhalt der Vergütungskomponente „Division Incentive“, die sich auf seine Verantwortung für den Unternehmensbereich CB&S bezog, entfallen.

Bonus

Der Gesamtbonus wird auf Basis von zwei Komponenten (Bonuskomponente 1 und 2) ermittelt. Deren Höhe ist jeweils von der Entwicklung der Eigenkapitalrendite (auf Basis des Ergebnisses vor Steuern) abhängig, die ein bedeutender Einflussfaktor für die Aktienperformance ist. Die erste Komponente des Bonus bestimmt sich aus dem Vergleich der geplanten zur tatsächlich erreichten Eigenkapitalrendite. Der zweiten Komponente des Bonus liegt die absolut erreichte Eigenkapitalrendite zugrunde. Für beide Komponenten wird jeweils ein Zweijahreszeitraum betrachtet: das Jahr, für das der Bonus festgelegt wird, sowie das jeweilige Vorjahr. So ist sichergestellt, dass nicht nur eine kurzfristige Entwicklung der Eigenkapitalrendite berücksichtigt wird.

Der zu gewährende Gesamtbonus berechnet sich auf Basis einer Gesamt-Zielgröße. Im Rahmen der Neuzusammensetzung des Vorstands, die am 1. Juni 2012 wirksam wurde, wurden die Gesamt-Zielgrößen verändert. Die für das Jahr 2012 geltenden individuellen jährlichen Gesamt-Zielgrößen für ein ordentliches Vorstandsmitglied sowie den Vorstandsvorsitzenden beziehungsweise die Co-Vorsitzenden des Vorstands lauten wie folgt:

in €	Januar–Mai	Juni–Dezember
Bonus-Zielgröße (insgesamt)		
Vorsitzender/Co-Vorsitzende	4.000.000	2.300.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder	1.150.000	1.150.000

Die Gesamt-Zielgröße verteilt sich hälfzig auf die beiden vorgenannten Komponenten (Zielgröße 1 und 2). Die Zielgrößen 1 und 2 werden jeweils mit einem jährlich zu berechnenden Faktor (Faktor 1 und 2) multipliziert und ergeben damit die Bonuskomponenten 1 und 2.

Die rechnerische Ermittlung des Gesamtbonus stellt sich wie folgt dar:

Gesamtbonus	=	Bonuskomponente 1	+	Bonuskomponente 2
		Zielgröße 1 x Faktor 1		Zielgröße 2 x Faktor 2

Die Höhe des Faktors 1, der für die Errechnung der Bonuskomponente 1 maßgeblich ist, bestimmt sich nach der tatsächlich erreichten Eigenkapitalrendite eines Jahres im Verhältnis zum Planwert, der für dasselbe Jahr festgelegt wurde. Ergebnis dieses Verhältnisses ist der Erreichungsgrad, der wie oben beschrieben für zwei aufeinanderfolgende Jahre errechnet wird. Sofern die tatsächlich erreichte Eigenkapitalrendite für ein Jahr negativ ist, wird der Erreichungsgrad auf null gesetzt. Der Faktor 1 entspricht dem Durchschnitt des für beide Jahre errechneten Erreichungsgrads. Der Erreichungsgrad muss im Durchschnitt der beiden betrachteten Jahre mindestens 50 % betragen. Unterschreitet er diesen Mindestwert, so beträgt der Faktor Null, und es wird keine Bonuskomponente 1 gewährt. Mit der Höhe des Faktors 1 bewegt sich die Bonuskomponente 1 – ausgehend von der Zielgröße – entsprechend proportional nach oben oder unten. Nach oben existiert eine Begrenzung, die bei 150 % der Zielgröße liegt.

Der Faktor 2 bestimmt sich nach der tatsächlich erreichten Eigenkapitalrendite über den Zeitraum von zwei Jahren. Ausgangsgröße ist eine jährliche Eigenkapitalrendite von 18 %. Wird dieser Wert erreicht, wird er mit einem Multiplikator von 1,0 verknüpft. Für jeden Prozentpunkt einer Abweichung nach oben oder nach unten erhöht beziehungsweise verringert sich der Multiplikator schrittweise um 0,05; dabei werden auch Zwischenwerte errechnet. Der Multiplikator kann maximal 1,5 betragen; dies entspricht einer Eigenkapitalrendite von 28 % oder mehr. Sinkt die Eigenkapitalrendite hingegen unter eine Mindestgrenze von 4 %, beträgt der Multiplikator Null. Zur Festlegung des Faktors 2 wird der Durchschnitt aus den Multiplikatoren der beiden Betrachtungsjahre gebildet und muss mindestens 0,5 betragen.

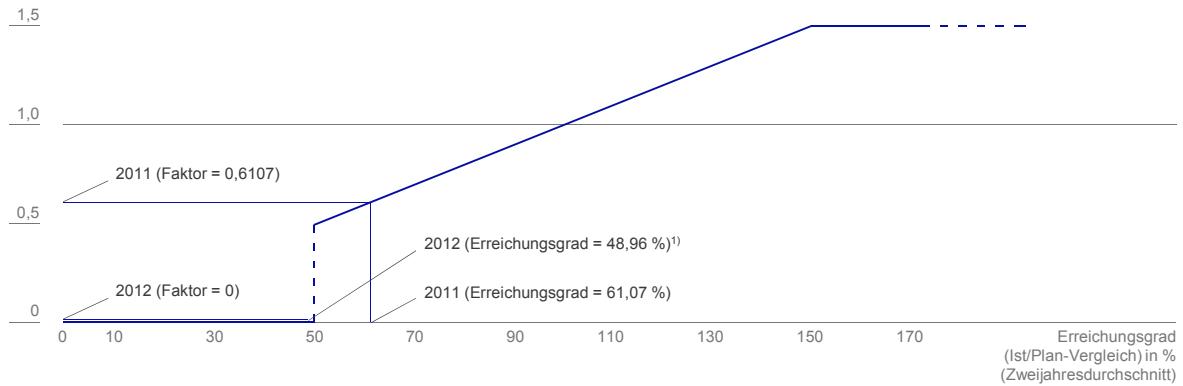
Die Addition der beiden Bonuskomponenten führt zu einem Gesamtbonus. Betragen beispielsweise die Faktoren der beiden Bonuskomponenten jeweils 1,0, entspricht der Gesamtbonus der jeweiligen Gesamt-Zielgröße. Der rechnerisch ermittelte Gesamtbonus ist nach oben auf das 1,5-Fache der Gesamt-Zielgröße begrenzt. Bei gleichzeitigem Unterschreiten der für beide Bonuskomponenten definierten Untergrenzen wie oben beschrieben entfällt die Zahlung eines Bonus vollständig.

Der Aufsichtsrat nimmt ergänzend eine Bewertung vor, durch die der rechnerisch ermittelte Gesamt-Bonusbetrag erhöht oder verringert werden kann. Ziel ist dabei insbesondere, weitere qualitative und quantitative Faktoren wie zum Beispiel Umsatzbeiträge, individuelle Erfolgsbeiträge oder risikobezogene Faktoren vor dem Hintergrund der regulatorischen Erfordernisse angemessen zu berücksichtigen. Bis 31. Mai 2012 war das auszuübende Ermessen auf eine Erhöhung oder Verringerung des Gesamtbonusbetrags für alle Vorstandsmitglieder um bis zu 50 % begrenzt. Mit Wirkung zum 1. Juni 2012 hat der Aufsichtsrat die Ermessensregelungen so umgestaltet, dass die Ermessensausübung zu einer Erhöhung oder Verringerung des rechnerisch ermittelten Gesamtbonusbetrags um bis zu 50 % für ein ordentliches Vorstandsmitglied und eine Erhöhung um bis zu 150 % beziehungsweise eine Verringerung um bis zu 100 % für einen Co-Vorsitzenden des Vorstands führen kann. Somit kann der Gesamtbonus unter günstigsten Bedingungen mit Wirkung ab 1. Juni 2012 für ein ordentliches Vorstandsmitglied maximal das 2,25-Fache und für einen Co-Vorsitzenden des Vorstands das 3,75-Fache der Gesamt-Zielgröße betragen.

Das folgende Schaubild zeigt die Höhe des Faktors 1 in Abhängigkeit von dem nach der soeben beschriebenen Methode errechneten Erreichungsgrad und dem jeweiligen Erreichungsgrad in den Jahren 2012 und 2011.

Bonuskomponente 1

Faktor

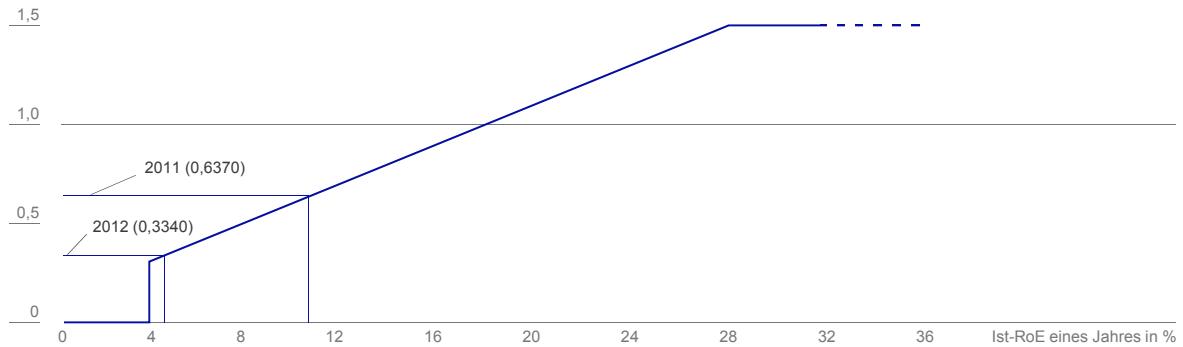


¹⁾ Der Erreichungsgrad für das Jahr 2012 liegt unterhalb von 50 % und somit beträgt der Faktor Null.

Das folgende Schaubild zeigt die Höhe des Multiplikators in Abhängigkeit von der tatsächlich erreichten Eigenkapitalrendite (RoE) eines Jahres und den jeweiligen Erreichungsgrad in den Jahren 2012 und 2011.

Bonuskomponente 2

Multiplikator



Der Aufsichtsrat hat entschieden, für Vergütungszwecke die Eigenkapitalrendite des Jahres 2012 anzupassen, indem bedeutende Abschreibungen auf Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte, die in diesem Jahr angefallen sind, ausgenommen wurden. Im Ergebnis lagen jedoch die daraus errechneten Faktoren für die beiden Bonuskomponenten unter dem relevanten Schwellenwert von jeweils 0,5, sodass für das Geschäftsjahr 2012 kein Bonus zu gewähren war. Insoweit entfiel auch die Möglichkeit einer Ermessensausübung durch den Aufsichtsrat.

Faktor 1 für Bonuskomponente 1 und Faktor 2 für Bonuskomponente 2 werden wie folgt bestimmt:

Formel für Faktor 1: Zweijahresdurchschnitt des Ist-RoE im Vergleich zum Plan-RoE 2011/2012

$$\frac{\frac{\text{Ist-RoE 2011}}{\text{Plan-RoE 2011}} + \frac{\text{Ist-RoE 2012}}{\text{Plan-RoE 2012}}}{2} = 0,4896 \text{ (2011: 0,6107)}$$

Formel für Faktor 2: Zweijahresdurchschnitt des Ist-RoE für 2011/2012

$$\frac{\text{Multiplikator abgeleitet vom Ist-RoE 2011} + \text{Multiplikator abgeleitet vom Ist-RoE 2012}}{2} = 0,4855 \text{ (2011: 0,6368)}$$

Long-Term Performance Award

Die Höhe des Long-Term Performance Award (LTPA) orientiert sich an der Rendite der Deutsche Bank-Aktie (Total Shareholder Return) im Verhältnis zum Durchschnittswert der Aktienrenditen (in Euro gerechnet) einer ausgewählten Vergleichsgruppe von sechs führenden Banken. Das Ergebnis hieraus ist die relative Aktienrendite (Relative Total Shareholder Return (RTSR)). Der LTPA errechnet sich aus dem Mittel des jährlichen RTSR für die drei letzten Geschäftsjahre (Berichtsjahr sowie die beiden vorhergehenden Jahre). Die Vergleichsgruppe wurde anhand der Kriterien grundsätzlich vergleichbare Geschäftstätigkeit, vergleichbare Größe und internationale Präsenz ausgewählt.

Die sechs führenden Banken sind

- Banco Santander und BNP Paribas (beide aus dem Euro-Raum),
- Barclays und Credit Suisse (beide aus dem europäischen Nicht-Euro-Raum) sowie
- JPMorgan Chase und Goldman Sachs (beide aus den USA).

Der LTPA berechnet sich für die Vorstandsmitglieder wiederum auf Basis einer vorab definierten Zielgröße multipliziert mit einem Prozentsatz, der sich aus der erreichten relativen Aktienrendite ableitet. Die jährliche Zielgröße für ein ordentliches Vorstandsmitglied sowie den Vorsitzenden beziehungsweise die Co-Vorsitzenden des Vorstands lautet wie folgt:

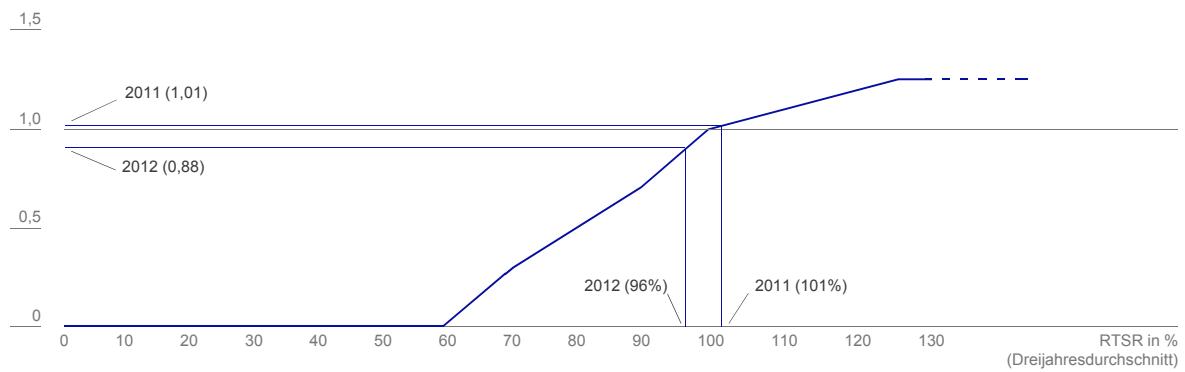
in €	Januar–Mai	Juni–Dezember
LTPA-Zielgröße (insgesamt)		
Vorsitzender/Co-Vorsitzende	4.800.000	4.350.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder	2.175.000	2.175.000

Wie auch der Bonus hat der LTPA eine Obergrenze (Cap). Ist der Dreijahresdurchschnitt des RTSR größer als 100 %, dann erhöht sich der Wert des LTPA proportional bis zu einer Obergrenze von 125 % der Zielgröße. Sofern der Dreijahresdurchschnitt des RTSR geringer als 100 % ist, vermindert sich der Wert überproportional. Liegt die so berechnete relative Aktienrendite zwischen 90 % und 100 %, mindert sich für jeden Prozentpunkt weniger der Wert um jeweils 3 Prozentpunkte. Im Bereich von 70 % bis 90 % verringert sich der Wert für jeden Prozentpunkt weniger um jeweils 2 Prozentpunkte sowie unter 70 % für jeden Prozentpunkt weniger wiederum um jeweils weitere 3 Prozentpunkte. Überschreitet die relative Aktienrendite auf Dreijahressicht im Durchschnitt 60 % nicht, wird kein LTPA gewährt.

Der Verlauf ist dem folgenden Schaubild zu entnehmen.

Long-Term Performance Award

Faktor



Der Relative Total Shareholder Return als Basis für die Berechnung des LTPA lag im Jahr 2012 bei circa 86 % (2011: 111 %; 2010: 93 %). Im Durchschnitt der letzten drei Jahre (2010 bis 2012) lag er somit bei circa 96 %, was einen Faktor von 88 % ergibt.

Division Incentive

Für das Geschäftsjahr 2012 verzichtete Herr Jain auf den ihm vertraglich zustehenden Anspruch auf Gewährung eines Division Incentive, was vom Aufsichtsrat gebilligt wurde.

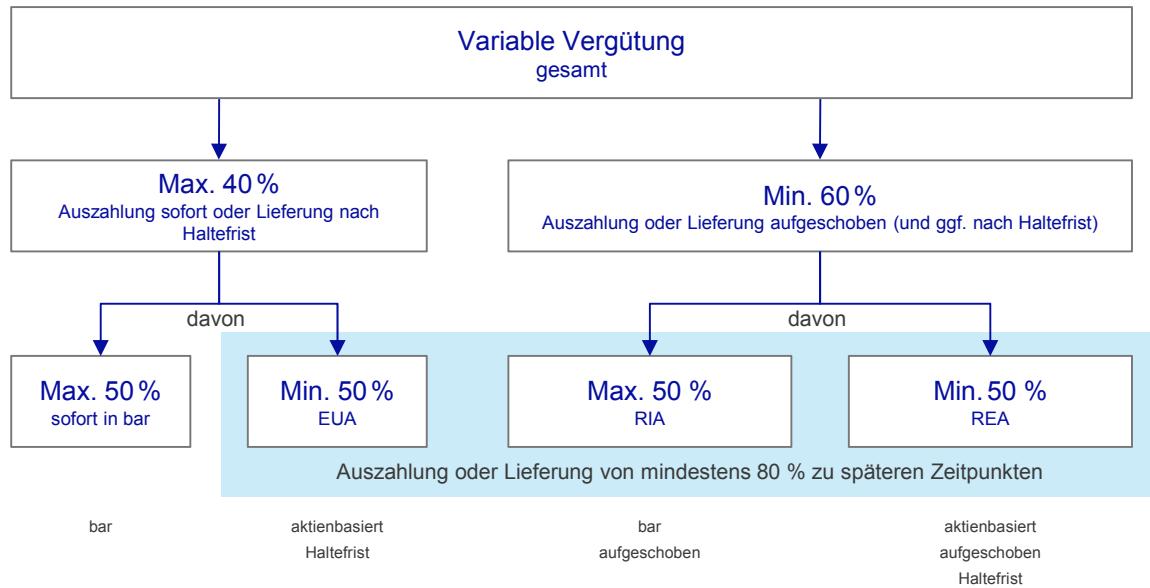
Langfristige Anreizwirkung/Nachhaltigkeit

Der Gesamtbetrag aus Bonus und LTPA wird in erster Linie aufgeschoben gewährt und über mehrere Jahre gestreckt. Auf diese Weise ist eine langfristige Anreizwirkung für einen mehrjährigen Zeitraum sichergestellt.

Gemäß InstitutsVergV müssen mindestens 60 % der gesamten variablen Vergütung aufgeschoben vergeben werden. Dieser aufgeschobene Teil besteht mindestens zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen, während der noch verbleibende andere Teil als eine aufgeschobene Barvergütung gewährt wird. Beide Vergütungselemente werden über einen mehrjährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt, an den sich für die aktienbasierten Vergütungselemente noch Haltefristen anschließen. In dem Zeitraum bis zur Lieferung beziehungsweise zum Zufluss können diese aufgeschoben gewährten Teile verfallen. Maximal 40 % der gesamten variablen Vergütung werden nicht aufgeschoben gewährt. Hiervon besteht jedoch wiederum mindestens die Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen, und nur der verbleibende Teil wird direkt in bar ausgezahlt. In Summe betrachtet werden also nur maximal 20 % der gesamten variablen Vergütung sofort bar ausgezahlt, während mindestens 80 % zu einem späteren Zeitpunkt zufließend beziehungsweise geliefert werden.

Das folgende Schaubild stellt Aufteilung und Struktur der variablen Vergütung gemäß der InstitutsVergV dar.

Aufteilung / Struktur der variablen Vergütung für den Vorstand



EUA = Equity Upfront Awards

RIA = Restricted Incentive Awards

REA = Restricted Equity Awards

Restricted Equity Awards

Mindestens 50 % der aufgeschobenen Vergütung bestehen aus Restricted Equity Awards.

Die Restricted Equity Awards für 2012 werden etwa viereinhalb Jahre nach ihrer Gewährung in einer einzigen Tranche (Cliff Vesting) fällig und sind danach noch mit einer zusätzlichen Haltefrist von sechs Monaten versehen. Demnach können die Vorstandsmitglieder erst nach etwa fünf Jahren über die Aktien verfügen. Die Einführung einer Fälligkeit in einer einzigen Tranche stellt im Gegensatz zu einer proratarischen Fälligkeit sicher, dass für jedes Vorstandsmitglied die gesamte Anwartschaft bis zur vollständigen Fälligkeit einem möglichen Verfall unterliegt und sich der verfallbare Anteil nicht mehr nach Fälligkeit der jeweils jährlichen Tranche reduziert.

Die Restricted Equity Awards für 2011 werden in vier gleichen Tranchen unverfallbar. Die Unverfallbarkeit der ersten Tranche tritt etwa eineinhalb Jahre nach Vergabe der Awards ein. Im Abstand von jeweils einem weiteren Jahr werden danach die übrigen Tranchen kontinuierlich unverfallbar. Nach Eintritt der Unverfallbarkeit der einzelnen Tranchen unterliegen diese einer zusätzlichen Haltefrist. Die zusätzliche Haltefrist der ersten Tranche beträgt drei Jahre, die der zweiten Tranche zwei Jahre und die der dritten und vierten jeweils ein Jahr.

Restricted Incentive Awards

Die Restricted Incentive Awards machen insgesamt maximal 50 % der aufgeschobenen variablen Vergütung aus. Sie werden in vier gleichen Tranchen unverfallbar. Die Unverfallbarkeit der ersten Tranche tritt etwa eineinhalb Jahre nach Vergabe ein. Im Abstand von jeweils einem Jahr werden danach die übrigen Tranchen kontinuierlich unverfallbar. Mit dem Eintritt der Unverfallbarkeit erfolgt gleichzeitig der Zufluss. Die aufgeschobene Barvergütung wird damit insgesamt über einen Zeitraum von etwa viereinhalb Jahren gestreckt.

Upfront Awards

Die Upfront Awards betragen maximal 40 % der aufgeschobenen variablen Vergütung. Hiervon wird jedoch höchstens die Hälfte unmittelbar in bar ausgezahlt (Upfront Cash). Der verbleibende Teil wird aktienbasiert in Form von Equity Upfront Awards gewährt. Die Equity Upfront Awards sind mit einer Haltefrist von drei Jahren versehen. Erst nach deren Verstreichen darf über die Awards verfügt werden.

Das nachfolgende Schaubild stellt neben dem Auszahlungszeitpunkt der Barvergütung insbesondere die zeitliche Streckung der Zuflüsse beziehungsweise Lieferungen der übrigen variablen Vergütungskomponenten in den fünf Folgejahren nach Vergabe dar.

Zeitrahmen für Auszahlung oder Lieferung und Unverfallbarkeit für den Vorstand

	Vergabejahr	1. Folgejahr	2. Folgejahr	3. Folgejahr	4. Folgejahr	5. Folgejahr
Sofortige Auszahlung in bar	100%					
Equity Upfront Awards	100%			100%		
Restricted Incentive Awards		25%	25%	25%	25%	
Restricted Equity Awards (zugesagt für das Geschäftsjahr 2011)		25%	25%	25%	25%	25%
Restricted Equity Awards (zugesagt für das Geschäftsjahr 2012)				100%	100%	

■ Fälligkeit und/oder Unverfallbarkeit, verbunden mit Auszahlung oder Lieferung
 Fälligkeit mit anschließender Haltefrist bis zur Lieferung; Bestehen einzelner Verwirkungstatbestände während der Haltefrist

Da die RIA bis zum Zufluss nicht zum Bezug von Zinszahlungen berechtigen, wird bei der Vergabe ein einmaliger Aufschlag gewährt (2012: 2 %; 2011: 5 %).

Da für das Geschäftsjahr 2011 gewährte aktienbasierte Awards (EUA und REA) bis zu ihrer Lieferung nicht zum Bezug von Zinszahlungen berechtigen, wird bei der Vergabe ein einmaliger Aufschlag von 5 % gewährt.

Im Hinblick auf für das Geschäftsjahr 2012 gewährte aktienbasierte Awards (EUA und REA) wurde der Aufschlag durch ein Dividendenäquivalent ersetzt, um die Interessen stärker mit denen der Aktionäre in Einklang zu bringen. Das Dividendenäquivalent wird gemäß der folgenden Formel bestimmt:

$$\frac{\text{Gezahlte Dividende} \times \text{Anzahl an Aktienanwartschaften}}{\text{Kurs der Deutsche Bank-Aktie am Tag der Dividendenzahlung}}$$

Verfallbedingungen

Durch die aufgeschoben gewährten beziehungsweise über mehrere Jahre gestreckten Vergütungskomponenten (Restricted Equity Awards, Restricted Incentive Awards und Equity Upfront Awards) wird eine langfristige Anreizwirkung erreicht, da sie bis zur jeweiligen Unverfallbarkeit beziehungsweise zum Ende der Haltefristen

bestimmten Verfallbedingungen unterliegen. Anwartschaften können ganz oder teilweise verfallen, zum Beispiel bei individuellem Fehlverhalten (unter anderem bei Verstoß gegen Regularien) oder einer außerordentlichen Kündigung, bei Restricted Equity Awards und Restricted Incentive Awards auch bei einem negativen Ergebnis des Konzerns oder individuellen negativen Erfolgsbeiträgen. Durch die Verfallbedingungen, die ein wesentlicher Aspekt dieser Vergütungskomponenten sind, wird sichergestellt, dass die langfristige Erfolgsentwicklung sowohl des Konzerns als auch der einzelnen Personen in Einklang gebracht wird.

Begrenzungen bei außergewöhnlichen Entwicklungen

Im Falle außergewöhnlicher Entwicklungen (zum Beispiel Veräußerung großer Beteiligungen) ist die Gesamtvergütung jedes Vorstandsmitglieds auf einen Maximalbetrag begrenzt. Eine Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile erfolgt darüber hinaus nicht, wenn die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile im Einklang mit bestehenden gesetzlichen Regelungen untersagt beziehungsweise einschränkt.

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Grundgehalt

Im Geschäftsjahr 2012 beliefen sich die jährlichen Grundgehälter der ordentlichen Mitglieder des Vorstands auf jeweils 1.150.000 €. Das Grundgehalt des Vorstandsvorsitzenden betrug bis zum 31. Mai 2012 jährlich 1.650.000 € und das Grundgehalt der Co-Vorsitzenden des Vorstands ab dem 1. Juni 2012 jeweils jährlich 2.300.000 €.

Variable Vergütung

Der Aufsichtsrat hat auf Vorschlag des Präsidialausschusses die variable Vergütung für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2012 festgelegt. Der Bonus sowie der LTPA wurden für alle Vorstandsmitglieder auf der Basis des bestehenden Vergütungssystems ermittelt.

Bezüge (insgesamt und individuell)

Unter Berücksichtigung der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 betragen die Bezüge der Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2012 für ihre Vorstandstätigkeit insgesamt 23.681.498 € (2011: 27.323.672 €). Hiervon entfielen 9.599.999 € (2011: 8.550.000 €) auf Grundgehälter, 1.402.936 € (2011: 879.591 €) auf sonstige Leistungen, 11.396.439 € (2011: 17.194.081 €) auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und 1.282.124 € (2011: 700.000 €) auf erfolgsabhängige Komponenten ohne langfristige Anreizwirkung.

Unter Berücksichtigung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 erhielten die einzelnen Vorstandsmitglieder für die Jahre beziehungsweise in den Jahren 2012 und 2011 die nachstehenden Bezüge für ihre Tätigkeit im Vorstand.

Mitglieder des Vorstands	Erfolgs-unabhängige Komponenten		Erfolgsabhängige Komponenten					
			ohne langfristige Anreizwirkung			mit langfristiger Anreizwirkung		
		Grundgehalt	unmittelbar ausgezahlt	Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt	bar	Equity Upfront Award(s) (mit Haltefrist)	Restricted Equity Award(s) (aufgeschoben mit zusätzlicher Haltefrist)	Summe
in €								
Dr. Josef Ackermann ¹	2012	687.500	150.000	699.347	150.000	730.000	2.416.847	
	2011	1.650.000	100.000	693.139	105.000	3.750.075	6.298.214	
Dr. Hugo Bänziger ¹	2012	479.167	134.812	97.572	134.812	263.938	1.110.301	
	2011	1.150.000	100.000	96.706	105.000	1.424.884	2.876.590	
Jürgen Fitschen	2012	1.820.833	150.000	273.122	150.000	1.365.250	3.759.205	
	2011	1.150.000	100.000	72.530	105.000	1.424.884	2.852.414	
Anshuman Jain	2012	1.820.833	150.000	1.342.968	150.000	1.365.250	4.829.051	
	2011	1.150.000	100.000	248.885	105.000	4.207.384	5.811.269	
Stefan Krause	2012	1.150.000	150.000	309.829	150.000	807.000	2.566.829	
	2011	1.150.000	100.000	96.706	105.000	1.424.884	2.876.590	
Hermann-Josef Lamberti ¹	2012	479.167	134.812	97.572	134.812	263.938	1.110.301	
	2011	1.150.000	100.000	96.706	105.000	1.424.884	2.876.590	
Dr. Stephan Leithner ²	2012	670.833	87.500	–	87.500	470.750	1.316.583	
Stuart Lewis ²	2012	670.833	87.500	–	87.500	470.750	1.316.583	
Rainer Neske	2012	1.150.000	150.000	279.279	150.000	807.000	2.536.279	
	2011	1.150.000	100.000	72.530	105.000	1.424.884	2.852.414	
Henry Ritchotte ²	2012	670.833	87.500	–	87.500	470.750	1.316.583	
Summe	2012	9.599.999	1.282.124	3.099.689	1.282.124	7.014.626	22.278.562	
Summe	2011	8.550.000	700.000	1.377.202	735.000	15.081.879	26.444.081	

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Mai 2012.

² Mitglied des Vorstands ab dem 1. Juni 2012.

Bei der Darstellung der Bezüge ist hinsichtlich der Restricted Incentive Awards Folgendes zu erläutern:

Die Restricted Incentive Awards sind als eine hinausgeschobene, nicht-aktienbasierte Vergütung, die aber bestimmten (Verfall-)Bedingungen unterliegt, nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 17 erst im Geschäftsjahr der Gewährung (also in dem Geschäftsjahr, in dem die bedingungsfreie Auszahlung erfolgt) in die Gesamtbezüge einzubeziehen und nicht bereits in dem Geschäftsjahr, in dem die Zusage ursprünglich erteilt wurde. Das bedeutet, dass in den zuvor dargestellten Gesamtbezügen nur die zweite Tranche aus den im Vorjahr (2010 für das Geschäftsjahr 2009) zugesagten Restricted Incentive Awards (einschließlich am RoE orientierter Anpassung) in Höhe von insgesamt 1.389.536 € und die erste Tranche aus den im Vorjahr (2011 für das Geschäftsjahr 2010) zugesagten Restricted Incentive Awards in Höhe von insgesamt 1.710.153 € enthalten sind. Das bedeutet im Hinblick auf das Jahr davor, dass in den dargestellten Gesamtbezügen die im Jahr 2011 ausgezahlte erste Tranche aus den im Vorjahr (2010 für das Geschäftsjahr 2009) zugesagten Restricted Incentive Awards (einschließlich am RoE orientierter Anpassung) in Höhe von insgesamt 1.377.202 € enthalten ist.

In der nachfolgenden Tabelle werden Details im Hinblick auf die Restricted Incentive Awards auf individueller Basis für die im Geschäftsjahr 2012 tätigen Vorstandsmitglieder dargestellt. Dabei sind die im Geschäftsjahr gewährten, das heißt ausgezahlten, sowie die ursprünglich zugesagten Beträge angegeben und darüber hinaus die Geschäftsjahre, auf welche sich die zugesagten Beträge beziehen.

Mitglieder des Vorstands

Beträge in €	Geschäftsjahr ¹	Verteilungszeitraum/Tranchen ²	zugesagter Betrag	Auszahlung im Geschäftsjahr 2012 ³	Auszahlung im Geschäftsjahr 2011 ³
Dr. Josef Ackermann ⁴	2012	2014 bis 2017 / 4	744.600	–	–
	2011	2013 bis 2016 / 4	3.750.075	–	–
	2010	2012 bis 2015 / 4	2.534.089	–	–
	2009	2011 bis 2013 / 3	1.925.000	699.347	693.139
Dr. Hugo Bänziger ⁴	2012	2014 bis 2017 / 4	269.217	–	–
	2011	2013 bis 2016 / 4	1.424.883	–	–
	2010	2012 bis 2015 / 4	824.399	–	–
	2009	2011 bis 2013 / 3	268.575	97.572	96.706
Jürgen Fitschen	2012	2014 bis 2017 / 4	1.392.555	–	–
	2011	2013 bis 2016 / 4	1.424.883	–	–
	2010	2012 bis 2015 / 4	799.770	199.943	–
	2009	2011 bis 2013 / 3	201.431	73.179	72.530
Anshuman Jain	2012	2014 bis 2017 / 4	1.392.555	–	–
	2011	2013 bis 2016 / 4	4.207.383	–	–
	2010	2012 bis 2015 / 4	4.367.413	1.091.853	–
	2009	2011 bis 2013 / 3	691.210	251.115	248.885
Stefan Krause	2012	2014 bis 2017 / 4	823.140	–	–
	2011	2013 bis 2016 / 4	1.424.883	–	–
	2010	2012 bis 2015 / 4	849.029	212.257	–
	2009	2011 bis 2013 / 3	268.575	97.572	96.706
Hermann-Josef Lamberti ⁴	2012	2014 bis 2017 / 4	269.217	–	–
	2011	2013 bis 2016 / 4	1.424.883	–	–
	2010	2012 bis 2015 / 4	799.770	–	–
	2009	2011 bis 2013 / 3	268.575	97.572	96.706
Dr. Stephan Leithner ⁵	2012	2014 bis 2017 / 4	480.165	–	–
Stuart Lewis ⁵	2012	2014 bis 2017 / 4	480.165	–	–
Rainer Neske	2012	2014 bis 2017 / 4	823.140	–	–
	2011	2013 bis 2016 / 4	1.424.883	–	–
	2010	2012 bis 2015 / 4	824.399	206.100	–
	2009	2011 bis 2013 / 3	201.431	73.179	72.530
Henry Ritchotte ⁵	2012	2014 bis 2017 / 4	480.165	–	–
Summe	2012	2014 bis 2017 / 4	7.154.919	–	–
	2011	2013 bis 2016 / 4	15.081.873	–	–
	2010	2012 bis 2015 / 4	10.998.869	1.710.153	–
	2009	2011 bis 2013 / 3	3.824.797	1.389.536	1.377.202

¹ Geschäftsjahr, für das die Zusage für die Tätigkeit im Vorstand ursprünglich erteilt wurde.

² Anzahl gleicher Tranchen.

³ Die Restricted Incentive Awards, die für das Geschäftsjahr 2009 zugesagt wurden, enthalten eine variable Komponente (RoE-orientierte Anpassung), sodass der gewährte, das heißt ausgezahlte Betrag bezüglich der ersten beiden Tranchen vom ursprünglich zugesagten Betrag abweicht.

⁴ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Mai 2012.

⁵ Mitglied des Vorstands ab dem 1. Juni 2012.

Um vollständige Klarheit über die den Mitgliedern des Vorstands für das Geschäftsjahr 2012 gewährte Vergütung zu verschaffen, zeigt die nachstehende Tabelle – abweichend von den Regelungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 – die vom Aufsichtsrat für die einzelnen Vorstandsmitglieder für deren Tätigkeit im Vorstand festgelegten Bezüge für die Jahre 2012 und 2011.

Mitglieder des Vorstands		Erfolgs-unabhängige Komponenten	Erfolgsabhängige Komponenten				
			ohne langfristige Anreizwirkung		mit langfristiger Anreizwirkung		
			Grundgehalt	unmittelbar ausgezahlt	Restricted Incentive Award(s) zugesagt	bar	aktienbasiert
in €							
Dr. Josef Ackermann ¹	2012	687.500	150.000	744.600	150.000	730.000	2.462.100
	2011	1.650.000	100.000	3.750.075	105.000	3.750.075	9.355.150
Dr. Hugo Bänziger ¹	2012	479.167	134.812	269.217	134.812	263.938	1.281.946
	2011	1.150.000	100.000	1.424.883	105.000	1.424.884	4.204.767
Jürgen Fitschen	2012	1.820.833	150.000	1.392.555	150.000	1.365.250	4.878.638
	2011	1.150.000	100.000	1.424.883	105.000	1.424.884	4.204.767
Anshuman Jain	2012	1.820.833	150.000	1.392.555	150.000	1.365.250	4.878.638
	2011	1.150.000	100.000	4.207.383	105.000	4.207.384	9.769.767
Stefan Krause	2012	1.150.000	150.000	823.140	150.000	807.000	3.080.140
	2011	1.150.000	100.000	1.424.883	105.000	1.424.884	4.204.767
Hermann-Josef Lamberti ¹	2012	479.167	134.812	269.217	134.812	263.938	1.281.946
	2011	1.150.000	100.000	1.424.883	105.000	1.424.884	4.204.767
Dr. Stephan Leithner ²	2012	670.833	87.500	480.165	87.500	470.750	1.796.748
Stuart Lewis ²	2012	670.833	87.500	480.165	87.500	470.750	1.796.748
Rainer Neske	2012	1.150.000	150.000	823.140	150.000	807.000	3.080.140
	2011	1.150.000	100.000	1.424.883	105.000	1.424.884	4.204.767
Henry Ritchotte ²	2012	670.833	87.500	480.165	87.500	470.750	1.796.748
Summe	2012	9.599.999	1.282.124	7.154.919	1.282.124	7.014.626	26.333.792
Summe	2011	8.550.000	700.000	15.081.873	735.000	15.081.879	40.148.752

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Mai 2012.

² Mitglied des Vorstands ab dem 1. Juni 2012.

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2013 für das Geschäftsjahr 2012 in Form von Equity Upfront Awards (EUA) und Restricted Equity Awards (REA) gewährt wurden, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Xetra-Schlusskurs der Deutsche Bank-Aktie am 1. Februar 2013 (38,525 €) ermittelt (Vorjahr: 34,04 € am 1. Februar 2012).

Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewährter Aktienanwartschaften (gerundet):

Mitglieder des Vorstands	Anzahl	Jahr	Equity Upfront Award(s) (mit Haltefrist)	Restricted Equity Award(s) (aufgeschoben mit zusätzlicher Haltefrist)
Dr. Josef Ackermann ¹		2012	3.893	18.948
		2011	3.084	110.166
Dr. Hugo Bänziger ¹		2012	3.499	6.851
		2011	3.084	41.859
Jürgen Fitschen		2012	3.893	35.438
		2011	3.084	41.859
Anshuman Jain		2012	3.893	35.438
		2011	3.084	123.601
Stefan Krause		2012	3.893	20.947
		2011	3.084	41.859
Hermann-Josef Lamberti ¹		2012	3.499	6.851
		2011	3.084	41.859
Dr. Stephan Leithner ²		2012	2.271	12.219
Stuart Lewis ²		2012	2.271	12.219
Rainer Neske		2012	3.893	20.947
		2011	3.084	41.859
Henry Ritchotte ²		2012	2.271	12.219

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Mai 2012.

² Mitglied des Vorstands ab dem 1. Juni 2012.

Die folgende Tabelle zeigt die erfolgsunabhängigen sonstigen Leistungen für die Geschäftsjahre 2012 und 2011.

Mitglieder des Vorstands in €	Sonstige Leistungen	
	2012	2011
Dr. Josef Ackermann ¹	88.372	176.256
Dr. Hugo Bänziger ¹	36.959	50.535
Jürgen Fitschen	240.044	151.700
Anshuman Jain	614.588	63.214
Stefan Krause	102.301	228.878
Hermann-Josef Lamberti ¹	42.664	103.485
Dr. Stephan Leithner ²	72.601	–
Stuart Lewis ²	71.187	–
Rainer Neske	127.543	105.523
Henry Ritchotte ²	6.677	–
Summe	1.402.936	879.591

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Mai 2012.

² Mitglied des Vorstands ab dem 1. Juni 2012.

Aus Mandaten für konzernneigene Gesellschaften erhalten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Alters- und Übergangsleistungen

Der Aufsichtsrat erteilt den Mitgliedern des Vorstands grundsätzlich eine Zusage auf Altersversorgungsleistungen. Bei den Zusagen handelt es sich um einen beitragsorientierten Pensionsplan. Im Rahmen dieses Pensionsplans wurde grundsätzlich für jedes teilnehmende Vorstandmitglied nach Berufung in den Vorstand ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird. Der Versorgungsbaustein wird mit einem individuellen Beitragssatz auf Basis des Grundgehalts und des Gesamtbonus bis zu einer Obergrenze errechnet und enthält durch einen altersabhängigen Faktor eine Vorabverzinsung von durchschnittlich 6 % pro Jahr bis zum Alter von 60 Jahren. Ab dem Alter von 61 Jahren wird das Versorgungskonto jährlich mit 6 % bis zum Pensionierungszeitpunkt verzinst. Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann unter bestimmten Bedingungen auch vor Eintritt eines der Regel-Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

Im Jahr 2012 stand den Herren Dr. Ackermann, Dr. Bänziger und Lamberti nach ihrem Ausscheiden für die Dauer von sechs Monaten eine Übergangszahlung zu, die sich zeitanteilig zu 100 % aus der Summe des Jahresgrundgehalts und des jeweiligen Gesamtbonus (letzte Gesamt-Zielgröße) ergibt. Im Anschluss daran steht Herrn Dr. Ackermann eine weitere Übergangszahlung in Höhe von 75 % aus der Summe des Jahresgrundgehalts und des Gesamtbonus (letzte Gesamt-Zielgröße) für einen Zeitraum von 12 Monaten zu. Auf der Grundlage dieser Anspruchsberechtigungen wurden im Jahr 2012 Übergangszahlungen in Höhe von € 928.125 an Herrn Dr. Ackermann sowie jeweils € 575.000 an Herrn Dr. Bänziger und an Herrn Lamberti geleistet. Weitere Teilbeträge werden im Jahr 2013 fällig, für Herrn Dr. Ackermann auch im Jahr 2014.

Herrn Dr. Ackermann und Herrn Lamberti steht aufgrund früherer vertraglicher Zusagen jeweils ein zusätzliches monatliches Ruhegeld von 29.400 € nach der Beendigung der entsprechenden Übergangszahlungen zu.

Die folgende Tabelle zeigt den jährlichen Dienstzeitaufwand für Altersleistungen und Übergangszahlungen für die Jahre 2012 und 2011 sowie die entsprechende Verpflichtungshöhe jeweils zum 31. Dezember 2012 und 31. Dezember 2011 für die einzelnen Mitglieder des Vorstands. Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen und den vorher beschriebenen weiteren individuellen Ansprüchen.

Mitglieder des Vorstands

in €		Dienstzeitaufwand für Altersleistungen und Übergangszahlungen im Geschäftsjahr	Barwert der Verpflichtung am Ende des Geschäftsjahrs aus zugesagten Altersleistungen und Übergangszahlungen
Dr. Josef Ackermann ¹	2012	405.581	–²
	2011	876.760	18.753.007
Dr. Hugo Bänziger ¹	2012	303.183	–²
	2011	508.011	2.786.879
Jürgen Fitschen	2012	327.364	1.093.915
	2011	222.585	565.984
Anshuman Jain	2012	412.524	412.524
Stefan Krause	2012	550.439	2.564.927
	2011	470.827	1.345.800
Hermann-Josef Lamberti ¹	2012	180.193	–²
	2011	486.920	12.463.973
Dr. Stephan Leithner ³	2012	210.469	210.469
Stuart Lewis ³	2012	209.385	209.385
Rainer Neske	2012	560.153	2.179.771
	2011	462.655	1.066.022
Henry Ritchotte ³	2012	206.692	206.692

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Mai 2012.² Die entsprechende Verpflichtung ist ein Teil der Pensionsverpflichtung gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands.³ Mitglied des Vorstands ab dem 1. Juni 2012.

Im Zusammenhang mit ihrem Ausscheiden aus dem Konzern wurde in die Versorgungskonten von Herrn Dr. Bänziger und Herrn Lamberti jeweils ein außerordentlicher Beitrag eingezahlt. Dieser außerordentliche Beitrag belief sich für Herrn Dr. Bänziger auf 688.422 € und für Herrn Lamberti auf 560.112 €.

Sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens

Wird die Bestellung eines Vorstandsmitglieds auf Veranlassung der Bank vorzeitig beendet, ohne dass diese berechtigt ist, die Bestellung aus wichtigem Grund zu widerrufen oder den Anstellungsvertrag fristlos zu kündigen, so besteht grundsätzlich Anspruch auf eine Abfindung. Diese beläuft sich in der Regel auf den jeweils niedrigeren Betrag von zwei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags. Als Basis für die Berechnung der Vergütung dient dabei die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr.

Sofern Vorstandsmitglieder im Zusammenhang mit einem Kontrollerwerb ausscheiden, haben sie unter bestimmten Voraussetzungen grundsätzlich ebenfalls Anspruch auf eine Abfindung. Diese beläuft sich in der Regel auf den jeweils niedrigeren Betrag von drei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags. Als Basis für die Berechnung der Vergütung dient auch hier die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr.

Eine Abfindung wird in den vorgenannten Fällen nach billigem Ermessen durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Auszahlung der Abfindung erfolgt grundsätzlich in zwei Raten, wobei die zweite Rate bis zur Fälligkeit bestimmten Verfallregelungen unterliegt.

In Zusammenhang mit ihrem Ausscheiden aus dem Konzern haben Herr Dr. Bänziger und Herr Lamberti eine Abfindung auf Grundlage eines jeweils mit ihnen geschlossenen Abfindungsvertrags erhalten. Die Abfindung für Herrn Dr. Bänziger beträgt 7.756.000 €, die Abfindung für Herrn Lamberti 7.729.000 €. In beiden Fällen erfolgt die Auszahlung der Abfindung in zwei Raten, wobei die zweite Rate bis zur Fälligkeit am 31. Mai 2013 bestimmten Verfallregelungen unterliegt.

Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung

Der in den jeweiligen Geschäftsjahren gebuchte Aufwand für aufgeschobene Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung, die für die Vorstandstätigkeit gewährt wurden, ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Mitglieder des Vorstands in €	aktienbasierte Vergütungskomponenten		Aufgewandter Betrag für Vergütungskomponente in bar	
			2012	2011
	2012	2011	2012	2011
Dr. Josef Ackermann ¹	5.093.773	2.020.850	4.688.524	2.152.404
Dr. Hugo Bänziger ¹	2.314.873	440.182	1.989.185	386.704
Jürgen Fitschen	967.516	309.459	819.851	359.601
Anshuman Jain	2.738.231	1.471.955	3.092.210	1.818.626
Stefan Krause	981.775	364.503	824.961	395.591
Hermann-Josef Lamberti ¹	2.485.906	434.736	1.974.270	377.816
Rainer Neske	969.746	314.911	827.875	368.488

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Mai 2012.

Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands

Am 28. März 2013 beziehungsweise 17. Februar 2012 hielten die derzeitigen Vorstandsmitglieder die folgende Anzahl an Deutsche Bank-Aktien und Aktienanwartschaften:

Mitglieder des Vorstands	2013	Anzahl Aktien	Anzahl Aktienanwart- schaften ¹	
			Aktien	Anwartschaften
Jürgen Fitschen	183.759	146.472		
	2012	181.907	110.978	
Anshuman Jain	572.701	344.875		
	2012	552.697	346.703	
Stefan Krause	–	141.148		
	2012	–	116.307	
Dr. Stephan Leithner	24.632	180.348		
Stuart Lewis	20.480	77.706		
Rainer Neske	73.940	132.905		
	2012	51.088	111.902	
Henry Ritchotte	134.082	144.944		
Summe	1.009.594	1.168.398		
Summe	785.692	685.890		

¹ Einschließlich der Aktienanwartschaften, die ein Vorstandsmitglied gegebenenfalls im Zusammenhang mit einem bestehenden Anstellungsverhältnis vor der Bestellung zum Vorstand erhalten hat.

Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands hielten zum 22. Februar 2013 insgesamt 1.009.594 Deutsche Bank-Aktien, was rund 0,11 % der an diesem Stichtag ausstehenden Aktien entsprach.

Den im Geschäftsjahr 2012 tätigen Mitgliedern des Vorstands wurden in diesem Geschäftsjahr insgesamt 439.722 Deutsche Bank-Aktien aus in früheren Jahren gewährten Aktienanwartschaften zugeteilt.

Senior Management Group



Es ist zwingend erforderlich, dass sich die Mitglieder der obersten Führungsebene eines Finanzunternehmens zum gemeinsamen Aufbau eines langfristigen und nachhaltigen Unternehmens verpflichten. Dies sollte sich auch in der Vergütungsstruktur widerspiegeln mit dem Ziel, dass die Mitarbeiter ein persönliches Interesse am zukünftigen Erfolg des Unternehmens haben.

Wie auf dem Investorentag 2012 angekündigt, haben wir uns entschlossen, die oberste Führungsebene zu identifizieren. Diese Gruppe besteht aus 126 Personen (neben dem Vorstand weitere 119 Personen) und umfasst auch das Group Executive Committee und die obersten Führungskräfte aller Geschäftsbereiche, des Regional Management und der Infrastrukturfunktionen. Alle identifizierten Personen unterliegen zugleich der Regulierung durch die InstitutsVergV; dennoch haben wir auf freiwilliger Basis diese Untergruppe aus der Gruppe aller durch die InstitutsVergV regulierten Mitarbeiter ermittelt, um für diese strengere Vergütungsvorschriften anzuwenden.

Restricted Equity Award

Um die Vergütung für diese Gruppe noch stärker an der langfristigen Nachhaltigkeit des Konzerns auszurichten, haben wir beschlossen, den kombinierten Zeitraum von Anwartschaftsfrist und Haltefrist für die REA auf insgesamt fünf Jahre zu verlängern. Unter der Voraussetzung, dass die Leistungsbedingungen erfüllt sind, wird die gesamte Anzahl der Aktien (anders als bei einer tranchenweisen Zuteilung) nicht vor Ende des Fünfjahreszeitraums an die Mitarbeiter geliefert.

Die REA unterliegen sämtlichen Rückforderungsbedingungen, die in der Übersicht der ex-post-Methoden der Risikoanpassung dargestellt wurden. Ist das Ergebnis vor Steuern des Konzerns oder des Unternehmensbereichs des Mitarbeiters während des fünfjährigen Zeitraums in einem Jahr negativ, verfallen 20 % dieser Vergütungskomponente hinsichtlich dieses Jahres.

Es ist unsere Absicht, ein spezielles Augenmerk auf die Vergütungsvereinbarungen dieser Gruppe von obersten Führungskräften zu richten. Zusätzlich zur Verlängerung der Fristen bis zum Erhalt der REAs wird für diese Gruppe durch die Einrichtung einer Obergrenze für sofortige, bare Bonuszahlungen ein hoher Anteil an aufgeschobener Vergütung gewährleistet. Im Durchschnitt unterliegt die Senior Management Group einer Quote an aufgeschobener Vergütung von mehr als 90 %. Sowohl der Anteil an aufgeschobener Vergütung als auch die Anwartschaftsfrist von fünf Jahren gehen über typische Standards der Branche und regulatorische Anforde-

rungen hinaus. Dies ist eine freiwillige Entscheidung, die wir getroffen haben und die sich unter Wettbewerbsaspekten als schwierig erweisen könnte. Dennoch sind wir fest davon überzeugt, dass durch diese Entscheidung die zunehmende Ausrichtung der Vergütung an der Anforderung langfristiger Wertentwicklung untermauert und aufgezeigt wird.

Mitarbeiter, die der InstitutsVergV unterliegen



In Übereinstimmung mit der InstitutsVergV sind wir verpflichtet, alle Mitarbeiter zu identifizieren, bei denen davon ausgegangen wird, dass ihre Tätigkeiten einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Konzerns haben. Das SECC hat den Identifikationsprozess, der sowohl eine qualitative als auch eine quantitative Analyse umfasst, im Hinblick auf das Geschäftsjahr 2012 beaufsichtigt. Im Rahmen des Prozesses wurden die nachstehenden Mitarbeitergruppen ermittelt:

- Vorstand, Group Executive Committee, Regional Management und Geschäftsleiter bedeutender Tochtergesellschaften;
- Führungskräfte, die für das tägliche Management von Front-Office-Bereichen und großen Hauptstandorten zuständig sind;
- Mitarbeiter, welche für unabhängige Kontrollfunktionen zuständig sind, und Mitglieder von globalen Komitees im Infrastrukturbereich;
- sämtliche Managing Directors im Bereich CB&S (außer Research und German MidCaps);
- sowie, falls nicht bereits identifiziert, alle anderen Mitarbeiter mit ähnlichem Vergütungsniveau wie diejenigen, die unter die oben genannten Kriterien fallen.

Weltweit wurden 1.215 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 36 Ländern identifiziert, die unter diese Regulierung fallen. Dies stellt eine Abnahme gegenüber dem Jahr 2011 dar, die maßgeblich darauf zurückzuführen ist, dass in CB&S weniger Managing Directors identifiziert wurden und dass die variable Vergütung insgesamt geringer geworden ist. Ungeachtet dessen erwarten wir, dass diese Anzahl auf einem wesentlich höheren Niveau als bei der Mehrzahl unserer hauptsächlichen Wettbewerber verbleibt, sowohl in absoluter Höhe als auch im Verhältnis zur gesamten Belegschaft.

Vergütungsstrukturen für regulierte Mitarbeiter

Für regulierte Mitarbeiter kommt dieselbe Deferral Matrix zur Anwendung wie für alle anderen Mitarbeiter, jedoch mit der Ausnahme, dass mindestens 40 % ihrer variablen Vergütung in aufgeschobener Form zu gewähren sind. Erreicht die variable Vergütung eines regulierten Mitarbeiters bei Anwendung der konzernweit geltenden Matrix nicht 40 %, so wird diese Matrix außer Kraft gesetzt, damit sichergestellt ist, dass die regulatorischen Anforderungen erfüllt werden. Für regulierte Mitarbeiter gilt, dass durchschnittlich mehr als 70 % ihrer variablen Vergütung aufgeschoben werden. Diese Praxis geht über die regulatorische Vorgabe von mindestens 40 % bis 60 % weit hinaus und wird von uns freiwillig ausgeübt.

Alle regulierten Mitarbeiter erhalten 50 % ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung in Form eines REA und 50 % in Form eines RIA. Nach Eintritt der Unverfallbarkeit gilt für die einzelnen REA-Tranchen eine anschließende Haltefrist von mindestens sechs Monaten, während der die Aktien von den Mitarbeitern nicht verkauft werden dürfen. Wenngleich die spezifischen erfolgsabhängigen Einbehaltungsregelungen, die im Kapitel über die konzernweite Vergütung umrissen wurden, während der Haltefrist nicht gelten, kann der Mitarbeiter diese Vergütungskomponente dennoch verwirken, wenn eine Kündigung aus wichtigem Grund erfolgt.

Nach Maßgabe des § 5 InstitutsVergV werden 50 % der sofort zugeteilten variablen Vergütung – also der verbleibende Anteil nach Ermittlung des in aufgeschobener Form gewährten Teils – ebenfalls in Form von Aktien (EUA) gewährt. Ab Gewährung unterliegen diese aktienbasierten Vergütungskomponenten einer Haltefrist von mindestens sechs Monaten, während der die Anteile nicht veräußert werden dürfen. Wenn man den EUA dem aufgeschobenen Teil der variablen Vergütung hinzufügt, bedeutet das, dass den regulierten Mitarbeitern im Durchschnitt weniger als 15 % ihrer variablen Vergütung des Jahres 2012 unmittelbar in bar ausgezahlt werden (das heißt, dass der Anteil der zurückbehaltenen Vergütung an der gesamten variablen Vergütung mehr als 85 % beträgt).

Während der Haltefrist unterliegen die EUA den Bedingungen über einen Verstoß gegen interne Richtlinien und können auch verfallen, wenn der Mitarbeiter den Konzern freiwillig verlässt.

Offenlegung von Vergütungskennziffern gemäß § 8 InstitutsVergV

Wie oben beschrieben, haben wir einen strukturierten und umfassenden Ansatz entwickelt und verfeinert, um regulierte Mitarbeiter gemäß den Anforderungen der InstitutsVergV zu identifizieren. Einzelheiten der kollektiven Vergütungselemente für die Gruppe der regulierten Mitarbeiter sind in der unten stehenden Tabelle zusammengestellt. Die Mitglieder des Vorstands sowie die Geschäftsleiter unserer übrigen bedeutenden Institute gemäß § 1 InstitutsVergV sind in der Spalte „Geschäftsleiter (bedeutende Institute)“ enthalten.

	2012						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben) ¹	CB&S	GTB	AWM	PBC	Geschäftsleiter (bedeutende Institute)	NCOU	Konzern Gesamt
Gesamtvergütung	1.375	44	84	25	75	16	1.618
Anzahl der Angestellten	1.086	26	42	15	36	10	1.215
davon Fixe Vergütung	339	9	15	5	20	3	391
davon Variable Vergütung	1.036	35	68	19	56	13	1.227
Variable Vergütung							
davon aufgeschobene Vergütung	779	28	57	15	47	10	936
davon aktienbasiert	390	14	28	8	23	5	468
davon sofort zugeteilt	257	7	12	4	9	2	290
davon aktienbasiert ²	125	3	6	2	4	1	141
davon Vergütung in Abhängigkeit von einer Einbehalt-Regelung	904	31	62	17	51	11	1.077
davon Vergütung in Abhängigkeit von einer nachhaltigen Wertentwicklung	779	28	57	15	47	10	936
Zahlungen bei Aufnahme des Anstellungs- verhältnisses ^{3, 4}	34	–	–	–	–	–	34
Anzahl der Begünstigten	25	–	–	–	–	–	26
Zahlungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses	22	–	15	–	25	–	61
Anzahl der Begünstigten	91	–	7	–	3	–	101

¹ Ohne Postbank.

² Der Teil der sofort zugeteilten Vergütungskomponenten, der als EUA gewährt wurde, kann aufgrund lokaler rechtlicher Bestimmungen und Steuergesetzgebungen weniger als 50 % betragen.

³ Einschließlich Garantiezusagen.

⁴ Die Zahlungen, die anlässlich der Aufnahme des Beschäftigungsverhältnisses gewährt werden, sind zur Wahrung der Vertraulichkeit der Mitarbeiter aufgrund der geringen Anzahl von Leistungsempfängern mit Ausnahme des Bereichs CB&S in aggregierter Form für den Konzern dargestellt.

Alle Zahlen in der obigen Tabelle beinhalten die Zuordnung der Vergütung und der Mitarbeiterzahlen der Infrastruktureinheiten gemäß unserer gängigen Kostenallokationsschlüssel. Die Tabelle enthält geringfügige Rundungsdifferenzen.

Unsere Managementstruktur und unsere Belegschaft unterlagen während des Jahres 2012 erheblichen Veränderungen. Sämtliche bei Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses an Führungskräfte geleistete Zahlungen erfolgten in Anerkennung ihres nachhaltigen Engagements und ihres persönlichen Beitrags zum Erfolg des Konzerns innerhalb eines bestimmten Zeitraums. Der höchste Einzelbetrag innerhalb der vorgenannten Gesamtbeträge bei Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses belief sich auf € 10,4 Mio (umgerechnet in Euro mit dem Wechselkurs am Tag der Auszahlung), wobei es sich um eine frühere vertragliche Verpflichtung handelte.

Sämtliche aufgeschoben gewährten Vergütungselemente sowie der EUA unterliegen dem Einbehalt nach einem Verstoß des Mitarbeiters gegen interne Richtlinien oder regulatorische Auflagen. Darüber hinaus gelten für sämtliche aufgeschoben gewährten Vergütungselemente die Vorschriften über den Einbehalt im Hinblick auf den Erfolgsbeitrag des Mitarbeiters, seines jeweiligen Unternehmensbereichs und des Konzerns insgesamt. Im Verlauf des Jahres 2012 wurden keine Vergütungszusagen an regulierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbehalten.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann. Neue Vergütungsregelungen wurden zuletzt in der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 beschlossen. Danach gelten die folgenden Regelungen:

Die Vergütung besteht aus einer festen Vergütung in Höhe von 60.000 € pro Jahr und einem dividendenabhängigen Bonus in Höhe von 100 € pro Jahr je 0,01 € ausgeschüttete Dividende, die 1,00 € je Aktie übersteigt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ferner eine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene jährliche Vergütung. Diese Vergütung beträgt 100 € für jede 0,01 €, um die der Durchschnitt der im Finanzbericht der Gesellschaft im Einklang mit den jeweils anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften für den Konzern ausgewiesenen Ergebnisse je Aktie (verwässert) aus dem Jahresüberschuss nach Steuern für die letzten drei abgelaufenen Geschäftsjahre den Betrag von 4,00 € übersteigt.

Diese Beträge erhöhen sich um 100 % je Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Für den Vorsitz in einem Ausschuss beträgt der Erhöhungssatz 200 %. Beides gilt nicht für den nach § 27 Absatz 3 MitbestG gebildeten Ausschuss. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Vierfache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfa- che der Gesamtvergütung eines ordentlichen Mitglieds. Für den Aufsichtsratsvorsitzenden stellt dies gleichzeitig die Obergrenze dar. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 1.000 € für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen. Darüber hinaus werden die Mitglieder des Aufsichtsrats in unserem Interesse in angemessener Höhe in eine von der Deutschen Bank abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür werden von der Bank entrichtet.

Wir erstatten den Mitgliedern des Aufsichtsrats sämtliche Auslagen sowie etwaige Umsatzsteueraufwendungen (derzeit 19 %), die ihnen in Verbindung mit ihren Aufgaben als Mitglied des Aufsichtsrats entstehen. Die bei der Deutschen Bank angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihre Vergütung als Mitarbeiter. Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehören, wird im Verhältnis zur Amtsduer berücksichtigt, wobei eine Aufrundung auf volle Monate erfolgt.

Die Mitglieder des Nominierungsausschusses, der sich im Anschluss an die Hauptversammlung 2008 konstituiert hat, haben auf sämtliche Vergütungen für den Nominierungsausschuss für 2009 und die Folgejahre einschließlich des Sitzungsgelds verzichtet.

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2012

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ihre Vergütung nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres. Im Januar 2013 haben wir jedem Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit im Jahr 2012 die feste Vergütung und die Sitzungsgelder überwiesen. Zusätzlich erhält jedes Aufsichtsratsmitglied nach der Hauptversammlung im Mai 2013 für seine Tätigkeit im Jahr 2012 die an unseren langfristigen Unternehmenserfolg geknüpfte Vergütung sowie die dividendenabhängige Vergütung. Unter der Annahme, dass die Hauptversammlung im Mai 2013 der vorgeschlagenen Dividende von 0,75 € pro Aktie zustimmen wird, erhält der Aufsichtsrat eine Gesamtvergütung von 2.335.000 € (2011: 2.608.600 €).

Die individuelle Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2012 setzt sich wie folgt zusammen (ohne gesetzliche Umsatzsteuer).

Mitglieder des Aufsichtsrats

in €	Vergütung für das Geschäftsjahr 2012				Vergütung für das Geschäftsjahr 2011			
	Fest	Variabel	Sitzungs-	Insgesamt	Fest	Variabel ⁸	Sitzungs-	Insgesamt
			geld				geld	
Dr. Paul Achleitner ¹	160.000	–	13.000	173.000	240.000	28.800	23.000	291.800
Dr. Clemens Börsig ²	100.000	–	12.000	112.000	210.000	25.200	17.000	252.200
Karin Ruck	210.000	–	19.000	229.000	60.000	7.200	6.000	73.200
Wolfgang Böhr	60.000	–	6.000	66.000	40.000	4.800	3.000	47.800
Dr. Karl-Gerhard Eick	180.000	–	13.000	193.000	120.000	14.400	11.000	145.400
Katherine Garrett-Cox ³	60.000	–	6.000	66.000	60.000	7.200	6.000	73.200
Alfred Herling	120.000	–	12.000	132.000	75.000	12.600	8.000	95.600
Gerd Herzberg ²	25.000	–	4.000	29.000	120.000	14.400	12.000	146.400
Sir Peter Job ⁴	–	–	–	–	50.000	6.000	6.000	62.000
Prof. Dr. Henning Kagermann	120.000	–	12.000	132.000	60.000	7.200	6.000	73.200
Peter Kazmierczak ⁵	–	–	–	–	120.000	14.400	11.000	145.400
Martina Klee	60.000	–	6.000	66.000	60.000	7.200	6.000	73.200
Suzanne Labarge	120.000	–	12.000	132.000	60.000	7.200	6.000	73.200
Maurice Lévy ²	25.000	–	3.000	28.000	120.000	14.400	11.000	145.400
Peter Löscher ¹	40.000	–	2.000	42.000	60.000	7.200	5.000	72.200
Henriette Mark	120.000	–	13.000	133.000	120.000	14.400	12.000	146.400
Gabriele Platscher	60.000	–	6.000	66.000	60.000	7.200	6.000	73.200
Dr. Theo Siegert ²	75.000	–	8.000	83.000	145.000	17.400	13.000	175.400
Rudolf Stockem ⁶	35.000	–	2.000	37.000	60.000	7.200	6.000	73.200
Dr. Johannes Teyssen	60.000	–	6.000	66.000	120.000	14.400	11.000	145.400
Marlehn Thieme	120.000	–	13.000	133.000	120.000	14.400	11.000	145.400
Tilmann Todenhöfer	120.000	–	12.000	132.000	120.000	14.400	11.000	145.400
Prof. Dr. Klaus Rüdiger	–	–	–	–	–	–	–	–
Trützschler ¹	80.000	–	7.000	87.000	60.000	7.200	6.000	73.200
Stefan Viertel	60.000	–	6.000	66.000	10.000	1.200	–	11.200
Renate Voigt ⁷	60.000	–	6.000	66.000	60.000	7.200	6.000	73.200
Werner Wenning	60.000	–	6.000	66.000	2.130.000	205.000	2.335.000	2.150.000
Insgesamt	2.130.000	–	205.000	2.335.000	2.150.000	261.600	197.000	2.608.600

¹ Mitglied seit 31. Mai 2012.

² Mitglied bis 31. Mai 2012.

³ Mitglied seit 26. Mai 2011.

⁴ Mitglied bis 26. Mai 2011.

⁵ Mitglied bis 25. Oktober 2011.

⁶ Mitglied seit 1. Juni 2012.

⁷ Mitglied seit 30. November 2011.

⁸ Die variable Vergütung 2011 für ein einfaches Mitglied von 7.200 € setzte sich aus einem dividendenabhängigen Betrag von 0 € und einem am langfristigen Unternehmenserfolg geknüpften Betrag von 7.200 € zusammen.

Mit Ausnahme von Herrn Stockem sind alle Arbeitnehmervertreter Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Darüber hinaus war Herr Dr. Börsig bis April 2006 Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank AG. Im Geschäftsjahr 2012 zahlten wir diesen Aufsichtsratsmitgliedern zusätzlich zur Aufsichtsratsvergütung insgesamt 1,6 Mio € (in Form von Vergütungen, Renten- und Pensionszahlungen).

Nach ihrem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat erhalten dessen Mitglieder keine weiteren Leistungen. Mitglieder, die bei uns angestellt sind oder waren, haben jedoch Anspruch auf Leistungen, die nach der Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses anfallen. Im Jahresverlauf 2012 haben wir 0,08 Mio € für Pensionsverpflichtungen, Rentenzahlungen oder vergleichbare Leistungen für diejenigen Mitglieder des Aufsichtsrats zurückgestellt, die bei uns angestellt sind oder waren.

Gesellschaftliche Verantwortung

2012 war für uns ein Jahr des Übergangs. Die neue Geschäftsleitung gab unsere Strategie 2015+ bekannt und erklärte den Kulturwandel zu einem ihrer wichtigsten Hebel. Dieser baut auf unseren Stärken aus der Vergangenheit auf, stellt jedoch mehr denn je die Bedürfnisse unserer Kunden sowie die Pflege von Partnerschaften in den Mittelpunkt. Er beinhaltet zudem, dass wir unser Geschäft nachhaltig ausrichten wollen – und dies nicht nur im wirtschaftlichen Sinn. Es geht auch um die soziale und ökologische Dimension unseres Handelns.

Grundlegende Veränderungen benötigen Zeit, aber die Ausrichtung ist für uns klar: Unsere Leistungskultur muss gleichermaßen auch eine Kultur der Verantwortung sein. Unternehmerische Verantwortung bedeutet für uns, Wert mit Werten zu schaffen. Wert, von dem alle unsere Interessengruppen – unsere Kunden, Mitarbeiter, Anleger und die Gesellschaft – profitieren. Dies setzt voraus, dass wir ökologische und soziale Faktoren sowie Kriterien der Unternehmensführung bei all unserer Geschäftsaktivitäten mit berücksichtigen. Auf diesem „shared value“-Prinzip baut auch unser gesellschaftliches Engagement auf. Wir eröffnen Chancen, fördern Talente und ermöglichen es Menschen, ihre Kreativität zu entwickeln. Statt des ursprünglich „philanthropischen“ Ansatzes folgen unsere Investitionen heute der Zielvorgabe, Soziales Kapital zu schaffen.

Den größten Mehrwert schaffen wir jedoch dadurch, dass wir unseren Kunden unsere Kompetenzen und Dienstleistungen als weltweit tätige Bank zur Verfügung stellen und ihnen helfen, ihr Geschäft aufrechtzuhalten und auszubauen. Wir bieten aber weit mehr als finanzielle Unterstützung. Mehr denn je zuvor, bringen unsere Mitarbeiter rund um die Welt ihre Zeit, ihr Wissen und ihre Erfahrungen ein, um soziale Projekte in ihrem Umfeld voranzutreiben oder um gemeinnützige Organisationen zu stärken, die sich noch im Aufbau befinden.

Es ist uns bewusst, dass die Interessen unserer Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter und der allgemeinen Öffentlichkeit nicht immer deckungsgleich sind und somit unterschiedliche Erwartungen an uns gestellt werden. Für uns heißt das, dass wir bei unseren Entscheidungen alle Auswirkungen unseres Handelns berücksichtigen und abwägen müssen, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen finanziellem Ertrag und dem Nutzen für unsere Interessengruppen bei möglichst großer gesellschaftlicher Akzeptanz zu erreichen. Auch im Jahr 2012 haben einige unserer Bankgeschäfte Kritik ausgelöst. Zu den problematischen Themen zählten Transaktionen im Zusammenhang mit Nahrungsmittelspekulationen, Finanzierungen zur Herstellung von Streumunition und Transaktionen im Energiesektor. Wir nehmen diese Bedenken ernst und passen unsere Geschäftspraktiken entsprechend an, wo immer es nach einem intensiven Austausch mit unseren Anspruchsgruppen und einer sorgfältigen Analyse der Fakten notwendig erscheint. Nach intensiver Prüfung und Beratung haben wir beispielsweise keine stichhaltigen empirischen Belege für die Behauptung gefunden, die zunehmende Bedeutung von Agrarfinanzprodukten sei für Preissteigerungen oder erhöhte Preisschwankungen verantwortlich. Deshalb haben wir einen vorübergehenden Stopp für die Auflage neuer börsengehandelter Produkte auf Agrarrohstoffe aufgehoben. Auch künftig werden wir bei neuen Produkten prüfen, dass die zugrunde liegenden Investitionsstrategien nicht das Entstehen von Preisspitzen begünstigen.

Verantwortung in unserem Kerngeschäft

Um der zunehmenden Bedeutung von ökologischen und sozialen Risiken gerecht zu werden, entwickelten wir im Jahr 2011 ein Rahmenwerk zur Prüfung entsprechender Risiken. 2012 haben wir die schrittweise Umsetzung des Rahmenwerks in unseren Divisionen und Regionen maßgeblich vorangetrieben. Das Rahmenwerk sieht vor, bei der Genehmigung von Transaktionen aller Art auch ökologische und soziale Faktoren zu berücksichtigen. In einer ersten Phase der Umsetzung konzentrierten wir uns insbesondere auf die Prüfung von Geschäften im Rahmen unserer Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities sowie Global Transaction Banking, die sensible Sektoren, wie die Gewinnung von Rohstoffen, die Land- und Forstwirtschaft oder die Energieversorgung, berühren. In einem weiteren Schritt haben wir mit der Unterstützung des konzernweiten „Reputational Risk Committee“ ergänzende Richtlinien verabschiedet. Sie decken Themen wie Palmöl oder Atomkraft ab. Unsere Kunden erwarten von uns zu Recht eine Beratung, die Risiken und Chancen gleichermaßen berücksichtigt und ihre Interessen, nicht die des Beraters, in den Vordergrund stellt. Vor diesem Hintergrund haben wir für unser Privat- und Geschäftskunden-Geschäft einen Wertekodex entwickelt. Er definiert Mindeststandards für unsere Produkte.

Unsere Assets unter Management, die ökologische, soziale und Corporate Governance-Kriterien (Environmental, Social and Governance – ESG) in den Investmentprozess einbeziehen, blieben unverändert auf einem hohen Niveau mit 2,5 Mrd € im Jahr 2012. Dazu zählen auch Themenfonds im Bereich des Klimawandels. 2012 haben wir ESG-Kriterien stärker in unser internes Investmentportal integriert und damit Grundlagen geschaffen, ESG Kriterien umfassender in den konventionellen Analyseprozess einfließen zu lassen. So haben wir CO₂-Ratings und ein CO₂-Reporting-Tool im Bereich Anleihen (Fixed Income) aufgenommen sowie ESG-Ratings auf unsere Analyseplattform für Unternehmens- und Staatsanleihen aus Industrie- und Schwellenländern ausgeweitet. Darüber hinaus haben wir den Global Commercial Microfinance Consortium II Fonds mit 100 Mio \$ auf den Markt gebracht.

Ökologie

Wir verstehen Thought Leadership als Teil unserer Verantwortung als global agierende Bank, insbesondere wenn es um die Bewältigung des Klimawandels geht. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, unseren Geschäftsbetrieb bis zum Jahresende 2012 (im Vergleich zum Basisjahr 2007) klimaneutral zu stellen. Dieses Ziel haben wir Ende 2012 erreicht. Wir haben in Initiativen zur Steigerung unserer Energieeffizienz investiert, Strom aus erneuerbaren Energiequellen bezogen und UN-Kohlendioxidzertifikate für unsere unvermeidbaren Emissionen gekauft und stützegelegt. Unsere umfangreichen Energie- und Klimamaßnahmen trugen dazu bei, dass wir erstmals, als eines von 33 Unternehmen weltweit, in den Carbon Disclosure Leadership Index aufgenommen wurden.

Gesellschaft

Mit einem Fördervolumen von 82,7 Mio €, verglichen mit 83,1 Mio € in 2011, gehörten wir und unsere Stiftungen 2012 erneut zu den engagiertesten Unternehmen weltweit. Im Mittelpunkt unseres Engagements stehen Ausbildung, Social Investments, Kunst und Musik. 20.000 Mitarbeiter (1000 mehr als in 2011), dies entspricht 24 % unserer Mitarbeiter weltweit, unterstützten ehrenamtlich gemeinnützige Projekte.

Unternehmerische Verantwortung erstreckt sich auch auf ein gutes Leistungsmanagement, die Vergütungspraxis sowie den Respekt gegenüber einer vielfältigen Mitarbeiterschaft. Mehr dazu auf den folgenden Seiten.

Weitere Informationen zu unserem Corporate Responsibility-Ansatz und unseren Initiativen können Sie in unserem Corporate Responsibility-Bericht 2012 oder auf dem CR-Portal (www.db.com/responsibility) nachlesen.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2012 beschäftigte die Bank insgesamt 98.219 Mitarbeiter, verglichen mit 100.996 zum 31. Dezember 2011. Wir berechnen unsere Mitarbeiterzahlen auf Basis von Vollzeitkräften, das heißt, Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der vereinbarten Arbeitszeit anteilig enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl unserer Vollzeitkräfte zum 31. Dezember 2012, 2011 und 2010.

Mitarbeiter ¹	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Deutschland	46.308	47.323	49.265
Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika	23.873	24.187	23.806
Asien/Pazifik	17.709	18.351	17.779
Nordamerika ^{2,3}	9.787	10.610	10.722
Lateinamerika	542	525	490
Mitarbeiter insgesamt³	98.219	100.996	102.062

¹ Vollzeitkräfte. In 2012 wurden die Mitarbeiter von Mexiko, die bislang unter Nordamerika ausgewiesen wurden, Lateinamerika zugeordnet; die Zahlen für 2011 (90 Mitarbeiter) und 2010 (89 Mitarbeiter) wurden entsprechend angepasst. In 2012 führte die Anpassung der Berechnung des „mobilen Vertriebs“ in Indien zu einer Reduktion um 300 Vollzeitkräfte (Status Dezember 2011; vorherige Perioden wurden nicht angepasst). Die Deutsche Postbank passte die Berechnung der Mitarbeiter auf Basis von Vollzeitkräften per 31. Dezember 2011 an die der Deutschen Bank an. Dies führte zu einer Reduktion um 260 Vollzeitkräfte für den Konzern (vorherige Perioden wurden nicht angepasst). In 2011 wurden 257 Vollzeitkräfte von Sal. Oppenheim Deutschland direkt Luxemburg, Österreich und der Schweiz (Europa ohne Deutschland) zugeordnet.

² Vorwiegend USA.

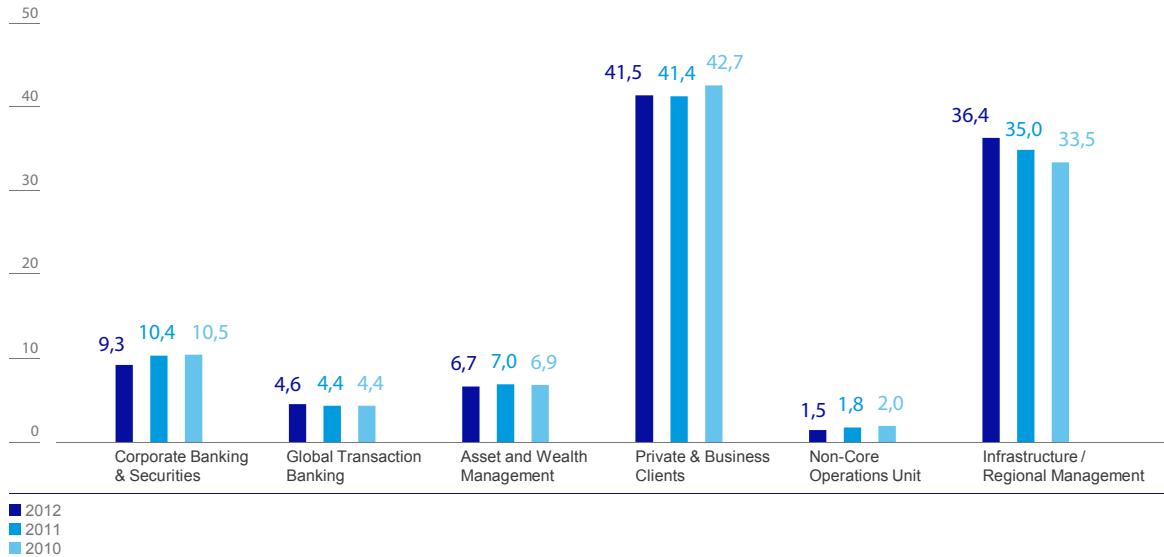
³ Die nominelle Zahl der Beschäftigten von The Cosmopolitan of Las Vegas beträgt 4.371 zum 31. Dezember 2012 verglichen mit 4.256 zum 31. Dezember 2011 und verglichen mit 4.147 zum 31. Dezember 2010 und umfasst Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte und ist nicht Teil der Vollzeitkräfte.

Die Zahl unserer Mitarbeiter sank 2012 um 2.777 oder 2,7 %. Diese Entwicklung beruht auf folgenden Faktoren:

- Die Anzahl der Mitarbeiter im Konzernbereich Corporate Banking & Securities sank um 1.390 aufgrund außergewöhnlich schwieriger Märkte und der im dritten Quartal 2012 eingeleiteten Maßnahmen.
- Im Unternehmensbereich Global Transaction Banking blieb der Personalbestand nahezu auf Vorjahresniveau.
- Im Unternehmensbereich Asset & Wealth Management führten Kapazitätsanpassungen infolge der Marktentwicklung sowie die Bündelung verschiedener Geschäftsfelder in einer Einheit zu einer Reduzierung der Mitarbeiterzahl um 473.
- Im Unternehmensbereich Private & Business Clients reduzierte sich die Mitarbeiterzahl um 1.073, vor allem durch Fortschritte bei der Integration der Postbank.
- In den Geschäftsfeldern, die im neuen Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit aufgingen, wurden die Mitarbeiterkapazitäten um 326 vermindert.
- Aufgrund gestiegener regulatorischer Anforderungen und durch den Ausbau unserer Service Center hat sich die Zahl der Mitarbeiter in den Infrastrukturbereichen um 398 erhöht.

Mitarbeiter

in %



Anmerkung: Infrastrukturbereiche der Postbank (noch) vollständig Private & Business Clients zugeordnet.

Labor Relations

In Deutschland werden tarifliche Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmervertretern und Arbeitgebervereinigungen bezüglich Gehalt und Benefits für die nicht leitenden Angestellten abgeschlossen. Viele Unternehmen in Deutschland, auch die Deutsche Bank AG sowie ihre wichtigsten Tochtergesellschaften, sind Mitglied einer Arbeitgebervereinigung und an Tarifverträge gebunden.

Jedes Jahr verhandelt der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes e.V. neu die Tarifverträge, die für eine Vielzahl unserer Mitarbeiter gelten. Der aktuelle Vertrag wurde im Juni 2012 abgeschlossen und umfasst eine Einmalzahlung im Juni 2012 von 350 € (Auszubildende 100 €), eine Gehaltssteigerung von 2,9 % ab Juli 2012, und eine zweite Gehaltssteigerung von 2,5 % ab Juni 2013. Der derzeitige Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 30. April 2014. Der Tarifabschluss beinhaltet zudem eine Erklärung zur Bedeutung des Gesundheitsmanagements in den Unternehmen, eine Vereinbarung, Verhandlungen über eine Verlängerung des Vorruhestandstarifvertrags sowie die Vereinbarung, Verhandlungen bezüglich einer Neuregelung der Samstagarbeit in 2012/2013 aufzunehmen und bis zur Tarifrunde 2014 abzuschließen.

Der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes e.V. 2001 verhandelt mit folgenden Gewerkschaften:

- ver.di (Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft), im Juli hervorgegangen aus dem Zusammenschluss von fünf Gewerkschaften einschließlich der Deutschen Angestellten Gewerkschaft und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
- Deutscher Bankangestellten Verband (DBV-Gewerkschaft der Finanzdienstleister)
- Deutscher Handels- und Industrieangestellten Verband (DHV – Die Berufsgewerkschaft)
- Komba Gewerkschaft (nur relevant für Postbank)
- DPVKom – Die Kommunikationsgewerkschaft (nur relevant für Postbank)

Das Gesetz verbietet, Arbeitnehmer bezüglich einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu befragen. Deswegen kann die Deutsche Bank keinerlei Auskunft über die Anzahl an Gewerkschaftsmitgliedern in ihrer Belegschaft abgeben. Schätzungen nach sind etwa 15 % der Arbeitnehmer des Bankensektors Mitglied einer Gewerkschaft. Die Deutsche Bank schätzt, dass weniger als 15 % ihrer Angestellten in Deutschland gewerkschaftlich organisiert sind (ausgenommen Postbank, die traditionell einen sehr hohen gewerkschaftlichen

Organisationsgrad von etwa 60 % hat). Weltweit schätzt die Bank den Organisationsgrad auf 15 % ihrer Arbeitnehmer (einschließlich Postbank, Organisationsgrad weltweit weniger als 25 %).

Am 31. Dezember 2012 waren circa 33 % der Postbank-Belegschaft Beamte.

Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Unsren Mitarbeitern bieten wir eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Neben beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten.

In unserem global koordinierten Rechnungslegungsprozess für leistungsdefinierte Pläne mit einem Barwert der Verpflichtung von mehr als 2 Mio € werden die Bewertungen der lokalen Aktuare in den einzelnen Ländern durch unseren globalen Aktuar überprüft.

Durch die Anwendung global einheitlicher Grundsätze zur Festlegung der ökonomischen und demografischen Bewertungsannahmen stellen wir sicher, dass diese gemäß den Grundsätzen der bestmöglichen Einschätzung und der Planfortführung unvoreingenommen gewählt und aufeinander abgestimmt sind.

Eine weitergehende Erörterung zu diesen Plänen ist im Konzernanhang des Finanzberichts unter Anhangangabe 34 „Leistungen an Arbeitnehmer“ zu finden.

Ein neuer Ansatz für das Performance Management

2011 haben wir uns mit der Unterstützung des Group Executive Committee zu einer Stärkung unserer Leistungskultur verpflichtet. Die Grundlage dafür bilden einige sehr klare Prinzipien:

- Jeder weiß, was von ihm erwartet wird.
- Wir sagen unseren Mitarbeitern, wo sie stehen.
- Wir differenzieren Leistung.

In einem zweiten Schritt haben wir 2012 einen neuen Performance Management-Ansatz für unsere Mitarbeiter eingeführt. Die Leistung eines Mitarbeiters wird nun anhand von zwei Komponenten bewertet:

- Überprüfung der Zielerreichung: Was wurde erreicht?
- Wie wurden die Ziele erreicht?

Um die zweite Komponente messbar zu machen, wurden Performance Standards eingeführt. Diese geben vor, wie sich die Mitarbeiter im täglichen Arbeitsleben verhalten sollen, um nachhaltigen Erfolg im Einklang mit den Werten der Bank zu erzielen.

Der neue Performance Management-Ansatz wird durch die Implementierung des Tools db Perform für die meisten unserer Unternehmensbereiche technisch unterstützt.

Vergütung als Teil der Initiative für kulturellen Wandel

2012 haben wir das Thema Vergütung als Teil unserer Initiative für einen Kulturwandel als wesentlichen Schwerpunkt identifiziert. Unser Engagement und die langfristige Zielsetzung zu diesem Thema finden sich in

mehreren Maßnahmen wieder, die wir ausführlich im Vergütungsbericht ab Seite 222 dieses Berichts beschreiben.

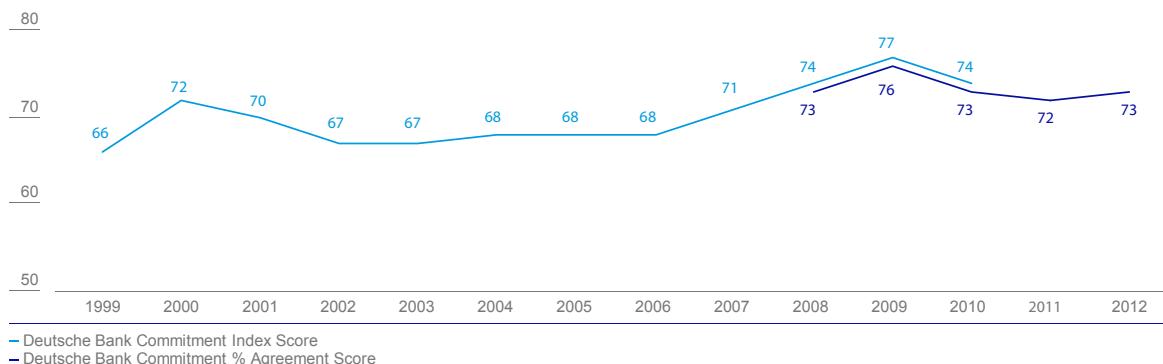
Deutsche Bank People Survey und „Cultural Assessment“ als Gradmesser für kulturellen Wandel

Wichtige Impulse für den nach dem Wechsel an der Konzernspitze und der darauffolgenden Überprüfung der Konzernstrategie angestrebten Kulturwandel haben wir aus der jährlich durchgeführten konzernweiten Mitarbeiterbefragung, DB People Survey, gewonnen. Daran nahmen 2012 rund 52.000 Mitarbeiter, das heißt mehr als die Hälfte der Belegschaft, teil. Die Ergebnisse der Befragung haben zahlreiche Stärken unserer Unternehmenskultur bestätigt. Der Commitment-Index, der die Verbundenheit der Mitarbeiter mit der Bank misst, bleibt weiterhin auf hohem Niveau und ist 2012 um 1 % auf 73 % gestiegen. Das Commitment der Deutsche Bank-Mitarbeiter ist trotz der extremen Veränderungen in der Branche hoch.

Der DB People Survey wurde in diesem Jahr durch ein „Cultural Assessment“ ergänzt – eine Befragung zur Unternehmenskultur – an der rund 20 % nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Mitarbeiter aller Hierarchieebenen, Unternehmensbereiche und Regionen beteiligt waren. Die daraus resultierenden Ergebnisse ermöglichen Aussagen dazu, wie unsere Mitarbeiter unsere Ausrichtung – Vision, Strategie, Werte und Kultur – wahrnehmen, wie sie die Umsetzung dieser Strategie in der täglichen Arbeit erleben und wie gut wir ihrer Ansicht nach in der Lage sind, auf das gesellschaftliche Umfeld zu reagieren und uns dort neu zu positionieren. Die Arbeit für den Kulturwandel wird unter der direkten Leitung der Group Executive Committee-Mitglieder weiter fortgesetzt werden.

Commitment-Index

Indexmaximum = 100 / %



Anmerkung: Seit 2011 analysiert die Deutsche Bank nicht mehr die Index Scores, sondern die % Agreement Scores.

Diversity

Vielfältige Teams, die unterschiedliche Erfahrungen, Perspektiven und Fähigkeiten vereinen, sind die erfolgreicheren Teams. Nur mit gelebter Vielfalt können wir auf die breitgefächerten Kundenanforderungen mit innovativen Lösungen erfolgreich eingehen.

Im Rahmen der freiwilligen Selbstverpflichtung zur Förderung des Anteils von Frauen in Führungspositionen, die wir zusammen mit den anderen DAX-30-Unternehmen 2011 unterzeichnet haben, haben wir das Ziel, den Anteil weiblicher Führungskräfte auf den Ebenen Managing Director und Director bis Ende 2018 auf 25 % zu erhöhen. Außerdem soll sich bis dahin der Anteil weiblicher Mitarbeiter im außertariflichen Bereich mit den

Titeln Managing Director, Director, Vice President, Assistant Vice President und Associate insgesamt auf 35 % erhöhen, vorbehaltlich rechtlicher Regelungen weltweit.

Seit dem Jahr 2010 konnten wir den Anteil der Frauen in Senior-Führungspositionen von 16,2 % auf 18,0 % und den Anteil weiblicher Mitarbeiter im außertariflichen Bereich insgesamt von 29,3 % auf 30,8 % erhöhen.

Unser bankeigenes Förderprogramm ATLAS (Accomplished Top Leaders Advancement Strategy – Aufstiegsstrategie für erfolgreiche Top-Führungskräfte), das einer ausgewählten Gruppe weiblicher Managing Directors seit 2009 maßgeschneiderte Entwicklungsangebote, verbunden mit der persönlichen Förderung durch eine hochrangige Führungskraft, bietet, hat in Großbritannien den Global Award der „Opportunity Now Excellence in Practice Awards 2012“ gewonnen.

Durch die in 2011 aufgelegte „Women on Boards“ -Initiative konnten wir zehn zusätzliche Frauen für die Aufsichtsräte unserer Tochtergesellschaften gewinnen. Der Frauenanteil dort hat sich somit um 56 % erhöht. Bei unseren regionalen Beiräten konnten wir einen Anstieg des Frauenanteils um 1,5 % verzeichnen.

Ausblick

Die Weltwirtschaft

Wir erwarten ein moderates Wachstum der Weltwirtschaft in der ersten Jahreshälfte 2013, das infolge der Rezession in der Eurozone und der Unsicherheit über eine Einigung zur Anhebung der Schuldenobergrenze in den USA gedämpft sein dürfte. Ab der zweiten Jahreshälfte sollte sich die Weltwirtschaft leicht beleben und allmählich wieder ihr Trendwachstum erreichen. Im Jahresdurchschnitt 2013 erwarten wir ein Wachstum des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,2 %. Die globale Inflationsrate 2013 sollte mit ebenfalls durchschnittlich 3,2 % geringfügig unter dem Vorjahreswert liegen. Zum Jahresanfang dürfte die Inflation in den Industrieländern wegen nicht voll ausgelasteter Kapazitäten etwas zurückgehen. Im Laufe des Jahres erwarten wir einen Anstieg der Inflation, da eine wirtschaftliche Erholung in den Industrie- sowie den Schwellenländern einsetzen dürfte. Für das Jahr 2014 erwarten wir eine anhaltende Belebung der Weltwirtschaft mit einem Wachstum von 4,0 %. Die globale Inflation dürfte auf 3,5 % ansteigen.

Die im Jahresdurchschnitt 2013 moderate Beschleunigung des Weltwirtschaftswachstums ist zurückzuführen auf relativ niedrige Wachstumsraten in den Industrieländern verglichen mit den Schwellenländern. Der Wachstumsbeitrag der Industrieländer dürfte 2013 nur bei etwa 20 % und 2014 bei etwa 25 % liegen. Insbesondere in der Eurozone dürfte die Konjunkturerholung stagnieren.

Die Ankündigung der EZB, unter bestimmten Bedingungen unbegrenzt Anleihen auf dem Sekundärmarkt zu kaufen (Outright Monetary Transactions), und der klare politische Wille, die Eurozone zusammenzuhalten, haben Befürchtungen über ein Auseinanderbrechen der Eurozone deutlich reduziert. Wir erwarten in 2013 einen im Vergleich zum Vorjahr weniger restriktiven finanzpolitischen Kurs, eine anhaltend expansive Geldpolitik und bessere Kreditbedingungen. Die Staatsschuldenkrise dürfte allmählich an Schärfe verlieren. Im Verlauf des Jahres dürften zudem die Erholung in den USA und eine steigende Nachfrage aus den Schwellenländern über den Außenhandel positive Impulse liefern. Da die Eurozone sich im Winterhalbjahr 2012/2013 in der Rezession befinden dürfte, sollte das BIP der Eurozone im Gesamtjahr trotz der zu erwartenden Erholung im Jahresverlauf insgesamt um 0,3 % im Jahr schrumpfen. Deutschland dürfte das einzige größere Land der Eurozone sein, in dem die Wirtschaft expandiert. Für die Länder Südeuropas erwarten wir 2013 erneut erhebliche Rückgänge des BIP, die aber unter denen des Vorjahres liegen dürften. Im Jahr 2014 sollte sich die Erholung in der Eurozone fortsetzen und das BIP-Wachstum 1,1 % betragen. Deutschlands Wirtschaft dürfte um 1,5 % wachsen.

Für die USA erwarten wir ein beschleunigtes Wachstum des BIP im Jahresverlauf. Im ersten Halbjahr dürfte die Unsicherheit mit Blick auf eine tragfähige Lösung zum Defizitabbau und die Anhebung der Schuldenobergrenze das Wachstum dämpfen. Unter der Annahme, dass ein tragfähiger Kompromiss gefunden wird, dürfte sich das Wachstum bis zum Ende 2013 voraussichtlich auf etwa 3 % erhöhen. Infolge des geringen Wachstums Ende 2012 und des relativ schwachen ersten Halbjahrs 2013 dürfte das BIP-Wachstum im Jahresschnitt mit 2,0 % etwas unter dem Vorjahreswert von 2,3 % liegen. Die Erholung auf dem Immobilienmarkt sollte sich beschleunigen und die Arbeitsmarktlage weiter entspannen. Im Jahr 2014 dürfte die US-Wirtschaft wieder mit 2,9 % expandieren.

Die japanische Wirtschaft sollte sich nach der Rezession in der zweiten Jahreshälfte 2012 im Frühjahr 2013 stabilisieren. Im Verlauf des Jahres 2013 dürfte der anziehende Welthandel in Verbindung mit dem schwächeren Yen die Exportnachfrage steigern. Zudem dürften die Konjunkturpakete und eine expansiv ausgerichtete Geldpolitik Wachstumsimpulse liefern. Für das japanische BIP erwarten wir 2013 ein Wachstum um 1,2 % und 2014 um 0,7 %.

Das Wachstum der Schwellenländer sollte 2013 bei 5,5 % liegen. In 2014 wird ein Wachstum von 6,0 % erwartet. Somit dürften die Schwellenländer die Wachstumstreiber der Weltwirtschaft bleiben. Bei steigender Binnennachfrage und einer Belebung der Nachfrage aus den Industrieländern dürfte das Wachstum kontinuierlich steigen. Allerdings gibt es zwischen den einzelnen Regionen deutliche Wachstumsunterschiede. Die Wirtschaftsaktivität in Asien (ohne Japan) dürfte wieder relativ kräftig mit 6,7 % in 2013 und mit 7,5 % in 2014 wachsen. Dabei dürfte China der Wachstumsmotor sein, wo sich das Wachstum im Jahresverlauf insbesondere durch eine größere Auslandsnachfrage und durch steigende Investitionen infolge der Urbanisierung beschleunigen und in der zweiten Jahreshälfte das Trendwachstum erreichen sollte. Das reale BIP Chinas dürfte im Jahresschnitt aufgrund einer sich stabilisierenden Auslandsnachfrage und einer ausgleichenden, den Inlandskonsum fördernden Politik im Jahr 2013 um 8,2 % und in 2014 um 8,9 % steigen. Das Wachstum in Indien sollte sich 2013 auf 6,8 % und in 2014 auf 7,1 % steigern, da es von besseren globalen Rahmenbedingungen und einer Liberalisierung der Investitionsbestimmungen einiger Wirtschaftssektoren profitieren dürfte. In Lateinamerika dürfte sich das Wachstum weniger dynamisch entwickeln. Wir erwarten dort ein BIP-Wachstum von 3,5 % in 2013 und von 3,9 % in 2014. Das reale BIP-Wachstum in Brasilien sollte sich 2013 auf 3,5 % und in 2014 auf 4,2 % beschleunigen. Die wesentlichen Einflussfaktoren dafür sind sich verbessernde gesamtwirtschaftliche Bedingungen, ein sehr niedriges Zinsumfeld und anhaltende staatliche Bestrebungen, das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen, insbesondere vor dem Hintergrund der Präsidentschaftswahlen 2014.

Unsicherheiten für den Konjunkturausblick könnten hauptsächlich in den USA und Europa liegen. In den USA könnte es zu einer Eskalation mit signifikanten Verwerfungen an den Finanzmärkten kommen, wenn angesichts einer politischen Blockade keine Einigung über die Anhebung der Schuldenobergrenze und über die Ausgabenkürzungen zustande kommt. In Europa dürften die Wahl in Italien und die Verhandlungen über das erste Rettungspaket für Zypern im Fokus stehen. Überdies setzen alle regionalen Prognosen auf eine Erholung der Auslandsnachfrage, was eine sich selbst verstärkende Erholung des Welthandels voraussetzt. Insbesondere wenn die erwartete langsame Konjunkturbelebung ausbleibt, könnten die Märkte das Vertrauen in ein Festhalten der europäischen Länder an der Durchführung der strukturellen Reformen verlieren. Zudem könnte sich der Konflikt im Nahen Osten verschärfen und deshalb die Ölpreise signifikant steigen.

Die Bankenbranche

Die Bankenbranche sollte in den meisten Industrieländern in den nächsten zwei Jahren vor einer weiteren Normalisierung ihres Geschäftsumfelds stehen, die mit einem moderaten Wirtschaftswachstum und einer stark ausgeweiteten und verschärften Regulierung einhergeht.

In Europa könnte das Jahr 2013 für die Banken einen Wendepunkt zum Besseren bringen, nach vielen Belastungen durch die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise in den Vorjahren sowie notwendigen Anpassungen an ein strengeres Regulierungsumfeld. Während die Rückkehr zu nachhaltigem Ertragswachstum kaum vor 2014 gelingen dürfte, wird die Branche ihre Bemühungen um eine schlankere Ausgabenstruktur und Effizienzgewinne voraussichtlich intensivieren, was zu geringeren operativen Aufwendungen führen sollte. Der Druck,

die Kapitalquoten weiter zu steigern, dürfte sich angesichts jüngster Fortschritte langsam abschwächen. Dadurch sollten die Banken schrittweise mehr Spielraum für Investitionen in Neugeschäft erhalten. Es dürfte jedoch eine große Herausforderung bleiben, die Profitabilität auf ein akzeptables Niveau zu steigern.

Zumindest im europäischen Kreditgeschäft insgesamt scheint eine Stabilisierung in diesem Jahr möglich, wobei der Margendruck angesichts des sehr niedrigen Zinsniveaus zunehmen dürfte. Eine Belebung erwarten wir eher im Geschäft mit Unternehmen als im Kreditgeschäft mit privaten Haushalten, die in vielen Ländern unter einer unverändert hohen Verschuldung, überbewerteten Immobilienmärkten und hoher Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Das Einlagenwachstum dürfte 2013 wohl weiterhin gering bleiben, dafür aber im folgenden Jahr von einer anziehenden Konjunktur profitieren. Der jüngste Anstieg der Kreditausfälle sollte sich dank der geringeren Zinslast für viele Schuldner in Grenzen halten, eine graduelle Erholung der europäischen Volkswirtschaft ohne neue negative Schocks vorausgesetzt.

Regulierungsseitig wird die Europäische Kommission 2013 Vorschläge für Strukturveränderungen in der Bankenbranche auf Basis des Berichts der Liikanen-Kommission machen. Dabei steht auch die Einführung von Elementen eines Trennbankensystems zur Diskussion. Diese könnte nicht nur auf Banken in der EU und deren bewährtes Universalbankenmodell tiefgreifende Auswirkungen haben, sondern auch auf die Bankkunden und die Stabilität des Finanzsystems insgesamt. Einzelne Mitgliedsstaaten, vornehmlich Deutschland und Großbritannien, drängen ebenfalls auf strukturelle Änderungen.

Gleichzeitig wird voraussichtlich das Basel 3-Reformwerk, insofern es die Capital Requirements Directive betrifft, in geltendes europäisches Recht übernommen, woran sich die Umsetzung in den einzelnen Mitgliedsstaaten anschließen dürfte. Eine Revision der europäischen Einlagensicherung ist für 2013 ebenfalls geplant. Die mögliche Einführung einer Finanztransaktionssteuer in einer Reihe von EU Ländern stellt ein besonderes Risiko für die europäischen Kapitalmärkte dar. Ferner hat sich die Europäische Kommission dazu verpflichtet, einen Gesetzesentwurf zur Bankenabwicklung vorzulegen, der weitreichende Auswirkungen auf die Banken und ihre Gläubiger haben könnte.

In den USA wird eine wesentliche Aufgabe der Banken darin bestehen, das wieder erreichte sehr gute Profitabilitätsniveau zu halten. Unterstützend dürfte dabei eine moderate Belebung des Kreditgeschäfts wirken, während kaum weitere positive Effekte durch sinkende Kreditausfälle zu erwarten sind. Zudem könnte sich das extrem niedrige Zinsniveau mittelfristig zu einer ernsthaften Herausforderung für die Zinsmarge entwickeln. Das bisher starke Wachstum des Einlagenvolumens wird sich aus demselben Grund und wegen des Auslaufens eines Teils der bisher geltenden gesetzlichen Einlagengarantien aber voraussichtlich deutlich abschwächen. Darüber hinaus könnten sich Belastungen für die Ertrags- und Gewinnentwicklung der Banken auch aus Maßnahmen zur Verlangsamung der Schuldendynamik der öffentlichen Haushalte ergeben.

Vor dem Hintergrund neuer Regulierungsanforderungen dürfte Basel 3 (einschließlich der Übergangsbestimmungen) im Jahr 2013 für die wichtigsten Banken in den USA ebenfalls eingeführt werden. Aufgrund einer geforderten weiteren Studie zu den Auswirkungen kann es allerdings zu Verzögerungen kommen. Gleichzeitig wird die Implementierung der durch den Dodd-Frank Act eingeführten Standards weitergehen. Für ausländische Kreditinstitute, die in den USA tätig sind, stellt die kürzlich erhobene Forderung, lokale Kapitalanforderungen zu berücksichtigen, eine substanzIELLE Herausforderung dar.

Im Investmentbanking dürften die Erträge 2013 weltweit etwa auf dem Niveau der Vorjahre liegen. Dabei könnten sich eine leicht schwächere Entwicklung im Geschäft mit Schuldtiteln und eine etwas besser erwartete Entwicklung bei Emissionen und im Handel mit Eigenkapitalinstrumenten (nach einem sehr schwachen Ergebnis 2012) weitgehend ausgleichen. Gleichzeitig dürften die Banken in 2013 und 2014 in diesem Geschäftsfeld ihre Bemühungen um eine Verschlankung der Kostenbasis fortsetzen. Einige Institute könnten die Bandbreite ihres Angebotsspektrums weiter verringern, sodass die in den letzten Jahren bereits beobachtete graduelle Zunahme der Marktkonzentration anhalten könnte.

Für das Ergebnis der Vermögensverwaltung dürften im Wesentlichen die Entwicklungen an den Kapitalmärkten entscheidend bleiben. Bei einem vorsichtig optimistischen Ausblick aufgrund von nachlassenden fiskalen und gesamtwirtschaftlichen Bedenken in Europa und den USA sollten die verwalteten Vermögenswerte 2013 und 2014 moderat wachsen. Die Zahlungsströme bei bestimmten Vermögenswerten könnten einige Trends der vergangenen Jahre umkehren: Aktienfonds könnten vom steigenden Risikotoleranz profitieren, während Rentenfonds aufgrund zuletzt deutlicher Preisanstiege schlechtere Ergebnisse erzielen könnten. Erträge könnten durch weiterhin intensiven Konkurrenzdruck und durch möglicherweise weiter reduzierte Margen negativ beeinflusst werden. Letzteres verursacht durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld.

Schließlich werden sich zahlreiche Banken auch weiterhin mit Vorwürfen von Gesetzesverstößen und fehlerhaftem Geschäftsverhalten auseinandersetzen müssen. Daraus zeichnen sich (weitere) erhebliche finanzielle Belastungen sowie ein nachhaltiger Reputationsschaden für die gesamte Branche ab.

Der Deutsche Bank-Konzern

Im September 2012 haben wir unsere strategischen und finanziellen Ambitionen für 2015 in unserer Strategie 2015+ veröffentlicht. Unsere Finanzziele für den Konzern für 2015 beinhalten

- eine Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) von mindestens 12 %,
- eine Tier-1-Kernkapitalquote von mehr als 10 % bei vollständiger Umsetzung von Basel 3,
- eine Aufwand-Ertrag-Relation von weniger als 65 % sowie
- jährliche Kosteneinsparungen von 4,5 Mrd €.

Corporate Banking & Securities strebt 2015 eine Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) von 15 % an, eine Aufwand-Ertrag-Relation von unter 65 % und Risikoaktiva-Äquivalente von weniger als 200 Mrd €. Global Transaction Banking und Asset & Wealth Management sollten ihren Vorsteuergewinn auf etwa 2,4 Mrd € und auf etwa 1,7 Mrd € verdoppeln können. Private & Business Clients strebt einen Vorsteuergewinn von etwa 3,0 Mrd € sowie eine Aufwand-Ertrag-Relation von unter 60 % an. Für diese Geschäftsbereiche inklusive Consolidation & Adjustments beabsichtigen wir insgesamt eine Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) von mindestens 15 % zu erreichen.

Unsere Ziele basieren auf einer Reihe von Grundannahmen. Dazu gehören eine Normalisierung und Stabilisierung der Bewertung von Vermögenswerten, ein der Marktentwicklung entsprechendes Ertragswachstum, das Ausbleiben fundamentaler Änderungen des gegenwärtig vorliegenden regulatorischen Regelwerks bezüglich Kapital oder der Trennung von Geschäftsaktivitäten, ein Wachstum der Weltwirtschaft zwischen 2 % und 4 %, eine Euro/US-Dollar-Wechselkursrelation von rund 1,30 sowie selektive Marktanteilsgewinne infolge der Bankenkonsolidierung.

Um unsere Ziele der Strategie 2015+ zu erreichen, haben wir mehrere strategische Initiativen gestartet. Diese umfassen die Bildung einer speziellen Non-Core Operations Unit, angestrebte Maßnahmen zum Risikoabbau sowie ein spezielles Programm zur Erhöhung unserer operativen Leistungsfähigkeit.

Wir bekennen uns zum Universalbankmodell und zu unseren vier Unternehmensbereichen. Zusätzlich haben wir 2012 eine separate Non-Core Operations Unit gebildet, um unsere Aktivitäten zum Abbau bestimmter Bilanzpositionen zu beschleunigen. Als eigener Bereich wird sie transparent und voll verantwortlich nicht zum Kerngeschäft gehörende Vermögenswerte verwalten und möglichst effizient für die Bank und unsere Aktionäre veräußern. Das Hauptziel ist die Reduzierung der Basel 3-Risikoaktiva-Äquivalente auf 90 Mrd € zum Ende des ersten Quartals 2013 und auf 80 Mrd € zum 31. Dezember 2013.

Wir bekräftigen zudem unsere Absicht, unser Kapital so zu steuern, dass alle regulatorischen Kennziffern in Stressszenarien erfüllt werden. Die Tier-1-Kernkapitalquote wird weiterhin eine Priorität unseres Managements bleiben. Aufgrund unserer guten Fortschritte beim Risikoabbau haben wir unser Ziel für März 2013 von

90 Mrd € auf 100 Mrd € zu reduzierende Risikoaktiva erhöht. Entsprechend haben wir unser Ziel für die Tier-1-Kernkapitalquote bei vollständiger Umsetzung der Basel-3-Vorschriften zum Ende des ersten Quartals 2013 auf mindestens 8,5 % erhöht und streben weiterhin eine Quote von mehr als 10 % bis zum Ende des ersten Quartals 2015 an.

Wir werden außerdem zur Steigerung unserer operativen Leistungsfähigkeit in den kommenden Jahren in erheblichem Umfang Kosten, Redundanzen und Komplexität verringern, um somit auf lange Sicht wettbewerbsfähig zu bleiben. Im Rahmen des Operational Excellence Programms (OpEx) ist geplant, mit Investitionen von rund 4 Mrd € in den kommenden drei Jahren die vollen jährlichen Kosteneinsparungen von 4,5 Mrd € im Jahr 2015 zu erzielen.

in Mrd €	Geplante Investitionen	Geplante zusätzliche Kosteneinsparung
2012	0,6	0,4
2013	1,7	1,2
2014	1,6	1,4
2015	0,2	1,5
Summe¹	4,0	4,5

¹ Rundungsdifferenzen möglich.

Im Jahr 2012 wurden bereits 0,5 Mrd € investiert und Kosteneinsparungen in Höhe von 0,4 Mrd € erreicht.

Von den in OpEx für 2015 geplanten Kosteneinsparungen entfallen knapp 40 % oder 1,7 Mrd € auf die Infrastrukturbereiche der Bank. Maßnahmen in diesem Zusammenhang beinhalten Investitionen in neue integrierte IT-Plattformen, die Rationalisierung der regionalen Backoffice-Aktivitäten und die Zentralisierung des Einkaufs. Daneben wollen wir durch den Verkauf von Gebäuden unser Immobilienportfolio straffen. Für 2013 haben wir unter Einbezug der Aktivitäten von 2012 bereits Kosteneinsparungen von 800 Mio € identifiziert. Derzeit wird eine kleine Anzahl der identifizierten und vorgelegten Initiativen noch geprüft. In Abhängigkeit von der finalen Entscheidung zu diesen Initiativen könnten die Umsetzungskosten höher als ursprünglich erwartet ausfallen und die Einsparungsziele unterschritten werden.

Die Umsetzung aller unserer Initiativen und die Realisierung ihres erwarteten Nutzens könnte von weiteren Faktoren beeinträchtigt werden. Dazu zählen wirtschaftliche Faktoren, wie eine anhaltende europäische Staatsschuldenkrise, das erneute Auftreten von Marktturbulenzen auf den für uns relevanten Märkten, schlechte globale, regionale und nationale Wirtschaftsbedingungen sowie ein verstärkter Wettbewerb. Zusätzlich könnten regulatorische Anforderungen unsere Kosten erhöhen oder unsere Aktivitäten einschränken, da Kapitalanforderungen im Fokus stehen und unterschiedliche Aufsichtsbehörden auf strukturelle Veränderungen drängen. Da diese Regierungsinitiativen noch diskutiert werden, können wir ihre künftigen Auswirkungen derzeit noch nicht abschätzen. Aufgrund der Art unseres Geschäfts unterliegen wir Rechtsstreitigkeiten, Schlichtungsverfahren und aufsichtsrechtlichen Untersuchungen in verschiedenen Gerichtsbarkeiten der Welt, deren Ausgang wir nicht abschätzen können. Während wir eine Reihe wichtiger Rechtsfälle beigelegt und bei anderen Fortschritte erzielt haben, erwarten wir hier ein weiterhin herausforderndes Umfeld.

Corporate Banking & Securities

Das Investment Banking bleibt – wie vorstehend beschrieben – 2013 und 2014 von Unsicherheit über die gesamtwirtschaftliche und die politische Entwicklung geprägt. Branchenspezifische Herausforderungen und Chancen wie das sich ändernde regulatorische Umfeld und die Veränderungen des Wettbewerbsfelds, in dem die Polarisierung eine wachsende Konsolidierung unterstützt, dürften nicht ohne Auswirkungen auf das Ergebnis bleiben. Wir erwarten, dass eine Rückkehr zu mehr Wachstum zum Ende des Jahres 2013 zu einer Verringerung der Zentralbankinterventionen und deren Markteinfluss im Vergleich zum erhöhten Niveau im Jahr 2012 führen wird. Anleiherenditen sollten in den Kernmärkten in 2013 schrittweise ansteigen, in einem geordneten Prozess, der die wirtschaftliche Erholung und die Verbesserung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds reflektiert. Trotz starker Markterholung im Jahr 2012 erwarten wir ein weiterhin starkes Aktiengeschäft,

das durch geringere makroökonomische Risiken, eine verringerte Unsicherheit bezüglich der Wirtschaftspolitik und die weltweit vergleichsweise geringen Geldmarkt- und Anleiherenditen gestützt wird.

Die Deutsche Bank ist gut aufgestellt, um von der zunehmenden Konsolidierung der Branche zu profitieren, und wird damit beginnen, die in ihrer Strategie verankerten und im September 2012 dargelegten Verbesserungen zu realisieren. Corporate Banking & Securities (CB&S) wird seine Stärken im Fixed Income-Geschäft durch eine weitere Plattformintegration weiter ausbauen und wird Produkte, die besonders risiko- oder kapitalintensiv sind beziehungsweise mit hohem regulatorischen Aufwand versehen sind, weiter reduzieren. Aus geografischer Sicht werden wir mit der Straffung des Geschäfts fortfahren und sicherstellen, dass Ressourcen den Marktchancen entsprechend eingesetzt werden. Insgesamt werden uns diese Aktivitäten darin unterstützen, unsere strategischen Ziele einer durchschnittlichen Eigenkapitalrendite von rund 15 % nach Steuern (basiert auf dem durchschnittlichen Active Equity) bei vollständiger Umsetzung von Basel 3 und einer Aufwand-Ertrag-Relation von unter 65 % für 2015 zu erreichen. Es bleiben jedoch Risiken und Unsicherheiten. Diese beinhalten eine möglicherweise geringere Aktivität aufgrund einer länger anhaltenden Staatsschuldenkrise und verbundener Ansteckungsrisiken, die Auswirkungen möglicher regulatorischer Veränderungen, einen potenziellen Druck auf die Margen sowie einen verstärkten Wettbewerb in Produkten mit geringen Kapitalanforderungen oder das Ergebnis aus der Beilegung von Rechtsstreitigkeiten. Daneben besteht das Risiko, dass sich die Vorteile aus OpEx nicht in vollem Umfang realisieren lassen und dass sich die Umsetzung der Strategien zur Risikominderung verzögert.

Im Bereich Sales & Trading sollten die Erträge aus standardisierten festverzinslichen Produkten in einigen Märkten, wie beispielsweise dem Devisenmarkt, hoch bleiben. Die Erträge im Aktienkassageschäft könnten im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung mittelfristig höher ausfallen. Die Margen dürften als Ergebnis der Marktkonsolidierung und der höheren Anforderungen an die Kapitaleffizienz über dem derzeitigen Niveau liegen. Dieser positive Effekt könnte durch die Auswirkungen regulatorischer Änderungen reduziert werden.

Im Bereich Corporate Finance erwarten wir mittelfristig einen moderaten Anstieg des Provisionsaufkommens. Wir rechnen mit steigenden Volumina bei Anleiheemissionen, insbesondere wenn das niedrige Zinsniveau erhalten bleibt. Während das Umfeld für Fusionen und Übernahmen aufgrund niedriger Bewertungen sowie hoher Liquiditätsbestände grundsätzlich günstig ist, dürften Firmen bei Geschäftsabschlüssen vor dem Hintergrund des unsicheren gesamtwirtschaftlichen Umfelds insgesamt zurückhaltend bleiben. Das M&A-Geschäft sollte sich daher auf gleichem Niveau fortsetzen. Das Emissionsvolumen im Aktiengeschäft dürfte sich, solange die gesamtwirtschaftliche Unsicherheit bestehen bleibt, weiterhin verhalten entwickeln.

Trotz des in den letzten Jahren zu beobachtenden schwierigen Marktumfelds und des anhaltend unsicheren Ausblicks sehen wir CB&S, basierend auf seinem geschäftlichen Fokus, seiner Größe und Effizienz sowie aufbauend auf dem bisherigen geschäftlichen Erfolg, gut aufgestellt, um den potenziellen Herausforderungen zu begegnen und zukünftige Chancen zu nutzen.

Global Transaction Banking

Die Entwicklung im Transaction Banking dürfte in den nächsten zwei Jahren durch eine Reihe kritischer Faktoren beeinflusst werden. Das vergleichsweise niedrige Zinsniveau, das die meisten Märkte in den letzten Jahren geprägt hat, sollte 2013 und 2014 anhalten. In 2013 sollte sich die Wirtschaft langsam erholen, mit einer Rezession in Europa, die teilweise durch ein robusteres Wachstum in den Schwellenländern und eine Stabilisierung in den USA und Japan ausgeglichen werden könnte. Im Jahr 2014 könnte das Wachstum des BIP unter der Annahme einer steigenden Auslandsnachfrage wieder zunehmen. Deutlich umfangreichere und strengere regulatorische Anforderungen, der Druck auf Margen und Kosten sowie das Ergebnis aus der Beilegung von Rechtsstreitigkeiten sollten weiterhin eine Herausforderung für die gesamte Bankenbranche darstellen.

Die Geschäftsentwicklung im Global Transaction Banking (GTB) der Deutschen Bank dürfte durch diese Herausforderungen beeinflusst werden. Durch anhaltend dynamisches profitables Wachstum und die Ausweitung der Kundenbasis in den vergangenen Jahren sowie aufgrund seiner qualitativ hochwertigen und innovati-

ven Produkte ist GTB gut aufgestellt, diese Herausforderungen zu bewältigen und seine Kundenbasis weiter auszubauen. Trade Finance dürfte von der Entwicklung der Weltwirtschaft, einem höheren Außenhandel sowie einer erwarteten Stabilisierung des Kreditgeschäfts profitieren. In Trust and Securities Services sollten die Aussicht auf gestiegene Emissions-Aktivitäten im Jahr 2013 und der Trend zu einer Konzentration der Investmentbanking-Dienstleistungen Wachstumsmöglichkeiten bieten. Das Cash Management sollte von einem Anstieg der weltweiten Aktivitäten profitieren können, während das Wachstum der Einlagen 2013 gering bleiben und sich möglicherweise erst 2014 wieder erholen dürfte. Der Bereich legt seinen Schwerpunkt auf die Vertiefung seiner bestehenden Geschäftsbeziehungen zu anspruchsvollen Unternehmen und institutionellen Kunden in den Kernregionen und wird zudem den Ausbau des Geschäfts in einigen Schwellenländern weiter fortsetzen. Durch eine engere Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Bank sollte eine größere Zahl Kunden von den Produkten und Dienstleistungen von GTB profitieren können.

Über die nächsten zwei Jahre hinaus hat GTB das Ziel, in 2015 einen Vorsteuergewinn in Höhe von 2,4 Mrd € zu erzielen, im Wesentlichen in den vorgenannten Kernbereichen. Die Investition in kundenorientierte Lösungen, Plattformen und die operative Leistungsfähigkeit bei gleichzeitiger strikter Einhaltung von Kosten-, Risiko- und Kapitaldisziplin dürften dieses Wachstum fördern. Die Fortführung und der erfolgreiche Abschluss der Neuausrichtung im Firmenkundengeschäft in den Niederlanden, die im vierten Quartal 2012 begonnen hat, werden einen wichtigen Faktor für die Erreichung der strategischen Ziele von GTB darstellen.

Asset & Wealth Management

Das Vermögensverwaltungsgeschäft sollte in naher Zukunft weiterhin geprägt sein von einer Marktinstabilität aufgrund der Staatsverschuldung, besonders in Europa und den USA, sowie von einem Umfeld anhaltend niedriger Zinsen in vielen entwickelten Märkten. Unsicherheit im Investitionsklima, die durch hohe Geldzuflüsse zu festverzinslichen und Geldmarktprodukten mit relativ geringen Margen gekennzeichnet ist, dürfte die Profitabilität der Branche weiter beeinträchtigen. Höhere regulatorische Kosten infolge neuer Anforderungen könnten diese Entwicklung noch verstärken. Daher ist aus unserer Sicht nachhaltig eine gewisse Größe und Effizienz nötig. Eine ausgewählte Gruppe großer Vermögensverwalter dürfte die Branche zunehmend dominieren und die Mehrzahl der Neuanlagen anziehen. Vermögensverwalter sollten dieses Jahr von einer Verbesserung der Aktienmärkte und erhöhter Kundenaktivität profitieren können, die einen Anstieg der Provisionserträge und leistungsabhängiger Gebühren unterstützen sollten.

Im Rahmen der Überprüfung unserer Strategie haben wir die Schaffung eines neu integrierten Asset & Wealth Management (AWM) bekannt gegeben. AWM verbindet das vorherige Asset Management und Private Wealth Management der Deutschen Bank mit dem passiven Fondsgeschäft und dem Geschäft mit alternativen Anlageformen mit Dritten, das vorher Bestandteil von CB&S war. Damit bietet AWM allen Kunden eine umfassende Produktpalette, die wichtige Wachstumsfelder wie alternative Investments (einschließlich Hedgefonds, Immobilien und Private Equity) und das Passivgeschäft (einschließlich Exchange Traded Funds) beinhaltet. Mit 944 Mrd € verwaltetem Vermögen zum 31. Dezember 2012 gehört AWM zu den größten bankeigenen globalen Vermögensverwaltern.

AWM hat eine Strategie formuliert, auf deren Basis der Bereich von den langfristigen Trends, der Entwicklung der Branche und dem Wettbewerbsumfeld profitieren können sollte. AWM plant die Verdopplung seines Vorsteueraufwandes auf 1,7 Mrd € im Jahr 2015, unterstützt durch Ertragsinitiativen in Höhe von 0,3 Mrd € und durch Kosteneinsparungen von 0,7 Mrd €.

AWM wird seine Präsenz in ausgewählten Märkten, insbesondere in Schwellenländern, erhöhen und dabei die globale Aufstellung des Konzerns nutzen. Dabei wird AWM einen Fokus auf Schwellenländer legen, in denen ein schnelles Wachstum die Schaffung von Wohlstand und damit die Nachfrage nach Dienstleistungen des AWM begünstigt. Wir erwarten dementsprechend in AWM einen Ertragsanstieg in den Regionen Asien/Pazifik und Lateinamerika um 20–25 % bis 2015, wobei das angestrebte Wachstum in hohem Maße vom weiteren Wirtschaftswachstum in diesen Regionen abhängen wird.

Weltweit bleibt für AWM das Segment der sehr vermögenden Privatkunden im Fokus und wir planen, unsere Kundenbeziehungen in diesem Segment bis 2015 um 50 % zu erhöhen, indem wir unsere Produktpalette und unsere kundenorientierten Lösungen ausbauen und dafür ein spezielles Kundenbetreuungsteam einrichten. In diesem Segment ist der Wettbewerb um Kunden und Toptalente besonders intensiv. Außerdem erwarten wir einen anhaltenden Trend der Kunden zu alternativen Investments und eine erhöhte Nachfrage nach Altersvorsorgeprodukten als Ergebnis des demografischen Wandels. Wir sollten die in diese Produkte investierten Vermögen bis 2015 um mehr als 10 % erhöhen können, indem wir unser Produktangebot erweitern und die Kooperation mit externen Vermögensmanagern fortsetzen. Außerdem erwarten wir weltweit den Ausbau des Anteils der passiven Investments, der insbesondere bei den Exchange Traded Funds (ETFs) zu einem anhaltenden Wachstum führen dürfte. AWM sollte bei den Vermögen in ETFs bis 2015 um 50 % wachsen können und dabei seine bisherige Marktposition voll ausschöpfen und seine Marktposition in Amerika ausbauen können.

Aufgrund der Größe des Unternehmensbereichs und vor dem Hintergrund der angestrebten Investition in die Plattform sollten wir in der Lage sein, erhebliche operative Effizienz zu erzielen, die in Zeiten des Margendrucks wichtig sein dürfte. Gleichzeitig werden wir weiterhin in Wachstumschancen investieren. AWM dürfte Aufwands- und Ertragssynergien aus der Optimierung des Geschäftsmodells in Bezug auf die Produkterstellung, die Kundenbetreuung und die Infrastruktur erzielen können. Die wichtigsten Initiativen, um diese Ziele zu erreichen, beinhalten eine weltweite Integration der Kundenbetreuung und die Schaffung einer einheitlichen Investmentplattform. Effizienz sollte erzielt werden durch eine Abschaffung von Dopplungen in Geschäftsbereichen, Produkten, Dienstleistungen und Technologien sowie durch eine Rationalisierung und Verkleinerung der Infrastruktur, die unser Geschäft unterstützt. Diese Initiativen sollten dazu beitragen, unsere Bruttomargen zu verbessern, wobei wesentliche Anstrengungen in diesem Zusammenhang bereits in 2012 unternommen wurden und bisher gute Ergebnisse zeigten. Die zeitliche Umsetzung einiger angestrebter Optimierungsprojekte ist von verschiedenen Faktoren abhängig, die zu einer Verzögerung oder einer Reduzierung der geplanten Vorteile führen könnten.

Private & Business Clients

Für die Länder, in denen der Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) tätig ist, ist der makroökonomische Ausblick unterschiedlich. Während wir im Heimatmarkt Deutschland für 2013 ein leicht positives BIP-Wachstum und eine weitere Belebung in 2014 erwarten, dürfte das Wirtschaftswachstum in den meisten europäischen Ländern, in denen PBC mit Geschäftsaktivitäten vertreten ist, eher leicht negativ ausfallen. In Asien sollte die Wirtschaft 2013 und 2014 ein deutliches Wachstum aufweisen.

PBC ist bestrebt, seinen Wachstumskurs fortzusetzen mit dem ehrgeizigen Ziel, 2015 ein Ergebnis vor Steuern von 3 Mrd € und Erträge von über 10 Mrd € bei einer Aufwand-Ertrag-Relation von etwa 60 % zu erreichen. Strategisch konzentrieren wir uns darauf, zu Europas führenden Retailbanken zu gehören, mit einem starken Beratungsgeschäft in unserem Heimatmarkt Deutschland, wo wir von der vollständigen Integration der Postbank profitieren, sowie in ausgewählten Regionen außerhalb Deutschlands, wie anderen wichtigen europäischen Märkten und einigen wichtigen asiatischen Ländern. Außerdem wollen wir unsere Stärke nutzen, um unser Kreditgeschäft zu attraktiven Margen auszubauen und um unsere starke Position im Einlagengeschäft unter den führenden fünf europäischen Retailbanken zu erhalten.

Im Advisory Banking in Deutschland sollten wir unsere Marktposition festigen können, indem wir unsere Erfolge bei der Gewinnung von Einlagen und im risikoarmen Hypothekengeschäft fortsetzen sowie unser Geschäft mit Investment- und Versicherungsprodukten stärken. Auf Basis der organisatorischen Neuaustrichtung streben wir einen höheren Wertbeitrag aller Bereiche und besser an den Kundenbedürfnissen ausgerichtete Dienstleistungen an.

Im internationalen Advisory Banking wollen wir auf unserer Stärke im Beratungsgeschäft in Europa aufbauen und planen, unsere profitable Marktposition bei anspruchsvollen Kunden in wohlhabenden Regionen Europas weiter auszubauen, um so unter den führenden Retailbanken in Europa zu sein. Unsere Beteiligung in Höhe von 19,99 % an der Hua Xia Bank in China und die stärkere Kooperation mit ihr sowie ein weiteres organisches Wachstum in Indien sollten die Wachstumschancen von PBC in Asien weiter verbessern.

Das Consumer Banking wird sein Wachstum in Deutschland fortsetzen und gleichzeitig das Geschäft neu ausrichten sowie durch die Umsetzung organisatorischer Maßnahmen Kosten reduzieren. Gemeinsam sollten Deutsche Bank und Postbank weiter erfolgreich Ertrags- und Kostensynergien realisieren können. Die Integration der Postbank sowie der Abschluss des Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrags im Jahr 2012 dürften das vollständige Erzielen von Synergien in PBC unterstützen. Unsere neue gemeinsame Plattform „Magellan“ wird mit integriertem Service, innovativen Instrumenten und einem durchgängigen Prozessmodell die Effizienz von PBC fördern. Während 2012 die Umsetzungskosten aus der Postbankintegration entsprechend dem Integrationsplan ihren Höhepunkt erreichten, dürften die Umsetzungskosten aus unserem OpEx im Vergleich zu 2012 steigen. Für 2013 sollten unsere Kosten insgesamt rückläufig sein, nicht zuletzt dank der wachsenden Synergien aus dem Projekt „Powerhouse“ und ersten Einsparungen aus OpEx.

Im Advisory Banking Germany und im Consumer Banking bestehen wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Integration der Postbank. Kostensynergien könnten nicht vollständig oder später als prognostiziert eintreten und die mit der Schaffung der Synergien verbundenen Kosten könnten höher als erwartet ausfallen. Diese Risiken werden soweit möglich durch eine ständige detaillierte Überprüfung der Synergiemaßnahmen sowie durch eine laufende Überwachung und Berichterstattung an die Führungsebene gemindert.

PBC wird weiterhin mit Unsicherheiten in seinem Geschäftsumfeld rechnen müssen, etwa mit dem Risiko eines weiteren wesentlichen Rückgangs des Wirtschaftswachstums, das zu einer höheren Arbeitslosenquote, einer steigenden Risikovorsorge im Kreditgeschäft und einem geringeren Geschäftswachstum, hauptsächlich außerhalb Deutschlands, führen könnte. Besonders die Entwicklung bei Anlageprodukten und ihren entsprechenden Erträgen hängt von der weiteren Entwicklung des wirtschaftlichen Umfelds in Europa ab. Außerdem könnten anhaltend niedrige Zinsen die Margen im Einlagengeschäft in PBC weiter beeinträchtigen. PBC wird in den nächsten Jahren eine Stärkung seines deutschen Kreditgeschäfts und eine Ausweitung der Margen, besonders außerhalb Deutschlands, anstreben. Dabei wird PBC eine strenge Risikodisziplin einhalten und den Kapitalbedarf weiter sorgfältig optimieren.

Non-Core Operations Unit

Die Non-Core Operations Unit (NCOU) sollte deutlich zu den veröffentlichten Kapitalzielen des Konzerns beitragen, indem sie eine Verringerung der risikogewichteten Aktiva-Äquivalente nach Basel 3 auf etwa 90 Mrd € bis zum Ende des ersten Quartals 2013 und auf weniger als 80 Mrd € insgesamt bis zum 31. Dezember 2013 anstrebt.

Die Reduzierung der Non-Core-Aktiva und ihres zugehörigen Kapitalbedarfs bis zum Ende des ersten Quartals 2013 soll durch den Verkauf kapitalintensiver Aktiva im Portfolio erzielt werden. In der Zukunft dürfte sich die Geschwindigkeit des Abbaus der Aktiva und des zugehörigen Kapitalbedarfs verlangsamen und die NCOU wird kontinuierlich den Verkauf gegen ein Halten abwägen, um Gelegenheiten aus den Marktbedingungen zu nutzen und den Shareholder Value zu optimieren und zu schützen.

Im derzeitigen Marktumfeld, in dem viele unserer Mitbewerber ebenfalls versuchen, Aktiva zu verkaufen und ihre Kapitalkennzahlen zu verbessern, könnte diese Strategie schwierig werden. Unvorteilhafte Geschäfts- oder Marktbedingungen könnten auch unsere Möglichkeiten, solche Aktiva zu verkaufen, einschränken.

Zusätzlich beinhaltet die NCOU wesentliche Beteiligungen an individuellen Firmen und anderen Aktiva, die nicht Bestandteil unseres Kerngeschäfts sind, wie zum Beispiel unsere Beteiligung an The Cosmopolitan of Las Vegas. Diese Beteiligungen und Aktiva sind den Chancen und Risiken ihres jeweiligen wirtschaftlichen Umfelds ausgesetzt, was zu einer Unsicherheit im Zeitplan des Verkaufs führt.

02-

Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 273

Konzern-Gesamtergebnisrechnung – 274

Konzernbilanz – 275

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung – 276

Konzern-Kapitalflussrechnung – 278

Konzernanhang mit Inhaltsverzeichnis – 279

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	Anhang	2012	2011	2010
Zinsen und ähnliche Erträge	6	32.242	34.878	28.779
Zinsaufwendungen	6	16.351	17.433	13.196
Zinsüberschuss	6	15.891	17.445	15.583
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	20	1.721	1.839	1.274
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft		14.170	15.606	14.309
Provisionsüberschuss	7	11.510	11.544	10.669
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	6	5.599	3.058	3.354
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	8	301	123	201
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	18	159	-264	-2.004
Sonstige Erträge	9	281	1.322	764
Zinsunabhängige Erträge insgesamt		17.850	15.783	12.984
Personalaufwand	34	13.526	13.135	12.671
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	10	15.016	12.657	10.133
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft		414	207	485
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	25	1.886	-	29
Restrukturierungsaufwand	11	394	-	-
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt		31.236	25.999	23.318
Ergebnis vor Steuern		784	5.390	3.975
Ertragsteueraufwand	35	493	1.064	1.645
Jahresüberschuss		291	4.326	2.330
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis		54	194	20
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		237	4.132	2.310

Ergebnis je Aktie

in €	Anhang	2012	2011	2010
Ergebnis je Aktie: ¹	12			
Unverwässert		€ 0,25	€ 4,45	€ 3,07
Verwässert ²		€ 0,25	€ 4,30	€ 2,92
Anzahl der Aktien in Millionen: ¹				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie		934,1	928,0	753,3
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie		959,9	957,3	790,8

¹ Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

² Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung. Weitere Informationen sind in Anhangangabe 12 „Ergebnis je Aktie“ enthalten.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

in Mio €	2012	2011	2010
In der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter			
Gewinn, nach Steuern	291	4.326	2.330
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung			
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern ¹	- 854	707	135
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten: ²			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	1.875	- 697	83
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/			
Verluste, vor Steuern	- 162	- 11	39
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern: ²			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	42	- 141	- 78
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/			
Verluste, vor Steuern	45	3	4
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, vor Steuern ³	-	25	- 25
Anpassungen aus der Währungsumrechnung: ²			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	- 534	1.291	920
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/			
Verluste, vor Steuern	5	-	- 6
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	- 38	- 5	- 26
Steuern auf Gewinne/Verluste (–) aus sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen	- 47	75	211
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	332	1.247	1.257
Gesamtergebnis, nach Steuern	623	5.573	3.587
Zurechenbar:			
den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	149	155	4
den Deutsche Bank-Aktionären	474	5.418	3.583

¹ Die versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern, werden in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung ab 2011 in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen. Die dazu gehörigen latenten Steuern sind in den Steuern auf Gewinne/Verluste in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung mit ausgewiesen. Die Angaben zu Vorperioden wurden entsprechend angepasst. In der Konzernbilanz werden die versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern, in den Gewinnrücklagen ausgewiesen.

² Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

³ Für weitere Informationen wird auf Anhangangabe 26 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ verwiesen.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernbilanz

in Mio €	Anhang	31.12.2012	31.12.2011
Aktiva:			
Barreserve		27.885	15.928
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten		119.548	162.000
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	21, 22	36.570	25.773
Forderungen aus Wertpapierleihen	21, 22	23.947	31.337
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte			
Handelsaktiva		245.538	240.924
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		768.316	859.582
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte		187.027	180.293
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt			
davon zum 31.12.2012 89 Mrd € (2011: 87 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	13, 15, 21, 22, 36	1.200.881	1.280.799
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte			
davon zum 31.12.2012 0 Mrd € (2011: 9 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	17, 21, 22	49.379	45.281
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	18	3.577	3.759
Forderungen aus dem Kreditgeschäft			
davon zum 31.12.2012 2 Mrd € (2011: 3 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	19, 20, 21, 22	397.279	412.514
Sachanlagen	23	4.963	5.509
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	25	14.219	15.802
Sonstige Aktiva	26, 27	123.973	154.794
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	35	2.390	1.870
Steuerforderungen aus latenten Steuern	35	7.718	8.737
Summe der Aktiva		2.012.329	2.164.103
Passiva:			
Einlagen	28	577.202	601.730
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	21, 22	36.144	35.311
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	21, 22	3.109	8.089
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	13, 15, 36		
Handelsspassiva		54.914	63.886
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		752.706	838.817
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		109.166	118.318
Investmentverträge		7.732	7.426
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt		924.518	1.028.447
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	31	69.060	65.356
Sonstige Passiva	26, 27	169.544	187.816
Rückstellungen	20, 29	5.110	2.621
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	35	1.589	2.524
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	35	1.455	1.789
Langfristige Verbindlichkeiten	32	158.097	163.416
Hybride Kapitalinstrumente	32	12.091	12.344
Summe der Verbindlichkeiten		1.957.919	2.109.443
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	33	2.380	2.380
Kapitalrücklage		23.778	23.695
Gewinnrücklagen		29.198	30.119
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	33	-60	-823
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung		-1.293	-1.981
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital		54.003	53.390
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		407	1.270
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss		54.410	54.660
Summe der Passiva		2.012.329	2.164.103

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio €	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapitalrücklage	Gewinn- rücklagen ¹	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungs- kosten	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien
Bestand zum 31. Dezember 2009	1.589	14.830	24.056	- 48	-
Gesamtergebnis ²	-	-	2.286	-	-
Begebene Stammaktien	791	9.413	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	- 465	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	94	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	- 296	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	1.439	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	- 11	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	- 93
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	93
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	-	- 115	-	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	- 15.366	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	13.525	-
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	-	-
Sonstige	-	- 306	4	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2010	2.380	23.515	25.975	- 450	-
Gesamtergebnis ²	-	-	4.132	-	-
Begebene Stammaktien	-	-	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	- 691	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	666	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	153	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	1.108	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	- 76	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	-	- 131	-	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	- 13.781	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	12.300	-
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	- 32	-	-	-
Sonstige	-	266	37	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2011	2.380	23.695	30.119	- 823	-
Gesamtergebnis ²	-	-	237	-	-
Begebene Stammaktien	-	-	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	- 689	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	- 452	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	- 342	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	1.481	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	2	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	- 4
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	4
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	-	- 63	-	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	- 12.152	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	11.434	-
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	77	-	-	-
Sonstige	-	409	- 17	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2012	2.380	23.778	29.198	- 60	-

¹ Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einer rückwirkenden Reduzierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 24 Mio € zum 31. Dezember 2010.

² Ohne versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen ³	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern, nach Steuern ³	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern	Anpassungen aus der Währungs umrechnung, nach Steuern ³	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ²	Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss
- 186	- 134	-	- 3.521	61	- 3.780	36.647	1.322	37.969
73	- 45	- 11	1.188	- 26	1.179	3.465	- 8	3.457
-	-	-	-	-	-	10.204	-	10.204
-	-	-	-	-	-	- 465	-	- 465
-	-	-	-	-	-	94	12	106
-	-	-	-	-	-	- 296	-	- 296
-	-	-	-	-	-	1.439	-	1.439
-	-	-	-	-	-	- 11	-	- 11
-	-	-	-	-	-	- 93	-	- 93
-	-	-	-	-	-	93	-	93
-	-	-	-	-	-	- 115	-	- 115
-	-	-	-	-	-	- 15.366	-	- 15.366
-	-	-	-	-	-	13.525	-	13.525
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	- 302	223	- 79
- 113	- 179	- 11	- 2.333	35	- 2.601	48.819	1.549	50.368
- 504	- 47	11	1.167	- 7	620	4.752	162	4.914
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	- 691	-	- 691
-	-	-	-	-	-	666	- 7	659
-	-	-	-	-	-	153	-	153
-	-	-	-	-	-	1.108	-	1.108
-	-	-	-	-	-	- 76	-	- 76
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	- 131	-	- 131
-	-	-	-	-	-	- 13.781	-	- 13.781
-	-	-	-	-	-	12.300	-	12.300
-	-	-	-	-	-	- 32	-	- 32
-	-	-	-	-	-	303	- 434	- 131
- 617	- 226	-	- 1.166	28	- 1.981	53.390	1.270	54.660
1.082	67	-	- 423	- 38	688	925	153	1.078
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	- 689	- 5	- 694
-	-	-	-	-	-	- 452	- 4	- 456
-	-	-	-	-	-	- 342	-	- 342
-	-	-	-	-	-	1.481	-	1.481
-	-	-	-	-	-	2	-	2
-	-	-	-	-	-	- 4	-	- 4
-	-	-	-	-	-	4	-	4
-	-	-	-	-	-	- 63	-	- 63
-	-	-	-	-	-	- 12.152	-	- 12.152
-	-	-	-	-	-	11.434	-	11.434
-	-	-	-	-	-	77	-	77
-	-	-	-	-	-	392	- 1.007	- 615
465	- 159	-	- 1.589	- 10	- 1.293	54.003	407	54.410

³ Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2012	2011	2010
Jahresüberschuss	291	4.326	2.330
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.721	1.839	1.274
Restrukturierungsaufwand	394	–	–
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	– 626	– 841	– 363
Latente Ertragsteuern, netto	720	– 387	315
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	3.235	3.697	4.255
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	– 397	– 222	– 457
Jahresüberschuss, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	5.338	8.412	7.354
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	1.279	– 53.427	– 34.806
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	– 3.393	– 8.202	26.368
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	– 6.561	– 11.582	– 24.502
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.715	– 7.092	– 2.823
Sonstige Aktiva	32.254	– 17.962	– 5.894
Einlagen	– 25.994	66.168	22.656
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge	– 9.365	– 8.389	53.450
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen	– 4.235	12.622	– 40.709
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	3.616	1.689	18.509
Sonstige Passiva	– 14.017	21.476	2.851
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten	– 4.776	– 5.991	– 3.457
Handelsaktiva und -passiva, positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, per Saldo ¹	– 7.627	10.558	– 17.664
Sonstige, per saldo	– 2.681	– 478	– 5.009
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	– 24.447	7.802	– 3.676
Cashflow aus Investitionstätigkeit:			
Erlöse aus:			
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	7.478	21.948	10.652
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	12.922	10.635	4.181
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	163	336	250
Verkauf von Sachanlagen	197	101	108
Erwerb von:			
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	– 22.170	– 19.606	– 14.087
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	– 14	– 602	– 145
Sachanlagen	– 614	– 794	– 873
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	96	348	8.580
Sonstige, per saldo	– 703	– 451	– 1.189
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	– 2.645	11.915	7.477
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:			
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	61	76	1.341
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	– 708	– 715	– 229
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten	17	37	90
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente	– 30	– 45	– 51
Kapitalerhöhung	–	–	10.060
Kauf Eigener Aktien	– 12.152	– 13.781	– 15.366
Verkauf Eigener Aktien	11.418	12.229	13.519
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	– 5	– 4	– 7
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	– 271	– 266	200
Gezahlte Bardiividende	– 689	– 691	– 465
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	– 2.359	– 3.160	9.092
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	40	– 964	1.911
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	– 29.411	15.593	14.804
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	81.946	66.353	51.549
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	52.535	81.946	66.353
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet			
Gezahlte/erhaltene (–) Ertragsteuern, netto	1.280	1.327	784
Gezahlte Zinsen	16.518	17.743	13.740
Erhaltene Zinsen und Dividenden	32.644	35.216	29.456
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten	27.885	15.928	17.157
Barreserve			
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 94.898 Mio € per 31.12.2012 (31.12.2011: 95.982 Mio €, 31.12.2010: 43.181 Mio €)	24.650	66.018	49.196
Insgesamt	52.535	81.946	66.353

¹ Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einer rückwirkenden Reduzierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 24 Mio € zum 31. Dezember 2010.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernanhang

Konzernanhang

- 01 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze – 280
- 02 – Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – 308
- 03 – Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften – 314
- 04 – Akquisitionen und Veräußerungen – 318
- 05 – Segmentberichterstattung – 332

Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

- 06 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen – 343
- 07 – Provisionsüberschuss – 344
- 08 – Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten – 345
- 09 – Sonstige Erträge – 345
- 10 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand – 346
- 11 – Restrukturierung – 346
- 12 – Ergebnis je Aktie – 347

Anhangangaben zur Bilanz

- 13 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – 348
- 14 – Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ – 349
- 15 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente – 351
- 16 – Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden – 363
- 17 – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – 365
- 18 – Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen – 366
- 19 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft – 368
- 20 – Risikovorsorge im Kreditgeschäft – 368
- 21 – Übertragung von finanziellen Vermögenswerten – 369
- 22 – Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte – 371
- 23 – Sachanlagen – 372
- 24 – Leasingverhältnisse – 373
- 25 – Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte – 374
- 26 – Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen – 385
- 27 – Sonstige Aktiva und Passiva – 388
- 28 – Einlagen – 388
- 29 – Rückstellungen – 389
- 30 – Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten – 395
- 31 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen – 396
- 32 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente – 397

Zusätzliche Anhangangaben

- 33 – Stammaktien – 398
- 34 – Leistungen an Arbeitnehmer – 399
- 35 – Ertragsteuern – 407
- 36 – Derivative Finanzinstrumente – 410
- 37 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 412
- 38 – Informationen zu Tochtergesellschaften – 415
- 39 – Versicherungs- und Investmentverträge – 416
- 40 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten – 419
- 41 – Ergebnisse nach dem Bilanzstichtag – 421
- 42 – Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB – 422
- 43 – Anteilsbesitz – 424

01 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Grundlage der Darstellung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank“ oder „Muttergesellschaft“) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Zusammen mit den Gesellschaften, bei denen die Deutsche Bank über beherrschenden Einfluss verfügt, bietet die Deutsche Bank (der „Konzern“) weltweit das gesamte Spektrum von Produkten und Dienstleistungen im Corporate & Investment Banking, Privatkundengeschäft und Asset Management an. Einzelheiten zu den Unternehmensbereichen des Konzerns sind in Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ dargestellt.

Der beigefügte Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Alle Angaben wurden auf die nächste Million gerundet. Der Konzernabschluss steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Risikoangaben gemäß IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures“, zu Art und Umfang von Risiken aus Finanzinstrumenten sind durch Verweis auf durch seitliche Klammern entsprechend gekennzeichnete Teile des Risikoberichts weiterhin Bestandteil des Konzernanhangs. Dies gilt ebenso für Angaben zum Kapital gemäß IAS 1, „Presentation of Financial Statements“.

Die Erstellung des Jahresabschlusses gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten, die Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft, die Wertminderung sonstiger finanzieller und nicht finanzieller Vermögenswerte, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern und die Bilanzierung von ungewissen Verpflichtungen aus Gerichts- undaufsichtsbehördlichen Verfahren sowie ungewissen Steuerpositionen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Eine Beschreibung der bei der Erstellung des Jahresabschlusses verwendeten wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen und -annahmen ist in Anhangangabe 02 „Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen“ enthalten.

Diskontierungssatz für leistungsdefinierte Pensionspläne

Im Jahr 2012 entschied der Konzern mit Bezug auf den in der Eurozone angewandten Diskontierungszinssatz für leistungsdefinierte Pensionspläne, sowohl die zugrunde liegende Grundgesamtheit für Anleihen zusätzlich um hochrangige gedeckte Schuldverschreibungen zu erweitern und diese somit zu stabilisieren als auch im Bereich der Kurvenextrapolation eine Anpassung der berücksichtigten Grundgesamtheit für Anleihen unter Aufrechterhaltung der AA Kreditqualität der Kurve vorzunehmen. Dies hatte einen Anstieg des Diskontierungszinssatzes von 70 Basispunkten und damit eine Verringerung der versicherungsmathematischen Verluste, die unmittelbar in der sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst werden, von ungefähr 700 Mio € vor Steuern im Jahr 2012 zur Folge.

„Credit Valuation Adjustment“ (CVA) und „Debt Valuation Adjustment“ (DVA)

Im vierten Quartal 2012 hat der Konzern seine Bewertungsmethodik zur Berücksichtigung des eigenen Kreditrisikos für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts bei derivativen Instrumenten verfeinert (üblicherweise als „Debt Valuation Adjustment“ bezeichnet). Zuvor hatte der Konzern den Einfluss des eigenen Kreditrisikos auf den beizulegenden Zeitwert von derivativen Instrumenten auf Basis von historischen Ausfällen bestimmt.

Die Verfeinerung der Bewertungsmethodik verändert deren Grundlage hin zu einem marktisierten Bewertungsverfahren. Der daraus resultierende Ertrag von 517 Mio € wurde in der Konzern-Gewinn und Verlustrechnung erfasst. Auf Basis einer verbesserten Transparenz der Marktpreise für das Kontrahentenrisiko verfeinerte der Konzern im vierten Quartal 2012 zusätzlich seine Bewertungsmethodik zur Bestimmung des „Credit Valuation Adjustment“ (CVA). Die Auswirkung dieser Verfeinerung war ein Verlust in Höhe von 288 Mio €, der in der Konzern-Gewinn und Verlustrechnung erfasst wurde.

Bewertungsansatz für besicherte Derivate

Im zweiten Quartal 2011 hat der Konzern die Bewertung seiner besicherten Derivate fast vollständig auf die Overnight-Interest-Rate-Swap-(OIS-)Kurve umgestellt, um die aus besicherten Derivaten resultierenden Zins- und Refinanzierungsrisiken im Einklang mit der Preisermittlung einheitlich zu steuern. Der geänderte Bewertungsansatz hatte in den Geschäftsjahren 2011 und 2012 keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Zuordnung von Ertragskomponenten in PBC

Die Darstellung der Erträge in Private & Business Clients (PBC) wurde im ersten Quartal 2011 aufgrund einer Überprüfung der Zuordnung spezifischer Ertragskomponenten zu den Produktkomponenten angepasst. Um die Vergleichbarkeit zu erleichtern, wurden im Geschäftsjahr 2010 73 Mio € vom Kreditgeschäft ins Einlagen- und Zahlungsverkehrsgeschäft übertragen. Die Erträge von PBC blieben insgesamt unverändert.

Wertberichtigungen für Kreditausfälle

Der Konzern wendet Schätzungen bei der Ermittlung der Wertberichtigung für homogene Kreditportfolios an, die auf historischen Erfahrungswerten basierende statistische Modelle verwenden. In regelmäßigen Abständen führt der Konzern Maßnahmen durch, um die verwendeten Eingangsparameter und Modellannahmen an historisch nachgewiesene Verlusthöhen anzugeleichen. Entsprechende Anpassungen führten im Geschäftsjahr 2010 zu einer niedrigeren Nettozuführung zur Wertberichtigung in Höhe von 28 Mio €. In den Geschäftsjahren 2011 und 2012 wurden keine Anpassungen vorgenommen.

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Im Folgenden werden die wesentlichen vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze beschrieben. Diese Grundsätze wurden in den Geschäftsjahren 2010, 2011 und 2012 mit Ausnahme der zuvor beschriebenen Änderungen konsistent angewandt.

Grundsätze der Konsolidierung

Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten Daten der Muttergesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft, zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, unter Einbeziehung bestimmter Zweckgesellschaften, dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit.

Tochtergesellschaften

Tochtergesellschaften des Konzerns sind die von ihm beherrschten Einheiten. Der Konzern verfügt über einen beherrschenden Einfluss auf Tochtergesellschaften, wenn er deren Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen kann. Dies wird in der Regel bei einer direkten oder indirekten Kapitalbeteiligung von mehr als der Hälfte der Stimmrechte an den Unternehmen angenommen. Das Bestehen potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, wird bei der Prüfung, ob der Konzern ein anderes Unternehmen beherrscht, berücksichtigt.

Der Konzern unterstützt die Gründung von Zweckgesellschaften und interagiert mit nicht von ihm gesponserten Zweckgesellschaften aus einer Vielzahl von Gründen. Auf diese Weise können Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder gemeinsame Investitionen in alternative Vermögensanlagen vornehmen. Es werden aber auch die Verbriefung von Vermögenswerten und der Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten ermöglicht. Um festzustellen, ob eine Zweckgesellschaft zu konsolidieren ist, gilt es eine Reihe von Faktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung, (1) ob die Aktivitäten der Zweckgesellschaft zugunsten des Konzerns entsprechend seinen spezifischen Geschäftsbedürfnissen durchgeführt

werden, sodass dieser aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft Nutzen zieht, (2) ob der Konzern über die Entscheidungsmacht zur Erzielung der Mehrheit des Nutzens verfügt, (3) ob der Konzern die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zieht oder (4) ob der Konzern die Mehrheit der mit den Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behält, um Nutzen aus ihrer Geschäftstätigkeit zu ziehen. Eine Zweckgesellschaft ist zu konsolidieren, wenn die Prüfung der wesentlichen Faktoren zeigt, dass die Zweckgesellschaft durch den Konzern beherrscht wird.

Die Konsolidierungsanalyse berücksichtigt Risiken, denen sowohl der Konzern als auch Dritte im Hinblick auf Zweckgesellschaften über Derivate, Schuld- und Eigenkapitaltitel sowie sonstige Instrumente ausgesetzt sind. Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine beherrschende Einflussnahme mehr vorliegt.

Der Konzern überprüft mindestens zu jedem Quartalsabschluss die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen. Entsprechend werden etwaige organisatorische Veränderungen unmittelbar berücksichtigt. Dazu gehören neben Änderungen der Eigentumsverhältnisse jegliche Änderungen von bestehenden oder mit einer Einheit neu abgeschlossenen vertraglichen Verpflichtungen des Konzerns.

Der Konzern überprüft die Konsolidierungsentscheidung für Zweckgesellschaften, wenn sich eine Änderung in den Vereinbarungen der Zweckgesellschaft ergibt oder wenn eine substanzielle Änderung der Geschäftsbeziehungen zwischen dem Konzern und einer Zweckgesellschaft vorliegt. Zu den Sachverhalten, die Anlass zur Notwendigkeit einer Überprüfung der Konsolidierungsentscheidung geben würden, gehören unter anderem:

- substanzielle Veränderungen der Eigentumsverhältnisse der Zweckgesellschaft, beispielsweise Kauf eines nicht unwesentlichen zusätzlichen Anteils oder Verkauf eines nicht unwesentlichen Anteils an der Zweckgesellschaft;
- Veränderungen der vertraglichen Vereinbarungen oder Unternehmensführungsstrukturen der Zweckgesellschaft;
- zusätzliche Aktivitäten in Bezug auf die Struktur der Gesellschaft, beispielsweise die Bereitstellung einer Liquiditätsfazilität über die ursprünglich vereinbarten Bedingungen hinaus, oder der Abschluss ursprünglich nicht geplanter Geschäfte mit einer Zweckgesellschaft; und
- Veränderungen in der Finanzierungsstruktur der Einheit.

Ferner wird die Angemessenheit einer Konsolidierungsentscheidung erneut überprüft, wenn der Konzern feststellt, dass die Zweckgesellschaft zusätzlicher, ursprünglich nicht vorgesehener Unterstützung zur Weiterführung ihres Geschäfts bedarf und der Konzern eine solche Unterstützung aus Reputations- oder sonstigen Gründen leisten würde.

Die Neueinschätzung des Vorliegens eines beherrschenden Einflusses über bestehende Zweckgesellschaften führt nicht zwangsläufig zu einer Konsolidierung oder Entkonsolidierung. Bei einer solchen Überprüfung muss der Konzern unter Umständen seine Wahrscheinlichkeitsannahmen für Verluste, die Möglichkeit einer zukünftigen Inanspruchnahme zusätzlicher Liquiditätsfazilitäten sowie für künftige, aus Reputations- oder anderen Gründen resultierende Maßnahmen anpassen. Eine Neueinschätzung der Konsolidierungspflicht wird auf der Grundlage aller gegenwärtig verfügbaren Informationen einschließlich aktueller Marktparameter und Erwartungen (wie zum Beispiel Erwartungen zu Verlusten aus Vermögenswerten) sowie unter Berücksichtigung jeglicher Änderungen der Marktbedingungen seit Gründung der Zweckgesellschaft vorgenommen.

Alle konzerninternen Transaktionen, Salden und nicht realisierten Gewinne aus Transaktionen zwischen Konzerngesellschaften werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung kommen konzernweit einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze zur Anwendung. Die Ausgabe von Aktien einer Tochtergesellschaft an Dritte wird als Anteile ohne beherrschenden Einfluss behandelt.

Zu dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung über ein Tochterunternehmen verliert, werden a) die Vermögenswerte (einschließlich einer zuzuordnenden Geschäfts- oder Firmenwerts) und Verpflichtungen des

Tochterunternehmens zu deren Buchwerten ausgebucht, b) der Buchwert aller Anteile ohne beherrschenden Einfluss an dem ehemaligen Tochterunternehmen (inklusive aller diesen zuzuordnenden in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesenen Bestandteile) ausgebucht, c) der beizulegende Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung sowie eventuelle Ausschüttungen der Anteile des Tochterunternehmens erfasst, d) die Anteile, die am ehemaligen Tochterunternehmen behalten werden, zum beizulegenden Zeitwert erfasst und e) jede daraus resultierende Differenz als ein Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dieser Tochtergesellschaft stehen, werden zu dem Zeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, an dem der Konzern den beherrschenden Einfluss verliert.

Im Rahmen eines Beratungs- oder Treuhandverhältnisses gehaltene Vermögenswerte gelten nicht als Vermögenswerte des Konzerns und sind nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen.

Unternehmenszusammenschlüsse und Anteile ohne beherrschenden Einfluss

Zur bilanziellen Erfassung von Unternehmenszusammenschüssen wendet der Konzern die Erwerbsmethode an. Zu dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung über ein erworbene Unternehmen erlangt, werden die Anschaffungskosten der Akquisition zum beizulegenden Zeitwert der übertragenen Gegenleistung bemessen. Hierzu gehören jegliche Zahlungsmittel oder ausgegebene Eigenkapitalanteile, bedingte Gegenleistungen, bereits zuvor am erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteile sowie eingegangene und übernommene Verpflichtungen. Der Betrag, um den die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss des erworbenen Unternehmens den Anteil des Konzerns an dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigt, wird als Geschäfts- oder Firmenwert bilanziert. Sofern die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss unter dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens liegt (negativer Geschäfts- oder Firmenwert), kann ein Gewinn in den Sonstigen Erträgen erfasst werden. Anschaffungsnebenkosten werden als Aufwand der Periode erfasst, in der sie anfallen.

Die Bilanzierung zum Erwerbszeitpunkt kann auf Basis vorläufiger Beträge vorgenommen werden. Die vorläufigen Beträge werden angepasst, wenn der Konzern innerhalb des Bewertungszeitraums von einem Jahr neue Informationen über Fakten und Umstände erhält, die zum Erwerbszeitpunkt bestanden und die die Bewertung der zu diesem Stichtag angesetzten Beträge beeinflusst hätten, wenn sie bekannt gewesen wären. Wenn eine Anpassung innerhalb des Bewertungszeitraums erforderlich ist, passt der Konzern die beizulegenden Zeitwerte der identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden sowie den Geschäfts- oder Firmenwert an, als ob die Bilanzierung des Unternehmenszusammenschlusses zum Erwerbszeitpunkt abgeschlossen worden wäre. Vergleichsinformationen für frühere Perioden, die im Abschluss dargestellt werden, werden entsprechend angepasst, sofern sich der Erwerbszeitpunkt auf vergangene Berichtsperioden bezieht. Anpassungen innerhalb des Bewertungszeitraums können auch Änderungen planmäßiger Abschreibungen, die in vergangenen Perioden erfasst wurden, zur Folge haben.

Bei einem sukzessiven Unternehmenszusammenschluss (sogenannter „schrittweiser Erwerb“) wird der zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteil im Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und ein daraus gegebenenfalls resultierender Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltenen Eigenkapitalanteilen stehen, werden zum Erwerbszeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, wie dies erforderlich wäre, wenn der Konzern die zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltenen Eigenkapitalanteile veräußert hätte.

Anteile ohne beherrschenden Einfluss werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung separat ausgewiesen. Veränderungen in der Beteiligungsquote an Tochterunternehmen ohne Verlust der

Beherrschung werden als Transaktionen zwischen Eigenkapitalgebern behandelt und erfolgsneutral in der Kapitalrücklage erfasst.

Assoziierte Unternehmen und gemeinschaftlich geführte Unternehmen

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Liegen solche Faktoren vor, könnte die Anwendung der Equitymethode auch dann erforderlich sein, wenn die Beteiligung des Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst.

Ein gemeinschaftlich geführtes Unternehmen besteht, wenn der Konzern mit einer Partei oder mehreren Parteien Verträge über Geschäftsaktivitäten geschlossen hat, die durch von ihnen gemeinschaftlich geführte Unternehmen wahrgenommen werden.

Anteile an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nach der Equitymethode bilanziert. Der Anteil des Konzerns an den Ergebnissen assoziierter und gemeinschaftlich geführter Unternehmen wird angepasst, um mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns übereinzustimmen, und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ausgewiesen. Der Anteil des Konzerns an den Gewinnen und Verlusten des assoziierten Unternehmens, die aus konzerninternen Verkäufen resultieren, wird bei der Konsolidierung eliminiert.

Wenn der Konzern zuvor einen Eigenkapitalanteil (zum Beispiel einen zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswert) gehalten hat und nun maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben kann, wird der zuvor gehaltene Eigenkapitalanteil zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und ein daraus gegebenenfalls resultierender Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dem Eigenkapitalanteil stehen, werden zum Erwerbszeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, wie dies erforderlich wäre, wenn der Konzern den zuvor gehaltenen Eigenkapitalanteil veräußert hätte.

Nach der Equitymethode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt (inklusive direkt zurechenbarer Transaktionskosten, die beim Erwerb des assoziierten Unternehmens entstehen) und nachfolgend um den Anteil des Konzerns an dem nach der Akquisition anfallenden Gewinn (oder Verlust) oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des betreffenden assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens erhöht (oder vermindert). Der Geschäfts- oder Firmenwert, der bei der Akquisition eines assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens entsteht, ist im Buchwert der Beteiligung (abzüglich aufgelaufener Verluste aus Wertminderungen) enthalten. Daher erfolgt keine separate Überprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts auf Wertminderung. Stattdessen wird die Beteiligung insgesamt auf eine etwaige Wertminderung hin überprüft.

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung einer Beteiligung an einem assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmen vorliegen. Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Ein in Vorperioden erfasster Wertminderungsverlust wird nur rückgängig gemacht, wenn sich die bei der Bestimmung des erzielbaren Be-

trags der Beteiligung zugrunde liegenden Annahmen seit der letzten Erfassung eines Wertminderungsverlusts geändert haben. In diesem Fall wird der Bilanzwert der Beteiligung auf ihren höheren erzielbaren Betrag zugeschrieben. Diese Erhöhung stellt eine Wertaufholung des zuvor erfassten Wertminderungsverlusts dar.

Übersteigen die Verluste den Buchwert der jeweiligen Beteiligung, werden sie mit anderen Vermögenswerten des Konzerns, die dem Beteiligungsunternehmen zuzuordnen sind, verrechnet. Falls diese anderen Vermögenswerte vollständig abgeschrieben sind, wird geprüft, ob zusätzlich Verluste auszuweisen sind, weil der Konzern verpflichtet ist, diese auszugleichen.

Wenn der Konzern den maßgeblichen Einfluss auf ein assoziiertes oder gemeinschaftlich geführtes Unternehmen verliert, wird ein Gewinn oder Verlust aus der Veräußerung der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung erfasst, der der Differenz zwischen der Summe aus dem beizulegenden Zeitwert des zurückbehaltenen Investments und den Veräußerungserlösen und dem Buchwert des Investments zu diesem Zeitpunkt entspricht. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dem assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmen stehen, werden in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

Ein zurückbehaltetes Investment wird als Finanzinstrument bilanziert, wie im Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen“ erläutert.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche

Einzelne langfristige nicht-finanzielle Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) sind als zur Veräußerung gehalten einzustufen, wenn sie in ihrem gegenwärtigen Zustand und zu den für sie üblichen Verkaufsbedingungen sofort veräußerbar sind und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist. Damit eine Veräußerung höchstwahrscheinlich ist, muss das zuständige Management einen Plan für den Verkauf beschlossen haben und mit der Suche nach einem Käufer aktiv begonnen haben. Des Weiteren müssen die Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) zu einem Preis angeboten werden, der in einem angemessenen Verhältnis zum gegenwärtig beizulegenden Zeitwert steht, und der Verkauf sollte erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres durchgeführt werden. Langfristige nicht-finanzielle Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen), die die Kriterien für eine Einstufung als zur Veräußerung gehalten erfüllen, sind mit dem niedrigeren Wert von Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen und werden in den Bilanzposten „Sonstige Vermögenswerte“ und gegebenenfalls „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen. Die Einstufung von langfristigen Vermögenswerten (und Veräußerungsgruppen) als zur Veräußerung gehalten führt nicht zu einer Anpassung von Vergleichszahlen. Die Bewertung von Finanzinstrumenten, die Bestandteil einer Veräußerungsgruppe sind, wird nicht angepasst.

Das Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ist separat in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen, wenn ein Unternehmen oder ein Unternehmensbestandteil veräußert wurde oder als zur Veräußerung gehalten eingestuft wurde und (a) einen gesonderten, wesentlichen Geschäftszweig oder geografischen Geschäftsbereich darstellt, (b) Teil eines einzelnen, abgestimmten Plans zur Veräußerung eines gesonderten wesentlichen Geschäftszweigs oder geografischen Geschäftsbereichs ist oder (c) ein ausschließlich mit der Absicht einer Weiterveräußerung erworbenes Tochterunternehmen ist. Das Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen setzt sich zusammen aus dem Vor-Steuer-Ergebnis der aufgegebenen Geschäftsbereiche und darauf entfallenden Steueraufwendungen. Ebenso sind die Netto-Zahlungsströme, die der laufenden Geschäftstätigkeit, der Investitions- und Finanzierungstätigkeit des aufgegebenen Geschäftsbereichs zuzurechnen sind, separat darzustellen. Für aufgegebene Geschäftsbereiche sind die Vergleichszahlen in der Gewinn- und Verlustrechnung und in der Kapitalflussrechnung anzupassen.

Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Eine Reihe von Konzerngesellschaften verwendet eine andere funktionale Währung, die der Währung des wirtschaftlichen Umfelds entspricht, in dem die Gesellschaft tätig ist.

Eine Gesellschaft bilanziert Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung in ihrer jeweiligen funktionalen Währung und legt die am Tag der bilanziellen Erfassung geltenden Wechselkurse zugrunde.

Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Realisierte und unrealisierte Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen, um die Umrechnungsbeträge den erfassten Beträgen aus den zugehörigen währungsspezifischen Transaktionen (Derivate), die diese monetären Vermögenswerte und Verbindlichkeiten absichern, anzugleichen.

Nicht-monetäre Posten, die zu historischen Anschaffungskosten bewertet werden, werden zum historischen Kurs am Tag des Geschäftsvorfalls umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen aus nicht-monetären Posten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden erfolgswirksam erfasst. Umrechnungsdifferenzen aus nicht-monetären Posten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind (Eigenkapitaltitel), werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Bei der Veräußerung eines solchen Vermögenswerts werden die kumulierten Umrechnungsdifferenzen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung übertragen und sind Bestandteil des dort ausgewiesenen Gesamtgewinns oder -verlusts aus der Veräußerung des Vermögenswerts.

Zum Zweck der Umrechnung in die Berichtswährung werden Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie das Eigenkapital von ausländischen Geschäftsbetrieben zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Die Ertrags- und Aufwandsposten werden zu den bei Abschluss der Transaktion geltenden Wechselkursen oder zu Durchschnittskursen, sofern diese annähernd einer Umrechnung zu Transaktionskursen entsprechen, in Euro umgerechnet. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Wechselkursdifferenzen, die den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss bei ausländischen Tochtergesellschaften zuzurechnen sind, werden als Anteile ohne beherrschenden Einfluss ausgewiesen.

Bei Verkauf einer ausländischen Tochtergesellschaft oder eines ausländischen assoziierten Unternehmens, das heißt bei Verlust der Beherrschung oder des maßgeblichen Einflusses über diesen Geschäftsbetrieb, werden die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfassten kumulierten Umrechnungsdifferenzen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Bei der Teilveräußerung einer ausländischen Tochtergesellschaft ohne Verlust der Beherrschung wird der proportionale Anteil der kumulierten Wechselkursdifferenzen aus den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen in Anteile ohne beherrschenden Einfluss umgebucht, da es sich um eine Transaktion zwischen Eigenkapitalgebern handelt. Bei der Teilveräußerung eines assoziierten Unternehmens ohne Verlust des maßgeblichen Einflusses wird der proportionale Anteil der kumulierten Wechselkursdifferenzen aus den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Zinsen, Gebühren und Provisionen

Erträge werden berücksichtigt, wenn die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Aufwendungen verlässlich bestimmbar ist, der wirtschaftliche Nutzen der Transaktion mit großer Wahrscheinlichkeit realisiert wird und der Fertigstellungsgrad der Transaktion verlässlich bestimmt werden kann. Dieses Konzept wird auf die wesentlichen ertragsgenerierenden Konzernaktivitäten wie folgt angewandt:

Zinsüberschuss. Zinsen aus allen verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Effektivzinsmethode ist ein Verfahren zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit, bei dem Zinserträge oder Zinsaufwendungen unter Verwendung der erwarteten zukünftigen Cashflows über den relevanten Zeitraum verteilt werden. Die zur Berechnung des Effektivzinses herangezogenen Cashflows berücksichtigen alle vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vermögenswert

oder der Verbindlichkeit sowie alle Gebühren, die integraler Teil des Effektivzinssatzes sind, die direkten und inkrementellen Transaktionskosten sowie alle sonstigen Agios und Disagios.

Sobald eine Wertminderung für einen Kredit oder ein zur Veräußerung verfügbares festverzinsliches Wertpapier erfasst ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der vertraglichen Bedingungen des Finanzinstruments eingesetzt. Dessen ungeachtet erfolgt die Erfassung von Zinserträgen auf Basis des Zinssatzes, der zur Abzinsung zukünftiger Cashflows für die Ermittlung des Wertminderungsverlusts verwendet wurde. Bei einem Kredit würde der ursprüngliche Effektivzinssatz verwendet. Bei einem zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapier hingegen würde jeweils bei Vorliegen eines Wertminderungsbedarfs ein neuer Effektivzinssatz festgelegt, da die Wertminderung auf Basis des beizulegenden Zeitwerts bemessen wird und somit auf dem aktuellen Marktzinssatz beruht.

Provisionsüberschuss. Die Erfassung von Provisionserträgen richtet sich nach dem Zweck, für den diese erhoben wurden, sowie nach der Bilanzierungsmethode für mögliche zugehörige Finanzinstrumente. In den Fällen, in denen ein zugehöriges Finanzinstrument existiert, werden Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes dieses Finanzinstruments sind, in die Bestimmung des Effektivzinses einbezogen. Sofern jedoch das Finanzinstrument zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird, werden die zugehörigen Provisionen ergebniswirksam zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des Finanzinstruments vereinnahmt, wenn der Bestimmung ihres beizulegenden Zeitwerts keine signifikanten unbeobachtbaren Eingangsparameter zugrunde liegen. Die Vereinnahmung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, erfolgt über die Periode der Leistungserbringung. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung oder einem signifikanten Ereignis verbunden sind, werden vereinnahmt, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde oder das signifikante Ereignis eingetreten ist.

Kreditbereitstellungsgebühren im Zusammenhang mit Zusagen, die nicht als zum beizulegenden Zeitwert bewertet bilanziert werden, werden über die Laufzeit der Zusage im Provisionsüberschuss erfasst, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die zugehörige Kreditvergabe erfolgen wird. Wenn es wahrscheinlich ist, dass der zugesagte Kredit in Anspruch genommen wird, wird die Kreditbereitstellungsgebühr bis zur Gewährung eines Kredits abgegrenzt und als Anpassung des Effektivzinssatzes des Darlehens berücksichtigt.

Leistungsabhängige Provisionen oder Provisionskomponenten werden erfasst, wenn die Leistungskriterien erfüllt sind.

Die folgenden Provisionserträge resultieren primär aus über einen bestimmten Zeitraum erbrachten Dienstleistungen: Investmentfondsmanagement-, Treuhand-, Depot-, Portfolio-, sonstige Verwaltungs- und Beratungsprovisionen sowie kreditbezogene Gebühren und Provisionserträge. Zu den Provisionen, die primär über die Erbringung von transaktionsbezogenen Serviceleistungen erzielt werden, gehören Provisionen aus dem Emissionsgeschäft, dem Corporate Finance- sowie dem Brokeragegeschäft.

Aufwendungen, die im direkten und inkrementellen Zusammenhang mit der Generierung von Provisionseinnahmen stehen, werden netto im Provisionsüberschuss gezeigt.

Vertragsverhältnisse, die Lieferungen mehrerer Dienstleistungen oder Produkte vorsehen. Für Vertragsverhältnisse, bei denen sich der Konzern zur Lieferung mehrerer Produkte, Dienstleistungen oder Rechte an einen Vertragspartner verpflichtet, ist zu untersuchen, ob die insgesamt erhaltene Gebühr für Zwecke der Ertragsrealisierung aufgeteilt und den verschiedenen Komponenten des Vertragsverhältnisses zugeordnet werden sollte. Vom Konzern durchgeführte strukturierte Transaktionen sind die wichtigsten Beispiele für solche Arrangements und werden auf Einzeltransaktionsbasis untersucht. Diese Untersuchung berücksichtigt den Wert der bereits gelieferten Elemente und Leistungen, um sicherzustellen, dass das andauernde Engagement des Konzerns in Bezug auf andere Aspekte des Vertragsverhältnisses nicht wesentlich für die bereits erbrachten Dienstleistungen oder Produkte ist. Es werden außerdem der Wert der noch nicht gelieferten Elemente und, sofern Rückgarantieberechte für die gelieferten Elemente bestehen, die Wahrscheinlichkeit der Erbringung der verbleibenden, noch nicht gelieferten Elemente überprüft. Sofern festgestellt wird, dass es angemessen ist, die Teilelemente als

separate Komponenten zu betrachten, wird die erhaltene Gegenleistung auf Basis der relativen Werte der einzelnen Elemente aufgeteilt.

Liegt für den Wert der gelieferten Elemente kein verlässlicher und objektiver Nachweis vor oder ist ein individuelles Element mit dem beizulegenden Zeitwert anzusetzen, wird der Residualansatz verwendet. Unter dem Residualansatz entspricht der für die gelieferte Leistung zu vereinnahmende Ertrag dem Restbetrag, der verbleibt, nachdem ein angemessener Ertrag allen anderen Komponenten des Gesamtarrangements zugeordnet worden ist.

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern teilt seine finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in die nachstehenden Kategorien ein: zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, Forderungen aus dem Kreditgeschäft, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Der Konzern klassifiziert seine finanziellen Vermögenswerte nicht als „bis zur Endfälligkeit gehalten“. Die angemessene Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes oder der Umwidmung festgelegt.

Finanzinstrumente, die als zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft werden, beziehungsweise finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert werden, werden am Handelstag erfasst. Als Handelstag gilt das Datum, an dem sich der Konzern dazu verpflichtet, die betreffenden Vermögenswerte zu kaufen oder zu verkaufen respektive die finanziellen Verpflichtungen zu begeben oder zurückzuerwerben. Alle anderen Finanzinstrumente gehen am Erfüllungstag zu oder ab.

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Erst erfassung entweder als zu Handelszwecken gehalten oder als zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verpflichtungen dargestellt. Die entsprechenden realisierten und unrealisierten Gewinne/Verluste sind im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthalten. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente werden Zinsen aus verzinslichen Aktiva wie Handelskrediten und festverzinslichen Wertpapieren sowie Dividenden aus Aktien in den Zinsen und ähnlichen Erträgen ausgewiesen.

Handelsaktiva und -passiva. Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung begeben oder erworben oder zum Zweck des kurzfristigen Rückkaufs eingegangen wurden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise hinsichtlich kurzfristiger Gewinnmitnahmen bestehen. Zu den Handelsaktiva gehören Schuldtitle, Aktien, zu Handelszwecken gehaltene Derivate, Rohwaren und Handelskredite. Handelpassiva umfassen hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften und Shortpositionen. Physische Rohstoffe, die vom Warenterminhandels bereich des Konzerns gehalten werden, sind ebenfalls dieser Kategorie zugeordnet und werden zum beizulegenden Zeitwert, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen. Bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die nicht die Definition von Handelsaktiva und -passiva erfüllen, werden nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert. Diese Vermögenswerte und Verpflichtungen müssen eine der folgenden Bedingungen erfüllen: (1) Durch die Klassifizierung werden Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert; (2) eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte und/oder finanzieller Verpflichtungen wird gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen oder (3) das Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat oder mehrere eingebettete Derivate. Letzteres gilt nicht, wenn (a) das eingebettete Derivat keine wesentliche Modifizierung der nach Maßgabe des Vertrags erforderlichen Cashflows bewirkt oder (b) ohne jegliche oder bereits nach ober-

flächlicher Prüfung feststeht, dass eine Trennung verboten ist. Darüber hinaus sieht der Konzern eine Klassifizierung als zum beizulegenden Zeitwert bewertet nur für diejenigen Finanzinstrumente vor, für die der beizulegende Zeitwert verlässlich bestimmbar ist. Zu den finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen, die nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert werden, zählen Repos und Reverse Repos, bestimmte Kredite und Kreditzusagen, Schuldtitle und Aktien sowie Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldverschreibungen.

Kreditzusagen

Bestimmte Kreditzusagen werden nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert. Wie in dem Abschnitt „Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen“ erläutert, sind einige Kreditzusagen als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen zu bilanzieren. Alle anderen Kreditzusagen werden bilanziell nicht erfasst. Daher werden für diese außerbilanziellen Kreditzusagen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts infolge von Änderungen der Zinssätze oder Risikoaufschläge nicht berücksichtigt. Jedoch werden diese außerbilanziellen Kreditzusagen, wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ ausgeführt, individuell und, sofern angemessen, kollektiv auf Wertminderung untersucht.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Kredite umfassen selbst begebene und erworbene nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen. Diese finanziellen Vermögenswerte werden weder an einem aktiven Markt gehandelt noch als zum beizulegenden Zeitwert bewertete oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert. Ein aktiver Markt liegt vor, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Pricingservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Kredite, die nicht im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses oder separat erworben wurden, werden bei der Ersterfassung zum Transaktionspreis ausgewiesen, der dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellten Geldbetrag entspricht. Der Buchwert von Krediten bei Ersterfassung beinhaltet außerdem den Saldo aus direkten und inkrementellen Transaktionskosten und Provisionen. In der Folge werden die Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode, reduziert um Wertminderungen, bewertet.

Kredite, die entweder im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses oder separat erworben wurden, werden zunächst mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt erfasst. Entsprechendes gilt auch für Kredite von erworbenen Unternehmen, bei denen ein Wertminderungsverlust vor dem Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes durch den Konzern entstanden ist. Der beizulegende Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt wird zur neuen Grundlage der fortgeführten Anschaffungskosten und spiegelt die erwarteten Cashflows wider, die die Kreditwürdigkeit dieser Kredite inklusive eingetretener Verluste berücksichtigen. Die Erfassung von Zinsenrträgen erfolgt nach der Effektivzinsmethode. Nach dem Erwerbszeitpunkt beurteilt der Konzern, inwiefern in Übereinstimmung mit den im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ dargelegten Bilanzierungsgrundsätzen objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird eine Wertberichtigung für Kreditausfälle mit entsprechender Gegenbuchung des Verlustbetrags als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Auflösungen der Risikovorsorge für nach dem Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes erfasste Wertberichtigungen sind im Aufwandsposten „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ enthalten. Nachfolgende Verbesserungen der Kreditwürdigkeit für nicht mit einer Risikovorsorge behaftete Kredite über ihren Buchwert zum Erwerbszeitpunkt hinaus werden unmittelbar als Anpassung des aktuellen Buchwerts der Kredite erfasst und der korrespondierende Gewinn wird in den Zinsenrträgen erfasst.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, die weder als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte noch als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert werden, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte eingestuft. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden zunächst mit ihrem beizulegenden Zeitwert zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. Auflösungen von Agios und Disagios werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Zukünftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen – es sei denn, sie sind Gegenstand einer Absicherung des beizulegenden Zeitwerts. In diesem Fall werden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Bei monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Schuldtiteln) werden Änderungen des Buchwerts, die auf Wechselkursänderungen zurückzuführen sind, ergebniswirksam erfasst, während sonstige Änderungen des Buchwerts wie oben beschrieben in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden. Bei nicht-monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Eigenkapitalinstrumenten) beinhaltet die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen berücksichtigte Wertänderung auch den Fremdwährungsbestandteil.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wie im Abschnitt „Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ beschrieben. Realisierte Gewinne und Verluste werden als Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskosten herangezogen. Bislang in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Gewinne und Verluste werden bei Verkauf eines zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

Finanzielle Verpflichtungen

Mit Ausnahme der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen werden finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet.

Finanzielle Verpflichtungen umfassen emittierte langfristige und kurzfristige Schuldtitle, die bei Ersterfassung zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, welcher dem erhaltenen Gegenwert abzüglich der entstandenen Transaktionskosten entspricht. Rückkäufe von am Markt platzierten Schuldtitlen gelten als Tilgung. Bei Rückkäufen entstehende Gewinne oder Verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Ein späterer Verkauf eigener Schuldverschreibungen am Markt wird als Neuplatzierung von Schuldtitlen behandelt.

Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern kann bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva)“ und „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ in die Kategorie „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben und der finanzielle Vermögenswert am Umwidmungsstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllen. Außerdem müssen am Umwidmungsstichtag die Absicht und die Möglichkeit bestehen, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Definition des Kriteriums „auf absehbare Zeit“ lässt sich nicht auf eine allgemeingültige Zeitspanne festlegen, sondern erfordert Beurteilungen seitens des Managements. Zur Beurteilung hat der Konzern die nachfolgenden Mindestanforderungen festgelegt:

- Es darf keine Absicht bestehen, den Vermögenswert innerhalb eines Jahres zu verkaufen oder zu verbrießen, und es darf keine internen oder externen Auflagen geben, die die Halteabsicht einschränken oder einen Verkauf erforderlich machen würden; und

— der Geschäftsplan darf zukünftig nicht darauf ausgerichtet sein, von kurzfristigen Preisveränderungen zu profitieren.

Sind die Voraussetzungen erfüllt, wird auf Basis der individuellen Gegebenheiten die Umwidmung vorgenommen. Die Möglichkeit und die Wahrscheinlichkeit, die Haltestrategie einzuhalten, sind vom Management zu bestätigen.

Zusätzlich zu den obigen Kriterien muss außerdem ein überzeugender Nachweis vorliegen, der bestätigt, dass die erwartete Rückzahlung des Vermögenswerts den geschätzten beizulegenden Zeitwert übersteigt und dass die Renditen aus dem Vermögenswert optimiert werden, indem er auf absehbare Zeit gehalten wird.

Finanzielle Vermögenswerte werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert am Umwidmungstichtag umgebucht. Gewinne oder Verluste, die bereits in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurden, werden nicht rückgängig gemacht. Der beizulegende Zeitwert des Finanzinstruments am Umwidmungstichtag repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments. Die erwarteten Cashflows des Finanzinstruments werden am Umbuchungstichtag geschätzt und diese Schätzungen zur Berechnung der neuen Effektivverzinsung der Instrumente verwendet. Erhöhen sich zu einem späteren Zeitpunkt die erwarteten zukünftigen Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte aufgrund einer Werterholung, wird der Effekt dieser Erhöhung als Anpassung der Effektivverzinsung und nicht als Anpassung des Buchwerts zum Zeitpunkt der Änderung der Schätzung berücksichtigt. Bei einem anschließenden Rückgang der erwarteten zukünftigen Cashflows wird der Vermögenswert auf Vorliegen einer Wertminderung analysiert, wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ erläutert. Jede Änderung des zeitlichen Anfalls der Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte, die nicht als wertgemindert erachtet werden, wird durch Anpassung des Buchwerts erfasst.

Bei Instrumenten, die aus den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, wird der in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste unrealisierte Gewinn oder Verlust anschließend unter Anwendung der Effektivverzinsung des Instruments als Zinsertrag erfasst. Wenn später eine Wertminderung des Instruments vorliegt, wird der an diesem Stichtag in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesene unrealisierte Verlust des Instruments sofort in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Wertberichtigung für Kreditausfälle erfasst.

In den Fällen, in denen Vermögenswerte, die als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert wurden, zurückgezahlt, restrukturiert oder unter Umständen verkauft werden und in denen der dabei erhaltene Betrag unter dem aktuellen Buchwert liegt, wird ein Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung entweder als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft verbucht, wenn eine Wertminderung des Instruments vorliegt, oder in den Sonstigen Erträgen erfasst, wenn keine Wertminderung des Instruments vorliegt.

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts

Der beizulegende Zeitwert ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage der Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Folglich basieren in Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter, wenn möglich, auf beobachtbaren Daten, die von Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet werden. Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen auf Seiten des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt. Weitere Informationen zu den bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts verwendeten wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen und -annahmen sind in

Anhangangabe 02 „Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen“, Abschnitt „Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts – Methoden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts“ enthalten.

Erfassung des „Trade Date Profit“

Soweit für die Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht-beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die Abgrenzung erfolgt auf Basis systematischer Methoden entweder über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen, oder über die Laufzeit der Transaktion (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Konzern wendet diese Abgrenzungsmethode an, weil sie die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des Risikoprofils des Finanzinstruments, wie sie sich aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit des Instruments ergeben, angemessen widerspiegelt. Ein verbleibendes abgegrenztes Day-One-Ergebnis wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen oder der Konzern in ein gegenläufiges Geschäft eintritt, welches das Risiko des Instruments im Wesentlichen eliminiert. In den seltenen Fällen, in denen ein Handelstagverlust entsteht, würde dieser sogleich erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein Verlust eingetreten ist und der Betrag verlässlich geschätzt werden kann. Weitere Informationen zu den bei der Prüfung der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern und bei den Maßnahmen für die Minderung von Risiken angewandten Schätzungen und Beurteilungen sind in Anhangangabe 02 „Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen“, Abschnitt „Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts – Methoden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts“ enthalten.

Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs-, Kredit- und sonstigen Marktpreisrisiken einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen eingesetzt. Alle freistehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Konzernbilanz mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Der Konzern gibt Kreditzusagen, deren resultierende Kreditforderungen zum Verkauf bestimmt sind. Diese Posten werden als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen klassifiziert und die zugehörigen Gewinne und Verluste im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Kreditzusagen, die durch Barausgleich oder durch die Lieferung beziehungsweise Begebung eines anderen Finanzinstruments erfüllt werden können, werden als Derivate klassifiziert. Spezielle vom Konzern für angebotene Investmentfondsprodukte abgegebene Marktwertgarantien werden ebenfalls als Derivate klassifiziert und demzufolge zum beizulegenden Zeitwert angesetzt, wobei Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen berücksichtigt werden.

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht-derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht-derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum beizulegenden Zeitwert bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt und zum beizulegenden Zeitwert erfasst, wobei Wertänderungen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen werden. Der Basisvertrag wird weiterhin in Übereinstimmung mit dem entsprechenden Rechnungslegungsstandard bewertet. Der Buchwert eines eingebetteten Derivats wird in der Bilanz zusammen mit dem Basisvertrag ausgewiesen. Einzelne hybride Instrumente wurden unter Anwendung der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsbeziehungen unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Absicherung von Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder bilanzunwirksamen verbindlichen Zusagen („Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts“), (2) Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus hochwahrscheinlichen geplanten Transaktionen wie auch variabel verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten („Absicherung von Zahlungsströmen“) sowie (3) Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Absicherungen einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“).

Wird die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften angewandt, designiert und dokumentiert der Konzern die Beziehung zwischen dem Sicherungsinstrument und dem gesicherten Geschäft sowie Risikomanagementziel und -strategie, die der Sicherungsbeziehung zugrunde liegen, und auch die Art des abgesicherten Risikos. Teil dieser Dokumentation ist eine Beschreibung, wie der Konzern die Wirksamkeit des Sicherungsinstruments hinsichtlich der Kompensation von Risiken aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des abgesicherten Grundgeschäfts oder aus Cashflows bestimmt, die dem abgesicherten Risiko zurechenbar sind. Die Effektivität wird für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit bestimmt. Selbst bei übereinstimmenden Vertragsbedingungen zwischen dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft wird die Effektivität des Sicherungsgeschäfts immer berechnet.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als Sonstige Aktiva beziehungsweise Sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat später nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen.

Bei Absicherung des beizulegenden Zeitwerts werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäfts beziehungsweise eines Teils davon zusammen mit der gesamten Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsderivats in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts durch Anwendung der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften werden in den Sonstigen Erträgen erfasst. Wird das Fremdwährungsrisiko eines als zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts abgesichert, wird die aus Währungskursschwankungen resultierende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Wertpapiers ebenfalls in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Ineffektivität des Sicherungsgeschäfts wird in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts aus dem Sicherungsinstrument und dem abgesicherten Grundgeschäft, welche auf die dem abgesicherten Risiko/den abgesicherten Risiken zugrunde liegenden Veränderungen der Marktwerte oder -preise zurückzuführen sind.

Wird eine Beziehung zur Absicherung von Änderungen des beizulegenden Zeitwerts vor Fälligkeit des Instruments beendet, weil das zugrunde liegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, werden die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltenen zinsbezogenen Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten von Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts beziehungsweise bei Veräußerung oder anderweitiger Ausbuchung der durch eine Absicherung des beizulegenden Zeitwerts gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts bei der Ermittlung des bei Ausbuchung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

Bei der Absicherung von Schwankungen der zukünftigen Cashflows ändern sich die Bewertungsregeln für das Grundgeschäft nicht. Das Sicherungsderivat wird mit seinem beizulegenden Zeitwert angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge werden in den Perioden in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, in denen auch die geplante Transaktion ergebniswirksam erfasst wird. Daher werden die Beträge für die Sicherung des Zinsrisikos zum gleichen Zeit-

punkt wie die Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst.

Die Ineffektivität des Sicherungsgeschäfts wird in den Sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich aus den Veränderungen des Unterschiedsbetrags zwischen den kumulierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des eingesetzten Sicherungsderivats und denen eines hypothetisch perfekten Sicherungsgeschäfts.

Bei der Beendigung von Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf Zinsrisiken zurückzuführen sind, werden die in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesenen Beträge über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen abgegrenzt. Wird der Eintritt des abgesicherten Geschäfts allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge sofort in die Sonstigen Erträge umgebucht. Werden Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf andere Arten von Risiken zurückzuführen sind, vorzeitig beendet, werden die in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Wird der Eintritt der geplanten Transaktion allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei der Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionalen Währung in die funktionale Währung der Muttergesellschaft („Absicherungen einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“) wird die auf Änderungen des Devisenkassakurses beruhende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem das Sicherungsgeschäft effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Änderung des beizulegenden Zeitwerts wird in die Sonstigen Erträge eingestellt.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsinstruments, bezogen auf den effektiven Teil des Sicherungsgeschäfts, werden bei Verkauf der ausländischen Geschäftsbetriebe erfolgswirksam erfasst.

Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte vorliegen. Ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“),
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Betrags vorgenommen werden kann.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Der Konzern beurteilt zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite) einschließlich aufgelaufener Zinsen und dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses oder – im Fall einer Umklassifizierung – des am Umbuchungsstichtag festgelegten Effektivzinses des Kredits ermittelt. In die Cashflows einzubeziehen sind auch solche, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert der Kredite wird mittels einer Wertberichtigung reduziert. Der Verlustbetrag wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erhebliche Zweifel daran bestehen, dass die dort ansässigen Kreditnehmer aufgrund der wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Bonitätseinstufungen für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem der Konzern Geschäfte tätigt, erhoben und überwacht werden. Der zweite Bestandteil stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der die auf Portfolioebene für kleinere homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmalen zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe von Krediten wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis von historischen Erfahrungswerten ermittelt. Die dritte Komponente beinhaltet eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste, die weder auf individueller Ebene identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden. Kredite, die bei individueller Beurteilung nicht als wertgemindert gelten, sind ebenfalls in dieser Komponente der Wertberichtigung enthalten.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettoarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertberichtigten Kredite werden zu jedem Bilanzstichtag auf Veränderungen des Barwerts der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass keine realistische Aussicht auf eine Rückzahlung der Forderung besteht, und die Sicherheiten verwertet oder auf den Konzern übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben. Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind und für die eine Wertberichtigung für Kreditausfälle gebildet wurde, werden mindestens vierteljährlich auf Einzelfallbasis bewertet. Für diese Kreditkategorie ist die Anzahl der Tage, die ein Kredit überfällig ist, ein Indikator für eine Abschreibung, aber nicht der bestimmende Faktor. Eine Abschreibung wird nur dann vorgenommen, wenn alle relevanten Informationen berücksichtigt wurden, wie zum Beispiel der Eintritt einer wesentlichen Änderung der Finanzlage des Kreditnehmers derart, dass dieser nicht länger seinen Verpflichtungen nachkommen kann oder dass die Erlöse aus den Sicherheiten nicht ausreichend sind, den aktuellen Buchwert des Kredits abzudecken.

Für kollektiv ermittelte Kredite, die überwiegend aus Immobilienfinanzierungen und Konsumentenfinanzierungen bestehen, hängt der Zeitpunkt der Abschreibung davon ab, ob Sicherheiten zur Verfügung stehen und wie der Konzern den einbringlichen Betrag einschätzt. Bei Immobilienfinanzierungen wird ein unbesicherter Betrag spätestens nach 840 Tagen Überfälligkeit abgeschrieben. Im Rahmen von Konsumentenfinanzierungen wird

bei Kreditkarten jeder Betrag der Inanspruchnahme abgeschrieben, für den eine Rückführung nicht innerhalb von 180 Tagen erwartet wird. Dieser Zeitraum beträgt 270 Tage für sonstige Konsumentenfinanzierungen.

Zahlungseingänge aus abgeschriebenen Forderungen werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen aus dem Kreditgeschäft verwendet wird. Wertminderungsverluste werden in der Konzernbilanz als Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft unter den Rückstellungen und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Verringert sich die Höhe einer früher erfassten Wertberichtigung in einer der folgenden Berichtsperioden und ist diese Verringerung auf einen nach der Erfassung der Wertminderung aufgetretenen Sachverhalt zurückzuführen, wird die Wertberichtigung durch eine Reduzierung des Wertberichtigungskontos rückgängig gemacht. Eine solche Wertaufholung wird ergebniswirksam erfasst.

Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beurteilt das Management zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines einzelnen Vermögenswerts vorliegen.

Für Eigenkapitaltitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des beizulegenden Zeitwerts der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitle, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

Wenn ein Wertminderungshinweis vorliegt, so sind sämtliche Beträge, die zuvor in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst wurden, in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Berichtsperiode umzugliedern und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu erfassen. Der aus den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen umzugliedernde Betrag entspricht der Differenz zwischen den Anschaffungskosten (gekürzt um Tilgungen und Amortisationen) und dem aktuellen beizulegenden Zeitwert abzüglich zuvor ergebniswirksam erfasster Wertminderungsverluste dieses Vermögenswerts.

Nachfolgende Rückgänge des beizulegenden Zeitwerts eines wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren Schuldtitle werden erfolgswirksam erfasst, da sie als weitere Wertminderung angesehen werden. Nachfolgende Erhöhungen des beizulegenden Zeitwerts werden ebenfalls erfolgswirksam erfasst, bis der Vermögenswert nicht länger als wertgemindert angesehen wird. Ein zur Veräußerung verfübarer Schuldtitle wird nicht länger als wertgemindert eingestuft, wenn sein beizulegender Zeitwert sich mindestens bis zur Höhe der ohne Berücksichtigung einer Wertminderung bestehenden fortgeführten Anschaffungskosten erholt hat. Nachfolgende Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst.

Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Eigenkapitalinstrumenten werden nicht ergebniswirksam rückgängig gemacht; Erhöhungen des beizulegenden Zeitwerts nach einer Wertminderung werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts wird in Betracht gezogen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschten oder der Konzern diese übertra-

gen oder bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten.

Der Konzern bucht einen übertragenen Vermögenswert aus, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Beispielsweise schließt er beim Verkauf eines Vermögenswerts an einen Dritten ein korrespondierendes Total-Return-Swap-Geschäft mit demselben Kontrahenten ab. Diese Art von Transaktionen wird als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, bucht der Konzern den übertragenen Vermögenswert aus, wenn die Verfügungsmacht, das heißt die Fähigkeit, den Vermögenswert zu verkaufen, über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Bleibt die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert erhalten, weist der Konzern den Vermögenswert entsprechend dem Umfang des fortgeföhrten Engagements weiterhin aus. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Die Ausbuchungskriterien werden, sofern angebracht, auch angewandt, wenn ein Teil eines Vermögenswerts anstelle des gesamten Vermögenswerts oder eine Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit übertragen werden. Wird ein Teil eines Vermögenswerts übertragen, muss es sich dabei um einen spezifisch identifizierten Cashflow, einen exakt proportionalen Anteil des Vermögenswerts oder einen exakt proportionalen Anteil eines spezifisch identifizierten Cashflows handeln.

Wenn ein bestehender finanzieller Vermögenswert durch einen anderen Vermögenswert mit demselben Kontrahenten zu wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen des Vermögenswerts wesentlich geändert werden, dann wird der bestehende finanzielle Vermögenswert ausgebucht und ein neuer Vermögenswert eingebucht. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Verbriefungstransaktionen

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch den Verkauf an eine Zweckgesellschaft, die zur Finanzierung des Erwerbs Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die Klassifizierung und Bewertung von zu verbrieften finanziellen Vermögenswerten folgt den im Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen“ beschriebenen Rechnungslegungsgrundsätzen. Die übertragenen Vermögenswerte können bei Anwendung der entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätze vollständig oder teilweise für eine Ausbuchung qualifizieren. Synthetische Verbriefungsstrukturen beinhalten üblicherweise derivative Finanzinstrumente, für die die oben genannten Grundsätze für die Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen zur Anwendung kommen würden. Übertragungen, die nicht die Ausbuchungskriterien erfüllen, können als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert werden oder führen zur Bilanzierung von Verbindlichkeiten im Rahmen eines fortgeföhrten Engagements. Investoren und Verbriefungsgesellschaften haben grundsätzlich keinen Rückgriff auf die sonstigen Vermögenswerte des Konzerns, wenn die Emittenten der finanziellen Vermögenswerte nicht in der Lage sind, ihre Verpflichtungen gemäß den ursprünglichen Bedingungen für diese Vermögenswerte zu erfüllen.

Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden („zurückbehaltene Rechte“). Soweit die vom Konzern zurückbehaltenen Rechte weder zu einer Konsolidierung der betreffenden Zweckgesellschaft noch zu einer Bilanzierung der transferierten Vermögenswerte führen, werden die Ansprü-

che in der Regel als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte erfasst und zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. In Übereinstimmung mit der Bewertung für gleichartige Finanzinstrumente wird der beizulegenden Zeitwert der zurückbehaltenen Tranchen oder finanziellen Vermögenswerte beim erstmaligen Ansatz und in der Folge unter Verwendung von Marktpreisen, sofern verfügbar, oder internen Bewertungsmodellen, die Variablen wie Zinsstrukturkurven, vorzeitige Tilgungen, Ausfallraten, Größe der Verluste, Zinsschwankungen und -spannen zugrunde legen, ermittelt. Die für das Bewertungsmodell herangezogenen Annahmen basieren auf beobachtbaren Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und werden anhand externer Quellen verifiziert, soweit diese vorhanden sind. Wenn beobachtbare Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und andere externe Quellen nicht vorhanden sind, sind bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts Einschätzungen durch das Management erforderlich, wie im Abschnitt „Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts“ beschrieben. In Einzelfällen kann es vorkommen, dass der Konzern auch Vermögenswerte verbrieft, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert sind.

Wenn der Konzern eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, finanzielle Unterstützung an eine nicht konsolidierte Zweckgesellschaft zu geben, bildet er dann eine Rückstellung, wenn die Verpflichtung verlässlich geschätzt werden kann und es wahrscheinlich ist, dass ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung notwendig sein wird.

Wird ein Vermögenswert ausgebucht, so wird ein Gewinn oder Verlust in Höhe der Differenz zwischen dem erhaltenen Gegenwert und dem Buchwert des übertragenen Vermögenswerts gebucht. Wenn nur Teile von Vermögenswerten ausgebucht werden, hängen die Gewinne oder Verluste der Verbriefungstransaktionen teilweise von dem Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte ab, wobei eine Allokation zwischen den ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten und den zurückbehaltenen Rechten auf der Grundlage ihres relativen beizulegenden Zeitwerts am Stichtag der Übertragung erfolgt.

Ausbuchung von finanziellen Verpflichtungen

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung beglichen oder aufgehoben wird, sowie bei Fälligkeit. Falls eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird ein solcher Austausch oder eine solche Modifikation als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden als besicherte Finanzierungen behandelt und zum beizulegenden Zeitwert in Höhe der gezahlten oder erhaltenen Barmittel ange setzt. Die Partei, welche die Barmittel zur Verfügung stellt, nimmt die Wertpapiere in Verwahrung, die als Sicherheit für die Finanzierung dienen und deren Marktwert dem verliehenen Betrag entspricht oder diesen übersteigt. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Reverse Repos erhaltenen Wertpapiere werden nicht in der Konzernbilanz erfasst, sofern die Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an den Wertpapieren verbunden sind, nicht erlangt wurden. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferten Wertpapiere werden nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht, sofern die entsprechenden Risiken und Chancen nicht übertragen wurden. Im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferte Wertpapiere, die nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht werden und bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

Für bestimmte Portfolios von Repos und Reverse Repos, die auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an.

Der Konzern verrechnet Reverse Repos und Repos, die mit demselben Kontrahenten abgeschlossen wurden, dieselbe Fälligkeit und Währung aufweisen und mit der gleichen Sammelverwahrungsstelle (Central Securities Depository) bestehen, wenn eine Saldierung rechtlich durchsetzbar ist.

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Wertpapierleihe

Tritt der Konzern als Entleiher von Wertpapieren auf, so ist gegenüber dem Verleiher in der Regel eine Barsicherheit zu hinterlegen. Ist der Konzern Verleiher von Wertpapieren, erhält er üblicherweise entweder Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entsprechen oder diesen übersteigen. Der Konzern überwacht die Entwicklung des beizulegenden Zeitwerts entliehener und verliehener Wertpapiere und fordert beziehungsweise leistet, soweit erforderlich, zusätzliche Sicherheiten.

Die gezahlten oder empfangenen Barmittel werden in der Konzernbilanz als entliehene beziehungsweise verliehene Wertpapiere ausgewiesen.

Die entliehenen Wertpapiere selbst werden nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen. Sofern sie an Dritte verkauft werden, wird die Rückgabeverpflichtung in den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen erfasst und anschließende Gewinne oder Verluste werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere werden weiterhin in der Bilanz des Verleiher ausgewiesen.

Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen erfasst. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere, die nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht werden und bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

Aufrechnung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Konzernbilanz mit dem Nettowert ausgewiesen, wenn und nur wenn eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Konzern rechtlich durchsetzbar und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis. Wenn finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz netto dargestellt werden, werden die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls aufgerechnet, es sei denn, eine Aufrechnung ist explizit durch einen anwendbaren Rechnungslegungsstandard untersagt.

Sachanlagen

Zu den Sachanlagen gehören selbst genutzte Immobilien, Einbauten in gemietete Räume, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software (nur Betriebssysteme). Selbst genutzte Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis zehn Jahre (einschließlich anfänglicher Verbesserungen an erworbenen Gebäuden). Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren Zeitraum von Mietdauer und erwarteter betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis zehn Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu jedem Quartalsabschluss auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Eine Wertminderung wird in Höhe des Betrags ausgewiesen, um den der erzielbare Betrag, das heißt der jeweils höhere Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzuglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert, den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden

angepasst, um den geänderten Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend zu reflektieren. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Im Rahmen eines Finanzierungsleasings geleaste Anlagen werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Der Konzern wendet für die Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien grundsätzlich das Anschaffungskostenmodell an und der Buchwert ist in der Konzernbilanz unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen. Emittiert der Konzern Verbindlichkeiten, welche durch als Finanzinvestition gehaltene Immobilien unterlegt sind und eine direkt an den beizulegenden Zeitwert oder die Rendite dieser Immobilien gekoppelte Rendite vorsehen, erfolgt eine Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zum beizulegenden Zeitwert. Der Konzern beauftragt, sofern angebracht, externe Immobilienexperten zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien mittels anerkannter Bewertungstechniken.

Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Geschäfts- oder Firmenwert entsteht bei der Akquisition von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und stellt den Betrag dar, um den die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss des erworbenen Unternehmens den Anteil des Konzerns an dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigt.

Für die Ermittlung des Geschäfts- oder Firmenwerts werden die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten sowie der Eventualverbindlichkeiten auf Basis von am Markt beobachtbaren Preisen bestimmt oder als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Abzinsung erfolgt entweder mit Marktzinsen oder beruht auf risikofreien Zinssätzen und risikoadjustierten erwarteten zukünftigen Cashflows. Im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses können die Anteile ohne beherrschenden Einfluss entweder zum beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt oder zum beizulegenden Zeitwert des anteiligen identifizierbaren Reinvermögens des erworbenen Unternehmens bewertet werden.

Der Geschäfts- oder Firmenwert aus der Akquisition von Tochtergesellschaften wird aktiviert und jährlich auf seine Werthaltigkeit hin überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert des Geschäfts- oder Firmenwerts vermindert haben könnte. Bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Geschäfts- oder Firmenwert wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesen, das heißt den kleinsten identifizierbaren Gruppen von Vermögenswerten, die Mittelzuflüsse erzeugen, welche größtenteils unabhängig von den Mittelzuflüssen aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind, und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der der Geschäfts- oder Firmenwert für interne Managementzwecke überwacht wird, ebenfalls berücksichtigt wird. Bei der Identifizierung, ob ein Vermögenswert (oder eine Gruppe von Vermögenswerten) größtenteils unabhängige Mittelzuflüsse von anderen Vermögenswerten (oder Gruppen von Vermögenswerten) erzeugt, werden verschiedene Faktoren berücksichtigt einschließlich der Frage, wie das Management die Unternehmensaktivitäten steuert oder wie das Management Entscheidungen über die Fortsetzung oder den Abgang der Vermögenswerte beziehungsweise die Einstellung von Unternehmenstätigkeiten trifft. Wenn ein Geschäfts- oder Firmenwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, ist der mit diesem veräußerten Geschäftsbereich verbundene Geschäfts- oder Firmenwert bei der Ermittlung des Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung im Buchwert des Geschäftsbereichs enthalten.

Bestimmte nicht integrierte Investments sind den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente nicht zugeordnet. Der resultierende Geschäfts- oder Firmenwert wird einzeln auf der Ebene dieser nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht.

Der Geschäfts- oder Firmenwert aus der Akquisition von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen wird nicht separat ausgewiesen. Er ist stattdessen im Buchwert der Beteiligung enthalten und dieser wird quartalsweise auf seine Werthaltigkeit überprüft. Sofern ein Anhaltspunkt vorliegt, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte, erfolgt die Überprüfung häufiger.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Geschäfts- oder Firmenwert getrennt ausgewiesen, wenn sie separierbar sind oder auf vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Ansprüchen beruhen und ihr beizulegenden Zeitwert zuverlässig ermittelt werden kann. Immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Nutzungsdauer werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertberichtigungen angesetzt. Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Nutzungsdauer werden auf Basis ihrer erwarteten Nutzungsdauer linear über Zeiträume von einem Jahr bis zu 25 Jahren amortisiert. Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden zu Anschaffungskosten bilanziert und proportional über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus den Verträgen anfallen, amortisiert. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei auch die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer bestätigt wird.

Bestimmte immaterielle Vermögenswerte haben eine unbestimmte Nutzungsdauer. Sie werden nicht abgeschrieben, sondern mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass eine Wertminderung vorliegen könnte.

Aufwendungen für zur eigenen Nutzung erworbene oder selbst erstellte Software werden aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass der Konzern daraus wirtschaftliche Vorteile ziehen kann, und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Aktivierte Aufwendungen werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts, die entweder einen Zeitraum von drei, fünf oder zehn Jahren umfasst, abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Forschung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Aktivierte Kosten für Software werden entweder jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, solange die Software noch in Entwicklung ist, oder wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert der Software vermindert haben könnte, sobald sie genutzt wird.

Bei einem Erwerb von Versicherungsgeschäft wird der Betrag des Kaufpreises, der den Anteil des Erwerbers am Nettowert der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten übersteigt, als immaterieller Vermögenswert bilanziert. Dieser immaterielle Vermögenswert repräsentiert den die zum Erwerbszeitpunkt bilanzierte Verbindlichkeit übersteigenden Barwert der zukünftigen Cashflows. Dieser Betrag wird als Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts bezeichnet.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird abgeschrieben. Die Wahl der verwendeten Abschreibungsrate berücksichtigt die Besonderheiten des erworbenen Versicherungsgeschäfts sowie den erwarteten Wertverzehr. Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird regelmäßig auf Wertminderungen untersucht, die als Aufwand in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden.

Finanzgarantien

Finanzgarantien sind vertragliche Vereinbarungen, die den Garantiegeber dazu verpflichten, bestimmte Zahlungen zu leisten, um den Garantenehmer für einen Verlust zu entschädigen, der dadurch entsteht, dass ein bestimmter Schuldner unter den Bedingungen eines Schuldtitels fällige Zahlungen nicht leistet.

Für bestimmte geschriebene Finanzgarantien, die auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an. Nicht zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Finanzgarantien werden beim bilanziellen Erstansatz mit ihrem beizulegenden Zeitwert bei Garantiebegebung ausgewiesen. Danach werden die Verbindlichkeiten aus diesen Garantien zum jeweils höheren Wert aus dem ursprünglich

angesetzten Wert abzüglich der kumulativen Amortisierung sowie dem bestmöglichen Schätzwert der zur Be- gleichung der finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlichen finanziellen Aufwendungen bilan- zierte. Bei der Festlegung dieser Schätzwerte werden Erfahrungen mit vergleichbaren Transaktionen und Zeitreihen von Verlusten der Vergangenheit sowie die diesbezüglichen Entscheidungen des Managements zugrunde gelegt.

Jede Erhöhung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Garantien wird in der Konzern-Gewinn- und Ver- lustrechnung in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Leasinggeschäfte

Der Konzern schließt als Leasingnehmer Leasingverträge – vor allem über Gebäude – ab. Basierend auf einer Analyse der Konditionen dieser Verträge werden die Leasingverhältnisse aufgrund ihres wirtschaftlichen Gehalts entweder als Operating Leases oder Finanzierungsleasingverhältnisse klassifiziert.

Vermögenswerte, die im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses gehalten werden, werden anfangs mit einem Betrag, der dem beizulegenden Zeitwert des gemieteten Sachanlagegegenstands oder, sofern ge- ringer, dem Barwert der Mindestleasingzahlungen entspricht, erfasst. Die korrespondierende Verbindlichkeit wird bilanziell als Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasingverhältnissen erfasst. Bei der Berechnung des Bar- werts der Mindestleasingzahlungen wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz als Abzin- sungssatz verwendet, sofern er in praktikabler Weise ermittelt werden kann. Andernfalls wird der Grenzfremd- kapitalzinssatz verwendet. Bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen sie anfallen.

Bei Sachanlagen, die Gegenstand von Operating Leases sind, werden Mietaufwendungen linear über die Mietdauer erfasst. Die Mietdauer beginnt, sobald der Leasingnehmer die physische Nutzung des Leasing- gegenstands kontrolliert. Mietvergünstigungen werden als Minderung der Mietaufwendungen behandelt und ebenfalls linear über die Mietdauer erfasst. Im Rahmen von Operating Leases anfallende bedingte Mietzah- lungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen sie anfallen.

Sale-and-Leaseback-Transaktionen

Sofern eine Sale-and-Leaseback-Transaktion zu einem Finanzierungsleasingverhältnis führt, wird jeglicher Überschuss des Verkaufserlöses über den Bilanzwert des Vermögensgegenstands durch den Verkäufer nicht sofort als Ertrag erfasst, sondern abgegrenzt und über die Dauer des Leasingvertrags erfasst.

Bei Sale-and-Leaseback-Transaktionen, die einen Operating Lease begründen, hängt der Zeitpunkt der Realisierung des Verkaufsgewinns oder -verlusts vom Verhältnis des Verkaufspreises zum beizulegenden Zeitwert ab. Entspricht der Verkaufspreis eindeutig dem beizulegenden Zeitwert, wird der Gewinn oder Verlust (Unterschiedsbetrag aus Verkaufspreis und Bilanzwert) unmittelbar erfasst. Liegt der Verkaufspreis hingegen unter dem beizulegenden Zeitwert, so wird ein Gewinn unmittelbar erfasst, während ein Verlust nur dann unmittelbar zu erfassen ist, wenn er nicht durch zukünftige unter dem Marktpreis liegende Mietzahlungen ausgeglichen wird. Andernfalls ist der Verlust abzugrenzen und im Verhältnis zu den Mietzahlungen über die voraussichtli- che Nutzungsdauer des Vermögenswerts ergebniswirksam zu verteilen. Übersteigt der Verkaufspreis den bei- zulegenden Zeitwert, wird der den beizulegenden Zeitwert übersteigende Betrag abgegrenzt und ergebnis- wirksam über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögensgegenstands verteilt.

Mitarbeitervergütungen

Pensionszusagen

Der Konzern bietet eine Reihe von Pensionszusagen an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne behandelt werden. Das Vermögen sämtlicher bei- tragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters als Aufwand erfasst.

Um den Barwert der Pensionsverpflichtung und den damit verbundenen Dienstzeitaufwand zu ermitteln, werden sämtliche leistungsdefinierten Pensionspläne nach der Methode der laufenden Einmalprämien („Projected Unit Credit Method“) bewertet. Die Bewertung im Rahmen dieses Verfahrens beruht auf versicherungsmathematischen Berechnungen, in die Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehaltssteigerungen sowie Zinssätze und Inflationsraten einfließen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst und in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung ausgewiesen. Die Mehrheit der leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns ist unternehmensextern finanziert („funded“).

Sonstige Versorgungszusagen

Darüber hinaus unterhält der Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen. Analog zu den leistungsdefinierten Pensionszusagen werden diese Pläne gemäß der Methodik der laufenden Einmalprämien bewertet. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst und in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung ausgewiesen.

Weitere Informationen zu den Pensions- und sonstigen Versorgungszusagen sind in Anhangangabe 34 „Leistungen an Arbeitnehmer“ enthalten.

Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses fallen an, wenn der Konzern beschlossen hat, das Arbeitsverhältnis eines oder mehrerer Mitarbeiter vor dem Zeitpunkt der regulären Pensionierung zu beenden, oder ein Arbeitnehmer im Austausch für diese Leistungen freiwillig das Angebot annimmt, vorzeitig auszuscheiden. Solche Leistungen sind dann als Schuld und im Aufwand zu erfassen, wenn der Konzern einen detaillierten formalen Plan besitzt und keine realistische Möglichkeit hat, sich der Verpflichtung zu entziehen. Im Falle eines freiwilligen vorzeitigen Ausscheidens werden die Leistungen auf Basis der Anzahl von Mitarbeitern, die das Angebot voraussichtlich annehmen werden, bewertet. Leistungen, die mehr als 12 Monate nach dem Abschlussstichtag fällig sind, werden zu ihrem Barwert angesetzt. Der Zinssatz wird auf Basis der Rendite hochwertiger Unternehmensanleihen abgeleitet.

Aktienbasierte Vergütungen

Personalaufwand für als Eigenkapitalinstrumente klassifizierte Vergütungen wird auf Basis des beizulegenden Zeitwerts der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der beizulegende Zeitwert dem Börsenkurs der zugrunde liegenden Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an den Mitarbeiter weitergereicht werden, und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Wenn eine Vergütung so modifiziert wird, dass ihr beizulegenden Zeitwert unmittelbar nach der Modifizierung ihren beizulegenden Zeitwert direkt vor der Modifizierung übersteigt, wird eine Neubewertung vorgenommen und der daraus resultierende Anstieg des beizulegenden Zeitwerts als zusätzlicher Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gegenbuchung zum ausgewiesenen Personalaufwand erfolgt in der Kapitalrücklage. Der Personalaufwand wird linear über den Zeitraum erfasst, in welchem der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, erfolgt die Verteilung über die Laufzeit der jeweiligen Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig angepasst und berücksichtigen sowohl tatsächlich verfallene Ansprüche als auch sich verändernde Erwartungen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substanzelle Dienstzeitregelung vorsehen, werden nicht über den Zeitraum vom Tag der Gewährung bis zur Unverfallbarkeit erfasst, sondern über den kürzeren Zeitraum, bis der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, werden zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet und über die Anwartschaftsfrist erfasst, in der der Mitarbeiter einen unverfallbaren Anspruch auf die Vergütung erwirbt. Die Verpflichtungen werden bis zur Zahlung in den Sonstigen Passiva ausgewiesen.

Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien

Terminkäufe sowie geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern die Erfüllung durch die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln erfolgen muss. Die Verpflichtung wird bei Entstehung mit dem Barwert des Erfüllungsbetrags des Termingeschäfts oder der Option angesetzt. Für Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen auf Aktien der Deutschen Bank erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals, die innerhalb des Eigenkapitalpostens Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen wird.

Die Verbindlichkeiten werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung („Accrual Basis“) angesetzt und die abzugrenzenden Zinsen, die Zeitwert und Dividenden beinhalten, werden als Zinsaufwendungen erfasst. Mit Erfüllung der Terminkäufe und geschriebenen Verkaufsoptionen erlischt die Verbindlichkeit, während die Verringerung des Eigenkapitals bestehen bleibt, aber eine Reklassifizierung von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien zu den Eigenen Aktien im Bestand erfolgt.

Stammaktien der Deutschen Bank, die entsprechenden Termingeschäften unterliegen, gelten nicht als ausstehende Aktien für die Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie, sind aber bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses zu berücksichtigen, sofern sie de facto einen verwässernden Effekt haben.

Kauf- und Verkaufsoptionen, denen Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden dann nicht als Derivate klassifiziert, wenn die Erfüllung durch die Lieferung einer festgelegten Anzahl von Aktien erfolgen muss. Diese Geschäfte werden vielmehr als Transaktionen mit Eigenkapitalinstrumenten des Konzerns erfasst. Alle anderen derivativen Kontrakte, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zugrunde liegen, werden als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen ausgewiesen.

Ertragsteuern

Im Konzernabschluss werden laufende und latente Steuern auf Grundlage der Steuergesetze der jeweils betroffenen Steuerjurisdiktionen berücksichtigt. Laufende und latente Steuern werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst, soweit sie Geschäftsvorfälle betreffen, die direkt den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen belastet oder gutgeschrieben werden.

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvortäge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Aktive und passive latente Steuern werden mit den Steuersätzen bewertet, die voraussichtlich in der Berichtsperiode gelten, in der der entsprechende Vermögenswert realisiert oder die entsprechende Schuld erfüllt wird. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der am Bilanzstichtag gültigen oder in Kürze geltenden Steuersätze beziehungsweise Steuergesetze.

Laufende Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten werden saldiert, wenn (1) sie dieselbe steuerpflichtige Einheit oder Steuergruppe betreffen, (2) ein einklagbares Recht zur Aufrechnung gegenüber der Steuerbehörde besteht und (3) ein Ausgleich auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn ein einklagbares Recht zur Aufrechnung von laufenden Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten besteht und wenn es sich bei den aktiven und passiven latenten Steuern um Ertragsteuern handelt, die von derselben Steuerbehörde gegenüber derselben steuerpflichtigen Einheit oder Steuergruppe erhoben werden.

Latente Steuerverbindlichkeiten werden für zu versteuernde temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen gebildet, es sei denn, der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenz wird durch den Konzern gesteuert und es ist wahrscheinlich, dass sich die Differenz nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht. Latente Steuerforderungen auf steuerlich abzugsfähige temporäre Differenzen in Verbindung mit solchen Investitionen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die Differenzen in absehbarer Zukunft ausgleichen werden und zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, mit dem diese steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, Absicherung von Zahlungsströmen und anderen Positionen, die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden, werden ebenfalls direkt in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bilanziert und erst dann in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der zugrunde liegende Gewinn oder Verlust, auf den sich die latente Steuer bezieht, realisiert wird.

Aktienbasierte Vergütungen können steuerlich abzugsfähig sein. Der steuerlich abzugsfähige Betrag kann dabei von dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand abweichen. Zu jedem Bilanzstichtag ist auf Basis des aktuellen Aktienkurses der steuerlich abzugsfähige Betrag zu schätzen. Übersteigt der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, ist der auf diesen Unterschied entfallende Steuervorteil direkt im Eigenkapital zu erfassen. Unterschreitet der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der entsprechende Steuernachteil als Steueraufwand in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung des Berichtszeitraums erfasst.

Die Anlagerenditen im Lebensversicherungsgeschäft des Konzerns in Großbritannien (Abbey Life Assurance Company Limited) unterliegen neben der regulären Körperschaftsteuer einer zusätzlichen Ertragsteuer für Versicherungsnehmer („Policyholder Tax“). Obwohl diese Steuer aus ökonomischer Sicht eine Ertragsteuer zulasten oder zugunsten des Versicherungsnehmers darstellt, ist sie im Ertragsteueraufwand des Konzerns enthalten und reduziert beziehungsweise erhöht die ausgewiesenen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.

Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aufgrund früherer Ereignisse gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, es wahrscheinlich ist, dass Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung abfließen werden, und sich die Höhe der Verpflichtung verlässlich schätzen lässt.

Die Höhe der Rückstellung entspricht der bestmöglichen Schätzung des Betrags, der notwendig wäre, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu begleichen. Bei der Bestimmung werden die Risiken und Unsicherheiten in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt.

Bei einer wesentlichen Auswirkung des Zinseffekts werden Rückstellungen diskontiert und zum Barwert der zur Begleichung der Verpflichtung erwarteten Ausgaben angesetzt. Dabei wird ein Abzinsungssatz vor Steuern verwendet, der die aktuellen Markteinschätzungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die für die Verpflichtung spezifischen Risiken widerspiegelt. Der mit dem Zeitablauf verbundene Anstieg der Rückstellungen wird als Zinsaufwand erfasst.

Sofern erwartet wird, dass die zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtung erforderlichen Ausgaben ganz oder teilweise von einer dritten Partei erstattet werden (zum Beispiel, weil für die Verpflichtung ein Versiche-

rungsvertrag besteht), wird ein Vermögenswert dann erfasst, wenn es so gut wie sicher ist, dass eine Erstattung gezahlt werden wird.

Konzern-Kapitalflussrechnung

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie Sichteinlagen bei Banken.

Der Konzern ordnet Cashflows den Kategorien operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit auf Basis des Geschäftsmodells zu („Managementansatz“). Die operative Tätigkeit des Konzerns besteht vor allem darin, finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu managen. So gehören beispielsweise die Begebung und das Management langfristiger Schuldtitle zum Kern der operativen Geschäftstätigkeiten, während sie bei Nichtfinanzunternehmen nicht den wesentlichen ertragswirksamen Tätigkeiten, sondern den Finanzierungstätigkeiten zuzurechnen sind.

Der Konzern ordnet die Emission vorrangiger langfristiger Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit zu. Vorrangige Verbindlichkeiten beinhalten strukturierte Schuldverschreibungen und Asset Backed Securities, die seitens Corporate Banking & Securities (CB&S) konzipiert und umgesetzt werden und insofern Bestandteil der ertragswirksamen Tätigkeiten sind. Ebenfalls enthalten sind seitens Treasury begebene Schuldtitle, die auch durch andere Finanzierungsquellen ersetzt werden können und deren Finanzierungskosten auf die jeweiligen Geschäftsfelder verrechnet werden, um deren Ertragskraft zu bestimmen.

Cashflows aus nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten unterscheiden sich von den Cashflows aus vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, da sie als Bestandteil des Kapitals gesteuert werden, insbesondere um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können. Demzufolge lassen sie sich nicht durch andere operative Verbindlichkeiten, sondern nur durch Eigenkapital ersetzen und werden daher den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Die in der Konzern-Kapitalflussrechnung gezeigten Beträge stimmen nur bedingt mit den von einer Berichtsperiode zur nächsten zu beobachtenden Bilanzveränderungen überein, da sie nicht zahlungswirksame Sachverhalte wie etwa Wechselkursänderungen oder Veränderungen des Konsolidierungskreises nicht berücksichtigen.

Bewegungen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Bilanzposten sind auf Veränderungen zurückzuführen, die den Buchwert beeinflussen, das heißt sowohl auf Marktbewegungen als auch Einzahlungen und Auszahlungen. Bewegungen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Bilanzposten werden grundsätzlich den Cashflows aus operativer Tätigkeit zugeordnet.

Versicherungsgeschäft

Der Konzern schließt zwei Arten von Verträgen ab:

Versicherungsverträge. Dabei handelt es sich um Renten- und Universal-Life-Versicherungsverträge, bei denen der Konzern von einer anderen Partei (dem Versicherungsnehmer) ein signifikantes Versicherungsrisiko übernimmt, indem er vereinbart, dem Versicherungsnehmer eine Entschädigung zu leisten, wenn ein spezifiziertes ungewisses zukünftiges Ereignis den Versicherungsnehmer nachteilig betrifft. Die Verträge qualifizieren so lange als Versicherungsverträge, bis alle Ansprüche und Verpflichtungen erfüllt oder erloschen sind. Im Einklang mit IFRS hat der Konzern seine Rechnungslegungsgrundsätze beibehalten, die für die Bilanzierung von Versicherungsgeschäften vor der Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS (US GAAP) angewandt wurden. Diese Rechnungslegungsgrundsätze werden nachfolgend weiter beschrieben.

Nicht überschussberechtigte Investmentverträge („Investmentverträge“). Diese Verträge beinhalten weder ein signifikantes Versicherungsrisiko noch eine ermessensabhängige Überschussbeteiligung. Derartige Verträge werden als zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten bilanziert und ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die zur Deckung der Ansprüche aus Versicherungsverträgen gehalten werden, sind als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert, wohingegen solche für andere Versicherungs- und Investmentverträge gehaltene finanzielle Vermögenswerte unter Nutzung der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte ausgewiesen werden.

Versicherungsverträge

Beiträge für Versicherungsverträge in Form von Einmalprämien werden bei Erhalt als Erträge erfasst. Der Zeitpunkt der Ertragserfassung entspricht dem Tag, ab dem der Versicherungsschutz besteht. Bei Verträgen mit laufender Beitragszahlung werden die Erträge bei Fälligkeit der Zahlung berücksichtigt. Beiträge werden vor Abzug von Gebühren ausgewiesen. Wenn Versicherungsverträge aufgrund nicht erbrachter Beiträge storniert werden, werden die bis zum Zeitpunkt der Vertragsaufhebung abgegrenzten Beitragsforderungen ebenso wie die entsprechenden Erträge und die damit verbundenen Aufwendungen storniert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft werden erfasst, wenn sie angefallen sind, und beinhalten sowohl die Entschädigungszahlungen des laufenden Geschäftsjahres als auch die den Versicherungsnehmern im Vorgriff auf die endgültige Feststellung zugeordnete Überschussbeteiligung.

Die Deckungsrückstellung für Universal-Life-Versicherungsverträge ergibt sich als Saldo aus eingenommenen Beiträgen und den Versicherungsnehmern gutgeschriebenen Anlageerträgen abzüglich der Aufwendungen für Sterbefälle und sonstiger Aufwendungen. Für sonstige fondsgebundene Versicherungsverträge entspricht die Deckungsrückstellung dem beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte.

Im Fall von Rentenversicherungsverträgen wird die Rückstellung dergestalt berechnet, dass für die derzeit aktiven Verträge die zukünftigen Zahlungen geschätzt und unter Berücksichtigung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit auf den Bilanzstichtag abgezinst werden. Die Annahmen werden bei Vertragsabschluss unter Berücksichtigung einer angemessenen Sicherheitsmarge („Provisions for Adverse Deviations“) festgelegt. Der so ermittelte Rückstellungsbetrag wird mit dem Wert verglichen, der sich ergibt, wenn man aktuelle Annahmen einschließlich des Effektivzinses der zugrunde liegenden Vermögenswerte zugrunde legt. Ergäbe sich aufgrund dieses Vergleichs ein höherer Wert, wäre der Rückstellungsbetrag entsprechend anzupassen.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet auch Rückstellungen für bestimmte im Zusammenhang mit fondsgebundenen Rentenversicherungsprodukten des Konzerns stehende Optionen. Diese Rückstellungen werden auf Basis der vertraglichen Verpflichtungen unter Zugrundelegung versicherungsmathematischer Annahmen ermittelt.

Die Angemessenheit der bilanzierten Versicherungsrückstellungen wird unter Berücksichtigung der erwarteten Schadensfälle, Kosten, verdienten Beiträge und anteiligen Kapitalanlageerträge ermittelt. Für langfristige Ver-

träge ist dann eine Drohverlustrückstellung zu bilden, wenn die tatsächlichen Erfahrungen hinsichtlich Rendite der Investments, Sterblichkeit, Invalidität, Stornierungen sowie Aufwand darauf hinweisen, dass die bereits bilanzierten Rückstellungen zuzüglich des Barwerts der zukünftigen Beiträge nicht ausreichen werden, um den Barwert zukünftiger Leistungen sowie die aktivierten Abschlusskosten zu decken.

Die dem Kauf von zusätzlichem Versicherungs- und Investmentgeschäft direkt zuordenbaren Kosten werden abgegrenzt, wenn erwartet wird, dass sie aus zukünftigen Margen in den Erträgen aus diesen Verträgen erzielbar sind. Diese Kosten werden über einen Zeitraum systematisch abgegrenzt, der nicht länger ist als die Zeitdauer, innerhalb deren man erwartet, sie aus zukünftigen Margen erzielen zu können.

Investmentverträge

Sämtliche seitens des Konzerns abgeschlossenen Investmentverträge sind fondsgebunden. Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge werden ermittelt, indem zum Bilanzstichtag die Preise für die Fondsanteile mit der Anzahl der den Versicherungsnehmern zuzurechnenden Fondsanteile multipliziert werden.

Der Ausweis der Verbindlichkeiten erfolgt zum beizulegenden Zeitwert unter den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen. Im Rahmen von Investmentverträgen erhaltene Einlagen führen zu einer Anpassung der Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge. Die auf die Verträge entfallenden Anlageerträge werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Forderungen aus Investmentverträgen spiegeln einen etwaigen Überschuss ausgezahlter Beträge über die bilanzierten Verbindlichkeiten wider. Den Versicherungsnehmern von Investmentverträgen werden Gebühren für die Verwaltung der Versicherungspolicen und der Kapitalanlagen sowie für Rückkäufe und sonstige Vertragsleistungen in Rechnung gestellt.

Die finanziellen Vermögenswerte für Investmentverträge werden zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und die damit verbundenen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden ebenso wie die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der entsprechenden Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Rückversicherungsgeschäft

Sowohl die im Rahmen der Rückversicherung abgegebenen Beiträge als auch die in diesem Zusammenhang empfangenen Eingänge für erbrachte Versicherungsleistungen werden von den Beiträgen respektive Aufwendungen im Versicherungsgeschäft abgezogen. Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rückversicherungsverträgen werden brutto ausgewiesen, wenn sie wesentlich sind. An Rückversicherer abgetretene Teile der Versicherungsrückstellungen werden konsistent mit dem rückversicherten Risiko geschätzt. Ebenso werden die im Zusammenhang mit Rückversicherungsvereinbarungen stehenden Erträge und Aufwendungen im Einklang mit dem zugrunde liegenden Risiko des rückversicherten Geschäfts erfasst.

Alle neuen wesentlichen Rückversicherungsgeschäfte müssen vom jeweiligen lokalen Vorstand genehmigt werden. Nach Geschäftsabschluss unterliegen sie einer regelmäßigen Kreditrisikobeurteilung. Diese umfasst eine Beurteilung des gesamten Engagements und der Kredit- und Sicherheitenstellung. Wertminderungen werden in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsgrundsätzen für „Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte“ bestimmt.

02 – Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen

Die Anwendung einiger der in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ beschriebenen Rechnungslegungsgrundsätze setzt wesentliche Einschätzungen voraus, die auf komplexen und subjektiven Beurteilungen sowie Annahmen beruhen und die sich auf Fragestellungen beziehen können, die Unsicherheiten aufweisen und für Änderungen anfällig sind. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und sich erheblich auf die Finanzlage sowie ihre Veränderung auswirken beziehungsweise das Geschäftsergebnis beeinflussen. Als wesentliche Einschätzungen gelten auch solche, die das Management in

der aktuellen Berichtsperiode bei sachgerechter Ermessensausübung anders treffen können. Der Konzern hat die nachstehend aufgeführten Rechnungslegungsgrundsätze, deren Anwendung in erheblichem Umfang auf Einschätzungen basiert, als wesentlich identifiziert.

Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts

Der beizulegende Zeitwert ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für welche Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialisten-teams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzung durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Die Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extra- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen bestimmt, wie historische Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen. Dazu werden angemessene Anpassungen vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen beizulegenden Zeitwerten für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den beizulegenden Zeitwert am besten widerspiegelt. Ferner können bestimmte Wertanpassungen Einschätzungen des Managements erfordern, um die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sicherzustellen.

Methoden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts

Ein wesentlicher Prozentsatz der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen basiert auf beobachtbaren Preisen oder Parametern beziehungsweise wird aus ihnen abgeleitet. Die Verfügbarkeit von beobachtbaren Preisen oder Parametern variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. So sind beispielsweise beobachtbare Preise oder Parameter in der Regel für liquide Wertpapiere, börsengehandelte Derivate, außerbörsliche Derivate, die an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf notierte Wertpapiere oder Indizes verfügbar. Sind beobachtbare Preise oder Parameter verfügbar, werden sie für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts genutzt, ohne dass Einschätzungen in großem Umfang erforderlich wären. Hierzu gehören Instrumente, für die der beizulegende Zeitwert mittels branchenüblicher Bewertungsmodelle ermittelt wird, deren Parameter direkt beobachtbar sind. Dies trifft auf viele generische Swap- und Optionskontrakte zu.

In anderen Märkten oder für bestimmte Finanzinstrumente stehen keine beobachtbaren Preise oder Parameter zur Verfügung, weswegen der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. Zu diesen Instrumenten gehören unter anderem Handelskredite

und sonstige Kredite oder Kreditzusagen, die nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert werden, neue, komplexe und langfristige außerbörsliche Derivate, Transaktionen in wenig entwickelten oder limitierten Märkten, notleidende Schuldtitle und Kredite, Private Equity-Wertpapiere und zurückbehaltene Rechte an verbrieften finanziellen Vermögenswerten. Die Anwendung von Bewertungsmodellen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts erfordert Einschätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements, deren Umfang von der Komplexität und Liquidität des Markts abhängt. Die Bewertungsmethoden umfassen zum Branchenstandard gehörende Modelle, die auf der Analyse abgezinster zukünftiger Cashflows beruhen, welche wiederum von geschätzten zukünftigen Cashflows sowie dem angewandten Diskontierungszinssatz abhängen. Bewertungsmodelle für komplexere Produkte beinhalten komplexere Modellierungstechniken, Parameter und Annahmen wie Volatilität, Korrelationen, vorzeitige Tilgung sowie Ausfallraten und die Höhe der Verluste. Die Auswahl und Anwendung der angemessenen Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken erfordern eine Beurteilung durch das Management. Das Ziel der Anwendung einer Bewertungsmethode ist es, den Preis festzulegen, zu dem ein Marktteilnehmer zum jetzigen Zeitpunkt ein Geschäft abschließen würde. Daher umfassen die Bewertungsmethoden sämtliche Faktoren, die nach Überzeugung des Konzerns bei der Festsetzung des Transaktionspreises von den Marktteilnehmern in Erwägung gezogen würden.

Wertanpassungen sind ein weiterer integraler Bestandteil des Prozesses zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts, bei dem Einschätzungen getroffen werden müssen. Für angemessene Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Bewertungsanpassungen der Spanne zwischen Ausgabe- und Rücknahmekurs, Liquidität und Kreditrisiko (sowohl mit dem Vertragskontrahenten verbundene Kreditrisiken von finanziellen Vermögenswerten als auch ihr Kreditrisiko im Zusammenhang mit zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten) berücksichtigen.

Soweit für die am Handelstag angewandten Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt gemäß IFRS die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die Entscheidung, inwieweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen in den Bewertungstechniken enthalten sind, erfordert eine Beurteilung durch das Management. Die Entscheidung über die anschließende Erfassung des zuvor abgegrenzten Gewinns wird nach sorgfältiger Prüfung der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten und Umstände getroffen, die die Beobachtbarkeit von Parametern und/oder Maßnahmen für die Minderung von Risiken unterstützen.

Der Konzern hat interne Kontrollverfahren für den Bewertungsprozess eingeführt, um die Angemessenheit der angewandten beizulegenden Zeitwerte sicherzustellen. Basiert der beizulegende Zeitwert auf Bewertungsmodellen, werden die Modellannahmen und -techniken von einem Spezialistenteam unabhängig geprüft. Die Preis- und Parameterangaben, Annahmen und Wertanpassungen unterliegen Verifizierungs- und Überprüfungsprozessen. Soweit die Preis- und Parameterangaben beobachtbar sind, werden sie anhand unabhängiger Quellen verifiziert.

Fehlen beobachtbare Preis- und Parameterangaben beziehungsweise Annahmen, wird die Angemessenheit des beizulegenden Zeitwerts anhand von zusätzlichen Verfahren überprüft. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle, die Prüfung der Bewertungsergebnisse mittels geeigneter vergleichbarer Instrumente, die Anwendung von Sensitivitätsanalysen und Extrapolationsverfahren sowie die Berücksichtigung sonstiger Richtgrößen. Durch eine Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle unter Zuhilfenahme von Markttransaktionen wird eingeschätzt, ob die Bewertungsmodelle eine Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts ermöglichen, die den Marktmechanismen entspricht. Diese Verfahren unterliegen der Beurteilung durch das Management.

Andere Bewertungskontrollen beinhalten die Prüfung und Analyse der auf täglicher Basis erzielten Gewinne und Verluste, die Validierung von Bewertungen durch Close-out-Gewinne und -Verluste sowie Value-at-Risk Backtesting.

Anhangangaben zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts

Nach den IFRS müssen die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen, unterteilt nach der für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts verwendeten Bewertungsmethode, offen gelegt werden. Insbesondere ist zwischen solchen zu unterscheiden, die anhand von notierten Preisen in einem aktiven Markt (Level 1), von Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Parametern basieren (Level 2), sowie von Bewertungsmethoden, die signifikante nicht beobachtbare Parameter verwenden (Level 3), bestimmt werden. Diese Angaben finden sich in Anhangangabe 15 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“. Für die Bestimmung der Kategorie, der bestimmte Finanzinstrumente zuzuordnen sind, ist eine Beurteilung seitens des Managements erforderlich. Eine Beurteilung wird insbesondere dann vorgenommen, wenn die Bewertung durch eine Reihe von Parametern bestimmt wird, von denen einige beobachtbar und andere nicht beobachtbar sind. Ferner kann sich die Klassifizierung eines Finanzinstruments im Laufe der Zeit ändern, um Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz zu reflektieren.

Zusätzlich zu den Angaben zur Fair-Value-Hierarchie in Anhangangabe 15 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ stellt der Konzern eine Sensitivitätsanalyse bereit, die die Auswirkung der Verwendung angemessener möglicher Alternativen für die nicht beobachtbaren Parameter auf die in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Finanzinstrumente darstellt. Bei der Bestimmung der angemessenen möglichen Alternativen sind signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich.

Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, veröffentlicht der Konzern den beizulegenden Zeitwert. Diese Angaben finden sich in Anhangangabe 16 „Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden“. Grundsätzlich besteht bei diesen Instrumenten eine geringe oder keine Handelsaktivität, weshalb bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich sind.

Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten

Die finanziellen Vermögenswerte des Konzerns werden in die nachstehenden Kategorien eingeteilt: zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte oder Forderungen aus dem Kreditgeschäft. Die sachgerechte Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes festgelegt. Darüber hinaus ist es gemäß den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“, die im Oktober 2008 seitens des IASB verabschiedet und von der EU in europäisches Recht übernommen wurden, erlaubt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva) und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Kategorie Forderungen aus dem Kreditgeschäft umzugliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben und der finanzielle Vermögenswert muss am Umwidmungstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllen. Außerdem müssen am Umwidmungstichtag die Absicht und die Möglichkeit bestehen, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten. Es ist nicht möglich, den finanziellen Vermögenswert zu einem späteren Zeitpunkt in die Handelsaktiva oder in die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte zurückzuklassifizieren. Weitere Informationen zu den vom Konzern umgewidmeten Vermögenswerten sind in Anhangangabe 14 „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten““ enthalten.

Um die Vermögenswerte, die unter die Änderungen fallen und bei denen die erwartete Rückzahlung deren geschätzten beizulegenden Zeitwert übersteigt, zu identifizieren, sind wesentliche Einschätzungen seitens des Managements sowie das Treffen von Annahmen erforderlich. Das Gleiche gilt, um den beizulegenden Zeitwert der identifizierten Vermögenswerte am Umwidmungstichtag zu bestimmen (wie im Abschnitt „Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts“ beschrieben). Dieser beizulegende Zeitwert repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments als Forderung aus dem Kreditgeschäft. In beiden Bereichen können die Anforderungen an das Management in einem hoch volatilen und unsicheren wirtschaftlichen und finanziellen Marktumfeld besonders anspruchsvoll sein, wie es im dritten und vierten Quartal des Geschäftsjahres 2008 der Fall war. Festzustellen, ob das Kriterium „Absicht, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten“ erfüllt ist,

erfordert ebenfalls wesentliche Beurteilungen durch das Management. Für die Änderung der Zweckbestimmung reicht es nicht aus, dass keine attraktiven Preise vorliegen. Ebenso ist der Terminus „auf absehbare Zeit“ nicht als der Zeitraum definiert, bis zu dem wieder attraktive Preise vorliegen. Die vom Konzern festgelegten Mindestanforderungen zur Beurteilung, ob das Kriterium „Absicht, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten“ erfüllt ist, sind in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“, Abschnitt „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ enthalten.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Die bei der Ermittlung der Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft angewandten Rechnungslegungseinschätzungen und -beurteilungen werden für die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities und Private & Business Clients als wesentlich erachtet, da sich die zugrunde liegenden Annahmen sowohl der einzeln als auch der kollektiv ermittelten Wertberichtigungen von Zeit zu Zeit ändern und das Geschäftsergebnis des Konzerns maßgeblich beeinflussen können.

Die Beurteilung, ob eine Wertminderung vorliegt, erfordert Einschätzungen durch das Management. Dies gilt insbesondere bei Vorliegen ökonomischer und finanzieller Unsicherheit wie zum Beispiel während der jüngsten Finanzkrise. In solchen Fällen verändern und entwickeln sich die erwarteten Cashflows schneller und sind weniger vorhersagbar.

Die Bestimmung der notwendigen Wertberichtigungen für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, erfordert oftmals erhebliche Einschätzungen durch das Management hinsichtlich verschiedener Einflussfaktoren wie zum Beispiel lokale wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die finanzielle Performance des Kontrahenten sowie der Wert gehaltener Sicherheiten, für die es keinen leicht zugänglichen Markt gibt. In bestimmten Fällen, etwa bei bestimmten Leveraged Loans, wird zur Beurteilung der Wertminderung der Unternehmenswert des Kreditnehmers ermittelt. Dies erfordert erhebliche Einschätzungen durch das Management in Hinblick auf den Verkaufszeitpunkt und den Marktwert des kreditnehmenden Unternehmens. Der tatsächliche Betrag der zukünftigen Cashflows sowie deren zeitlicher Anfall können von den vom Management verwendeten Schätzungen abweichen und folglich dazu führen, dass die tatsächlichen Verluste von den berichteten Wertminderungen abweichen.

Die Wertberichtigung für Portfolios kleinerer homogener Kredite wie beispielsweise Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft sowie für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, wird auf kollektiver Basis ermittelt. Die kollektiv ermittelte Wertberichtigung wird auf Portfolioebene mithilfe von statistischen Modellen ermittelt, in die zahlreiche Einschätzungen und Beurteilungen einfließen. Der Konzern überprüft die Modelle und deren zugrunde liegende Daten und Annahmen in regelmäßigen Zeitabständen. Diese Überprüfung berücksichtigt unter anderem die Ausfallwahrscheinlichkeit, erwartete Rückflüsse von Verlusten sowie Beurteilungen hinsichtlich der Fähigkeit ausländischer Kreditnehmer zum Transfer von Fremdwährung zur Erfüllung ihrer Rückzahlungsverpflichtungen. Eine weitergehende Erläuterung der zur Bestimmung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft angewandten Methoden ist in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ enthalten. Quantitative Informationen zu Wertminderungen von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft sind in den Anhangangaben 19 „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ und 20 „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ enthalten.

Wertminderungen sonstiger finanzieller Vermögenswerte

Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden quartalsweise auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert dieser Vermögenswerte vermindert haben könnte. Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung einer Beteiligung an einem assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmen vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Für Eigenkapitaltitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder

dauerhafter Rückgang des beizulegenden Zeitwerts der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Hierzu können bestimmte Bedingungen in einer Branche oder einer geografischen Region beziehungsweise bestimmte Informationen zur Finanzlage des Unternehmens wie zum Beispiel eine Herabstufung der Bonität gehören. Für Schuldtitle, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt. Wenn Informationen erst nach Abschluss der Überprüfung des Konzerns verfügbar werden, können zukünftig Abschreibungen für Wertminderungen erforderlich sein. Da sich die Einschätzungen von Wertminderungen im Zeitablauf in Abhängigkeit von zukünftigen Ereignissen ändern können, werden diese als wesentlich erachtet. Weitere Informationen über zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind in Anhangangabe 08 „Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ und über nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen in Anhangangabe 18 „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“ enthalten.

Wertminderungen nicht-finanzieller Vermögenswerte

Nicht-finanzielle Vermögenswerte werden im Allgemeinen zu jedem Quartalsabschluss auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Unabhängig davon, ob irgendein Anhaltspunkt für eine Wertminderung vorliegt, werden Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer mindestens einmal jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen wie etwa eine Verschlechterung des Wirtschaftsklimas darauf hindeuten, dass bei den Vermögenswerten eine Wertminderung vorliegen könnte. Wertminderungen werden erfolgswirksam erfasst, wenn der Konzern der Ansicht ist, dass die Buchwerte dieser Vermögenswerte möglicherweise nicht mehr einbringlich sind. Zu jedem Bilanzstichtag prüft der Konzern, ob es Hinweise auf Wertaufholungen in Bezug auf zuvor vorgenommene Wertminderungen gibt. Bei Vorliegen solcher Hinweise und nachfolgender Erhöhung des erzielbaren Betrags wird die Wertaufholung von einer zuvor vorgenommenen Wertminderung (außer auf den Geschäfts- oder Firmenwert) umgehend erfolgswirksam erfasst.

Die Bestimmung des erzielbaren Betrags im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung erfordert Schätzungen auf Basis von Börsenkursen, Preisen vergleichbarer Geschäfte, Barwert- oder sonstigen Bewertungsverfahren oder einer Kombination hieraus, die Einschätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements erforderlich machen. Da durch Änderungen in den zugrunde liegenden Bedingungen und Annahmen erhebliche Unterschiede zu den bilanzierten Werten auftreten können, werden derartige Einschätzungen als wesentlich erachtet.

Quantitative Informationen zu Wertminderungen von nicht-finanziellen Vermögenswerten sind in der Anhangangabe 25 „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“ enthalten.

Latente Steuerforderungen

Das Management verwendet für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen historische Erkenntnisse zu Steuerkapazität beziehungsweise Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Prüfung der zulässigen Übertragsperioden steuerlicher Verlustvorträge und Gutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen. In jedem Quartal werden die Einschätzungen hinsichtlich der latenten Steuerforderungen einschließlich der Annahmen des Konzerns über die zukünftige Ertragskraft einer Neubewertung unterzogen.

Der Konzern erachtet die im Rahmen der vorzunehmenden Bewertung latenter Steuerforderungen getroffenen Beurteilungen als wesentliche Einschätzungen des Managements, da sich die zugrunde liegenden Annahmen in jeder Berichtsperiode ändern können. Zum Beispiel könnten Steuergesetzänderungen oder Abweichungen der erwarteten künftigen Ergebnisse der Geschäftstätigkeit eine Veränderung der latenten Steuerforderungen bewirken. Falls aktive latente Steuern nicht oder nur zum Teil realisierbar sind, wird eine Wertberichtigung der aktiven latenten Steuern zulasten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode vorgenommen, in der eine solche Feststellung getroffen wird. Falls der Konzern in der Zukunft bisher nicht angesetzte

latente Steuerforderungen aktiviert, wird die Anpassung der aktiven latenten Steuern zugunsten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode ausgewiesen, in der diese Feststellung getroffen wird.

Weitere Informationen zu den latenten Steuerforderungen finden sich in Anhangangabe 35 „Ertragsteuern“. Diese beinhaltet auch quantitative Angaben zum Wert angesetzter latenter Steuerforderungen.

Ungewisse Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie ungewisse Steuerpositionen

Der Konzern übt seine Geschäftsaktivitäten in zahlreichen unterschiedlichen rechtlichen, aufsichtsrechtlichen und steuerlichen Umgebungen aus. Dementsprechend können sich hieraus rechtliche Ansprüche, aufsichtsbehördliche Verfahren oder ungewisse Steuerpositionen ergeben.

Die Verwendung von Schätzwerten ist bei der Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für potenzielle Verluste aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren und ungewissen Steuerpositionen wichtig. Der Konzern bemisst diese potenziellen Verluste, soweit sie wahrscheinlich und schätzbar sind, nach Maßgabe von IAS 37, „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets“ oder IAS 12, „Income Taxes“. Die Bezifferung von Rückstellungen erfordert Einschätzungen in großem Umfang. Die endgültigen Verbindlichkeiten können hiervon letztlich erheblich abweichen.

Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen der Deutschen Bank und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten des Konzerns zu prognostizieren ist naturgemäß schwierig, insbesondere in Fällen, in denen die Anspruchsteller erhebliche oder unbezifferte Schadensersatzansprüche geltend machen. Für weitere Informationen zu Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren siehe Anhangangabe 29 „Rückstellungen“.

03 – Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses in 2012 zur Anwendung kamen.

IFRS 7

Im Oktober 2010 veröffentlichte das IASB Änderungen zu IFRS 7, „Disclosures – Transfers of Financial Assets“. Die neuen Regelungen beinhalten zusätzliche Offenlegungspflichten bei Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten (zum Beispiel Verbrieftungen) einschließlich möglicher Effekte aus jeglichen Risiken, die bei der übertragenden Gesellschaft verbleiben. Zudem wird die Offenlegung zusätzlicher Informationen verlangt, falls ein unverhältnismäßig großer Teil von Übertragungen zum Ende einer Berichtsperiode erfolgt. Die Änderungen traten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2011 beginnen. Die Anwendung dieser Änderungen für das Geschäftsjahr 2012 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften waren zum 31. Dezember 2012 noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung.

IAS 1

Im Juni 2011 veröffentlichte das IASB Änderungen zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements“. Die Änderungen sehen vor, dass die Posten in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen danach gruppiert werden sollen, ob diese Posten zukünftig noch einmal in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können oder nicht. Zudem wurde bestätigt, dass es weiterhin zulässig sein wird, die Bestandteile der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen und der Gewinn- und Verlustrechnung in einer einzelnen oder in zwei separaten Aufstellungen darzustellen. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2012 beginnen. Die EU hat den neuen Standard in europäisches Recht übernommen. Die Umsetzung der geänderten Vorschriften wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen im Konzernabschluss haben.

IFRS 10, IFRS 11, IFRS 12, IAS 27 und IAS 28

Im Mai 2011 veröffentlichte das IASB IFRS 10, „Consolidated Financial Statements“, IFRS 11, „Joint Arrangements“, IFRS 12, „Disclosure of Interests in Other Entities“, eine überarbeitete Fassung von IAS 27, „Separate Financial Statements“, sowie eine überarbeitete Fassung von IAS 28, „Investment in Associates and Joint Ventures“, die aufgrund der Veröffentlichung von IFRS 10 und IFRS 11 entsprechend angepasst wurden. Im Juni 2012 veröffentlichte das IASB Änderungen zu den Übergangsvorschriften für IFRS 10-12, die Erleichterungen hinsichtlich aller anzupassenden Vergleichsperioden mit Ausnahme des Vorjahres vorsehen. Zusätzlich müssen nach IFRS 12 keine Vorjahresanhangangaben für nicht konsolidierte strukturierte Einheiten offengelegt werden.

IFRS 10 ersetzt IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“, und SIC-12, „Consolidation – Special Purpose Entities“, und schafft eine einheitliche Definition für den Begriff der Beherrschung, die auf alle Unternehmen inklusive der zuvor unter SIC-12 analysierten Zweckgesellschaften anzuwenden ist. Ein Investor beherrscht eine Beteiligung, wenn er die relevanten Tätigkeiten bestimmt, variablen Rückflüssen aus der Verbindung mit der Beteiligung ausgesetzt ist und die Möglichkeit hat, diese Rückflüsse durch seine Beherrschungsmöglichkeit an der Beteiligung zu beeinflussen. Die Beherrschung ist auf der Grundlage aller gegenwärtigen Tatsachen und Umstände festzustellen und bei Änderungen der Gegebenheiten zu überprüfen.

IFRS 11 ersetzt IAS 31, „Interests in Joint Ventures“, und SIC-13, „Jointly-controlled Entities – Non-monetary Contributions by Venturers“. IFRS 11 unterscheidet nunmehr zwei Arten gemeinschaftlicher Vereinbarungen: gemeinschaftliche Tätigkeiten und Gemeinschaftsunternehmen, und stellt für die Abgrenzung zwischen den beiden Arten auf die Rechte und Pflichten der Vereinbarung ab. Das bisherige Wahlrecht der Quotenkonsolidierung bei Gemeinschaftsunternehmen, das vom Konzern nicht angewandt wird, wurde abgeschafft und die Anwendung der Equitymethode verpflichtend vorgeschrieben.

IFRS 12 verlangt von einem Unternehmen, Angaben zur Art, zu verbundenen Risiken und zu den finanziellen Auswirkungen von Anteilen an Tochter-, assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlichen Vereinbarungen sowie zu nicht konsolidierten strukturierten Einheiten offenzulegen. IFRS 12 verlangt im Vergleich zu IAS 27 oder SIC-12 umfassendere Anhangangaben.

Alle Standards treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig, wenn alle Standards zusammen vorzeitig angewandt werden. Unternehmen können jedoch einzelne verpflichtende Anhangangaben bereits vorzeitig in ihrem Konzernabschluss offenlegen, ohne IFRS 12 in seiner Gesamtheit vorzeitig anzuwenden. Gemäß der Entscheidung der EU zur Übernahme der Standards in europäisches Recht sind Unternehmen verpflichtet, die Standards spätestens für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, anzuwenden. Der Konzern wird die Standards im Geschäftsjahr 2013 erstmalig anwenden. Die Übergangsvorschriften für IFRS 10-12 sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Die Umsetzung von IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

IAS 19

Im Juni 2011 veröffentlichte das IASB Änderungen zu IAS 19, „Employee Benefits“ („IAS 19 R“), die für Geschäftsjahre in Kraft treten, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. IAS 19 R führt einen Nettozinsansatz ein, nach dem zu Beginn der Berichtsperiode eine Nettozinskomponente zu ermitteln ist, die sich durch Multiplikation der in der Bilanz erfassten leistungsorientierter Nettopenionsverpflichtung (Nettovermögenswert) mit dem Diskontierungszinssatz ergibt, der der Bewertung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtung zugrunde liegt. Erwartete unterjährige Veränderungen der Nettoschuld (des Nettovermögenswerts) aufgrund von Beiträgen und Rentenzahlungen sind hierbei zu berücksichtigen. Diese Nettozinsgröße ersetzt den Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Pensionsverpflichtung sowie den erwarteten Ertrag aus Planvermögen. Der Standard verlangt zudem die sofortige Erfassung von mit Versorgungszusagen verbundenen Neubewertungseffekten wie versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten sowie sämtlichen Abweichungen zwischen dem tatsächlichen Ertrag und dem im Nettozinsergebnis implizit erfassten Ertrag aus Planvermögen, in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung. Diese Vorgehensweise entspricht der vom Konzern bereits angewandten Soforterfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste im Eigenkapital. Außerdem ist nach den Änderungen des IAS 19 nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand vollständig und sofort zu erfassen und erweiterte Offenlegungspflichten für leistungsorientierte Pläne zu beachten. Die EU hat den neuen Standard in europäisches Recht übernommen. Der Konzern wird die Neuregelungen rückwirkend und für Berichtsperioden mit Wirkung zum 1. Januar 2013 anwenden. Die Umsetzung der geänderten Vorschriften zu IAS 19 wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

IFRS 13

Im Mai 2011 veröffentlichte das IASB IFRS 13, „Fair Value Measurement“, der die Vorschriften zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts innerhalb der IFRS zusammenführt. IFRS 13 verfeinert die Definition des beizulegenden Zeitwerts und gibt Hinweise, wie zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten ist, sofern ein anderer IFRS die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert vorschreibt oder erlaubt. Zudem wird die Offenlegung umfassenderer Informationen zur Bewertung auf Basis des beizulegenden Zeitwerts verlangt. IFRS 13 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die EU hat den neuen Standard in europäisches Recht übernommen. Die Umsetzung des Standards wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Änderungen der IFRS 2009–2011 („Improvements to IFRS 2009–2011 Cycle“)

Im Mai 2012 veröffentlichte das IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Änderungen treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die EU hat die Änderungen in europäisches Recht übernommen. Die Anwendung dieser Änderungen wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

IAS 32 und IFRS 7

Im Dezember 2011 veröffentlichte das IASB Änderungen zu IAS 32, „Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities“ („IAS 32 R“), die die Vorschriften zur Saldierung von Finanzinstrumenten konkretisieren. IAS 32 R stellt klar, dass (a) der Anspruch einer Gesellschaft auf Saldierung am Abschlusstichtag bestehen muss und (b) wann Bruttoabwicklungssysteme einer Nettoabwicklung entsprechen können. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig.

Im Dezember 2011 veröffentlichte das IASB außerdem Änderungen zu IFRS 7, „Disclosures – Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities“ („IFRS 7 R“). IFRS 7 R sieht zusätzliche Anhangangaben vor, die Investoren einen besseren Vergleich zwischen IFRS-Abschlüssen und US GAAP-Abschlüssen ermöglichen sollen. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre und -quartale in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen.

Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der Änderungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 9 (2009) und IFRS 9 (2010)

IFRS 9 (2009) – Im November 2009 veröffentlichte das IASB IFRS 9, „Financial Instruments“, der einen ersten Schritt seines Projekts zur Ablösung von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, repräsentiert. Mit IFRS 9 (2009) werden neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, die im Anwendungsbereich von IAS 39 liegen, eingeführt. Danach werden alle finanziellen Vermögenswerte auf Basis des Geschäftsmodells des Unternehmens zur Steuerung seiner finanziellen Vermögenswerte sowie der Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts klassifiziert. Ein finanzieller Vermögenswert wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, wenn die folgenden zwei Kriterien erfüllt sind: (a) Die Zielsetzung des Geschäftsmodells des Unternehmens liegt darin, die finanziellen Vermögenswerte zu halten, um damit die vertraglich festgelegten Zahlungsströme zu erzielen; und (b) die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts führen zu Zahlungsströmen, die ausschließlich Tilgungen und Zinszahlungen darstellen. Auch ein finanzieller Vermögenswert, der die Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt, kann nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert werden, wenn hierdurch Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz erheblich verringert oder beseitigt werden. Ein finanzieller Vermögenswert, der nicht beide Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt, wird in der Folge zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Ferner ist unter IFRS 9 (2009) für finanzielle Basisverträge eine Trennung eingebetteter Derivate nicht mehr erforderlich. Ein hybrider Vertrag, der einen finanziellen Basisvertrag beinhaltet, ist in seiner Gesamtheit entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert zu klassifizieren. Nach IFRS 9 (2009) ist eine Umwidmung zwingend vorzunehmen, wenn sich das Geschäftsmodell des Unternehmens ändert. Solche Änderungen sind selten zu erwarten. In diesem Fall hat eine Umwidmung der betreffenden finanziellen Vermögenswerte prospektiv zu erfolgen. Für vertraglich verknüpfte Instrumente, bei denen Konzentrationen des Kreditrisikos vorliegen, wie es häufig bei Tranchen von Investments in Verbriefungen der Fall ist, gibt es spezifische Regelungen. Zusätzlich zu der Beurteilung der Klassifizierungskriterien von IFRS 9 (2009) für das einzelne Finanzinstrument ist eine Durchschau auf die Zahlungsstromeigenschaften des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten erforderlich. Um zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet zu werden, muss das Kreditrisiko der Tranche gleich oder geringer sein als das durchschnittliche Kreditrisiko des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten und diese Finanzinstrumente müssen bestimmte Kriterien erfüllen. Ist eine Durchschau praktisch nicht möglich, muss die Tranche als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert werden. Nach IFRS 9 (2009) sind alle Eigenkapitaltitel grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Allerdings besteht für Eigenkapitaltitel, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, ein Wahlrecht, unrealisierte und realisierte nach dem beizulegenden Zeitwert ermittelte Gewinne und Verluste in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen auszuweisen. Dieses Wahlrecht ist nur zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes fallweise ausübbar und nicht revidierbar. Nach dem beizulegenden Zeitwert ermittelte Gewinne und Verluste werden in den Folgeperioden nicht erfolgswirksam, Dividenden aus solchen Investments hingegen werden weiterhin erfolgswirksam in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

IFRS 9 (2010) – Im Oktober 2010 veröffentlichte das IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 9, „Financial Instruments“ („IFRS 9 (2010)“). Der überarbeitete Standard ergänzt neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verpflichtungen. Nach IFRS 9 (2010) muss ein Unternehmen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die auf Änderungen des Kreditrisikos der Verpflichtung zurückzuführen sind, direkt in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausweisen. Führt die Erfassung dieser Änderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen jedoch zu Inkongruenzen bei der Bewertung, ist die gesamte Änderung des beizulegenden Zeitwerts erfolgswirksam in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. In den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge werden in Folgeperioden nicht erfolgswirksam erfasst, können aber kumuliert innerhalb des Eigenkapitals übertragen werden.

Aufgrund der vom IASB im Dezember 2011 veröffentlichten Änderungen zu IFRS 9 (2009), IFRS 9 (2010) und IFRS 7, „Mandatory Effective Date and Transition Guidance“, treten IFRS 9 (2009) und IFRS 9 (2010) für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. IFRS 9 ist auf alle zum Erstanwendungszeitpunkt ausstehenden Finanzinstrumente anzuwenden, als wäre die Klassifizierung und Bewertung schon immer nach IFRS 9 erfolgt; Vergleichsperioden müssen jedoch nicht angepasst werden.

Für Geschäftsjahre, die vor dem 1. Januar 2015 beginnen, hat ein Unternehmen das Wahlrecht, entweder IFRS 9 (2009) oder IFRS 9 (2010) anzuwenden. IFRS 9 (2009) und IFRS 9 (2010) sind beide seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU.

Im November 2012 hat das IASB einen Entwurf mit begrenzten Änderungen an IFRS 9 (2009) und IFRS 9 (2010) veröffentlicht. Zum jetzigen Zeitpunkt ist unklar, welche Änderungen verabschiedet werden könnten und inwiefern dies Auswirkungen auf den Erstanwendungszeitpunkt und die Übernahme in europäisches Recht durch die EU haben könnte.

04 – Akquisitionen und Veräußerungen

Im Jahr 2012 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2012 unternahm der Konzern keine Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden.

Im Jahr 2011 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2011 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen war einzeln betrachtet keine wesentlich. Sie werden daher in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst dargestellt.

Beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €

Übertragene Gegenleistung in bar	13
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Kaufoption für den Erwerb der ausstehenden Anteile	10
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete bedingte Gegenleistung	3
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Anteile des Konzerns vor dem Unternehmenszusammenschluss	12
Gesamtkaufpreis einschließlich beizulegender Zeitwert der Beteiligung des Konzerns vor dem Unternehmenszusammenschluss	38

Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten:¹

Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	1
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	2
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	2
Alle sonstigen Vermögenswerte	21
Langfristige Verbindlichkeiten	10
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	2
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	14
Geschäfts- oder Firmenwert	25
Negativer Geschäfts- oder Firmenwert	1
Erworbenes identifizierbares Nettovermögen insgesamt sowie erworbener Geschäfts- oder Firmenwert abzüglich Negativer Geschäfts- oder Firmenwert	38

¹ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Darin enthalten war der sukzessive Erwerb der ausstehenden Anteile an der Deutsche UFG Capital Management („DUCM“), einer der größten unabhängigen Vermögensverwaltungsgesellschaften in Russland. Der Erwerb wurde am 11. November 2011 abgeschlossen, nachdem eine Kaufoption über die verbleibenden 60 % der Anteile ausgeübt worden war. DUCM wurde Asset & Wealth Management (AVM) zugeordnet.

Seit dem Erwerb beliefen sich die aggregierten Beiträge dieser Einheiten zu den Erträgen und dem Ergebnis des Konzerns nach Steuern für das Geschäftsjahr 2011 auf 2 Mio € beziehungsweise auf einen Verlust von weniger als 1 Mio €. Waren alle diese Unternehmenszusammenschlüsse bereits zum 1. Januar 2011 wirksam gewesen, hätte sich deren Beitrag zu den Erträgen und dem Ergebnis des Konzerns nach Steuern für 2011 auf insgesamt 4 Mio € und einen Verlust von weniger als 1 Mio € belaufen.

Im Jahr 2010 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Deutsche Postbank

Nach der erfolgreichen Vorlage eines freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots („Übernahmeangebot“) durch die Deutsche Bank an die Aktionäre der Deutschen Postbank AG („Postbank“) wurde das Angebot am 3. Dezember 2010 angenommen („Abschlussdatum“). Zusammen mit den Postbank-Aktien, die der Konzern bereits vor dem Übernahmeangebot besaß, erlangte er mit 113,7 Millionen Postbank-Aktien (51,98 % der Stimmrechte des Unternehmens) eine Mehrheit an der Postbank. Infolgedessen begann der Konzern zum 3. Dezember 2010 mit der Konsolidierung des Postbank-Konzerns. Unter Berücksichtigung bestimmter Finanzinstrumente auf Postbank-Aktien, die der Konzern bereits vor dem Abschlussdatum hielt, erfolgte die Konsolidierung ab dem 3. Dezember 2010 auf der Grundlage eines Anteils an der Postbank von insgesamt 79,40 %.

Die folgenden Abschnitte liefern detaillierte Angaben über die Akquisition der Postbank, insbesondere zu den Geschäftsaktivitäten der Postbank und den erwarteten Auswirkungen, die deren Integration für den Konzern hat, dem Übernahmeangebot, der Kapitalerhöhung der Deutschen Bank, der Behandlung der Beteiligung an der Postbank in Form von Aktien und sonstigen Finanzinstrumenten, die der Konzern am Abschlussdatum hielt, dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Postbank, der Kaufpreisallokation sowie weiteren akquisitionsbezogenen Informationen.

Beschreibung der Geschäftsaktivitäten der Postbank und der erwarteten Auswirkungen aus deren Integration für den Konzern. Der Postbank-Konzern ist einer der großen Anbieter von Bank- und Finanzdienstleistungen in Deutschland. Die Geschäftstätigkeit der Postbank umfasst das Geschäft mit Privat- und Firmenkunden, Kapitalmarkttätigkeiten sowie Bausparfinanzierungen (über die zum Postbank-Konzern gehörende BHW-Gruppe).

In ihrem Bereich Transaction Banking bietet die Postbank Back-Office-Services für andere Finanzdienstleister an. Ihre Geschäftsaktivitäten konzentrieren sich auf Deutschland und werden um ausgewählte Geschäftseinheiten, vorwiegend in Westeuropa und Nordamerika, ergänzt.

Die Phase 4 der damaligen Management Agenda des Konzerns sah die Fokussierung auf Kerngeschäftsfelder im früheren Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM) sowie den Ausbau der führenden Stellung im Heimatmarkt vor. In diesem Zusammenhang stärkte die Mehrheitsbeteiligung an der Postbank den Konzernbereich PCAM, vor allem den Unternehmensbereich PBC. Darüber hinaus ermöglichte sie dem Konzern, seine Führungsposition auf dem deutschen Heimatmarkt zu festigen und auszubauen. Der Zusammenschluss aus Deutscher Bank und Postbank bot wesentliches Potenzial für Kosten- und Ertragssynergien und Wachstumschancen. Darüber hinaus wurde durch die Einbeziehung der Postbank-Geschäftseinheiten in den Konzernabschluss der Anteil der aus dem Privatkundengeschäft generierten Erträge erhöht. Schließlich wurde durch den Anstieg der Privatkundeneinlagen die Finanzierungsbasis des Konzerns gestärkt und auf eine breitere Basis gestellt.

Übernahmeangebot. Der im Rahmen des Übernahmeangebots unterbreitete Preis je Postbank-Aktie belief sich auf 25,00 €. Die Annahmefrist des Übernahmeangebots begann mit der Veröffentlichung des Angebotsdokuments am 7. Oktober 2010 und endete mit Ablauf der weiteren Annahmefrist am 24. November 2010. Das Angebot wurde für 48,2 Millionen Postbank-Aktien angenommen. Dies entsprach einem Anteil von 22,03 % des Grundkapitals und der Stimmrechte der Postbank. Demzufolge belief sich der am 3. Dezember 2010 für die im Rahmen des Übernahmeangebots erworbenen Postbank-Aktien entrichtete Gesamtkaufpreis auf 1.205 Mio €.

Am 30. November 2010 und am 3. Dezember 2010 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie 0,5 Millionen beziehungsweise 3,9 Millionen Postbank-Aktien zu einem Preis von 23,96 € beziehungsweise 21,75 € je Aktie an eine Drittpartei verkauft hatte. Durch den Verkauf, welcher eine etwaige Verzögerung des Vollzugs des Angebots durch das amerikanische Fusionskontrollverfahren vermeiden sollte, sank die rechtliche Beteiligung an der Postbank zwischenzeitlich auf unter 50 %. Zusammen mit dem Verkauf schloss die Deutsche Bank Terminkaufkontrakte in Höhe der zuvor genannten Anzahl von Postbank-Aktien mit der erwähnten Drittpartei ab. Die erhaltene Gegenleistung belief sich auf 23,96 € beziehungsweise 21,75 € je Postbank-Aktie zuzüglich einer Transaktionsgebühr von rund 0,03 € beziehungsweise 0,015 € je Aktie. Die Terminkäufe wurden am 10. Dezember 2010 nach Erfüllung kartellrechtlicher Anforderungen in den USA sowie bankaufsichtsrechtlicher Genehmigungen erfüllt. Im Ergebnis erhöhte der Konzern seinen Anteil an der Postbank auf 51,98 % (entsprechend auf 113,7 Millionen Postbank-Aktien), was dem erzielten Beteiligungs niveau aus dem Übernahmeangebot entsprach. Obwohl die Aktien rechtsverbindlich an eine Drittpartei verkauft worden waren, behielt der Konzern die mit diesen Aktien verbundenen Risiken und Chancen. Die Zustimmung der US-Kartellbehörden galt als so gut wie sicher, sodass die potenziellen Stimmrechte aus diesen Aktien in die Konsolidierungsanalyse zu Zwecken der Finanzberichterstattung mit einbezogen wurden. Entsprechend wurde als Datum der Übernahme des Postbank-Konzerns der 3. Dezember 2010 festgelegt.

Kapitalerhöhung der Deutschen Bank. In enger Abstimmung mit dem Übernahmeangebot führte die Deutsche Bank eine Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen durch. Diese Kapitalerhöhung wurde am 6. Oktober 2010 abgeschlossen. Es wurden insgesamt 308,6 Millionen neue, auf den Namen lautende Stammaktien ohne Nennbetrag ausgegeben. Der Bruttoemissionserlös betrug 10,2 Mrd €. Der aus der Kapitalerhöhung resultierende Nettoemissionserlös von 10,1 Mrd € (nach Aufwendungen von rund 0,1 Mrd € nach Steuern) diente in erster Linie zur Deckung der Kapitalanforderungen aus der Konsolidierung des Postbank-Konzerns sowie zur Stärkung der bestehenden Kapitalbasis.

Behandlung der Beteiligung an der Postbank in Form von Aktien und sonstigen Finanzinstrumenten, die der Konzern am Abschlussdatum hielt. Vor dem Erwerb der Kontrollmehrheit hielt der Konzern direkt 29,95 % der Aktien und Stimmrechte der Postbank, wodurch er die Finanz- und Geschäftspolitik des Unternehmens maßgeblich mitbestimmen konnte. Demzufolge wurde diese Beteiligung nach der Equitymethode bilanziert.

Zusätzlich hatte der Konzern eine durch die Deutsche Post emittierte Pflichtumtauschanelleihe gezeichnet. Diese wurde im Rahmen eines breiter angelegten Übernahmevertrags für Postbank-Aktien erworben, den die Deutsche Bank im Februar 2009 mit der Deutschen Post abgeschlossen hatte. Gemäß diesem Übernahmevertrag war die Pflichtumtauschanelleihe im Jahr 2012 vollständig in 60 Millionen Postbank-Aktien umzutauschen, was einem Anteil von 27,42 % entsprach. Die Pflichtumtauschanelleihe stellte zu Bilanzierungszwecken ein Eigenkapitalinstrument dar, welches ein Risiko-Chancen-Profil aufwies, das im Wesentlichen mit einem Eigentumsanteil an der Postbank übereinstimmte und deshalb nach der Equitymethode bilanziert wurde. Mit Erfassung der Pflichtumtauschanelleihe enthielt das nach der Equitymethode bilanzierte Investment weiterhin ein eingebettetes derivatives Finanzinstrument. Dieses stand im Zusammenhang mit einer mit der Deutschen Post vereinbarten Ergebnisbeteiligung über Deutsche Bank-Aktien, welche die Deutsche Post als Gegenleistung erhalten hatte. Das eingebettete Derivat wurde vom Basisinstrument separiert, da Risiken und Chancen aus der Ergebnisbeteiligung nicht eng mit dem Basisvertrag verknüpft waren. Der ursprüngliche beizulegende Zeitwert des eingebetteten Derivats betrug 201 Mio € und verminderte die Anschaffungskosten der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung an der Postbank. Nachfolgende Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts der Option wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der abschließende Wert der Forderung aus dem eingebetteten Derivat, welches wegen des Verkaufs der Deutsche Bank-Aktien durch die Deutsche Post, die diese Aktien als Gegenleistung für den ursprünglichen Erwerb von 50 Millionen Postbank-Aktien erhalten hatte, nicht mehr neu bewertet wurde, betrug 677 Mio €. Die Forderung wurde separat unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen und, mit Fälligkeit der Pflichtumtauschanelleihe im Februar 2012, mit der erhaltenen Sicherheitsleistung (Verbindlichkeit) aufgerechnet.

Im dritten Quartal 2010 war der Bilanzwert der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung um einen Aufwand von rund 2,3 Mrd € angepasst worden, der in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns im „Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen“ erfasst worden war. Da der Konzern eine klar dokumentierte Absicht zur Kontrollerlangung über die Postbank und deren Konsolidierung im vierten Quartal 2010 dargelegt hatte, war dies bei der Bestimmung des Nutzungswerts der nach der Equitymethode bilanzierten Anteile zu berücksichtigen. Dieser Aufwand war daher auf Basis des Bilanzwerts der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung an der Postbank zum 30. September 2010 und eines unterstellten beizulegenden Zeitwerts der Postbank-Aktien in Höhe des von der Deutschen Bank in ihrem Übernahmeangebot genannten Angebotspreises von 25,00 € bestimmt worden. Der Aufwand wurde dem ehemaligen Konzernbereich Corporate Investments (CI) zugewiesen.

Am 3. Dezember 2010, dem Datum, an dem der Konzern Kontrolle über die Postbank erlangte, wurde die bestehende, nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung an der Postbank gemäß IFRS 3 R zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet. Der beizulegende Zeitwert der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung wurde auf der Grundlage des Angebotspreises von 25,00 € ermittelt, woraus sich ein beizulegender Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt von 3.139 Mio € ergab. Unter Berücksichtigung des anteiligen Ergebnisses aus der bestehenden Postbank-Beteiligung im vierten Quartal 2010 war der Wert der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung um rund 22 Mio € gestiegen. Dementsprechend führte die Neubewertung zum Abschlussdatum zu einem Verlust von 22 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das vierte Quartal 2010 im „Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen“ erfasst wurde. Im Einklang mit IFRS 3 R wurde ein Verlust nach Steuern von 6 Mio €, welcher in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen der Konzern-Gesamtergebnisrechnung ausgewiesen wurde und welcher der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung des Konzerns an der Postbank bis zum Abschlussdatum zuzuordnen war, in die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das vierte Quartal 2010 umgegliedert. Diese Effekte wurden dem früheren Konzernbereich CI zugewiesen.

Neben der Pflichtumtauschanleihe hatten die Deutsche Bank und die Deutsche Post Kauf- und Verkaufsoptionen für weitere von der Deutschen Post gehaltene 26,4 Millionen Postbank-Aktien (Anteil von 12,07 %) abgeschlossen, die zwischen Februar 2012 und Februar 2013 ausgeübt werden konnten. Die Kauf- und Verkaufsoptionen wurden als zum beizulegenden Zeitwert bewertete derivative Finanzinstrumente ausgewiesen.

Ab Beginn der Konsolidierung wurden die Kauf- und Verkaufsoptionen für von der Deutschen Post gehaltene Postbank-Aktien in Eigenkapitalinstrumente umklassifiziert, da sie zu einem Derivat geworden waren, dem die physische Lieferung von Aktien einer konsolidierten Tochtergesellschaft gegen einen festen Geldbetrag zugrunde liegt. Aus diesem Grund wurde der beizulegende Zeitwert des Derivats (Verbindlichkeit) in Höhe von 560 Mio € in Eigenkapital (Kapitalrücklage) umklassifiziert. Dementsprechend entstand für die jeweiligen Aktien aus den Kauf- und Verkaufsoptionen eine Verbindlichkeit, die zum Barwert des erwarteten Kaufpreises erfasst wurde, da diese Aktien gemäß der Optionsvereinbarung erworben wurden. In Höhe der erfassten Verbindlichkeit zum Kauf der Aktien in Höhe von 1.286 Mio € wurde das Eigenkapital (Kapitalrücklage) entsprechend vermindert.

Zum Erwerbszeitpunkt bestehende direkte Beteiligung, Anteile aus Pflichtumtauschanleihe sowie solche mit nicht beherrschendem Einfluss

	Anzahl der Postbank-Aktien (in Mio)	Anteil in %
Direkte Beteiligung an der Postbank vor dem Übernahmeangebot	65,5	29,95
Im Rahmen des Übernahmeangebots erworbene Aktien	48,2	22,03
Direkter Eigentumsanteil	113,7	51,98
Pflichtumtauschanleihe	60,0	27,42
Eigenkapitalinstrumente des Konzerns	173,7	79,40
Anteile an Postbank mit nicht beherrschendem Einfluss	45,1	20,60
Gesamtzahl Postbank-Aktien	218,8	100,00

Mit der Wandlung der Pflichtumtauschanleihe am 27. Februar 2012 erhöhte der Konzern seinen direkten Eigentumsanteil an der Postbank um 60 Millionen Aktien oder 27,42 Prozentpunkte. Da die Pflichtumtauschanleihe von Beginn an als Eigenkapitalinstrument bilanziert worden war, ergab sich durch die Wandlung keine Veränderung des konsolidierten Postbank-Anteils des Konzerns und damit auch keine Auswirkung auf das Eigenkapital und die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns. Mit Ausübung der Verkaufsoption durch die Deutsche Post am 28. Februar 2012 erhöhten sich der direkte Eigentumsanteil sowie der konsolidierte Anteil des Konzerns an der Postbank um weitere 26,4 Millionen Aktien oder 12,07 Prozentpunkte. Mit der Ausübung wurde die bilanzierte Verbindlichkeit zum Kauf der Postbank-Aktien erfüllt. Die Ausübung hatte keinen wesentlichen Effekt auf das Eigenkapital des Konzerns.

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Nach der Zustimmung durch die Hauptversammlung der Postbank am 5. Juni 2012 und der Eintragung ins Handelsregister am 20. Juni 2012 trat der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag („der Vertrag“) gemäß § 291 Aktiengesetz („AktG“) zwischen der Postbank als beherrschtem Unternehmen und der DB Finanz-Holding GmbH (einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG) als herrschendem Unternehmen im zweiten Quartal 2012 in Kraft. Der Vertrag wurde durch ein Urteil des Oberlandesgerichts Köln vom 11. September 2012 endgültig bestätigt. Gewinnabführung und Verlustausgleich gelten rückwirkend seit 1. Januar 2012.

Der Vertrag sieht vor, dass den Minderheitsaktionären der Postbank entweder eine Barabfindung gemäß § 305 AktG in Höhe von 25,18 € je angedienter Aktie der Postbank oder eine Ausgleichszahlung gemäß § 304 AktG in Höhe von gegenwärtig 1,66 € je Aktie der Postbank (nach Unternehmenssteuern, vor individueller Steuerbelastung des Aktionärs) für jedes volle Geschäftsjahr zusteht. Der ursprünglich auf zwei Monate begrenzte An-dienungszeitraum verlängert sich bis zum Abschluss eines laufenden Spruchverfahrens, in welchem die Ange-messenheit der Barabfindung und der Ausgleichszahlung festgestellt werden soll. Die genaue Dauer und der Ausgang dieses Verfahrens können nicht vorhergesagt werden.

Mit Abschluss des Vertrags im zweiten Quartal 2012 hatte die Deutsche Bank den Anteil ohne beherrschenden Einfluss an der Postbank aus dem Konzern-Eigenkapital (248 Mio €) ausgebucht, da die Minderheitsaktionäre nicht mehr die Risiken und Chancen aus dem Eigentum an den Postbank-Aktien hielten. Gleichzeitig hatte der Konzern gemäß dem Barabfindungsangebot eine Verbindlichkeit für die Verpflichtung zum Erwerb der Aktien erfasst (Ursprungsbetrag 338 Mio €), welche auch dem Barwert der zukünftigen Ausgleichszahlungen an die Minderheitsaktionäre entsprach. Die Verbindlichkeit wurde durch Ausbuchung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss und eine ausgleichende Buchung im den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital (Kapitalrücklage) erfasst. Demgemäß begann der Konzern damit, das Ergebnis der Postbank vollständig den Aktionären der Deutschen Bank zuzuordnen.

Bis zum 31. Dezember 2012 wurden der Deutschen Bank durch die Minderheitsaktionäre insgesamt 481.595 Postbank-Aktien (entsprechend ungefähr 0,22 % der ausstehenden Postbank-Aktien) angedient. Dadurch erhöhte sich der Anteil des Konzerns an der Postbank auf ungefähr 94,1 %. Im Zusammenhang mit dieser Anteilserhöhung erfasste der Konzern eine Anpassung des Ursprungsbetrags der Verpflichtung zum Erwerb der Postbank-Aktien, welche die Verbindlichkeit um ungefähr 12 Mio € auf 326 Mio € reduzierte. Beginnend mit dem Tag der Eintragung ins Handelsregister wurde die Verbindlichkeit neu bewertet und der Konzern grenzte zum Bilanzstichtag ungefähr 11 Mio € für die erwarteten Ausgleichszahlungen als Zinsaufwendungen ab.

Kaufpreisallokation und weitere akquisitionsbezogene Informationen. Da der Unternehmenserwerb erst kurz vor Ende des Geschäftsjahres 2010 erfolgte und sehr komplex war, wurde die erstmalige Bilanzierung des Erwerbs der Postbank am 31. Dezember 2010 noch nicht abgeschlossen. Nach Abschluss der Erwerbsbilan-zierung im vierten Quartal 2011 wurden die zum Abschlussdatum für die Postbank im Abschnitt „Kaufpreis-allokation und weitere akquisitionsbezogene Informationen“ zuvor gemachten Angaben aktualisiert, um die im Bewertungszeitraum nach IFRS 3 R festgestellten Anpassungen zum Erwerbszeitpunkt darzustellen.

Die folgende Tabelle erläutert den abschließenden Status zum Erwerbszeitpunkt für die übertragene Gegen-leistung und den beizulegenden Zeitwert der nach der Equitymethode bilanzierten Postbank-Beteiligung vor dem Unternehmenszusammenschluss. Unter Berücksichtigung bestimmter Anpassungen, die innerhalb des Bewertungszeitraums durchgeführt wurden, enthält die Tabelle die endgültigen, zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Beträge der vom Postbank-Konzern erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbind-lichkeiten, die Anteile mit nicht beherrschendem Einfluss und den bei dem Unternehmenszusammenschluss erworbenen Geschäfts- oder Firmenwert mit Stand vom 3. Dezember 2010. Die Anpassungen innerhalb des Bewertungszeitraums stellen Verfeinerungen der ursprünglichen beizulegenden Zeitwerte für bestimmte erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten dar. Sie basieren auf Umständen und Sachverhalten, die bereits zum Erwerbszeitpunkt vorlagen, und nicht auf nachfolgenden Ereignissen. Die Anpassungen resultierten insbesondere aus aktualisierten Informationen über erwartete Zahlungsströme sowie über Parame-ter, die für die Bewertung des erworbenen Forderungsportfolios und der übernommenen langfristigen Verbind-lichkeiten verwendet wurden. Dies betraf im Weiteren die Anwendung verfeinerter Parameter bei der Bewertung immaterieller Vermögenswerte und den Abschluss der Bewertung des Derivateportfolios, welcher zu einem sich nahezu entsprechenden Anstieg der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Forderungen und Verbindlichkeiten führte.

Beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €	Vorläufige Beträge ¹	Anpassungen innerhalb des Bewertungs- zeitraums	Endgültige Beträge
Übertragene Gegenleistung			
Beim Abschluss des Übernahmeangebots in bar übertragene Gegenleistung	1.205	–	1.205
Abzug für Erfüllung zuvor bestehender Beziehungen	176	– 73	103
Übertragene Nettogegenleistung	1.029	73	1.102
Beizulegender Zeitwert der Beteiligung des Konzerns an der Postbank vor dem Unternehmenszusammenschluss			
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung (ohne eingebettetes Derivat) ²	3.139	–	3.139
Gesamtkaufpreis	4.168	73	4.241
Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten ³			
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	8.752	–	8.752
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	36.961	850	37.811
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	33.716	16	33.732
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	129.300	577	129.877
Immaterielle Vermögenswerte	1.557	– 200	1.357
Alle sonstigen Vermögenswerte	27.840	– 52	27.788
Einlagen	139.859	–	139.859
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	31.983	857	32.840
Langfristige Verbindlichkeiten	38.577	754	39.331
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	24.813	– 363	24.450
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	2.894	– 57	2.837
Anteile ohne beherrschenden Einfluss an der Postbank	599	– 12	587
Abzug für Erfüllung zuvor bestehender Beziehungen	176	– 73	103
Identifizierbares den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Nettovermögen insgesamt	2.119	28	2.147
Vom Konzern erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	2.049	45	2.094
Erworbenes identifizierbares den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Nettovermögen und Geschäfts- oder Firmenwert insgesamt	4.168	73	4.241

¹ Vorläufige Beträge wie zuvor im Finanzbericht 2010 der Deutschen Bank in Anhangangabe 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“ dargestellt.

² Eingeschließlich einer direkten Beteiligung von 29,95 % und der Pflichtumtauschankleihe, die beide nach der Equitymethode bilanziert wurden.

³ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Mit Abschluss der Kaufpreisallokation reduzierte der Konzern innerhalb des Bewertungszeitraums den zunächst angesetzten beizulegenden Zeitwert des erworbenen Nettovermögens der Postbank um 57 Mio €. Der Nettoreckgang resultierte hauptsächlich aus Anpassungen der beizulegenden Zeitwerte zum Erwerbszeitpunkt für derivative Finanzinstrumente, die als zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzierende finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten klassifiziert worden waren, für bestimmte als langfristige Verbindlichkeiten klassifizierte Verpflichtungen, das erworbene Forderungs- und Wertpapierportfolio und separat identifizierte immaterielle Vermögenswerte. Entsprechend hat sich der ursprüngliche Betrag des Geschäfts- oder Firmenwerts, der zum 31. Dezember 2010 mit 2.049 Mio € angesetzt worden war, um 45 Mio € auf 2.094 Mio € erhöht. Der Betrag für die Anteile mit nicht beherrschendem Einfluss verminderte sich um 12 Mio €. In Verbindung mit diesen Anpassungen erfasste der Konzern in 2011 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 6 Mio €.

Wesentliche Kategorien der Forderungen, die von der Postbank am 3. Dezember 2010 erworben und vom Konzern als Forderungen aus dem Kreditgeschäft zum Erwerbszeitpunkt klassifiziert wurden

in Mio €		
Vertraglich festgelegte Cashflows einschließlich Zinsen (undiskontiert)		153.499
Abzüglich: Nach bester Schätzung zum Erwerbszeitpunkt ermittelte voraussichtlich nicht zu erzielende vertraglich festgelegte Cashflows		3.370
Voraussichtlich zu erzielende Cashflows¹		150.129

¹ Repräsentiert im Erwerbszeitpunkt erwartete undiskontierte Cashflows aus Tilgungen und Zinszahlungen.

Der vom Konzern zum Erwerbszeitpunkt ermittelte beizulegende Zeitwert dieser Forderungen betrug 129,9 Mrd € und beinhaltete Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowohl mit Kunden als auch mit Banken.

Dieser Betrag beinhaltet auch Wertpapiere, welche der Konzern als Forderungen klassifizierte und die einen beizulegenden Zeitwert von 22,5 Mrd € aufwiesen.

Im Rahmen der endgültigen Kaufpreisallokation wurden immaterielle Vermögenswerte von ungefähr 1,4 Mrd € als Teil des beizulegenden Zeitwerts des erworbenen identifizierten Nettovermögens erfasst. Diese Beträge stellten sowohl die bereits in der Bilanz der Postbank befindlichen immateriellen Vermögenswerte als auch die im Rahmen der Kaufpreisallokation abschließend identifizierten immateriellen Vermögenswerte dar. Die immateriellen Vermögenswerte setzten sich im Wesentlichen aus Kundenbeziehungen (588 Mio €), der Postbank-Marke (411 Mio €) und Software (282 Mio €) zusammen.

Der im Rahmen der Übernahme der Postbank entstehende Geschäfts- oder Firmenwert wurde gemäß der Neubewertungsmethode („Partial Goodwill Method“) nach Maßgabe der überarbeiteten Fassung des IFRS 3 bestimmt und bezieht sich lediglich auf die Mehrheitsbeteiligung des Konzerns an der Postbank. Der Geschäfts- oder Firmenwert repräsentiert größtenteils den Wert der erwarteten Ertrags- und Kostensynergien aus dem Erwerb der Postbank. Er wurde PBC zugewiesen und ist nicht steuerlich abzugsfähig.

Die Eröffnungsbilanz beinhaltet in der Position Alle sonstigen Verbindlichkeiten den zum Erwerbszeitpunkt beizulegenden Zeitwert der Eventualverbindlichkeiten für bestimmte in der Kaufpreisallokation enthaltene Verpflichtungen. Deren aggregierter Betrag belief sich abschließend insgesamt auf 109 Mio €, verglichen mit dem zum Jahresende 2010 ursprünglich erfassten Betrag von 110 Mio €. Der Zeitraum und die tatsächliche Höhe der Mittelabflüsse lassen sich nicht voraussagen. Es ist davon auszugehen, dass der Großteil der Verbindlichkeiten in den kommenden vier Jahren beglichen werden wird. Im Geschäftsjahr 2011 führte der Ausgleich einer Verpflichtung zu einem Rückgang der Eventualverbindlichkeiten, wodurch ein Betrag von 66 Mio € des ursprünglich angesetzten Postens erfolgswirksam über die Gewinn- und Verlustrechnung aufgelöst wurde. Der Konzern analysiert weiterhin die Entwicklung dieser Verpflichtungen und den möglichen Zeitrahmen für die Mittelabflüsse.

Die Anteile ohne beherrschenden Einfluss von 587 Mio € wurden in der oben genannten Darstellung des beizulegenden Zeitwerts der erworbenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf der Basis deren Anteils am identifizierbaren Nettovermögen der Postbank ermittelt, das zum beizulegenden Zeitwert am Erwerbszeitpunkt bewertet wurde.

Noch vor dem Unternehmenserwerb waren die Deutsche Bank und die Postbank an bestimmten Transaktionen beteiligt, die als zuvor bestehende Beziehungen (gemäß IFRS 3 R) galten. Dazu gehörten verschiedene Geschäfte mit Finanzinstrumenten im Rahmen der regulären Interbanken- und Hedgingaktivitäten der Parteien, bestimmte Anleihen, die vom Konzern oder von der Postbank begeben und von der jeweils anderen Seite gehalten wurden, sowie spezifische Zahlungsverkehrsleistungen, die die Postbank dem Konzern zur Verfügung gestellt hat. Sämtliche dieser Instrumente wurden im Zuge der Konsolidierung der Postbank eliminiert. Der aggregierte, zum Erwerbszeitpunkt beizulegende Zeitwert dieser Finanzinstrumente betrug 103 Mio €, welcher als Abzugsposten bei der Ermittlung der übertragenen Gegenleistung und deren Zuordnung zu dem erworbenen Nettovermögen der Postbank berücksichtigt wurde. Die Aufrechnung bestimmter vom Konzern begebener und von der Postbank gehaltener Finanzinstrumente führte zu einem Verlust von 1 Mio €, der unter den sonstigen Erträgen in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns im vierten Quartal 2010 erfasst wurde.

Weiterhin bestand zwischen dem Konzern und der Postbank eine umfassende, für beide Seiten vorteilhafte Kooperationsvereinbarung. Diese Vereinbarung wurde 2008 im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Postbank geschlossen und umfasst die Bereiche Finanzierungs- und Investmentprodukte, das Firmenkundengeschäft und die gewerbliche Finanzierung sowie kundennahe Serviceleistungen. Darüber hinaus beinhaltet sie die Zusammenarbeit in den Bereichen Einkauf und IT-Infrastruktur.

Akquisitionsbezogene, vom Konzern als Erwerber selbst getragene Kosten von 12 Mio € wurden als Sachaufwand und sonstiger Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für 2010 ausgewiesen.

Für das Geschäftsjahr 2011 trug die Postbank mit Erträgen von 4,8 Mrd € und einem Ergebnis nach Steuern (einschließlich der Amortisation von Anpassungen auf die beizulegenden Zeitwerte aus der Kaufpreisallokation) in Höhe von 798 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns bei. Erfolgswirksame Anpassungen im Zusammenhang mit der Fortschreibung der ursprünglichen Zeitwertanpassungen aus der Kaufpreisallokation führten in 2011 zu einem Gewinn vor Steuern in Höhe von 166 Mio €. Die in 2011 erfassten Erträge enthielten Abschreibungen von 465 Mio € auf griechische Staatsanleihen, welche einer Nachsteuerbelastung von 326 Mio € entsprachen.

Mit Beginn der Konsolidierung zum 3. Dezember 2010 wurden für das Geschäftsjahr 2010 aus dem Postbank-Konzern Erträge von 423 Mio € und ein Ergebnis nach Steuern von 62 Mio € (einschließlich der Amortisation von Anpassungen auf die beizulegenden Zeitwerte aus der vorläufigen Kaufpreisallokation) in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns erfasst. Unter Berücksichtigung bestimmter, auf Ebene des Konzerns erfasster Transaktions- und Integrationskosten von 48 Mio € führte die Konsolidierung der Postbank im Konzernbereich PBC zu einem den Deutsche Bank-Aktionären zustehenden Ergebnis vor Steuern von 30 Mio €.

Wäre die Konsolidierung zum 1. Januar 2010 wirksam geworden, hätte die Postbank mit Pro-forma-Erträgen von 3,8 Mrd € und einem Pro-forma-Ergebnis nach Steuern von 138 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns beigetragen. Diese Pro-forma-Beträge wurden auf der Grundlage der von der Postbank als eigenständigem Konzern berichteten Ergebnisse für das Jahr 2010 ermittelt und berücksichtigten weder die angenommene Amortisation von Anpassungen auf die beizulegenden Zeitwerte aus der Kaufpreisallokation für den Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010, Anpassungen aus der Konsolidierung, noch die Wertminderungen aus der Neubewertung, die der Konzern im dritten und vierten Quartal 2010 auf seine frühere, nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung an der Postbank erfasst hatte.

ABN AMRO

Am 1. April 2010 hatte die Deutsche Bank den Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. („ABN AMRO“) zu einem anfänglichen Kaufpreis von 700 Mio € abgeschlossen, der im zweiten Quartal 2010 bar gezahlt wurde. Dieser Kaufpreis wurde im vierten Quartal 2010 nach zunächst vorläufigen Anpassungen der Schlussbilanz der erworbenen Geschäftseinheiten um 13 Mio € auf 687 Mio € reduziert. Der Abschluss des Erwerbs erfolgte nach der Genehmigung durch die Europäische Kommission und durch andere Aufsichtsbehörden. Mit Wirkung zum Abschlussdatum erlangte die Deutsche Bank Kontrolle über die erworbenen Geschäftseinheiten und konsolidierte diese erstmalig im zweiten Quartal 2010. Die Übernahme war ein wichtiges Element in der Strategie der Deutschen Bank, ihre Geschäftsfelder in Global Transaction Banking (GTB) und PCAM weiter auszubauen.

Die Übernahme beinhaltete den Erwerb von 100 % der stimmberechtigten Eigenkapitalanteile an den erworbenen Geschäftseinheiten und umfasste die folgenden Aktivitäten:

- zwei Firmenkundeneinheiten in Amsterdam und Eindhoven, die Großkunden betreuen,
- 13 Filialen, die kleine und mittelständische Unternehmen betreuen,
- die Hollandsche Bank Unie N.V. („HBU“) mit Sitz in Rotterdam und
- die IFN Finance B.V., der niederländische Teil des zu ABN AMRO gehörenden Factoringdienstleisters IFN Group.

Die beiden Firmenkundeneinheiten, die 13 Filialen und die HBU waren bereits vor dem Erwerb in einer separaten rechtlichen Einheit zusammengefasst, die unmittelbar nach der Übernahme in Deutsche Bank Nederland N.V. umfirmiert wurde. Sowohl die Deutsche Bank Nederland N.V. als auch die IFN Finance B.V. sind jetzt direkte Tochtergesellschaften der Deutschen Bank. Die übernommenen Geschäftseinheiten verwenden den Markennamen Deutsche Bank und sind innerhalb des Konzerns in den Unternehmensbereich GTB integriert.

Zum Jahresende 2010 war die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs noch nicht abgeschlossen, insbesondere da die Bestimmung von Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für bestimmte Teile der Eröffnungsbilanz der erworbenen Geschäftseinheiten noch nicht abgeschlossen war. Die Zuordnung der über-

tragenen Gegenleistung auf die zum Erwerbszeitpunkt beizulegenden Zeitwerte des erworbenen Nettovermögens führte zunächst zu einem vorläufigen negativen Geschäfts- oder Firmenwert von 216 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das Geschäftsjahr 2010 erfasst worden war. Der Hauptgrund für die Erfassung des negativen Geschäfts- oder Firmenwerts war der Verkauf von Teilen des niederländischen Firmenkunden- und Factoringgeschäfts von ABN AMRO gemäß den Auflagen der Europäischen Kommission, nachdem die ABN AMRO Holding N.V. im Oktober 2007 von einem Konsortium, bestehend aus The Royal Bank of Scotland, Fortis Bank und Banco Santander, übernommen worden war. Der erfasste Gewinn war steuerfrei.

Der Abschluss der erstmaligen Bilanzierung des Unternehmenszusammenschlusses im ersten Quartal 2011 führte zu einem Rückgang des zum Erwerbszeitpunkt festgestellten beizulegenden Zeitwerts des Nettovermögens von 24 Mio €. Dadurch reduzierte sich der vorläufige negative Geschäfts- oder Firmenwert von 216 Mio € auf 192 Mio €. Gemäß IFRS 3 war der Abschluss der Kaufpreisallokation rückwirkend auf den Erwerbszeitpunkt zu beziehen. Demzufolge verminderten sich die Gewinnrücklagen zum 31. Dezember 2010 um 24 Mio €.

Die abschließende Zusammenfassung der Ermittlung der übertragenen Gegenleistung und deren Allokation auf das erworbene Nettovermögen zum Erwerbszeitpunkt sind nachfolgend dargestellt.

Beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €

Übertragene Gegenleistung	700
Übertragene Gegenleistung in bar	- 13
Kaufpreisanpassung	
Gesamtkaufpreis	687
Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten ¹	
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	113
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	71
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	779
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	9.802
Immaterielle Vermögenswerte	168
Alle sonstigen Vermögenswerte	810
Einlagen	8.211
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	895
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	1.758
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	879
Negativer Geschäfts- oder Firmenwert	192
Erworbenes identifizierbares Nettovermögen insgesamt abzüglich des negativen Geschäfts- oder Firmenwerts	687

¹ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Im Rahmen der Kaufpreisallokation wurden Kundenbeziehungen im Umfang von 168 Mio € als abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen. Weiterhin stellt ABN AMRO eine anfängliche Absicherung für Kreditrisiken über 75 % der abschließenden Verluste aus dem übernommenen Forderungsportfolio (exklusive IFN Finance B.V.) bereit. Die maximale Absicherung ist auf 10 % des Portfoliovolumens begrenzt. Zum Zeitpunkt des Erwerbs belief sich der beizulegende Zeitwert der Garantie auf 544 Mio €, welcher über die erwartete durchschnittliche Laufzeit des zugrunde liegenden Portfolios abzuschreiben war. Im Zusammenhang mit im vierten Quartal 2012 ergriffenen Maßnahmen zur Stärkung des erworbenen Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden wurde die vom Verkäufer bereitgestellte Absicherungsvereinbarung beendet.

Wesentliche Kategorien der Forderungen, die von ABN AMRO am 1. April 2010 erworben und vom Konzern als Forderungen aus dem Kreditgeschäft zum Erwerbszeitpunkt klassifiziert wurden

in Mio €

Vertraglich festgelegte Cashflows einschließlich Zinsen (undiskontiert)	11.503
Abzüglich: Nach bester Schätzung zum Erwerbszeitpunkt ermittelte voraussichtlich nicht zu erzielende vertraglich festgelegte Cashflows	245
Voraussichtlich zu erzielende Cashflows ¹	11.258

¹ Repräsentiert im Erwerbszeitpunkt erwartete undiskontierte Cashflows aus Tilgungen und Zinszahlungen.

Hinsichtlich akquisitionsbezogener Kosten wurden für 2010 in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns 15 Mio € als Sachaufwand und sonstiger Aufwand ausgewiesen. Die Jahre 2009 und 2008 enthielten 8 Mio € für in diesem Zeitraum entstandene und erfasste akquisitionsbezogene Aufwendungen.

Im Geschäftsjahr 2011 trug ABN AMRO mit Erträgen von 554 Mio € und einem Verlust nach Steuern von 153 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns bei. Darin enthalten waren Aufwendungen für die Amortisation von Zeitwertanpassungen aus der Kaufpreisallokation und eine Anpassung der Amortisation der im Kaufpreis enthaltenen Prämie zur Absicherung von Kreditrisiken durch den Verkäufer. Die letztgenannte Anpassung wurde in den zinsunabhängigen Aufwendungen erfasst und beinhaltete Belastungen von 53 Mio € für das Geschäftsjahr 2010 (innerhalb der Segmentberichterstattung in Consolidation & Adjustments (C&A) ausgewiesen) sowie von 34 Mio € für das erste Halbjahr 2011 (in der Segmentberichterstattung in GTB erfasst). Der entsprechende Aufwand aus der Amortisation für das zweite Halbjahr 2011 betrug 88 Mio €.

Seit der Übernahme und ohne Berücksichtigung des oben erwähnten Gewinns aus dem negativen Geschäfts- oder Firmenwert hatten die übernommenen Geschäftsaktivitäten für das Geschäftsjahr 2010 mit Erträgen von 405 Mio € und einem Ergebnisbeitrag nach Steuern von 35 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns beigetragen. Wäre die Akquisition zum 1. Januar 2010 wirksam gewesen, hätte der Konzern daraus für 2010 (ohne die Berücksichtigung des oben erwähnten Gewinns aus dem negativen Geschäfts- oder Firmenwert) Erträge in Höhe von 501 Mio € und ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 77 Mio € ausgewiesen.

Sal. Oppenheim

Am 15. März 2010 schloss die Deutsche Bank den Erwerb von 100 % der stimmberechtigten Eigenkapitalanteile an der in Luxemburg ansässigen Sal. Oppenheim jr. & Cie. S.C.A. („Sal. Oppenheim S.C.A.“), der Holdinggesellschaft der Sal. Oppenheim-Gruppe, zu einem in bar entrichteten Kaufpreis von insgesamt 1.261 Mio € ab. Vom Kaufpreis entfielen 275 Mio € auf die BHF Asset Servicing GmbH („BAS“), die zum Zeitpunkt des Erwerbs bereits als zum Verkauf bestimmt klassifiziert worden war und daher von der übrigen Sal. Oppenheim-Gruppe getrennt bilanziert wurde. Da am 29. Januar 2010 alle wesentlichen rechtlichen und regulatorischen Genehmigungen vorlagen, wurde der Erwerbszeitpunkt auf diesen Tag festgesetzt und die Sal. Oppenheim entsprechend in den Konzernabschluss des ersten Quartals 2010 einbezogen. Zum Bilanzstichtag betrug der zum Erwerbszeitpunkt ermittelte beizulegende Zeitwert des für die Sal. Oppenheim-Gruppe und die BAS entrichteten Gesamtkaufpreises 1.261 Mio €. Gemäß der im vierten Quartal 2009 geschlossenen Rahmenvereinbarung wurde den früheren Gesellschaftern der Sal. Oppenheim S.C.A. die Option gewährt, sich mit bis zu 20 % langfristig an der deutschen Tochtergesellschaft Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA zu beteiligen. Bezogen auf den Erwerbszeitpunkt hat die Option zum Bilanzstichtag einen beizulegenden Zeitwert von null.

Der Erwerb stärkte die Asset and Wealth Management-Aktivitäten des Konzerns im Bereich des gehobenen Privatkundengeschäfts sowie der Familienvermögen und Stiftungen in Europa, insbesondere in Deutschland. Die eigenständigen Vermögensverwaltungsaktivitäten der Sal. Oppenheim-Gruppe werden unter der etablierten Marke der traditionsreichen Privatbank ausgebaut. Dabei soll der Charakter der Privatbank erhalten bleiben. Das integrierte Vermögensverwaltungskonzept für private und institutionelle Kunden bleibt bestehen.

Mit dem Erwerb erlangte der Konzern einen beherrschenden Einfluss über die Sal. Oppenheim S.C.A., die anschließend eine hundertprozentige Tochter der Deutschen Bank wurde. Sämtliche Geschäftsaktivitäten der Sal. Oppenheim-Gruppe, darunter die gesamte Vermögensverwaltung, die Investmentbank, die BHF-BANK Gruppe („BHF-BANK“), die BAS und das in einer eigenständigen Holding geführte Private-Equity-Dachfondsgeschäft der Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A., gingen auf die Deutsche Bank über. Im Zuge der Akquisition wurden alle Geschäftseinheiten der Sal. Oppenheim-Gruppe in den Unternehmensbereich AWM integriert, mit Ausnahme der BHF-BANK und der BAS, die zunächst dem früheren Konzernbereich CI zugeordnet wurden. Im zweiten Quartal 2010 wurden auch diese Einheiten nach AWM übertragen. Für Informationen zur nachfolgenden Bereichszuordnung der BHF-BANK in 2011 wird auf Anhangangabe 5 „Segmentberichterstattung“ verwiesen.

Der Verkauf der BAS an die Bank of New York Mellon wurde im August 2010 abgeschlossen. Ferner hatte der Konzern im Rahmen der Übernahme der Sal. Oppenheim-Gruppe die Services Généraux de Gestion S.A. und ihre Tochtergesellschaften erworben, die im ersten Quartal 2010 weiterverkauft wurden. Im Jahresverlauf 2010 stellte die Sal. Oppenheim-Gruppe den größten Teil ihres Investmentbanking-Geschäfts durch Verkauf oder Auflösung ein. Die Bereiche Equity Trading & Derivatives sowie Capital Markets Sales and Research wurden im zweiten Quartal 2010 von der australischen Macquarie-Gruppe übernommen. Im Dezember 2010 gab die Deutsche Bank exklusive Verhandlungen mit der liechtensteinischen LGT Group über den vorgesehenen Verkauf der BHF-BANK bekannt. Dementsprechend hatte der Konzern die BHF-BANK zum 31. Dezember 2010 als zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe klassifiziert. Für weitere Informationen zur Entwicklung in 2012 wird auf die Anhangangabe 26 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ verwiesen.

Zum Bilanzstichtag wurde ein zum Erwerbszeitpunkt ermittelter beizulegender Zeitwert des für die Sal. Oppenheim-Gruppe und die BAS entrichteten Gesamtkaufpreises von 1.261 Mio € ausgewiesen. Gemäß der mit den früheren Gesellschaftern der Sal. Oppenheim S.C.A. geschlossenen Rahmenvereinbarung könnte sich der Kaufpreis per Saldo um bis zu 476 Mio € (zahlbar im Jahr 2015) erhöhen, vorausgesetzt, dass bestimmte Risikopositionen (insbesondere Rechts- und Kreditrisiken) bis 2015 nicht auftreten. Zum Bilanzstichtag hat diese bedingte Gegenleistung einen geschätzten beizulegenden Zeitwert von null.

Die zum beizulegenden Zeitwert ermittelten Beträge für die Sal. Oppenheim-Gruppe (ohne die BAS) wurden zum Erwerbszeitpunkt abschließend wie folgt erfasst:

Beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €

Übertragene Gegenleistung	
Übertragene Gegenleistung in bar	986
Zeitwert der bedingten Gegenleistung	–
Gesamtkaufpreis	986
Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten¹	
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	2.638
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	3.298
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	889
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	6.626
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	6.174
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	5.609
Immaterielle Vermögenswerte	162
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	1.884
Alle sonstigen Vermögenswerte	2.677
Einlagen	18.461
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	796
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	5.443
Langfristige Verbindlichkeiten	1.737
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	1.836
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	1.534
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	150
Anteile ohne beherrschenden Einfluss an der Sal. Oppenheim-Gruppe	8
Identifizierbares den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Nettovermögen insgesamt	142
Geschäfts- oder Firmenwert	844
Erworbenes identifizierbares den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Nettovermögen und Geschäfts- oder Firmenwert insgesamt	986

¹ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Der im Rahmen der Akquisition entstandene Geschäfts- oder Firmenwert von 844 Mio € setzte sich hauptsächlich aus Synergien zusammen, die durch die Zusammenlegung bestimmter Geschäftsaktivitäten in den Bereichen der Vermögensverwaltung sowie aufgrund einer größeren Marktpräsenz in diesen Geschäftsbereichen in Deutschland, Luxemburg, der Schweiz und Österreich erwartet wurden. Der Geschäfts- oder Firmenwert war

steuerlich nicht abzugsfähig. Zu den immateriellen Vermögenswerten, die unter dem identifizierbaren Nettovermögen ausgewiesen wurden, zählten hauptsächlich Software, Kundenbeziehungen und die Sal. Oppenheim-Marke. Bei der Bilanzierung des Erwerbs setzte die Deutsche Bank eine Eventualverbindlichkeit von 251 Mio € für eine umfassende Anzahl von Sachverhalten an, die im Zusammenhang mit bestimmten von Sal. Oppenheim erworbenen Geschäftseinheiten stehen. Der Zeitraum und die Höhe der Mittelabflüsse lassen sich nicht voraussagen. Derzeit ist davon auszugehen, dass diese Verbindlichkeiten in den kommenden drei Jahren beglichen werden. Im Geschäftsjahr 2012 reduzierte sich der Betrag der Verbindlichkeit, im Wesentlichen durch die Neubewertung der zugrunde liegenden Verpflichtungen, auf 174 Mio €. Der Konzern analysiert weiterhin die Risiken und den möglichen Zeitrahmen der Mittelabflüsse.

Wesentliche Kategorien der Forderungen, die von Sal. Oppenheim erworben und vom Konzern als Forderungen aus dem Kreditgeschäft zum Erwerbszeitpunkt klassifiziert wurden

in Mio €	
Vertraglich festgelegte Cashflows einschließlich Zinsen (undiskontiert)	6.940
Abzüglich: Nach bester Schätzung zum Erwerbszeitpunkt ermittelte voraussichtlich nicht zu erzielende vertraglich festgelegte Cashflows	1.187
Voraussichtlich zu erzielende Cashflows¹	5.753

¹ Repräsentiert im Erwerbszeitpunkt erwartete undiskontierte Cashflows aus Tilgungen und Zinszahlungen.

Im Anschluss an die Akquisition, aber noch am Abschlusstag des Erwerbs führte die Deutsche Bank bei ihrer neuen Tochtergesellschaft Sal. Oppenheim S.C.A. eine Kapitalerhöhung über 195 Mio € durch. Dieser Betrag war nicht Bestandteil des Kaufpreises und dementsprechend nicht in der zuvor genannten Ermittlung des Geschäfts- oder Firmenwerts enthalten.

Hinsichtlich akquisitionsbezogener Kosten wurden für 2010 in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns 2 Mio € als Sachaufwand und sonstiger Aufwand ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2009 entstandene und erfasste akquisitionsbezogene Aufwendungen betrugen 11 Mio €.

Nach der Übernahme hat die Sal. Oppenheim-Gruppe (exklusive BAS) für das Geschäftsjahr 2010 Erträge von 568 Mio € und einen Verlust nach Steuern von 308 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns beigetragen. Wäre die Akquisition zum 1. Januar 2010 wirksam gewesen, hätte der Konzern daraus für 2010 Erträge in Höhe von 599 Mio € und einen Verlust in Höhe von 336 Mio € ausgewiesen.

Sonstige im Jahr 2010 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Jahr 2010 abgeschlossene Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, beinhalteten den sukzessiven Erwerb von weiteren 47,5 % der Anteile an einem bestehenden assoziierten Unternehmen auf den Philippinen. Dieser Erwerb führte zu einer Kontrollmehrheit von 95 % und der Konsolidierung des Unternehmens im ersten Quartal 2010. Der in bar entrichtete Gesamtkaufpreis von 6 Mio € wurde dem erworbenen Nettovermögen (einschließlich übernommener Verbindlichkeiten) in Höhe von 10 Mio € zugeordnet, sodass sich ein negativer Geschäfts- oder Firmenwert von 4 Mio € ergab. Dieser wurde in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns im ersten Quartal 2010 unter den Sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Beteiligung wurde CB&S zugeordnet.

Ebenfalls in 2010 erwarb der Konzern für einen Kaufpreis von 2 Mio € 100 % der Stimmrechte an einem in den USA ansässigen Anlageberatungsunternehmen. Der Kaufpreis wurde vollständig dem Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet. Die Konsolidierung des Unternehmens begann im vierten Quartal 2010. Die Beteiligung wurde CB&S zugeordnet.

Die zum beizulegenden Zeitwert ermittelten Beträge für diese Unternehmenszusammenschlüsse zum Erwerbszeitpunkt wurden wie folgt erfasst.

Beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €

Gesamtkaufpreis einschließlich beizulegender Zeitwert der Beteiligung des Konzerns vor dem Unternehmenszusammenschluss	8
Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten: ¹	
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	3
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	14
Alle sonstigen Vermögenswerte	1
Langfristige Verbindlichkeiten	7
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	1
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	10
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	–
Identifizierbares den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Nettovermögen insgesamt	10
Geschäfts- oder Firmenwert	2
Negativer Geschäfts- oder Firmenwert	4
Erworbenes identifizierbares Nettovermögen insgesamt sowie Geschäfts- oder Firmenwert, den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbar, abzüglich Negativer Geschäfts- oder Firmenwert	8

¹ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Seit dem Erwerb hatten die übernommenen Geschäftsaktivitäten insgesamt mit Erträgen und einem Ergebnis nach Steuern von jeweils 2 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das Geschäftsjahr 2010 beigetragen. Waren die Akquisitionen zum 1. Januar 2010 wirksam gewesen, hätte der Konzern für 2010 Erträge und ein Ergebnis nach Steuern von jeweils 2 Mio € ausgewiesen.

Akquisitionen und Veräußerungen von Minderheitsbeteiligungen ohne Kontrollwechsel

In den Geschäftsjahren 2012 und 2011 hat der Konzern Akquisitionen und Veräußerungen von Minderheitsbeteiligungen an Tochtergesellschaften abgeschlossen, bei denen der Konzern nicht der alleinige Eigentümer ist. Diese Transaktionen führten nicht zu einem Verlust der Kontrolle über die jeweiligen Tochtergesellschaften. Gemäß IAS 27 R wurden sie als Eigenkapitaltransaktionen zwischen dem Konzern und außenstehenden Aktionären bilanziert, bei denen kein Gewinn oder Verlust in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurde. Die im Rahmen dieser Transaktionen für 2012 und 2011 übertragene Gegenleistung betrug insgesamt 1.371 Mio € und 77 Mio €. Die Bilanzwerte der jeweiligen Mehrheits- oder Minderheitsbeteiligungen wurden angepasst, um die Veränderung der Beteiligungen des Konzerns an diesen Tochtergesellschaften darzustellen. Differenzen zwischen dem beizulegenden Zeitwert der übertragenen oder erhaltenen Gegenleistungen und den Beträgen, um die die Minderheitsbeteiligungen angepasst wurden, werden direkt im Eigenkapital erfasst.

Die folgende Tabelle beschreibt für die Geschäftsjahre 2012 und 2011 die Auswirkungen der aggregierten Veränderungen der betreffenden Beteiligungen des Konzerns, die für diese Tochtergesellschaften in den betreffenden Perioden erfasst wurden. Die Veränderungen der Beteiligungen in diesem Zeitraum betreffen hauptsächlich die konsolidierte Beteiligung an der Postbank. Im Anschluss an den Kontrollerwerb im Dezember 2010 hatte der Konzern seinen direkten Eigentumsanteil an der Postbank durch die Umwandlung der Pflichtumtauschankleihe und die Ausübung der Verkaufs- und Kaufoptionen auf Postbank-Aktien im Februar 2012 sowie durch zusätzliche Anteilstskäufe am Markt erhöht. Mit Abschluss des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags im zweiten Quartal 2012 hatte die Deutsche Bank den verbleibenden Anteil ohne beherrschenden Einfluss von 248 Mio € an der Postbank aus dem Konzern-Eigenkapital ausgebucht, da die Minderheitsaktionäre nicht mehr die Risiken und Chancen aus dem Eigentum an den Postbank-Aktien hielten. Bis zum 31. Dezember 2012 wurden der Deutschen Bank durch die Minderheitsaktionäre insgesamt 481.595 Postbank-Aktien (entsprechend ungefähr 0,22 % der ausstehenden Postbank-Aktien) angedient. Dadurch erhöhte sich der Anteil des Konzerns an der Postbank auf ungefähr 94,1 %.

in Mio €	2012	2011
Beteiligungen der Deutschen Bank zum Beginn der Periode	4.448	6.363
Nettoeffekt aus der Veränderung der Beteiligungen der Deutschen Bank	753	56
Anteil der Deutschen Bank am Gewinn oder Verlust	803	822
Anteil der Deutschen Bank am sonstigen Ergebnis	1.030	– 427
Anteil der Deutschen Bank an den sonstigen Veränderungen des Eigenkapitals	– 207	375
Beteiligungen der Deutschen Bank zum Ende der Periode	6.827	7.189

Veräußerungen

In den Geschäftsjahren 2012, 2011 und 2010 veräußerte der Konzern mehrere Tochtergesellschaften/Geschäftsbetriebe. Diese Veräußerungen enthielten hauptsächlich verschiedene Geschäftseinheiten, die der Konzern zuvor als zum Verkauf bestimmt klassifiziert hatte, darunter den Verkauf der indischen Postbank-Tochtergesellschaft Deutsche Postbank Homefinance Ltd. im ersten Quartal 2011 sowie die Veräußerung der BHF Asset Servicing GmbH im dritten Quartal 2010, welche zuvor bereits als Teil des Sal. Oppenheim-Erwerbs im ersten Quartal 2010 als zum Verkauf bestimmt klassifiziert worden war. Die gesamte für diese Veräußerungen in bar erhaltene Gegenleistung belief sich in den Jahren 2012, 2011 und 2010 auf 99 Mio €, 368 Mio € und 281 Mio €. Die folgende Tabelle enthält die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die in diesen Veräußerungen enthalten waren.

in Mio €	2012	2011	2010
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	–	21	45
Übrige Vermögenswerte	1.937	1.383	2.180
Summe der veräußerten Aktiva	1.937	1.404	2.225
Summe der veräußerten Verbindlichkeiten	1.592	1.039	1.932

Die in den Jahren 2011 und 2010 abgeschlossenen Transaktionen beinhalteten ebenfalls mehrere Veräußerungen, bei denen der Konzern eine Minderheitsbeteiligung an den ehemaligen Tochtergesellschaften behalten hat. Keine dieser Veräußerungen war einzeln betrachtet wesentlich. Die verbleibenden Beteiligungen an den ehemaligen Tochtergesellschaften wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zeitpunkt des Verlusts des beherrschenden Einflusses zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. Ab diesem Datum wurden die Beteiligungen nach der Equitymethode bilanziert. Während aus diesen Transaktionen in 2011 kein Gewinn oder Verlust zu verzeichnen war, betrug der in 2010 ausgewiesene Gewinn aus diesen Transaktionen 15 Mio € und wurde in den sonstigen Erträgen ausgewiesen. Von diesem in 2010 erfassten Ergebnis entfielen 5 Mio € auf die Neubewertung der verbleibenden Beteiligung an diesen ehemaligen Tochtergesellschaften zum beizulegenden Zeitwert.

05 – Segmentberichterstattung

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Managementansatz“. Laut diesem Ansatz sind Segmentinformationen auf Basis der internen Managementberichterstattung darzustellen. Der Vorstand der Deutschen Bank als sogenannter Chief Operating Decision Maker überprüft diese regelmäßig, um den verschiedenen Segmenten Ressourcen zuzuteilen und ihre Performance zu bewerten.

Segmente

Nach einer strategischen Überprüfung hat die Deutsche Bank im September 2012 angekündigt, eine neue Segmentstruktur zu schaffen. Im vierten Quartal 2012 wurde die Managementverantwortung für das passive Fondsgeschäft und das Geschäft mit alternativen Anlageformen, wie zum Beispiel für Exchange Traded Funds (ETFs), von CB&S auf AWM übertragen. Zusätzlich wurde mit der NCOU ein neues Segment neben CB&S, GTB, AWM und PBC geschaffen, dem nicht zum Kerngeschäft gehörende Aktiva, Passiva und Geschäfte aus CB&S, AWM und PBC sowie das gesamte ehemalige Segment Corporate Investments zugeordnet wurden. Infolge einer weiteren Integration der CB&S- und GTB-Aktivitäten wurde die Kostenallokation zwischen diesen

Konzernbereichen verfeinert. Die Zahlen der Vorperioden wurden an die Darstellung des aktuellen Berichtszeitraums angepasst.

Bei der Anpassung von Vergleichszahlen an die Darstellung der aktuellen Periode sind üblicherweise Annahmen und Ermessensentscheidungen zu treffen. Als die NCOU aufgesetzt und dargestellt wurde, wie Vergleichszahlen für Vorperioden ausgesehen hätten, wäre die neue Struktur schon früher in Kraft gewesen, wurden die folgenden Annahmen angewandt: Für Geschäftseinheiten und Portfolien von Aktiva und Passiva, die bereits in Vorperioden als Altbestände oder als nicht zum Kerngeschäft gehörende Aktivitäten eingeordnet waren, wurden alle damit verbundenen Erträge und Kosten extrahiert und in die NCOU überführt, selbst wenn Teile des Portfolios bereits vor Etablierung der NCOU veräußert worden waren. Bei der Anpassung der Vergleichszahlen um Effekte bestimmter einzelner Vermögensgegenstände, die in größere Portfolien eingebettet waren und die nicht in Abwicklung befindlich oder Altbestände waren, wurden alle Erträge und Kosten aus diesen Vermögensgegenständen der NCOU zugeordnet. Erträge und Aufwendungen ähnlicher Einzelaktiva und -passiva, welche hypothetisch für die NCOU qualifiziert hätten, wurden nicht der NCOU zugeordnet, wenn die Positionen bereits veräußert worden waren, bevor die NCOU etabliert wurde.

Die folgenden Segmente stellen die Organisationsstruktur des Konzerns dar, wie sie zum 31. Dezember 2012 in den Systemen für die interne Managementberichterstattung abgebildet wird.

Corporate Banking & Securities (CB&S) besteht aus den Geschäftsbereichen Markets und Corporate Finance. Diese bieten weltweit Kapitalmarkt- und Finanzprodukte an, dazu zählen Produkte aus den Bereichen Vertrieb und Handel, Fusionen und Übernahmen, Emission von Aktien und Anleihen sowie die Entwicklung maßgeschneiderter strukturierter Lösungen für die spezifischen Finanzierungsbedürfnisse von Unternehmen. CB&S betreut Firmen- und institutionelle Kunden, angefangen von multinationalen Unternehmen und Banken bis zu staatlichen Organisationen.

Global Transaction Banking (GTB) beinhaltet die Geschäftsbereiche Trade Finance and Cash Management Corporates sowie Trust & Securities Services and Cash Management Financial Institutions. Die Produkte und Leistungen des Unternehmensbereichs umfassen unter anderem die Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen sowie die Finanzierung von internationalen Handelsgeschäften. Außerdem stellt GTB Leistungen im Treuhand-, Vermittlungs- sowie Wertpapierverwahrungs-/verwaltungsgeschäft bereit. GTB betreut weltweit Firmen- und institutionelle Kunden, von Mittelstands- und multinationalen Unternehmen bis zu Finanzinstituten und staatlichen Organisationen.

Asset & Wealth Management (AWM) umfasst die ehemaligen Bereiche Private Wealth Management (PWM) und Asset Management (AM) sowie das passive Fondsgeschäft und das Geschäft mit alternativen Anlageformen, das nach der strategischen Überprüfung Ende 2012 AWM von CB&S zugeordnet wurde. Der integrierte Bereich basiert auf zwei Säulen: der Investment-Plattform und dem Bereich Coverage/Advisory. Die Investment-Plattform bietet Produkte unterschiedlichster Anlageklassen an und stellt Investmentmanagement-Leistungen für Wertpapiere sowie Anlagemanagement für Dritt-Partei-Portfolios inklusive des Geschäfts mit geschlossenen Lebensversicherungen bereit. Zusätzlich bietet sie Zugang zu passiven Anlageformen sowie eine große Bandbreite an alternativen Investments an. Darüber hinaus offeriert die Investment-Plattform individuelle Vermögensverwaltungslösungen und Private-Banking-Leistungen einschließlich Kreditvergabe und diskretionäres Portfoliomangement. Der Fokus von Coverage/Advisory liegt auf dem Kontakt zu und der Zusammenarbeit mit den Kunden. Neben der Betreuung institutioneller Kunden und Key Clients erbringt der Bereich für vermögende und sehr vermögende Privatanleger und ihre Familien Dienstleistungen, die maßgeschneiderte Beratung und Leistungen einschließlich eines soliden Risikomanagements beinhalten. Darüber hinaus stellt die regionale Aufstellung des Unternehmensbereichs sicher, dass lokale Charakteristika und Möglichkeiten bei der Erarbeitung von optimalen regionalen Kundenstrategien und -lösungen berücksichtigt werden.

Private & Business Clients (PBC) besteht aus drei Geschäftsbereichen: Advisory Banking Germany, das alle Geschäfte von PBC innerhalb Deutschlands ohne die Postbank betreut; Advisory Banking International, das außerhalb Deutschlands das europäische sowie die asiatischen Geschäfte von PBC inklusive der Beteiligung

an und der Partnerschaft mit der Hua Xia Bank umfasst, und Consumer Banking Germany, das hauptsächlich die Postbank-Gruppe beinhaltet. PBC bietet die gesamte Produktpalette des Privatkundengeschäfts in Europa und Asien an inklusive Portfolio-/Fondsmanagement, Maklergeschäft, Kredit- und Einlagengeschäft sowie Konten, Sparkonten und Termingelder. PBC betreut Privatkunden, vermögende Kunden sowie kleinere Firmenkunden.

Die Non-Core Operations Unit (NCOU) steuert die Aktivitäten, die nicht mehr dem Kerngeschäft zugeordnet werden und gezielten Maßnahmen zum Risikoabbau unterliegen. Die NCOU beinhaltet die folgenden Portfolien:

- Positionen aus dem Kreditkorrelationshandel, Verbriefungsaktiva, Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern und nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte wurden von CB&S zugeordnet.
- Nicht zum Kerngeschäft gehörende Aktiva von Sal. Oppenheim, hauptsächlich Hypotheken und Kredite, Immobilienfonds und Beteiligungen an Private Equity-Investmentfonds sowie andere geringfügige Beteiligungen wurden aus AWM zugeordnet.
- Nicht zum Kerngeschäft gehörende Portfolien in Consumer Banking Germany (Postbank), die hauptsächlich nicht strategische Baufinanzierungen, Spargelder und Einlagen sowie andere Verbindlichkeiten (zum Beispiel Altbestände aus Anleiheemissionen der Postbank, unbesicherte Anleihen) umfassen, wurden aus PBC zugeordnet.
- Das Structured Credit Portfolio (SCP), GIIPS-Anleihen, ausgewählte gewerbliche Immobilienkredite außerhalb Deutschlands sowie das nicht strategische Portfolio an Wertpapierpensionsgeschäften wurden von Consumer Banking (Postbank) in PBC zugeordnet.
- Nicht zum Kerngeschäft von Advisory Banking gehörende Aktivitäten wurden von PBC zugeordnet. Diese beinhalten vor allem Konsumentenkredite, deren Abwicklung vorgesehen ist und hauptsächlich außerhalb Deutschlands vergeben wurden.
- Der ehemalige Konzernbereich Corporate Investments (CI) wurde in den neuen Unternehmensbereich NCOU integriert.

Im Folgenden werden weitere Veränderungen in Bezug auf die Managementverantwortung beschrieben, die signifikante Auswirkungen auf die Segmentberichterstattung hatten:

- Im vierten Quartal 2012 wurde die Managementverantwortung für das passive Fondsgeschäft und das Geschäft mit alternativen Anlageformen, wie zum Beispiel Exchange Traded Funds (ETFs), von CB&S auf AWM übertragen.
- Infolge einer weiteren Integration der CB&S- und GTB-Aktivitäten wurde die Allokation der Coverage-Kosten zwischen diesen Konzernbereichen im vierten Quartal 2012 verfeinert.
- Die Asset-Management-Aktivitäten der Postbank wurden zum 15. August 2012 an die DWS-Gruppe veräußert und daher vom Unternehmensbereich PBC auf den Unternehmensbereich AWM übertragen.
- Die BHF-BANK ging zum 1. Januar 2011 vom ehemaligen Geschäftsbereich PWM im Unternehmensbereich AWM zurück an den ehemaligen Konzernbereich CI. Im zweiten Quartal 2010 wurde die BHF-BANK vom ehemaligen Konzernbereich CI an den ehemaligen Geschäftsbereich PWM im Unternehmensbereich AWM übertragen.
- Zum 1. Januar 2011 wurde die Beteiligung an der Actavis Group vom Unternehmensbereich CB&S auf den ehemaligen Konzernbereich CI transferiert.
- Mit Wirkung zum 1. Juli 2010 wurde für den ehemaligen Konzernbereich CIB eine integrierte Managementstruktur eingeführt. Die neue Struktur resultierte aus den Veränderungen im Vorstand und bei der Verantwortung für die Bereiche Corporate Finance und Global Transaktion Banking. Im dritten Quartal 2011 wurde die frühere Geschäftseinheit Capital Markets Sales im Unternehmensbereich GTB an den Unternehmensbereich CB&S transferiert. Darüber hinaus wurde ein Portfolio kurzfristiger Kredite an deutsche mittelständische Kunden vom Unternehmensbereich CB&S auf den Unternehmensbereich GTB übertragen. Ziel dieses Portfoliotransfers ist es, die Gemeinsamkeiten im Cash Management sowie bei Handels- und kurzfristigen Finanzierungen besser zu nutzen.

Im Folgenden werden Akquisitionen und Veräußerungen mit signifikanten Auswirkungen auf die Segmentberichterstattung des Konzerns beschrieben:

- Am 31. Oktober 2012 veräußerte der Konzern seine Beteiligung am Generikahersteller Actavis nach dem Abschluss des Verkaufs von Actavis an Watson Pharmaceuticals.
- Zum 11. November 2011 hatte der Konzern den sukzessiven Erwerb der Deutsche UFG Capital Management („DUCM“), einer der größten unabhängigen Vermögensverwaltungsgesellschaften in Russland, abgeschlossen. Die Transaktion resultierte aus der Ausübung einer Kaufoption über die verbleibenden 60 % der Anteile. Die Deutsche Bank hält nun sämtliche Anteile des erworbenen Unternehmens, die zuvor als nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen ausgewiesen wurden. Dieses Geschäft wurde dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Am 3. Dezember 2010 hatte der Konzern die Deutsche Postbank AG nach dem erfolgreichen Abschluss und der Abwicklung des freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots erstmals konsolidiert. Von diesem Zeitpunkt an wurde die Beteiligung an der Postbank dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet.
- Am 1. April 2010 hatte der Konzern den Erwerb von Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO Bank N.V. („ABN AMRO“) abgeschlossen. Dieses Geschäft wurde dem Unternehmensbereich GTB zugewiesen.
- Am 15. März 2010 hatte der Konzern die Sal. Oppenheim-Gruppe erworben, die mit Ausnahme des Geschäfts der BHF-BANK, das auf den Konzernbereich CI übertragen wurde, dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet wurde.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Die Segmentberichterstattung zeigt die Segmentergebnisse auf Basis der Managementberichterstattung einschließlich einer Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss. Erforderliche Anpassungen im Rahmen dieser Überleitung werden im Abschnitt „Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss“ dieser Anhangangabe erläutert. Die Segmentinformationen basieren auf der internen Berichterstattung über Segmentgewinne oder -verluste, Aktiva sowie anderen Informationen, die regelmäßig vom Chief Operating Decision Maker überprüft werden.

Die Managementberichterstattung der Deutschen Bank beruht grundsätzlich auf IFRS. In Ausnahmefällen werden für die interne Managementberichterstattung Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind und zu Bewertungs- und Ausweisunterschieden führen. Die größten Bewertungsunterschiede stehen im Zusammenhang mit Positionen, die in der Managementberichterstattung zum beizulegenden Zeitwert (marktbewertet) und im Konzernabschluss nach IFRS zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen werden (zum Beispiel bestimmte Finanzinstrumente in den Treasurybüchern von CB&S und PBC). Ein weiterer Bewertungsunterschied ergibt sich aufgrund der erfolgswirksamen Erfassung von Handelsergebnissen aus Eigenen Aktien in der Managementberichterstattung (hauptsächlich in CB&S), wohingegen unter IFRS eine erfolgsneutrale Berücksichtigung im Eigenkapital erfolgt. Ausweisunterschiede bestehen im Wesentlichen bei der Behandlung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss, die dem Nettoanteil der Minderheitsaktionäre an Erträgen, Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Zinsunabhängigen Aufwendungen und Ertragsteueraufwand entsprechen. Diese werden in den Segmenten im Ergebnis vor Steuern berücksichtigt (mit dem umgekehrten Betrag in C&A), während sie im Konzernabschluss nach IFRS in der Nettogewinnverwendung ausgewiesen werden.

Erträge aus Transaktionen zwischen den Segmenten werden auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen zugeordnet. Interne Serviceanbieter, die nicht als Profit Center geführt werden, weisen ihre Zinsunabhängigen Aufwendungen den jeweiligen Serviceempfängern zu. Die Allokationskriterien beruhen in der Regel auf Vereinbarungen zwischen den beteiligten Bereichen und werden auf der Basis „Menge × Preis“, „auf Festpreisbasis“ oder „zu vereinbarten Prozentsätzen“ ermittelt. Da der Konzern in den operativen Einheiten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert hat, unterliegt die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Unternehmensbereichen bestimmten Annahmen und Schätzungen. Seit 2012 werden die Erträge nicht mehr in Erträge aus Geschäften mit externen Kunden und Intersegmenterträge aufgeteilt, da diese bisher im Abschnitt „Segmentergebnisse“ verfügbaren Informationen dem Chief Operating Decision Maker im Rahmen der inter-

nen Managementberichterstattung nicht zur Verfügung gestellt und von diesem überprüft werden. Diese Änderung wurde auch für die Vergleichsperioden 2011 und 2010 vorgenommen.

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Geschäftssegmenten zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Um einen Vergleich mit Wettbewerbern zu ermöglichen, die rechtlich selbstständige Einheiten mit unabhängiger Eigenkapitalfinanzierung haben, wird der Nettozinsnutzen auf das konsolidierte Eigenkapital des Konzerns (nach Verrechnung mit bestimmten Belastungen, zum Beispiel aus der Währungsabsicherung des Kapitals ausländischer Tochtergesellschaften) den Geschäftssegmenten proportional zu dem ihnen zugeordneten durchschnittlichen Active Equity anteilig zugerechnet.

Bei der Implementierung der Änderungen in den Segmenten im vierten Quartal 2012 wurden die Informationen, die dem Chief Operating Decision Maker zur Verfügung gestellt werden und von diesem genutzt werden, untersucht. Die Aktiva der verschiedenen Segmente werden in der internen Managementberichterstattung konsolidiert dargestellt, das heißt, die Beträge beinhalten keine Aktiva zwischen den Segmenten. Der Chief Operating Decision Maker hält diese Informationen, insbesondere für die NCOU, für angemessener, da die konsolidierte Betrachtungsweise pro Segment die externe Transparenz bei den nicht zum Kerngeschäft gehörenden Positionen (zum Beispiel Aktiva) und bei dem Fortschritt der gezielten Maßnahmen zum Risikoabbau erleichtert. Die Darstellung der Aktiva pro Segment in dieser Anhangangabe wurde entsprechend geändert. Die Aktiva der verschiedenen Segmente für die Vergleichszeiträume 2011 und 2010 wurden ebenfalls entsprechend angepasst.

Das Management nutzt im Rahmen des internen Managementberichtssystems bestimmte Messgrößen für das Kapital sowie darauf bezogene Kennziffern, weil es diese bei der Darstellung der finanziellen Performance der Segmente für transparenter und aussagekräftiger hält. Durch die Veröffentlichung dieser Messgrößen erhalten Investoren und Analysten einen tieferen Einblick in die Steuerung der Geschäftsaktivitäten des Konzerns. Des Weiteren dienen sie dem besseren Verständnis der Konzernergebnisse. Diese Messgrößen beinhalten:

— **Das durchschnittliche Active Equity:** Es fließt in die Berechnung verschiedener Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem durchschnittlichen Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten daher stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Der Konzern bereinigt das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital um die durchschnittliche kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung (alle Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleichermaßen gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal auf Basis eines Vorschlags eine Abgrenzung vorgenommen und die nach Zustimmung der im folgenden Jahr stattfindenden Hauptversammlung ausgezahlt wird. Die in der Berechnung des durchschnittlichen Active Equity verwendeten Steuersätze entsprechen denen, die auch für die jeweiligen Geschäftsvorfälle im Konzernabschluss verwendet werden. Somit wird kein Durchschnittssteuersatz angewandt. Im ersten Quartal 2011 änderte der Konzern die Methode zur Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente sowie auf C&A entsprechend den regulatorischen Anforderungen. In der neuen Methode wird das Ökonomische Kapital als Basis für die Allokation durch Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Kapitalabzugsposten ersetzt. Die übrigen Regelungen des Rahmenwerks zur Kapitalallokation blieben unverändert. Der zuzurechnende Gesamtbetrag wird weiterhin nach dem höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf des Konzerns bestimmt. Seit 2012 bestimmt der Konzern seinen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital auf Grundlage einer Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente von 9,0 %, um den gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen Rechnung zu tragen (vormals basierte diese Berechnung auf einer Tier-1-Kapitalquote von 10,0 %). Das Average Active Equity für 2011 wurde entsprechend angepasst. Das Average Active Equity für 2010 wurde nicht angepasst, da das Ziel einer Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente von 9 % lediglich im Laufe des Jahres 2011 für das Jahresende 2011 kommuniziert wurde, je-

doch nicht in und für 2010 existierte. Im Ergebnis führte dies zu einer erhöhten Allokation von Kapital auf die Segmente, im Wesentlichen auf CB&S. Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden der Geschäfts- oder Firmenwert sowie sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den höheren Wert aus gesamtökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf, wird der Mehrbetrag C&A zugeordnet.

- Die Eigenkapitalrendite in %, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity, ist definiert als der prozentuale Anteil des Ergebnisses vor Steuern, reduziert um die Anteile ohne beherrschenden Einfluss am durchschnittlichen Active Equity vor Steuern. Beim Vergleich dieser auf Basis des durchschnittlichen Active Equity ermittelten Renditen mit denen anderer Unternehmen sind die unterschiedlichen Berechnungsweisen der jeweiligen Kennzahlen zu berücksichtigen.

Segmentergebnisse

Die folgenden Tabellen zeigen die Segmentergebnisse inklusive der Abstimmung der konsolidierten IFRS-Ergebnisse jeweils für die Geschäftsjahre 2012, 2011 und 2010.

2012

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit	Management Reporting insgesamt
Erträge insgesamt¹	15.648	4.006	4.466⁴	9.541	1.058	34.719
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	121	168	18	781	634	1.721
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.637	3.169	4.288	7.221	3.305	30.619
davon/darin:						
Abschreibungen und Amortisation	5	0	0	- 0	2	8
Abfindungszahlungen	167	24	43	249	3	487
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-	414	-	-	414
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	1.174	73	202	15	421	1.886
Restrukturierungsaufwand	246	40	104	-	3	394
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	17	-	0	16	33	66
Ergebnis vor Steuern	2.874	669	160	1.524	- 2.914	2.313
Aufwand-Ertrag-Relation	81 %	79 %	96 %	76 %	N/A	88 %
Aktiva ^{2,3}	1.475.090	77.378	68.408	282.603	97.265	2.000.744
Investitionen in langlebige Aktiva	15	1	1	140	-	157
Risikogewichtete Aktiva	124.939	27.093	12.451	72.695	80.295	317.472
Durchschnittliches Active Equity	18.236	3.012	5.888	11.865	10.189	49.191
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	16 %	22 %	3 %	13 %	- 29 %	5 %
1 beinhaltet:						
Zinsüberschuss	5.368	1.805	946	6.116	1.533	15.767
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	131	5	6	312	- 299	155
2 beinhaltet:						
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	751	46	131	2.303	307	3.538

N/A – nicht aussagekräftig

³ Seit 2012 werden die Aktiva der Segmente konsolidiert dargestellt, das heißt, die Beträge beinhalten keine Aktiva zwischen den Segmenten. Vorherige Perioden wurden entsprechend angepasst.

⁴ Beinhaltet Erträge im Versicherungsgeschäft aus Abbey Life in Höhe von 420 Mio €, die durch Aufwendungen im Versicherungsgeschäft in den zinsunabhängigen Aufwendungen ausgeglichen werden.

2011

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit	Management Reporting insgesamt
Erträge insgesamt¹	14.109	3.608	4.277⁴	10.393	879	33.266
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	90	158	22	1.185	385	1.840
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.341	2.411	3.313	7.128	2.554	25.746
davon/darin:						
Abschreibungen und Amortisation	36	6	25	165	272	504
Abfindungszahlungen	79	14	29	220	60	403
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	–	–	207	–	–	207
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–	–	–	–	–
Restrukturierungsaufwand	–	–	–	–	–	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	21	–	0	178	14	213
Ergebnis vor Steuern	3.657	1.039	942	1.902⁵	- 2.074	5.466
Aufwand-Ertrag-Relation	73 %	67 %	77 %	69 %	N/A	77 %
Aktiva ^{2,3}	1.591.863	85.751	68.848	270.086	134.712	2.151.260
Investitionen in langlebige Aktiva	44	7	37	181	98	367
Risikogewichtete Aktiva	155.302	26.986	14.626	78.637	103.810	379.362
Durchschnittliches Active Equity	14.389	3.068	5.656	12.081	11.405	46.599
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	25 %	34 %	17 %	16 %	- 18 %	12 %
1 beinhaltet:						
Zinsüberschuss	5.949	1.744	805	6.592	2.152	17.242
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	23	2	40	140	- 471	- 266
2 beinhaltet:						
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	731	43	154	2.043	751	3.722

N/A – nicht aussagekräftig

³ Seit 2012 werden die Aktiva der Segmente konsolidiert dargestellt, das heißt, die Beträge beinhalten keine Aktiva zwischen den Segmenten. Vorherige Perioden wurden entsprechend angepasst.

⁴ Beinhaltet Erträge im Versicherungsgeschäft aus Abbey Life in Höhe von 178 Mio €, die durch Aufwendungen im Versicherungsgeschäft in den zinsunabhängigen Aufwendungen ausgeglichen werden.

⁵ Beinhaltet einen positiven Effekt von 236 Mio € im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank, die nach der Equitymethode bewertet wurde.

2010

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit	Management Reporting insgesamt
Erträge insgesamt ¹	16.282	3.379 ⁴	4.520 ⁵	6.048	- 1.285 ⁶	28.944
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	19	113	14	550	577	1.273
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.920	2.386	3.905	4.408	1.690	23.308
davon/darin:						
Abschreibungen und Amortisation	41	6	46	73	73	238
Abfindungszahlungen	189	71	60	33	61	414
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-	486	-	-	486
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	29	-	-	-	29
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	21	-	-2	8	-4	24
Ergebnis vor Steuern	5.321	880	603	1.082	- 3.548	4.339
Aufwand-Ertrag-Relation	67 %	71 %	86 %	73 %	N/A	81 %
Aktiva ^{2,3}	1.314.556	67.621	66.334	276.878	168.397	1.893.785
Investitionen in langlebige Aktiva	52	1	11	67	776	907
Risikogewichtete Aktiva	139.216	26.996	15.051	87.031	75.228	343.522
Durchschnittliches Active Equity	13.320	2.416	5.277	3.174	9.318	33.505
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basiert auf dem durchschnittlichen Active Equity)	40 %	36 %	11 %	34 %	- 38 %	13 %
1 beinhaltet:						
Zinsüberschuss	7.434	1.387	751	3.671	2.283	15.526
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	- 83	1	18	- 12	- 1.934	- 2.010
2 beinhaltet:						
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	1.659	41	208	34	616	2.558

N/A – nicht aussagekräftig

³ Seit 2012 werden die Aktiva der Segmente konsolidiert dargestellt, das heißt, die Beträge beinhalten keine Aktiva zwischen den Segmenten. Vorherige Perioden wurden entsprechend angepasst.

⁴ Beinhaltet einen Gewinn aus der Vereinnahmung von negativem Geschäfts- oder Firmenwert im Zusammenhang mit dem Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO in Höhe von 208 Mio € aus dem zweiten Quartal 2010.

⁵ Beinhaltet Erträge im Versicherungsgeschäft aus Abbey Life in Höhe von 511 Mio €, die durch Aufwendungen im Versicherungsgeschäft in den zinsunabhängigen Aufwendungen ausgeglichen werden.

⁶ Beinhaltet eine Belastung bezüglich der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG in Höhe von 2.338 Mio €.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

In der nachstehenden Tabelle werden die auf Basis der Managementberichtssysteme ermittelten Segmentergebnisse und -aktiva auf den Konzernabschluss für die Geschäftsjahre 2012, 2011 und 2010 übergeleitet.

	2012			2011			2010		
in Mio €	Management Reporting insgesamt	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt ¹	34.719	- 978	33.741	33.266	- 38	33.228	28.944	- 377	28.567
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.721	0	1.721	1.840	- 1	1.839	1.273	0	1.274
Zinsunabhängige Aufwendungen	30.619	617	31.236	25.746	253	25.999	23.308	10	23.318
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	66	- 66	-	213	- 213	-	24	- 24	-
Ergebnis vor Steuern	2.313	- 1.529	784	5.466	- 77	5.390	4.339	- 363	3.975
Aktiva ²	2.000.744	11.585	2.012.329	2.151.260	12.843	2.164.103	1.893.785	11.844	1.905.630
Risikogewichtete Aktiva	317.472	16.133	333.605	379.362	1.884	381.246	343.522	2.683	346.204
Durchschnittliches Active Equity ³	49.191	5.929	55.120	46.599	3.850	50.449	33.505	7.848	41.353

¹ Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.

² Seit 2012 werden die Aktiva der Segmente konsolidiert dargestellt, das heißt, die Beträge beinhalten keine Aktiva zwischen den Segmenten. Vorherige Perioden wurden entsprechend angepasst.

³ Der Anstieg des durchschnittlichen Active Equity in C&A spiegelt den Kapitalaufbau der Bank als Reaktion auf die erhöhten externen Kapitalanforderungen unter dem Basel 3-Rahmenwerk wider.

Im Geschäftsjahr 2012 beinhalteten die Erträge in C&A im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Die Effekte aus unterschiedlichen Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und gemäß IFRS beliefen sich auf negative 715 Mio €. Diese Effekte gleichen sich über die Laufzeit der Positionen aus. Sie beinhalteten rund 305 Mio € aus ökonomisch abgesicherten Positionen, die aus der Umkehrung von Bewertungseffekten aus Vorperioden sowie aus der Veränderung von Euro- und US-Dollar-Zinssätzen resultierten. Rund 290 Mio € der negativen Effekte resultierten aus dem Einfluss engerer mittel- und langfristiger Spreads auf zum Marktwert bilanzierte US-Dollar-Euro Basis Swaps, die im Rahmen der Refinanzierung des Konzerns genutzt werden. Außerdem ergaben sich aufgrund geringerer Risikoauflschläge bei eigenen Verbindlichkeiten Marktwertverluste von rund 115 Mio € in C&A.
- Die Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften führte zu einer Verminderung der Erträge um circa 345 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Zinserträgen (per Saldo), die nicht den Segmenten zugeordnet wurden, und aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen. Diese Sachverhalte beinhalteten Refinanzierungsaufwendungen (per Saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, zum Beispiel latente Steuerforderungen/-verbindlichkeiten, und Zinserträge (per Saldo) im Zusammenhang mit Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten von nahezu 360 Mio € sowie die Bankenabgaben von 213 Mio €. Diese entfielen hauptsächlich auf die Bankenabgabe in Deutschland, die durch eine Erstattung aus der Bankenabgabe in Großbritannien aufgrund des in 2012 ratifizierten Doppelbesteuerungsabkommens teilweise kompensiert wurde.

Anteile ohne beherrschenden Einfluss werden von den Erträgen vor Steuern in den Segmenten abgezogen und in C&A wieder eliminiert. Der Rückgang in 2012 verglichen mit 2011 war im Wesentlichen auf die Postbank zurückzuführen.

Aktiva enthalten Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente lagen, wie zum Beispiel latente Steuern und bereichsübergreifende Abrechnungskonten.

Risikogewichtete Aktiva in C&A enthalten Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente lagen, in erster Linie solche Konzernaktiva, die im Zusammenhang mit den Pensionsplänen des Konzerns stehen. Im Jahr 2012 in C&A reklassifizierte risikogewichtete Aktiva aus Aktiva aus Pensionsfonds (brutto) waren der wesentliche Grund für den Anstieg der risikogewichteten Aktiva in C&A.

Das durchschnittliche Active Equity in C&A reflektiert den verbleibenden, nicht den Segmenten zugeordneten Eigenkapitalbetrag, wie in diesem Anhang unter dem Abschnitt „Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten“ beschrieben wird.

Die wesentlichen Sachverhalte, die die Erträge in C&A in 2011 und in 2010 betrafen, waren:

- Sich im Zeitablauf ausgleichende unterschiedliche Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und gemäß IFRS beliefen sich auf positive 25 Mio € beziehungsweise negative 210 Mio € in 2011 und 2010. In 2011 beeinflussten zwei sich teilweise kompensierende Effekte das Ergebnis. Gewinnen aus der Erhöhung von Risikoauflschlägen für eigene Verbindlichkeiten standen Verluste (per Saldo) aus ökonomisch abgesicherten kurzfristigen Positionen sowie ökonomisch abgesicherten Anleiheemissionen gegenüber. Diese Verluste resultierten im Wesentlichen aus der Veränderung von Euro- und US-Dollar-Zinssätzen. Im Jahr 2010 war der letzte der beiden vorgenannten Effekte der Haupttreiber für den Marktwertverlust.
- Die Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften führte zu einer Verminderung der Erträge um circa 215 Mio € beziehungsweise 245 Mio €.

— Die übrigen Erträge stammten aus Zinserträgen (per Saldo), die nicht den Segmenten zugeordnet wurden, und aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen. Diese Sachverhalte beinhalten Refinanzierungsaufwendungen (per Saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, zum Beispiel latente Steuerforderungen/-verbindlichkeiten, und Zinserträge (per Saldo) im Zusammenhang mit Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen in 2011 beinhalteten hauptsächlich Bankenabgaben in Deutschland und Großbritannien in Höhe von 247 Mio €. In 2010 enthielten die zinsunabhängigen Aufwendungen Versicherungsleistungen, die zum Teil durch die Neubildung von Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten ausgeglichen wurden, sowie weitere Sachverhalte außerhalb der Managementverantwortung der Segmente.

Der Anstieg der Anteile ohne beherrschenden Einfluss in 2011 verglichen mit 2010 war im Wesentlichen auf die Postbank zurückzuführen.

Angaben auf Unternehmensebene

Ertragskomponenten

in Mio €	2012	2011	2010
Corporate Banking & Securities:			
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	9.181	8.520	9.844
Sales & Trading (Equity)	2.288	2.235	2.875
Sales & Trading insgesamt	11.469	10.755	12.718
Emissionsgeschäft (Debt)	1.417	1.056	1.200
Emissionsgeschäft (Equity)	518	559	706
Emissionsgeschäft insgesamt	1.935	1.615	1.906
Beratung	590	621	573
Kreditgeschäft	1.107	1.158	1.146
Sonstige Produkte	547	-39	-62
Corporate Banking & Securities insgesamt	15.648	14.109	16.282
Global Transaction Banking:			
Transaction Services	4.006	3.608	3.163
Sonstige Produkte	-	-	216
Global Transaction Banking insgesamt	4.006	3.608	3.379
Asset & Wealth Management:			
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	2.108	2.104	2.178
Beratungs-/Brokeragegeschäft	807	789	830
Kreditgeschäft	411	393	378
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	236	158	142
Sonstige Produkte ¹	904	833	993
Asset & Wealth Management insgesamt	4.466	4.277	4.520
Private & Business Clients:			
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	213	251	313
Beratungs-/Brokeragegeschäft	860	914	887
Kreditgeschäft	2.149	2.099	2.117
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	2.064	2.085	1.962
Sonstige Produkte ²	4.255	5.044	769
Private & Business Clients insgesamt	9.541	10.393	6.048
Non-Core Operations Unit insgesamt	1.058	879	-1.285
Consolidation & Adjustments	-978	-38	-377
Insgesamt³	33.741	33.228	28.567

¹ Beinhaltet Erträge aus Indexfonds.

² Beinhaltet Erträge aus der Postbank seit der Konsolidierung am 3. Dezember 2010.

³ Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Bereichen für die Geschäftsjahre 2012, 2011 und 2010 aufgeführt. Für CB&S, GTB, AWM, PBC und NCOU erfolgt die Verteilung auf die Regionen im Wesentlichen nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, welche die Erträge bilanziell erfasst. Die Angaben zu C&A werden nur auf globaler Ebene ausgewiesen, da die Managementverantwortung für diesen Bereich zentral wahrgenommen wird.

in Mio €	2012	2011	2010
Deutschland:			
CB&S	1.483	1.380	1.724
GTB	1.256	1.213	1.159
AWM	1.157	1.181	1.188
PBC	7.560	8.516	4.438
NCOU	1.018	520	360
Deutschland insgesamt	12.473	12.808	8.869
Europa, Mittlerer Osten und Afrika:			
CB&S	5.833	5.393	5.837
GTB	1.377	1.263	1.225
AWM	1.218	2.070	1.912
PBC	1.949	1.851	1.574
NCOU	-422	-124	-1.687
Europa, Mittlerer Osten und Afrika insgesamt¹	9.955	10.453	8.861
Amerika (insbesondere Vereinigte Staaten):			
CB&S	5.663	4.693	5.781
GTB	770	627	596
AWM	1.666	623	1.061
PBC	-	-	-
NCOU	484	445	15
Amerika insgesamt	8.584	6.389	7.453
Asien/Pazifik:			
CB&S	2.670	2.643	2.939
GTB	603	505	400
AWM	424	404	360
PBC	32	27	37
NCOU	-22	38	28
Asien/Pazifik insgesamt	3.707	3.617	3.763
Consolidation & Adjustments	-978	-38	-377
Konsolidierte Nettoerträge insgesamt²	33.741	33.228	28.567

¹ In 2012 trug Großbritannien 48 % (2011: 53 %; 2010: 70 %) zu diesen Erträgen bei.

² Die konsolidierten Erträge insgesamt umfassen die Zinserträge, Zinsaufwendungen und die zinsunabhängigen Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Das Ergebnis ist je nach Standort der bilanzierenden Geschäftsstelle den entsprechenden Ländern zugeordnet. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle beziehungsweise von sonstigen Geschäftsstellen des Kunden und den Standorten der Deutsche Bank-Mitarbeiter, welche das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts, an dem die Mitarbeiter, Kunden und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen wie beispielsweise der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten ab.

Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

06 –

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Zinsüberschuss

in Mio €	2012	2011	2010
Zinsen und ähnliche Erträge:			
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	919	794	691
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	762	977	446
Forderungen aus Wertpapierleihen	203	155	133
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	14.124	15.376	15.589
Zinserträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	1.449	935	700
Dividendenerträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	138	148	137
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	13.662	14.914	10.222
Sonstige	985	1.579	861
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	32.242	34.878	28.779
Zinsaufwendungen:			
Verzinsliche Einlagen	5.725	6.779	3.800
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	315	426	301
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	421	343	278
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	6.637	6.515	6.019
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	342	479	375
Langfristige Verbindlichkeiten	1.929	1.835	1.490
Hybride Kapitalinstrumente	842	813	781
Sonstige	140	243	152
Zinsaufwendungen insgesamt	16.351	17.433	13.196
Zinsüberschuss	15.891	17.445	15.583

Die Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten beliefen sich für das Geschäftsjahr 2012 auf 100 Mio € (2011: 83 Mio €; 2010: 146 Mio €).

Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	2012	2011	2010
Handelsergebnis:			
Sales & Trading (Equity)	1.601	- 1.404	133
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	4.630	4.379	4.982
Sales & Trading insgesamt	6.230	2.975	5.115
Sonstige	- 669	- 226	- 1.457
Handelsergebnis insgesamt	5.561	2.749	3.658
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen:			
Aufgliederung nach Kategorie finanzieller Vermögenswerte/Verbindlichkeiten			
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	14	- 20	35
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	- 1	- 0	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen	738	- 894	- 331
Einlagen	- 56	- 368	- 13
Langfristige Verbindlichkeiten ¹	- 698	1.772	83
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen	41	- 181	- 78
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	38	309	- 304
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	5.599	3.058	3.354

¹ Beinhaltet 167 Mio € in 2012 (2011: minus 20 Mio €; 2010: 39 Mio €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts korrespondierender Instrumente in Höhe von 97 Mio € in 2012 (2011: minus 108 Mio €; 2010: 163 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

Summe aus Zinsüberschuss und dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	2012	2011	2010
Zinsüberschuss	15.891	17.445	15.583
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	5.599	3.058	3.354
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	21.490	20.503	18.937
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aufgegliedert nach Konzernbereich/Produkt:			
Sales & Trading (Equity)	1.738	1.504	2.151
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	8.212	8.107	9.102
Sales & Trading insgesamt	9.951	9.611	11.253
Kreditgeschäft ¹	337	353	171
Übrige Produkte	1.015	535	353
Corporate Banking & Securities ²	11.303	10.499	11.777
Global Transaction Banking	1.869	1.842	1.451
Asset & Wealth Management	1.451	991	1.179
Private & Business Clients	6.221	6.623	3.875
Non-Core Operations Unit	277	588	321
Consolidation & Adjustments	370	-40	333
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	21.490	20.503	18.937

¹ Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Credit Default Swaps und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

² Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

Die Handels- und Risikomanagementaktivitäten des Konzerns schließen erhebliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten ein. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen (beispielsweise Coupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelspositionen als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus Handelsaktivitäten entweder unter dem Zinsüberschuss oder unter dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Um diese Entwicklung, bezogen auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns, besser analysieren zu können, wird im Folgenden die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs CB&S nach Produkten untergliedert.

07 – Provisionsüberschuss

in Mio €	2012	2011	2010
Provisionsertrag und -aufwand:			
Provisionsertrag	13.933	14.409	13.652
Provisionsaufwand	2.422	2.865	2.983
Provisionsüberschuss	11.510	11.544	10.669
in Mio €	2012	2011	2010
Provisionsüberschuss:			
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	3.425	3.458	3.529
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	3.418	3.665	3.873
Gebühren für sonstige Dienstleistungen ¹	4.667	4.421	3.267
Provisionsüberschuss	11.510	11.544	10.669

¹ Der Anstieg von 2010 auf 2011 war auf Provisionserträge der Postbank zurückzuführen, die nicht aus dem Bankgeschäft stammen.

08 –

Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

in Mio €	2012	2011	2010
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:			
Ergebnis aus festverzinslichen Wertpapieren:	65	-223	58
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	116	285	74
Wertminderungen	-51	-508 ¹	-16
Ergebnis aus nicht festverzinslichen Wertpapieren:	206	289	120
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen/Neubewertungen	306	383	164
Wertminderungen	-100	-94	-44
Ergebnis aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft:	55	17	18
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	63	24	36
Wertminderungen	-8	-7	-18
Wertaufholungen	0	-	0
Ergebnis aus sonstigem Anteilsbesitz:	-25	39	5
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	-24	56	40
Wertminderungen	-1	-17	-35
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	301	123	201

¹ Beinhaltet 527 Mio € Wertminderungen von griechischen Staatsanleihen, die durch Wertaufholungen von in Vorjahren erfassten Wertminderungen teilweise kompensiert wurden.

Für weitere Informationen wird auf Anhangangabe 17 „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ verwiesen.

09 –

Sonstige Erträge

in Mio €	2012	2011	2010
Sonstige Erträge:			
Ergebnis aus aus Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	-18	33	-3
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf von aus Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	31	14	5
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung konsolidierter Tochtergesellschaften	41	39	18
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	4	-22	-87
Beiträge im Versicherungsgeschäft ¹	220	214	252
Ergebnis aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten ²	-1.081	336	34
Konsolidierte Beteiligungen ³	768	570	247
Übrige sonstige Erträge	316	138	298
Sonstige Erträge insgesamt	281	1.322	764

¹ Versicherungsprämien abzüglich an Rückversicherer gezahlter Prämien. Die Entwicklung ist im Wesentlichen auf Abbey Life Assurance Company Limited zurückzuführen.

² Der Rückgang von 2011 auf 2012 ist auf die Ineffektivität von Absicherungsgeschäften zurückzuführen.

³ Der Anstieg von 2010 auf 2011 ist im Wesentlichen auf höhere operative Erträge aus The Cosmopolitan of Las Vegas, das im Dezember 2010 die Geschäftstätigkeit aufnahm, zurückzuführen.

10 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	2012	2011	2010
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:			
EDV-Aufwendungen	2.547	2.194	2.274
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.115	2.072	1.679
Aufwendungen für Beratungsleistungen	1.870	1.632	1.616
Kommunikation und Datenadministration	907	849	785
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	518	539	554
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungss- und Depotdienstleistungen	609	504	418
Marketingaufwendungen	376	410	335
Konsolidierte Beteiligungen ¹	760	652	390
Sonstige Aufwendungen ²	5.314	3.805	2.082
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	15.016	12.657	10.133

¹ Der Anstieg von 2010 auf 2011 ist im Wesentlichen auf höhere operative Kosten für The Cosmopolitan of Las Vegas zurückzuführen, das im Dezember 2010 eröffnet wurde.

² Die Zunahme von 2011 auf 2012 ist vorwiegend auf Aufwendungen von 2,5 Mrd € im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen. Siehe Anhangangabe 29 „Rückstellungen“ für nähere Informationen zu diesen Rechtsstreitigkeiten. Der Anstieg von 2010 auf 2011 ist im Wesentlichen auf Sonderbelastungen in CB&S (655 Mio € im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten und eine Sonderbelastung von 310 Mio € aus nicht geltend gemachten Umsatzsteueransprüchen in Deutschland) und die erstmalige Erfassung der Bankenabgabe in Deutschland und Großbritannien in Höhe von 247 Mio € zurückzuführen.

11 – Restrukturierung

Zur Verbesserung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit wird der Konzern in den kommenden Jahren Kosten, Redundanzen und Komplexität in erheblichem Umfang verringern. Innerhalb der nächsten drei Jahre wird der Konzern insgesamt ungefähr 4 Mrd € aufwenden, um bis zum Jahr 2015 jährliche Kosteneinsparungen von 4,5 Mrd € zu erzielen.

Der Konzern kündigte im Zwischenbericht zum 30. Juni 2012 einen Abbau von ungefähr 1.900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an. Im Verlauf des zweiten Halbjahres 2012 wurde diese Zahl geändert und es wurden 2.361 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter identifiziert, die im Rahmen der Restrukturierungs- und anderen Maßnahmen den Konzern verlassen werden. Von dem geplanten Abbau wurde eine Reduzierung von 673 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch Maßnahmen erreicht, die nicht als Restrukturierungsaufwand entsprechend dem im folgenden Absatz genannten Restrukturierungsprogramm verbucht werden können, zum Beispiel durch freiwillig ausscheidende oder in den Ruhestand tretende Beschäftigte, deren Arbeitsplätze nicht wieder besetzt werden. Die übrigen 1.688 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fallen unter das Restrukturierungsprogramm. Die Reduzierung insgesamt betrifft den Unternehmensbereich CB&S mit 1.064 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Unternehmensbereich AWM mit 683 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Unternehmensbereich NCOU mit zwei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie die Infrastrukturbereiche mit 612 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, davon 497 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Unternehmensbereich CB&S unterstützen, und 115 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Unternehmensbereich AWM unterstützen.

Im zweiten Halbjahr 2012 genehmigte der Konzernvorstand zwei Projektphasen an Restrukturierungsaufwendungen, welche ein Teil der insgesamt geplanten Aufwendungen von ungefähr 4 Mrd € sind. Der Restrukturierungsaufwand beinhaltet sowohl Abfindungszahlungen und zusätzlichen Einmalaufwand zur beschleunigten Amortisation von noch nicht amortisierten aufgeschobenen Vergütungskomponenten aufgrund der Beendigung der Beschäftigungsverhältnisse als auch Ablösungszahlungen für die vorzeitige Kündigung von Immobilienmietverträgen. An Restrukturierungsaufwendungen sind im zweiten Halbjahr 2012 394 Mio € angefallen. Davon wurden 311 Mio € für Abfindungsleistungen im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns in Bezug auf Restrukturierungsmaßnahmen verbucht. Hinzu kamen 83 Mio € für die beschleunigte Amortisation von noch nicht amortisierten aufgeschobenen Vergütungskomponenten. Vom Gesamtbetrag

von 394 Mio € entfiel auf den Unternehmensbereich CB&S ein Betrag von 246 Mio €, auf den Unternehmensbereich AWM ein Betrag von 104 Mio €, auf den Unternehmensbereich GTB ein Betrag von 41 Mio € und auf den Unternehmensbereich NCOU ein Betrag von 3 Mio €, jeweils einschließlich Verrechnungen von Infrastrukturbereichen. Die Rückstellung für Restrukturierung betrug am 31. Dezember 2012 165 Mio €.

Der größte Teil des Restbetrags vom genehmigten Budget für Restrukturierungsaufwendungen wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2013 anfallen.

12 – Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, welche durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeteilter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Die oben genannten Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Berechnung des unverwässerten und verwässerten Ergebnisses je Aktie

in Mio €	2012	2011	2010
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis –			
Zähler zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	<u>237</u>	4.132	2.310
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften und Optionen	–	–	–
wandelbaren Schuldtiteln	–	– 13	3
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis nach angenommener Wandlung – Zähler zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	<u>237</u>	4.119	2.313
Anzahl der Aktien in Mio			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien –			
Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	<u>934,1</u>	928,0	753,3
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften	–	–	–
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	–	–	–
wandelbaren Schuldtiteln	–	1,5	2,1
gewährten Aktienrechten	<u>25,8</u>	27,8	35,4
Sonstigem (einschließlich Optionen im Handel)	–	–	–
Potenziell verwässernde Stammaktien	<u>25,8</u>	29,3	37,5
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	<u>959,9</u>	957,3	790,8

Ergebnis je Aktie

in €	2012	2011	2010
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	<u>0,25</u>	4,45	3,07
Ergebnis je Aktie (verwässert)	<u>0,25</u>	4,30	2,92

Am 6. Oktober 2010 schloss die Deutsche Bank AG eine Kapitalerhöhung mit der Ausgabe von Bezugsrechten ab. Da der Preis der Bezugsrechte der neuen Aktien unterhalb des Marktpreises der bestehenden Aktien lag, beinhaltet die Kapitalerhöhung eine Bonuskomponente. Gemäß IAS 33 ergibt sich diese Bonuskomponente aus einer impliziten Veränderung der ausstehenden Aktien für alle Perioden vor der Kapitalerhöhung, ohne

dass es zu einer proportionalen Änderung der Ressourcen kam. Infolgedessen wurden die durchschnittlich ausstehenden Aktien für alle Berichtsperioden vor dem 6. Oktober 2010 rückwirkend angepasst.

Ausstehende Instrumente, die bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt wurden¹

Anzahl der Aktien in Mio	2012	2011	2010
Terminkäufe	–	–	–
Wandelbare Schuldtitel	–	0,2	–
Geschriebene Verkaufsoptionen	0,0	–	–
Geschriebene Kaufoptionen	0,0	–	–
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,3	0,3	0,4
Gewährte Aktienrechte	–	–	–

¹ Diese Instrumente wurden bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt, da sie eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätten.

Anhangangaben zur Bilanz

13 –

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	218.411	214.087
Sonstige Handelsaktiva ¹	27.127	26.837
Handelsaktiva insgesamt	245.538	240.924
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	768.316	859.582

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:

Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	124.987	117.284
Forderungen aus Wertpapierleihen	28.304	27.261
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	18.248	24.220
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	15.488	11.528
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	187.027	180.293
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.200.881	1.280.799

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 18.152 Mio € zum 31.12.2012 (2011: 18.039 Mio €).

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Handelsspassiva:		
Wertpapiere	53.236	60.005
Sonstige Handelsspassiva	1.678	3.881
Handelsspassiva insgesamt	54.914	63.886
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	752.706	838.817

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:

Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	82.267	93.606
Kreditzusagen	463	1.192
Langfristige Verbindlichkeiten	12.193	13.889
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	14.243	9.631
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	109.166	118.318
Investmentverträge¹	7.732	7.426
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	924.518	1.028.447

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Nähere Informationen zu diesen Verträgen werden in Anhangangabe 39 „Versicherungs- und Investmentverträge“ dargestellt.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern hat unterschiedliche Kreditbeziehungen zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert. Die Kreditbeziehungen umfassen in Anspruch genommene Kredite und nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen. Das maximale Kreditrisiko eines in Anspruch genommenen Kredits entspricht seinem beizulegenden Zeitwert. Das maximale Kreditrisiko des Konzerns aus in Anspruch genommenen Kredi-

ten und Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen belief sich zum 31. Dezember 2012 auf 172 Mrd € (2011: 169 Mrd €). Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen können ebenfalls zu einem Kreditrisiko, insbesondere zu einem Kontrahentenrisiko, führen.

Das Kreditrisiko aus den zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen wird durch das Halten von Sicherheiten gemindert. Die Bewertung der Instrumente berücksichtigt die Kreditverbesserung durch die erhaltene Sicherheit. Dadurch ergeben sich für diese Instrumente keine materiellen Schwankungen des Kontrahentenrisikos, weder während des Jahres noch kumulativ.

Veränderung im beizulegenden Zeitwert der Kredite¹ und Kreditzusagen, die der Änderung des Kontrahentenrisikos zuzurechnen ist²

in Mio €	31.12.2012		31.12.2011	
	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen
Nominalwert von Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen, die Kreditrisiken ausgesetzt sind	3.013	39.599	5.477	46.185
Jährliche Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	53	710	-88	-611
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts ³	1	674	-84	-236
Nominalwert der Kreditderivate, die zur Senkung von Kreditrisiken benutzt werden	2.212	29.588	4.055	37.289
Jährliche Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	-65	-922	62	576
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts ³	-50	-821	55	425

¹ Bei überbesicherten Forderungen aus dem Kreditgeschäft sind aufgrund der Veränderungen des Kontrahentenrisikos keine wesentlichen Bewertungsänderungen innerhalb des Jahres oder kumulativ zu verzeichnen.

² Bestimmt mit einem Bewertungsmodell, das die Auswirkungen des Marktrisikos auf den beizulegenden Zeitwert ausschließt.

³ Die Veränderungen sind den Forderungen aus dem Kreditgeschäft und den Kreditzusagen zuzuordnen, die am Berichtsstichtag im Bestand waren. Dies kann von denen abweichen, die in der Vorperiode gehalten wurden. Die Vorjahreswerte wurden nicht angepasst, um die Veränderungen der zugrunde liegenden Portfolien darzustellen.

Auf das Kreditrisiko des Konzerns zurückzuführende Bewertungsänderungen der finanziellen Verpflichtungen¹

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Jährliche Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	-213	141
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	-79	197

¹ Der beizulegende Zeitwert einer finanziellen Verpflichtung berücksichtigt das Kreditrisiko dieser finanziellen Verpflichtung. Die Bewertungsänderungen von finanziellen Verpflichtungen, die durch konsolidierte Zweckgesellschaften begeben wurden, sind nicht enthalten. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Instrumente sind nicht vom Kreditrisiko des Konzerns abhängig, sondern von der in der rechtlich eigenständigen Zweckgesellschaft gehaltenen Sicherheit.

Der den Buchwert der finanziellen Verpflichtungen übersteigende vertraglich vereinbarte Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit¹

in €	31.12.2012	31.12.2011
Einschließlich nicht gezogener Kreditzusagen ²	41.305	45.634
Ohne nicht gezogene Kreditzusagen	726	641

¹ Es wird unterstellt, dass die Verpflichtung zum frühestmöglichen vertraglich vereinbarten Fälligkeitstag, an dem der Konzern zur Zahlung verpflichtet werden kann, zurückgezahlt wird. Da der zahlbare Betrag nicht festgelegt ist, wird er am Bilanzstichtag mit Referenz auf aktuelle Konditionen bestimmt.

² Die vertraglich vereinbarten Zahlungsströme für nicht gezogene Kreditzusagen unterstellen eine volle Ziehung der Fazilität.

14 –

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“, wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „Zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet. Seit dem ersten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umwidmungen vorgenommen.

Auf Basis der veröffentlichten Änderungen wurden die Vermögenswerte umgewidmet, für die sich am Umwidmungsstichtag die Zweckbestimmung eindeutig geändert hatte. Statt einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht bestand die Absicht und die Fähigkeit, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu

halten. Die Umwidmungen erfolgten zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts zum jeweiligen Umwidmungsstichtag.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Buchwert am Umwidmungsstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die direkt in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden	–	– 1,1
Effektivzinssätze am Umwidmungsstichtag:		
obere Grenze	13,1 %	9,9 %
untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Zahlungsströme am Umwidmungsstichtag	39,6	17,6

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte der in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte nach Art des Vermögenswerts

in Mio €	31.12.2012		31.12.2011	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriebe Vermögenswerte ¹	3.599	2.783	6.733	5.501
Schuldtitel	795	757	859	823
Kredite	6.810	6.226	7.754	7.117
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insgesamt	11.204²	9.766	15.346	13.441
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriebe Vermögenswerte ¹	4.501	4.218	6.220	5.359
Kredite	1.293	1.446	1.337	1.427
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insgesamt	5.794³	5.664	7.557	6.786
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	16.998	15.430	22.903	20.227

¹ Verbriebe Vermögenswerte beinhalten Mortgage Backed Securities und Asset Backed Securities.

² In 2012 verkaufte der Konzern Vermögenswerte, die vorher als Handelsaktiva klassifiziert waren, mit einem Buchwert von 3,0 Mrd €, von denen 1,8 Mrd € auf Mortgage Backed Securities und 1,2 Mrd € auf Asset-backed Securities entfielen.

³ In 2012 verkaufte der Konzern Vermögenswerte, die vorher als „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ klassifiziert waren, mit einem Buchwert von 0,7 Mrd €, von denen 0,6 Mrd € auf Asset Backed Securities entfielen.

Verkäufe umgewidmeter Vermögenswerte unterliegen einem Steuerungs- und Genehmigungsprozess, in dessen Rahmen entschieden wird, ob der Verkauf die aus Sicht der Bank beste Option hinsichtlich Profitabilität, Kapitalposition und Erfüllung aufsichtsrechtlicher Vorgaben ist. Im Jahr 2012 verkaufte der Konzern umgewidmete Vermögenswerte mit einem Buchwert von 3,7 Mrd €. Diese Verkäufe im Geschäftsjahr haben zu Nettoverlusten in Höhe von 177 Mio € geführt, getrieben durch Verluste aus Verkäufen in Höhe von 93 Mio €, die in den sonstigen Erträgen ausgewiesen werden, und 84 Mio € im Zusammenhang mit Wertminderungen. Der genannte Steuerungs- und Genehmigungsprozess bedingt, dass die verkauften Vermögenswerte aufgrund von zum Zeitpunkt der Umwidmung nicht vorhersehbaren Ereignissen verkauft wurden einschließlich geänderter Kapitalvorschriften, die zu einem signifikant höheren Kapitalbedarf für den Konzern insgesamt führten.

Zusätzlich zu den zuvor genannten Verkäufen reduzierte sich der Buchwert umgewidmeter Vermögenswerte, die aus der Bilanzkategorie „Handelsaktiva“ umgewidmet wurden, 2012 um 540 Mio € aufgrund von Restrukturierungen von Krediten. Der Rückgang umfasst zudem 695 Mio € aus vorzeitigen Rückzahlungen von Asset Backed Securities, die aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ umgewidmet wurden. Die in der Berichtsperiode vorgenommene Risikovorsorge bezog sich hauptsächlich auf Forderungen aus dem Kreditgeschäft, die aus der Bilanzkategorie „Handelsaktiva“ umgewidmet wurden, und auf verbriezte Vermögenswerte, die aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ umgewidmet wurden.

Unrealisierte Gewinne/Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt worden wären, sowie Nettogewinne/-verluste, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst worden wären, wenn keine Umwidmung stattgefunden hätte

in Mio €	2012	2011	2010
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus umgewidmeten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	38	– 11	120
Verluste aus der Wertberichtigung umgewidmeter Zur Veräußerung verfübarer finanzieller Vermögenswerte, die werberichtet wurden	– 29	– 16	– 7
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	415	133	251

Ergebnis vor Steuern der umgewidmeten finanziellen Vermögenswerte nach der Umwidmung

in Mio €	2012	2011	2010
Zinserträge	578	691 ¹	1.154
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 186	– 186	– 278
Sonstige Erträge ²	– 35	34	1
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten Handelsaktiva	357	539	877
Zinserträge	139	153	146
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 228	– 1	–
Sonstige Erträge ²	– 58 ³	–	– 1
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	– 147	152	145

¹ Der deutliche Rückgang der Zinserträge in 2011 ist primär auf die in 2010 durchgeführte Restrukturierung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft an Actavis zurückzuführen. Diese Forderungen gehören nicht mehr zu den umgewidmeten Vermögenswerten.

² Dies bezieht sich im Wesentlichen auf Gewinne und Verluste aus dem Verkauf umgewidmeter Vermögenswerte.

³ Im Laufe des Jahres 2012 wurden vermehrt Vermögensgegenstände verkauft, die zuvor der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ zugeordnet waren.

15 –

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente

Bewertungsmethoden und Kontrolle

Der Konzern verfügt im Rahmen des Bewertungsprozesses über ein etabliertes Kontrollsysteem, welches sich aus internen Kontrollstandards, -methoden und -verfahren zusammensetzt.

In aktiven Märkten notierte Preise: Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage von Preisnotierungen ermittelt, soweit diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen.

Bewertungsverfahren: Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Zu den für die Bewertung von Finanzinstrumenten verwendeten Verfahren gehören Modellierungstechniken, die Verwendung indikativer Preisangaben ähnlicher Instrumente, Preisangaben aus weniger aktuellen und weniger häufigen Transaktionen sowie Kursgebote von Brokern.

Für einige Finanzinstrumente liegt statt eines Preises eine Kursnotierung oder ein sonstiger notierter Parameter vor. In solchen Fällen wird für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der Börsenkurs oder Parameter als Eingangsgröße in einem Bewertungsmodell verwendet. Für einige Finanzinstrumente werden branchenübliche Modellierungstechniken wie DCF-Verfahren und gängige Optionspreismodelle verwendet. Diese Modelle sind abhängig von geschätzten zukünftigen Zahlungsströmen, Diskontierungsfaktoren und der Volatilität. Für komplexe oder einzigartige Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken benötigt, die auf Annahmen und komplexeren Parametern wie Korrelationen, Annahmen über vorzeitige Tilgungsgeschwindigkeiten, Ausfallraten oder der Höhe der Verluste beruhen.

Häufig müssen in Bewertungsmodellen mehrere Eingangsparameter verwendet werden. Soweit möglich, basieren diese auf beobachtbaren Informationen oder werden aus den Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet. Sind für die Eingangsparameter keine beobachtbaren Informationen verfügbar, werden andere Marktinformationen berücksichtigt. Beispielsweise werden Eingangsparameter durch indikative Kursgebote von Brokern und Konsenspreisangaben gestützt, sofern diese Informationen zur Verfügung stehen. Sind keine beobachtbaren Informationen verfügbar, basieren die Eingangsparameter auf anderen relevanten Informationsquellen wie Preisen für ähnliche Transaktionen, historischen Daten, wirtschaftlichen Eckdaten sowie wissenschaftlichen Informationen, die entsprechend angepasst werden, um die Ausgestaltung des tatsächlich zu bewertenden Finanzinstruments und die derzeitigen Marktbedingungen zu reflektieren.

Wertanpassungen: Wertanpassungen sind ein integraler Bestandteil des Bewertungsprozesses. Für die Ermittlung angemessener Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Geld-/Briefspannen, Liquidität und Kontrahentenrisiko berücksichtigen. Wertanpassungen bezüglich der Geld-/Briefspanne sind erforderlich, um auf Mittelkursen basierende Bewertungen der entsprechenden Geld-/Briefbewertung anzupassen. Die Geld-/Briefbewertung stellt den beizulegenden Zeitwert für ein Finanzinstrument am besten dar und entspricht daher dessen beizulegendem Zeitwert. Der Buchwert einer Kaufposition wird vom Mittel- auf den Geldkurs und der Buchwert einer Verkaufsposition vom Mittel- auf den Briefkurs angepasst. Die Geld-/Briefkursanpassung wird von den Geld-/Briefkursen, die in der relevanten Handelsaktivität beobachtet werden, und von Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer oder sonstiger sachverständiger Kontrahenten abgeleitet. Entspricht der notierte Preis für das Finanzinstrument bereits dem Geld-/Briefkurs, ist keine Geld-/Briefanpassung erforderlich. Sofern der beizulegende Zeitwert eines Finanzinstruments aus einer Modellierungstechnik abgeleitet wird, basieren die in diesem Modell verwendeten Parameter in der Regel auf einem Mittelkurs. Solche Finanzinstrumente werden generell auf Portfoliobasis gesteuert und Wertanpassungen werden vorgenommen, um die Kosten der Schließung der Netto risikoposition der Bank bezüglich der einzelnen Eingangsparameter abzubilden. Diese Wertanpassungen werden aus den Geld-/Briefkursen, die in relevanten Handelsaktivitäten beobachtet werden, und aus Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer bestimmt.

Wenn komplexe Bewertungsmodelle genutzt oder weniger liquide Positionen bewertet werden, sind Geld-/Briefspannen für diese Positionen möglicherweise nicht direkt am Markt verfügbar. Deshalb müssen die Abschlusskosten dieser Geschäfte, die Modelle und Parameter geschätzt werden. Wenn die Anpassungen festgelegt werden, untersucht der Konzern die Bewertungsrisiken, die mit dem Modell und den Positionen verbunden sind. Die resultierenden Wertanpassungen werden regelmäßig überprüft.

Wertanpassungen bezüglich Kontrahentenrisiken sind erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste zu berücksichtigen, soweit ein solcher Faktor im Rahmen der Modellierungstechnik für das Erfüllungsrisiko des Kontrahenten nicht bereits enthalten ist. Der Betrag der Wertanpassung bezüglich Kontrahentenrisiken wird auf alle relevanten außerbörslichen Derivate angewandt und durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber bestimmten Kontrahenten unter Berücksichtigung gehaltener Sicherheiten, des Effekts von relevanten Nettingarrangements, des erwarteten Ausfallrisikos („Loss Given Default“) und des Kreditrisikos auf der Grundlage von verfügbaren Marktinformationen inklusive CDS (Credit Default Swap)-Spreads bestimmt. Sollten Kontrahenten-CDS-Spreads nicht verfügbar sein, werden näherungsweise Platzhalter verwendet.

Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen des Konzerns (beispielsweise Verbindlichkeiten aus außerbörslichen Derivategeschäften und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen) bezieht die Veränderung des eigenen Kreditrisikos aus dieser finanziellen Verpflichtung mit ein. Bei derivativen Verpflichtungen berücksichtigt der Konzern seine eigene Bonität, indem er diese Bonität dem potenziellen künftigen Risiko aller Kontrahenten gegenüberstellt. Dabei werden vom Konzern bereitgestellte Sicherheiten, der Effekt von maßgeblichen Nettingverträgen, die erwarteten Verluste bei Ausfall und das Kreditrisiko des Konzerns auf Basis von CDS-Marktpreisen berücksichtigt. Die Veränderung des eigenen Kreditrisikos für Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen wird durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows des Instruments mithilfe des Zinssatzes berechnet, zu dem ähnliche Finanzinstrumente zum Bewertungsstichtag begeben werden würden.

Bei der Bestimmung von Wertanpassungen bezüglich des Kontrahentenrisikos eines bestimmten Kontrahenten und der eigenen Bonität können sich zusätzliche Wertanpassungen bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts ergeben. Diese sind nötig, sofern der zu erwartende Ausfall eines einzelnen Geschäfts oder das betrachtete Bonitätsrisiko in seiner Beschaffenheit von verfügbaren CDS-Instrumenten abweicht.

Bei Unsicherheiten der im Rahmen einer Modellierungstechnik verwendeten Annahmen wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um den kalkulierten Preis dem erwarteten Marktpreis des Finanzinstruments anzugelichen. Solche Transaktionen haben typischerweise keine regelmäßig beobachtbaren Geld-/Briefspannen und die Anpassungen dienen der Schätzung der Geld-/Briefspannen durch Kalkulation der zur Transaktion gehörigen Liquiditätsprämie. Sofern ein Finanzinstrument so komplex ist, dass die Kosten der Schließung für diese Transaktion höher wären als die entsprechenden Kosten für die dazugehörigen Einzelrisiken, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um dies zu berücksichtigen.

Validierung und Kontrolle: Ein unabhängiges Spezialistenteam im Bereich Finance hat die Aufgabe, das Kontrollsysteem für Bewertungen zu regeln und weiterzuentwickeln sowie die entsprechenden Prozesse zu steuern. Dieses Spezialistenteam ist unter anderem damit betraut, Bewertungskontrollprozesse für das gesamte Geschäft durchzuführen, die Bewertungskontrollmethoden und -techniken sowie das Ausarbeiten und die Steuerung des formellen Rahmenwerks der Bewertungsrichtlinien kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Die Ergebnisse des Bewertungskontrollprozesses werden im Rahmen des monatlichen Berichtszyklus zusammengestellt und analysiert. Abweichungen, die vordefinierte und genehmigte Toleranzgrenzen überschreiten, werden sowohl innerhalb des Bereichs Finance als auch mit den Führungskräften der jeweiligen Geschäftsbereiche eskaliert, um diese zu überprüfen beziehungsweise zu klären und gegebenenfalls Anpassungen zu veranlassen.

Für Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, werden die im Rahmen des Modells verwendeten Annahmen und Verfahren durch ein unabhängiges für die Modellvalidierung zuständiges Spezialistenteam, das dem Bereich Risikomanagement des Konzerns angehört, validiert.

Kurs- und Preisangaben sowie Parameter für Transaktionen stammen aus einer Reihe von Drittquellen einschließlich Börsen, Pricing-Service-Anbietern, verbindliche Kursangaben von Brokern sowie Konsens-Pricing-Services. Die Preisquellen werden geprüft und bewertet, um die Qualität des resultierenden beizulegenden Zeitwerts zu beurteilen und denen, die größere Bewertungssicherheit und Relevanz liefern, mehr Gewichtung zu verleihen. Die Ergebnisse werden, sofern möglich, mit tatsächlichen Transaktionen am Markt verglichen, um eine Kalibrierung der Modellbewertungen anhand von Marktpreisen sicherzustellen.

Die in Bewertungsmodellen verwendeten Eingangspreise und -parameter, Annahmen sowie Wertanpassungen werden anhand unabhängiger Quellen verifiziert. Ist eine solche Verifizierung aufgrund fehlender beobachtbarer Daten nicht möglich, wird der Schätzwert des beizulegenden Zeitwerts mittels Verfahren auf seine Angemessenheit überprüft. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle (einschließlich existierender Modelle, die unabhängig nachkalibriert wurden), die Prüfung der Bewertungsergebnisse anhand geeigneter vergleichbarer Instrumente und sonstiger Richtgrößen sowie die Anwendung von Extrapolationsverfahren. Die Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle anhand von Markttransaktionen erlaubt eine Einschätzung, ob die Bewertungsmodelle eine Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts ergeben, die Marktpreisen entspricht.

Einschätzung durch das Management: Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für die Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialistenteams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind üblicherweise nur in geringem Umfang Einschätzungen seitens des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Marktransaktionen stammen, müssen Extrapolations- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen bestimmt wie historische Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen. Dazu werden angemessene Anpassungen vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen beizulegenden Zeitwerten für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den beizulegenden Zeitwert am besten widerspiegelt. Ferner können bestimmte Wertanpassungen Einschätzungen vonseiten des Managements erfordern, um die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sicherzustellen.

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Kategorien gemäß der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Inventar des Konzerns zu bewertende ist.

Hierzu zählen hochliquide Schatzanweisungen sowie Derivate, Eigenkapitaltitel und Anleihen, die in sehr liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Hierzu zählen eine Vielzahl der außerbörslichen Derivate, börsennotierte Investment-Grade Kreditanleihen, einige CDS, eine Vielzahl derforderungsbesicherten Schuldverschreibungen sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Hierzu zählen komplexe außerbörsliche Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Asset Backed Securities (ABS), illiquide forderungsbesicherte Schuldverschreibungen (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern, Private Equity-Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente¹

in Mio €	31.12.2012			31.12.2011		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Wertpapiere des Handelsbestands	107.261	100.905	10.245	99.487	103.327	11.272
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.707	743.401	15.208	15.947	822.009	21.626
Sonstige Handelsaktiva	671	21.772	4.684	847	20.773	5.218
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	5.273	177.798	3.956	6.907	168.224	5.162
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	17.709	27.730	3.940	9.888 ²	31.098 ²	4.295
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ³	–	8.301 ³	– ⁴	–	7.511 ³	– ⁴
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	140.621	1.079.907	38.033	133.076	1.152.942	47.573
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Wertpapiere des Handelsbestands	39.639	13.173	424	35.033	24.625	347
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	10.875	732.547	9.284	12.815	814.696	11.306
Sonstige Handelsspassiva	68	1.610	–	22	3.845	14
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	60	108.026	1.080	116	116.198	2.004
Investmentverträge ⁵	–	7.732	–	–	7.426	–
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen ³	0	4.632 ³	– 176 ⁴	–	4.159 ³	– 250 ⁴
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	50.642	867.720	10.612	47.986	970.949	13.421

¹ Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in der Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

² Die Vorjahreswerte wurden angepasst, um 5.928 Mio € Zur Veräußerung verfübarer finanzieller Vermögenswerte korrekt als Level 1 in der Hierarchie der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente auszuweisen.

³ Dies bezieht sich hauptsächlich auf zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.

⁴ Dies bezieht sich auf Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber aus Konsistenzgründen in obiger Tabelle in der Kategorie des beizulegenden Zeitwerts des Basisvertrags ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate werden laufend zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Kategorien des beizulegenden Zeitwerts aufgeteilt.

⁵ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 39 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

Es gab keine signifikanten Transfers von Finanzinstrumenten zwischen Level 1 und Level 2 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts.

Bewertungsverfahren

Nachstehend werden die Bewertungsmethoden erläutert, die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der wesentlichen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel: Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der beizulegende Zeitwert auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der beizulegende Zeitwert durch Anpassung des Vergleichswerts an die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen DCF-Verfahren, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungs-techniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („MBS/ABS“): Zu diesen Instrumenten gehören durch private und gewerbliche MBS und sonstige ABS einschließlichforderungsbesicherter Schuldverschreibungen. ABS weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt darüber hinaus, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst Asset Backed Securities sind, wie dies beispielsweise bei vielenforderungsbesicherten Schuldverschreibungen der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden ABS entweder anhand einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Die externen, branchenübliche Modelle kalkulieren die Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen, die unabhängigen Preistests unterzogen werden können. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlusthöhe) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite: Bei bestimmten Krediten lässt sich der beizulegende Zeitwert anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine erst vor Kurzem durchgeführten Transaktionen vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von DCF-Verfahren bestimmt. In den DCF-Verfahren werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite können sich durch transaktionsspezifische Merkmale auszeichnen, die die Relevanz der am Markt beobachtbaren Transaktionen einschränken. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird ein DCF-Verfahren angewandt, bei dem die Kreditrisikoaufschläge aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente: Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen mit notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangsparameter können, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeführten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet werden.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand verfügbarer Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand relevanter Marktreferenzen nicht möglich, werden Bewertungsanpassungen genutzt, um das Bewertungsergebnis um alle Differenzen zu bereinigen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extrapolations- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den beizulegenden Zeitwert mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option: Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwen-

dung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der beizulegende Zeitwert dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme mithilfe der relevanten kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der im Abschnitt „Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente“ erläuterten Methode bewertet.

Sind die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapier-pensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen: Der Konzern hält Vermögenswerte, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögenswerte zu nutzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der beizulegende Zeitwert für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Verträge, durch den beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert, der mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet wurden

in Mio €

31.12.2012

31.12.2011

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:

Wertpapiere des Handelsbestands:		
Schuldtitel staatlicher und quasistaatlicher Emittenten	827	1.045
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	3.113	3.724
Unternehmensschuldinstrumente und andere Schuldtitel	5.654	5.979
Eigenkapitaltitel	651	524
Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere insgesamt	10.245	11.272
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	15.208	21.626
Sonstige Handelsaktivia	4.684	5.218
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.431	4.496
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	525	666
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	3.956	5.162
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.940	4.295
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	–	–
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	38.033	47.573
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	424	347
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.284	11.306
Sonstige Handelsspassiva	–	14
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Kreditzusagen	471	1.194
Langfristige Verbindlichkeiten	538	801
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	71	9
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	1.080	2.004
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	–176	–250
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	10.612	13.421

Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Die diesbezüglichen IFRS-Vorschriften fordern jedoch, dass diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto dargestellt werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere: In dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Wachstumsmärkten und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie durch private und gewerbliche MBS,forderungsbesicherte Schuldverschreibungen und andere ABS. Der Rückgang im Berichtszeitraum ist hauptsächlich auf eine Kombination aus Abwicklungen und Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den unbeobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente zurückzuführen.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufschläge und andere transaktionsspezifische Faktoren.

Level-3-Derivate enthalten: kundenspezifische Derivateforderungsbesicherter Schuldverschreibungen, deren zugrunde liegender Referenzpool aus Unternehmensvermögenswerten nicht mit regelmäßig gehandelten Indizes vergleichbar ist, bestimmte Tranchen von Indexkreditderivaten, bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoauschlag nicht beobachtbar ist.

Der Rückgang im Berichtszeitraum wurde sowohl von Verlusten aus Marktbewertungen der Instrumente als auch durch Abwicklungen und von Umklassifizierungen von Derivaten aus der Kategorie 3 in die Kategorie 2 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund besser beobachtbarer Eingangsparameter zur Bewertung dieser Instrumente verursacht.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente in der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthaltenen Handelssinstrumenten beinhalten in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Level-3-Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Der Rückgang des Bestands im Berichtszeitraum ist hauptsächlich auf Verkäufe zurückzuführen.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen: Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungstechniken bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoauschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist.

Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien. Der Rückgang der Vermögenswerte im Berichtszeitraum beruhte hauptsächlich auf Abwicklungen, während der Rückgang der Verpflichtungen überwiegend auf Gewinne aus Marktbewertungen der Instrumente zurückzuführen ist.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte enthalten nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird.

Überleitung der Finanzinstrumente der Kategorie Level 3

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

31.12.2012 in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsolidierungskreises	Gewinne/Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ⁶	Abwicklungen ⁶	Umklassifizierungen in Level 3 ⁷	Umklassifizierungen aus Level 3 ⁷	Bestand am Jahresende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands										
Handelsbestands	11.272	–	309	2.601	– 2.816	–	– 1.453	1.877	– 1.545	10.245
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten										
Finanzinstrumenten	21.626	–	– 4.031	–	–	–	– 2.274	2.342	– 2.455	15.208
Sonstige Handelsaktiva	5.218	–	113	813	– 1.362	900	– 535	467	– 930	4.684
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte										
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	5.162	–	318	384	– 211	1.026	– 2.500	60	– 283	3.956
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte										
4.295	–	142 ²	1.951	– 1.503	–	–	– 1.077	342	– 210	3.940
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte										
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt										
47.573	–	– 3.149 ^{3,4}	5.749	– 5.892	1.926	– 7.839	5.088	– 5.423	38.033	
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	347	–	8	–	–	–	– 28	152	– 55	424
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten										
Finanzinstrumenten	11.306	–	– 469	–	–	–	– 1.480	2.195	– 2.268	9.284
Sonstige Handelsspassiva	14	–	–	–	–	–	–	–	– 14	–
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen										
2.004	–	– 845	–	–	51	– 247	249	– 132	1.080	
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen										
– 250	–	129	–	–	–	– 5	– 10	– 40	– 176	
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt										
13.421	–	– 1.177 ^{3,4}	–	–	51	– 1.760	2.586	– 2.509	10.612	

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Verlust von 39 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 118 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

³ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung negative 129 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen positive 37 Mio €. Diese Effekte resultieren im Wesentlichen aus derivativen Finanzinstrumenten. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁴ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

⁵ Die Spalte Emissionen zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

⁶ Die Spalte Abwicklungen beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitle und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁷ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts im Jahresverlauf werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Jahresverlauf aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

31.12.2011 in Mio €	Bestand am Jahres- anfang	Verände- rung des Konsoli- dierungs- kreises	Gewinne/ Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ⁵	Abwick- lungen ⁶	Um- klassifizie- rungen in Level 3 ⁷	Um- klassifizie- rungen aus Level 3 ⁷	Bestand am Jahres- ende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands										
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	14.861	–	– 280	3.716	– 3.533	–	– 1.405	2.298	– 4.385	11.272
Sonstige Handelsaktivita	17.843	–	3.620	–	–	–	– 1.225	4.207	– 2.819	21.626
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:	6.067	–	191	1.998	– 3.256	712	– 341	382	– 535	5.218
Zum Zeitwert verfügbare finanzielle Vermögenswerte										
Zur Veräußerung	3.286	–	– 104	174	– 232	2.532	– 1.541	1.076	– 29	5.162
Wertpapiere des Handelsbestands	4.599	–	385 ²	1.328	– 1.226	–	– 991	814	– 614	4.295
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	46.656	–	3.812^{3,4}	7.216	– 8.247	3.244	– 5.503	8.777	– 8.382	47.573
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	251	–	– 12	–	–	–	121	1	– 14	347
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	10.916	–	1.702	–	–	–	– 1.428	3.546	– 3.430	11.306
Sonstige Handelpassiva	5	–	9	–	–	–	–	–	–	14
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:	2.070	–	622	–	–	209	– 422	59	– 534	2.004
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	– 239	–	– 95	–	–	–	– 76	2	158	– 250
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	13.003	–	2.226^{3,4}	–	–	209	– 1.805	3.608	– 3.820	13.421

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Verlust von 76 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 213 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

³ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung positive 266 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen negative 57 Mio €. Diese Effekte resultieren im Wesentlichen aus derivativen Finanzinstrumenten. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁴ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

⁵ Die Spalte Emissionen zeigt die bei einer Begebung von Schuldtilten erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

⁶ Die Spalte Abwicklungen beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtilte und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁷ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts im Jahresverlauf werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Jahresverlauf aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 31. Dezember 2012 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um bis zu 4,0 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 3,9 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2011 wäre der beizulegende Zeitwert um bis zu 4,2 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 4,5 Mrd € gesunken. Um diese Auswirkungen zu berechnen, bewertet der Konzern bestimmte Finanzinstrumente neu, indem bestmögliche alternative Parameter herangezogen werden, oder nutzt eine Bewertungsmethode, die Wertanpassungen bezüglich der Geld-/ Briefspanne berücksichtigt. Die Wertanpassung für Kosten der Vertragsaufhebung basiert auf der Geld-/ Briefspanne, die gezahlt werden muss, um eine gehaltene Position in Finanzinstrumenten oder eine Risikokomponente zu schließen, und spiegelt als solche Faktoren wie Illiquidität oder Unsicherheit am Markt wider.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Parametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben keine Vorhersage oder Indikation für künftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbliebenen Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten beizulegenden Zeitwert relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des beizulegenden Zeitwerts eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen beizulegenden Zeitwerten bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern¹

in Mio €	31.12.2012		31.12.2011	
	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
Derivate:				
Kreditderivate	732	1.118	619 ²	1.141 ²
Aktienderivate	169	131	238	137
Zinsderivate	126	85	94	114
Hybride Derivate	368	254	415	293
Sonstige	286	260	189	170
Wertpapiere:				
Schuldtitle	1.931	1.725	2.326 ²	2.294 ²
Eigenkapitaltitle	19	19	9	9
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	–	–	5	5
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Leveraged Loans	–	–	–	–
Gewerbliche Kredite	–	–	–	–
Handelbare Kredite	325	288	343	342
Insgesamt	3.956	3.880	4.238	4.505

¹ Gleichst sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen

² Die Vorjahreswerte wurden aufgrund einer Verbesserung der Einschätzung der Sensitivität angepasst.

Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Die Ergebnisse basieren nicht ausschließlich auf nicht beobachtbaren Parametern, sondern zahlreiche der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der Ergebnisse teilweise auf Veränderungen der beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Hierarchie zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste, die aus den entsprechenden Absicherungsgeschäften erfasst wurden, sind nicht in der folgenden Tabelle reflektiert. Diese beinhaltet gemäß IFRS 7 nur die Gewinne und Verluste, die aus den originären Level-3-Instrumenten resultieren.

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	407	113
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-2.207	4.627
Sonstige Handelsaktiva	-107	238
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	348	12
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	380	334
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	–	–
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	-1.179	5.324
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	-14	-3
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-867	-2.775
Sonstige Handelsspassiva	–	14
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	583	-765
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-114	106
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	-412	-3.423
Insgesamt	-1.591	1.901

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt im Jahresvergleich die Veränderung der Handelstaggewinne, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	2012	2011
Bestand am Jahresanfang	645	622
Neue Geschäfte während der Periode	519	418
Abschreibung	-231	-235
Ausgelaufene Geschäfte	-179	-142
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	-50	-28
Wechselkursveränderungen	-5	10
Bestand am Jahresende	699	645

16 –

Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden

Die Bewertungstechniken zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, entsprechen jenen, die in Anhangangabe 15 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ aufgeführt sind.

Wie in Anhangangabe 14 „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten““ erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte aus Zu Handelszwecken gehalten und Zur Veräußerung verfügbar in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet. Der Konzern wendet weiterhin die in Anhangangabe 15 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgewidmeten Vermögenswerte an.

Andere Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert. Dies gilt zum Beispiel für Konsumentenkredite, Einlagen und an Firmenkunden ausgegebene Kreditfazilitäten. Für solche Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangangabe kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Zusätzlich sind zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente nicht gehandelt werden.

Kurzfristige Finanzinstrumente: Der Buchwert stellt eine angemessene Schätzung des beizulegenden Zeitwerts für die folgenden Finanzinstrumente dar, die überwiegend kurzfristig sind:

Aktiva	Passiva
Barreserve	Einlagen
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen
Forderungen aus Wertpapierleihen	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
Sonstige Aktiva	Sonstige Passiva

Für längerfristige Finanzinstrumente in diesen Kategorien wird der beizulegende Zeitwert durch Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken hätten erzielt werden können. Im Fall von Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, zu denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag hätten aufgenommen werden können.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft: Der beizulegende Zeitwert wird unter Anwendung von DCF-Verfahren ermittelt, die Parameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen in Anspruch genommenen Beträge berücksichtigen. Die Parameter Kreditrisiko, Ausfallrisiko und Inanspruchnahme zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und geeignet, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Bei Kreditportfolios für Privatkunden mit einer großen Zahl homogener Kredite (zum Beispiel deutsche private Immobilienkredite) wird der beizulegende Zeitwert auf Portfoliobasis durch Abzinsung vertraglicher Zahlungsströme unter Verwendung risikoloser Zinssätze berechnet. Der ermittelte Barwert wird dann um das Kreditrisiko bereinigt, indem die Kredite mithilfe der Zinssätze abgezinst werden, zu denen ähnliche Kredite zum Bilanzstichtag begeben werden könnten. Für andere Kreditportfolios wird der Barwert ermittelt, indem der erwartete Verlust über die geschätzte Lebensdauer des Kredits unter Berücksichtigung verschiedener Parameter berechnet wird. Diese Parameter beinhalten die Ausfallwahrscheinlichkeit, den Verlust bei Ausfall und den Grad der Besicherung. Der beizulegende Zeitwert von Unternehmenskreditportfolios wird durch Abzinsung einer prognostizierten Marge über die erwarteten Laufzeiten ermittelt. Dabei werden Parameter aus aktuellen Marktwerten von Collateralized-Loan-Obligation-(CLO-)Transaktionen verwendet, welche mit Kreditportfolios besichert wurden, die vergleichbar mit dem Unternehmenskreditportfolio des Konzerns sind.

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden (Reverse Repos), entliehene Wertpapiere, Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden (Repos), und verliehene Wertpapiere: Der beizulegende Zeitwert wird im Rahmen der Bewertung durch Abzinsung zukünftiger Zahlungsströme unter Verwendung des entsprechenden um das Kreditrisiko adjustierten Diskontierungssatzes ermittelt. Der um das Kreditrisiko adjustierte Diskontierungssatz berücksichtigt die bei der Transaktion erhaltenen oder verpfändeten Sicherheiten. Diese Produkte sind typischerweise kurzfristig und hoch besichert, weshalb der beizulegende Zeitwert sich regelmäßig nicht signifikant vom Buchwert unterscheidet.

Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente: Sofern verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage von notierten Marktpreisen ermittelt. Stehen diese nicht zur Verfügung, wird für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts eine Bewertungstechnik verwendet, bei der die verbleibenden vertraglichen Zahlungsströme mit einem Zinssatz abgezinst werden, zu dem Instrumente mit ähnlichen Eigenschaften am Bilanzstichtag hätten emittiert werden können.

Ermittelte beizulegende Zeitwerte der in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente¹

in Mio €	31.12.2012		31.12.2011	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Finanzaktiva:				
Barreserve	27.885	27.885	15.928	15.928
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	119.548	119.560	162.000	161.905
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	36.570	36.570	25.773	25.767
Forderungen aus Wertpapierleihen	23.947	23.947	31.337	31.337
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	397.279	400.603	412.514	408.295
Sonstige Aktiva ²	106.878	106.851	134.699	134.660
Finanzpassiva:				
Einlagen	577.202	577.936	601.730	602.585
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	36.144	36.144	35.311	35.311
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.109	3.109	8.089	8.089
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	69.060	69.059	65.356	65.348
Sonstige Passiva ²	145.679	145.679	154.647	154.647
Langfristige Verbindlichkeiten	158.097	158.117	163.416	158.245
Hybride Kapitalinstrumente	12.091	12.014	12.344	9.986

¹ Die Beträge werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

² Beinhaltet lediglich finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise finanzielle Verpflichtungen.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft: Die Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert und dem Buchwert entspricht nicht dem wirtschaftlichen Nutzen und den Kosten, die der Konzern aus diesen Instrumenten erwartet. Die Differenz ergibt sich in erster Linie aus einem Anstieg der vom Markt erwarteten Ausfallraten und einem Rückgang der Liquidität seit der erstmaligen Bilanzierung. Diese Wertminderungen werden durch einen Anstieg des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Zinsschwankungen bei festverzinslichen Instrumenten ausgeglichen.

Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente: Die Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert und dem Buchwert resultiert aus der Veränderung der Zinssätze, zu denen der Konzern am Bilanzstichtag Schuldinstrumente mit einer ähnlichen Laufzeit und Nachrangigkeit hätte emittieren können.

17 – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Festverzinsliche Wertpapiere:		
Deutsche öffentliche Emittenten	9.942	5.207
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	169	1.015
US-Kommunalbehörden	531	605
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	16.655	10.919
Unternehmen	14.527	18.856
Sonstige Asset Backed Securities	1.113	1.273
Mortgage Backed Securities einschließlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	727	731
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	491	775
Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	44.155	39.381
Nicht festverzinsliche Wertpapiere:		
Aktien	1.083	1.632
Investmentanteile	222	236
Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	1.305	1.868
Sonstiger Anteilsbesitz	966	1.116
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.954	2.916
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	49.379	45.281

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beinhalteten zum 31. Dezember 2012 keine griechischen Staatsanleihen und zum 31. Dezember 2011 griechische Staatsanleihen mit einem beizulegenden Zeitwert von 211 Mio €.

Für weitere Informationen wird auf Anhangangabe 08 „Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ dieses Berichts verwiesen.

18 – Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equitymethode bilanziert.

Wesentliche Beteiligungen zum 31. Dezember 2012¹

Beteiligung ²	Anteil am Kapital
Hua Xia Bank Company Limited, Peking ³	19,99 %
Station Holdco LLC, Wilmington	25,00 %
Huamao Property Holdings Ltd., Georgetown ³	0,00 %
Huarong Rongde Asset Management Company Limited, Peking	40,70 %
Harvest Fund Management Company Limited, Shanghai	30,00 %

¹ Sie repräsentierten 75 % des Buchwerts der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

² Alle wesentlichen nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen sind assoziierte Unternehmen.

³ Der Konzern übt über Positionen in Aufsichtsgremien oder durch andere Maßnahmen einen maßgeblichen Einfluss auf das Beteiligungsunternehmen aus.

Aggregierte Finanzinformationen der wesentlichen nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Summe der Aktiva	185.470	160.016
Summe der Verbindlichkeiten	172.781	148.282
Erträge	4.862	5.143
Gewinn/Verlust (-)	1.287	1.270

Ergebnis aus allen nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen

in Mio €	2012	2011	2010
Ergebnis aus den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen:			
Anteiliges Ergebnis der Beteiligungsunternehmen	397	222	457
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Beteiligungen	73	29	14
Wertminderungen	-311	-515	-2.475
Ergebnis aus den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen insgesamt	159	-264	-2.004

Das Ergebnis aus den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen betrug im Geschäftsjahr 159 Mio € (2011: minus 264 Mio €). Der Anstieg war hauptsächlich bedingt durch anteilige Gewinne in Höhe von 311 Mio € aus unserer Investition in die Hua Xia Bank Company Limited. Dies wurde teilweise kompensiert durch eine im ersten Quartal 2012 realisierte Wertminderung in Höhe von 257 Mio € im Zusammenhang mit Actavis, bevor die Reklassifizierung von den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen in die Kategorie „Zum Verkauf bestimmt“ stattfand.

Für weitere Informationen bezüglich der Actavis in 2012 verweisen wir auf die Anhangangabe 26 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde ein Aufwand von rund 2,3 Mrd € aus der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung an der Deutschen Postbank AG vor Konsolidierung ausgewiesen. Am 3. Dezember 2010 erlangte die Deutsche Bank den beherrschenden Einfluss über die Postbank AG und konsolidiert seither den Postbank-Konzern voll. Die Equitymethode kam nicht mehr zur Anwendung. Weitere Informationen sind in Anhangangabe 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“ enthalten.

Es gab keine anteiligen unrealisierten Verluste aus den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen, weder in 2012 noch kumuliert.

Die nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen, für die veröffentlichte Preisnotierungen vorlagen, hatten zum 31. Dezember 2012 einen Buchwert von 2,4 Mrd € (2011: 2,2 Mrd €) und einen beizulegenden Zeitwert von 1,8 Mrd € (2011: 2,1 Mrd €). Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns zur Bilanzierung von „Assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen“, wie sie in der Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ beschrieben sind, besteht kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung.

Der Konzern ist keinen signifikanten Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten der Beteiligungsunternehmen ausgesetzt.

In den Geschäftsjahren 2012 und 2011 unterlag keines der Beteiligungsunternehmen Transferbeschränkungen hinsichtlich Zahlungen von Dividenden oder der Rückzahlung von Krediten.

Hua Xia Bank. Am 6. Mai 2010 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie eine verbindliche Vereinbarung über die Zeichnung neu zu begebender Aktien der Hua Xia Bank Co. Ltd. („Hua Xia Bank“) zu einem Gesamtpreis von 5,6 Mrd RMB (entsprechend 587 Mio €) unterzeichnet hat. Die Zeichnung war Teil einer Privatplatzierung von Aktien, die an die drei größten Aktionäre der Hua Xia Bank gerichtet war. Die Emission hatte einen Gesamtwert von bis zu 20,8 Mrd RMB (entsprechend 2,2 Mrd €). Mit Abschluss der Transaktion, die durch die Eintragung der Aktien am 26. April 2011 erfolgte, erhöhte sich die Beteiligung der Deutschen Bank an der Hua Xia Bank von 17,12 % auf 19,99 % des ausgegebenen Kapitals.

Voraussetzung für den Erwerb der neu zu emittierenden Aktien waren grundlegende aufsichtsrechtliche Genehmigungen seitens verschiedener chinesischer Aufsichtsbehörden. Die letzte substanzelle Genehmigung, welche der Deutschen Bank das Recht einräumte, die zusätzlichen Aktien und die damit verbundenen Stimmrechte zu erhalten, wurde am 11. Februar 2011 erteilt.

Zu diesem Zeitpunkt wurden die neu zu begebenden Aktien in Übereinstimmung mit IAS 28, „Investments in Associates“, bei der Einschätzung des maßgeblichen Einflusses berücksichtigt, da sie der Deutschen Bank zurechenbare potenzielle Stimmrechte repräsentieren.

Zum 11. Februar 2011 beruhte der Einfluss der Deutschen Bank auf den existierenden Stimmrechten von 17,12 % und den möglichen Stimmrechten von 2,87 %. Die daraus resultierenden Stimmrechte von 19,99 % begründen den maßgeblichen Einfluss, da dies im Wesentlichen einem 20 %-Stimmrechtsanteil entspricht, von dem generell angenommen wird, dass maßgeblicher Einfluss vorliegt. Darüber hinaus wird der signifikante Einfluss dadurch belegt, dass die Deutsche Bank erfolgreich die Erhöhung ihres Anteils mit dem Management der Hua Xia Bank und den anderen Anteilseignern verhandelt hat und in vier von sechs Vorstandsgremien der Hua Xia Bank vertreten ist.

Die Beteiligung wird seit dem 11. Februar 2011 nach der Equitymethode bilanziert.

Im Zusammenhang mit der Umwidmung der Beteiligung im ersten Quartal 2011 von Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen hat die Deutsche Bank den Neubewertungsansatz in Analogie zu IFRS 3R, „Unternehmenszusammenschlüsse“, angewandt. Damit wurden zuvor in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasste Gewinne von 263 Mio € erfolgswirksam in das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten umgegliedert.

Die umgewidmete Beteiligung wies zum 31. Dezember 2012 einen Buchwert in Höhe von 2,3 Mrd € auf (2011: 2,0 Mrd €).

19 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Branchen

	31.12.2012	31.12.2011
in Mio €		
Banken und Versicherungen	27.849	35.308
Verarbeitendes Gewerbe	23.203	22.754
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	39.373	38.657
Private Haushalte – Hypothekenkredite	141.601	135.531
Öffentliche Haushalte	15.378	16.412
Handel	17.026	15.045
Gewerbliche Immobilien	45.225	46.143
Leasingfinanzierungen	1.021	1.679
Fondsmanagement	16.777	24.952
Sonstige	74.659	80.576
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, brutto	402.112	417.057
Abgegrenzte Aufwendungen (–)/unrealisierte Erträge	137	381
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (–)/unrealisierte Erträge	401.975	416.676
Abzüglich Wertberichtigungen für Kreditausfälle	4.696	4.162
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	397.279	412.514

20 – Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich aus Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zusammen.

Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle

in Mio €	2012			2011			2010		
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	2.011	2.150	4.162	1.643	1.653	3.296	2.029	1.313	3.343
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.115	613	1.728	907	925	1.832	562	751	1.313
Nettoabschreibungen:	–762	–324	–1.086	–512	–385	–897	–896	–404	–1.300
Abschreibungen	–798	–483	–1.281	–553	–512	–1.065	–934	–509	–1.443
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	36	158	195	41	127	168	38	104	143
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–0	–0	–	–	–
Wechselkursveränderungen/Sonstige	–98	–9	–107	–26	–43	–69	–53	–6	–60
Bestand am Jahresende	2.266	2.430	4.696	2.011	2.150	4.162	1.643	1.313	3.296

Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns (Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogene Zusagen)

in Mio €	2012			2011			2010		
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	127	98	225	108	110	218	83	124	207
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	–7	0	–7	19	–12	7	–18	–21	–39
Zweckbestimmte Verwendung	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–0	0	0	42	–	42
Wechselkursveränderungen/Sonstige	–2	–1	–3	–0	0	0	1	7	8
Bestand am Jahresende	118	97	215	127	98	225	108	110	218

Die in 2010 in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ausgewiesene Veränderung des Konsolidierungskreises resultierte aus der Konsolidierung der Postbank (34 Mio €) und der Konsolidierung von Sal. Oppenheim/BHF-BANK (8 Mio €).

21 – Übertragung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er finanzielle Vermögenswerte, die in der Bilanz ausgewiesen werden, überträgt und als Ergebnis den gesamten Vermögenswert entweder vollständig ausbucht oder ihn im Rahmen eines anhaltenden Engagements, abhängig von bestimmten Kriterien, als übertragenen Vermögenswert zurückbehält. Diese Kriterien werden in der Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ erläutert.

Soweit es sich um finanzielle Vermögenswerte handelt, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, werden diese als besicherte Finanzierung und die erhaltene Gegenleistung als korrespondierende Verbindlichkeit gesehen. Der Konzern ist nicht berechtigt, diese finanziellen Vermögenswerte für andere Zwecke zu nutzen. Vom Konzern abgeschlossene Transaktionen dieser Art sind vor allem Wertpapierpensionsgeschäfte, Wertpapierleihen und Total-Return-Swap-Geschäfte. Bei solchen Transaktionen behält der Konzern im Wesentlichen alle Kredit-, Aktienkurs-, Zins- und Währungsrisiken zurück, die mit den Vermögenswerten und den daraus resultierenden Ergebnissen verbunden sind.

Der Konzern kann einige Risikopositionen im Hinblick auf die zukünftige Wertentwicklung eines übertragenen finanziellen Vermögenswerts durch neue oder bereits bestehende vertragliche Rechte und Verpflichtungen zurückbehalten und dennoch ist es noch möglich, den Vermögenswert auszubuchen. Das anhaltende Engagement wird als neues Instrument erfasst, das sich vom übertragenen finanziellen Vermögenswert unterscheiden kann. Typische Transaktionen sind zurückbehaltene vorrangige Schuldverschreibungen nicht-konsolidierter Verbriefungsstrukturen, auf die begebene Kredite übertragen wurden, Finanzierungen mit Zweckgesellschaften, denen der Konzern ein Portfolio an Vermögenswerten verkauft hat, oder Verkäufe von Vermögenswerten mit kreditgebundenen Swaps. Das Risiko des Konzerns bei derartigen Transaktionen wird nicht als wesentlich angesehen, da eine substanzelle Zurückbehaltung der Risiken, die im Zusammenhang mit den übertragenen Vermögenswerten stehen, üblicherweise zu einer anfänglichen Unmöglichkeit der Ausbuchung führen wird. Transaktionen, bei denen nicht davon auszugehen ist, dass sie in einem anhaltenden Engagement resultieren, umfassen Gewährleistungen in Bezug auf betrügerische Handlungen, die eine Übertragung infolge eines Gerichtsverfahrens ungültig machen könnten, geeignete Durchleitungsvereinbarungen und standardisierte Treuhänder- oder Verwaltungsgebühren, die nicht im Zusammenhang mit der Wertentwicklung stehen.

Informationen zu den Arten der übertragenen Vermögenswerte und den zugrunde liegenden Transaktionen, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren¹

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Buchwert der übertragenen Vermögenswerte		
Nicht ausgebuchte Wertpapiere des Handelsbestands aus:		
Wertpapierpensionsgeschäften	51.020	49.401
Wertpapierleihen	36.109	31.245
Total Return Swaps	10.056	9.857
Konsolidierte vom Konzern gesponserte Verbriefungen	1.889	2.044
Wertpapiere des Handelsbestands insgesamt	99.074	92.547
Sonstige Handelsaktiva	1.579	2.035
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	992	10.225
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.723	4.461
Insgesamt	104.368	109.268
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeiten	92.372	89.927

¹ Die Änderungen zu IFRS 7 führten eine erweiterte Definition des Begriffs Übertragung ein. Aus diesem Grund wurde diese Anhangangabe ergänzt. Siehe Anhangangabe 03 „Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften“.

Zum 31. Dezember 2012 betrug der beizulegende Zeitwert der übertragenen Vermögenswerte, die nicht zur Ausbuchung qualifizieren und bei denen die korrespondierenden Verbindlichkeiten nur ein Rückanspruch für diese Vermögenswerte darstellen, 3,4 Mrd €. Darin enthalten waren Wertpapiere des Handelsbestands mit einem beizulegenden Zeitwert von 1,9 Mrd €, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte mit einem beizulegenden Zeitwert von 344 Mio € sowie Forderungen aus dem Kreditgeschäft mit einem beizulegenden Zeitwert von 1,1 Mrd €. Der beizulegende Zeitwert der korrespondierenden Verbindlichkeiten, die nur einen Rückanspruch für diese Vermögenswerte darstellen, betrug 3,4 Mrd €.

Buchwert übertragener Vermögenswerte, die der Konzern noch im Rahmen eines anhaltenden Engagements bilanziert

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Buchwert der übertragenen ursprünglichen Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	839	1.383
Sonstige Handelsaktiva	2.013	7.302
Buchwert der weiterhin bilanzierten Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	805	1.367
Sonstige Handelsaktiva	300	2.078
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeiten	1.037	3.467

Auswirkungen der vollständigen Ausbuchung übertragener Vermögenswerte, bei denen ein anhaltendes Engagement bestehen bleibt, auf die Konzernbilanz

in Mio €			31.12.2012	
		Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Maximales Verlustrisiko
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Anleihen aus Verbriefungen	1.888	1.798	2.012	
Forderungen aus dem Kreditgeschäft insgesamt	1.888	1.798	2.012	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:				
Anleihen aus Verbriefungen	1.143	1.143	1.143	
Nicht-standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	32	32	32	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.175	1.175	1.175	
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:				
Anleihen aus Verbriefungen	29	29	29	
Kredite	–	–	–	
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	29	29	29	
Finanzielle Vermögenswerte, die ein anhaltendes Engagement darstellen, insgesamt	3.092	3.002	3.216	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten:				
Nicht-standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	– 36	– 36	–	
Finanzielle Verbindlichkeiten, die ein anhaltendes Engagement darstellen, insgesamt	– 36	– 36	–	

Auswirkungen der vollständigen Ausbuchung übertragener Vermögenswerte, bei denen ein anhaltendes Engagement bestehen bleibt, auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	Ergebnis im Jahr 2012	kumulierte Ergebnisse	Veräußerungsresultat
Anleihen aus Verbriefungen	190	– 139	– ¹
Nicht-standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	– 8	407	5
Sonstige ²	–	21	34
Ergebnis aus anhaltendem Engagement in ausgebuchten Vermögenswerten	182	289	39

¹ Die typischen in die Verbriefungen verkauften Vermögenswerte waren zum beizulegenden Zeitwert bewertet und deshalb war das Veräußerungsergebnis nicht materiell.

² Das anhaltende Engagement aus verkauften Aktienpositionen in Form von Optionen, die weit aus dem Geld sind und von verschiedenen unwahrscheinlichen Ereignissen abhängen. Daraus resultieren ein Buchwert und ein beizulegender Zeitwert von Null.

22 –**Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte**

Der Konzern verpfändet Vermögenswerte als Sicherheit für Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften. Diese Geschäfte werden in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt. Zusätzlich verpfändet der Konzern Vermögenswerte im Rahmen von sonstigen Leihegeschäften und als Sicherheitsleistungen für Verbindlichkeiten aus außerbörslichen Derivategeschäften.

Buchwert der vom Konzern als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	150	71
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	89.138	83.862
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	6.413	11.886
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	57.022	45.052 ¹
Sonstige	570	330
Insgesamt	153.293	141.201

¹ Vorjahreswerte wurden angepasst.

In der Konzernbilanz gesondert ausgewiesen sind verpfändete Vermögenswerte, bei denen der Sicherungsnehmer das vertragliche Recht oder Gewohnheitsrecht besitzt, die Sicherheit zu veräußern oder weiterzuverpfänden. Am 31. Dezember 2012 belief sich ihr Wert auf 91 Mrd € (2011: 99 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2012 hat der Konzern Sicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von 311 Mrd € (2011: 304 Mrd €) aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften, Derivategeschäften, Krediten gegen Wertpapiersicherheiten und anderen Transaktionen erhalten. Diese Geschäfte werden in der Regel zu Bedingungen ausgeführt, die für standardisierte durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte und für die sonstigen beschriebenen Transaktionen üblich sind. Der Konzern hat als Sicherungsnehmer das Recht zur Veräußerung oder Weiterverpfändung der erhaltenen Sicherheiten, sofern er bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Von diesen Sicherheiten waren zum 31. Dezember 2012 261 Mrd € (2011: 262 Mrd €) veräußert oder verpfändet, um insbesondere Leerverkäufe sowie Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte zu bedienen.

23 – Sachanlagen

in Mio €	Eigen- genutzte Immobilien	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Einbauten in gemieteten Räumen	Anlagen im Bau	Insgesamt
Anschaufungskosten:					
Bestand zum 1. Januar 2011	4.646	3.621	1.813	298	10.378
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 18	- 2	-	-	- 20
Zugänge	31	309	111	343	794
Umklassifizierung	1	263	127	- 209	182
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 354	- 108	-	- 4	- 466
Abgänge	57	179	95	-	331
Wechselkursveränderungen	53	29	17	1	100
Bestand zum 31. Dezember 2011	4.302	3.933	1.973	429	10.637
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	1	3	-	4
Zugänge	18	327	132	137	614
Umklassifizierung	- 20	42	116	- 323	- 185
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 96	- 6	-	-	- 102
Abgänge	146	210	66	-	422
Wechselkursveränderungen	- 40	- 33	- 12	- 8	- 93
Bestand zum 31. Dezember 2012	4.018	4.054	2.146	235	10.453
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:					
Bestand zum 1. Januar 2011	1.330	2.132	1.114	-	4.576
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 1	1	-	-	-
Abschreibungen	86	389	138	-	613
Wertminderungen	137	5	1	-	143
Wertaufholungen	-	-	-	-	-
Umklassifizierung	- 4	76	- 7	-	65
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 94	3	- 2	-	- 93
Abgänge	19	149	74	-	242
Wechselkursveränderungen	22	28	16	-	66
Bestand zum 31. Dezember 2011	1.457	2.485	1.186	-	5.128
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	- 0	- 0	-	- 0
Abschreibungen	82	401	155	-	638
Wertminderungen	0	29	0	-	29
Wertaufholungen	-	0	-	-	0
Umklassifizierung	4	- 1	- 6	-	- 3
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 3	- 2	- 1	-	- 6
Abgänge	54	171	17	-	242
Wechselkursveränderungen	- 18	- 24	- 12	-	- 54
Bestand zum 31. Dezember 2012	1.468	2.717	1.305	-	5.490
Bilanzwert:					
Bestand zum 31. Dezember 2011	2.845	1.448	787	429	5.509
Bestand zum 31. Dezember 2012	2.550	1.337	841	235	4.963

Die ausgewiesenen Wertminderungen auf Sachanlagen werden in Sachaufwendungen und sonstigen Aufwendungen gezeigt.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde eine Wertminderung in Höhe von 135 Mio € auf eigengenutzte Immobilien für das The Cosmopolitan of Las Vegas berücksichtigt, um niedrigere Ertragserwartungen widerzuspiegeln.

Im ersten Quartal 2011 wurde die Konzernzentrale in Frankfurt am Main, vormals bilanziert als Sachanlagen, als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte klassifiziert. Für weitere Einzelheiten bezüglich der zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte wird auf Anhangangabe 26 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ verwiesen. Für weitere Einzelheiten bezüglich der nachfolgenden Sale-and-Leaseback-Transaktion wird auf Anhangangabe 24 „Leasingverhältnisse“ verwiesen.

Die Buchwerte von Sachanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 181 Mio €.

Zum Jahresende 2012 beliefen sich bestehende Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen auf 27 Mio €.

24 – Leasingverhältnisse

Der Konzern tritt als Leasingnehmer für Sachanlagen auf.

Finanzierungs-Leasingverhältnisse

Die Mehrzahl der vom Konzern abgeschlossenen Finanzierungs-Leasingverträge wurde zu geschäftsüblichen Konditionen getätigt. Der Konzern hat ein materielles Finanzierungsleasing, das eine für den Konzern günstige Kaufoption zum Erwerb der Immobilie am Ende der Laufzeit des Vertrags enthält.

Nettobuchwert der jeweiligen Anlageklasse von Finanzierungs-Leasingverhältnissen

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Grundstücke und Gebäude	90	86
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	1
Sonstige	-	1
Buchwert am Jahresende	92	88

Künftige Mindestmietzahlungen aus den Finanzierungs-Leasingverhältnissen des Konzerns

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
bis 1 Jahr	10	10
1 bis 5 Jahre	37	39
länger als 5 Jahre	10	4
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	57	53
abzüglich Zinsanteil	15	7
Barwert der Mindestleasingzahlungen aus Finanzierungsleasing	42	46
Erwartete Mindestleasingzahlungen aus Untermietverhältnissen	11	14
Bedingte Mietzahlungen, in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen ¹	1	1

¹ Die bedingten Mietzahlungen orientieren sich an Referenzzinssätzen wie dem 3-Monats-EURIBOR; unterhalb eines bestimmten Zinssatzes erhält der Konzern eine Rückerstattung.

Operating-Leasingverhältnisse

Der Konzern mietet den größten Teil seiner Büros und Filialen langfristig. Die Mehrzahl der vom Konzern abgeschlossenen Operating-Leasingverhältnisse wurde zu geschäftsüblichen Konditionen getätigt. Sie enthalten Verlängerungsoptionen, mit denen die Verträge für mehrere Perioden verlängert werden können, sowie Preis-anpassungs- und Ausstiegsklauseln, welche den Marktkonditionen für Geschäftsleigenschaften entsprechen. Dagegen ergeben sich aus diesen Operating-Leasingverhältnissen keine Restriktionen für zukünftige Dividen-denzahlungen oder für Fremdkapitalaufnahmen durch den Konzern. Der Konzern hat ein materielles Operating-Leasingverhältnis, das fünf Verlängerungsoptionen für jeweils fünf weitere Jahre und keine Kaufoption enthält.

Künftige Mindestleasingzahlungen aus den Operating-Leasingverhältnissen des Konzerns

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
bis 1 Jahr	880	891
1 bis 5 Jahre	2.426	2.572
länger als 5 Jahre	1.745	2.246
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	5.051	5.709
abzüglich Leasingeinnahmen aus Weitervermietung (Mindestbetrag)	190	204
Nettomindestleasingzahlungen	4.861	5.505

Die künftigen Mindestleasingzahlungen zum 31. Dezember 2012 beinhalteten 451 Mio € für die Konzernzentrale in Frankfurt am Main, die zum 1. Dezember 2011 verkauft und wieder angemietet wurde. Im Rahmen dieser Sale-and-Leaseback-Transaktion schloss der Konzern einen über 181 Monate laufenden Mietvertrag für das gesamte Gebäude ab.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden im Rahmen von Miet- und Untermietverhältnissen insgesamt 852 Mio € gezahlt, davon wurden 860 Mio € für Mindestleasingzahlungen zuzüglich 22 Mio € für bedingte Mietzahlungen abzüglich erhaltener Zahlungen aus Untermietverhältnissen in Höhe von 30 Mio € geleistet.

25 – Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Geschäfts- oder Firmenwert

Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts

Der Bilanzwert des Geschäfts- oder Firmenwerts sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts haben sich in den Geschäftsjahren 2012 und 2011 nach zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (ZGE) wie unten dargestellt entwickelt. Nach der Reorganisation der berichtspflichtigen Segmente im vierten Quartal 2012 (für Details wird auf Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ verwiesen) wurden die früheren primären ZGEs AM und PWM in einer einzelnen ZGE AWM zusammengefasst. Weiterhin wurde der frühere Konzernbereich und ZGE CI Teil des neu berichtenden Unternehmensbereichs NCOU, welcher sich aus den zwei separaten ZGEs Wholesale Assets und Operating Assets zusammensetzt.

Geschäfts- oder Firmenwert, zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit ¹	Sonstige	Total
Bestand zum 1. Januar 2011	3.332	487	3.724	3.025	–	194	10.762
Zugänge	–	–	25	–	–	–	25
Anpassungen des im Vorjahr erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerts zum Erwerbszeitpunkt	–	–11	–	45	–	–	34
Umklassifizierungen	44	–44	–	–	–	–	–
Umklassifizierung aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–4	–	–	–5	–	–	–9
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	–	–	–	–	–	–	–
Wertminderungen ²	–	–	–	–	–	–	–
Wechselkursveränderungen/Sonstige	81	8	68	1	–	3	161
Bestand zum 31. Dezember 2011	3.453	440	3.817	3.066	–	197	10.973
Bruttobetrag des Geschäfts- oder Firmenwerts	3.453	440	3.817	3.066	230	692	11.698
Kumulierte Wertminderungen	–	–	–	–	–230	–495	–725
Bestand zum 1. Januar 2012	3.453	440	3.817	3.066	–	197	10.973
Zugänge	–	–	–	–	–	–	–
Anpassungen des im Vorjahr erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerts zum Erwerbszeitpunkt	–	–	–	–	–	–	–
Umklassifizierungen	–279	–	189	–331	421	–	–
Umklassifizierung aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–1	–1	–	–	–	–2
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	–1	–	–	–	–	–	–1
Wertminderungen ²	–1.174	–	–	–	–421	–	–1.595
Wechselkursveränderungen/Sonstige	–46	–7	–26	1	–	–	–78
Bestand zum 31. Dezember 2012	1.953	432	3.979	2.736	–	197	9.297
Bruttobetrag des Geschäfts- oder Firmenwerts	3.127	432	3.979	2.736	651	684	11.609
Kumulierte Wertminderungen	–1.174	–	–	–	–651	–487	–2.312

¹ Beinhaltet die primären ZGEs „NCOU Wholesale Assets“ und „NCOU Operating Assets“.

² Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts werden als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Neben den primären ZGEs weisen die Segmente CB&S und NCOU einen Geschäfts- oder Firmenwert aus, der aus dem Erwerb von nicht integrierten Investments resultiert und deshalb nicht den primären ZGEs der jeweiligen Segmente zugeordnet wurde. Ein solcher Geschäfts- oder Firmenwert ist in der obigen Tabelle unter „Sonstige“ zusammengefasst. Das nicht integrierte Investment in der NCOU besteht aus der Beteiligung an der Maher Terminals LLC und der Maher Terminals of Canada Corp.

Die Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts im Geschäftsjahr 2012 beinhalten hauptsächlich die im vierten Quartal erfassten Wertminderungen von minus 1.595 Mio €, die im Rahmen der jährlichen Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts festgestellt wurden. Die Werthaltigkeitsprüfung wurde sowohl in der Organisationsstruktur vor der Neu-Segmentierung als auch in der Struktur nach der Neu-Segmentierung durchgeführt (für Details wird auf den nachfolgenden Abschnitt „Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts“ verwiesen). Infolge der Resegmentierung waren mehrere Geschäftsbetriebe nach AWM und in die beiden ZGEs der NCOU übertragen worden. Dementsprechend wurde mit dem Transfer des ETF-Geschäfts ein Geschäfts- oder Firmenwert von 182 Mio € von CB&S nach AWM umklassifiziert. Noch vor der in der NCOU erfassten Wertminderung waren Geschäfts- oder Firmenwerte in Höhe von 369 Mio € der ZGE Wholesale Assets (97 Mio € von CB&S und 272 Mio € von PBC) und 52 Mio € der ZGE Operating Assets (von PBC) zugeordnet worden. Weiterhin war mit dem Verkauf des Asset Management-Geschäfts der Postbank an die DWS-Gruppe im dritten Quartal 2012 ein Geschäfts- oder Firmenwert von 7 Mio € von PBC nach AWM übertragen worden.

Im Geschäftsjahr 2011 bezogen sich die Zugänge zum Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 25 Mio € auf den sukzessiven Erwerb der ausstehenden Anteile an der Deutsche UFG Capital Management im November 2011. In 2011 erfassende Anpassungen von in Vorjahren erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerten beliefen sich per Saldo auf 34 Mio €. Darin enthalten sind hauptsächlich Veränderungen in Höhe von 45 Mio € aus der abschließenden Bilanzierung des Erwerbs der Postbank (PBC) sowie eine Verminderung in Höhe von 11 Mio € aus dem Abschluss einer bedingten Kaufpreiszahlung im Zusammenhang mit dem vollständigen Erwerb der DB HedgeWorks (GTB) in 2008. Im Zuge der im dritten Quartal 2011 geänderten Managementverantwortung für den ehemaligen Geschäftsbetrieb Capital Market Sales (siehe Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“) wurde für diese Einheit ein Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 44 Mio € von GTB auf CB&S übertragen.

Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts

Ein bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Geschäfts- oder Firmenwert wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit ZGEs zugewiesen. Der Definition in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungsgrundsätze“ folgend, sind die primären ZGEs des Konzerns wie oben dargestellt. Ein Geschäfts- oder Firmenwert, welcher auf Sonstige ZGEs entfällt, wird einzeln auf der Ebene jedes nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahrs auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder ZGE, die Geschäfts- oder Firmenwert ausweist, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Darüber hinaus und im Einklang mit IAS 36 wird der Geschäfts- oder Firmenwert auf Werthaltigkeit hin überprüft, falls ein testauslösendes Ereignis vorliegt. Der erzielbare Betrag einer ZGE entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert.

Der Bilanzwert einer primären ZGE wird unter Verwendung eines Kapitalzuordnungs-Modells hergeleitet. Das Kapitalzuordnungs-Modell verwendet das Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss zum Bewertungstichtag. Dieses wird um spezifische Effekte im Zusammenhang mit nicht integrierten Investments, welche wie oben beschrieben individuell auf Werthaltigkeit hin überprüft werden, bereinigt und beinhaltet eine Anpassung (Zuschlag) für Geschäfts- oder Firmenwerte, welche auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss zurückzuführen sind. Der gesamte Bilanzwert wird in einem zweistufigen Verfahren auf die primären ZGEs zugeordnet. Im ersten Schritt wird derjenige Bestandteil des Eigenkapitals einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss, welcher ohne weiteres direkt zurechenbar ist, der entsprechenden ZGE zugeordnet. Dies beinhaltet Geschäfts- oder Firmenwerte (plus den Zuschlag für Anteile ohne beherrschenden Einfluss), nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte sowie gewisse unrealisierte Gewinne/Verluste, welche direkt im Eigenkapital erfasst werden, und Anteile ohne beherrschenden Einfluss. Im zweiten Schritt wird die verbleibende Größe des gesamten Bilanzwerts proportional, mithilfe eines Verteilschlüssels, den ZGEs zugeordnet. Der Verteilschlüssel berechnet sich als relativer Anteil an Risikoaktiva und gewissen Kapitalabzügen der entsprechenden ZGE im Verhältnis zum Konzern (jeweils nach Anpassungen für nicht integrierte Investments). Der Bilanzwert für nicht integrierte Investments wird auf Basis des entsprechenden Eigenkapitals bestimmt.

Aufgrund der im vierten Quartal 2012 erfolgten Neu-Segmentierung des Konzerns (siehe Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“) musste die jährliche Werthaltigkeitsprüfung sowohl in der Struktur vor der Neu-Segmentierung („alte Struktur“) als auch nach der Neu-Segmentierung („neue Struktur“) durchgeführt werden.

Die jährlichen Werthaltigkeitsprüfungen des Geschäfts- oder Firmenwerts führten im Geschäftsjahr 2012 zu Wertminderungen von insgesamt 1.595 Mio €. Hiervon entfielen 1.174 Mio € auf die ZGE CB&S (alte Struktur) und insgesamt 421 Mio € auf die ZGEs Wholesale Assets (369 Mio €) und Operating Assets (€ 52 Mio) innerhalb des Segments NCOU (neue Struktur).

Sensitivität der Wertminderung in CB&S (alte Struktur) auf gewisse Schlüsselannahmen

in Mrd €	Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts
Erfasste Wertminderung	1,2
Diskontierungszinssatz (nach Steuern)	
Nachteilige Veränderung (+25 Basispunkte)	2,4
Vorteilhafte Veränderung (-25 Basispunkte)	keine Wertminderung
Langfristige Wachstumsrate	
Nachteilige Veränderung (-25 Basispunkte)	1,5
Vorteilhafte Veränderung (+25 Basispunkte)	0,8
Geschätzte zukünftige Ergebnisse	
Nachteilige Veränderung (-5 %)	3,3
Vorteilhafte Veränderung (+5 %)	keine Wertminderung

Die Wertminderung in CB&S (alte Struktur) war hauptsächlich durch einen Anstieg des Diskontierungszinssatzes, niedrigere zukünftige Ergebnisse bedingt durch gedämpfte Markterwartungen und gewisse kurz- und mittelfristige Einmaleffekte, welche zu konservativeren Ertragswachstumserwartungen führten, verursacht. Teilweise kompensierend wirkten geplante Kosteneinsparungen. Die Wertminderung wurde mithilfe einer DCF-Methode im Konzept des Nutzungswerts bestimmt. Hierbei wurde ein Diskontierungszinssatz (vor Steuern) in Höhe von 15,0 % verwendet, welcher implizit aus einem Nachsteuersatz in Höhe von 11,1 % ermittelt wurde. Da CB&S (alte Struktur) Vermögenswerte beinhaltete, welche anschließend der ZGE NCOU Wholesale Assets zugeordnet wurden, treffen die in der unten folgenden Tabelle für NCOU Wholesale Assets genannten wesentlichen Annahmen, die Beschreibung des Managementansatzes zur Bestimmung der zugewiesenen Werte sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die sich negativ auswirken könnten, auch auf CB&S (alte Struktur) zu. Analog hierzu können die wesentlichen Annahmen für die verbleibenden primären ZGEs in alter Struktur aus der Tabelle unten bezüglich wesentlicher Annahmen der ZGEs in neuer Struktur und unter Berücksichtigung der Neu-Segmentierung abgeleitet werden.

Im Nachgang zu der Werthaltigkeitsprüfung in alter Struktur wurden den ZGEs in neuer Struktur Geschäfts- oder Firmenwerte für solche Einheiten, bei denen es sich um Geschäftsbetriebe im Sinne von IFRS 3 handelt, gemäß dem Relativen-Wert-Konzept zugeordnet. Die Wertminderungen in den ZGEs Wholesale Assets und Operating Assets innerhalb des Segments NCOU (neue Struktur) wurden unmittelbar erfasst. Die Wertminderungen sind auf negative Ergebnisprognosen zurückzuführen, welche im Zusammenhang mit dem vom Konzern formulierten Ziel eines beschleunigten Risikoabbaus aus den zugrunde liegenden Geschäftseinheiten, Vermögenswerten und Verbindlichkeiten innerhalb dieser ZGEs stehen. Beide Wertminderungen wurden mithilfe einer DCF-Methode im Konzept des Nutzungswerts bestimmt. Für wesentliche Annahmen, welche der Berechnung zugrunde lagen, siehe „Wesentliche Annahmen und Sensitivitäten“. Das Management ist der Auffassung, dass realistische Änderungen der wesentlichen Annahmen keinen materiellen Einfluss auf die Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts in den NCOU Wholesale Assets und Operating Assets in neuer Struktur gehabt hätten.

Die jährliche Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts für die primären ZGEs führte in den Geschäftsjahren 2011 und 2010 zu keiner Wertminderung, da der erzielbare Betrag für diese ZGEs deren Bilanzwert überstieg.

Erzielbarer Betrag

Der Konzern ermittelt den erzielbaren Betrag aller primären ZGEs auf der Grundlage des Nutzungswerts und verwendet dazu ein Bewertungsmodell auf DCF-Basis. Das vom Konzern angewandte DCF-Modell reflektiert die Besonderheiten des Bankgeschäfts und dessen aufsichtsrechtliches Umfeld. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, die nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können.

Das DCF-Modell verwendet Ergebnisprognosen und entsprechende Kapitalisierungsannahmen (mit einer Tier-1-Kernkapitalquote, welche bis auf 10 % ansteigt) auf der Grundlage von Finanzplänen für einen Fünfjahreszeitraum. Diese wurden vom Management beschlossen und werden auf ihren Barwert abgezinst. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse und Kapitalanforderungen erfordert neben einer Berücksichtigung der bisherigen und aktuellen Performance eine Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklungen der entsprechenden Märkte sowie des gesamtwirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Umfelds. Die Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus werden, sofern erforderlich, auf ein nachhaltiges Ergebnisniveau angepasst. Danach wird, im Falle einer dauerhaften Fortführung, von einem konstanten oder einem Übergang auf einen konstanten Anstieg ausgegangen. Grundlage hierfür ist eine langfristige Wachstumsrate in Höhe von 3,6 % (2011: 3,6 %), die auf den Erwartungen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inflationsrate basiert. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mithilfe einer ewigen Rente erfasst.

Wesentliche Annahmen und Sensitivitäten

Wesentliche Annahmen: Der Nutzungswert einer ZGE reagiert sensibel auf die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse, auf den Diskontierungszinssatz sowie in deutlich geringerem Maße auf die langfristige Wachstumsrate. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Marktrisiko (Betafaktor) beinhaltet. Die Werte für den risikolosen Zinssatz, die Marktrisikoprämie und die Betafaktoren werden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. ZGE-spezifische Betafaktoren basieren auf den Daten einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen. Schwankungen der vorgenannten Komponenten könnten sich auf die Berechnung der Diskontierungszinssätze auswirken.

Primäre zahlungsmittelgenerierende Einheiten

	Diskontierungszinssatz (vor Steuern, implizit ermittelt aus Nachsteuersätzen)	
	2012	2011
Corporate Banking & Securities	15,4 %	14,3 %
Global Transaction Banking	12,6 %	12,1 %
Asset & Wealth Management	12,7 %	N/A ¹
Private & Business Clients	14,8 %	13,5 %
Non-Core Operations Unit ²	13,7 %/15,8 %	N/A

N/A – nicht aussagefähig

¹ Entsprechende Diskontierungszinssätze vor Steuern im Jahr 2012 waren für AM (alte Struktur): 12,7 % (2011: 12,5 %) und für PWM (alte Struktur): 12,1 % (2011: 11,9 %).

² Beinhaltet zwei primäre ZGEs: „NCOU Wholesale Assets“ (13,7 %) und „NCOU Operating Assets“ (15,8 %). Dargestellte Diskontierungszinssätze vor Steuern basieren auf Nach-Steuer-Bewertung für einen als ungünstig anzunehmenden Fall („worst case“). Nach-Steuer-Bewertung beider ZGEs verwendet identische Diskontierungszinssätze nach Steuern. Unterschiedliche Diskontierungszinssätze vor Steuern sind auf unterschiedliche Zusammensetzungen und Profile der Zahlungsströme zurückzuführen.

Primäre zahlungsmittelgenerierende Einheit	Beschreibung der wesentlichen Annahmen	Managementansatz zur Bestimmung der zugewiesenen Werte	Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten
Corporate Banking & Securities	<ul style="list-style-type: none"> - Ausnutzung der Vorteile aus dem Effizienzsteigerungs- und Kostensenkungsprogramm, welches 2012 gestartet wurde - Nutzung von Synergien aus der engeren Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Bank - Fokus auf das kundenbezogene Geschäft und Lösungen für Kunden, Profitieren von führender Position im Kundenmarkt und erhöhter Durchdringung des Kundenstamms - Provisionsaufkommen in Corporate Finance sowie Ertragsaufkommen in Sales & Trading wachsen moderat im Zuge reduzierter Volatilität und einer Stabilisierung des Wirtschaftswachstums - Nachhaltige Effizienz der Vermögenswerte im neuen regulatorischen Umfeld und konsequent verwaltete Risikopositionen - Weitere geplante Risikoreduktionen und Umsetzung von Maßnahmen zur Minderung der Auswirkungen regulatorischer Änderungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Die wesentlichen Annahmen basieren auf einer Kombination aus internen und externen Studien (Beratungsunternehmen, Recherche) - Managementschätzungen zu Effizienzsteigerungen und dem Kostensenkungsprogramm beruhen auf den bislang bei verschiedenen Initiativen erzielten Fortschritten 	<ul style="list-style-type: none"> - Eventuell schwächeres makroökonomisches Umfeld aufgrund anhaltender Staatsschuldenkrise und möglichen Ansteckungsrisiken, welche zu einem Rückgang der Marktaktivitäten und einer geringeren Risikoneigung der Anleger führen könnten - Struktur und Inhalt verschiedener regulatorischer Änderungen, welche zurzeit in verschiedenen Ländern umgesetzt werden, könnten einen stärkeren Einfluss haben als angenommen - Über erwartetes Ausmaß hinausgehender potenzieller Margenrückgang und verstärkter Wettbewerb in Geschäften mit weniger kapitalintensiven Produkten - Ausgang von Rechtsstreitigkeiten - Kosteneinsparungen und erwartete Vorteile aus dem konzernweiten Operational Excellence Programm (OpEx) treten nicht im geplanten Umfang ein - Verzögerung in der Umsetzung risikomindernder Maßnahmen
Global Transaction Banking	<ul style="list-style-type: none"> - Kosteneinsparungen durch das konzernweite OpEx - Nutzung von Synergien aus der engeren Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Bank - Moderate gesamtwirtschaftliche Erholung - Anhaltend niedrige Zinsniveaus - Positive Entwicklung der Volumina im internationalen Handel, im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr und bei Kapitalmaßnahmen von Unternehmen - Vertiefung der Geschäftsbeziehungen mit komplexen Unternehmen und institutionellen Kunden in bestehenden Regionen sowie Vorantreiben des Wachstums in den Schwellenländern - Erfolgreiche Neuausrichtung des niederländischen Firmenkundengeschäfts 	<ul style="list-style-type: none"> - Die wesentlichen Annahmen basieren auf einer Kombination aus internen und externen Quellen - Makroökonomische Trends werden durch Studien belegt, während interne Pläne und Auswirkungen von Effizienzinitiativen auf Annahmen des Managements beruhen 	<ul style="list-style-type: none"> - Abschwächung der Weltwirtschaft und Fortsetzung der Staatsschuldenkrise sowie deren Auswirkung auf Handelsvolumina, Zinsen und Wechselkurse - Ungünstige Margenentwicklung und über das angenommene Maß hinausgehende nachteilige Wettbewerbsintensität in Schlüsselmärkten und -produkten - Unsicherheiten in Bezug auf das regulatorische Umfeld und mögliche Auswirkungen, welche noch nicht antizipiert wurden - Kosteneinsparungen und erwartete Vorteile aus dem konzernweiten OpEx treten nicht im geplanten Umfang ein - Ausgang von potenziellen Rechtsstreitigkeiten - Vorteile aus der Neuausrichtung des niederländischen Firmenkundengeschäfts werden nicht im geplanten Umfang erzielt
Asset & Wealth Management	<ul style="list-style-type: none"> - Kosteneinsparungen durch das konzernweite OpEx sowie die Optimierung der AWM-Plattform durch den Zusammenschluss von AM, PWM und des passiven CB&S-Geschäfts zu AWM - Ausweitung des Geschäfts mit sehr vermögenden Kunden - Ausbau des Geschäfts mit alternativen Anlagen und des passiven/ETF-Geschäfts - Führungsposition im Heimatmarkt Deutschland durch PWM und die DWS - Starke Abdeckung der Schwellenländer - Organische Wachstumsstrategie in Asien/Pazifik, Nord- und Südamerika sowie intensivere Zusammenarbeit mit CB&S und GTB 	<ul style="list-style-type: none"> - Die wesentlichen Annahmen basieren auf einer Kombination aus internen und externen Quellen - Makroökonomische und Marktannahmen basieren auf DB Research-Prognosen - Managementschätzungen zur Integration von AWM und zum Kostensenkungsprogramm beruhen auf den bislang bei verschiedenen Initiativen erzielten Fortschritten und der Überprüfung von Redundanzen 	<ul style="list-style-type: none"> - Wesentliche branchenspezifische Risiken, zum Beispiel Volatilität, europäische Staatsschuldenkrise, erhöhte Kosten infolge regulatorischer Änderungen - Anleger halten Vermögenswerte weiterhin außerhalb der Märkte, flüchten in liquide Mittel oder einfache Produkte mit niedrigeren Provisionserträgen - Geschäftsspezifische oder Umsetzungsrisiken, das heißt Nichterreichung der Ziele für Nettoneumittelzuflüsse im Jahr 2013, falls die europäische Staatsschuldenkrise die Stabilität der Deutschen Bank beeinflusst, Verlust hochqualifizierter Relationship Managers

Primäre zahlungsmittelgenerierende Einheit	Beschreibung der wesentlichen Annahmen	Managementansatz zur Bestimmung der zugewiesenen Werte	Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten
Asset & Wealth Management	<ul style="list-style-type: none"> - Halten oder Ausbau der Marktanteile in einem fragmentierten Wettbewerbsumfeld - Gesamtstrategie von AWM weiterhin beeinflusst durch: <ul style="list-style-type: none"> - Vermögenszuwachs und -gewinnung, - Wachstum des Altersvorsorgemarkts, - Outsourcing der Vermögensverwaltung durch Versicherungsgesellschaften, - Weitere Innovationen im Bereich strukturierter Lösungen, - Alternative Anlagen gewinnen an Relevanz für institutionelle Anleger, - Trennung von Alpha und Beta, - Klimawandel und nachhaltige Investitionen 	<ul style="list-style-type: none"> - Die wesentlichen Annahmen basieren auf einer Kombination aus internen und externen Quellen - Allen Annahmen zur zukünftigen Entwicklung von PBC liegen entsprechende Projekte und Initiativen zugrunde - Alle Initiativen wurden vom Management entwickelt sowie durch interne und externe Daten validiert 	<ul style="list-style-type: none"> - Schwierigkeiten bei der Umsetzung organischer Wachstumsstrategien aufgrund gewisser Restriktionen, zum Beispiel Probleme bei der Neueinstellung von Relationship Managers - Kosteneinsparungen infolge der Effizienzgewinne sowie erwarteter IT- und Prozessverbesserungen werden nicht im geplanten Umfang erzielt - Unsicherheiten in Bezug auf das regulatorische Umfeld und mögliche Auswirkungen, welche noch nicht antizipiert wurden - Eventueller Einfluss der strategischen Überprüfung bestimmter Teile des Geschäftsbereichs
Private & Business Clients	<ul style="list-style-type: none"> - Kosteneinsparungen durch das konzernweite OpEx - Führende Stellung auf dem Heimatmarkt Deutschland, starke Positionierung in anderen europäischen Märkten und Wachstumschancen in Schlüsselländern Asiens - Generierung von Ertrags- und Kosten-synergien zwischen Deutscher Bank und Postbank - Erhöhung des Marktanteils in Deutschland über das starke Angebot im Beratungsgeschäft - Nutzung der Vorteile aus der Beteiligung an und Kooperation mit Hua Xia Bank in China und anhaltendes organisches Wachstum in Indien - Anhaltend erfolgreiche Ausführung des Programms zur Risikoreduktion - Anhaltend erfolgreiche Nutzung der Verkaufsmöglichkeiten und Netzwerke anderer Divisionen, um Programm zur Risikoreduktion erfolgreich umsetzen zu können 	<ul style="list-style-type: none"> - Die wesentlichen Annahmen basieren auf einer Kombination aus internen und externen Quellen - Schätzungen des Managements hinsichtlich Zeitpunkt und Umfang der Verkaufskosten 	<ul style="list-style-type: none"> - Starke wirtschaftliche Abschwung könnte zu höheren Arbeitslosenquoten, steigender Risikovorsorge im Kreditgeschäft und geringerem Geschäftswachstum führen - Anhaltend niedrige Zinssätze - Synergien im Zusammenhang mit der Postbank werden nicht oder später als prognostiziert realisiert - Kosten zur Erreichung der Synergien sind höher als erwartet
Non-Core Operations Unit Wholesale Assets	<ul style="list-style-type: none"> - Anhaltende Bemühungen, die generelle wirtschaftliche Situation der entsprechenden Vermögenswerte zu steigern, um einen entsprechenden Verkauf vorzubereiten 	<ul style="list-style-type: none"> - Die wesentlichen Annahmen basieren auf einer Kombination aus internen und externen Quellen - Schätzungen des Managements hinsichtlich Zeitpunkt und Umfang des Verkaufs entsprechender Vermögenswerte 	<ul style="list-style-type: none"> - Eventuell schwächeres makroökonomisches Umfeld aufgrund anhaltender Staatsschuldenkrise und möglicher Ansteckungsrisiken, welche zu einem Rückgang der Marktaktivitäten und verringerten Möglichkeiten einer ökonomisch sinnvollen Risikoreduktion führen könnten - Struktur und Inhalt verschiedener regulatorischer Änderungen, welche zurzeit in verschiedenen Ländern umgesetzt werden, könnten einen stärkeren Einfluss haben als angenommen - Ausgang von Rechtsstreitigkeiten
Non-Core Operations Unit Operating Assets	<ul style="list-style-type: none"> - Anhaltende Bemühungen, die generelle wirtschaftliche Situation der entsprechenden Vermögenswerte zu steigern, um einen entsprechenden Verkauf vorzubereiten 	<ul style="list-style-type: none"> - Die wesentlichen Annahmen basieren auf einer Kombination aus internen und externen Quellen - Schätzungen des Managements hinsichtlich Zeitpunkt und Umfang des Verkaufs entsprechender Vermögenswerte 	<ul style="list-style-type: none"> - Eventuell schwächeres makroökonomisches Umfeld aufgrund anhaltender Staatsschuldenkrise und möglicher Ansteckungsrisiken, welche zu einem Rückgang der Marktaktivitäten und verringerten Möglichkeiten ökonomisch sinnvoller Veräußerungen führen könnten - Ausgang von Rechtsstreitigkeiten

Sensitivitäten: Bei der Validierung der für ZGEs ermittelten Nutzungswerte werden bestimmte externe Faktoren sowie die wesentlichen Werttreiber jeder ZGE regelmäßig überprüft. Während des ganzen Jahres 2012 waren die Kurse von Finanztiteln weiterhin sehr starken Schwankungen ausgesetzt und litten unter der hohen Unsicherheit der Marktteilnehmer. In diesem Umfeld blieb die Marktkapitalisierung der Deutschen Bank unter dem Nettovermögenswert. Um die Belastbarkeit der Nutzungswerte zu testen, werden die für das DCF-Modell herangezogenen wesentlichen Annahmen, wie beispielsweise Diskontierungszinssatz und Ergebnisprognosen, einer Sensitivitätsprüfung unterzogen. Das Management ist der Ansicht, dass, in neuer Struktur, lediglich für die ZGEs CB&S und PBC, wo der erzielbare Betrag um 45 % oder 9,1 Mrd € (CB&S) beziehungsweise um 21 % oder 2,9 Mrd € (PBC) über dem entsprechenden Bilanzwert lag, eine realistische Änderung der wesentlichen Annahmen zu einer Wertminderung führen könnte.

Veränderung bestimmter Schlüsselannahmen, welche dazu führen, dass sich erzielbarer Betrag und Bilanzwert gleichen

Veränderung der Schlüsselannahme	CB&S	PBC
Diskontierungszinssatz (nach Steuern) Erhöhung von/auf	11,1 %/13,7 %	10,8 %/12,1 %
Geschätzte zukünftige Ergebnisse in jeder Periode	- 21 %	- 13 %
Langfristige Wachstumsrate	N/A ¹	N/A ¹

N/A – nicht aussagefähig

¹ Selbst eine Wachstumsrate von 0 % würde zu einem erzielbaren Betrag über dem Bilanzwert führen.

Die erzielbaren Beträge aller weiteren primären ZGEs lagen deutlich über ihren jeweiligen Bilanzwerten. Eine Überprüfung zum 31. Dezember 2012 bestätigte, dass es keine Indikation für eine Wertminderung des verbleibenden Geschäfts- oder Firmenwerts der primären ZGEs gab.

Gewisse politische oder globale Risiken für die Bankenbranche wie zum Beispiel eine Intensivierung der europäischen Staatsschuldenkrise, Unsicherheiten bei der Umsetzung bereits antizipierter Regulierung und die Einführung gewisser Gesetzesvorhaben, welche aktuell in der Diskussion sind, sowie ein künftiger Rückgang des BIP-Wachstums könnten die erwarteten künftigen Ergebnisse in einigen ZGEs des Konzerns jedoch negativ beeinflussen. Dies könnte in der Zukunft zu einer Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts führen.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen bei den sonstigen immateriellen Vermögenswerten nach Anlageklassen in den Geschäftsjahren 2012 und 2011.

in Mio €	Erworбene immaterielle Vermögenswerte										Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Sonstige immaterielle Vermögenswerte insgesamt	
	Nicht abzuschreibende					Abzuschreibende							
	Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen im Publikumsfondsgeschäft	Nicht abzuschreibende erworbene immaterielle Vermögenswerte insgesamt	Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	Software und Sonstige	Abzuschreibende erworbene immaterielle Vermögenswerte insgesamt	Software					
Anschaffungs-/Herstellungskosten:													
Bestand zum 1. Januar 2011	870	418	1.288	1.689	780	763	857	4.089	955	6.332			
Zugänge	–	4	4	30	10	37	28	105	476	585			
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	29	29	– 247	–	32	–	– 215	– 26	– 212			
Abgänge	–	1	1	–	–	1	11	12	11	24			
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–	–	26	–	– 165	33	– 106	6	– 100			
Umklassifizierung	–	– 3	– 3	–	–	12	– 3	9	13	19			
Wechselkursveränderungen	24	– 1	23	– 2	24	20	5	47	12	82			
Bestand zum 31. Dezember 2011	894	446	1.340	1.496	814	698	909	3.917	1.425	6.682			
Zugänge	–	–	–	22	12	–	43	77	705	782			
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–			
Abgänge	–	–	–	–	–	–	23	23	18	41			
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–	–	–	–	–	– 1	– 1	–	– 1			
Umklassifizierung	–	– 4	– 4	–	–	–	16	16	153	165			
Wechselkursveränderungen	– 16	– 2	– 18	1	22	– 12	– 6	5	– 4	– 17			
Bestand zum 31. Dezember 2012	878	440	1.318	1.519	848	686	938	3.991	2.261	7.570			
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:													
Bestand zum 1. Januar 2011	96	1	97	401	104	157	406	1.068	334	1.499			
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	–	–	–	117	22	40	122	301	85	386 ¹			
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	– 7	– 7	– 7	– 6	– 13			
Abgänge	–	–	–	–	–	–	9	9	7	16			
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–	–	22	–	– 97	27	– 48	5	– 43			
Wertminderungen	–	2	2	–	–	–	–	–	–	2 ²			
Wertaufholungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–			
Umklassifizierung	–	–	–	– 1	–	1	– 36	– 36	41	5			
Wechselkursveränderungen	3	– 1	2	2	4	6	7	19	12	33			
Bestand zum 31. Dezember 2011	99	2	101	541	130	107	510	1.288	464	1.853			
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	–	–	–	114	31	37	100	282	174	456 ³			
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–			
Abgänge	–	–	–	–	–	–	20	20	16	36			
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–	–	–	–	–	– 1	– 1	–	– 1			
Wertminderungen	202	2	204	86	–	3	89	95	95	388 ⁴			
Wertaufholungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–			
Umklassifizierung	–	–	–	– 1	–	11	10	– 2	8				
Wechselkursveränderungen	– 1	– 2	– 3	1	3	– 2	– 11	– 9	– 8	– 20			
Bestand zum 31. Dezember 2012	300	2	302	741	164	142	592	1.639	707	2.648			
Bilanzwert:													
Zum 31. Dezember 2011	795	444	1.239	955	684	591	399	2.629	961	4.829			
Zum 31. Dezember 2012	578	438	1.016	778	684	544	346	2.352	1.554	4.922			

¹ Davon wurden 380 Mio € im Sachaufwand und sonstigen Aufwand und 6 Mio € in Provisionsüberschuss erfasst. Letzterer Betrag bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.

² Im Geschäftsjahr 2011 wurde eine Wertminderung auf nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 2 Mio € innerhalb von CB&S erfasst. Diese Wertminderung steht im Zusammenhang mit der Abschreibung gewisser Rechte in Bezug auf das Investment in ein Erneuerbare-Energien-Projekt.

³ Die 456 Mio € wurden im Sachaufwand und sonstigen Aufwand erfasst.

⁴ Davon waren 291 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst. Diese umfassten Wertminderungen auf Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft (202 Mio €), auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte (86 Mio €) und Markennamen (2 Mio €). Weiterhin wurden im Sachaufwand und sonstigen Aufwand Wertminderungen von 96 Mio € für gekauft (1 Mio €) und selbsterstellte Software (95 Mio €) ausgewiesen.

Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Im Geschäftsjahr 2012 betragen die Zugänge zu den selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten aus der Aktivierung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der im Konzern vorgenommenen Entwicklung selbst erstellter Software 705 Mio €. Wertminderungen auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte von insgesamt minus 86 Mio € entfielen mit minus 73 Mio € auf im vierten Quartal 2012 ergriffene Maßnahmen zur Stärkung des erworbenen Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden (GTB) und mit minus 13 Mio € auf die Neuordnung des Consumer Banking-Geschäfts in PBC. Die Wertminderungen auf selbsterstellte Software von minus 95 Mio € resultierten überwiegend aus Änderungen gegenüber dem geplanten Einsatz eines IT-Systems in AWM.

Im Geschäftsjahr 2011 betragen die Zugänge zu den abzuschreibenden erworbenen immateriellen Vermögenswerten 105 Mio €. Darin enthalten waren hauptsächlich aktivierte Zahlungen betreffend das Geschäft des Konzerns mit Hinterlegungszertifikaten (kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte von 30 Mio €), aktivierte Aufwendungen für erworbene Software (28 Mio €) und aktivierte Abschlusskosten für das Versicherungsgeschäft (10 Mio €) im Zusammenhang mit den inkrementellen Kosten des Erwerbs von Investmentverträgen. Diese Abschlusskosten stellen an Vertriebs- und Geschäftspartner des Versicherungsgeschäfts des Konzerns zu zahlende Provisionen dar (siehe auch Anhangangabe 39 „Versicherungs- und Investmentverträge“). Weiterhin trug die Aktivierung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der im Konzern vorgenommenen Entwicklung selbst erstellter Software (476 Mio €) zu dem Anstieg dieser Kategorie von immateriellen Vermögenswerten bei.

Die abschließende Bilanzierung des Erwerbs der Postbank in 2011 resultierte in eine Reduktion der Bilanzansätze für verschiedene Klassen von sonstigen immateriellen Vermögenswerten von 200 Mio € („Veränderung des Konsolidierungskreises“). Darin enthalten ist eine Reduzierung der kundenbezogenen immateriellen Vermögenswerte von 247 Mio €, welche im Wesentlichen auf die Anpassung von aktivierten Kundenbeziehungen entfallen. Weitere Anpassungen betrafen intern entwickelte Software (Verminderung um minus 20 Mio €), vorteilhafte Verträge (32 Mio €) und Markennamen (per Saldo 35 Mio €, davon 29 Mio € für die Postbank-Marke, welche als nicht abzuschreibender immaterieller Vermögenswert bilanziert wird).

Im Geschäftsjahr 2010 ergaben sich Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 41 Mio €. Diese beinhalteten eine Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 29 Mio € im Zusammenhang mit dem Kundenportfolio eines erworbenen inländischen Wertpapierverwaltungsgeschäfts, die im Unternehmensbereich GTB erfasst wurde, sowie einen Verlust von 12 Mio €, der als Abschreibung auf erworbene Software dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet wurde.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Regel linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben (mit Ausnahme des Werts des erworbenen Versicherungsgeschäfts, wie in Anhangangaben 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ und 39 „Versicherungs- und Investmentverträge“ erläutert).

Nutzungsdauern der sonstigen abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte nach Anlageklassen

	Nutzungsdauer in Jahren
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	
Software	bis zu 10
Erworbene immaterielle Vermögenswerte:	
Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	bis zu 25
Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	bis zu 23
Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	bis zu 30
Sonstige	bis zu 80

Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Innerhalb dieser Anlageklasse erfasst der Konzern bestimmte vertragsbasierte und marketingbezogene immaterielle Vermögenswerte, bei welchen von einer unbegrenzten Nutzungsdauer ausgegangen werden kann.

Im Einzelnen umfasst diese Anlageklasse die unten angegebenen Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft und bestimmte Markennamen. Aufgrund der Besonderheiten dieser immateriellen Vermögenswerte sind Marktpreise in der Regel nicht verfügbar. Daher bewertet der Konzern solche Vermögenswerte anhand des Ertragswertverfahrens auf Grundlage einer DCF-Methode nach Steuern.

Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft: Dieser Vermögenswert mit einem Bilanzwert von 578 Mio € bezieht sich auf das Publikumsfondsgeschäft des Konzerns in den USA und ist der ZGE AWM zugesiesen. Er umfasst Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft, die DWS Investments das ausschließliche Recht einräumen, eine Vielzahl von Investmentfonds für einen bestimmten Zeitraum zu verwalten. Da eine Verlängerung dieser Verträge einfach ist, die dafür anfallenden Kosten minimal sind und die Verträge bereits häufig verlängert wurden, rechnet der Konzern in absehbarer Zukunft nicht mit einer Begrenzung der Vertragsdauer. Deshalb dürften die Rechte für die Verwaltung der zugrunde liegenden Vermögenswerte für einen unbegrenzten Zeitraum Zahlungsströme generieren. Der immaterielle Vermögenswert wurde im Geschäftsjahr 2002, zum Zeitpunkt der Akquisition von Zurich Scudder Investments, Inc., von unabhängiger Seite zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Im Geschäftsjahr 2012 wurde ein Aufwand in Höhe von 202 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Wertminderung resultierte in erster Linie aus Rückgängen in der erwarteten Entwicklung der Zu- und Abflüsse bei den Invested Assets. Diese spiegeln die historischen Wachstumstrends und die Auswirkungen der im Jahr 2012 durchgeföhrten strategischen Überprüfung des Geschäftsbereichs sowie das Wettbewerbsumfeld wider. In den Geschäftsjahren 2011, auch unter Berücksichtigung der damals bekannt gegebenen strategischen Überprüfung bestimmter Teile des Geschäftsbereichs AM, und 2010 wurde keine Wertminderung erfasst, da der erzielbare Betrag den Bilanzwert überstieg. Der erzielbare Betrag des Vermögenswerts entspricht dem beizulegenden Zeitwert abzuglich Verkaufskosten und wurde anhand der Residualwertmethode ermittelt.

Markennamen: Die übrigen nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte beinhalten die im Jahr 2010 erworbenen Markennamen der Postbank (der ZGE PBC zugeordnet) und von Sal. Oppenheim (der ZGE AWM zugeordnet). Die Marke „Postbank“ wurde im Jahr 2010 mit einem vorläufigen Wert von 382 Mio € verbucht. Im Zuge der Fertigstellung der Kaufpreisallokation im Jahr 2011 stieg der beizulegende Zeitwert des Markennamens Postbank auf 411 Mio €. Die Marke „Sal. Oppenheim“ wurde mit einem Wert von 27 Mio € aktiviert. Da die Markennamen für einen unbegrenzten Zeitraum Zahlungsströme generieren dürften, wurden sie als nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte klassifiziert. Beide Markennamen werden zum beizulegenden Zeitwert, basierend auf einer externen Bewertung zum Erwerbszeitpunkt, bilanziert. In den nachfolgenden Werthaltigkeitsprüfungen wurde der beizulegende Zeitwert der Marken anhand der Methode der Lizenzpreisanalogie ermittelt. Seit dem Ersterwerb gab es keine Wertminderungen.

26 –**Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen**

Innerhalb der Bilanz sind die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen in den Sonstigen Aktiva und Sonstigen Passiva enthalten.

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Barreserve und Einlagen bei Kreditinstituten,		
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Wertpapierpensionsgeschäften	0	–
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelsaktiva, Derivate und finanzielle Vermögenswerte	–	2.012
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4	115
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	–	–
Sachanlagen	2	41
Sonstige Aktiva	101	198
Summe der zum Verkauf bestimmten Aktiva	107	2.366
Einlagen, Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Wertpapierpensionsgeschäften	–	–
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelpassiva, Derivate und finanzielle Verpflichtungen	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	–	–
Sonstige Passiva	78	1.669
Summe der zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten	78	1.669

Zum 31. Dezember 2012 und zum 31. Dezember 2011 wurden keine unrealisierten Gewinne oder Verluste im Zusammenhang mit den zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum 31. Dezember 2012

Im vierten Quartal 2012 hat der Konzern eine 100-prozentige Tochtergesellschaft als zum Verkauf bestimmt klassifiziert. Die Gesellschaft gehört zum Unternehmensbereich GTB und stellt multinationalen Kunden des Konzerns Kreditkartenakzeptanz-Dienstleistungen zur Verfügung. Gemäß der mit dem Käufer erzielten Verkaufsvereinbarung soll die Einheit voraussichtlich innerhalb eines Jahres veräußert werden. Die Klassifizierung der Veräußerungsgruppe als zum Verkauf bestimmt führte zu keiner Wertminderung.

Im dritten Quartal 2012 hat der Konzern mehrere Veräußerungsgruppen aus dem Unternehmensbereich CB&S, die sich hauptsächlich aus Liegenschaftspfändungen zusammensetzen, zum Verkauf bestimmt. Alle Vermögenswerte werden voraussichtlich innerhalb eines Jahres verkauft. Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt führte zu keiner Wertminderung.

Darüber hinaus hatte der Konzern eine Veräußerungsgruppe aus dem Unternehmensbereich AWM, die sich hauptsächlich aus Immobilienfondsanteilen zusammensetzt, als zum Verkauf bestimmt ausgewiesen. Der Verkauf der Veräußerungsgruppe wurde im ersten Quartal 2013 abgeschlossen. Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt hatte zu einer Wertminderung in Höhe von 1 Mio € geführt, die im zweiten Quartal 2012 unter den Sonstigen Erträgen berücksichtigt wurde.

BHF-BANK

Am 20. September 2012 gab der Konzern bekannt, dass mit der Kleinwort Benson Group, einer 100-prozentigen Tochter von RHJ International, ein Vertrag über den Verkauf der BHF-BANK AG unterzeichnet wurde. Die Transaktion ist abhängig von regulatorischen Genehmigungen. Der Abschluss der Transaktion wird nicht vor der Veröffentlichung dieses Berichts erwartet. Aufgrund der Unsicherheit, die aus diesen ausstehenden substanziellem Genehmigungen resultiert, hält der Konzern eine Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt zum Jahresende 2012 für nicht angemessen und wird die Veräußerungsgruppe bis zum Vorliegen dieser Genehmigungen nicht als zum Verkauf bestimmt klassifizieren.

Veräußerungen im Jahr 2012

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt des Verkaufs
Ehemals Corporate Investments	Das Engagement bei Actavis, das hauptsächlich aus 4,0 Mrd € Krediten und 33 Mio € nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen besteht.	Aufgrund des wesentlichen Fortschritts bei den Vertragsverhandlungen mit Dritten über den Erwerb von Actavis hat der Konzern im ersten Quartal 2012 vor der Klassifizierung als zum Verkauf bestimmte Abschreibung in Höhe von 257 Mio € vorgenommen. Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmte führte zu keiner weiteren Wertminderung. Laufende Verhandlungen mit dem Käufer könnten zu einer Anpassung des vertraglich vereinbarten Kaufpreises führen.	4. Quartal 2012
Ehemals Corporate Investments	Mehrere als Sachanlagen gehaltene Immobilien.	Keine.	2012
Corporate Banking & Securities	Eine Veräußerungsgruppe, die hauptsächlich aus handelbaren Krediten, Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen und Finanzgarantien besteht.	Im Jahr 2011 wurde eine Wertminderung in Höhe von 22 Mio € vorgenommen.	1. Quartal 2012
Asset & Wealth Management	Mehrere Veräußerungsgruppen sowie mehrere Vermögenswerte, die im Zusammenhang mit der Akquisition von Sal. Oppenheim gekauft wurden.	Keine.	2012

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Umwidmungen im Jahr 2012

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt und Grund der Umwidmung
Corporate Banking & Securities	Eine Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen.	Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmter Vermögenswert führte zu einer anfänglichen Wertminderung in Höhe von 2 Mio € im Jahr 2011 und, aufgrund einer Änderung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten, zu einer nachfolgenden Wertaufholung in Höhe von 2 Mio € im ersten Quartal 2012.	2. Quartal 2012, da trotz Verkaufsbemühung kein Käufer gefunden wurde.

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum 31. Dezember 2011

Unternehmensbereich	Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte und langfristige Veräußerungsgruppen	Finanzielle Auswirkungen ¹	Weitere Informationen
Corporate Banking & Securities	Eine Veräußerungsgruppe, die hauptsächlich aus handelbaren Krediten, Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen und Finanzgarantien besteht.	Im Jahr 2011 wurde eine Wertminderung in Höhe von 22 Mio € vorgenommen.	Veräußerungen im Jahr 2012
Corporate Banking & Securities	Eine Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen und mehrere Veräußerungsgruppen.	Die Klassifizierung der Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen als zum Verkauf bestimmter Vermögenswert führte 2011 zu einer Wertminderung in Höhe von 2 Mio €. Alle weiteren Klassifizierungen führten zu keiner Wertminderung.	Umwidmungen im Jahr 2012
Asset & Wealth Management	Mehrere Veräußerungsgruppen, die hauptsächlich Sachanlagen enthalten	Keine.	Veräußerungen im Jahr 2012

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Veräußerungen im Jahr 2011

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt des Verkaufs
Ehemals Corporate Investments	Die Konzernzentrale in Frankfurt am Main	Die Klassifizierung von Sachanlagen in Höhe von 592 Mio € als zum Verkauf bestimmt im ersten Quartal 2011 hat zu einer erstmaligen Wertminderung in Höhe von 34 Mio € sowie zu einer zusätzlichen Wertminderung in Höhe von 13 Mio € im zweiten Quartal 2011 geführt. Zum Zeitpunkt des Verkaufs im vierten Quartal 2011, nach Anpassungen aufgrund zurückbehalterner Vermögenswerte, wurden Vermögenswerte in Höhe von 528 Mio € verkauft. Dies führte zu einer Wertminderung in Höhe von 37 Mio €, das heißt zu einer Wertaufholung in Höhe von 10 Mio € gegenüber der Wertminderung im ersten Halbjahr 2011.	4. Quartal 2011
Corporate Banking & Securities	Eine Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen, eine Tochtergesellschaft, die hauptsächlich eine als Finanzinvestition gehaltene deutsche Immobilie beinhaltete, sowie mehrere Veräußerungsgruppen	Keine.	2011
Asset & Wealth Management	Eine Tochtergesellschaft, sowie mehrere Vermögenswerte (gekauft im Zusammenhang mit der Akquisition von Sal Oppenheim)	Keine.	2011
Private & Business Clients	Eine Veräußerungsgruppe	Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe mit einem zugehörigen Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 5 Mio € hat im zweiten Quartal 2011 zu einer Wertminderung in Höhe von 3 Mio € geführt.	2. Quartal 2011
Private & Business Clients	Die indische Postbank-Tochtergesellschaft Deutsche Postbank Home Finance Ltd.	Keine.	1. Quartal 2011

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Umwidmungen im Jahr 2011

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt und Grund der Umwidmung
Ehemals Corporate Investments	BHF-BANK	Keine.	2. Quartal 2011, da die Verkaufsverhandlungen beendet wurden.

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

27 – Sonstige Aktiva und Passiva

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	67.372	63.772
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	6.068	9.652
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	4.096	3.479
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	19.758	45.907
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	97.295	122.810
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	3.216	3.598
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	107	2.366
Sonstige	23.356	26.020
Sonstige Aktiva insgesamt	123.973	154.794

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	74.646	58.419
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	31.078	32.255
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	3.029	2.823
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	19.257	46.236
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	128.010	139.733
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	3.636	3.665
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	78	1.669
Sonstige	37.820	42.749
Sonstige Passiva insgesamt	169.544	187.816

Für weitere Einzelheiten bezüglich der zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird auf Anhangangabe 26 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ verwiesen.

28 – Einlagen

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Unverzinsliche Sichteinlagen		
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	135.030	163.618
Termineinlagen	172.007	202.979
Spareinlagen	126.245	136.087
Verzinsliche Einlagen insgesamt	433.282	502.684
Summe der Einlagen	577.202	601.730

29 – Rückstellungen

Entwicklung der Rückstellungsarten

in Mio €	Rück- stellungen im Bauspargeschäft	Operationelle Risiken/Rechts- streitigkeiten	Restrukturierung	Sonstige ¹	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2011	866	516	–	603	1.985
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	0	–	10	10
Zuführungen zu Rückstellungen	166	860	–	312	1.338
Verwendungen von Rückstellungen	– 124	– 370	–	– 172	– 666
Auflösungen von Rückstellungen	– 5	– 197	–	– 116	– 318
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	16	5	–	2	23
Sonstige	–	7	–	18 ²	25
Bestand zum 31. Dezember 2011	919	822	–	655	2.396
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	– 7	– 7
Zuführungen zu Rückstellungen	182	2.689	326	921	4.118
Verwendungen von Rückstellungen	– 130	– 815	– 141	– 181	– 1.267
Auflösungen von Rückstellungen	– 4	– 82	– 20	– 225	– 331
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	– 4	– 10	0	2	– 12
Sonstige	–	–	–	– 2	– 2
Bestand zum 31. Dezember 2012	963	2.604	165	1.163	4.895

¹ Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf Anhangangabe 20 „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

² Enthält hauptsächlich Umwidmungen in und aus Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte.

Rückstellungsarten

Bausparrückstellungen entstehen im Bauspargeschäft der Deutsche Postbank-Gruppe und der Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft. Beim Bausparen schließt der Kunde einen Bausparvertrag ab, mit dem er berechnigt wird ein Baudarlehen aufzunehmen, sobald der Kunde bei der kreditgebenden Bank einen bestimmten Geldbetrag angelegt hat. Im Zusammenhang mit dem Bausparvertrag werden Bearbeitungsgebühren verlangt und der angelegte Betrag wird zu einem Zinssatz verzinst, der üblicherweise unter dem Zinssatz anderer Geld-einlagen liegt. Im Fall, dass der Kunde sich entschließt, das Baudarlehen nicht in Anspruch zu nehmen, ist er zu einem rückwirkenden Zinsbonus berechtigt, der die Differenz zwischen dem niedrigen Zins des Bauspar-vertrags und einem Festzinssatz widerspiegelt, der momentan wesentlich über dem Marktsatz liegt. Die Bausparrückstellungen entsprechen den möglichen Zinsboni und der Verpflichtung zur Rückzahlung der Bearbei-tungsgebühr. Das Modell zur Berechnung des möglichen Zinsbonus beinhaltet Parameter für den Prozentteil der betroffenen Kunden, die anwendbare Bonusrate, den Kundenstatus und den Zeitpunkt der Zahlung. Andere Faktoren, die diese Rückstellung beeinflussen, sind verfügbare statistische Daten in Bezug auf das Kunden-verhalten und das allgemeine Umfeld, das zukünftig diese Geschäftssparte beeinflussen könnte.

Rückstellungen für operationelle Risiken/Rechtsstreitigkeiten entstehen aus operationellen Risiken, die das Fehlerpotenzial (inklusive rechtlicher Komponenten) darstellen, das im Zusammenhang mit Mitarbeitern, ver-traglichen Spezifikationen und Dokumentation, Technologie, Infrastrukturfehlern und Katastrophen, äußeren Einflüssen und Kundenbeziehungen steht. Dies schließt Geschäfts- oder Reputationsrisiken aus. Operationelle Risiken können zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien und Aufsichtsbehörden oder zu Rechtsstreitigkeiten führen.

Restrukturierungsrückstellungen ergeben sich aus den Restrukturierungsaktivitäten. Der Konzern beabsichtigt, seine langfristige Wettbewerbsfähigkeit durch erhebliche Reduzierungen von Kosten, Redundanzen und Komplexität in den nächsten Jahren zu verbessern. Zu Einzelheiten siehe Anhangangabe 11 „Restrukturierung“.

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene besondere Rückstellungen, die aufgrund von unterschiedlichen Umständen entstehen einschließlich einer Eventualverbindlichkeit in Verbindung mit bestimmten von der Sal. Oppenheim-Gruppe übernommenen Geschäften (siehe Anhangangabe 04 „Akquisitionen und Veräuße-

rungen“), Rückerstattungen von Abschlussgebühren für Kunden, die Rückstellung für die Bankenabgabe im Vereinigten Königreich sowie eine Rückstellung im Zusammenhang mit der Kreditkartengeschäfts-kooperation zwischen Deutscher Bank und Hua Xia Bank (siehe Anhangangabe 37 „Geschäfte mit nahestehenden Dritten“).

Andere Rückstellungen umfassen auch Beträge für geltend gemachte Forderungen, Hypothekenkredite zurückzukaufen. Von 2005 bis 2008 hat die Deutsche Bank im Rahmen ihres mit Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekarkreditgeschäfts in den USA Kredite in Höhe von circa 84,0 Mrd US-\$ in Form von Verbriefungen und circa 71,0 Mrd US-\$ durch Veräußerung von Krediten einschließlich aller Nebenrechte unter anderem an von der US-Regierung geförderte Gesellschaften wie die Federal Home Loan Mortgage Corporation und die Federal National Mortgage Association verkauft. Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite von Käufern, anderen Investoren oder Kreditversicherern zurückzukaufen oder diese von Verlusten freizustellen, die angeblich durch eine wesentliche Verletzung von Zusicherungen und Gewährleistungen verursacht wurden. Das übliche Vorgehen der Deutschen Bank ist, begründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit den vertraglichen Rechten geltend gemacht werden, zu erfüllen.

Zum 31. Dezember 2012 bestehen gegenüber der Deutschen Bank noch unerledigte Rückkaufforderungen in Höhe von circa 4,6 Mrd US-\$ (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Gesamtkreditbetrags). Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank Rückstellungen in Höhe von 341 Mio € in 2012 gebildet. Es gibt weitere Rückkaufansprüche für Hypothekenkredite, von welchen die Deutsche Bank erwartet, dass sie gegen sie geltend gemacht werden, deren Zeitpunkt und Betrag die Deutsche Bank aber nicht zuverlässig schätzen kann.

Zum 31. Dezember 2012 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Kreditbetrag in Höhe von 2,6 Mrd US-\$, berechnet auf den ursprünglichen Kreditbetrag, Rückkäufe getätigten oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen und Vergleichen ist die Deutsche Bank aus möglichen Ansprüchen, die aus den oben geschilderten Kreditverkäufen der Deutschen Bank resultieren würden, in Höhe von circa 41,6 Mrd US-\$ entlastet.

Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten können aus gegenwärtigen Verpflichtungen und möglichen Verpflichtungen aus Ereignissen in der Vergangenheit entstehen. Der Konzern bildet Rückstellungen für den potenziellen Eintritt von Verlusten nur, wenn eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem Ereignis in der Vergangenheit entsteht, die wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt und die verlässlich geschätzt werden kann. Für wesentliche Eventualverbindlichkeiten, bei denen die Möglichkeit eines zukünftigen Verlusts größer als unwahrscheinlich, aber kleiner als wahrscheinlich ist, schätzt der Konzern den möglichen Verlust, soweit der Konzern der Auffassung ist, dass eine Schätzung vorgenommen werden kann.

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich der Konzern bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- undaufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Die wesentlichen Eventualverbindlichkeiten des Konzerns, bei denen mögliche Verluste mehr als unwahrscheinlich sind, beziehen sich auf rechtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren, die nachfolgend beschrieben werden; vergleichbare Verfahren werden zu einer Gruppe zusammengefasst und einige Verfahren umfassen mehrere Ansprüche. Die für diese Verfahren geschätzten Verluste, soweit eine Schätzung vorgenommen werden kann, wurden nicht für einzelne Verfahren ausgewiesen, da der Konzern davon ausgeht, dass diese Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinträchtigen würde. Wenn für einen bestimmten Anspruch eine Rückstellung gebildet wurde, ist eine Eventualverbindlichkeit nicht angesetzt worden.

Zur Bestimmung, für welches Verfahren die Möglichkeit eines Verlusts mehr als unwahrscheinlich ist und wie der mögliche Verlust daraus geschätzt wird, berücksichtigt der Konzern eine Vielzahl von Faktoren einschließlich der Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, des Stands und des Hergangs der ein-

zernen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung des Konzerns und anderer in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, Vergleiche Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), verfügbare Freistellungen und die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderen Fachleuten. Es gibt andere offengelegte Verfahren, für die die Möglichkeit eines Verlusts mehr als unwahrscheinlich ist, für die jedoch eine solche Schätzung nicht vorgenommen werden kann. Für die Verfahren, bei denen eine Schätzung möglich ist, schätzt der Konzern derzeit, dass sich zum 31. Dezember 2012 die zukünftigen Verluste, deren Eintritt mehr als unwahrscheinlich, aber weniger als wahrscheinlich ist, insgesamt auf 1,5 Mrd € (2011: 2,2 Mrd €) belaufen. Die Zahl schließt Eventualverbindlichkeiten für Verfahren ein, bei denen der Konzern möglicherweise gesamtschuldnerisch haftet und bei denen der Konzern erwartet, dass eine solche Haftung von Drittparteien übernommen wird.

Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen basieren auf derzeit verfügbaren Informationen und sind Gegenstand von erheblichen Beurteilungsspielräumen und einer Vielzahl von Annahmen, Variablen sowie bekannten und unbekannten Unsicherheiten. Diese Unsicherheiten können Ungenauigkeiten oder die Unvollständigkeit der dem Konzern zur Verfügung stehenden Informationen insbesondere in frühen Verfahrensstadien sowie Annahmen des Konzerns zu künftigen Entscheidungen von Gerichten und anderen Schiedsstellen sowie der wahrscheinlichen Maßnahmen und Positionen von Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern, die sich später als unrichtig herausstellen, umfassen. Außerdem sind Schätzungen möglicher Verluste aus diesen Verfahren häufig statistischen oder anderen quantitativen Analyseverfahren, die häufig bei Beurteilungen und Schätzungen verwendet werden, nicht zugänglich und unterliegen größeren Unsicherheiten als in anderen Gebieten, in denen der Konzern Beurteilungen und Schätzungen vornehmen muss.

Die Verfahren, für die der Konzern annimmt, dass die Möglichkeit eines zukünftigen Verlusts größer als unwahrscheinlich ist, ändern sich ebenso von Zeit zu Zeit wie die Verfahren, für die eine Schätzung vorgenommen werden kann, sowie der geschätzte mögliche Verlust aus Verfahren, bei denen ein Verlust schätzbar ist. Die tatsächlichen Ergebnisse können sich als erheblich höher oder niedriger als der für diese Verfahren ursprünglich geschätzte mögliche Verlust erweisen. Zusätzliche Verluste können aus Verfahren erwachsen, bei denen der Konzern die Möglichkeit eines Verlusts für unwahrscheinlich gehalten hat. Insbesondere stellt der geschätzte Gesamtbetrag möglicher Verluste nicht das maximale Verlustpotenzial des Konzerns aus diesen Verfahren dar.

Der Konzern kann gerichtliche undaufsichtsbehördliche Verfahren vergleichen, bevor ein Endurteil ergangen oder über die Haftung endgültig entschieden wurde. Dies kann insbesondere geschehen, um Kosten, Verwaltungsaufwand oder negative Geschäftsauswirkungen, aufsichtsrechtliche Folgen oder Folgen für die Reputation aus einer Fortsetzung des Bestreitens einer Haftung zu vermeiden, auch wenn der Konzern der Auffassung ist, dass durchgreifende Einwände gegen die Haftung bestehen. Dies kann auch geschehen, wenn die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten eines Vergleichs stehen. Außerdem kann der Konzern aus ähnlichen Gründen Gegenparteien ihre Verluste auch in Situationen ersetzen, in denen er der Auffassung ist, dazu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Auction Rate Securities. Die Deutsche Bank AG und die Deutsche Bank Securities Inc. („DBSI“) sind Beklagte in 21 Verfahren, in denen verschiedene Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen der Einzelstaaten wegen des Angebots und Vertriebs von Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) geltend gemacht werden. Von diesen 21 Einzelklagen ist noch eine anhängig, während 20 erledigt sind und ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen wurden. Die Deutsche Bank AG und DBSI waren auch Parteien in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von der Deutschen Bank AG und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene ARS gekauft haben und noch halten. Im Dezember 2010 hat das Gericht das als Sammelklage bezeichnete Verfahren ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen. Das von den Klägern hiergegen eingelegte Rechtsmittel wurde von diesen freiwillig zurückgezogen und das Rechtsmittel im Dezember 2011 abgewiesen. Die Deutsche Bank AG war auch ge-

meinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten Beklagte in zwei als Sammelklagen bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen wird behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken. Diese zwei als Sammelklagen bezeichneten Klagen wurden am 26. Januar 2010 vom Gericht abgewiesen. Die Kläger haben hiergegen Rechtsmittel beim Second Circuit Court of Appeals eingelegt. Am 5. März 2013 hat der Second Circuit Court die Abweisung der zwei als Sammelklagen bezeichneten Klagen bestätigt.

Interbanken-Zinssatz. Die Deutsche Bank hat von verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden in Europa, Nordamerika und Asien/Pazifik Auskunftsersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen erhalten. Diese stehen im Zusammenhang mit branchenweiten Untersuchungen bezüglich der Quotierung der London Interbank Offered Rate (LIBOR), der Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR), der Tokyo Interbank Offered Rate (TIBOR), Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) und anderer Zinssätze im Interbankenmarkt. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen.

Aufgrund der vorgenannten Untersuchungen haben drei Finanzinstitute zwischen Mitte 2012 und Anfang 2013 zu jeweils unterschiedlichen Bedingungen Vergleichsvereinbarungen mit der britischen Financial Services Authority, der US-amerikanischen Commodity Futures Trading Commission und dem US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) abgeschlossen. So umfasste der Vergleich eines Finanzinstituts eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung, wonach das DOJ die Strafverfolgung gegen das Finanzinstitut aussetzt, sofern dieses die entsprechende Vereinbarung erfüllt. Die beiden anderen Vergleichsvereinbarungen sehen vor, dass das DOJ auf Strafverfolgung gegen die Finanzinstitute verzichtet, wenn bestimmte Bedingungen eingehalten werden. Zusätzlich haben verbundene Unternehmen von zweien dieser Finanzinstitute zugestimmt, sich vor einem US-amerikanischen Gericht eines Vergehens im Zusammenhang mit vorgenannten Vorwürfen für schuldig zu erklären.

Darüber hinaus wurde gegen die Deutsche Bank und zahlreiche andere Banken eine Reihe zivilrechtlicher Klagen einschließlich als Sammelklage bezeichneter Verfahren, beim Bundesgericht des United States District Court for the Southern District of New York eingereicht. Alle bis auf eine dieser Klagen wurden für Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten auf US-Dollar-LIBOR bezogene Finanzderivate oder andere Finanzinstrumente gehalten oder mit diesen gehandelt und aufgrund von Absprachen oder Manipulation der Beklagten in Bezug auf die Quotierung des US-Dollar-LIBOR-Zinssatzes Schäden erlitten. Diese zivilrechtlichen US-Dollar-LIBOR-Klagen wurden zum Zweck des vorgerichtlichen Verfahrens zusammengelegt. Die Deutsche Bank und die anderen beklagten Banken beantragten die Abweisung bestimmter erweiterter Klagen, die im April 2012 eingereicht worden waren. Am 29. März 2013 hat das Gericht wesentliche Teile der Klagen abgewiesen, wie z.B. die auf Bundes- oder Landeskartellrecht basierten Ansprüche. Das Gericht hat die Klagen zur weiteren Verhandlung zugelassen soweit diese auf Manipulationsvorwürfen beruhen, und hat den Klägern antragsgemäß erlaubt, die Klage zu ergänzen, soweit dies auf der Grundlage von Informationen aus Vergleichsvereinbarungen mit Aufsichtsbehörden erfolgt.

Zusätzliche Klagen gegen die Deutsche Bank und andere Banken wurden wegen des Vorwurfs der Manipulation des US-Dollar-LIBOR eingereicht oder auf andere Weise vom Judicial Panel on Multidistrict Litigation in den Southern District of New York verlegt. Diese Klagen wurden jedoch bis zur Entscheidung über den Klageabweisungsantrag in den verbundenen Verfahren ausgesetzt. Zum US-Dollar-LIBOR sind Klagen gegen die Deutsche Bank und andere Banken bei weiteren Bundesgerichten anhängig. Die Beklagten streben eine Zusammenlegung vor dem Southern District of New York an. Ferner wurde eine Klage wegen behaupteter Manipulation des Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR in dem Southern District of New York eingereicht. Die Schadensersatzforderungen werden auf verschiedene Rechtsgrundlagen gestützt einschließlich der Verletzung des US-Commodity Exchange Act, kartellrechtlicher Vorschriften der Bundesstaaten und der USA, des Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act sowie anderem Recht der Bundesstaaten.

Kirch. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemalig zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft TaurusHolding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in ei-

nem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der Bundesgerichtshof dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der TaurusHolding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhab Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer und forderte circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. Am 22. Februar 2011 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Gegen die Entscheidung hat Dr. Kirch Berufung eingelegt. In diesem Verfahren muss Dr. Kirch im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist.

Am 31. Dezember 2005 erhab die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € nebst Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Am 31. März 2009 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Die KGL Pool GmbH hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Am 14. Dezember 2012 hat das Oberlandesgericht München die Entscheidung des Landgerichts München I dahingehend abgeändert, dass die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer für Schäden eines Unternehmens der ehemaligen Kirch-Gruppe, die im Wege der Leistungsklage geltend gemacht werden, haftbar sind. Es hat weiter einzelnen der Tochtergesellschaften dem Grunde nach Schadensersatz zugesprochen und Ansprüche weiterer Tochtergesellschaften abgewiesen. Das Berufungsgericht hat die Urteilsgründe am 12. März 2013 schriftlich niedergelegt. Die Deutsche Bank und Dr. Breuer haben gegen die Entscheidung Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesgerichtshof eingelegt. Als nächsten Schritt beabsichtigt das Oberlandesgericht Sachverständigen-gutachten zur möglichen Höhe der mit der Leistungsklage verfolgten möglichen Ansprüche einzuholen.

Verfahren im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset Backed Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer verbundenen Unternehmen (zusammen die „Deutsche Bank“) haben förmliche Auskunftsersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen von Aufsichts- und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei Ausreichung, Erwerb, Verbriefung, dem Verkauf von und Handel mit Hypothekenkrediten, durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherte Wertpapiere (Residential Mortgage Backed Securities – RMBS),forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations – CDOs), Asset Backed Securities (ABS) Commercial Paper und Kreditderivate beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Auskunftsersuchen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden.

Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren hinsichtlich ihrer Rolle als Emittent und Platzeur von RMBS und anderen ABS benannt. Zu diesen Verfahren gehören als Sammelklagen bezeichnete Verfahren, Klagen von einzelnen Erwerbern der Wertpapiere, Klagen von Treuhändern im Namen von RMBS-Treuhandvermögen sowie Klagen von Versicherungsgesellschaften, die Zahlungen von Kapital und Zinsen einzelner Tranchen der angebotenen Wertpapiere garantiert haben. Obwohl sich die Vorwürfe in den einzelnen Verfahren unterscheiden, wird allgemein behauptet, dass die Angebotsprospekte der RMBS in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypotheken-kredite unrichtig oder unvollständig seien oder dass verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien.

In Bezug auf zwei Emissionen von RMBS durch die Deutsche Bank wurden diese und einige derzeitige und ehemalige Mitarbeiter als Beklagte in einem am 27. Juni 2008 begonnenen und als Sammelklage bezeichneten Verfahren benannt. Im Nachgang zu einer Mediation hat das Gericht einen Vergleich in dieser Sache genehmigt.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die sich auf ihre Rolle zusammen mit anderen Finanzinstituten als Platzeure bestimmter von Dritten und deren verbundenen Unternehmen einschließlich Countrywide Financial Corporation, IndyMac MBS, Inc., Novastar Mortgage Corporation und Residential Accredit Loans, Inc. begebenen RMBS beziehen. Diese zivilrechtlichen Verfahren befinden sich in unterschiedlichen Stadien bis zum Beweisverfahren (Discovery). Am 29. März 2012 hatte der United States District Court for the Southern District of New York die als Sammelklage bezeichnete Klage der Novastar Mortgage Corporation abgewiesen und eine erneute Erhebung der Klage nicht zugelassen, wogegen der Kläger Rechtsmittel eingelegt hat. Am 1. März 2013 hat der United States Court of Appeals for the Second Circuit die Abweisung der Klage aufgehoben und die Sache an das lokale Gericht zur weiteren Verhandlung zurückgewiesen.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen nicht als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die von angeblichen Käufern von RMBS, Gegenparteien in Geschäften mit RMBS und mit ihnen verbundenen Unternehmen einschließlich Allstate Insurance Company, Asset Management Fund, Assured Guaranty Municipal Corporation, Bayerische Landesbank, Cambridge Place Investments Management Inc., der Federal Deposit Insurance Corporation (als Verwalterin für Colonial Bank, Franklin Bank S.S.B., Guaranty Bank, Citizens National Bank and Strategica Capital Bank), der Federal Home Loan Bank of Boston, Federal Home Loan Bank of San Francisco, Federal Home Loan Bank of Seattle, der Federal Housing Finance Agency (als Verwalterin für Fannie Mae und Freddie Mac), HSBC Bank USA, National Association (als Treuhänder für bestimmte RMBS Treuhandvermögen), Freedom Trust 2011-2, John Hancock, Landesbank Baden-Württemberg, Mass Mutual Life Insurance Company, Moneygram Payment Systems, Inc., Phoenix Light SF Limited (als angeblicher Zessionär von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der WestLB AG entweder geschaffen oder geführt werden), Royal Park Investments (als angeblicher Zessionär von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die geschaffen wurden, um bestimmte Vermögenswerte der Fortis Bank zu erwerben), RMBS Recovery Holdings 4, LLC and VP Structured Products, LLC., Sachsen Landesbank, Sealink Funding Ltd. (als angeblicher Zessionär von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der Sachsen Landesbank und ihren Beteiligungen entweder geschaffen oder geführt werden), Spencerview Asset Management Ltd., The Charles Schwab Corporation, The Union Central Life Insurance Company, The Western and Southern Life Insurance Co. und des West Virginia Investment Management Board eingeleitet wurden. Diese zivilrechtlichen Verfahren befinden sich in unterschiedlichen Stadien bis zum Beweisverfahren (Discovery).

In den Klagen gegen die Deutsche Bank wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat die Deutsche Bank vertragliche Ansprüche auf Freistellung, doch können sich diese in Fällen, in denen die Emittenten insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Am 6. Februar 2012 hat der United States District Court for the Southern District of New York Klagen von Dexia SA/NV und der Teachers Insurance and Annuity Association of America und mit ihnen verbundenen Unternehmen abgewiesen. Am 4. Januar 2013 hat das Gericht die Entscheidungsgründe veröffentlicht. Das Gericht hat einige der Ansprüche ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen und für andere Ansprüche den Klägern die Möglichkeit gelassen, erneut Klage zu erheben. Die Kläger haben wegen Ansprüchen, bei denen die Möglichkeit gelassen wurde, diese erneut einzuklagen, am 4. Februar 2013 eine neue Klage eingereicht.

Am 16. Juli 2012 hat der Minnesota District Court die Ansprüche der Moneygram Payment Systems, Inc. ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen. Die Kläger haben dann Berufung eingelegt. Am 13. Januar 2013 hat Moneygram eine Klage beim New York State Supreme Court eingereicht, mit der vergleichbare Ansprüche, wie die in Minnesota abgewiesenen, geltend gemacht werden.

Am 4. Februar 2013 hat Stichting Pensioenfonds ABP entsprechend der Bedingungen der Vergleichsvereinbarung zwei gegen die Deutsche Bank eingereichte Klagen zurückgenommen. Die finanziellen Bedingungen des Vergleichs sind nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

Eine Anzahl juristischer Personen hat Klagen gegen die Deutsche Bank im Zusammenhang mit verschiedenen Angeboten von RMBS und ähnlichen Produkten angedroht und die Deutsche Bank hat mit einigen dieser juristischen Personen Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Es ist möglich, dass diese potenziellen Klagen eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben können. Zusätzlich hat die Deutsche Bank mit einigen dieser juristischen Personen Vergleiche abgeschlossen, deren finanzielle Bedingungen nicht wesentlich für die Deutsche Bank sind.

Am 8. Mai 2012 erzielte die Deutsche Bank mit Assured Guaranty Municipal Corporation („Assured“) einen Vergleich im Hinblick auf Ansprüche aus gewissen RMBS, die von der Deutschen Bank begeben und übernommen worden waren und die mit einer Finanzgarantie von Assured ausgestattet waren. Gemäß diesem Vergleich leistete die Deutsche Bank eine Zahlung von 166 Mio US-\$ und erklärte sich zu dem Beitritt zu einem Verlustteilungsvertrag bereit, um einen Prozentsatz zukünftiger Verluste von Assured aus gewissen von der Deutschen Bank begebenen RMBS zu decken. Für alle unter diesem Vergleich derzeit erwarteten Zahlungen der Deutschen Bank wurden in vorherigen Quartalen Rückstellungen gebildet. Dieser Vergleich erledigt zwei Rechtsstreite mit Assured, die sich auf Finanzgarantieversicherungen beziehen, und limitiert gleichzeitig die Ansprüche in einem dritten Rechtsstreit, in dem alle zugrunde liegenden Hypothekensicherheiten von Greenpoint Mortgage Funding, Inc. (einer Tochtergesellschaft von Capital One) gestellt wurden und die verpflichtet ist, die Deutsche Bank freizustellen.

US Embargo. Die Deutsche Bank hat seitens der Aufsichtsbehörden Informationsanfragen hinsichtlich ihrer historischen Zahlungsabwicklungen von US-Dollar-Zahlungen erhalten, die sie durch US-amerikanische Finanzinstitute für Vertragsparteien aus Ländern abgewickelt hat, die US Embargos unterlagen. Die Anfrage richtet sich auch darauf, ob diese historischen Zahlungsabwicklungen mit US-amerikanischem und Landesrecht in Einklang standen. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Aufsichtsbehörden.

30 – Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern übernimmt generell im Auftrag seiner Kunden unwiderrufliche Kreditzusagen sowie ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten, die sich aus Finanz- und Vertragserfüllungsbürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen zusammensetzen. Gemäß dieser Verträge ist der Konzern verpflichtet, entweder einer Vereinbarung entsprechend zu handeln oder Zahlungen an einen Begünstigten zu leisten, wenn ein Dritter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der Konzern weiß nicht im Detail, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme aus diesen Haftungsverhältnissen erfolgt. Sie werden jedoch berücksichtigt, indem der Konzern das Kreditrisiko überwacht. Zudem verlangt er gegebenenfalls Sicherheiten, um inhärente Kreditrisiken zu reduzieren. Ergeben sich aus der Überwachung des Kreditrisikos hinreichende Erkenntnisse, dass ein Verlust aus einer Inanspruchnahme zu erwarten ist, wird eine Rückstellung gebildet und in der Bilanz ausgewiesen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebebezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen. Außerdem sind in der Tabelle die Maximalbeträge enthalten, die vom Konzern zu zahlen sind, falls alle diese Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Die Tabelle bildet nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele auslaufen, ohne dass sie in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahmen, die durch die Auftraggeber oder Erlöse aus der Sicherheitenverwertung ausgeglichen werden, sind ebenfalls nicht in der Tabelle enthalten.

Unwiderrufliche Kreditzusagen und ausleihebebezogene Eventualverbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Unwiderrufliche Kreditzusagen	129.657	127.995
Eventualverbindlichkeiten	68.361	73.653
Insgesamt	198.018	201.648

Unterstützung durch die öffentliche Hand

Der Konzern beantragt und erhält regelmäßig Unterstützung durch die öffentliche Hand über Gewährleistungen durch Exportversicherungen (Export Credit Agencies; nachstehend „ECAs“). Diese decken Transfer- und Ausfallrisiken aus der Finanzierung von Exporten und Investitionen in Wachstumsmärkte und seltener in entwickelte Märkte ab, die der Bereich Structured Trade & Export Finance betreut. Nahezu alle exportorientierten Staaten haben solche ECAs zur Unterstützung ihrer inländischen Exporteure gegründet. Die ECAs handeln im Namen und Auftrag der Regierung ihres jeweiligen Landes und werden entweder direkt als Regierungsstelle eingerichtet oder haben als privatrechtliche Gesellschaften das offizielle Mandat des jeweiligen Staates, in dessen Auftrag zu handeln. Die Bedingungen dieser ECA-Gewährleistungen für kurz-, mittel- und langfristige Finanzierungen unterscheiden sich kaum voneinander, da sich die meisten ECAs an den Konsensus der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) halten. Im OECD-Konsensus, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung der OECD-Mitgliedsstaaten, sind Richtgrößen festgelegt, die einen fairen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Exportländern sicherstellen sollen.

In einigen Ländern werden für ECA-gedeckte Finanzierungen zweckbestimmte Refinanzierungsprogramme mit staatlicher Unterstützung angeboten. In ausgewählten Fällen macht der Konzern von diesen Programmen Gebrauch. Bei bestimmten Finanzierungen erhält er als Sicherheiten auch staatliche Garantien von nationalen und internationalen Regierungseinrichtungen, um Finanzierungen im Interesse der jeweiligen Regierungen zu unterstützen. Die meisten ECA-Gewährleistungen erhielt der Konzern entweder von der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland tätig ist, oder von der Commodity Credit Corporation, die im Auftrag der Vereinigten Staaten handelt.

31 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen:		
Commercial Paper	23.616	30.807
Sonstige	45.444	34.549
Summe der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen	69.060	65.356

32 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente

Langfristige Verbindlichkeiten des Konzerns, gegliedert nach der frühestmöglichen vertraglichen Fälligkeit

in Mio €	Fällig in 2013	Fällig in 2014	Fällig in 2015	Fällig in 2016	Fällig in 2017	Fällig nach 2017	Insgesamt 31.12.2012	Insgesamt 31.12.2011
Vorrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	12.382	11.154	11.682	10.418	13.313	31.063	90.012	98.452 ¹
mit variabler Verzinsung	10.231	4.441	2.608	2.239	3.270	6.687	29.476	37.855 ¹
Nachrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	1.101	390	708	500	–	1.519	4.218	3.373 ¹
mit variabler Verzinsung	4.174	178	84	–	–	131	4.567	4.068 ¹
Sonstige	12.033	1.384	1.917	1.000	1.930	11.559	29.824	19.668
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	39.920	17.548	16.999	14.157	18.513	50.959	158.097	163.416

¹ Vorjahreswerte wurden angepasst.

In den Geschäftsjahren 2012 und 2011 war der Konzern mit keiner seiner Tilgungs- oder Zinszahlungen in Verzug und kam allen Verpflichtungen nach.

Hybride Kapitalinstrumente¹

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
mit fester Verzinsung	10.024	11.402
mit variabler Verzinsung	2.067	942
Summe der hybriden Kapitalinstrumente	12.091	12.344

¹ Finanzinstrumente ohne festgelegtes Fälligkeitsdatum, die im Ermessen des Konzerns zu bestimmten Zeitpunkten in der Zukunft getilgt werden können.

Zusätzliche Anhangangaben

33 – Stammaktien

Stammaktien

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank besteht aus nennwertlosen Namensaktien. Nach deutschem Recht entspricht jede Aktie einem gleich hohen Anteil am Gezeichneten Kapital. Demnach beträgt der rechnerische Nominalwert jeder Aktie 2,56 €, der sich mittels Division des Gezeichneten Kapitals durch die Anzahl der Aktien ergibt.

Anzahl der Aktien	Ausgegeben und voll eingezahlt	Im Eigenbestand	Ausstehende
Stammaktien, 1. Januar 2011	929.499.640	- 10.437.280	919.062.360
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	-	-
Kapitalerhöhung	-	-	-
Erwerb Eigener Aktien	-	- 381.738.342	- 381.738.342
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	-	367.286.623	367.286.623
Stammaktien, 31. Dezember 2011	929.499.640	- 24.888.999	904.610.641
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	-	-
Kapitalerhöhung	-	-	-
Erwerb Eigener Aktien	-	- 381.117.111	- 381.117.111
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	-	405.690.368	405.690.368
Stammaktien, 31. Dezember 2012	929.499.640	- 315.742	929.183.898

Alle ausgegebenen Stammaktien sind voll eingezahlt.

Für den Eigenbestand erworbene Aktien beinhalten sowohl Aktien, die vom Konzern über einen bestimmten Zeitraum gehalten wurden, als auch Aktien, die mit der Absicht erworben wurden, sie kurzfristig wieder zu veräußern. Darüber hinaus hat der Konzern Aktien für die Verwendung im Rahmen der aktienbasierten Vergütung erworben. Alle derartigen Transaktionen wurden im Eigenkapital ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus diesen Aktivitäten wurden nicht ergebniswirksam. Der Jahresendbestand Eigener Aktien wird im Wesentlichen für zukünftige aktienbasierte Vergütung genutzt.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2012 verfügte die Deutsche Bank AG über ein genehmigtes Kapital von 1.152.000.000 €, das in Teilbeträgen bis zum 30. April 2016 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Einlagen	Bezugsrechte	Befristet bis
230.400.000 €	Geldeinlagen	Ausschluss nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG möglich	30. April 2016
230.400.000 €	Geld- oder Sacheinlagen	Ausschluss möglich, wenn die Kapitalerhöhung zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen wird	30. April 2016
691.200.000 €	Geldeinlagen	Ausschluss nicht möglich	30. April 2016

Bedingtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, einmalig oder mehrmalig Genussscheine, die mit Wandlungs- oder Optionsrechten verbunden sind, sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen auszugeben. Die Genussscheine, Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen können auch von mit der Deutsche Bank AG verbundenen Unternehmen ausgegeben werden. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital bedingt durch die Ausübung dieser Wandlung- und/oder Optionsrechte beziehungsweise Wandlungspflichten erhöht.

Bedingtes Kapital	Ausgabe der Wandlungs- und/oder Optionsrechte befristet bis
€ 230.400.000	30. April 2015
€ 230.400.000	30. April 2016
€ 230.400.000	30. April 2017

Dividendenzahlungen

Die folgende Tabelle zeigt die vorgeschlagenen oder beschlossenen Dividendenzahlungen für die Geschäftsjahre 2012, 2011 und 2010.

	2012 (vorgeschlagen)	2011	2010
Bardividende (in Mio €) ¹	697	697	697
Bardividende je Aktie (in €)	0,75	0,75	0,75

¹ Die Bardividende für 2012 basiert auf der Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 31. Dezember 2012.

Seit dem Bilanzstichtag wurden keine Dividendenzahlungen beschlossen.

34 – Leistungen an Arbeitnehmer

Aktienbasierte Vergütungspläne

Der Konzern gewährte aktienbasierte Vergütung maßgeblich unter dem DB Equity Plan. Dieser gewährt das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer festgelegten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden während der Anwartschaftsfrist.

Die Aktienrechte, die nach den Planregeln des DB Equity Plan begeben werden, können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder beim Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde die Vergütung unter dem DB Equity Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

In der folgenden Tabelle werden die grundsätzlichen Merkmale dieser aktienbasierten Vergütungspläne dargestellt.

Jahre der Gewährung	Deutsch Bank Equity Plan	Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelung für den vorgezogenen Ruhezustand	Anspruchsberechtigung
2012/ 2011	Jährliche Vergütungskomponente	1/3: 12 Monate ¹ 1/3: 24 Monate ¹ 1/3: 36 Monate ¹	Ja	Jährlich gewährte Bleibe-prämie für ausgewählte Mitarbeiter
	Bleibeprämie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Ja	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten
	Jährliche Vergütungskomponente – Unmittelbar zugeteilt	entfällt ²	Nein	Mitarbeiter, die der Regulierung durch die InstitutsVergV unterliegen
2010	Jährliche Vergütungskomponente	Gestaffelte Zuteilung in neun gleichen Tranchen im Zeitraum zwischen 12 Monaten und 45 Monaten nach Gewährung	Ja	Jährlich gewährte Bleibe-prämie für ausgewählte Mitarbeiter
		Zuteilung als Einmaltranche nach 45 Monaten	Ja	Jährlich gewährte Bleibe-prämie für ausgewählte Mitarbeiter
	Bleibeprämie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten
2009	Jährliche Vergütungskomponente	50 %: 24 Monate 25 %: 36 Monate 25 %: 48 Monate	Nein	Jährlich gewährte Bleibe-prämie für ausgewählte Mitarbeiter
	Bleibeprämie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten

¹ Für die der Regulierung unterliegenden Mitarbeiter gemäß InstitutsVergV erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartezeit von sechs Monaten. Für die Mitglieder des Vorstands gilt eine andere Anwartschaftsregelung.

² Für die der Regulierung unterliegenden Mitarbeiter gemäß InstitutsVergV erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer Wartezeit von sechs Monaten. Für die Mitglieder des Vorstands erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer Wartezeit von drei Jahren.

Darüber hinaus bietet der Konzern das Mitarbeiterbeteiligungsprogramm Global Share Purchase Plan (GSPP) an. Mitarbeitern in bestimmten Ländern werden jeweils bis zu zehn Aktienrechte nach einer einjährigen Ansparphase und einer unmittelbar darauf folgenden Anwartschaftsfrist von ebenfalls einem Jahr gewährt. Per 31. Dezember 2012 wird dieser Plan von Konzerneinheiten in 37 Ländern angeboten.

Der Konzern verfügt über weitere lokale aktienbasierte Vergütungspläne, die weder einzeln noch insgesamt wesentlich für den Konzernabschluss sind.

Ausstehende Aktienrechte

	in Tsd. Einheiten	Gewichteter Durchschnitt des beizulegenden Zeitwerts je Recht am Tag der Gewährung
Bestand zum 31. Dezember 2010	68.915	€ 40,31
Gewährt	28.022	€ 40,54
Ausgegeben	– 24.150	€ 49,12
Verfallen	– 3.092	€ 37,86
Bestand zum 31. Dezember 2011	69.695	€ 37,37
Gewährt	38.648	€ 30,00
Ausgegeben	– 43.425	€ 33,80
Verfallen	– 2.419	€ 38,37
Bestand zum 31. Dezember 2012	62.499	€ 35,25

Diese Übersicht enthält auch die Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan gewährt wurden, die einen Barausgleich vorsehen.

Durch aktienbasierte Vergütungstransaktionen, die in bar abgegolten werden, entstehen Verbindlichkeiten. Zum 31. Dezember 2012 beliefen sich diese Verbindlichkeiten auf ungefähr 44 Mio € (31. Dezember 2011: 35 Mio €, 31. Dezember 2010: 33 Mio €).

Vom wertmäßigen Bestand an ausstehenden Aktienrechten zum 31. Dezember 2012 in Höhe von ungefähr 2,2 Mrd € wurden ungefähr 1,6 Mrd € zu Lasten des Personalaufwands des Berichtsjahres beziehungsweise in den Jahren davor bilanziell erfasst. Somit belief sich der zum 31. Dezember 2012 noch nicht erfasste Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütung auf ungefähr 0,6 Mrd €.

Im Februar 2013 wurden ungefähr 14,8 Millionen Aktien an Begünstigte aus früheren Gewährungen im Rahmen des DB Equity Plan ausgegeben (davon 0,6 Millionen Einheiten unter der Planvariante des DB Equity Plan, die einen Barausgleich vorsieht).

Zusätzlich zu den in der obigen Tabelle enthaltenen Aktienrechten gewährte der Konzern im Februar 2013 im Rahmen des DB Equity Plan unter für 2013 modifizierten Planbedingungen ungefähr 23,2 Millionen Aktienrechte mit einem durchschnittlichen beizulegenden Zeitwert von 36,07 € je Aktienrecht. Davon wurden ungefähr 0,7 Millionen unter der Planvariante des DB Equity Plan gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

Unter Berücksichtigung der im Februar 2013 ausgegebenen beziehungsweise neu gewährten Aktienrechte beträgt der Bestand an ausstehenden Aktienrechten per Ende Februar 2013 ungefähr 71 Millionen Einheiten.

Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Charakterisierung der Pläne

Der Konzern bietet seinen Mitarbeitern eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an, die gemäß ihrer Art und Beschaffenheit in der Rechnungslegung zwischen beitragsdefinierten und leistungsdefinierten Plänen unterschieden werden.

Die leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns werden in Pensionspläne und Gesundheitsfürsorgepläne unterteilt. Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten der Pensionspläne befindet sich in Deutschland, Großbritannien und den USA. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit. Der Konzern finanziert große Teile der Pensionsverpflichtungen in verschiedenen externen Treuhandvermögensanlagen aus.

Darüber hinaus gibt es im Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Pläne wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern bildet über die aktive Dienstzeit Rückstellungen und zahlt Leistungen bei Fälligkeit aus. Sobald Pensionäre im staatlichen Krankenversicherungssystem Medicare leistungsberechtigt werden, erhalten sie eine Dotierung auf einem individuellem Gesundheitskostenerstattungskonto anstatt direkter Leistungen aus dem Gesundheitsfürsorgeplan des Konzerns.

Das Pensions Risk Committee des Konzerns überwacht die Risiken aller Pensionspläne konzernweit. In diesem Rahmen erlässt es Richtlinien über die Steuerung und das Risikomanagement und entwickelt sie fort, insbesondere in Bezug auf Ausfinanzierung, Portfoliostruktur und Bestimmung der versicherungsmathematischen Annahmen.

Der Konzern verfolgt eine Finanzierungsstrategie, die – unter Beachtung spezifischer rechtlicher Regelungen – auf eine nahezu vollständige Deckung des Barwerts der leistungsdefinierten Verpflichtung durch das Planvermögen in einem Rahmen von 90 % bis 100 % abzielt. Dennoch entschied der Konzern, einige Verpflichtungen nicht auszufinanzieren. Derartige Verpflichtungen werden in der Bilanz zurückgestellt.

Der Konzern ist mit anderen Finanzinstituten in Deutschland Mitgliedsunternehmen des BVV, der in Ergänzung zu den Direktzusagen des Konzerns Altersvorsorgeleistungen an berechtigte Mitarbeiter in Deutschland leistet. Die Tarife des BVV sehen feste Rentenzahlungen mit Überschussbeteiligungen vor. Für den BVV gilt die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers in Deutschland. Der Konzern klassifiziert den BVV-Plan als gemeinschaftlichen Plan mehrerer Arbeitgeber und behandelt ihn in der Rechnungslegung als beitragsdefinierten Plan, da die verfügbaren Informationen nicht ausreichen, um die Vermögensgegenstände und die auf die gegenwärtigen und ehemaligen Mitarbeiter bezogenen Pensionsverpflichtungen den einzelnen Mitgliedsunternehmen zuzuordnen. Der Aufwand für die Beitragszahlungen der Bank an den BVV betrug im Jahr 2012 51 Mio € (2011: 53 Mio €). Zu den Aufwendungen des Konzerns für beitragsdefinierte Pläne zählt auch der jährliche Beitrag der Deutschen Postbank AG für die Altersversorgung ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse in Höhe von 105 Mio € (2011: 112 Mio €).

Überleitung von Verpflichtungen und Vermögenswerten – Auswirkung auf die Bilanz

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	2012	2011	2012	2011
Entwicklung der Verpflichtung:				
Verpflichtung am Jahresanfang	12.974	12.071	164	154
Laufender Dienstzeitaufwand	257	248	4	3
Zinsaufwand	619	600	7	7
Zuführungen der Planteilnehmer	19	19	–	–
Versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (–)	1.503	458	-7	18
Wechselkursveränderungen	45	136	-3	5
Gezahlte Leistungen	-618	-563	-9	-8
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (–)	30	21	–	-15
Akquisitionen	–	–	–	–
Veräußerungen	–	-17	–	–
Planabgeltungen/Plankürzungen	-2	-1	–	–
Sonstige ¹	3	2	8	–
Verpflichtung am Jahresende	14.830	12.974	164	164
davon: intern finanziert	1.351	1.162	164	164
davon: extern finanziert	13.479	11.812	–	–
Entwicklung des Planvermögens:				
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am Jahresanfang	12.594	11.076	–	–
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	577	531	–	–
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (–)	650	1.165	–	–
Wechselkursveränderungen	85	152	–	–
Zuführungen des Arbeitgebers	160	117	–	–
Zuführungen der Planteilnehmer	19	19	–	–
Gezahlte Leistungen ²	-481	-464	–	–
Akquisitionen	–	–	–	–
Veräußerungen	–	-12	–	–
Planabgeltungen	-2	9	–	–
Sonstige ¹	0	1	–	–
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am Jahresende	13.602	12.594	–	–
Finanzierungsstatus am Jahresende	-1.228	-380	-164	-164
Noch nicht erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (–)	0	–	–	–
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten	-0	–	–	–
Umwidmung in zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	-0	–	–	–
Nettobilanzwert Vermögen/Schuld (–)	-1.228	-380	-164	-164
davon: bilanziert als sonstige Aktiva	926	1.336	–	–
davon: bilanziert als sonstige Passiva	-2.154	-1.716	-164	-164

¹ Beinhaltet die Startwerte von erstmals berücksichtigten kleineren Plänen.

² Nur für extern finanzierte Pensionspläne.

Versicherungsmathematische Methoden und Annahmen

Bewertungsstichtag für alle Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden durch unabhängige qualifizierte Aktuare gemäß der Methode des Verfahrens der laufenden Einmalprämien bewertet. Die Darstellung der folgenden Werte erfolgt als gewichtete Durchschnitte.

	2012	2011	2010
Zugrunde gelegte Annahmen bei Pensionsplänen			
zur Ermittlung der Verpflichtung am Jahresende			
Diskontierungszinssatz	3,9 %¹	4,8 %	5,1 %
Inflationsrate	2,4 %	2,5 %	2,5 %
Nomiale Gehaltssteigerungsrate	3,2 %	3,4 %	3,3 %
Nomiale Pensionssteigerungsrate	2,3 %	2,5 %	2,4 %
zur Ermittlung des Aufwands für das Geschäftsjahr			
Diskontierungszinssatz	4,8 %	5,1 %	5,4 %
Inflationsrate	2,5 %	2,5 %	2,7 %
Nomiale Gehaltssteigerungsrate	3,4 %	3,3 %	3,4 %
Nomiale Pensionssteigerungsrate	2,5 %	2,4 %	2,4 %
Erwartete Rendite des Planvermögens	4,5 %	4,9 %	5,0 %
Zugrunde gelegte Annahmen bei Gesundheitsfürsorgeplänen			
zur Ermittlung der Verpflichtung am Jahresende			
Diskontierungszinssatz	3,9 %	4,5 %	5,3 %
zur Ermittlung des Aufwands für das Geschäftsjahr			
Diskontierungszinssatz	4,5 %	5,3 %	5,9 %
Zugrunde gelegte Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren			
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Männer	19,9	19,4	19,4
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Männer	22,2	21,6	21,6
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Frauen	23,2	22,9	22,8
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Frauen	25,4	25,0	24,9

¹ Der zum 31. Dezember 2012 in Deutschland, in der Eurozone angewandte Diskontierungszinssatz beträgt 3,7 %.

Für die bedeutendsten Pläne des Konzerns wird der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag über einen Zinsstrukturkurvenansatz hochrangiger Unternehmensanleihen ermittelt, der den tatsächlichen Zeitpunkt zukünftiger Leistungen und deren Höhe für jeden Plan berücksichtigt. Für die Eurozone wird ein einheitlicher Ansatz basierend auf der maßgeblichen Zinsannahme für den größten Pensionsplan des Konzerns in Deutschland gewählt. Für andere Pläne wird der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag in angemessener Weise auf Grundlage hochrangiger Unternehmens- oder Staatsanleihen in Einklang mit den aus den Verpflichtungen resultierenden Fälligkeiten festgesetzt.

Die Annahmen zur Preissteigerungsrate in der Eurozone und in Großbritannien werden mit Bezug auf am Kapitalmarkt gehandelte Inflationsprodukte bestimmt. Maßgeblich sind die Inflationsswapsätze in den betreffenden Märkten zum jeweiligen Bewertungsstichtag. In anderen Ländern liegt der Bezug für deren Preissteigerungsannahmen üblicherweise auf den Inflationsprognosen von Consensus Economics Inc.

Die Annahmen zur zukünftigen Gehalts- und Pensionssteigerung werden für jeden Plan getrennt, falls sachgerecht, nach einem modularen Ansatz von der Inflationsrate abgeleitet und spiegeln sowohl Vergütungsstruktur oder -grundsätze im jeweiligen Markt als auch lokale rechtliche Anforderungen oder planspezifische Regelungen wider.

Die erwartete Rendite des Planvermögens wird gesondert für jeden Plan mithilfe eines modularen Ansatzes entwickelt, der die jeweilige Zielallokation der Portfoliostruktur sowie die erwartete Rendite jeder Anlageklasse zum Bewertungsstichtag berücksichtigt. Prinzipiell wird eine risikofreie Rendite mit Anpassungen bezüglich Duration und bestimmter relevanter Faktoren für jede größere Anlageklasse als Maßstab benutzt. Beispielsweise wird die erwartete Rendite für Aktien und Immobilien dadurch abgeleitet, dass relevante Risikoprämien zur Rendite von risikolosen Anleihen hinzugefügt werden.

Neben anderen Parametern ist die Lebenserwartung eine wesentliche Annahme zur Bestimmung der Verpflichtung aus leistungsdefinierten Plänen und folgt den in den jeweiligen Ländern üblichen Ansätzen. Wenn möglich, wurden potentielle zukünftige Steigerungen der Lebenserwartung in die Annahmen mit einbezogen.

Zur Ermittlung der Verpflichtung und des Aufwands für Gesundheitsfürsorgepläne wurde eine gewichtete durchschnittliche Zunahme von 8,3% für die im Rahmen dieser Pläne pro Person zu erbringenden Leistungen für das Jahr 2013 angenommen. Für diese Steigerungsrate werden ein allmählicher Rückgang auf 5,1 % bis zum Ende des Jahres 2019 und eine anschließende Stabilisierung auf diesem Niveau erwartet.

Anlage des Pensionsvermögens

Vorrangiges Anlageziel des Konzerns ist es im Wesentlichen, die Bank vor starken Schwankungen des Finanzierungsstatus seiner Pensionspläne abzusichern, wobei Risiken infolge von Durationsdisparitäten und Diversifizierung der Anlageklassen in begrenztem Umfang eingegangen werden, um langfristig die Kosten des Konzerns für Leistungen an Arbeitnehmer zu reduzieren. Das Ziel besteht darin, die Erträge innerhalb des gesamten Risikotoleranzbereichs des Konzerns zu maximieren. Die Darstellung der folgenden Werte erfolgt als gewichtete Durchschnitte.

Anlagekategorien:	Zielallokation	Prozentualer Anteil am Planvermögen	
		31.12.2012	31.12.2011
Aktien	10 %	9 %	7 %
Verzinsliche Wertpapiere (inklusive Barmittel und Derivate)	85 %	88 %	87 %
Alternative Anlageinstrumente (inklusive Immobilien)	5 %	3 %	6 %
Anlagekategorien insgesamt	100 %	100 %	100 %

Der tatsächliche Ertrag aus Planvermögen betrug 1.227 Mio € im Jahr 2012 (2011: 1.696 Mio €).

Im Planvermögen zum 31. Dezember 2012 sind konzernintern abgeschlossene Derivate mit einem negativen Marktwert von 242 Mio € enthalten. Des Weiteren sind im Planvermögen vom Konzern emittierte Wertpapiere im Wert von 7 Mio € enthalten.

Auswirkung auf den Kapitalfluss

Die erwarteten regulären Zuführungen des Konzerns zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne werden im Geschäftsjahr 2013 voraussichtlich 190 Mio € betragen. Weiterhin zieht der Konzern die Ausfinanzierung großer Teile der Pensionsverpflichtungen der Postbank in Betracht. Rückübertragungen von Anteilen aus dem Planvermögen an den Konzern während des Geschäftsjahres 2013 werden nicht erwartet.

Die folgende Übersicht zeigt die voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen aus leistungsdefinierten Plänen für jedes der nächsten fünf Jahre sowie die Leistungen für die darauf folgenden fünf Jahre insgesamt. Bei der Berechnung der Höhe der Leistungen werden zurückliegende und angenommene zukünftige Dienstzeiten berücksichtigt. Die Werte beinhalten sowohl Auszahlungen aus den Pensionsvermögen des Konzerns für ausfinanzierte Pläne als auch direkte Auszahlungen für nicht ausfinanzierte Pläne.

in Mio €	Pensionspläne	Gesundheits-fürsorgepläne
2013	582	10
2014	560	10
2015	574	10
2016	595	10
2017	630	11
2018–2022	3.607	55

Auswirkung auf das Eigenkapital

Gemäß den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns für leistungsdefinierte Pläne werden versicherungs-mathematische Gewinne und Verluste in der Periode ihrer Entstehung direkt im Eigenkapital erfasst und in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung und in der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt. Die Darstellung der folgenden Werte erfolgt ohne Beachtung steuerlicher Effekte.

in Mio €	Erfassung im Gesamtergebnis (Gewinn/Verlust (-))		
	31.12.2012 ¹	2012	2011
Pensionspläne:			
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (-)	8	- 853	707
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten	- 0	0	2
Pensionspläne insgesamt	8	- 853	709
Gesundheitsfürsorgepläne:			
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (-)	14	7	- 18
Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	14	7	- 18
Insgesamt erfasster Betrag	22	- 846	691

¹ Kumuliert seit dem Übergangstichtag des Konzerns zu IFRS und einschließlich Wechselkursveränderungen.

Erfahrungsbedingte Anpassungen in den Verpflichtungen und Vermögenswerten

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Pensionspläne:					
Verpflichtung	14.830	12.974	12.071	9.416	8.189
davon: erfahrungsbedingte Anpassungen (Verlust/Gewinn (-)) ¹	- 117	25	- 83	- 72	24
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	13.602	12.594	11.076	9.352	8.755
davon: erfahrungsbedingte Anpassungen (Gewinn/Verlust (-)) ¹	650	1.165	224	92	- 221
Finanzierungsstatus	- 1.228	- 380	- 995	- 64	566
Gesundheitsfürsorgepläne:					
Verpflichtung	164	164	154	136	119
davon: erfahrungsbedingte Anpassungen (Verlust/Gewinn (-)) ¹	- 12	8	1	-	- 5
Finanzierungsstatus	- 164	- 164	- 154	- 136	- 119

¹ Die Beträge sind in dem jeweiligen Jahr entstanden.

Sensitivitäten hinsichtlich wesentlicher Annahmen

Die nachfolgend dargestellten Effekte repräsentieren die jeweils isolierte Veränderung der einzelnen Annahmen.

Anstieg/Reduzierung (-) in Mio €	Verpflichtung zum		Aufwendungen für das Jahr	
	31.12.2012	31.12.2011	2013	2012
Sensitivität bei Pensionsplänen:				
Diskontierungszinssatz (Rückgang um 50 Basispunkte)	1.090	960	60 ¹	5
Inflationsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	670	555	40	40
Reale Gehaltsteigerungsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	120	105	10	10
Lebenserwartung (Verbesserung um 10 %) ²	305	255	15	15
Erwartete Rendite (Reduzierung um 50 Basispunkte)	-	-	- ³	65
Sensitivität bei Gesundheitsfürsorgeplänen:				
Gesundheitskostensteigerungsrate (Anstieg um 100 Basispunkte)	5	17	0	2
Gesundheitskostensteigerungsrate (Reduzierung um 100 Basispunkte)	- 4	- 15	- 0	- 1

¹ Beinhaltet die Anwendung des Diskontierungszinssatzes auf den Finanzierungsstatus und nicht nur auf die leistungsdefinierte Verpflichtung (DBO) gemäß den ab dem Jahr 2013 anzuwendenden Neuregelungen des IAS 19.

² Eine Verbesserung der Lebenserwartung um 10 % bedeutet eine Reduzierung der Sterbewahrscheinlichkeit für jedes Alter um 10 %. Diese Sensitivität führt zu einer im Durchschnitt um ein Jahr erhöhten Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren.

³ Nicht anwendbar gemäß den ab dem Jahr 2013 geltenden Neuregelungen des IAS 19.

Aufwendungen für Pensionspläne und weitere ausgewählte Leistungen an Arbeitnehmer

in Mio €	2012	2011	2010
Aufwendungen für Pensionspläne:			
Laufender Dienstzeitaufwand	257	248	243
Zinsaufwand	619	600	527
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	-577	-531	-490
Erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	30	21	-77
Planabgeltungen/Plankürzungen	-0	-9	-14
Pensionspläne insgesamt	329	329	189
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne:			
Laufender Dienstzeitaufwand	4	3	3
Zinsaufwand	7	7	9
Erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	-	-15	-
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	11	-5	12
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	340	324	201
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne	375	351	239
Pensionsaufwendungen insgesamt	715	675	440
Kosten anderer ausgewählter Leistungen			
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	231	226	171
Aufwendungen für aufgeschobene Barvergütung ¹	1.133	1.014	818
Aufwendungen für aktienbasierte Vergütung mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente ¹	1.097	1.261	1.153
Aufwendungen für aktienbasierte Vergütung mit Barausgleich ¹	17	28	24
Aufwendungen für Abfindungszahlungen ²	472	461	499

¹ Einschließlich Akquisitionsprämien und Einmalaufwand zur beschleunigten Amortisation noch nicht amortisierter Komponenten aufgrund der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses. Darin sind 83 Mio € enthalten, die unter Restrukturierungsaufwand erfasst wurden.

² Ohne Einmalaufwand zur beschleunigten Amortisation noch nicht amortisierter aufgeschobener Vergütungskomponenten.

Der für 2013 erwartete Aufwand beträgt 315 Mio € für Pensionspläne und 10 Mio € für Gesundheitsfürsorgepläne.

Der Anstieg in den Pensionsaufwendungen insgesamt im Jahr 2011 gegenüber 2010 ist maßgeblich begründet durch die Gesamtjahresauswirkung der Konsolidierung der Postbank und die Veränderung der Indexierung von Anwartschaften betrieblicher Altersvorsorgesysteme aufgrund eines Regierungserlasses in Großbritannien, welcher im Jahr 2010 zu nachträglichem Dienstzeitertrag von 104 Mio € führte.

35 – Ertragsteuern

in Mio €	2012	2011	2010
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-):			
Steueraufwand/-ertrag (-) für das laufende Jahr	728	1.683	1.339
Periodenfremder laufender Steueraufwand/-ertrag (-) ¹	-955	-232	-9
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	-227	1.451	1.330
Latenter Steueraufwand/-ertrag (-):			
Effekt aus der Entstehung und Umkehrung temporärer Differenzen, noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	574	-143	700
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung und/oder des Steuersatzes	10	110	7
Periodenfremder latenter Steueraufwand/-ertrag (-) ¹	136	-354	-392
Latenter Steueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	720	-387	315
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	493	1.064	1.645

¹ Periodenfremde Steueraufwendungen/-erträge beinhalten einen laufenden Steuerertrag in Höhe von 435 Mio €, dem ein korrespondierender latenter Steueraufwand gegenübersteht.

Der Ertragsteueraufwand für das Jahr 2012 beinhaltet einen Steueraufwand aus einer Steuer im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft („Policyholder Tax“) in Höhe von 12 Mio € (2011: 28 Mio € Steuerertrag; 2010: 37 Mio € Steueraufwand), der durch Einkünfte entsteht, die dem Versicherungsnehmer zuzurechnen sind.

Der laufende Steuerertrag ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen im Geschäftsjahr 2012 um einen Steuerertrag in Höhe von 94 Mio € erhöht (2011 und 2010: Verminderung des laufenden Steueraufwands um 35 Mio € beziehungsweise 6 Mio €).

Der latente Steueraufwand ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen, der Wertaufholung aktiver latenter Steuern aus Vorjahren sowie aufgrund von Abwertungen aktiver latenter Steuern im Geschäftsjahr 2012 per Saldo um einen latenten Steueraufwand in Höhe von 92 Mio € erhöht (2011: Erhöhung des latenten Steuerertrags um 262 Mio €; 2010: Erhöhung des latenten Steueraufwands um 173 Mio €).

Unterschied zwischen der Anwendung des deutschen Ertragsteuersatzes und tatsächlich ausgewiesinem Steueraufwand

in Mio €	2012	2011	2010
Erwarteter Steueraufwand/-ertrag (–) bei einem Ertragsteuersatz von 31 % in Deutschland (30,8 % für 2011 und 30,7 % für 2010)	243	1.657	1.219
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	34	–28	63
Steuerbefreite Einnahmen	–495	–467	–556
Steuereffekt aus mit der Equitymethode konsolidierten Beteiligungen	–73	–39	–87
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	563	297	335
Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert	630	–	–
Belastung Deutsche Postbank AG ohne korrespondierenden Steuerertrag	–	–	668
Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern	–2	–297	167
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung und/oder des Steuersatzes	10	110	7
Effekt aus aktienbasierter Vergütung	–17	90	48
Effekt aus der „Policyholder Tax“	12	–28	37
Sonstige	–412	–231	–256
Ausgewiesener Steueraufwand/-ertrag (–)	493	1.064	1.645

Der Konzern unterliegt in verschiedenen Ländern der ständigen Prüfung durch die Steuerbehörden. In der vorstehenden Tabelle sind unter der Position Sonstige für die Geschäftsjahre 2012 und 2011 überwiegend Effekte infolge abgeschlossener Betriebsprüfungen enthalten.

Der in Deutschland maßgebliche Ertragsteuersatz, der für die Berechnung latenter Steuerforderungen und -verbindlichkeiten angewandt wurde, setzt sich aus der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer zusammen und hat in den Geschäftsjahren 2012 31 %, 2011 30,8 % und 2010 30,7 % betragen.

Im Eigenkapital (sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen/Kapitalrücklagen) verbuchte Ertragsteuern

in Mio €	2012	2011	2010
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste			
in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen	399	–50	–29
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	–537	173	–59
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	6	–11	–47
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	–6	92	30
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	–13	–1	–1
Sonstige Veränderungen im Eigenkapital:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	104	–129	320
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	–	1	–3
Steueraufwand (–)/-ertrag auf Gewinne/Verluste aus sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ¹	–47	75	211
Ertragsteuern, die darüber hinaus dem Eigenkapital belastet (–) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	34	46	30

¹ Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsorientierte Versorgungszusagen werden ab 2011 innerhalb der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

Wesentliche Komponenten der latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten

	31.12.2012	31.12.2011
in Mio €		
Latente Steuerforderungen:		
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	1.802	2.375
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	166	185
Abzugsfähige temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	12.108	10.686
Sachanlagen	830	806
Sonstige Aktiva	2.758	2.560
Bewertung von Wertpapieren	524	1.209
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	750	525
Sonstige Rückstellungen	1.504	1.178
Sonstige Passiva	890	775
Latente Steuerforderungen insgesamt	21.332	20.299
Latente Steuerverbindlichkeiten:		
Zu versteuernde temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	11.111	9.370
Sachanlagen	48	49
Sonstige Aktiva	1.037	1.103
Bewertung von Wertpapieren	1.215	790
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	108	348
Sonstige Rückstellungen	451	414
Sonstige Passiva	1.099	1.277
Latente Steuerverbindlichkeiten insgesamt	15.069	13.351

Latente Steuerforderungen und -verbindlichkeiten nach bilanzieller Saldierung

	31.12.2012	31.12.2011
in Mio €		
Latente Steuerforderungen	7.718	8.737
Latente Steuerverbindlichkeiten	1.455	1.789
Latente Steuerforderungen, rechnerischer Saldo	6.263	6.948

Die Änderung der Differenz zwischen latenten Steuerforderungen und latenten Steuerverbindlichkeiten entspricht nicht dem latenten Steueraufwand/-ertrag. Die Gründe hierfür sind (1) latente Steuern, die direkt dem Eigenkapital belastet beziehungsweise gutgeschrieben werden, (2) Effekte durch Wechselkursänderungen auf Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in anderen Währungen als Euro notieren, (3) der Erwerb und Verkauf von Gesellschaften im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und (4) die Umwidmungen von latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in der Bilanz als Bestandteile der Posten Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva dargestellt werden.

Posten, für die keine latenten Steuerforderungen ausgewiesen wurden

	31.12.2012 ¹	31.12.2011 ¹
in Mio €		
Abzugsfähige temporäre Differenzen	-332	-296
Unverfallbar	-3.069	-3.342
Verfall in der folgenden Periode	-10	-45
Verfall nach der folgenden Periode	-2.227	-2.143
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	-5.306	-5.530
Verfall in der folgenden Periode	-	-
Verfall nach der folgenden Periode	-287	-101
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	-287	-101

¹ Die Beträge in der Tabelle beziehen sich hinsichtlich der abzugsfähigen temporären Differenzen, noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und Steuergutschriften auf Körperschaftsteuern.

Latente Steuerforderungen wurden für diese Posten nicht erfasst, da es nicht wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse vorliegen, mit denen die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste, noch nicht genutzten Steuergutschriften und abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Zum 31. Dezember 2012 beziehungsweise zum 31. Dezember 2011 hat der Konzern für Gesellschaften, die einen Verlust in der laufenden Periode oder in der Vorperiode erlitten haben, latente Steuerforderungen ausgewiesen, die die latenten Steuerverbindlichkeiten um 1,3 Mrd € beziehungsweise 1,5 Mrd € überstiegen. Grundlage für die Bildung latenter Steuern ist die Einschätzung des Managements, gemäß welcher es wahr-

scheinlich ist, dass die jeweiligen Gesellschaften zu versteuernde Ergebnisse erzielen werden, mit denen noch nicht genutzte steuerliche Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähige temporäre Differenzen verrechnet werden können. In der Regel verwendet das Management für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen Informationen zu historischer Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Aufstellung über die Vortragsperioden ungenutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen.

Die Konzernobergesellschaft hat zum 31. Dezember 2012 keine latenten Steuerverbindlichkeiten für temporäre Differenzen in Höhe von 138 Mio € im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochtergesellschaften, Filialen und assoziierten Unternehmen sowie Beteiligungen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen ausgewiesen (2011: 135 Mio €).

36 – Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Zu den vom Konzern eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Kontraktarten. Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl zu Handels- als auch zu Sicherungszwecken ab. Der Konzern setzt derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen der Kunden hinsichtlich des Risikomanagements Rechnung zu tragen und Risiken des Konzernobligos zu steuern.

Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns zur Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen, wie sie in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ beschrieben sind, werden alle Derivate zum Marktwert bilanziert, gleichgültig, ob sie für Handels- oder Nichthandelszwecke gehalten werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Derivate

Verkaufs- und Handelsaktivitäten

Die Mehrzahl der Derivatetransaktionen des Konzerns steht im Zusammenhang mit Verkaufs- und Handelsaktivitäten. Zu den Verkaufsaktivitäten gehören die Strukturierung und Vermarktung derivativer Produkte an Kunden, um diesen die Übernahme, Übertragung, Modifizierung oder Reduzierung von gegenwärtigen oder zukünftigen Risiken zu ermöglichen. Die Handelsaktivitäten umfassen Marktpflege- und Arbitrageaktivitäten sowie das Eingehen von Eigenhandelspositionen. Marktpflege beinhaltet das Stellen von Geld- und Briefkursen für andere Marktteilnehmer mit der Absicht, mithilfe von Margen und Volumina Erträge zu erwirtschaften. Durch Eingehen von Eigenhandelspositionen steuert der Konzern seine Risikopositionen in der Erwartung, von günstigen Entwicklungen der Preise, Zinsen oder Indizes zu profitieren. Bei Arbitrageaktivitäten werden Preisabweichungen zwischen Märkten und Produkten ermittelt, um daraus Gewinne zu erzielen.

Risikomanagement

Im Rahmen seines Aktiv-Passiv-Managements setzt der Konzern Derivate zu Sicherungszwecken ein, um sein Marktrisiko zu reduzieren. Dies erfolgt durch Absicherung spezifischer Portfolios festverzinslicher Finanzinstrumente und geplanter Transaktionen sowie durch eine strategische Absicherung des gesamten Bilanzrisikos. Der Konzern steuert Zinsrisiken aktiv, unter anderem durch den Einsatz derivativer Kontrakte. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Grenzen entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie den Charakteristika und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

Derivative, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen

Für Derivate, für die die in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ beschriebenen Anforderungen erfüllt sind, wendet der Konzern die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften an.

Absicherung des beizulegenden Zeitwerts

Der Konzern wendet die Absicherung des beizulegenden Zeitwerts mittels Zinsswaps und Optionen an, um sich gegen Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts festverzinslicher Finanzinstrumente infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

in Mio €	Aktiva 2012	Passiva 2012	Aktiva 2011	Passiva 2011
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	7.990	2.455	7.485	2.741

Im Geschäftsjahr 2012 wies der Konzern einen Verlust von 0,1 Mrd € (2011: Gewinn in Höhe von 2,2 Mrd €; 2010: Gewinn in Höhe von 0,7 Mrd €) aus Sicherungsinstrumenten aus. Im gleichen Zeitraum belief sich der Verlust aus den abgesicherten Grundgeschäften, der auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen war, auf 0,4 Mrd € (2011: Verlust von 1,5 Mrd €; 2010: Verlust von 0,6 Mrd €).

Absicherung von Zahlungsströmen

Der Konzern wendet die Absicherung von Zahlungsströmen mittels Zinsswaps, Aktienindexswaps und Devisentermingeschäften an, um sich gegen Risiken aus Schwankungen von Zinssätzen, Aktien und Wechselkursen zu schützen.

in Mio €	Aktiva 2012	Passiva 2012	Aktiva 2011	Passiva 2011
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	137	430	-	436

Berichtszeiträume, in denen mit dem Auftreten der abgesicherten Zahlungsströme gerechnet wird und wann diese voraussichtlich ergebniswirksam werden

in Mio €	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2012				
Cashflow aus Aktiva	80	133	89	262
Cashflow aus Passiva	- 26	- 44	- 33	- 51
Nettocashflow 2012	54	89	56	211
Zum 31. Dezember 2011				
Cashflow aus Aktiva	46	83	75	302
Cashflow aus Passiva	- 4	- 4	-	-
Nettocashflow 2011	42	79	75	302

Diese erwarteten zukünftigen Zahlungsströme stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem größten Absicherungsprogramm des Konzerns, Maher Terminals LLC.

Absicherung von Zahlungsströmen

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Im Eigenkapital ausgewiesen ¹	- 341	- 427	- 289
davon terminierte Programme	- 17	- 26	- 44
Ins Eigenkapital des Berichtszeitraums eingestellte Gewinne/Verluste (-)	42	- 141	- 78
Aus dem Eigenkapital des Berichtszeitraums entnommene Gewinne/Verluste (-)	- 45	- 3	- 4
Erfolgswirksame Ineffektivität der Absicherung	1	-	- 3

¹ Im Eigenkapital ausgewiesen mit Bezug auf die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, für detailliertere Informationen verweisen wir auf die Konzern-Gesamtergebnisrechnung.

Mit Stand vom 31. Dezember 2012 wird der Zahlungsstrom mit der längsten Laufzeit im Jahr 2027 fällig.

Absicherung von Nettoinvestitionen

Der Konzern sichert sich über Devisentermingeschäfte und -swaps gegen Risiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in die Bilanzwährung der Muttergesellschaft zu Kassakursen am Bilanzstichtag ab.

in Mio €	Aktiva 2012	Passiva 2012	Aktiva 2011	Passiva 2011
Derivate als Sicherungsinstrumente in Absicherungen von Nettoinvestitionen	244	790	76	1.610

Im Geschäftsjahr 2012 wies der Konzern Verluste von 357 Mio € (2011: Verluste von 218 Mio €; 2010: 197 Mio €) aus Ineffektivität der Absicherung aus, die das Forwardelement des Sicherungsinstruments enthält.

37 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Dritte Parteien gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Dritten des Konzerns gehören:

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und deren jeweilige Tochterunternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen mit einer Reihe von nahestehenden Dritten. Geschäfte mit diesen Dritten werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Muttergesellschaft für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen.

Personalaufwand für Personen in Schlüsselpositionen

in Mio €	2012	2011	2010
Kurzfristig fällige Leistungen	17	14	23
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	3	3	3
Andere langfristig fällige Leistungen	14	6	3
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	15	–	2
Aktienbasierte Vergütungen	16	5	11 ¹
Insgesamt	65	28	42

¹ Der Betrag in 2010 wurde um Aufwand in Höhe von 5 Mio € für Equity Upfront Awards, die den Mitgliedern des Vorstands für das Geschäftsjahr 2010 gewährt wurden, berichtigt.

Die Tabelle enthält keine Vergütung, die Mitglieder des Aufsichtsrats (Arbeitnehmervertreter oder frühere Vorstandsmitglieder) erhalten. Die aggregierte Vergütung, die dieser Personenkreis für seine Dienste als Arbeitnehmer oder den Status als Pensionär (Ruhestand, Rente und aufgeschobene Vergütung) bezog, beläuft sich im Geschäftsjahr 2012 auf 1,6 Mio € (Dezember 2011: 2 Mio €; Dezember 2010: 2 Mio €).

Am 31. Dezember 2012 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 7 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 13 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten.

Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdiensleistungen sowie Anlageberatung an.

Während des Geschäftsjahrs 2010 bis zum ersten Quartal 2011 erhielt eine Person in einer Schlüsselposition Zahlungen von einem Konzernunternehmen. Zum Zeitpunkt der Entstehung der vertraglichen Vereinbarung gehörte das zahlende Unternehmen nicht dem Konsolidierungskreis des Konzerns an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offen gelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten Unternehmen und Joint Ventures und deren jeweiligen Tochterunternehmen gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

Kredite

in Mio €

	2012	2011
Bestand am Jahresanfang	5.158	4.329
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	436	1.211 ¹
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	4.611 ²	307
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	– 13
Wechselkursveränderungen/Sonstige	– 58	– 62
Bestand am Jahresende³	925	5.158
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	47	53
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	47	22
Garantien und sonstige Verpflichtungen	55	262

¹ Der Anstieg der begebenen Forderungen aus dem Kreditgeschäft hängt hauptsächlich mit der Restrukturierung einer Transaktion in Amerika zusammen.

² Der Anstieg der Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft hängt hauptsächlich mit dem Verkauf einer restrukturierten Transaktion in Europa zusammen.

³ Im Jahr 2012 waren 3 Mio € und 2011 war keine dieser Forderungen überfällig. Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. Dezember 2012 Sicherheiten in Höhe von 570 Mio € (2011: 963 Mio €).

Einlagen

in Mio €

	2012	2011
Bestand am Jahresanfang	247	220
Einlagenzuflüsse	284	258
Einlagenabflüsse	284	190
Veränderung des Konsolidierungskreises	– 3	– 41
Wechselkursveränderungen/Sonstige	1	0
Bestand am Jahresende¹	245	247

¹ Die Einlagen sind unbesichert.

Sonstige Geschäfte

Zum 31. Dezember 2012 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 110 Mio € (Dezember 2011: 221 Mio €). Zum 31. Dezember 2012 bestanden Handelsspassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 4 Mio € (Dezember 2011: 19 Mio €).

Weitere Transaktionen mit nahestehenden Dritten betreffen folgende Ereignisse:

Xchanging etb GmbH: Der Konzern hält einen Anteil an der Xchanging etb GmbH von 49 % und bilanziert diesen Anteil nach der Equitymethode. Die Xchanging etb GmbH ist die Muttergesellschaft der Xchanging Transaction Bank GmbH („XTB“). Zwei der fünf Geschäftsführer der Xchanging etb GmbH und zwei Mitglieder des Aufsichtsrats der XTB sind Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Die zwischen dem Konzern und Xchanging getroffenen Vereinbarungen beinhalten zwei Auslagerungsverträge mit der XTB über die Bereitstellung von Wertpapierabwicklungsdienstleistungen mit einer Laufzeit bis Mai 2016 beziehungsweise bis Dezember 2014 betreffend der Leistungsbeziehung zwischen XTB und Sal. Oppenheim. Die Auslagerungsverträge zielen auf die Reduzierung der Kosten des Konzerns bei gleichzeitiger Sicherstellung der Servicequalität ab.

2012 belief sich das Volumen der vom Konzern von der XTB erhaltenen Serviceleistungen auf 106 Mio € (2011: 104 Mio €). In 2012 stellte der Konzern der XTB Unterstützungsleistungen (zum Beispiel in Form von EDV- und Infrastruktur-Dienstleistungen) im Volumen von 21 Mio € (2011: 20 Mio €) zur Verfügung.

Hua Xia Bank: Der Konzern hält einen Anteil von 19,99 % an der Hua Xia Bank und bilanziert diese Beteiligung seit dem 11. Februar 2011 nach der Equitymethode. Weitere Informationen finden sich in der Anhangangabe 18 „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“. Im Jahr 2006 hat die Deutsche Bank einen Vertrag über eine Kreditkartenkooperation mit der Hua Xia Bank abgeschlossen, die einen bedeutenden Schwerpunkt in dieser strategischen Partnerschaft darstellt. Ziel dieser Kooperation ist, ein zukunftsorientiertes Kreditkartengeschäft in China zu errichten, welches Erfahrungen des Konzerns im internationalen Kreditkartengeschäft mit lokaler Expertise der Hua Xia Bank verbindet. Es wurde für diese Kooperation eine Rückstellung in Höhe von 87 Mio € gebildet. Diese Rückstellung deckt die geschätzte Verpflichtung aus dieser Kooperation zum 31. Dezember 2012 ab.

Geschäfte mit Pensionsplänen

Bestimmte Pläne für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden nach IFRS als nahestehende Dritte erachtet. Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Pensionspläne, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage, erbringt. Pensionspläne des Konzerns können Aktien oder andere Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln.

Geschäfte mit nahestehenden Pensionsplänen

in Mio €	2012	2011
Aktien des Konzerns im Planvermögen	7	4
Aus dem Planvermögen gezahlte Gebühren an konzerninterne Vermögensverwaltungen	38	24
Marktwert der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	-242	473
Nominalbetrag der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	14.251	14.244

38 – Informationen zu Tochtergesellschaften

Die Anteile an Tochtergesellschaften des Konzerns werden von der Deutschen Bank AG direkt oder indirekt gehalten.

Wesentliche Tochtergesellschaften

Die folgende Tabelle zeigt die wesentlichen Tochtergesellschaften, an denen die Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2012 direkt oder indirekt beteiligt ist.

Tochtergesellschaft	Sitz der Gesellschaft
Taunus Corporation ¹	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Securities Inc. ²	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
German American Capital Corporation ³	Baltimore, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Trust Corporation ⁴	New York, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Trust Company Americas ⁵	New York, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Luxembourg S.A. ⁶	Luxemburg
DWS Investment GmbH ⁷	Frankfurt am Main, Deutschland
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft ⁸	Frankfurt am Main, Deutschland
DB Finanz-Holding GmbH ⁹	Frankfurt am Main, Deutschland
DB Valoren S.á r.l. ¹⁰	Luxemburg
DB Equity S.á r.l. ¹¹	Luxemburg
Deutsche Postbank AG ¹²	Bonn, Deutschland

¹ Taunus Corporation ist eine der beiden größten Holdinggesellschaften für die Tochtergesellschaften des Deutsche Bank-Konzerns in den Vereinigten Staaten von Amerika. Seit dem 1. Februar 2012 hat die Taunus Corporation gemäß den Bestimmungen des Federal Reserve Board nicht mehr den Status einer Bank-Holdinggesellschaft.

² Deutsche Bank Securities Inc. ist registriert als Broker/Dealer und Investmentberater bei der U.S. Securities and Exchange Commission (amerikanische Börsenaufsicht, SEC), Berater für Kommunalobligationen beim Municipal Securities Rulemaking Board und Futures Commission Merchant (Warenerminthändler) bei der Commodities Future Trading Commission (Warenerminbörsen). Deutsche Bank Securities Inc. ist Mitglied der New York Stock Exchange (New Yorker Börse) und einer Vielzahl anderer Börsen.

³ German American Capital Corporation erwirbt und hält Kredite von Finanzinstituten, handelt und verbreitet gewerbliche Immobilienkredite und hypothekarische Sicherheiten. Darüber hinaus stellt die Gesellschaft besicherte Finanzierungen für Geschäftspartner bereit.

⁴ Die Deutsche Bank Trust Corporation ist eine Bank-Holdinggesellschaft, die der Regulierung des Federal Reserve Board unterliegt.

⁵ Deutsche Bank Trust Company Americas ist eine in New York State zugelassene Bank und gehört dem Federal Reserve System an. Sie ist im Kredit- und Einlagengeschäft tätig und erbringt zahlreiche Bank- und Finanzdienstleistungen.

⁶ Die Gesellschaft ist vor allem in den Bereichen Treasury und Markets aktiv und stellt im Deutsche Bank-Konzern insbesondere Euroliquidität zur Verfügung. Weitere Geschäftsfelder sind das Internationale Kreditgeschäft, wo sie als kredittausreichende Stelle für Kontinentaleuropa und Risikozentrale für die Credit Portfolio Strategies Group sowie das Private Banking fungiert. Die Gesellschaft erbringt Bankdienstleistungen für Privatkunden, vermögende Privatpersonen und Kleinbetriebe.

⁷ Diese Gesellschaft, an der die DB Capital Markets (Deutschland) GmbH und die DB Finanz-Holding indirekt mit 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile beteiligt sind, ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. DWS Investment GmbH ist eine Kapitalanlagegesellschaft (KAG), die Investmentsfonds verwaltet, welche durch die DWS Investment GmbH und DWS Investment S.A. Luxemburg herausgegeben worden sind.

⁸ Die Gesellschaft erbringt Bankdienstleistungen für Privat- und Geschäftskunden.

⁹ Das Unternehmen hält eine Mehrheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG und einen Teil des Deutsche Bank-Konzernanteils an der DWS Holding & Service GmbH.

¹⁰ Die Holdinggesellschaft für die Deutsche Bank-Teilkonzerne in Australien, Neuseeland und Singapur und Holdinggesellschaft der DB Equity S.á.r.l.

¹¹ Holdinggesellschaft für einen Teil des Anteils an der Deutschen Postbank AG.

¹² Die Geschäftsaktivitäten dieses Unternehmens einschließlich seiner Tochtergesellschaften umfassen das Privat- und Geschäftskundengeschäft, Kapitalmarktaktivitäten sowie das Bauspargeschäft.

Der Konzern hält 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile an den zuvor genannten wesentlichen Tochtergesellschaften mit Ausnahme der Deutschen Postbank AG. Der Konzern hält zum 31. Dezember 2012 ungefähr 94,1 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile an der Deutschen Postbank AG. Weitere Angaben enthält Anhangangabe 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“. Diese wesentlichen Tochtergesellschaften erstellen Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2012 und sind in den Konzernjahresabschluss einbezogen. Der Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit liegt in den Ländern, in denen sie ihren Sitz haben.

Tochtergesellschaften können in ihrer Fähigkeit zum Mitteltransfer, etwa bei Dividendenzahlungen und Darlehenstilgungen, an die Deutsche Bank AG beschränkt sein. Gründe für derartige Beschränkungen sind zum Beispiel:

- Beschränkungen der Zentralbanken aufgrund von lokalen Gesetzen zur Devisenbewirtschaftung,
- Anforderungen der Zentralbanken hinsichtlich einer angemessenen Kapitalausstattung,
- lokale gesellschaftsrechtliche Bestimmungen. Zum Beispiel bestehen Beschränkungen bezüglich des Mitteltransfers zum Mutterunternehmen, wenn die betreffende Einheit einen Verlustvortrag hat, der nicht durch Gewinnrücklagen oder andere Kapitalbestandteile gedeckt ist.

Tochtergesellschaften, an denen der Konzern 50 % oder weniger der Stimmrechte hält

Der Konzern konsolidiert einige Tochtergesellschaften, an denen er 50 % oder weniger der Stimmrechte hält. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Zweckgesellschaften, deren Gründung der Konzern für eine Vielzahl von Zielsetzungen unterstützt.

Geschäftsbeziehungen zu Zweckgesellschaften ergeben sich im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit vor allem aus Verbriefungen von Vermögenswerten, Commercial-Paper-Programmen, Repackaging und Investmentprodukten, dem Management von Investmentfonds, strukturierten Transaktionen, gewerblichem Immobilienleasing sowie dem Management von geschlossenen Fonds. Zu den diesbezüglichen Aktivitäten des Konzerns zählen die Übertragung von Vermögenswerten auf die Zweckgesellschaften, der Abschluss von Derivatekontrakten mit den Zweckgesellschaften, die Bereitstellung von Garantien und Liquiditätsfazilitäten an die Zweckgesellschaften, das Erbringen von Anlagemanagement- und Verwaltungsleistungen für die Zweckgesellschaften sowie das Halten von Beteiligungen an den Zweckgesellschaften.

Gesellschaften, an denen der Konzern mehr als 50 % der Stimmrechte hält

Der Konzern hält direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte von Gesellschaften, beherrscht diese aber nicht, wenn

- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, kraft einer mit dem Konzern abgeschlossenen Vereinbarung über mehr als die Hälfte der Stimmrechte zu verfügen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, gemäß einer Satzung oder sonstigen Vereinbarung die Finanz- und Geschäftspolitik der Gesellschaft zu bestimmen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Mitglieder des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans zu ernennen oder abzuberufen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Stimmen bei Sitzungen des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans oder eines gleichwertigen Leitungsgremiums zu bestimmen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt.

39 – Versicherungs- und Investmentverträge

Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen

in Mio €	31.12.2012			31.12.2011		
	Bruttowert	Rück-versicherung	Nettowert	Bruttowert	Rück-versicherung	Nettowert
Versicherungsverträge	4.654	- 73	4.581	4.706	- 163	4.543
Investmentverträge	7.732	-	7.732	7.426	-	7.426
Insgesamt	12.386	- 73	12.313	12.132	- 163	11.969

Generell werden Beträge, die aus Rückversicherungsverträgen resultieren, brutto ausgewiesen, es sei denn, sie haben einen unwe sentlichen Einfluss auf die entsprechenden Bilanzpositionen.

Buchwert

Die folgende Übersicht zeigt eine Analyse der Änderung von Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen.

in Mio €	2012		2011	
	Versicherungs-verträge	Investment-verträge	Versicherungs-verträge	Investment-verträge
Buchwert am Jahresanfang	4.706	7.426	4.899	7.898
Zugänge	230	153	231	150
Inanspruchnahmen	- 502	- 646	- 490	- 562
Sonstige Veränderungen	94	617	- 85	- 284
Wechselkursveränderungen	126	182	151	224
Buchwert am Jahresende	4.654	7.732	4.706	7.426

Die Sonstigen Veränderungen der Vermögenswerte in Investmentverträgen in Höhe von 617 Mio € im Geschäftsjahr 2012 (2011: minus 284 Mio €) gehen hauptsächlich auf Marktwertveränderungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte zurück.

Zum 31. Dezember 2012 betrug die Höhe der Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen 4,7 Mrd €. Davon entfielen 2,4 Mrd € auf traditionelle Rentenversicherungsverträge, 1,8 Mrd € auf Universal-Life-Versicherungsverträge und 428 Mio € auf fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierten Rentenzahlungen. Die garantierte Rentenzahlung gibt dem Versicherungsnehmer bei Renteneintritt die Option, eine zum Vertragsbeginn festgelegte Rentenzahlung in Anspruch zu nehmen. Die Verbindlichkeit für fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierter Rentenhöhe in Höhe von 428 Mio € gliedert sich in 300 Mio € fondsgebundene Verbindlichkeiten und 128 Mio € Rückstellung auf Basis einer bestmöglichen Schätzung für die garantierten Rentenzahlungen. Die Rückstellung berechnet sich aus der Differenz der vertraglich vereinbarten und der erwarteten Rückzahlungsrate, der Höhe der fondsgebundenen Verbindlichkeit und der Annahme der Inanspruchnahme.

Zum 31. Dezember 2011 betrug die Höhe der Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen 4,7 Mrd €. Davon entfielen 2,3 Mrd € auf traditionelle Rentenversicherungsverträge, 2,0 Mrd € auf Universal-Life-Versicherungsverträge und 459 Mio € auf fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierten Rentenzahlungen (gegliedert in 323 Mio € fondsgebundene Verbindlichkeiten und 136 Mio € Rückstellung auf Basis einer bestmöglichen Schätzung für die garantierten Rentenzahlungen).

Wesentliche Annahmen im Versicherungsgeschäft

Die Verbindlichkeiten ändern sich in Abhängigkeit von Veränderungen der Zinssätze (dies gilt insbesondere für garantierte zukünftige Leistungen), der Anlageerträge sowie der Aufwendungen für Lebensversicherungs- und Rentenversicherungsverträge, für die sich die künftige Sterbewahrscheinlichkeit nicht mit Sicherheit vorhersagen lässt.

Annahmen werden für alle Faktoren getroffen, die zukünftige Zahlungsströme wesentlich beeinflussen. Dazu gehören Annahmen über zukünftige Zinssätze, Sterblichkeitsraten und Kosten. Die Annahmen, die langfristige Versicherungsaktivitäten am stärksten beeinflussen, sind die zur Abzinsung der Zahlungsströme verwendeten Zinssätze und die Sterbewahrscheinlichkeiten, diese insbesondere für Rentenversicherungsverträge.

Die Annahmen werden im Folgenden erläutert:

Zinssätze

In den zugrunde gelegten Zinssätzen spiegeln sich Schätzungen über zukünftige Anlageerträge wider. Sie beinhalten insofern Annahmen über Art und Laufzeit der zur Deckung der Verbindlichkeiten dienenden Vermögenswerte. Darüber hinaus werden angemessene Risikoabschläge zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken berücksichtigt.

Sterbewahrscheinlichkeit

Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf veröffentlichten Sterbetafeln, die entsprechend angepasst wurden, um sowohl den Änderungen der Daten seit Veröffentlichung als auch unternehmensspezifischen Erfahrungswerten und aktualisierten Prognosewerten Rechnung zu tragen. Wenn erforderlich, wird eine angemessene Sicherheitsmarge hinzugefügt, um zukünftige nachteilige Abweichungen von den Erwartungswerten zu berücksichtigen. Die Sterbewahrscheinlichkeit für Rentenversicherungsverträge wird so angepasst, dass sie zukünftigen Erhöhungen der Lebenserwartung von Begünstigten Rechnung trägt. Die Ermittlung der Erhöhung der Lebenserwartung basiert zu 100 % auf Tabellen der Continuous Mortality Investigation 2011, wobei von einer Erhöhung von maximal 1 % pro anno ausgegangen wird.

Aufwendungen

Für Verträge, die nicht fondsgebunden sind, werden Aufwendungen für zukünftige Versicherungskosten in Abzug gebracht.

Sonstige Annahmen

Zum Jahresende 2012 wird davon ausgegangen, dass im Rentenversicherungsgeschäft Optionen auf garantierte Rentenzahlungen zu 67 % (2011: 66 %) in Anspruch genommen werden.

Wesentliche Annahmen zum Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts im Zusammenhang mit der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited entspricht dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt. Die in diesem Zusammenhang zu treffenden Annahmen berücksichtigen die geschäftsspezifischen Erfahrungswerte für zukünftige Sterbewahrscheinlichkeiten, Invaliditätsraten, Bestandsfestigkeit und sonstige Aufwendungen. Des Weiteren wurden bei Erwerb auch grundsätzliche Annahmen anhand gesamtwirtschaftlicher Indikatoren zugrunde gelegt.

Die zu erwartende Wertminderung des erworbenen Versicherungsgeschäfts bestimmt sich anhand der Zusammensetzung des erworbenen Versicherungsgeschäfts sowie der erwarteten Veränderungen der zukünftigen Zahlungsströme. Zum Ende jeder Berichtsperiode ist der noch bilanzierte Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts mit dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt zu vergleichen.

Sollten die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme unzureichend sein und der Barwert der zukünftigen Zahlungsströme den Bilanzwert unterschreiten, ist der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts entsprechend zu verringern.

Wesentliche Änderungen der Annahmen

Bei der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 wurden deren bis dahin auf Basis regulativer Anforderungen berechneten Verbindlichkeiten für Versicherungsverträge, in Übereinstimmung mit den Vorschriften von IFRS 4, auf Basis von bestmöglicher Schätzung neu berechnet. Die zu diesem Zeitpunkt getroffenen Annahmen für nicht wirtschaftliche Faktoren haben sich nicht geändert. Allerdings wurden die für wirtschaftliche Faktoren getroffenen Annahmen unter Berücksichtigung von Veränderungen wesentlicher Wirtschaftsindikatoren überprüft. Die Verbindlichkeit für Rentenversicherungsverträge wurde mit dem bei erstmaliger Bilanzierung ermittelten Wert angesetzt.

Sensitivitätsanalyse für Versicherungsverträge

Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkung von Änderungen der wesentlichen Annahmen, die der Berechnung der Verbindlichkeiten des Versicherungsgeschäfts zugrunde liegen, auf das Ergebnis vor Steuern und das Eigenkapital. Die Veränderung einer jeden Annahme erfolgt ceteris paribus.

in Mio €	Veränderung des Ergebnisses vor Steuern		Veränderung des Eigenkapitals	
	2012	2011	2012	2011
Annahme:				
Sterbewahrscheinlichkeit (Verschlechterung um 10 %) ¹	- 10	- 12	- 8	- 9
Aufwand (Anstieg um 10 %)	- 1	- 3	- 1	- 2
Zinssätze (Anstieg um 1 %)	12	17	- 151	- 116

¹ Dem Effekt der Sterbewahrscheinlichkeit liegen ein Rückgang im Rentenversicherungsgeschäft um 10 % und ein Anstieg im sonstigen Geschäft um 10 % zugrunde.

Für bestimmte Versicherungsverträge enthält die Bewertungsgrundlage eine sogenannte Sicherheitsmarge. Für diese Verträge würde eine Verschlechterung der Annahmen für die Einflussfaktoren so lange keine Anpassung der Rückstellung zur Folge haben, bis die Sicherheitsmarge aufgezehrt ist. Ebenso bewirkte eine Verbesserung der Annahmen für die Einflussfaktoren keine Erhöhung der Rückstellung. Deshalb handelt es sich bei den in der Sensitivitätsanalyse gezeigten Auswirkungen im Fall einer angenommenen Verschlechterung der Einflussfaktoren um jenen Betrag, um den die Verbindlichkeit die Sicherheitsmarge am Bilanzstichtag überschreitet. Aus diesem Grund sollten die in dieser Tabelle bereitgestellten Informationen nicht dazu verwendet werden, Rückschlüsse auf die Auswirkungen anderweitiger Veränderungen zu ziehen. Ebenso lässt sich daraus nicht ableiten, welche Veränderungen zu einem anderen Zeitpunkt auftreten könnten.

40 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die folgenden Tabellen zeigen die Gliederung der zum 31. Dezember 2012 und zum 31. Dezember 2011 in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte nach ihren Realisierungs- oder Erfüllungszeitpunkten.

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2012

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
	in 2013	nach 2013	
Barreserve	27.885	–	27.885
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	119.288	260	119.548
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	36.451	119	36.570
Forderungen aus Wertpapierleihen	23.851	96	23.947
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.171.975	28.906	1.200.881
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	9.269	40.110	49.379
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	–	3.577	3.577
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	125.483	271.796	397.279
Sachanlagen	–	4.963	4.963
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	14.219	14.219
Sonstige Aktiva	112.108	11.865	123.973
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	2.125	265	2.390
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.628.435	376.176	2.004.611
Steuerforderungen aus latenten Steuern	–	–	7.718
Summe der Aktiva			2.012.329

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2012

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2012
	in 2013	nach 2013	
Einlagen	544.937	32.265	577.202
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	36.144	–	36.144
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.076	33	3.109
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	907.615	16.903	924.518
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	69.060	–	69.060
Sonstige Passiva	164.234	5.310	169.544
Rückstellungen	5.110	–	5.110
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	962	627	1.589
Langfristige Verbindlichkeiten	39.920	118.177	158.097
Hybride Kapitalinstrumente	4.707	7.384	12.091
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.775.765	180.699	1.956.464
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			1.455
Summe der Verbindlichkeiten			1.957.919

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2011

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2011
	in 2012	nach 2012	
Barreserve	15.928	–	15.928
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	160.834	1.166	162.000
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	25.297	476	25.773
Forderungen aus Wertpapierleihen	31.310	27	31.337
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.252.616	28.183	1.280.799
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	7.511	37.770	45.281
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	–	3.759	3.759
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	133.236	279.278	412.514
Sachanlagen	–	5.509	5.509
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	15.802	15.802
Sonstige Aktiva	144.102	10.692	154.794
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.646	224	1.870
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.772.480	382.886	2.155.366
Steuerforderungen aus latenten Steuern			8.737
Summe der Aktiva			2.164.103

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2011

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2011
	in 2012	nach 2012	
Einlagen	568.628	33.102	601.730
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	35.292	19	35.311
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	7.638	451	8.089
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.010.015	18.432	1.028.447
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	65.356	–	65.356
Sonstige Passiva	179.294	8.522	187.816
Rückstellungen	2.621	–	2.621
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	1.381	1.143	2.524
Langfristige Verbindlichkeiten	30.317	133.099	163.416
Hybride Kapitalinstrumente	2.600	9.744	12.344
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.903.142	204.512	2.107.654
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			1.789
Summe der Verbindlichkeiten			2.109.443

41 – Ergebnisse nach dem Bilanzstichtag

Alle wesentlichen, berücksichtigungspflichtigen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind in der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns enthalten.

42 –**Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB****Personalaufwand**

in Mio €	2012	2011
Personalaufwand:		
Löhne und Gehälter	11.266	11.071
Soziale Abgaben	2.260	2.064
davon: für Altersversorgung	715	675
Insgesamt	13.526	13.135

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 100.380 (2011: 101.836), darunter befanden sich 44.047 (2011: 44.865) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 53.236 (2011: 53.153) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Im Jahr 2012 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 23.681.498 € (2011: 27.323.672 €), davon entfielen 12.678.563 € (2011: 17.894.081 €) auf variable Vergütungsbestandteile.

An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden im Jahr 2012 27.406.637 € (2011: 17.096.252 €) gezahlt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ihre Vergütung nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres. Im Januar 2013 wurden jedem Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit im Jahr 2012 die feste Vergütung und die Sitzungsgelder überwiesen. Zusätzlich erhält grundsätzlich jedes Aufsichtsratsmitglied nach der Hauptversammlung im Mai 2013 für seine Tätigkeit im Jahr 2012 die an den langfristigen Unternehmenserfolg geknüpfte Vergütung sowie die dividendenabhängige Vergütung. Unter der Annahme, dass die Hauptversammlung im Mai 2013 der vorgeschlagenen Dividende von 0,75 € pro Aktie zustimmen wird, erhält der Aufsichtsrat eine Gesamtvergütung von 2.335.000 € (2011: 2.608.600 €).

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betragen am 31. Dezember 2012 insgesamt 214.572.881 € (2011: 166.822.899 €).

Am 31. Dezember 2012 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 2.926.223 € (2011: 5.383.155 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 4.435.782 € (2011: 5.224.755 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten in 2012 Kredite in Höhe von 1.940.792 € zurück.

Corporate Governance

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Erklärung abgegeben und unter www.deutsche-bank.de/ir/de/content/entsprechenserklärungen.htm publiziert.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Vom Abschlussprüfer abgerechnete Honorare nach Kategorien

Kategorie in Mio €	2012	2011
Prüfungshonorare	50	54
davon an KPMG AG	25	25
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	19	12
davon an KPMG AG	12	8
Honorare für Steuerberatung	7	7
davon an KPMG AG	3	3
Sonstige Honorare	1	3
davon an KPMG AG	–	3
Summe der Honorare¹	76	76

¹ Einzelpositionen wegen Rundungen nicht zur Summe addierbar

Weitere Informationen zu den Prüfungshonoraren sind in der Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht enthalten.

43 – Anteilsbesitz

Verbundene Unternehmen – 425

Zweckgesellschaften und ähnliche Strukturen – 442

Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen – 454

Andere Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden – 457

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 %
der Stimmrechte überschreitet – 459

Nachfolgende Seiten zeigen den Anteilsbesitz des Konzerns Deutsche Bank gemäß § 313 Absatz 2 HGB.

Fußnoten:

- 1 Control-Verhältnis über geschäftsführenden Komplementär.
- 2 Control-Verhältnis.
- 3 Spezialfonds.
- 4 Die Gesellschaft hat von der Befreiung gemäß § 264b HGB Gebrauch gemacht.
- 5 Von dieser Gesellschaft wurden nur spezifische Aktiva und darauf bezogene Passiva (Silos) konsolidiert.
- 6 Bestehend aus 770 eigenständigen Trusts (nur abweichend in Nummer/Laufzeit), die kommunale Schuldverschreibungen kaufen und hierfür Short Puttable Exempt Adjusted Receipts (SPEARs) und Long Inverse Floating Exempt Receipts (LIFERs) ausgeben, die dann an Investoren verkauft werden.
- 7 Kein Control-Verhältnis.
- 8 Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung wegen signifikantem Einfluss.
- 9 Nach IFRS als nicht nach der Equitymethode zu bilanzierende Zweckgesellschaft klassifiziert.
- 10 Nach IFRS als nicht zu konsolidierende Zweckgesellschaft klassifiziert.
- 11 Kein signifikanter Einfluss.
- 12 Anteile werden als Sicherheit gehalten.
- 13 Nicht konsolidiert oder als nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung bewertet, da zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere.
- 14 Nicht nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung, sondern mit beizulegendem Zeitwert (Fair Value) bewertet.

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1	Deutsche Bank Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main		
2	Abbey Life Assurance Company Limited	London		100,0
3	Abbey Life Trust Securities Limited	London		100,0
4	Abbey Life Trustee Services Limited	London		100,0
5	ABFS I Incorporated	Baltimore		100,0
6	ABS Leasing Services Company	Chicago		100,0
7	ABS MB Limited	Baltimore		100,0
8	Absolute Energy S.r.l.	Rom		100,0
9	AC VII Privatkunden GmbH & Co. KG	München	1	0,0
10	Accounting Solutions Holding Company, Inc.	Wilmington		100,0
11	ADD ONE GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
12	Advent Chestnut VI GmbH & Co. KG	Köln	1	0,1
13	Affordable Housing I LLC	Wilmington		100,0
14	Agripower Buddosò Società Agricola a Responsabilità Limitata	Pesaro		100,0
15	Airport Club für International Executives GmbH	Frankfurt		84,0
16	Alex. Brown Financial Services Incorporated	Baltimore		100,0
17	Alex. Brown Investments Incorporated	Baltimore		100,0
18	Alex. Brown Management Services, Inc.	Baltimore		100,0
19	Alfred Herrhausen Gesellschaft - Das internationale Forum der Deutschen Bank - mbH	Berlin		100,0
20	Allstar Inc.	Wilmington		100,0
21	AMADEUS II 'D' GmbH & Co. KG	München		100,0
22	America/Asia Private Equity Portfolio (PE-US/ASIA) GmbH & Co. KG	Köln	1	0,2
23	Americas Trust Servicios de Consultoria, S.A.	Madrid		100,0
24	Antelope Pension Trustee Services Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
25	AO DB Securities (Kazakhstan)	Alma Ata		100,0
26	Apex Fleet Inc.	Wilmington		100,0
27	APOLLON Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
28	Aqueduct Capital S.à r.l.	Luxemburg		100,0
29	Arche Investments Limited (in members' voluntary liquidation)	London	2	0,0
30	Argent Incorporated	Baltimore		100,0
31	ATHOS Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
32	Autumn Leasing Limited	London		100,0
33	Avatar Finance	Georgetown		100,0
34	AXOS Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
35	B.T. Vordertaunus (Luxembourg), S.à r.l.	Luxemburg		100,0
36	B.T.I. Investments	London		100,0
37	BAG	Frankfurt	3	100,0
38	Baincor Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
39	Bainpro Nominees Pty Ltd	Sydney		100,0
40	Bainsec Nominees Pty Ltd	Sydney		100,0
41	BAL Servicing Corporation	Wilmington		100,0
42	Bank Sal. Oppenheim jr. & Cie. (Schweiz) AG	Zürich		100,0
43	Bankers International Corporation	New York		100,0
44	Bankers International Corporation (Brasil) Ltda.	Sao Paulo		100,0
45	Bankers Trust International Finance (Jersey) Limited	St. Helier		100,0
46	Bankers Trust International Limited	London		100,0
47	Bankers Trust Investments Limited	London		100,0
48	Bankers Trust Nominees Limited	London		100,0
49	Barkly Investments Ltd.	St. Helier		100,0
50	Bayan Delinquent Loan Recovery 1 (SPV-AMC), Inc.	Makati Stadt		100,0
51	Beachwood Properties Corp.	Wilmington	2	0,0
52	Bebek Varlık Yönetimi A.S.	Istanbul		100,0
53	Betriebs-Center für Banken AG	Frankfurt		100,0
54	Bfl-Beteiligungsgesellschaft für Industriewerte mbH	Frankfurt		100,0
55	BHF Club Deal GmbH	Frankfurt		100,0
56	BHF Grundbesitz-Verwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
57	BHF Grundbesitz-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. am Kaiserlei OHG	Frankfurt		100,0
58	BHF Immobilien-GmbH	Frankfurt		100,0
59	BHF Lux Immo S.A.	Luxemburg		100,0
60	BHF PEP I Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
61	BHF PEP II Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
62	BHF PEP III Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
63	BHF Private Equity Management GmbH	Frankfurt		100,0
64	BHF Private Equity Portfolio GmbH & Co. Beteiligungs KG Nr. 1 i.L.	Köln	1	0,4
65	BHF Private Equity Portfolio GmbH & Co. Beteiligungs KG Nr. 2 i.L.	Köln	1	0,3
66	BHF Private Equity Portfolio GmbH & Co. Beteiligungs KG Nr. 3 i.L.	Köln	1	0,4
67	BHF Private Equity Treuhand- und Beratungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
68	BHF Trust Management Gesellschaft für Vermögensverwaltung mbH	Frankfurt		100,0
69	BHF Zurich Family Office AG	Zürich		100,0
70	BHF-BANK (Schweiz) AG	Zürich		100,0
71	BHF-BANK Aktiengesellschaft	Frankfurt		100,0
72	BHF-BANK International S.A.	Luxemburg		100,0
73	BHF-Betriebsservice GmbH	Frankfurt		100,0
74	BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH	Hameln		100,0
75	BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG	Hameln		100,0
76	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft	Hameln		100,0
77	BHW Direktservice GmbH	Hameln		100,0
78	BHW Eurofinance B.V.	Arnhem		100,0
79	BHW Financial Srl in liquidazione	Verona		100,0
80	BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH	Hameln		100,0
81	BHW Holding AG	Hameln		100,0
82	BHW Invest, Société à responsabilité limitée	Luxemburg		100,0
83	BHW Kreditservice GmbH	Hameln		100,0
84	BHW-Immobilien GmbH	Hameln		100,0
85	Billboard Partners L.P.	Georgetown		99,9
86	Biomass Holdings S.à r.l.	Luxemburg		100,0
87	Bleeker Investments Limited	Wilmington		100,0
88	Blue Cork, Inc.	Wilmington		100,0
89	Blue Ridge CLO Holding Company LLC	Wilmington		100,0
90	Bluewater Creek Management Co.	Wilmington		100,0
91	BNA Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
92	Bonsai Investment AG	Frauenfeld		100,0
93	Borfield S.A.	Montevideo		100,0
94	BRIMCO, S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0
95	Broome Investments Limited	Wilmington		100,0
96	BS 2 Y.K.	Tokio		100,0
97	BT American Securities (Luxembourg), S.à r.l.	Luxemburg		100,0
98	BT Commercial Corporation	Wilmington		100,0
99	BT CTAG Nominees Limited	London		100,0
100	BT Globenet Nominees Limited	London		100,0
101	BT International (Nigeria) Limited	Lagos		100,0
102	BT Maulbronn GmbH	Eschborn		100,0
103	BT Milford (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
104	BT Muritz GmbH	Eschborn		100,0
105	BT Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		100,0
106	BT Opera Trading S.A.	Paris		100,0
107	BT Sable, L.L.C.	Wilmington		100,0
108	BT Vordertaunus Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		100,0
109	BT/ABKB Partnership Management	Los Angeles		99,9
110	BTAS Cayman GP	Georgetown		100,0
111	BTD Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
112	BTFIC - Portugal, Gestao e Investimentos (Sociedade Unipessoal) S.A.	Funchal		100,0
113	BTVR Investments No. 1 Limited	St. Helier		100,0
114	Business Support One Y.K.	Tokio		100,0
115	Buxtal Pty. Limited	Sydney		100,0
116	BVK Courtyard Commons, LLC	Wilmington		100,0
117	C. J. Lawrence Inc.	Wilmington		100,0
118	CAM DREI Initiator GmbH & Co. KG	Köln	1	14,5
119	CAM Initiator Treuhand GmbH & Co. KG	Köln		100,0
120	CAM PE Verwaltungs GmbH & Co. KG	Köln		100,0
121	CAM Private Equity Consulting & Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
122	CAM Private Equity Evergreen GmbH & Co. KG UBG	Köln	1	0,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
123	CAM Private Equity Nominee GmbH & Co. KG	Köln		100,0
124	CAM Private Equity Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
125	CAM Secondary Select I Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
126	CAM Secondary Select I GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
127	CAM SEL I Initiator GmbH & Co. KG	Köln	1	15,3
128	CAM SEL II Initiator GmbH & Co. KG	Köln	1	15,3
129	CAM Select I Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
130	CAM Select I GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
131	CAM Select II Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
132	CAM Select II GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
133	3160343 Canada Inc.	Toronto		100,0
134	3613950 Canada, Inc.	Toronto		100,0
135	Caneel Bay Holding Corp.	Chicago	2	0,0
136	Cape Acquisition Corp.	Wilmington		100,0
137	CapeSuccess Inc.	Wilmington		100,0
138	CapeSuccess LLC	Wilmington		82,6
139	Capital Solutions Exchange Inc.	Wilmington		100,0
140	Cardales UK Limited	London		100,0
141	Career Blazers Consulting Services, Inc.	Albany		100,0
142	Career Blazers Contingency Professionals, Inc.	Albany		100,0
143	Career Blazers Learning Center of Los Angeles, Inc.	Los Angeles		100,0
144	Career Blazers LLC	Wilmington		100,0
145	Career Blazers Management Company, Inc.	Albany		100,0
146	Career Blazers New York, Inc.	Albany		100,0
147	Career Blazers of Ontario Inc.	London, Ontario		100,0
148	Career Blazers Personnel Services of Washington, D.C., Inc.	Washington D.C.		100,0
149	Career Blazers Personnel Services, Inc.	Albany		100,0
150	Career Blazers Service Company, Inc.	Wilmington		100,0
151	Caribbean Resort Holdings, Inc.	New York	2	0,0
152	CarVal Master Fundo de Investimento em Direitos Creditórios	Sao Paulo		100,0
153	Cashforce International Credit Support B.V.	Rotterdam		100,0
154	Castlewood Expansion Partners, L.P.	Wilmington		87,5
155	Castor LLC	Wilmington	2	0,0
156	Cathay Advisory (Beijing) Company Ltd	Peking		100,0
157	Cathay Asset Management Company Limited	Port Louis		100,0
158	Cathay Capital Company (No 2) Limited	Port Louis		67,6
159	CBI NY Training, Inc.	Albany		100,0
160	Cedar Investment Co.	Wilmington		100,0
161	Centennial River 1 Inc.	Denver		100,0
162	Centennial River 2 Inc.	Austin		100,0
163	Centennial River Acquisition I Corporation	Wilmington		100,0
164	Centennial River Acquisition II Corporation	Wilmington		100,0
165	Centennial River Corporation	Wilmington		100,0
166	Channel Nominees Limited	London		100,0
167	Charlton (Delaware), Inc.	Wilmington		100,0
168	China Recovery Fund LLC	Wilmington		85,0
169	Cinda - DB NPL Securitization Trust 2003-1	Wilmington	2	0,0
170	CITAN Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
171	Civic Investments Limited	St. Helier		100,0
172	Clark GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
173	CNS Cayman Holdings One Ltd.	Georgetown		100,0
174	Consumo Finance S.p.A.	Mailand		100,0
175	CoreCommodity Strategy Fund	Luxemburg		100,0
176	Coronus L.P.	St. Helier		100,0
177	CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH	Bonn		100,0
178	CTXL Achtzehnte Vermögensverwaltung GmbH	München		100,0
179	Cyrus J. Lawrence Capital Holdings, Inc.	Wilmington		100,0
180	D & S Capital Y.K.	Tokio		100,0
181	D B Rail Holdings (UK) No. 1 Limited	London		100,0
182	D F Japan Godo Kaisha	Tokio		100,0
183	D&M Turnaround Partners Godo Kaisha	Tokio		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
184	D.B. International Delaware, Inc.	Wilmington		100,0
185	DAHOC (UK) Limited	London		100,0
186	DAHOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
187	DB (Gibraltar) Holdings Limited	Gibraltar		100,0
188	DB (Malaysia) Nominee (Asing) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0
189	DB (Malaysia) Nominee (Tempatan) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0
190	DB (Pacific) Limited	Wilmington		100,0
191	DB (Pacific) Limited, New York	New York		100,0
192	DB (Tip Top) Limited Partnership	Toronto		99,9
193	DB Alex. Brown Exchange Fund I, L.P.	Baltimore	2	4,1
194	DB Alex. Brown Holdings Incorporated	Wilmington		100,0
195	DB Alps Corporation	Wilmington		100,0
196	DB Alternative Trading Inc.	Wilmington		100,0
197	DB Americas Asset Management Corp.	Wilmington		100,0
198	DB Aotearoa Investments Limited	Georgetown		100,0
199	DB Beteiligungs-Holding GmbH	Frankfurt		100,0
200	DB Bluebell Investments (Cayman) Partnership	Georgetown		100,0
201	DB Broker GmbH	Frankfurt		100,0
202	DB Canada GIPF - I Corp.	Calgary		100,0
203	DB Capital & Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH	Köln		100,0
204	DB Capital Management, Inc.	Wilmington		100,0
205	DB Capital Markets (Deutschland) GmbH	Frankfurt		100,0
206	DB Capital Markets Asset Management Holding GmbH	Frankfurt		100,0
207	DB Capital Partners (Asia), L.P.	Georgetown		99,7
208	DB Capital Partners (Europe) 2000 - A Founder Partner LP	Wilmington		80,0
209	DB Capital Partners (Europe) 2000 - B Founder Partner LP	Wilmington		80,0
210	DB Capital Partners Asia G.P. Limited	Georgetown		100,0
211	DB Capital Partners Europe 2002 Founder Partner LP	Wilmington		80,0
212	DB Capital Partners General Partner Limited	London		100,0
213	DB Capital Partners Latin America, G.P. Limited	Georgetown		100,0
214	DB Capital Partners, Inc.	Wilmington		100,0
215	DB Capital Partners, Latin America, L.P.	Georgetown		80,2
216	DB Capital, Inc.	Wilmington		100,0
217	DB Cartera de Inmuebles 1, S.A.U.	Pozuelo de Alarcón		100,0
218	DB Chambers LLC	Wilmington		100,0
219	DB Chestnut Holdings Limited	Georgetown		100,0
220	DB Commodities Canada Ltd.	Toronto		100,0
221	DB Commodity Services LLC	Wilmington		100,0
222	DB Concerto (LP) Limited	Georgetown		100,0
223	DB Concerto Limited	Georgetown		100,0
224	DB Consortium S. Cons. a r.l. in liquidazione	Mailand		100,0
225	DB Consorzio S. Cons. a r. l.	Mailand		100,0
226	DB Corporate Advisory (Malaysia) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0
227	DB Crest Limited	St. Helier		100,0
228	DB Delaware Holdings (Europe) Limited	Wilmington		100,0
229	DB Delaware Holdings (UK) Limited	London		100,0
230	DB Depositor Inc.	Wilmington		100,0
231	DB Elara LLC	Wilmington		100,0
232	DB Energy Commodities Limited	London		100,0
233	DB Energy Trading LLC	Wilmington		100,0
234	DB Enfield Infrastructure Holdings Limited	St. Helier		100,0
235	DB Enfield Infrastructure Investments Limited	St. Helier		100,0
236	DB Enterprise GmbH	Lützen-Gostau		100,0
237	DB Enterprise GmbH & Co. Zweite Beteiligungs KG	Lützen-Gostau	4	100,0
238	DB Equipment Leasing, Inc.	New York		100,0
239	DB Equity Limited	London		100,0
240	DB Equity S.à r.l.	Luxemburg		100,0
241	DB ESC Corporation	Wilmington		100,0
242	DB Fillmore Lender Corp.	Wilmington		100,0
243	DB Finance (Delaware), LLC	Wilmington		100,0
244	DB Finance International GmbH	Eschborn		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
245	DB Finanz-Holding GmbH	Frankfurt		100,0
246	DB Funding LLC #4	Wilmington		100,0
247	DB Funding LLC #5	Wilmington		100,0
248	DB Funding LLC #6	Wilmington		100,0
249	DB Funding, L.P.	Baltimore		100,0
250	DB Galil Finance, Inc.	Wilmington		100,0
251	DB Ganymede 2006 L.P.	Georgetown		100,0
252	DB Global Infrastructure Fund	Luxemburg	2	0,1
253	DB Global Markets Multi-Strategy Fund I Ltd.	Georgetown		100,0
254	DB Global Processing Services, Inc.	Wilmington		100,0
255	DB Global Technology, Inc.	Wilmington		100,0
256	DB Green Holdings Corp.	Wilmington		100,0
257	DB Green, Inc.	New York		100,0
258	DB Group Services (UK) Limited	London		100,0
259	DB Hawks Nest, Inc.	Wilmington		100,0
260	DB HedgeWorks, LLC	Wilmington		100,0
261	DB Holdings (New York), Inc.	New York		100,0
262	DB Holdings (South America) Limited	Wilmington		100,0
263	DB Horizon, Inc.	Wilmington		100,0
264	DB HR Solutions GmbH	Eschborn		100,0
265	DB Hypernova LLC	Wilmington		100,0
266	DB iCON Investments Limited	London		100,0
267	DB Immobilienfonds 2 GmbH & Co. KG	Frankfurt		74,0
268	DB Impact Investment Fund I, L.P.	Edinburgh		100,0
269	DB Industrial Holdings Beteiligungs GmbH & Co. KG	Lützen-Gostau	4	100,0
270	DB Industrial Holdings GmbH	Lützen-Gostau		100,0
271	DB Infrastructure Holdings (UK) No.1 Limited	London		100,0
272	DB Infrastructure Holdings (UK) No.2 Limited	London		100,0
273	DB Infrastructure Holdings (UK) No.3 Limited	London		100,0
274	DB International (Asia) Limited	Singapur		100,0
275	DB International Investments Limited	London		100,0
276	DB International Trust (Singapore) Limited	Singapur		100,0
277	DB Invest Fundo de Investimento Multimercado	Sao Paulo		100,0
278	DB Investment Management, Inc.	Wilmington		100,0
279	DB Investment Managers, Inc.	Wilmington		100,0
280	DB Investment Partners, Inc.	Wilmington		100,0
281	DB Investment Resources (US) Corporation	Wilmington		100,0
282	DB Investment Resources Holdings Corp.	Wilmington		100,0
283	DB Investments (GB) Limited	London		100,0
284	DB Io LP	Wilmington		100,0
285	DB IROC Leasing Corp.	New York		100,0
286	DB Jasmine (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
287	DB Kredit Service GmbH	Berlin		100,0
288	DB Leasing Services GmbH	Frankfurt		100,0
289	DB Lexington Investments Inc.	Wilmington		100,0
290	DB Liberty, Inc.	Wilmington		100,0
291	DB Like-Kind Exchange Services Corp.	Wilmington		100,0
292	DB Management Partners, L.P.	Wilmington		100,0
293	DB Management Support GmbH	Frankfurt		100,0
294	DB Managers, LLC	West Trenton		100,0
295	DB Master Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Não-Padrонizados de Precatórios Federais	Rio de Janeiro		100,0
296	DB Mortgage Investment Inc.	Baltimore		100,0
297	DB Nexus American Investments (UK) Limited	London		100,0
298	DB Nexus Iberian Investments (UK) Limited	London		100,0
299	DB Nexus Investments (UK) Limited	London		100,0
300	DB Nominees (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0
301	DB Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		100,0
302	DB Operaciones y Servicios Interactivos, A.I.E.	Barcelona		99,9
303	DB Overseas Finance Delaware, Inc.	Wilmington		100,0
304	DB Overseas Holdings Limited	London		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
305	DB Partnership Management II, LLC	Wilmington		100,0
306	DB Partnership Management Ltd.	Wilmington		100,0
307	db PBC	Luxemburg		100,0
308	DB PEP V	Luxemburg	2	0,2
309	DB PEP V Europa Parallel GmbH & Co. KG	Köln	2	0,0
310	DB PEP V GmbH & Co. KG	Köln	2	0,0
311	DB Perry Investments Limited	Wilmington		100,0
312	DB Platinum Advisors	Luxemburg		100,0
313	DB Portfolio Southwest, Inc.	Houston		100,0
314	DB Print GmbH	Frankfurt		100,0
315	DB Private Clients Corp.	Wilmington		100,0
316	DB Private Equity GmbH	Köln		100,0
317	DB Private Equity International S.à r.l.	Luxemburg		100,0
318	DB Private Wealth Mortgage Ltd.	New York		100,0
319	DB PWM Collective Management Limited	Liverpool		100,0
320	DB PWM Private Markets I GP	Luxemburg		100,0
321	DB Rail Trading (UK) Limited	London		100,0
322	DB Re S.A.	Luxemburg		100,0
323	DB Real Estate Canadainvest 1 Inc.	Toronto		100,0
324	DB Risk Center GmbH	Berlin		100,0
325	DB Rivington Investments Limited	Georgetown		100,0
326	DB RMS Leasing (Cayman) L.P.	Georgetown		100,0
327	DB Road (UK) Limited	Georgetown		100,0
328	DB Samay Finance No. 2, Inc.	Wilmington		100,0
329	DB Saturn Investments Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
330	DB Securities S.A.	Warschau		100,0
331	DB Securities Services NJ Inc.	New York		100,0
332	DB Sedanka Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0
333	DB Service Centre Limited	Dublin		100,0
334	DB Service Uruguay S.A.	Montevideo		100,0
335	DB Services Americas, Inc.	Wilmington		100,0
336	DB Services New Jersey, Inc.	West Trenton		100,0
337	DB Servicios México, S.A. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0
338	DB Servizi Amministrativi S.r.l.	Mailand		100,0
339	DB Sirius (Cayman) Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0
340	DB Sterling Finance Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0
341	DB Strategic Advisors, Inc.	Makati Stadt		100,0
342	DB Structured Derivative Products, LLC	Wilmington		100,0
343	DB Structured Products, Inc.	Wilmington		100,0
344	DB Trips Investments Limited	Georgetown	2	0,0
345	DB Trust Company Limited Japan	Tokio		100,0
346	DB Trustee Services Limited	London		100,0
347	DB Trustees (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0
348	DB Tweed Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0
349	DB U.K. Nominees Limited	London		100,0
350	DB U.S. Financial Markets Holding Corporation	Wilmington		100,0
351	DB UK (Saturn) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
352	DB UK Australia Finance Limited	Georgetown		100,0
353	DB UK Australia Holdings Limited	London		100,0
354	DB UK Bank Limited	London		100,0
355	DB UK Holdings Limited	London		100,0
356	DB UK PCAM Holdings Limited	London		100,0
357	DB Valiant (Cayman) Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0
358	DB Valoren S.à r.l.	Luxemburg		100,0
359	DB Value S.à r.l.	Luxemburg		100,0
360	DB Vanquish (UK) Limited	London		100,0
361	DB Vantage (UK) Limited	London		100,0
362	DB Vantage No.2 (UK) Limited	London		100,0
363	DB Vantage No.3 (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
364	DB Venture Partners General Partner Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
365	DB Vita S.A.	Luxemburg		75,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
366	DB Warren Investments Limited	Georgetown		100,0
367	DB Wilton Holdings, LLC	Wilmington	2	0,0
368	DBAB Wall Street, LLC	Wilmington		100,0
369	DBAH Capital, LLC	Wilmington		100,0
370	DBAS Cayman Holdings 1 Limited	Georgetown		100,0
371	DBAS Cayman Holdings 2 Limited	Georgetown		100,0
372	DBC Continuance Inc.	Toronto		100,0
373	DBCCA Investment Partners, Inc.	Wilmington		100,0
374	DBCIBZ1	Georgetown		100,0
375	DBCIBZ2	Georgetown		100,0
376	DBD Pilgrim America Corp.	Wilmington		100,0
377	DBFIC, Inc.	Wilmington		100,0
378	DBG Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
379	DBIGB Finance (No. 2) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
380	DBNY Brazil Invest Co.	Wilmington		100,0
381	DBNZ Overseas Investments (No.1) Limited	Georgetown		100,0
382	DBOI Global Services (UK) Limited	London		100,0
383	DBOI Global Services Private Limited	Mumbai		100,0
384	DBRE Global Real Estate Management IA, Ltd.	Georgetown		100,0
385	DBRE Global Real Estate Management IB, Ltd.	Georgetown		100,0
386	DBRMS4	Georgetown		100,0
387	DBRMSGP1	Georgetown		100,0
388	DBRMSGP2	Georgetown		100,0
389	DBS Technology Ventures, L.L.C.	Wilmington		100,0
390	DBUKH Finance Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
391	DBUSBZ1, LLC	Wilmington		100,0
392	DBUSBZ2, LLC	Wilmington		100,0
393	DBUSH Markets, Inc.	New York		100,0
394	DBVR Investments No. 3 Ltd.	Wilmington		100,0
395	DBX Advisors LLC	Wilmington		100,0
396	DBX Strategic Advisors LLC	Wilmington		100,0
397	De Meng Innovative (Beijing) Consulting Company Limited	Peking		100,0
398	DeAM Infrastructure Limited	London		100,0
399	DEBEKO Immobilien GmbH & Co Grundbesitz OHG	Eschborn		100,0
400	DEE Deutsche Erneuerbare Energien GmbH	Düsseldorf		100,0
401	Deer River, L.P.	Wilmington		100,0
402	DEGRU Erste Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		100,0
403	Delowreham de México S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0
404	DEUFRAN Beteiligungs GmbH	Frankfurt		100,0
405	DEUKONA Versicherungs-Vermittlungs-GmbH	Frankfurt		100,0
406	Deutsche (Aotearoa) Capital Holdings New Zealand	Auckland		100,0
407	Deutsche (Aotearoa) Foreign Investments New Zealand	Auckland		100,0
408	Deutsche (New Munster) Holdings New Zealand Limited	Auckland		100,0
409	Deutsche Aeolia Power Production S.A.	Athen		80,0
410	Deutsche Alt-A Securities, Inc.	Wilmington		100,0
411	Deutsche Alternative Asset Management (Global) Limited	London		100,0
412	Deutsche Alternative Asset Management (UK) Limited	London		100,0
413	Deutsche Asia Pacific Finance, Inc.	Wilmington		100,0
414	Deutsche Asia Pacific Holdings Pte Ltd	Singapur		100,0
415	Deutsche Asset Management (Asia) Limited	Singapur		100,0
416	Deutsche Asset Management (Australia) Limited	Sydney		100,0
417	Deutsche Asset Management (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0
418	Deutsche Asset Management (India) Private Limited	Mumbai		100,0
419	Deutsche Asset Management (Japan) Limited	Tokio		100,0
420	Deutsche Asset Management (Korea) Company Limited	Seoul		100,0
421	Deutsche Asset Management (UK) Limited	London		100,0
422	Deutsche Asset Management Canada Limited	Toronto		100,0
423	Deutsche Asset Management Group Limited	London		100,0
424	Deutsche Asset Management International GmbH	Frankfurt		100,0
425	Deutsche Asset Management Investmentsgesellschaft mbH vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH	Frankfurt		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
426	Deutsche Asset Management Schweiz	Zürich		100,0
427	Deutsche Auskunftei Service GmbH	Hamburg		100,0
428	Deutsche Australia Limited	Sydney		100,0
429	Deutsche Bank (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
430	DEUTSCHE BANK (CHILE) S.A.	Santiago		100,0
431	Deutsche Bank (China) Co., Ltd.	Peking		100,0
432	Deutsche Bank (Malaysia) Berhad	Kuala Lumpur		100,0
433	Deutsche Bank (Malta) Ltd	St. Julians		100,0
434	Deutsche Bank (Mauritius) Limited	Port Louis		100,0
435	Deutsche Bank (Perú) S.A.	Lima		100,0
436	Deutsche Bank (Suisse) SA	Genf		100,0
437	Deutsche Bank (Uruguay) Sociedad Anónima Institución Financiera Externa	Montevideo		100,0
438	DEUTSCHE BANK A.S.	Istanbul		100,0
439	Deutsche Bank Americas Finance LLC	Wilmington		100,0
440	Deutsche Bank Americas Holding Corp.	Wilmington		100,0
441	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft	Frankfurt		100,0
442	Deutsche Bank Capital Markets S.r.l.	Mailand		100,0
443	Deutsche Bank Corretora de Valores S.A.	Sao Paulo		100,0
444	Deutsche Bank Europe GmbH	Frankfurt		100,0
445	Deutsche Bank Financial Inc.	Wilmington		100,0
446	Deutsche Bank Financial LLC	Wilmington		100,0
447	Deutsche Bank Holdings, Inc.	Wilmington		100,0
448	Deutsche Bank Insurance Agency Incorporated	Baltimore		100,0
449	Deutsche Bank Insurance Agency Incorporated	Boston		100,0
450	Deutsche Bank Insurance Agency of Delaware	Wilmington		100,0
451	Deutsche Bank International Limited	St. Helier		100,0
452	Deutsche Bank International Trust Co. (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
453	Deutsche Bank International Trust Co. Limited	St. Peter Port		100,0
454	Deutsche Bank Investments (Guernsey) Limited	St. Peter Port		100,0
455	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Luxemburg		100,0
456	Deutsche Bank Mutui S.p.A.	Mailand		100,0
457	Deutsche Bank México, S.A., Institución de Banca Múltiple	Mexiko Stadt		100,0
458	Deutsche Bank National Trust Company	Los Angeles		100,0
459	Deutsche Bank Nederland N.V.	Amsterdam		100,0
460	Deutsche Bank Nominees (Jersey) Limited	St. Helier		100,0
461	Deutsche Bank PBC Spółka Akcyjna	Warschau		100,0
462	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Warschau		100,0
463	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft	Frankfurt		100,0
464	Deutsche Bank Real Estate (Japan) Y.K.	Tokio		100,0
465	Deutsche Bank Realty Advisors, Inc.	New York		100,0
466	Deutsche Bank S.A.	Buenos Aires		100,0
467	Deutsche Bank S.A. - Banco Alemão	Sao Paulo		100,0
468	Deutsche Bank Securities Inc.	Wilmington		100,0
469	Deutsche Bank Securities Limited	Toronto		100,0
470	Deutsche Bank Services (Jersey) Limited	St. Helier		100,0
471	Deutsche Bank Società per Azioni	Mailand		99,8
472	Deutsche Bank Trust Company Americas	New York		100,0
473	Deutsche Bank Trust Company Delaware	Wilmington		100,0
474	Deutsche Bank Trust Company New Jersey Ltd.	Jersey City		100,0
475	Deutsche Bank Trust Company, National Association	New York		100,0
476	Deutsche Bank Trust Corporation	New York		100,0
477	Deutsche Bank Trustee Services (Guernsey) Limited	St. Peter Port		100,0
478	Deutsche Bank Österreich AG	Wien		100,0
479	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española	Madrid		99,8
480	Deutsche Capital Finance (2000) Limited	Georgetown		100,0
481	Deutsche Capital Financing (Singapore) Pte Ltd	Singapur		100,0
482	Deutsche Capital Hong Kong Limited	Hongkong		100,0
483	Deutsche Capital Markets Australia Limited	Sydney		100,0
484	Deutsche Capital Partners China Limited	Georgetown		100,0
485	Deutsche Card Services GmbH	Frankfurt		100,0
486	Deutsche Cayman Ltd.	Georgetown		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
487	Deutsche CIB Centre Private Limited	Mumbai		100,0
488	Deutsche Climate Change Fixed Income QP Trust	Salem		100,0
489	Deutsche Clubholding GmbH	Frankfurt		95,0
490	Deutsche Commodities Trading Co., Ltd.	Schanghai		100,0
491	Deutsche Courcelles	Paris		100,0
492	Deutsche Custody Global B.V.	Amsterdam		100,0
493	Deutsche Custody N.V.	Amsterdam		100,0
494	Deutsche Custody Nederland B.V.	Amsterdam		100,0
495	Deutsche Domus New Zealand Limited	Auckland		100,0
496	Deutsche Emerging Markets Investments (Netherlands) B.V.	Amsterdam		99,9
497	Deutsche Equities India Private Limited	Mumbai		100,0
498	Deutsche Far Eastern Asset Management Company Limited	Taipeh		60,0
499	Deutsche Fiduciary Services (Suisse) SA	Genf		100,0
500	Deutsche Finance Co 1 Pty Limited	Sydney		100,0
501	Deutsche Finance Co 2 Pty Limited	Sydney		100,0
502	Deutsche Finance Co 3 Pty Limited	Sydney		100,0
503	Deutsche Finance Co 4 Pty Limited	Sydney		100,0
504	Deutsche Finance No. 1 Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
505	Deutsche Finance No. 2 (UK) Limited	London		100,0
506	Deutsche Finance No. 2 Limited	Georgetown		100,0
507	Deutsche Finance No. 3 (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
508	Deutsche Finance No. 4 (UK) Limited	London		100,0
509	Deutsche Finance No. 6 (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
510	Deutsche Foras New Zealand Limited	Auckland		100,0
511	Deutsche Friedland	Paris		100,0
512	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd	Singapur		100,0
513	Deutsche Gesellschaft für Immobilien-Leasing mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		100,0
514	Deutsche Global Markets Limited	Tel Aviv		100,0
515	Deutsche Group Holdings (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
516	Deutsche Group Services Pty Limited	Sydney		100,0
517	Deutsche Grundbesitz Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		100,0
518	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mbH & Co Löwenstein Palais	Eschborn		100,0
519	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		99,8
520	Deutsche Haussmann, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
521	Deutsche Holdings (BTI) Limited	London		100,0
522	Deutsche Holdings (Chile) S.A.	Santiago		100,0
523	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0
524	Deutsche Holdings (Malta) Ltd.	St. Julians		100,0
525	Deutsche Holdings (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
526	Deutsche Holdings Limited	London		100,0
527	Deutsche Holdings No. 2 Limited	London		100,0
528	Deutsche Holdings No. 3 Limited	London		100,0
529	Deutsche Holdings No. 4 Limited	London		100,0
530	Deutsche Hume Investments Pty Limited	Sydney		100,0
531	Deutsche Immobilien Leasing GmbH	Düsseldorf		100,0
532	Deutsche India Holdings Private Limited	Mumbai		100,0
533	Deutsche International Corporate Services (Delaware) LLC	Wilmington		100,0
534	Deutsche International Corporate Services (Ireland) Limited	Dublin		100,0
535	Deutsche International Corporate Services Limited	St. Helier		100,0
536	Deutsche International Custodial Services Limited	St. Helier		100,0
537	Deutsche International Finance (Ireland) Limited	Dublin		100,0
538	Deutsche International Holdings (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
539	Deutsche International Trust Company N.V.	Amsterdam		100,0
540	Deutsche International Trust Corporation (Mauritius) Limited	Port Louis		100,0
541	Deutsche Inversiones Dos S.A.	Santiago		100,0
542	Deutsche Inversiones Limitada	Santiago		100,0
543	Deutsche Investment Management Americas Inc.	Wilmington		100,0
544	Deutsche Investments (Netherlands) N.V.	Amsterdam		100,0
545	Deutsche Investments Australia Limited	Sydney		100,0
546	Deutsche Investments India Private Limited	Mumbai		100,0
547	Deutsche Investor Services Private Limited	Mumbai		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
548	Deutsche IT License GmbH	Eschborn		100,0
549	Deutsche Knowledge Services Pte. Ltd.	Singapur		100,0
550	Deutsche Leasing New York Corp.	New York		100,0
551	Deutsche Long Duration Government/Credit QP Trust	Salem		100,0
552	Deutsche Managed Investments Limited	Sydney		100,0
553	Deutsche Master Funding Corporation	Wilmington		100,0
554	Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited Company	London		100,0
555	Deutsche Morgan Grenfell Nominees Pte Ltd	Singapur		100,0
556	Deutsche Mortgage & Asset Receiving Corporation	Wilmington		100,0
557	Deutsche Mortgage Securities, Inc.	Wilmington		100,0
558	Deutsche New Zealand Limited	Auckland		100,0
559	Deutsche Nominees Limited	London		100,0
560	Deutsche Overseas Issuance New Zealand Limited	Auckland		100,0
561	Deutsche Postbank AG	Bonn		94,1
562	Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH	Schutrange		100,0
563	Deutsche Postbank International S.A.	Schutrange		100,0
564	Deutsche Private Asset Management Limited	London		100,0
565	Deutsche Representaciones y Mandatos S.A.	Buenos Aires		100,0
566	Deutsche Retail No.1 Private Real Estate Investment, LLC	Seoul		100,0
567	Deutsche Securities (India) Private Limited	Neu Delhi		75,0
568	Deutsche Securities (Perú) S.A.	Lima		100,0
569	Deutsche Securities (Proprietary) Limited	Johannesburg		95,7
570	Deutsche Securities (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		95,7
571	Deutsche Securities Asia Limited	Hongkong		100,0
572	Deutsche Securities Australia Limited	Sydney		100,0
573	Deutsche Securities Corredores de Bolsa Spa	Santiago		100,0
574	Deutsche Securities Inc.	Tokio		100,0
575	Deutsche Securities Israel Ltd.	Tel Aviv		100,0
576	Deutsche Securities Korea Co.	Seoul		100,0
577	Deutsche Securities Limited	Hongkong		100,0
578	Deutsche Securities Mauritius Limited	Port Louis		100,0
579	Deutsche Securities Menkul Degerler A.S.	Istanbul		100,0
580	Deutsche Securities New Zealand Limited	Auckland		100,0
581	Deutsche Securities Nominees Hong Kong Limited	Hongkong		100,0
582	Deutsche Securities Saudi Arabia LLC	Riad		100,0
583	Deutsche Securities Sociedad de Bolsa S.A.	Buenos Aires		100,0
584	Deutsche Securities Venezuela S.A.	Caracas		100,0
585	Deutsche Securities, S.A. de C.V., Casa de Bolsa	Mexiko Stadt		100,0
586	Deutsche Securitisation Australia Pty Limited	Sydney		100,0
587	Deutsche Services Polska Sp. z o.o.	Warschau		100,0
588	Deutsche StiftungsTrust GmbH	Frankfurt		100,0
589	Deutsche Transnational Trustee Corporation Inc	Charlottetown		100,0
590	Deutsche Trustee Company Limited	London		100,0
591	Deutsche Trustee Services (India) Private Limited	Mumbai		100,0
592	Deutsche Trustees Malaysia Berhad	Kuala Lumpur		100,0
593	Deutsche Ultra Core Fixed Income QP Trust	Salem		100,0
594	Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH	Frankfurt		78,0
595	DFC Residual Corp.	Reno		100,0
596	DI 2 Y.K.	Tokio		100,0
597	DI Deutsche Immobilien Baugesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
598	DI Deutsche Immobilien Baugesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Frankfurt		100,0
599	DI Deutsche Immobilien Treuhandgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
600	DI Investments Corporation Y.K.	Tokio		100,0
601	DIB-Consult Deutsche Immobilien- und Beteiligungs-Beratungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
602	DIL Financial Services GmbH & Co. KG	Düsseldorf		100,0
603	DISCA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
604	DIV Holding GmbH	Lützen-Gostau		100,0
605	DMG Technology Management, L.L.C.	Wilmington		100,0
606	DMJV	New York	2	0,0
607	DNU Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
608	DPB Regent's Park Estates (GP) Holding Limited	London		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
609	DPB Regent's Park Estates (LP) Holding Limited	London		100,0
610	Drolla GmbH	Frankfurt		100,0
611	DRT Limited International SRL	Bukarest		100,0
612	DSL Holding Aktiengesellschaft i.A.	Bonn		100,0
613	DSL Portfolio GmbH & Co. KG	Bonn		100,0
614	DSL Portfolio Verwaltungs GmbH	Bonn		100,0
615	DTS Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
616	DVCG Deutsche Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds II KG i.L.	München	1	69,2
617	DWS Finanz-Service GmbH	Frankfurt		100,0
618	DWS Holding & Service GmbH	Frankfurt		100,0
619	DWS Investment GmbH	Frankfurt		100,0
620	DWS Investment S.A.	Luxemburg		100,0
621	DWS Investments (Spain), S.G.I.I.C., S.A.	Madrid		100,0
622	DWS Investments Distributors, Inc.	Wilmington		100,0
623	DWS Investments Service Company	Wilmington		100,0
624	DWS Schweiz GmbH	Zürich		100,0
625	DWS Trust Company	Salem		100,0
626	easyhyp GmbH	Hameln		100,0
627	EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG	Hamburg		65,2
628	Ecnarf	Paris		100,0
629	ECT Holdings Corp.	Wilmington		100,0
630	EDORA Funding GmbH	Frankfurt		100,0
631	Elba Finance GmbH	Eschborn		100,0
632	ELBI Funding GmbH	Frankfurt		100,0
633	ELDO ACHTE Vermögensverwaltungs GmbH	Eschborn		100,0
634	ELDO ERSTE Vermögensverwaltungs GmbH	Eschborn		100,0
635	Elizabethan Holdings Limited	Georgetown		100,0
636	Elizabethan Management Limited	Georgetown		100,0
637	Enterprise Fleet Management Exchange, Inc.	Wilmington		100,0
638	Erda Funding GmbH	Eschborn		100,0
639	Estate Holdings, Inc.	St. Thomas	2	0,0
640	EUKROKNIGHTS IV GmbH & Co. Beteiligungs KG	München	1	0,0
641	European Asian Bank (Hong Kong) Nominees Limited	Hongkong		100,0
642	European Private Equity Portfolio S.A., SICAR	Luxemburg	2	1,3
643	Evergreen Amsterdam Holdings B.V.	Amsterdam		100,0
644	Evergreen International Holdings B.V.	Amsterdam		100,0
645	Evergreen International Investments B.V.	Amsterdam		100,0
646	Evergreen International Leasing B.V.	Amsterdam		100,0
647	Exinor SA	Bastogne		100,0
648	Exporterra GmbH i.L.	Frankfurt		100,0
649	EXTOREL Private Equity Advisers GmbH	Köln		100,0
650	FARAMIR Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		100,0
651	Farezco I, S. de R.L. de C.V.	Zapopan		100,0
652	Farezco II, S. de R.L. de C.V.	Zapopan		100,0
653	Fenix Administración de Activos S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0
654	Fenix Mercury 1 S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		60,0
655	Fiduciaria Sant' Andrea S.r.l.	Mailand		100,0
656	Filaine, Inc.	Wilmington	2	0,0
657	Finanza & Futuro Banca SpA	Mailand		100,0
658	Firsee Investments LLC	Wilmington		100,0
659	FJC Property Corp.	Wilmington		100,0
660	Fondo de Inversión Privado NPL Fund Two	Santiago	3	70,0
661	FRANKFURT CONSULT GmbH	Frankfurt		100,0
662	Frankfurt Family Office GmbH	Frankfurt		100,0
663	Frankfurt Finanz-Software GmbH	Frankfurt		100,0
664	FRANKFURT-TRUST Invest Luxemburg AG	Luxemburg		100,0
665	FRANKFURT-TRUST Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
666	Frankfurter Beteiligungs-Treuhand Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
667	Frankfurter Vermögens-Treuhand Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
668	Franz Urbig- und Oscar Schlitter-Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
669	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Global Markets	Rio de Janeiro		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
670	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padronizados - Precatório Federal 4870-1	Rio de Janeiro		100,0
671	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padronizados - Precatórios Federais DB I	Rio de Janeiro		100,0
672	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padronizados - Precatórios Federais DB II	Rio de Janeiro		100,0
673	Fundo de Investimento em Quotas de Fundos de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padronizados Global Markets	Rio de Janeiro		100,0
674	Funds Nominees Limited	London		100,0
675	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl "Rimbachzentrum" KG	Bad Homburg		74,0
676	G Finance Holding Corp.	Wilmington		100,0
677	GbR Goethestraße	Köln		94,0
678	Gemini Technology Services Inc.	Wilmington		100,0
679	German American Capital Corporation	Baltimore		100,0
680	German European VCPII GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
681	Glacier Mountain, L.P.	Wilmington		100,0
682	Global Alliance Finance Company, L.L.C.	Wilmington		100,0
683	Global Commercial Real Estate Special Opportunities Limited	St. Helier		100,0
684	Global Markets Fundo de Investimento Multimercado	Rio de Janeiro		100,0
685	Global Markets III Fundo de Investimento Multimercado - Crédito Privado e Investimento No Exterior	Rio de Janeiro		100,0
686	Greene Investments Limited	Georgetown		100,0
687	Greenwood Properties Corp.	New York	2	0,0
688	Grundstücksgesellschaft Frankfurt Bockenheimer Landstraße GbR	Troisdorf		94,9
689	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI mbH	Köln		100,0
690	Grundstücksgesellschaft Wiesbaden Luisenstraße/Kirchgasse GbR	Troisdorf		59,7
691	Gulara Pty Ltd	Sydney		100,0
692	GUO Mao International Hotels B.V.	Amsterdam		100,0
693	Hac Investments Ltd.	Wilmington		100,0
694	HAC Investments Portugal - Servicos de Consultadoria e Gestao Ltda.	Lissabon		100,0
695	HAH Limited	London		100,0
696	Hakkeijima Godo Kaisha	Tokio		95,0
697	HCA Exchange, Inc.	Wilmington		100,0
698	Herengracht Financial Services B.V.	Amsterdam		100,0
699	Hertz Car Exchange Inc.	Wilmington		100,0
700	HTB Spezial GmbH & Co. KG	Köln		100,0
701	Hudson GmbH	Eschborn		100,0
702	Hypotheken-Verwaltungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
703	IB Associate, LLC	New York		100,0
704	IC Chicago Associates LLC	Wilmington	2	0,0
705	IFN Finance N.V.	Antwerpen		100,0
706	IKARIA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
707	IMM Associate, LLC	New York		100,0
708	Imodan Limited	Port Louis		100,0
709	Industrie-Beteiligungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
710	Infigate GmbH i.K.	Essen		69,3
711	International Operator Limited	London		100,0
712	IOS Finance EFC, S.A.	Barcelona		100,0
713	Iphigenie Verwaltungs GmbH	Bonn		100,0
714	ISTRON Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
715	ITAPEVA II Multicarteira FIDC Nao-Padronizado	Sao Paulo		100,0
716	IVAF I Manager, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
717	IVAF II Manager, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
718	Izumo Capital YK	Tokio		100,0
719	JADE Residential Property AG	Eschborn		100,0
720	JR Nominees (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
721	Jyogashima Godo Kaisha	Tokio		100,0
722	KEBA Gesellschaft für interne Services mbH	Frankfurt		100,0
723	KHP Knüppe, Huntebrinker & Co. GmbH	Osnabrück		100,0
724	Kidson Pte Ltd	Singapur		100,0
725	Kingfisher Nominees Limited	Auckland		100,0
726	Klöckner Industriebeteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
727	Konsul Inkasso GmbH	Essen		100,0
728	Kradavimd UK Lease Holdings Limited	London		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
729	Kunshan RREEF Equity Investment Fund Management Co. Ltd.	Kunshan		100,0
730	LA Water Holdings Limited	Georgetown		75,0
731	Lammermuir Leasing Limited	London		100,0
732	Latin America Recovery Fund LLC	Wilmington		100,0
733	LAWL Pte. Ltd.	Singapur		100,0
734	Leasing Verwaltungsgesellschaft Waltersdorf mbH	Schönefeld		100,0
735	Legacy Reinsurance, LLC	Burlington		100,0
736	Liberty Investments Limited	Georgetown		100,0
737	Liegenschaft Hainstraße GbR	Frankfurt	2	0,0
738	Long-Tail Risk Insurers, Ltd.	Hamilton		100,0
739	Luxembourg Family Office S.A.	Luxemburg		100,0
740	LWC Nominees Limited	Auckland		100,0
741	MAC Investments Ltd.	Georgetown		100,0
742	MacDougal Investments Limited	Wilmington		100,0
743	Mallard Place, Inc.	Wilmington		100,0
744	Maxblue Americas Holdings, S.A.	Madrid		100,0
745	Mayfair Center, Inc.	Wilmington		100,0
746	Media Entertainment Filmmanagement GmbH	Pullach		100,0
747	MEF I Manager, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
748	MEFIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		62,0
749	Mercer Investments Limited	Wilmington		100,0
750	Mezzanine Capital Europe (MC-EU) GmbH & Co. KG	Köln	1	0,1
751	Mezzanine Capital Europe II (MC-EU II) GmbH & Co. KG	Köln	1	0,5
752	Mezzanine Capital USA (MC-US) GmbH & Co. KG	Köln	1	0,1
753	Mezzanine Capital USA II (MC-US II) GmbH & Co. KG	Köln	1	0,1
754	MHL Reinsurance Ltd.	Burlington		100,0
755	Miami MEI, LLC	Dover	2	0,0
756	Mira GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
757	MIT Holdings, Inc.	Baltimore		100,0
758	MMDB Noonmark L.L.C.	Wilmington		100,0
759	„modernes Frankfurt“ private Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH i.L.	Frankfurt		100,0
760	Morgan Grenfell & Co. Limited	London		100,0
761	Morgan Grenfell (Local Authority Finance) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
762	Morgan Grenfell Development Capital Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
763	Morgan Grenfell Private Equity Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
764	Morgan Nominees Limited	London		100,0
765	Mortgage Trading (UK) Limited	London		100,0
766	MortgageIT Securities Corp.	Wilmington		100,0
767	MortgageIT, Inc.	New York		100,0
768	Mountain Recovery Fund I Y.K.	Tokio		100,0
769	MRF2 Y.K.	Tokio		100,0
770	MXB U.S.A., Inc.	Wilmington		100,0
771	Navegator - SGFTC, S.A.	Lissabon		100,0
772	NCKR, LLC	Wilmington		100,0
773	NEPTUNO Verwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Köln		100,0
774	Nevada Mezz 1 LLC	Wilmington		100,0
775	Nevada Parent 1 LLC	Wilmington		100,0
776	Nevada Property 1 LLC	Wilmington		100,0
777	Nevada Restaurant Venture 1 LLC	Wilmington		100,0
778	Nevada Retail Venture 1 LLC	Wilmington		100,0
779	New Hatushima Godo Kaisha	Tokio	2	50,0
780	New Prestitempo S.p.A.	Mailand		100,0
781	Newhall LLC	Wilmington		100,0
782	NIDDA Grundstücks- und Beteiligungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
783	Nordwestdeutscher Wohnungsbauträger Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
784	norisbank GmbH	Berlin		100,0
785	North American Income Fund PLC	Dublin		67,3
786	Northern Pines Funding, LLC	Dover		100,0
787	O.F. Finance, LLC	Wilmington		53,6
788	Oakwood Properties Corp.	Wilmington		100,0
789	Office Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
790	OOO „Deutsche Bank“	Moskau		100,0
791	OPB KRITI GmbH	Königstein		100,0
792	OPB Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH	Köln		100,0
793	OPB Verwaltungs- und Treuhand GmbH	Köln		100,0
794	OPB-Decima GmbH i.L.	Köln		100,0
795	OPB-Holding GmbH	Köln		100,0
796	OPB-Mosel GmbH i.L.	Köln		100,0
797	OPB-Nona GmbH	Frankfurt		100,0
798	OPB-Oktava GmbH	Köln		100,0
799	OPB-Quarta GmbH	Köln		100,0
800	OPB-Quinta GmbH	Köln		100,0
801	OPB-Rhein GmbH	Köln		100,0
802	OPB-Septima GmbH	Köln		100,0
803	OPB-Structuring GmbH	Köln		100,0
804	Oppenheim Asset Management GmbH	Wien		100,0
805	Oppenheim Asset Management Services S.à r.l.	Luxemburg		100,0
806	OPPENHEIM Beteiligungs-Treuhand GmbH	Köln		100,0
807	OPPENHEIM Capital Advisory GmbH	Köln		100,0
808	Oppenheim Eunomia GmbH	Köln		100,0
809	OPPENHEIM Flottenfonds IV GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
810	OPPENHEIM Flottenfonds V GmbH & Co. KG	Köln		83,3
811	Oppenheim Fonds Trust GmbH	Köln		100,0
812	Oppenheim International Finance (in liquidation)	Dublin		100,0
813	OPPENHEIM Internet Fonds Manager GmbH i.L.	Köln		100,0
814	Oppenheim Kapitalanlagegesellschaft mbH	Köln		100,0
815	OPPENHEIM Mezzanine GmbH & Co. KG	Frankfurt	1	1,0
816	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Manager GmbH	Köln		100,0
817	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
818	Oppenheim Vermögenstreuhand GmbH	Köln		100,0
819	OPS Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
820	OVT Trust 1 GmbH	Köln		100,0
821	OVV Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
822	PADUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
823	Pan Australian Nominees Pty Ltd	Sydney		100,0
824	PB (USA) Holdings, Inc.	Wilmington		100,0
825	PB (USA) Realty Corporation	New York		94,7
826	PB Capital Corporation	Wilmington		100,0
827	PB Factoring GmbH	Bonn		100,0
828	PB Finance (Delaware) Inc.	Wilmington		100,0
829	PB Firmenkunden AG	Bonn		100,0
830	PB Hollywood I Hollywood Station, LLC	Dover	2	0,0
831	PB Hollywood II Lofts, LLC	Dover	2	0,0
832	PB Kreditservice GmbH	Hameln		100,0
833	PB Sechste Beteiligungen GmbH	Bonn		100,0
834	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen	Bonn		99,4
835	PBC Banking Services GmbH	Frankfurt		100,0
836	PBC Carnegie, LLC	Wilmington	2	0,0
837	PBC Services GmbH der Deutschen Bank	Frankfurt		100,0
838	PE-US/ASIA Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
839	PEIF II (Manager) Limited	St. Helier		100,0
840	Pelleport Investors, Inc.	New York		100,0
841	Pembol Nominees Limited	London		100,0
842	Percy Limited	Gibraltar		100,0
843	PHARMA/wHEALTH Management Company S.A.	Luxemburg		99,9
844	Philippine Opportunities for Growth and Income (SPV-AMC), INC.	Manila		95,0
845	Phoebus Investments LP	Wilmington		100,0
846	Pilgrim Financial Services LLP	Wilmington		100,0
847	PLAKIAS Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
848	Plantation Bay, Inc.	St. Thomas		100,0
849	PMG Collins, LLC	Tallahassee		100,0
850	Pollus L.P.	St. Helier		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
851	Polydeuce LLC	Wilmington		100,0
852	POND VENTURES II GmbH & Co. KG	Köln		99,9
853	POSEIDON Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
854	Postbank Akademie und Service GmbH	Hameln		100,0
855	Postbank Beteiligungen GmbH	Bonn		100,0
856	Postbank Direkt GmbH	Bonn		100,0
857	Postbank Filial GmbH	Bonn		100,0
858	Postbank Filialvertrieb AG	Bonn		100,0
859	Postbank Finanzberatung AG	Hameln		100,0
860	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH	Bonn		100,0
861	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG	Bonn		90,0
862	Postbank Leasing GmbH	Bonn		100,0
863	Postbank P.O.S. Transact GmbH	Eschborn		100,0
864	Postbank Service GmbH	Essen		100,0
865	Postbank Support GmbH	Köln		100,0
866	Postbank Systems AG	Bonn		100,0
867	Postbank Versicherungsvermittlung GmbH	Bonn		100,0
868	PPCenter, Inc.	Wilmington		100,0
869	Primelux Insurance S.A.	Luxemburg		100,0
870	Private Equity Asia Select Company III S.à r.l.	Luxemburg		100,0
871	Private Equity Global Select Company IV S.à r.l.	Luxemburg		100,0
872	Private Equity Global Select Company V S.à r.l.	Luxemburg		100,0
873	Private Equity Select Company S.à r.l.	Luxemburg		100,0
874	Private Financing Initiatives, S.L.	Barcelona		51,0
875	PS plus Portfolio Software + Consulting GmbH	Rödermark		80,2
876	PT. Deutsche Securities Indonesia	Jakarta		99,0
877	Public joint-stock company „Deutsche Bank DBU“	Kiew		100,0
878	Pyramid Ventures, Inc.	Wilmington		100,0
879	Quantum 13 LLC	Wilmington	2	49,0
880	R.B.M. Nominees Pty Ltd	Sydney		100,0
881	Reade, Inc.	Wilmington		100,0
882	Red Lodge, L.P.	Wilmington		100,0
883	registrar services GmbH	Eschborn		100,0
884	Regula Limited	Road Town		100,0
885	REIB Europe Investments Limited	London		100,0
886	REIB International Holdings Limited	London		100,0
887	Rimvalley Limited	Dublin		100,0
888	Ripple Creek, L.P.	Wilmington		100,0
889	RMS Investments (Cayman)	Georgetown		100,0
890	RoCal, L.L.C.	Wilmington		100,0
891	RoCalwest, Inc.	Wilmington		100,0
892	RoPro U.S. Holding, Inc.	Wilmington		100,0
893	RoSmart LLC	Wilmington		100,0
894	Route 28 Receivables, LLC	Wilmington		100,0
895	RREEF America L.L.C.	Wilmington		100,0
896	RREEF China REIT Management Limited	Hongkong		100,0
897	RREEF European Value Added I (G.P.) Limited	London		100,0
898	RREEF Fondimmobiliari Società di Gestione del Risparmio S.p.A.	Mailand		100,0
899	RREEF India Advisors Private Limited	Mumbai		100,0
900	RREEF Investment GmbH	Frankfurt		99,9
901	RREEF Management GmbH	Frankfurt		100,0
902	RREEF Management L.L.C.	Wilmington		100,0
903	RREEF Opportunities Management S.r.l.	Mailand		100,0
904	RREEF Property Trust Inc.	Baltimore		100,0
905	RREEF Shanghai Investment Consultancy Company	Schanghai		100,0
906	RREEF Spezial Invest GmbH	Frankfurt		100,0
907	RREEFSmart, L.L.C.	Wilmington		95,0
908	RTS Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
909	Rüd Blass Vermögensverwaltung AG	Zürich		100,0
910	SAB Real Estate Verwaltungs GmbH	Hameln		100,0
911	Sagamore Limited	London		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
912	SAGITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
913	Sajima Godo Kaisha	Tokio	2	0,0
914	Sal. Oppenheim Alternative Investments GmbH	Köln		100,0
915	Sal. Oppenheim Boulevard Konrad Adenauer S.à r.l.	Luxemburg		100,0
916	Sal. Oppenheim Corporate Finance North America Holding LLC	Wilmington		100,0
917	Sal. Oppenheim Global Invest GmbH	Köln		100,0
918	Sal. Oppenheim Healthcare Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
919	Sal. Oppenheim Investments GmbH	Köln		100,0
920	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien	Köln		100,0
921	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
922	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Komplementär AG	Köln		100,0
923	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Luxembourg S.A.	Luxemburg		100,0
924	Sal. Oppenheim PEP Treuhand GmbH	Köln		100,0
925	Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A.	Luxemburg		100,0
926	Sal. Oppenheim Private Equity Partners US L.P.	Wilmington		100,0
927	Sal. Oppenheim Private Equity Partners US LLC	Wilmington		100,0
928	SALOMON OPPENHEIM GmbH i.L.	Köln		100,0
929	SAMOS Vermögensverwaltungs GmbH	Köln		100,0
930	SAPIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
931	Schiffsbetriebsgesellschaft Brunswik mit beschränkter Haftung	Hamburg		100,0
932	Sechste DB Immobilienfonds Beta Dr. Rühl KG	Eschborn		100,0
933	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fehrenbach KG	Düsseldorf		94,7
934	Serviced Office Investments Limited	St. Helier		100,0
935	Sharps SP I LLC	Wilmington		100,0
936	Sherwood Properties Corp.	Wilmington		100,0
937	Shopready Limited	London		100,0
938	Silver Leaf 1 LLC	Wilmington		100,0
939	SIMA Private Equity 1 Beteiligungs GmbH	Hamburg		100,0
940	SIMA Private Equity 1 GmbH & Co. KG	Hamburg	1	0,0
941	STC Capital YK	Tokio		100,0
942	Stoneridge Apartments, Inc.	Wilmington	2	0,0
943	Stores International Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0
944	Structured Finance Americas, LLC	Wilmington		100,0
945	Sunbelt Rentals Exchange Inc.	Wilmington		100,0
946	Süddeutsche Vermögensverwaltung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
947	TAF 2 Y.K.	Tokio		100,0
948	Tapeorder Limited	London		100,0
949	Taunus Corporation	Wilmington		100,0
950	Telefon-Servicegesellschaft der Deutschen Bank mbH	Frankfurt		100,0
951	TELO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		100,0
952	Tempurrite Leasing Limited	London		100,0
953	Tenedora de Valores S.A.	Santiago		100,0
954	Thai Asset Enforcement and Recovery Asset Management Company Limited	Bangkok		100,0
955	The World Markets Company GmbH i.L.	Frankfurt		74,8
956	Tilney (Ireland) Limited	Dublin		100,0
957	Tilney Acquisitions Limited (in members' voluntary liquidation)	Liverpool		100,0
958	Tilney Asset Management International Limited	St. Peter Port		100,0
959	Tilney Funding Limited (in members' voluntary liquidation)	Liverpool		100,0
960	Tilney Group Limited	Liverpool		100,0
961	Tilney Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	Liverpool		100,0
962	Tilney Investment Management	Liverpool		100,0
963	Tilney Management Limited (in members' voluntary liquidation)	Liverpool		100,0
964	TIM (London) Limited (in members' voluntary liquidation)	Liverpool		100,0
965	TOKOS GmbH	Lützen-Gostau		100,0
966	TQI Exchange, LLC	Wilmington		100,0
967	Treuinvest Service GmbH	Frankfurt		100,0
968	Trevona Limited	Road Town		100,0
969	Triplereason Limited	London		100,0
970	Tsubasa Angel Fund Y.K.	Tokio		100,0
971	U.F.G.I.S. Advisors Limited	Larnaka		100,0
972	U.F.G.I.S. Holdings (Cyprus) Limited	Larnaka		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
973	UDS Capital Y.K.	Tokio		100,0
974	Unter Sachsenhausen Beteiligungs GmbH i.L.	Köln		100,0
975	Urbistar Settlement Services, LLC	Harrisburg		100,0
976	US Real Estate Beteiligungs GmbH	Frankfurt		100,0
977	Varick Investments Limited	Wilmington		100,0
978	VCG Venture Capital Fonds III Verwaltungs GmbH	München		100,0
979	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH	München		100,0
980	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds III KG i.L.	München	2	37,0
981	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds III Management KG	München	2	26,7
982	VCM Golding Mezzanine GmbH & Co. KG	München	1	0,0
983	VCM III Institutional Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
984	VCM III Institutional Equity Partners GmbH & Co. KG	Köln	1	0,1
985	VCM MIP 2001 GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
986	VCM MIP 2002 GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
987	VCM MIP II GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
988	VCM MIP III GmbH & Co. KG	Köln	1	8,0
989	VCM MIP IV GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
990	VCM PEP I Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
991	VCM PEP II Beteiligungsverwaltung GmbH	Köln		100,0
992	VCM Private Equity Portfolio GmbH & Co. Beteiligungs KG II	München	1	4,7
993	VCM Private Equity Portfolio GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
994	VCM Private Equity Portfolio GmbH & Co. KG IV	Köln	1	2,1
995	VCM REE Beteiligungstreuhand GmbH	Köln		100,0
996	VCM Treuhand Beteiligungsverwaltung GmbH	Köln		100,0
997	VCM VI Institutional Private Equity (B) GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
998	VCP Treuhand Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
999	VCP Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
1000	VCPII Beteiligungsverwaltung GmbH	Köln		100,0
1001	Vertriebsgesellschaft mbH der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden	Berlin		100,0
1002	VEXCO, LLC	Wilmington		100,0
1003	VI Resort Holdings, Inc.	New York	2	0,0
1004	VÖB-ZVD Processing GmbH	Frankfurt		100,0
1005	Wealthspur Investment Company Limited	Labuan		100,0
1006	Welsh, Carson, Anderson & Stowe IX GmbH & Co. KG	München	1	0,0
1007	WEPLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1008	WERDA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1009	Whale Holdings S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1010	Whispering Woods LLC	Wilmington		100,0
1011	Whistling Pines LLC	Wilmington		100,0
1012	Wilhelm von Finck Deutsche Family Office AG	Grasbrunn		100,0
1013	Wilmington Trust B6	Wilmington		100,0
1014	WMH (No. 15) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
1015	WMH (No. 16) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
1016	World Trading (Delaware) Inc.	Wilmington		100,0
1017	5000 Yonge Street Toronto Inc.	Toronto		100,0
1018	ZAO „Deutsche Securities“	Moskau	2	0,0
1019	ZAO „UFG Invest“	Moskau		100,0
1020	Zürich - Swiss Value AG	Zürich		50,1

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1021	ABATE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1022	ABATIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1023	ABRI Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1024	ACHTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1025	ACHTUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1026	ACHTZEHNT PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1027	ACIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1028	ACTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1029	ACTIUM Leasobjekt GmbH & Co. Objekt Bietigheim OHG i.L.	Düsseldorf		
1030	ADEO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1031	ADLAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1032	ADMANU Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1033	AETAS Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1034	AGLOM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1035	AGUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1036	AKRUN Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1037	ALANUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1038	ALMO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1039	Almutkirk Limited	Dublin		
1040	ALTA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1041	ANDOT Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1042	Andramad Limited	Dublin		
1043	Annapolis Funding Trust	Toronto		
1044	Apexel LLC	Wilmington		100,0
1045	APUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1046	Asian Hybrid Investments LLP	Singapur	2	0,0
1047	Aspen Funding Corp.	Charlotte		
1048	Asset Repackaging Trust B.V.	Amsterdam	5	
1049	Asset Repackaging Trust Five B.V.	Amsterdam	5	
1050	Asset Repackaging Trust Six B.V.	Amsterdam	5	
1051	ATAUT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1052	Atlas Investment Company 1 S.à r.l.	Luxemburg		
1053	Atlas Investment Company 2 S.à r.l.	Luxemburg		
1054	Atlas Investment Company 3 S.à r.l.	Luxemburg		
1055	Atlas Investment Company 4 S.à r.l.	Luxemburg		
1056	Atlas Portfolio Select SPC	Georgetown		0,0
1057	Atlas SICAV - FIS	Luxemburg	5	
1058	Avizandum Limited	Dublin		
1059	AVOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1060	Axia Insurance, Ltd.	Hamilton	5	
1061	Axiom Shelter Island LLC	San Diego		100,0
1062	Azurix AGOSBA S.R.L.	Buenos Aires		100,0
1063	Azurix Argentina Holding, Inc.	Wilmington		100,0
1064	Azurix Buenos Aires S.A. (en liquidacion)	Buenos Aires		100,0
1065	Azurix Cono Sur, Inc.	Wilmington		100,0
1066	Azurix Corp.	Wilmington		100,0
1067	Azurix Latin America, Inc.	Wilmington		100,0
1068	BAKTU Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1069	BALIT Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1070	BAMAR Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1071	BIMES Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1072	BLI Beteiligungsgesellschaft für Leasinginvestitionen mbH	Düsseldorf		33,2
1073	BNP Paribas Flexi III - Fortis Bond Taiwan	Luxemburg		
1074	BOB Development SRL	Bukarest		
1075	BOC Real Property SRL	Bukarest		
1076	Bolsena Holding GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
1077	Bridge No.1 Pty Limited	Sydney		
1078	Canadian Asset Acquisition Trust 2	Toronto	5	
1079	Canal New Orleans Holdings LLC	Dover		
1080	Canal New Orleans Hotel LLC	Wilmington		
1081	Canal New Orleans Mezz LLC	Dover		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1082	Castlebay Asia Flexible Fund SICAV-FIS - Taiwan Bond Fund	Luxembourg		
1083	Cathay Capital (Labuan) Company Limited	Labuan		
1084	Cathay Capital Company Limited	Port Louis		9,5
1085	Cathay Strategic Investment Company Limited	Hongkong		
1086	Cathay Strategic Investment Company No. 2 Limited	Georgetown		
1087	Cayman Reference Fund Holdings Limited	Georgetown		
1088	Cepangie Limited	Dublin		
1089	Charitable Luxembourg Four S.à r.l.	Luxembourg		
1090	Charitable Luxembourg Three S.à r.l.	Luxembourg		
1091	Charitable Luxembourg Two S.à r.l.	Luxembourg		
1092	CIBI Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1093	CIG (Jersey) Limited	St. Helier		
1094	City Leasing (Donside) Limited	London		100,0
1095	City Leasing (Fleetside) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
1096	City Leasing (Severnside) Limited	London		100,0
1097	City Leasing (Thameside) Limited	London		100,0
1098	City Leasing and Partners	London		100,0
1099	City Leasing Limited	London		100,0
1100	CLASS Limited	St. Helier	5	
1101	Concept Fund Solutions Public Limited Company	Dublin	5	1,9
1102	Consumer Auto Receivables Finance Limited	Dublin		
1103	Coriolanus Limited	Dublin	5	
1104	COUNTS Trust Series 2007 - 3	Newark	5	
1105	Cranfield Aircraft Leasing Limited	Georgetown		
1106	Crystal CLO, Ltd.	Georgetown		
1107	Custom Leasing Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
1108	DAGOBA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1109	DAINA Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		
1110	Dariconic Limited	Dublin		
1111	DARKU Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1112	DARUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1113	Dawn-BV II LLC	Wilmington		100,0
1114	Dawn-BV LLC	Wilmington		100,0
1115	Dawn-BV-Helios LLC	Wilmington		100,0
1116	Dawn-G II LLC	Wilmington		100,0
1117	Dawn-G LLC	Wilmington		100,0
1118	Dawn-G-Helios LLC	Wilmington		100,0
1119	DB Aircraft Leasing Master Trust	Wilmington	2	0,0
1120	DB Aircraft Leasing Master Trust II	Wilmington	2	0,0
1121	DB Alternative Strategies Limited	Georgetown		100,0
1122	DB Apex (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1123	DB Apex Finance Limited	St. Julians		100,0
1124	DB Apex Management Capital S.C.S.	Luxemburg		100,0
1125	DB Apex Management Income S.C.S.	Luxemburg		100,0
1126	DB Apex Management Limited	Georgetown		100,0
1127	DB Asia Pacific Holdings Limited	Georgetown		100,0
1128	DB Aster II, LLC	Wilmington		100,0
1129	DB Aster III, LLC	Wilmington		100,0
1130	DB Aster, Inc.	Wilmington		100,0
1131	DB Aster, LLC	Wilmington		100,0
1132	DB Bagheera, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1133	DB Capital Investments, L.P.	Wilmington		100,0
1134	DB Clyde, LLC	Wilmington		100,0
1135	DB Covered Bond S.r.l.	Conegliano		90,0
1136	DB Dawn, Inc.	Wilmington		100,0
1137	db ETC II plc	St. Helier	5	
1138	db ETC Index plc	St. Helier	5	
1139	db ETC plc	St. Helier	5	
1140	DB GIF GmbH & Co. KG	Köln		100,0
1141	DB Global Masters Multi-Strategy Trust	Georgetown		100,0
1142	DB Global Masters Trust	Georgetown	5	

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1143	DB Immobilienfonds 1 Wieland KG	Frankfurt		
1144	DB Immobilienfonds 4 GmbH & Co. KG	Frankfurt		0,2
1145	DB Immobilienfonds 5 Wieland KG	Frankfurt		
1146	DB Impact Investment (GP) Limited	London		100,0
1147	DB Jasmine Holdings Limited	London		100,0
1148	DB Litigation Fee LLC	Wilmington		100,0
1149	DB Platinum	Luxemburg	5	7,6
1150	DB Platinum II	Luxemburg	5	2,6
1151	DB Platinum IV	Luxemburg	5	6,9
1152	DB Safe Harbour Investment Projects Limited	London		100,0
1153	DB STG Lux 1 S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1154	DB STG Lux 2 S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1155	DB STG Lux 3 S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1156	DB STG Lux 4 S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1157	DB Sylvester Funding Limited	Georgetown		100,0
1158	db x-trackers	Luxemburg	5	3,2
1159	db x-trackers (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
1160	db x-trackers Holdings (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
1161	db x-trackers II	Luxemburg	5	11,4
1162	dblInvestor Solutions Public Limited Company	Dublin	5	
1163	DBVP Europe GP (Jersey) Limited	St. Helier		20,0
1164	De Heng Asset Management Company Limited	Peking		
1165	Deco 17 - Pan Europe 7 Limited	Dublin		
1166	Deutsche Alt-A Securities Mortgage Loan Trust, Series 2007-3	Wilmington		
1167	Deutsche Alt-A Securities Mortgage Loan Trust, Series 2007-OA5	Wilmington		
1168	Deutsche Bank Capital Finance LLC I	Wilmington		100,0
1169	Deutsche Bank Capital Finance Trust I	Wilmington	2	0,0
1170	Deutsche Bank Capital Funding LLC I	Wilmington		100,0
1171	Deutsche Bank Capital Funding LLC IV	Wilmington		100,0
1172	Deutsche Bank Capital Funding LLC IX	Wilmington		100,0
1173	Deutsche Bank Capital Funding LLC V	Wilmington		100,0
1174	Deutsche Bank Capital Funding LLC VI	Wilmington		100,0
1175	Deutsche Bank Capital Funding LLC VII	Wilmington		100,0
1176	Deutsche Bank Capital Funding LLC VIII	Wilmington		100,0
1177	Deutsche Bank Capital Funding LLC X	Wilmington		100,0
1178	Deutsche Bank Capital Funding LLC XI	Wilmington		100,0
1179	Deutsche Bank Capital Funding Trust I	Newark	2	0,0
1180	Deutsche Bank Capital Funding Trust IV	Wilmington	2	0,0
1181	Deutsche Bank Capital Funding Trust IX	Wilmington	2	0,0
1182	Deutsche Bank Capital Funding Trust V	Wilmington	2	0,0
1183	Deutsche Bank Capital Funding Trust VI	Wilmington	2	0,0
1184	Deutsche Bank Capital Funding Trust VII	Wilmington	2	0,0
1185	Deutsche Bank Capital Funding Trust VIII	Wilmington	2	0,0
1186	Deutsche Bank Capital Funding Trust X	Wilmington	2	0,0
1187	Deutsche Bank Capital Funding Trust XI	Wilmington	2	0,0
1188	Deutsche Bank Capital LLC I	Wilmington		100,0
1189	Deutsche Bank Capital LLC II	Wilmington		100,0
1190	Deutsche Bank Capital LLC III	Wilmington		100,0
1191	Deutsche Bank Capital LLC IV	Wilmington		100,0
1192	Deutsche Bank Capital LLC V	Wilmington		100,0
1193	Deutsche Bank Capital Trust I	Newark	2	0,0
1194	Deutsche Bank Capital Trust II	Newark	2	0,0
1195	Deutsche Bank Capital Trust III	Newark	2	0,0
1196	Deutsche Bank Capital Trust IV	Newark	2	0,0
1197	Deutsche Bank Capital Trust V	Newark	2	0,0
1198	Deutsche Bank Contingent Capital LLC I	Wilmington		100,0
1199	Deutsche Bank Contingent Capital LLC II	Wilmington		100,0
1200	Deutsche Bank Contingent Capital LLC III	Wilmington		100,0
1201	Deutsche Bank Contingent Capital LLC IV	Wilmington		100,0
1202	Deutsche Bank Contingent Capital LLC V	Wilmington		100,0
1203	Deutsche Bank Contingent Capital Trust I	Wilmington	2	0,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1204	Deutsche Bank Contingent Capital Trust II	Wilmington	2	0,0
1205	Deutsche Bank Contingent Capital Trust III	Wilmington	2	0,0
1206	Deutsche Bank Contingent Capital Trust IV	Wilmington	2	0,0
1207	Deutsche Bank Contingent Capital Trust V	Wilmington	2	0,0
1208	Deutsche Bank Luxembourg S.A. - Fiduciary Note Programme	Luxemburg	5	
1209	Deutsche Bank SPEARS/LIFERs Trusts (DB Series)	Wilmington	6	
1210	Deutsche Colombia S.A.	Bogotá		100,0
1211	Deutsche GUO Mao Investments (Netherlands) B.V.	Amsterdam		100,0
1212	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Re-Remic Trust Certificates, Series 2007-RS1	New York		
1213	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Re-Remic Trust Certificates, Series 2007-RS3	New York		
1214	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Re-Remic Trust Certificates, Series 2007-RS4	New York		
1215	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Re-Remic Trust Certificates, Series 2007-RS5	New York		
1216	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Re-Remic Trust Certificates, Series 2007-RS6	New York		
1217	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Re-Remic Trust Certificates, Series 2007-RS7	New York		
1218	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2009-RS4	Santa Ana		
1219	Deutsche OBU Pty Limited	Sydney		100,0
1220	Deutsche Postbank Funding LLC I	Wilmington		100,0
1221	Deutsche Postbank Funding LLC II	Wilmington		100,0
1222	Deutsche Postbank Funding LLC III	Wilmington		100,0
1223	Deutsche Postbank Funding LLC IV	Wilmington		100,0
1224	Deutsche Postbank Funding Trust I	Wilmington		100,0
1225	Deutsche Postbank Funding Trust II	Wilmington		100,0
1226	Deutsche Postbank Funding Trust III	Wilmington		100,0
1227	Deutsche Postbank Funding Trust IV	Wilmington		100,0
1228	DIL Beteiligungs-Stiftung	Düsseldorf		
1229	DIL Europa-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		100,0
1230	DIL Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1231	DJ Williston Swaps LLC	Wilmington		100,0
1232	DONARUM Holding GmbH	Düsseldorf		50,0
1233	DREIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1234	DREIZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1235	DRITTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1236	DRITTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1237	Dusk II, LLC	Wilmington		100,0
1238	Dusk LLC	Wilmington		100,0
1239	DWS Bond Flexible	Luxemburg		100,0
1240	DWS Institutional Money plus	Luxemburg		
1241	DWS Institutional USD Money plus	Luxemburg		
1242	DWS Mauritius Company	Port Louis		100,0
1243	Earls Eight Limited	Georgetown	5	
1244	EARLS Trading Limited	Georgetown		
1245	1221 East Denny Owner, LLC	Wilmington		
1246	EBEMUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		
1247	Edomizaka Tokutei Mokuteki Kaisha	Tokio		
1248	EGOM Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		
1249	EINATUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		10,0
1250	EINUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1251	Eirles One Limited	Dublin	5	
1252	Eirles Three Limited	Dublin	5	
1253	Eirles Two Limited	Dublin	5	
1254	ELC Logistik-Centrum Verwaltungs-GmbH	Erfurt		50,0
1255	ELFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1256	Elmo Funding GmbH	Eschborn		100,0
1257	Elmo Leasing Dreizehnte GmbH	Eschborn		100,0
1258	Elmo Leasing Elfte GmbH	Eschborn		100,0
1259	Elmo Leasing Vierzehnte GmbH	Eschborn		100,0
1260	Emerging Markets Capital Protected Investments Limited	Georgetown	5	
1261	Emeris	Georgetown		
1262	Equinox Credit Funding Public Limited Company	Dublin	5	
1263	Equipment Management Services LLC	Wilmington		100,0
1264	Erste Frankfurter Hoist GmbH	Frankfurt		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1265	Escoyla Limited	Dublin		
1266	ETFS Industrial Metal Securities Limited	St. Helier	5	
1267	Eurohome (Italy) Mortgages S.r.l.	Conegliano		
1268	Fandaro Limited	Dublin		
1269	FCT Foncred II	Paris		
1270	Film Asset Securitization Trust 2009-1	New York		
1271	Finaqua Limited	London		
1272	Fixed Income Flexible	Luxemburg		100,0
1273	Fortis Flexi IV - Bond Medium Term RMB	Luxemburg		100,0
1274	FÜNFTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1275	FÜNFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1276	FÜNFUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1277	FÜNFZEHNTYE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1278	G.O. III Luxembourg Oxford S.à r.l.	Luxemburg		
1279	GAC-HEL, Inc.	Wilmington		100,0
1280	GEM ERI Limited	Georgetown		
1281	Gemini Securitization Corp., LLC	Boston		
1282	Global Credit Reinsurance Limited	Hamilton	5	
1283	Global Opportunities Co-Investment Feeder, LLC	Wilmington		
1284	Global Opportunities Co-Investment, LLC	Wilmington		
1285	GMS Global Investment Strategy II Fund	Frankfurt		100,0
1286	Goldman Sachs Multi-Strategy Portfolio X, Ltd.	Georgetown		
1287	Gottex ABI II Fund Limited	Georgetown		
1288	GWC-GAC Corp.	Wilmington		100,0
1289	H21 Absolute Return Portfolios SPC - Class ARP-A00-10150	Georgetown		
1290	Hamildak Limited	Dublin		
1291	Harbour Finance Limited	Dublin		
1292	Herodotus Limited	Georgetown	2	0,0
1293	HESTÄ Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Frankfurt KG	Düsseldorf		
1294	Hotel Majestic LLC	Wilmington		100,0
1295	Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp GmbH & Co. Objekt Altlandsberg KG	Düsseldorf		
1296	Infrastructure Holdings (Cayman) SPC	Georgetown		
1297	Investors Cash Trust	Boston	5	
1298	iShares Global Government AAA-AA Capped Bond ETF	Dublin		88,5
1299	IVAF (Jersey) Limited	St. Helier		
1300	Japan Core Asset 3 Yugen Kaisha	Tokio		
1301	Japan Core Asset 7 Yugen Kaisha	Tokio		
1302	Japan Core Asset 8 Yugen Kaisha	Tokio		
1303	JWB Leasing Limited Partnership	London		100,0
1304	Kelsey Street LLC	Wilmington		100,0
1305	Kelvivo Limited	Dublin		
1306	Kingfisher (Ontario) LP	Toronto		100,0
1307	Kingfisher Canada Holdings LLC	Wilmington		100,0
1308	Kingfisher Holdings I (Nova Scotia) ULC	Halifax		100,0
1309	Kingfisher Holdings II (Nova Scotia) ULC	Halifax		100,0
1310	Kingfisher Holdings LLC	Wilmington		100,0
1311	KOMPASS 3 Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1312	KOMPASS 3 Erste Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Euro KG	Düsseldorf		96,1
1313	KOMPASS 3 Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. USD KG	Düsseldorf		96,9
1314	La Fayette Dedicated Basket Ltd.	Road Town		
1315	Labuan (Cranfield) Aircraft Leasing Limited	Labuan		
1316	Lambourn Spółka z ograniczoną odpowiedzialnością (w likwidacji)	Warschau		100,0
1317	LARS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hagen KG	Düsseldorf		
1318	Legacy BCC Receivables, LLC	Wilmington		100,0
1319	Leo Consumo 1 S.r.l.	Conegliano		
1320	Leo Consumo 2 S.r.l.	Conegliano		70,0
1321	Leonardo Charitable 1 LLC	Wilmington		9,9
1322	London Industrial Leasing Limited	London		100,0
1323	Luscina Limited	Dublin		
1324	Maestrale Projects (Holding) S.A.	Luxemburg		49,7
1325	Maher 1210 Corbin LLC	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1326	Maher Chassis Management LLC	Wilmington		100,0
1327	Maher Terminals Holding Corp.	Toronto		100,0
1328	Maher Terminals LLC	Wilmington		100,0
1329	Maher Terminals Logistics Systems LLC	Wilmington		100,0
1330	Maher Terminals USA, LLC	Wilmington		100,0
1331	MAN Investments SAC Limited	Hamilton		
1332	Manta Acquisition LLC	Wilmington		100,0
1333	Manta Group LLC	Wilmington		100,0
1334	Maritime Indemnity Insurance Co. Ltd.	Hamilton		100,0
1335	Mars Investment Trust II	New York		100,0
1336	Mars Investment Trust III	New York		100,0
1337	Master Aggregation Trust	Wilmington		
1338	Maxima Alpha Bomaral Limited (in liquidation)	St. Helier		
1339	Mazuma Capital Funds Limited	Hamilton	5	
1340	Merlin I	Georgetown		
1341	Merlin II	Georgetown		
1342	Merlin XI	Georgetown		
1343	Micro-E Finance S.r.l.	Rom		
1344	MIRABILIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berching KG	Düsseldorf	5	
1345	MMCapS Funding XVIII Ltd. - Resecuritization Trust 2010-RS1	Wilmington		
1346	Montage Funding LLC	Dover		
1347	Monterey Funding LLC	Wilmington		
1348	Moon Leasing Limited	London		100,0
1349	Motion Picture Productions One GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
1350	MPP Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1351	NBG Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1352	NCW Holding Inc.	Vancouver		100,0
1353	NeoAnemos S.r.l.	Mailand		
1354	Netron Investment SRL	Bukarest		
1355	NEUNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1356	NEUNZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1357	Newport Funding Corp.	Charlotte		
1358	Nexus Infrastruktur Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1359	Nineco Leasing Limited	London		100,0
1360	NOFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1361	North Las Vegas Property LLC	Wilmington		100,0
1362	Norvadano Limited	Dublin		
1363	Novelties Distribution LLC	Wilmington		100,0
1364	Oasis Securitisation S.r.l.	Conegliano	2	0,0
1365	Odin Mortgages Limited	London		
1366	Okanagan Funding Trust	Toronto		
1367	Oona Solutions, Fonds Commun de Placement	Luxemburg	5	
1368	OPAL	Luxemburg	5	
1369	Operadora de Buenos Aires S.R.L.	Buenos Aires		100,0
1370	OPPENHEIM Portfolio Advisors VI GmbH & Co. KG	Köln		100,0
1371	Oran Limited	Georgetown		
1372	Owner Trust MSN 199	Salt Lake City		
1373	Owner Trust MSN 23336	Salt Lake City		
1374	Owner Trust MSN 23337	Salt Lake City		
1375	Owner Trust MSN 23338	Salt Lake City		
1376	Owner Trust MSN 23344	Salt Lake City		
1377	Owner Trust MSN 240	Salt Lake City		
1378	Owner Trust MSN 241	Salt Lake City		
1379	Owner Trust MSN 24452	Salt Lake City		
1380	Owner Trust MSN 24453	Salt Lake City		
1381	Owner Trust MSN 24788	Salt Lake City		
1382	Owner Trust MSN 25259	Salt Lake City		
1383	Owner Trust MSN 25884	Salt Lake City		
1384	Owner Trust MSN 264	Salt Lake City		
1385	Owner Trust MSN 27833	Salt Lake City		
1386	Owner Trust MSN 87	Salt Lake City		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1387	Owner Trust MSN 88	Salt Lake City		
1388	Oystermouth Holding Limited	Nikosia		
1389	PADEM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1390	PADOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1391	PAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1392	PALDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1393	Palladium Securities 1 S.A.	Luxemburg	5	
1394	PALLO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1395	PALLO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Seniorenresidenzen KG	Düsseldorf		
1396	PanAsia Funds Investments Ltd.	Georgetown	5	
1397	PANIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1398	PANTUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1399	PARTS Funding, LLC	Wilmington		100,0
1400	PARTS Student Loan Trust 2007-CT1	Wilmington		100,0
1401	PARTS Student Loan Trust 2007-CT2	Wilmington		100,0
1402	PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1403	PEDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1404	PEDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Briloner KG	Düsseldorf		
1405	PEDUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1406	PENDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1407	PENTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1408	PENTUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1409	PERGOS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1410	PERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1411	PERLIT Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1412	PERLU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1413	PERNIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1414	Pertwee Leasing Limited Partnership	London		100,0
1415	Peruda Leasing Limited	London		100,0
1416	Perus 1 S.à r.l.	Luxemburg		
1417	Perus 2 S.à r.l.	Luxemburg		
1418	Perus Investments S.à r.l.	Luxemburg		
1419	PERXIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1420	PETA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1421	Phoebus Leasing Limited	Georgetown		100,0
1422	Picture Financial Funding (No.2) Limited	Newport		
1423	Picture Financial Jersey (No.2) Limited	St. Helier		
1424	Picture Home Loans (No.2) Limited	London		
1425	PONTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1426	Port Elizabeth Holdings LLC	Wilmington		100,0
1427	PRADUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1428	PRASEM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1429	PRATES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1430	Prince Rupert Luxembourg S.à r.l.	Senningerberg		100,0
1431	PRISON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1432	Private Equity Invest Beteiligungs GmbH	Düsseldorf		50,0
1433	Private Equity Life Sciences Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1434	PROVIDE Domicile 2009-1 GmbH	Frankfurt		
1435	PTL Fleet Sales, Inc.	Wilmington		100,0
1436	PUDU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1437	PUKU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1438	PURIM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1439	PURIM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Burscheid KG	Düsseldorf		
1440	QUANTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1441	Quartz No. 1 S.A.	Luxemburg	2	0,0
1442	QUELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1443	QUOTAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1444	R/H Hawthorne Plaza Associates, LLC	Wilmington		
1445	Reference Capital Investments Limited	London		100,0
1446	Regal Limited	Georgetown	5	
1447	REO Properties Corporation	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1448	REO Properties Corporation II	Wilmington	2	0,0
1449	Residential Mortgage Funding Trust	Toronto		
1450	Rhein - Main Securitisation Limited	St. Helier		
1451	Rhein-Main No. 12 Limited	St. Helier		
1452	Rheingold No.14 (Jersey) Limited	St. Helier		
1453	Rheingold Securitisation Limited	St. Helier		
1454	RHOEN 2008-1 GmbH	Frankfurt		
1455	Riverside Funding LLC	Dover		
1456	RM Ayr Delaware LLC	Dover		
1457	RM Ayr Limited	Dublin		
1458	RM Chestnut Delaware LLC	Dover		
1459	RM Chestnut Limited	Dublin		
1460	RM Delaware Multi-Asset LLC	Wilmington		
1461	RM Fife Delaware LLC	Dover		
1462	RM Fife Limited	Dublin		
1463	RM Multi-Asset Limited	Dublin		
1464	RM Sussex Delaware LLC	Dover		
1465	RM Sussex Limited	Dublin		
1466	RM Triple-A Limited	Dublin		
1467	Route 28 Titling Trust	Wilmington		
1468	RREEF G.O. III Luxembourg One S.à r.l.	Luxemburg		
1469	RREEF G.O. III Malta Limited	Valletta		
1470	RREEF Global Opportunities Fund III, LLC	Wilmington		
1471	RREEF GO III Mauritius One Limited	Port Louis		
1472	RREEF GO III Mauritius Two Limited	Port Louis		
1473	RREEF North American Infrastructure Fund A, L.P.	Wilmington		99,9
1474	RREEF North American Infrastructure Fund B, L.P.	Wilmington		99,9
1475	Russell Australian Government Bond ETF	Sydney		84,7
1476	SABIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1477	SABRE Securitisation Limited	Sydney		
1478	SALIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1479	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1480	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Brandenburg KG	Düsseldorf		
1481	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG	Düsseldorf		58,5
1482	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Schwarzeide KG	Düsseldorf		
1483	SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1484	SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nürnberg KG	Düsseldorf		
1485	SANDIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1486	SANDIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hafen KG	Düsseldorf		
1487	SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1488	Saratoga Funding Corp., LLC	Wilmington		
1489	SARIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1490	SATINA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1491	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1492	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Datteln KG	Düsseldorf		
1493	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Eisenach KG	Düsseldorf	5	
1494	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Iserlohn KG i.L.	Düsseldorf		
1495	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Osnabrück KG	Düsseldorf		
1496	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Siekmann KG	Düsseldorf		
1497	SCHEDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1498	Schiffsbetriebsgesellschaft FINNA mbH	Hamburg		100,0
1499	Schiffsbetriebsgesellschaft GRIMA mbH	Hamburg		100,0
1500	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1501	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1502	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kleine Alexanderstraße KG	Düsseldorf		95,0
1503	SECHSTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1504	SECHSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1505	SECHSUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1506	SECHZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1507	SEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1508	Sedona Capital Funding Corp., LLC	Charlotte		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1509	SEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1510	SEGU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1511	SELEKTA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1512	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1513	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle II KG i.L.	Düsseldorf		100,0
1514	SERICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1515	SERICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Frankfurt KG	Düsseldorf		
1516	SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1517	SIEBENUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1518	SIEBTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1519	SIEBZEHNT PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1520	SIFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1521	SILANUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1522	SILANUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bonn KG	Düsseldorf		
1523	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1524	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rostock und Leipzig KG	Düsseldorf		
1525	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH Objekt Eduard Dyckerhoff OHG	Düsseldorf		
1526	SILIGO Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1527	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1528	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Markdorf KG	Düsseldorf		
1529	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Tübingen KG	Düsseldorf		
1530	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Uhingen KG	Düsseldorf		
1531	SIMILA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1532	Singer Island Tower Suite LLC	Wilmington		100,0
1533	SIRES-STAR Limited	Georgetown	5	
1534	Sixco Leasing Limited	London		100,0
1535	SMART SME CLO 2006-1, Ltd.	Georgetown		
1536	SOLATOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1537	SOLIDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1538	SOLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1539	SOLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1540	SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1541	SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heidelberg KG i.L.	Düsseldorf		
1542	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1543	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hutschenerreuther KG	Düsseldorf		
1544	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lüdenscheid KG	Düsseldorf		
1545	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Mainz KG i.L.	Düsseldorf		
1546	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1547	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte Prima KG	Düsseldorf	5	
1548	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte Sekunda KG	Düsseldorf	5	
1549	SPAN No. 5 Pty Limited	Sydney		
1550	SPESSART 2009-1 GmbH i.L.	Frankfurt		
1551	SPINO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1552	SPLENDOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1553	SS Aggregation Trust	Wilmington		
1554	STABLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1555	STAGIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1556	STATOR Heizkraftwerk (Oder) Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		100,0
1557	Stewart-Denny Holdings, LLC	Wilmington		
1558	Stichting Perus Investments	Amsterdam		
1559	Strategic Global Opportunities Limited - Class A Main USD	Nassau		
1560	STTN, Inc.	Wilmington		100,0
1561	STUPA Heizwerk Frankfurt (Oder) Nord Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		100,0
1562	SUBLICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1563	SUBU Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1564	SULPUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1565	Sunrise Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1566	SUPERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1567	SUPERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Speyer KG	Düsseldorf		
1568	SUPLION Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1569	Survey Solutions B.V.	Amsterdam		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1570	Survey Trust	Wilmington		
1571	SUSA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1572	SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1573	SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Cottbus KG	Düsseldorf		
1574	Swabia 1 Limited	Dublin		
1575	Swabia 1. Vermögensbesitz-GmbH	Frankfurt		100,0
1576	Sylvester (2001) Limited	Georgetown		100,0
1577	TABA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1578	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1579	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hameln KG	Düsseldorf		
1580	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nordsternpark KG	Düsseldorf		
1581	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Osnabrück KG	Düsseldorf		
1582	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Ulm KG i.L.	Düsseldorf		
1583	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Wendelstein KG i.L.	Düsseldorf		
1584	TAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1585	Tagus - Sociedade de Titularização de Creditos, S.A.	Lissabon		100,0
1586	TAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1587	TAKIR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1588	TARES Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		100,0
1589	TEBA Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		100,0
1590	TEBOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1591	TEMATIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		100,0
1592	TERGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		100,0
1593	TERRUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1594	TERRUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bernbach KG	Düsseldorf	2	0,0
1595	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1596	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle I KG	Düsseldorf		100,0
1597	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nordhausen I KG	Düsseldorf		100,0
1598	Thaumat Holdings Limited	Nikosia		
1599	The CAP Accumulation Trust	Wilmington		
1600	The CIG Trust	St. Helier		
1601	The GII Accumulation Trust	Wilmington		
1602	The Glanmore Property Euro Fund Limited	St. Peter Port		
1603	The GPR Accumulation Trust	Wilmington		
1604	The Life Accumulation Trust	Wilmington		
1605	The Life Accumulation Trust II	Wilmington		
1606	The Life Accumulation Trust III	Wilmington		
1607	The Life Accumulation Trust IV	Wilmington		
1608	The Life Accumulation Trust IX	Wilmington		
1609	The Life Accumulation Trust V	Wilmington		
1610	The Life Accumulation Trust VIII	Wilmington		
1611	The Life Accumulation Trust X	Wilmington		
1612	The Life Accumulation Trust XI	Wilmington		
1613	The Life Accumulation Trust XII	Wilmington		
1614	The PEB Accumulation Trust	Wilmington		
1615	The SLA Accumulation Trust	Wilmington		
1616	Tilney Group Limited Employee Incentive Trust	St. Peter Port		
1617	Tintin II SPC	Georgetown		
1618	Tintin III SPC	Georgetown		
1619	Tokutei Mokuteki Kaisha CREP Investment V	Tokio	2	0,0
1620	TONGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1621	TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1622	TRAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1623	TREMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin		50,0
1624	TRENTO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1625	TRINTO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1626	TRIPLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1627	TRS 1 LLC	Wilmington		100,0
1628	TRS Aria LLC	Wilmington		100,0
1629	TRS Babson I LLC	Wilmington		100,0
1630	TRS Bluebay LLC	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1631	TRS Bruin LLC	Wilmington		100,0
1632	TRS Callisto LLC	Wilmington		100,0
1633	TRS Camulos LLC	Wilmington		100,0
1634	TRS Cypress LLC	Wilmington		100,0
1635	TRS DB OH CC Fund Financing LLC	Wilmington		100,0
1636	TRS Eclipse LLC	Wilmington		100,0
1637	TRS Elara LLC	Wilmington		100,0
1638	TRS Elgin LLC	Wilmington		100,0
1639	TRS Elm LLC	Wilmington		100,0
1640	TRS Feingold O'Keeffe LLC	Wilmington		100,0
1641	TRS Fore LLC	Wilmington		100,0
1642	TRS Ganimede LLC	Wilmington		100,0
1643	TRS GSC Credit Strategies LLC	Wilmington		100,0
1644	TRS Haka LLC	Wilmington		100,0
1645	TRS HY FNDS LLC	Wilmington		100,0
1646	TRS Io LLC	Wilmington		100,0
1647	TRS Landsbanki Islands LLC	Wilmington		100,0
1648	TRS Leda LLC	Wilmington		100,0
1649	TRS Metis LLC	Wilmington		100,0
1650	TRS Plainfield LLC	Wilmington		100,0
1651	TRS Poplar LLC	Wilmington		100,0
1652	TRS Quogue LLC	Wilmington		100,0
1653	TRS Scorpio LLC	Wilmington		100,0
1654	TRS SeaCliff LLC	Wilmington		100,0
1655	TRS Stag LLC	Wilmington		100,0
1656	TRS Stark LLC	Wilmington		100,0
1657	TRS SVCO LLC	Wilmington		100,0
1658	TRS Sycamore LLC	Wilmington		100,0
1659	TRS Thebe LLC	Wilmington		100,0
1660	TRS Tupelo LLC	Wilmington		100,0
1661	TRS Venor LLC	Wilmington		100,0
1662	TRS Watermill LLC	Wilmington		100,0
1663	TUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1664	TUGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1665	TXH Trust	Wilmington		
1666	TYRAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1667	VARIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1668	VIERTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1669	VIERTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1670	VIERUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1671	VIERZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1672	Village Hospitality LLC	Wilmington		100,0
1673	Volga Investments Limited	Dublin		
1674	Warwick Lane Investments B.V.	London		25,0
1675	Wheatfield GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
1676	Winchester Street PLC	London	5	
1677	Wohnungs-Verwaltungsgesellschaft Moers mbH	Düsseldorf		50,0
1678	Wohnungsgesellschaft HEDEMAG GmbH	Darmstadt		50,0
1679	XARUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1680	XELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1681	XENTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1682	XERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1683	XERIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1684	ZABATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1685	ZAKATUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1686	ZALLUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1687	Zamalik Limited	Dublin		
1688	ZANTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1689	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1690	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Leben II KG	Düsseldorf		97,5
1691	ZARGUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1692	ZEA Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0
1693	ZEDORA 3 GmbH & Co. KG	München		
1694	ZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1695	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1696	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Leben I KG	Düsseldorf		97,8
1697	ZENO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1698	ZEPTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1699	ZEREVIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1700	ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1701	ZIBE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1702	ZIDES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1703	ZIMBEL Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1704	ZINUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1705	ZIRAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1706	ZITON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1707	ZITRAL Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1708	ZITUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1709	ZONTUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1710	ZORUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1711	Zugspitze 2008-1 GmbH	Frankfurt		
1712	Zumirez Drive LLC	Wilmington		100,0
1713	ZURET Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1714	ZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1715	ZWEITE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1716	ZWEITE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1717	ZWEIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1718	ZWÖLFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1719	ZYLM Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1720	AcadiaSoft, Inc.	Wilmington		8,7
1721	Admiral Private Equity SL	Madrid		45,0
1722	Afinia Capital Group Limited	Hamilton		40,0
1723	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		28,8
1724	Argantis GmbH	Köln		50,0
1725	Argantis Private Equity GmbH & Co. KG	Köln		25,1
1726	Argantis Private Equity Gründer GmbH & Co. KG	Köln		39,2
1727	Arvoredo Investments Ltd.	Georgetown		47,1
1728	Atriax Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	Southend-on-Sea		25,0
1729	Baigo Capital Partners Fund 1 Parallel 1 GmbH & Co. KG	Bad Soden am Taunus		49,8
1730	BANKPOWER GmbH Personaldienstleistungen	Frankfurt		30,0
1731	BATS Global Markets, Inc.	Wilmington		6,7
1732	Bestra Gesellschaft für Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		49,0
1733	BFDB Tax Credit Fund 2011, Limited Partnership	New York	7	99,9
1734	BHS tabletop AG	Selb		28,9
1735	Biopsytec Holding AG i.L.	Berlin		40,5
1736	Bocaina, L.P.	Georgetown	7	53,3
1737	BrisConnections Holding Trust	Kedron		35,6
1738	BrisConnections Investment Trust	Kedron		35,6
1739	BVT-CAM Private Equity Beteiligungs GmbH	Grünwald		50,0
1740	BVT-CAM Private Equity Management & Beteiligungs GmbH	Grünwald		50,0
1741	Caherciveen Partners, LLC	Chicago		20,0
1742	Comfund Consulting Limited	Bangalore		30,0
1743	Craigs Investment Partners Limited	Tauranga		49,9
1744	Danube Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1745	DB Development Holdings Limited	Larnaka		49,0
1746	DB Funding (Gibraltar) Limited	Gibraltar	7	100,0
1747	DB Real Estate Global Opportunities IB (Offshore), L.P.	Camana Bay		34,6
1748	DBG Eastern Europe II Limited Partnership	St. Helier		25,9
1749	DD Konut Finansman A.S.	Sisli		49,0
1750	Deutsche Börse Commodities GmbH	Eschborn		16,2
1751	Deutsche Financial Capital I Corp.	Greensboro		50,0
1752	Deutsche Financial Capital Limited Liability Company	Greensboro		50,0
1753	Deutsche Gulf Finance	Riad		40,0
1754	Deutsche Private Equity Fund	Sydney		8,0
1755	Deutsche Regis Partners Inc	Makati Stadt		49,0
1756	Deutsche TISCO Investment Advisory Company Limited	Bangkok		49,0
1757	Deutsche Zurich Pensiones Entidad Gestora de Fondos de Pensiones, S.A.	Barcelona		50,0
1758	Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft	Bonn		25,1
1759	DIL Internationale Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1760	DMG & Partners Securities Pte Ltd	Singapur		49,0
1761	Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH	Berlin		21,1
1762	DPG Deutsche Performancemessungs-Gesellschaft für Wertpapierportfolios mbH	Frankfurt		20,0
1763	Edmonton Holding Limited	Georgetown	8	0,0
1764	Elbe Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1765	EOL2 Holding B.V.	Amsterdam		45,0
1766	eolec	Issy-les-Moulineaux		33,3
1767	equiNotes Management GmbH	Düsseldorf		50,0
1768	Erica Società a Responsabilità Limitata	Mailand		40,0
1769	EVROENERGIAKI S.A.	Alexandroupolis		40,0
1770	FREUNDE DER EINTRACHT FRANKFURT Aktiengesellschaft	Frankfurt		30,8
1771	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG	Bad Homburg		40,7
1772	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG	Bad Homburg		30,6
1773	G.O. IB-SIV Feeder, L.L.C.	Wilmington		15,7
1774	Gemeng International Energy Group Company Limited	Taiyuan		9,0
1775	German Public Sector Finance B.V.	Amsterdam		50,0
1776	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Industrie- und Handelskammer/Rheinisch-Westfälische Börse	Düsseldorf		10,0
1777	Gesellschaft für Kreditsicherung mit beschränkter Haftung	Berlin		36,7
1778	GIPF-I Holding Corp.	Calgary		2,0
1779	giropay GmbH	Frankfurt		33,3
1780	Gordian Knot Limited	London		32,4

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1781	Graphite Resources (Knightsbridge) Limited	Newcastle upon Tyne		45,0
1782	Graphite Resources Holdings Limited	Newcastle upon Tyne	7	70,0
1783	Great Future International Limited	Road Town		43,0
1784	Grundstücksgesellschaft Leipzig Petersstraße GbR	Troisdorf		33,2
1785	Harvest Fund Management Company Limited	Schanghai		30,0
1786	Hua Xia Bank Company Limited	Peking		19,9
1787	Huamao Property Holdings Ltd.	Georgetown	8	0,0
1788	Huarong Rongde Asset Management Company Limited	Peking		40,7
1789	Hydro S.r.l.	Rom		45,0
1790	I.B.T. Lighting S.p.A.	Mailand		34,0
1791	iCON Infrastructure Management Limited	St. Peter Port	7	99,0
1792	iFast India Investments Pte. Ltd.	Singapur		49,0
1793	ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf		50,0
1794	Immobilienfonds Büro-Center Erfurt Am Flughafen Bindersleben II GbR	Troisdorf		50,0
1795	Inn Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1796	Interessengemeinschaft Frankfurter Kreditinstitute GmbH	Frankfurt		23,3
1797	Isar Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1798	ISWAP Limited	London		16,4
1799	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		20,0
1800	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien GmbH & Co. Kommanditgesellschaft	Düsseldorf		22,9
1801	Japan Value Added Fund One Limited	Tokio	8	0,0
1802	Jaya Holdings Limited	Singapur		20,6
1803	K & N Kenanga Holdings Bhd	Kuala Lumpur		13,8
1804	Kenanga Deutsche Futures Sdn Bhd	Kuala Lumpur		27,0
1805	KeyNeurotek Pharmaceuticals AG i.i.	Magdeburg		29,0
1806	Kinnell Leasing Company	London		35,0
1807	KölnArena Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		20,8
1808	Lion Indian Real Estate Fund L.P.	Georgetown	8	0,0
1809	Lion Residential Holdings S.à r.l.	Luxemburg		17,4
1810	London Dry Bulk Limited	London		49,0
1811	Main Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1812	Marblegate Special Opportunities Master Fund, L.P.	Georgetown		30,6
1813	Markit Group Holdings Limited	London		7,2
1814	MergeOptics GmbH i.l.	Berlin		24,3
1815	MidOcean (Europe) 2000-A LP	St. Helier		19,9
1816	MidOcean (Europe) 2003 LP	St. Helier		20,0
1817	MidOcean Partners, LP	New York		20,0
1818	Millennium Marine Rail, L.L.C.	Elizabeth		50,0
1819	Nexus II LLC	Wilmington		11,9
1820	North Coast Wind Energy Corp.	Vancouver	7	96,7
1821	Oder Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1822	Omnium Leasing Company	London		7,1
1823	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Holding GmbH & Co. KG	Köln		0,4
1824	Otto Lilienthal Fünfe GmbH & Co. KG	München		19,6
1825	P.F.A.B. Passage Frankfurter Allee Betriebsgesellschaft mbH	Berlin		22,2
1826	Pago e Transaction Services GmbH	Köln		50,0
1827	Parkhaus an der Börse GbR	Köln		37,7
1828	PERILLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1829	Pilgrim America High Income Investments Ltd.	Georgetown		14,9
1830	Plenary Group (Canada) Limited	Vancouver		20,0
1831	Plenary Group Pty. Ltd.	Melbourne		18,0
1832	Plenary Group Unit Trust	Melbourne		11,1
1833	Powerlase Limited (in members' voluntary liquidation)	Hove		24,8
1834	Private Capital Portfolio L.P.	London		38,2
1835	PT. Deutsche Verdhana Indonesia	Jakarta		40,0
1836	PX Holdings Limited	Stockton on Tees		42,4
1837	QPL Lux, S.à r.l.	Luxemburg		6,0
1838	Raymond James New York Housing Opportunities Fund I-A L.L.C.	New York		33,0
1839	Raymond James New York Housing Opportunities Fund I-B L.L.C.	New York		33,3
1840	Relax Holding S.à r.l.	Luxemburg		20,0
1841	REON - Park Wiatrowy I Sp. z o.o.	Warschau		50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1842	REON-Park Wiatrowy II Sp. z o.o.	Warschau		50,0
1843	REON-Park Wiatrowy IV Sp. z o.o.	Warschau		50,0
1844	Rhine Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1845	Roc Capital Group, LLC	Wilmington		8,5
1846	Roc Capital Management, L.P.	Wilmington		8,5
1847	Rosen Consulting Group, LLC	Wilmington		40,0
1848	RPWire LLC	Wilmington		33,3
1849	S/D Partnership	Johannesburg	8	0,0
1850	Sakaras Holding Limited	Birkirkara	8	0,0
1851	Schiffahrts UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG MS „DYCKBURG“	Hamburg		41,3
1852	Schiffahrtsgesellschaft MS „Simon Braren“ GmbH & Co KG	Kollmar		26,6
1853	Shufeng Catering & Hotel Management Co., Ltd.	Peking		6,4
1854	Spin Holdco Inc.	Wilmington		35,0
1855	SRC Security Research & Consulting GmbH	Bonn		22,5
1856	Starpool Finanz GmbH	Berlin		50,0
1857	Station Holdco LLC	Wilmington		25,0
1858	SunAmerica Affordable Housing Partners 47	Los Angeles		10,3
1859	Teesside Gas Transportation Limited	London		45,0
1860	The Glannmore Property Fund Limited	St. Peter Port	8	0,0
1861	The Portal Alliance LLC	Wilmington		10,0
1862	The Topiary Fund II Public Limited Company	Dublin		4,1
1863	The Topiary Select Equity Trust	Georgetown	7	56,3
1864	THG Beteiligungsverwaltung GmbH	Hamburg		50,0
1865	TLDB Partners Limited	Tokio		50,0
1866	TradeWeb Markets LLC	Wilmington		5,5
1867	Trave Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1868	Triton Beteiligungs GmbH	Frankfurt		33,1
1869	Turquoise Global Holdings Limited	London		7,1
1870	U.S.A. ITCF XCI L.P.	New York	7	99,9
1871	VCM / BHF Initiatoren GmbH & Co. Beteiligungs KG	München		48,8
1872	VCM Shott Private Equity Advisors, LLC	Wilmington		50,0
1873	VCM VII European Mid-Market Buyout GmbH & Co. KG	Köln		28,8
1874	Verwaltung ABL Immobilienbeteiligungsgesellschaft mbH	Hamburg		50,0
1875	Volbroker.com Limited	London		23,8
1876	Weser Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1877	WestLB Venture Capital Management GmbH & Co. KG	Köln		50,0
1878	Wilson HTM Investment Group Ltd	Brisbane		19,8
1879	WohnBauEntwicklungsgesellschaft München-Haidhausen mbH & Co. KG i.L.	Eschborn		33,3
1880	WohnBauEntwicklungsgesellschaft München-Haidhausen Verwaltungs-mbH i.L.	Eschborn		33,3
1881	Xchanging etb GmbH	Frankfurt		49,0
1882	zeitinvest-Service GmbH	Frankfurt		25,0
1883	Zhong De Securities Co., Ltd	Peking		33,3
1884	ZINDUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1885	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0
1886	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Patente I KG	Schönefeld		20,4

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1887	AFFIRMATUM Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	9	50,0
1888	Banks Island General Partner Inc.	Toronto	9	50,0
1889	Belzen Pty. Limited	Sydney	10	100,0
1890	Benefit Trust GmbH	Lützen-Gostau	10	100,0
1891	BLI Internationale Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	32,0
1892	Blue Ridge Trust	Wilmington	9	26,7
1893	Cabarez S.A.	Luxemburg	10	95,0
1894	CANDOR Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kommanditgesellschaft i.L.	Düsseldorf	11	34,4
1895	City Leasing (Avonside) Limited (in members' voluntary liquidation)	London	10	100,0
1896	City Leasing (Clydeside) Limited (in members' voluntary liquidation)	London	10	100,0
1897	City Leasing (Medwayside) Limited (in members' voluntary liquidation)	London	10	100,0
1898	City Leasing (Wearside) Limited (in members' voluntary liquidation)	London	10	100,0
1899	City Leasing and Partners Limited (in members' voluntary liquidation)	London	10	100,0
1900	DB (Barbados) SRL	Christ Church	10	100,0
1901	DB (Gibraltar) Holdings No. 2 Limited	Gibraltar	10	100,0
1902	DB Advisors SICAV	Luxemburg	10	100,0
1903	DB Lindsell Limited	Gibraltar	10	100,0
1904	DB Petri LLC	Wilmington	10	100,0
1905	DBR Investments Co. Limited	Georgetown	10	100,0
1906	Deutsche Aviation Leasing Limited (in members' voluntary liquidation)	London	10	100,0
1907	Deutsche River Investment Management Company S.à r.l.	Luxemburg	9	49,0
1908	Deutz-Mülheim Grundstücksgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	40,2
1909	Dogan Gazetecilik A.S.	Istanbul	12	22,0
1910	EQR-Mantena, LLC	Wilmington	10	100,0
1911	European Private Equity Portfolio (PE-EU) GmbH & Co. KG	Köln	13	20,4
1912	Global Salamina, S.L.	Madrid	11	30,0
1913	Goldman Sachs Multi-Strategy Portfolio XI, LLC	Wilmington	11	33,8
1914	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI GbR	Troisdorf	11	44,9
1915	Grundstücksvermietungsgesellschaft Wilhelmstr. mbH	Düsseldorf	10	100,0
1916	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Tankstelle Troisdorf Spich GbR	Troisdorf	14	33,0
1917	Guggenheim Concinnity Strategy Fund LP	Wilmington	14	21,7
1918	HealthCap 1999 GbR	Berlin	13	41,5
1919	HQ Limited Partnership	Tokio	9	37,5
1920	Immobilien-Vermietungsgesellschaft Schumacher GmbH & Co. Objekt Rolandufer KG	Berlin	9	20,5
1921	Intermodal Finance I Ltd.	Georgetown	9	49,0
1922	JG Japan Grundbesitzverwaltungsgesellschaft mbH i.L.	Eschborn	10	100,0
1923	Lindsell Finance Limited	Valletta	10	100,0
1924	Lion Global Infrastructure Fund Limited	St. Peter Port	9	50,0
1925	M Cap Finance Mittelstandsfonds GmbH & Co. KG	Frankfurt	13	99,7
1926	Manuseamento de Cargas - Manicargas, S.A.	Matosinhos	11	38,3
1927	Memax Pty. Limited	Sydney	10	100,0
1928	Merit Capital Advance, LLC	Wilmington	13	20,0
1929	Metro plus Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	40,0
1930	MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG	Grünwald	9	29,6
1931	Midsel Limited	London	10	100,0
1932	Mount Hope Community Center Fund, LLC	Wilmington	13	50,0
1933	Mountaintop Energy Holdings LLC	Wilmington	9	49,9
1934	Nortfol Pty. Limited	Sydney	10	100,0
1935	NV Profit Share Limited	Georgetown	9	42,9
1936	OPPENHEIM Buy Out GmbH & Co. KG	Köln	9	27,7
1937	RREEF Debt Investments Fund, L.P.	Wilmington	13	66,7
1938	RREEF Debt Investments Master Fund I, L.P.	Wilmington	13	100,0
1939	RREEF Debt Investments Master Fund II, L.P.	Wilmington	13	66,7
1940	RREEF Debt Investments Offshore I REIT	Baltimore	13	100,0
1941	RREEF Debt Investments Offshore II, L.P.	Georgetown	13	50,0
1942	Safron AMD Partners, L.P.	Georgetown	13	22,0
1943	Safron NetOne Partners, L.P.	Georgetown	13	21,7
1944	Schumacher Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln	9	33,2
1945	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heiligenstadt KG	Düsseldorf	10	71,1
1946	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kamenz KG	Düsseldorf	10	100,0
1947	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG	Düsseldorf	10	83,8

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1948	SOLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heizkraftwerk Halle KG i.L.	Halle/Saale	9	30,5
1949	SPhinX, Ltd. (in voluntary liquidation)	Georgetown	9	43,6
	SUBLICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Promohypermarkt Gelsenkirchen KG	Düsseldorf	9	48,7
1950				
1951	Sundial Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt	10	100,0
1952	The Debt Redemption Fund Limited	Georgetown	10	99,8
1953	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1954	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lager Nord KG	Düsseldorf	9	25,0
1955	Triton Fund III G L.P.	St. Helier	7	62,5
1956	Whitesmith Private Equity Investors, L.P.	Georgetown	13	33,3
1957	Willem S.A.	Luxemburg	10	95,0
1958	Zenwix Pty. Limited	Sydney	10	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1959	Abode Mortgage Holdings Corporation	Vancouver		8,5
1960	Abraaj Capital Holdings Limited	Georgetown		8,8
1961	Accunia A/S	Kopenhagen		9,9
1962	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH	Berlin		5,6
1963	Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH	Potsdam		8,5
1964	Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin		8,4
1965	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH	Dresden		6,3
1966	Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg		8,2
1967	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Kiel		5,6
1968	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt		8,7
1969	Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH	Hamburg		8,7
1970	ConCardis Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn		16,8
1971	EFG Eurobank Properties S.A.	Athen		5,8
1972	HYPOPORT AG	Berlin		9,7
1973	Ingenious Media Active Capital Limited	St. Peter Port		13,8
1974	IVG Institutional Funds GmbH	Frankfurt		6,0
1975	Liquiditäts-Konsortialbank Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		8,5
1976	NexPak Corporation	Wilmington		6,5
1977	NÜRNBERGER Beteiligungs-Aktiengesellschaft	Nürnberg		6,6
1978	OTCDeriv Limited	London		7,2
1979	Philipp Holzmann Aktiengesellschaft i.I.	Frankfurt		19,5
1980	Prader Bank S.p.A.	Bozen		9,0
1981	Private Export Funding Corporation	Wilmington		7,5
1982	Reorganized RFS Corporation	Wilmington		6,2
1983	Saarländische Investitionskreditbank Aktiengesellschaft	Saarbrücken		11,8
1984	4 SC AG	Planegg		5,6
1985	Società per il Mercato dei Titoli di Stato - Borsa Obbligazionaria Europea S.p.A.	Rom		5,0
1986	The Clearing House Association L.L.C.	Wilmington		5,6
1987	TORM A/S	Hellerup		6,2
1988	United Information Technology Co. Ltd.	Georgetown		12,2
1989	3W Power S.A.	Luxemburg		9,2
1990	Yensai.com Co., Ltd.	Tokio		7,1
1991	Yieldbroker Pty Limited	Sydney		16,7
1992	Yukon-Nevada Gold Corp.	Vancouver		12,2

03 -

Bestätigungen

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers – 461

Versicherung der gesetzlichen Vertreter – 463

Bericht des Aufsichtsrats – 464

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Vermerk zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der Deutsche Bank Aktiengesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften – bestehend aus Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Anhangangaben für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012 – geprüft.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter der Deutsche Bank Aktiengesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung dieses Konzernabschlusses. Diese Verantwortung umfasst, dass dieser Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt aufgestellt wird und unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Konzernabschluss abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der Standards des Public Company Accounting Oversight Board (United States) durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist.

Eine Abschlussprüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die im Konzernabschluss enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsysteem, das relevant ist für die Aufstellung eines Konzernabschlusses, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsysteins des Konzerns abzugeben. Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden und der Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernabschlusses zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluß in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2012 sowie der Ertragslage für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr.

Vermerk zum Konzernlagebericht

Wir haben den beigefügten Konzernlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die gesetzlichen Vertreter der Deutsche Bank Aktiengesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB und unter Beachtung der für die Prüfung des Konzernlageberichts vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach ist die Prüfung des Konzernlageberichts so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluß sowie mit den bei der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernlageberichts zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts gewonnenen Erkenntnisse steht der Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluß, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 11. April 2013

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dielechner
Wirtschaftsprüfer



Beier
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 12. März 2013



Jürgen Fitschen



Anshuman Jain



Stefan Krause



Stephan Leithner



Stuart Lewis



Rainer Neske



Henry Ritchotte

Bericht des Aufsichtsrats

Das wirtschaftliche Umfeld war im Jahr 2012 durch die anhaltenden Unsicherheiten aufgrund der hohen Staatsverschuldung in vielen Industrieländern und einer weltweiten Konjunkturverlangsamung geprägt. Die Zentralbanken haben jedoch Risiken auf den Finanzmärkten abgedeckt und dazu beigetragen, schwerwiegende Turbulenzen wie in den Vorjahren zu verhindern. Dies unterstützte Erwartungen, dass die globale Wirtschaftsentwicklung – nach einem schwachen Winterhalbjahr – im Verlauf von 2013 an Fahrt gewinnen sollte.

Deutschland hat das schwierige Umfeld im Jahr 2012 gut gemeistert, trotz Rezession in den südlichen Peripherieländern der Eurozone, einer spürbaren Wachstumsabschwächung in den Schwellenländern sowie der anhaltenden Verunsicherung durch die Schuldenkrise.

Für die Deutsche Bank war das abgelaufene Geschäftsjahr maßgeblich geprägt durch personelle Veränderungen in ihrer Führungsstruktur und eine damit einhergehende Anpassung ihres Geschäftsmodells. Unter der Führung ihrer neuen Co-Vorsitzenden des Vorstands, Herrn Fitschen und Herrn Jain, stellte die Bank im September 2012 ihre strategischen und finanziellen Ambitionen für das Jahr 2015 und die Folgejahre vor. Mit der Strategie 2015+ bekannte sich die Deutsche Bank zum bewährten Universalbankmodell, ihrem Heimatmarkt Deutschland und ihrer globalen Aufstellung. Weitere Aspekte sind die Notwendigkeit eines weiteren Risikoabbaus, des organischen Wachstums der Kapitalbasis und einer höheren operativen Leistungsfähigkeit. Auch hat sich die Deutsche Bank dazu bekannt, eine Vorreiterrolle bei dem kulturellen Wandel im Finanzdienstleistungssektor einzunehmen.

In diesem herausfordernden Umfeld hat die Deutsche Bank im abgelaufenen Jahr in ihren Kerngeschäftsfeldern operativ gute Ergebnisse erzielen können, die jedoch durch erhebliche Sonderbelastungen beeinträchtigt wurden. Die Bank hat ihre Tier-1-Kernkapitalquote bei voller Berücksichtigung der Basel 3-Kapitalvorschriften deutlich steigern können und einen weiteren Risikoabbau bei Nicht-Kern-Aktivitäten vorgenommen.

Aufgrund regulatorischer Vorgaben hat die weitere Stärkung der Kapitalbasis nach wie vor höchste Priorität für die Deutsche Bank. Dies haben wir auch bei unserem diesjährigen Dividendenvorschlag berücksichtigt. Wir danken dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für ihren großen persönlichen Einsatz.

Neben den Fragen zur strategischen Weiterentwicklung der Bank und deren Umsetzung, die wir ausführlich mit dem Vorstand im Rahmen eines gesonderten Workshops erörterten, haben wir uns im Jahr 2012 wiederum mit zahlreichen gesetzlichen und regulatorischen Änderungen befasst. Eingehend behandelten wir im Berichtsjahr die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Bank, ihr Umfeld, das Risikomanagementsystem, die Planung und das interne Kontrollsysteem. Der Vorstand unterrichtete uns regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung und -planung, die finanzielle Entwicklung, die Ertragslage sowie das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über wesentliche Rechtsstreitigkeiten und Geschäfte sowie Ereignisse, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren. Wir haben den Vorstand beraten und seine Geschäftsführung überwacht. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung waren wir eingebunden. Wichtige Themen und anstehende Entscheidungen wurden zudem in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorsitzenden des Vorstands beziehungsweise den Co-Vorsitzenden des Vorstands und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert. Zwischen den Sitzungen wurden wir über wichtige Vorgänge schriftlich informiert. Beschlüsse wurden, soweit zwischen den Sitzungen erforderlich, im Umlaufverfahren herbeigeführt.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2012 fanden sechs Sitzungen des Aufsichtsrats statt.

In der ersten Sitzung des Jahres am 1. Februar 2012 erörterten wir die geschäftliche Entwicklung der Bank im vierten Quartal 2011 und im Geschäftsjahr 2011 sowie den Plan-Ist-Vergleich. Den Dividendenvorschlag für das Jahr 2011 sowie die Unternehmensplanung für die Jahre 2012 bis 2014 nahmen wir zustimmend zur Kenntnis. Herr Dr. Bänziger gab einen Sachstandsbericht zu den wesentlichen Risiken und Rechtsstreitigkeiten der Bank. Wir beschlossen, dass die Herren Dr. Börsig, Dr. Eick und Dr. Siegert im Geschäftsbericht als Finanzenxperten nach deutschem und US-amerikanischem Recht benannt werden, und stellten fest, dass alle Mitglieder des Prüfungsausschusses unabhängig sind und dem Aufsichtsrat eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört. Nach Überprüfung der Angemessenheit des Vergütungssystems für den Vorstand legten wir unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Präsidialausschusses und unter Einbindung externer, unabhängiger Rechts- und Vergütungsberater die Höhe der variablen Vergütung für Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2011 fest.

In der Bilanzsitzung am 16. März 2012 billigten wir auf Empfehlung des Prüfungsausschusses und nach Erörterung mit dem Abschlussprüfer den Konzern- und Jahresabschluss 2011. Außerdem wurden der Compliance- und Antigeldwäschebericht sowie der Vergütungsbericht nach der Instituts-Vergütungsverordnung für das Jahr 2011 erörtert. Uns wurden Veränderungen in den Regional Advisory Boards und den Bezirksbeiräten in Deutschland vorgestellt und wir verabschiedeten die Beschlussvorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung 2012. Nach eingehender Erörterung und auf Vorschlag des Präsidialausschusses haben wir die Herren Dr. Leithner, Lewis und Ritchotte jeweils mit Wirkung zum 1. Juni 2012 für drei Jahre zu Mitgliedern des Vorstands bestellt. Darüber hinaus haben wir auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschlossen, die Vorstandsbestellungen der Herren Dr. Bänziger und Hermann-Josef Lamberti zum 31. Mai 2012 aufzuheben. Entsprechende Aufhebungsverträge wurden geschlossen.

In der Sitzung am Tag vor der Hauptversammlung erörterten wir deren Ablauf und die angekündigten Gegenanträge sowie den Stand der Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den Hauptversammlungen der Jahre 2004 bis 2011. Soweit erforderlich, wurden hierzu Beschlüsse gefasst. Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschlossen wir eine Anpassung der Vorstandsverträge der Herren Fitschen und Jain, die Verlängerung der Vorstandsbestellung von Herrn Krause um weitere fünf Jahre sowie die Bestellung von Herrn Dr. Leithner zum Arbeitsdirektor mit Wirkung vom 1. Juni 2012. Nach eingehender Erörterung und auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschlossen wir vor dem Hintergrund der personellen Neuordnung im Vorstand die Aufhebung der Geschäftsordnung für den Vorstand einschließlich des Geschäftsverteilungsplans und ermächtigten den Vorstand, sich selbst eine Geschäftsordnung und einen Geschäftsverteilungsplan zu geben, bis der Aufsichtsrat hierzu einen neuen Beschluss fasst.

In unserer Sitzung im Anschluss an die Hauptversammlung wählten wir Herrn Dr. Achleitner zu unserem Vorsitzenden und Herrn Prof. Trützschler zum Mitglied unseres Prüfungsausschusses.

In der Sitzung am 31. Juli 2012 erörterten wir die geschäftliche Entwicklung der Bank im ersten Halbjahr 2012 und erhielten von Herrn Dr. Leithner einen Sachstandsbericht zu wesentlichen Rechtsstreitigkeiten. Wir beschlossen auf Vorschlag des Präsidialausschusses und unter Einbindung eines externen, unabhängigen Vergütungsberaters eine ergänzende Anpassung der Vorstandsverträge der Herren Fitschen und Jain.

In der letzten Sitzung des Jahres am 30. Oktober 2012 wurden wir vom Vorstand über die geschäftliche Entwicklung im dritten Quartal unterrichtet und erhielten Sachstandsberichte zur Umsetzung der strategischen Maßnahmen, zu wesentlichen Rechtsstreitigkeiten sowie zu aktuellen Entwicklungen in Bezug auf die IT-Infrastruktur der Bank. Wir erörterten im Berichtsjahr vorgenommene Anpassungen im Deutschen Corporate Governance Kodex und beschlossen eine Anpassung der Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats gemäß Ziffer 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex sowie Anpassungen in den Geschäftsord-

nungen des Aufsichtsrats, des Präsidial-, des Prüfungs- und des Risikoausschusses. Außerdem haben wir die turnusgemäße Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz abgegeben.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtszeitraum sechsmal. Zwischen den Sitzungen besprach der Vorsitzende des Präsidialausschusses mit den Ausschussmitgliedern regelmäßig Themen von besonderer Bedeutung. Der Ausschuss befasste sich intensiv mit der Bestellung von drei neuen Vorstandsmitgliedern sowie dem Ausscheiden der Herren Dr. Bänziger und Lamberti. Außerdem wurden neue gesetzliche und regulatorische Anforderungen an die Vorstandsvergütung und sich hieraus ergebende Erfordernisse zur Anpassung der Vorstandsverträge erörtert und die Festlegung der variablen Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2011 durch den Aufsichtsrat wurde vorbereitet. Erforderliche Anpassungen in der Geschäftsordnung sowie im Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand und in den Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse wurden ebenso erörtert wie der Vergütungsbericht. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat Empfehlungen zur Beschlussfassung gegeben. Der Übernahme von Mandaten von Vorstandsmitgliedern bei anderen Unternehmen, Einrichtungen und Institutionen stimmte der Präsidialausschuss zu.

Der Risikoausschuss behandelte in sechs Sitzungen insbesondere Kredit-, Liquiditäts-, Refinanzierungs-, Länder-, Markt- und operationelle Risiken sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Das Hauptaugenmerk im Jahr 2012 lag auf der Kapitalausstattung der Bank mit besonderem Fokus auf der harten Kernkapitalquote, den erwarteten Auswirkungen von Basel 3, den Initiativen zur Risikoreduzierung sowie der Angemessenheit unserer risikogewichteten Aktiva im Vergleich zu maßgeblichen Wettbewerbern. Weitere Kernthemen waren die Risikokultur, die von den Aufsichtsbehörden geforderten Notfallpläne im Fall einer Insolvenz („Living Wills“) und die Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise. Letzteres umfasste auch die Maßnahmen der Bank zur Schließung der Refinanzierungslücke in Spanien, Italien und Portugal. Eingehend erörtert wurden ebenso verschiedene Fokusportfolios, darunter Schiffsfinanzzierung, gewerbliche Immobilienfinanzierung und diverse Handelsportfolios. Neben der Refinanzierungs- und Liquiditätslage der Bank waren auch verschiedene Aspekte der Risikovorsorge und potenzielle Auswirkungen aufsichtsrechtlicher Vorschläge Gegenstand der Sitzungen. Regelmäßig wurde der Risikoausschuss auch in Bezug auf aktuelle Entwicklungen der größeren Rechtsstreitigkeiten informiert. Diskutiert wurden des Weiteren Risikomodelle/-limite, die Entwicklung der Risikomanagement-Infrastruktur, das Thema Betrugsrisiken und erzielte Fortschritte bei der Integration der Postbank. Ferner wurden unsere Risikoportfolios nach Branchen nach einem festgelegten Plan vorgestellt, die Profitabilität dieser Portfolios vergleichend betrachtet sowie die nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Engagements der Bank diskutiert und – sofern erforderlich – genehmigt.

Der Prüfungsausschuss tagte im Jahr 2012 siebenmal. Vertreter des Abschlussprüfers nahmen an allen Sitzungen teil. Gegenstand der Sitzungen waren die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2011, die Zwischenberichte sowie der Bericht 20-F für die US-amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC). Der Ausschuss befasste sich mit dem Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2012 und überprüfte dessen Unabhängigkeit nach den Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex sowie den Vorschriften des US-amerikanischen Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB), erteilte den Prüfungsauftrag und beschloss die Vergütung des Abschlussprüfers. Eigene Prüfungsschwerpunkte legte er für 2012 nicht fest, da die BaFin wie im Vorjahr umfangreiche Prüfungsschwerpunkte nach § 30 KWG festgelegt hat. Der Prüfungsausschuss ist wie in den Vorjahren davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte vorliegen. Von der Wirksamkeit des internen Kontroll-, des Risikomanagement- und des internen Revisionssystems hat er sich überzeugt und den Rechnungslegungsprozess sowie die Abschlussprüfung überwacht. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat Empfehlungen zur Beschlussfassung gegeben. Regelmäßig wurde dem Prüfungsausschuss über die Beauftragung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften einschließlich des Abschlussprüfers mit prüfungsfremden Dienstleistungen, über die Arbeit der internen Revision und Fragen der Compliance, über Rechts- und Reputa-

tionsrisiken sowie über Sonderprüfungen und wesentliche Beanstandungen von Aufsichtsbehörden berichtet. Der Jahresplan der internen Revision wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Beschwerden in Bezug auf das Rechnungswesen, die internen Prüfverfahren zur Rechnungslegung und zu Fragen der Abschlussprüfung sind dem Prüfungsausschuss nicht zugegangen. Außerdem befasste er sich regelmäßig mit der Abarbeitung von Prüfungsfeststellungen des Abschlussprüfers zum Jahres- und Konzernabschluss 2011, Maßnahmen zur Bereinigung der Feststellungen sowie den Anforderungen an die Überwachungsaufgaben gemäß § 107 Abs. 3 Aktiengesetz, den prüfungsvorbereitenden Maßnahmen zum Jahresabschluss und den von der BaFin nach § 30 KWG festgelegten Prüfungsschwerpunkten.

Der Nominierungsausschuss tagte im Jahr 2012 dreimal und behandelte dabei Nachfolge- und Besetzungsfragen im Aufsichtsrat.

Sitzungen des nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes gebildeten Vermittlungsausschusses waren im Jahr 2012 nicht erforderlich.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2012 wie folgt an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse teil:

	Sitzungen (inkl. Aus- schüsse)	Sitzungs- teilnahme	in %		Sitzungen (inkl. Aus- schüsse)	Sitzungs- teilnahme	in %
Achleitner	13	13	100	Mark	13	13	100
Börsig	12	12	100	Platscher	6	6	100
Böhr	6	6	100	Ruck	19	19	100
Eick	13	13	100	Siegert	8	8	100
Garrett-Cox	6	6	100	Stockem	2	2	100
Herling	12	12	100	Teyssen	6	6	100
Herzberg	4	4	100	Thieme	13	13	100
Kagermann	12	12	100	Todenhöfer	12	12	100
Klee	6	6	100	Trützschler	7	7	100
Labarge	12	12	100	Viertel	6	6	100
Lévy	3	3	100	Voigt	6	6	100
Löscher	3	2	67	Wenning	6	6	100

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat und der Präsidialausschuss befassten sich in ihren Sitzungen am 29. und 30. Oktober 2012 mit den neuen Anregungen und Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vom 15. Mai 2012. Aufgrund der Anpassung der Empfehlung zur Zielzusammensetzung des Aufsichtsrats im Kodex beschloss der Aufsichtsrat, dass dem Aufsichtsrat unter der Prämisse, dass allein die Ausübung des Aufsichtsratsmandats als Arbeitnehmervertreter keine Zweifel an der Erfüllung der Unabhängigkeitskriterien nach Ziffer 5.4.2 des Kodex begründen kann, dem Aufsichtsrat insgesamt mindestens sechzehn Mitglieder angehören sollen, die unabhängig im Sinne des Kodex sind, wobei der Aufsichtsrat so zusammengesetzt sein soll, dass eine Anzahl von mindestens sechs unabhängigen Anteilseignervertretern im Sinne von Ziffer 5.4.2 des Kodex erreicht wird. In der Sitzung am 30. Januar 2013 haben wir festgestellt, dass dem Aufsichtsrat eine nach unserer Einschätzung angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

Der Präsidialausschuss und der Aufsichtsrat befassten sich ferner in mehreren Sitzungen mit der Vorstandsvergütung. Der Aufsichtsrat beschloss, zur Überprüfung der Struktur der Vorstandsvergütung sowie der Angemessenheit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2011 einen unabhängigen Vergütungsberater sowie einen externen Rechtsanwalt zur Überprüfung der Übereinstimmung mit den gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen zu mandatieren.

Am 30. Januar 2013 haben wir festgestellt, dass alle Mitglieder des Prüfungsausschusses gemäß den Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission (SEC) zu Section 407 des Sarbanes-Oxley Act 2002 unabhängig sind. Als Finanzexperten im Prüfungsausschuss wurden nach den Vorschriften der SEC sowie nach §§ 107 Abs. 4 und 100 Abs. 5 AktG Herr Dr. Achleitner und Herr Prof. Dr. Trützschler, die seit 31. Mai Mitglieder des Prüfungsausschusses sind, sowie wiederum Herr Dr. Eick benannt.

Die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt am 25. Oktober 2011 abgegeben hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 30. Oktober 2012 erneuert. Vorstand und Aufsichtsrat erklärten, dass seitens der Deutsche Bank AG den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 15. Mai 2012 wie bisher mit einer Ausnahme entsprochen wurde und wird. Bei der Ausnahme handelt es sich um die Empfehlung nach Ziff. 5.5.3 Satz 1 des Kodex zur Offenlegung von Interessenkonflikten im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung; insoweit wurde die Entsprechenserklärung vorsorglich aufgrund von zwei nicht rechtskräftigen Urteilen des OLG Frankfurt eingeschränkt.

Am 19. März 2013 haben Vorstand und Aufsichtsrat die Entsprechenserklärung vom 30. Oktober 2012 für die Zukunft dahingehend weiter eingeschränkt, dass in Abweichung von der Empfehlung in Ziff. 7.1.2 Satz 4 des Kodex der Konzernabschluss der Deutsche Bank AG für das Geschäftsjahr 2012 nicht binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich sein wird. Die Deutsche Bank AG hat die Veröffentlichung ihres Geschäftsberichts 2012 sowie des Form 20-F auf Mitte April 2013, nach Durchführung der außerordentlichen Hauptversammlung am 11. April 2013, verschoben. Hintergrund ist eine Entscheidung des Landgerichts Frankfurt am Main, das in erster Instanz am 18. Dezember 2012 unter anderem den in der Hauptversammlung der Deutsche Bank AG vom 31. Mai 2012 gefassten Beschluss zur Bestellung der KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, zum Abschlussprüfer und zum Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012 für nichtig erklärt hat. Zwar hat die Deutsche Bank AG gegen diese Entscheidung Rechtsmittel eingelegt, um aber Risiken hinsichtlich der Wirksamkeit des Jahresabschlusses möglichst weitgehend auszuschließen, sollte vor der Erteilung des Testats und vor Veröffentlichung der Abschlüsse zunächst durch die außerordentliche Hauptversammlung am 11. April 2013 die Bestellung des Abschlussprüfers und Konzernabschlussprüfers bestätigt werden. Der Wortlaut der Entsprechenserklärung vom 30. Oktober 2012 und der angepassten Entsprechenserklärung vom 19. März 2013 sowie eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance der Bank sind im Finanzbericht 2012 ab Seite 472 und auf der Homepage der Bank im Internet unter www.deutsche-bank.de/ir/de/content/corporate_governance.htm veröffentlicht. Dort finden sich auch die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie die des Vorstands in der jeweils aktuellen Fassung.

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen

Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Sie wurden dabei von der Deutschen Bank angemessen unterstützt. Für die Mitglieder des Aufsichtsrats fand im April 2012 ein internes zweitägiges Seminar, das durch einen externen Universitätsprofessor geleitet wurde, zu den Themen Jahresabschluss und Jahresabschlussanalyse, Risikomanagement sowie Funktionen und Verantwortung von Aufsichtsräten statt. Zusätzlich wurden die Mitglieder des Aufsichtsrats laufend über neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Corporate Governance informiert. Darüber hinaus nahmen Mitglieder des Aufsichtsrats an externen Fortbildungsmaßnahmen teil.

Die Mitglieder des Risikoausschusses wurden vom Chief Risk Officer und von führenden Mitarbeitern der Risiko-Abteilung in zwei Fortbildungseinheiten im Oktober und Dezember 2012 über neue Entwicklungen zu risikospezifischen Themen (unter anderem Risk Appetite & Limit Setting sowie Living Wills) informiert.

Die Mitglieder des Prüfungsausschusses erörterten mit Mitarbeitern der Finance-Abteilung und dem Abschlussprüfer neue Vorschriften zur Rechnungslegung und zur Bilanzierung.

Für die im Jahr 2012 neu in den Aufsichtsrat eingetretenen Mitglieder Herr Dr. Achleitner, Herr Löscher, Herr Stockem und Professor Dr. Trützschler wurden individuelle Einführungskurse abgehalten.

Interessenkonflikte und deren Behandlung

Der Präsidialausschuss stimmte dem Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Deutschen Bank und Herrn Dr. Achleitner über die Wahrnehmung von Funktionen und Aufgaben im Interesse der Bank und die Bereitstellung von Unterstützungsleistungen durch die Bank zu, die durch einen externen Rechtsanwalt überprüft wurde. An der Beschlussfassung beteiligte sich Herr Dr. Achleitner wegen eines möglichen Interessenkonfliktes nicht.

Herr Stockem ist Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG und gehörte diesem im Geschäftsjahr 2012 an. Er hat sich in der Sitzung am 19. März 2013 bei dem nach § 32 Mitbestimmungsgesetz erforderlichen Beschluss des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG für das Geschäftsjahr 2012 enthalten.

Rechtsstreitigkeiten

Wir haben uns wie in den Vorjahren regelmäßig über wichtige Rechtsstreitigkeiten informiert und über die weitere Vorgehensweise beraten. Hierzu zählten unter anderem die Anfechtungs- und Auskunftsgerichten im Zusammenhang mit den Hauptversammlungen 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011 und 2012 sowie die Verfahren Dr. Kirch beziehungsweise dessen Rechtsnachfolgerin und KGL Pool GmbH gegen die Deutsche Bank und gegen Dr. Breuer.

Außerdem haben wir uns im Plenum intensiv mit den Verfahren wegen möglicher Manipulationen von Referenzzinssätzen (IBOR, LIBOR, EURIBOR, SIBOR etc.) sowie OFAC (mögliche Verstöße gegen U.S.-amerikanische Embargovorschriften) und der möglichen Umsatzsteuerhinterziehung im Zusammenhang mit dem Handel von CO₂ Verschmutzungszertifikaten befasst. Darüber hinaus ließen wir uns fortlaufend im Aufsichtsrat sowie detailliert im Prüfungs- und Risikoaußschuss über bedeutende Rechtsstreitigkeiten berichten.

Jahresabschluss

Die Buchführung, der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2012 sowie der Konzernabschluss mit Erläuterungen (Anhangangaben) und der Konzernlagebericht für das Jahr 2012 sind von der KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft worden. Diese wurde durch die ordentliche Hauptversammlung am 31. Mai 2012 als Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer gewählt. Nachdem das Landgericht Frankfurt am Main in erster Instanz aufgrund einer Anfechtungsklage die Bestellung für nichtig erklärt hatte, hat die außerordentliche Hauptversammlung am 11. April 2013 die Bestellung der KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer bestätigt. Die Prüfungen haben zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt. Der Prüfungsausschuss hat die Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss unter Berücksichtigung des Prüfberichts des Abschlussprüfers und im Gespräch mit diesem ausführlich erörtert. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat uns hierüber in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats berichtet. Darüber hinaus haben wir bereits in der Sitzung am 19. März 2013 ausführlich den Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2012 sowie den Konzernabschluss mit Erläuterungen (Anhangangaben) und den Konzernlagebericht für das Jahr 2012 sowie die Entwürfe der Prüfungsberichte des Abschlussprüfers mit Vertretern des Abschlussprüfers erörtert. Auf Empfehlung des Prüfungsausschusses, der sich in seinen Sitzungen am 18. März 2013 und 12. April 2012 mit dem Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2012 sowie dem Konzernabschluss mit Erläuterungen (Anhangangaben) und dem Konzernlagebericht für das Jahr 2012 befasst hat, haben wir dem Ergebnis der Prüfungen

nach Einsicht der Berichte des Abschlussprüfers und der Jahres- und Konzernabschlussunterlagen sowie eingehender Diskussion zugestimmt und festgestellt, dass auch nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfungen Einwendungen nicht zu erheben sind.

Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss haben wir heute gebilligt, der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands für die Gewinnverwendung schließen wir uns an.

Personalia

In der Sitzung des Aufsichtsrats am 16. März 2012 wurden drei neue Vorstandsmitglieder bestellt. Mit Wirkung vom 1. Juni 2012 wurden Dr. Stephan Leithner, Stuart Wilson Lewis und Henry Ritchotte jeweils für drei Jahre zu Mitgliedern des Vorstands bestellt. Sie gehören ab diesem Zeitpunkt auch dem Group Executive Committee an. Herr Dr. Leithner ist seit dem Jahr 2000 bei der Deutschen Bank und war seit 2010 Co-Head des Bereichs Investment Banking Coverage & Advisory. Herr Lewis kam im Jahr 1996 zur Deutschen Bank und war seit 2010 Deputy Chief Risk Officer. Herr Ritchotte ist seit dem Jahr 1995 bei der Deutschen Bank und war seit 2010 Chief Operating Officer des Konzernbereichs Corporate & Investment Bank. Seit Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 sind die Herren Fitschen und Jain gleichberechtigte Co-Vorsitzende des Vorstands. Herr Dr. Leithner ist seit 1. Juni 2012 Arbeitsdirektor.

Mit Ablauf des 31. Mai 2012 schieden die Herren Dr. Bänziger und Lamberti als Mitglieder des Vorstands aus und verließen die Bank. Herr Dr. Ackermann schied mit Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 aus dem Vorstand der Bank, dessen Vorsitzender er seit 2006 war, aus.

Auch im Aufsichtsrat gab es in 2012 Veränderungen. Mit Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 schieden die Herren Dr. Börsig, Dr. Siegert und Lévy aus dem Aufsichtsrat der Deutschen Bank aus. Als Nachfolger wurden die Herren Dr. Achleitner, Löscher und Prof. Dr. Trützschler durch die Hauptversammlung am 31. Mai 2012 in den Aufsichtsrat gewählt.

Herr Gerd Herzberg hat sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats zum 31. Mai 2012 niedergelegt. Als sein Nachfolger ist am 1. Juni 2012 Herr Rudolf Stockem für den Rest seiner Amtszeit als Mitglied des Aufsichtsrats nachgerückt.

Wir danken den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihr großes Engagement und für die konstruktive Begleitung des Unternehmens während der vergangenen Jahre.

Frankfurt am Main, den 11. April 2013

Für den Aufsichtsrat



Dr. Paul Achleitner

Vorsitzender

04 -

Erklärung zur Unternehmensführung / Corporate-Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat – 472
Rechnungslegung und Transparenz – 480
Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 481
Wirtschaftsprüfung und Controlling – 481
Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex – 483

Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance-Bericht

Alle in dieser Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht enthaltenen Angaben geben den Stand vom 25. März 2013 wieder.

Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsleitung. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Verfahrensregeln des Vorstands und der von ihm eingesetzten Ausschüsse sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die in der jeweils aktuellen Fassung auf der Website der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) zur Verfügung steht.

Mit Wirkung zum 1. Juni 2012 wurden die Herren Dr. Stephan Leithner, Stuart Wilson Lewis und Henry Ritchotte, jeweils für einen Zeitraum von drei Jahren, zu Mitgliedern des Vorstands bestellt.

Mit Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 ist Herr Dr. Josef Ackermann aus dem Vorstand der Bank, dessen Vorsitzender er seit 2006 war, ausgeschieden. Die Herren Dr. Hugo Bänziger und Hermann-Josef Lamberti sind mit Ablauf des 31. Mai 2012 aus dem Vorstand der Bank ausgeschieden.

Nachstehend folgen nähere Informationen zu den derzeitigen Mitgliedern des Vorstands einschließlich des Jahres ihrer Geburt und ihrer Bestellung und des Jahres, in dem ihre Bestellung endet, ihrer aktuellen Position und ihres Verantwortungsbereichs sowie ihrer sonstigen Mandate außerhalb der Bank. Die Vorstandsmitglieder haben sich verpflichtet, außerhalb des Deutsche Bank-Konzerns keinen Aufsichtsratsvorsitz anzunehmen.

Jürgen Fitschen

Geburtsdatum: 1948
Bestellung: 2009
Bestellt bis: 2015

Jürgen Fitschen wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Seit dem Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 ist er zusammen mit Herrn Jain Co-Vorsitzender des Vorstands.

Herr Fitschen ist seit 1987 bei der Deutschen Bank, war bereits von 2001 bis Anfang 2002 Mitglied des Vorstands, ist seit 2002 Mitglied des Group Executive Committee und seit 2005 Leiter Regional Management.

Herr Fitschen studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hamburg und schloss das Studium 1975 als Diplom-Kaufmann ab.

Von 1975 bis 1987 hatte er verschiedene Positionen bei der Citibank in Hamburg und Frankfurt am Main inne. 1983 wurde er in die Geschäftsleitung Deutschland der Citibank berufen.

Herr Fitschen ist Mitglied des Verwaltungsrats der Kühne + Nagel International AG, Mitglied des Aufsichtsrats der METRO AG und war Mitglied des Aufsichtsrats der Schott AG bis Juni 2012.

Anshuman Jain

Geburtsdatum: 1963
Erste Bestellung: 2009
Bestellt bis: 2017

Anshuman Jain wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Seit dem Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 ist er zusammen mit Herrn Fitschen Co-Vorsitzender des Vorstands.

Herr Jain kam 1995 zur Deutschen Bank und wurde 2001 Leiter von Global Markets sowie 2002 Mitglied des Group Executive Committee.

Herr Jain studierte Wirtschaftswissenschaften am Shri Ram College der Universität Delhi und machte 1983 einen BA-Abschluss. Danach folgte ein Studium der Finanzwissenschaften an der Universität von Massachusetts, das er 1985 mit einem MBA in Finanzen abschloss.

Nach Abschluss seines Studiums arbeitete Herr Jain bis 1988 für Kidder Peabody, New York, im Bereich Derivatives Research. Von 1988 bis 1995 war er für den Aufbau und die Leitung des globalen Hedgefonds-Betreuungsteams bei Merrill Lynch, New York, zuständig.

Herr Jain hat keine veröffentlichtungspflichtigen externen Mandate.

Stefan Krause

Geburtsdatum: 1962
Erste Bestellung: 2008
Bestellt bis: 2018

Stefan Krause ist seit 1. April 2008 Mitglied unseres Vorstands sowie Mitglied des Group Executive Committee. Er ist unser Chief Financial Officer.

Zuvor war Herr Krause über 20 Jahre in der Automobilindustrie tätig und hatte verschiedene Senior-Management-Positionen mit einem starken Fokus auf die Bereiche Finance und Financial Services inne. Er begann seine Karriere 1987 im Controlling von BMW in München und ging 1993 in die USA, wo er den Financial-Services-Bereich des Unternehmens in Nord- und Südamerika aufbaute und schließlich leitete. 2001 kehrte er nach München zurück und übernahm den Posten des Head of Sales Western Europe (ohne Deutschland). Im Mai 2002 wurde er zum Mitglied des Vorstands der BMW Group ernannt. Dort war er bis September 2007 für das Ressort Finanzen und danach für das Ressort Vertrieb und Marketing zuständig.

Herr Krause studierte Betriebswirtschaftslehre in Würzburg und schloss das Studium 1986 als Diplom-Kaufmann ab.

Herr Krause hat keine veröffentlichtungspflichtigen externen Mandate.

Dr. Stephan Leithner

Geburtsdatum: 1966
Erste Bestellung: 2012
Bestellt bis: 2015

Dr. Stephan Leithner ist seit 1. Juni 2012 Mitglied unseres Vorstands sowie Mitglied des Group Executive Committee. Er ist unser CEO Europa (ohne Deutschland und Großbritannien) und außerdem für Personal, Recht & Compliance sowie Government & Regulatory Affairs verantwortlich. Er trat 2000 in die Deutsche Bank ein.

Vor seiner jetzigen Position war Dr. Leithner als Co-Head der Corporate Finance-Sparte für die lokalen Corporate Finance-Länderteams der Deutschen Bank in Europa und Asien sowie für die Global Financial Institutions Group verantwortlich. Zuvor zeichnete Dr. Leithner unter anderem für das deutsche und europäische M&A-Geschäft der Deutschen Bank verantwortlich.

Vor seinem Wechsel zur Deutschen Bank im Jahr 2000 war Dr. Leithner Partner bei McKinsey & Co. Er promovierte in Finanzwissenschaften an der Universität St. Gallen, Schweiz.

Dr. Leithner hat keine veröffentlichtungspflichtigen externen Mandate.

Stuart Wilson Lewis

Geburtsdatum: 1965

Erste Bestellung: 2012

Bestellt bis: 2015

Stuart Wilson Lewis ist seit 1. Juni 2012 Mitglied unseres Vorstands sowie Mitglied des Group Executive Committee. Er ist unser Chief Risk Officer. Er begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank im Jahr 1996.

Vor seiner jetzigen Position war Herr Lewis seit 2010 Deputy Chief Risk Officer und Chief Risk Officer der Corporate & Investment Bank. Davor war er seit 2006 als Chief Credit Officer tätig.

Vor seinem Wechsel zur Deutschen Bank im Jahr 1996 arbeitete Stuart Lewis bei Credit Suisse und der Continental Illinois National Bank in London.

Er studierte an der Universität von Dundee, wo er einen LLB (Hons) erwarb. Sein Studium an der London School of Economics schloss er mit einem LLM ab. Er studierte auch am College of Law, Guildford.

Herr Lewis hat keine veröffentlichtungspflichtigen externen Mandate.

Rainer Neske

Geburtsdatum: 1964

Erste Bestellung: 2009

Bestellt bis: 2017

Rainer Neske ist seit 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Er begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank im Jahr 1990 und wurde 2000 zum Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG bestellt. Seit 2003 ist er Mitglied des Group Executive Committee. Von 2003 bis zum Jahre 2011 war Herr Neske Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG. Im Vorstand verantwortet er den Geschäftsbereich Privat- und Geschäftskunden.

Herr Neske studierte Informatik und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Karlsruhe und erwarb 1990 den Abschluss des Diplom-Informatikers.

Herr Neske hat keine veröffentlichtungspflichtigen externen Mandate.

Henry Ritchotte

Geburtsdatum: 1963

Erste Bestellung: 2012

Bestellt bis: 2015

Henry Ritchotte ist seit 1. Juni 2012 Mitglied unseres Vorstands sowie Mitglied des Group Executive Committee. Er ist unser Chief Operating Officer. Er begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank im Jahr 1995.

Herr Ritchotte wurde 2010 zum Chief Operating Officer der Corporate & Investment Bank ernannt, zuvor war er COO der Global Markets-Sparte. Er war entscheidend an der strategischen Neuausrichtung und weiteren Integration der Corporate & Investment Bank beteiligt. Andere Stationen bei der Deutschen Bank führten ihn unter anderem als Leiter Global Markets nach Tokio.

Herr Ritchotte begann seine berufliche Laufbahn 1993 bei Merrill Lynch in New York, bevor er 1995 in den Bereich Fixed Income Sales der Deutschen Bank wechselte.

Er erwarb einen Bachelor am Haverford College sowie einen Master in ostasiatischen Studien und einen MBA an der University of Chicago.

Herr Ritchotte hat keine veröffentlichtungspflichtigen externen Mandate.

Group Executive Committee

Das Group Executive Committee wurde im Jahr 2002 gebildet. Es besteht aus den Mitgliedern des Vorstands sowie Führungskräften der Regionen, der Unternehmensbereiche und der Infrastrukturfunktionen, die vom Vorstand ernannt wurden. Die Herren Fitschen und Jain, Co-Vorsitzende des Vorstands, sind auch Co-Vorsitzende des Group Executive Committee.

Das Group Executive Committee dient der Koordination der globalen Geschäftsbereiche und Regionen und hat folgende Aufgaben und Verantwortlichkeiten:

- fortlaufende Unterrichtung des Vorstands über Geschäftsentwicklungen und spezifische Transaktionen;
- regelmäßige Überprüfung der Geschäftssegmente der Bank;
- Erörterung strategischer Fragen mit dem Vorstand sowie Beratung;
- Vorbereitung von Vorstandentscheidungen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank sind, unmittelbar eingebunden. Regelmäßig wird er vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik sowie grundsätzliche Fragen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikolage, das Risikomanagement und das Risikocontrolling unterrichtet. Mindestens einmal jährlich wird ihm über die Unternehmensplanung berichtet. Der Aufsichtsrat setzt auf Vorschlag des Präsidialausschusses die jeweilige Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder fest, beschließt das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente und überprüft es regelmäßig. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Er hält mit dem Vorstand, insbesondere den Co-Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihnen die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement. Über wichtige Ereignisse, die für die Lage und Entwicklung sowie die Leitung der Deutsche Bank-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind, wird er von den Co-Vorsitzenden des Vorstands unverzüglich informiert. Geschäfte, zu deren Vornahme die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist, sind in § 13 unserer Satzung aufgeführt. Bei Bedarf tagt der Aufsichtsrat ohne den Vorstand. Der Aufsichtsrat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben nach eigenem Ermessen Wirtschaftsprüfer, Rechts- und sonstige interne und externe Berater hinzuziehen.

Die Aufgaben, Verfahrensregeln und Ausschüsse des Aufsichtsrats sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die in der jeweils aktuellen Fassung auf der Website der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) veröffentlicht ist.

Die als Vertreter unserer Aktionäre fungierenden Mitglieder wurden auf der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 gewählt. Abweichend davon wurden Frau Garrett-Cox durch die Hauptversammlung am 26. Mai 2011 und die Herren Dr. Achleitner, Löscher und Prof. Dr. Trützschler durch die Hauptversammlung am 31. Mai 2012 gewählt. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgte am 8. Mai 2008.

Die nachstehende Tabelle enthält nähere Angaben zu den derzeitigen Mitgliedern des Aufsichtsrats. Aufgeführt sind ihr Geburtsjahr, das Jahr ihrer erstmaligen Wahl oder Bestellung, das Jahr, in dem ihr Mandat endet, ihre Haupttätigkeit, ihre Mitgliedschaft in Aufsichtsräten anderer Gesellschaften und sonstige Mandate.

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Dr. Paul Achleitner Geburtsjahr: 1956 Erstmals gewählt: 2012 Gewählt bis: 2017	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG, Frankfurt	Bayer AG; Daimler AG; RWE AG (bis 18.April 2013); Henkel AG & Co. KGaA (Mitglied des Gesellschafterausschusses)
Wolfgang Böhr* Geburtsdatum: 1963 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Düsseldorf der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank	Deutscher Bankangestellten Verband (DBV) (Vorsitzender des Verbandsrats) (seit Juli 2012)
Dr. Karl-Gerhard Eick Geburtsjahr: 1954 Gerichtlich bestellt: 2004 Gewählt bis: 2013	Unternehmensberater, KGE Asset Management Consulting Ltd., London	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG (Vorsitzender)
Katherine Garrett-Cox Geburtsjahr: 1967 Erstmals gewählt: 2011 Gewählt bis: 2016	Chief Executive Officer Alliance Trust Plc, Dundee	Alliance Trust Savings Ltd. (Executive Chairman); Alliance Trust Asset Management Ltd. (Chief Executive)
Alfred Herling* Geburtsjahr: 1952 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Wuppertal/Sauerland der Deutschen Bank; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Europäischen Betriebsrats; Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank	Keine veröffentlichtungspflichtigen Mandate
Prof. Dr. Henning Kagermann Geburtsjahr: 1947 Erstmals gewählt: 2000 Gewählt bis: 2013	Präsident der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, München	Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft; Nokia Corporation; Deutsche Post AG; Wipro Technologies; BMW Bayerische Motoren Werke AG; Franz Haniel & Cie. GmbH (seit November 2012)
Martina Klee* Geburtsjahr: 1962 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Betriebsrats GTO Eschborn/Frankfurt der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Europäischen Betriebsrats	Sterbekasse für die Angestellten der Deutschen Bank VVa.G.
Suzanne Labarge Geburtsjahr: 1946 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013		Coca-Cola Enterprises Inc.; XL Group Plc
Peter Löscher Geburtsjahr: 1957 Erstmals gewählt: 2012 Gewählt bis: 2017	Vorsitzender des Vorstands der Siemens AG, München	Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft; TBG Limited (Thyssen-Bornemisza Group)
Henriette Mark* Geburtsjahr: 1957 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats München und Südbayern der Deutschen Bank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Vorsitzende des Europäischen Betriebsrats	Keine veröffentlichtungspflichtigen Mandate

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Gabriele Platscher* Geburtsjahr: 1957 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Braunschweig/Hildesheim der Deutschen Bank	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. (stellv. Vorsitzende); BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. (stellv. Vorsitzende); BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG (stellv. Vorsitzende)
Karin Ruck* Geburtsjahr: 1965 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG; Senior Beraterin regionale Transformation in der Region Frankfurt/Hessen-Ost; Mitglied des Gemeinschaftsbetriebsrats Filiale Frankfurt der Deutschen Bank	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.; BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.; BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG
Rudolf Stockem* Geburtsjahr: 1956 Als Ersatzmitglied nachgerückt: 2012 Gewählt bis: 2013	Gewerkschaftssekretär bei ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Berlin	Generali Holding Deutschland AG; Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG
Dr. Johannes Teyssen Geburtsjahr: 1959 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Vorstands der E.ON SE, Düsseldorf	E.ON Energie AG (bis Juni 2012); E.ON Ruhrgas AG (bis August 2012); Salzgitter AG
Marlehn Thieme* Geburtsjahr: 1957 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Director Infrastructure/Regional Management Communications Corporate Citizenship Deutsche Bank AG	Keine veröffentlichtungspflichtigen Mandate
Tilman Todenhöfer Geburtsjahr: 1943 Gerichtlich bestellt: 2001 Gewählt bis: 2013	Geschäftsführender Gesellschafter Robert Bosch Industrietreuhand KG, Stuttgart	Robert Bosch GmbH; Robert Bosch Internationale Beteiligungen AG (Präsident des Verwaltungsrats)
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler Geburtsjahr: 1948 Erstmals gewählt: 2012 Gewählt bis: 2017		Bilfinger SE (bis 30. Juni 2013); Sartorius AG; TAKKT AG (bis 31. Januar 2013 Vorsitzender; stellv. Vorsitzender seit 1. Februar 2013); Wuppermann AG (Vorsitzender); Zwiesel Kristallglas AG (Vorsitzender); Wilhelm Werhahn KG
Stefan Viertel* Geburtsjahr: 1964 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Leiter Cash Management Financial Institutions Österreich und Ungarn, Senior Sales Manager Deutsche Bank AG	Keine veröffentlichtungspflichtigen Mandate
Renate Voigt* Geburtsjahr: 1954 Gerichtlich bestellt: 2011 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Stuttgart/Esslingen/Heilbronn der Deutschen Bank	Keine veröffentlichtungspflichtigen Mandate
Werner Wenning Geburtsjahr: 1946 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Aufsichtsrats E.ON SE, Düsseldorf Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bayer AG, Leverkusen (seit 1. Oktober 2012)	Henkel AG & Co. KGaA (Mitglied des Gesellschafterausschusses); HDI VVa.G.; Talanx AG; Freudenberg & Co. KG (Mitglied des Gesellschafterausschusses); Siemens AG (seit 23. Januar 2013)

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt; Renate Voigt gerichtlich als Arbeitnehmervertreterin bestellt.

Die Herren Dr. Börsig, Lévy und Dr. Siegert waren bis zum Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 Mitglieder des Aufsichtsrats. Für sie wurden die Herren Dr. Achleitner, Löscher und Prof. Dr. Trützschler in den Aufsichtsrat gewählt. Herr Herzberg hat sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats zum Ablauf des 31. Mai 2012 niedergelegt. Nach seinem Ausscheiden rückte Herr Stockem als das für ihn gewählte Ersatzmitglied für den Rest seiner Amtszeit nach.

Nach dem Kreditwesengesetz müssen die Mitglieder des Aufsichtsrats zuverlässig sein und die zur Wahrnehmung der Kontrollfunktion sowie zur Beurteilung und Überwachung der Geschäfte, die das Unternehmen betreibt, erforderliche Sachkunde besitzen. Der Aufsichtsrat hat unter Berücksichtigung dieser Anforderungen gemäß Ziffer 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex im Oktober 2010 die nachfolgenden Ziele für seine Zusammensetzung festgelegt und im Oktober 2012 sowie März 2013 aufgrund der Neufassung des Kodex am 15. Mai 2012 angepasst, die auch in § 4 der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat übernommen wurden (www.deutsche-bank.de/corporate-governance):

Der Aufsichtsrat soll so besetzt sein, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Insbesondere sollen die Aufsichtsratsmitglieder für die Wahrnehmung des Mandats ausreichend Zeit haben. Die Besetzung des Aufsichtsrats soll eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands in einer international tätigen, breit aufgestellten Bank durch den Aufsichtsrat sicherstellen und das Ansehen des Deutsche Bank-Konzerns in der Öffentlichkeit wahren. Dabei soll insbesondere auf die Integrität, Persönlichkeit, Leistungsbereitschaft, Professionalität und Unabhängigkeit der zur Wahl vorgeschlagenen Personen geachtet werden. Ziel ist es, dass im Aufsichtsrat insgesamt sämtliche Kenntnisse und Erfahrungen vorhanden sind, die angesichts der Aktivitäten des Deutsche Bank-Konzerns als wesentlich erachtet werden.

Dem Aufsichtsrat sollen ferner eine angemessene Anzahl an unabhängigen Mitgliedern und nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bank AG angehören. Unter der Prämisse, dass allein die Ausübung des Aufsichtsratsmandats als Arbeitnehmervertreter keine Zweifel an der Erfüllung der Unabhängigkeitsskriterien nach Ziffer 5.4.2 des Kodex begründen kann, sollen dem Aufsichtsrat insgesamt mindestens sechzehn Mitglieder angehören, die unabhängig im Sinne des Kodex sind. Der Aufsichtsrat soll so zusammengesetzt sein, dass eine Anzahl von mindestens sechs unabhängigen Anteilseignervertretern im Sinne von Ziffer 5.4.2 des Kodex erreicht wird. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausüben. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte sollen vermieden werden. Diejenigen Mitglieder des Aufsichtsrats, die Mitglieder des Vorstands einer börsennotierten Aktiengesellschaft sind, nehmen – außerhalb des Kreises der abhängigen Gesellschaften dieser Aktiengesellschaft – insgesamt nicht mehr als drei Aufsichtsratsmandate beziehungsweise Mandate in Aufsichtsgremien von Gesellschaften, die vergleichbare Anforderungen stellen, wahr. Es besteht für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Regelaltersgrenze von 70 Jahren. In begründeten Einzelfällen kann ein Aufsichtsratsmitglied für einen Zeitraum gewählt beziehungsweise bestellt werden, der längstens bis zur Beendigung der vierten ordentlichen Hauptversammlung reicht, die nach Vollendung seines 70. Lebensjahres stattfindet. Bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlungen wurde diese Altersgrenze berücksichtigt und soll auch bei den nächsten Aufsichtsratswahlen beziehungsweise der Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen Berücksichtigung finden.

Der Aufsichtsrat achtet auf Vielfalt bei der Besetzung des Aufsichtsrats. Mit Blick auf die internationale Ausrichtung der Deutschen Bank soll darauf geachtet werden, dass dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl an Mitgliedern mit einer langjährigen internationalen Erfahrung angehören. Derzeit haben vier Mitglieder des Aufsichtsrats ihren beruflichen und privaten Mittelpunkt im Ausland. Darüber hinaus verfügen alle Anteilseignervertreter des Aufsichtsrats aufgrund ihrer derzeitigen oder ehemaligen Tätigkeit als Vorstand/CEO international tätiger Konzerne über langjährige internationale Erfahrung. Nach Auffassung des Aufsichtsrats wird der internationalen Tätigkeit des Unternehmens auf beiden Wegen hinreichend Rechnung getragen. Es ist das Ziel, das derzeit bestehende internationale Profil beizubehalten.

Bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung achtet der Aufsichtsrat auf eine angemessene Beteiligung von Frauen. Bereits bei den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2008 wurde hierauf im Auswahlprozess besonders Wert gelegt. Bei der Prüfung potenzieller Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen wiederum qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Im Einklang mit den festgelegten Zielen hat die Hauptversammlung 2011 auf Vorschlag des Aufsichtsrats Frau Garrett-Cox in den Aufsichtsrat gewählt. Seit den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2003 waren zwischen 25 % und 40 % der Mitglieder des Aufsichtsrats Frauen. Derzeit gehören acht Frauen dem Aufsichtsrat an. Dies entspricht 40 %. Der Aufsichtsrat ist bestrebt, diese Anzahl zu wahren und die Anzahl der Frauen gegebenenfalls auf der Anteilseignerseite weiter zu erhöhen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat lediglich durch seine Wahlvorschläge an die Hauptversammlung Einfluss auf die Besetzung des Aufsichtsrats nehmen kann (zu den verschiedenen Diversity Initiativen der Deutschen Bank siehe auch den Jahresbericht 2012, verfügbar unter www.deutsche-bank.de/ir/de/content/berichte_2012.htm, sowie im Karriereportal auf den Internet-Seiten der Deutschen Bank unter www.deutsche-bank.de/careers/content/de/to_diversity.html).

Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

Einige Mitglieder des Aufsichtsrats sind oder waren im vergangenen Jahr in hochrangiger Position bei anderen Unternehmen, mit denen die Deutsche Bank in Geschäftsbeziehungen steht, tätig. Geschäfte der Deutschen Bank mit diesen Unternehmen erfolgen dabei zu Bedingungen wie unter fremden Dritten. Diese Transaktionen berühren nach unserer Ansicht die Unabhängigkeit der betroffenen Mitglieder des Aufsichtsrats nicht.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Unser Aufsichtsrat hat die folgenden fünf ständigen Ausschüsse eingerichtet. Über die konkrete Ausschussarbeit im vergangenen Geschäftsjahr informiert der Bericht des Aufsichtsrats im Finanzbericht 2012.

Präsidialausschuss: Der Präsidialausschuss ist insbesondere für Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten zuständig. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung vor. Außerdem unterbreitet er dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder und das System der Vorstandsvergütung. Er ist zuständig für den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Dienst- und anderen Verträge unter Beachtung der alleinigen Entscheidungszuständigkeit des Aufsichtsratsplenums zu den Bezügen der Vorstandsmitglieder und für die Erteilung der Zustimmung des Aufsichtsrats zur Übernahme von Mandaten, Ehrenämtern oder Sonderaufgaben außerhalb des Konzerns durch einzelne Mitglieder des Vorstands nach § 112 AktG und zu bestimmten Verträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern nach § 114 AktG. Darüber hinaus bereitet er die Entscheidungen des Aufsichtsrats auf dem Gebiet der Corporate Governance vor. Im Geschäftsjahr 2012 fanden sechs Sitzungen des Präsidialausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Präsidialausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender) (seit 31. Mai 2012), Alfred Herling, Karin Ruck und Tilman Todenhöfer.

Nominierungsausschuss: Der Nominierungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl beziehungsweise die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner vor. Dabei orientiert er sich an den vom Aufsichtsrat benannten Kriterien für die Zusammensetzung. Im Geschäftsjahr 2012 fanden drei Sitzungen des Nominierungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Nominierungsausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender) (seit 31. Mai 2012), Tilman Todenhöfer und Werner Wenning.

Prüfungsausschuss: Der Prüfungsausschuss befasst sich insbesondere mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsysteins, des Risikomanagementsystems und des internen Revisionssystems sowie der Abschlussprüfung einschließlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen sowie der Compliance. Dem Prüfungsausschuss obliegen die Vorprüfung der Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss sowie die Erörterung der Prüfungsberichte mit dem Abschlussprüfer. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses vor und erörtert wesentliche Änderungen der Prüfungs- und Bilanzierungsmethoden. Der Prüfungsausschuss erörtert ferner die Zwischenberichte und die Berichte über die prüferische Durchsicht der Zwischenberichte vor ihrer Veröffentlichung mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer. Zudem erteilt der Prüfungsausschuss den Prüfungsauftrag an den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer. Er beschließt über die Vergütung des Abschlussprüfers und überwacht dessen Unabhängigkeit, Qualifikation und Effizienz. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ist neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats berechtigt, Auskünfte direkt beim Leiter der Compliance-Abteilung einzuholen. Der Prüfungsausschuss ist zuständig für die Kenntnisnahme von Mitteilungen über wesentliche Kürzungen des Compliance-Budgets und die Entgegennahme und Behandlung des Berichts des Leiters der Compliance-Abteilung über die Angemessenheit und Wirksamkeit der Grundsätze, Mittel und Verfahren nach § 33 Abs.1 Satz 2 Nr. 5 WpHG (Compliance-Bericht). Der Compliance-Bericht erfolgt mindestens einmal jährlich. Der Leiter der internen Revision berichtet regelmäßig über die Tätigkeit der Revision. Der Prüfungsaus-

schuss wird über etwaige Sonderprüfungen und erhebliche Beanstandungen sowie sonstige außergewöhnliche Maßnahmen der Bankaufsichtsbehörden unterrichtet. Er ist zuständig für die Entgegennahme und Behandlung von Beschwerden im Zusammenhang mit der Rechnungslegung sowie internen Prüfverfahren und Fragen der Abschlussprüfung. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zu Aufträgen für nicht prüfungsnahe Dienstleistungen an den Abschlussprüfer (siehe dazu auch „Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen“ auf Seite 482f. der Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht). Im Geschäftsjahr 2012 fanden sieben Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind Dr. Karl-Gerhard Eick (Vorsitzender), Dr. Paul Achleitner (seit 31. Mai 2012), Henriette Mark, Karin Ruck, Marlehn Thieme und Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler (seit 31. Mai 2012).

Risikoausschuss: Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat insbesondere zu Fragen der aktuellen und künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie und unterstützt ihn bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch den Vorstand. Er ist zuständig für die Behandlung von Krediten, die gemäß Gesetz oder unserer Satzung eines Beschlusses des Aufsichtsrats bedürfen. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zum Erwerb von Beteiligungen an anderen Unternehmen in Höhe von 2 % bis zu 3 % unseres haftenden Eigenkapitals, wenn es sich um eine Beteiligung handelt, die voraussichtlich nicht länger als zwölf Monate im vollen oder teilweisen Besitz der Bank verbleiben soll. In seinen Sitzungen berichtet der Vorstand über Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Dem Ausschuss wird ferner über die Risikostrategie, Kreditportfolios, Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen, Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten, die nach den damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind, berichtet. Im Geschäftsjahr 2012 fanden sechs Sitzungen des Risikoausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Risikoausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender) (seit 31. Mai 2012), Prof. Dr. Henning Kagermann und Suzanne Labarge.

Vermittlungsausschuss: Zusätzlich zu diesen vier Ausschüssen unterbreitet der gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss Personalvorschläge an den Aufsichtsrat, wenn für die Bestellung oder Abberufung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Er tagt nur bei Bedarf. Im Geschäftsjahr 2012 fanden keine Sitzungen des Vermittlungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vermittlungsausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender) (seit 31. Mai 2012), Wolfgang Böhr, Karin Ruck und Tilman Todenhöfer.

Weitere Details zum Präsidialausschuss, Nominierungsausschuss, Risikoausschuss und Prüfungsausschuss sind in Geschäftsordnungen geregelt, die wie die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat in der jeweils aktuellen Fassung auf der Website der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) veröffentlicht sind.

Aktienprogramme

Informationen zu unseren aktienbasierten Vergütungsplänen sind in Anhangangabe 34 „Leistungen an Arbeitnehmer“ des Konzernabschlusses enthalten.

Rechnungslegung und Transparenz

Aktienbesitz von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern

Vorstand. Zum Aktienbesitz des Vorstands verweisen wir auf den ausführlichen Vergütungsbericht, der im Lagebericht abgedruckt ist.

Aufsichtsrat. Der individuelle Aktienbesitz (einschließlich Aktienanwartschaften gemäß unseren Aktienvergütungsprogrammen) der Mitglieder des Aufsichtsrats setzt sich wie folgt zusammen:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Anzahl der Aktien	Anzahl Ansprüche auf Aktien
Dr. Paul Achleitner	–	–
Wolfgang Böhr	545	–
Dr. Karl-Gerhard Eick	–	–
Katherine Garrett-Cox	–	–
Alfred Herling	1.090	10
Prof. Dr. Henning Kagermann	–	–
Martina Klee	989	10
Suzanne Labarge	–	–
Peter Löscher	–	–
Henriette Mark	649	10
Gabriele Platscher	901	5
Karin Ruck	165	–
Rudolf Stockem	–	–
Dr. Johannes Teyssen	–	–
Marlehn Thieme	290	10
Tilman Todenhöfer	1.741	–
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler	2.250	–
Stefan Viertel	153	10
Renate Voigt	255	10
Werner Wenning	–	–
Insgesamt	9.028	65

Die Mitglieder des Aufsichtsrats halten 9.028 Aktien, was weniger als 0,01 % der ausgegebenen Aktien am 25. März 2013 entspricht.

Die Spalte „Anzahl Ansprüche auf Aktien“ in der Tabelle zeigt diejenigen Aktienansprüche der Aufsichtsratsmitglieder, die Mitarbeiter der Deutschen Bank sind, die im Rahmen des Global Share Purchase Plan Gratisaktien („Matching Awards“) erhalten haben, die ihnen am 1. November 2013 zugeteilt werden.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Informationen zu Geschäften mit nahestehenden Dritten sind in Anhangangabe 37 „Geschäfte mit nahestehenden Dritten“ enthalten.

Wirtschaftsprüfung und Controlling

Finanzexperten des Prüfungsausschusses

Der Aufsichtsrat hat die folgenden Mitglieder des Prüfungsausschusses zu „Finanzexperten des Prüfungsausschusses“ gemäß der Begriffsdefinition in Section 407 der Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission zum Sarbanes-Oxley Act 2002 benannt: Dr. Paul Achleitner, Dr. Karl-Gerhard Eick und Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler. Die genannten Finanzexperten des Prüfungsausschusses sind entsprechend der Rule 10A-3 des US-amerikanischen Börsengesetzes (Securities Exchange Act) von 1934 und § 100 Absatz 5 AktG von der Bank „unabhängig“. Entsprechend §§ 107 Absatz 4, 100 Absatz 5 AktG verfügen sie über Sachverständnis auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung.

Verhaltens- und Ethikkodex

Der Verhaltens- und Ethikkodex für die Deutsche Bank legt die Werte und Mindeststandards für das Verhalten aller Mitarbeiter untereinander sowie gegenüber Kunden, Wettbewerbern, Geschäftspartnern, Behörden und Aktionären fest und enthält eine Selbstverpflichtung von Vorstand und Group Executive Committee. Der Kodex orientiert sich dabei an unseren wesentlichen Werten und den Versprechen gegenüber unseren Ziel-

gruppen. Er bildet auch die Basis für unsere Richtlinien, welche die Umsetzung geltender Gesetze und Verordnungen erläutern.

Entsprechend Section 406 des Sarbanes-Oxley Act 2002 haben wir zudem einen Ethikkodex mit besonderen Verpflichtungen für „Senior Financial Officer“ verabschiedet. Derzeit sind dies bei der Deutschen Bank die Co-Vorsitzenden des Vorstands, der Chief Financial Officer und der Head of Group Reporting sowie die Mitglieder des Group Finance Committee. Im Berichtsjahr 2012 wurden dem Corporate-Governance-Beauftragten keine Verstöße gegen den Ethikkodex für Senior Financial Officer angezeigt.

Die Verhaltens- und Ethikkodizes für die Deutsche Bank sind auf der Website der Deutschen Bank in der jeweils aktuellen Fassung unter www.deutsche-bank.de/ir/de/content/ethikkodizes veröffentlicht.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Nach deutschem Recht wird der Abschlussprüfer von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats gewählt. Der Prüfungsausschuss unseres Aufsichtsrats bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl des Abschlussprüfers vor. Nach der Wahl des Abschlussprüfers erteilt der Prüfungsausschuss das Mandat, genehmigt in eigener Verantwortung Bedingungen und Umfang der Abschlussprüfung sowie sämtliche Prüfungshonorare und überwacht die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungs-gesellschaft wurde als unser Abschlussprüfer für die Jahre 2011 und 2012 gewählt.

Die unten stehende Tabelle zeigt die gesamten von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die letzten beiden Geschäftsjahre in den folgenden Kategorien: (1) Prüfungshonorare, das heißt Honorare im Zusammenhang mit der gesetzlichen Abschlussprüfung durch den Abschlussprüfer, in Verbindung mit satzungsmäßigen und aufsichtsrechtlichen Prüfungen, die in den betreffenden Geschäftsjahren in Rechnung gestellt wurden; (2) Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen, das heißt Honorare für Gutachten und zugehörige Dienstleistungen, die in engem Bezug zu der Durchführung der Abschlussprüfung stehen und nicht unter Prüfungshonorare ausgewiesen werden; (3) Honorare für Steuerberatung, das heißt Honorare für professionelle Dienstleistungen zur Sicherstellung der Einhaltung von Steuervorschriften, Steuerberatung und Steuerplanung; sowie (4) alle sonstigen Honorare für Produkte und Dienstleistungen, die nicht unter Prüfungshonorare, Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen und Steuerberatung fallen. In diesen Beträgen sind Aufwendungen eingeschlossen, Umsatzsteuer ist nicht eingeschlossen.

Kategorie in Mio €	2012	2011
Prüfungshonorare	50	54
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	19	12
Honorare für Steuerberatung	7	7
Sonstige Honorare	1	3
Summe der Honorare ¹	76	76

¹ Einzelpositionen wegen Rundungen nicht zur Summe addierbar.

Die Prüfungshonorare beinhalten nicht die Prüfungshonorare für die Postbank und deren konsolidierte Gesellschaften, die derzeit nicht von der KPMG geprüft werden. Der Rückgang der Prüfungshonorare resultiert insbesondere aus einer geringeren Anzahl zu prüfender Konzerngesellschaften. Der Anstieg der Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen ist in erster Linie auf eine höhere Anzahl Beratungsleistungen für die Postbank und deren Gesellschaften zurückzuführen. Die Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen enthielten Honorare für Beratungsleistungen, Due-Diligence-bezogene Leistungen im Zusammenhang mit aktuellen oder geplanten Zukäufen und Verkäufen, Gutachtertätigkeiten und sonstige vereinbarte Dienstleistungen. Die Honorare für Steuerberatung inklusive Dienstleistungshonoraren enthielten Honorare für Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Erstellung der Steuererklärung sowie für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Strategien und Initiativen für die konzernweite Steuerplanung unter Beachtung der jeweiligen steuerlichen Regelungen. Die sonstigen Honorare umfassten projektbezogene Beratungsleistungen.

US-amerikanische Gesetze und Vorschriften sowie unsere eigenen Richtlinien sehen generell vor, dass jede Beauftragung unseres Abschlussprüfers vorab durch unseren Prüfungsausschuss oder gemäß den von diesem verabschiedeten Richtlinien und Weisungen genehmigt wird. Für prüfungsfremde Dienstleistungen unseres Abschlussprüfers hat unser Prüfungsausschuss folgende Richtlinien und Weisungen festgelegt: Anfragen zur

Beauftragung müssen in erster Instanz unserem Group Finance Committee vorgelegt werden, das sich aus unserem Chief Financial Officer und leitenden Mitarbeitern unserer Finance- und Steuerabteilungen zusammensetzt. Bezieht sich eine Anfrage auf Dienstleistungen, welche die Unabhängigkeit unseres Abschlussprüfers gefährden würden, muss diese abgelehnt werden. Für bestimmte zulässige Gutachter- und Finanzberatungsleistungen sowie Steuerberatungsleistungen hat der Prüfungsausschuss eine Vorabgenehmigung erteilt, soweit die erwarteten Honorare für die einzelnen Leistungen 1 Mio € nicht übersteigen. Entsprechende Anfragen kann das Group Finance Committee genehmigen, hat darüber aber regelmäßig dem Prüfungsausschuss zu berichten. Betrifft eine Anfrage zur Beauftragung weder unzulässige noch vorab genehmigte prüfungsfremde Dienstleistungen, muss sie vom Group Finance Committee zur Prüfung an den Prüfungsausschuss weitergeleitet werden. Um die Prüfung von Anfragen zur Beauftragung zwischen den Ausschusssitzungen zu erleichtern, hat der Prüfungsausschuss zudem die Genehmigungskompetenz an mehrere seiner Mitglieder delegiert, die gemäß Definition der Securities and Exchange Commission und der New York Stock Exchange „unabhängig“ sind. Diese Mitglieder berichten dem Prüfungsausschuss über jede von ihnen erteilte Genehmigung in der jeweils nächsten Sitzung.

Darüber hinaus kann nach den geltenden US-amerikanischen Gesetzen und Vorschriften für die Beauftragung von prüfungsfremden Dienstleistungen, die insgesamt nicht mehr als 5 % der an unseren Abschlussprüfer bezahlten Honorare ausmachen, auf die Notwendigkeit der Vorabgenehmigung verzichtet werden, wenn der entsprechende Auftrag von uns zum Zeitpunkt der Beauftragung nicht berücksichtigt und unverzüglich dem Prüfungsausschuss oder einem dafür zuständigen Ausschussmitglied gemeldet sowie vor Abschluss der Prüfung genehmigt wurde. In den Geschäftsjahren 2011 und 2012 lag der Prozentsatz der an unseren Abschlussprüfer gezahlten Honorare, die durch Nichtprüfungsleistungen in den einzelnen Kategorien anfielen und für die auf eine Vorabgenehmigung verzichtet werden konnte, unter 5 %.

Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Erklärung gemäß § 161 des Aktiengesetzes (Entsprechenserklärung 2012)

Die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt am 25. Oktober 2011 abgegeben hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 30. Oktober 2012 erneuert. Vorstand und Aufsichtsrat erklärten, dass seitens der Deutsche Bank AG den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 15. Mai 2012 wie bisher mit einer Ausnahme entsprochen wurde und wird. Bei der Ausnahme handelt es sich um die Empfehlung nach Ziff. 5.5.3 Satz 1 des Kodex zur Offenlegung von Interessenkonflikten im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung; insoweit wurde die Entsprechenserklärung vorsorglich aufgrund von zwei nicht rechtskräftigen Urteilen des OLG Frankfurt eingeschränkt.

Am 19. März 2013 haben Vorstand und Aufsichtsrat die Entsprechenserklärung vom 30. Oktober 2012 für die Zukunft dahingehend weiter eingeschränkt, dass in Abweichung von der Empfehlung in Ziff. 7.1.2 Satz 4 des Kodex der Konzernabschluss der Deutsche Bank AG für das Geschäftsjahr 2012 nicht binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich sein wird. Die Deutsche Bank AG hat die Veröffentlichung ihres Geschäftsberichts 2012 sowie des Form 20-F auf Mitte April 2013, nach Durchführung der außerordentlichen Hauptversammlung am 11. April 2013, verschoben. Hintergrund ist eine Entscheidung des Landgerichts Frankfurt am Main, das in erster Instanz am 18. Dezember 2012 unter anderem den in der Hauptversammlung der Deutsche Bank AG vom 31. Mai 2012 gefassten Beschluss zur Bestellung der KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, zum Abschlussprüfer und zum Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012 für nichtig erklärt hat. Zwar hat die Deutsche Bank AG gegen diese Entscheidung Rechtsmittel eingelegt, um aber Risiken hinsichtlich der Wirksamkeit des Jahresabschlusses möglichst weitgehend auszuschließen, sollte vor der Erteilung des Testats und vor Veröffentlichung der Abschlüsse zunächst durch die außerordentliche Hauptversammlung am 11. April 2013 die Bestellung des Abschlussprüfers und Konzernabschlussprüfers bestätigt werden.

Die angepasste Entsprechenserklärung 2012 lautet daher wie folgt:

- 1. „Die letzte Entsprechenserklärung erfolgte am 25. Oktober 2011. Seit diesem Zeitpunkt hat die Deutsche Bank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 26. Mai 2010, veröffentlicht im Bundesanzeiger am 2. Juli 2010, entsprochen, wobei vorsorglich eine Ausnahme hinsichtlich Ziffer 5.5.3 Satz 1, der die Offenlegung von Interessenkonflikten im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung behandelt, erklärt wurde, da unsere Vorgehensweise nach zwei nicht rechtskräftigen Urteilen des OLG Frankfurt am Main der Empfehlung in Ziffer 5.5.3 Satz 1 nicht

genügt. Wir halten die Verpflichtungen aus Ziffer 5.5.3 Satz 1 durch die aktienrechtliche Verschwiegenheitsverpflichtung nach §§ 93, 116 AktG begrenzt und sehen, anders als das OLG Frankfurt am Main, keine Grundlage für eine Ausweitung der Information.

- 2. Die „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ legte am 15. Mai 2012 eine neue Kodexfassung vor, die am 15. Juni 2012 im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde. Auch der neuen Fassung entsprach die Deutsche Bank wie unter erstens aufgeführt mit Ausnahme der neu gefassten Ziffer 5.4.1. Aufgrund der Neuregelung bei den Zielsetzungen hinsichtlich der Zusammensetzung des Aufsichtsrats wurden nach der erforderlichen eingehenden Diskussion in der Aufsichtsratssitzung am 30. Oktober 2012 konkrete Ziele hinsichtlich der Anzahl der unabhängigen Aufsichtsratsmitglieder im Sinne von Ziffer 5.4.2 beschlossen.
- 3. Seit 30. Oktober 2012 entsprach die Deutsche Bank AG den Empfehlungen der "Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" in der Kodexfassung vom 15. Mai 2012, wobei vorsorglich eine Ausnahme hinsichtlich Ziffer 5.5.3 Satz 1 mit der unter 1. genannten Begründung erklärt wurde, da wir an dieser von uns für richtig gehaltenen Praxis weiterhin festhalten wollten. 4. Ab heute entspricht die Deutsche Bank AG den Empfehlungen der "Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" in der Kodexfassung vom 15. Mai 2012, mit den folgenden Ausnahmen:
 - Vorsorglich wird eine Ausnahme hinsichtlich Ziffer 5.5.3 Satz 1 mit der unter 1. genannten Begründung erklärt, da wir an dieser von uns für richtig gehaltenen Praxis weiterhin festhalten wollen.
 - Mit Entscheidung vom 18. Dezember 2012 hat das Landgericht Frankfurt am Main in erster Instanz den in der Hauptversammlung der Deutsche Bank AG am 31. Mai 2012 gefassten Beschluss zur Bestellung der KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, zum Abschlussprüfer und zum Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012 für nichtig erklärt. Zwar hat die Deutsche Bank AG Rechtsmittel gegen diese Entscheidung eingelegt, um aber Risiken hinsichtlich der Wirksamkeit des Jahresabschlusses möglichst weitgehend auszuschließen, soll der Jahresabschluss erst testiert werden, wenn die Bestellung des Abschlussprüfers durch Beschluss der auf den 11. April 2013 einberufenen außerordentlichen Hauptversammlung bestätigt ist. In Abweichung von der Empfehlung in Ziffer 7.1.2 Satz 4 wird der Konzernabschluss der Deutsche Bank AG daher nicht binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich sein. Die Deutsche Bank AG hat die Veröffentlichung ihres Geschäftsberichts 2012 sowie des Form 20-F auf Mitte April 2013, nach Durchführung der außerordentlichen Hauptversammlung am 11. April 2013, verschoben.“

Die angepasste Entsprechenserklärung 2012 und alle früheren Entsprechenserklärungen sind auf der Website der Deutschen Bank unter www.deutsche-bank.de/corporate-governance veröffentlicht, wo auch die aktuelle Fassung des Deutschen Corporate Governance Kodex zu finden ist.

Ziffer 5.4.3 des Deutschen Corporate Governance Kodex empfiehlt, dass Anträge auf gerichtliche Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern bis zur nächsten Hauptversammlung befristet werden sollen. Nach schriftlicher Bestätigung der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ bezieht sich diese Empfehlung nur auf die von der Hauptversammlung gewählten Vertreter der Anteilseigner. Denn nur diese können durch Wahl der Hauptversammlung bestätigt werden beziehungsweise durch ein anderes, von der Hauptversammlung gewähltes Mitglied ersetzt werden. Demzufolge trifft diese Überlegung nicht auf gerichtlich bestellte Arbeitnehmervertreter für den Aufsichtsrat zu. Daher hat das Registergericht Frau Renate Voigt am 30. November 2011 als Vertreterin der Arbeitnehmer bis zum Ablauf der Amtszeit des Aufsichtsrats bestellt.

Stellungnahme zu den Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Die Bank entspricht freiwillig den Anregungen des Kodex in der Fassung vom 15. Mai 2012 mit folgenden Ausnahmen:

- Die von der Bank benannten Stimmrechtsvertreter sind für Teilnehmer der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Aktionäre, die den Stimmrechtsvertretern schon zuvor Vollmacht erteilt haben, erreichen diese am Tag der Hauptversammlung bis 12.00 Uhr über das Weisungstool im Internet (Kodex Ziffer 2.3.3). So kann das Risiko aus etwaigen technischen Störungen unmittelbar vor der Abstimmung weitgehend ausgeschlossen werden. Zudem endet auch die Übertragung der Hauptversammlung im Internet spätestens zu diesem Zeitpunkt, sodass für die Meinungsbildung der nur über Stimmrechtsvertreter teilnehmenden Aktionäre keine verwertbaren Informationen nach diesem Zeitpunkt mehr zu erwarten sind.
- Die Übertragung der Hauptversammlung im Internet (Kodex Ziffer 2.3.4) erfolgt für die Eröffnung durch den Versammlungsleiter und den Bericht des Vorstands. Die Aktionäre haben so die Möglichkeit, unbelastet von einer weitgehend öffentlichen Übertragung mit der Verwaltung zu diskutieren.

05 -

Ergänzende Informationen

- Vorstand – 486
- Aufsichtsrat – 487
- Advisory Boards – 489
- Der Konzern im Fünfjahresvergleich – 490
- Patronatserklärung – 491
- Impressum / Publikationen – 492

Vorstand

Dr. Josef Ackermann
Vorsitzender
bis 31. Mai 2012

Dr. Hugo Bänziger
bis 31. Mai 2012

Jürgen Fitschen
Co-Vorsitzender ab 31. Mai 2012

Anshuman Jain
Co-Vorsitzender ab 31. Mai 2012

Stefan Krause

Dr. Stephan Leithner
ab 1. Juni 2012

Stuart Wilson Lewis
ab 1. Juni 2012

Hermann-Josef Lamberti
bis 31. Mai 2012

Rainer Neske

Henry Ritchotte
ab 1. Juni 2012

Aufsichtsrat

Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender
seit 31. Mai 2012
München

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender
bis 31. Mai 2012
Frankfurt am Main

Karin Ruck*
– Stellvertretende Vorsitzende
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Wolfgang Böhr*
Deutsche Bank AG,
Düsseldorf

Dr. Karl-Gerhard Eick
KGE Asset Management
Consulting Ltd.,
London

Katherine Garrett-Cox
Chief Executive Officer
Alliance Trust Plc,
Brechin, Angus

Alfred Herling*
Deutsche Bank AG,
Wuppertal

Gerd Herzberg*
bis 31. Mai 2012
Hamburg

Prof. Dr. Henning Kagermann
Präsident acatech – Deutsche
Akademie der Technikwissenschaften,
Königs Wusterhausen

Martina Klee*
Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Suzanne Labarge
Toronto

Maurice Lévy
bis 31. Mai 2012
Chairman und Chief Executive Officer
Publicis Groupe S.A.,
Paris

Peter Löscher
seit 31. Mai 2012
Vorsitzender des Vorstands
Siemens AG,
München

Henriette Mark*
Deutsche Bank AG,
München

Gabriele Platscher*
Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Dr. Theo Siegert
bis 31. Mai 2012
Geschäftsführender Gesellschafter
de Haen Carstanjen & Söhne,
Düsseldorf

Rudolf Stockem*
seit 1. Juni 2012
Gewerkschaftssekretär ver.di -
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Aachen

Dr. Johannes Teyssen
Vorsitzender des Vorstands
E.ON SE,
Düsseldorf

Marlehn Thieme*
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Tilman Todenhöfer
Persönlich haftender
Gesellschafter Robert Bosch
Industrietreuhand KG,
Madrid

Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler
seit 31. Mai 2012
Essen

Stefan Viertel*
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Renate Voigt*
Deutsche Bank AG,
Stuttgart

Werner Wenning
Vorsitzender des Aufsichtsrats
E.ON SE;
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Bayer AG seit 1. Oktober 2012,
Leverkusen

*Von den Arbeitnehmern in Deutschland
gewählt; Renate Voigt gerichtlich als
Arbeitnehmervertreterin bestellt.

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss

Dr. Paul Achleitner
seit 31. Mai 2012
– Vorsitzender

Dr. Clemens Börsig
bis 31. Mai 2012
– Vorsitzender

Alfred Herling*

Karin Ruck*

Tilman Todenhöfer

Vermittlungsausschuss

Dr. Paul Achleitner
seit 31. Mai 2012
– Vorsitzender

Dr. Clemens Börsig
bis 31. Mai 2012
– Vorsitzender

Wolfgang Böhr*

Karin Ruck*

Tilman Todenhöfer

Prüfungsausschuss

Dr. Karl-Gerhard Eick
– Vorsitzender

Dr. Paul Achleitner
seit 31. Mai 2012

Dr. Clemens Börsig
bis 31. Mai 2012

Henriette Mark*

Karin Ruck*

Dr. Theo Siegert
bis 31. Mai 2012

Marlehn Thieme*

Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler
seit 31. Mai 2012

Risikoausschuss

Dr. Paul Achleitner
seit 31. Mai 2012
– Vorsitzender

Dr. Clemens Börsig
bis 31. Mai 2012
– Vorsitzender

Prof. Dr. Henning Kagermann

Suzanne Labarge

Dr. Theo Siegert
bis 31. Mai 2012
– Ersatzmitglied

Nominierungsausschuss

Dr. Paul Achleitner
seit 31. Mai 2012
– Vorsitzender

Dr. Clemens Börsig
bis 31. Mai 2012
– Vorsitzender

Tilman Todenhöfer

Werner Wenning

*Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt.

Advisory Boards

Die Advisory Boards finden Sie auf der Website der Deutschen Bank unter www.deutsche-bank.de/beraterkreise.

Der Konzern im Fünfjahresvergleich

Bilanz in Mio €	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Bilanzsumme	2.012.329	2.164.103	1.905.630	1.500.664	2.202.423
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	397.279	412.514	407.729	258.105	269.281
Summe der Verbindlichkeiten ¹	1.957.919	2.109.443	1.855.262	1.462.695	2.170.509
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital ¹	54.003	53.390	48.819	36.647	30.703
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	407	1.270	1.549	1.322	1.211
Tier-1-Kapital ²	50.483	49.047	42.565	34.406	31.094
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt ²	57.015	55.226	48.688	37.929	37.396
Gewinn- und Verlustrechnung in Mio €	2012	2011	2010	2009	2008
Zinsüberschuss	15.891	17.445	15.583	12.459	12.453
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.721	1.839	1.274	2.630	1.076
Provisionsüberschuss	11.510	11.544	10.669	8.911	9.741
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	5.599	3.058	3.354	7.109	-9.992
Sonstige zinsunabhängige Erträge	741	1.181	-1.039	-527	1.411
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	17.850	15.783	12.984	15.493	1.160
Personalaufwand	13.526	13.135	12.671	11.310	9.606
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	15.016	12.657	10.133	8.402	8.339
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	414	207	485	542	-252
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	1.886	-	29	-134	585
Restrukturierungsaufwand	394	-	-	-	-
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	31.236	25.999	23.318	20.120	18.278
Ergebnis vor Steuern	784	5.390	3.975	5.202	-5.741
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	493	1.064	1.645	244	-1.845
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	291	4.326	2.330	4.958	-3.896
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	54	194	20	-15	-61
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	237	4.132	2.310	4.973	-3.835
Kennziffern	2012	2011	2010	2009	2008
Ergebnis je Aktie (unverwässert) ³	0,25 €	4,45 €	3,07 €	7,21 €	-6,87 €
Ergebnis je Aktie (verwässert) ³	0,25 €	4,30 €	2,92 €	6,94 €	-6,87 €
Dividendenzahlung je Aktie, gezahlt in der Periode	0,75 €	0,75 €	0,75 €	0,50 €	4,50 €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	0,4 %	8,2 %	5,5 %	14,6 %	-11,1 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	1,3 %	10,2 %	9,5 %	15,3 %	-16,5 %
Aufwand-Ertrag-Relation	92,6 %	78,2 %	81,6 %	72,0 %	134,3 %
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente ²	11,4 %	9,5 %	8,7 %	8,7 %	7,0 %
Tier-1-Kapitalquote ²	15,1 %	12,9 %	12,3 %	12,6 %	10,1 %
Eigenkapitalquote ²	17,1 %	14,5 %	14,1 %	13,9 %	12,2 %
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet) ⁴	98.219	100.996	102.062	77.053	80.456

¹ Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einer rückwirkenden Reduzierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 24 Mio € zum 31. Dezember 2010.

² Werte für 2012 und 2011 basieren auf den veränderten Kapitalanforderungen für Risiken im Handelsbuch und Verbriefungspositionen nach Maßgabe der Capital Requirements Directive 3 (auch „Basel 2.5“), die Eingang in das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung gefunden hat. Werte für 2010, 2009 und 2008 basieren auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard (Basel 2), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den Risikoaktiva für das Kredit-, Markt- und Operationelle Risiko. Enthält keine Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

³ Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

⁴ Die Deutsche Postbank passte die Berechnung der Mitarbeiter auf Basis von Vollzeitkräften per 31. Dezember 2011 an die der Deutschen Bank an. Dies führte zu einer Reduktion um 260 Vollzeitkräfte für den Konzern (vorherige Perioden wurden nicht angepasst).

Patronatserklärung

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

DB Investments (GB) Limited, London

Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand

Deutsche Asset Management International GmbH,
Frankfurt am Main

Deutsche Bank (Suisse) SA, Genf

Deutsche Asset Management Investmentgesell-
schaft mbH vormals DEGEF Deutsche Gesell-
schaft für Fondsverwaltung mbH, Frankfurt am
Main

Deutsche Bank Trust Company Americas,
New York

Deutsche Australia Limited, Sydney

Deutsche Futures Singapore Pte Ltd, Singapur

DEUTSCHE BANK A.Ş., Istanbul

Deutsche Holdings (Malta) Ltd., St. Julians

Deutsche Bank Americas Holding Corp.,
Wilmington

Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited
Company, London

Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking

Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong

Deutsche Bank Europe GmbH, Frankfurt am Main

Deutsche Securities Limited, Hongkong

Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg

DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main

Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur

DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main

Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna, Warschau

DWS Investment S.A., Luxemburg

Deutsche Bank S.A., Buenos Aires

Public joint-stock company „Deutsche Bank DBU“,
Kiew

Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo

OOO „Deutsche Bank“, Moskau

Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española,
Madrid

Impressum / Publikationen

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10 00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline:
(08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline:
(08 00) 1 00 47 98

Investor Relations:
(0 69) 9 10 3 80 80
db.ir@db.com

Publikationen zum Jahresabschluss
Bitte beachten Sie, dass der Geschäftsbericht des Deutsche Bank-Konzerns aus zwei separaten Teilen, dem Jahresbericht 2012 und dem Finanzbericht 2012, besteht.

- **Jahresbericht 2012**
(in Deutsch und Englisch)
- **Finanzbericht 2012**
(in Deutsch und Englisch)
- **Unternehmerische Verantwortung Bericht 2012**
(in Deutsch und Englisch)
- **Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2012**
(in Deutsch und Englisch)
- **Verzeichnis der Beiratsmitglieder**
(in Deutsch)

Bestellmöglichkeiten:
E-Mail – Internet
service-center@bertelsmann.de
www.deutsche-bank.de/12

Fax
(0 18 05) 07 08 08

Telefon
(0 18 05) 80 22 00

postalisch
arvato logistics services
Bestellservice Deutsche Bank
Gottlieb-Daimler-Straße 1
D-33428 Harsewinkel

Online
Alle Publikationen zum Jahresabschluss sind abrufbar unter:
www.deutsche-bank.de/12

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, in denen wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen und einen erheblichen Teil unserer Vermögenswerte halten, die Preisentwicklung von Vermögenswerten und Entwicklung von Marktvolatilitäten, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer strategischen Initiativen, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren haben wir in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 15. April 2013 unter der Überschrift „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Kopien dieses Berichts sind auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.deutsche-bank.com/ir verfügbar.

2013

30. April 2013

Zwischenbericht zum 31. März 2013

23. Mai 2013

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

24. Mai 2013

Dividendenzahlung

30. Juli 2013

Zwischenbericht zum 30. Juni 2013

29. Oktober 2013

Zwischenbericht zum 30. September 2013

2014

29. Januar 2014

Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2013

20. März 2014

Geschäftsbericht 2013 und Form 20-F

29. April 2014

Zwischenbericht zum 31. März 2014

22. Mai 2014

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

23. Mai 2014

Dividendenzahlung

29. Juli 2014

Zwischenbericht zum 30. Juni 2014

29. Oktober 2014

Zwischenbericht zum 30. September 2014